



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

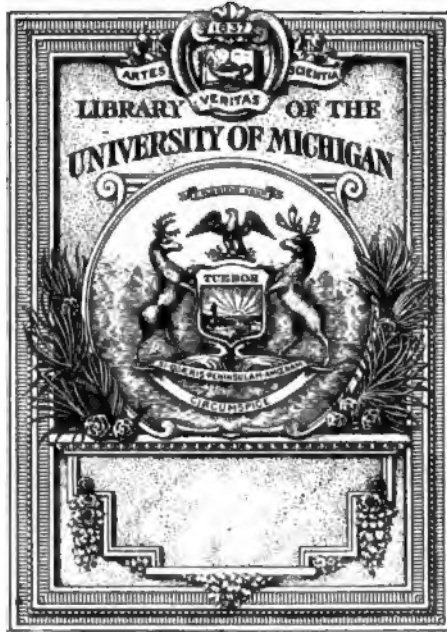
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

B 1,074,424



□
39
57

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und Ph. Hirsch.

Sechszwanzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1874.



11

I. Inhaltsverzeichnis,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Aden-Angelegenheit.

1873. Jan. 11. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl Granville) an d. kön. Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). Auftrag, die Einstellung von Massregeln gegen die Araberhäuptlinge zu fordern 5202.
- „ „ 23. — Ders. an dens. Weitere Instruction. — Beilage. Brigadier-General Schneider to Mr. Gonne (Extract). 5203.
- „ „ 30. — Ders. an dens. Zurückweisung d. türk. Ansprüche 5204.
- „ Febr. 3. — Botschafter in Konstantinopel an den kön. Min. d. Ausw. Bericht über d. Antwort der Pforte . 5205.
- „ März 17. — Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in Konstantinopel. Befriedigung üb. d. Antwort d. Pforte 5206.
- „ Mai 15. — Ders. an dens. Neue Beschwerden üb. türk. Eingriffe. — Beilage 1. The Viceroy to the Duke of Argyll (Telegraphic). — Beilage 2. The Governor-General of India in Council to the Duke of Argyll (Extract) 5207.
- „ Juni 6. — Botschafter in Konstantinopel an den kön. Min. d. Ausw. Die Pforte verspricht Abhülfe . . . 2508.
- „ Juli 15. Türkei. Min. d. Ausw. (Raschid Pascha) an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Erläuterungen d. Verhaltens der Pforte in Bezug auf die arabischen Stämme 5209.
- „ Oct. 17. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in Konstantinopel. Mittheilung, dass das Versprechen noch nicht erfüllt ist. — Beilage 1. Brigadier-General Schneider to Mr. Gonne. — Beilage 2. Ahmed-Ayoob-Pascha to Sheikh Fadhl-bin-Mohsin 5210.
- „ „ 20—27. — Polit. Agent in Aden (Brigadier-General Schneider) an den Min. für Indien (Duke of Argyll). Berichte üb. d. Vorgänge in Lahej 5211.

1873.	Nov.	7.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den kön. Min. d. Ausw. Neue Zusagen der Pforte. (Extract)	5212.
"	"	21.	— Ders. an dens. Weiterer Bericht über die Erklärungen der Pforte	5213.
"	"	26.	Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus Pascha). Entschuldigung der Pforte (Télégraphique)	5214.
"	Dec.	7.	Grossbritannien. Polit. Agent in Aden an die Regierung zu Bombay. Bericht üb. d. Abzug der türkischen Truppen u. Bestrafung des Abdullah	5215.

Bethlehem-Angelegenheit.

1873.	März	19.	Frankreich. Botschafter in Konstantinopel (Graf Vogué) an d. Min. d. Ausw. (M. de Rémusat). Bericht üb. Wiederherstellung des Status quo ante in der Bethlehem-Grotte	5187.
"	Mai	1.	— Consul in Jerusalem an den Min. d. Ausw. Bericht üb. ein neues Attentat der Griechen gegen d. Lateiner in Bethlehem. — Beilage. Schreiben des franz. Consuls in Jerusalem an Nazif-Pascha, Gouverneur von Palestina	5188.
"	"	7.	— Botschafter in Konstantinopel an d. Min. d. Ausw. Bericht über den Eindruck des Vorfalles in Konstantinopel (Extrait)	5189.
"	"	20.	— Ders. an dens. Meldung, betr. Absendung von Commissarien nach Jerusalem (Extrait) — Beilage. Instructions données au délégué franç. à Jérusalem	5190.
"	Juni	12.	— Consul in Jerusalem an den Min. d. Ausw. Beschwerde üb. den türk. Commissar. Absetzung des Gouverneurs v. Palestina. (Extrait)	5191.
"	Juli	18.	— Specialcommissar in Jerusalem an den Min. d. Ausw. (Duc de Broglie). Bericht üb. neue Wiederherstellung des Status quo ante. (Extrait)	5192.
"	Aug.	6.	— Botschafter in Konstantinopel an den Min. des Ausw. Bericht üb. d. Abschluss d. Angelegenheit. (Extract)	5193.

Leust, s. Gramont-Beust'scher Streit.**Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protocolle etc. (Vgl. Bd. XXV u. vorg.)**

1873.	März 8—Nov. 17.	Grossbritannien. Verträge zur Abschaffung des Sklavenhandels	5216.
"	Juli 23.	Grossbritannien und Frankreich. Handels- u. Schifffahrts-Vertrag v. 23. Juli 1873	5247.
"	Aug. 24.	Russland und Chiwa. Friedensvertrag v. 12/24. Aug. 1873 nebst einleitender Note des Russ. Reg.-Anzeigers v. 80. Nov. u. 12. Dec. 1873	5138.
"	Oct. 10.	Russland und Buchara. Vertrag vom 28. Sept./10. Oct. 1873 nebst einleitender Note des Russ. Reg.-Anz. v. 18/30. Dec. 1873	5139.

1873.	Dec.	18.	Europäische Seemächte. Schlussbericht der internationalen Commission für Schiffsmessung.	5174.
Centralasiatische Frage.				
1864.	Nov.	21.	Russland. Min. d. Ausw. (Fürst Gortschakow) an die Vertreter Russlands im Auslande. Circulardepesche üb. d. russ. Politik in Central-Asien	5108.
1869.	März	7.	— Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London (Baron Brunnow). Afghanistan als neutrale Zone vorgeschlagen. (Beil. zu Nr. 5109)	5110.
„	„	27.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl of Clarendon) an den königl. Botschafter in St. Petersburg (Sir A. Buchanan). Vorschlag einer neutralen Zone zwischen russ. u. engl. Gebiet in Central-Asien	5109.
„	April	17.	— Min. d. Ausw. an d. kön. Geschäftsträger in St. Petersburg (Mr. Rumbold). Vorschlag des obern Oxus statt Afghanistans	5111.
„	Juni	2.	— Geschäftsträger in St. Petersburg an den kön. Min. d. Ausw. Weiteres Entgegenkommen Russlands. (Extract)	5112.
„	Juli	26.	— Botschafter in St. Petersburg an den kön. Min. des Ausw. Unterredung mit dem Kaiser über Central-Asien. (Extract)	5113.
„	Sept.	3.	— Min. d. Ausw. an d. kön. Botschafter in St. Petersburg. Bericht üb. eine Unterredung mit Fürst Gortschakow. (Extract)	5114.
„	Dec.		— Botschafter in St. Petersburg an den kön. Min. d. Ausw. Fürst Gortschakow leugnet die Absicht einer Expedition gegen Chiwa	5115.
„	„	29.	— Ders. an dens. Weitere Erklärungen des Fürsten Gortschakow üb. d. Absichten betreffs Chiwa's	5116.
1870.	Febr.	8.	— Ders. an dens. Das Verhältniss zwischen Afghanistan und Buchara	5117.
„	„	25.	— Ders. an dens. Unterredung mit dem Kaiser üb. Afghanistan und Krasnowodsk	5118.
„	März	26.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. Beilegung der Differenzen zwischen Afghanistan und Buchara	5119.
„	April	5.	— Botschafter in St. Petersburg an den kön. Min. d. Ausw. Russlands Zustimmung zur Beilegung der Differenzen	5120.
„	„	19.	— Ders. an dens. General Kaufmann's Verhalten gegen Abdul Rahman Khan	5121.
„	Juni	14.	— Ders. an dens. Russlands Unzufriedenheit mit Chiwa. (Extract)	5122.
„	„	15.	— Ders. an dens. Weitere Mittheilung üb. Chiwa	5123.
„	Juli	6.	— Min. d. Ausw. (nunmehr Earl Granville) an den kön. Botschafter in St. Petersburg. Uebersendung einer Denkschrift d. ind. Regierung üb. d. Grenzfrage. — Beilage. The Governor-General of India in Council to the Duke of Argyll	5124.
„	„	13.	— Botschafter in St. Petersburg an den kön. Min.

			d. Ausw. Vorläufige Antwort betreffs der Grenzfrage. (Extract)	5125.
1870.	Aug.	4.	Grossbritannien. Ders. an dens. Uebersendung eines Schreibens von General Kaufmann über Abdul Rhaman Khan. — Beilage. Gen. Kaufmann an Fürst Gortschakow. (Extract)	5126.
"	"	18.	— Ders. an dens. Erklärung zur Grenzfrage. (m. Beil.)	5127.
1871.	April	19.	— Ders. an dens. Beabsichtigte Demonstration gegen Chiwa	5128.
"	Juni	13.	— Ders. an dens. Zweck der Operationen gegen Chiwa. (Extract)	5129.
"	Nov.	13.	Russland. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London (Graf Brunnow). Antwort in der Grenzfrage. (Extrait)	5130.
1872.	März	19.	Grossbritannien. Botschafter in St. Petersburg (nunmehr Lord A. Loftus) an den kön. Min. d. Ausw. Die Expedition gegen Chiwa	5131.
"	Mai	16.	— Ders. an dens. Zurückweisung d. Gesandtschaft von Chiwa	5132.
"	Oct.	17.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. England dringt auf endliche Erledigung der Grenzfrage	5133.
"	Dec.	19.	Russland. Min. d. Ausw. an d. kais. Botschafter in London. Russland bestreitet, dass Badakschan u. Wachan zu Afghanistan gehören. Beilage. Gen. Kaufmann an Fürst Gortschakow. (Trad. du Russe) .	5134.
1873.	Jan.	8.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. Graf Schuwajloff's Mission zum Ausgleich der Differenz	5135.
"	Jan.	24.	— Ders. an dens. Nochmalige Darlegung der engl. Ansicht üb. die Grenzfrage	5136.
"	Jan.	31.	Russland. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Russland nimmt den engl. Vorschlag vollständig an	5137.
"	Aug.	24.	Russland und Chiwa. Friedensvertrag v. 12/24. Aug. 1873 nebst einleitender Note des Russ. Regierungs-Anzeigers vom 30. Nov. / 12. Dec. 1873. [Nach dem „Journal de St. Pétersbourg“]	5138.
"	Oct.	10.	Russland und Buchara. Vertrag vom 23. Sept./10. Oct. 1873 nebst einleitender Note des Russ. Regierungs-Anzeigers v. 18/30. Dec. 1873. [Nach dem „Journal de St. Pétersbourg“]	5139.
1874.	Jan.	7.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in St. Petersburg. Kenntnissnahme des Friedensvertrages mit Chiwa. Neue Besorgnisse wegen der Turkomanen-Stämme	5140.
"	Febr.	2.	Russland. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Beschwichtigung der engl. Besorgnisse	5141.

Chinesische Beziehungen.

1873.	Jan.	8.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den Ges. in Peking. (Mr. L. de Geofroy.) Auftrag eine Audienz
-------	------	----	--

			der fremden Gesandten beim Kaiser von China zu verlangen	5194.
1873.	Febr.	25.	Frankreich. Ges. in Peking an den Min. d. Ausw. Ausführung des Auftrags. (Extrait). (m. Beilage)	5195.
„	März	13.	— Ders. an dens. Verhandlungen üb. die Audienz	5196.
„	Mai	15.	— Ders. an dens. Weiterer Bericht über die Verhandlungen	5197.
„	Juni	25.	— Ders. an dens. Bewilligung der Audienz . . .	5198.
„	„	27.	— Ders. an dens. Details üb. das Ceremoniell der Audienz	5199.
„	„	29.	— Ders. an dens. Meldung über die stattgehabte Audienz. Telegramm	5200.
„	Juli	7.	Grossbritannien. Ges. in Peking (Mr. Wade) an den kön. Min. d. Ausw. (Earl Granville). Ausführl. Bericht üb. die Audienz der fremden Gesandten. (Mit 3 Beilagen)	5201.

Englisch-türkische Differenz, siehe Aden-Angelegenheit.

Französisches Gelbbuch, siehe Nr. 5187—5200.

Französisch-englischer Handelsvertrag. (Vgl. Bd. XXII.)

1873.	Juli	23.	Grossbritannien und Frankreich. — Handels- und Schiffahrts-Vertrag vom 23. Juli 1873	5247.
-------	------	-----	--	-------

Gramont-Beust'scher Streit.

1870.	Juli	20.	Oesterreich-Ungarn. Depesche des Grafen Beust an den Fürsten Metternich vom 20. Juli 1870, veröffentl. im „Temps“ vom 9. April 1874 . . .	5184.
1872.	Dec.	9.	Frankreich. Schreiben des Herzogs von Gramont an einen Freund, veröffentlicht in der „Correspondance Européenne“	5179.
„	Dec.	28.	— Schreiben des Herzogs von Gramont an den Grafen Daru, Vicepräsidenten der parlamentar. Untersuchungs-Commission üb. die Akte der Regierung der nationalen Vertheidigung	5180.
1873.	Jan.	4.	Oesterreich-Ungarn. Schreiben des Grafen Beust an den Herzog von Gramont mit Copie einer Depesche an den Fürsten Metternich vom 11. Juli 1870	5181.
„	„	4.	— Min. d. Ausw. (Graf Andrassy) an den k. u. k. Botschafter in Paris (Graf Apponyi). Uebersendung und Bestätigung des Beust'schen Schreibens . . .	5182.
„	„	8.	Frankreich. Antwort des Herzogs von Gramont an den Grafen Beust	5183.
1874.	Mai	13.	— Aus d. Sitzung d. ungar. Abgeordnetenhauses v. 13. Mai 1874. Beantwortung einer Interpellation über die Beust'sche Depesche durch den ungar. Ministerpräsidenten	5185.
„	„	21.	— Aus d. Sitzung der ungar. Delegation v. 21. Mai 1874. Beantwortung einer Interpellation üb. die Beust'sche Depesche durch d. gemeinsamen Minister d. Ausw. [Nach der Wiener Zeitung] . . .	5186.

Japanesische Beziehungen. (Vgl. Bd. XVII u. vorg.)

1873. Juli 10. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. an die k. u. k. Missionen zu London, Paris, Rom, Bern und im Haag. Mittheilung üb. eine Conferenz mit den japanes. Botschaftern. (m. Beilage) 5176.

La Marmora's Buch.

1860. Oct. 13. Preussen. Min. d. Ausw. (Freih. v. Schleinitz) an den Gesandten in Turin (Graf Brassier de St. Simon). Preussens Stellung zum Verfahren der sardinischen Regierung und zum Nationalitätsprincip 5061.
- „ Oct. 29. Italien. Min. d. Ausw. (Graf Cavour) an den Gesandten in Berlin (Graf Launay). Antwort auf die preuss. Vorhaltungen 5062.
1861. Jan. 16. — Min. d. Ausw. an General La Marmora. Sendung nach Berlin 5060.
- „ Febr. 17. — General La Marmora an den Min. d. Ausw. Bericht üb. die Mission nach Berlin. (Auszug) 5063.
1864. Nov. 19. — Ges. in Paris (Comm. Nigra) an General La Marmora. Annäherungsversuche Oesterreichs an Italien 5064.
1865. Aug. 4. — La Marmora an den Ges. in Paris. Preussische Eröffnungen 5065.
- „ „ 13. — Ges. in Paris an General La Marmora. Frankreichs Ansicht üb. die Situation 5066.
1866. März 14. — General Govone an General La Marmora. Erster Bericht aus Berlin 5067.
- „ „ 17. — Ders. an dens. Weiterer Bericht u. preussischer Vertragsentwurf 5068.
- „ „ 19. — Ges. in Berlin (Graf Barral) an La Marmora. Bismarck wünscht, dass Italien vorangehe. Telegr. 5069.
- „ „ 20. — Ges. in Berlin an La Marmora. Neuer Vorschlag Bismarcks. Telegramm 5070.
- „ „ 27. — Ders. an dens. Entwurf eines Offensiv- u. Defensiv-Allianz-Vertrages. Telegramme 5071.
- „ „ 28. — La Marmora an den Ges. in Berlin. Annahme des Entwurfs, Forderung, das Trentin einzu beziehen. Telegramm 5072.
- „ „ 30. — Ges. in Berlin an La Marmora. Bismarck weigert sich üb. das Trentin zu verhandeln. Telegramm 5073.
- „ „ 24—30. — Vertreter in Paris (Comm. Nigra u. Graf Arrese) an La Marmora. Verhalten Frankreichs zum bevorstehenden Konflikte. Briefauszüge u. Telegramme 5074.
- „ April 12. — Gen. Govone an La Marmora. Zweifel ob Bismarck es zum Kriege bringen werde 5075.
- „ „ 8. — Ges. in Berlin an La Marmora. Abschluss des Vertrags mit Preussen. Telegramm 5076.
- „ „ 21. — Gen. Govone an La Marmora. Bismarcks Haltung gegenüber dem österr. Abrüstungsvorschlage 5077.
- „ „ 26. — La Marmora an den Ges. in Berlin. Mittheilung,

			dass Oesterreich rüste, aber nicht Italien. Telegramm	5078.
1866.	Mai	1.	Italien. Ges. in Paris an La Marmora. Unzufriedenheit des Kaisers üb. die ital. Rüstungen . . .	5079.
"	"	2.	— General Govone an La Marmora. Differenz mit Preussen über die Tragweite des Vertrages vom 8. April. Telegramme	5080.
"	"	2.	— La Marmora an den Ges. in Berlin. Italienische Auffassung des Vertrages.	5081.
"	"	5.	— Ges. in Paris an La Marmora. Oesterreich bietet die Abtretung Venetiens an. Telegramm . . .	5082.
"	"	5.	— La Marmora an den Ges. in Paris. Antwort auf den österr. Vorschlag. Telegramm	5083.
"	"	5.	— Ges. in Paris an La Marmora. Schriftl. Bericht üb. d. österr. Vorschlag	5084.
"	"	7.	— Memoire des Gen. Govone üb. die von Oesterreich angebotene Abtretung Venetiens, für den Commandeur Nigra redigirt [Auszug]	5085.
"	"	14.	— La Marmora an den Ges. in Paris. Widerspruch gegen eine Abtretung Venetiens an Frankreich. Telegramm	5086.
"	"	22.	— Gen. Govone an La Marmora. Bericht üb. eine Unterredung mit d. Grafen Bismarck. [Auszug]	5087.
"	"	24.	— Ges. in Paris an La Marmora. Die Congressaussichten	5088.
"	Juni	3.	— La Marmora an den Ges. in Berlin. Italien will nicht zuerst angreifen. Telegramm	5089.
"	"	3.	— Ges. in Berlin an La Marmora. Antwort. Telegramm	5090.
"	"	3.	— Gen. Govone an La Marmora. Bericht üb. seine Abschiedsaudienz bei Graf Bismarck.	5091.
"	"	4.	— Ges. in Paris an La Marmora. Eindruck der österr. Antwort auf d. Congressvorschlag in Paris. Telegramm	5092.
"	"	5.	— Ders. an dens. Neue Vorschläge Frankreichs in Wien	5093.
"	"	8.	— Ges. in Berlin an La Marmora. Der König ist zum Kriege entschlossen. Telegramm	5094.
"	"	10.	— Ders. an dens. Unzufriedenheit Bismarcks mit General Manteuffel. Telegramm	5095.
"	"	12.	— Ders. an dens. Aeusserung des österr. Ges. in Berlin. Telegramm	5096.
"	"	12.	— La Marmora an den Ges. in Paris. Erbittet Instruction vom Kaiser. Telegramm	5097.
"	"	12.	— Ges. in Paris an La Marmora. Antw. des Kaisers	5098.
"	"	12.	Preussen. Ges. in Florenz (Graf Usedom) an La Marmora. Mittel zur Insurrectionirung Ungarns . .	5099.
"	"	15.	Italien. Ges. in Berlin an La Marmora. Graf Bismarck üb. den Feldzugsplan. Telegramm	5100.
"	"	17.	— Ders. an dens. Officielle Aufforderung zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich. Telegramm	5101.

Inhaltsverzeichniss.

Juni	17.	Italien. La Marmora an den Ges. in Berlin. Zustimmung auf d. preuss. Aufforderung. Telegramm	5102.
„	20.	— La Marmora an Erzherzog Albrecht, Obercommandanten d. österr. Truppen im Venetianischen. Kriegserklärung	5103.
Jan.	16.	Preussen. Aus d. 29. Sitzung d. Abgeordnetenhauses vom 16. Jan. 1874. Aeusserungen des Fürsten Bismarck üb. La Marmora's Buch	5104.
„	22.	— Note des Deutschen Reichs-Anz. u. Kön. Preuss. Staats-Anz. v. 22. Jan. 1874 üb. La Marmora's Buch	5105.
„	22.	Italien. La Marmora an die Opinions. Erwiderung auf die Note des Pr. Staats-Anz. [Uebersetzung]	5106.
Febr.	3.	— Aus d. Sitzung d. Deputirtenkammer v. 3. Febr. 1874. Interpellation üb. La Marmora's Veröffentlichungen	5107.
on-Angelegenheit. (Vgl. Bd. XVI. No. 3555, 3556, Bd. X. u. vorg.)			
Jan.	15.	Oesterreich-Ungarn. Gesandter in Konstantinopel (Graf Ludolf) an den k. u. k. Min. des Ausw. Rustem Bey an Stelle Franco Pascha's zum Gouverneur des Libanon designirt	5143.
April	2.	— Ders. an dens. Rustem Pascha wünscht zehnjährige Amtsdauer	5144.
„	12.	— Ders. an dens. Zustimmung der Pforte zur zehnjährigen Amtsdauer	5145.
„	24.	— Ders. an dens. Uebersendung des Protokolls üb. die Ernennung Rustem Pascha's. — Beilage Protocoll	5146.
talische Angelegenheiten, siehe Aden-, Bethlehem-, Liban- und Suezkanal-Angelegenheit.			
reichische allgemeine Politik. (Vgl. Bd. XXI.)			
Mai	9.	Oesterreich-Ungarn. Aus der Sitzung des Finanzausschusses der Reichsrathsdelegation v. 9. Mai 1874	5142.
reichisches Rothbuch, siehe No. 5143—5176.			
reizer Verfassungsrevision. (Vgl. Bd. XXII.)			
Jan.	31.	Schweiz. Bundesgesetz, betr. die Revision d. Bundesverfassung vom 12. Sept. 1848. Vom 31. Jan. 1874	5177.
März	23.	— Proklamation d. Bundesrathes zu der am 19. April 1874 stattfindenden Abstimmung über die neue Bundesverfassung	5178.
enhandel.			
März 8—Nov.	17.	Grossbritannien. Verträge zur Abschaffung des Slavenhandels an der Ostküste von Africa	5216.
„	8.	— Engagement of the Sultan of Johanna as to protection to be afforded to Immigrants in the Island of Johanna	5216 a.

1873.	April	7.	Grossbritannien. Engagement of the Nukeeb of Maculla for the Abolition of the Slave Trade in his Dominions	5216b.
"	"	14.	— Treaty between Her Majesty and the Sultan of Muscat for the Abolition of the Slave Trade . .	5216c.
"	Juni	5.	— Treaty between Her Majesty and the Sultan of Zanzibar for the Suppression of the Slave Trade	5216d.
"	Nov.	17.	— Engagement of the Jemadar of Shur for the Abolition of the Slave Trade in his Dominions	5216e.

Spanischer Intransigenten-Aufstand und das Verhalten der fremden Flotten dabei.

1873.	Juli	15.	Grossbritannien. Consul in Carthagena an den Min. d. Ausw. Anzeige von d. Uebergabe Carthagena's an die Insurgenten	5217.
"	"	23.	Spanien. Vertreter in London an den engl. Min. d. Ausw. Anzeige, dass die Insurgentenschiffe von der Regierung in Madrid für Piraten erklärt sind. (Translation)	5218.
"	"	24.	Grossbritannien. Secretair d. Ausw. Amts an den Secretair der Admiralität. Instruction für das Verhalten der engl. Kriegsschiffe	5219.
"	"	27.	— Vertreter in Madrid (Mr. Macdonell) an den kön. Min. d. Ausw. Bericht üb. die Wegnahme der „Vigilante“ durch Captain Werner. (Extrait). Mit 2 Beilagen.	5220.
"	"	29.	— Min. d. Ausw. an den kön. Geschäftsträger in Berlin (Mr. Adams). Mittheilung über das Verhalten Englands gegen die Insurgentenschiffe .	5221.
"	"	30.	— Admiralität u. Ausw. Amt. Meldung des drohenden Bombardements von Malaga und Antwort darauf	5222.
"	Aug.	1.	— Consul in Malaga an den kön. Min. d. Ausw. Bericht über die Wegnahme der „Vittoria“ und „Almanza“	5223.
"	"	2.	— Vice-Admiral Sir H. Yelverton an den Secretair der Admiralität. Bericht üb. d. Operationen des „Friedrich Karl“ und „Swiftsure“. — Beilage. Captain Ward to Vice-Admiral Sir H. Yelverton	5224.
"	"	3.	— Min. d. Ausw. an den kön. Geschäftsträger in Berlin. Mittheilung d. Instructionen an die engl. Flottenoffiziere	5225.
"	"	4.	Frankreich. Min. d. Ausw. (Duc de Broglie) an die franz. Consuln in Spanien. Mittheilung der Instruction an die franz. Flottencommandanten .	5226.
"	"	9.	Deutschland. Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Wunsch übereinstimmenden Handelns gegenüber den span. Verwicklungen	5227.
"	"	11.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an d. kön. Geschäftsträger in Berlin. Zustimmung zum Wunsche der deutschen Regierung	5228.
"	"	11.	— Vertreter in Madrid an den kön. Min. d. Ausw.	

			Die Madrider Regierung verlangt die Auslieferung der den Insurgenten abgenommenen Schiffe . . .	5229.
1873.	Aug.	11.	Frankreich. Min. d. Ausw. an d. Vertreter Frankreichs im Ausl. Darlegung des franz. Standpunkts gegenüber den Ereignissen in Spanien	5230.
"	"	12.	Grossbritannien. Captain Ward an Vice-Admiral Sir H. Yelverton. Weiterer Bericht üb. die Vorgänge vor Carthagena. — Beilage 1. Declaration. — Beilage 2. The Germ. Minister at Madrid to his Consul at Alicante. (Télégr.)	5231.
"	Aug.	20.	— Secr. d. Ausw. Amtes an den Secr. d. Admiralität. Weitere Instructionen u. Urtheil über das Verhalten der Flottenoffiziere	5232.
"	"	20.	— Min. d. Ausw. an den kön. Botschafter in Paris. Darlegung des engl. Standpunkts	5233.
"	"	22.	Deutschland. Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Die deutsche Regierung wünscht gegenseitigen Schutz der Angehörigen in Spanien. (Extract.) — Beilage. Telegram received by Count Münster, August 21, 1873	5234.
"	"	25.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den deutschen Botschafter in London. Die engl. Regierung hält die bish. Instructionen für ausreichend. (Telegr.)	5235.
"	"	25.	— Vice-Admiral Sir H. Yelverton an den Secretair der Admiralität. Schwierigkeiten der Uebergabe der Schiffe an die Madrider Regierung im Angesicht der Insurgenten in Carthagena.	5238.
"	"	29.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Geschäftsträger und die Consuln in Spanien. Uebereinstimmung der engl. u. franz. Instructionen . . .	5237.
"	"	30.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den kön. Geschäftsträger in Berlin. Weitere Begründung der engl. Ansicht (Extract)	5236.
"	Sept.	1.	— Vice-Admiral Sir H. Yelverton an den Secretair der Admiralität. Bericht über die Wegführung der „Vittoria“ und „Almanza“ nach Gibraltar. (Extract.) Mit 3 Beilagen.	5239.
"	"	1.	Spanien. Die revolutionaire Junta von Carthagena an den engl. Consul daselbst. Verlangen der Anerkennung als Kriegführende. (Translation). . .	5240.
"	"	21.	Grossbritannien. Secr. d. Ausw. Amtes an den Secr. der Admiralität. Instruction betr. des drohenden Bombardements von Alicante durch d. Insurgenten	5241.
"	"	21.	Frankreich. Viceconsul in Alicante u. Min. d. Ausw. Anfrage wegen des drohenden Bombardements u. Antwort darauf. Telegramme	5242.
"	"	24.	Grossbritannien. Secr. d. Ausw. Amtes an den Secr. der Admiralität. Erneute Einschärfung strenger Neutralität	5244.
"	"	24.	— Min. d. Ausw. an den kön. Vertreter in Madrid. Bedingung für Auslieferung der Schiffe . . .	5245.

1873. Sept. 26. — Vertreter in Madrid an den kön. Min. d. Ausw.
Annahme der Bedingung u. Uebergabe d. Schiffe 5246.
„ „ 26. — Secretair der Admiralität an den Secr. d. Ausw.
Amts. Mittheilungen üb. d. Vorgänge bei Alicante 5243.

Suezkanal-Angelegenheit. (Vgl. Bd. XVII u. vorg.)

1872. März 30. Oesterreich-Ungarn. Consul in Suez an den k. u. k.
Min. d. Ausw. Beabsichtigte Tarif-Erhöhung . 5147.
„ Juli 2. — Ges. in Konstantinopel an den k. u. k. Min.
d. Ausw. Schritte gegen die Erhöhung des Kanal-
tarifes 5148.
„ Sept. 28. — Min. d. Ausw. an die k. u. k. Missionen in Paris,
Berlin u. Rom. Mittheilung, dass England ein
gemeinsames Vorgehen der Seemächte wünscht. 5149.
„ Oct. 5. — Geschäftsträger in Paris (Graf Hoyos) an den
k. u. k. Min. d. Ausw. Französ. Auffassung der
Sachlage 5150.
1873. Jan. 14. Türkei. Botschafter in Wien (Aarifi Bey) an d. k. u. k.
Min. d. Ausw. Einladung zu einer Konferenz
üb. Schiffsmessung 5151.
„ Febr. 13. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. an den kaiserl.
türk. Botschafter in Wien. Annahme der Ein-
ladung 5152.
„ März 3. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl Granville) an
den kön. Botschafter in Konstantinopel (Sir H.
Elliot). Bedenken gegen die Absicht der Türkei,
die allgemeine Frage der Schiffsmessung und die
Sueztarif-Frage zu trennen 5153.
„ „ 10. Frankreich. Verbalnote des Ausw. Amts an den k. u. k.
Botschafter (Graf Apponyi). Frankreich will die
Gebührenfrage zunächst der Pforte überlassen . 5154.
„ April 10. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. an den k. u. k.
Gesandten in Konstantinopel. Darlegung der Sach-
lage und der Standpunkte der einzelnen Mächte 5155.
„ „ 24. Ders. an dens. Weitere Instruktion 5156.
„ Mai 5. — Ges. in Konstantinopel an den Min. d. Ausw.
Bericht über den Zusammentritt der türk. Com-
mission 5157.
„ „ 24. — Ders. an dens. Bericht üb. die Beschlüsse der
türk. Commission 5158.
„ Juni 12. — Min. d. Ausw. an den kön. grossbrit. Botschafter
in Wien (Sir A. Buchanan). Widerlegung der
engl. Anschauungen 5159.
„ „ 16. — Ges. in Konstantinopel an den Min. d. Ausw.
Entscheidung des türk. Ministerrathes in der
Tariffrage 5160.
„ „ 23. — Ders. an dens. Weiterer Bericht üb. die Ent-
scheidung der Pforte 5161.
„ „ 7. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. an die k. u. k.
Missionen in London, Paris, Rom, Berlin u. St.
Petersburg. Kritik der Entscheidung der Pforte 5162.

1873.	Juli	12.	— Gesandter in Konstantinopel an d. Min. d. Ausw. Mittheilung des Schreibens der Pforte an den Khedive über die Tarifffrage. — Beilage. Copie d'une Note de la Sublime Porte au Khèdive	5163.
„	„	17.	— Ders. an dens. Mittheilung über die engl. Auffassung und über Lesseps' Verhalten	5164.
„	„	18.	— Botschafter in London (Graf Beust) an den Min. d. Ausw. Engl. Auffassung	5165.
„	Aug.	1.	— Ders. an dens. England schliesst sich der österr. Auffassung an. Telegramm	5166.
„	„	1.	— Gesandter in Konstantinopel an d. Min. d. Ausw. Gemeinsame Schritte der Gesandten in Konstantinopel. — Beilage. Traduction de la lettre vezirielle adressée a. S. A. le Khèdive en date du 6. Djémazi-ul-Akher 1290	5167.
„	„	15.	— Vertreter in Paris (Graf Kuefstein) an den Min. d. Ausw. Der franz. Standpunkt	5168.
„	„	21.	Türkei. Botschafter in Wien (Cabuli Pascha) an den Min. d. Ausw. Einladung zur internationalen Commission auf den 15. Sept.	5169.
„	„	31.	Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in Wien. Annahme der Einladung	5170.
„	„	31.	— Min. d. Ausw. an den k. u. k. Geschäftsträger in Konstantinopel (Graf Zaluski). Instruktion f. die Commissionsverhandlungen	5171.
„	Oct.	6.	— Geschäftsträger in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Zusammentritt der internat. Commission. Telegramm	5172.
„	Dec.	18.	Europäische Seemächte. Schlussbericht der internationalen Commission für Schiffsmessung. (Mit 3 Beilagen)	5174.
„	„	19.	Oesterreich-Ungarn. Gesandter in Konstantinopel an d. Min. d. Ausw. Schluss der Commissionsarbeiten. (Auszug)	5173.
1874.	März	3.	Türkei. Botschafter in Wien an den Min. d. Ausw. Resultate der internat. Commission	5175.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Belgien.

Suezkanal-Angelegenheit:
1873. Dec. 18. No. 5174.

Buchara.

Central-Asiatische Frage:
1873. Oct. 10. No. 5139.

Chiwa.

Central-Asiatische Frage:
1873. Aug. 24. No. 5138.

Deutschland.

Span. Intransigenten-Aufstand:
1873. Aug. 9. No. 5227.
" " 22. " 5234.
Suezkanal-Angelegenheit:
1873. Dec. 18. No. 5174.

Europäische Seemächte.

Suezkanal-Angelegenheit:
1873. Dec. 18. No. 5174.

Frankreich.

Bethlehem-Angelegenheit:
1873. März 19. No. 5187.
" Mai 1. " 5188.
" " 7. " 5189.
" " 20. " 5190.
" Juni 12. " 5191.
" Juli 18. " 5192.
" Aug. 6. " 5193.
Chinesische Beziehungen:
1873. Jan. 3. No. 5194.
" Febr. 25. " 5195.

1873. März 13. No. 5196.
" Mai 15. " 5197.
" Juni 25. " 5198.
" " 27. " 5199.
" " 29. " 5200.

Englisch-französischer Handelsvertrag:

1873. Juli 23. No. 5247.
Gramont-Beust'scher Streit:
1872. Dec. 9. No. 5179.
" " 28. " 5180.
1873. Jan. 8. " 5183.

Span. Intransigenten-Aufstand:
1873. Aug. 4. No. 5226.
" " 11. " 5230.
" " 29. " 5237.
" Sept. 21. " 5242.

Suezkanal-Angelegenheit:
1873. März 10. No. 5154.
" Dec. 18. " 5174.

Griechenland.

Suezkanal-Angelegenheit:
1873. Dec. 18. No. 5174.

Grossbritannien.

Aden-Angelegenheit:
1873. Jan. 11. No. 5202.
" " 23. " 5203.
" " 30. " 5204.
" Febr. 3. " 5205.
" März 17. " 5206.
" Mai 15. " 5207.

1873.	Juni	6.	No. 5208.
„	Oct.	17.	„ 5210.
„	„	20.	„ 5211.
„	Nov.	7.	„ 5212.
„	„	21.	„ 5213.
„	Dec.	7.	„ 5215.
Central-Asiatische Frage:			
1869.	März	27.	No. 5109.
„	April	17.	No. 5111.
„	Juni	2.	„ 5112.
„	„	26.	„ 5113.
„	Sept.	3.	„ 5114.
„	Dec.	1.	„ 5115.
„	„	29.	„ 5116.
1870.	Febr.	8.	„ 5117.
„	„	25.	„ 5118.
„	März	26.	„ 5119.
„	April	5.	„ 5120.
„	„	19.	„ 5121.
„	Juni	14.	„ 5122.
„	„	15.	„ 5123.
„	Juli	6.	„ 5124.
„	„	13.	„ 5125.
„	Aug.	4.	„ 5126.
„	„	18.	„ 5127.
1871.	April	19.	„ 5128.
„	Juni	13.	„ 5129.
1872.	März	19.	„ 5131.
„	Mai	16.	„ 5132.
„	Oct.	17.	„ 5133.
1873.	Jan.	8.	„ 5135.
„	„	24.	„ 5136.
1874.	Jan.	7.	„ 5140.
Chinesische Beziehungen:			
1873.	Juli	7.	No. 5201.
Englisch-französischer Handels-			
vertrag:			
1873.	Juli	23.	No. 5247.
Span. Intransigenten-Aufstand:			
1873.	Juli	15.	No. 5217.
„	„	25.	„ 5219.
„	„	27.	„ 5220.
„	„	29.	„ 5221.
„	„	30.	„ 5222.
„	Aug.	1.	„ 5223.
„	„	2.	„ 5224.
„	„	3.	„ 5225.
„	„	11.	„ 5228.
„	„	11.	„ 5229.
„	„	12.	„ 5231.
„	„	20.	„ 5232.

1873.	Aug.	20.	No. 5233.
„	„	25.	„ 5235.
„	„	25.	„ 5238.
„	„	30.	„ 5236.
„	Sept.	1.	„ 5239.
„	„	21.	„ 5241.
„	„	24.	„ 5244.
„	„	24.	„ 5245.
„	„	26.	„ 5243.
„	„	26.	„ 5246.
Suezkanal-Angelegenheit:			
1873.	März	3.	No. 5153.
„	Dec.	18.	„ 5174.

Italien.

La Marmora's Buch:			
1860.	Oct.	29.	No. 5062.
1861.	Jan.	16.	„ 5060.
„	Febr.	17.	„ 5063.
1864.	Nov.	19.	„ 5064.
1865.	Aug.	4.	„ 5065.
„	„	13.	„ 5066.
1866.	März	14.	„ 5067.
„	„	17.	„ 5068.
„	„	19.	„ 5069.
„	„	20.	„ 5070.
„	„	27.	„ 5071.
„	„	28.	„ 5072.
„	„	30.	„ 5073.
„	„	24—30.	„ 5074.
„	April	2.	„ 5075.
„	„	8.	„ 5076.
„	„	21.	„ 5077.
„	„	26.	„ 5078.
„	Mai	1.	„ 5079.
„	„	2.	„ 5080.
„	„	2.	„ 5081.
„	„	5.	„ 5082.
„	„	5.	„ 5083.
„	„	5.	„ 5084.
„	„	7.	„ 5085.
„	„	14.	„ 5086.
„	„	22.	„ 5087.
„	„	24.	„ 5088.
„	Juni	3.	„ 5089.
„	„	3.	„ 5090.
„	„	3.	„ 5091.
„	„	4.	„ 5092.
„	„	5.	„ 5093.
„	„	8.	„ 5094.
„	„	10.	„ 5095.
„	„	12.	„ 5096.

1866.	Juni	12.	No. 5097.
"	"	12.	" 5098.
"	"	15.	" 5100.
"	"	17.	" 5101.
"	"	17.	" 5102.
"	"	20.	" 5103.
1874.	Jan.	26.	" 5106.
"	Febr	3.	" 5107.
Sueskanal-Angelegenheit:			
1873.	Dec.	18.	No. 5174.
Niederlande.			
Sueskanal-Angelegenheit:			
1873.	Dec.	18.	No. 5174.
Oesterreich-Ungarn.			
Gramont-Beust'scher Streit:			
1870.	Juli	20.	No. 5184.
1873.	Jan.	4.	" 5181.
"	"	4.	" 5182.
1874.	Mai	13.	" 5185.
"	"	21.	" 5186.
Japanesische Beziehungen:			
1873.	Juli	10.	No. 5176.
Libanon-Angelegenheit:			
1873.	Jan.	15.	No. 5143.
"	April	2.	" 5144.
"	"	12.	" 5145.
"	"	24.	" 5146.
Oesterreichische allgemeine Politik:			
1874.	Mai	9.	No. 5142.
Sueskanal-Angelegenheit:			
1872.	März	30.	No. 5147.
"	Juli	2.	" 5148.
"	Sept.	28.	" 5149.
"	Oct.	5.	" 5150.
1873.	Jan.	14.	" 5151.
"	Febr.	13.	" 5152.
"	April	10.	" 5155.
"	"	24.	" 5156.
"	Mai	5.	" 5157.
"	"	24.	" 5158.
"	Juni	12.	" 5159.
"	"	16.	" 5160.
"	"	29.	" 5161.
"	Juli	7.	" 5162.
"	"	12.	" 5163.
"	"	17.	" 5164.
"	"	18.	" 5165.
"	"	1.	" 5166.

1873.	Aug.	1.	No. 5167.
"	"	15.	" 5168.
"	"	31.	" 5170.
"	"	31.	" 5171.
"	Oct.	6.	" 5172.
"	Dec.	18.	" 5174.
"	"	19.	" 5173.

Preussen.

La Marmora's Buch:			
1860.	Oct.	13.	No. 5061.
1866.	Juni	12.	" 5099.
1874.	Jan.	16.	" 5104.
"	"	22.	" 5105.

Russland.

Central-Asiatische Frage:			
1864.	Nov.	21.	No. 5108.
1869.	März	7.	" 5110.
1871.	Nov.	13.	" 5130.
1872.	Dec.	19.	" 5134.
1873.	Jan.	31.	" 5137.
"	Aug.	24.	" 5138.
"	Oct.	10.	" 5139.
1874.	Febr.	2.	" 5141.
Sueskanal-Angelegenheit:			
1873.	Dec.	18.	No. 5174.

Schweden und Norwegen.

Sueskanal-Angelegenheit:			
1873.	Dec.	18.	No. 5174.

Schweiz.

Schweizer Verfassungsrevision:			
1874.	Jan.	31.	No. 5177.
"	März	23.	" 5178.

Spanien.

Span. Intransigenten-Aufstand:			
1873.	Juli	23.	No. 5218.
"	Sept.	1.	" 5240.
Sueskanal-Angelegenheit:			
1873.	Dec.	18.	No. 5174.

Türkei.

Aden-Angelegenheit:			
1873.	Juli	15.	No. 5209.
"	Nov.	26.	" 5214.
Sueskanal-Angelegenheit:			
1873.	Jan.	14.	No. 5151.
"	Aug.	21.	" 5169.
"	Dec.	18.	" 5174.
1874.	März	3.	" 5175.



Aus:

Un po' più di luce sugli eventi politici e militari dell' anno 1866

pel Generale

Alfonso La Marmora¹⁾.

Nr. 5060.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. (Graf Cavour) an General La Marmora.
Sendung nach Berlin.

Turin, 16. Januar 1861.

Excellenz! — Se. Majestät der König haben geruht Ew. Excellenz zum
ausserordentlichen Gesandten zu ernennen, um Se. preussische Majestät an-
lässlich der Besteigung des Thrones ihrer Väter zu beglückwünschen. || Indem
Se. Majestät diese Mission einer durch ihre dem Lande geleisteten Dienste
und die höchsten Würden des Staates so ausgezeichneten Person vertraute,
wollte er zugleich dem Berliner Hofe ein Zeugniss geben, wie hoch er die

Nr. 5060.
Italien.
16. Jan. 1861.

¹⁾ Bei dem Interesse, welches sich an die politischen Beziehungen zwischen Preussen, Italien und Frankreich vor dem Kriege von 1866 knüpft, insbesondere weil in denselben die Keime des späteren deutsch-französischen Konfliktes liegen, geben wir nachstehend die wichtigsten Aktenstücke aus La Marmora's Buch. Dasselbe bildet übrigens nur den ersten Theil des Werks, dessen zweiter Theil sich speciell mit der Leitung des Kriegs von 1866 und der Politik während desselben beschäftigen sollte, wogegen der erste Theil hauptsächlich die Vorbereitungen zum Kriege und die Haltung Italiens in der Zeit vom 23. Sept. 1864 bis 17. Juni 1866, während welcher La Marmora Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen war, schildern will. Das Erscheinen des zweiten Theils ist inzwischen zweifelhaft geworden.

Wir geben die von La Marmora französisch mitgetheilten Aktenstücke im Original, die italienischen nach der bei Franz Kirchheim in Mainz erschienenen deutschen Uebersetzung.

A. d. Red.

Nr. 5060.
Italien.
16. Jan. 1861.

glücklicherweise zwischen beiden Kronen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen schätze, und wie sehr er sie zu befestigen und zu erweitern wünsche. Obgleich benannte Sendung ein reiner Act der Courtoisie gegen die Person des neuen Herrschers von Preussen ist, so wird derselbe nichtsdestoweniger Ew. Exc. wahrscheinlich Gelegenheiten genug bieten, um die Intentionen der königlichen Regierung und die politische Haltung, welche sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu bewahren gedenkt, in ein klareres Licht zu setzen. Zu diesem Zwecke halte ich es angezeigt, Ihnen Fingerzeige zu geben, jedoch so kurz als möglich, weil Ihre vollständige Kenntniss der Absichten, mit welchen sich die Regierung trägt, mich der Mühe überhebt, Ihnen die Aufklärungen zu geben, die für einen Anderen nothwendig wären. || Sie wissen ja, dass der neue König von Preussen während seiner Regentschaft sich als einen sehr eifrigen Anhänger des Princips der sogenannten Legitimität bewährt hat und demgemäss mit einem gewissen Misstrauen der nationalen Bewegung gefolgt ist, Dank deren heute Italien unter dem einzigen Scepter unseres erhabenen Souveräns steht. Dieses Misstrauen, das sich bereits bei verschiedenen Gelegenheiten bekundete, tritt besonders lebhaft in einer Depesche des Baron Schleinitz vom 13. October v. J. hervor; ich habe darauf am 29. Oct. geantwortet. Ich füge eine Abschrift dieser beiden Schriftstücke bei; Ew. Exc. werden darnach leicht entnehmen können, in welcher Hinsicht die beiden Regierungen sich annähern und auseinander gehen. || Sobald die Rede auf wesentlichere, nämlich auf diejenigen Dinge kommt, welche augenblicklich vorwiegend die Aufmerksamkeit des Berliner Hofes beschäftigen, so ist Ew. Exc. ermächtigt zu erklären, wenn sich gerade die Gelegenheit bietet, dass die Regierung des Königs keineswegs beabsichtige, mit Oesterreich einen Krieg anzufangen, und dass sie nöthigenfalls jene unregelmässigen Freiwilligenzüge zu verhindern wissen werde, die bis zu einem gewissen Masse ihre Actionsfreiheit in Frage stellen könnten. Sie können beiläufig noch bemerken, dass wir die italienische Frage nicht eher für gelöst halten, bis Venetien an Italien zurückgegeben sein werde; aber wir gäben die Hoffnung nicht auf, dass jene folgenschwere Aenderung, sei es, wann es wolle, sich in friedlicher, naturgemässer Lösung herbeiführen lasse. Unter den verschiedenen Gründen, welche uns zu einem solchen Vertrauen berechtigen, zählt auch die neue politische Richtung, die Kaiser Franz Joseph eingeschlagen hat. Unseres Ermessens ist es nicht möglich, dass die grosse Reform, die in Oesterreich unter dem Namen des Nationalitätsprincips begonnen hat, für lange Zeit die venetianische Nationalität in der Erniedrigung und Unterdrückung belassen und sie behindern könne, sich mit dem Körper der Nation zu verbinden, von welcher die nackte Gewalt sie bis heute getrennt hält. || Was Ungarn anbelangt, so werden Sie nicht verschweigen, dass wir die lebhaftesten Sympathieen für jene hochherzige, tapfere Nation hegen und ihr jene Verbesserungen wünschen, die sie selbst im Namen ihrer hundertjährigen Rechte beansprucht und die ihr allein Ruhe und Glück bringen können. Indess weit entfernt, sie anzuregen, dass

sie mittelst Revolution und Waffengewalt ihre Rechte wieder erobere, seien wir vielmehr von dem Wunsche durchdrungen, dass sie dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln, kraft der Freiheiten erreiche, welche man ihr wieder verliehen. || Desgleichen müssen Ew. Exc. entschieden erklären, das Königreich Italien werde allzeit und gewissenhaft die Rechte des Deutschen Bundes achten; und wenn in dieser Hinsicht nochmals die Sprache auf die Erwägungen in Betreff Triest's kommen sollte, die an der Spitze des bekannten Decrets des Herrn Valerio stehen (betr. den Oesterreichischen Lloyd), so wiederholen Sie die Gründe, die ich schon dem Grafen Launay in der beifolgend copirten Depesche auseinandergesetzt habe. Ausserdem geben Sie zu bedenken, dass diese „Erwägungen“ in Italien völlig unbeachtet geblieben und die Regierung des Königs ihr Augenmerk darauf erst dann richtete, seitdem Graf Rechberg aus leicht zu errathenden Gründen mit vielem Geräusch die deutschen Cabinette darauf aufmerksam gemacht hatte, ein deutlicher Beweis, welche Bedeutung jenen rhetorischen Phrasen zuzuschreiben ist, die übrigens die Regierung missbilligt hat. || Der preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat auch dem Grafen Launay Mittheilungen wegen der Waffen gemacht, die von Genua aus expedirt und in den Häfen der moldo-walachischen Fürstenthümer beschlagnahmt worden sind. Jetzt weiss er, dass diese Waffen direct aus Ungarn gekommen sind, und zwar von dem General Türr, welchem sie der General Garibaldi während seiner Dictatur auf den beiden Sicilien zum Geschenke gemacht hatte. In der beigefügten Depesche werden Sie zu diesem Zwecke jene Aufklärungen lesen, welche die Regierung über eine Thatsache bringen kann, der sie ganz fremd geblieben ist. || In Betreff der allgemeinen Fragen über die Richtschnur unserer Politik und die gegenwärtige Lage der Halbinsel müssen Sie in erster Linie zu verstehen geben, dass das einige Italien ein wahres und dauerndes Interesse besitzt, die freundschaftlichsten Beziehungen mit Preussen zu unterhalten; denn diesem letzteren ist an der künftigen Gestaltung Deutschlands eine ganz hervorragende Rolle aufgespart. Dieses Interesse tritt augenscheinlich zu Tage, wenn man nur erwägt, dass beide Regierungen ihre Macht auf das Nationalitätsprincip und die gesetzliche Hochhaltung der liberalen Institutionen gründen und daraus ihre Kraft schöpfen, und dass der einen wie der anderen dieselben Schwierigkeiten in der Bewahrung der gemeinsamen Unabhängigkeit entgegenstehen, mögen die Gefahren und Verwicklungen von einer Seite kommen, woher sie wollen. Die Lage der süditalienischen Provinzen hätte allenfalls einen Zweifel wegen der friedlichen Befestigung der neuen Ordnung der Dinge erwecken können. Ew. Exc. können indess sagen, dass die Gemüther sich zu beruhigen anfangen, und dass die Wühlereien, eine unausbleibliche Folge der politischen Aenderungen, jetzt nahezu erloschen sind. Die Wegnahme von Gaëta wird der Reaction die letzten Hifs- und Reizmittel entziehen und in den Gegenden, wo jene, allerdings vergeblich, ihre Kräfte versucht, die Ruhe vollständig wiederherstellen. || Zum Schlusse gegenwärtiger Instruction zwei Verhaltensmassregeln.

Nr. 5000.
Italien.
16. Jan. 1861.

Nr. 5060. Sie werden natürlich während Ihres Berliner Aufenthaltes mit den russischen
 Italien. Diplomaten verkehren müssen. Geben Sie in Ihren Unterhaltungen denselben
 16. Jan. 1861. zu erkennen, mit welchem Wohlgefallen die Regierung des Königs es sehen
 würde, wenn sich die Beziehungen zwischen den beiden Höfen von Neuem
 befestigten; andererseits werden Sie sich aber jeglicher Dienstfertigkeit ent-
 halten, sonst könnte man am Ende bei uns eine gewisse Zudringlichkeit arg-
 wöhnen; diese verträgt sich aber durchaus nicht mit jener würdevollen
 Reserve, welche Se. Majestät einer Macht gegenüber einzuhalten gedenkt, die
 ohne einen eigenen Grund so feierlich ihre Gesandtschaft von Turin zurück-
 gerufen hat. Der Tact und die Klugheit Ew. Exc. werden Ihnen schon die
 bei dieser so delicaten Sache erforderliche Weisung und Leitung geben. ||
 Zweitens werden Sie häufig in Berührung mit preussischen Militärs kommen.
 Das Gespräch kann dann wohl auf Venetien fallen, das zu Berlin nicht
 Wenige als militärische Grenzposition zur Sicherung des Deutschen Bundes
 nothwendig erachten. Ich werde Ihnen nicht die Gründe näher berühren, um
 die Unstichhaltigkeit dieser Behauptungen zu widerlegen. Ew. Excellenz
 werden mit jener Autorität zu sprechen wissen, die Ihnen allein zu eigen ist,
 und Ihre Bemerkungen werden hoffentlich einen tiefen Eindruck bei denen
 zurücklassen, die nicht im Interesse Oesterreichs, sondern im Interesse
 Deutschlands die gefährliche Theorie von den Grenzen aus dem einzigen
 Gesichtspunkte des eigenen Nutzens aufstellen und nachher, wie im vor-
 liegenden Falle, eine Offensivstellung mit den naturgemässen Vertheidigungs-
 mitteln verwechseln, welche für Italien und Deutschland in denselben festen
 Plätzen gegeben sind. || Ew. Exc. werden mir gefälligst Alles, das zu wissen
 Sie für dringlich halten, per Telegraph, und die Informationen, welche man
 nicht gut der gewöhnlichen Post wird anvertrauen können, durch einen be-
 sonderen Courier zukommen lassen. || Genehmigen Ew. Exc. auch bei dieser
 Gelegenheit den Ausdruck meiner Hochachtung.

C. Cavour.

Nr. 5061.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. (Freiherr v. Schleinitz) an den Ge-
 sandten in Turin (Graf Brassier de Saint-Simon). — Preussens
 Stellung zum Verfahren der sardinischen Regierung und zum
 Nationalitätsprincip. (Anlage zu Nr. 5060.)

Coblence, le 13 octobre 1860.

Nr. 5061. Monsieur le Comte, — Le Gouvernement de S. M. le Roi de Sardaigne
 Preussen. en nous faisant communiquer par l'intermédiaire de son Ministre à Berlin, le
 Oct. 1860. Mémoire du 12 septembre, semble lui-même avoir voulu nous engager à

lui faire part de l'impression que ses derniers actes et les principes d'après lesquels il a cherché à les justifier, ont produit sur le Cabinet de Son Altesse R. Mons. le Prince Régent. || Si ce n'est qu'aujourd'hui que nous répondons à cette démarche, V. E. aura su apprécier d'avance les motifs de ce retard; car, d'un côté, elle sait combien nous désirons maintenir de bons rapports avec le Cabinet de Turin, et de l'autre, les règles fondamentales de notre politique sont trop présentes à son esprit pour qu'elle n'ait pas dû pressentir la profonde divergence de principes que toute explication devait nécessairement constater entre nous et le Gouvernement du Roi Victor-Emmanuel. Mais en présence de la marche de plus en plus rapide des événements, nous ne saurions prolonger un silence qui pourrait donner lieu à des malentendus regrettables et jeter un faux jour sur nos véritables sentiments. || C'est donc afin de prévenir des appréciations erronées, que d'ordre de S. A. R. Mons. le Prince Régent, je vous exposerai sans réserve la manière dont nous envisageons les derniers actes du Gouvernement Sarde, et les principes développés dans son Mémoire précité. || Tous les arguments de cette pièce aboutissent au principe du droit absolu des nationalités. Certes, nous sommes loin de vouloir contester la haute valeur de l'idée nationale. Elle est le mobile essentiel et hautement avoué de notre propre politique qui, en Allemagne, aura toujours pour but le développement et la réunion dans une organisation plus efficace et plus puissante des forces nationales. Mais tout en attribuant au principe des nationalités une importance majeure, le Gouvernement Prussien ne saurait y puiser la justification d'une politique qui renoncerait au respect dû au principe du droit. Au contraire, loin de regarder comme incompatibles ces deux principes, il pense que c'est uniquement dans la voie légale des réformes, et en respectant les droits existants qu'il est permis à un Gouvernement régulier de réaliser les vœux légitimes des nations. || D'après le Mémoire Sarde, tout devrait céder aux exigences des aspirations nationales, et toutes les fois que l'opinion publique se serait prononcée en faveur de ces aspirations, les autorités existantes n'auraient qu'à abdiquer leur pouvoir devant une pareille manifestation. || Or, une maxime aussi diamétralement opposée aux règles les plus élémentaires du droit des gens, ne saurait trouver son application sans les plus graves dangers pour le repos de l'Italie, pour l'équilibre politique et la paix de l'Europe. En la soutenant on abandonne la voie des réformes, pour se jeter dans celle des révolutions. Cependant c'est en s'appuyant sur le droit absolu de la nationalité italienne et sans avoir à alléguer aucune autre raison que le Gouvernement de S. M. le Roi de Sardaigne a demandé au Saint-Siège le renvoi de ses troupes non italiennes, et que, sans même attendre le refus de celui-ci, il a envahi les Etats Pontificaux dont il occupe à l'heure qu'il est la majeure partie. Sous ce même prétexte, les insurrections qui éclatèrent à la suite de cette invasion, ont été soutenues; l'armée que le Souverain Pontife avait formée pour maintenir l'ordre public a été attaquée et dispersée; et loin de s'arrêter dans

Nr. 5061.
Preussen.
13. Oct. 1860.

cette voie, qu'il poursuit au mépris du droit international, le Gouvernement Sarde vient de faire donner ordre à son armée de franchir sur différents points les frontières du Royaume de Naples dans le but avoué de venir au secours de l'insurrection et d'occuper militairement le pays. En même temps les Chambres Piémontaises sont saisies d'un projet de loi tendant à effectuer de nouvelles annexions en vertu du suffrage universel, et à inviter ainsi les populations italiennes à déclarer formellement la déchéance de leurs Princes. C'est de cette manière que le Gouvernement Sarde, tout en invoquant le principe de non intervention en faveur de l'Italie, ne recule pas devant les infractions les plus flagrantes au même principe dans ses rapports avec les autres Etats Italiens. || Appelés à nous prononcer sur de tels actes et de tels principes nous ne pouvons que les déplorer profondément et sincèrement, et nous croyons remplir un devoir rigoureux en exprimant de la manière la plus explicite et la plus formelle notre désapprobation et des principes et de l'application que l'on a cru pouvoir en faire. || En vous invitant, M. le Comte, à donner lecture de la présente dépêche à M. le comte de Cavour, et à lui en laisser copie, je saisis cette occasion, etc. etc.

Schleinitz.

Nr. 5062.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Berlin (Graf Launay). — Antwort auf die preussischen Vorhaltungen. (Anlage zu Nr. 5060).

Turin, 29. octobre 1860.

Nr. 5062.
Italien.
20. Oct. 1860.

Monsieur le Comte, — Dans l'entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir avec le comte Brassier de Saint-Simon lorsqu'il est venu me donner lecture de la note du baron de Schleinitz du 13 octobre, j'ai cru devoir lui dissimuler la pénible impression qu'a faite sur moi la désapprobation du Cabinet de Berlin. On se tromperait cependant en supposant que je n'apprécie pas toute la gravité de la démarche que M. de Schleinitz vient de faire, et qu'à Turin on se méprenne sur sa véritable portée. Par suite des remarquables analogies qui existent entre le rôle historique de la Prusse et celui de la Sardaigne, les Italiens ont l'habitude de regarder la Prusse comme un allié naturel dont ils ambitionnent surtout l'approbation. C'est donc avec un regret non moins vif que sincère que le Gouvernement du Roi a appris le jugement sévère que le Cabinet de Berlin a porté sur nos derniers actes. Toutefois en cherchant à reconnaître par un examen attentif de la note Prussienne quelle était la nature de cette divergence d'opinions, j'ai dû me rassurer à la fois et sur les intentions du Prince généreux et éclairé qui est à la tête

du gouvernement Prussien et sur le but de la note dont il s'agit. En proclamant hautement qu'il reconnaît la valeur du principe des nationalités, en déclarant même que ce principe est la clef de voute de sa politique en Allemagne, le Cabinet de Berlin désapprouve les moyens dont les Italiens ont dû se servir pour faire triompher ce principe. || Il semble presque craindre qu'on ne gâte la plus noble des causes par l'emploi des forces révolutionnaires. Certes nous admirons les efforts patients et habiles que le Gouvernement Prussien continue à faire pour établir en Allemagne, sans la moindre dérogation au droit conventionnel, une constitution politique plus homogène et plus conforme aux vœux des populations. Nous espérons qu'il réussira à mettre d'accord la légalité avec les aspirations nationales; nous applaudirons, nous lui envierons même son succès. Mais il nous sera permis de remarquer que le Cabinet de Turin n'a cessé de suivre la même voie, que le jour où l'Autriche en envahissant brusquement le territoire piémontais a fait appel elle-même à des moyens de combat bien différents de l'influence morale et de l'autorité de l'exemple. Les préliminaires de paix de Villafranca et le traité de Zurich n'ont pu faire cesser l'ébranlement produit en Italie et en Europe par les batailles de Magenta et de Solferino, et il y aurait, à mon avis, une grande injustice à ne pas tenir compte au Gouvernement du Roi des nécessités nouvelles qui lui étaient imposées par les extrêmes difficultés de la situation. || Au surplus, même au point de vue légal et conventionnel, on me paraît trop disposé à oublier quelques circonstances, qui ont pourtant une grande portée. Ainsi vous n'ignorez pas, Monsieur le Comte, que le Roi Victor Emmanuel en accédant aux préliminaires de Villafranca a déclaré *n'y consentir que pour ce qui le concernait, c'est à dire seulement pour les stipulations relatives à la Lombardie.* || C'est avec les mêmes réserves qu'on a procédé à la stipulation du traité de Zurich, de sorte que le Roi Victor-Emmanuel n'a d'autre engagement vis-à-vis de l'Autriche que celui de respecter la frontière qui sépare leurs Etats respectifs. || Il est aussi tout-à-fait inexact que les troupes de S. M. aient envahi les Marches et l'Umbrie sans une déclaration de guerre; et le Cabinet de Turin n'a point manqué de notifier au Baron de Winspeare l'entrée des troupes Royales dans le territoire Napolitain. Enfin l'occupation par des soldats italiens d'un territoire italien en proie à la révolution, ne peut être regardée comme une violation du principe de la non-intervention. || En 1847 l'Autriche a occupé Cracovie et l'a annexée à ses Etats en prenant pour prétexte la nécessité d'éteindre un foyer révolutionnaire; l'occupation du territoire napolitain par nos troupes est-elle moins légitime parce que elle a été demandée par des milliers d'adresses au Roi, et sanctionnée par la presque unanimité du suffrage universel? || En vous communiquant ces observations d'une manière tout-à-fait réservée je n'ai voulu que vous mettre à même, Monsieur le Comte, de répondre verbalement aux remarques qu'on pourrait vous adresser sur notre conduite. || Je me réserve de traiter avec quelque développement toutes ces questions dans une Note

que j'aurai l'honneur d'adresser aux Légations de S. M. et qui réussira, je l'espère, à obtenir que le Cabinet de Berlin porte sur nous un jugement plus favorable. || Agréez etc.

C. Cavour.

Nr. 5063.

TALIEN. — General La Marmora an den Min. d. Ausw. — Bericht über die Mission nach Berlin.

[Auszug.]

Milan, le 17 février 1861.

Excellence, — A mon arrivée à Berlin le 25 janvier dernier, je fus reçu à la gare du chemin de fer par M. le baron de Launay et je fus sans retard présenté par lui au Ministre des affaires étrangères de Prusse, à qui j'ai remis une copie de la lettre dont j'étais chargé par S. M. le Roi, en le priant en même temps de me procurer une audience de S. M. afin que je puisse lui présenter mes lettres de créance, ainsi que la lettre autographe de notre auguste Souverain. Le baron de Schleinitz fut très-aimable avec moi, mais notre conversation ne roula que sur des objets tout à fait étrangers à la politique.

Le Roi m'adressa toujours la parole de la manière la plus aimable, seulement la conversation ne cessa pas de rouler sur la Famille Royale, sur l'organisation des armées, beaucoup sur la campagne de Crimée, sur les canons rayés, cela va sans dire, et même sur la campagne de 1859; mais S. M. ne toucha point à la politique actuelle, ni à tout ce qui s'est passé dans la Péninsule en 1860. Je ne crus pas pouvoir aborder le premier ces sujets avec le Roi, ni entamer une conversation politique qu'il me semblait ne pas désirer; mais comme je tenais d'autre part à exposer au Gouvernement Prussien de la manière la plus positive ce que Votre Excellence m'avait chargé de lui faire connaître, et à accomplir pleinement mes instructions, je demandai au baron de Schleinitz une audience qu'il m'accorda aussitôt, et qui eut lieu le 1^{er} février. || Dans cette conférence, j'ai d'abord dit au baron de Schleinitz que Votre Excellence m'avait chargé de donner au Gouvernement Prussien l'assurance que le Gouvernement de S. M. n'avait aucunement l'intention d'attaquer l'Autriche; qu'il était même résolu à s'opposer de toute manière aux tentatives que le parti avancé pourrait préparer pour le compromettre; que nous comprenions très-bien que notre entrée dans les Marches et dans l'Umbrie, ainsi que dans le Royaume de Naples, n'avait pas eu un caractère régulier, et qu'elle avait dû naturellement déplaire aux autres puissances, et particulièrement à la Prusse; mais qu'il n'y avait eu pour nous aucun moyen d'agir autrement sans nous laisser déborder par les véritables

révolutionnaires, et sans mettre en péril l'ordre de la sûreté générale au de- dans et même en dehors de l'Italie; que ce mouvement des Italiens vers leur émancipation n'était point l'oeuvre artificielle, mais la manifestation spontanée d'un sentiment irrésistible, et qu'il n'était donné à personne d'arrêter ce torrent, tandis qu'on pouvait (et il y avait un grand mérite à le faire) le diriger et le contenir. || La Prusse, ai-je ajouté, conserve encore, je ne dirai pas de l'animosité, mais une méfiance profonde contre la France, par qui elle a été humilié pendant huit années, il y a de cela cinquante ans. Comment la Prusse pourrait-elle reprocher à l'Italie de secouer un joug d'injustice et d'humiliation qui pèse sur elle depuis huit siècles? || L'Empereur des Français, continuai-je, n'a pas approuvé, lui non plus, nos dernières entreprises; il eut préféré une confédération Italienne à la réunion de l'Italie en un seul royaume; mais nous avons lieu de croire qu'il voit maintenant dans cette unité le seul moyen d'arriver à une pacification réelle de la Péninsule. | J'amenai ensuite l'entretien sur les deux points qui sont pour nous les plus essentiels : la question de la Vénétie, et la proclamation du Royaume d'Italie par les chambres, qui vont être réunies prochainement. Quant à la Vénétie, je parlai d'abord de l'état misérable où elle se trouve, et de l'impossibilité qu'un tel état de choses puisse durer; je m'appliquai ensuite à prouver au Ministre que le quadrilatère n'est nullement nécessaire à la défense de l'Allemagne, dont la frontière naturelle est marquée par les Alpes qui la séparent de l'Italie, et que c'est précisément cette frontière qui forme une distinction géographique entre les deux pays, la langue allemande au surplus et la langue italienne étant parlées chacune d'un côté des monts à l'exclusion de quelques communes, insignifiantes. || Le baron de Schleinitz me répondit qu'il était bien aise de recevoir les assurances pacifiques que je lui apportais de la part du comte de Cavour, dont il apprécie au plus haut degré les talents éminents et les hautes qualités d'homme d'Etat. Nous avons, dit le Ministre, toujours eu la plus grande sympathie pour le Piémont, et nous suivons avec le plus grand intérêt toutes les phases de sa politique, parcequ'il y a une analogie frappante entre la situation du Piémont en Italie et celle de la Prusse, en Allemagne. Certes nous ne pouvons approuver tout ce qui s'est fait dans ces derniers mois; c'est ce que j'ai dû faire sentir, bien à regret, par la Note de M. Brassier de Saint-Simon; mais nous comprenons aussi combien votre position était délicate, et que vous pouviez difficilement prendre un autre parti, aussi n'avons nous pas rappelé notre Ministre de Turin, malgré les vives instances qu'on faisait auprès de nous pour nous y déterminer. || Quant à la Vénétie, nous savons aussi combien elle est malheureuse, et que l'état actuel des choses ne saurait durer. Il y a en Prusse beaucoup de personnes qui pensent que le quadrilatère est nécessaire à la défense des intérêts allemands (le Baron, en disant ces mots, n'avait point du tout l'air de partager cette manière de voir); mais quoi qu'il en soit, vous pouvez-être certain que nous ne jetterons pas de l'huile sur le feu, et que si l'Autriche se dispose tôt ou tard à en venir à un arrangement

Nr. 5063.

Italien.

17. Febr. 1861.

Nr. 5063.
Italien.
17. Febr. 1861.

pour la Vénétie, nous n'y mettrons aucun obstacle. || Dans ce cas, ajouta encore le Ministre, nous aurions seulement à combiner les meilleurs moyens de garantir les intérêts germaniques vers l'Adriatique. || Quant à la question de savoir ce que nous ferons dans le cas assez probable où le nouveau Parlement proclamerait Victor Emmanuel Roi d'Italie, nous ne pouvons dire qu'une chose: c'est que nous nous attendons à ce qu'on ne nous mette pas le couteau à la gorge. Nous chercherons par tous les moyens possibles à éviter une rupture de nos relations diplomatiques, tout comme nous les maintenons jusqu'ici. Le comte de Cavour, avec son esprit éclairé, saura trouver un moyen de s'entendre avec nous sur les moyens de sortir de cette difficulté. Comment en finirez-vous avec Rome, demanda encore M. de Schleinitz? — Je répondis que le comte de Cavour n'avait pas perdu l'espérance de voir se résoudre avec le temps cette grave question; qu'ainsi qu'il l'avait dit à la Chambre, il croyait possible que le Pape restât à Rome avec le Roi d'Italie; qu'en tout cas il ne pensait pas que le chef du Catholicisme pût abandonner Rome. La conversation se détourna ensuite vers des objets de moindre importance; mais toujours le Ministre se montra conciliant, et témoigna de s'intéresser à notre cause. || Ces entrevues n'ont pas été les seules intéressantes parmi celles que j'ai eues à Berlin. En arrivant, je m'étais empressé de voir le Prince de la Tour d'Auvergne, qui a été très-sensible à cette démarche: je l'ai revu fréquemment depuis, et j'ai eu avec lui des entrevues assez dignes d'attention pour que j'en puisse signaler ici à Votre Excellence les points les plus saillants. || L'Autriche, disait donc le Prince, a manqué le moment favorable. Si elle vous eût attaqués lorsque vous êtes entrés dans les Marches et à Naples, la France ne pouvait rien faire pour vous, mais si l'Autriche vient à mettre à présent un pied au delà de ses frontières, soyez persuadé que la France en mettra deux. || J'ai pu constater que les tiraillements entre la France et la Prusse continuent toujours, et ont même augmenté depuis quelque temps. Le Ministre de France s'est plaint surtout devant moi des discours belliqueux que le Roi prononce à chaque instant, et à propos de rien, selon lui. *Il croit qu'en cas de guerre entre les deux pays, la Prusse serait hors d'état de résister; mais je pense, pour mon compte, qu'il y aurait assez à dire sur les résultats d'une telle éventualité.* || Le Prince m'a encore lu un rapport de l'amiral Le Barbier de Tinan, dans lequel j'ai remarqué avec une certaine surprise des appréciations plus favorables à notre égard que je ne les aurais attendues d'un homme que je tenais pour nous être hostile. L'Amiral mandait que la place ne pouvait résister que peu de jours à cause des mauvaises conditions, où se trouvaient les assiégés, et des moyens énergiques et de l'habileté déployées par les assiégeants. M. de Tinan ajoutait que le Roi François II aurait probablement cédé aux instances de l'Empereur qui lui conseillait de capituler avant que la flotte française quittât Gaëte; mais que plusieurs ministres étrangers qui se trouvaient près du Roi l'avaient décidé à continuer sa résistance. M. de Schleinitz a nié cette cir-

constance au Prince en ce qui concerne le ministre de Prusse; je crois savoir, Nr. 5003.
Italien.
17. Febr. 1861. cependant, que M. Perponcher devait être envoyé à Gaëte pour répondre à l'envoi fait par le Roi de Naples du général Cutrofiano à Berlin. La dernière fois que j'ai vu le Prince de la Tour d'Auvergne, il me dit que le baron Schleinitz s'était entretenu avec lui de la possibilité que l'amendement Vincke obtint la majorité à la Chambre, et il m'affirma que ce ministre lui avait dit ouvertement que l'amendement, fût-il adopté, ne changerait rien à la situation ni à la politique du gouvernement. || J'ai encore vu quelquefois, pendant mon voyage à Berlin, le Général qui, décidément, en visitant l'Italie l'année dernière, a changé de manière de voir à notre égard. En parlant avec moi de la marche suivie par le Gouvernement Prussien, il la désapprouva nettement, et dit que la Prusse laisse échapper, chaque fois qu'elle se présente, l'occasion de se modifier sa configuration territoriale, qui est des plus absurdes, sans avoir jamais le courage de rien entreprendre. J'aurais pu facilement me mettre en rapport avec les membres du parti libéral, et notamment avec M. de Vincke, qui lui aussi aurait désiré me voir, mais persuadé que dans ce moment le Roi et son Gouvernement auraient pu prendre en mauvaise part une démarche de ce genre, j'ai évité de le faire. Cette réserve ne m'a pas empêché du reste d'arriver au même résultat que si j'avais vu M. de Vincke; car je me suis servi dans cette conjoncture d'un très-ancien ami à moi, officier supérieur de Cavalerie en retraite, grand libéral, qui a été plusieurs fois en Italie, et qui a toujours été chaud partisan de notre cause, par sympathie pour les Italiens et en raison de l'identité de la situation des deux pays. M. de s'est donné beaucoup de mouvement auprès de M. de Vincke, et j'ai des motifs pour croire que le bon vouloir et le savoir-faire du premier ont eu quelque influence sur le récent vote de la Chambre Prussienne, lequel est un véritable événement politique très-favorable à notre cause.

[Folgen Details über die preussische Armeearorganisation.]

L a M a r m o r a.

[La Marmora geht in seinem Buche weiter auf die September-Convention mit Frankreich ein (siehe Staatsarchiv Bd. VII, Nr. 1700), auf seine Ernennung zum Ministerpräsidenten (23. Sept. 1864), auf die beginnenden Differenzen zwischen Preussen und Oesterreich und schreibt¹⁾:

„Als ich in der Kammer (am 12. November 1864) in der wichtigen Discussion über die Verlegung der Hauptstadt zu sprechen hatte und als Minister

¹⁾ Mit der hier angewendeten Cursivschrift und in Klammern eingeschlossen werden diejenigen Stellen aus La Marmora's Buch mitgetheilt, welche zum Verständniss der wiedergegebenen Actenstücke aufzunehmen erforderlich schien. A. d. R.

des Auswärtigen auf unsere internationalen Verbindungen und besonders auf die venetianische Frage hinweisen musste, schloss ich, in eben dieser Ueberzeugung, meine Rede mit der Erklärung: wenn ich in Bezug darauf mit dem Kaiser von Oesterreich hätte verhandeln können, so hätte ich ihm solche Gründe von gegenseitigem Interesse darlegen können, dass sie ihn bewogen hätten, Venetien abzutreten. || || In Berlin scheint man besser als in Wien die Lage begriffen zu haben, auf welche jene wenigen Worte meiner Kammerrede anspielten; denn während Graf Bismarck seine Wachsamkeit zu Wien und Paris verdoppelte, liess er uns bald darauf sagen, der Handelsvertrag werde wieder aufgenommen werden, und er wiederholte uns bei allen Gelegenheiten, dass Italien und Preussen ein grosses und gemeinsames Interesse hätten, einig zu sein und einmüthig vorzugehen. || Indess begann auch in Oesterreich die Gefahr einzuleuchten, die der Monarchie von einem etwaigen Einvernehmen zwischen Preussen und Italien drohen konnte; aber das Wiener Cabinet vermochte sich noch nicht für das Aufgeben Venetiens zu entscheiden und wandte sich an das Pariser Cabinet. Daher richtete der Minister Nigra am 19. November ein Communiqué an mich, das ich wegen seiner Wichtigkeit und Opportunität wörtlich wiedergeben will.⁶⁹

Nr. 5064.

ITALIEN. — Gesandter in Paris (Commendatore Nigra) an General La Marmora. — Annäherungsversuche Oesterreichs an Italien.

a.

Paris, 19. November 1864.

Nr. 5064.
Italien.
19. Nov. 1864.

Ich ersuche Sie, auf das Nachfolgende Ihre ganze Aufmerksamkeit zu richten. || Aus einer Unterredung, die ich mit Drouyn de Lhuys gehabt habe, und aus anderen Informationen von verschiedener, aber gleich glaubwürdiger Quelle ergibt sich für mich Folgendes: || Oesterreich wäre nicht abgeneigt, das Königreich Italien anzuerkennen und einen regelmässigen diplomatischen Verkehr mit uns herzustellen. || Zu diesem Zwecke würde es von uns keinen Verzicht auf Venetien verlangen, sondern sich mit der Zusicherung begnügen, dass Italien in loyaler Weise die internationalen Pflichten gegen das Kaiserthum Oesterreich erfüllen werde. || Oesterreich würde nicht abgeneigt sein, Handelsverträge mit uns abzuschliessen. || Oesterreich wünschte, dass die Verhandlungen über die Anerkennung durch die Hände Frankreichs und mittelst der guten Dienste jener Macht geführt würden. || Die ganze Tendenz der österreichischen Politik und der öffentlichen Meinung zu Wien spricht sich im Sinne einer Annäherung Oesterreichs an Frankreich und dann an uns aus. || Spanien könnte dazu gebracht werden, das Beispiel Oesterreichs zu befolgen und das Königreich Italien anzuerkennen. || Spanien würde sich zufrieden

geben, wenn man dem Papste eine wenn auch begrenzte weltliche Macht liesse, ja selbst begrenzter als der dermalige Besitz, jedoch müsste er in Wirklichkeit unabhängig sein. || Alle diese Dinge sind nur persönliche Intentionen und Meinungen. Sie haben vorläufig keinen amtlichen Charakter und können noch nicht als Vorschläge betrachtet werden. Immerhin haben sie auch unter dieser Form eine so hohe Wahrscheinlichkeit und Wichtigkeit für sich, dass sie Seitens der königlichen Regierung verdienen erwogen und berücksichtigt zu werden. || Ihnen liegt es ob, Herr General, dies Alles zu überlegen und zu betrachten, ob nicht die Stunde gekommen sei, in eine neue Bahn einzulenken, die zwar nicht frei von Ungelegenheiten ist, aber dafür auch den Vortheil bietet, dass sie ganz offen daliegt und ein ganz deutliches, ganz bestimmtes, augenscheinliches und sicheres Ziel erstrebt, insoweit wenigstens die menschlichen Berechnungen sicher sind. || Ich will hinzufügen, dass dieser Plan, nach meinem Ermessen, nur von dem gegenwärtigen Ministerium ausgeführt werden kann. Dasselbe hat die nothwendige Autorität, um ihm bei der öffentlichen Meinung des Landes das Uebergewicht zu verschaffen. || Der oben entworfene Plan muss, um einen Grund zur Existenz zu haben, von einer inneren bedeutsamen That begleitet sein. Ich weiss, dass ich einen für Alle und speciell für Sie schmerzlichen Punkt berühre. Aber ich weiss, dass ich Ihnen Alles sagen kann und muss. Sie werden meiner Ansicht soweit Rechnung tragen, als Sie für gut befinden werden. Die That, von welcher ich spreche, ist die Entwaffnung. Ich glaube, wenn Sie einen Weg zur Wiederannäherung an Oesterreich einschlagen (welche Wiederannäherung zu den Verträgen führen kann, von denen Sie in Ihrem Briefe sprechen), so braucht man nicht daran zu denken, Krieg anzufangen. Dann wäre es eine leere Einbildung, an einen ganz nahen europäischen Kriegsbrand zu glauben. Dieser wird nicht statthaben, so weit es sich überhaupt muthmassen lässt. Wenn man die Kriegsidee drangibt, und das System der Anerkennung Oesterreichs und der Ordnung der Finanzen und inneren Verwaltung um jeden Preis annimmt, so bietet sich die Idee der Entwaffnung von selbst dar. Ich füge nicht lange Worte bei über einen Gegenstand, betreffs dessen Sie viel kompetenter sind, als ich. Für mich ist es genug, denselben Ihnen angedeutet zu haben. Denken Sie darüber nach, und sagen Sie mir nachher, wenn Sie glauben, Ihre Ansicht, damit ich bei gegebener Gelegenheit mich nach einer bestimmten Directive richten kann, denn wahrscheinlich wird es sich um dieses Argument drehen! || Beachten Sie jedoch, dass, soweit Drouyn de Lhuys mit mir gesprochen, und ich auch anderweitig erfahren habe, bloss die Frage der Anerkennung durch Oesterreich und Spanien, und nicht auch die Frage der Entwaffnung in Betracht kommt, über welche letztere noch Niemand ein Wort mit mir gesprochen hat.

N i g r a.

b.

Paris, 26. November 1864.

Nr. 5064.
Italien.
26. Nov. 1864.

. . . . Nach Ansicht des Herrn Drouyn de Lhuys (und auch nach der meinigen) wird Oesterreich sich gegen jeden Vorschlag einer Abtretung Venetiens gegen Geldentschädigung sträuben. Herr Drouyn de Lhuys lässt hierin nicht den geringsten Zweifel zu, glaubt aber, dass Oesterreichs Abneigung sich in Zukunft vielleicht beschwichtigen liesse, wenn man anstatt Geld einen Gebietsaustausch vorschläge

[Wohlverstanden handelte es sich um die Donaufürstenthümer, jenes Lieblingsproject des vorhergehenden Ministeriums und vorzüglich des Commendatore Nigra, worauf ich jedoch kein grosses Vertrauen setzte; ich stellte es auf gleiche Linie mit der Anerkennung Oesterreichs, trotzdem Baron Malaret mehrmals zu mir gekommen war, um darüber zu sprechen. || Es bot sich mir ein ganz vortreffliches Motiv dar, weit besser als ein Vorwand, um den französischen Vorschlag wenigstens hinauszuziehen. Wie wollt Ihr, pflegte ich dem französischen Gesandten zu wiederholen, dass wir uns bemühen, unsere Beziehungen zu Oesterreich und zwar hauptsächlich durch einen Handelsvertrag wieder aufzunehmen, wo Ihr uns mit der Septemberconvention verpflichtet habt, die Hauptstadt mit einer wenigstens anscheinenden Drangabe der römischen Frage zu wechseln? || Aber noch ein anderes nicht minder wahres Motiv, das sich, obwohl es das allerwichtigste war, doch nicht anzuführen ziemte, war die tagtäglich zunehmende Spannung zwischen Preussen und Oesterreich. Denn gerade in den Monaten, wo wir mit der Verlegung unserer Hauptstadt beschäftigt waren, hatten sich die alten Erscheinungen der Eifersucht, des Grolls und der Rivalität zwischen jenen beiden Grossmächten wieder frisch entzündet und in einer Weise vermehrt, dass sie uns die Hoffnung einflössten, aus ihnen werde auf die eine oder andere Art die Emancipation Venetiens und seine Vereinigung mit dem Königreiche Italien erblühen.]

Nr. 5065.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Paris. —
Preussische Eröffnungen.

Florenz, 4. August 1865.

Nr. 5065.
Italien.
4. Aug. 1865.

Seitdem Sie von Florenz abgereist sind, ist der preussische Gesandte schon zweimal bei mir gewesen. Er las mir keine diplomatischen Noten vor — er hatte auch, glaube ich, keine erhalten, — aber mit Telegrammen seines Premierministers in der Hand ersuchte er mich, das erste Mal und noch

dringlicher das zweite Mal, zu erklären, welche Haltung Italien in dem wahrscheinlichen Falle eines Krieges zwischen Preussen und Oesterreich einnehmen würde. Wie Sie sich vorstellen können, nahm ich diese Mittheilungen mit der grössten Zurückhaltung entgegen, und anstatt meine innerliche Befriedigung über eine für unsere Geschicke so günstige Wendung zu erkennen zu geben, hob ich gewiss nicht unbegründete Zweifel und Schwierigkeiten hervor, allein vorzüglich in der Absicht, Zeit zu gewinnen. || Wenn die preussische Regierung (sagte ich zu ihrem Gesandten Usedom) im Ernste mit Oesterreich Krieg anzufangen beabsichtigt, so soll sie uns einen ernststen und förmlichen Vorschlag machen; wir werden ihn dann prüfen; aber wenn es sich bloss um eine Erklärung unsererseits handelt, um einen diplomatischen Druck zu Gunsten Preussens zu üben, so ziemt sich dies nicht für uns. || Als auf diese meine Entgegnung hin Graf v. Usedom mich zum zweiten Male besuchte, um mir zu wiederholen, dass Preussen entschlossen sei, mit Oesterreich Krieg anzufangen, erklärte ich ihm ohne Umschweife, dass wir keine Verbindlichkeiten eingehen könnten, ohne vorher zu wissen, welches die Intentionen des Kaisers der Franzosen seien; zugleich zögerte ich nicht, durchblicken zu lassen, dass die preussische Regierung es wohl ebenso mache. Sie begreifen wohl, erwiderte ich Usedom, von welcher Wichtigkeit es für uns und auch für Preussen ist, zu wissen, ob Frankreich jenem Kriege zugethan oder abgeneigt ist. || Zu verschiedenen Malen wiederholte ich dem preussischen Gesandten, wie sehr vorsichtig wir vorgehen müssten, wenn wir einen neuen Krieg mit Oesterreich anfangen wollten; denn wir seien überzeugt, dass dies ein Krieg auf's Aeusserste sein werde. Naturgemäss wird Oesterreich Italien zu vernichten suchen und wir werden das Schwert nicht in die Scheide stecken können, bis Oesterreich keinen Soldaten mehr in Italien haben wird.

!! Bevor wir indess Verbindlichkeiten gegen Preussen übernehmen, dürfen wir nicht die Voraussetzung ausschliessen, Oesterreich sehe von Weitem das Unwetter herannahen, das es niederschmettern will, und entschliesse sich deshalb, weil es bei dem verzweifelten Stande seiner Finanzen und seinen politischen Wirren einen langen Krieg nicht ertragen könne, endlich dazu, Venetien zum Opfer zu bringen. || Sie werden bemerkt haben, wie alle deutschen Zeitungen hievon sprechen; und weil ich nirgends diese Nachrichten dementirt sehe, so beginne ich zu glauben, dass irgend etwas zwischen Wien und Paris verhandelt wird. Geben Sie wohl Acht, denn die österreichische Regierung könnte noch etwas im Schilde führen, um aus den dermaligen Schwierigkeiten herauszukommen. Niemand ist besser als Sie in der Lage, die Sache zu beurtheilen. || Um den kriegerischen Geist und die Eigenliebe der Preussen recht zu reizen, bemerkte ich Usedom, kein Mensch nehme die Drohungen Preussens im Ernste, Oesterreich vielleicht noch weniger als die anderen, weil es gerade in diesem Augenblicke entwaffne. || Dem

Nr. 5065. **Italien.**
4. Aug. 1865. Baron Malaret erklärte ich später zu wiederholten Malen, die französische Regierung möge recht sehr beherzigen, sobald der Krieg zwischen Preussen und Oesterreich wirklich ausbreche, sei es unmöglich, dass Italien nicht Theil daran nehme. Keine Regierung würde es hindern können.

La Marmora.

Nr. 5066.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. — Frankreichs Ansicht über die Situation.

13. August 1865.

Nr. 5066. **Italien.**
13. Aug. 1865. Was Italien anbelangt, erwiederte der kaiserliche Minister, so finde ich die Antwort des Generals La Marmora an den Grafen Usedom opportun und passend, und adoptire sie für meine Person zu drei Vierteln. Ich glaube, dass das Florentiner Cabinet gut daran thäte, in derselben Weise fortzufahren. Ihre Stellung ist ausgezeichnet. Verstehen Sie nur zu warten. Ich unterbrach meine Zwischenreden, um ihm zu sagen: Und wenn die italienische Regierung nicht mit aller Zurückhaltung handeln könnte, oder dies in ihrem Interesse nicht thun zu können glaubte; wenn sie mit anderen Worten glaubte, in eine Phase der Action treten zu müssen, so denke ich, würde Frankreich sich doch nicht widersetzen? Gewiss nicht, entgegnete Drouyn de Lhuys. Das Florentiner Cabinet ist der Richter über seine Interessen und besitzt volle Actionsfreiheit. Aber in diesem Falle würde Italien den Krieg auf eigenes Risiko und eigene Gefahr unternehmen. Ich hielt dagegen: Wenn aber die Kriegsergebnisse Oesterreich von ungefähr an den Ticino, an die Stura, an die Alpen führen sollten? Dann, erwiederte Drouyn de Lhuys, würde einer jener Fälle eintreten, wo Frankreich sich vorbehält, für seine Interessen Vorsorge zu treffen; denn es ist ein wichtiges Interesse Frankreichs, dass Oesterreich das verlorene Terrain in Italien nicht wiedergewinne. Darum rathe ich Euch Vorsicht an. Beeilt Euch nicht, Euere Action zu compromittiren. Oesterreich selbst könnte vielleicht versuchen, ein Abkommen mit Euch zu treffen. Fürst Metternich machte mir Eröffnungen über einen commerciellen Vergleich zwischen Oesterreich und Italien (es spricht immer noch Drouyn de Lhuys). Dieser Vergleich sollte, wie Oesterreich sagt, einzig den Zweck haben, die Beziehungen zwischen Venetien und den italienischen Grenzen zu erleichtern und besser zu regeln, aber vielleicht wird die Sache dabei nicht stehen bleiben.

Nigra.

[Dieser letzten Erklärung des französischen Ministers musste ich um so mehr Rechnung tragen, als wenige Tage darauf zwischen Preussen und Oesterreich die Convention von Gastein geschlossen wurde. || Der preussische Gesandte verliess Florenz und liess sich zwei Monate lang nicht mehr sehen.]

.

[Nach dem Vorgehen des Berliner Cabinets war ich nicht nur frei von jeder Verbindlichkeit, sondern überhaupt von der Pflicht, irgend welche Rücksicht gegen Preussen zu beobachten, und so versiel ich denn auf den Gedanken, bei der Wiener Regierung den Versuch zu machen, ob sie sich nicht zu einer Abtretung Venetiens gegen Geldentschädigung verstände. || Der Augenblick schien mir desto gelegener, da unser Gesandter Herr Nigra mir am 29. August von Paris aus schrieb: „Die Gasteiner Convention macht hier den schlechtesten Eindruck. Herr Drouyn de Lhuys sagte mir, die beiden deutschen Grossstaaten hätten alle Principien mit Füßen getreten; das Princip der Nationalität, das Princip der Volkssouveränität, das Princip der Volksinteressen. Bei jenen bedauerlichen Unterhandlungen habe eine jede der contrahirenden Mächte als einzige Richtschnur ihre Gewalt und ihr Interesse zu Grunde gelegt.“ || Ich will bloss bemerken, dass jener Versuch nicht gelang. | Inzwischen brachte Graf Bismarck nicht ganz ohne Schwierigkeiten (soweit man mir versicherte) eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon in Biarritz zu Stande. Obgleich ich, wenigstens zum Theil, die Hauptgegenstände zu kennen glaube, welche dort verhandelt wurden, so will ich doch besser davon absehen; denn, wenn sie auch unseren Interessen nicht ganz fremd waren, so schickte es sich doch für uns, sie so aufzufassen. Uns war hauptsächlich daran gelegen, zu wissen, ob bei den neuen Verwicklungen, die zwischen Preussen und Oesterreich ungeachtet der Gasteiner Convention, zu Tage traten, Preussen uns nöthig hatte, und ob Frankreich, falls Preussen uns einen ernstlichen Vorschlag machte, sein Wohlwollen gegen uns weiter bethätigt hätte. || In dieser Hoffnung bestärkten mich die Aeusserungen, die Graf Bismarck auf der Rückreise von Biarritz in den ersten Tagen des November unserm Gesandten Nigra gegenüber in Paris that. Er gab zu verstehen, dass der Krieg mit Oesterreich unvermeidlich sei. Er zeigte sich voll Vertrauen, dass Frankreich ihm nicht feindlich sein würde; und um zu zeigen, wie er sich auf unsere Beihilfe verlasse, erklärte er ohne Weiteres: wenn Italien nicht da wäre, so müsste man es erfinden. Dann kam er auf den Handelsvertrag (welchen das preussische und nicht das italienische Cabinet ein Jahr vorher verschleppt hatte) und ersuchte eindringlich, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen. || Noch mehr, ehe noch der Handelsvertrag in Berlin ratificirt wurde, liess mich der Graf Bismarck, ohne die Intervention der preussischen Gesandtschaft in Florenz, einladen, im grössten Geheimniss einen General, der mein vollstes Vertrauen besitze, nach Berlin zu senden,

und kündigte mir an, dass er sobald als möglich einen preussischen General (man sprach von dem General Moltke) nach Florenz schicken werde, um für den Fall eines Krieges mit Oesterreich ein Einverständniss zu erstreben.]

Nr. 5067.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Erster Bericht aus Berlin¹⁾.

Berlin, 14. März 1866.

Nr. 5067.
Italien.
14. März 1866.

Excellenz! — Indem ich Ihnen meine Ankunft in Berlin anzeige, muss ich sofort beifügen, dass sie schon seit gestern ausposaunt war und dass * * * selbst dem Gesandten von Hannover davon Nachricht gegeben hatte, durch welchen sie wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreitet wurde. Der Graf Bismarck, welchem der Graf Barral diese Indiscretion berichtete, zeigte sich höchst verwundert und entrüstet darüber und sagte, er werde die Vermittlung des Königs anrufen, um sie zu bestrafen. Ich werde keinen Commentar über eine Indiscretion schreiben, welche den Interessen Sr. Excellenz des Conseilspräsidenten sehr gute Dienste leisten würde, wenn es wahr wäre, dass das Cabinet von Berlin statt auf eine ernstliche Verständigung mit Italien einzugehen, welche geeignet wäre, zu günstigen und gegenseitigen Resultaten zu führen, gegenwärtig vielmehr versucht, Oesterreich zum ausschliesslichen Vortheil seiner eigenen Politik einzuschüchtern. | Der Graf Barral, welchem ich diesen Morgen, sofort nach meiner Ankunft, die vertrauliche Depesche Ew. Excellenz mittheilte, informirte den Grafen Bismarck, welcher schon das Verlangen darnach geäußert hatte, ohne Aufschub von meiner Ankunft, und der Conseilspräsident antwortete in einem Billet, es werde ihm ein Vergnügen machen, mich im Laufe des Tages zu sehen und er werde, um der Ueberwachung der Agenten zu entgehen, die ihn auspioniren, Nachmittags um 3 Uhr sich aus dem Staatsministerium, welches der italienischen Gesandtschaft gegenüber liegt, zum Grafen Barral begeben. | Der Graf Bismarck kam, und nach einigen Worten von keiner Bedeutung, überliess er es mir, auf die Frage einzugehen, welche mich nach Berlin führte. Ich sagte, dass der König und Ew. Excellenz Ursache haben, anzunehmen, dass Preussen, nach den wiederholten und dringenden Mittheilungen des Grafen von Usedom, welche uns derselbe neuestens gemacht, entschlossen sei, die Lösung der Fragen, welche in diesem Augenblicke seine Interessen in Deutschland berühren, selbst in einem Kriege gegen Oesterreich zu suchen.

¹⁾ Siehe das Schreiben zur Beglaubigung des Generals Govone in besonderer Mission Staatsarchiv Bd. XII Nr. 2485; vgl. auch Nr. 2486. A. d. R.

Der König und das Cabinet von Florenz seien geneigt, sich Preussen anzuschliessen, um in derselben Zeit, wo dieses die Erfüllung seines eigenen Programmes suchen würde, die Lösung der venetianischen Frage zu suchen. Italien könne aber warten, fügte ich bei, und darum wolle es keinen entscheidenden Schritt thun, ohne dass demselben formelle Verpflichtungen vorangingen, durch welche die beiden Programme, das italienische und das preussische, sich solidarisch machen würden; dass ich, wenn diese Basis angenommen sei, eine so zu sagen technische Mission habe, nämlich eine Militärconvention zu vereinbaren, welche eine Folge der oben erwähnten politischen Abmachungen wäre. Der Graf Bismarck hörte mit grosser Aufmerksamkeit und mit einem durchdringenden Blick auf meine Worte, dann entwickelte er seine Ansichten. Er ging bis auf die Epoche der Olmützer Convention zurück und sagte, es wäre ihm wünschenswerth, wenn es in diesem Augenblicke in Deutschland eine ebenso verwickelte Situation gäbe, wie die von 1850, weil der Charakter des gegenwärtigen Königs ihm eine sichere Bürgschaft dafür sei, dass der Krieg die Lösung derselben besorgen werde, während sie damals in der oben erwähnten Convention von Olmütz im Sand verlief. Es sei jetzt seine Absicht, Deutschland in den Zustand einer ähnlichen Verwicklung zu führen, wie jene, um den Zweck zu erreichen, den er sich vornehme, und er gestehe offen, dieser sei kein anderer, als die Befriedigung des Ehrgeizes Preussens, ein Ehrgeiz, welcher sich auf die Herrschaft über Norddeutschland erstreckte, aber zugleich auch beschränke. Es wäre ihm sehr leicht, fügte er bei, den Krieg aus der Frage der Elb-Herzogthümer allein hervorgehen zu lassen, aber ein solcher, und so grosser Krieg wegen einer so kleinen Frage würde bei der öffentlichen Meinung Europas Anstoss erregen, dagegen würde Europa einen Krieg, welcher eine umfassendere und nationale Lösung der deutschen Frage zum Zwecke hätte, berechtigt finden. Hier ging der Conseilspräsident in viele Auseinandersetzungen ein. Er sagte, seine persönliche Meinung sei gegenwärtig die, dass Oesterreich sich als der natürliche Feind Preussens betrachten müsste. Er sähe daher seit Langem schon mit Vergnügen die Haltung und die glücklichen Resultate, welche das Haus Savoyen erreicht habe, aber diese seine Meinung stehe in Preussen vereinzelt da. Sonst, fügte er bei, würde hier der Krieg gegen Oesterreich und die französische Allianz als sakrilegisch betrachtet; Italien personificirte sich in Garibaldi oder gar in Mazzini in der allgemeinen Meinung. Es sei ihm gelungen, diese Meinung zu modificiren; er habe noch zuletzt dem König Wilhelm ein Experiment vorgeschlagen, Oesterreich zur Theilnahme am dänischen Krieg zu berufen und zu sehen, ob sich auf die Weise die österreichisch-preussische Allianz befestigen lasse. Dieses Experiment sei vollständig gescheitert, oder besser gesagt, vollständig gelungen, wie er es vorausgesehen. Die natürliche Rivalität Oesterreichs und seine Animosität habe sich lebhafter als je kundgegeben, und das Experiment habe den König und viele Personen von der österreichischen Allianz geheilt.

Nr. 5067.
Italien.
14. März 1866.

Nr. 5067.
Italien.
14. März 1866.

Der König Wilhelm habe jetzt die allzu ängstlich legitimistischen Skrupel aufgegeben, und so könne er ihn jetzt nach seinen Absichten leiten. Der Graf Bismarck formulirte alsdann seine Ansichten, wie folgt: In kurzer Zeit, in drei bis vier Monaten z. B., die Frage der deutschen Reform verziert mit einem deutschen Parlament auf's Tapet zu bringen, mit einem solchen Vorschlag und mit dem Parlament Wirren hervorzurufen, welche Preussen bald in Gegnerschaft mit Oesterreich bringen werden. Preussen sei entschlossen, es dann zum Kriege kommen zu lassen, zu einem Kriege, welchem Europa keine Opposition machen könnte, da es sich um eine grosse und nationale Frage handelt. Der Graf Bismarck fügte bei, zur Ausführung dieses Planes (welcher nicht ganz ohne Verwicklung ist, wie Sie sehen, Herr General) und um den König, seinen Herrn, leicht bei demselben erhalten zu können, bedürfe er schon jetzt eines Vertrages mit Italien. Er wünsche, dass dieser Vertrag eine schon jetzt von unserer Seite übernommene Verpflichtung wäre, uns diesem Plane Preussens anzuschliessen, wohlverstanden, dass Preussen aus Reciprocität die Verpflichtung übernehmen würde, dass der daraus erfolgende Krieg gleichzeitig die venetianische Frage lösen müsste. || Dies war im Wesentlichen der Inhalt der Rede Bismarcks in ihrem rauhen Kern. || Die auf solche Weise gestellte Frage schien mir keineswegs den Absichten Ew. Excellenz zu entsprechen, weshalb ich, als der Graf Bismarck innehielt, unverzüglich erklärte, dass der König von Italien und seine Regierung wohl geneigt seien, Verpflichtungen für unmittelbare und gleichzeitige Lösung der venetianischen und der deutschen Frage zu übernehmen, da ihnen der Augenblick günstig schein, dass sie aber nicht schon jetzt ihre Action für entfernte Eventualitäten verpflichten wollten, bei deren Eintritt die Verhältnisse Italiens andere sein könnten, als die gegenwärtigen; ich fügte bei, dass ich trotzdem an Sie, Herr General, berichten werde. Da sagte der Graf Bismarck: Ich begreife; vielleicht mag Italien von einigem Misstrauen gegen uns bewogen sein, und an unserer Treue zweifeln; in diesem Falle könnte Preussen zu Ihrer Sicherheit schon jetzt die verschiedenen Phasen anzeigen, welche die Entwicklung der deutschen Frage nach meinen Plänen zu durchlaufen haben wird, um jenen bestimmten Punkt, jene bestimmte Phase zu suchen, bei deren Eintritt Preussen unwiderruflich gebunden sein soll, ohne mehr zurück zu können; und dann, aber erst dann würde Italien, welches nicht mehr zu fürchten hätte, von uns im Stiche gelassen zu werden, auch selbst verpflichtet bleiben. Wenn wir z. B. diesen Punkt, diese Phase, bei der Berufung des deutschen Parlaments annehmen, ist es dann nicht wahr, dass dann Preussen seine Schiffe verbrannt hätte, und unwiderruflich gezwungen wäre, zu marschiren? Welche Inconvenienz könnte es für Italien haben, schon jetzt zu erklären, dass beim Eintritt dieser Phase seine Politik mit der preussischen solidarisch sei, und dass die beiden Fragen, die venetianische und die deutsche mit einander gelöst werden müssten; kurz, ist es nicht wahr, dass man auf dieser Basis einen Vertrag feststellen könnte? || Mir

schien es, dass die Frage auch so gestellt, sich nicht sehr geändert habe, und dass die praktischen Consequenzen eines solchen Vertrages in keiner Weise Ihren Absichten, Herr General, entsprechen, als Sie mir die Mission anvertrauten, mich nach Berlin zu begeben. Um den Grafen Bismarck unbedingt aus seinen Verschanzungen herauszulocken, und möglicherweise zu entdecken, ob das Alles in seinen geheimsten Gedanken nicht ein blosses Auskunftsmittel sei, um ein neues Pressionsmittel in der speciellen Frage der Elbe-Herzogthümer zu erlangen, antwortete ich, dass ich für eine solche Combination ohne Instructionen sei, und dass ich an Ew. Excellenz berichten werde. Aber wenn es mir erlaubt sei, schon jetzt meine Gedanken und meine persönliche Ansicht auszusprechen, müsse ich glauben, dass die Regierung des Königs dermalen auch unter solchen Bedingungen keine Verpflichtungen übernehmen werde, wenigstens vielleicht nicht, ohne dass man dahin übereinkäme und festsetzte, dass inzwischen von Preussen Oesterreich gegenüber keine Frage, nicht einmal die der Elb-Herzogthümer, gelöst werde, ohne dass gleichzeitig die venetianische Frage gelöst würde. Ohne die Präliminärbedingung glaubte ich, dass Ew. Excellenz keine andere Verpflichtung übernehmen würden. || Mir scheint, dass die Antwort, welche Graf Bismarck auf diesen Vorschlag gab, seine intimsten Absichten bloßlegte. || Der Graf Bismarck sagte in der That: Aber wir können die Frage der Herzogthümer in keinen Vertrag hineinbringen. Es ist eine zu kleine Frage, um ein Wort darüber zu verlieren; wir verlangen die Mitwirkung Italiens für höhere Resultate und für verschiedene Zwecke. An erster Stelle, weil wir dadurch die gegenseitige Actionskraft vermehren würden, sodann, weil wir mit Italien vereinigt leichter das Wohlwollen Frankreichs erlangen werden. Heute weigert sich Frankreich, Verpflichtungen gegen uns zu übernehmen. Der Kaiser sagt, er lasse uns in der Frage der Herzogthümer machen, und bewahre eine wohlwollende Neutralität. Später habe er andere Bedingungen zu stellen, die er für jetzt nicht andeuten will. Nun wohlan, wenn wir mit Italien vereinigt sind, werden wir uns auch mit Frankreich leichter verständigen können. Der Graf Bismarck schloss endlich, indem er sagte, dass er, wenn wir auch diesem Ideengang nicht geneigt wären, ein Uebereinkommen zu stipuliren, dann wenigstens als Minimum dessen, was er wünscht, einen einfachen, allgemeinen, beständigen Freundschafts- und Allianz-Vertrag verlangen würde. Dieser Vertrag, obwohl einer reellen praktischen Wichtigkeit entkleidet, und ohne einen bestimmten Zweck, sei ihm immerhin nützlich, um den König Wilhelm auf dem Weg seiner eigenen Combinationen festzuhalten. || Ich behielt mir vor an Ew. Excellenz darüber zu berichten. || Wie Sie sehen, Herr General, geht aus all dem nach meiner Ansicht hervor, dass der Graf Bismarck, mag er nun wirklich die reelle Absicht haben, später zur Lösung der Deutschen Frage mit den Waffen zu gelangen oder nicht, uns inzwischen auf irgend eine Weise binden will. Und das zu einem doppelten Zwecke: Der erste scheint mir der zu sein, auf Oesterreich eine Pression zu üben, um die

Nr. 567.
Italien.
14 März 1866.

Frage der Elbherzogthümer rasch zu lösen, für welche er seine ganze Actionsfreiheit bewahren will, unter dem prächtigen Vorwande, dass sie eine zu kleinliche Angelegenheit sei, um den Gegenstand eines Vertrages zu bilden. Der zweite Zweck, den er zu erreichen strebt, scheint mir der zu sein, Oesterreich zuvorzukommen, von welchem er directe Propositionen an das Cabinet von Florenz wegen der Abtretung Venetiens fürchtet. Und in der That, nach verschiedenen anderen Besprechungen über seine gegenwärtigen Bemühungen in München, um Baiern für sich zu gewinnen, und über den Krieg gegen Oesterreich, welchem er den Zweck gibt, sich Böhmens zu bemächtigen, nicht um es zu behalten, sondern um es zu einem Tauschobject zu machen, und Oesterreich aus dem Bunde hinauszubringen, — nach Alledem, sage ich, ging der Graf Bismarck, wie im Vorbeigehen, auf den Verkauf Venetiens über, welchen Oesterreich anbieten könnte. Er sagte, das wäre ein Trug, und wir würden gut thun uns davor zu hüten. Er fügte bei, das hiesse Oesterreich geradezu das Geld liefern, womit es dann Venedig und die Lombardei wiederzunehmen versuchen würde. Es sei daher weitaus vorzuziehen, das Geld, welches für den Loskauf bestimmt wäre, im Verein mit Preussen für den Krieg zu verwenden. Ich beschränkte mich auf die Bemerkung, dass die Lösung mit den Waffen der durch den Loskauf von uns gewiss vorgezogen würde. || Im Ganzen genommen, Herr General, war der Eindruck, welcher dem Grafen Barral und mir von den Eröffnungen des Grafen Bismarck blieb, der, dass Preussen, für jetzt wenigstens, noch lange nicht an den Krieg denkt, dass, wenn es jetzt Uebereinkünfte mit uns zu schliessen wünscht, diese, da sie sich auf entferntere Eventualitäten beziehen, uns für jetzt nicht zu conveniren scheinen, weil sie darauf abzielen, die Lösung der venetianischen Frage direct zwischen uns und Oesterreich zu hintertreiben, welche vielleicht Ew. Excellenz um so annehmbarer erscheinen wird, wenn sie je sich darbieten sollte, je weniger man auf die Aufrichtigkeit und auf die Treue Preussens bei der Forderung, und vielleicht auch bei der Aufrechthaltung solcher Verpflichtungen, wenn sie je eintreten sollten, bauen zu können scheint. Aber nachdem der Graf Bismarck irgend eine Convention oder einen Tractat, und wäre es auch nur ein beständiger Allianz- und Freundschafts-Vertrag, wünscht, und nachdem ich versprochen habe an Ew. Excellenz zu berichten, erwarte ich diesbezüglich Ihre Aufträge, sowie auch geeignete Instructionen, wenn Ew. Excellenz irgend einer anderen der von dem Grafen Bismarck vorgeschlagenen Combinationen beizustimmen für gut finden sollten, welche sich in Folgendem zusammenfassen lassen: || Schon jetzt übernommene Verpflichtung, uns Preussen in der Entwicklung der deutschen Frage, wie Graf Bismarck sie fördern wird, anzuschliessen, oder Verpflichtung, welche erst wirksam zu werden anfangt, wenn die Entwicklung bis zum effectiven Zusammentritte des deutschen Parlaments gediehen wäre. Als Reciprocität die venetianische Frage von Preussen solidarisch neben die deutsche Frage gestellt. Wollen mir Ew. Excellenz verzeihen, wenn ich übermässig

ausgedehnt geworden bin. Es scheint mir, dass ich in einer so wichtigen Frage Ihnen die Argumente, die Combinationen und bisweilen die eigenen Worte des Grafen Bismarck vor Augen legen musste, ehe ich Ihnen den Gesamteindruck wiedergab, welchen ich davon empfangen habe, damit Ew. Excellenz selbst die Erwägungen anstellen können, welche aus all den auseinanderzusetzten Umständen sich ergeben, und welche ich ziemlich annähernd berichtet zu haben glaube. || Es ist nicht nöthig Ihnen zu sagen, Herr General, dass ich vor und während der Conversationen mit dem Grafen Bismarck von dem gewichtigen Rath und von dem wirksamen Worte des Grafen Barral unterstützt war. Ich glaube, dass der Eindruck, welchen der Gesandte des Königs in Berlin von den erwähnten Conversationen mit dem Chef des preussischen Cabinets erhielt, dem, welchen ich selbst erhielt, sehr nahe kam und ähnlich war.

Nr. 5067.
Italien.
14. März 1866.

G o v o n e.

P. S.

Berlin, 15. März 1866.

Herr General! — Mit Bezug auf die Frage, wegen deren ich nach Berlin gesendet wurde, füge ich diese paar Zeilen in einem besonderen Billet bei. Wenn die Frage, wegen deren ich hierher gesendet wurde, einfach wäre, und es sich einzig darum handeln würde, ob man mit der preussischen Regierung einen Akt abschliessen soll oder nicht, so müsste man nach der Conversation, die ich gestern mit dem Grafen Bismarck hatte, meines Erachtens jede weitere Unterhandlung unverzüglich abbrechen. || Da es aber wegen anderer Unterhandlungen, welche Ew. Excellenz mir andeuteten, für uns nützlich ist, dass man in Wien glaubt, Preussen und Italien seien zum Kriege geneigt und stehen im Begriffe sich zu verständigen und zu verbünden, werden Sie, Herr General, vielleicht glauben, dass ich noch einige Tage hier bleiben und auf die Ansichten des Grafen Bismarck vollends eingehen, auch seine Vorschläge *ad referendum* entgegennehmen, vielleicht auch schliesslich den beständigen Freundschafts- und Friedensvertrag, den er wünscht, abschliessen soll. Auf diese Art gewinnen wir Zeit und Mittel zu den anderen Combinationen, von welchen Ew. Excellenz mir gesprochen haben, und dann hat die Natter den Charlatan gebissen. || Der Conseils-Präsident stellte mich Sr. Maj. dem Könige vor, der wohlwollend war und mir anbot die preussischen Militär-Etablissements zu besuchen, da es mit dem Grafen Bismarck abgemacht war meine Anwesenheit mit diesem Vorwande zu rechtfertigen. || Ich wurde dem Herrn Benedetti vorgestellt, welcher mir sagte, ich mache viel Aufsehen, indem er auf die Publicität anspielte, die man meiner Ankunft gegeben hatte. Der Botschafter L * * * L * * *, welchem ich ebenfalls vorgestellt wurde, forschte mich direkt über die Solidität des Cabinets von Florenz aus und fragte mich, ob ich mit einer Mission gekommen sei. Ich antwortete: Mit der Mission, die preussischen Waffen und die preussische Armee zu sehen. Er fügte bei: Aber Preussen hat Propositionen in Florenz gemacht. Ich erwiederte: dass ich das durchaus

Nr. 5067.
Italien.
14. März 1866. nicht wisse. Dann sagte er mir, dass man bei uns sich rüste, aber dass das nicht klug sei. Ich leugnete die Rüstungen und fragte ihn meinerseits ob Preussen nahe daran sei Oesterreich den Krieg zu machen. Ich kenne noch nicht den Stand der Dinge, antwortete er, da ich erst seit Kurzem hier bin, aber ich glaube es. Italien hüte sich Verpflichtungen gegen Preussen einzugehen, weil es sonst im ersten passenden Moment im Stiche gelassen würde. Das ist die Ansicht des L * * * L * * *.

Govone.

[Es ist kaum nöthig zu diesem P. S. zu bemerken, dass, wenn der General auf andere Unterhandlungen und andere Combinationen anspielt, dieses sich nur auf meine bereits kundgegebene Vermuthung stützen kann, dass, wenn Preussen, statt einen Tractat mit uns abzuschliessen, sich der Mission Govone nur hätte bedienen wollen um eine Pression auf das Wiener Cabinet zu üben, Oesterreich dann uns andere Vorschläge machen würde.]

Nr. 5068.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Weiterer Bericht und preussischer Vertragsentwurf.

Berlin. 17. März 1866.

Nr. 5068.
Italien.
17 März 1866. Der Graf Bismarck wiederholte, dass der unmittelbare Krieg wegen der Elbherzogthümer sehr viele Unzukömmlichkeiten habe. England missbillige ihn, während es keine ernsten Einwendungen gegen einen Krieg für die deutsche Nationalität erheben könne. Der Kaiser Napoleon erachte ihn ebenfalls als wenig zukömmlich, und nicht einmal unter dem Gesichtspunkte der Befreiung einer Provinz von der Fremdherrschaft gerechtfertigt, wie es bei dem Krieg um Venetien für Italien der Fall wäre. Mit Bezug auf den Kaiser Napoleon fügte er bei: Man kann wohl glauben, dass er einen grossen deutschen Krieg sucht, weil man an der Spitze einer Armee wie die französische immer seinen Antheil am Profit finden kann (sagte Bismarck), aber auch ausserdem würde er (der Kaiser) als Prinzipienfrage den grossen Krieg für die deutsche Nationalität viel mehr billigen, als den Krieg für die Elbherzogthümer. Alle diese Gründe, schloss der Graf Bismarck, drängen uns den Krieg hinauszuziehen und nach und nach vorzubereiten. Aber ehe wir den Weg der Vorbereitung betreten, wünschen wir uns die Unterstützung Italiens zu sichern.

Govone.

Beilage.

Artikel 1. Preussen wird die deutsche Reform, entsprechend den Bedürfnissen der modernen Zeit, fördern. Wenn diese Reform die gute Harmonie des Bundes stören und Preussen und Oesterreich mit einander in Conflict bringen könnte, in diesem Falle wird Italien, wenn es davon Mittheilung erhalten hat, an Oesterreich und seine Verbündeten den Krieg erklären.

Nr. 5068.
Italien.
17. März 1866.

Artikel 2. Die beiden Mächte werden alle Streitkräfte, welche die göttliche Vorsehung in ihre Hände gelegt hat, für den Sieg ihrer gerechten Sache und ihrer Rechte verwenden und keiner der beiden Theile wird ohne Zustimmung des andern die Waffen niederlegen und irgend einen Frieden oder Waffenstillstand unterzeichnen.

Artikel 3. Diese Zustimmung kann nicht verweigert werden, wenn Oesterreich das lombardisch-venetianische Königreich geräumt und wenn andererseits Preussen ein österreichisches Territorium, im gleichen Werth wie das lombardisch-venetianische Königreich, in Händen haben wird.

Nr. 5069.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin (Graf Barral) an General La Marmora. — Bismarck wünscht, dass Italien vorgehe. —
Telegramm.

Berlin, 19 mars 1866.

La médiation de l'Angleterre vient d'être proposée à la Prusse qui a refusé en chargeant son envoyé à Londres de déclarer qu'elle devait l'adresser à l'Autriche, le véritable agresseur et le violateur du traité de Gastein. || En me faisant part tout à l'heure de cet incident, Bismarck, qui était dans un état de violente surexcitation, m'a tout-à-coup demandé si l'Italie serait disposée à déclarer immédiatement la guerre à l'Autriche, en ajoutant que dans ce cas la Prusse suivrait aussitôt après, en la déclarant de son côté. || J'ai répondu que je ne pensais pas que le Gouvernement du Roi fût disposé à prendre la responsabilité d'une initiative qui dans les circonstances actuelles me paraissait avant tout appartenir à la Prusse; mais qu'au surplus lui seul était appelé à se prononcer sur une aussi grave question. || En supposant, ai-je ajouté, que l'Italie se décidât à prendre l'offensive, vous engageriez-vous par un traité formel à la prendre non pas aussitôt après, mais le lendemain? || A cette question j'ai vu parfaitement Bismarck hésiter, et il a fini par me dire: il faudrait que je consultasse une dernière fois le Roi, et s'il refusait je lui offrirais ma démission. || Bismarck m'a ensuite posé la question si nous pourrions lui prêter l'appui de notre marine dans la Mer du Nord, où il suppose que les

Nr. 5069.
Italien.
19. März 1866.

Nr. 5069.
Italien.
19. März 1866.

armements de la flotte autrichienne à Pola et à Trieste ont pour but de la faire arriver pour écraser la marine prussienne, évidemment inférieure. J'ai de nouveau répondu que c'était encore là une question à laquelle je n'étais pas en état de répondre. Veuillez écrire à votre Gouvernement pour avoir une réponse sur les deux questions, m'a dit alors Bismarck; et là-dessus nous nous sommes quittés. Mon impression personnelle est que Bismarck se trouve dans une impasse produite par l'offre de médiation de l'Angleterre, qui y a ajouté sa désapprobation de la politique prussienne; pour en sortir Bismarck cherche à intervertir les rôles en tâchant de nous pousser les premiers contre l'Autriche avec l'espérance bien plus que la certitude d'entraîner le Roi. Je crois que ce serait de notre part une politique extrêmement dangereuse et que moins que jamais nous devons prendre des engagements en présence d'éventualités aussi obscures et qui peuvent se terminer par une médiation étrangère ou par une reculade de la Prusse. La Reine, la Reine douairière, la Princesse et le Prince Royal supplient le Roi de s'arranger avec l'Autriche, et comme ils supposent que l'audience du général Govone peut amener un engagement belliqueux, ils ont réussi déjà hier matin à la faire remettre sous prétexte d'indisposition.

Barral.

Nr. 5070.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. —
Neuer Vorschlag Bismarcks. — Telegramm.

Berlin, 20 mars 1866.

Nr. 5070.
Italien.
20. März 1866.

Bismarck toujours plus agité vient de me proposer une nouvelle combinaison. L'on signerait de suite un traité *d'alliance et d'amitié*, conçu en termes généraux, mais portant que certaines éventualités belliqueuses venant à se réaliser, l'on procéderait immédiatement à la signature d'un traité *d'alliance offensive et défensive*, stipulant action commune et engagement réciproque, de ne pas déposer les armes sans consentement mutuel et but atteint de part et d'autre. Les termes de ce dernier traité devraient être convenus dès à présent de manière à pouvoir être instantanément signé. Il reste toujours la grave question de savoir celui des deux, qui devrait prendre l'initiative de l'agression contre l'Autriche. Le Roi interrogé aujourd'hui a dit que ce devrait être l'Italie. J'ai dit à Bismarck qu'à mon avis ce devrait être la Prusse. || La difficulté est la même et il resterait à déterminer quelles éventualités belliqueuses engageraient la parole du Roi. || Le Roi est très-occupé des armements de l'Autriche, et le Gouvernement Prussien va immédiatement procéder à un achat considérable de chevaux, en attendant la mobilisation qui ne se ferait qu'après.

Barral.

Nr. 5071.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Entwurf eines Offensiv- und Defensiv-Allianz-Vertrages. — Telegramme.

a.

Berlin, 27 mars 1866.

Je vais télégraphier, le plus promptement possible, le texte complet, en six articles du projet *d'alliance offensive et défensive*, que j'ai discuté ce matin avec Bismarck. || Je supprimerai le préambule exprimé sur le but d'obtenir paix générale par satisfaction aux aspirations nationales. || Je commencerai immédiatement par l'article premier. || M. Bismarck désire que je sois muni le plus promptement possible des pleins pouvoirs nécessaires. La proposition de convocation du Parlement National a déjà été adressée par la Prusse à la Bavière; une circulaire prussienne en faisant part aux Gouvernements Allemands de l'état des rapports entre Vienne et Berlin, leur demande de déclarer pour qui ils se prononceront en cas de guerre. || Quoique l'Ambassadeur de France dise, qu'il n'a pas d'instructions.

Nr. 5071.
Italien.
27. März 1866.

Barral.

b.

Berlin, 27 mars.

Au Général La Marmora.

1. Il y aura amitié et alliance entre leurs Majestés le Roi de Prusse et le Roi d'Italie.

2. Si les négociations que Sa Majesté Prussienne vient d'ouvrir avec les autres Gouvernements Allemands en vue d'une réforme de la constitution fédérale conforme aux besoins de la nation allemande échouaient, et que Sa Majesté Prussienne serait mise en mesure de prendre les armes pour faire prévaloir ses propositions, Sa Majesté Italienne, après l'initiative prise par la Prusse des hostilités, aussitôt qu'elle en sera informée, en vertu du présent traité déclarera la guerre à l'Autriche et aux Gouvernements Allemands qui se seraient alliés à l'Autriche contre la Prusse.

3. A partir de ce moment, la guerre sera poursuivie par Leurs Majestés avec toutes les forces que la Providence a mises à leur disposition, et ni la Prusse, ni l'Italie ne concluront ni paix ni armistice sans consentement réciproque.

4. Ce consentement ne saura être refusé quand l'Autriche aura consenti à céder à l'Italie le Royaume Lombard-Vénétien, et à la Prusse des territoires équivalents au dit Royaume en population.

5. Ce traité expirera trois mois après sa signature si dans les trois mois le cas prévu à l'article second ne s'est pas réalisé, savoir que la Prusse n'aura pas déclaré la guerre à l'Autriche.

Nr. 5071.
Italien.
27. März 1866. 6. Si la flotte autrichienne, dont l'armement s'exécute, quitte l'Adriatique avant la déclaration de la guerre, Sa Majesté Italienne enverra des vaisseaux suffisants dans la Baltique, qui y séjourneront pour être prêts à s'unir à la flotte prussienne quand les hostilités éclateront.

Barral.

Nr. 5072.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Berlin. — Annahme des Entwurfs, Forderung, das Trentin einzubeziehen. — Telegramm.

Florence, 28 mars 1866.

Nr. 5072.
Italien.
29. März 1866. Mon impression générale sur projet traité est bonne et nous sommes d'accord en principe. Je dois aviser pourtant s'il convient de limiter l'engagement à 3 mois. || Je crois aussi nécessaire de comprendre *le Trentino*, où vallée supérieure de l'Adige dans le territoire que l'Autriche devrait nous céder, comme étant dans les limites naturelles de l'Italie. En tout cas, le Roi étant absent, il me faudra deux ou trois jours, pour vous envoyer réponse catégorique et ensuite pleins pouvoirs.

La Marmora.

Nr. 5073.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Bismarck weigert sich über das Trentin zu verhandeln. — Telegramm.

Berlin, 30 mars 1866.

Nr. 5073.
Italien.
30. März 1866. M. Bismarck m'a dit que le Trentin faisant partie de la Confédération Germanique, il était impossible de stipuler à l'avance sa cession à l'Italie; mais ce qui ne pourrait pas se faire avant la guerre, pourrait parfaitement s'effectuer pendant ou après, surtout en adressant un appel aux populations.

Barral.

Nr. 5074.

ITALIEN. — Vertreter in Paris (Commendatore Nigra und Graf Arese) an General La Marmora. — Verhalten Frankreichs zum bevorstehenden Conflict. — Briefauszüge und Telegramme.

a.

Paris, 24. März 1866.

Der Kaiser hat dem Prinzen Napoleon gesagt, wenn Italien die Initiative zum Krieg ergreifen würde, könne Frankreich ihm nicht helfen.

Nigra.

Nr. 5074.
Italien.
24—30. März
1866.

b.

Der Herr Drouyn de Lhuys will sich nicht über die Möglichkeit eines Krieges aussprechen, er wiederholte mir, als ich ihn fragte, die officielle Phrase, wenn Italien Oesterreich angreift, wird es dies auf seine Gefahr und Verantwortung thun; wenn Oesterreich Italien angreift, so kann ich Ihnen sagen, dass die Vergangenheit für die Zukunft bürgt. Das ist das Verhalten, welches Frankreich beobachten wird.

Nigra.

c.

Paris, 30. März 1866.

Ich bin vom Kaiser ganz gut empfangen worden. Er hat mir gesagt, dass der Prinz Napoleon (welcher nach Italien reiste), von seiner Seite weder eine Instruction, noch einen Auftrag habe. Er finde die Unterzeichnung des Vertrages mit Preussen nützlich; aber er erklärte, diesen Rath als Freund und ohne irgend eine Verantwortlichkeit zu geben. || Er glaubt für den Augenblick nicht an die Wahrscheinlichkeit eines Arrangements zwischen Italien und Oesterreich. || Er hat mich ermächtigt, Ihnen das Alles zu telegraphiren. || Der König von Preussen spricht sich, nach den Nachrichten, welche der Kaiser aus Berlin erhalten hat, jeden Tag mehr für den Krieg aus.

Arese.

d.

Die Situation ist also diese. Wenn Italien die Initiative ergriffe, so thäte es dies auf seine Gefahr und Verantwortung, und der Kaiser rath uns nicht dazu. || Was die Vereinigung mit Preussen zu einer gemeinsamen und gleichzeitigen Aktion betrifft, so rath uns der Kaiser dies zu thun, aber dieser Rath enthält keine positive Verpflichtung. || Wenn Oesterreich uns zuerst angreifen würde, könnte Frankreich nicht umhin uns zu Hülfe zu kommen. || Der Kaiser sagte auch dem Prinzen Napoleon, dass dasselbe geschehen würde, wenn Preussen vertragsbrüchig einen Separatfrieden schliessen und Oesterreich über uns, nachdem wir allein gelassen wären, mit allen seinen Streitkräften

Nr. 5074. herfiele. In allen anderen Fällen wird der Kaiser, ohne aufzuhören wohl-
 Italien. wollend gegen uns zu sein, auf jede Art seine volle Aktionsfreiheit bewahren,
 94—30. März und sich je nach den Ereignissen verpflichten oder nicht verpflichten.
 1866.

N i g r a.

Nr. 5075.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Zweifel, ob Bismarck es zum Kriege bringen werde.

Berlin, 2. April 1866.

Nr. 5075. Der Graf Bismarck hat vielleicht einen Augenblick geglaubt, Oesterreich
 Italien. wolle die Initiative zu einem Bruch ergreifen, und obwohl eine so unvorher-
 2. April 1866. gesehene Krise schwer gewesen wäre, hätte er sich wahrscheinlich darüber
 gefreut. Aber die Illusion von einer österreichischen Initiative dauerte nicht
 lange. Man wusste bald, dass die österreichischen militärischen Massregeln
 von geringer Bedeutuag, und in der That reine Defensiv- und Vorsichtsmass-
 regeln seien. Der Graf Bismarck wollte trotzdem Nutzen daraus ziehen und
 liess sie einige Tage lang in seinen Journalen vergrössern. Alles war für den
 Krieg. Man sprach von österreichischen Herausforderungen und von berech-
 tigten preussischen Rüstungen Sie sind nicht sehr bedeutend, und
 können entweder eine Vorsichtsmassregel oder ein Mittel sein, Oesterreich
 dahin zu bringen, ebenfalls zu rüsten, um dadurch zu jener verwickelten
 Situation zu gelangen, aus der man den Krieg hervorgehen lassen kann. Der
 Graf Bismarck, in der Frage der Herzogthümer gebunden, wie er ist, würde,
 da er sie nicht mit Demonstrationen lösen kann, bis zum Kriege gehen, aber
 die ältesten Diplomaten in Berlin glauben, dass der König ihm nie bis zu
 diesem Punkte folgen würde; ja sie glauben sogar, dass eines Tages die Sen-
 dung eines Generals nach Wien den Streit abschneiden könnte. Man sagt
 auch, dass der General Münster bereits zu einer Mission nach Wien berufen
 sei. Der M*** W*** sagte mir, der Graf Münster sei nach Wien abgereist.
 Graf Bismarck leugnet allerdings das Vorhaben einer solchen Mission, und ver-
 sichert, der General sei nach Florenz bestimmt. || Eine andere Schwierigkeit
 findet Graf Bismarck im Lande. Nicht blos die höheren Klassen, sondern
 auch die mittleren sind dem Kriege abgeneigt oder wenig günstig. Man ersieht
 diese Abneigung aus den Volksblättern. Das öffentliche Gefühl ist hier noch
 von Groll und Misstrauen gegen Frankreich inspirirt, während kein Hass gegen
 Oesterreich herrscht. Ferner verschafft auch der Kampf in der Kammer dem
 Grafen Bismarck Gegner, obwohl die Kammer weder viel Ansehen noch grosse
 Popularität besitzt. Man spricht in Berlin mit wenig Achtung von ihr und
 behandelt sie fast als eine Versammlung von Nichts bedeutenden Intriguanten.

Man sagt die Constitution sei für die Stimmung des öffentlichen Geistes in Preussen zu fortschrittlich. Das sind Dinge, die uns in Erstaunen setzen, aber ein Körnchen Wahrheit enthalten müssen, Angesichts des Verhaltens des Ministeriums gegen die Kammer. || Bleibt noch das Heer. Nach Allem, was wir von den Offizieren gehört haben, schwärmt es nicht für den Krieg gegen Oesterreich. Es herrscht in ihm sogar Sympathie für die österreichische Armee. Ich weiss, dass, wenn einmal der Krieg erklärt ist, die Armee elektrisirt würde und wacker ihre Schuldigkeit thäte, aber sie ist kein Sporn und keine Stütze für die Politik, welche Graf Bismarck zur Geltung bringen will. Er findet sich daher fast isolirt oder wenigstens wenig unterstützt und hat mit allen oben auseinandergesetzten Schwierigkeiten zu kämpfen, weshalb man bisweilen zu der Vermuthung kommt, dass er, von solchen Schwierigkeiten überwältigt, die Partie aufgeben werde. Immerhin ist er unzweifelhaft ein sehr bedeutender Mann, mit grossen Hilfsmitteln, und eisernem Willen und verdient zu reussiren. Aber sagen, dass er reussiren werde, sei es, indem er in der Frage der Herzogthümer einen friedlichen Sieg erringt, sei es, indem er die Dinge zum Kriege treibt, wäre sehr gewagt, er müsste denn von Aussen Impulse und Hilfsmittel finden

G o v o n e.

Nr. 5076.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Abschluss des Vertrags mit Preussen. — Telegramm.

Berlin, 8 avril 1866.

Nous venons de signer avec Bismarck traité d'alliance *offensive et défensive*. | Sur le désir de Roi on a supprimé le passage faisant mention à la fin de l'article deux Le Général et moi pensons que cette suppression était aussi dans nos intérêts. || Un protocole signé à part stipule que le traité restera secret¹⁾.

Nr. 5076.
Italien.
8. April 1866.

B a r r a l.

¹⁾ La Marmora sagt, dass obwohl aus dieser Clausel der Geheimhaltung nicht eine absolute und beständige Verpflichtung erwachsen könne, er sich doch enthalten wolle, den Wortlaut des Vertrags mitzutheilen, da alle folgenden Minister bisher das Still-schweigen vorgezogen hätten. Der Eingang des Vertrags lautete nach einem spätern Citate La Marmora's:

„Leurs Majestés le Roi d'Italie et le Roi de Prusse, animées du même désir de consolider les garanties de la paix générale, en tenant compte des besoins et des aspirations légitimes de leurs nations, ont, pour régler les articles d'un traité d'alliance

Nr. 5077.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Bismarcks Haltung gegenüber dem österreichischen Abrüstungsvorschlag.¹⁾

Berlin, 21. April 1866.

Nr. 5077.
Italien.
1. April 1866.

Graf Barral frug den Conseil-Präsidenten, was Preussen auf die im Laufe des Tages von Wien gekommene Note geantwortet habe, welche die Zurücknahme der von Oesterreich getroffenen militärischen Massregeln für den 25. laufenden Monats unter der Bedingung vorschlug, dass die Abrüstung Tags darauf beginne. Der Conseil-Präsident antwortete: die Sache verhält sich nicht ganz so. Oesterreich erklärt, dass es am 25. anfangen werde, seine Truppen in die alten Stellungen zurückzuziehen, und erwartet, dass Preussen an demselben Tage, oder am darauf folgenden Tage beginne, seine militärischen Massregeln zurückzunehmen. Es ist schwer, auf diesen Vorschlag abschlägich zu antworten, bemerkte Graf Bismarck. Wir haben jedoch noch keinen Entschluss gefasst, sondern werden wahrscheinlich antworten, dass wir gesonnen sind, Oesterreich in den Stellungen, die es seinen Truppen geben wird, Schritt für Schritt zu folgen, d. h. bei der Zurückberufung eines jeden Bataillons von den angrenzenden Provinzen werden wir die Reserve-Mannschaften, welche zur Verstärkung unserer Bataillone berufen sind, entlassen und werden diese Entlassungen nach den Rückbewegungen der österreichischen Bataillone Schritt für Schritt reguliren. Uebrigens ist die Verstärkung, die wir unseren Bataillonen gegeben haben, von keiner Bedeutung || Das alles aber sagte der Conseil-Präsident in einer Weise, die zu erkennen gab, dass er mit sich selbst noch nicht in's Reine gekommen war, und man konnte nicht einmal erkennen, ob er überhaupt die Absicht habe, in seiner Antwort, die er Oesterreich gebe, sich darüber zu äussern, oder ob er es sich bloss vorbehielt, in der praktischen Ausführung der Abrüstung so zu Werke zu gehen. || Das aber fügte Graf Bismarck hinzu, dass er mit denen, welche eine friedliche Miene machten, um die öffentliche Meinung in Europa für sich günstig zu stimmen, darin um die Wette laufen wolle, ferner, dass man aber am Ende keine so grosse Bedeutung dieser öffentlichen Meinung beilegen dürfe, welche durch energisches Handeln modificirt werden könne; und dass, wenn man auf diese Weise Oesterreich Allirte verschaffe, wir auch Allirte hätten und allenfalls noch andere finden könnten.

Auf die Frage unseres Gesandten, ob es wahr sei, dass die Mittel- und

offensive e défensive, nommé pour leurs plénipotentiaires munis de leurs instructions savoir“ etc.

Den übrigen Inhalt des Vertrags müssen wir aus dem Telegramm Nr. 5071. b. abnehmen.

¹⁾ Vgl. Staatsarchiv Bd. X Nr. 2256.

Kleinstaat^{en} als Vorbedingung für jede Verhandlung über die deutsche Reform, die Abrüstung aufgestellt hätten, erklärte der Ministerpräsident, dass die Staaten zweiten Ranges noch nicht geantwortet, sondern ihre Repräsentanten sich erst gestern zu Augsburg versammelt hätten, um sich über das Verhalten zu besprechen, welches man dem preussischen Vorschlag gegenüber zu beobachten habe. || Der Eindruck, den der Ministerpräsident in diesem kurzen Gespräch, welches wegen seines Gesundheitszustandes nicht länger fortgesetzt werden konnte, obwohl er umhergeht und arbeitet, auf den Grafen Barral und auf mich machte, war der, dass er sichtlich durch die Wendung der Sachlage entmuthigt war. || Was die Rüstungen Preussens betrifft, von denen man so viel Aufsehens macht, so blieben dieselben immer noch in den Ew. Excellenz berichteten, d. h. nur wenig beträchtlichen Grenzen; acht- bis zehntausend Pferde für Artillerie, das ist das Wesentliche, dann Einberufung von zehn- bis fünfzehntausend Mann Infanterie, die sich auf sechs Divisionen vertheilen. || Graf Barral theilte mir das Telegramm Ew. Excellenz mit, worin Sie mir Vollmacht geben, Berlin zu verlassen. Ich danke Ihnen. || Uebrigens hört mit der bevorstehenden Abrüstung auch das Interesse auf, etc.

Nr. 5077.
Italien.
21. April 1866.

G o v o n e.

Nr. 5078.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Berlin. —
Mittheilung, dass Oesterreich rüste, aber nicht Italien. —
Telegramm¹⁾.

Florence, 26 avril 1866.

On doit savoir à Berlin que depuis 4 jours l'Autriche rappelle toutes ses réserves et se met en Vénétie sur pied complet de guerre au lieu de commencer à désarmer le 25. || Le prétexte qu'on allègue à Vienne, que l'Italie a rappelé des réserves et concentré des troupes à Plaisance et Bologne, est inqualifiable. || Voyez ce que le Gouvernement Prussien pense de tout ceci et ce qu'il compte faire.

Nr. 5078.
Italien.
26. April 1866.

L a M a r m o r a.

¹⁾ Hierauf folgt im Buche die Circulardepesche vom 27. April mit der Ankündigung italienischer Gegenrüstungen, Staatsarchiv Bd. XII Nr. 2487. Vgl. auch Bd. X Nr. 2257 und 2259.

A. d. Red.

Nr. 5079.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. — Unzufriedenheit des Kaisers über die italienischen Rüstungen.

Paris, 1. Mai 1866.

Nr. 5079.
Italien.

1. Mai 1866.

Gestern Abend beim Empfange in den Tuilerien trat der Kaiser zu mir, als er mich sah, und sprach: „Es war wohl der Mühe werth, mich um Rath zu fragen, um dann gerade das Gegentheil von dem zu thun, was ich anrieth.“
 ¶ Ich setzte dem Kaiser vorläufig die Gründe auseinander, welche die Regierung gezwungen hätten, zu rüsten; nämlich die drohende Haltung Oesterreichs, die von ihm getroffenen militärischen Massregeln, die kaum vor Ausbruch der Feindseligkeiten ergriffen zu werden pflegen; den offensiven Character dieser Massregeln, denn zur Defensive genügten das Festungsviereck und die gewöhnlichen Garnisonen; den Mangel einer strategischen Fronte seitens Italiens; die weite Entfernung der französischen Hilfstruppen im Falle eines Angriffs von Seiten Oesterreichs; endlich die öffentliche Meinung in Italien, welche gebieterisch verlangte, dass die Regierung für die Sicherheit des Staates Sorge trage. Diesen letzten Grund liess der Kaiser gelten; was aber den Angriff von Seiten Oesterreichs betrifft, so behauptet der Kaiser, das sei unbegründet, da Oesterreich wiederholt erklärt habe, dass es keineswegs beabsichtige, Italien anzugreifen. ¶ Der Kaiser bemerkte noch, es sei wünschenswerth, dass, wenn der Bruch geschieht, derselbe vom Norden, nämlich von Deutschland, kommen solle. Er empfahl Klugheit und nichts zu übereilen. ¶ Die französische Regierung ist schon im Voraus mit den Interpellationen beschäftigt, die am Dienstag in den gesetzgebenden Körper werden eingebracht werden. Unsere Rüstungen machen ihre Situation schwieriger. ¶ Man wird von ihr eine ausdrückliche Erklärung verlangen über die Haltung, die sie Italien gegenüber einnehmen wird. ¶ Wenn Italien nicht gerüstet hätte, wäre eine Antwort für Frankreich leichter gewesen. Es hätte vielleicht gesagt: wenn Oesterreich Italien angreift, so wird sich dem Frankreich sogar mit den Waffen widersetzen; wenn hingegen Italien zuerst angreift, so mag es dasselbe auf eigene Gefahr hin thun. Aber angesichts der Rüstungen, welche die Freunde des Friedens aus Interesse als gleichzeitig oder fast gleichzeitig ausgeben, wird der französischen Regierung die Antwort erschwert werden. ¶ Das ist der Grund, weshalb man es hier missbilligt hat, dass Italien Ordre gegeben hat, sofort zu rüsten

Nigra.

Nr. 5080.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Differenz mit Preussen über die Tragweite des Vertrages vom 8. April. —
Telegramme.

a.

Berlin, 2 mai 1866.

Bismarck m'a dit qu'on a décidé en principe d'augmenter l'armement. Le conseil de généraux voudrait acheter tous les 50,000 chevaux pour l'artillerie, munitions et cavalerie de réserve, tandis que le Roi toujours hésitant veut armer en moindre proportion. || La décision ne sera prise que dans deux ou trois jours au plus tard. || Pour connaître l'extension qu'on donne ici aux engagements pris avec nous, j'ai dit au comte de Bismarck que l'Autriche et nous serions prêts dans un mois au plus tard, et qu'alors la guerre pouvait éclater en Italie, et lui ai demandé si la Prusse ne *fait* pas mieux ses calculs pour ses armements, et si elle sera prête à déclarer la guerre à l'Autriche d'après le traité d'alliance, si l'Autriche la déclare à l'Italie. || Il m'a dit que le Roi *ne donne pas au traité cette portée et qu'il ne croyait pas que cette obligation fût réciproque, d'après le texte littéral.* || J'ai ajouté alors, si on ne pourrait pas compléter les stipulations et y introduire complète réciprocité dans une convention militaire. || *Il m'a dit que le Roi refuserait de s'engager à déclarer la guerre à l'Autriche dès qu'elle éclaterait en Italie; ne voulant pas nous encourager à pousser les choses à bout.* || Que cependant le Ministère Prussien croyait que cette éventualité serait forcément amenée par les circonstances, et attacherait son existence à ne pas laisser engager la lutte entre l'Italie et l'Autriche sans prendre part au même moment. || Il m'a autorisé à le déclarer à Votre Excellence en ajoutant de nous fier à la force des circonstances et des intérêts Prussiens les plus graves, même si les hésitations du Roi ne lui permettraient pas d'obtenir sa signature. || Je lui ai demandé si la Prusse serait disposée à sacrifier cinq millions pour la Hongrie. Il répondit qu'on ne connaît ni le pays ni les hommes, qu'il craignait de jeter l'argent inutilement surtout que formalités minutieuses du Gouvernement Prussien rendaient absolument impossible de détourner une telle somme, même pour un objet de cette importance.

G O V O N E.

b.

Berlin, 2 mai 1866.

Bismarck m'a fait appeler en toute hâte ce soir. || J'ai soumis au Roi, m'a-t-il dit, les deux questions que vous m'avez posées hier soir. || 1. Que ferait la Prusse si Italie attaque Autriche? || 2. Que ferait Prusse si Autriche attaque Italie? || Et je lui ai dit qu'à la seconde question j'avais

Nr. 5080.
Italien.
2. Mai 1866.

répondu que la Prusse entrerait en lutte contre Autriche. Le Roi a complètement approuvé cette réponse. || Quant à la première question le Roi conseille franchement Italie de s'abstenir de toute attaque. || J'ai demandé à Bismarck s'il avait pris un parti quant aux armements Prussiens. || Bismarck répondit qu'on décidera demain en conseil des Ministres; que cependant le Roi avait dit aujourd'hui qu'il ne trouvait plus personne autour de lui qui ne lui dît qu'il trahirait son pays s'il n'armait pas. Ainsi Bismarck croit que demain il va signer ordre mobilisation. || J'ai encore demandé à Bismarck son avis à retenir pour impossible un arrangement entre Prusse et Autriche qui nous laissât isolés. || Il m'a répondu qu'aucune concession de l'Autriche ne pourrait désormais compenser la Prusse des inconvénients d'un arrangement. || Que toutefois si l'Autriche faisait des concessions qu'on ne peut absolument refuser, en ce cas il nous préviendrait à temps et loyalement, et qu'en aucun cas les arrangements ne seraient tels que l'Italie pût se trouver seule vis-à-vis de l'Autriche armée.

G o v o n e.

Nr. 5081.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Berlin. —
Italienische Auffassung des Vertrages. — Telegramm.

Florence, 2 mai 1866.

Nr. 5081.
Italien.
2. Mai 1866.

Dites au comte Bismarck que l'Italie n'a nullement l'intention d'attaquer Autriche. || Mais pour le cas d'une agression Autrichienne contre l'Italie, l'alliance offensive et défensive *oblige* la Prusse à engager de son côté les hostilités et à les poursuivre. || Comme nos engagements envers la Prusse, et la politique que nous devons suivre en conséquence seraient la cause unique de l'attaque de l'Autriche contre nous, je ne vois pas comment le Roi de Prusse pourrait se croire libre envers l'Italie, ni comment Prusse pourrait se soustraire aux obligations réciproques de l'alliance offensive et défensive. || Ne laissez aucun doute que le Gouvernement du Roi est ici parfaitement maître de la situation, et qu'il n'y a pas à craindre que ce soit nous, mais au contraire l'Autriche qui pourrait pousser les choses à bout.

L a M a r m o r a.

Nr. 5082.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. —
Oesterreich bietet die Abtretung Venetiens an. — Telegramm.

Paris, 5 mai 1866.

Empereur m'a fait appeler aujourd'hui. Il m'a dit que l'Autriche lui fait proposition formelle de céder la Vénétie, à la condition que l'on laisserait Autriche libre de se dédommager sur la Prusse. || La cession serait faite à la France, qui la rétrocéderait à l'Italie sans conditions. || Empereur m'a demandé si nous pouvions rompre engagement avec la Prusse. || Je vous envoie courrier pour vous expliquer les détails. || En attendant, veuillez garder secret absolu, et réfléchir bien mûrement, car la chose en vaut la peine. || Je vous prie de me télégraphier votre première impression. || J'ai mis Empereur confidentiellement au courant de nos derniers rapports avec la Prusse.

Nigra.

Nr. 5083.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Paris. —
Antwort auf den österreichischen Vorschlag. — Telegramm.

Florence, 5 mai 1866.

Reçu votre importante dépêche. || J'attends avec impatience courrier. || Ma première impression est que *c'est une question d'honneur et de loyauté de ne pas nous dégager avec la Prusse.* || Surtout qu'elle vient d'armer et de déclarer à toutes les Puissances qu'elle attaquera l'Autriche si l'Autriche nous attaque. || Mais comme le traité expire le 8 juillet, on pourrait arranger la chose avec un Congrès. || L'Empereur n'oubliera pas, qu'il nous a conseillé le traité avec la Prusse. || Vous ne me dites rien du Congrès, dont il est question à Londres.

La Marmora.

Nr. 5084.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. —
Schriftlicher Bericht über den österreichischen Vorschlag.

Paris, 5. Mai 1866.

Gestern Abend liess mich der Kaiser in die Tuilerien rufen. Ich habe Sie durch den Telegraphen von dem Inhalte der Mittheilungen des Kaisers

Nr. 5084.
Italien.
5. Mai 1866.

benachrichtigt; ich will Ihnen jetzt diese Unterredung in all' ihren Einzelheiten mittheilen. || Der Kaiser sagte mir, Oesterreich habe ihm folgenden Vorschlag gemacht: || „Oesterreich ist bereit, Venetien abzutreten, sobald es sich bemächtigt hat. Frankreich und Italien würden versprechen, Preussen nicht zu unterstützen und neutral zu bleiben. Venedig würde an Frankreich abgetreten werden, welches es ohne Bedingung wieder an Italien abtreten würde. Wohlverstanden würde das Festungsviereck in der Abtretung mit einbegriffen sein. Italien würde eine bestimmte Summe Geldes zahlen, welche zum Bau österreichischer Festungen längs der neuen Grenze zwischen Oesterreich und Italien bestimmt wäre.“ || Ich fragte den Kaiser, ob dieser Vorschlag wirklich ernsthaft sei. Er antwortete mir, derselbe sei durchaus formell. Er sagte mir, er habe darauf geantwortet, habe sich jedoch Bedenkzeit genommen und erklärt, dass die Abtretung jedenfalls vor der Besetzung Schlesiens durch Oesterreich erfolgen müsse. Oesterreich habe auf diese Bemerkung, die man als Gegenvorschlag betrachten kann, noch nicht geantwortet. Der Kaiser verlangte, ich solle ihm den Wortlaut des Vertrages wiederholen, und fragte, ob es uns möglich sei, uns von den mit Preussen eingegangenen Verpflichtungen loszusagen. Ich sagte ihm, dass ich Ihnen im Vertrauen und insgeheim schreiben werde. Indessen theilte ich ihm die Erklärung mit, welche uns unlängst der König von Preussen über die Auslegung mittheilen liess, die er dem Vertrage gibt und wonach er sich nicht für verpflichtet hielt, Italien zu unterstützen, wenn dieses von Oesterreich angegriffen werden sollte. Diese Erklärung schien dem Kaiser sonderbar, und er sagte, man müsse erwägen, ob in Anbetracht derselben die italienische Regierung nicht berechtigt sei, den Vertrag zu kündigen. || Nun ist es Ihre Sache, diese neue Seite der Frage ernstlich zu erwägen. Ich erwarte Ihre Antwort, um sie dem Kaiser mitzutheilen. Die Sache ist eine äusserst empfindliche; das alles muss Jedem, den König und Sie ausgenommen, geheim bleiben. || Der Vorschlag Oesterreichs war von der Ueberzeugung ausgegangen, dass im Kriegsfall Italien und Preussen zusammengegangen wären und dass Frankreich zu Gunsten Italiens neutral geblieben wäre. Dieser Vorschlag, in so weit es uns möglich wäre, darauf einzugehen, ist nicht frei von Nachtheilen; vor Allem würden wir, wenn Venedig an Frankreich abgetreten würde, diesem gegenüber neue Verpflichtungen eingehen. Oesterreich würde nach dem Kriege eben so stark zur Eroberung und noch feindseliger als vorher gegen Italien sein. Wir würden uns mit Preussen verfeinden, und ganz Deutschland würde diese feindlichen Gesinnungen theilen. Unsere Armee und vielleicht auch unser Land würde unzufrieden darüber sein. Frankreich (ich spreche von der Nation und nicht vom Kaiser, der gegen Italien stets freundlich gesinnt war und es bleiben wird) wird uns diese neue Wohlthat in unerträglicher Weise fühlen lassen. Endlich würden wir, wie ungehörig und undankbar auch das Benehmen Preussens gegen uns sein mag, dem Vorwurf des Treubruchs nicht entgehen können. || Auf der anderen Seite aber bietet uns das Zögern

Preussens und seine letzte Erklärung keine Gewissheit, ob es zuerst den Krieg erklärt, oder ob es uns folgt, falls wir gezwungen wären, ihn zu be-
 ginnen, oder ob es sich infolge eines Angriffs von Seiten Oesterreichs in
 einen Krieg einlässt. Allein Krieg zu führen, scheint mir so gefährlich, dass
 ich wirklich nicht weiss, ob es zulässig ist. Wenn aber der Krieg unter-
 bliebe, so wäre unsere Lage in politischer und finanzieller Hinsicht unheil-
 voll. Endlich darf man auch nicht die Unzuverlässigkeit des Kriegsglückes
 ausser Acht lassen. Das Kaiserreich Oesterreich besitzt noch solche militä-
 rische Elemente, dass die Möglichkeit einer Niederlage Italiens, mag es allein
 stehen oder mit Preussen vereinigt sein, in den Bereich der voraussehbaren
 Fälle gehört. || Diese Erwägungen, die einen wie die anderen, sind von ausser-
 ordentlicher Bedeutung; ich gebe sie Ihnen an, damit Sie dieselben überlegen
 und prüfen. || Geben Sie jedoch wohl auf den Umstand Acht, dass Oester-
 reich sich zur Abtretung Venedigs nur bereit zeigt, um sich zu entschädigen
 mit . . . , so dass es mit der einen Hand die Abtretung bestätigen und mit
 der anderen das Schwert ziehen würde; beide Thatsachen würden gleichzeitig
 sein. || Ich bitte Sie, mir Ihre Antwort durch einen besonderen Courier zu-
 kommen zu lassen, indem sehr viel daran gelegen ist, dass diese Correspon-
 denz nur sicheren Händen anvertraut werde. Ich würde Ihnen verbunden
 sein, wenn Sie mich durch den Telegraphen von der Abreise des Couriers in
 Kenntniss setzten.

Nr. 5084.
 Italien.
 5. Mai 1866.

N i g r a.

Nr. 5085.

ITALIEN. — Memoire des Generals Govone über die von Oester-
 reich angebotene Abtretung Venetiens, für den Commandeur
 Nigra redigirt.

[A u s z u g .]

Paris, 7 mai 1866.

Les armements prussiens se poursuivent en ce moment avec rapidité.
 Les cinq corps d'armée qui, d'après les ordres émanés les premiers jours de
 mai, devraient se mettre sur pied de guerre, ont reçu postérieurement pour
 instruction de se mobiliser selon les ordonnances et règlements qui con-
 cernent *les cas urgents*, et on attendait à Berlin pour le 8 ou 9 la complète
 mobilisation des 4 corps restants, qui étaient en train de se mettre sur le
 pied de *préparation à la guerre*. Avant la fin du mois toute l'armée prus-
 sienne de 300 mille combattants, sera sur pied de guerre, et les concen-
 trations sur la frontière seront terminées. || Ces mesures, ainsi que les décla-
 rations de Monsieur de Bismarck, et des principaux officiers de l'État-Major
 prussien, ne laissent aucun doute, qu'on est désormais fermement décidé à

Nr. 5085.
 Italien.
 7. Mai 1866.

Sr. 595.
 Italien.
 7. Mai 1866.

commencer les hostilités dans un court délai de temps, et peut-être espère-t-on pousser l'Autriche à prendre elle-même l'offensive. Aussi dans le cas qu'aucun grave événement n'intervienne, les premières batailles seront livrées dès le commencement de juin. Dans cet état des choses, avec un traité signé avec la Prusse, quel parti l'Italie doit-elle prendre selon ses propres intérêts, vis-à-vis des dernières propositions autrichiennes de céder la Vénétie? Peut-elle, sans compromettre gravement son honneur, accepter ces propositions? || La question est en même temps, d'intérêt matériel et d'intérêt moral. || Mettons le cas, que la lutte s'engage entre l'Autriche, l'Italie et la Prusse et nulle autre grande puissance n'intervienne.

|| L'armée prussienne, bien conduite, non dispersée sur de longues lignes, aidée enfin par la fortune, pourra gagner une ou deux batailles sur l'armée autrichienne; mais si les méfiances envers les États secondaires, si d'autres circonstances devaient retenir loin du point décisif de la lutte une partie considérable de l'armée prussienne, dans ce cas la supériorité numérique de l'Autriche pourrait faire pencher la victoire de l'autre côté. Or une ou deux batailles perdues en Silésie, ouvriraient la route de Berlin, cette frontière manquant de ces grands points d'appui, de ces grandes forteresses, dont une armée a besoin pour se reformer. || Dans ce cas l'Italie verrait bientôt se diriger vers elle, une partie des troupes autrichiennes engagées aujourd'hui vers le nord, et cela avant qu'elle se fût rendue maîtresse d'une des principales forteresses du quadrilatère. La lutte pourrait devenir inégale. || Sans doute lorsque de pareilles éventualités, même si elles étaient peu probables, sont pourtant possibles, la responsabilité d'un gouvernement qui s'y serait exposé en refusant les propositions de la cession de la Vénétie, serait fort lourde si son honneur ne lui fait pas un devoir absolu de refuser. || On entre ici dans le côté moral de la question, et pour bien l'apprécier il faudra rappeler quelques circonstances des négociations relatives à notre traité avec la Prusse, et à l'interprétation qu'on a voulu y donner. || La première rédaction du traité appartient à S. E. le comte de Bismarck. Dans l'introduction aux articles il l'avait d'abord appelé: traité d'alliance *offensive et défensive*. Lorsque S. E. le général de La Marmora approuva le texte, et que les plénipotentiaires se réunirent pour le signer, le comte de Barral et moi remarquâmes que cette appellation avait disparu et qu'on y avait substitué traité *d'alliance et d'amitié*. Le comte de Barral soutint la première rédaction qui ne fut acceptée par le comte de Bismarck qu'avec difficulté et après avoir soutenu longtemps que tel était le texte primitif envoyé à Florence pour être examiné. On alla chercher ce texte qui avait été écrit par M. de Barral sous la dictée du comte de Bismarck, et ce dernier fut forcé de rétablir le texte; de telle sorte qu'on différa jusqu'au soir la signature. || Lorsque, par suite des notes échangées entre Vienne et Berlin, il fut convenu que les deux puissances désarmeraient le 25 et 26 avril, et que l'Autriche tourna contre l'Italie de très-sérieuses mesures militaires, ayant eu une

audience du comte de Bismarck, je lui demandais si la Prusse serait prête, d'après le traité conclu avec nous, à entrer en campagne pour la fin de mai, les armements de l'Autriche en Vénétie et les nôtres qui en étaient la conséquence forcée, faisant croire à la probabilité d'une rupture vers cette époque. || Le comte de Bismarck, tout en déclarant qu'il était de l'intérêt prussien de ne pas nous laisser seuls, ajouta cependant que la Prusse ne se tenait pas pour légalement engagée envers nous, par le traité à déclarer la guerre à l'Autriche, si celle-ci nous attaquait; il en faisait une question d'intérêt prussien, mais non pas une question de loyale interprétation d'un traité qui étant appelé d'alliance *offensive et défensive*, doit sans doute avoir pour conséquence d'engager également les deux parties. Cette circonstance rapprochée de l'essai qu'il avait fait de supprimer dans le texte du traité l'appellation d'alliance offensive et défensive, montre que le Président du Conseil voulait se laisser la porte ouverte à nous quitter si cela lui convenait. || J'eus soin dans cette conversation de dire à S. E. le comte de Bismarck, que puisqu'il interprétait ainsi le traité, il aurait été convenable et équitable de compléter ces stipulations par une convention militaire pour établir la réciprocité des engagements, de telle sorte que nous ne puissions en aucun cas nous trouver seuls à la merci de l'Autriche. Le comte Bismarck répéta, que nous pouvions être rassurés par le propre intérêt de la Prusse, et fit les plus amples déclarations, mais en ajoutant que *jamais le Roi ne signerait une stipulation qui mettrait la Prusse à la merci de l'Italie*. Le jour suivant il me fit appeler et me dit qu'ayant rapporté au Roi notre conversation de la veille, Sa Majesté avait approuvée ses réponses. || Je dis alors à M. de Bismarck, s'il ne pourrait pas nous arriver que par suite de propositions autrichiennes un arrangement n'intervînt entre la Prusse et l'Autriche, et nous fussions en ce cas laissés seuls vis-à-vis de l'Autriche; M. de Bismarck répondit: que désormais aucune proposition autrichienne pourrait être assez favorable pour être aux yeux de la Prusse l'équivalent des conséquences qui résulteraient dans l'avenir pour la Prusse de l'abandon de l'Italie; il ajouta d'autres considérations d'intérêt, mais il termina en disant que toutefois, si des concessions à ne point pouvoir être refusées étaient faites; dans ce cas il nous préviendrait à temps. Il ne repoussait donc pas absolument la possibilité d'un arrangement avec l'Autriche, mais seulement il en mettait en doute la probabilité, et s'il ajouta qu'en aucun cas nous ne serions laissés en face de l'Autriche irritée et armée, c'est que les bruits de cession de la Vénétie lui sont parvenus, ce qui le force à nous ménager. || D'après tout ce qui vient d'être rappelé, on peut en tirer cette conclusion que la Prusse, si ses intérêts le lui conseillaient, ne se refuserait pas à un arrangement avec l'Autriche, aujourd'hui encore, et se basant sur une subtile interprétation du texte de notre traité, se croirait en droit, quoiqu'elle ne le juge pas dans ses intérêts, ni de son honneur, de nous abandonner si l'Autriche nous attaquait aujourd'hui que nous nous sommes engagés pour les intérêts prussiens

Nr. 5085.
Italien.
7. Mai 1866.

autant que pour les nôtres. || Nous pourrions par conséquent, avec un égal fondement prétendre, que si l'Autriche était la première à attaquer la Prusse, nous serions déliés de tout engagement, car le texte littéral du traité dit à peu près: || „Si Sa Majesté le Roi de Prusse était mis en mesure de prendre les armes, dans ce cas l'Italie, d'après l'initiative prise par la Prusse, déclarera la guerre à l'Autriche.“ Or, Monsieur de Bismarck prétend, que le traité n'a d'autre portée que celle contenue littéralement dans les mots: *après l'initiative prise par la Prusse*. Il dit que, puisque M. de Barral a tenu à ajouter ces mots au texte primitif, lui, comte de Bismarck, a cru que c'était nous qui voulions exclure tout autre cas, même celui d'une *initiative prise par l'Autriche contre l'Italie*, et il a insisté avec moi sur ce point lorsqu'il me donna son interprétation de la portée du traité, que j'ai énoncée plus haut. A le prendre au mot, on n'aurait donc qu'à pousser l'Autriche à attaquer la première, pour que nous fussions dégagés, aussi bien que la Prusse prétend l'être envers nous, dans le cas analogue. || Cependant serait-il honorable de suivre la Prusse dans ces subtilités? Je ne veux pas examiner cette question. Sans doute si nous le faissions, si nous acceptions un arrangement avec l'Autriche, nous ne ferions que ce qu'en cas de sa convenance ferait sans doute la Prusse. || Mais pour nous aussi, il y a des considérations d'une autre nature, et peut-être en spéculant sur l'avenir, en pensant à l'humiliation de la Prusse, qui serait la conséquence de notre abandon, en pensant à l'augmentation de la puissance autrichienne en Europe, on peut se demander si on ne faciliterait pas des coalitions dangereuses alors, par notre conduite d'aujourd'hui. C'est ce qui fait réfléchir aussi M. de Bismarck, devant l'éventualité d'un arrangement avec l'Autriche, qu'il n'accepterait qu'à la condition d'être très-convenable. || Maintenant si le cas, que j'ai examiné, d'une lutte entre l'Autriche, la Prusse et l'Italie, devait se modifier par l'intervention de la France avec nous, alors l'équilibre serait tellement rompu, et la victoire tellement sûre et prompte, que dans ce cas, la lutte conviendrait à l'Italie, infiniment mieux qu'une transaction, pour des considérations de toute évidence. || Il s'agit donc, à mon avis, de savoir si la France intervient, avant de prendre toute décision sur la proposition autrichienne. || M. de Bismarck a toujours parlé de l'attitude de la France, comme favorable à sa politique, quitte à se faire payer après sa bienveillance. M. de Bismarck désire connaître les intentions et les désirs de l'Empereur; il en a parlé à M. de Barral; il lui a dit de tâcher d'en savoir quelque chose par M. le commandeur Nigra; il a même donné lieu de croire qu'il serait disposé à lui abandonner les rives du Rhin; ayant été informé par ses agents que l'Empereur négociait avec l'Autriche et que l'Autriche lui cédant, croit-il, la Vénétie, et l'engageant même à s'emparer de la rive gauche du Rhin, M. de Barral, à qui il en parlait, s'écria: „Mais l'Autriche ne se compromettrait pas ainsi avec l'Allemagne en sacrifiant des pays, qui appartiennent à la Confédération!“ M. de Bismarck fit une geste qui paraissait vouloir dire: moi aussi,

je les céderais. || Seulement, ajoutait-il, on ne peut comprendre ce que veut l'Empereur. On peut croire que si M. de Bismarck pouvait penser que l'Italie accepterait peut-être la Vénétie et que cette province est offerte, il s'empres-
serait de faire à la France les plus amples concessions, car il n'aurait pas d'autre issue, une entente avec l'Autriche étant moins probable et moins convenable pour lui. || En conclusion si nous voulions nous dégager de la Prusse, on pourrait à la rigueur le faire par les mêmes subtilités, dont la Prusse se serait, d'après ses aveux, servie envers nous, s'il lui avait convenu. || Seulement nous pouvions encourir l'improbation d'une partie de l'Europe, et paraître avoir manqué à la bonne foi, tandis que celui, qui comme la Prusse n'a eu que l'intention d'y manquer, échappe plus facilement à cette improbation. Cependant si la France ne s'en mêlait pas, le Gouvernement du Roi pourrait difficilement prendre la responsabilité de refuser la cession, et engager une lutte, dont l'issue n'est pas certaine. || Comme d'ailleurs, il paraît que la France est disposée à s'engager dans la lutte, avant de prendre nous-mêmes un parti sur l'acceptation de la cession de la Vénétie; il serait convenable d'avoir le conseil de l'Empereur lui-même, après l'avoir édifié par tous les détails que précédent, et savoir s'il ne veut pas pressentir les dispositions de la Prusse à son égard, avant de se décider à être l'intermédiaire d'une cession, qui le compromet avec la Prusse et le rend solidaire de l'Autriche.

Nr. 5086.
Italien.
7. Mai 1866.

G o v o n e.

[Gleich beim ersten Auftauchen der Idee eines Congresses, nämlich am 8. Mai, erklärte ich, nachdem ich die Befehle des Königs entgegengenommen, den Gesandten von England, Frankreich, Russland und Allen, welche kamen, um mich zu consultiren, wörtlich, dass „Italien den Congress annehme, jedoch unter der Bedingung, dass die Kriegsrüstungen nicht eingestellt würden.“¹⁾]

Nr. 5086.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Paris. — Widerspruch gegen eine Abtretung Venetiens an Frankreich. — Telegramm.

Florence, 14 mai 1866.

De Londres on me mande, que le bruit s'était répandu de la cession de la Vénétie à la France. || Comme cela est d'accord avec les projets de l'Empereur, je dois vous dire, de tâcher que si la Vénétie est cédée, elle nous

Nr. 5086.
Italien.
14. Mai 1866.

¹⁾ S. das Rundschreiben vom 11. Mai, Staatsarchiv Bd. XII Nr. 2489. A. d. R.

Nr. 5086.
Italien.
14. Mai 1866.

revienne par le suffrage universel, et non par une cession à la France, ce qui serait humiliant, et ferait un effet déplorable en Italie, ayant plus de 300 mille hommes prêts à marcher. || La France aurait une part tout aussi glorieuse, en décidant l'Autriche à appliquer le suffrage universel. || La situation de l'Italie serait alors satisfaisante vis-à-vis de l'Europe et particulièrement de l'Autriche, dont les relations à venir avec l'Italie, seraient compromises par la rétrocession. || Franchement, moi qui ai toujours cherché à faciliter une solution pacifique de la question Vénitienne, je préférerais la guerre à une telle solution.

La Marmora.

Nr. 5087.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Bericht über eine Unterredung mit dem Grafen von Bismarck¹⁾.

[Auszug.]

Berlin, 22. Mai 1866.

Nr. 5087.
Italien.
22. Mai 1866.

Excellenz! — In Berlin angekommen am 20. Abends, habe ich Se. Excellenz den Grafen von Bismarck von meiner Ankunft für den Fall, dass er mich sprechen wollte, in Kenntniss gesetzt. || Der Ministerpräsident hat mich gestern Abend empfangen. || Ich habe ihm von dem wahrhaft befriedigenden Stande der Rüstungen in Italien und der Vortrefflichkeit des öffentlichen Geistes Kenntniss gegeben. Ich fragte, bis zu welchem Punkte die preussischen Rüstungen gelangt und welche Vorkehrungen für die künftigen Ereignisse getroffen seien, da es Ew. Excellenz von Interesse sei, den wahrscheinlichen Zeitpunkt kennen zu lernen, in welchem die Feindseligkeiten von dieser Seite eröffnet werden könnten. „ Graf von Bismarck antwortete mir, dass die preussischen Rüstungen auf dem Punkte des Abschlusses angelangt und binnen weniger Tage gänzlich vollendet seien; der Krieg könne dann losbrechen, sei es nun durch einen feindlichen Beschluss des Bundestages, sei es wegen Rüstungen, welche Hannover oder einer der Kleinstaaten, welche die preussische Monarchie in zwei Theile scheiden, in Angriff nehmen wollte. Dann könne Preussen zu den ersten Feindseligkeiten gezwungen werden; „jedoch,“ fügte er bei, „da taucht jetzt der Vorschlag des Congresses auf, welcher neue Hindernisse in den Weg legen wird.“ Uebrigens glaubt Graf von Bismarck nicht an einen Erfolg des Congresses, zu welchem er die Einladung noch nicht erhalten hatte. || Ich fragte, was er von der Haltung der Mittel-

¹⁾ General Govone war inzwischen, wie aus Nr. 5085 ersichtlich, in Paris gewesen.
A. d. R.

staaten und vor Allem Bayerns in dem bevorstehenden Conflict denke. Er entgegnete mir, Württemberg sei sehr kriegerisch und feindlich gesinnt; aber wegen Bayerns habe er gute Hoffnung und glaube, dass es wenigstens neutral bleibe. Uebrigens denkt auch er, dass die Armeen dieser Staaten schwerlich den Muth haben werden, ausserhalb ihrer Grenzen Feindseligkeiten zu unternehmen, und dass alsdann die erste Schlacht gegen Oesterreich, wenn sie glücklich ausfiele, bewirken würde, dass ihnen die Waffen aus den Händen fielen. || „Ernstere Schwierigkeiten,“ sagte mir Graf von Bismarck, „unsere wirklichen Besorgnisse, betreffen die Haltung Frankreichs. Es schweigt Preussen gegenüber, und indess sind alle seine Vertreter bei den Höfen zweiten Ranges in österreichischem Sinne thätig. Freilich sagt man, dass diese Agenten die Politik des Herrn Drouyn de Lhuys treiben und vielleicht selbst übertreiben, und dass die Politik des Kaisers eine andere sei; bei all' dem ist es für uns nichts weniger als beruhigend, den Krieg zu beginnen unter der Drohung von 300,000 Mann, welche uns in den Rücken fallen können, wenn wir recht im Gemenge sind.“ || Ich erwiderte: Aber ich glaubte, Ew. Excellenz hätten mit dem Kaiser Absprechungen und Ausgleiche getroffen, und in diesem Falle kann man ihm blindlings vertrauen, denn er ist ein vollendeter Gentleman und täuschte niemals seine Freunde. Wir können hiefür Zeugnis geben. || Graf von Bismarck antwortete, indem er seine Worte studirte: „Vor sechs Monaten, als ich mit dem Kaiser über die gegenwärtigen Ereignisse sprach, schien er mit einigen Ausgleichungen, welche Preussen gleichfalls conveniren, zufrieden; aber jetzt, wo wir am Vorabende der Lösung stehen und es uns darauf ankäme, positivere Verträge einzugehen, ist er für jegliche Erklärung ganz unzugänglich.“ || Ich nahm dann das Wort, um zu bemerken: Aber ganz Europa weiss, welches die Ansprüche Frankreichs sind, und vielleicht sind dies auch die Desiderien des Kaisers. || Graf von Bismarck erwiderte: „Es handelt sich schliesslich für Preussen in dieser ganzen Angelegenheit darum, ein Uebergewicht in einem Theile Deutschlands zu erwerben und letzteres mit gegebenen Banden an sich zu fesseln. Kann es, Preussen, kann er, der König, um solche Vortheile zu erlangen, ausgedehnte Provinzen mit deutschem Blute an Frankreich abtreten? Es würde dem Kaiser viel besser anstehen, zu erwerben.“ || Ich erwiderte, dass die Erwerbung, welches ein so blühendes nationales Leben und ein so reges Selbstständigkeitsgefühl besitze, so schwierig sein könnte, dass es den Kaiser nicht danach gelüstete, und dass es andererseits eine unbedingte Nothwendigkeit sei, unter den gegenwärtigen Umständen Frankreich auf unserer Seite zu haben. Glauben Ew. Excellenz nicht, fügte ich hinzu, dass die deutsche Frage, sobald sie einmal in Bewegung gesetzt, vor Allem mit Hilfe von Volksversammlungen, sehr weit über

Nr. 5087.
Italien.
22. Mai 1866.

das gegenwärtige Programm hinausgelangt, und dass im Hintergrunde des Gemäldes die Annexionen stehen? Dergestalt könnte Preussen weit mehr gewinnen, als es durch einige Gebietsabtretungen zu verlieren hätte. Ich erinnerte an das Beispiel von Italien und setzte hinzu, dass, wenn die Abfindungen, womit jetzt Frankreich befriedigt werden könnte, nicht geeignet erschienen, den Gegenstand von Stipulationen zu bilden, welche eingestanden werden dürften, man sie dem Kaiser ins Ohr flüstern könnte. || Graf von Bismarck hörte dies alles an, ohne irgendwie sich erstaunt zu zeigen, und erwiederte, dass im Momente einer Krisis, nach einer Niederlage es leicht wäre, solche Vorschläge und derartige Concessionen an Frankreich zu machen, um dessen bewaffneten Beistand zu erlangen, dass es aber weit schwieriger wäre, für die Abtretung eines deutschen Gebietstheiles die Billigung der öffentlichen Meinung des Landes zu erlangen, ohne die Rechtfertigung dringender Noth. || Ich war bemüht, dieser ganzen Unterredung den Schein einer academischen Abschweifung zu geben, wie sie es in der That war, wozu die Worte des Ministerpräsidenten zufällig den Anlass gegeben hatten. Aber der Eindruck, welcher in mir zurückblieb, war, dass schliesslich der Widerstand des Grafen von Bismarck, gedrängt von den Umständen, in welchen er sich eben befindet und von welchen das Schicksal seines Landes abhängt, weder unüberwindlich, noch vielleicht allzu schwer zu brechen sei. || Hier sprach der Ministerpräsident mit mir über die Frage der Donaufürstenthümer wie von einem neuen Element, welches für Frankreich einen Gegenstand von Interesse bilden könnte; aber ich habe die Auffassung des Grafen von Bismarck nicht gut verstanden und wollte mich nicht aufhalten, um in dieser Hinsicht weitere Fragen zu stellen. Ich habe mir nur seine Erklärung gemerkt, dass der Fürst von Hohenzollern so zu sagen desertirt sei, um sich nach Bukarest zu begeben, und dass die Fürstenthümer sich für stark genug hielten, um einer türkischen Intervention Widerstand zu leisten, dass aber Preussen, wenn der Fürst verjagt würde, davon keine Kenntniss zu nehmen brauche. || Von da an wandte sich die Unterhaltung auf die militärische Lage Preussens, Oesterreichs und Italiens.

|| So endete meine Audienz. Heute begab ich mich zu General Moltke. Er bestätigte mir dieselben Dispositionen, von welchen oben die Rede war. . .

|| Der Eindruck, welchen ich von der Unterredung, die ich mit General Moltke hatte, mitnahm, war der, dass er Vertrauen auf den Ausgang hat und glaubt, dass man in den ersten Tagen des Juni (wenngleich es infolge des Congressvorschlages den Anschein hat, als ob Verzögerungen eintreten) handgemein werden müsse, da eine Situation, wie sie vom 4. Juni an durch diese ungeheure schlagfertige Heeresmacht geschaffen ist, unmöglich sich in die Länge ziehen lässt. || Das ist im Augenblick der Stand der Dinge. Leider hat sich die öffentliche Stimmung der Geister in Preussen nicht in fühlbarer Weise gehoben, nicht einmal angesichts einer so entscheidenden Situation, welche eine Lebensfrage des Landes ist. || Was die Armee betrifft, so glaube

ich, dass der König, welcher das Commando übernehmen wird, demnächst eine Proclamation erlassen wird, um den Geist und die Ergebenheit des Heeres zu befestigen.

Nr. 5087.
Italien.
22. Mai 1866.

G o v o n e.

Nr. 5088.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. — Die Congressaussichten¹⁾.

Paris, 24. Mai 1866.

Unsere diplomatische Situation ist gut. Mag Frieden oder Krieg kommen, die Frage wegen Venetien ist dermalen im öffentlichen Bewusstsein gewonnen. Kann man es auf friedlichem Wege und in ehrenwerther Weise im Schoosse des Congresses oder durch besondere Verhandlungen erlangen, so wird eine solche Lösung, wie ich hoffe, in Italien willkommene Aufnahme finden. Wenn die friedlichen Versuche Schiffbruch leiden, was wahrscheinlicher ist, so muss man es auf die Entscheidung der Waffen ankommen lassen, und Gott möge uns helfen! Uebrigens widersteht die Vereinigung deutscher Provinzen mit Frankreich und die Schöpfung eines rheinischen Venetiens auch dem Kaiser. Aber dieser Widerwille wäre nicht unüberwindlich. || Andererseits sagt er, dass er nicht wolle, dass man einen für ihn vortheillosen Krieg führe. Der Kaiser ist daher der Idee eines Congresses mit grösserem Feuer zugethan. Er sagte mir, dass er glaube, dass Oesterreich, erschreckt von der Vorstellung, in der Ablehnung ganz allein zu stehen, sich vielleicht zur Annahme entschlösse. Die Einladung wird diesen Abend von Paris abgehen. || Die erste Formel wurde infolge der Bemerkungen Russlands modificirt, um die Annahme Oesterreichs eher zu ermöglichen. || Herr Drouyn de Lhuys sagte mir jedoch, dass die drei neutralen Mächte sich wohl bewusst sind, dass die Abtretung Venetiens verhandelt werde. || Wir dürfen bei Annahme des Congresses durchaus keine Schwierigkeiten machen, sobald unsere Frage dort behandelt wird, was nothwendig die Prüfung der einzig möglichen Lösung, nämlich der Abtretung, in sich schliesst. || Ich schliesse diesen Brief, wie ich ihn begonnen, mit der Versicherung, dass unsere diplomatische Lage ausgezeichnet ist. Man darf sie nicht verderben. Es ist daher nothwendig, den Congress ohne Abrüstung anzunehmen. Wir müssen durchaus Herr unserer Action bleiben und dürfen uns nicht von den Freiwilligen und vom Geschrei auf der Strasse und in Volksversammlungen hinreissen lassen, in welchem

Nr. 5088.
Italien.
24. Mai 1866.

¹⁾ Vgl. weiter über den Congress und das Scheitern desselben Staatsarchiv Bd. XII Nr. 2492—2494 und Bd. XI Nr. 2284.

Nr. 5088.
Italien.
24. Mai 1866. Punkte ich das grösste Vertrauen auf Ihre Energie und Klugheit setze. || Endlich dürfen wir nicht die Initiative der Feindseligkeiten ergreifen, sondern müssen sie Preussen oder Oesterreich überlassen.

N i g r a.

Nr. 5089.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Berlin. — Italien will nicht zuerst angreifen. — Telegramm.

Florence, 3 juin 1866.

Nr. 5089.
Italien.
3. Juni 1866. Le comte d'Ussedom me demande au nom du comte Bismarck, s'il est vrai que l'Italie ait l'intention d'attaquer le 10 Juin. || Dites au comte Bismarck que l'Italie n'a jamais pensé à attaquer; d'autant moins que nous avons accepté le Congrès. || Certes que si l'Autriche maintient ses prétentions, je ne vois pas trop quel but peut avoir le Congrès. || Mais en tout cas, après avoir accepté, il faut avant tout persuader les Puissances neutres que tout le tort est du côté de l'Autriche.

L a M a r m o r a.

Nr. 5090.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Antwort. — Telegramm.

Berlin, 3 juin 1866.

Nr. 5090.
Italien.
3. Juni 1866. Bismarck sait parfaitement que nous n'attaquerons pas les premiers, ni le 10, ni plus tard. Mais il cherche à nous pousser en avant dans l'espoir d'entraîner à notre suite le Roi toujours indécis et qui à son insu avait encore ces jours derniers entamé avec l'empereur d'Autriche des négociations secrètes, qui ont avorté. || Je verrai ce soir Bismarck et je lui ferai la communication prescrite. || La réponse Autrichienne au sujet du Congrès n'est pas encore parfaitement connue, mais si elle contient la moindre réserve, Bismarck fera que les Puissances neutres la regarderont comme un refus et ne prolongeront pas les négociations à l'avantage de l'Autriche. || La proposition de l'Autriche à Francfort, est considérée comme le gage du concours armé des États secondaires. Mais le Roi a été tellement blessé de cette violation du traité de Gastein, qu'il serait très-possible que la Prusse y réponde par l'occupation du Holstein, ce qui amènerait infailliblement la guerre. || La Garde part aujourd'hui pour Görlitz, où se fait la grande concentration de l'armée.

B a r r a l.

Nr. 5091.

ITALIEN. — General Govone an General La Marmora. — Bericht über seine Abschiedsaudienz bei Graf Bismarck.¹⁾

Berlin, 3. Juni 1866.

Excellenz! — Da ich den Grafen Bismarck um eine Abschiedsaudienz vor meiner Rückkehr nach Italien gebeten hatte, empfing mich der Ministerpräsident gestern Abend 9 Uhr im Garten des Staatsministeriums und dehnte die Unterhaltung bis 10 Uhr aus. Ich meldete Sr. Excellenz die bevorstehende Ankunft des Obersten Avet, eines der angesehensten Officiere der italienischen Armee, dem der König die Aufgabe zugedacht habe, im Kriegesfalle dem preussischen Heere zu folgen. Ich fügte hinzu, dass ich bei der täglich steigenden Verwicklung der Dinge darauf hätte verzichten müssen, zu warten, bis ich selbst jenen höheren Officier vorstellen konnte. Graf Bismarck erwiderte: „Nun, wer wird das Feuer an das Pulver legen, Preussen oder Italien?“ — Ich fragte den Ministerpräsidenten, ob er die Redaction der österreichischen Antwort auf den Congressvorschlag genau kenne? ob die preussische Regierung auf diese Antwort irgend eine neue Entschliessung hinsichtlich ihrer Theiligung an der Conferenz getroffen habe? und ob er, Graf Bismarck, darauf verzichtete, nach Paris zu gehen? || Der Ministerpräsident entgegnete mir: || „Ich glaube die österreichische Antwort genau zu kennen; dieselbe schliesst jede Verhandlung aus, welche auf eine Aenderung des Machtstandes der Theilnehmer hinausliefere; wenn man nun nicht über die Abtretung Venetiens und nicht über die Abtretung der Elbherzogthümer unterhandeln kann, so bleibt die Conferenz nutzlos. Wir hoffen übrigens bis morgen officiell den österreichischen Text zu kennen, um uns zu entscheiden. Hoffentlich wird Frankreich Angesichts dieser Antwort, Angesichts der Zwangsanleihe in Venedig und der letzten Action Oesterreichs, welche die Frage der Herzogthümer an den Bundestag verschleppt und den Gasteiner Vertrag verletzt, den festen Vorsatz Oesterreichs erkennen, sich gegen jeden Ausgleich zu stemmen und nicht weitere, für uns nutzlose und schädliche Unterhandlungen fortzuführen suchen. Dieses Auftreten Frankreichs würde für uns ein Beweis seiner Loyalität gegen uns sein; wenn es dagegen anders handelte, würde es uns in Betreff seiner Absichten argwöhnisch machen. Aus einem Grunde wäre ich nur gern nach Paris gegangen. Ich hätte gewünscht, mit dem Kaiser zu sprechen, um das Maximum der Concessionen kennen zu lernen, welche er unsererseits für Frankreich verlangt.“ || Ich fragte, ob über dem Rhine kein Landestheil vorhanden sei, wo eine Abstimmung zu Gunsten der Annexion an Frankreich irgendwie glücken könnte. Graf Bismarck erwiderte: „Keiner; die französischen Agenten selbst, welche das Land bereisten, um die Stimmung kennen zu lernen, berichteten

Nr. 5091.
Italien.
3. Juni 1866.

¹⁾ Vergl. über diesen Bericht die nachstehende redactionelle Note auf S. 60 und Nr. 5104.

Nr. 5091.
Italien.
3. Juni 1866.

alle, dass keine Abstimmung, wenn sie nicht durchaus erkünstelt wäre, gelingen könne. Niemand liebt die Regierung oder die auf dem eigenen Boden herrschende Dynastie; aber alle sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben; so erübrigte nur, Frankreich zu entschädigen“ || Ich warf ein, dies sei äusserst schwierig; aber wenn man den Volkswillen nicht geltend machen könne, so liesse sich vielleicht doch ein anderes Princip in Anwendung bringen, z. B. jenes der natürlichen Grenzen; ich fügte gleich bei, ich wolle nicht auf das ganze linke Rheinufer anspielen; aber gibt es denn gar keine andere geographische Linie, welche für Frankreich Werth haben könnte? || Graf Bismarck sagte: || „Ja, es wäre die Mosel. Ich bin,“ fuhr er fort, „viel weniger Deutscher als Preusse, und würde kein Bedenken tragen, die Abtretung des ganzen Landes zwischen dem Rhein und der Mosel an Frankreich zu unterschreiben: Pfalz, Oldenburg, ein Theil des Preussischen Gebiets etc. Der König jedoch würde die schwersten Skrupel empfinden und würde sich nur in einem alleräussersten Augenblicke dazu entschliessen: wenn er nämlich auf dem Punkte stände, Alles zu verlieren oder Alles zu gewinnen. Um den Geist des Königs für irgend einen Ausgleich mit Frankreich günstig zu stimmen, wäre es auf alle Fälle nothwendig, die Minimalgrenze seiner Ansprüche zu erfahren. Denn wenn es sich um das ganze linke Rheinufer, um Mainz, Coblenz, Köln handelte, dann wäre es vorzuziehen, sich mit Oesterreich zu verständigen und die Herzogthümer und viele andere Dinge aufzugeben.“ || Aber, meinte ich, mit Oesterreich ist kein anderer Ausgleich möglich, als eine Capitulation; denn die streitigen Fragen greifen in seine vitalsten Interessen und in seine Zukunft ein; darum kann es nicht transigiren. || „Allerdings“, antwortete Graf Bismarck; „aber die öffentliche Meinung in Deutschland würde dem Könige diese Capitulation verzeihen, wenn sie durch die Absicht gerechtfertigt wäre, kein deutsches Gebiet an eine auswärtige Macht abzutreten.“ Dann bemerkte er weiter: „Der König habe die Hoffnung auf Frieden noch nicht fahren lassen; er habe in der letzten Zeit mit Oesterreich geheime Verhandlungen wegen eines Ausgleiches gepflogen, und zwar ohne sein (des Grafen Bismarck) Wissen. Glücklicherweise waren sie bestimmt, zu scheitern, und so wird der König am besten überzeugt sein, dass es nicht möglich sei, mit Oesterreich sich auf eine passende Art zu verständigen auch ganz unabhängig von meiner Person. Es befindet sich augenblicklich noch der in Dresden, um den Frieden zu verhandeln.“ || „Kaum tauchte der Vorschlag der Pariser Conferenz auf, als der König den Ausmarsch der Garde von Berlin suspendiren wollte, um einen Beweis seiner aufrichtigen friedlichen Bestrebungen zu geben. Heute hatten ich und viele Generale zu kämpfen, bis wir den König bestimmen konnten, die Garde ausrücken zu lassen und die Garde rückt morgen aus.“ || „Und die rheinischen Corps?“ fragte ich. „Die stehen seit drei Tagen an der sächsischen Grenze“, war die Antwort des Ministerpräsidenten. || Hier ging Graf Bismarck zu dem Gegenstande über, mit welchem

er seine Unterhaltung begonnen hatte, nämlich wer von beiden, Preussen oder Italien, die Feindseligkeiten eröffnen würde. Er sagte, für ihn würde es sehr schwer halten, den König zur Offensive zu bewegen; der König habe das religiöse, ja abergläubische Bedenken, er dürfe die Verantwortung für einen europäischen Krieg nicht auf sich laden; und während man die Zeit verlöre, vollendeten Oesterreich und die Mittelstaaten ihre Rüstungen und verminderten die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für Preussen. Das Interesse Italiens sei dergestalt gleichfalls compromittirt, wenn Oesterreich Sieger bliebe. || „Italien“, fuhr er fort, „kann leicht den Krieg vom Zaun brechen und nach Bedürfniss selbst eine Provocation von Seiten irgend eines verführten croatischen Corps bereiten, und es kann sich dann fest darauf verlassen, dass wir am nächsten Tage die Grenze überschreiten.“ || Ich entgegnete, Italien sei in der delicatesten Lage; in voller Sitzung des Corps Legislatif habe es zu Paris erklären lassen, es würde nicht die Initiative zu irgend einem Angriff ergreifen, und nachher in allen Tonarten diese Erklärung wiederholt. Italien müsse sehr mit der öffentlichen Meinung Frankreichs rechnen und dürfe die freundschaftliche Action des Kaisers Napoleon zu seinen Gunsten nicht schwierig oder unmöglich machen, indem es durch seine Unklugheit jene öffentliche Meinung gegen sich kehrte, welche über den Kaiser Richter sei. Italien müsse Europa gegenüber seine Besonnenheit und Mässigung um so deutlicher klar legen, je weniger man in manchen Theilen Europa's den wahren geordneten Zustand Italiens und die absolute Autorität der Regierung über das ganze Land, über das Heer wie die Freiwilligen kenne. || Graf Bismarck verweilte noch lange bei diesem Gegenstande und bat mich, bei Ew. Excellenz und dem Könige darüber zu sprechen, damit König Wilhelm, sollten wir den Krieg zuerst anfangen, sich entschliesse, die den Gegnern durchaus günstigen Verzögerungen abzubrechen, besonders jetzt, wo alle Mittelstaaten sich für Oesterreich erklärt hätten, oder daran seien, es zu thun. Ich versprach ihm, seine Wünsche vorzulegen, ohne jedoch der geringsten Hoffnung Raum zu geben, dass sie berücksichtigt würden; darauf schloss er mit den Worten, sobald er den König dazu bewogen hätte, die Offensive zu ergreifen, werde er dies telegraphisch auf verschiedenen Linien nach Florenz melden. Was die Haltung Oesterreichs betreffe, so sei dieselbe bis jetzt durchaus defensiv und zuwartend, und deute nicht auf einen nächstbevorstehenden Angriff. || Das ist im Allgemeinen der Inhalt meiner letzten Unterredung mit dem Grafen Bismarck; und der Eindruck auf mich ist, dass er alle Mittel suchen wird, um die Sache zu beschleunigen und die Feindseligkeiten bald beginnen zu können. || Und vor Allem ist für die Regierung zu Florenz die Erklärung des Grafen Bismarck über die Unterhandlungen beachtenswerth, welche König Wilhelm noch in den jüngsten Tagen zum Zwecke eines friedlichen Ausgleiches mit Oesterreich pflog, sowie über die augenblicklich schwebenden. Diese wie jene werden zwar schwerlich Erfolg haben können; aber die einzige, wenn auch entfernte Möglichkeit eines solchen Ausgleiches muss Italien zu ernstem

Nr. 5091.
Italien.
3. Juni 1866.

Nr. 5091. Nachdenken bewegen, und es bei Zeiten auch die unberechenbaren
 Italien. Folgen bemessen lassen.
 3. Juni 1866.

Govone.

Nr. 5092.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. — Eindruck der österreichischen Antwort auf den Congressvorschlag in Paris. — Telegramm.

Paris, 4 juin 1866.

Nr. 5092. Ce n'est que hier au soir que Drouyn de Lhuys a eu communication de la
 Italien. réponse autrichienne¹⁾, dont il avait été informé comme vous de Londres et
 4. Juni 1866. Pétersbourg avant que par Vienne. || En présence de cette réponse, le prince Gortschakoff et lord Clarendon ont déclaré le Congrès impossible. || Drouyn de Lhuys vient d'en faire autant. Il télégraphie aujourd'hui aux représentants de France que du moment, où l'Autriche a déferé la question des Duchés à la Diète Germanique et exclus la question Vénitienne, et que la question de la réforme fédérale n'est qu'éventuelle, la Conférence ne pourrait plus se réunir utilement; que la France se dégage et rend justice à l'esprit de conciliation et d'empressement des autres puissances. || L'Empereur est furieux contre l'Autriche. || Drouyn de Lhuys conseille de ne faire aucun mouvement en avant, et il m'assure que tel était l'avis de l'Empereur. || Goltz m'a dit que les hostilités en Allemagne commenceraient par l'occupation du Holstein.

Nigra.

Nr. 5093.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. — Neue Vorschläge Frankreichs in Wien.

Paris, 5. Juni 1866.

Nr. 5093. Der Herzog von Grammont ist nach Wien abgereist, nachdem er vorher
 Italien. eine lange Conferenz mit dem Kaiser und mit Drouyn de Lhuys gehabt hatte.
 5. Juni 1866. Wie mir der Prinz Napoleon sagte, welcher Grammont vor seiner Abreise sah, ist dieser Gesandte beauftragt, dem Wiener Cabinet folgende Vorschläge zu unterbreiten: || Oesterreich garantirt die Abtretung Venetiens, falls es siegreich gegen Preussen ist; der Kaiser verspricht seinerseits die Neutralität

¹⁾ S. Staatsarchiv Bd. XI Nr. 2284.

Frankreichs; was Italien anbelangt, so kann dieses den Krieg anfangen, wie wenn kein Abkommen bestände; denn der Kaiser würde nur für sich Verpflichtungen übernehmen. || Was Frankreich betrifft, so haben wir seine Intervention in Italien nicht verlangt, und die preussisch-französische Allianz lässt sich meines Dafürhaltens nicht vor der Eröffnung der Feindseligkeiten verwirklichen; auf alle Fälle wird sie sehr schwierig sein; denn einerseits widerstrebt es Preussen, deutsche Provinzen abzutreten, und andererseits ist der Kaiser dermalen nicht geneigt, sich Schwierigkeiten zu verschaffen. || Jetzt scheint mir der Zeitpunkt gekommen, dem Aufschub ein Ende zu machen. Oesterreich hat den Fehler begangen, dass es den Congress zurückwies und die Frage der Herzogthümer an den Bundestag brachte. Ich denke, Sie müssen jetzt entschieden auf Bismarck einwirken, dass er den Krieg erklärt; denn wir dürfen auf keinen Fall die Initiative ergreifen. || Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Kaiser noch vor Allem die Antwort auf die Vorschläge Grammont's abwarten. Fällt diese Antwort bejahend aus, so wird er ruhig bleiben. Ist dagegen die Antwort verneinend, so wird er sich von Neuem besinnen. || Ich werde mich bemühen, den Kaiser zu treffen, wenn diese Antwort angelangt sein wird, und Ihnen telegraphisch berichten. Auf alle Fälle scheint es mir, dass der Krieg für uns unter guten Auspicien anfängt. Die von Schmitz eingesandten militärischen Nachrichten sind gut und haben den Kaiser, welcher nicht ohne Unruhe war, wieder beruhigt. || Schliesslich empfehle ich Ihnen an, auf die Gefahr hin, Sie zu verdriessen, Sie möchten es doch verhindern, dass die Freiwilligen irgend einen Act der Indisciplin oder Feindseligkeit verüben. || Ich sage hier Allen, dass die königliche Regierung vollständig die Situation beherrscht, und sage dies desto lauter, je weniger ich davon überzeugt bin.

N i g r a.

Nr. 5094.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Der König ist zum Kriege entschlossen. — Telegramm.

Berlin, 8 juin 1866.

Les Princes sont repartis ce matin pour leurs destinations. || Le départ du Roi fixé d'abord à lundi est retardé de quelques jours. || Sa Majesté m'a dit, que le moment d'entrer en campagne, n'était plus qu'une question de jours; qu'il avait pleine confiance dans la justice de sa cause, et la bravoure de son armée; mais que la victoire était dans les mains de Dieu. || Heureusement, a-t-il ajouté d'un air ému, et en portant la main sur son coeur, j'ai la conscience nette. Longtemps l'on m'a accusé de vouloir la guerre dans des vues ambitieuses; mais maintenant après le refus de l'Autriche d'aller au Congrès, son

Nr. 5093.
Italien.
5. Juni 1866.

Nr. 5094.
Italien.
8. Juni 1866.

Nr. 5094.
Italien.
8. Juni 1866.

indigne violation du traité de Gastein et les violences de sa presse, le monde entier sait quel est l'agresseur. || En me disant cela le Roi m'a paru décidé à ne pas différer longtemps le commencement de la lutte. Toutefois il y avait dans sa voix quelque chose de triste, indiquant clairement la décision d'un homme résigné, qui ne croit pas pouvoir faire autrement. || Au moment où finissait l'audience, comme j'exprimais à Sa Majesté, de la voir bientôt revenir victorieuse: La vie, comme la victoire, me répondit-elle en élevant les yeux, est entre les mains de Celui qui est là-haut. || Les Prussiens sont entrés hier en Holstein. || Les Autrichiens s'étaient déjà retiré à Altona. || La question est maintenant de savoir, si contrairement à la protestation, on maintiendra la convocation des États pour lundi. || La Prusse ne peut accepter un pareil affront, et en s'y opposant par la force, déterminera probablement une collision qui deviendrait le signal de la grande lutte sur la frontière de Saxe et de Silésie.

Barral.

Nr. 5095.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Unzufriedenheit Bismarck's mit General Manteuffel. — Telegramm.

Berlin, 10 juin 1866.

Nr. 5095.
Italien.
10. Juni 1866.

Bismarck s'est montré extrêmement irrité contre le baron Manteuffel, qui au lieu d'agir énergiquement contre les Autrichiens, en entrant dans le Holstein s'est laissé enguirlander par le général Gablentz, et a laissé échapper cette occasion de conflit. || Comprenez-vous cela? m'a-t-il dit. . . . || Enfin a-t-il ajouté, il y a encore la convocation des États, qui peut probablement, amener conflit. || Il faut encore attendre.

Barral.

Nr. 5096.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Aeusserung des österreichischen Gesandten in Berlin. — Telegramm.

Berlin, 12 juin 1866.

Nr. 5096.
Italien.
12. Juni 1866.

Je viens à l'instant de rencontrer le ministre d'Autriche, qui m'a abordé, et en m'annonçant son départ m'a dit: Nous ne serons pas toujours ennemis, et si comme je l'espère nous battons la Prusse, je puis vous confier que nous nous arrangerons avec vous pour la cession de la Vénétie.

Barral.

Nr. 5097.

ITALIEN. — General La Marmora an den Gesandten in Paris. —
Erbittet Instruction vom Kaiser. — Telegramm.

Florence, 12 juin 1866.

Malaret vient de me communiquer un télégramme de Drouyn de Lhuys, et le Roi en reçoit un du prince Napoléon. || Il s'agit d'une dépêche de Grammont, qui assure que la Reine de Prusse écrivant à l'Empereur d'Autriche, l'aurait assuré que le Roi de Prusse lui avait donné sa parole, qu'il n'existait pas de véritable traité entre la Prusse et l'Italie, et que si l'Italie attaquait l'Autriche, la Prusse n'était pas tenue de la suivre. || Ce sera le cas de poser carrément la question à Bismark. || Mais comme celui-ci pourrait nous répondre, qu'il y a eu entre nous et l'Autriche des propositions pour la cession de la Vénétie, je désire savoir, si l'Empereur admet que nous puissions riposter, que l'Autriche nous fit réellement proposition de céder la Vénétie si nous restions neutres, mais que nous avons refusé pour rester fidèles au traité.

Nr. 5097.
Italien.
12. Juni 1866.

La Marmora.

Nr. 5098.

ITALIEN. — Gesandter in Paris an General La Marmora. — Antwort des Kaisers.

Paris, 12. Juni 1866.

Heute war ich um zwei Uhr beim Kaiser. Zweck meines Besuches war, auf die Telegramme zu antworten, welche Sie mir in den letzten zwei Tagen geschickt haben, und worin Sie mich über die Anschauungsweise des Kaisers befragten. || Hier folgt, was ich theils aus dem Munde des Kaisers, theils auf anderen Wegen erfahren habe. || Als Oesterreich die Antwort auf die Einladung zum Congresse schickte, begleitete es dieselbe mit Instructionen, deren Inhalt ich Ihnen mit einer amtlichen Depesche übersandt habe. In diesen Instructionen liess Oesterreich die Möglichkeit einer Abtretung Venetiens durchblicken, sobald es mit den Waffen sichere und gleichwerthige Erwerbungen in Deutschland machte. || Der Kaiser nahm aus dieser Phrase Anlass, Oesterreich einige Vorschläge zu machen, und beauftragte hiermit den Herzog von Grammont, welcher sich auf Urlaub in Paris befand und sich dann in den letzten Tagen nach Wien begab. Sie werden sich erinnern, dass vor jetzt etwa sechs Wochen Oesterreich vorgeschlagen hatte, Venetien an Frankreich abzutreten, wenn es sich in den Besitz von gesetzt hätte, unter der Bedingung, dass der Kaiser Napoleon die Neutralität Frankreichs und Italiens garantire. || Der Kaiser ging auf den Vorschlag nicht ein, weil er damals die Neutralität

Nr. 5098.
Italien.
12. Juni 1866.

Nr. 5098.
Italien.
12. Juni 1866.

Italiens nicht garantiren konnte. || Im Gegentheil beorderte er in Erwiderung des österreichischen Vorschlags den Herzog von Grammont, in Wien zu verlangen: || 1) dass Oesterreich verspreche, Venetien abzutreten, wenn es in Deutschland siege und Eroberungen mache; || 2) dass Oesterreich verspreche, auf alle Fälle den territorialen Status quo in Italien zu achten. || Wenn Oesterreich dieses verspräche, so würde der Kaiser neutral bleiben. || Die Antwort des Wiener Cabinets ist eingetroffen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich mittheile, dass Oesterreich ohne Vorbehalt versprach, den Status quo in Italien aufrecht zu erhalten, was die zweite an dasselbe gestellte Forderung ist. Was die erste Forderung betrifft, so war sie nicht verneinend, sie war aber deshalb auch nicht ausdrücklich bejahend; denn Oesterreich hätte gesagt, in dieser Beziehung würde es nichts unternehmen, ohne erst den Kaiser Napoleon zu befragen. || Der Letztere hielt diese Antwort für hinreichend um die Neutralität versprechen zu können, und versprach sie. Der Kaiser sagte mir, der König von Preussen habe dem Kaiser von Oesterreich auf Ehrenwort versichert, dass er keinen Vertrag mit Italien geschlossen habe, und dass Preussen, wenn Italien zuerst Oesterreich angriffe, nicht verpflichtet sei, den Krieg zu erklären. || Bei dieser Gelegenheit fragte ich den Kaiser, ob er im äussersten Falle, und wenn es klar auf der Hand liege, dass uns kein anderes Mittel bleibe, es zum Kampf zu bringen, es nicht für nützlich und vielleicht auch für nothwendig halte, dass Italien die Initiative ergreife, selbstverständlich unter der Bedingung, dass es das förmliche Versprechen von Preussen habe, es werde ihm Tags darauf folgen. || Der Kaiser antwortete ohne Bedenken dass er dies nie rathen würde. Uebrigens traf, als ich gerade beim Kaiser war, die Nachricht ein, dass Oesterreich seinen Gesandten von Berlin abberufe. || Der Kaiser glaubt, dies lasse die Feindseligkeiten in nächster Nähe ahnen, und dann glaubt er mehr als je, dass wir einen groben Fehler begehen würden, wenn wir die Verantwortung für die ersten Feindseligkeiten auf uns nähmen. || Der Kaiser sagte mir ein Wort, das mir den weitesten Horizont eröffnete. Er meinte, während des Feldzugs könnte es wohl eintreten, dass es nützlich wäre, wenn Italien den Krieg nicht allzu energisch führte. Dagegen bemerkte ich dem Kaiser, dass wir den Krieg mit grosser Energie in Scene setzen würden, und dass wir die Zusicherungen Oesterreichs an Frankreich nicht kennten. || Wenn man uns im Laufe des Krieges Vorschläge mache, dann werde der Zeitpunkt eintreten, um das zu beobachtende Verhalten in Erwägung zu ziehen.

Nigra.

[Wie ich schon gesagt habe, zeigt der Brief unseres Vertreters in Paris, dass der Kaiser, welcher uns nicht um den Widerruf des Vertrages im Interesse Oesterreichs zu bitten und noch weniger uns denselben aufzuerlegen wagte, doch gewünscht hätte, dessen Wirkungen zu beschränken und abzuschwächen; denn der weite Horizont, welchen das Wort des Kaisers ihm eröffnet

hatte, konnte nichts Anderes sein, als die Möglichkeit, sich nach Beginn des Krieges mit Oesterreich zu verständigen oder den Krieg zum Scheine zu führen.]

Nr. 5098.

Italien.

12. Juni 1866.

Nr. 5099.

PREUSSEN. — Gesandter in Florenz (Graf Usedom) an General La Marmora. — Mittel zur Insurrectionirung Ungarns.

Florence, 12 juin 1866.

Par un télégramme arrivé cette nuit, le comte Bismarck me fait savoir qu'il s'attend à un commencement des hostilités dans peu de jours. || Par rapport à l'affaire hongroise¹⁾ le comte de Bismarck m'ordonne en ce moment même de communiquer à Votre Excellence, que le Gouvernement est prêt à fournir une moitié des fonds nécessaires à l'affaire hongroise et slave, si le Gouvernement Italien veut se charger de l'autre. || On aurait besoin: 1. d'un million de francs pour le prime abord et les préparatifs; || 2. de deux millions pour le moment d'une entrée en campagne effective de la part des populations en question. || Ce serait donc pour chaque Gouvernement respectif un *million et demi*. || Le comte Bismarck, dans le cas que la proposition fût acceptée de la part du Gouvernement Italien, pour venir en aide à une entreprise d'un intérêt commun aux deux pays, ne sait pourtant comment faire parvenir avec la célérité nécessaire ces sommes à leur destination. Il serait fort obligé à Votre Excellence si elle voulait faire faire l'avance de la moitié prussienne par le trésor italien, et je suis autorisé dans ce cas de donner promesse officielle du remboursement par mon Gouvernement. || Comme il y a dans le quadrilatère tant de regiments croates, je crois qu'il importerait beaucoup, si on pouvait faire éclater le plus tôt possible un mouvement de l'autre côté de l'Adriatique.

Nr. 5099.

Preussen.

12. Juni 1866.

Usedom.

Nr. 5100.

ITALIEN. — Gesandter in Berlin an General La Marmora. — Graf Bismarck über den Feldzugsplan²⁾. — Telegramm.

Berlin, 15 juin 1866.

Voici ce que Bismarck vient de me dire à l'instant sur la situation. || D'après le vote d'aujourd'hui la Diète de Francfort comme l'a déclaré notre

Nr. 5100.

Italien.

15. Juni 1866.

¹⁾ Ueber die Ergänzung dieser Lücke ist zu vergleichen unten Nr. 5105 und Nr. 5106. A. d. Red.

²⁾ Vgl. die Usedom'sche Note vom 17. Juni 1866. Staatsarchiv Bd. XV Nr. 3312. A. d. Red.

Nr. 5103.
Italien.
20. Juni 1866. tegrität, verpflichtet, dem Kaiserthum Oesterreich den Krieg zu erklären. ||
Im Auftrage also dieses meines erlauchten Souveräns zeige ich Ew. Kaiserlichen Hoheit als Commandanten der österreichischen Truppen im Venetianischen an, dass die Feindseligkeiten drei Tage nach dem Datum des Gegenwärtigen beginnen werden, es müssten denn Ew. Kaiserliche Hoheit diesem Aufschube nicht beistimmen wollen, in welchem Falle ich Sie bitten würde, es mir anzuzeigen.

Der General der Armee,
Chef des Generalstabes des italienischen Heeres
Alfonso La Marmora.

Die vorstehenden Auszüge aus La Marmora's Buch waren bereits im Satz vollendet, als von deutscher Seite in officieller Weise die Glaubwürdigkeit und theilweise auch die Korrektheit dieser Actenstücke insbesondere der Govone'schen Berichte Nr. 5087 und Nr. 5091 bestritten wurde. Die Redaction des Staatsarchivs lässt nachstehend die bezüglichen amtlichen Erklärungen folgen, hat aber geglaubt nichtsdestoweniger die Actenstücke selbst, auf welche sich eben diese Erklärungen beziehen, ihren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da deren Kenntniss zum Verständniss dieser politisch so bedeutsamen Aeusserungen nothwendig erscheint. Selbstverständlich will die Redaction ihrerseits mit dem Abdruck der von La Marmora publicirten Govone'schen Berichte keineswegs für die Glaubwürdigkeit derselben eintreten.

Nr. 5104.

PREUSSEN. — Aus der 29. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar 1874. — Aeusserungen des Fürsten von Bismarck über La Marmora's Buch¹⁾.

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874. Ministerpräsident Fürst v. Bismarck: Ich habe gehört, dass in der heutigen Sitzung von dem Abg. von Mallinckrodt behauptet worden ist, — ich bitte mich zu berichtigen, wenn ich meinerseits Irrthümliches erfahren habe — also behauptet worden ist, ich hätte bei früheren Verhandlungen dem italienischen General Govone die Abtretung eines preussischen Bezirkes — ich weiss nicht genau wo, an der Mosel oder an der Saar — in Aussicht gestellt. Ich bin genöthigt, dies mit den stärksten Ausdrücken für eine dreiste, lügenhafte Erfindung zu erklären, die natürlich der Herr Abgeordnete

¹⁾ In der betreffenden Sitzung stand die dritte Lesung des Civilehesetzes auf der Tagesordnung. Nach der Discussion über § 6 erhielt der eben ins Haus getretene Ministerpräsident das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. A. d. Red.

nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht ist. Aber der Herr Abgeordnete sollte doch vorsichtiger sein im Wiedererzählen solcher Behauptungen, die diese scharfe Kritik verdienen. Die Sache ist in lügenhafter, gehässiger Absicht erfunden worden, es ist auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend Jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder auch nur eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber circulirt und behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin sagte: für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden worden ist. (Abg. Dr. Windthorst: Ich bitte um das Wort.) || Ich bin noch nicht fertig. Ich bin zugleich, da ich einmal zur persönlichen Bemerkung das Wort genommen habe, genöthigt, nun auch einen andern Fall, der gestern vorgekommen ist, in ähnlicher Weise zurückzuweisen. Ich möchte aber alle Herren, die dabei betheiligt sind, und namentlich, wenn sie vorzugsweise ihrer Behauptung, ihrer gewiss ehrlichen Behauptung nach, die Sache des Christenthums, der Religion der Wahrheit vertreten, bitten, doch in Beziehung auf die Wahrheit ihrerseits etwas vorsichtiger zu sein und nicht Alles ohne Prüfung als Wahrheit anzunehmen, was ihnen aus unlauterer Quelle beigebracht wird. Ich möchte den Herren doch zu bedenken geben, dass die ihnen von Gott gesetzte Obrigkeit, die über uns regiert, auch in den Organen, die Se. Majestät an die Spitze des Reiches stellt, vor dem Ausland wenigstens einen gewissen Anspruch auf — ich will nicht sagen, auf persönliche Rücksicht, nein, aber doch auf decente Behandlung vor dem Auslande hat, dass man nicht sich die Aufgabe stellt, die eigene Regierung vor dem Auslande zu verleumden. Man hat von dem Vogel mit seinem Neste ein Sprüchwort, das ich hier nicht anführen will, aber für proper halte ich diese Operation nicht. || Was nun den gestrigen Vorgang betrifft, so habe ich die Aeusserung des Hrn. von Schorlemer aus den bereits gedruckten Berichten entnehmen können, und etwas ausführlicher, als die mir nur eben durch Hörensagen zugekommenen Entstellungen, die ein Redner heute vorgetragen hat. Der Herr Abgeordnete hat mir Inkonsequenzen nachzuweisen gesucht; nun wenn ihm das wirklich gelungen wäre, so würde die Sache, die er vertheidigt, damit nicht in irgend einem Maasse gebessert sein; aber es ist ihm auch in keiner Weise gelungen. Ich will ihn aus seinen eigenen Worten widerlegen. Er hält mir vor, ich hätte früher gesagt, das Dogma der Unfehlbarkeit, welches von Millionen Katholiken angenommen sei, müsse respektirt werden. Das ist auch heute noch meine Ansicht. Ich habe es auch respektirt. Habe ich es je angefochten? Bestreitet man Ihren Glauben in irgend einer Weise? Ich habe nur die Konsequenzen gezogen, die ihm für unser Staatsleben entfliessen, und auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, in die unser Staatsleben dadurch kommt, und in Folge dessen auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, dass man so wenig wie möglich von Glaubenssachen in das Staatsleben hineinthun müsse. Aber den Glauben respektire ich ja, und würde, wenn er sich auf Dinge erstreckte, die mir und den andern

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874.

evangelischen Christen noch ferner wären, ihn dennoch respektiren. Wie das damit in Widerspruch steht, was ich neulich über eine andere Sache gesagt habe, das verstehe ich nicht, die Herren müssen nur nicht die Freiheit des Glaubens so auslegen wollen, als ob sie darin bestehe, dass sie über Andersgläubige und über den Staat eine Herrschaft üben. Für sie ist Nichtherrschen mit Unterdrücktsein gleichbedeutend. Ich habe es neulich schon gesagt: wir verlangen für unsere Ueberzeugungen auch Unabhängigkeit für uns Andersgläubige und verlangen Achtung vor unserem Glauben, die wir bei Ihnen nicht immer finden. Dann hat der Herr Abgeordnete Thatsachen darüber zum Beweis meiner Behauptungen vermisst, dass das Auftreten der Herren Bischöfe ein revolutionäres wäre. Ich habe ja damals gleich in der Rede selbst darauf aufmerksam gemacht, worauf ich das begründe, und die Thatsache, dass die Herren Bischöfe dem Gesetz den Gehorsam aufkündigen, die Autorität des Gesetzes leugnen, als Gesetzesverächter dem Staate im Prinzipie gegenüber stehen, wird doch der Herr Abgeordnete nicht leugnen, er müsste gar keine Zeitungen lesen. Dass er überhaupt wenig liest, habe ich aus der letzten Rede geschlossen; ich habe das mit geschlossen aus dem ganzen Inhalt der Rede, denn er hat auch meine Rede, auf die er anspielt, nicht gelesen, und ich halte es für nicht richtig, einem viel beschäftigten Beamten gegenüber die Angriffe lediglich auf Vermuthungen zu gründen. Der Herr Vorredner ist seinerseits gewiss ein ausserordentlich wahrheitsliebender Mann, und ich bin überzeugt, dass er nicht freiwillig eine Thatsache behauptet, die er als falsch erkennt, ich bin weit entfernt zu glauben, dass er in dieser Beziehung die Doktrin mancher Orden, die lebhafte Verfechter derselben Sache sind, irgendwie theilt, aber ich glaube, zu einer vollständig skrupulösen Wahrheitsliebe gehört auch, dass man das, was man als wahr behauptet, etwas genauer prüft, und wenn der Herr Vorredner von mir sagt: ein Mann, dessen Vergangenheit mit diesen Thatsachen — ich weiss nicht, wie er sich ausdrückte (Ruf: belastet) belastet sei, ja, mit solchen Thatsachen belastet sei, der verdiene wenig Glauben, so möchte ich ihm dagegen erwidern, dass ein Mann, dessen Reden mit einer solchen Geringschätzung der Thatsachen, und der wirklichen Verhältnisse, wie sie liegen, belastet sind, seinerseits noch viel weniger Glauben verdient und doch auch im Auftreten etwas vorsichtiger sein sollte in Zukunft, je mehr er selbst auf den gewiss verdienten Ruf seiner Wahrheitsliebe hält. || Der Vorredner hat unter Anderem gefragt: Wer hat mehr zum Umsturz der alten deutschen Bundesverfassung beigetragen, die doch auch ein Gesetz war? Ja, es ist ganz etwas Anderes, sich die Abschaffung und Aenderung einer gesetzlichen Einrichtung zum Ziel zu setzen oder die Autorität des rite bestehenden Gesetzes schlechtweg zu leugnen und zu sagen: ich halte es nicht für gültig, ich kehre mich nicht daran, ich unterwerfe mich ihm nicht. Ausserdem giebt es eine Menge Leute, die mehr zur Zerstörung des alten Bundestages gethan haben, wie ich, namentlich alle politischen Freunde des Redners von gestern, und namentlich vor allen Dingen die Majorität der damaligen Regierungen

und deren Vertreter, die eben Beschlüsse fassten, von denen sie ganz sicher vorausschen mussten, dass sie den Bund und seine Verfassung sprengten. Der Hr. v. Schorlemer hat ferner behauptet — und das ist eine Behauptung, die in dieselbe Kategorie der heutigen von Hrn. v. Mallinckrodt gehört — ich hätte die ungarischen und dalmatischen Regimenter 1866 zum Abfall auffordern lassen. Das ist einfach nicht wahr, und wenn der Abgeordnete so bereitwillig ist, von mir über die manifestesten, offenkundigsten Thatsachen, ob heute die Sonne scheint, etwa einen Beweis zu verlangen, den man augenblicklich theoretisch nicht geben kann, den aber der Abgeordnete offenkundigen, von Niemand in Zweifel gezogenen Thatsachen gegenüber oft fordert, so hat er sehr gut in seiner Disputirschule gelernt, jedes Mal nach Beweisen zu fragen, und diesem Ruf begegne ich aus dem Centrum jederzeit als Diskussionsmittel. || Es sind eine Menge Dinge, die bekannt sind, zu deren Beweis man aber Bücher und Vorlesungen beibringen müsste, wenn er im Augenblicke wissenschaftlich geführt werden sollte. Für die behaupteten Thatsachen von 1866 würde der Abgeordnete aber doch irgend einen Beweis beibringen müssen. Es ist weltbekannt, dass sich eine ungarische Legion aus ungarischen Kriegsgefangenen hier gebildet hat; es wurden uns in der Beziehung Anerbietungen schon bei Ausbruch des Krieges gemacht; ich habe sie damals zurückgewiesen, obschon es gewiss eine schwere Verantwortung für einen Minister war, in einem Kampfe mit einem so waffenmächtigen Reiche wie Oesterreich — die Unsrigen waren damals nicht erprobt — irgend einen Beistand zurückzuweisen, der nach Kriegsrecht möglich war; es wäre das eine Unterschätzung des Gegners gewesen. Indessen, da ich immer darauf gerechnet hatte, die Verhältnisse mit Oesterreich nicht dahin zu treiben, dass sie zu unversöhnlichem Zwiespalt führten, — eine Ueberzeugung, der ich noch Ausdruck gegeben habe, und zwar bis zu Seiner apostolischen Majestät hin, in dem Momente, wo unsere Truppen schon marschirten, da noch habe ich Vorschläge gemacht, die leicht zu einer Vereinbarung hätten führen können, — also ich habe am Anfange des Krieges ungarische Anerbietungen zurückgewiesen, und erst in dem Moment, als nach der Schlacht bei Sadowa der Kaiser Napoleon telegraphisch seine Einmischung in Aussicht stellte, da habe ich mir gesagt: ich habe meinem Lande gegenüber nicht mehr das Recht, irgend ein Mittel der Vertheidigung und Kriegführung, welches kriegsrechtlich vollständig erlaubt ist, zu verschmähen, da ich es nicht darauf ankommen lassen wollte, dass unsere Erfolge durch das Erscheinen Frankreichs auf der Bühne wieder in Zweifel gestellt würden. Wenn Frankreich auch damals sehr wenig Truppen hatte, so hätte doch ein geringer Zusatz von französischen Truppen damals hingereicht, um aus den zahlreichen süddeutschen Truppenmassen, die ein sehr gutes aber nicht organisirtes Material darstellten, eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns sofort in die Lage gebracht hätte, zunächst Berlin zu decken und alle unsere Erfolge in Oesterreich aufzugeben. || Damals also habe ich in einem Akt der Nothwehr

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874.

die Bildung dieser Legion nicht gemacht, sondern ermächtigt. || Was liegt nun darin Revolutionäres? Ich möchte einmal die Frage oder Erwägung des gestrigen Herrn Redners umkehren. Wenn wir nun mit einem wiedererstarkten Frankreich im Krieg wären und die Hetzereien der süddeutschen Blätter fort dauerten, die dieselbe Sache, wie die Herren vom Centrum hier und wie die „Germania“ in der Presse, nur etwas plumper, vertheidigen, die von ihren Bundesgenossen vom rechten Flügel, von den anständigeren Truppen-corps nicht desavouirt worden sind, — und es träte dann der Fall ein, dass mit Zuhülfenahme der subversiven Tendenzen, des Beispiels der Gesetzesverachtung, welches die hochstehendsten Prälaten geben, der aufregenden Diatriben, die wir in den Blättern des Centrums an Volksschichten gerichtet sehen, die so genau logisch ihre Pflichten und Rechte nicht abwägen, wie wir es hier in diesem Raume thun, — Alles dieses, sage ich, hätte zur Folge, dass sich nun aus deutschen Mitbürgern oder aus deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eine päpstliche Legion bildete, um Frankreich beizustehen, würde dann Herr v. Schorlemer dem französischen Staatsmann, der in dem sehr schweren Kampf mit dem Deutschen Reich sich diese Velleität einiger unserer Landsleute — ich hoffe, es würden sehr wenige oder keine sein, aber theoretisch ist der Fall doch denkbar, — zu Nutze machte, würde Herr v. Schorlemer dem französischen Staatsmanne, der an der Spitze stände, vielleicht dem König Heinrich, Grafen von Chambord, die Annahme dieser Hülfe als ein revolutionäres Gebahren vorwerfen? Ich glaube nicht. Er könnte eher die Deutschen Revolutionärs nennen — obschon es noch andere Bezeichnungen dafür giebt —, die von ihrem Vaterlande abfallen und dem Feinde Dienste leisten; aber den Feind, der einen Deserteur aufnimmt, so zu nennen, das ist mir noch nicht vorgekommen, dann muss der Herr Vorredner doch vom Kriegsgebrauch sehr wenig wissen. Ich würde überhaupt, wenn ich so wenig von der Welt wüsste wie der Herr Vorredner, weniger oder doch weniger zuversichtlich reden. Eins hat mich mit am meisten frappirt, was eigentlich nicht gegen mich persönlich gerichtet war; aber dass der Herr Vorredner die Lockerung aller Bande der Familie gewissermaassen und das Geborenwerden „unter dem Fluche der Sünde“ als eine natürliche Konsequenz der Einführung der Civilehe ansieht — trifft denn diese Konsequenz der Zerrüttung des Familienlebens, z. B. bei unseren rheinischen Landsleuten zu, die doch dem Herrn Vorredner in Westfalen besser bekannt sein werden, als die politischen That-sachen, auf die er sich bezogen hat? Ist denn da das Familienleben so zerrüttet und zerstört? Ich finde gerade das Familienleben und insbesondere das eheliche Verhältniss bei unseren rheinischen Mitbürgern ein Beispiel ächt deutscher Sitte, das mit demjenigen, was man von Frankreich kennt, auf das Unangenehmste kontrastirt. Ich glaube, dass gerade am Rhein, wenn man statistische Data über diese Frage überhaupt aufstellen könnte und wollte, die eheliche Sittlichkeit eine sehr hohe Stufe einnehmen würde. Und was den Unterschied betrifft, so stelle er sich bei Einführung der Civilehe so: dann

würden die Abkömmlinge aus einer solchen Ehe „unter dem Fluche der Sünde“ geboren werden. Da möchte ich doch an den Herrn Vorredner als Christ — denn ich glaube, gewisse Grundbekenntniss-Wahrheiten theilen wir doch — die Frage stellen, ob er selbst denn glaubt, nicht unter dem Fluch der Sünde geboren zu sein? Wenn er das behauptet, so muss ich sagen, dass ihm, der als einer der hauptsächlichsten Vertheidiger des Christenthums auftritt, nicht nur die Kenntniss der Politik, sondern auch die Kenntniss einer der ersten Heilswahrheiten abgeht.

Nr. 5104.
Proussen.
16. Jan. 1874.

Abg. v. Mallinckrodt: Dem Herrn Ministerpräsidenten scheint das, was ich hier gesagt habe, nicht vollständig treu mitgetheilt worden zu sein; das nehme ich an nach einem der Ausdrücke, deren er sich bediente. Ich habe nicht davon gesprochen, dass er eine „Zusicherung“ gemacht hätte. Ich werde mir erlauben, aus dem stenographischen Berichte den betreffenden Passus noch einmal zu reproduciren, damit über das Gesagte kein Zweifel obwalten kann. Ich habe, anknüpfend an die Aeusserung, dass die Rheinländer absolut nicht französisch werden wollten, fortgefahren: || „Aber, m. H., leugnen Sie etwa, dass der Mann, der an der Spitze unserer Regierung steht, erklärt hat, er wäre viel weniger deutsch, als preussisch, und ihm würde es so schwer gar nicht werden, einen Theil des linken Rheinufer an Frankreich abzutreten — (Hört! hört! Widerspruch links.) den Theil des linken Rheinlandes, den die baierische Pfalz und den der preussische Regierungsbezirk Coblenz und Trier auf der rechten Moselseite bildet. Ja oder Nein? (Nein! links.) Schön! — Sind Sie bei der Unterredung zwischen dem General Govone und dem Ministerpräsidenten zugegen gewesen? (Nein! Sie?) Ich auch nicht. (Heiterkeit.) Ich auch nicht, aber ich habe in amtlichen Actenstücken die Behauptung gelesen, und ich habe vergeblich nach einem Widerspruche mich bisher umgesehen.“ || Nun würde es sich fragen, ob ich in diesen Aeusserungen — (Ruf: Weiter lesen!) Damit ist es aus. „Sehr richtig! im Centrum.“ (Abg. Lasker: O nein, es ist nicht aus.) Dies ist Seite 107. (Ruf: Weiter lesen!) || Ja, ich habe nichts weiter. Ich werde das stenographische Bureau bitten, mir die Nummern, die noch etwa fehlen, mitzutheilen, und ich werde dann mir erlauben, das noch ferner zu verlesen. Was nun diese Aeusserung anbetrifft, so bezieht sie sich auf den Inhalt des von dem Ministerpräsidenten Italiens, dem General La Marmora (Ruf: Dem Feinde Deutschlands!) edirten bekannten Buches. Das Buch enthält eine ganze Reihe von Actenstücken, Actenstücke, die ich meinerseits keineswegs von vornherein als unbedingt richtig anzuerkennen geneigt bin und geneigt gewesen bin, aber immerhin amtliche Actenstücke, und in diesen Schriftstücken ist vielfach referirt über Unterhaltungen mit dem Herrn Ministerpräsidenten. Die referirenden Personen waren offenbar in der Lage, die Wahrheit berichten zu können, denn sie berichteten aus unmittelbar eigener Wahrnehmung. Dieses Buch ist seit einer ziemlich langen Reihe von Monaten

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874.

in der Oeffentlichkeit bekannt, die italienische Urschrift ist längst ins Deutsche übertragen, das Buch ist in vieler Leute Hand, es war also Gelegenheit in Masse geboten, Berichtigungen der etwa darin enthaltenen falschen Behauptungen eintreten zu lassen. Vergegenwärtigen Sie sich die Neigung zum Dementiren, die man sonst vielfach zu beobachten Gelegenheit gehabt hat, sei es in officiösen oder officiellen Aeusserungen, so muss der Umstand, dass einer so bedeutenden Quellensammlung gegenüber unser leitender Staatsmann keine Veranlassung gegeben hat zu einer bestimmten, deutlichen überzeugenden Erklärung, die Vermuthung begründen, es beruhten die Anführungen in diesen öffentlichen Correspondenzen allerdings in der Wahrheit. Gleichwohl habe ich meinerseits die Thatsachen, um die es sich handelt, nicht als unbedingt wahr hingestellt, aber ich mache gar kein Geheimniss daraus, ich habe daran geglaubt, und nachdem die Dementis vergeblich haben auf sich warten lassen in Bezug auf manche Anführungen in diesem Buche, die ich besser zu controliren in der Lage bin, so hat mir dieser Umstand die Glaubwürdigkeit der Anführungen noch näher gebracht. Wenn nun der Herr Ministerpräsident erklärt, die Anführungen, die in dem Buche enthalten sind, seien unwahr und seien lügenhaft, dann bin ich meinerseits durchaus nicht in der Lage und fühle mich nicht im Mindesten berufen, einer solchen von maassgebender Stelle ausgehenden Erklärung gegenüber meine bisherige Auffassung als berechtigtere zur Geltung zu bringen. Ich indossire dann einfach den Vorwurf der Lüge, der ja, wie der Herr Ministerpräsident ausdrücklich sagte, auf mich persönlich gar nicht gemünzt sein sollte, an die richtige Adresse, und die richtige Adresse ist: der Ministerpräsident General La Marmora; warten wir also ab, ob der etwa in der Lage ist, den Beweis für seine Anführungen anzutreten oder gar zu erbringen.

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat eine eigenthümlich in der Politik der ganzen Partei begründete Art, sich aus der Affaire zu ziehen, so wie er sieht, dass die Schusslinie unangenehm wird, und den Vorwurf zu indossiren an Jemanden, der übrigens weder Ministerpräsident noch General mehr ist, sondern einfacher Privatmann, der in unerlaubter Weise Actenstücke veröffentlicht hat, die in seinem früheren amtlichen Verhältniss zu seiner Kenntniss gekommen sind — ein Verfahren, gegen das, wie mir von italienischer Seite auf meine vertraulichen Erkundigungen mitgetheilt ist, ein Strafgesetz in Italien nicht gültig ist. Zugleich aber — und das zeigt doch auch das Maass von Ansehen, das in Italien diesen Veröffentlichungen zu Theil wird, ist mir gesagt worden, dass man in Folge dieses Vorgangs das Bedürfniss anerkannt hätte, ein solches Strafgesetz in Italien herzustellen. Dass der Herr Vorredner lieber das Zeugniss eines Feindes als das der Thatsachen herbeizieht, wundert mich nicht; ein solcher aber ist der General La Marmora nach seinem ganzen Verhalten und nach seiner ganzen Politik, und ich könnte über seine Politik viel mehr und viel unangenehmere Bücher schreiben, als er über die meinige, wenn ich nicht eine Abneigung

hätte, andere Potenzen und Mächte in solche Erörterungen hineinzuziehen. Insofern steht aber der Herr Vorredner viel freier da; er braucht auf die Interessen und Ehre des eigenen Landes und auf dessen Beziehungen zu fremden Mächten so viel weniger Rücksicht zu nehmen, als ich dazu gezwungen bin. Der Herr Vorredner sagte, er hätte seinerseits an die Echtheit geglaubt. Ja, meine Herren, wenn ich Alles öffentlich sagen wollte, was ich glaube über manche Leute, so könnten wir leicht in eine üble Lage kommen. Ich halte mich dazu jedoch nicht für berechtigt, namentlich in öffentlicher Versammlung und in amtlicher Stellung, ehe ich nicht die Wahrheit dessen, was ich vorbringe, etwas mehr geprüft habe. Der Herr Vorredner begründet eine Art von Recht, an die Sache zu glauben, darauf, dass Monate lang diese, wie gesagt, von einem Privatmann publicirte Sammlung zu Unrecht entwendeter Actenstücke — d. h. subjektiver Actenstücke, es sind ja doch immer nur einseitige Berichte einzelner Personen, die darin ihre Eindrücke von vertraulichen Unterredungen veröffentlichen, — er hielt sich für berechtigt, daran zu glauben, weil Monate verflossen waren, ohne eine Widerlegung. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, auch nur vielleicht im Sinne der hier vertretenen Mittelpartei gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Pressbureau und kein Welfenfonds; da müsste ein besonderes Ministerium dazu eingerichtet werden, um das bloß lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu Theil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, von dem Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder und des Rheins umher, so werden Sie finden, dass ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehasste Persönlichkeit in diesem Lande bin. Ich freue mich, dass der Herr Vorredner durch ein Kopfnicken mir das bestätigt; sein Gerechtigkeitsgefühl gesteht mir das zu. Und wenn ich auf Alles das, was in Frankreich, in Italien, in Polen — und ich will das Andere gar nicht nennen — gegen mich geschrieben wird, auch nur lesen wollte, — ich habe mir nachgerade eine ziemlich hochmüthige Verachtung gegen diese Elaborate angewöhnt, und die Herren sind auf dem besten Wege, mich dahin zu bringen, dass ich das Gebiet, was davon betroffen wird, noch weiter ausdehne. Bisher aber halte ich es für meine Pflicht, wenn ich hier von einem Vertreter dieses Landes in einer so prägnanten Weise angegriffen werde, auch hier darüber Rede zu stehen. Ich halte es auch für mein Recht, nicht abzuwarten, bis der Moment günstiger ist und etwa nach sechs Wochen zu sagen, Hrn. v. Schorlemers oder Hrn. v. Mallinckrodt's damalige Behauptungen waren nicht gegründet, sondern ich muss eben die Gelegenheit nehmen, damit die Unwahrheit von der Wahrheit noch eingeholt wird, so weit es möglich ist, wenn

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874.

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874.

auch nicht alle Zeitungen die Wahrheit aufnehmen, sondern dennoch die Unwahrheit aufrecht erhalten. Wenn nun der Herr Vorredner mir noch vorgeworfen hat, dass ich gestern bei einer solchen Tagesordnung nicht anwesend war: ja, ich habe nicht die Aufgabe, in die Materie dieses Gesetzes einzugehen, denn die Vertretung der Staatsregierung ist ja in guten Händen; aber der Herr Vorredner kann sicher sein, wenn auf der Tagesordnung nicht die Civilehe gestanden hätte, sondern: „Verbreitung falscher Thatsachen gegen den Ministerpräsidenten“, so würde ich gewiss erschienen sein.

Abg. v. Mallinckrodt: Meine Herren! Der Herr Ministerpräsident meint: ich hätte mich aus der Schusslinie zu ziehen beabsichtigt. Das ist gerade meine Art nicht; ich meine, es hätte der Herr Ministerpräsident sich die Sache etwas kürzer machen können, er hätte uns bestimmtere Erklärung geben können in Beziehung auf den Inhalt und Nichtinhalt der Actenstücke, um die es sich handelt, anstatt eine Reihe von anderen Dingen zu erwähnen, ja uns sogar bis an die Ufer der Tiber und Garonne zu führen, was mich etwas poetisch an die Zeit der Troubadours erinnert. Er hat sich dann über den Autor des fraglichen Buches dahin geäußert, dass er nicht General und Ministerpräsident sei. Jedenfalls ist er es gewesen und war in der Lage, authentische Actenstücke zu besitzen. Das erkennt auch der Herr Ministerpräsident an; denn er betonte die unerlaubte Veröffentlichung von Actenstücken und erwähnt, die italienische Regierung habe ihr Bedauern ausgesprochen — solche Courtoisie war ja zu erwarten, — dass es kein Strafgesetz gebe, was erlaubte, dem entgegenzutreten. Immerhin handelt es sich also um die Publication von Actenstücken, und es bleibt die Frage, ob in den Actenstücken Wahrheit enthalten ist oder Unwahrheit, wie viel Wahrheit oder wie viel Unwahrheit; und das näher zu erfahren, wäre gewiss für uns alle recht interessant. Wenn die Bemerkung gefallen ist, ich legte Gewicht auf das Zeugniß des Feindes, so trifft das den Fall nicht. Bei der Erörterung der Wahrheit kommt es nicht darauf an, welche politische Stellung der Zeuge hat, sondern es kommt nur darauf an, ob und inwieweit der Zeuge glaubwürdig ist; und wenn der Herr Ministerpräsident meinte, die Ehre des eigenen Landes liege ihm mehr und mir weniger am Herzen, dann räume ich eine Berechtigung zu einer derartigen Auffassung schlechterdings nicht ein, denn die Ehre des Landes soll jedem Bürger des Landes, (Rufe: soll!) einerlei, in welcher Stellung er sich befindet, gleich heilig sein und gleich nahe am Herzen liegen. Aber, m. H., die Auffassung über das, was die Ehre des Landes erheischt, die kann variiren; und ich bin stets der Meinung gewesen und bekenne mich ganz offen dazu, dass die höchste Ehre des Landes fordert, dass das Land auch in der ehrenhaftesten Weise seine Politik führt. Und wenn die Regierung des Landes sich Handlungen zu Schulden kommen liesse, (Rufe: Liesse, liesse!) liesse, wie die, welche ihr hier zum Vorwurf gemacht worden sind, dann wäre es ja wohl der Beruf der Vertreter dieses Landes, der Regierung zu sagen, dass wir eine solche Handlungsweise ver-

werfen. Dadurch werden wir die Ehre des Landes vor dem Auslande sicher stellen, nicht dadurch, dass wir Fehler verdecken.

Nr. 5004.
Preussen.
16. Jan. 1874.

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck: Ich bedaure, dass die Kampfesart des Herrn Vorredners mich nöthigt, diese unerquickliche Debatte noch um sehr wenige Worte zu verlängern. Ich muss dem Herrn Vorredner sagen, dass er sich durch die Art, wie er soeben sprach, in die Schusslinie der Vorwürfe, die ich gegen den General La Marmora machte, wieder hineinbegeben hat. Der Herr Vorredner hat vorher, nachdem ich mich als eine Autorität, deren Zeugnis, namentlich, wenn sie von Thatsachen unterstützt ist, doch mindestens ebenso glaubwürdig ist, wie die eines in der Fremde erschienenen Buches, nachdem ich mich zu einem sehr bestimmten Dementi verstanden hatte, gesagt, ja das ändere die Sache, wenn es früher so bestimmt dementirt wäre, dann hätte er auch nicht daran geglaubt. Nun frage ich die ganze Versammlung, hat nicht der Herr Vorredner dennoch in seiner ganzen letzten Aeusserung die Tendenz zu erkennen gegeben, er möchte den Glauben, den er selbst nicht mehr theilt, bei der Welt und bei Ihnen aufrecht erhalten? Der Glaube an die Thatsache, welche er nicht mehr zu glauben erklärt hat, das ist eine eigenthümliche Fechtweise, gegen die unter Umständen schwer aufzukommen ist. || Den Herrn Vorredner zu überzeugen, fällt mir gar nicht ein, oder das auch nur im Entferntesten zu versuchen; ich weiss ja, dass das ganz fruchtlos ist. Ich lasse auch ganz unentschieden, ob es mir gelingen wird, die Ueberzeugung, die der Herr Vorredner eigentlich hat, überhaupt richtig zu ermitteln und aufzufinden, — ich getraue es mir nicht. Im Uebrigen möchte ich aber doch den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, wenn er so hartnäckig auf ein Apokryphenzeugnis, was im Auslande geboren ist, und solche Actenstücke, die Gegenstand der Unterredung gewesen sind, sich beruft, aber doch nicht mit Genauigkeit, — ich erinnere mich, dass ich vor ein paar Monaten, als ich gerade Musse hatte, Theile aus dem Buche gelesen habe. — Mir kommt es so vor, dass der Herr Vorredner doch noch genauer mich beschuldigt hat, als selbst das Buch des General La Marmora. Aber, meine Herren, wenn Jemand in der Politik offen vor ganz Europa auf der Bühne hat wirken können, wie ich, dann hat er doch wohl das Recht, sich auf Thatsachen zu berufen, und dagegen alle apokryphen Winkelskribenten, mögen sie Titel haben, wie sie wollen, als Zeugen zu refüsiren. Ist denn irgend etwas abgetreten? Existirt denn irgend wo eine Verhandlung darüber? Hätten wir nicht, wenn wir etwas hätten abtreten wollen, mit grosser Leichtigkeit, mit sehr wenig, mit wenig Dörfern, nur dass der Schandfleck an unserer Politik gehaftet hätte, Alles erreichen können? Das wäre ja dem Kaiser Napoleon genug gewesen. Hätte ich nicht die gewaltigsten Resultate auf dem Gebiete bei Frankreich leicht erreicht, wenn ich danach gestrebt hätte? Sollte ich etwa bei Frankreich einen Korb bekommen haben? War vielleicht der Kaiser Napoleon im Andenken an seine Stuttgarter Erziehung voller sittlicher deutscher Entrüstung, dass er sagte:

Nr. 5104.
Preussen.
16. Jan. 1874. Nein, aus Liebe zu Deutschland will ich diesen lasterhaften Minister nicht benutzen, weil ich damit seine deutsche Politik schändete? Wäre es nicht das Leichteste von der Welt gewesen, zum Abschluss mit Napoleon zu kommen, wenn ich hätte so verfahren wollen, wie der Herr Vorredner doch immer noch zu glauben beinahe vorgiebt. Jedenfalls wünscht er, dass Andere es glauben. Meine Herren, ich finde, man hat gar nicht das Recht, mich auf diese Weise zu nöthigen, durch einen Missbrauch der Tribüne zur Verleumdung der eigenen Regierung den Leiter der Regierung zu nöthigen, sich hier gegen solche Vorwürfe zu verantworten, und Ihre und meine Zeit damit zu tödten, für deren Bezeichnung mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt, aber die Presse wird ihn wohl finden.

Nr. 5105.

PREUSSEN. — Note des Deutschen Reichs-Anzeigers u. Kön. Preuss. Staats-Anzeigers vom 22. Jan. 1874 über La Marmora's Buch.

Nr. 5105.
Preussen.
22. Jan. 1874. Nachdem die durch General La Marmora veröffentlichten angeblichen Depeschen des Generals Govone in Folge neuerer Besprechung derselben von eingeweihten Personen einer näheren Prüfung unterzogen worden, hat sich letzteren die Ueberzeugung aufdrängen müssen, dass die fraglichen Depeschen gefälscht, wo nicht ganz erfunden sind, da sie sich mit den hier gepflogenen Verhandlungen nicht decken, weder dem Gegenstande noch der Reihenfolge nach. || Die bei der italienischen Regierung angestellten vorläufigen Anfragen haben ergeben, dass die vom General La Marmora angeführten angeblichen Depeschen im italienischen Archiv gar nicht vorhanden sind und über die Existenz, den Inhalt und den Verbleib etwaiger Berichte der Art dort nichts bekannt ist. || Das von dem Abgeordneten von Schorlemer-Alst am 17. d. M. vor dem Hause der Abgeordneten citirte Billet des preussischen Gesandten, Grafen von Usedom, vom 12. Juli 1866¹⁾ dagegen (S. 316 des La Marmora'schen Buches, S. 300 der Mainzer Uebersetzung) ist seinem vollen Inhalte nach bekannt. Bei Wiedergabe desselben sind vom General La Marmora nach den Worten: || „*Par rapport à l'affaire hongroise*“ || die Worte unterdrückt worden: || „*pour laquelle Votre Excellence a bien voulu m'adresser Mr. .*“ || Der hier einstweilen von uns nicht genannte Name ist der eines hervorragenden Führers der ungarischen Emigration. || General La Marmora hat das in seinen Händen befindliche Actenstück in dieser Weise verstümmelt, weil jene Worte allein schon seine auch anderweit leicht zu widerlegende Behauptung entkräften, dass er mit der ungarischen Bewegung in keiner Beziehung gestanden habe.

¹⁾ S. oben Nr. 5099.

Nr. 5106.

ITALIEN. — General La Marmora an die Opinione. — Erwiderung auf die Note des Preussischen Staats-Anzeigers.

[Uebersetzung.]

Sehr geschätzter Herr Director des Journals L'Opinione.

Florenz, 26. Januar 1874.

Unterrichtet von den schweren Anklagen, die in der Abgeordneten-kammer zu Berlin am 16. dieses Monats gegen mich gerichtet, und von jenen andern, welche in Folge davon in vielen deutschen Journalen verbreitet wurden, bitte ich Sie in Ihrem sehr geehrten Blatte diese meine Erklärung veröffentlichen zu wollen. || Fürst Bismarck behauptete bei seiner Vertheidigung gegen den in der Sitzung vom 16. Januar ihm gemachten Vorwurf: einen Augenblick an die Abtretung von irgend einem Streifen deutschen Gebietes gedacht zu haben, dass diese Anklage Nichts sei, als das Echo einer ruchlosen Verleumdung, die im Auslande nur zu dem Zwecke geschmiedet sei, seinen Ruf anzuschwärzen. Wenn die Sache dabei stehen geblieben wäre, würde meine Antwort sehr leicht gewesen sein. Da ich absolut Nichts behauptet hatte, konnte die Anklage der Verleumdung nicht gegen mich gerichtet sein. || Was aber den General Govone betrifft, den Verfasser des Dokuments, das den Angriffen des Herrn Mallinckrodt zum Text gedient hatte, so weiss Jeder, der diesen, Italien allzu früh geraubten und gleich sehr wegen seiner Tapferkeit, seiner Fähigkeit und seiner Rechtschaffenheit geachteten General gekannt hat, dass er sich täuschen konnte, indem er irgend welchen Ausdrücken des preussischen Ministers einen Sinn beimass, den sie nicht hatten, aber dass er sicherlich unfähig war wissentlich die Wahrheit zu fälschen, oder Verleumdungen auf Kosten irgend Jemandes zu erfinden oder zu verbreiten. || Aber der preussische Staats-Anzeiger trägt jetzt die Frage auf ein ganz anderes Gebiet. Es handelt sich um die Note des Grafen Usedom datirt vom 12. Juni 1866. Wenn die Anklagen wahr wären, die dort erhoben werden, wäre dieses Dokument, wie andere in meinem Buche: „Un po' piu di luce sugli eventi politici e militari del anno 1866“, enthaltene von Anfang bis zu Ende gefälscht, Und der Beweis der Fälschung wäre daraus zu entnehmen, dass ich jene Note derartig verstümmelt hätte, dass ihr Sinn vollständig verändert wird. || Entschlossen der unerhörten Provocation des grossen Kanzlers und der officiösen deutschen Presse die Ruhe entgegenzusetzen, die ich in der Zuversicht meines Gewissens finde, werde ich mich darauf beschränken hier vollständig den vertraulichen Brief zu bringen, den mir der Gesandte von Usedom schrieb, indem ich den Theil unterstreiche, den ich in meinem Buche aus Rücksicht auf die dort genannte Persönlichkeit weggelassen hatte. || Hier ist der Brief vollständig:

Nr. 5105.

Preussen.

22. Jan. 1874.

Nr. 5106.
Italien.
26. Jan. 1874.

Florence, 12 juin 1866.

“Par un télégramme arrivé cette nuit, le comte Bismarck me fait savoir qu'il s'attend au commencement des hostilités dans peu de jours.

“Par rapport à l'affaire hongroise le comte Czaky que vous m'avez adressé, dans le temps, et que j'avais à mon tour recommandé au comte Bismarck, s'est rendu dernièrement à Berlin où il a trouvé un très bon accueil.

“Le comte Bismarck m'ordonne en ce moment même de communiquer à V. E. [etc. etc. siehe oben Nr. 5099].

Wenn ich also der Anstifter der ungarischen Insurrection gewesen wäre, hätte sich Graf Bismarck nicht über mich beim Grafen Barral beklagt, wie aus dem Bruchstück des folgenden Telegramms vom 15. Juni (auf S. 331 meines Buchs) hervorgeht:

“D'un autre côté je ne vous cacherai pas que j'aurais voulu voir accepter par le général La Marmora la combinaison qu'au moyen de quelques millions fournis en commun, nous aurait procuré une puissante insurrection en Hongrie.”

Worauf ich denselben Tag antwortete:

“Quant aux Hongrois il paraît qu'on ignore à Berlin, que la Hongrie est presque dégarnie de troupes, et que par conséquent, elle pourrait bien se soulever si elle y était disposée.”

Und wenn ich die Insurrection in Ungarn begünstigt hätte, wäre mir wahrscheinlich die Usedom'sche Note vom 17. Juni erspart geblieben, die bestimmt war mir einen Feldzugsplan aufzudrängen, welcher von ungarischen Flüchtlingen dictirt und auf die Insurrection begründet war, deren Gegner ich, wie Allen bekannt ist, immer war. || Wenn ich weiter dem Communiqué des preussischen Staats-Anzeigers glauben soll, dass man so weit gegangen sei bei unserer Regierung anzufragen, ob die von mir publicirten Dokumente sich im Archiv des Ministeriums finden und zu verlangen, dass in dem Falle eine Vergleichung angestellt werde zwischen dem Originaltext und meiner angeblichen Fälschung, so muss ich erklären: || 1. Dass die fraglichen Dokumente, da sie nicht Staats-Dokumente sind, sondern Briefe, die einen privaten und vertraulichen Charakter haben, sich nicht im Ministerium des Aeussern finden können; || 2. Dass ich, um trotzdem die Vergleichung, auf welche der preussische Staatsanzeiger sich zu berufen scheint, möglich zu machen, bei dem Notar Dr. Pietro Fratocchi in seinem Bureau in Rom, Via Muratte Nr. 20, wo sie für Jeden auf Verlangen zu besichtigen sind, die Originale der beiden fraglichen Dokumente deponirt habe, nämlich: || 1. den Privat-Brief des Grafen Usedom, datirt vom 12. Juni 1866; || 2. den vertraulichen Bericht des General Govone vom 3. Juni 1866. || Ich lege sie dort nieder um auf eine öffentliche ebenso schwere, wie unerwartete Anklage zu antworten, nicht weil ich es nöthig habe mich meinem Lande gegenüber zu rechtfertigen, wo Alle, Freunde und politische Gegner, meiner Loyalität immer volle Gerechtigkeit haben widerfahren lassen, wie sie, ich hoffe, alle Fremden ihr werden widerfahren lassen, die mein politisches Leben kennen. || Genehmigen Sie, Herr Director, den Ausdruck meiner Hochachtung und Schätzung.

Alfonso La Marmora.

Nr. 5107.

ITALIEN. — Aus der Sitzung der Deputirtenkammer vom 3. Februar 1874. — Interpellation über La Marmora's Veröffentlichungen.

Präsident (Biancheri): Es kommt jetzt die Interpellation des Abgeordneten Nicotera, welche lautet: „Der Unterzeichnete wünscht den Herrn Minister des Auswärtigen zu befragen über die Veröffentlichung einiger diplomatischer Actenstücke.“ Ich gebe dem Abgeordneten Nicotera das Wort, um seine Interpellation zu entwickeln. Nr. 5107.
Italien.
3. Febr. 1874.

Abgeordneter Nicotera: Ich beginne damit, unserm Herrn Präsidenten zu danken, dass er mir die Priorität bewilligt hat, nicht, weil ich glaubte, die Frage besser entwickeln zu können, als mein Freund Miceli es gethan hätte, sondern weil die Priorität dazu dient zu beweisen, dass wir heute diese Frage nicht behandeln, weil die preussischen Zeitungen sich damit beschäftigt haben, sondern weil wir selbst vom ersten Augenblick an, wo diese peinliche Frage sich erhob, die Pflicht erkannt haben, sie in diesem Saale aufzuklären, und ich bin gewiss, dass die Antwort, welche unser Ministerium geben wird, der Art sein wird, um zu zeigen, dass es keineswegs angetrieben zu werden brauchte, und dass die Regierung, seit jenes unglückliche Buch des Generals La Marmora erschien, sich damit beschäftigte und an die passendste Art dachte, es zu desavouiren und wirksam dafür zu sorgen, dass Unzuträglichkeiten gleicher Art in Zukunft nicht wiederkehren. | Ich gestehe, dass ich eine gewisse Schwierigkeit empfinde, eine solche Frage zu behandeln; ich werde mir alle Mühe geben, nicht ein Wort zu sagen, welches die Lage eines Mannes erschweren könnte, der denn doch dem Lande grosse Dienste geleistet hat (Gut! auf der Rechten); dennoch ist es unmöglich, dass bei der Discussion nicht etwas geäußert werde, das wie ein Tadel des Geschehenen klänge. || Ein anderer Grund, weshalb ich mich in einer gewissen Verlegenheit befinde, ist folgender: ich möchte nicht, dass man glaube, dass wir diese Angelegenheit discutiren, um irgend einer Pression nachzugeben. (Bewegung.) || Ich habe zu viel Zutrauen zu der Einsicht unserer Freunde in Preussen, um einen einzigen Moment zu befürchten, dass sie glauben könnten, dass irgend etwas in Italien vorfällt, oder dass man in irgend etwas sich fügt, weil Freunde oder Feinde es verlangen. || Wir haben das Bewusstsein unserer Pflichten und unserer Rechte, und wir werden sie immer hoch und unversehrt zu halten wissen.

Dies gesagt, gehe ich direct auf die Sache ein. | Ich habe mir nicht die Mühe gegeben, zu untersuchen, ob die von General La Marmora veröffentlichten Dokumente korrekt sind oder nicht; dies geht meiner Ansicht nach uns Nichts an, es geht vielmehr den General La Marmora an. Das, was ich

Nr. 5107.
 Italien.
 3. Febr. 1874.

zu allererst mich selbst gefragt habe, ist Folgendes: Sind die von General La Marmora veröffentlichten Dokumente Privat-Dokumente oder öffentliche? Hatte der General La Marmora das Recht, sich dieser Dokumente zu bedienen? (Abg. Ghinasi: sie bei Seite zu bringen?) Und wenn er es hatte, erlauben Sie mir eine beiläufige Bemerkung, welche aus seiner letzten Veröffentlichung sich mir aufdrängt. Mich hat eine Behauptung schmerzlich berührt, welcher General La Marmora, davon bin ich überzeugt, nicht die Bedeutung hat geben wollen, die ihr beim ersten Anblick Viele gegeben haben. Ich will von dem Theile sprechen, der sich auf den vielbeklagten General Govone bezieht. || General La Marmora musste alle die Achtung fühlen, und ich glaube auch, hat sie gefühlt, welche dem Andenken eines Mannes gebührte, der seinem Lande so wacker gedient hat, und deshalb durfte er nicht das Andenken dieses verehrten Todten irgend welchem Tadel aussetzen. | Ich habe mich also nicht mit der Korrektheit der Veröffentlichung beschäftigt, sondern habe mich nur an die Thatsache gehalten. ! Ist es zulässig, dass ein Staatsmann, ein Minister, auch nachdem er sein Amt verlassen, geheime Dokumente benutzt und veröffentlicht? Dies ist die erste Frage, die ich an den Herrn Minister richte. Es scheint mir nicht, dass jenen Dokumenten die Bedeutung gegeben werden kann, die ihnen General La Marmora giebt, nämlich die von Privat-Dokumenten. Wenn jene Dokumente als private zurückbehalten werden könnten, dann wüsste ich nicht mehr, was öffentliche Dokumente wären. Also ist es klar, dass es nothwendig ist, eine Norm festzusetzen für die Verantwortlichkeit der Staatsmänner, eine Verantwortlichkeit, die man nicht für beendet ansehen kann mit dem Ende des Amtes, und in Bezug darauf frage ich: Sind in unserer Gesetzgebung die nothwendigen Bestimmungen enthalten? (Eine Stimme: Das Strafgesetzbuch.) || Nach der Ansicht vieler Sachverständiger wären es die Artikel 169 und 172 unseres Strafgesetzbuches und der Artikel 191 des toskanischen Strafgesetzbuches. Aber ich will nicht in diese Frage eingehen; ich frage nur die Regierung, ob sie dieselbe geprüft hat und ob, wenn sie eine Lücke in unserer Gesetzgebung gefunden, sie daran denkt, dafür zu sorgen, dass solche Unzuträglichkeiten sich nicht erneuern, welche in der That das Ansehen unseres Landes beeinträchtigen können. | Dies sind die ersten Fragen, die ich an das Ministerium richte. || Eine andere Frage ist folgende: Ergiebt sich aus den Acten, die sich im Ministerium des Aeussern befinden, irgend etwas, das die Würde Italiens compromittiren könnte? || Ich begreife, dass das Ministerium eben so sehr wie alle Welt durch die Publication des Generals La Marmora überrascht sein musste, die in einem so ungeeigneten Momente erfolgte, nämlich dem der Abreise des Königs nach Deutschland. Ich begreife, dass weder der Präsident des Ministerraths, noch der Minister des Aeussern damals die Zeit hatten, das Buch zu lesen, und deshalb mache ich ihnen keinen Vorwurf, nicht gleich daran gedacht zu haben, die Frage zu lösen. Aber heute nach alledem, was vorgefallen ist, bin ich sicher, dass die Regierung die Sache studirt haben muss, und ich frage: Glaubt

sie genügend Fürsorge treffen zu können? Und hier erlauben Sie mir, geehrte Collegen, es noch einmal zu wiederholen: Ich bin nicht zu dieser Discussion durch die Rathschläge unserer Freunde in Deutschland angetrieben, an die ich vielmehr eine Bitte richten würde, nämlich die: wenn Ihr wollt, dass die Regierung und das Parlament sich mit dieser Frage beschäftigen; giebt es nur ein Mittel, nämlich: weniger davon zu sprechen. (Bravo, sehr gut!) | Ich erwarte von dem Entgegenkommen des Ministers eine Antwort auf meine Fragen, die ich von neuem formulire: 1) Sind die von General La Marmora veröffentlichten Dokumente privaten oder öffentlichen Charakters? 2) Hatte General La Marmora das Recht, diese Dokumente zu gebrauchen? 3) Hat die Regierung die Frage studirt, die Verantwortlichkeit der Minister, der Staatsmänner, der Beamten wirksam zu machen, und zu verhindern, dass eine solche Ungehörigkeit sich wiederhole? 4) Existiren im Archiv des Ministeriums des Aeussern in Bezug auf geschehene Dinge Dokumente, welche dem Rufe, der Ehre der italienischen Nation zu nahe treten oder schaden können, wie es aus der unlängst im deutschen Parlament stattgehabten Discussion hervorzugehen scheint? || Ich werde die Antwort des Herrn Ministers abwarten, um dann noch meine Bemerkungen zu machen. (Bewegung.)

Nr. 5107.
Italien.
3. Febr. 1874.

.....

Visconti-Venosta, Minister des Aeussern: Die vom Abg. Nicotera mit einer Mässigung und Würde der Sprache, der ich mich freue' Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, erhobene Interpellation hat das vom Herrn General La Marmora über die Ereignisse von 1866 veröffentlichte Buch zum Gegenstande. || Ich glaube nicht nöthig zu haben, zu erklären, dass die Regierung jede Verantwortlichkeit für diese Veröffentlichung ablehnt, die ein rein persönlicher Act bleibt, den zu verhindern nicht in unserer Macht stand. Aber weil ich aufgefordert bin, über die Veröffentlichung zu sprechen, ist es auch meine Pflicht, hinzuzufügen, dass die Regierung sie missbilligt und bedauert (Bravo, sehr gut! von verschiedenen Seiten), sie um so mehr bedauert, weil wir sehen, dass sie den Gegnern der Politik einer befreundeten Regierung und des ausgezeichneten Staatsmannes, der diese Politik leitet, den Vorwand bieten konnte, gegen dieselbe ungerechte Angriffe zu richten, die nur in einem Missverständniss ihren Ursprung haben können, weil sie vor dem Augenschein der Thatsachen und der erreichten Resultate in sich zusammenfallen. (Schr gut, bravo!) || Es konnte sicher nicht in der Absicht des Herrn Generals La Marmora liegen, sein ganzes Leben beweist es, Denen Waffen zu leihen, die, wenn sie die Feinde der deutschen Regierung sind, nicht weniger die Feinde Italiens sind und die nichts Besseres verlangen würden, als die Beziehungen zwischen beiden Ländern gestört zu sehen. (Gut, bravo!) || Aber da diese beklagenswerthe Folge eintrat, konnte die Regierung nicht zögern, gegen das Berliner Cabinet dieselbe Sprache zu führen, die sie jetzt dem Parlamente gegenüber führt, weil sie mit der Wahrheit übereinstimmt und mit den freundlichen Beziehungen übereinstimmt, welche zwischen den beiden Regierungen bestehen,

Nr. 5107.
Italien.
3. Febr. 1874.

und mit der Solidarität der gemeinsamen Interessen gegenüber einer Partei, deren Agitationen, deren Anstrengungen, deren ganzes Gebahren, das darf nicht vergessen werden, wesentlich ihre Feindschaft gegen Italien zum Ausgang und zum Ziel haben. (Sehr gut!) || Was die in dem Buche enthaltenen Dokumente betrifft, so fragt mich der Herr Abgeordnete Nicotera, ob wir sie für öffentliche oder private Dokumente halten. || Die Regierung glaubt, dass viele dieser Dokumente, obwohl sie eine vertrauliche Form haben, doch öffentliche Interessen angehen (Sehr gut!); deshalb können wir uns nicht der Ansicht anschliessen, die der Herr General La Marmora darüber ausgesprochen hat. Es ist wahr, dass in unserer Gesetzgebung keine genauen Bestimmungen existiren über den Gebrauch der Dokumente und keine ganz klaren Normen, um diejenigen Papiere, welche als Privat-Papiere betrachtet werden können, von denen zu unterscheiden, welche dem Staate gehörige Dokumente sind. Die sehr strengen Cautelen und Vorschriften, welche in den Regierungstraditionen des Hauses Savoyen existirten, sind mit Einführung des parlamentarischen Regimes gefallen. Dies, der Herr Abg. Nicotera wird es zugeben, macht es um so schwieriger, genau zu bestimmen, was als Garantie für das Recht einer gebührenden Vertheidigung zugestanden werden kann, und wo dagegen das alle andern überragende Interesse, nämlich das Staats-Interesse, anfängt. || Die Regierung hält es für zeitgemäss, sich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen; sie hält es für zeitgemäss, reiflich eine Frage zu studiren, welche weder sehr leicht, noch sehr einfach ist, wenn man Resultate erreichen will, die dann wirklich ausgeführt werden und wirksam bleiben. Aber sobald sie, bei gelegentlichem Anlass und zu gelegener Zeit, ihre bezüglichen Ansichten festgestellt haben wird, wird das Parlament berufen werden, über die vorgeschlagenen Maassregeln zu berathen. || Der Herr Abg. Nicotera hat mich gefragt, ob aus den beim Ministerium befindlichen Acten etwas hervorgehe, das die Würde unseres Landes compromittiren könnte. Ich habe kaum nöthig, in Antwort auf diese Frage zu erklären, dass nichts Derartiges existiren kann und dass dort kein der Würde und Ehre der nationalen Politik entgegenstehendes Dokument sich befindet.

Abg. Chiaves: Ich verlange das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. (Andauernde Bewegung.)

Minister des Aeussern: Meine Herren, ich habe nichts Anderes über diesen Gegenstand hinzuzufügen, und ich könnte auf andere an mich gerichtete Fragen keine andere Antwort geben. Ich hoffe, dass meine Erklärungen den Herrn Abg. Nicotera befriedigt haben und dass sie alle diejenigen beruhigen können, die vielleicht befürchteten, dass dieser Zwischenfall, ausserhalb der Verantwortlichkeit der Regierung entstanden, sich gegen den allgemeinen Wunsch in eine internationale Frage verwandeln und jene Interessen compromittiren könnte, welche die Regierung vor Allem zu schützen die unabweisliche Pflicht hat. (Lebhafte Zeichen der Zustimmung auf vielen Bänken.)

Präsident: Der Abg. Chiaves hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung verlangt. Ich gebe es ihm.

Nr. 5107.
Italien.
3. Febr. 1874.

Abg. Chiaves: Die persönliche Bemerkung ist folgende: In der Interpellation des Abg. Nicotera ist ein Punkt, der sich auf die Möglichkeit bezieht, dass in den Archiven der Regierung sich Acten befänden, die der Würde der Regierung selbst zu nahe träten und die zu der Zeit, wo General La Marmora Minister war, entstanden wären. Ich hatte die Ehre, Minister des Innern in dem Cabinet zu sein, dem La Marmora präsidirte, und die Kammer wird mir wohl zugestehen, dass ich über einen solchen Punkt nicht schweigen kann. || In Bezug auf den ersten Theil der Interpellation des Abg. Nicotera werde ich mich darauf beschränken, zu sagen, dass ich bedauere, dass bei dieser Discussion General La Marmora nicht gegenwärtig ist, der vielleicht mit seinem doch immer gewichtigen Worte viele Urtheile hätte berichtigen können, die doch wohl besser berichtet worden wären. | Ich muss hinzufügen, dass diejenigen, die im Jahre 1866 Collegen des Herrn Generals La Marmora waren, sich das Gesetz gemacht haben, vollständiges Stillschweigen über diese Angelegenheit zu beobachten, und dieses Gesetz haben sie sich fast instinctiv gemacht ohne die geringste vorherige Verabredung; so sehr entstand in Allen von selbst die Idee, dass es sich hier um eine persönliche Angelegenheit handelte, durchaus nicht um eine nationale oder internationale Angelegenheit. || Aber wenn man von der vom Kanzler des deutschen Reiches in der bezüglichen Sitzung ausgegangenen Erklärung spricht, wonach in den Acten der italienischen Regierung etwas existirte, das die Würde der Regierung verletzen könnte, so können die Collegen des Generals La Marmora im damaligen Ministerium offenbar nicht schweigen. Sie können freilich weder viel sagen, noch dürfen sie es. Was Anderes können sie sagen, als einen Protest erheben? || Und es ist ein Protest, nichts Anderes, den ich den Anführungen entgegensetze, welche es dem Fürsten bei dieser Gelegenheit zu machen gefiel. || Man kann auf dem Höhepunkte der Macht stehen; aber wenn man von einem befreundeten Lande und von einer ehrenwerthen Regierung spricht, so darf man nicht sagen, dass man wisse, in ihren Acten aus einer bestimmten Periode sei etwas, das ihre Ehre und Würde verletzen könnte. (Sehr gut!) Meine Herren, ich sage Nichts weiter. Auf Behauptungen, wie die des Fürsten Bismarck in Bezug auf die Handlungen der italienischen Regierung im Jahre 1866, kann ich meinestheils mit nichts Anderem antworten als mit einem Proteste; aber ich glaube, dass ein Protest für Jeden, der für die Würde des Vaterlandes Gefühl hat, genügt, um jene grundlosen Behauptungen zurückzuweisen und vorläufig wenigstens siegreich zurückzuweisen. (Bravo, sehr gut! auf der Rechten.)

Minister des Aeussern: Ich glaube nicht, dass in der Discussion, die in Berlin statthatte und auf welche der Herr Abg. Chiaves angespielt hat, eine Sprache geführt worden ist, welcher sich die Auslegung geben liesse, von der er gesprochen hat. || Wenn ich mich recht erinnere (es thut mir

Nr. 5107:
Italien.
8. Febr. 1874.

übrigens leid, den Beweis nicht vor Augen zu haben), so sagte der deutsche Reichskanzler, dass er seinerseits den General La Marmora hätte beschuldigen können (Stimmen: Das ist wahr!), aber dass er dennoch nicht andere Regierungen in die Frage verwickeln wolle, das heisst die italienische Regierung; dies war, wenn ich mich recht erinnere, der Sinn seiner Worte, welche, während sie den beklagenswerthen Streit zwischen dem Fürsten Bismarck und dem General La Marmora unberührt liessen, Nichts enthielten, das die Regierung direct in Mitleidenschaft gezogen hätte. Ich theile die damals vom Fürsten Bismarck ausgesprochene Ansicht. Es wäre in keiner Beziehung nützlich, wenn die beiden Regierungen sich dahin bringen liessen, unter einander in historischer und retrospectiver Weise die Vorfälle zu discutiren, welche die Ereignisse von 1866 begleitet haben. (Zustimmung.) || Was bleibt übrig von der Allianz und dem Kriege von 1866? || Preussen legte die Grundlagen der Grösse und Einheit Deutschlands, und Italien konnte sein nationales Programm erfüllen, konnte seine Unabhängigkeit vollenden und zu gleicher Zeit Bande einer dauerhaften Freundschaft mit unserem alten Gegner Oesterreich knüpfen. || Die Erinnerung an diese Allianz wird bleiben als Pfand der freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den zwei Ländern bestehen. (Gut!) Das ist das Resultat; erhalten wir es, wie es ist! Niemandem nützt es, es zu verdunkeln oder abzuschwächen. (Sehr gut, bravo!)

Die Pflicht der Regierung ist, dies Resultat unversehrt zu erhalten; diese Pflicht ist ihr von den Interessen unseres Landes vorgezeichnet. (Allgemeine, lebhafte Zustimmung.)¹⁾

¹⁾ Nach dieser Discussion reichte General La Marmora am 5. Februar der Kammer seine Entlassung als Abgeordneter ein; doch nahm die Kammer dieselbe nicht an und bewilligte ihm auf Antrag des Abg. Nicotera statt dessen nur einen zweimonatlichen Urlaub.

Central-Asiatische Frage.

Nr. 5108.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. (Fürst Gortschakow) an die Vertreter Russlands im Auslande. — Circulardepesche über die russische Politik in Central-Asien.

St. Pétersbourg, le 21 novembre, 1864.

Les journaux Russes ont rendu compte des dernières opérations militaires exécutées par un détachement de nos troupes dans les régions de l'Asie Centrale avec un succès remarquable et des résultats importants. || Il était à prévoir que ces événements exciteraient d'autant plus l'attention du public étranger qu'ils se passent dans des contrées à peine connues. || Notre auguste Maître m'a ordonné de vous exposer succinctement, mais avec clarté et précision, la position qui nous est faite dans l'Asie Centrale, les intérêts qui servent de mobile à notre action dans ces contrées, et le but final que nous y poursuivons. || La position de la Russie dans l'Asie Centrale est celle de tous les Etats civilisés qui se trouvent en contact avec des peuplades à demi sauvages, errantes, sans organisation sociale fixe. || Il arrive toujours en pareil cas que l'intérêt de la sécurité des frontières et celui des relations de commerce exigent que l'Etat plus civilisé exerce un certain ascendant sur des voisins que leurs mœurs nomades et turbulentes rendent fort incommodes.

Nr. 5108.
Russland.
21. Nov. 1864.

On a d'abord des incursions et des pillages à réprimer. Pour y mettre un terme on est forcé de réduire à une soumission plus ou moins directe les peuplades limitrophes. || Une fois ce résultat atteint celles-ci prennent des habitudes plus tranquilles, mais elles se trouvent à leur tour exposées aux agressions des tribus plus éloignées. || L'Etat est obligé de les défendre contre ces déprédations et de châtier ceux qui les commettent. Delà la nécessité d'expéditions lointaines, couteuses, périodiques, contre un ennemi que son organisation sociale rend insaisissable. Si l'on se borne à châtier les pillards et qu'on se retire, la leçon s'efface bientôt; la retraite est mise sur le compte de la faiblesse; les peuples Asiatiques en particulier ne respectent que la force visible et palpable; la force morale de la raison et des intérêts de la civilisation n'a point encore de prise sur eux. La tâche est donc toujours à recommencer. || Pour couper à ces désordres permanents ou établir quelques points fortifiés parmi les populations ennemies, on exerce sur elles un ascendant que peu à peu les réduit à une soumission plus ou moins forcée. || Mais au delà de cette seconde ligne d'autres peuplades plus éloignées encore viennent bientôt provoquer les mêmes dangers et les mêmes répressions. || L'Etat se trouve donc dans l'alternative ou d'abandonner ce

864. travail incessant et de livrer ses frontières à des désordres perpétuels qui y rendent toute prospérité, toute sécurité, toute civilisation impossible, ou bien d'avancer de plus en plus dans la profondeur de contrées sauvages où à chaque pas qu'il accomplit les distances accroissent les difficultés et les charges auxquelles il s'expose. || Tel a été le sort de tous les pays qui ont été placés dans les mêmes conditions. Les Etats-Unis en Amérique, la France en Algérie, la Hollande dans ses Colonies, l'Angleterre aux Indes, tous ont été inévitablement entraînés à suivre cette marche progressive où l'ambition a moins de part que l'impérieuse nécessité et où la plus grande difficulté consiste à savoir s'arrêter. || C'est aussi la raison qui a conduit le Gouvernement Impérial à s'établir d'abord d'un côté sur la Syr-Daria, de l'autre sur le Lac Issyk-Kaul, et à consolider ces deux lignes par des forts avancés qui peu à peu ont pénétré au coeur de ces régions lointaines sans cependant parvenir à établir au delà la tranquillité indispensable à la sécurité de nos frontières. || La cause de cette instabilité réside d'abord dans le fait qu'entre les points extrêmes de cette double ligne il y a un immense espace inoccupé, où les invasions des tribus pillardes continuent à paralyser toute colonisation et tout commerce par caravanes; ensuite dans les fluctuations perpétuelles de la situation politique de ces contrées, où le Turkestan et le Kokand tantôt réunis, tantôt séparés, toujours en guerre, soit entre eux, soit avec le Bokhara, n'offraient aucune possibilité de relations fixes ni de transactions régulières quelconques. || Le Gouvernement Impérial s'est donc vu placé, malgré lui, dans l'alternative que nous avons indiquée, c'est-à-dire, ou de laisser se perpétuer un état de désordre permanent qui paralyse toute sécurité et tout progrès, ou de se condamner à des expéditions coûteuses et lointaines sans aucun résultat pratique et qu'il faut toujours recommencer, ou enfin d'entrer dans la voie indéfinie de conquêtes et d'annexions qui a conduit l'Angleterre à l'empire des Indes, en cherchant à soumettre l'un après l'autre, par la force des armes, les petits Etats indépendants dont les moeurs pillardes et turbulentes et les perpétuelles révoltes ne laissent à leurs voisins ni trêve ni repos. || Ni l'une ni l'autre de ces alternatives ne répondait au but que s'est tracé la politique de notre auguste Maître, et qui est non d'étendre hors de toute proportion raisonnable les contrées soumises à son sceptre, mais d'y asseoir sa domination sur des bases solides, d'en garantir la sécurité et d'y développer l'organisation sociale, le commerce, le bien-être, et la civilisation. || Notre tâche était donc de rechercher un système propre à atteindre ce triple but. || A cet effet les principes suivants ont été posés: || 1. Il a été jugé indispensable que les deux lignes fortifiées de nos frontières, l'une partant de la Chine jusqu'au Lac Issyk-Kaul, l'autre partant de la Mer d'Aral le long de la Syr-Daria, fussent réunies par des points fortifiés de manière à ce que tous nos postes fussent à même de se soutenir mutuellement et ne laissassent aucun intervalle par où pussent s'effectuer impunément les invasions et les déprédations des tribus nomades. || 2. Il était

essentiel que la ligne ainsi complétée de nos forts avancés fût située dans une contrée assez fertile, non seulement pour assurer leur approvisionnement, mais aussi pour faciliter la colonisation régulière qui seule peut préparer au pays occupé un avenir de stabilité et de prospérité, en gagnant à la vie civilisée les peuplades avoisinantes. || Enfin 3. Il était urgent de fixer cette ligne d'une manière définitive afin d'échapper aux entraînements dangereux et presque inévitables qui de répression en représailles pouvait aboutir à une extension illimitée. || Dans ce but il fallait poser les bases d'un système fondé non seulement sur la raison qui peut être élastique, mais sur les conditions géographiques et politiques qui sont fixes et permanentes. || Ce système nous était indiqué par un fait très simple, résultant d'une longue expérience, c'est-à-dire, que les tribus nomades, qu'on ne peut saisir ni châtier, ni contenir efficacement, sont pour nous le voisinage le plus incommode, et que par contre les populations agricoles et commerçantes, fixées au sol et dotées d'un organisme social plus développé, nous offrent la chance d'un voisinage tolérable et de relations perfectibles. || La ligne de nos frontières devait donc englober les premières, elle devait s'arrêter à la limite des secondes. || Ces trois principes donnent l'explication claire, naturelle, et logique des dernières opérations militaires accomplies dans l'Asie Centrale. || En effet, la ligne primitive de nos frontières le long de la Syr-Daria jusqu'au Fort Perovsky d'un côté, et de l'autre jusqu'au Lac Issyk-Kaul, avait l'inconvénient d'être presque à la limite du désert. Elle était interrompue sur un immense espace entre les deux points extrêmes; elle n'offrait pas assez de ressources à nos troupes et laissait en dehors des tribus sans cohésion avec lesquelles nulle stabilité n'était possible. || Malgré notre répugnance à donner à nos frontières une plus grande étendue, ces motifs avaient néanmoins été assez puissants pour déterminer le Gouvernement Impérial à établir cette ligne entre le Lac Issyk-Kaul et la Syr-Daria, en fortifiant la ville de Tchemkend, récemment occupée par nous. || En adoptant cette ligne nous obtenons un double résultat. D'un côté la contrée qu'elle embrasse est fertile, boisée, arrosée par de nombreux cours d'eau; elle est habitée en partie par des tribus Kirghises qui ont déjà reconnu notre domination; elle offre donc les éléments favorables à la colonisation et à l'approvisionnement de nos garnisons. De l'autre elle nous donne pour voisins immédiats les populations agricoles et commerçantes du Kokand. || Nous nous trouvons en face d'un milieu social plus solide, plus compacte, moins mobile, mieux organisé; et cette considération marque avec une précision géographique la limite où l'intérêt et la raison nous prescrivent d'arriver et nous commandent de nous arrêter, parceque d'une part toute extension ultérieure de notre domination rencontrant désormais non plus des milieux inconstants, comme les tribus nomades, mais des Etats plus régulièrement constitués, exigerait des efforts considérables et nous entraînerait d'annexion en annexion dans des complications incalculables, — et que d'autre part ayant désormais pour voisins de pareils Etats malgré leur civilisation

Nr. 5108.
Rusland.
21. Nov. 1864.

Nr. 5108.
Russland.
21. Nov. 1864.

arriérée et l'instabilité de leur condition politique, nous pouvons néanmoins espérer que des relations régulières pourront un jour se substituer pour l'avantage commun aux désordres permanents qui ont paralysé jusqu'ici l'essor de ces contrées. || Tels sont, Monsieur, les intérêts qui servent de mobile à la politique de notre auguste Maître dans l'Asie Centrale; tel est le but final que les ordres de Sa Majesté Impériale ont tracé à l'action de son Cabinet. || Vous êtes invité à puiser dans ces considérations le sens des explications que vous fournirez au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, si vous êtes interpellé ou si vous voyez s'accréditer des suppositions erronées quant à notre action dans ces contrées lointaines. || Je n'ai pas besoin d'insister sur l'intérêt évident que la Russie a à ne pas agrandir son territoire et surtout à ne pas se créer aux extrémités des complications qui ne peuvent que retarder et paralyser son développement intérieur. || Le programme que je viens de tracer rentre dans cet ordre d'idées. || Bien souvent durant ces dernières années on s'est plu à assigner pour mission à la Russie de civiliser les contrées qui l'avoisinent sur le continent Asiatique. || Les progrès de la civilisation n'ont pas d'agent plus efficace que les relations commerciales. Celles-ci pour se développer exigent partout l'ordre et la stabilité, mais en Asie elles réclament une transformation profonde dans les moeurs. Il faut avant tout faire comprendre aux peuples Asiatiques qu'il y a plus d'avantage pour eux à favoriser et assurer le commerce des caravanes qu'à les piller. || Ces notions élémentaires ne peuvent pénétrer dans la conscience publique que là où il y a un public, c'est-à-dire, un organisme social et un Gouvernement qui le dirige et le représente. || Nous accomplissons la première partie de cette tâche en portant notre frontière à la limite où se rencontrent ces conditions indispensables. || Nous accomplissons la seconde en nous attachant désormais à prouver aux Etats voisins par un système de fermeté quant à la répression de leurs méfaits, mais en même temps de modération et de justice dans l'emploi de la force et de respect pour leur indépendance, que la Russie n'est pas leur ennemi, qu'elle ne nourrit à leur égard aucune vue de conquête, et que des relations pacifiques et commerciales avec elle sont plus profitables que le désordre, le pillage, les représailles et la guerre en permanence. || En se consacrant à cette tâche, le Cabinet Impérial s'inspire des intérêts de la Russie. Il croit servir en même temps les intérêts de la civilisation et de l'humanité. Il a droit de compter sur une appréciation équitable et loyale de la marche qu'il poursuit et des principes qui le guident.

G o r t c h a k o w.

Nr. 5109.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl of Clarendon) an den königl. Botschafter in St. Petersburg (Sir A. Buchanan). — Vorschlag einer neutralen Zone zwischen russischem und englischem Gebiet in Central-Asien.

Foreign Office, March 27, 1869.

Sir! — I have lately, and on more than one occasion, spoken to Baron Brunnow respecting Central Asia and the rapid advance of the Russian troops towards the frontier. I have done so in a friendly tone, stating that I had no complaint to make on the part of Her Majesty's Government, who felt neither suspicion nor alarm, as they had often received satisfactory assurances concerning the policy of Russia in those regions, and were strong enough in India to repel all aggression; but that these feelings, as his Excellency must be well aware, were not generally shared either by the British or the Indian public; and it was highly desirable, with reference to the friendly relations with Russia, which we were so desirous to maintain, that this uneasiness should be allayed. || The language of Baron Brunnow on such occasions has always been positive as to the desire of his Government to restrict rather than to extend the possessions of Russia southwards in Central Asia; and speaking, as he said, with full knowledge of the policy of his Government, he has affirmed that no onward movement disquieting to India need be apprehended. || I have expressed my opinion, that abstinence from aggression would on every account promote the true interests of Russia, whose territorial possessions needed no aggrandizement; and if the giving effect to this policy depended upon the Russian Government alone, I should not doubt its being maintained; but I was sure, judging from our own Indian experience, that such would not be the case, and that Russia would find the same difficulty, that England had experienced in controlling its own power when exercised at so great a distance from the seat of Government, as to make reference home almost a matter of impossibility; there was always some frontier to be improved, some broken engagement to be repaired, some faithless ally to be punished; and plausible reasons were seldom wanting for the acquisition of territory, which the Home Government never thought it expedient to reject, and could not therefore condemn the motives or the means, by which it had been acquired. Such, in the main, had caused the extension of our Indian Empire: and there was reason to apprehend that such was the course, into which Russia, however unwillingly, was about to be drawn. || Unless stringent precautions were adopted, we should find before long, that some aspiring Russian General had entered into communication with some restless or malcontent Indian Prince, and that intrigues were rife, and disturbing the Indian

Nr. 5109.
Gross-
britannien.
27. März 1869.

Nr. 5109.
Gross-
britannion.
27. März 1869.

population on the frontiers, against which Her Majesty's Government would have a right to remonstrate with Russia; and it was in order to prevent such a state of things, which might endanger the good understanding which now existed not only on this, but on all other questions between England and Russia, that I earnestly recommended the recognition of some territory as neutral between the possessions of England and Russia, which should be the limit of those possessions, and be scrupulously respected by both Powers. || Baron Brunnow appeared to think, that this would be a desirable arrangement, and promised to make a report of my suggestion to his Government. || His Excellency called upon me this morning, and had the goodness to leave in my hands the copy, herewith inclosed, of a letter from Prince Gortchakow, giving a positive assurance that Afghanistan would be considered as entirely beyond the sphere, in which Russia might be called upon to exercise her influence. || In thanking Baron Brunnow for this communication, I assured him, that the views of Her Majesty's Government were in unison with those of Prince Gortchakow; but that I was not sufficiently informed on the subject at once to express an opinion as to whether Afghanistan would fulfil the conditions and circumstances of a neutral territory between the two Powers, such as it seemed desirable to establish. || It is right I should mention, that a few days ago Baron Brunnow informed me that an Afghan, of some mark and standing, had applied for protection to the Russian Minister at Tehran, who had been ordered by the Emperor to refuse it, as Afghanistan was beyond the limits of Russian influence. || I am, etc.

Clarendon.

P. S. — Your Excellency will read this despatch to Prince Gortchakow.

Nr. 5110.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London (Baron Brunnow). — Afghanistan als neutrale Zone vorgeschlagen. (Beilage zu Nr. 5109.)

St. Pétersbourg, le ²⁴ février, ₇ mars, 1869.

Nr. 5110.
Russland.
7. März 1869.

Mon cher baron! — J'ai lu avec un véritable plaisir le compte-rendu de votre conversation avec Lord Clarendon, au sujet de nos communs intérêts en Asie. J'y ai retrouvé le reflet d'un entretien intime pendant nos loisirs de l'année dernière. C'est la même élévation de pensée, la même droiture de sentiment. L'Empereur en a été très satisfait. || L'idée exprimée par Lord Clarendon de maintenir entre les possessions des deux Empires en Asie une

zône destinée à les préserver de tout contact, a toujours été celle de notre auguste Maître. || Vous pouvez assurer Lord Clarendon que rien ne saurait mieux répondre à la pensée de l'Empereur. || Nous sommes persuadés que les hommes d'Etat de l'Angleterre n'ont plus de doute à cet égard, mais nous comprenons aussi que la masse du public, qui obéit plutôt à des instincts et à des préjugés, ait encore besoin d'être rassurée. || Je ne parle pas des anciennes préventions concernant les possessions Britanniques dans les Indes. Il est clair qu'aujourd'hui il n'y a pas dans le monde entier un seul Etat civilisé qui ne préfère voir ces contrées maintenues sous la domination éclairée qui y répand le bien-être et le progrès plutôt que de les voir retomber dans l'anarchie et la barbarie. Laissons donc là ces fantômes d'un autre temps qui devraient s'évanouir aux lumières de notre époque. || Quant à la zône qui sépare nos possessions Asiatiques et où le rayonnement des influences respectives des deux pays pourrait un jour se rencontrer, il est de toute évidence que nous nous trouvons tous deux dans une position identique. || Des avantages que les deux Gouvernements pourraient chercher dans une extension décroissent en raison de la distance, et il y a dans cette voie une limite naturelle où ils doivent s'arrêter, sous peine de s'exposer à des inconvénients et même à des périls. || Nous avons rendu pleine justice à la profonde sagesse des considérations développées par Sir John Lawrence pour recommander l'abstention à l'égard de l'Afghanistan. || Pour notre part, nous n'éprouvons aucune crainte quant aux vues d'ambition de l'Angleterre dans le centre de l'Asie, et nous avons le droit d'attendre la même confiance dans notre bon sens. Mais ce qui peut troubler le jugement c'est la défiance réciproque. || C'est dans cette voie que les deux pays pourraient finalement se heurter, et nous ne pouvons par conséquent qu'applaudir à l'idée de Lord Clarendon d'en sortir par des explications amicales et mutuelles. || Vous pouvez donc, mon cher Baron, réitérer au Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique l'assurance positive que Sa Majesté Impériale considère l'Afghanistan comme entièrement en dehors de la sphère où la Russie peut être appelée à exercer son influence. Aucune intervention ou ingérence quelconque, contraire à l'indépendance de cet Etat, n'entre dans ses intentions. || Si le Cabinet de Londres, comme nous l'espérons, est animé des mêmes convictions que nous, le désir témoigné par Lord Clarendon se trouverait réalisé; nos possessions respectives en Asie seraient séparées par une zône indépendante qui les préserverait de tout contact immédiat, et les deux pays pourraient, en toute sécurité, se livrer à l'accomplissement de la mission civilisatrice qui leur est dévolue, chacun dans la sphère naturelle qui lui appartient, en se prêtant même le mutuel concours qui résulte aujourd'hui de la diffusion générale des lumières et du progrès. Veuillez, etc.

G o r t c h a k o w.

Nr. 5111.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in St. Petersburg (Mr. Rumbold). — Vorschlag des obern Oxus statt Afghanistans.

Foreign Office, April 17, 1869.

Nr. 5111.
Gross-
britannien.
17. April 1869.

Sir! — At my request Baron Brunnow had the goodness to call at this office yesterday, in order that we might discuss together the proposal made by Prince Gortchakow, that Afghanistan should be considered as a neutral territory between the British and Russian territories. || In the name of my colleagues and myself, I requested his Excellency to convey to his Government our thanks for the friendly feelings on the part of Russia that had dictated the communication; and I said we could give no better proof of our confidence in the sincerity of those feelings, and of the desire that no cause for misunderstanding should exist between the two Governments in Asia than by suggesting a somewhat different arrangement to that which had been proposed by Prince Gortchakow. || I then stated that the Secretary of State for India, having consulted those members of his Council, who were well acquainted with the countries in question, had arrived at a decided opinion that Afghanistan would not fulfil those conditions of a neutral territory that it was the object of the two Governments to establish, as the frontiers were ill defined; and if the Russian forces advanced to those frontiers, disputes with the Chiefs on the border would sooner or later but infallibly ensue, and Russia might be compelled, however unwillingly, to disregard the arrangement she had entered into, and it was therefore thought advisable to propose, that the Upper-Oxus, which was south of Bokhara, should be the boundary line which neither Power should permit their forces to cross. This I said would leave a large tract of country, apparently desert and marked on the map before us as belonging to the Khan of Khiva, between Afghanistan and the territory already acquired by Russia, and, if agreed to, would, it might be hoped, remove all fear of future dissension. || Baron Brunnow, whose tone was very friendly and who seemed most desirous to promote an amicable arrangement, said he had no powers to assent to what I had proposed, and could only undertake to make it known to his Government with the reasons I had urged in recommendation of its adoption. His Excellency observed, however, that Khiva was south of the Oxus, and if the Khan came to understand that his country, being regarded as neutral, had nothing to fear from Russian invasion, he might become extremely troublesome, and the Russian Government could hardly be expected to enter into any engagement that would preclude them from chastising the Khan for the offences he might commit. || I assured his Excellency, that Her Majesty's Government had no

wish that Russia should enter into any engagement that might be injurious to her interests, and should the necessity arrive for punishing the Khan on his own territory, we should rely upon the honour of Russia, as soon as she had obtained reparation, again to revert to the arrangement, should she have assented to it, and consider the Upper-Oxus as the boundary which was not to be passed. || I am, etc.

Nr. 5111.
Gross-
britannien.
17. April 1869.

Clarendon.

Nr. 5112.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Weiteres Entgegenkommen Russlands.

(Extract.)

St. Petersburg, June 2, 1869.

I saw Prince Gortchakow to-day for the first time since his recent indisposition. || His Excellency told me he believed your Lordship was satisfied with the expression of his ideas respecting Central Asia, conveyed to you through Baron Brunnow. He had taken for his basis a map sent to him from London (Phillip's Persia), and having originally proposed Afghanistan as a territory well suited to serve as neutral ground between the possessions of the two Empires in Asia, he had gone a step beyond, and had expressed his readiness to include within that neutral ground the whole tract of country coloured in yellow in that map. He could not go further, because the competent persons who had been consulted raised objections, and because any greater extension of the neutral zone would include portions of the Bokharian territories south of the Oxus. I told the Prince, that I believed the territory south of the Oxus belonged to Khiva; but he maintained, that it was Bokharian. Of course it was difficult in those regions to define the exact limits of the native States, and a general understanding was all that could be required, the main object being peace between the two Empires, with space sufficient to prevent that peace being endangered by contact. || The Prince went on to say that, considering our relations with Shere Ali, it was to be hoped that we would use our influence with that Chief to keep him within bounds. He was said to be inclined to embark in hostile enterprises both towards Persia in the west and towards Bokhara in the north, and, as he was indebted to us for support of a very tangible kind, we should, in the general interests of peace in that quarter, seek to moderate his ardour. || Prince Gortchakow said, General Kaufmann had gone back to his command with the amplest instructions to live on terms of peace and amity with Bokhara and the other States bordering on the Russian possessions.

Nr. 5112.
Gross-
britannien.
2. Juni 1869.

Nr. 5113.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Kaiser über Central-Asien.

(Extract.)

St. Petersburg, July 26, 1869.

Nr. 5113.
Gross-
britannien.
26. Juli 1869.

On my arrival here I intimated to M. de Westmann that, although I felt it would be indiscreet to request an audience of the Emperor during the few days, which would elapse before his departure for the Crimea, I should gladly avail myself of an opportunity, should one occur, to present the compliments of the Queen to His Majesty, and to give him such information as I had obtained in conversations with your Lordship, as to the opinions of Her Majesty's Government upon the affairs of Central Asia. || The Emperor having consequently been pleased to suggest that I should attend the cavalry manoeuvres to take place at Krasnoe Selo on the 22nd instant, I proceeded there on that day, and joined His Majesty's staff. After the troops had been formed and ordered to advance, the Emperor sent for me, and I had the honour of riding beside him for some time; but as His Majesty was occupied in directing the movements of a large body of cavalry and artillery who were advancing behind us, our conversation was not carried on under the most favourable circumstances. || After I had delivered to His Majesty a complimentary message from the Queen, he expressed a hope that I had also brought him good news on the question of Central Asia. I answered, that His Majesty must be already acquainted with the language held on that subject in the House of Commons by Her Majesty's Government; and from what your Lordship had stated to me in a recent conversation, I could also assure him, that Her Majesty's Government and the Government of India looked upon the events which had recently taken place in Central Asia without any feelings of distrust or apprehension, and that they would neither take measures themselves, nor sanction intrigues on the part of others, of a nature to disturb the tranquillity of the Provinces now occupied by Russia. His Majesty said he was convinced of the friendly feelings of the Government of the Queen, but he had less confidence in the policy of the Government of India, where he feared there was a disposition to encourage the ambitious views of the Emir of Cabul, who is said to contemplate the conquest of Bokhara. I answered, that Her Majesty's Government could not reasonably deny to Shere Ali a right to re-establish his authority over the Provinces which had acknowledged the Sovereignty of his father, but that I did not believe the Emir had aggressive intentions against Bokhara, and I was at all events certain that no enterprise of the kind on his part would be encouraged by the Government of India; and I begged His Majesty to

believe that the Government of India was now under the immediate control of the Government of the Queen, without whose sanction the Viceroy could take no important resolution affecting the policy of Great Britain towards other States. The Emperor said such an assurance on my part tranquillised him (*"ce que vous me dites me tranquillise"*) as very unsatisfactory rumours had reached him as to the views of the Government of India and the intentions of Shere Ali. I then went on to say, that as long as things remain as they are, the good understanding which happily exists between the two Governments cannot be disturbed; but His Majesty should remember that the number of persons in England is very great who are directly and personally interested in the prosperity and tranquillity of India, and that, in the event of a conflict between Russia and Afghanistan, or of the entrance of Russian troops into Provinces bordering on India, the fears of these persons might be worked upon by the party of action in India, and public opinion become so excited that Her Majesty's Government might be obliged to take measures to satisfy it entirely inconsistent with the views they at present entertain. I said, that His Majesty was doubtless aware of the extreme sensitiveness of persons whose interests are affected by political eventualities, and he could appreciate the influence which the apprehensions of such persons might have on public opinion in England. || The Emperor answered, that he quite understood this, and that it was only natural, but there was no probability of any event occurring to create such a state of feeling as that to which I had alluded, for I must know that he had no ambitious views, and that he had been drawn by circumstances (*"que nous avons été entraînés"*) further than he had wished into Central Asia, and as I said that Her Majesty's Government were perfectly satisfied as to how past events had occurred, and that the future alone could cause them anxiety, he trusted no new complications would arise, though an irruption of Khivans into the Government of Orenburg had recently taken place, and such incidents could not be permitted. || As the movements of the troops appeared to call more and more for His Majesty's attention, I did not attempt to continue the conversation, and fell back among the officers of his staff.

Nr. 5118.
Gross-
britannien.
26. Juli 1869.

Nr. 5114.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Bericht über eine Unterredung mit Fürst Gortschakow.

(Extract.)

Wiesbaden, September 3, 1869.

Nr. 5114.
Gross-
britannien.
3. Sept. 1869.

Prince Gortchakow, who is at Baden, having expressed a desire to see me, I went yesterday to Heidelberg for the purpose of meeting his Excellency, and I now propose to place on record such matters of importance as were discussed between us. || The conversation began by Prince Gortchakow, saying, that we might congratulate ourselves upon England and Russia having now no interests that were antagonistic to each other, and that there was no question in any part of the world, upon which the two Powers might not cordially act together. || I said it gave me great pleasure to concur with his Excellency, but there was one part of the world, viz., Central Asia, where a difference between the two Governments might arise, and upon which it was important to arrive at a clear understanding. || Prince Gortchakow agreed, and said he was glad I had at once alluded to the subject, because he could assure me that we had no cause for apprehension, as the Emperor considered, and he entirely shared His Majesty's opinion, that extension of territory was extension of weakness, and that Russia had no intention of going further south. || It was satisfactory, I replied, to learn that the Emperor had arrived at such a sound conclusion respecting the interests of Russia, but that when I considered the rapid advances of Russia and her great organization of territory within the last five years, it was impossible to doubt that her army had been impelled forward either by direct orders from St. Petersburg, or by the ambition of Generals in disregard of the pacific intentions of the Emperor. || I pointed out the various acquisitions of Russia, and the dates at which they were made, adding that, Russia being now in possession of Samarkand, Bokhara was completely in her power, to which his Excellency assented; and that the next step onwards would probably be to Balkh, which could be of no use to Russia except for purposes of aggression; and that on the Hindoo Koosh the British possessions might be viewed as a traveller on the summit of the Simplon might survey the plains of Italy, and that measures for our own protection might then become necessary. As regarded apprehensions of invasion, however, we had none, as it was impossible for a Russian army of 50,000 men to cross that mountainous country at a vast distance from its basis of operations in order to meet, not the semi-barbarian hordes that had been easily conquered in Central Asia, but a regular army as numerous and well organized as the Russian with all its resources at hand

— the only apprehension we had was, I continued, that the nearer approach of the Russians, and intrigues with native Chiefs might keep the Indian mind in a ferment and entail upon us much trouble and expense, all of which would be avoided by a clear understanding with the Russian Government, by which a neutral ground between the possessions of the two countries might be established. We well knew, I added, from our own experience, how difficult it was from a great distance to control the ambition of military Commanders, but it seemed to me that, if the Emperor's favours were bestowed on the Generals who laboured to civilize the territory already acquired, and that His Majesty's displeasure was clearly manifested to those who sought to extend that territory, the desired object might with ease be attained. || Prince Gortchakow replied, that he could take no exception to anything I had said, and particularly with regard to the military commanders, who had all exceeded their instructions in the hope of gaining distinction, and who consequently one after the other had been recalled; and he made special allusion to General Chernaieff, whose talents and bravery were remarkable; but his Excellency said, that nothing need be feared on the part of General Kaufmann, who now commanded in Turkestan, and who had already gained every honour that a Russian General could aspire to, and who had been sent to Turkestan with instructions almost identical with those, which I had indicated. || Prince Gortchakow then proceeded to say, that I was right in thinking that Bokhara might at any moment be taken, because it depended for its supply of water upon Samarkand, which was in the possession of Russia, but that it was the intention of the Emperor not to retain Samarkand, and he could give no better proof of His Majesty's determination not to proceed further southwards; certain arrangements had to be made and were not yet completed with the Emir of Bokhara. It was the intention, however, of the Russian Government to demand 1,000,000 roubles for the expenses of the war, and to allow ample time for payment, about which no difficulty was anticipated, as the revenue of Samarkand was 300,000 roubles per annum. || I then alluded to a misapprehension which I believed to exist in his Excellency's mind respecting the assistance given to Shere Ali by England with intentions hostile to Russia, and I explained that the policy was not of recent date and had originated with Lord Lawrence, that it had no reference to the advances of Russia in Central Asia, and had solely for its object to enable Shere Ali to maintain that order in Afghanistan which was of importance to the neighbouring possessions of Great Britain. || I then told Prince Gortchakow that, since I left England, I had received the copy of a letter from the Governor-General in Council, stating that nothing had occurred which could justify a belief that the Ameer entertained any aggressive intentions on neighbouring states, or for a military advance beyond his own frontier in any direction whatever; and that, should he ever display such intentions, it would be the duty of the Indian Government strongly to remonstrate against a

Nr. 5114.
Gross-
britannien.
3. Sept. 1869.

Nr. 5114.
Gross-
britannien.
3. Sept. 1869.

course so dangerous to himself and so contrary to the course of policy which was inculcated at Umballa, and which he assured the Governor-General he was anxious to pursue. || Prince Gortchakow declared, that this was quite sufficient and most satisfactory, and that he should have great pleasure in forthwith reporting it to the Emperor. || I next alluded to the Oxus as forming the most desirable line of demarcation for a neutral ground between the Russian and British possessions, but Prince Gortchakow expressed a hope that I should not press it as a portion of country south of the Oxus was claimed by the Emir of Bokhara; and, as it might lead to differences between the Russian and English Governments, he preferred that Afghanistan should be looked upon as constituting the neutral ground which it was expedient to establish. || I remarked upon this, that the frontier of Afghanistan was ill defined, and that the Emir might attempt to bring under subjection the different Khanates which had formerly belonged to Afghanistan, and which I believe were now considered by Russia to be quite independent. || To this Prince Gortchakow replied, that the Emir was at perfect liberty to do so, and that no complaint would be made provided he did not attack the Emir of Bokhara or pursue a course of policy that might reasonably be considered aggressive against Russia. || I then adverted to the prohibitory policy in commercial matters that Russia was said to have adopted, and upon that point I said his Excellency must be aware that the British public would be very sensitive. Prince Gortchakow replied, that Russian trade, and particularly the trade in tea from Kiakta, must be protected; but he agreed with me, that a prohibitory tariff was untenable, and that the differential duty upon the teas of Assam ought not to exceed that which would cover the additional cost of transport for a distance which I believe is at least 1500 versts. || Prince Gortchakow said, that he should be glad to have the whole subject discussed with the Minister of Commerce by Mr. Forsyth, of whom he spoke highly, and whom he had invited to come to St. Petersburg in October. He said he should endeavour to procure an audience for Mr. Forsyth with the Emperor, in order that he should be the bearer to the Indian Government of His Majesty's friendly and pacific assurances. || In conclusion, I asked leave to correct an error which appeared to exist at St. Petersburg respecting Mr. Gladstone's speech in a recent debate in the House of Commons on Central Asia. Mr. Gladstone was supposed to have said, that Russia was unwilling to define what should be considered as a neutral ground, whereas Mr. Gladstone had stated that, although the question was not without difficulties, and had, therefore, not been definitively settled, yet there was on both sides an amicable willingness and desire to attain the end. Prince Gortchakow assured me, that he did not share the impression which had been conveyed to your Excellency, and that, to the best of his recollection, my report of Mr. Gladstone's speech was perfectly correct.

Nr. 5115.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Fürst Gortschakow leugnet die Absicht einer Expedition gegen Chiwa.

St. Petersburg, December 1, 1869.

My Lord! — I spoke to Prince Gortchakow yesterday of the alleged intention of the Russian Government to dispatch a military expedition to Khiva, and he denied positively the existence of any such intention, repeating what he had formerly stated as to the proposed establishment of a factory protected by a small garrison at Krasnovodsk, for the purpose of at once opening a shorter commercial route to Central Asia, and of acting as a warning to the Khan of Khiva, that he is within reach of punishment, if he renews his intrigues among the Kirghize; but unless such provocation is given, there is no idea, his Excellency said, of going to war with him and much less of occupying his country, the possession of which would only be an embarrassment to the Government. In support of this statement also, he read a despatch to the same effect which he had written to Baron Brunnow. I said, that I was glad to receive such a declaration, as an attack on Khiva had been spoken of by the Russian newspapers as a certain eventuality, and reports in confirmation of such a belief had been received by Her Majesty's Government from Persia and other sources. || His Excellency then observed that I might feel assured, he would never consent to an extension of the territory of the Empire, and that the Emperor even wished to withdraw from the advanced position already occupied in Bokhara. I answered, that I hoped he would maintain his present opinion on this subject with more firmness than when some years ago he considered Chemkend a good frontier, and he repeated, in reply, what he formerly said of the force of circumstances having at that time obliged the Government to annex territory beyond the limit they desired. I expressed a hope also that the Emperor's intention, to which he had referred, of retiring from Samarkand would be carried out, as such a measure would have a powerful influence in promoting tranquillity in Central Asia, but when I pressed him for an answer on this point, he spoke of the necessity of first obtaining guarantees against aggression in future from Bokhara, adding that he hoped, as the Bokharan Envoy now here had convinced himself of the power of Russia, and of her desire to live on friendly terms with the Ameer, that a satisfactory arrangement might be made on his return. I then intimated that accounts still reached Her Majesty's Government of the restless activity of Russian officers at Tashkend, and of the extraordinary proceedings of a certain M. Pervushine, a merchant there, who appeared to have unlimited influence with the local authorities; and, in

Nr. 5115.

Gross-
britannien.

1. Dec. 1869.

Nr. 5115.
Gross-
britannien.
1. Dec. 1869.

answer to this, his Excellency read an extract from a despatch he had lately sent to Baron Brunnow instructing him to mention to your Lordship, that recent reports had been received from Persia of the aggressive views of Shere Ali and of Afghan intrigues in Bokhara; but that he felt convinced that, even if there was some foundation for them, the facts had gained importance in the eyes of the writers from being seen through the mirage of distance. || In reporting this conversation to your Lordship I ought to add that Prince Gortchakow's language was so apparently sincere, that notwithstanding the strong grounds which exist for believing that an expedition is preparing against Khiva, I shall endeavour to hope that preparatory arrangements have only been made for the possible eventuality of resistance being offered by the Ameer to the proposed establishment at Krasnovodsk. || I have, etc.

Andrew Buchanan.

Nr. 5116.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Minister des Ausw. — Weitere Erklärungen des Fürsten Gortschakow über die Absichten betreffs Chiwa's.

St. Petersburg, December 29, 1869.

Nr. 5116.
Gross-
britannien.
29. Dec. 1869.

My Lord! — With reference to my despatch of the 1st instant, reporting a conversation with Prince Gortchakow, in which he denied that the Russian Government had any intention of conquering the Khanate of Khiva, I have the honour to inform your Lordship that reports of military preparations for a campaign in these countries have reached me within the last few days from several sources, and that a large force would cross the Caspian in February under the command of General Heymann, a distinguished officer of great experience in Asiatic warfare, and march on Khiva from Krasnovodsk-Bay. || The object of the expedition was said to be conquest, and the creation of a new province on the left bank of the Oxus, which would extend to and absorb Bokhara. || It was also stated that the expedition would be accompanied by a flotilla on the Oxus, and that surveys of the country would be made on the march from Krasnovodsk-Bay for ascertaining the feasibility of connecting the Oxus by a railway with the Caspian. || Having taken means to seek further information on the subject, the result of the inquiries which I caused to be made left an impression that, though the report above referred to might be exaggerated, some measures are being taken by the War Department to have troops in readiness for employment in Central Asia. ||

I therefore called this morning on Prince Gortchakow, and having placed in his hands the inclosed extract from my despatch of the 1st instant, I asked whether it contained a correct report of his language and whether he was now able to confirm that language. His Excellency read the report aloud, expressing his entire approval of each passage as he read it, observing, however, on the statement that "he would not consent to an extension of the Empire," that it could only mean he would disapprove of it, as he could not prevent such an eventuality were the Emperor to decide in its favour, and he said that the restoration of Samarkand would depend upon whether General Kaufmann could effect a satisfactory arrangement with the Government of Bokhara. || I then stated that further reports had recently reached me of the intention of Russia to conquer Khiva, and, on his begging me not to believe any rumours of the kind, I asked him to read the memorandum, of which a copy is inclosed, containing the substance of the reports which I have above referred to. || After reading the first paragraph, he sent for M. Stremoukoff; and as he desired him to give me full explanations on the subject, I read the memorandum to them. They both declared the statement it contained to be untrue, adding, that they could have no other foundation than that something would be done to ascertain whether the theory that the Oxus might be restored to its former bed could be carried out, — a measure which Prince Gortchakow said would restore fertility to the country of the Turkomans, and might have the same success as the Suez Canal. || M. Stremoukoff said that, as a proof of the moderation of the Russian Government in their dealings with the Khan of Khiva, he might state that, though they had twelve intercepted letters of the Khan in their possession, exciting the Kirghize to rebellion, they have hitherto restricted themselves to calling upon him to give them the same securities for the protection of trade, and for his maintaining friendly relations with Russia, as they have already received from the Rulers of Bokhara and Kokand. He said, that General Kaufmann had addressed two letters to the Khan, making these demands, but no answer had yet been received from him; and, in the last, he had been warned that he must expect punishment, if he did not place his relations with Russia on a satisfactory footing. I said, in that case, it was probably true that a force was preparing for the contingency of its being deemed necessary to take active steps against the Khan, or perhaps, I said, arrangements are making for the relief of the troops employed in Central Asia; but M. Stremoukoff denied both suppositions. He said there were now, including troops and artificers, about 1000 men at Krasnovodsk-Bay, and that workmen in large numbers would doubtless be sent over in the spring from the Caucasus to construct buildings and to execute other works, and he looked forward to the place becoming an important commercial town. With respect to it, or rather to the country of the Turkomans, Prince Gortchakow observed that the Shah of Persia had never any better claim to it than the King of Italy to the

Nr. 5116.
Gross-
britannien.
29. Dec. 1869.

Nr. 5116.
Gross-
britannien.
29. Dec. 1869.

Throne of Jerusalem; but the question had been discussed in Count Nesselrode's time, when Russia acknowledged Persian sovereignty to the Attek, and held Persia responsible for the conduct of the Turkomans within that limit; "and now," he said, "the Persian Government has asked us for assurances which we have readily given, that we do not intend to build fortresses, or establish ourselves on the Attek." || I then asked whether, in the event of these differences with Khiva leading to war, they believed that a military force could march from Krasnovodsk to the Oxus; and they both said they had no doubt upon the subject, as a caravan had arrived from Khiva; and, on my suggesting that what was accomplished by a caravan of sixty camels, might be impracticable for an army, they seemed to consider that the difficulties of the march could be easily overcome. || Prince Gortchakow said he was glad I had asked him for the explanations he had given me instead of transmitting reports to England which were incorrect, and which I might afterwards have to contradict, and, as I said I should always follow the same course, he answered I should find him always ready to give me confidential explanations on such subjects, if I did not demand them officially. He said, there is, doubtless, a desire among Russian military men, who wish to gain decorations, that we should make further conquests in Central Asia; but the Minister of War would maintain a perfect understanding with him, and the explanations which I had received ought to satisfy me that he had no wish to add new territories to the Empire. || He concluded by saying, that he might withhold information from me; but what he did tell me would be true. || I am, etc.

Andrew Buchanan.

Nr. 5117.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Das Verhältniss zwischen Afghanistan und Buchara.

(Extract.)

St. Petersburg, February 8, 1870.

Nr. 5117.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1870.

I stated to Prince Gortchakow, in the language of your Lordship's despatch of the 29th ultimo, that, while the Ameer has readily accepted the advice of the Indian Government, he is himself under apprehension of hostile designs on the part of his neighbours, and more particularly on that of the Khan of Bokhara. I said I had been therefore instructed to invite his Excellency's serious attention to the subject, as the Indian Government, in return for the efforts they have made to prevent aggression on the countries

to the south of the Russian frontier, and all interference with Russia in Central Asia, consider that Her Majesty's Government have a right to suggest, that the Government of Russia should promise to use all its influence to save from menace and attack the territories of the present Ameer of Afghanistan. His Excellency having sent for M. Stremooukoff, I said that fears entertained by Shere Ali of an attack on Badakshan had probably been the cause of a telegram from Lord Mayo, which I had recently communicated to M. Stremooukoff, inquiring when a report of the substance of Mr. Forsyth's conversation with the Russian authorities here might be expected to reach Tashkend, but they both treated as absurd the idea that Bokhara, „which hardly can maintain herself," should entertain aggressive views against her neighbours. I said to them, that news was often doubtless fabricated, and almost always exaggerated, in the East, but, however this might be, the Indian Government had heard that the Khan of Kokand was threatening Kashgar; that much importance was attached to an Afghan refugee having been made a colonel in the Emperor's service; and that Ismail Khan had written, in November last, to his brother, that, God willing, he would bring an army of Russians to trample Shere Ali's wives under the feet of elephants, and to expose his body on the Bala Hissar. I said, I only mentioned the latter statement to them as an example of the exaggerated and absurd hopes Orientals could form, or the mischievous lies they could propagate, in consequence probably of a little civility which might have been shown to them. || Prince Gortchakow and M. Stremooukoff having again repudiated the idea of Shere Ali having the slightest ground for apprehension, I said that if it can be shown that the Emperor of Russia is following a similar policy with the Government of India, and that the object of His Majesty's policy is to create on his frontiers a series of influential but not tributary or neutralized States, to secure to them national independence, and to put an end for ever to that state of conflict and internal disturbance which has for ages prevailed in those regions, the interests of civilization will be strengthened and possibly permanently consolidated; that the Viceroy had done all in his power to maintain peace on the frontier of Afghanistan, and that it therefore rests with the Government of the Emperor, by adopting the same course with regard to those countries which bound the Russian possessions in Central Asia as the Viceroy has taken towards Afghanistan, permanently to secure peace throughout their wide districts, which are influenced respectively by the Government of the Queen and that of His Imperial Majesty. || When I finished, M. Stremooukoff said, What you have read is our programme, and describes exactly what we desire, and are endeavouring to establish; and I closed the conversation by answering that I had great satisfaction in finding the views expressed by the two Governments were so entirely identical.

Nr. 5117.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1870.

Nr. 5118.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Kaiser über Afghanistan und Krasnowodsk.

(Extract.)

St. Petersburg, February 25, 1870.

Nr. 5118.
Gross-
britannien.
25. Febr. 1870.

I said to the Emperor there was part of the East, in which I trusted that His Majesty's Government and that of the Queen might hope to act cordially together, and I could assure him that it would not be the fault of the Viceroy of India, if that hope were not realized. The Emperor answered, "Her Majesty's Government will believe, I trust, that I have no feeling of covetousness in Central Asia; but they must know from their own experience in India that our position there is one of extreme difficulty, in which our actions may not depend so much upon our own wishes as upon the course pursued towards us by the native States around us. I earnestly hope, however," he said, "that no new difficulties may arise on our eastern frontier, and that arrangements may be made for the maintenance of tranquillity, but should new conflicts arise with our restless neighbours, they will not be of our seeking." With reference to this subject, he said he believed Mr. Forsyth had left St. Petersburg entirely satisfied with the assurances and explanations which had been given to him. I answered, that Mr. Forsyth had already reached India, and I had no doubt that the Viceroy would receive with satisfaction his reports of his visit to Russia; and, in the meanwhile, I might state to His Majesty that I had seen despatches to Her Majesty's Government from the Viceroy which showed that, if the policy of the Ameer of Afghanistan could effect it, the peace of Central Asia would be secured, as Shere Ali had not only received the most urgent advice to abstain from aggression against the States beyond his frontiers, but had given a positive promise to the Viceroy to follow it; and Lord Mayo therefore hoped that, if the States now more or less under Russian influence would respect the territories held by Shere Ali and inherited from his father, the normal state of war, which had so long prevailed in those regions of Asia, might be succeeded by a period of tranquillity favourable to the advancement of civilization and to the progress of their commercial relations with other countries. His Majesty then spoke of the recent occupation of Krasnovodsk, which he seemed to consider did not actually amount to a conquest, as the territory had been almost without a sovereign. He said the most positive assurances had been given to Persia that the frontier of the Attrek would be respected, and that the only object of the occupation was to give security and obtain, if possible, increased facilities for commercial communications between the

Caspian and the Oxus by a route which had been already sometimes employed. I said I understood, that the authorities at Orenburg were of opinion that the proposed route would not offer the advantage which its advocates expected from it, and they might perhaps be right, as the apparently longest route to a place not unfrequently proved in practice the shortest one. But His Majesty said he believed that the representations received from Orenburg on this subject might be attributed to Provincial patriotism. || I asked whether it was true that there would be a difficulty in finding a sufficient supply of water at Krasnovodsk, and His Majesty said there was certainly a scanty supply of water where the troops had landed and that the old bed of the Oxus from which it had been hoped that water might have been procured was likely to furnish none. A supply could, however, be obtained, he said, at some distance in the interior, and I asked from what source, but His Majesty did not reply to the inquiry.

Nr. 5118.
Gross-
britannien.
25. Febr. 1870.

Nr. 5119.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Beilegung der Differenzen zwischen Afghanistan und Buchara.

Foreign Office, March 26, 1870.

Sir! — From the latest accounts received from the Government of India it appears that circumstances which at one time gave rise to serious apprehensions of a breach between the Ameer of Bokhara and the Ameer Shere Ali are now in a fair way of being arranged. || The circumstances alluded to were the harbour and countenance reported to have been given in Bokhara to certain enemies of Shere Ali, and the asylum given in Afghan territory to Meer Surrah Beg, who had been in rebellion against the Ameer of Bokhara. || In December last it was reported, that Abdul Rahman, a nephew of Shere Ali and one of his enemies, had arrived at Bokhara, that he had been granted an allowance, and had, together with his cousin Ishak Khan, been appointed by the Ameer respectively, Governors of Kolab and Hissar. Some misunderstanding had about the same time arisen in consequence of the shelter stated to have been given in Afghan territory to Surrah Beg, who had been in rebellion against the Ameer of Bokhara, and who had on the approach of the Bokhara force sent to reduce him, fled across the Oxus. The Bokhara commander demanded his surrender, and threatened aggressive action in case his demand was refused: he was it appears supported by Jehandar Shah, the dispossessed Meer of Badakshan. Early in January, it

Nr. 5119.
Gross-
britannien.
26. März 1870.

Nr. 5119. was reported, that a body of troops, consisting in great part of Afghan re-
 Gross-
 britannien. fugees, had crossed the Oxus, and that Jehandar Shah had occupied Jungée
 26. März 1870. Killa in Badakshan. || Ameer Shere Ali is reported to have shown on that
 occasion how entirely he had accepted the policy of forbearance which the
 Indian Government had repeatedly impressed upon him, for, on hearing of
 Surrah Beg's flight, the menaces of the Bokhara commander and the attitude
 of Jehandar Shah, he gave instructions either to deport Surrah Beg as a
 state prisoner to Cabul, or to expel him from the Afghan territories, accor-
 ding as Abdul Rahman and Ishak Khan should be treated by the Ameer of
 Bokhara. He remonstrated against the return of Jehandar Shah to Badak-
 shan, and gave orders to defend his territory, but not to meddle with fron-
 tiers or to interfere in any way with the territories or dependencies of the
 Ameer of Bokhara. The result of these remonstrances and defensive measures
 was the withdrawal of the Bokhara troops to the right bank of the Oxus,
 which river was acknowledged to be the boundary between the dependencies
 of Bokhara and of Afghanistan. || By the latest news received, it is reported
 that an envoy has been deputed to Cabul charged by the Ameer of Bokhara
 with the mission of establishing the relations between the two countries on a
 friendly footing, and especially of adjusting the border questions in a manner
 satisfactory to the Afghan Government. The Indian Government consider that
 the happier prospect opened of a cessation of misunderstandings tending to
 disturb peace on the Upper-Oxus would be finally secured, if the Russian
 Government were moved to signify in a marked and public manner to the
 Ameer of Bokhara their approval of the action now reported to have been
 taken by him, and were to desire that no countenance whatever should be
 given by the Ameer to any notorious enemies and opponents of the Ameer
 of Cabul. || You will urge upon Prince Gortchakow the policy of making a
 communication to the above effect to the Ameer of Bokhara. || I am, etc.

Clarendon.

Nr. 5120.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den
 königl. Min. d. Ausw. — Russlands Zustimmung zur Beilegung der
 Differenzen.

St. Petersburg, April 5, 1870.

Nr. 5120. My Lord! — At an interview yesterday with Prince Gortchakow I placed
 Gross-
 britannien. in his Excellency's hand your Lordship's despatch of the 26th ultimo on the
 5. April 1870. relations of Bokhara and Cabul, and his Excellency appeared to read it with
 much interest, admitting generally the correctness of its statements, but inti-

mating that the Russian Government had not yet received any information as to the Ameer of Bokhara having agreed to consider the Oxus as the boundary between his territories and those of Afghanistan. || He said he entirely concurred in the hope of the Indian Government that happier prospects had opened of a cessation of misunderstandings tending to disturb peace on the Upper-Oxus, and that he would not fail to signify to the Ameer of Bokhara the approval of the Russian Government of the friendly relations, which he is endeavouring to establish with Afghanistan, and to recommend him not to give countenance to any notorious enemies and opponents of the Ameer of Cabul. || His Excellency observed he would only, however, be repeating advice which had already been given to the Ameer of Bokhara, and he said also that, in consequence of my recent communications to him, he had written by the Emperor's order to General Kaufmann, instructing him to make it known everywhere in Central Asia, that a perfect understanding exists between the Governments of Great Britain and Russia with reference to the affairs and interests of these countries. || At his Excellency's request, I left your Lordship's despatch with him. || I have, etc.

Nr. 5120.
Gross-
britannien.
5. April 1870.

Andrew Buchanan.

Nr. 5121.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Minister d. Ausw. — General Kaufmann's Verhalten gegen Abdul Rahman Khan.

St. Petersburg, April 19, 1870.

My Lord! — Prince Gortchakow communicated to me yesterday a Memorandum, of which I inclose a copy, drawn up in his Excellency's Chancery from letters of General Kaufmann, dated the ^{19th November} 19th November, ^{1st December} the 7/19th February, and ^{17th February} ^{2nd March} last, containing the substance of the communications which have taken place between General Kaufmann and Abdul Rahman Khan, who appears to have lately arrived at Samarkand with the intention of proceeding to Tashkend. || General Kaufmann, it is stated, in reply to offers of Abdul Rahman's influence in Afghanistan in favour of Russia and a request for support to establish his alleged rights there, caused him to be informed in November, that Russia being determined to abstain from all interference with the internal affairs of Afghanistan, any negotiations with him would be useless; and his Excellency will again decline categorically both his offers and his requests, and will declare to him that he can only be granted an asylum in the territories of Russia, on condition of his abstaining from intrigues and political projects, for the realization of which he will also be told that he

Nr. 5121.
Gross-
britannien.
19. April 1870.

Nr. 5121. must not in any way reckon on assistance from Bokhara. || I may take this
 Gross- opportunity of mentioning that, though messengers from Tashkend have been
 britannien. on some occasions forty-eight days on the road, an officer recently performed
 19. April 1870. the journey in twenty-one days. || I have, etc.

Andrew Buchanan.

Beilage.

Abdul Rahman Khan, interné provisoirement par l'Emir de Boukhara dans la ville de Karchi, envoya au Général Kaufmann un homme de confiance et plusieurs lettres pour lui offrir son crédit et ses liaisons dans l'Afghanistan et pour lui demander en retour l'appui nécessaire à l'établissement de ses droits. Le Général lui fit répondre que la Russie était fermement résolue à ne point se mêler des affaires intérieures de l'Afghanistan, et que, par conséquent, toute négociation était superflue. || D'après les dernières nouvelles, malgré cette réponse décourageante, Abdul Rahman est arrivé à Samarkand et ne manquera pas d'aller jusqu'à Taschkent. Le Général Kaufmann se propose de décliner très catégoriquement ses offres, ainsi que ses demandes, et de lui déclarer que nous ne pourrions lui accorder qu'un asile, mais à la condition de son abstention absolue de toute intrigue et de tous projets politiques. Il lui déclarera, en outre, qu'il ne doit nullement compter sur Boukhara pour réaliser ces projets.

Nr. 5122.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Russlands Unzufriedenheit mit Chiwa.

(Extract.)

St. Petersburg, June 14, 1870.

Nr. 5122. I have the honour to inform your Lordship, that Prince Gortchakow, at
 Gross- an interview which I had with his Excellency to-day, said that Russia neither
 britannien. required nor desired to possess the Khanates. That at present the Ruler of
 14. Juni 1870. Kokand was ready to act according to her wishes, and there was every prospect of her relations with Bokhara being placed on a friendly and satisfactory footing. Khiva alone, he said, seemed disposed to act hostilely towards her, and the Khan, who was suspected of having incited the late hostilities of the Kirghize at Manguishlak, had made an insolent communication to General Kaufmann through his so-styled Minister for Foreign Affairs. It was not at all improbable, therefore, that measures might be taken to force him to accept the propositions which had been made to him.

Nr. 5123.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Weitere Mittheilung über Chiwa.

St. Petersburg, June 15, 1870.

My Lord! — With reference to my despatch of yesterday's date, reporting a conversation with Prince Gortchakow on Central Asian Affairs, I have been informed that the letter of the Khan of Khiva's Minister for Foreign Affairs to General Kaufmann, states that Russia appears to believe that her greater Power gives her a right to dictate to her weaker, though independent neighbours; and that while Khiva denies that she has given Russia any just cause of complaint, she will meet her in arms, if she attempts to invade the territories of the Khanate; and as battles are decided by God, Russia may be mistaken in her confidence of victory. || It appears, that the Khan has sent an Embassy to Bokhara to propose an offensive and defensive alliance against Russia, and General Kaufmann has thought it necessary to dispatch an officer to Bokhara to ascertain what may be passing there, and to endeavour to keep the Ameer steady to his engagements with Russia. Prince Gortchakow spoke to me as if this Envoy had given a satisfactory report of the dispositions of the Ameer, but they are as yet unconfirmed. Statement has arrived of His Highness having decapitated the senior member of his late Embassy to St. Petersburg. || The Kirghize insurrection in Manguishlak has not yet been suppressed, but I am still assured that, if tranquillity is restored on the Steppe, and no bands arrive from Khiva, the summer may be allowed to pass without any force being sent into the Khanate. || Perhaps, however, notwithstanding these assurances, there is more reason to believe that the long spoken of Khivan expedition will take place than that it will be postponed. || Prince Gortchakow tells me that General Kaufmann had written a letter to Shere Ali, of which M. Stremoukoff is instructed to send me a translation, explaining that Abdul Rahman Khan's presence at Tashkend has been permitted from mere feelings of hospitality towards the unfortunate, but not from any intention of supporting him as a rival to the Ameer, with whom the Russian Government wish to cultivate the same friendly relations as exist between England and Russia. || M. Stremoukoff has excused himself for not being able to send me a translation of the letter immediately as the only copy has been forwarded to the Emperor, but he promises that I shall receive one in a day or two. || I have, etc.

Nr. 5123.
Gross-
britannien.
15. Juni 1870.

Andrew Buchanan.

Nr. 5124.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (nunmehr Earl Granville) an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Uebersendung einer Denkschrift der indischen Regierung über die Grenzfrage.

Foreign Office, July 6, 1870.

Nr. 5124.
Gross-
britannien.
6. Juli 1870. Sir! — I transmit, for your Excellency's information, the accompanying copy of a despatch, as noted in the margin, respecting the policy of Russia in Central Asia. || I am, etc.

Granville.

Beilage.

The Governor-General of India in Council to the Duke of Argyll.

Simla, May 20, 1870.

My Lord Duke! — Since the receipt of your despatch of the 26th November, Mr. Forsyth has returned to India, and we have had much satisfaction in learning from him personally the friendly assurances given by His Majesty the Emperor of Russia, and by the Ministers of State, in respect of the policy of the Russian Government in Central Asia. || 2. In the inclosures of your despatch of the 6th August, 1869, we were informed that, at an interview with Mr. Forsyth at Baden-Baden, Prince Gortchakow "dilated with pleasure on the happy relations existing between Her Majesty's present Government and that of Russia, and expressed great satisfaction on hearing that the nonaggressive policy which had marked Sir J. Lawrence's viceroyalty was not likely to be departed from by Lord Mayo;" that he stated that "Russia had no intention of interfering with Herat, Cabul etc.;" that "if Shere Ali confined himself within his own dominions, he need fear no molestation from Russia;" and that "it was the determination of the Russian Government that there should be no quarrel between the two countries regarding the Asiatic boundaries." || 3. In the conversation with Lord Clarendon at Heidelberg on 3rd September, of which we were informed in Mr. Kaye's letter of the 17th September, 1869, Prince Gortchakow assured his Lordship "that we had no cause for apprehension" (of a difference between the two Governments in regard to Central Asia) "as the Emperor considered, and he entirely shared His Majesty's opinion, that extension of territory was extension of weakness, and that Russia had no intention of going further south;" that the determination of the British Government (of which Lord Clarendon informed him) to restrain Shere Ali from aggression on his neigh-

bours "was quite sufficient and most satisfactory, and that he should have great pleasure in forthwith reporting it to the Emperor." || 4. These assurances have been repeated to Her Majesty's Ambassador at St. Petersburg, who, in his despatch to Lord Clarendon of 2nd November, quotes the language of Prince Gortchakow, which we extract in the margin¹⁾. We learn also from Mr. Forsyth and from his letters, of which copies were transmitted to us with your despatch of 26th November, that General Miliutine, the Russian Minister of War, and M. Stremooukoff, Director of the Asiatic Department of the Russian Foreign Office, "concurred in opinion that we should accept as Afghanistan all the provinces which Shere Ali now holds; that beyond this limit he should not exercise any influence or interference; that the good offices of England should be exerted to restrain him from all thought of aggression; and that similarly Russia should exercise all her influence to restrain Bokhara from transgressing the limits of Afghan territory;" that His Majesty the Emperor himself remarked, "that there was no intention of extending the Russian dominions;" and assented to the remark of Mr. Forsyth, "that whilst on our side every effort would be made to induce Shere Ali to keep within his present dominions, we hoped that Bokhara would be restrained from aggression." || 5. We learn with pleasure from the inclosures of your despatch of the 4th March, that the Russian Government have expressed their adherence to the above assurances, and that M. Stremooukoff describes the policy sketched in our despatch, dated 7th December last, the substance of which was communicated to him by Sir A. Buchanan, as coinciding exactly with that which the Russian Government desire, and which they are endeavouring to establish. || 6. We have great satisfaction in finding that the policy of Russia, thus frankly described, coincides so entirely with that laid down by us at Umballa, which was sanctioned by Her Majesty's Government, and to which we since consistently adhered; and we feel assured, that so long as this policy is acted on by the two great Governments, who may be said to divide political influence in Central Asia, the peace and prosperity of those vast and important regions will be permanently secured. || 7. M. Stremooukoff has suggested, with a view to the further development of this peaceful policy, that measures should be taken by the British Government and by Russia to ascertain the limits of the territories which acknowledged the sovereignty of Dost Mahomed, and are at present under the Government of Shere Ali Khan, in order that the frontier between those territories and the neighbouring States of Central Asia should be as nearly as possible defined. || 8. In our

Nr. 5124.
Gross-
britannien.
6. Juli 1870.

¹⁾ "Pray, therefore," he added, "tell Lord Clarendon that, as both Governments are free from all *arrière-pensées*, ambitious views or unfriendly feelings towards each other, the more fully and frankly all questions connected with Central Asia are discussed between them the more effectually will the mist be blown away, which, through the misrepresentations of over-zealous subordinate agents, may at any time hang over them."

Nr. 5124. telegram of 11th June, 1869, we have informed your Grace that, if the
 Gross- Ameer should show any disposition to extend his boundaries beyond the
 britannien. limits held by Dost Mahomed, we should remonstrate with him at once. The
 6. Juli 1870. possessions of the present Ameer on the north and north-west appear to coincide almost exactly with those held by his father; and the limits of Dost Mahomed's kingdom may therefore be generally taken as the boundary which should divide the kingdom of Afghanistan from the other States of Central Asia to the north and north-west. || 9. We do not think it necessary to enter on any elaborate review of the rule of Dost Mahomed. The extent of his conquests in Afghan-Turkestan is, we believe, not disputed. Save during very short and exceptional periods, the Oxus has been the recognized boundary between Bokhara and Afghanistan; and in the negotiations between Dost Mahomed and the Ameer of Bokhara in 1859, the latter declared that, if the Afghans would refrain from interference with the Turkomans north of the Oxus, the Bokhara authorities would raise no claim regarding Badakshan, Maimana, and other States south of that river. Practically, the Oxus was the limit of the conquests of Dost Mahomed in the north, from the district of Balkh on the west to the extreme east of Badakshan. The right of the Ameer to Balkh is recognized in the 1st Article of the Treaty concluded with Dost Mahomed on 26th January, 1857. Its western boundary is the province of Kerki, which terminates near the ford of Khojah-Saleh; and Kerki and Charjui are admitted by Ameer Shere Ali to be Bokharian provinces and to march with his own provinces of Herat (including Maimana) and Balkh. || 10. From the western boundary of Balkh to the eastern limits of Badakshan, the entire country between the Oxus and the Hindu-Koosh, fell under the conquest of Dost Mahomed. In various campaigns between 1850 and 1855, Khulm, Maimana, Andkhai, Shibergam, and Siripool were all conquered. Kunduz was annexed in 1859; Badakshan submitted the same year; and before his death in the trenches at Herat, on the 9th of June, 1863, the Dost had consolidated his power in all these territories. Practically, these form the Turkestan provinces now in the possession of Ameer Shere Ali Khan. || 11. The north-western boundary of what, in our opinion, ought to be considered Shere Ali's dominions, runs in a south-westerly direction from a point on the Oxus between Khojah-Saleh and Kerki, skirting and including the provinces of Balkh, Maimana with its dependencies of Andkhai, etc., and Herat with its dependencies between the Murghab and the Herizrood. The northern boundary is the Oxus from the same point between Kerki and Khojah-Saleh eastward to Punjab and Wakkan, and thereafter the stream which passes Wakkan up to the point where the range of the Hindu-Koosh meets the southern angle of the Pamir-Steppe. || 12. In countries which have never been scientifically surveyed, and the boundaries of which have been liable to more or less fluctuation, it may be difficult to describe existing boundaries with perfect accuracy. But we are satisfied that the description

above given of the northern and north-western boundaries of Afghanistan, is sufficiently correct for all practical purposes; and we feel assured, that the inquiries, which General Kaufmann has been instructed to make, will not fail to establish the fact that these boundaries are consistent with present circumstances, and with the rights which the Ameer inherited from his father. We rely, therefore, with confidence on the pledges which the Russian Government have given, that they will use all legitimate means to save these territories from menace and attack on the part of the neighbouring States and Chiefs subject to Russian influence. || We have, etc.

Mayo.

Napier of Magdala.

H. M. Durand.

J. Strachey.

R. Temple.

J. F. Stephen.

B. H. Ellis.

Nr. 5125.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Vorläufige Antwort betreffs der Grenzfrage.

(Extract.)

St. Petersburg, July 13, 1870.

I have read to M. de Westmann the despatch from the Government of India, of which a copy was inclosed in your Lordship's despatch of the 6th instant, and I found, as I expected, that his Excellency was not prepared to express any opinion upon it, except his satisfaction that the two Governments appear to have arrived at a cordial understanding on the question to which it refers. || I have, however, also acquainted M. Stremooukoff, the Director of the Asiatic Department, with the contents of the despatch, and, while he assented to the correctness of its statements as to the explanations and assurances which have been exchanged by the two Governments respecting their policy in Central Asia, he appeared to accept as satisfactory the opinions expressed by the Government of India with regard to the boundaries of Afghanistan. The only doubt he expressed was as to the point from which the western boundary line should commence on the Oxus, as Khojah-Saleh is represented in Russian maps to be itself the western limit on the Oxus of Afghan-Turkestan. He asked whether I could communicate a copy of the despatch to the Russian Government, in order that it might be sent to General Kaufmann for his guidance, but this I declined to do, as I said it had been merely sent to me for my information. As it appears to me, not

Nr. 5124.
Gross-
britannien.
6. Juli 1870.

Nr. 5125.
Gross-
britannien.
13. Juli 1870.

Nr. 5125.
Gross-
britannien.
13. Juli 1870.

only to define with sufficient precision the territories which are to be considered Afghan, but also to record clearly and distinctly the assurances which Her Majesty's Government have received from that of Russia, I think it of importance that I should be instructed to communicate a copy of it to M. de Westmann, with an intimation that Her Majesty's Government would be glad to learn, if the Government of the Emperor assent to the opinions which it expresses as to boundaries of the territories, which they will use all legitimate means to protect from aggression on the part of the neighbouring States and Chiefs subject to Russian influence. With reference to this subject, I understand that the Emperor has stated to Prince Orloff, that he may confirm the assurances already given to Her Majesty's Government, that His Imperial Majesty is determined to permit no further extension of the territories of Russia in Central Asia, and that he will withdraw his troops from Samarkand as soon as the Ameer of Bokhara fulfils his engagements which he has contracted towards him; I have therefore asked M. Stremooukoff whether a sum of money, mentioned in the newspapers as having been sent by the Ameer to Tashkent, was a portion of the war indemnity, and whether much more remained due. He said it was true that an instalment of the indemnity had been paid, and that the question of the indemnity, he had little doubt, would soon be arranged; but it was more difficult, he said, to induce the Ameer to engage to punish acts of aggression on the Russian frontier, of which his subordinates might be guilty, so as to secure the Russian authorities from the risk of being obliged hereafter to have recourse to military expeditions in cases of the kind. I observed that, as this objection would apply to any frontier which might be established, I did not see how it should affect the restoration of Samarkand to the Ameer; and his Excellency said he hoped the difficulty might be got over by the Ameer agreeing not to appoint any one to the Government of Samarkand without General Kaufmann's approval of the appointment being previously obtained, and by his engaging to dismiss and punish the Governor so appointed, if his conduct towards the subjects of the Emperor should give occasion to just grounds of complaint. Under such an arrangement, however, the real sovereignty of the Province will apparently remain in the hands of Russia. || With respect to Khiva, I am told that the Khan still maintains a defiant attitude towards the authorities at Tashkend, and that he has ordered his subjects to suspend their commercial operations with Russia. Meanwhile military measures are in progress for repressing the late insurrectionary movements of the Kirghize in the south-western steppe, and it may be presumed that, if they retire towards the Khivan frontier, and are supported by sympathizers from the Khanate, the conflict, which has been long imminent, will occur.

Nr. 5126.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendung eines Schreibens von General Kaufmann über Abdul Rahman Khan.

St. Petersburg, August 4, 1870.

My Lord! — I have the honour to inclose herewith a translation of the extract of a letter from General Kaufmann to Prince Gortchakow, dated the 29th of June last, which has been communicated to me by M. de Westmann, reporting the language which he has held to Abdul Rahman Khan in answer to an attempt of that personage to persuade his Excellency, that it would not only be for the interests of Russia, but that it is absolutely indispensable, to secure her against the hostility of England, that he should be assisted to conquer the Throne of Cabul. || General Kaufmann states that he has informed the Sirdar that hospitality had been afforded to him by his Excellency in consideration of his destitute circumstances, and not as an enemy of England or a pretender to the Throne of Cabul; that the relations of Russia with England are of the most friendly and harmonious character; and that she wishes every possible prosperity to Shere Ali, who has never given her any cause for dissatisfaction. || I have, etc.

Nr. 5126.
Gross-
britannien.
4. Aug. 1870.

Andrew Buchanan.

Beilage.

General Kaufmann an Fürst Gortschakow.

(Extrait.)

Le 17/29 juin 1870.

Il y a lieu de croire que la surexcitation des esprits, qui règne en ce moment dans les Khanats de l'Asie Centrale voisins de nos frontières, tient en partie à la conviction dont les peuples de ces pays, et principalement les Afghans, sont pénétrés, que tôt ou tard, grâce à une haine implacable et invétérée, les Russes et les Anglais doivent en venir aux mains en Asie. Plus d'une fois cette conviction a été exprimée par le Serdar Afghan Abdul Rahman Khan, et il a insisté sur ce point pour tâcher de me persuader que la Russie avait intérêt, voire même qu'il lui était absolument indispensable de l'aider, lui Abdul Rahman, à s'emparer du trône de Caboul. || En refusant au Serdar notre coopération, je lui fis entendre que si nous lui avons donné asile, ce n'est point comme à l'ennemi des Anglais ou à un prétendant au trône de Caboul; mais uniquement parcequ'il était dans le malheur, sans abri

Nr. 5126. ni foyer, dénué de toutes ressources pour subvenir à ses besoins et à ceux de
 Gross- ses proches. Je lui déclarai sans détours que nos rapports avec les Anglais,
 britannique. les protecteurs immédiats de Shir Ali Khan, son oncle, étaient empreints
 4. Aug. 1870. d'amitié et d'une parfaite harmonie; que pour ce qui regarde Shir Ali Khan,
 non seulement nous ne songeons point à lui faire la guerre, mais encore nous
 lui souhaitons toute sorte de prospérité, vu que dans ses rapports avec l'Emir
 de Boukhara et avec ses autres voisins il ne nous a jamais donné aucun
 sujet de mécontentement. || Bientôt après l'arrivée d'Abdul Rahman sur notre
 territoire, j'ai adressé à Shir Ali Khan une lettre dans ce sens. Depuis j'ai
 appris que cette lettre, expédiée par Balkh, a été reçue dans cette ville par
 le fils de Shir Ali Khan, qui l'a envoyée à son père à Caboul.

Nr. 5127.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den
 königl. Min. d. Ausw. — Erklärung zur Grenzfrage.

St. Petersburg, August 18, 1870.

Nr. 5127. My Lord! — In conformity with the instructions conveyed to me in your
 Gross- Lordship's despatch of the 30th ultimo, I have communicated to Prince Gor-
 britannique. tchakow a copy of the despatch from the Government of India to the Duke
 18. Aug. 1870. of Argyll, of which a copy was transmitted to me in your Lordship's despatch
 of the 6th of July; and I left at the same time with his Excellency a memo-
 randum, of which I inclose a copy, stating, with reference to a doubt ex-
 pressed by M. Stremoukoff as to Khojah-Saleh being within the Afghan
 frontier, that if Khojah-Saleh be admitted to be within the territories of the
 Ameer of Cabul, Her Majesty's Government would not object to a definition
 of the frontier, by which the rights of Bokhara should be determined to
 commence at a point upon the left bank of the Oxus, immediately below
 that place. || I also stated to his Excellency that Her Majesty's Government
 would be glad to learn, if the Government of the Emperor acknowledged the
 correctness of the contents of the despatch of the Government of India, and
 his Excellency answered that, when M. Stremoukoff, who had been absent
 for a short time, returned to his duties in the Asiatic Department, this
 despatch would be taken into consideration. || I have, etc.

Andrew Buchanan.

Beilage.

Memorandum.

M. Stremoukoff having expressed a doubt as to Khojah-Saleh being within the territories of the Ameer Shere Ali Khan as stated in the accompanying despatch from the Government of India to the Duke of Argyll, dated Simla, May 20, 1870, Sir A. Buchanan has been informed by Lord Granville that, provided Khojah-Saleh be admitted to be within the Afghan frontier, Her Majesty's Government would not object to a definition of the frontier, by which the rights of Bokhara should be determined to commence upon the left bank of the Oxus immediately below that place.

Nr. 5127.
Gross-
britannien.
18. Aug. 1870.

St. Petersburg, August 4/16, 1870.

Nr. 5128.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Beabsichtigte Demonstration gegen Chiwa.

St. Petersburg, April 19, 1871.

My Lord! — I understand that no change for the better has taken place in the relations of the Khan of Khiva with the Russian authorities in Central Asia, I am told therefore, that as soon as the season is sufficiently advanced for military operations, it is intended to make reconnaissances on the Khivan territory from Turkestan and from the Russian settlements on the Caspian; and, in the hope that these demonstrations may convince the Khan of the danger he incurs by declining an amicable arrangement with Russia, General Kaufmann will address another letter to him, when they are completed, offering terms of peace, before having recourse to more serious measures. I have, etc.

Nr. 5128.
Gross-
britannien.
19. April 1871.

Andrew Buchanan.

Nr. 5129.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Zweck der Operationen gegen Chiwa.

(Extract.)

St. Petersburg, June 13, 1871.

With reference to my previous despatch of this date, reporting M. de Westmann's language respecting Khiva, I think it right to observe that, though no important expedition may be directed for the present against

Nr. 5129.
Gross-
britannien.
13. Juni 1871.

Nr. 5129. Khiva, the military operations which it is admitted are likely to take place
Gross- have, doubtless, for their object to give Russia the command of the navi-
britannien. gation of the Oxus. || The principal object of Russia it may be presumed, in
13. Juni 1871. any military operations she may now undertake on the frontier; or eventually
adopt against Khiva, is to secure a safe commercial route to Central Asia,
from the Caspian and her Transcaucasian provinces; and I understand that,
when the Grand Duke Michael was last at St. Petersburg his Imperial High-
ness strongly urged upon the Government the expediency of promoting a
transit trade to the east through Poti, Krasnovodsk, and the Oxus. || It may
be well also to remember that, in a conversation, which I had with M. de
Stremooukoff, reported in my despatch of the 21st September last, respecting
Khojah-Saleh, he said that the Afghan boundary from thence should be
traced with great care, as Merve was becoming a place of considerable com-
mercial importance.

Nr. 5130.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London
(Graf Brunnow). — Antwort in der Grenzfrage.

(Extrait.)

St. Pétersbourg, le 1/13 novembre, 1871.

Nr. 5130. Votre Excellence a été tenue exactement au courant des pourparlers
Russland. auxquels les affaires de l'Asie Centrale ont donné lieu entre le Cabinet Im-
13. Nov. 1871. pèrial et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. | Elle n'ignore pas
qu'à la suite des explications, que nous avons eues avec Mr. Forsyth, il avait
été convenu en principe — || 1. Que l'on considérerait les territoires se
trouvant actuellement en la possession effective de Shir Ali Khan comme
formant les limites de l'Afghanistan. | 2. Que cet Emir ne chercherait à
exercer aucune influence ni aucune immixtion au delà de ces limites, et que
le Gouvernement Anglais appliquerait tous ses soins à le détourner de toute
tentative d'agression. | Que de son côté le Gouvernement Impèrial emploierait
tout son influence afin d'empêcher l'Emir de Boukhara de porter aucune
atteinte au territoire Afghan. | Ces principes avaient reçu la pleine adhésion
du Cabinet de Londres et du Gouverneur-Général des Indes. || Au mois de
mai 1870, M. l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique nous avait communi-
qué une dépêche de Lord Mayo qui, tout en exprimant cette adhésion, déve-
loppait les principes posés, dans une direction qui nous a paru s'écarter sen-
siblement de la pensée sur laquelle on était tombé d'accord. || Je joins ici
copie de cette pièce. Votre Excellence y relevera la nuance importante
établie par Lord Mayo. || La section 4 de sa dépêche constate le principe

établi quant aux limites reconnues du territoire Afghan, c'est-à-dire, toutes les provinces possédées actuellement par Shir Ali Khan. || La section 6 témoigne sa satisfaction de voir la politique de la Russie coïncider aussi parfaitement avec celle du Gouverneur-Général des Indes sanctionnée par le Gouvernement Britannique. || A la section 7, il adhère pleinement à l'idée que pour développer cette politique pacifique, le Gouvernement Russe et le Gouvernement Anglais prennent des mesures pour constater les limites des territoires qui reconnaissent la souveraineté de Dost Mohammed Khan et sont actuellement en la possession de Shir Ali Khan. || A la section 8, il se réfère à un télégramme annonçant que si Shir Ali Khan montre une disposition quelconque à étendre ses territoires au delà des limites possédées par Dost Mohammed Khan, le Gouvernement des Indes lui adressera des remontrances. Il ajoute que les possessions de l'Emir actuel au nord et au nord-ouest semblent coïncider à-peu-près exactement avec celles de son père, et il conclut qu'en conséquence les limites du Royaume de Dost Mohammed Khan peuvent être, en général, adoptés comme les limites destinées à séparer le Royaume de l'Afghanistan des autres Etats de l'Asie Centrale au nord et au nord-ouest. || Ainsi dans la même dépêche, le point de départ de l'*uti possidetis* actuel de Shir Ali Khan, conduit par une transition insensible à l'adoption de l'état de possession de Dost Mohammed Khan comme limite naturelle de l'Afghanistan. || Cette nuance importante marque la différence qui sépare notre point de vue de celui de Lord Mayo. || Nous ne l'avons pas relevée jusqu'à présent en répondant d'une manière officielle à la dépêche de M. le Gouverneur-Général des Indes, par plusieurs raisons. || D'abord, toutes les données existantes sur l'état de ces contrées sont très vagues et incertaines. Le peu de témoignages indigènes que l'on possède ne méritent aucune créance. Les cartes sont problématiques, hypothétiques et souvent contradictoires. Nulle contrée n'offre une plus grande incertitude quant aux conditions géographiques et historiques présentes et passées. || Ensuite, il avait été convenu que la tâche de recueillir le plus de lumières possible sur la situation politique de ces pays serait confiée à M. l'Aide-de-camp Général Kaufmann, que sa proximité et ses contacts avec plusieurs d'entre eux mettaient à même de contribuer efficacement à élucider ces questions. Les instructions nécessaires lui ont été données et nous en attendons le résultat. || Enfin, dans la pensée du Cabinet Impérial, et nous aimons à la croire partagée par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, il ne s'agit point ici d'improviser un ordre de choses quelconque, mais d'assurer aux principes salutaires sur lesquels les deux Gouvernements sont si heureusement tombés d'accord, une exécution pratique et un développement ultérieur qui puissent en faire la base d'un système politique solide et permanent propre à garantir d'une manière durable la sécurité de leurs intérêts et de leurs relations réciproques, ainsi que la tranquillité et la prospérité des contrées interposées entre leurs possessions mutuelles. || Dans cet ordre d'idées, il nous a paru que l'essentiel n'était pas

Nr. 5190.
Russland.
13. Nov. 1871.

Nr. 5130.
Russland.
13. Nov. 1871.

d'accélérer une issue quelconque au risque d'en compromettre la solidité en lui donnant pour base des données incomplètes et conjecturales qui pouvaient devenir plus tard la source d'interprétations divergentes. Nous avons jugé au contraire que, les principes généraux étant posés, le plus important était d'étudier d'abord avec la plus grande précision possible le terrain auquel ils devaient être appliqués, afin d'écarter pour l'avenir toute chance de malentendus et rendre ainsi l'accord des deux Gouvernements aussi solide dans la pratique qu'il était sincère et loyal dans leur pensée. || Toutefois Sir A. Buchanan étant revenu avec insistance sur ce sujet au moment de quitter la Russie, nous ne voulons pas différer plus longtemps de faire part au Gouvernement de Sa Majesté Britannique de notre point de vue sur une question qui nous intéresse au même degré.

Nr. 5131.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg (nunmehr Lord A. Loftus) an den königl. Min. d. Ausw. — Die Expedition gegen Chiwa.

St. Petersburg, March 19, 1872.

Nr. 5131.
Gross-
britannien.
19. März 1872.

My Lord! — I had an interview to-day with M. Stremoukoff, the Director of the Asiatic Department, and I inquired of his Excellency what news he had lately received from Bokhara and Central Asia. || He replied, that the reports as regarding Khiva were not satisfactory, the Khan continuing in the same hostile attitude as hitherto. He said, that General Kaufmann had made three appeals to him. To the first letter the Khan made no reply; and to the two latter ones he had answered in a tone of insolence and defiance. The Emir of Bokhara, at the instigation of General Kaufmann, had further sent an Envoy to the Khan of Khiva to expostulate with him, and in a friendly tone to advise him to come to an amicable arrangement with the Russian Government, instancing the benefit he had himself derived from the support and protection of Russia, citing also the increase of wealth and prosperity which his country had acquired by entertaining friendly relations with Russia. || The Khan of Khiva, from M. Stremoukoff's report, has turned a deaf ear to all these seductions, and defiantly resists the Russian demands. || In reply to my inquiry, M. Stremoukoff related a list of grievances against the Khan of Khiva: that he was in community with the nomadic tribes, who pillaged the caravans, and that he participated in the booty; that he sheltered these marauders; that Russian prisoners who had fallen into his hands were made prisoners, and otherwise ill-treated. "The difficulty we have," said M. Stremoukoff, "in dealing with Khiva, is the fact of its being so

weak. If we were to chastise the Khan, the whole fabric would fall like a pack of cards. We have done everything to bring the Khan to reason, but without any result." || He then stated that a reconnaissance had been already made on both sides of Khiva, from the side of the Caspian, and from Tashkend, and that the occupation of Khiva would offer no strategical difficulties. | From this conversation with M. Stremoukoff, I have gained the conviction that an expedition against Khiva is decided upon, and will be made by the Russian commander in Central Asia, as soon as the weather and circumstances permit. || I have, etc.

Nr. 5131.
Gross-
britannien.
19. März 1872.

Augustus Loftus.

Nr. 5132.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St. Petersburg an den königl. Min. d. Ausw. — Zurückweisung der Gesandtschaft von Chiwa.

St. Petersburg, May 16, 1872.

My Lord! — I had some conversation yesterday with M. Stremoukoff, the Director of the Oriental Department. In reply to my inquiry as to the reception of the Khivan Embassy, his Excellency stated that the Embassy which had gone northwards had reached Orenburg. The Khivan Envoy had been informed by the Military Governor there, that before any negotiation could be entered upon with the Khan of Khiva, the Imperial Government required that, first, all Russians who were prisoners at Khiva should be restored; secondly, that the Khan should address a proper letter to General Kaufmann, to whose communications he had hitherto replied in an improper tone; and thirdly, that the Khan should declare himself desirous of maintaining friendly relations with the Russian Government. || Until these conditions were fulfilled, no negotiations would be commenced, and they would only be carried on at Tashkend or at Tiflis, and not at St. Petersburg. || The Khivan Envoy, after receiving this communication from the Governor of Orenburg, had returned to Khiva to report to the Khan. As yet no answer had been received, but it is thought that the Khan has been so alarmed at the near approach to Khiva which was made by a Russian reconnoitering party, and from the western side, which he least apprehended, that he will finally conform to the conditions of the Russian Government. || M. Stremoukoff added, that until a Treaty was signed with Khiva, no Embassy would be received at St. Petersburg from the Khan. || The other Khivan Embassy will remain at the fort on the Caspian until the answer of the Khan has been received. || I have, etc.

Nr. 5132.
Gross-
britannien.
16. Mai 1872.

Augustus Loftus.

Nr. 5133.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — England dringt auf endliche Erledigung der Grenzfrage.

Foreign Office, October 17, 1872.

Nr. 5133.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1872.

My Lord! — Her Majesty's Government have not yet received from the Cabinet of St. Petersburg communication of the Report which General Kaufmann was long since instructed to draw up on the countries south of the Oxus which are claimed by the Ruler of Afghanistan as his hereditary possessions. || Her Majesty's Government have awaited this communication in full confidence that impartial inquiries instituted by that distinguished officer would confirm the views they themselves take of this matter, and so enable the two Governments to come to a prompt and definitive decision on the question that has been so long in discussion between them. || But as the expected communication has not reached them, and as they consider it of importance both for the maintenance of peace and tranquillity in Central Asia, and for removing all causes of misunderstanding between the Imperial Government and themselves, I will no longer delay making known through your Excellency to the Imperial Government the conclusion at which Her Majesty's Government have arrived after carefully weighing all the evidence before them. || In the opinion then of Her Majesty's Government the right of the Ameer of Cabul (Shere Ali) to the possession of the territories up to the Oxus as far down as Khoja-Saleh is fully established, and they believe, and have so stated to him through the Indian Government, that he would have a right to defend these territories if invaded. On the other hand, Her Majesty's authorities in India have declared their determination to remonstrate strongly with the Ameer should he evince any disposition to overstep these limits of his kingdom. || Hitherto the Ameer has proved most amenable to the advice offered to him by the Indian Government, and has cordially accepted the peaceful policy which they have recommended him to adopt, because the Indian Government have been able to accompany their advice with an assurance that the territorial integrity of Afghanistan would in like manner be respected by those Powers beyond his frontiers which are amenable to the influence of Russia. The policy thus happily inaugurated has produced the most beneficial results in the establishment of peace in the countries where it has long been unknown. || Her Majesty's Government believe, that it is now in the power of the Russian Government, by an explicit recognition of the right of the Ameer of Cabul to these territories which he now claims, which Bokhara herself admits to be his, and which all evidence as yet produced shows to be in his actual and effectual possession, to assist

the British Government in perpetuating, as far as it is in human power to do so, the peace and prosperity of those regions, and in removing for ever by such means all cause of uneasiness and jealousy between England and Russia in regard to their respective policies in Asia. || For your 'Excellency's more complete information I state the territories and boundaries which Her Majesty's Government consider as fully belonging to the Ameer of Cabal, viz.: — || (1.) Badakshan, with its dependent district of Wakhan from the Sarikal (Woods-Lake) on the east to the junction of the Kokcha-River with the Oxus (or Penjah), forming the northern boundary of this Afghan province throughout its entire extent. || (2.) Afghan Turkestan, comprising the districts of Kunduz, Khulm, and Balkh, the northern boundary of which would be the line of the Oxus from the junction of the Kokcha-River to the post of the Khoja-Saleh, inclusive, on the high road from Bokhara to Balkh. Nothing to be claimed by the Afghan Ameer on the left bank of the Oxus below Khoja-Saleh. || (3.) The internal districts of Aksha, Seripool, Maimenat, Shibberjan, and Andkoi, the latter of which would be the extreme Afghan frontier possession to the north-west, the desert beyond belonging to independent tribes of Turcomans. || (4.) The western Afghan frontier between the dependencies of Herat and those of the Persian province of Khorassan is well known and need not here be defined. || Your Excellency will give a copy of this despatch to the Russian Minister for Foreign Affairs. || I am, etc.

Nr. 5133.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1872.

Granville.

Nr. 5134.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Russland bestreitet, dass Badakschan und Wachan zu Afghanistan gehören.

St. Pétersbourg, le 7/19 décembre, 1872.

M. le Comte! — Votre Excellence a déjà reçu copie de la dépêche de Lord Granville du 17 octobre que Lord A. Loftus nous a communiquée d'ordre de son Gouvernement. Elle a trait aux affaires de l'Asie Centrale. || Avant d'y répondre, il est nécessaire de rappeler la marche de nos pourparlers avec le Cabinet Anglais sur cette question. || Les deux Gouvernements étaient animés d'un égal désir de prévenir entre eux tout sujet de dissentiment dans cette partie de l'Asie. Il voulaient tous deux y établir un ordre de choses qui y assurât la paix et consolidât leurs relations d'amitié et de bonne intelligence. || A cet effet ils étaient tombés d'accord sur l'opportunité de laisser subsister entre leurs possessions respectives une certaine zone

Nr. 5134.
Russland.
19. Dec. 1872.

Nr. 5134.
Russland.
19. Dec. 1872.

intermédiaire qui les préservât d'un contact immédiat. || L'Afghanistan ayant paru devoir remplir ces conditions, il avait été convenu que les deux Gouvernements emploieraient l'influence dont ils disposent sur les Etats placés dans leur voisinage afin d'empêcher toute collision et tout empiètement en deçà ou au delà de cette zone intermédiaire. || Il s'agissait seulement d'en tracer la limite précise pour que l'entente des deux Cabinets fut aussi complète en pratique qu'elle l'était en principe. || Là des doutes s'élevaient. || Le fondateur de l'Etat Afghan, Dost Mohammed Khan, avait laissé après lui une confusion qui ne permettait pas de prendre pour base l'extension territoriale acquise à de certains moments pendant son règne par l'Afghanistan. || On était en conséquence convenu de s'en tenir aux territoires qui auraient jadis reconnu l'autorité de Dost Mohammed et se trouveraient encore aujourd'hui en la possession effective de Shir Ali Khan. || Il restait à constater cet état de possession avec l'exactitude désirable. || A cet effet il était nécessaire d'avoir des données locales positives qui manquaient aux deux Gouvernements à l'égard de ces contrées lointaines et imparfaitement connues. || Il fut convenu que le Gouverneur-Général du Turkestan serait chargé de profiter de sa résidence à proximité et de ses relations avec les Khanats voisins, pour faire recueillir tous les renseignements qui pouvaient éclaircir la question et permettre aux deux Gouvernements de se former une opinion pratique en pleine connaissance de cause. || Tel est, M. le Comte, ainsi que votre Excellence s'en souviendra, le point où en étaient arrivés nos pourparlers avec le Cabinet Anglais. || Conformément à ces décisions M. l'Aide-de-camp Général de Kaufmann avait pris les mesures possibles pour procéder à cette investigation préalable. Mais la difficulté des distances, l'extrême complication des points à élucider, le manque des sources authentiques et l'impossibilité d'une enquête directe, ne lui ont pas permis de remplir cette tâche avec la promptitude que nous aurions désirée non moins que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. De là les retards que signale la dépêche de Lord Granville. || Toutefois nous avons déjà fait observer que ces retards provenaient de l'attention sérieuse vouée par le Cabinet Impérial à cette affaire. Il eut été facile de se borner à des notions recueillies à la légère et qui plus tard seraient devenues la source de malentendus. Nous avons préféré étudier consciencieusement la question, puisqu'il s'agissait de donner une base solide et durable à l'organisation politique de l'Asie Centrale et aux bonnes et amicales relations que, sur cette base, les deux Gouvernements avaient en vue d'établir entre eux pour le présent et pour l'avenir. || Au commencement du moi d'octobre dernier, le Ministère Impérial avait été dans le cas d'annoncer à Lord A. Loftus et à votre Excellence que le Conseiller d'Etat actuel Struve, chargé de ces investigations, venait enfin d'arriver à St. Pétersbourg, et qu'aussitôt que les matériaux rassemblés par lui auraient été élaborés, le résultat en serait communiqué au Cabinet de Londres. || C'est pendant que ce travail se poursuivait que nous avons reçu communication de la dépêche de Lord Gran-

ville qui nous a fait connaître l'opinion à laquelle le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a cru devoir s'arrêter sur les points en discussion. || Le Cabinet Impérial se maintenant dans l'esprit de l'accord établi en principe entre les deux Gouvernements, ne se croit pas moins en devoir de transmettre au Gouvernement de Sa Majesté Britannique les renseignements recueillis sur les lieux par ordre de M. le Gouverneur-Général du Turkestan, et d'exposer en toute franchise les conclusions qui lui paraissent en découler. || Les unes et les autres sont consignées dans l'office ci-joint en copie que M. l'Aide-de-camp Général de Kaufmann vient de m'adresser et dans le mémoire qui y sert d'annexe. || Je vais les résumer: — || La question qu'il s'agissait de résoudre avait deux aspects. || 1. Constater l'état de possession effectif actuel, autant qu'il est possible de l'établir dans ces contrées. || 2. Rechercher, en se basant sur ce *statu quo*, la meilleure délimitation à tracer, afin de répondre au but des pourparlers actuels; c'est-à-dire, d'écartier dans la mesure du possible les causes de conflits et d'empiètements mutuels entre les Khanats voisins, et, par conséquent, de garantir entre eux, autant que faire se peut, l'état de paix que de part et d'autre les deux Gouvernements devraient désormais s'attacher à faire respecter par tous les moyens d'influence dont ils disposent. || Dans ces deux ordres d'idées, il résulte de l'étude qui a été faite: — || 1. Qu'au nord, l'Amou-Daria constitue en effet la frontière normale de l'Afghanistan à partir de son confluent avec la Kouktcha jusqu'au point de Khodja-Saleh. || Sous ce rapport nos données sont d'accord avec l'opinion du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, et la frontière dont il s'agit semble d'autant plus rationnelle qu'elle n'offre pas matière à contestations de la part des riverains de l'Amou-Daria. || 2. Au nord-est, les données de fait que nous avons recueillies assignent le confluent de cette rivière avec la Kouktcha comme la limite des territoires sur lesquels Shir Ali Khan exerce une souveraineté effective incontestable. Au delà de cette limite, et notamment à l'égard du Badakchan et du Vakhan, il a été impossible de saisir les traces d'une semblable souveraineté, — l'ensemble des informations présente au contraire de nombreux indices qui doivent faire envisager ces contrées comme indépendantes. Dans la communication du Gouvernement de Sa Majesté Britannique qui nous a été faite au mois de novembre dernier, on voit que d'après le témoignage du Major Montgomery, l'Emir de Caboul a "une autorité considérable" dans le Badakchan, et que les Afghans ont "aidé Mahmood Shah à renverser le Mir ou chef de ce pays, Jehandar Shah;" mais ces faits eux-mêmes semblent indiquer l'indépendance réelle du Badakchan plutôt que sa sujétion effective à l'Emir de Caboul. Les informations recueillies par M. Struve et consignées dans son mémoire confirment cette conclusion. Elles mentionnent, il est vrai, des interventions de l'Emir Afghan dans les querelles intérieures du Badakchan et des tentatives pour faire payer son assistance par une espèce de tribut; mais on ne rencontre point les signes qui, en Asie, accompagnent l'exercice de la souve-

Nr. 5134.
Russland.
19. Dec. 1872.

raineté, c'est-à-dire, la présence dans le pays d'officiers Afghans, et d'employés pour collectionner l'impôt. Les chefs du Badakchan se sont considérés, et ont été considérés par leurs voisins, comme des chefs indépendants. || Il résulte de là qu'on peut tout au plus admettre que l'Emir de Caboul a cherché à diverses reprises à faire entrer le Badakchan sous sa domination, qu'il a exercé plusieurs fois dans les affaires de ce pays, à la faveur de discordes intestines, une ingérence basée sur le voisinage et la supériorité de ses forces, mais qu'il est impossible d'en déduire l'existence d'une autorité souveraine effective et incontestée. || Quant au Vakhan, ce pays paraît être resté jusqu'à présent encore plus en dehors de toute action directe des chefs de l'Afghanistan. || Il reste à examiner si, dans cet état de choses, et vû le but que nous poursuivons en commun, c'est-à-dire l'établissement dans ces contrées d'une paix solide sous la garantie des deux Gouvernements, il convient de reconnaître à l'Emir de Caboul les droits qu'il revendique sur le Badakchan et le Vakhan, et de faire entrer ces deux pays dans la délimitation territoriale de l'Afghanistan. || Tel n'est pas l'avis de M. l'Aide-de-camp Général Kaufmann, et le Cabinet Impérial arrive aux mêmes conclusions. Dans l'état actuel des choses il n'existe pas de conflits entre le Badakchan et ses voisins. Le Boukhara n'a aucune prétention sur ce pays. Les deux Etats sont d'ailleurs trop faibles, trop absorbés par leurs propres affaires, pour se chercher querelle. L'Angleterre et la Russie n'auraient donc à s'employer que pour maintenir cet état de paix aussi bien entre ces Khanats qu'entre l'Afghanistan et le Badakchan, et cette tâche ne semblerait pas au-dessus de leurs moyens. Il en serait tout autrement le jour où l'Emir de Caboul étendrait son autorité sur le Badakchan et le Vakhan. Il se trouverait en contact immédiat avec le Kachgar, le Kokand et le Boukhara, dont il est séparé aujourd'hui par ces deux pays. Il serait dès lors bien plus difficile d'éviter des conflits provenant soit de son ambition et du sentiment de sa force, soit de la jalousie de ses voisins. || Ce serait fonder sur une base bien précaire la paix qu'il s'agit d'établir dans ces contrées, et compromettre la garantie que les deux Gouvernements seraient appelés à y donner. || Cette combinaison nous semblerait, par conséquent, aller directement contre le but qu'ils poursuivent en commun. || Il nous paraît beaucoup plus conforme à ce but de laisser subsister l'état actuel des choses. Le Badakchan et le Vakhan formeraient ainsi une barrière interposée entre les Etats du Nord et ceux du Sud de l'Asie Centrale, et cette barrière, fortifiée par l'action combinée que l'Angleterre et la Russie sont en mesure d'exercer sur ceux de ces Etats accessibles à leur influence, empêcherait efficacement tout contact dangereux et assurerait à notre avis, dans la mesure du possible, la paix de ces contrées. || 4. Quant aux limites à reconnaître à l'Afghanistan du côté du nord-ouest, à partir de Khodja-Saleh, nos informations signalent également des doutes sur les faits de la possession effective par l'Emir de Caboul des villes d'Aktchi, Seripoul, Meimané, Chibirgan et Ankhoï, qu'il

s'agit de faire entrer dans les limites reconnues de l'Afghanistan. || Toute-fois, ces pays étant séparés du Boukhara par des déserts, leur annexion au territoire Afghan n'établirait pas les contacts dangereux que nous avons signalés du côté nord-est. Elle ne présenterait, par conséquent, pas les mêmes inconvénients. || Si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique persiste dans son opinion quant à l'opportunité de comprendre ces localités dans les limites du territoire Afghan, nous n'insisterons pas sur le principe posé; c'est-à-dire, de ne reconnaître comme faisant partie de l'Afghanistan que les territoires ayant été sous la domination de Dost Mohammed Khan et se trouvant aujourd'hui sous l'autorité effective de Shir Ali Khan. || Par déférence pour le vœu du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, le Cabinet Impérial serait disposé à adhérer pour cette partie des frontières au tracé indiqué dans la dépêche de Lord Granville. || Tel est, M. le Comte, le résumé des conclusions que nous croyons pouvoir tirer des données que nous possédons. || Veuillez les placer sous les yeux de M. le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique. || En les communiquant à son Excellence, notre intention n'est pas seulement de dégager notre promesse. Nous croyons répondre à la pensée qui a présidé dès le début à l'échange amical d'idées établi entre les deux Gouvernements en cherchant à résoudre de la manière la plus rationnelle une question qui les intéresse également. || Recevez, etc.

G o r t c h a k o w.

Beilage.

General Kaufmann an Fürst Gortschakow.

(Traduit du Russe.)

St. Pétersbourg, le 29 novembre, 1872.

J'ai l'honneur de soumettre ci-près à votre Altesse un mémoire sur la question de la frontière septentrionale de l'Afghanistan. Ce mémoire a été élaboré sur la base des quelques données et matériaux que j'ai réussi à réunir, dans le courant des deux dernières années, au sujet de la situation des affaires sur la frontière de l'Afghanistan et du Boukhara et sur les Etats indépendants du cours supérieur de l'Amou-Daria. || Ces données, je l'avoue, sont loin d'être complètes. || L'investigation ou l'observation personnelle, exercée sur les lieux mêmes, est en Asie Centrale l'unique moyen d'obtenir des éclaircissements sur une question quelconque, soit de politique, soit de géographie. Je n'ai pas, jusqu'ici, eu recours à ce moyen. L'envoi d'un employé Russe dans ces contrées, fût-ce même sous prétexte d'une mission scientifique, aurait pu jeter l'alarme dans l'Afghanistan et aurait éveillé des soupçons et des appréhensions de la part du Gouvernement des Indes. J'ai dû éviter tout ce qui aurait pu nuire, en quoi que ce fût, à l'état satisfaisant

Nr. 5134.
Russland.
19. Dec. 1872.

de nos relations établies à la suite de l'échange d'idées amical et sincère qui a eu lieu entre le Gouvernement Impérial et celui de Sa Majesté Britannique. || J'ai déjà eu l'honneur de communiquer à votre Altesse mon opinion sur une des causes de la fermentation des esprits dans les Khanats de l'Asie Centrale limitrophes et voisins de la Russie. C'est que tous nos voisins, et particulièrement les Afghans, sont pénétrés de la conviction qu'entre la Russie et l'Angleterre il y a une inimitié qui, tôt ou tard, nous amènera à une rencontre avec les Anglais en Asie. || En me conformant aux intentions et aux vues du Ministère des Affaires Etrangères je me suis attaché à faire disparaître ce spectre d'un conflit, soi-disant imminent, des deux grandes Puissances. Dans mes relations avec le Kokand et le Boukhara, et surtout dans mes lettres à Shir Ali Khan, j'ai toujours parlé de la conformité de vues et de l'amitié qui existe entre nous et l'Angleterre, et je me suis attaché à démontrer que ces deux Puissances, la Russie comme l'Angleterre, sont également soucieuses de la tranquillité des contrées et des populations qui se trouvent dans le rayon de leur influence et de leur protection. Voilà la raison qui, jusqu'ici, m'a déterminé à ne pas envoyer sur les lieux des employés dans le but d'obtenir des éclaircissements sur les questions qui m'étaient posées par le Ministère Impérial. || Cette situation est tout aussi avantageuse pour nous que pour l'Angleterre. Mais elle peut changer du moment où l'on garantirait à Shir Ali Khan ses possessions dans les limites proposées actuellement par Lord Granville dans sa dépêche à Lord A. Loftus, en date du 5/17 octobre dernier. Une pareille garantie lui donnerait un prestige considérable, et il tâcherait immédiatement de s'emparer *de facto* des territoires qui lui auraient été ainsi concédés. Avant tout, son attention se tournerait du côté du Badakchan et du Vakhan, butin le plus facile et le plus abordable. Par l'acquisition de ces deux territoires il prolongerait sa ligne de contact avec le Boukhara, et il se trouverait côté-à-côté avec le Karatéguine, d'où le Kokand est à portée de main. Enfin, il toucherait, sur ses confins nord-est, aux possessions de Yakoub-Bek. Voilà un chemin qui mène tout droit à une collision avec la Russie. || Si le Gouvernement Britannique est en effet animé du même désir que nous de maintenir la paix et la tranquillité intérieures dans les Khanats qui nous séparent des possessions Anglaises dans l'Inde; si les Anglais veulent ajouter foi à nos sincères protestations que nous ne songeons même pas à entreprendre quoi que ce soit d'hostile contre leurs possessions de l'Inde, le simple bon sens devra leur suggérer la nécessité de reconnaître l'indépendance du Badakchan et du Vakhan, tant par rapport à l'Emir de Caboul que par rapport à celui du Boukhara.

Nr. 5135.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Graf Schuwaloff's Mission zum Ausgleich der Differenz.

Foreign Office, January 8, 1873.

My Lord! — Having received information from your Excellency and from Count Brunnow, that Count Schouwalow, a statesman enjoying the full confidence of the Emperor of Russia, had left St. Petersburg for London at the desire of His Imperial Majesty, I had the pleasure of receiving his Excellency on the 8th instant. || He confirmed the fact, that it was by the Emperor's desire that he had sought a personal interview with me. It had caused great surprise to His Imperial Majesty to learn from various sources, that a certain amount of excitement and susceptibility had been caused in the public mind of this country on account of questions connected with Central Asia. || The Emperor knew of no questions in Central Asia which could affect the good understanding between the two countries. It was true, that no agreement has been come to as to some of the details of the arrangement concluded by Lord Clarendon and Prince Gortchakow on the basis of Mr. Forsyth's recommendations as to the boundaries of Afghanistan; but the question ought not to be a cause to ruffle the good relations between the two countries. His Imperial Majesty had agreed to almost everything that we had asked. There remained only the point regarding the provinces of Badakshan and Wakhan. There might be arguments used respectively by the Departments of each Government, but the Emperor was of opinion that such a question should not be a cause of difference between the two countries, and His Imperial Majesty was determined that it should not be so. He was the more inclined to carry out this determination in consequence of His Majesty's belief in the conciliatory policy of Her Majesty's Government. || Count Schouvalow added, on his own part, that he had every reason to believe, if it were desired by Her Majesty's Government, the agreement might be arrived at a very early period. || With regard to the expedition to Khiva, it was true that it was decided upon for next spring. To give an idea of its character it was sufficient to say, that it would consist of four and a-half battalions. Its object was to punish acts of brigandage, to recover fifty Russian prisoners, and to teach the Khan that such conduct on his part could not be continued with the impunity in which the moderation of Russia had led him to believe. Not only was it far from the intention of the Emperor to take possession of Khiva, but positive orders had been prepared to prevent it, and directions given that the conditions imposed should be such as could not in any way lead to a prolonged occupancy of Khiva. || Count Schouvalow repeated the

Nr. 5135.
Gross-
britannien.
8. Jan. 1873.

Nr. 5135.
Gross-
britannien.
8. Jan. 1873.

surprise which the Emperor, entertaining such sentiments, felt at the uneasiness which it was said existed in England on the subject, and he gave me most decided assurance that I might give positive assurances to Parliament on this matter. || With regard to the uneasiness which might exist in England on the subject of Central Asia, I could not deny the fact to Count Schouvalow; the people of this country were decidedly in favour of peace, but a great jealousy existed as to anything which really affected our honour and interest; that they were particularly alive to anything affecting India; that the progress of Russia in Asia had been considerable, and sometimes as it would appear, like England in India and France in Algeria, more so than was desired by the Central Governments; that the Clarendon and Gortchakow arrangement, apparently agreeable to both Governments, had met with great delay as to its final settlement; that it was with the object of coming to a settlement satisfactory to both countries, and in a friendly and conciliatory spirit, that I had addressed to your Excellency the despatch of the 17th October. || The only point of difference, which now remained as Count Schouvalow had pointed out, concerned Badakshan and Wakhan. In our opinion, historical facts proved that these countries were under the domination of the Sovereign of Cabul, and we have acknowledged as much in public documents; that, with regard to the expedition to Khiva, Count Schouvalow was aware that Lord Northbrook had given the strongest advice to the Khan to comply with the reasonable demands of the Emperor, and if the expedition were undertaken and carried out with the object and within the limits described by Count Schouvalow, it would meet with no remonstrance from Her Majesty's Government, but it would undoubtedly excite public attention, and make the settlement of the boundary of Afghanistan more important for the object which both Governments had in view, viz., peace in Central Asia, and good relations between the two countries. || As to coming to a decision at an early date, it appeared to me desirable, inasmuch as it would bear a different aspect if arrived at in the spirit, with which both Governments were actuated, and not complicated by possible discussions raised in the British Parliament. || I concluded by telling Count Schouvalow, that I knew the confidence which was placed in him by the Emperor, and that I felt sure that my colleagues would agree with me in appreciating his visit to England, as a gratifying proof of the eminently conciliatory and friendly spirit, with which the Emperor desired to settle without delay the question at issue. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5136.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Nochmalige Darlegung der englischen Ansicht über die Grenzfrage.

Foreign Office, January 24, 1873.

My Lord! — Her Majesty's Government have attentively considered the statements and arguments contained in Prince Gortchakow's despatch of the 7/19th December, and the papers that accompanied it, which were communicated to me by the Russian Ambassador on the 17/29th December, and to your Excellency by Prince Gortchakow on the 29th of that month. || Her Majesty's Government gladly recognize, in the frank and friendly terms of that despatch, the same spirit of friendliness as that in which, by my despatch of the 17th of October, I desired to convey through your Excellency to the Russian Government the views of that of Her Majesty in regard to the line of boundary claimed by Shere Ali, the Ruler of Cabul, for his possessions of Afghanistan. || Her Majesty's Government see with much satisfaction, that, as regards the principal part of that line, the Imperial Government is willing to acquiesce in the claim of Shere Ali, and they rely on the friendly feelings of the Emperor when they lay before him, as I now instruct your Excellency to do, a renewed statement of the grounds, on which they consider that Shere Ali's claim to the remainder of the line of boundary referred to in my despatch of the 17th of October, to be well-founded. || The objections stated in Prince Gortchakow's despatch apply to that part of Shere Ali's claims, which would comprise the province of Badakshan with its dependent district of Wakhan within the Afghan State. The Imperial Government contend, that the province of Badakshan with its dependency, not having been formally incorporated into the territories of Shere Ali, is not legitimately any portion of the Afghan State. || To this Her Majesty's Government reply, that the Ameer of Cabul having attained by conquest the sovereignty over Badakshan, and having received in the most formal manner the submission of the chiefs and people of that province, had the right to impose upon it such a form of Government as he might think best adapted to the position of affairs at the time. In the exercise of this right he appointed a Local Governor, and he consented experimentally to receive a fixed portion of the revenues of the country, instead of taking upon himself its general financial and other administration. But the Ameer expressly reserved to himself the right of reconsidering this arrangement, which was, in the first instance, made only for one year, of at any time subjecting Badakshan to the direct Government of Cabul, and of amalgamating the revenues thereof with the general revenue of the Afghan State. Her Majesty's Government cannot perceive anything in

Nr. 5136.
Gross-
britannien.
24. Jan. 1873.

Nr. 5136.
Gross-
britannien.
24. Jan. 1873.

these circumstances calculated to weaken the claims of Shere Ali to the absolute sovereignty of Badakshan. The conquest and submission of the Province were complete; and it cannot reasonably be urged that any experimental form of administration which the Ameer, with the acknowledged right of sovereignty, might think fit to impose on Badakshan, could possibly disconnect the province from the general territories south of the Oxus, the sovereignty of which the Russian Government has without hesitation recognized to be vested in the Ameer of Cabul. || Her Majesty's Government have not failed to notice in portions of the statements of the Russian Government to which I am now replying, that its objection to admitting Badakshan and Wakhan to be under the sovereignty of Shere Ali is rested in part on an expressed apprehension lest their incorporation with the remainder of Afghanistan should tend to disturb the peace of Central Asia, and specifically should operate as an encouragement to the Ameer to extend his possessions at the expense of the neighbouring countries. I alluded, in my despatch of the 17th of October, to the success which had attended the recommendations made to the Ameer by the Indian Government to adopt the policy which had produced the most beneficial results in the establishment of peace in countries where it had long been unknown; and Her Majesty's Government see no reason to suppose that similar results would not follow on the like recommendations. Her Majesty's Government will not fail to impress upon the Ameer in the strongest terms the advantages which are given to him in the recognition by Great Britain and Russia of the boundaries which he claims, and of the consequent obligation upon him to abstain from any aggression on his part, and Her Majesty's Government will continue to exercise their influence in the same direction. || Her Majesty's Government cannot however but feel that, if Badakshan and Wakhan, which they consider the Ameer justly to deem to be part of his territories, be assumed by England or Russia, or by one or either of them, to be wholly independent of his authority, the Ameer might be tempted to assert his claims by arms; that perhaps in that case Bokhara might seek an opportunity of acquiring districts too weak of themselves to resist the Afghan State; and that thus the peace of Central Asia would be disturbed, and occasion given for questions between Great Britain and Russia, which it is on every account so desirable to avoid, and which Her Majesty's Government feel sure would be as distasteful to the Imperial Government as to themselves. || Her Majesty's Government therefore hope, that the Imperial Government, weighing these considerations dispassionately, will concur in the recognition which they have made of Shere Ali's rights, as stated in my despatch of October, and by so doing put an end to the wild speculations, so calculated to distract the minds of Asiatic races, that there is some marked disagreement between England and Russia, on which they may build hopes of carrying out their border feuds for purposes of self-aggrandizement. || Her Majesty's Government congratulate themselves

on the prospect of a definite settlement as between the two Governments of the question of the boundaries of Afghanistan, the details of which have been so long in discussion. || Your Excellency will read and give a copy of this despatch to Prince Gortchakow. || I am, etc.

Nr. 5136.
Gross-
britannien.
24. Jan. 1873.

Granville.

Nr. 5137.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Russland nimmt den englischen Vorschlag vollständig an.

St. Pétersbourg, le 19/31 janvier 1873.

M. le Comte! — Lord Augustus Loftus m'a communiqué la réponse du Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique à notre dépêche sur l'Asie Centrale, sous la date du 7/19 décembre. || Je joins ci-près une copie de cette pièce. || Nous voyons avec satisfaction que le Cabinet Anglais continue à poursuivre, dans ces parages, le même but que nous, celui d'y assurer la paix et autant que possible la tranquillité. || La divergence de nos vues consistait dans les frontières assignées aux domaines de Shir Ali. || Le Cabinet Anglais y fait entrer le Badakshan et le Vakhan, qui, à nos yeux, jouissaient d'une certaine indépendance. Vu la difficulté de constater, dans toutes ses nuances, la réalité dans ces parages lointains, vu le plus de facilité qu'a le Gouvernement Britannique de recueillir des données précises, et surtout vu le désir de ne point donner à cette question de détail plus d'importance qu'elle ne comporte, nous ne refusons pas d'admettre la ligne de démarcation Anglaise. || Nous sommes d'autant plus porté à cet acte de courtoisie que le Gouvernement Anglais s'engage à user de toute son influence sur Shir Ali pour le maintenir dans une attitude pacifique et insister sur l'abandon de sa part de toute agression ou conquête ultérieure. Cette influence est incontestable. Elle repose non seulement sur l'ascendant matériel et moral de l'Angleterre, mais aussi sur les subsides dont Shir Ali lui a l'obligation. Nous pouvons, dès lors, y voir une garantie réelle pour la conservation de la paix. || Votre Excellence voudra bien faire cette déclaration à M. le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique et lui remettre une copie de cette dépêche. || Lord Granville y verra, nous en sommes convaincus, une nouvelle preuve du prix que notre auguste Maître attache à entretenir et à consolider les meilleures relations avec le Gouvernement de Sa Majesté la Reine Victoria. || Recevez, etc.

Nr. 5137.
Russland.
31. Jan. 1873.

Gortchakow.

Nr. 5138.

RUSSLAND und CHIWA. — Friedensvertrag vom 12/24. August 1873
nebst einleitender Note des Russischen Regierungs-Anzeigers vom
30. November/12. December 1873.

[Nach dem Journal de St. Pétersbourg.]

Nr. 5138.
Russland und
Chiwa.
24. Aug. 1873.

On connaît les motifs qui ont amené l'expédition de Khiva. Des brigandages continuels, l'imposition de redevances sur les Kirghises soumis à notre domination, des excitations à la révolte, parmi ces nomades, la capture de nos sujets, réduits à l'esclavage, — tels sont les faits qui depuis bien des années réclamaient l'adoption de mesures décisives contre ce khanat; toutefois notre gouvernement n'avait pas perdu l'espoir d'arriver par des voies pacifiques à l'établissement de relations plus régulières avec ces turbulents voisins. || Plus d'une fois nous avons fait parvenir au Khan des réclamations modérées, mais elles sont demeurées sans réponse ou bien elles ont provoqué de sa part un refus arrogant. || Après l'insuccès de ces efforts réitérés, une expédition fut décidée. Le but en était, d'abord de châtier le khan pour le passé, ensuite de créer un état de choses qui garantît nos sujets des incursions et des déprédations des Khiviens et des Turcomans, et rendit possible le développement de relations commerciales pacifiques. || La difficulté de ce problème consistait surtout en ce que les bases fondamentales de tous les Etats de l'Asie centrale sont tellement précaires et si peu solides qu'il était à craindre qu'en frappant le Khiva d'un châtiment mérité, il ne cessât d'exister comme Etat indépendant; or, un semblable résultat n'aurait nullement répondu aux vues de notre gouvernement, qui jusqu'à présent voue ses constants efforts à soutenir et à consolider l'existence autonome des autres Etats limitrophes de nos possessions dans l'Asie centrale, tels que le Boukhara et le Kokand. || Lorsque Khiva eut été occupé et qu'on fut à même de connaître les conditions de la vie intérieure du pays, on put se convaincre que même avec la meilleure volonté de la part du Khan et de ses conseillers d'entretenir avec nous des relations de bon voisinage, la force nécessaire à cet effet lui aurait fait défaut, car son influence sur les Tourkmènes nomades ou demi-nomades ne se manifeste que par intermittence; souvent elle est nulle, et il arrive parfois que lui-même, ainsi que ses sujets colonisés, ont à subir l'ascendant de ces brigands des steppes. || Ainsi, après le départ de notre corps expéditionnaire, les mêmes incursions et déprédations auraient infailliblement recommencé et exigé un nouveau châtiment, et alors aucun effort n'aurait réussi à préserver l'existence autonome du Khiva. || Il était donc nécessaire de se prémunir contre une éventualité si peu désirable, qui nous eût exposé à de grands sacrifices et à une grave déviation du pro-

gramme de notre politique dans l'Asie centrale. || C'est pourquoi il a été jugé indispensable d'établir un point fortifié pourvu d'une garnison suffisante, afin de garantir nos frontières contre les attaques des brigands, de protéger nos caravanes et celles des Khiviens, et en même temps de soutenir le khan s'il était menacé par les Tourkmènes. Le meilleur point à choisir pour l'établissement de ce fort aurait pu être la rive méridionale de la mer d'Aral, qui nous eût assuré une communication par eau avec les bouches de l'Amou-Daria. Malheureusement, cette côte, entourée de marécages ininterrompus, ne présente aucune localité favorable à l'érection d'une station fortifiée. || On dut donc construire ce fort sur la rive droite de l'Amou-Daria; en outre il était nécessaire d'assurer les communications du fort et de sa garnison avec la province de Turkestan. Sans parler des difficultés de la navigation sur le bas Amou-Daria, — en hiver elle devient entièrement impossible et il ne reste d'autre voie que la steppe — il a été jugé indispensable de réunir à nos possessions le désert aride qui s'étend entre ce fort et la province de Turkestan. Certes, si l'on avait pu trouver une autre garantie quelconque qui nous rassurât efficacement pour l'avenir, on y aurait donné la préférence. Mais quelque stérile et onéreuse que soit pour nous une pareille acquisition territoriale, elle a été inévitable, vu que le khan de Khiva lui-même a reconnu et déclaré qu'il ne serait en mesure de remplir ses obligations envers nous et de rétablir les relations désirées avec notre gouvernement, qu'à la condition absolue d'avoir à proximité un fort et un corps de troupes russes. Ses vœux allaient même plus loin encore; il a instamment sollicité le maintien des troupes russes pour l'avenir dans la ville même de Khiva. || En outre, comme il a été dit plus haut, cette solution était la seule qui pût garantir nos frontières et notre commerce, et éviter ainsi dans l'avenir la nécessité d'une nouvelle expédition avec toutes les conséquences qu'elle eût entraînées, c'est-à-dire la destruction définitive du khanat de Khiva, — conséquence qui eût été tout-à-fait contraire à nos principes politiques et à nos vues sur l'Asie centrale. || Afin de déterminer les obligations du Khiva et ses futurs rapports avec nous, un traité a été conclu entre l'aide de camp général de Kaufmann et le khan de Khiva. Pour se former une idée claire et complète de la signification et du sens de cet acte, il est indispensable d'en diviser les stipulations, d'après leur teneur, en deux catégories distinctes. || A la première doivent être rapportés tous les articles qui fixent d'une manière précise et permanente les relations et les obligations du Khiva envers la Russie, et qui ne doivent par conséquent subir aucune modification quelconque dans l'avenir. || A la seconde catégorie appartiennent les clauses, motivées par les exigences du moment, qui ne doivent servir qu'à l'établissement de rapports ultérieurs invariables et permanents, et peuvent être adoucies, modifiées ou même entièrement abrogées par nos autorités locales supérieures au fur et à mesure que leur maintien en vigueur ne paraîtra plus utile ou nécessaire. | Il ne sera pas superflu, ce nous semble, d'examiner

Nr. 5138.
Russland und
Chiwa.
24. Aug. 1873.

Nr. 5138.
 Russland und
 Chiwa.
 24. Aug. 1873.

successivement chacune des clauses de ce traité et de préciser tant leur signification que les considérations qui les ont motivées. || L'article 1^{er}, indépendamment de sa signification morale à la suite des actes hostiles du Khiva, a pour but fondamental, conformément à nos constants efforts, de prévenir entre les souverains de l'Asie centrale les querelles et les collisions qui auraient pour résultat inévitable de les affaiblir mutuellement et de créer parmi eux le désordre et l'anarchie. || La délimitation stipulée dans les articles 2 et 3 a été suggérée par le désir d'avoir en tout temps la possibilité de réprimer les entreprises hostiles des pillards khiviens et tourkmènes, et de garantir les communications par terre et par eau de nos troupes et de nos caravanes. || La rétrocession stipulée dans l'article 4 en faveur du Boukhara, d'une partie de la rive droite de l'Amou-Daria, et de la portion méridionale de la steppe qui s'étend entre cette rivière et la province de Turkestan, est mise à exécution dans le but de placer sous la domination, et par conséquent sous le contrôle et la responsabilité de l'émir de Boukhara, les routes de caravanes conduisant des possessions boukhares à celles de la Russie. || Les restrictions à la navigation sur l'Amou-Daria contenues dans l'article 5, sont indispensables jusqu'au moment où les nomades khiviens et boukhares auront renoncé à leurs habitudes de brigandage et cesseront de profiter de la navigation sur l'Amou-Daria pour y donner cours. || Les articles 6 à 15 établissent des règles commerciales fondées sur la réciprocité et l'égalité des droits respectifs. || L'expérience du passé a démontré la nécessité de l'article 16, vu que le Khiva était un asile toujours ouvert à tous les criminels échappés de nos frontières. || L'article 17 met un terme à l'esclavage et au trafic des prisonniers à Khiva. || Enfin l'article 18 détermine la valeur, les termes et le mode de paiement de la contribution de guerre, laquelle a eu en vue moins de rembourser les dépenses faites par nous que d'infliger au Khiva un châtement sensible. || Si nous réussissions avec le temps à dompter les Tourkmènes, à les habituer à un genre de vie paisible et à consolider la domination du khan sur ces tribus, nous aurions ainsi résolu le difficile problème de garantir la sécurité de nos sujets, de développer le commerce et en même temps d'assurer la conservation, si désirable pour nous-mêmes, de l'indépendance du Khiva.

Conditions de paix proposées par le commandant en chef de l'armée d'opérations contre le Khiva, l'aide de camp général de Kaufmann 1er, et acceptées par le khan de Khiva, Seïd-Mouhammed-Rahim-Boghadour-Khan.

1. Seïd-Mouhammed-Rahim-Boghadour-Khan se reconnaît fidèle serviteur de l'Empereur de toutes les Russies. Il renonce à toutes relations amicales directes avec les souverains et khans voisins, et à la conclusion de toutes conventions de commerce ou autres avec eux; ils s'engage à n'entreprendre

contre eux aucune opération de guerre à l'insu ou sans l'assentiment des autorités militaires supérieures russes.

Nr. 5138.
Russland und
Chiwa.
24. Aug. 1873.

2. La frontière entre les territoires russe et khivien sera l'Amou-Daria, à partir de Koutertli, en descendant le cours du fleuve, jusqu'à la sortie de la branche la plus occidentale de l'Amou-Daria, et de ce point, en suivant cette branche jusqu'à son embouchure dans la mer d'Aral; plus loin, la frontière longera le rivage de cette mer jusqu'au cap Ourgou, et de là elle suivra le pied du versant méridional de l'Oust-Ourt jusqu'à ce que l'on appelle l'Ancien-Cours du fleuve Amou.

3. Toute la rive droite de l'Amou-Daria et tous les territoires qu'il baigne, et qui jusqu'aujourd'hui ont été considérés comme territoires khiviens, passent de la possession du khan à celle de la Russie avec toutes les populations qui y résident ou qui y campent. Les parcelles de terrain situées sur la rive droite, et qui sont actuellement propriété du khan, ou dont il a octroyé la jouissance à des fonctionnaires du khanat, passent avec le reste en la possession du gouvernement russe, sans que les anciens propriétaires puissent élever aucune prétention. Il est réservé au khan de les dédommager pour leurs pertes par des terrains situés sur la rive gauche.

4. Dans le cas où, conformément à la volonté de Sa Maj. l'Empereur, la possession d'une partie de cette rive droite serait transférée à l'émir de Boukhara, le khan de Khiva reconnaîtra ce dernier comme légitime possesseur de cette partie de ses anciens domaines et renoncera à toute intention d'y rétablir son autorité.

5. Il est exclusivement réservé aux bâtiments à vapeur et autres navires russes, appartenant soit au gouvernement, soit aux particuliers, de naviguer librement sur l'Amou-Daria. Les barques khiviennes et boukhariennes ne peuvent jouir de ce droit que moyennant une permission spéciale de l'autorité supérieure russe de l'Asie centrale.

6. Les Russes ont le droit d'établir des ports dans les localités de la rive gauche où ils le jugeront nécessaire et opportun. Le gouvernement du khan répond de la sécurité et de la conservation de ces ports. — La confirmation des localités choisies pour leur établissement dépend de l'autorité supérieure russe de l'Asie centrale.

7. Indépendamment de ces ports, les Russes ont le droit d'avoir des factoreries sur la rive gauche de l'Amou-Daria pour l'entrepôt et l'emmagasinage de leurs marchandises. — Le gouvernement du khan s'engage à délivrer pour l'établissement de ces factoreries, dans les localités qui seront désignées par l'autorité supérieure russe de l'Asie centrale, des terres inoccupées en quantité suffisante pour la construction des ports, des magasins, des emplacements destinés aux employés des factoreries, et à ceux qui y auront affaire, pour l'organisation des comptoirs des marchands et de fermes agricoles. Ces factoreries, avec tous ceux qui les habitent et les marchandises qu'elles

Nr. 5138.
Russland und
Chiwa.
24. Aug. 1873.

contiennent, sont placées sous la protection immédiate du gouvernement du khan, qui répond de leur sécurité et de leur conservation.

8. Toutes les villes et les villages du khanat de Khiva sont désormais ouverts au commerce russe. Les marchands et les caravanes russes peuvent circuler librement dans toute l'étendue du khanat et jouissent de la protection spéciale des autorités locales. Le gouvernement du khan répond de la sécurité des caravanes et des dépôts de marchandises.

9. Les marchands russes, faisant le commerce dans le khanat, sont affranchis du paiement du Ziaket et de toute espèce de redevance commerciale, de même que les marchands khiviens sont depuis longtemps exemptés du Ziaket, tant sur la route par Kazalinsk, qu'à Orenbourg et dans les ports de la mer Caspienne.

10. Les marchands russes jouissent du droit de transit gratuit pour les marchandises expédiées à travers les possessions khiviennes, dans tous les pays voisins.

11. Les marchands russes ont le droit d'avoir, s'ils le désirent, leurs agents (caravanbachis) à Khiva et dans les autres villes du khanat, pour les relations avec les autorités locales, et le contrôle de la marche régulière des affaires de commerce.

12. Les marchands russes ont le droit d'acquérir des propriétés immobilières dans le khanat. Celles-ci seront soumises à l'impôt foncier d'après un accord avec l'autorité supérieure russe de l'Asie centrale.

13. Les engagements commerciaux entre les Russes et les Khiviens doivent être strictement et inviolablement remplis de part et d'autre.

14. Le gouvernement du khan s'engage à examiner sans délai les plaintes et réclamations des sujets russes contre des Khiviens et, si elles se trouvent fondées, à y donner immédiatement satisfaction. Dans le cas de procès de la part de sujets russes et de Khiviens, les Russes auront la priorité sur les Khiviens pour le remboursement de leurs créances.

15. Les plaintes et réclamations des Khiviens contre des sujets russes, même dans le cas où ces derniers se trouvent dans les limites du khanat, sont soumises à l'examen et au jugement de l'autorité russe la plus proche.

16. Le gouvernement du khan n'admet dans aucun cas sur son territoire les divers émigrés venant de la Russie et se présentant sans être munis de permis à cet effet de la part des autorités russes, quelle que soit la nationalité à laquelle appartiennent ces émigrés. Si des criminels, sujets russes, cherchent un abri contre les poursuites légales dans les limites du khanat, le gouvernement du khan s'engage à les arrêter et à les livrer à l'autorité russe la plus proche.

17. La déclaration de Seïd-Mouhammed-Rahim-Boghadour-Khan, publiée le 12 du mois de juin dernier, concernant la libération de tous les esclaves dans le khanat et l'abolition à tout jamais de l'esclavage et du trafic des hommes, demeure en pleine vigueur et le gouvernement du khan s'engage à

veiller, par tous les moyens en son pouvoir, à la stricte et consciencieuse exécution de cette clause.

Nr. 5138.
Russland und
Chiwa.
24. Aug. 1873.

18. Une indemnité de 2,200,000 roubles est imposée au khanat de Khiva afin de couvrir les dépenses encourues par le trésor russe, pour les frais de la dernière guerre, provoquée par le gouvernement du khan et par le peuple khivien eux-mêmes. || Comme le gouvernement du khan n'est pas en état de payer cette somme à bref délai, vu l'insuffisance de l'argent tant dans le pays que dans les caisses de l'Etat, en considération de cette difficulté, la faculté lui est réservée de payer cette indemnité par termes, en comptant les intérêts à 5% par an, à condition que dans l'espace des deux premières années il soit versé au trésor russe cent mille roubles par an; dans les deux années suivantes, cent vingt-cinq mille roubles pour chaque année; en 1877 et 1878, cent cinquante mille roubles chaque année; puis, cent soixante-quinze mille roubles chacune des deux années suivantes; en 1881, c'est-à-dire dans huit ans, deux cent mille roubles, et enfin la même somme de deux cent mille roubles au moins par an jusqu'au paiement définitif. Les versements peuvent être effectués tant en billets de crédit russes qu'en monnaie ayant cours dans le khanat, selon le désir du gouvernement du khan. || Le terme du premier versement est fixé au 1^{er} décembre 1873. En compte de ce paiement, la faculté est accordée au gouvernement du khan de prélever l'impôt sur la population de la rive droite, pour l'année courante, dans la mesure existante jusqu'à ce moment; cette perception doit être terminée au 1^{er} décembre, à la suite d'une entente entre les percepteurs du khan et les autorités locales russes. || Les versements suivants doivent être effectués le 1^{er} novembre de chaque année jusqu'à l'entier paiement de l'indemnité avec les intérêts. || Dans 19 ans, c'est-à-dire au 1^{er} novembre 1892, après le paiement de 200 mille roubles pour la dite année, il restera encore au gouvernement du khan à payer 70,054 r. et le 1^{er} novembre 1893 il aura à verser les derniers 73,557 r. || Il est réservé au gouvernement du khan la faculté de payer plus que les sommes annuelles ci-dessus désignées, s'il désire diminuer le nombre des années de paiement et les intérêts à courir pour le restant de sa dette.

Ces conditions ont été stipulées et acceptées réciproquement par le gouverneur général du Turkestan, aide de camp général de Kaufmann 1^{er}, l'une part, et de l'autre par le souverain du Khiva, Seïd-Mouhammed-Rahim-Boghadour-Khan, et doivent être strictement exécutées et servir de règle permanente. || Fait à Gandemian (au camp de l'armée russe sous Khiva) le 12 août 1873 (le 1^{er} jour du mois de Radjab 1290).

Nr. 5139.

RUSSLAND und BUCHARA. — Vertrag vom 28. September/10. October 1873 nebst einleitender Note des Russischen Regierungs-Anzeigers vom 18/30. December 1873.

[Nach dem "Journal de St. Pétersbourg."]

Nr. 5139.
Russland und
Buchara.
10. Oct. 1873.

Dans son No. 258 de l'année 1872, le "*Messenger officiel*" a publié les *stipulations commerciales conclues en 1868 entre l'aide de camp général de Kaufmann, gouverneur général du Turkestan, et l'émir de Boukhara*. Ces stipulations ont servi de bases à l'établissement de rapports réguliers entre le khanat et la Russie. || L'émir s'est convaincu de plus en plus avec le temps du désir que nourrissait la Russie d'avoir en lui un voisin pacifique et amical et il a compris tout ce que la Boukharie aurait à gagner à voir les relations commerciales se développer sur une grande échelle. || Cette conviction sincère a permis de donner une assiette définitive aux stipulations commerciales précédemment conclues et un délégué chargé de pouvoirs du gouverneur général du Turkestan a conclu avec l'émir un *nouvel arrangement que nous reproduisons ci-après*. || Indépendamment d'une définition plus détaillée et plus approfondie des relations commerciales, cet arrangement contient la délimitation des nouvelles frontières de la Boukharie et du Khiva et porte l'abolition de l'esclavage et de la traite des esclaves dans le khanat.

Arrangement conclu entre l'aide de camp général de Kaufmann 1^{er}, gouverneur général du Turkestan, et l'émir de Boukhara, Seïd-Mouzaphar.

Article 1. La ligne frontière entre les possessions de Sa Maj. l'Empereur de toutes les Russies et celles de l'illustre émir de Boukhara est maintenue sans changements. || Tout le territoire khivien situé sur la rive droite de l'Amou-Daria, ayant été réuni aux possessions russes, l'ancienne frontière séparant les possessions de l'émir de Boukhara du khanat de Khiva et se dirigeant à l'ouest du lieu nommé Khal-ata dans la direction du *togaï Goughertly*, et qui se trouve sur la rive droite de l'Amou-Daria, est supprimée. Est réuni aux possessions de l'émir de Boukhara le territoire situé entre l'ancienne frontière boukharo-khivienne, la rive droite de l'Amou-Daria à partir de Goughertly jusqu'au *togaï Méchékly* inclusivement et la ligne se dirigeant de Méchékly jusqu'au point de réunion de l'ancienne frontière boukharo-khivienne avec les limites de l'Empire de Russie.

Art. 2. Le khanat de Khiva ne possédant plus la rive droite de l'Amou-Daria, toutes les routes suivies par les caravanes allant de la Boukharie dans la direction du Nord vers les possessions russes, traversent désormais exclusive-

ment des terres boukhares et russes. Les deux gouvernements russe et boukhare veilleront, chacun dans ses possessions respectives, à la sécurité du mouvement commercial et des caravanes sur ces routes.

Nr. 5139.
Russland und
Buchara.
10. Oct. 1878.

Art. 3. Les vapeurs russes et les autres navires russes du gouvernement, ainsi que les bâtiments qui appartiennent à des particuliers ont, à l'égal des navires boukhares, le droit de libre navigation sur la partie de l'Amou-Daria appartenant à l'émir de Boukhara.

Art. 4. Les Russes ont le droit d'établir des débarcadères et des entrepôts de marchandises partout où ils le jugeront nécessaire et commode sur les rives boukhares de l'Amou-Daria. Le gouvernement boukhare se charge de veiller à la sécurité et à la conservation de ces débarcadères et entrepôts. La ratification du choix des endroits où l'on se propose d'établir des débarcadères dépend de l'autorité supérieure russe dans l'Asie centrale.

Art. 5. Toutes les villes et tous les villages du khanat sont ouverts au commerce russe. Les marchands et les caravanes russes peuvent circuler librement par tout le khanat et jouissent d'une protection spéciale de la part des autorités locales. Le gouvernement boukhare répond de la sécurité des caravanes russes dans les limites du khanat de Boukhara.

Art. 6. Toutes les marchandises appartenant aux marchands russes transportées soit des possessions russes en Boukharie, soit de ce pays en Russie, sont soumises sans aucune exception à une taxe de deux et demi pour cent de leur valeur, tout comme on prélève dans le Turkestan un droit de quarantième des marchandises. Aucune taxe supplémentaire autre que celle-ci ne peut être prélevée en sus de ce *ziaket*.

Art. 7. Les marchands russes ont le droit de transporter à travers la Boukharie sans payer de taxe les marchandises en destination des pays voisins de ce khanat.

Art. 8. Les marchands russes sont autorisés à établir des caravansérails pour servir d'entrepôts à leurs marchandises dans toutes les villes boukhares où ils le jugeront nécessaire. Les marchands boukhares jouissent du même droit dans toutes les villes du Turkestan.

Art. 9. Les marchands russes sont autorisés à avoir dans toutes les villes de la Boukharie des agents commerciaux ayant pour mission de surveiller la marche régulière du commerce et la perception légale des droits de douane, et chargés d'entretenir avec les autorités locales les rapports que nécessite le trafic. Les marchands boukhares jouissent du même droit dans les villes du Turkestan.

Art. 10. Les engagements commerciaux conclus entre Russes et Boukhares doivent être remplis religieusement et consciencieusement de part et d'autre. Le gouvernement boukhare promet de veiller à la stricte exécution de tous les engagements commerciaux et en général à la régularité des affaires commerciales.

Art. 11. Les sujets russes ont à l'égal des sujets boukhares le droit de

Nr. 5139.
 Russland und
 Buchara.
 10. Oct. 1873.

s'occuper dans les limites de la Boukharie de toute espèce d'industrie et de métiers autorisés par le *charigat*, tout comme les sujets boukhares peuvent se consacrer dans les limites de l'Empire de Russie à toute espèce d'industrie et de métiers permis par les lois russes.

Art. 12. Les sujets russes ont le droit de posséder des immeubles dans le khanat, c'est-à-dire d'acquérir des maisons, des jardins et des terres arables. Ces immeubles paient le même impôt foncier que les propriétés des sujets boukhares. Ces derniers jouissent du même droit en Russie.

Art. 13. Les sujets russes entrent dans les possessions boukhares avec les permis délivrés par les autorités russes pour franchir librement la frontière; ils ont le droit de circuler par tout le khanat et jouissent d'une protection spéciale de la part des autorités boukhares.

Art. 14. Le gouvernement boukhare n'admet dans aucun cas sur son territoire des émigrés russes, à quelque nationalité qu'ils appartiennent, non munis de permis délivrés par les autorités russes. Si un criminel, sujet russe, se réfugie sur le territoire boukhare afin d'éviter le châtement qui l'attend de par la loi, les autorités boukhares sont tenues de l'arrêter et de le remettre entre les mains des autorités russes les plus proches.

Art. 15. Pour être en relations immédiates et non-interrompues avec l'autorité supérieure russe dans l'Asie centrale, l'émir de Boukhara choisit dans son entourage une personne de confiance qu'il établit à Taschkent en qualité d'envoyé et de fondé de pouvoirs. Cet envoyé réside, à Taschkent, dans une maison appartenant à l'émir et aux frais de celui-ci.

Art. 16. Le gouvernement russe peut de même avoir un représentant permanent à Boukhara auprès de la personne de l'illustre émir. Le représentant de la Russie à Boukhara, tout comme c'est le cas pour l'envoyé de l'émir à Taschkent, réside dans une maison appartenant au gouvernement russe et aux frais de celui-ci.

Art. 17. Par déférence pour l'Empereur de Russie et pour la plus grande gloire de Sa Majesté Impériale l'illustre émir de Seïd-Mouzaphar a résolu: que dorénavant le honteux commerce des hommes, si contraire aux lois de l'humanité, est aboli à tout jamais dans les limites de la Boukharie. Conformément à cette résolution Seïd-Mouzaphar transmettra immédiatement à tous ses beks des instructions très formelles dans ce sens; en outre il enverra dans les villes limitrophes du khanat où l'on amène les esclaves pour les vendre aux sujets boukhares, en sus des instructions précitées, des ordres spéciaux portant que dans le cas où, malgré les ordres de l'émir, des esclaves y seraient encore amenés, ils seront immédiatement enlevés à leurs propriétaires et mis en liberté.

Art. 18. L'illustre Seïd-Mouzaphar, désirant de toute son âme que les relations de bon voisinage qui existent depuis cinq ans déjà pour le bien de la Boukharie se développent et se consolident, se dirigera d'après les 17 articles ci-dessus, qui constituent l'arrangement amical entre la Russie et la

Boukharie. Cet arrangement est fait en double et chaque exemplaire est rédigé dans les deux langues russe et tourkmène. Comme preuve de ce que cet arrangement a été conclu par l'émir et qu'il lui servira de guide, ainsi qu'à ses successeurs, Seïd-Mouzaphar y a apposé son sceau. || Fait à Schaar le 28 septembre 1873, le 19^e jour du mois de Chabane de l'année 1209.

Nr. 5139.
Russland und
Buchara.
10. Oct. 1873.

Nr. 5140.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — Kenntnissnahme des Friedensvertrages mit Chiwa. Neue Besorgnisse wegen der Turkomanen-Stämme.

Foreign Office, January 7, 1874.

My Lord! — Her Majesty's Government have received from Mr. Doria, in his despatch of the 20th ultimo, a translation of the Treaty of Peace concluded between General Kaufmann and the Khan of Khiva, as published in the "Messenger Officiel" of ^{November 30}/_{December 12}. || By Article I the Khan of Khiva acknowledges himself to be the humble servant of the Emperor of Russia, and renounces the right of maintaining diplomatic relations, or of entering into Commercial or other Treaties with the neighbouring Rulers and Khans; and he further engages not to undertake military operations against them without the knowledge and permission of the Russian authorities in Central Asia. By subsequent provisions the whole of the territory belonging to Khiva on the right bank of the Oxus, together with the delta of that river from the point where the most westerly branch leaves the main stream, are ceded to Russia, who is also to have the exclusive control of the navigation of the Oxus, and the right of establishing, on the left bank of the river, factories, wharves, and the necessary buildings for the formation of commercial depôts in such localities as may be selected by the Russian authorities for the purpose. An indemnity of 2,200,000 roubles is, moreover, exacted from the Khan, the payment of which is extended over nineteen years, *i. e.*, till November 1892. || It also appears, that a fort is in course of construction on the right bank of the Oxus, near Shourakhan, and about thirty miles distant from the town of Khiva, due east, to receive a Russian garrison. || Her Majesty's Government see no practical advantage in examining too minutely how far these arrangements are in strict accordance with the assurances given to me in January last by Count Schouvalow as to the intentions with which the expedition against Khiva was undertaken. They are not disposed to share in the exaggerated apprehensions which have at times been expressed in this country as to the danger to British rule in India which may

Nr. 5140.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1874.

Nr. 5140.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1874.

arise from the extension of Russian influence in Central Asia. || At the same time each step of that progress renders it more desirable that a clear and frank understanding should continue to exist between the two countries as to the relative position of British and Russian interests in Asia, and it is with that object that Her Majesty's Government think it right on the present occasion to review the communications which have passed on the subject, and the position of affairs as they stand in respect of the future. In so doing they are fulfilling the wish expressed by Prince Gortchakow, in conversation with Sir A. Buchanan, on the 2nd of November, 1869, when he begged that Lord Clarendon might be told that, "as both Governments are free from all *arrière-pensées*, ambitious views, or unfriendly feelings towards each other, the more fully and frankly all questions connected with Central Asia are discussed between them, the more effectually will the 'mists' be blown away which, through the misrepresentations of over-zealous subordinate agents, may at any time hang over them." || In the spring of 1869 Lord Clarendon, in several conversations with Baron Brunnow, drew attention to the rapid progress of the Russian troops in Central Asia, and made a proposal for the "recognition of some territory as neutral between the possessions of England and Russia, which should be the limit of those possessions, and which should be scrupulously respected by both Powers." || Prince Gortchakow, to whom Baron Brunnow had communicated Lord Clarendon's suggestions, replied that "the idea of maintaining between the possessions of the two Empires in Asia a zone to preserve them from any contact" had always been shared by the Emperor, and he authorized Baron Brunnow to "repeat to Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State the positive assurance, that His Imperial Majesty looks upon Afghanistan as completely outside the sphere within which Russia may be called upon to exercise her influence. No intervention or interference whatever, opposed to the independence of that State, enters into his intentions." || Lord Clarendon answered, after expressing the thanks of Her Majesty's Government for the friendly feelings which had prompted Prince Gortchakow's communication, that the Secretary of State for India, having consulted those members of his Council who were well acquainted with the countries in question, had arrived at a decided opinion, that Afghanistan would not fulfil those conditions of a neutral territory that it was the object of the two Governments to establish, and that it was therefore thought advisable to propose that the Upper-Oxus should be the boundary line which neither Power should permit its forces to cross. || To this proposal, however, Prince Gortchakow objected, in a conversation which took place between him and Lord Clarendon at Heidelberg in the autumn of 1869, on the ground that a portion of country south of the Oxus was claimed by the Ameer of Bokhara, and that this might lead to differences between the Russian and English Governments. Further communications followed during the visit of Mr. Forsyth to St. Petersburg, and these resulted in an understanding, the

summary of which is thus stated by Prince Gortchakow in his despatch to Count Brunnow of the 1st November, 1871: — || 1. That the territory in the actual possession at the present moment of Shere Ali Khan should be considered to constitute the limits of Afghanistan. || 2. That beyond these limits the Ameer should make no attempt to exercise any influence or interference, and that the English Government should do all in their power to restrain him from any attempts at aggression. || 3. That, for their part, the Imperial Government should use all their influence to prevent any attack by the Ameer of Bokhara upon Afghan territory. || Prince Gortchakow further stated, in a conversation which he had with Sir A. Buchanan on the 1st November, 1869, that he felt assured that the advice of Russia to the Khan of Khokand to live in peace with his neighbours would be followed; and, with regard to Kashgaria, or Yarkand, he authorized the Indian Government to assure the Atalik Ghazee, who had recently established a Government in that country, "that Russia had no hostile intentions towards him, or any desire to make conquests in his territories." || Some delay not unnaturally occurred in the settlement of the boundary of Afghanistan, for it required an investigation into the condition of countries little known either to the British or to the Russian authorities. Ultimately, there was a difference of opinion between the two Governments upon the question, whether Badakshan and Wakhan did or did not form part of the provinces held by the Ameer. Her Majesty's Government gladly take this opportunity of again acknowledging the friendly and conciliatory spirit shown by the Imperial Government in the acceptance by them of the views advanced on the part of Great Britain, as to the frontier line of Afghanistan at these and other points. || Those views were stated, as you are aware, in my despatch to your Excellency of October 17, 1872, and the assent of the Imperial Government to the definition of the Afghan frontier as therein laid down, will be found in Prince Gortchakow's despatches to Baron Brunnow, of December 7, 1872, and January 19, 1873. || Such was the agreement arrived at between the two countries. On their part, Her Majesty's Government may fairly claim, that it has been faithfully executed to the full extent of their power. The influence of the Government of India has been successfully exercised to dissuade the Ameer of Afghanistan from interference in the affairs of Bokhara, and from any attempt at encroachment on the territories beyond his frontier; and their action in this respect has been acknowledged by the Russian Government. Advice of a similarly pacific character has been given by the Indian Government to the Ruler of Yarkand, and they have declined to exercise any interference in the affairs of Bokhara and Khiva, when appealed to, more than once, by Envoys from those countries. ; Her Majesty's Government bear willing testimony to the fact that the action of the Russian Government on various occasions has been in accordance with the same policy, as, for instance, in the efforts made by them to discourage any aggression by the Khan of Bokhara on the territories of

Nr. 5140.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1874.

Nr. 5140.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1874.

Afghanistan, and in the refusal of General Kaufmann to give any countenance to the designs of Abdul-Rahman-Khan, nephew of the Ameer of Afghanistan, upon the tranquillity of that country. || The Indian Government have repeated, and will continue to repeat, as opportunity may offer, advice in the same sense as that which they have hitherto given to the Ameer of Afghanistan, but it is not unnatural that that Ruler should feel and express some uneasiness at the rapid advance of Russian power towards his frontier. His apprehensions have been more especially roused by the reported intention to send a Russian expedition to capture Merv and reduce the Turcoman tribes of those parts, and he has applied to the Government of India for advice on the subject. || Rumours of such an expedition, to be undertaken in the ensuing spring, have reached Her Majesty's Government from various quarters. The plan has been recommended, as you are aware, by some of the most influential organs of the Russian press. The Turcoman tribes themselves state that they have received formal warning of such an intention from the Russian authorities, and are reported to have invoked the protection of Persia. It may indeed be true, that such an expedition is as yet discountenanced and disavowed by the Government at St. Petersburg, but past experience shows that it would be unwise to look upon the project as being, therefore, entirely out of the question. Circumstances may occur, as they have more than once occurred before, to force the Russian Government into a course to which they are on principle opposed. The difficulties of a Power like Russia, in dealing with wild tribes on its frontier, such as those in the deserts bordering on Khiva, are well described in Prince Gortchakow's Circular of the 21st of November, 1864. As soon as one territory is subdued, and the populations immediately bordering on it are reduced, more or less, to subjection, fresh aggressions are committed by more distant tribes. Fresh expeditions against these become necessary; and to give to these expeditions any lasting effect, fresh annexations and occupations are required. At the time of that Circular, and in order to obviate the inconveniences thus set forth, the determination was announced to adopt for the Russian possessions in Central Asia a final line of frontier, stretching from Lake Isyk-Kul to the Syr-Daria, and embracing the town of Tchemkend, which was to be fortified for the purpose. But in practice it was found impossible to adhere to this line. Expeditions against Bokhara had soon afterwards to be undertaken. Taschkend, Khojend, Jeezakh, and Samarkand were successively occupied. || Speaking to Lord Clarendon in September 1869, Prince Gortchakow stated that "the Emperor considered, and he entirely shared His Majesty's opinion, that extension of territory was extension of weakness, and that Russia had no intention of going further south." As a proof of this determination, he added, that it was the intention of the Emperor not to retain Samarkand. Difficulties, however, interfered with the restoration of Samarkand to the Ameer of Bokhara; first, in regard to the payment of the indemnity due by

that country to Russia, and later as to the protection of Russian interests which had grown up among the population, and as to the guarantees to be obtained against misconduct on the part of its future rulers; and although Sir A. Buchanan reported in July 1870, that Prince Orloff had been authorized by the Emperor to confirm the assurances given by Prince Gortchakow in the preceding year, still eventually, as was confessed by Prince Gortchakow himself in February last, the Imperial Government found, after an occupation of four years' duration, and in view of the advantages which it had conferred on the population of the city, that they could not with credit to themselves, nor in justice to the inhabitants, restore Samarkand to the Government of Bokhara, and on these grounds Russia has retained possession of it. It is unnecessary to retrace the series of circumstances which, in spite of the reluctance of the Russian Government, led to the recent expedition against Khiva. In the face of these events it would be unwise not to contemplate the possibility, that considerations of self-defence, or the necessity of punishing acts of plunder and hostility, may eventually give occasion for a Russian expedition against the Turkoman tribes. Those tribes have now applied to the Ameer of Cabul for advice as to the attitude which they should assume towards the Russians, and he, in his turn has consulted the Government of India as to the reply which he should make. He has at the same time expressed his apprehensions, that the result of a Russian expedition against Merv will be to drive the Turkomans to take refuge in the province of Badghees in Herat. This, the Ameer fears, will lay him open to a demand from the Russian authorities, that he shall either prevent the Turkomans from committing aggressions, or permit the Russian forces to enter the territories of Afghanistan for the purpose of punishing the hostile tribes. An incident of this kind occurred, as you are aware, not long ago on the Persian frontier, and led to a correspondence between the Russian and Persian Governments. The advice given by the Government of India has been in conformity with the policy hitherto pursued. The Ameer has been warned, that he should avoid taking any course which would make him responsible for lawless or hostile proceedings on the part of the Turcoman tribes. The Viceroy of India has at the same time endeavoured to reassure him as to the safety of his territories from any aggression or attack on the part of Russia. In face of the agreement which exists between the two countries, it is unnecessary for Her Majesty's Government to make any profession of their conviction that Afghanistan is perfectly secure from any hostile designs on the part of Russia. They think it best, however, to bring the fears entertained by the Ameer to the knowledge of the Russian Government, and to express their earnest hope that the question of any further expedition against the Turkoman tribes may be carefully considered, in conjunction with the results which the Ameer of Cabul apprehends may ensue from it. They think it right to state candidly and at once that the independence of Afgha-

Nr. 5140.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1874.

Nr. 5140.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1874.

nistan is regarded by them as a matter of great importance to the welfare and security of British India and to the tranquillity of Asia. Should the Turkoman tribes be driven into the neighbourhood of Herat, now or hereafter, in consequence of any military operations effected by Russian power, the Ameer might labour under a double hardship: first, in the disturbance of his dominions; secondly, if he were held responsible for controlling tribes of that wild race and restraining them from incursions upon the country from which Russia had expelled them. On the one hand, it does not appear how he could justly be held responsible in such circumstances, and, if he were so held, he would have a strong claim to consideration on the part of all such as rightly appreciate his position; on the other hand, questions might thus be raised, which it was the object of the engagement entered into between Great Britain and Russia to obviate, and which it cannot be the interest of either country to revive. || You will read this despatch to Prince Gortchakow, and give him a copy of it. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5141.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London.
— Beschwichtigung der englischen Besorgnisse.

St. Pétersbourg, le 21 janvier, 1874.

Nr. 5141.
Russland.
2. Febr. 1874.

J'ai l'honneur de transmettre ci-près à votre Excellence copie d'une dépêche de Lord Granville dont Lord A. Loftus a été chargé de nous donner communication. || J'ai exprimé à M. l'Ambassadeur d'Angleterre toute la satisfaction que nous éprouvons à voir le jugement équitable porté par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur les questions que nous sommes appelés à traiter en commun en Asie. || A mon avis l'entente est complète. Elle repose non seulement sur la loyauté des deux Gouvernements, mais sur des avantages politiques réciproques d'une évidence palpable. Tant qu'ils seront animés d'un esprit de mutuelle bienveillance et de conciliation, aucune mésintelligence politique n'est à prévoir entre eux. || Pour notre part, nous restons invariablement fidèles au programme tracé d'un commun accord tel qu'il est sorti de mes entretiens avec Lord Clarendon et qu'il s'est développé et précisé dans les pourparlers entre les deux Cabinets. || J'ai réitéré à Lord A. Loftus l'assurance positive que le Cabinet Impérial persiste à considérer l'Afghanistan comme entièrement en dehors de sa sphère d'action. || Si de part et d'autre les deux Gouvernements emploient leur ascendant sur les Etats placés dans le rayon de leur influence naturelle afin de les détourner de toute agression, il y a lieu d'espérer qu'aucune collision violente ne viendra troubler le repos

de l'Asie Centrale et interrompre l'oeuvre civilisatrice qu'il est du devoir et de l'intérêt des deux grands Empires de mener à bonne fin. || Pour ce qui nous concerne c'est dans ce sens que nous agissons à l'égard des Khanats qui nous avoisinent. Nous comptons avec pleine confiance que le Gouvernement des Indes en agira de même vis-à-vis de l'Emir de Caboul, et nous ne doutons pas qu'il n'ait les moyens de s'en faire écouter. || Quant au danger éventuel que Lord Granville nous signale et sur lequel Shir Ali paraît avoir déjà appelé l'attention du Gouvernement des Indes, c'est à dire que les tribus nomades des Turcomans chassées par nos troupes ne reviennent chercher assistance ou refuge sur le territoire de Hérat et n'amènent un conflit entre nous et l'Afghanistan, j'ai dit à Lord A. Loftus que nous n'avions aucune intention d'entreprendre une expédition contre les Turcomans; il dépendait entièrement d'eux de vivre en bonne intelligence avec nous et de tirer même profit de notre voisinage et des voies que nous nous efforçons d'ouvrir au commerce pacifique; mais si ces tribus turbulentes se livraient à des agressions et à des brigandages contre nous, force nous serait de les châtier. C'est là une de ces nécessités que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique connaît par sa propre expérience, et à laquelle aucun Gouvernement en contact avec des populations sauvages ne saurait se soustraire. Nous sommes en tout cas les premiers à désirer que ce châtiment, s'il y a lieu, puisse être infligé le plus près possible de nos frontières. || Lord A. Loftus a recueilli les mêmes assurances de la bouche de notre auguste Maître et a dû en rendre compte à son Gouvernement. || J'ai ajouté que bien que l'éventualité signalée par Shir Ali soit peu probable, l'Emir de Caboul peut contribuer à en éloigner la possibilité en faisant nettement comprendre d'avance aux Turcomans que s'ils provoquent des mesures de rigueur par des actes de déprédation contre nous, ils ne doivent compter de sa part sur aucune assistance ni aucune protection. || Le Gouvernement des Indes est certainement en mesure de lui faire parvenir ce conseil sous une forme qui en assure l'efficacité. || Veuillez porter ces réflexions à la connaissance de Lord Granville et réitérer à son Excellence la conviction où nous sommes que les deux Gouvernements ont un égal intérêt à ne point permettre, que leurs bonnes relations soient troublées par les intrigues des Khans Asiates, et que si longtemps que tous deux marcheront d'accord dans un sentiment de mutuelle confiance et de bon vouloir réciproque, la tranquillité de l'Asie Centrale sera suffisamment garantie contre toutes les éventualités. || Recevez, etc.

G o r t c h a k o w.

Nr. 5142.

OESTERREICH-UNGARN. — Aus der Sitzung des Finanzausschusses der Reichrathsdelegation vom 9. Mai 1874¹⁾.

Pest, 9. Mai.

Nr. 5142.
Oesterreich-
Ungarn.
9. Mai 1874.

In der heute stattgefundenen Sitzung des Finanzausschusses der Reichsrathsdelegation interpellirte der Berichterstatter Dr. Schaup anlässlich der Berathung des Budgets des Ministeriums des Aeussern den Minister des Aeussern darüber, welche Stellung derselbe gegenüber den provocatorischen Aeusserungen seitens des Vaticans anlässlich der in Oesterreich erlassenen confessionellen Gesetze eingenommen.

Graf Andrassy erwiederte hierauf: Es sei in Angelegenheiten der Encyklica von Seite des Ministeriums des Aeussern eine einzige Note erlassen worden. Er bedauere, dieselbe dem vollen Texte nach nicht mittheilen zu können. Er bedauere dies speciell deshalb, weil er zwar, worauf er stets zurückkommen müsse, nicht glaube, dass irgend ein Rothbuch von der Thätigkeit des Ministeriums des Aeussern auch nur ein annäherndes, geschweige denn ein vollkommen erschöpfendes Bild geben könne, es aber dafür um so nothwendiger erachte, dass der Delegation das volle Recht gewahrt werde, in allen Fragen der auswärtigen Politik die möglichst eingehenden Aufklärungen zu erhalten, ja, soweit es nur immer angehe, die betreffenden Dokumente selbst einsehen zu können. || In diesem Falle jedoch könne dies aus dem speciellen Grunde nicht geschehen, weil die Note bloss die Ergänzung eines Privatschreibens bilde, welches Se. Majestät an den Papst gerichtet hat. Die Note hatte die Bestimmung, die Darlegung der persönlichen Motive, welche Se. Majestät in Seinen Entschliessungen geleitet, zu vervollständigen. Der volle Text des Schriftstückes entziehe sich daher der Mittheilung, nicht etwa des Inhaltes wegen, welcher das volle Tageslicht in keiner Beziehung zu scheuen habe, sondern ausschliesslich wegen der Form. Der Minister skizzirt hierauf den Inhalt der Note ungefähr in folgender Weise: || Die Note hat vor Allem die Ansicht ausgesprochen, dass diejenigen, welche die Encyklica inspirirt haben, vielleicht weniger von dem Bestreben geleitet waren, einer Collision zwischen Kirche und Staat vorzubeugen, als vielmehr von dem Wunsche, eine solche zu provociren. Die Note hat durchaus nicht, wie von mancher Seite behauptet worden, das Recht des Papstes, in kirchlichen

¹⁾ Das österreichische Rothbuch Nr. 8 vom April 1874 enthält keine allgemeine Uebersicht und keine Actenstücke von allgemein politischem Interesse. Die hier mitgetheilten Erklärungen des gemeinsamen Ministers des Auswärtigen, Grafen Andrassy, im Finanzausschusse der Reichsrathsdelegation vertreten einigermaassen deren Stelle
A. d. Red.

Dingen den Bischöfen seine Meinung mitzutheilen, in Frage gezogen; aber sie hat entschieden bedauert, dass die Encyklica über diese Grenze hinaus ein verdammendes Urtheil in Dingen gefällt hat, die durchaus nicht dogmatischer Natur, sondern in dem souveränen Gesetzgebungsrechte des Staates begründet sind. || Weiter erklärt die Regierung in der Note, dass sie auch in dieser zu ihrem Bedauern erschwerten Lage trachten werde, nichts zu thun, was eine Collision zwischen Kirche und Staat provociren würde, dass dies aber nur dann möglich sei, wenn gerade im Gegensatz zu dem entschieden und absolut verdammenden Urtheile der Encyklica den Bischöfen der Rath ertheilt werde, den Gesetzen des Staates Folge zu leisten. || Zum Schlusse erklärt die Note, dass in dem Falle, als gegen alle Voraussetzung der innere Friede dadurch gefährdet werden sollte, dass den sanctionirten Gesetzen von Seite des Klerus nicht Folge geleistet würde, sich die Regierung eben so wohl berechtigt wie verpflichtet erachte, die Rechte des Staates zu wahren, und dass dieselbe auch die Ueberzeugung habe, dass es ihr gelingen werde, den Gesetzen volle Geltung zu verschaffen.

Nr. 5142.
Oesterreich-
Ungarn.
9. Mai 1874.

Auf die weitere Anfrage des Berichtstatters, ob Se. Excellenz über einen Erfolg dieses Schrittes Mittheilungen zu machen in der Lage wäre, erwiedert der Minister, die Note sei nicht darauf berechnet gewesen, eine Gegenantwort zu provociren, und es sei auch eine solche nicht erfolgt; er habe keinen Anhaltspunkt, von einem thatsächlichen Erfolge des Schrittes zu berichten; aber auch über das Gegentheil könne er nicht klagen, denn es scheine vielmehr eine gewisse Beruhigung eingetreten zu sein.

Eine weitere Frage des Berichtstatters, welcher an die jüngsten Erörterungen im englischen Parlamente und an die Mittheilungen der „Times“ bezüglich der Anwesenheit Victor Emanuel's in Berlin anknüpfte, gab dem Minister Gelegenheit zu einigen Andeutungen über die momentane europäische Lage, welche er als den Frieden in keiner Weise bedrohend erachtet.

Auf eine Aufforderung des Delegirten Dr. Gross, dass der Minister im Allgemeinen unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten und die europäische Lage charakterisire, erklärte Graf Andrassy, er müsse, wenn die Frage sich dahin zuspitze, ob er in nächster Nähe eine Kriegsgefahr sehe, absolut mit „nein“ antworten; auf wie lange aber der Friede gesichert sei, darüber könne er keine Aufklärung geben, und er glaube, es lebe in ganz Europa Niemand, der dies könnte; so viel aber müsse er wohl aussprechen: „Er kenne keine Regierung, die heute den Frieden zu stören gedächte.“ Unleugbar jedoch bestehen grosse Antagonismen zwischen einzelnen Völkern, Gefühlen und Interessen, welche es nicht gestatten, den Frieden auf lange Zeit als vollkommen sicher zu betrachten. Was unsere Monarchie betrifft, so müsse er zweierlei betonen: das Eine ist, dass unsere Stellung zu den übrigen Mächten, wenn auch nicht sie allein den Frieden erhält, doch sowohl in den Beziehungen zu den Nachbarreichen wie den anderen Staaten gegen-

Nr. 5142. über wesentlich zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe und beitragen
Oesterreich- werde. Das Andere ist, dass die Mittel, diese Action auch für die Zukunft
Ungarn. wirksam zu machen, immer nur darin bestehen, die Kraft der Monarchie der-
9. Mai 1874. art zu erhalten, dass sie stark genug sei, so lange es möglich den Frieden,
unter allen Umständen aber ihre eigenen Interessen zu wahren.

Eine Aeusserung des Delegirten Scrinzi, er glaube den Aeusserungen des Ministers entnehmen zu können, dass die vielfachen persönlichen Begegnungen der Monarchen eine grosse und ziemlich beruhigende Garantie des Friedens boten, veranlasste den Minister, zu bemerken, dies sei der ausschliessliche Zweck des persönlichen Meinungsaustausches zwischen den Monarchen und ihren Ministern gewesen; er habe es für um so unnöthiger erachtet, den mannigfachen Zeitungsversionen zu begegnen, welche anlässlich der letzten Entrevue über politische Abmachungen, Theilung des Orients oder eine neue Richtung in der auswärtigen Politik laut geworden, weil dieselben Nachrichten schon bei der Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Berlin aufgetaucht und wieder spurlos verschwunden sind und es deshalb ohnehin klar erscheint, dass, wenn so weittragende Pläne oder gegen irgend jemanden gerichtete Allianzen nicht geplant wurden, als alle drei Mächte vertreten waren, dies noch weniger durch zwei derselben geschehen könne.

Delegirter Scrinzi weist auf die betrübende Wahrnehmung hin, dass der Seehandel und die damit zusammenhängende Schifffahrt in den letzten Jahren Rückschritte mache; insbesondere sei Triest in dieser Beziehung zurückgegangen. Redner fragt, ob der Minister die Ursachen der geringen Betheiligung des österreichischen Handels an dem maritimen Verkehre zum Gegenstande seines besonderen Studiums machen wolle. Graf Andrassy erwiedert, es liege innerhalb des Kreises der Verpflichtung des Ministers des Aeussern, die Beziehungen mit den übrigen Mächten im Interesse des Handels zu erweitern und zu regeln, und dies sei seinerseits durch die Anbahnung von Handels- und Schifffahrtsverträgen stets geschehen. Insbesondere habe ihn auch anlässlich der Reise Sr. Majestät nach Russland die Ueberzeugung geleitet, dass möglichst innige Handelsbeziehungen die beste Garantie des Friedens gewähren. Desgleichen sei das auswärtige Amt in der letzten Phase der Suezkanal-Frage neuerdings auch mit Erfolg bemüht gewesen, speciell die Interessen des österreichisch-ungarischen Seehandels zu wahren. Was jedoch die Fluctuationen des Handelsverkehrs und auch ihre Ursachen anbelangt, so gehören derlei Angelegenheiten in das Ressort der Handelsministerien. Das Ministerium des Aeussern werde man stets bereit finden, mitzuwirken; auch seien Verbindungen nachdrücklich geltend zu machen, wo es die Pflege der Handelsinteressen gilt. Allein eine Initiative in dem angedeuteten Sinne zu ergreifen, läge ausserhalb seiner berufsmässigen Berechtigung.

Delegirter Dumba regt die Frage der Erbfähigkeit österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger im Gebiete des osmanischen Reiches an und giebt

eine eingehende Schilderung der diesfalls bestehenden Verhältnisse, welche den österreichischen Staatsangehörigen zwar einige Begünstigungen, aber keineswegs die volle Reciprocität sichert.

Nr. 5142.
Oesterreich-
Ungarn.
9. Mai 1874.

Er beantragt eine Resolution des Inhalts: der Minister des Aeussern sei aufzufordern, im Einvernehmen mit den beiden Regierungen dahin zu wirken, dass die gegen die Successionsfähigkeit österreichisch-ungarischer Unterthanen im Oriente bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden.

Graf Andrassy bezeichnet diesen Gegenstand als in sein Ressort gehörig und giebt seiner vollen Bereitwilligkeit Ausdruck, in diesem Sinne im Einvernehmen mit den beiden Ministerien seine Thätigkeit einzusetzen.

Sectionschef Freih. v. Hofmann giebt noch eine sachliche Darstellung des bezüglichen Verhältnisses, welche die Angaben Dumba's bestätigt, und bemerkt, die Regierung habe Ursache, diese Resolution zu begrüßen. Die Resolution wird in Folge dessen zur Annahme empfohlen werden.

Delegirter Dumba hebt hervor, wie wünschenswerth im Interesse des österreichischen Handelsabsatzes die Pflege guter Beziehungen zu Rumänien sei, und fragt, ob es wahr sei, dass die Stellung, welche die österreichisch-ungarische Regierung dem diplomatischen Agenten für Rumänien einräume, eine minder günstige sei als in anderen Ländern, und ob dieser Umstand nicht den Beziehungen zu Rumänien abträglich werde. Graf Andrassy kann dem Interpellanten die nachdrückliche Versicherung geben, dass der Agent Rumäniens in Wien genau dieselbe Stellung einnehme wie allenthalben, wo eine besondere Vertretung der Donau-Fürstenthümer bestehe, und fügt hinzu, dass das Ministerium des Aeussern keine Gelegenheit verabsäume, um die Handelsbeziehungen zu diesem Ländergebiete erspriesslich zu regeln.

Nach Beantwortung einer Frage des Delegirten Grafen Coronini, betreffend die noch schwebende Grenzregulirung gegen Italien längs des Ausflusses, regt Fürst Czartoryski die Frage an, ob die Publication des Rothbuches nicht zu unterlassen sei. Dass die Institution sich überlebt habe, sei durch den Umstand erwiesen, dass noch keines dieser Hefte zu eingehenden Discussionen Anlass gegeben habe. Dr. Giskra spricht sich gegen diese Abschaffung aus; die Rothbücher haben im Gegentheil zur Beurtheilung der Ziele und Mittel unserer Politik dankenswerthe Aufschlüsse gegeben, und es sei rathsam, weder die Delegation in ihrem Rechte, mittels der Rothbücher Aufklärungen zu verlangen, noch den Minister in der Möglichkeit, durch dieselben Aufschlüsse zu geben, zu beschränken.

Graf Andrassy wiederholt seine oft ausgesprochene Ansicht von dem Werthe der Rothbücher und glaubt, dass die Thätigkeit des Ministeriums nur nach dem Erfolge richtig zu beurtheilen sei; dennoch könne er eine gänzliche Abschaffung der Institution nicht provociren, da sich oft die Möglichkeit bieten kann, dass derlei Publicationen beiderseits wünschenswerth erschienen. Er betrachte das Rothbuch als eine Mitgarantie des constitutio-

Nr. 5142.
Oesterreich-
Ungarn.
9. Mai 1873.

nellen Lebens. Fürst Czartoryski erklärt, in Folge dieser Aeusserungen keinen Antrag stellen zu wollen.

Zu dem Titel „diplomatische Auslagen“ stellt Dr. Giskra die Frage, ob die Creirung der persischen Gesandtschaft bereits Erfolge aufzuweisen habe. Nach eingehenden Aufschlüssen über die hohe Wichtigkeit der Vertretung Oesterreich-Ungarns als einer Grossmacht im Allgemeinen auch bei jenen Staaten, wo directe Interessen im Momente nicht im Vordergrunde stehen, wo aber europäische Interessen von allgemeiner Wichtigkeit in ihrer Austragung die Mitwahrung der eigenen Interessen nothwendig erscheinen lassen, weist der Minister die schon bisher erlangten Resultate dieser Gesandtschaft auf politischem und commerciellem Gebiete des Näheren nach und betont erneuert die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung dieser Gesandtschaft.

Delegirter Dumba wünscht die Vertretung Oesterreich-Ungarns im Oriente auf allen Punkten möglichst gewahrt und plädirt daher für die Aufrechterhaltung dieser Gesandtschaft, was auch beschlossen wird.

Dr. Gross beantragt, den Botschafterposten bei der Curie zu streichen. Der Kirchenstaat habe als solcher aufgehört, Oesterreich stehe der Curie als einem confessionellen Oberhaupte gegenüber, das zufällig im Auslande weilt. Die Gesandtschaft am italienischen Hofe vermöchte die etwaigen Geschäfte der Botschaft zu versehen. Graf Andrassy erwiedert: Allerdings habe der Kirchenstaat als Staat aufgehört, zu existiren; allein von ganz Europa sei dem Oberhaupte der katholischen Kirche die Exterritorialität und Souveränität gewahrt sowie das Recht zuerkannt worden, diplomatische Vertretungen zu bestellen und zu empfangen. Wenn schon keine der Mächte auf dieses Recht verzichtet habe, so liege für Oesterreich-Ungarn gewiss kein geringes Interesse vor, dasselbe auszuüben.

Der Minister erinnert, wie sich gerade jetzt der Scheidungsprocess zwischen weltlicher und kirchlicher Macht in ganz Europa vollziehe und wie speciell der österreichisch-ungarischen Regierung nicht bloss die Interessen von 28 Millionen katholischer Unterthanen und deren Rechte, sondern auch insbesondere die Rechte des Staates und die Rechte des Kaisers und Apostolischen Königs zu vertreten obliege, die nicht aufgegeben werden können. Die bestehende Repräsentanz mit jener am Hofe des Königs von Italien zu verschmelzen, erscheine absolut unthunlich angesichts der Beziehungen, wie sie zwischen der Curie und der italienischen Regierung notorisch bestehen. Es bleibe sonach nur die Herabsetzung der Botschaft zu dem Range einer Gesandtschaft, was lediglich eine finanzielle Maassregel wäre, deren materieller Erfolg jedoch bei den ohnehin schon vorgenommenen Reductionen der Bezüge verschwindend klein und keineswegs geeignet sein würde, den Abbruch aufzuwägen, den hiedurch die Prärogative der Stellung unseres Vertreters erlitten.

Der Antrag des Dr. Gross wird hierauf abgelehnt und das Budget des Ministeriums des Aeussern in allen seinen Positionen conform der Regierungsvorlage angenommen.

Libanon-Angelegenheit*).

Nr. 5143.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel (Graf Ludolf) an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Rustem Bey an Stelle Franco Pascha's zum Gouverneur des Libanon designirt.

Constantinople, le 15 janvier 1873.

J'ai eu l'honneur d'annoncer à Votre Excellence le 11 de ce mois télégraphiquement l'acceptation par Rustem Bey, du poste de Gouverneur Général du Mont Liban. Sous peu Khalil Pacha convoquera les Représentants des Puissances signataires du Règlement concernant la Montagne, pour nous communiquer officiellement les motifs qui doivent décider la Sublime Porte de mettre Franco Pacha à la retraite et pour demander notre assentiment à son remplacement par Rustem Bey. || Autant que j'ai pu m'en assurer, ce choix ne rencontrera aucune objection de la part des autres Représentants et j'ose espérer que Votre Excellence voudra bien m'autoriser à y consentir de mon côté. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5143.
Oesterreich-
Ungarn.
15. Jan. 1873.

Ludolf.

Nr. 5144.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Rustem Pascha wünscht zehnjährige Amtsdauer.

Constantinople, le 2 avril 1873.

Rustem Pacha, désigné pour le poste de Gouverneur Général du Mont Liban, est venu me voir ces jours-ci et a confirmé la supposition énoncée dans le postscriptum de mon très humble rapport du 28 mars, qu'il désirait obtenir, pour la durée de son administration, un terme plus long que celui de 3 ans, prévu par le projet de protocole concernant sa nomination au poste précité. Rustem Pacha m'a même déclaré, qu'il ne saurait se contenter du terme de 5 ans, jadis accordé à Daoud Pacha, mais qu'il était obligé d'insister sur celui de 10 ans, dont avait joui son prédécesseur Franco Pacha.

Nr. 5144.
Oesterreich-
Ungarn.
2. April 1873.

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. I Nr. 40, 41, Bd. VIII Nr. 1810—15', Bd. X Nr. 2098—2107 und Bd. XVI Nr. 3555, 3556.

Nr. 5144.
Oesterreich-
Ungarn.
2. April 1873.

Il a motivé cette demande par la circonstance qu'un terme plus restreint impliquerait non seulement un certain manque de confiance, mais donnerait aussi à sa nomination un caractère de provisoire, qui pourrait facilement nuire au prestige de son autorité vis-à-vis des populations de la Montagne. || En attendant et jusqu'à ce que la Sublime Porte se soit prononcée sur la demande de Rustem Pacha, la réunion de la Conférence reste provisoirement suspendue. || Veuillez agréer, etc.

Ludolf.

Nr. 5145.

OESTERREICH-UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Zustimmung der Pforte zur zehnjährigen Amtsdauer.

Constantinople, le 12 avril 1873.

Nr. 5145.
Oesterreich-
Ungarn.
12. April 1873.

La Sublime Porte s'est laissé convaincre par les représentations de Rustem Pacha, dont j'ai fait mention dans mon très humble rapport du 2 de ce mois, et a consenti à fixer la durée de son administration dans le Liban à 10 ans, conformément à ce qui s'est pratiqué lors de la nomination de son prédécesseur. || Le projet de protocole à signer par les Représentants, relativement à la nomination de Rustem Pacha, a donc dû être changé dans le sens de ce qui précède et j'ai l'honneur de soumettre à Votre Excellence ci-joint une copie de sa nouvelle rédaction. || Mercredi prochain, 16 de ce mois, les Représentants étrangers devront se réunir chez le Ministre des affaires étrangères pour procéder à la signature de ce protocole. || J'espère que Votre Excellence voudra bien m'approuver si j'ai cru pouvoir consentir au terme de 10 ans, puisque les raisons alléguées par Rustem Pacha en faveur de cette prolongation ont incontestablement une certaine valeur et qu'il serait difficile d'alléguer un motif valable pour refuser aujourd'hui à Rustem Pacha ce qu'on a cru pouvoir accorder jadis à Franco Pacha. || Le nouveau Gouverneur du Liban compte se rendre le lendemain de la signature du protocole à son poste, où il est attendu avec impatience. || Veuillez agréer etc.

Ludolf.

Nr. 5146.

OESTERREICH-UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Uebersendung des Protokolls über die Ernennung Rustem Pascha's.

Constantinople, le 24 avril 1873.

Dans mon très humble rapport du 12 courant, j'avais eu l'honneur de dire que le 16 de ce mois devait avoir lieu la signature du protocole relatif à la nomination de Rustem Pacha au poste de Gouverneur de Mont Liban. || Le changement dans le grandvisirat qui est intervenu dans l'entretemps et quelques difficultés soulevées par la France au sujet de l'extension de la durée de l'administration de Rustem Pacha de 3 à 10 ans, ont encore une fois retardé la signature du protocole qui n'a pu se réaliser que le 22 de ce mois. || Je m'empresse de soumettre ci-joint à Votre Excellence l'original de ce protocole, dont le texte présente quelques différences avec celui du projet qui se trouve annexé à mon rapport susdit du 12 avril. || Ces modifications ont été proposées par M. l'Ambassadeur de France dans le but de préciser davantage que les signataires du protocole n'entendraient confirmer la nomination de Rustem Pacha que pour le terme de dix ans. M. le Comte de Vogüé a cru devoir insister sur une rédaction qui laisserait plus clairement ressortir cette pensée, puisque le protocole du 27 juillet 1868, auquel se réfère celui que nous venons de signer, n'avait pas tracé une limite fixe à la durée de l'administration du prédécesseur de Rustem Pacha et s'était borné à déclarer seulement qu'elle ne serait pas moindre de dix ans. || Or, ce qui en 1868 était adopté comme un minimum de la durée de l'administration de Franco Pacha, devait aujourd'hui, de l'avis du gouvernement français, être considéré comme le maximum de ce qu'on concéderait pour le moment à Rustem Pacha. || Cette limitation ne devait pourtant pas exclure la possibilité de prolonger ce terme, s'il y avait lieu, aussi en faveur de Rustem Pacha, mais une pareille concession supposerait alors et après l'expiration de 10 ans une nouvelle entente entre la Sublime Porte et les Représentants des Puissances signataires du présent protocole. || Puisque Safvet Pacha a fini par admettre la rédaction proposée par M. l'Ambassadeur de France et que les autres Représentants n'avaient aucun motif pour s'y opposer, elle a été adoptée à l'unanimité et le projet ainsi modifié a servi de modèle au protocole que j'ai eu l'honneur de soumettre à l'approbation de Votre Excellence. || Rustem Pacha compte se rendre à son poste par le bateau du Lloyd, qui part d'ici le 1^{er} mai directement pour Beirout. || Veuillez agréer, etc.

Ludolf.

B e i l a g e.

Protocole.

Nr. 5146.
Türkei und
Grossmächte.
22. April 1873.

Le poste de Gouverneur du Liban étant devenu vacant par suite du décès de Franco Nasri Pacha, Sa Majesté Impériale le Sultan a daigné nommer Rustem Pacha, ex-Ambassadeur à St. Pétersbourg, en qualité de nouveau Gouverneur. || Les Représentants des Puissances signataires du Règlement organique du Liban, en date du 9 juin 1861¹⁾, de celui du 6 septembre 1864²⁾ et du protocole du 27 juillet 1868³⁾, réunis en conférence chez le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Sultan, ont été unanimes pour constater, par le présent protocole, l'accord préalable qui, à l'occasion de cette nomination, s'est établi entre eux et la Sublime Porte. || La Sublime Porte, ainsi que les Représentants des Puissances déclarent maintenir les dispositions des protocoles du 28 juillet 1868, relatives au terme de dix ans assigné aux pouvoirs du Gouverneur, et maintenir en même temps celles des dispositions des protocoles antérieurs qui n'ont pas été modifiées ou qui ont été confirmées par le dit protocole. || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent protocole et y ont apposé le sceau de leurs armes. || Fait à Constantinople, le vingt-deux avril dix-huit cent soixante-treize.

(l. s.) Safvet m. p.

(l. s.) Ludolf m. p.

(l. s.) Keudell m. p.

(l. s.) Voguë m. p.

(l. s.) Henri Elliot m. p.

(l. s.) H. Cova m. p.

(l. s.) N. Ignatiew m. p.

Suezkanal-Angelegenheit*).

Nr. 5147.

OESTERREICH-UNGARN. — Consul in Suez an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Beabsichtigte Tarif-Erhöhung.

Suez, den 30. März 1872.

Nr. 5147.
Oesterreich-
Ungarn.
30. März 1872.

Soeben erhalte ich von der Suezkanal-Verwaltung die Mittheilung, dass in Zukunft bei der Bemessung des Tonnengehaltes der durch den Kanal

¹⁾ S. Staatsarchiv Bd. I Nr. 40.

A. d. Red.

²⁾ S. Staatsarchiv Bd. VIII Nr. 1813.

A. d. Red.

³⁾ S. Staatsarchiv Bd. XVI Nr. 3555.

A. d. Red.

^{*)} Vgl. Staatsarchiv Bd. VIII, Bd. XII Nr. 2642—47 und Bd. XVII.

A. d. Red.

gehenden Schiffe nach Zuschlag von 30% für englische Segel- und 43% für deren Dampfschiffe die englische Tonne maassgebend sein soll, und dass Schiffe anderer Nationalitäten die nach dieser Weise zu berechnende Durchfahrtsgebühr von 10 Francs per Tonne zu entrichten haben werden. || Diese neue Bemessung soll mit 1. Juli l. J. in Kraft treten, und wird für unsere Schiffe im Verhältnisse zu der bisherigen Taxe eine Mehrausgabe von ebenfalls 43%, nach Aussage der Kanalverwaltung aber von nur 38% nach sich ziehen. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 5147.
Oesterreich-
Ungarn.
30. März 1872.

R é m y - B e r z e n c o v i c h.

Nr. 5148.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Schritte gegen die Erhöhung des Kanaltarifses.

Konstantinopel, den 2. Juli 1872.

Ich hatte die Ehre, das hohe Telegramm vom 28. v. M. am Morgen des 29. zu erhalten, welches mich beauftragt, die bons offices der Pforte bei dem Khediv anzusuchen, damit die für den 1. l. M. beabsichtigte Activirung des neuen Suezkanal-Gebührentarifses suspendirt werde. || Da ich mich noch am selben Tage zu Server Pascha verfügte, so trug ich ihm auch diese Angelegenheit vor und erhielt von dem Herrn Minister die Entgegnung, er habe bereits, ehe noch der Khediv hier eingelangt war, denselben telegraphisch ersucht, Herrn von Lesseps aufzufordern, an dem bisherigen Gebührentarife nichts zu ändern, bis nicht über die Modificirung desselben ein Einverständnis zwischen der Pforte und den Mächten erzielt sein werde. || Server Pascha ersuchte mich, dies Eurer Excellenz zu melden, und fügte bei, dass die Pforte in eine Erhöhung der Gebühren von fast 45%, wie sie Herr Lesseps beabsichtigt, um so weniger willigen könne, als die dermalige Administration viele Schäden aufweise. Ehe man daher eine Erhöhung der Gebühren zulasse, die der Benutzung des Kanals selbst Eintrag thun könnte, sei es nothwendig, zu untersuchen, in wie weit selbe durch die Umstände auch wirklich gerechtfertigt ist und ob nicht durch eine zweckmässigere Administration und Vereinfachung der Kosten Ersparnisse zu erzielen wären, die eine neue Belastung der Schifffahrt entweder ganz entbehrlich machen oder sie wenigstens auf ein bescheideneres Maass zurückführen würden, als es Herr von Lesseps beabsichtigt. || Später erfuhr ich, dass Herr Lesseps bereits erklärt hätte, er glaube sich berechtigt, den Firman zu interpretiren, wie er den Interessen der Gesellschaft am meisten entspreche, und werde sich durch Pfortenbefehle darin nicht beirren lassen. Daraufhin hat die Pforte erst vor

Nr. 5148.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1872.

Nr. 5148.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1872.

wenigen Tagen ihre Einsprache erneuert; da aber mittlerweile Herr Lesseps Aegypten verlassen und sich nach Paris begeben hatte, wurde ihm das betreffende Telegramm, welches der Agent der Suezgesellschaft in Aegypten sich anzunehmen weigerte, dahin nachgesendet, ohne dass man bisher von ihm eine Antwort erhalten hätte. || Ich glaube, dass es das allgemeine Interesse erheischt, die Hoheitsrechte der Pforte in diesem Punkte zu unterstützen, die französische Ingerenz fernzuhalten und dem Kanale seinen internationalen Charakter zu bewahren. || Genehmigen u. s. w.

Ludolf.

Nr. 5149.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an die k. und k. Missionen in Paris, Berlin und Rom. — Mittheilung, dass England ein gemeinsames Vorgehen der Seemächte wünscht.

Wien, den 28. September 1872.

Nr. 5149.
Oesterreich-
Ungarn.
28. Sept. 1872.

Der englische Botschafter hat mir den Wunsch seiner Regierung zu erkennen gegeben, womöglich ein gemeinsames Vorgehen der Seemächte in An-
gelegenheit der mit 1. Juli l. J. ins Leben getretenen Suezkanal-Gebühren-
erhöhung herbeizuführen. || Durch diese Erklärung ist England den in Kon-
stantinopel gemachten Schritten Oesterreich-Ungarns, Italiens und zuletzt auch
Deutschlands beigetreten und hat die ihm vermöge seiner Meistbetheiligung
an der Schifffahrtbewegung im Suezkanale zukommende Rolle in der Oppo-
sition gegen die in Rede stehende Maassregel der Kanalcompagnie über-
nommen. || Da ich voraussetze, dass die Regierung, bei welcher Euer Excel-
lenz beglaubigt sind, eine ähnliche Mittheilung des Londoner Cabinets
erhalten hat, und es für mich von Werth wäre, deren Beschluss kennen zu
lernen, so wollte ich nicht unterlassen, Euer Excellenz darauf aufmerksam zu
machen, und ersuche Sie, sich über die Aufnahme, welche die einschlägigen
Eröffnungen des englischen Vertreters daselbst gefunden haben, erkundigen
und mir darüber bald berichten zu wollen. || Empfangen u. s. w.

Andrássy.

Nr. 5150.

OESTERREICH-UNGARN. — Geschäftsträger in Paris (Graf Hoyos)
an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Französische Auffassung der
Sachlage.

Paris, den 5. October 1872.

In der Voraussetzung, dass die englische Regierung das französische Gouvernement von ihrer Auffassung der Suezkanal-Frage ebenfalls in Kenntniss gesetzt und die Absicht in Paris zu erkennen gegeben habe, in dieser Angelegenheit ein gemeinsames Vorgehen der Seemächte zu erzielen, haben mir Euer Excellenz mit Depesche vom 29. v. M. den Auftrag ertheilt, mich an maassgebender Stelle zu erkundigen, welche Aufnahme die einschlägigen Eröffnungen des englischen Vertreters bei der französischen Regierung gefunden haben; auch legten Hochdieselben darauf Werth, den Standpunkt kennen zu lernen, welchen die französische Regierung überhaupt in dieser Angelegenheit einnimmt. || Die mir in dieser doppelten Beziehung vom Director der commerziellen Angelegenheiten im Ministerium des Aeussern ertheilten Auskünfte gehen dahin, dass die Mittheilungen der englischen Regierung einen Erlass an den französischen Botschafter in Konstantinopel zur Folge hatten, durch den Letzterer beauftragt wurde, ins Kläre zu bringen, wie die Pforte den Ausdruck "tonneau de capacité" ausgelegt wissen will; denn es ist vor Allem — nach der Ansicht des französischen auswärtigen Amtes — Sache der ottomanischen Regierung, zu erklären, ob die von der Suezkanal-Gesellschaft gegebene Interpretation und das der Gebührenberechnung zu Grunde liegende Verfahren dem Sinne der betreffenden Firmanstelle entspreche oder nicht. || Die französische Regierung scheint übrigens dafür zu halten, dass das beste Mittel, diese Frage zu entscheiden und künftige Contestationen zu beseitigen, darin bestände, das englische Aichungssystem anzunehmen. || Genehmigen u. s. w.

Nr. 5150.
Oesterreich-
Ungarn.
5. Oct. 1872.

Hoyos.

Nr. 5151.

TÜRKEI. — Botschafter in Wien (Aarifi Bey) an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Einladung zu einer Konferenz über Schiffsmessung.

Vienne, le 14 janvier 1873.

Grâce au développement des voies de communication, les relations des peuples entre eux prennent une grande extension. — Il en résulte une solidarité d'intérêts qui, envisagée au point de vue du Commerce maritime, tend

Nr. 5151.
Türkei.
14. Jan. 1873.

Nr. 5151.
Türkei.
14. Jan. 1873.

à faire disparaître les mesures de protection établies en faveur du pavillon national. D'un autre côté les progrès de la science sont tels, de nos jours, qu'on peut déterminer avec précision la dimension d'un navire et sa capacité utilisable pour le transport des marchandises. || Aussi la Sublime Porte ne doute pas qu'une Commission de savants et d'hommes spéciaux parviendrait à trouver un mode uniforme de mesurer les navires et à fixer un tonneau-type qui servirait à la fois de base pour les transactions commerciales et pour la perception des droits auxquels est assujettie la navigation. || Animée du désir d'assurer un traitement égal à tous les navires sans distinction de pavillon qui fréquentent les ports de l'Empire et en égard aux difficultés surgies, par suite de la récente modification apportée dans la perception de la taxe de navigation que paient les bâtiments traversant le Canal de Suez, la Sublime Porte aime à croire que toute proposition ayant pour but l'adoption d'un jaugeage uniforme, sera accueillie avec faveur par les Etats maritimes. || En conséquence le soussigné Ambassadeur de Turquie a l'honneur, d'ordre de son Gouvernement, de soumettre les considérations qui précèdent à la haute appréciation de Son Excellence Monsieur le Ministre de la Maison Impériale et des affaires étrangères et La prie, en même temps, de vouloir bien lui faire connaître les vues du Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur l'institution de la Commission dont il s'agit soit à Londres, centre du commerce maritime, soit à Constantinople. || Le soussigné saisit etc.

Aarifi.

Nr. 5152.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den kais. türkischen Botschafter in Wien. — Annahme der Einladung.

Vienne, le 13 février 1873.

Nr. 5152.
Oesterreich-
Ungarn.
13. Febr. 1873.

Le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté l'Empereur et Roi a reçu la note que Son Excellence Aarifi Bey, Ambassadeur de Turquie, lui a fait l'honneur de lui adresser le 14 janvier dernier pour lui faire connaître que la Sublime Porte avait conçu le projet d'instituer, soit à Londres soit à Constantinople, une commission technique qui serait chargée de trouver un mode uniforme de mesurer les navires et un tonneau-type pour les transactions commerciales et pour la perception des droits auxquels devront être assujettis les navires sans distinction de pavillon qui fréquentent les ports de l'Empire ottoman. || L'idée de cette commission ayant pris son origine dans les difficultés qui ont surgi récemment par suite d'une modification apportée dans la perception de la taxe de navigation que paient les bâtiments traver-

sant le Canal de Suez, le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et Roi ne peut que féliciter la Sublime Porte de l'initiative qu'Elle a prise pour obtenir le double but qu'Elle s'est proposée. || D'abord en proposant un mode uniforme de jaugeage tel que le serait par exemple le système anglais, déjà adopté par la plupart des Puissances maritimes, le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan s'acquerra un très grand mérite aux yeux du commerce de toutes les nations. || Ensuite si le tonnage anglais était pris pour base afin de trouver l'interprétation la plus juste du terme "tonneau de capacité" employé à l'article 17 du firman de concession, la Sublime Porte parviendra bientôt — il est permis de l'espérer — à régler d'une manière satisfaisante la question litigieuse des taxes du Canal de Suez. || Certes qu'il ne sera pas trop difficile de trouver à l'aide de la même commission internationale un moyen-terme propre, d'un côté à subvenir aux besoins réels de la Compagnie du canal, digne sans doute des soins protecteurs de la Puissance suzeraine, de l'autre côté à sauvegarder les droits acquis par des tiers, surtout par les grandes entreprises maritimes qui ont été fondées en Europe sur la foi du même firman de concession. || En effet, en fixant, par l'article 17 de ce firman, un maximum de taxes pour le pavillon de toutes les nations, la Sublime Porte a engagé son autorité de législateur et son crédit de Puissance garante: Elle a donc le droit d'interpréter les termes de son firman ainsi qu'Elle a le devoir de faire respecter les actes émanés de son autorité. || Les autres Gouvernements par contre, dans les états desquels des entreprises navales à vapeur ont été fondées et subventionnées sur la foi du maximum des taxes garanti par la Sublime Porte, ont qualité pour réclamer en faveur de leurs nationaux contre une interprétation arbitraire de la Compagnie et ils ont un juste titre à être consultés au sein d'une commission convoquée pour examiner et pour applanir les différends survenus. || Dans cet état des choses le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et Roi n'hésite pas à rendre hommage à l'initiative si heureusement prise par la Sublime Porte et à accepter son invitation à prendre part à la commission en instance, dont le siège lui paraît être le plus convenablement fixé dans la capitale même de l'Empire ottoman. || En priant M. l'Ambassadeur de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté le Sultan, le soussigné saisit etc.

Andrássy.

Nr. 5152.
Oesterreich-
Ungarn.
13. Febr. 1878.

Nr. 5153.

GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. (Earl Granville) an den königl. Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). — Bedenken gegen die Absicht der Türkei, die allgemeine Frage der Schiffsmessung und die Sueztarif-Frage zu trennen.

Foreign Office, March 3, 1873.

Nr. 5153.
Gross-
britannien.
3. März 1873.

Sir! — Her Majesty's Government have had under their consideration your Excellency's despatches relating to the Suez-Canal dues, and have caused a careful inquiry to be made by this Department and the Board of Trade into the whole subject. || As I informed you in my despatch of the 31 of August, Her Majesty's Government wish to see a liberal and fair interpretation put upon the Concession made to the Company, and it is in this spirit that they have given the matter their best attention. || In your despatch of the 20th ultimo, you state that the instructions given to you in my despatch of the 6th of December, with regard to the proposal of a Conference which Her Majesty's Government had been informed by you it was the intention of the Turkish Government to make, went further than had been contemplated by that Government, and that you were convinced, that the Porte had no intention of inviting foreign Governments to pronounce authoritatively upon the extent of the dues to be levied. || In my above-mentioned despatch, which was communicated to the Governments of other Maritime Powers, I had stated, that Her Majesty's Government are prepared to take part in a Conference of the Maritime Powers interested in the question with a view to bringing about an agreement as to the nature and extent of the dues to be levied by the Suez-Canal-Company under the terms of the Act of Concession, as well as to the basis, upon which the tonnage measurement adopted by the Company is to be established. || Her Majesty's Government had not contemplated any discussion in the Conference of the right of the Porte to fix the sum of 10 francs per ton for the dues under the present Concession, or its right to grant a fresh Concession, but merely to determine what is meant by the expression "tonneau de capacité", in the existing Concession. the result arrived at to apply to the increased dues levied since July last and to any future dues to be levied under the existing Concession. || Since that despatch was written the aspect of the question has, however, materially changed. || Her Majesty's Government have now received a formal invitation from the Porte, of which a copy was inclosed in my despatch of the 20th of January. In this communication the Turkish Government states "le désir du Gouvernement Impérial d'assurer un traitement égal à tous les navires, sans distinction de pavillon, qui fréquentent les ports de l'Empire, et les difficultés surgies par suite de la récente modification apportée dans la perception de la taxe de

navigation que paient les bâtiments traversant le Canal de Suez, nous donnent la certitude qu'une démarche ayant pour but d'arriver à l'adoption d'un jaugeage uniforme serait accueillie avec faveur par les Etats Maritimes . . . le Gouvernement Impérial ne doute pas qu'une Commission de savants et d'hommes expérimentés parviendrait à trouver un mode uniforme de mesurer les navires et à fixer un tonneau-type qui servirait à la fois de base pour les transactions commerciales et pour la perception des droits auxquels est assujettie la navigation". The Ottoman Government adds a suggestion, that the Commission should meet in London or Constantinopel. || Her Majesty's Government are further informed by your despatch of the 20th of January, that it is the intention of the Porte to appoint a Commission to be named by itself to inquire into certain questions connected with the change of the dues. || There are, therefore, three points, on which it remains for me to convey to you the views of Her Majesty's Government:— || 1st. The proposal of the Porte for the appointment of a Commission for the purpose of establishing an uniform standard of tonnage. || 2nd. The course which should be pursued as to the change of dues. || 3rd. The question of the dues to be levied for the future. || Upon the first point I have to state to you, that Her Majesty's Government presume that it is the desire of the Porte that the Commission should be composed of Commissioners to be named by each of the Maritime Powers. Her Majesty's Government have constantly urged the importance of an uniform standard of tonnage measurement, and many countries have recently adopted the method of measuring gross tonnage in use in Great Britain. They are, therefore, glad to join in such a Commission, and are prepared at once to name Colonel Stokes, late Commissioner for the navigation of the Danube, as Her Majesty's Commissioner. The method of measuring gross tonnage would probably require little discussion, but if the Commission could decide upon the question whether any, and what, deductions should be allowed on account of engine-room or otherwise, and how, if at all, cargo-carrying spaces on deck should be measured, the result would be most beneficial to the interests of maritime commerce. || You will, however, explain to the Porte, that the consent of Her Majesty's Government to this Commission is accompanied with the reservation that the conclusions at which the Commission may arrive shall not become operative until they have been referred to all the Powers, and shall have been accepted by them. || Her Majesty's Government consider, that, under all the circumstances, it would be better that the Commission should meet in London, where the best information can be procured as to the commercial transactions and navigation dues, in respect of which the Porte has proposed its appointment. || With regard to the course which should be pursued as to the change of dues, Her Majesty's Government entirely approve the note addressed by you to the Turkish Government on the 17th ultimo, of which a copy is inclosed in your despatch of the 20th ultimo, in which you express the hope that before the

Nr. 5153.
Gross-
britannien.
3. März 1873.

Nr. 5153.
Gross-
britannien.
8. März 1873.

wish of the Company for authority to increase the dues is examined, it will be called upon to return to the original charge and to abandon a system, of which the Turkish Government has demonstrated the illegality. || Her Majesty's Government hold, that the exaction of these increased dues is illegal, as has been conclusively shown by the statements made by Khalil Pasha to yourself and in his correspondence with Server Pasha, and they look to the Ottoman Government to enforce the authority of the Porte over the Company, and to secure the repayment with interest of the excess dues paid under protest, both by the captains of Her Majesty's ships-of-war and transports and by British subjects generally. || As the nature of the questions which the Commission to be appointed by the Porte is to examine has not yet been explained, I can only state to you at present that Her Majesty's Government would expect that the interests of British commerce should be duly represented at the inquiry, and they trust that the Commissioners will be persons whose judgment in such matters will command respect. || Her Majesty's Government cannot, however, suppose, that it can be the intention of the Porte that there should be two Commissions sitting concurrently, one to examine the measurement of tonnage for international adoption, and the other to report upon the system of tonnage measurement to be recognized on the Suez-Canal. It appears to them that the duties of the Commission nominated by the Porte could not usefully commence until the report of the International Commission has been furnished. || Her Majesty's Government do not desire to anticipate that report, but they feel confident that it will absolutely reject the erroneous arguments and illusory calculations, upon which the Company have proceeded in making the recent change in the dues. As an illustration of these, I have only to refer to the discrepancy between the calculations in the letter from M. de Lesseps and M. Courette to Messrs. Morses and Mitchell of the 5th of July last, and those in the letter written by M. de Lesseps to Sir E. Lange on the 9th of December for communication to the Admiralty, of which a copy is inclosed in my despatch of the 26th ultimo. || With regard to the dues to be levied for the future, it seems to Her Majesty's Government that the Turkish Government should in the first place notify distinctly to the Company, that the Porte does not recognize or in any way assent to the system of levying the dues practised since July last, and that it will not authorize any change in the dues from the scale on which they were levied at the opening of the Canal until after due examination and inquiry. || Her Majesty's Government do not in the slightest degree impugn the right of the Porte to increase the dues, nor did they make any representations on the subject when authority for a temporary increase for a special purpose of 1 franc per ton was granted to the Company in 1871. The Company is, as Her Majesty's Government consider, Egyptian, and the rights over it of the Porte are undoubted. || Her Majesty's Government, however, feel confident that the Turkish Government cannot but

be sensible of the equitable consideration, which is due from the Porte to the great maritime interests which are concerned. By the Firman of 1866 the Porte solemnly endorsed the Concession of 1856, made by the then Vice-roy of Egypt to the Company, in which the rates of dues to be levied were specified, and on the faith of which numbers of vessels have been constructed in France, England, and elsewhere, for traffic through the Canal, which has thus become one of the highways of the world, the obstruction of which, by the imposition of an excessive toll, would be an injury to commerce which Her Majesty's Government cannot believe the Porte would willingly inflict, and against which every nation would be driven to protest. || Her Majesty's Government accordingly consider that, if the Commission to be named by the Porte should be authorized, after the basis of tonnage has been settled in the International Commission, to entertain the question of granting a fresh firman, enabling the Company to raise the dues, the interests of the ship-owners, especially in the case of passenger ships, on which even the present system presses heavily, should be fully considered, and before any change is agreed to, the administration of the Company, which is represented as unduly extravagant, should be inquired into, with the view of seeing whether an economy in that respect might not furnish sufficient funds, without recourse to an increase of dues; and, lastly, that the Report should be made known before being finally acted on by the Porte, in order to afford an opportunity for Her Majesty's Government and the other Governments interested to furnish such observations upon it as may be proper for the consideration of the Porte. || A copy of this despatch will be furnished to Her Majesty's Representatives in the principal maritime countries, for communication to the Governments to which they are accredited. || I am, etc.

Nr. 5153.
Gross-
britannien.
3. März 1873.

Granville.

Nr. 5154.

FRANKREICH. — Verbalnote des auswärtigen Amts an den k. u. k. Botschafter (Graf Apponyi). — Frankreich will die Gebührenfrage zunächst der Pforte überlassen.

Versailles, le 10 mars 1873.

Son Excellence Mr. l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Paris a communiqué à Mr. de Rémusat, le 22 février dernier, la note que son Gouvernement a fait remettre, le 13 du même mois, à la Porte ottomane au sujet de la réunion, proposée par le Gouvernement du Sultan, d'une Conférence internationale qui serait chargée de préparer l'unification générale des méthodes de jaugeage des navires. Mr. le Comte Apponyi a exprimé, en même temps,

Nr. 5154.
Frankreich.
10. März 1873.

Nr. 5154.
Frankreich.
10. März 1873.

le désir de savoir si le Gouvernement français serait disposé à accueillir les ouvertures de la Porte et, en outre, à déférer à la Conférence projetée l'examen des questions soulevées par le nouveau mode de calcul des droits perçus au passage du Canal de Suez. || Si cette Conférence doit être chargée de réaliser l'oeuvre, aussi difficile qu'importante, de l'unification des systèmes de jaugeage, le Gouvernement français lui prêtera son concours le plus empressé. Mais, dans le cas, il lui paraîtrait impossible de subordonner le règlement de l'affaire spéciale du Canal de Suez à l'éventualité, sans doute éloignée, d'une entente universelle des Puissances, non seulement sur l'adoption de la méthode qui donnerait les résultats les plus conformes à la vérité en faisant ressortir toute la capacité utilisable des navires, mais encore sur l'abaissement des taxes maritimes qui serait la conséquence forcée de l'élévation du tonnage officiel. || Quant à la réunion d'une Conférence qui aurait à s'occuper spécialement du péage du Canal, l'Ambassadeur de France à Constantinople est autorisé à y adhérer sous certaines conditions, dont Mr. de Rémusat croit pouvoir faire connaître la substance sans s'écarter de la réserve à laquelle il se trouve astreint par le litige encore pendant devant les tribunaux français entre la Compagnie de Suez et celle des Messageries maritimes. || Il paraît tout d'abord, au Gouvernement français, que préalablement à la convocation de cette Conférence, la Porte ottomane doit décider si c'est sur la capacité réellement utilisable, ou seulement sur le tonnage officiel, que doit être basée la perception des taxes imposées aux navires dans le Canal de Suez. Le débat qui s'est élevé entre les armateurs et la Compagnie repose tout entier, en effet, sur l'interprétation des mots tonneau de capacité, et c'est, en définitive, au Gouvernement du Sultan qu'il appartient de fixer le sens de cette expression. Jusque là, non seulement la réunion de la Conférence projetée serait sans objet, mais encore son mandat lui-même ne saurait être défini, car il variera forcément suivant que la question sera résolue dans l'un ou dans l'autre sens. || Si le Gouvernement du Sultan déclare que, d'après le sens qu'il entend donner aux termes du firman, la Compagnie de Suez n'excède pas les limites de son Tarif en prenant pour base de perception le tonnage utile des navires, il y aura lieu, à moins qu'on ne préfère régler ces points par voie de correspondance, de faire déterminer par une Commission internationale, d'abord l'écart existant entre la capacité utilisable des bâtiments et le tonnage inscrit sur les papiers de bord, ensuite la méthode que la Compagnie aurait à employer pour calculer cette différence. Si, au contraire, la Porte interprétait le firman dans le sens du tonnage officiel, la réunion de cette Commission ne saurait plus avoir qu'un but: celui de préparer les bases d'un acte collectif d'adhésion des Puissances maritimes à l'exhaussement de Tarif que le Gouvernement turc se verrait alors obligé d'autoriser d'urgence, pour que la Compagnie de Suez pût faire face à ses engagements et continuer l'exploitation du Canal dans des conditions équitablement rémunératrices. || En ce qui concerne la question de juridiction, à la-

quelle il est fait allusion dans la note de M. le Comte Apponyi, le Gouvernement français pense qu'elle doit être réglée séparément et qu'il est préférable de ne pas la déférer à l'appréciation de la Conférence projetée. || Mr. l'Ambassadeur de France à Vienne est, au surplus, en mesure de fournir, sur la manière de voir du Gouvernement français concernant le nouveau mode de perception adopté par la Compagnie de Suez, les explications complémentaires que désirerait obtenir le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique.

Nr. 5154.
Frankreich.
10. März 1873.

Nr. 5155.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. des Ausw. an den k. und k. Gesandten in Konstantinopel. — Darlegung der Sachlage und der Standpunkte der einzelnen Mächte.

Wien, den 10. April 1873.

Die Angelegenheit der Suezkanal-Gebühren, sowie die damit in Verbindung gebrachten Fragen der Schiffsvermessung und der Aufstellung eines Normaltypus der Seetonne sind in der letzten Zeit von den beteiligten Cabineten vielfach und eingehend erörtert worden. Allgemein hat bei diesem Anlasse der Wunsch, für die Erhebung der Schifffahrtsabgaben auf dem Kanale ein bestimmtes System festzustellen und die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die eigenmächtige und unberechtigte Erhöhung dieser Abgaben seitens der Suezkanal-Gesellschaft hervorgerufen worden sind, lebhaften Ausdruck gefunden. Ebenso scheinen die Dispositionen der beteiligten Regierungen sich in der Absicht zu vereinigen, allen billigen Ansprüchen der gedachten Compagnie innerhalb der Grenzen ihres erwiesenen Bedarfes und ohne Schädigung höherer Interessen nach Kräften Rechnung zu tragen, um die Erhaltung eines Werkes zu sichern, dessen hohe Bedeutung für den Welthandel Niemand verkennt. || Unter diesen Umständen ist die Einladung der Pforte, sich über den Zusammentritt einer internationalen, mit der Lösung dieser Frage betrauten Commission auszusprechen, von uns mit Freude begrüßt worden. Um die Aufgabe dieser Commission zu vervollständigen und einen definitiven Ausgleich der schwebenden Differenzen anzubahnen, habe ich in meiner an den türkischen Botschafter in Wien gerichteten Note vom 13. Februar d. J. nicht nur unsere Bereitwilligkeit zur Beschickung der angeregten Commission ausgesprochen, sondern zugleich hervorgehoben, dass derselben Commission auch die Prüfung und Schlichtung der auf die Suezkanal-Gebühren bezüglichen Streitpunkte übertragen werden sollte. Meine Auffassung dieser Frage ist im vertraulichen Wege zur Kenntniss der beteiligten Mächte gebracht worden. || Obwohl mir heute noch keine förmliche Rückäußerung der Pforte vorliegt,

Nr. 5155.
Oesterreich-
Ungarn.
10. April 1873.

Nr. 5155. Oesterreich-
Ungarn.
10. April 1873.

scheint doch Safvet Pascha nach den mir zugekommenen Nachrichten geneigt zu sein, meine Auffassung sich anzueignen. || Es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, heute constatiren zu können, dass auch die Mehrzahl der Mächte, mit denen wir über diesen Gegenstand verhandelt haben, theils vollständig unserer Anschauung beigetreten ist, theils nicht wesentlich von derselben differirt. || Das Cabinet von Berlin hat Herrn von Keudell dahin instruiert, dass es unter der Voraussetzung der Beibehaltung des englisch-deutschen Systems der Schiffsvermessung geneigt sei, in der Commission in die Berathung der Frage einzutreten, welcher Abzug von dem Brutto-Raumgehalte eines Schiffes zu machen wäre, um den für die Abgabeberechnung maassgebenden Netto-Raumgehalt zu bestimmen. Zugleich aber erblickt es in der Beilegung der Differenzen über die Abgaben auf dem Suezkanale die Hauptaufgabe dieser Commission, deren Lösung auf diesem Wege auch dann zu versuchen wäre, wenn die Verhandlungen über die Annahme des britischen Schiffsvermessungs-Systems zu keinem Resultate führen sollten. || Die italienische Regierung ist in dieser Frage vom Anfange an in Uebereinstimmung mit uns vorgegangen, und Herr von Visconti-Venosta hat die Einladung der Pforte eben so bereitwillig wie wir acceptirt und den Wunsch ausgedrückt, dass die internationale Commission durch ihr competentes Votum die Lösung der aufgetauchten Schwierigkeiten in der Suezkanal-Angelegenheit anzubahnen berufen werden möge. || Der englische Botschafter hat mir die Instruktion mitgetheilt, die Lord Granville in der gleichen Angelegenheit an Sir H. Elliot erlassen hat. Lord Granville erklärt, an der Commission unter der Voraussetzung theilnehmen zu wollen, dass die diesbezüglichen Beschlüsse erst nach erfolgter Zustimmung aller Mächte als verbindlich angesehen werden. Zugleich geht Lord Granville jedoch von der Ansicht aus, dass die Pforte neben der internationalen Commission eine zweite türkische Commission zu ernennen beabsichtige, der die Entscheidung über die Abänderung der Suezkanal-Abgaben und deren Feststellung für die Zukunft übertragen werden sollte. Unter dieser Voraussetzung vindicirt er aber für die internationale Commission das Vorgehen vor den Verhandlungen der türkischen und betont die Berechtigung seiner Regierung, auf die Verhandlungen und Beschlüsse dieser letzteren einen gewissen Einfluss zu üben. || General Ignatieff ist von seiner Regierung gleichfalls angewiesen worden, die Bereitwilligkeit Russlands zur Theilnahme an den Verhandlungen der Commission der Pforte bekanntzugeben. || Die Kanalfrage wird mit diesen Verhandlungen in Verbindung gebracht und das Interesse hervorgehoben, das Russland an die Erhaltung des Kanals in den Händen der Compagnie knüpft. || Frankreich endlich ist ebenfalls bereit, die Commission zu beschicken, formulirt jedoch für den Fall, als die Verhandlungen sich auf die Frage der Suezkanal-Gebühren erstrecken sollten, die Bedingung, dass die Pforte sich vorher über ihre Auffassung des im Concessions-Firman enthaltenen Ausdruckes "tonneau de capacité" definitiv ausspreche. Approbirt die Pforte betreffs dieses Ausdruckes die Auffassung der

Compagnie, dann könne, meint Herr von Rémusat, der Commission überlassen werden, den Abzug festzusetzen, der mit Rücksicht auf die effektive, ausnutzbare Schiffstragfähigkeit zuzugestehen sei, und wäre die Methode zu bestimmen, nach der die Gesellschaft bei der Bemessung der Differenz zwischen dem Brutto-Raumgehalte und dem ausnutzbaren Raume eines Schiffes vorzugehen hätte. Billigt aber die Pforte diese Interpretation des "tonneau de capacité" nicht, dann würde der Commission die Aufgabe zufallen, die Grundlagen zu einer gemeinsamen Vereinbarung betreffs der unumgänglich nöthigen Erhöhung der Kanalabgaben aufzustellen und die Pforte zur Annahme dieser Erhöhung zu bestimmen. Das französische Cabinet steht heute mit seiner Auffassung dieser Frage auf demselben Standpunkte wie Herr von Lesseps. || Betreffs des Ortes, an dem die Commission zusammentreten soll, haben sich die Cabinete von Berlin und Petersburg mit uns für Konstantinopel ausgesprochen; Italien ist geneigt, ebenso Konstantinopel wie London zu acceptiren; Frankreich hat sich über diesen Punkt nicht geäußert, und nur England würde London als Sitz der Commission vorziehen. || Einig dürften endlich alle Mächte darüber sein, dass die Frage der Jurisdiction über die Suezkanal-Gesellschaft in Aegypten den Gegenstand einer abgesonderten Verhandlung zu bilden hätte. || Aus der voranstehenden Darstellung werden Euer Hochgeboren entnehmen, dass die Beschickung der angeregten Commission von Seite jener Mächte, an die von der Pforte Einladungen ergangen sind, als gesichert betrachtet werden kann. Nachdem Deutschland und Frankreich das englische System der Schiffsvermessung mit unwesentlichen Abänderungen schon acceptirt haben; Italien, Russland und wir, unter Voraussetzung der Annahme dieses Systems durch alle Mächte, bereit sind, dieses System gleichfalls anzunehmen, so darf vorausgesetzt werden, dass dieser Theil des Programms keinen besonderen Schwierigkeiten begegnen würde. || Auch darüber sind im Grunde alle Mächte einig, dass die Commission den Ausgleich der Differenzen über die Erhebung der Abgaben auf dem Suezkanale anzustreben hätte. Nach meinem Dafürhalten fällt die englische Auffassung, obwohl in der Form zum Theil abweichend, in der Wesenheit mit der unserigen zusammen. Denn, wenn Lord Granville die Verhandlungen über die Suezkanal-Gebühren der türkischen Commission zuweist, sich aber zugleich doch eine Einflussnahme auf die Verhandlungen und die Beschlüsse dieser Commission vorbehält, so dürfte es einfacher und zweckmässiger erscheinen und würde die Rechte der Pforte eben so ungeschmälert wahren, wenn alle einschlägigen Fragen direkt nur einer und derselben internationalen Commission zur Berathung und Entscheidung überantwortet werden, statt den legitimen Einfluss der beteiligten Mächte in dieser Angelegenheit nachträglich indirekt und von verschiedenen Seiten zur Geltung bringen zu müssen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass England keine Schwierigkeiten erheben wird, sich in dieser Beziehung der Auffassung anzuschliessen, die Deutschland, Italien und, wie ich voraussetze, auch Russland mit uns theilen. Ebenso lässt sich erwarten, dass das Cabinet

Nr. 5155.
Oesterreich-
Ungarn.
10. April 1873.

Nr. 5155.
Oesterreich-
Ungarn.
10. April 1873.

von St. James gegen die Wahl von Konstantinopel als Sitz der Commission keine besonderen Einwendungen erheben dürfte. || Frankreichs Auffassung allein birgt eine principielle Differenz von der unserigen in sich; es erhebt die Forderung, dass die Pforte vor Allem sich souverän über die Interpretation des Ausdrucks "tonneau de capacité" ausspreche, was im Wesentlichen der Entscheidung gleichkommt, ob die Suezkanal-Gesellschaft in der schwebenden Streitfrage Recht hat oder nicht. Eine solche Entscheidung könnte aber die Berathungen und Beschlüsse der internationalen Commission leicht empfindlich präjudiciren und würde die Absichten der Pforte selbst insofern vereiteln, als diese in ihrer Einladung den grossen Werth betont hat, den sie, vor der Entscheidung über die Frage, auf das Urtheil von Fachmännern in dieser Angelegenheit zu legen gesonnen ist. || Indem ich versucht habe, in der vorangehenden Exposition zu präcisiren, auf welchem Standpunkte wir in dieser Frage stehen und wie sich die beteiligten Cabinete dazu verhalten, lade ich Euer Hochgeboren ein, nach Kräften dahin zu wirken, dass auch die Pforte rückhaltlos unserer Auffassung beitrete, in diesem Sinne sofort ein bestimmtes Programm für die Verhandlungen aufstelle und nunmehr förmlich zur Beschickung der internationalen Commission unter Kundmachung des Zeitpunkts ihres Zusammentritts in Konstantinopel die Einladungen an die Mächte erlasse. || Gleichzeitig veranlasse ich die Mittheilung dieses Erlasses an unsere Vertreter an den Höfen von Berlin, Petersburg, Rom und London und ersuche sie, bei den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, sich dahin zu verwenden, dass die Gesandten dieser Mächte in Konstantinopel angewiesen werden, ihre Bemühungen mit den unserigen zu vereinigen, um die Pforte zu einem entschiedenen Vorgehen in dieser Angelegenheit zu bestimmen. || Empfangen etc.

Andrássy.

Nr. 5156.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. u. k. Gesandten in Konstantinopel. — Weitere Instruktion.

Wien, den 24. April 1873.

Nr. 5156.]
Oesterreich-
Ungarn.
24. April 1873.

Zur Stunde liegen mir zwar noch keine detaillirten Berichte über die Aufnahme vor, die unsere in dem Rescripte vom 10. d. M. auseinandergesetzten Vorschläge, betreffs des sofortigen Zusammentritts der internationalen Commission in Konstantinopel zur Berathung und Entscheidung der Schiffsvermessungsfrage und der Angelegenheit der Suezkanal-Gebühren, bei den beteiligten Regierungen gefunden haben. Doch lassen sich einige Symptome in dieser Beziehung constatiren, die ich mich beeile Euer Hochgeboren

mitzutheilen, weil mir deren Kenntniss geeignet erscheint, Sie in den Verhandlungen zu unterstützen, die Sie in Folge meiner Weisung vom 10. d. M. eingeleitet haben werden und worüber ich mit Interesse Ihrer Berichterstattung entgegen sehe. || Aus London berichtet Graf Beust, dass England über das für die Commission aufzustellende Programm wesentlich unserer Auffassung beigetreten ist, die auch Deutschland und Italien vollständig theilen. || Das russische Cabinet scheint sich in der letzten Zeit hingegen mehr die französische Auffassung angeeignet zu haben, die darauf hinausgeht, die Pforte solle zuerst souverän über die Interpretation des Ausdruckes "tonneau de capacité" entscheiden, und diese Entscheidung habe eventuell den Berathungen der Commission als Grundlage zu dienen. Da wir der Ansicht sind, dass hiedurch die Entscheidung dieser Angelegenheit sehr weit hinausgeschoben werden dürfte, so geben wir uns der Hoffnung hin, dass die Pforte sich so schnell als möglich zur Einberufung der Commission in dem Sinne des Programms entschliesst, dessen Grundzüge in meiner Weisung vom 10. d. M. ausführlich entwickelt und begründet sind. || Es könnte sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen, dass der englische Vorschlag, dem auch Euer Hochgeboren und Italien sich angeschlossen haben, nämlich die Pforte sofort zur Einstellung der gegenwärtigen Gebühreneinhebung auf dem Kanale und zur Wiederherstellung des status quo vor dem 1. Juli 1872 zu bewegen, ein Hinderniss zur Durchführung unserer Propositionen bildet. Da wir entschieden nichts als eine baldige Beilegung aller entstandenen Differenzen anstreben, so können wir nicht wünschen, uns selbst unnöthige Schwierigkeiten zu schaffen, und deshalb bin ich nicht abgeneigt, auf der Forderung nicht weiter zu bestehen, dass die Pforte jetzt schon Befehle erlasse, die illegale Einhebung der Gebühren auf dem Kanale einzustellen. Nachdem wir einerseits diese Gebühren stets nur unter Protest gezahlt haben und den Rechtsstandpunkt nicht aufgeben, dass die Compagnie zur Aenderung der Gebühreneinhebung seit dem 1. Juli 1872 nicht berechtigt war, und da wir andererseits zugleich bereit sind, der Compagnie jede billige Berücksichtigung ihrer materiellen Interessen zuzugestehen, drängt sich uns die Ueberzeugung auf, dass keine wesentlichen Gründe vorliegen, die uns bestimmen könnten, starr auf dem von England eingenommenen Standpunkte auf die Gefahr hin zu beharren, dadurch unseren Hauptzweck möglicher Weise zu vereiteln oder dessen Erreichung wenigstens wesentlich zu erschweren. || Ich ersuche Euer Hochgeboren, diese Auffassung sich vor Augen zu halten, in dieser Richtung mit Nachdruck bei der Pforte die schwebenden Verhandlungen fortzuführen, und auf der baldigen Einberufung der internationalen Commission stets unter der ausdrücklichen Bedingung zu bestehen, dass die Pforte unter Einbeziehung der Kanalgebührenfrage das von uns angedeutete Programm sofort unverändert acceptire. Das englische Cabinet wird gleichzeitig durch unsern Botschafter von dieser Auffassung vertraulich in Kenntniss gesetzt werden, und wir glauben, dass wir uns auch über diesen Punkt ebenso verständigen werden,

Nr. 5158.
Oesterreich-
Ungarn.
24. April 1873.

Nr. 5156. wie wir die Hoffnung noch nicht vollständig aufgeben, dass unter solchen
 Österreich- Modalitäten nachträglich auch Russland sich noch unserer Anschauungsweise
 Ungarn. anschliessen wird, || Empfangen u. s. w.
 24. April 1873.

Andrássy.

Nr. 5157.

OESTERREICH-UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den
 k. u. k. Min. d. Ausw. — Bericht über den Zusammentritt der
 türkischen Commission.

Konstantinopel, den 5. Mai 1873.

Nr. 5157. Ich komme soeben von der Pforte zurück, wo mir Safvet Pascha mit-
 Österreich- theilte, dass morgen die erste Sitzung einer aus türkischen Ministern und
 Ungarn. Fachmännern gebildeten Commission stattfinden werde, welche sich über
 5. Mai 1873. folgende zwei Fragen auszusprechen hat: || 1. War Herr von Lesseps be-
 rechtigt, den Tarif vom 4. März 1872 eigenmächtig einzuführen? || 2. Wie
 ist der im Firman von 1856 gebrauchte Ausdruck "tonneau de capacité" zu
 verstehen? || Als mir Safvet Pascha diese Mittheilung machte, welche die
 Annahme der Forderung Frankreichs implicirt, erklärte ich ihm, dass wir
 nur um so entschiedener auf der sofortigen Berufung der internationalen
 Commission und darauf bestehen müssten, dass es derselben vorbehalten bleibe
 nach Maassgabe der theoretischen Interpretirung, welche man dem Ausdrucke
 'tonneau de capacité' in obiger Commission geben würde, die praktische An-
 wendung derselben betreffs der künftigen Erhebung der Gebühren am Suez-
 Kanale festzustellen. || Safvet nahm über mein Verlangen schriftlich davon
 Notiz, und ich werde mich noch heute Abends zu dem englischen Botschafter
 begeben, um mich mit ihm über unser weiteres gemeinschaftliches Handeln
 zu verständigen. || Genehmigen u. s. w.

Ludolf.

Nr. 5158.

OESTERREICH-UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den
 k. u. k. Min. d. Ausw. — Bericht über die Beschlüsse der türkischen
 Commission.

Konstantinopel, den 24. Mai 1873.

Nr. 5158. Laut mir zugekommener Mittheilungen wäre man in der ottomanischen
 Österreich- Commission, welcher die Interpretirung des den Suezkanal betreffenden Fir-
 Ungarn. mans obliegt, über folgende Principe einig: || 1. dass Lesseps nicht berechtigt
 24. Mai 1873.

war, den neuen Behebungsmodus vom 4. März 1872 ohne vorläufige Ermächtigung der Pforte einzuführen; || 2. dass dieser Erhebungsmodus selbst ein willkürlicher sei, weil er sich auf eine Messung des Tonnengehaltes stützt, welche weder mit der englischen, noch einer sonst üblichen Aichungsart im Einklange steht; || 3. dass Herr von Lesseps eigentlich nur berechtigt wäre, den registrirten Tonnengehalt der Schiffe zur Grundlage der Gebührenerhebung zu nehmen, dass aber hinwieder unleugbar der in den Schiffspapieren ausgewiesene Netto-Tonnengehalt mit der wirklichen Tragfähigkeit der Schiffe in keinem richtigen Verhältnisse stehe und es daher der internationalen Commission zur Aufgabe zu machen sei, diesem Uebelstande durch Vereinbarung eines Aichungsmodus abzuhelpen, welcher den wirklich benutzbaren Raum der Schiffe in einer der Wahrheit entsprechenden Weise erkennbar mache; und || 4. dass die Gesellschaft aufzufordern sei, sofort, und bis zur endgiltigen Regelung der Frage, zu der vor dem 1. Juli 1872 in Wirksamkeit gestandenen Gebührenerhebung zurückzukehren. || Ueber alle diese Punkte herrscht zwischen den Commissionsmitgliedern keine Meinungsverschiedenheit; nur sucht noch ein Theil derselben eine Form, um wo möglich die Suez-Gesellschaft der Verpflichtung zu entbinden, die seit dem 1. Juli 1872 behobenen Mehrgebühren zurückzustellen, weil man sonst den Bankerott der Compagnie oder wenigstens Complicationen befürchte, welche auch der ottomanischen Regierung Verlegenheiten bereiten könnten. || Genehmigen u. s. w.

Ludolf.

Nr. 5159.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den königl. grossbrit. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). — Widerlegung der englischen Anschauungen.

Wien, den 12. Juni 1873.

Ich habe die Ehre, den Empfang der geschätzten Note vom 31. Mai d. J. in Betreff der internationalen Commission zur Feststellung einer gleichförmigen Schiffsvermessung zu bestätigen. In dieser Zuschrift hatten Sie die Güte, hervorzuheben, dass Sir H. Elliot in Konstantinopel sich dem vom Grafen Ludolf gestellten Antrage der Einberufung einer internationalen Commission, die zugleich mit der Angelegenheit der Schiffsvermessungsmethode die Suezkanal-Gebührenfrage zum Austrage zu bringen berufen sein sollte, nicht angeschlossen hat. Den Botschafter Ihrer Majestät bestimmte zu dieser Haltung wesentlich der Umstand, dass er annehmen zu können glaubt, die in jüngster Zeit eingesetzte ottomanische Commission werde betreffs der Suezkanal-Frage ein der gegenwärtigen Gebührenerhebung widersprechendes, mit unserer ge-

Nr. 5158.
Oesterreich-
Ungarn.
24. Mai 1873.

Nr. 5159.
Oesterreich-
Ungarn.
12. Juni 1873.

Nr. 5159. Oesterreich-
Ungarn.
12. Juni 1873.

meinschaftlichen Auffassung also übereinstimmendes Urtheil abgeben. Auch hegt Sir H. Elliot die Ansicht, dass die Pforte zur Einbeziehung der Suezkanal-Frage in das Programm der internationalen Commission ihre Zustimmung nicht ertheilen würde. Er beschränkt sonach das Programm der internationalen Commission lediglich auf die Angelegenheit der Feststellung eines gemeinschaftlichen internationalen Vermessungssystems des Schiffstonnengehalts und ist deshalb der Meinung, dass diese Frage in Konstantinopel nicht mit Erfolg in Verhandlung gezogen werden könnte; Lord Granville, indem er sich dieser Auffassung des Botschafters Ihrer britischen Majestät in Konstantinopel anzuschliessen scheint, wünscht unsere Ansichten darüber kennen zu lernen, ob nicht London für den Zusammentritt dieser Commission sich am besten eignen würde. || Ich erlaube mir vor Allem, Herr Botschafter, Ihnen für Ihre gefälligen Eröffnungen meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Eine klare Auseinandersetzung der beiderseitigen Auffassungen kann in einer Frage, betreffs welcher im Grunde zwischen dem Cabinet von St. James und uns keine Verschiedenheit obwaltet, nur zu einer innigen Verständigung bezüglich der Haltung dienen, die wir gemeinschaftlich einnehmen müssen, um zu einer vollkommen befriedigenden Lösung dieser Frage zu gelangen. || Als wir die Einladung der hohen Pforte zur Beschickung der in Frage stehenden internationalen Commission empfangen, erblickten wir von allem Anfange an darin ein geeignetes Mittel zur Beseitigung aller in der Suezkanal-Frage seit einem Jahre aufgetauchten Schwierigkeiten. Wir gingen von der Ueberzeugung aus, dass die hohe Pforte diese Einladung auch nur in der Absicht erlassen habe, um auf diesem Wege die vorhandenen Differenzen zu lösen. Wir notificirten sonach die Annahme dieser Einladung unsererseits unter der ausgesprochenen Voraussetzung, dass die Frage der Einhebung der Kanalgebühren einen integrierenden Bestandtheil des Programms der internationalen Commission bilden würde. Diese Auffassung theilen mit uns auch mehrere befreundete Cabinete, denen es ebenso, wie uns, daran gelegen ist, die Interessen der Schifffahrt auf dem Suezkanale durch ein internationales Uebereinkommen in dauerhafter Weise gegen jede willkürliche Belastung und Abänderung der festgesetzten Normen zu schützen, ohne den billigen Ansprüchen der Compagnie entgegenzutreten. || Das Cabinet von St. James ist mit uns einverstanden, dass die Berechtigung zur Einsprache gegen Willkürakte der Suezkanal-Gesellschaft uns ebensowenig bestritten werden kann, als wir auch den Anspruch erheben dürfen, an den Verhandlungen, die Regelung dieser Frage betreffend, theilzunehmen. Wir glauben zugleich annehmen zu können, dass die Pforte ihre Zustimmung nicht verweigern würde, sobald wenigstens die Majorität der theilgenommenen Regierungen die gleiche Ansicht vertritt. Den Hoheitsrechten der Pforte würden wir in dieser Weise keineswegs nahe treten. Zahlreiche Präcedenzfälle liefern den Beweis, dass ähnliche Fragen schon öfters in Konstantinopel in gleicher Weise verhandelt und zu einem günstigen Abschlusse gebracht worden sind. Die internationale Commission in Konstantinopel hätte

nach unserer Auffassung, die Frage der Gebühreneinhebung am Suezkanale in Uebereinstimmung mit den Principien, die für die Schiffsvermessung im Allgemeinen angenommen werden, nach allen Richtungen eingehend zu prüfen und die nöthigen Normen darüber zu vereinbaren, die sodann der Sanction Seiner Majestät des Sultans zu unterbreiten wären. In der Commission würde betreffs dieser Frage auch den berechtigten Ansprüchen Aegyptens und der Kanalgesellschaft vollkommen Rechnung getragen werden können. Wie sehr wir auch einerseits darauf bestehen zu sollen glauben, dass das seit dem 1. Juli 1872 von der Compagnie willkürlich eingeführte Schiffsvermessungssystem vollständig beseitigt und das frühere korrekte Verfahren wiedereingeführt werde, eben so sehr sind wir andererseits bereit, schon jetzt allen billigen Rücksichten für die Kanalgesellschaft Rechnung zu tragen, und wir wären nicht abgeneigt, einer provisorischen Erhöhung der Taxe bis 12 Francs per Tonne zuzustimmen, sobald das vor dem 1. Juli 1872 bestandene Vermessungsverfahren wiedereingeführt sein wird. Diese provisorische Erhöhung der Taxe hätte für so lange ihre Giltigkeit, bis die durch die internationale Commission festzustellenden Gebühren und Reglements in Wirksamkeit treten.

Wir stehen heute mit dieser Auffassung noch ebenso da, wie vor dem Zusammentritte der türkischen Commission, die sich gegenwärtig mit dieser Frage befasst. Sollten die Beschlüsse dieser Commission mit unseren Ansichten übereinstimmen und sollten sie nach erlangter Sanction von Seite der hohen Pforte ohne Widerspruch angenommen werden und unverweilt zur Ausführung gelangen, so würde nach Beseitigung aller Differenzen in der Suezkanalfrage allerdings die Nothwendigkeit entfallen, diesen Gegenstand in das Programm der einzuberufenden internationalen Commission einzubeziehen. Dieser letzteren Commission bliebe alsdann lediglich die Frage eines gleichförmigen Schiffsvermessungs-Systems vorbehalten, und in einem solchen Falle würden wir uns gerne der Ansicht Lord Granville's anschliessen, dass London für den Zusammentritt dieser Commission sich am besten eignen würde. || Wir besorgen jedoch, dass durch die Verhandlungen der jetzt in Konstantinopel tagenden türkischen Commission die verschiedenen, auf die Suezkanal-Frage bezüglichen Angelegenheiten nicht zu einem allseitig befriedigenden Abschlusse gebracht werden und dass sonach die Nothwendigkeit nicht entfällt, in Konstantinopel nach wie vor auf dem Zusammentritte der internationalen Commission mit dem auch diese Angelegenheit umfassenden Programme zu bestehen. Acceptirt man dieses Programm, dann wird uns Lord Granville gewiss gerne zustimmen, dass in einem solchen Falle die internationale Commission die Lösung der ihr zugewiesenen Aufgabe nur in Konstantinopel mit Aussicht auf Erfolg und eine allseitige Verständigung in die Hand nehmen könnte. || Ich würde mich glücklich schätzen, mich in der Auffassung dieser Frage mit Lord Granville zu begegnen und durch die Weisungen, die er an Sir H. Elliot zu erlassen in der Lage sein wird, eine vollständige Uebereinstimmung mit den Instruktionen hergestellt zu sehen, die ich dem Grafen

Nr. 5159. Ludolf erteilt habe. Eine solche Uebereinstimmung würde wesentlich dazu
Oesterreich- beitragen, den allseitig erhofften Erfolg der Beseitigung aller in der Suez-
Ungarn. kanal-Frage aufgetauchten Schwierigkeiten sicherzustellen. || Indem ich Sie
12. Juni 1873. bitte, Herr Botschafter, von unseren Anschauungen Ihrer Regierung Kenntniss
zu geben, benutze ich diesen Anlass, um Ihnen, Herr Botschafter, die Ver-
sicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Andrássy.

Nr. 5160.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den
k. u. k. Min. d. Ausw. — Entscheidung des türkischen Minister-
rathes in der Tarifffrage.

Konstantinopel, den 16. Juni 1873.

Nr. 5160. Ich erfuhr von Raschid Pascha heute, dass der Ministerrath in der Suez-
Oesterreich- Frage nunmehr definitiv zu einem Beschlusse gelangt und der bezügliche Vor-
Ungarn. trag an den Sultan in der Ausfertigung begriffen ist. || Den Mittheilungen des
16. Juni 1873. Herrn Ministers des Aeussern zufolge erklärt die Pforte, dass der Ausdruck
"tonneau de capacité" des Firmans vom Jahre 1856 als "espace utilisable" zu
verstehen sei. Weil jedoch in Bezug dessen, was als "espace utilisable" eines
Fahrzeuges anzusehen sei, bisher noch kein allgemein giltiges System bestehe,
so werde die internationale Commission eingeladen werden, über diese Frage
zu einer Entscheidung zu gelangen. Inzwischen aber und weil das System
Moorsom bisher die weiteste Verbreitung gefunden und auch für die Türkei
Giltigkeit erlangt hat, wird die Suez-Gesellschaft aufgefordert, selbes vorläufig
als Grundlage für die Einhebung der Kanalgebühren anzunehmen. Der Punkt
aber, ob Herr von Lesseps berechtigt war, den Tarif vom 4. März 1872
selbstständig einzuführen, wird mit Stillschweigen übergangen. || Auf meine
Frage, was die Pforte zu thun gedenke, falls Herr von Lesseps sich weigern
sollte, bis zur Entscheidung der Angelegenheit durch die internationale Com-
mission zur Einhebungsart auf Grund des englischen Tonnenmaasses zurück-
zukehren, meinte Raschid, man würde es dem Khediv überlassen, mit Herrn
von Lesseps darüber in das Reine zu gelangen; jedenfalls aber würde letzterer
für eine solche Auflehnung verantwortlich zu machen sein. || Was den Ver-
sammlungsort der internationalen Commission anbelangt, so glaubt Raschid
Pascha auf die Rücksicht der Mächte rechnen zu können, dass man Konstan-
tinopel dazu ausersehen werde. || Genehmigen u. s. w.

Ludolf.

Nr. 5161.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht über die Entscheidung der Pforte.

Konstantinopel, den 23. Juni 1873.

Soeben kehrt Herr von Webenau von der Pforte zurück und berichtet mir, dass gestern noch ein Ministerrath bezüglich der Suezfrage abgehalten wurde, um den Text eines Briefes an den Khediv festzustellen, worin nach einer kurzen Einleitung die zwei Punkte des Artikels 17 des Concessions-Firmans vom Jahre 1856 citirt werden, in denen es heisst, dass die Gesellschaft ermächtigt sei: "de percevoir les droits, sans aucune exception ni faveur, sur tous les navires dans des conditions identiques et de ne pas excéder, pour le droit spécial de navigation, le chiffre maximum de 10 francs par tonneau de capacité des navires et par tête de passager." Darauf fährt das Schreiben wörtlich also fort:

Nr. 5161.
Oesterreich-
Ungarn.
23. Juni 1873.

"En se servant dans l'article susmentionné de l'expression de tonneau de capacité, le Gouvernement Impérial a entendu parler de tonneau de capacité dans un sens absolu. Il n'a eu nullement en vue le tonnage inscrit sur les papiers de bord. En effet, les navires de tout pavillon devant être soumis à leur traversée du canal à une taxe égale et les différents Gouvernements n'ayant encore adopté aucun système de tonnage parfaitement exact, le Gouvernement ottoman s'était vu dans la nécessité de faire usage de l'expression de tonneau de capacité en général, de telle manière que cette expression pût s'appliquer au tonneau qui serait plus tard adopté par tous les Gouvernements et notamment par le Gouvernement ottoman pour sa marine. D'après cela il serait naturel que M. de Lesseps aussi bien que les différentes marines adoptassent aujourd'hui le tonnage, qui donnerait avec la plus grande approximation la capacité absolue. Or parmi tous ceux actuellement en usage le système Moorsom étant celui qui en approche le plus, la Sublime Porte est d'avis que pour le moment on doit s'en tenir au système susmentionné. Dans le cas où M. de Lesseps ainsi que les Puissances maritimes ne désireraient pas persister dans ce système, il deviendrait indispensable de convoquer une commission mixte à l'effet de déterminer la capacité absolue. || Le Gouvernement Impérial pense en effet qu'on reconnaîtra aisément, qu'il ne pourrait pas définir d'une façon absolue l'expression tonneau de capacité, tant que les différents Gouvernements n'étaient pas tombés d'accord sur l'établissement d'un tonnage absolu."

Es wäre von hoher Wichtigkeit, zunächst darüber ins Klare zu kommen, ob die Pforte mit der Phrase: "La Porte est d'avis que pour le moment on doit s'en tenir au système Moorsom", gemeint habe Herrn von Lesseps zu

Nr. 5161. verpflichtet, die Gebühr vom Netto-Tonnengehalte einzuheben, weil die Suez-
Oesterreich-Compagnie auch jetzt schon das System Moorsom zur Grundlage ihrer Taxi-
Ungarn. rung, aber freilich nach dem Brutto-Tonnengehalte, angenommen hat. || Ge-
23. Juni 1873. nehmigen u. s. w.

Ludolf.

Nr. 5162.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an die k. und k. Missionen in London, Paris, Rom, Berlin und St. Petersburg. — Kritik der Entscheidung der Pforte.

Wien, den 7. Juli 1873.

Nr. 5162. Ich hatte die Ehre, unter dem 21. Juni d. J. Euer Excellenz die Ent-
Oesterreich-scheidung mitzutheilen, die nach den Berichten unseres Gesandten in Kon-
Ungarn. stantinopel von der Pforte in der Suezkanal-Frage getroffen worden sein soll.
7. Juli 1873 Inzwischen sind vom Grafen Ludolf neuere Berichte eingelangt, aus denen hervorgeht, die Pforte beabsichtige ihre Entscheidung durch ein Schreiben an den Khediv kundzugeben, dessen wesentlicher Inhalt in den folgenden Stellen zusammengefasst ist: || "En se servant etc." || Wir könnten in der vorliegenden Textirung den getreuen Ausdruck jener Entscheidung nicht erblicken, die wir nach den früher uns zugekommenen Andeutungen erwartet hatten, und die unseren Ansprüchen zu genügen schien. Der vorliegende Text ist zu unbestimmt, lässt jede Auslegung berechtigt erscheinen und befriedigt dadurch Niemanden. Graf Ludolf hat auch sofort die Aufmerksamkeit des türkischen Ministers des Aeussern auf diesen Umstand gelenkt und vorgeschlagen, dass an jener Stelle, wo von der Anwendung des Moorsom'schen Vermessungssystems die Rede ist, präcis bestimmt werde, dass bis zur Austragung der Frage, nach welchem System der Tonnengehalt eines Schiffs zur Grundlage der Berechnung der zu entrichtenden Schiffahrtsgebühren dienen soll, die englische Registertonne als solche Grundlage zu betrachten sei, wie dies bis zum 1. Juli 1872 thatsächlich der Fall war. Ebenso proponirte Graf Ludolf, dass statt der Bezeichnung "Commission mixte" der Ausdruck "Commission internationale" gebraucht werde, wie es auch in dem gleichen Absatze statt "où Mr. de Lesseps ainsi que les Gouvernements" richtiger heissen soll "Lesseps ou les Gouvernements", da man doch die Absichten der Seemächte füglich nicht von der Auffassung des Herrn v. Lesseps abhängig machen kann. Raschid Pascha soll sich mit diesen Bemerkungen vollkommen einverstanden erklärt und versprochen haben, an dem Entwurfe des Schreibens an den Khediv die entsprechenden Abänderungen veranlassen zu wollen. || Obwohl die von der Pforte verfügte Lösung kaum befriedigend erscheint, glauben wir doch, dass vor Allem der Erfolg des an den Khediv gerichteten Erlasses ab-

zuwarten sei. Enthält der in Frage stehende Erlass die klare Bestimmung, dass vorläufig die Suezkanal-Compagnie die Gebühren auf dem Suezkanale nach der englischen Registertonne und in der Weise, wie dies bis zum 1. Juli 1872 der Fall war, einzuheben habe, und fügt sich die Compagnie dieser Bestimmung, dann erscheint die ganze Frage in das richtige Fahrwasser geleitet. Und erhebt alsdann, sei es eine der beteiligten Regierungen oder aber Herr v. Lesseps die Forderung, es seien Verhandlungen einzuleiten, um auf Grundlage eines neu festzustellenden Vermessungssystems jenen Tonnengehalt zu bestimmen, der als effectiv benutzbarer Raum eines Schiffes gegenüber seinem Brutto-Tonnengehalte mit der Gebühr von 10 Francs belegt werden darf, dann muss die Frage einer internationalen Commission zur Entscheidung vorgelegt werden. Diesen Fall hatte ich im Auge, als ich in meiner Note vom 12. Juni d. an Sir A. Buchanan mich dahin aussprach, dass wir unter diesen Umständen auch gegen den Zusammentritt der internationalen Commission in London nach dem Vorschlage Lord Granville's keinerlei Einwendung erheben würden. || In derselben Note habe ich jedoch ebenso, wie in meiner Depesche vom 21. Juni d., auch die Eventualität ins Auge gefasst, dass die Entscheidung der Pforte aus irgend einem Grunde nicht zur Ausführung gelange und die Suezkanal-Compagnie nach wie vor darauf bestehe und fortfahre, die Gebühren nach dem "gros tonnage" einzuheben. Für diesen Fall bin ich nach wie vor der gleichen Ansicht, der Zusammentritt einer internationalen Commission in Konstantinopel sei mit allen Mitteln zu beschleunigen, und die vereinten Bemühungen der beteiligten Mächte seien dahin zu richten, dass dieselbe ausser der theoretischen Aufgabe der Feststellung eines allgemein giltigen Schiffsvermessungs-Systems auch die Regelung aller auf die Gebühreneinhebung am Suezkanale bezüglichen und seit dem 1. Juli 1872 entstandenen Schwierigkeiten und Differenzen in ihr Programm aufzunehmen hätte. Nachdem die Pforte selbst in dem Entwurfe ihres Schreibens an den Khediv diese Fragen mit einander in Verbindung bringt, dürfte nun auch jede formelle Einwendung gegen die Erweiterung des Programms nach der angedeuteten Richtung entfallen. || In diesem Sinne sind die Instruktionen verfasst, die unser Gesandter in Konstantinopel sich als Richtschnur vor Augen zu halten und nach denen er in Uebereinstimmung mit seinen Collegen jener befreundeten Mächte vorzugehen hat, die sich unserer Auffassung in dieser Frage angeschlossen haben. || Euer Excellenz werden eingeladen, unsere Auffassung der gegenwärtigen Sachlage der Suezkanal-Frage in geeigneter Weise zur Kenntniss des Cabinets zu bringen, bei dem Sie die Ehre haben beglaubigt zu sein. || Empfangen u. s. w.

Nr. 5162.
Oesterreich-
Ungarn.
7. Juli 1873.

Andrássy.

Nr. 5163.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Mittheilung des Schreibens der Pforte an den Khediv über die Tarifffrage.

Bujukdere, den 12. Juli 1873.

Nr. 5163.
Oesterreich-
Ungarn.
12. Juli 1873.

Ich beehre mich, Euer Excellenz im Anbuge den vollinhaltlichen Text des Schreibens des Gross-Vesirs an den Khediv zu unterbreiten, womit diesem die von Seiner Majestät dem Sultan sanctionirte Ansicht der Pforte über die Bedeutung des Ausdrucks "*tonneau de capacité*" und über die Art der schliesslichen Begleichung der Suez-Frage bekanntgegeben wird. || Der wesentliche Inhalt dieses Schreibens ist Euer Excellenz aus meiner früheren Berichterstattung über den Gegenstand bereits bekannt, und Hochdieselben haben sich von allem Anfange an über den geringen praktischen Werth dieser Aeusserung nicht getäuscht. Derselbe beschränkt sich auch im Grunde darauf, die endgiltige Entscheidung der Frage der internationalen Commission zu überweisen. Insofern Euer Excellenz aber stets die Meinung vertreten haben, dass eben dieser Commission die definitive Regelung der Suez-Angelegenheit anheimzugeben wäre, dürfte der Pfortenbeschluss trotz seiner sonstigen Schwächen von Hochdenselben dennoch mit einiger Befriedigung aufgenommen werden. || Es erübrigt aber nun die Frage, wie in der Sache weiter vorzugehen sein wird, um das Stadium, in welches die Suez-Angelegenheit dermalen getreten ist, für unsere Interessen möglichst nutzbar zu machen und, sollte sich das Schreiben an den Khediv hiezu als nicht geeignet erweisen, ehestens zur Berufung der internationalen Commission als derjenigen Instanz zu gelangen, welche allein eine definitive und befriedigende Lösung aller Schwierigkeiten erwarten lässt. || Ich habe mich darüber heute mit dem Herrn deutschen Gesandten eingehend besprochen, wozu ein telegraphischer Auftrag seiner Regierung den Anlass gab, welcher Herrn von Eichmann einladet, seine Schritte in der Suez-Frage im engsten Einvernehmen mit den meinigen zu regeln. || Wir kamen überein, unsere Bemühungen vor Allem darauf zu richten, auch die übrigen fremden Vertreter von der Nothwendigkeit einer gemeinschaftlichen Auffassung der Sachlage und einer übereinstimmenden Vorgangsweise zu überzeugen. Bei General Ignatieff, welcher den unseren ähnliche Instruktionen erhalten zu haben scheint, dürfen wir hoffen diesfalls keinen Schwierigkeiten zu begegnen. Bei Sir Henry Elliot aber bleibt noch immer eine gewisse Abneigung gegen die internationale Commission oder wenigstens gegen deren Berufung nach Konstantinopel zu überwinden und ebenso die, wie uns scheint, irriige Auffassung zu berichtigen, als ob es möglich sein würde, auf Grund des Schreibens der Pforte an den Khediv die Suez-Compagnie in gerichtlichem

Wege zur Anerkennung der Verpflichtung zu verhalten, die Kanaltaxe fortan nur auf Grund des Netto-Tonnengehaltes nach dem System Moorsom zu beheben. Der Herr englische Botschafter schmeichelt sich, dies zu erreichen, weil dann die Nothwendigkeit entfiere, dass die Mächte selbst zur internationalen Commission ihre Zuflucht nehmen. || Es wäre dies freilich die einfachste und erwünschteste Lösung; allein bei näherer Betrachtung der Sachlage musste sich sowohl Herrn von Eichmann als mir die Ueberzeugung aufdrängen, dass man auf gerichtlichem Wege nur Verzögerungen, keineswegs aber praktische Erfolge zu gewärtigen habe. || Und zwar fragt es sich zunächst, welche Gerichte zu entscheiden hätten, wenn die Suez-Compagnie trotz des Schreibens der Pforte an den Khedive, wie es nur zu wahrscheinlich ist, fortfahren sollte, die Taxe auf Grund ihres dermaligen illegalen Tarifs zu beheben. || Freilich heisst es in dem Concessions-Firman, dass die Suez-Gesellschaft in allen Streitsachen den localen Gerichten unterstehe. Allein abgesehen davon, dass die localen ägyptischen Tribunale in ihrer dermaligen primitiven Form der Entscheidung solcher Fragen kaum gewachsen sind, wird, wie Euerer Excellenz bekannt, sowohl von Herrn von Lesseps als der französischen Regierung bisher der Grundsatz festgehalten, dass als die einzigen competenten localen Tribunale in Streitsachen gegen die Suez-Gesellschaft die französischen Consulargerichte in Aegypten anzusehen seien. Würde aber auch über diese Ansicht hinausgegangen und die Gesellschaft durch ein ägyptisches Tribunal zur Ersetzung der Mehrgebühren verurtheilt, so erhöbe sich bei der Execution einer solchen Sentenz die weitere Frage, wer selbe vorzunehmen habe, und sicherlich würde dann von französischer Seite diese Execution als ein ausschliessliches Recht der französischen Consular-Organe in Anspruch genommen oder, mit anderen Worten, verweigert werden. || Ich habe übrigens im Vorstehenden die Eventualität einer Entscheidung zu Ungunsten der Gesellschaft in das Auge gefasst. Die Fassung des Pfortenschreibens schliesst aber die Möglichkeit nicht aus, dass die Gerichte auch dahin erkennen könnten, es sei die Verpflichtung der Gesellschaft, die Taxe nach dem Netto-Tonnengehalte einzuheben, in dem Schreiben an den Khedive nicht genügend präcisirt. || Herr von Eichmann und ich glauben daher, dass die Vertreter der beteiligten Seemächte zunächst sich dahin verständigen sollten, in einhelliger Weise auf den Khedive zu wirken, damit er bei Bekanntgabe des Pfortenschreibens an die Gesellschaft mit möglichster Bestimmtheit es als seine Auffassung hinstelle, dass sich selbe hinfort auf die Besteuerung des Netto-Tonnengehaltes nach dem System Moorsom zu beschränken habe, und diese Ansicht auch mit dem ganzen Gewichte seines Einflusses unterstütze. || Sollte sich aber die Gesellschaft dennoch weigern, einer solchen Aufforderung Folge zu geben, so wäre der erste Fall des Widerstandes von allen beteiligten Mächten als Grund einer Beschwerde bei der Pforte zu benutzen, bei welcher an sie zunächst das Verlangen zu stellen wäre, den Befehl an die Gesellschaft zur Taxirung der Schiffe nach dem Netto-Tonnen-

Nr. 5163.
Oesterreich-
Ungarn.
12. Juli 1873.

Nr. 5163.
Oesterreich-
Ungarn.
13. Juli 1873.

gehalt in bestimmter Weise zu erneuern, oder aber sofort die internationale Commission zu berufen. || Genehmigen u. s. w.

Ludolf.

Beilage.

Copie d'une Note de la Sublime Porte au Khédive.

L'Art. 17 de l'acte de concession accordé le 5 janvier 1856 par Mohamed Saïd Pacha, Vice-Roi d'Égypte, à Mr. de Lesseps, et confirmé par le firman Impérial du 2 Zilcadé 1282 (19 Mars 1866) porte que la Compagnie du canal est autorisée à établir et percevoir des droits de navigation sous la condition expresse: || 1. de percevoir ces droits sur tous les navires dans des conditions identiques || 3. de ne pas excéder, pour le droit spécial de navigation, le chiffre maximum de 10 francs par tonneau de capacité de || En se servant dans l'article susmentionné de l'expression de tonneau de capacité, le Gouvernement Impérial a entendu parler du tonneau de capacité dans un sens absolu; il n'a eu nullement en vue le tonnage inscrit sur les papiers de bord. || En effet, les navires de tout pavillon devant être soumis, à leur traversée du canal, à une taxe égale et les différents Gouvernements n'ayant encore adopté aucun système de tonnage comme parfaitement exact, le Gouvernement ottoman s'était vu dans la nécessité de faire usage de l'expression de tonneau de capacité en général, de telle manière que cette expression pût s'appliquer au tonneau qui serait plus tard adopté par tous les Gouvernements et notamment par le Gouvernement ottoman pour sa marine. || D'après cela, il serait naturel que M. de Lesseps, aussi bien que les différentes marines, adoptassent aujourd'hui le tonnage qui donnerait avec la plus grande approximation la capacité absolue. || Or, parmi tous ceux actuellement en usage, le système Moorsom étant celui qui donne le tonnage net le plus exactement possible, la Sublime Porte est d'avis que pour le moment on doit s'en tenir au système susmentionné. || Dans le cas où M. de Lesseps ou les Puissances maritimes ne désireraient pas persister dans ce système, il deviendrait indispensable de convoquer une commission internationale à l'effet de déterminer la capacité absolue. || Le Gouvernement Impérial pense en effet que l'on reconnaîtra aisément qu'il ne peut être à même de déterminer un mode de mesurage définitif, qui n'a pas encore été arrêté par les autres Gouvernements.

Nr. 5164.

OESTERREICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Mittheilung über die englische Auffassung und über Lesseps' Verhalten.

Bujuk-dere, den 17. Juli 1873.

Ich habe soeben die Ehre gehabt, Euerer Excellenz Weisung vom 10. l. M. zu erhalten, womit ich ermächtigt werde, der Pforte zu erklären, dass, wofern sie sich bestimmt dafür ausspricht, dass die Gebühren am Suezkanale von nun an ganz in derselben Weise wie bis zum 1. Juli 1872 eingehoben werden sollen, und sich die Suezkanal-Gesellschaft dieser Entscheidung fügt, letztere unsererseits nicht verhalten werden würde, die seit jenem Datum unrechtmässig behobenen Mehrgebühren zu ersetzen. || Da inzwischen das Vezirial-Schreiben an den Khedive bereits festgesetzt wurde, erübrigt dormalen nur, obige Erklärung wo möglich dahin zu verwerthen, den Khedive zu einem energischeren Vorgehen gegen die Gesellschaft zu vermögen und diese gefügiger zu machen, zu der vor dem 1. Juli 1872 üblich gewesenen Gebührenbemessung zurückzukehren. Damit aber eine solche Erklärung ihren vollen Werth erlange und ihre mögliche Wirkung nicht verfehle, wäre es vor Allem nöthig, dass auch England sich derselben anschliesse, weil diese Macht an der Summe der Mehrgebühren in weit überwiegendem Maasse betheiligt ist. || Seit meinem letzten Berichte vom 12. l. M. war ich in dem Falle, auch dem Herrn russischen Botschafter von den darin entwickelten Ansichten Kenntniss zu geben und von ihm die Erwiederung zu erhalten, dass er meinen und Herrn von Eichmann's Auffassungen über den weiter in der Suez-Frage einzuhaltenden Vorgang vollkommen beitrete. || Sir Henry Elliot musste zwar auch als wahrscheinlich zugestehen, dass die schliessliche Austragung der Sache doch nur im Wege der internationalen Commission zu erreichen sein werde; allein er hofft noch immer, dass nicht die Seemächte, sondern Herr von Lesseps genöthigt sein würde, zu derselben die Zuflucht zu nehmen, weil er glaubt, durch den Khedive dahin gelangen zu können, die Gesellschaft auf Grund des Pfortenschreibens schon jetzt zur Anerkennung der Verpflichtung zu verhalten, die Gebühren nur auf Grund des Netto-Tonnengehaltes nach dem System Moorsom zu erheben. || Sir Henry Elliot theilte mir die Abschrift einer von Lord Granville jüngst an Sir A. Buchanan in Wien gerichteten Depesche mit, welche, wenn auch nicht direct, so doch durch Hervorhebung der vielseitigen Schwierigkeiten, mit welchen die internationale Commission zu kämpfen haben wird, deren Vereinigung in London erneut das Wort redet. || Aus den soeben telegraphisch hier bekannt gewordenen Ergebnissen der jüngst zu Paris abgehaltenen Generalversammlung der Actionäre des Suezkanales scheinen mir drei Punkte eine nähere Betrachtung zu verdienen, und

Nr. 5164.
Oesterreich-
Ungarn.
17. Juli 1873

Nr. 5164. Oesterreich-Ungarn. 17. Juli 1873. zwar: 1. dass das Mehrerträgniss der Einnahmen in Folge des erhöhten Tarifs vom 1. Juli 1872 bis 1. Juli 1873 sich auf 50% über dasjenige des Vorjahres belief. Diese, wenn auch bedeutende Erhöhung kann aber mit Recht als ein ungünstiges Ergebniss bezeichnet werden; denn da die Tax-erhöhung allein 50% betrug, so muss angenommen werden, dass die Zahl der Schiffe im Vergleiche zum Vorjahre, seit der Einführung des neuen Tarifs, dieselbe blieb, während sich in früheren Jahren eine stätige bedeutende Progression in der Ziffer der passirenden Schiffe bemerklich gemacht hatte; 2. dass Herr von Lesseps es doch nicht gewagt hat, seine Drohung, die unter Protest entrichteten Gebühren sofort unter die Actionäre zu vertheilen, in Ausführung zu bringen, sondern, dass er die eingenommenen 2¹/₂ Millionen Francs in Depot behielt und nun erklärt, sie so lange aufbewahren zu wollen, bis die Summe von 5 Millionen erreicht sein wird, und || 3. dass die Unterhaltungskosten des Kanales im Vorjahre sich auf 800,000 Francs, also auf eine verhältnissmässig geringe Summe, beliefen. | Genehmigen u. s. w.

Ludolf.

Nr. 5165.

OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in London (Graf Beust) an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Englische Auffassung.

London, den 18. Juli 1873.

Nr. 5165. Oesterreich-Ungarn. 18. Juli 1873. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wurde die Pfortennote, entsprechend den Elliot'schen Amendements, an den Khedive befördert und, da hienach das "registered tonnage" und damit der status quo ante 1. Juli 1872 bis auf Weiteres, das heisst bis zu einer entgegengesetzten Entscheidung der internationalen Commission, hergestellt wird, so ist die englische Regierung weniger als je der Meinung, dass der internationalen Commission eine andere, als die ihr von der Pforte ursprünglich bestimmte Mission, zugewiesen werde. || Sie geht zugleich von der Ansicht aus, dass, wenn der Khedive der Entscheidung der Pforte, wie solche in ganz erwünschter Weise vorliege, nicht Achtung und Ausführung zu verschaffen wissen sollte, genau das Gleiche bei einer Entscheidung der internationalen Commission zu besorgen sein würde. Dagegen würde ein Einberufen der internationalen Commission mit dem diesseits vorgeschlagenen Programm dem Khedive die Möglichkeit bieten, die Ausführung des Pfortenbeschlusses auszusetzen, während es unser Interesse sei, an dieser Entscheidung und deren alsbaldiger Anwendung festzuhalten. || Genehmigen u. s. w.

Beust.

Nr. 5166.

OESTERREICH-UNGARN. — Botschafter in London an den k. u. k. Min. d. Ausw. — England schliesst sich der österreichischen Auffassung an. — Telegramm.

Londres, le 1 août 1873.

Je suis heureux de mander à Votre Excellence que Lord Granville a modifié sa manière de voir et s'associe à nous pour proposer que la question n'étant pas suffisamment résolue par décision turque, soit déferée à la Commission internationale. Le "Board of Trade" a encore à se prononcer.

Nr. 5166.
Oesterreich-
Ungarn.
1. Aug. 1873.

Beust.

Nr. 5167.

OESTERREICH-UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Gemeinsame Schritte der Gesandten in Konstantinopel.

Bujuk-dere, den 1. August 1873.

Seit meinem letzten gehorsamsten Berichte vom 24. v. M. war die Suez-Frage Gegenstand lebhafter Verhandlungen zwischen der Pforte und den fremden Vertretern. || Aus den Unterredungen, die ich über diese Frage mit den Repräsentanten Deutschlands, Englands, Italiens und Nordamerika's hatte, ging für uns Alle die Ueberzeugung hervor, dass das zweite Schreiben der Pforte an den Khedive, welches in Abschrift meinem obcitirten Berichte beiliegt, keinen genügenden Anhaltspunkt liefert, um die Suez-Gesellschaft verantwortlich machen zu können, falls sie auch fernerhin bei ihrer dermaligen Einhebungsweise der Gebühren beharren sollte. || Wir kamen daher überein, am Montag, den 28. des v.M., wo Raschid wieder zugänglich war, ihm unsere Besorgnisse nochmals vorzutragen und zu verlangen, dass die Suez-Gesellschaft in unzweideutiger und bestimmter Weise aufgefordert werde, die Kanalgebühren künftighin nur auf Grund des Netto-Tonnengehaltes nach dem System Moorsom zu erheben, und dass sie für jede Ueberschreitung dieser Basis verantwortlich erklärt werde. || Ich sprach mich in dieser Weise sowohl Raschid als dem Grossvezier gegenüber nachdrücklich aus und erhielt von Beiden die Zusicherung, man werde noch am selben Tage unser Verlangen dem Ministerathe vorlegen, das von uns beanstandete Schreiben an den Khedive zurückzuziehen, und es durch ein unseren Forderungen entsprechenderes ersetzen. || In der That liess mir Raschid Pascha Tags darauf, d. i. am 29., sagen, der

Nr. 5167.
Oesterreich-
Ungarn.
1. Aug. 1873.

Nr. 5167. **Ministerrath** habe beschlossen, an den Khedive eine neue Einladung zu
 Oesterreich- richten, damit er der Suez-Gesellschaft bestimmt erkläre, dass fortan der
 Ungarn. Netto-Tonnengehalt nach dem System Moorsom die einzige legale Basis für
 1 Aug. 1873. die Gebühreneinhebung am Kanale sei, und die Gesellschaft auffordere, sich
 darnach zu halten, falls sie nicht verantwortlich gemacht werden wolle. || Die
 Abschrift des bezüglichen Schreibens an den Khedive sollte uns Tags darauf
 von der Pforte mitgetheilt werden. || Mittlerweile hatte der Herr deutsche
 Gesandte ein Telegramm seiner Regierung erhalten, worin diese, auf eine Ver-
 ständigung mit Oesterreich-Ungarn und Russland sich berufend, Herrn von
 Eichmann beauftragte, der Pforte zu erklären, dass die drei Mächte nur dann
 von der Vergangenheit absehen und auf die Rückforderung der bereits be-
 hobenen Mehrgebühren verzichten könnten, wenn die Suez-Gesellschaft ver-
 halten würde, von nun an wieder dem *status quo ante* gemäss vorzugehen und
 die Gebühren nur auf Grund des, aus den Schiffspapieren hervorgehenden
 Netto-Tonnengehaltes nach dem System Moorsom zu erheben. General
 Ignatiew hatte bisher gezögert, sich unseren Schritten in der Suezfrage anzu-
 schliessen; die obige Erklärung hatte also den grossen Werth, die Pforte zu
 überzeugen, dass sich nunmehr auch Russland unseren Standpunkt angeeignet
 hat. || Man war also berechtigt, zu glauben, dass die schliessliche Redaction
 des neuen Schreibens an den Khedive eine solche sein werde, die unseren
 Wünschen zu entsprechen geeignet wäre. || Die mir gestern zugestellte und
 hier gehorsamst beifolgende Uebersetzung dieses Schreibens entspricht aber
 nur sehr unvollkommen unseren Erwartungen und lässt es noch immer zweifel-
 haft, ob es genügen werde, um die Suez-Compagnie in die legale Bahn zurück-
 zuführen. Insofern jedoch die Pforte nunmehr ihren früheren Ausspruch über
 Dasjenige, was am Kanale fernerhin Rechtens sein wird, nicht mehr als ein
 blosses Avis, sondern auch als eine *Décision* hinstellt und die Gesellschaft für
 verantwortlich erklärt, wenn sie sich diesem legalen Beschlusse nicht fügen
 sollte, ist im Widersetzlichkeitsfalle unseren Capitänen nunmehr doch einige
 Möglichkeit geboten, die Gesellschaft vor den Gerichten mit begründeter Aus-
 sicht auf Erfolg zu belangen. | Ich kann Euerer Excellenz nur versichern, dass
 nach den gemachten Anstrengungen und unter den gegebenen Verhältnissen
 für den Augenblick nicht mehr erzielt werden konnte, als uns die Pforte der-
 malen bietet. Raschid Pascha versprach übrigens, unsere verschiedenen Noten
 zu beantworten; in welcher Weise aber dies zu geschehen haben wird, darüber
 soll erst ein neuer Ministerrath entscheiden. || Genehmigen u. s. w.

L u d o l f.

Beilage.

*Traduction de la lettre vézirielle adressée à S. A. le Khédive en date du
6 Djémazi-ul-Akher 1290.*

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Votre Altesse a bien voulu m'adresser en date du 22 Djémazi-ul-Ewel, pour demander des éclaircissements relativement à la décision de la Sublime Porte, mentionnée dans ma lettre du 17 du même mois sur le système de tonnage devant servir de base à la perception de la taxe sur les navires traversant le Canal de Suez. || Ainsi que Votre Altesse le sait, la Compagnie s'en était référée à l'avis et à la décision du Gouvernement Impérial, en vue de la solution de cette affaire. L'avis et la décision exposés dans ma susdite lettre étant conformes à l'équité et à la justice, nous avons lieu d'espérer que la Compagnie réglera sa conduite là-dessus. Je prie Votre Altesse de vouloir bien notifier le contenu de cette même lettre à la Compagnie du Canal maritime en la prévenant en même temps qu'elle assumerait la responsabilité des conséquences qui résulteraient de sa conduite, si elle était opposée à l'avis et à la décision justes et légaux de la Sublime Porte.

Nr. 5167.
Oesterreich-
Ungarn.
1. Aug. 1873.

Nr. 5168.

OESTERREICH-UNGARN. — Vertreter in Paris (Graf Kuefstein) an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Der französische Standpunkt.

Paris, den 15. August 1873.

Die in Aussicht gestellte Antwort der französischen Regierung, in Betreff der Suezkanal-Frage, ist mir nunmehr zugekommen. || Dieselbe trägt weniger den Charakter einer speciellen Antwort auf unsere Mittheilungen als jenen einer allgemeinen Darlegung der die französische Regierung in dieser Angelegenheit leitenden Ideen und nimmt den Seitens des Grossveziers an den Khedive gerichteten Brief zum Ausgangspunkt, welcher dem Herzog von Broglie mittlerweile in Abschrift zugekommen war. || In den Augen der französischen Regierung ist die Suezkanal-Gesellschaft durch den Ausdruck "*tonneau de capacité*" vollkommen berechtigt, die Schiffahrtsgebühren nach dem vollen benutzbaren Raume des Schiffes zu bemessen. Da nun für die Berechnung dieses Raumes noch keine unbedingt stichhaltige Methode gefunden wurde und besonders auch die früher in Frankreich dafür üblichen Grundsätze, welche eingehender dargelegt werden, sich als unrichtig erwiesen haben, kommt das *promemoria* zu dem Schlusse, dass die Gesellschaft, indem sie das "*gros tonnage*" statt des früheren "*tonnage officiel*" zur Basis der Abgaben wählte, nur in

Nr. 5168.
Oesterreich-
Ungarn.
15. Aug. 1873.

Nr. 5168. dem Falle ihr Recht überschritten habe, wenn wirklich letzteres von dem
 Oesterreich- "tonnage utile" sich kaum unterscheide. || Obwohl die hohe Pforte der Ansicht
 Ungarn. zuzuneigen scheine, dass die englische Methode dem benutzbaren Raume am
 15. Aug. 1873. nächsten komme, halte sie sich von jeder Entscheidung diesfalls fern und sei
 bereit, die Frage einer internationalen Commission zu unterbreiten. Diese
 Modalität scheint auch der französischen Regierung die richtigste Lösung der
 Frage, da ihr der Unterschied zwischen dem "tonnage officiel" und dem benutz-
 baren Raume zu bedeutend vorkommt, als dass jenes auch nur provisorisch
 als Basis adoptirt werden könnte. || Die von der Pforte gewünschte Commission
 soll sich nach dem Wunsche der französischen Regierung ausschliesslich mit
 der Bestimmung der "capacité utilisable" zu befassen haben; dadurch werde
 sie einen grossen Fortschritt für die Vorbereitung eines allgemein giltigen
 Aichungssystems bilden. || Der Ort der Zusammenkunft ist der französischen
 Regierung gleichgültig, vorausgesetzt, dass die Commission dort alle Behelfe
 für ihre Arbeiten vorfinde. Sie wünscht jedoch, dass die Vereinigung sobald
 als möglich erfolge, da sonst Schwierigkeiten wegen der Behandlung der bis
 zur Annahme eines definitiven Systems den Suezkanal passirenden Schiffe zu
 erwarten wären. || Die französische Regierung glaubt nicht, dass die Gesell-
 schaft zu einer Herabminderung ihrer Gebühren verhalten werden könne, und
 appellirt diesfalls an das Billigkeitsgefühl der Mächte. || Der Herzog von
 Broglie sprach gegen mich den Wunsch aus, dass diese Ideen die Zustimmung
 der k. und k. Regierung zu finden so glücklich sein mögen. || Genehmigen etc.

K u e f s t e i n.

Nr. 5169.

TÜRKEI. — Botschafter in Wien (Cabuli Pascha) an den k. u. k.
 Min. d. Ausw. — Einladung zur internationalen Commission auf
 den 15. September.

Vienne, le 21 août 1873.

Nr. 5169.
 Türkei.
 21. Aug. 1873.

La décision du Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan, relative
 aux droits du Canal de Suez, prévoit le cas où, par suite d'un défaut d'en-
 tente quant à l'application des principes posés par la Sublime Porte, il y
 aurait lieu d'avoir recours, pour la solution définitive, aux lumières de la
 Commission internationale. A ce point de vue, cette question vient désormais
 s'ajouter tout naturellement aux attributions de la Commission dont le Gou-
 vernement ottoman a pris l'initiative de proposer la convocation. || Cette der-
 nière proposition ayant été partout accueillie avec empressement depuis long-
 temps et Constantinople ayant été presque unanimement désigné comme le lieu
 de sa réunion, il a été décidé qu'elle sera convoquée le 15 septembre pro-

chain, afin de ne pas retarder plus longtemps des travaux dont l'utilité se fait sentir d'une manière si impérieuse. En outre il a été convenu que les Puissances participantes auraient la faculté de s'y faire représenter, à leur convenance, soit par un, soit par deux délégués. || En portant ce qui précède à la connaissance de Mr. le Comte Andrassy, le soussigné Ambassadeur de Turquie saisit l'occasion etc.

Cabouli.

Nr. 5170.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den türkischen Botschafter in Wien. — Annahme der Einladung.

Vienne, le 31 août 1873.

Le soussigné Ministre Impérial et Royal des affaires étrangères à l'honneur d'accuser réception de la note que Monsieur l'Ambassadeur de Turquie lui a fait l'honneur de lui adresser en date du 21 août courant pour communiquer la décision de la Sublime Porte de convoquer le 15 septembre prochain à Constantinople la Commission internationale appelée à se prononcer sur un mode uniforme de jaugeage et un tonneau-type de navires, ainsi qu'à résoudre définitivement, par l'application des principes posés par la Sublime Porte, les difficultés surgies par rapport à la perception des droits du Canal de Suez. || En accueillant avec empressement cette communication et en félicitant la Sublime Porte de son heureuse initiative, le Soussigné a l'honneur de notifier à Mr. l'Ambassadeur de Turquie l'adhésion du Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie au programme indiqué et sa décision de prendre part aux délibérations et décisions de la Commission internationale à laquelle est confiée une tâche importante dont on ne saurait méconnaître ni la grande utilité, ni la nécessité impérieuse. Tout en se réservant la ratification des décisions prises le Gouvernement Impérial et Royal a nommé ses délégués Mr. le Chevalier de Kosjek, Conseiller de Légation et premier Interprète de l'Ambassade Impériale et Royale à Constantinople, Mr. Aloyse Zamara, Inspecteur du Gouvernement maritime Impérial-Royal à Trieste, et Mr. N. Nicolich, Agent général du Lloyd austro-hongrois résidant à Constantinople. Les dispositions nécessaires ont été données à ce que deux de ces délégués soient appelés à représenter le Gouvernement Impérial et Royal au sein de la Commission internationale, tandis que le troisième est désigné à y remplacer l'un ou l'autre de ses collègues en cas d'empêchement. || Le soussigné Ministre Impérial et Royal prie Monsieur l'Ambassadeur de Turquie de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance de la Sublime Porte et il profite de cette occasion etc.

Andrassy.

Nr. 5171.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an den k. u. k. Geschäftsträger in Konstantinopel (Graf Zaluski). — Instruktion für die Commissionsverhandlungen.

Wien, den 31. August 1873.

Nr. 5171.
Oesterreich-
Ungarn.
31. Aug. 1873.

Der türkische Botschafter hat hier am 21. d. die Note überreicht, mit der an die k. und k. Regierung von Seite der hohen Pforte die Einladung ergeht, zu der für den 15. September d. J. nach Konstantinopel einberufenen internationalen Commission, die sich mit der Frage einer gleichförmigen Schiffsvermessungs-Methode und mit der Regelung der Gebühreneinhebung auf dem Suezkanale befassen soll, einen oder zwei Delegirte zu entsenden. || Wir begrüßen mit Genugthuung diesen Schritt der türkischen Regierung, sind bereit, der an uns ergangenen Einladung Folge zu leisten, und versprechen uns von der Mitwirkung der beteiligten Mächte nach verschiedenen Richtungen nützliche Erfolge. In diesem Sinne beantworte ich unter Einem die Note des Herrn türkischen Botschafters. || Die Aufgabe der internationalen Commission wird eine doppelte sein: eine allgemeine rein technische und eine besondere, die Suezkanal-Gebührenfrage betreffende. || Wie bekannt, hat die hohe Pforte zu Anfang dieses Jahres die Initiative zur Berufung einer internationalen Commission ergriffen und die Aufmerksamkeit verschiedener Regierungen auf die Vortheile gelenkt, die sich aus der Vereinbarung einer gleichförmigen Schiffsvermessungs-Methode und der Aufstellung einer normalen Schiffstonne sowohl für den Handelsverkehr im Allgemeinen, als insbesondere für die Berechnung der Schiffsgebühren ergeben würden. Die Aufgabe der internationalen Commission bezüglich der Verhandlungen über diesen Gegenstand ist in der Circulardepesche des türkischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 1. Januar 1873 angedeutet. Die Commission wird die bezeichneten Fragen gründlich prüfen und zu entscheiden haben, ob und unter welchen Bedingungen die gewünschten Vereinbarungen durchführbar erscheinen. Wenn auch die nach dem Moorsom'schen System berechnete englische Registertonne bisher den Anforderungen in Betreff der Bestimmung des Netto-Tonnengehaltes eines Schiffes am besten zu entsprechen scheint, neigt sich doch das Urtheil der Sachverständigen zu der Ansicht, dass dieser in Register-tonnen ausgedrückte Raumgehalt zu gering bemessen und dass nach dem heutigen Stande der Wissenschaft und Schiffsbaukunst das System Moorsom wesentlicher Verbesserungen fähig sei, die in vollkommenerer und verlässlicherer Weise als bisher den wirklich verwendbaren Raum und beziehungsweise den Netto-Tonnengehalt eines Schiffes eruiren lassen. Die Prüfung dieser wünschenswerthen Abänderungen der verschiedenen Vermessungssysteme und die Feststellung einer einheitlichen Norm in dieser Beziehung werden die

allgemeine technische Aufgabe der internationalen Commission zu bilden haben. Eine eingreifende und gründliche Erörterung dieses Gegenstandes wird unter allen Umständen dazu beitragen, der Erkenntniss richtiger Grundsätze in weiten Kreisen Eingang zu verschaffen und eine zweckmässige Reform der bestehenden, vielfach ungenügenden und von einander abweichenden Normen anzubahnen. Gelingt es jedoch zugleich, über die angeregten Fragen eine Vereinbarung zu erzielen, so muss den beteiligten Regierungen die definitive Annahme der gefassten Beschlüsse ebenso reservirt bleiben, als jenen Staaten, die sich an den Verhandlungen der internationalen Commission in Konstantinopel nicht betheiligen, der spätere Beitritt zu den gefassten Resolutionen vorbehalten werden soll. || Eine hervorragende Bedeutung vindiciren wir für den zweiten Theil der Aufgabe der internationalen Commission, die nach unserer Auffassung berufen ist, alle Schwierigkeiten definitiv zu beseitigen, die in der Suezkanal-Frage in der letzten Zeit aufgetaucht sind oder in der Zukunft entstehen könnten. || Bis zum 1. Juli 1872 erhob die Suezkanal-Gesellschaft von den Schiffen, die den Kanal passirten, 10 Francs per Register-tonne nach dem System Moorsom. Vom 1. Juli 1872 ab änderte sie jedoch ohne Ermächtigung und willkürlich das bis dahin geübte Verfahren und bestimmte, dass die Einhebung der Gebühren von 10 Francs nach dem *gross tonnage* desselben Systems zu geschehen habe, was der Erhöhung der Gebühren um nahezu 50 Procent gleichkommt. Zu einer solchen eigenmächtigen Aenderung einer bestehenden und anerkannten Norm war die Compagnie nach unserer Ansicht um so weniger berechtigt, als im Vertrauen auf den Bestand der Dinge Regierungen und Private Vorbereitungen für die Benutzung des neuen Seeweges und mancherlei Engagements übernommen hatten, die durch die neue Verfügung mitunter empfindlich alterirt worden sind. Infolge dessen wurden von verschiedenen Seiten und speciell auch von uns gegen das ungesetzliche Vorgehen der Compagnie Beschwerden erhoben und die Gebühren seit 1. Juli 1872 von unseren Schiffen nur unter Protest und Vorbehalt aller Rechte entrichtet. || Die Suezkanal-Gesellschaft suchte ihr neues Verfahren durch die Interpretation des im Concessionsfirman enthaltenen Ausdrucks "tonneau de capacité" zu rechtfertigen, durch den nicht der in den Schiffspapieren angegebene Register-Tonnengehalt, sondern ein neues, bisher nirgends zur Anwendung gekommenes Schiffsausmaass bezeichnet sein sollte, das den wirklich benutzbaren Raum eines Schiffes besser und genauer präcisirt als jedes andere der in verschiedenen Ländern gebräuchlichen Systeme. Abgesehen von jeder andern Einwendung, dürfte aber nicht bestritten werden können, dass die Compagnie zu einer solchen selbstständigen, gewissermaassen legislatorischen Interpretation und infolge dessen zur Abänderung der bis zum 1. Juli 1872 in Kraft gestandenen Normen nicht berechtigt war. Eine solche Interpretation konnte nur von der hohen Pforte selbst ausgehen, die dem Concessionsinstrumente kraft ihrer Hoheitsrechte seinerzeit die Sanction ertheilt hatte. Infolge der erhobenen Beschwerden und erst vor kurzer Zeit,

Nr. 5171:
Oesterreich-
Ungarn.
31. Aug. 1873.

nachdem die neue Gebühreneinhebungsmethode seit Jahr und Tag schon von der Compagnie unrechtmässig aufrecht erhalten worden war, ist diese Interpretation von der hohen Pforte in dem am 16. Juli d. J. an den Khedive erlassenen Vezirialschreiben und in dem Sinne erflossen, dass der Gebührenbemessung auf dem Suezkanale der wirklich benutzbare Schiffsraum zu Grunde zu legen sei, dass keines der bestehenden Systeme den Anforderungen einer solchen Bemessung vollkommen entspreche, und dass bis zu dem Momente, wo eine derartige Vermessungsmethode durch die internationale Commission vereinbart werden würde, den Gebührenberechnungen die englische Register- tonne zu Grunde zu legen sei, weil das Moorsom'sche System den gestellten Bedingungen noch am besten zu entsprechen scheine. || Wir acceptiren diese Entscheidung der hohen Pforte und sind der Ansicht, dass sie den Ausgangspunkt der Commissionsverhandlungen in diesen Fragen bilden soll. Die Pforte hat durch ihre Interpretation das willkürliche Verfahren der Compagnie nicht gebilligt, sondern darauf hingewiesen, dass eine Aenderung der bis zum 1. Juli 1872 auf dem Kanale in Uebung gestandenen Vermessungsmethode insolange nicht zulässig sei, als die von ihr einberufene internationale Commission sich über die Annahme eines neuen Systems nicht geeinigt haben wird. Wir würden den Entschluss der Suezkanal-Gesellschaft, sich dieser Entscheidung ohne Widerspruch und in loyaler Weise zu unterwerfen und so wieder in den gesetzlichen Weg einzulenken, mit Freuden begrüßen und sind unter dieser Bedingung, und wenn bis zu einer definitiven internationalen Vereinbarung über alle die Schifffahrt auf dem Suezkanale betreffenden Gebührenfragen und Normen der status quo, wie er vor dem 1. Juli 1872 bestand, wiederhergestellt und in keinerlei Weise mehr geändert wird, selbst bereit, auf den Ersatz aller seit dem 1. Juli 1872 unrechtmässig erhobenen Gebühren zu verzichten. || Es ist unser aufrichtiger Wunsch, den Bestand und das Gedeihen der Suezkanal-Gesellschaft innerhalb der Grenzen des Rechts und der Billigkeit nach Kräften zu fördern. Wir verkennen nicht die grossen Verdienste dieser Gesellschaft um die Eröffnung eines neuen Seeweges für den Welthandel, unterschätzen auch die Opfer nicht, die sie für die Realisirung dieses grossen Werkes gebracht hat, und wünschen, dass diesen Verdiensten ihre Anerkennung nicht geschmälert werde. Zugleich können wir uns aber der Ueberzeugung nicht verschliessen, dass diese Gesellschaft durch ein willkürliches und ungesetzliches Verfahren, das geeignet erscheint, das Vertrauen zu ihr zu erschüttern, sowie durch eine ungebührliche Belastung und Erschwerung des Schifffahrtsverkehrs durch den Kanal, die ersten und vorzüglichsten Bedingungen ihrer Erhaltung und Entwicklung verrückt und den eigenen Lebensnerv sich selbst unterbindet. Eine stetige Ordnung, gesetzliche Normen und der Schutz einer völkerrechtlichen Vereinbarung sind nach unserer Auffassung jene Factoren, die der Suezkanal-Gesellschaft und ihrem Werke die sichersten Garantien des gedeihlichen Bestandes gewähren. || Er- giebt sich aus den Verhandlungen der internationalen Commission die Verein-

barung einer gleichförmigen Schiffsvermessungsmethode und die Feststellung einer normalen Schiffstonne, durch welche die englische Registertonne ersetzt werden kann, so löst sich die Frage der Gebühreneinhebung auf dem Suezkanal in einfacher Weise, indem für die Zukunft die neue Tonne der englischen Registertonne substituiert wird und der Tarifsatz von 10 Francs aufrecht erhalten bleibt. Es wird wohl keiner Schwierigkeit unterliegen, für die Annahme dieser neuen Normaltonne und ihrer Anwendung auf die Gebühre bemessung auf dem Suezkanal sowohl die Zustimmung der Pforte, als die der beteiligten Mächte zu erwirken, ebenso wie sich ein Schlüssel zur Reduction aller übrigen Systeme auf das neue Maass leicht berechnen lassen wird. || Es ist jedoch auch die Eventualität im Auge zu behalten, dass die theoretische Vereinbarung über die Schiffsvermessungs-Frage auf unerwartete Schwierigkeiten stösst. Wir sind nun der Ansicht, dass diese Eventualität die internationale Commission nicht abhalten dürfe, die Lösung der Suezkanal-Frage trotzdem und mit aller Energie in die Hand zu nehmen. Da die Sachverständigen ohne Zweifel den Unterschied zwischen dem wirklich benutzbaren Raume eines Schiffes und dessen Raumgehalte, wie er sich aus der in den Schiffspapieren enthaltenen Angabe der Registertonnen ergibt, mit einer gewissen Bestimmtheit anzugeben in der Lage sein werden, so würde nach unserer Ansicht diese Differenz das Verhältniss ergeben, in dem in einem solchen Falle der Tarifsatz von 10 Francs erhöht werden müsste, damit die Interessen der Compagnie im Sinne der von der Pforte gegebenen Interpretation keinerlei Einbusse erleiden. Für den Fall also, dass eine neue einheitliche Schiffsvermessungsmethode nicht vereinbart werden kann und dass sich herausstellt, dass der wirklich benutzbare Raum eines Schiffes grösser ist, als dessen Netto-Tonnengehalt nach dem Moorsom'schen System, sind wir geneigt, einer Erhöhung des Tarifsatzes per englische Registertonne zuzustimmen. Von dieser Idee waren wir geleitet, als wir schon früher eine provisorische Erhöhung des Tarifs von 10 auf 12 Francs in Vorschlag brachten, und wir glauben, dass diese Grenze nach den anzustellenden Berechnungen um so weniger überschritten werden dürfte, als nach den gemachten Erfahrungen des letzten Jahres zu besorgen ist, dass die Schifffahrt eine höhere Belastung nicht vertragen und leicht gezwungen werden könnte, den Kanal zu meiden. || Es versteht sich wohl von selbst, dass bei der Berechnung des wirklich benutzbaren Schiffsraumes nicht lediglich auf den Verkehr zwischen den beiden Endpunkten des Kanales, sondern auf die grosse Schifffahrt zwischen Europa und den Häfen Indiens und Ostasiens Rücksicht zu nehmen sein wird. Wenn bei der kurzen Fahrt durch den Kanal ein Schiff auch sehr schwer belastet werden kann, so ist dies nicht im gleichen Grade der Fall bei einer langen Seefahrt, wobei auch wesentlich auf die für die Mannschaft und Passagiere zu reservirenden Räume Rücksicht zu nehmen ist, die bei den Fahrten durch das Rothe Meer und unter den Tropen anders zu berechnen sind, als wie für sonstige Seereisen. || Neben der Vereinbarung hinsichtlich der be-

Nr. 5171.
Oesterreich-
Ungarn.
31. Aug. 1873.

zeichneten Gebührenfrage glauben wir im Interesse der Sache auch dem Wunsche Ausdruck geben zu dürfen, es möge in der internationalen Commission angeregt und zum Beschlusse erhoben werden, dass allen die Schifffahrt durch den Suezkanal betreffenden Reglements, sei es in Betreff der Neutralität des Kanales, sei es bezüglich aller wie immer gearteten und benannten Gebühren und der Rechte und Pflichten der Betheiligten, eine internationale Sanction ertheilt und bestimmt werde, dass daran ohne Zustimmung der an der internationalen Commission theilnehmenden Mächte und der jeweiligen Sanction der hohen Pforte in Zukunft keinerlei wesentliche Aenderung vorgenommen werden dürfe. Wir glauben, dass eine solche Vereinbarung weder den Hoheitsrechten der hohen Pforte Eintrag thun, noch den wohlverstandenen Interessen der Suezkanal-Gesellschaft im Wege stehen würde. Nachdem jedoch diese Fragen zum Theil ausserhalb des Programmes stehen, das für die internationale Commission aufgestellt wurde, beabsichtigen wir nur, die Aufmerksamkeit der betheiligten Mächte auf dieselben zu lenken, und müssen wir es ihrem Ermessen überlassen, diese Gegenstände zum Schlusse der Verhandlungen in das Programm der Commission aufzunehmen. || Wir legen Werth darauf, dass auch der Khedive seiner Zeit durch die Pforte eingeladen werde, in die Commission einen Delegirten zu entsenden, der mit den türkischen Commissären vereint an den Berathungen und Beschlüssen theilzunehmen hätte. Ebenso glauben wir, dass es zweckmässig sein dürfte, auch die Suezkanal-Gesellschaft einzuladen, einen Vertreter in Konstantinopel zu bestellen, der berufen wäre, von der Commission in den einschlägigen Fragen von Fall zu Fall gehört zu werden. || Ich habe im Voranstehenden die Ansichten auseinandergesetzt, die uns in den angedeuteten Fragen leiten. — Euer Hochgeboren werden Sorge tragen, in diesem Sinne unsere Delegirten zu instruiren und denselben zu empfehlen, die Bedeutung ihrer Aufgabe vollständig zu erfassen. Sie werden stets in vollem Einverständnisse mit den Delegirten jener Mächte vorzugehen haben, die unsere Auffassung theilen und von denselben Intentionen wie wir beseelt sind. || Als Delegirte werden von unserer Seite der k. und k. Legationsrath und erster Dollmetsch Ritter von Kosjek, der nautische Inspector der k. k. Seebehörde Aloys Zamara und der Generalagent des österreich-ungarischen Lloyd N. Nikolich in der Art bestellt, dass zwei derselben stets an den Verhandlungen theilnehmen sollen, der dritte aber als Ersatzmann bestimmt ist, den einen oder anderen seiner Collegen in Verhinderungsfällen zu vertreten. Herr Zamara ist bereits angewiesen worden, sich nach Konstantinopel zu begeben, und Euer Hochgeboren werden ihn einladen, sofort nach seiner Ankunft sich mit seinen zwei dort befindlichen Collegen in Verbindung zu setzen. || Empfangen u. s. w.

Andrássy.

Nr. 5172.

OESTERRICH-UNGARN. — Geschäftsträger in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Zusammentritt der internationalen Commission. — Telegramm.

Konstantinopel, den 6. October 1873.

Heute hat unter dem Vorsitze Edhem Pascha's und der Betheiligung unserer und der Delegirten von Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Holland, Russland und Schweden-Norwegen die erste Sitzung der internationalen Aichungskommission stattgefunden.

Nr. 5172.
Oesterreich-
Ungarn.
6. Oct. 1873.

Zalusk i.

Nr. 5173.

OESTERRICH - UNGARN. — Gesandter in Konstantinopel an den k. u. k. Min. d. Ausw. — Schluss der Commissionsarbeiten.

Auszug.

Konstantinopel, den 19. December 1873.

Mit gehorsamster Beziehung auf mein gestriges Telegramm, womit ich Euerer Excellenz die am selben Tage erfolgte einstimmige Annahme des Finalberichts durch die Mitglieder der internationalen Aichungs-Commission und die hierauf stattgehabte Auflösung dieser letzteren anzuzeigen die Ehre hatte, erlaube ich mir nun, Hochdenselben im Anbuge den Schlussbericht über die XXI. und letzte Sitzung der fraglichen Commission zu unterbreiten. Und somit wäre denn nach langen Verhandlungen und nach Ueberwindung vielfacher Schwierigkeiten eine Aufgabe glücklich gelöst, deren Bedeutung gewiss nicht unterschätzt werden wird. Die günstigen Folgen des getroffenen Uebereinkommens werden sich in der Zukunft nach verschiedenen Richtungen herausstellen, wobei vorausgesetzt werden muss, dass die Pforte daran unverbrüchlich festhält, die Ausführung der einstimmig gefassten Beschlüsse ernstlich überwacht und jeden Versuch, die mit den Mächten vereinbarten Abmachungen zu stören, entschieden zurückweist. || Gestern hat auch der hiesige Herr amerikanische Ministerresident die telegraphische Ermächtigung erhalten, den Beschlüssen und Abmachungen der internationalen Aichungs-Commission im Namen der Vereinigten Staaten beizutreten, wodurch nunmehr die Commissionsbeschlüsse seitens aller bedeutenderen Seemächte als maassgebend angenommen erscheinen. || Genehmigen etc.

Nr. 5173.
Oesterreich-
Ungarn.
19. Dec. 1873.

Ludolf.

Nr. 5174.

EUROPÄISCHE SEEMÄCHTE. — Schlussbericht der internationalen Commission für Schiffsmessung.

Nr. 5174. La Commission internationale réunie à Constantinople pour répondre à l'appel adressé aux Puissances maritimes par le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan, prenant pour guide de ses travaux les dépêches circulaires du Gouvernement Impérial à ses représentants à l'extérieur, en date des 1 Janvier et 13 Août 1873, les lettres Vizirielles à Son Altesse le Khédive d'Egypte du 17 Djémazi-ul-Ewel et du 6 Djémazi-ul-Ahir 1290 et les instructions de la Sublime Porte à ses délégués, a consacré vingt et une séances à la discussion des questions qui lui ont été soumises en procédant, d'après les règles qu'elle s'est elle-même préalablement tracées, ainsi qu'en témoignent les Procès-Verbaux annexés à ce Rapport. | En fixant l'ordre de ses travaux, la Commission a cru devoir s'en tenir aux indications données par le Gouvernement de Sa Majesté Impériale dans les lettres d'invitation adressées aux Puissances et dans les instructions données aux délégués Ottomans. || Les dites pièces recommandent de rechercher, en premier lieu, le meilleur mode de constater: 1. La capacité totale et la capacité utilisable d'un navire; et 2. Comme conséquence, d'examiner en suite les conditions actuelles de la perception des droits de navigation par la Compagnie du Canal de Suez. || La Commission poursuivant cet ordre d'idées a divisé ses travaux en deux parties distinctes: 1. Question générale du Tonnage; 2. Question des perceptions des taxes pour le passage dans le Canal de Suez.

Abordant l'examen du premier point et envisageant cette question sous tous ses aspects, elle l'a classée en deux principales divisions: Tonnage brut, et tonnage net. | Formuland son avis sur cette partie de ces travaux, la Commission résume, ainsi qu'il suit, les considérations qui déterminent les propositions qui vont suivre:

L'usage traditionnel de toutes les nations maritimes est d'assujettir les navires de commerce à un mesurage dont le résultat, sous le nom générique de tonnage, sert de base à l'application des taxes auxquelles le corps du navire est ou peut être soumis, pour quelque cause et en quelque lieu que ce soit. || La fixation du tonnage appartient en tout pays au pouvoir souverain comme un des attributs de l'autorité publique. Réglée à l'origine, dans chaque Etat, selon les convenances locales, elle a tendu à se dégager des divergences de nation à nation; mais au fur et à mesure que les échanges maritimes se développaient, les privilèges réservés aux bâtiments nationaux ont fait place à la concurrence internationale. || L'objectif des anciennes règles de tonnage a été d'abord le déplacement, avec une unité de poids, qui s'exprimait aussi en volume supposé équivalent pour déterminer ce qu'un navire pouvait porter ou

contenir. || Mais partout l'expérience a démontré l'impossibilité de fixer, d'une manière constante, la portée du navire, qui varie nécessairement suivant la nature, la forme et la densité de chacun des éléments concourant à former les cargaisons, et selon les saisons, l'état de la mer et la durée relative des voyages. Il est toujours possible, au contraire, de mesurer exactement la capacité intérieure du navire et d'en déduire, d'une manière pratique, les espaces qui, manifestement, ne peuvent pas être utilisés pour la production du fret. C'est à cette conclusion qu'ont abouti les diverses ordonnances réglant ce sujet, après avoir successivement traversé des phases analogues de tâtonnements et d'études. || Heureusement, après avoir passé par toutes ces phases, malgré les variations dans les procédés, on est à la fin arrivé à établir, dans les conditions à peu près semblables, une statistique comparable du tonnage maritime des différentes nations. || En adoptant partout les mêmes règles de jaugeage, la comparaison ne laisse plus rien à désirer, et la navigation sera partout taxée d'une manière uniforme et équitable. || Cette unification du tonnage peut être réalisée en adoptant une formule qui réunit les trois conditions suivantes: || 1. Mesurer la capacité intérieure du navire avec toute la précision que comporte pratiquement la science géométrique. || 2. Exprimer cette capacité en tonneaux, adoptant pour diviseur commun une unité de jauge, qui résume le mieux, pour toutes les marines, les traditions séculaires de l'expérience commune, et qui donne comme quotient une moyenne de toutes les conditions variables dans lesquelles les navires sont employés. || 3. N'admettre pour la détermination du tonnage net, qui sert de base à l'application des taxes, aucune déduction, qu'à la condition que les espaces déduits ne soient pas employés pour la production de fret, soit en y mettant des passagers, soit en y mettant des marchandises. || La Commission s'est demandé s'il ne serait pas mieux de supprimer l'expression tonneau de jauge afin de faire cesser la confusion continuelle entre le tonneau de jauge et les différents tonneaux employés par le commerce, soit en poids, soit en mesure; mais après mûre délibération, elle a jugé que le temps n'est pas encore venu pour recommander un tel changement dans les usages du monde commercial et maritime, et elle s'est décidée à adopter, pour unité de jauge, le tonneau de capacité du système Moorsom de 100 pieds cubes anglais ou de 2,83 mètres cubes.

Ces principes posés, la Commission Internationale ayant reconnu que le procédé de mesurage de la capacité des navires inauguré par le *Merchant Shipping Act* de 1854 sous le nom de Système Moorsom, dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, réalise le mieux les conditions requises pour la détermination du tonnage brut; qu'aucun système ne se prête mieux à l'application des règles précises de déduction qui doivent déterminer le tonnage net et ne se recommande avec de plus grands avantages pour l'unification du tonnage que la Commission doit rechercher et désire atteindre; Constatant d'ailleurs: 1. Que la plupart des Puissances maritimes en ont ainsi

Nr. 5174.
 • Europäische
 Seemächte.
 18. Dec. 1878.

jugé, puisque l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, le Danemark, les Etats-Unis d'Amérique, la France, l'Italie, la Norvège et la Turquie ont successivement, avec des variantes dans l'application, adopté le système Moorsom, et que la Belgique, l'Espagne, les Pays-Bas et la Suède, d'après les déclarations de leurs délégués respectifs, sont également en voie de l'adopter; 2. Qu'en ce qui concerne le tonnage net des navires à vapeur, les prescriptions de la loi Anglaise de 1854 laissent beaucoup à désirer, notamment en ce que la déduction est calculée pour une catégorie de navires dont les machines sont dans un certain rapport avec la capacité totale, en prenant un centième pour cent du tonnage brut, tandis que dans d'autres navires la déduction dépend simplement de l'espace occupé par la machine; 3. Qu'il y a deux autres systèmes de déduction, la différence entre lesquels consiste dans le traitement des soutes à charbon; l'un avec les cloisons mobiles est appelé la règle du Bas-Danube, l'autre pour des soutes fixes est adopté en Allemagne, Autriche-Hongrie, France et Italie; que par le premier de ces systèmes, on laisse la liberté aux armateurs d'employer sans inconvénient leurs navires partout dans le commerce général du monde, tandis que par l'autre système ils sont obligés d'adopter les soutes à charbon fixes pour des voyages déterminés; mais en vue des opinions partagées sur les avantages de l'un ou de l'autre système; || La Commission recommande à l'acceptation des Puissances maritimes les modes de procéder ci-après indiqués et les règles de jaugeage annexées au présent Rapport.

S'ils sont adoptés, il sera désirable que les papiers de bord des navires présentent un tableau de tous les détails du mesurage et du calcul par lesquels on aurait trouvé le tonnage brut et des déductions opérées pour déterminer le tonnage net. || Pour le cas où il y aurait des exceptions dans le mesurage de la capacité totale du navire, on devrait le mentionner dans les papiers de bord.

En discutant et fixant les règles de jaugeage annexées à ce Rapport, la Commission a été guidée par les considérations suivantes, qu'elle soumet aussi à l'approbation des Puissances maritimes.

§. 1. Tout navire de commerce, à quelque nation qu'il appartienne, doit être muni d'un certificat de jauge constatant: a) Le tonnage brut ou gross tonnage qui est l'expression de la capacité totale du navire et b) le tonnage net qui est l'expression de la capacité du navire après déduction des espaces reconnus non utilisables pour la production du fret.

§. 2. Le certificat de jauge, dont il s'agit, délivré par les autorités compétentes de l'Etat, auquel appartient le navire, après jaugeage opéré d'après les prescriptions des règles proposées par la Commission Internationale, fait foi en tout pays pour servir de base à la perception des taxes auxquelles le corps du navire est ou peut être soumis pour quelque cause et en quelque lieu que ce soit. Les dites taxes sont appliquées au tonnage net du navire.

§. 3. La détermination du tonnage brut ou capacité totale d'un navire est le mieux effectuée au moyen des procédés de jaugeage et de calcul connus sous le nom de système Moorsom, tels qu'ils sont définis par les règles de jaugeage adoptées par cette Commission et annexées au présent Rapport. Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

§. 4. Le tonnage brut comprend le résultat du jaugeage de tous les espaces au dessous du pont supérieur, ainsi que de ceux compris dans toutes les constructions permanentes, couvertes et closes sur ce pont.

(Pour leur définition voir les règles de jaugeage annexées.)

§. 5. Les déductions à opérer du tonnage brut pour déterminer le tonnage net sont: || 1. Les déductions générales s'appliquant aux navires à voiles et aux navires à vapeur. || 2. Les déductions spéciales aux navires à vapeur.

§. 6. Les déductions générales s'appliquent: || 1. Au logement de l'équipage. (Ne sont pas considérés comme faisant partie de l'équipage les gens de service quels qu'ils soient, embarqués pour le service des passagers.) || 2. Aux cabines des officiers de bord. (Celle du capitaine non comprise.) || 3. Aux cuisines et aux lieux d'aisance et latrines à l'usage exclusif du personnel du bord, qu'ils soient situés au dessous ou au dessus du pont supérieur. || 4. Aux espaces couverts et clos, s'il en existe, placés sur le pont supérieur et destinés à la manoeuvre du navire. || Tous les espaces appliqués à chacun des usages ci-dessus indiqués peuvent être limités séparément suivant les besoins et les habitudes de chaque pays; ils sont cubés isolément, et additionnés: le total devant être déduit, s'il est au-dessous de 5⁰/₀ du tonnage brut, et ne pouvant dans aucun cas dépasser 5⁰/₀ du dit tonnage. || Outre les espaces compris dans les déductions, il a été proposé au sein de la Commission de déduire aussi les espaces occupés par la cabine du capitaine, les soutes à voiles, à cordages et autres agrès de la manoeuvre, mais ces propositions n'ont pas obtenu la majorité absolue des voix.

§. 7. La Commission recommande la suppression de tout système qui ferait dépendre la détermination du tonnage net d'un navire à vapeur de la déduction d'un tantième pour cent de la capacité totale du navire.

§. 8. Les déductions spéciales aux navires à vapeur s'appliquent: || a) A la chambre des machines et des chaudières; || b) Au tunnel des navires à hélice; || c) Aux soutes à charbon permanentes: les espaces des chambres, tunnel et soutes étant exactement mesurés.

§. 9. Si le navire n'a pas de soutes permanentes, ou s'il a seulement des soutes latérales et si l'approvisionnement de charbon est logé dans des magasins prélevés sur la cale au moyen de cloisons mobiles, on ne fera pas entrer l'espace des soutes latérales ou des magasins à charbon dans le mesurage. Dans ce cas on appliquera la règle en vigueur aux Bouches du Danube, c'est-à-dire que pour tenir compte de l'approvisionnement moyen de combustible, on accordera 50⁰/₀ de l'espace de la machine, si le navire est à roues, et 75⁰/₀ de l'espace de la machine, si le navire est à hélice. || (Voir Art. 16 des Règles de jaugeage annexées.)

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

§. 10. Les navires munis de soutes permanentes pourront néanmoins être jautés selon la règle du Danube. Dans ce cas le tonnage net sera établi conformément aux prescriptions du paragraphe ci-dessus.

§. 11. Dans aucun cas (sauf pour les remorqueurs) le total des déductions, spéciales aux navires à vapeur ne pourra dépasser 50% du tonnage brut.

§. 12. Pour les navires remorqueurs, et à la condition expresse que ces navires seront exclusivement affectés au remorquage, les déductions spéciales s'appliqueront sans limite aux espaces réellement occupés par la chambre des machines et l'approvisionnement de combustible.

§. 13. Provisoirement et jusqu'à ce que tous les gouvernements aient adopté des règles uniformes pour le tonnage net, et dans le but d'obtenir en attendant, une certaine uniformité de pratique, il pourra, dans tout Etat, être délivré aux navires à vapeur, appartenant au dit Etat, par les soins des autorités compétentes, pour la délivrance du registre de jauge constatant le tonnage d'après la loi nationale en vigueur, un certificat annexe qui fera foi dans les ports étrangers et qui établira le tonnage net auquel devront être appliquées les taxes à payer dans ces ports.

§. 14. Dans les Etats qui ont déjà adopté le système Moorsom, le certificat annexe mentionné ci-dessus sera dressé facultativement, soit d'après la règle applicable aux navires à soutes permanentes, soit d'après la règle du Danube.

§. 15. Dans les pays où le système Moorsom sera, mais n'est pas encore adopté, les navires à vapeur pourront être mesurés d'après la règle II de la loi anglaise de 1854, avec les facteurs 0,0017 et 0,0018. Du tonnage brut ainsi trouvé, on opérera les déductions spéciales accordées par les §§. 6 à 12 ci-dessus. Le certificat annexe spécifié au §. 13 constatera le tonnage brut et le tonnage net du navire; le dit tonnage net sera établi facultativement, soit d'après la règle applicable aux navires à soutes permanentes, soit d'après la règle du Danube.

§. 16. Les navires non pontés n'ont pas été compris dans les règles internationales de jaugeage proposées.

§. 17. Comme sanction pénale on recommande d'ordonner que si un des espaces permanents, qui ont été déduits, est employé pour y mettre des marchandises ou des passagers, ou pour en tirer du profit en l'affrétant, cet espace sera ajouté au tonnage net et ne pourra plus être déduit.

Les dispositions des paragraphes ci-dessus embrassent les principes qui ont guidé la Commission dans son travail et elle émet le vœu que pour garantir l'application identique des dits principes dans tous les Etats, les règles de jaugeage proposées par elle soient adoptées par voie diplomatique, ou par des délégués munis de pleins pouvoirs qui pourraient s'entendre sur les procédés à employer, et pour tous les détails d'exécution.

En abordant la seconde partie de la tâche qui lui a été dévolue par le

Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan, la Commission a posé dans les termes suivants, d'accord avec la teneur des instructions du Gouvernement Ottoman à ses délégués, la question à résoudre:

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

“Le mode actuellement appliqué pour la perception des droits du Canal est-il en harmonie avec les prescriptions de l'acte de concession et du Firman Impérial, selon l'interprétation qui leur a été donnée par les deux lettres Vizirielles à Son Altesse le Khédive?”

Examen fait de l'acte de concession et des documents ci-dessus indiqués, la Commission a ouvert la discussion et après avoir entendu successivement MM. les délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de Belgique, d'Espagne, de la Grande-Bretagne, de Grèce, d'Italie, des Pays-Bas, de Russie, de Suède-Norvège et de Turquie elle a été appelée à délibérer sur le projet de résolution présenté par les délégués de la Grande-Bretagne, ainsi qu'en témoignent les procès-verbaux Nr. XII, XIV, XV, XVI. || Avant de se prononcer par un vote sur cette résolution, la Commission, dans la séance du 9 décembre, a reçu de son Président communication de la lettre, en date du même jour, adressée à Son Excellence par Son Excellence Rachid Pacha, Ministre des Affaires Etrangères. || Déférant à la recommandation contenue dans cette lettre, la Commission a discuté et officiellement adopté la rédaction de l'avis suivant qui a été accepté à l'unanimité, et qu'elle espère être conforme au désir exprimé par la Sublime Porte:

A v i s.

Invitée par la Sublime Porte à exprimer un avis sur le mode de perception applicable au Canal de Suez en vertu du contrat de concession, du Firman de 1866, et des lettres Vizirielles du 17 Djémazi-ul-Ewel et du 6 Djémazi-ul-Ahir 1290, et se conformant au désir exprimé dans la lettre adressée, le 9 décembre 1873, par Son Excellence Rachid Pacha, Ministre des Affaires Etrangères de Turquie, à Son Excellence Edhem Pacha, Président de la Commission; || Se référant, d'une part, à l'acte de concession de l'entreprise du Canal de Suez, lequel acte doit rester intact; || Se référant, d'autre part, pour l'application des prescriptions de cet acte, aux principes généraux et aux règles de jaugeage, tels que la Commission Internationale les a précédemment déterminés; || La Commission est d'avis qu'on peut régler le mode de cette perception par une transaction, dont les dispositions sont les suivantes:

Navires jaugeés d'après le système Moorsom.

1. Il sera perçu sur chaque tonne de registre net des navires dont les déductions propres aux machines ont été déterminées d'après le §. (a) de la clause XXIII qui définit la Règle III de la loi anglaise de 1854, outre la taxe de 10 francs, une surtaxe de 4 francs.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
14. Dec. 1873.

2. Cette surtaxe sera réduite à 3 francs pour chaque bâtiment qui aura inscrit sur ses papiers de bord, ou annexé à ces papiers, le tonnage net résultant du système de jaugeage recommandé par la Commission Internationale, lequel formera la base de la perception de la taxe et de la surtaxe.

3. Il est entendu que les navires qui sont déjà mesurés d'après l'alternative posée par la Commission et notamment suivant le §. (b) de la clause précitée de la loi anglaise de 1854, n'auront à acquitter, dès à présent, que la surtaxe de 3 francs par tonneau de registre net, sous la condition que les déductions pour la machine et le combustible n'excéderont pas 50% du tonnage brut.

Navires jaugés d'après un autre système que celui de Moorsom.

4. Le tonnage brut des navires qui ne sont pas jaugés d'après le système Moorsom sera ramené au tonnage de ce système par l'application des facteurs du barème du Bas-Danube et leur tonnage net sera déterminé d'après le §. (a) de la clause XXIII précitée. Ils payeront, outre la taxe de 10 francs, une surtaxe de 4 francs par tonne sur ce tonnage net.

Disposition commune à tous les navires.

5. La surtaxe de 3 francs par tonne nette de registre sera progressivement réduite dans les proportions ci-après spécifiées, à mesure du développement du tonnage net des navires transitant annuellement par le Canal, et de manière à ne plus percevoir finalement que la taxe maximum de 10 francs par tonne sur le tonnage net, constaté par les papiers de bord, aussitôt que ce tonnage aura atteint pendant une année, 2,600,000 tonnes de tonnage net de registre. || La décroissance de la surtaxe suivra les proportions ci-après: || Aussitôt que le tonnage net aura atteint le chiffre de 2,100,000 tonnes pendant une année, la Compagnie ne pourra, à partir de l'année suivante, percevoir la surtaxe qu'à raison de 2½ francs par tonne. || A partir de l'année qui suivra celle durant laquelle le tonnage net aura atteint 2,200,000 tonnes, la surtaxe ne sera plus que de 2 francs par tonne et ainsi de suite chaque augmentation de 100,000 tonnes pour une année, entraînant une diminution de surtaxe de 50 centimes par tonne pendant l'année suivante; de telle sorte, qu'au moment où le *net tonnage* aura atteint 2,600,000 tonnes pendant une année, la surtaxe sera définitivement supprimée et la taxe ne dépassera plus le chiffre maximum de 10 francs par tonne de registre net. || Il est bien entendu: || 1. Qu'au cas où l'augmentation du tonnage net réalisée pendant une année, dépasserait 100,000 tonnes, la surtaxe décroîtrait pendant l'année suivante d'autant de fois 50 centimes par tonne, qu'il se serait produit de fois 100,000 tonnes de plus. || 2. Qu'une fois que la surtaxe aura été diminuée ou abolie d'après les conditions qu'on vient de dire, aucune augmentation ou ré-imposition ne pourra avoir lieu, même si le tonnage de transit venait de

nouveau à descendre. || 3. Que l'année mentionnée plus haut commence le 1 janvier, nouveau style.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

6. Les bâtiments de guerre, les bâtiments construits ou nolisés pour le transport de troupes et les bâtiments sur lest seront exemptés de toute surtaxe; ils ne seront pas soumis à une taxe supérieure au maximum de 10 francs par tonne, qui sera prélevée sur leur tonnage net de registre.

Après avoir exprimé cet avis dans sa XIX^{ème} séance, le premier délégué de Turquie, autorisé par son Gouvernement, a fait les deux déclarations suivantes: || Que la permission de percevoir une surtaxe d'un franc concédé à la Compagnie Universelle du Canal maritime de Suez dans l'année 1871, pour un but spécial, est abrogée. || Qu'aucune modification ne pourra être apportée à l'avenir aux conditions de transit, soit en ce qui concerne les droits de navigation, soit en ce qui concerne les droits de remorquage, d'ancrage, de pilotage, etc., qu'avec l'assentiment de la Sublime Porte qui, de son côté, s'entendra à ce sujet avec les principales Puissances intéressées, avant de prendre aucune détermination.

MM. les délégués de la Grande-Bretagne, d'Italie, d'Espagne, de Belgique d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de Turquie, de France, de Grèce, de Russie et de Suède-Norvège ont déclaré, dans la XX^{ème} séance, qu'ils sont autorisés par leurs gouvernements à adhérer aux dispositions de la transaction.

MM. les délégués des Pays-Bas ont déclaré qu'ils sont autorisés par leur gouvernement à y adhérer également, sous les réserves faites.

Ce rapport final est fait et signé dans une seule expédition, à Constantinople, ce 6/18^{ème} jour du mois de décembre 1873, 28^{ème} jour du mois de Chewal 1290.

Pour l'Allemagne,	(Signé) Gillet. Hargreaves.
„ l'Autriche-Hongrie,	„ G. de Kosjek. L. Zamara. E. F. Nicolich.
„ la Belgique,	„ Cam. Janssen.
„ l'Espagne,	„ Joaquin Tогores. A. Ruata.
„ la France,	„ A. d'Avril. Rumeau.
„ la Grande-Bretagne,	„ J. Stokes. Philipp Francis.
„ la Grèce,	„ A. A. H. Anargyros.
„ l'Italie,	„ E. Cova. F. Mattei. Alex. Vernoni.
„ les Pays-Bas,	„ Jansen. Richard S. Keun.
„ la Russie,	„ B. E. Steiger. Korchikoff.
„ la Suède et Norvège	„ O. von Heidenstam.
„ la Turquie,	„ Edhem. M. Salih. H. Madrilly.

Le Secrétaire: (Signé) Carathéodory.

Certifié conforme à l'original:

Le Président:

(Signé) Edhem.

Le Secrétaire

(Signé) Carathéodory.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1878.

(Annexe 1.)

Règles de jaugeage recommandées par la Commission Internationale du Tonnage réunie à Constantinople, en 1873.

Principes Généraux.

1. Le tonnage brut ou la capacité totale des navires comprend le mesurage exact de tous les espaces (sans en excepter aucun) qui se trouvent au dessous du pont supérieur ainsi que de ceux compris dans toutes les constructions permanentes couvertes et closes sur ce pont.

Note: Par constructions permanentes couvertes et closes sur le pont supérieur on doit entendre toutes celles qui constituent des espaces limités par des ponts ou couvertures et des cloisons fixes et représentent une augmentation de capacité qui pourrait être utilisée pour l'arrimage des marchandises ou pour le logement et la commodité des passagers et du personnel de bord. Ainsi une ouverture quelconque ou plusieurs ouvertures soit sur le pont ou couverture, soit dans les cloisons, ou une interruption du pont ou le manque d'une partie de cloison, ne les empêcheront pas d'être comprises dans le tonnage brut, si après le mesurage, elles peuvent être facilement closes et rendues ainsi mieux appropriées au transport de marchandises et passagers. || Mais les espaces sous des toitures d'abri, sans d'autres liens avec le corps du navire que les supports nécessaires à leur solidité, qui ne constituent pas des espaces limités et qui sont exposés d'une manière permanente aux intempéries et à la mer, ne seront pas compris dans le tonnage brut, bien que ces toitures puissent servir à abriter les hommes de l'équipage, les passagers de pont et même les marchandises appelés cargaisons de pont (deck loads).

2. Les cargaisons du pont (deck loads) ne sont pas comprises dans le mesurage.

3. Les espaces clos destinés ou pouvant servir aux passagers ne seront pas déduits du tonnage brut.

4. Pour les soutes à charbon, on adopte les règles de la Commission Européenne du Danube de 1871 et le mesurage exact des soutes fixes.

Règle I. Pour les navires vides.

Art. 1. La longueur, pour le jaugeage des navires ayant un ou plusieurs ponts est prise sur le pont de jaugeage qui est: || a) Le pont supérieur, pour les navires à un ou deux ponts; b) Le second pont à partir de la cale, pour les navires ayant plus de deux ponts; || Cette longueur est mesurée de tête en tête en dedans du vaigrage, à la face supérieure du pont de jaugeage; on en retranche ensuite des quantités correspondantes l'une à l'élanement

de l'étrave, sur la partie comprise dans l'épaisseur du bordé du pont, augmenté du tiers du bouge du bau.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1878.

Art. 2. En vue de calculer les aires des différentes sections transversales qui sont nécessaires pour établir le volume intérieur du navire, la longueur définie à l'art. 1, est divisée conformément au tableau ci-après:

Longueur du pont de jaugeage.

	Nombre de divisions à effectuer.
1. Classe: 50 pieds anglais, 15 mètres ou moins ¹⁾	4
2. Classe: de 50 pieds anglais exclusivement à 120 p. a. inclusivement (15 à 37 mètres)	6
3. Classe: de 120 pieds anglais exclusivement à 180 p. a. inclusivement (35 à 55 mètres)	8
4. Classe: de 180 pieds anglais exclusivement à 225 p. a. inclusivement (55 à 69 mètres)	10
5. Classe: plus de 225 pieds anglais (69 mètres)	12

Note: Un plus grand nombre de divisions n'est pas interdit.

Art. 3. A chaque point de divisions de la longueur, y compris les points extrêmes, on mesure le creux ou la hauteur de chaque section depuis un point marqué au tiers du bouge du pont en contrebas du can supérieur du barrot, jusque sur le collet de la varangue à côté de la carlingue, en déduisant l'épaisseur moyenne du vaigrage de fond. || Les hauteurs de toutes les sections transversales, sont partagées en quatre parties égales, lorsque celle de la section milieu est de 16 pieds anglais (5 mètres) ou moins, et en six parties égales lorsque celle de la section milieu excède 16 pieds anglais (5 mètres). || A chacun des points de division de la hauteur de chaque section (les points extrêmes compris), on mesure la largeur du navire, en dedans du vaigrage. || Chaque largeur est numérotée (Nr. 1, 2, 3 etc.) à partir du pont de jaugeage et l'on multiplie:

Par 1, les largeurs Nr. 1 et 5 (points extrêmes)	}	Lorsque la hauteur est de 16 p. a. (5m) ou moins.
Par 4, les largeurs Nr. 2 et 5		
Par 2, la largeur Nr. 3		
Par 1, les largeurs Nr. 1 et 7 (points extrêmes)	}	Lorsque la hauteur est plus de 16 p. a. (5m).
Par 4, les largeurs Nr. 2, 4 et 6		
Par 2, les largeurs Nr. 3 et 5		

Le total des produits ci-dessus est multiplié par le tiers de la distance entre les divisions de la hauteur. Le résultat donne l'aire de la section.

Art. 4. On peut aussi mesurer l'aire des sections transversales avec la même exactitude par la méthode suivante des coordonnées polaires. || On par-

¹⁾ Les fractions de mètres ont été négligées.

Nr. 5174. tage chaque demi-section transversale en cinq secteurs angulaires, ayant même
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1878. angle au sommet (cet angle est égal à $\frac{90}{5} = 18^0$) et on prend pour la surface

de chacun d'eux, celle du secteur de cercle compris entre les rayons vecteurs extrêmes et décrits avec le rayon moyen. || Pour procéder au mesurage, il faut mesurer les rayons vecteurs moyens de chaque secteur, dont les deux extrêmes feraient, l'un avec l'horizontale et l'autre avec la verticale, des angles de 9^0 tandis que les autres sont espacés uniformément de 18^0 . || Pour obtenir leurs directions on place dans le plan de la section un demi-cercle, convenablement divisé et dirigé de manière que son diamètre horizontal passe par le tiers du bouge du bau et que le centre se trouve dans le plan diamétral du navire; les rayons vecteurs seront mesurés à l'aide d'un ruban fixé au centre du demi-cercle. || Pour calculer l'aire de la section on élève au carré les rayons moyens ainsi mesurés, on les additionne entr'eux, et la somme multipliée par 0.31416 sera considérée comme la surface de la section.

Art. 5. Les sections transversales mesurées par l'une de ces deux méthodes sont numérotées (Nr. 1, 2, 3 etc.) assignant le Nr. 1 à l'extrémité avant et le dernier Nr. à l'extrémité arrière de longueur. On multiplie: || L'aire de la première et de la dernière section, s'il y en a, par 1; || Celles des sections des numéros pairs, par 4; || et celles des sections des numéros impairs (la première et dernière exceptées) par 2; || Le total de ces produits, multiplié par le tiers de l'intervalle entre les sections', donne le volume de l'espace mesuré. Le tonnage de ce volume est obtenu en le divisant par 100, si les mesures sont prises en pieds anglais; et par 2.83, si les mesures sont prises en mètres*).

Art. 6. Lorsque le navire a un troisième pont, le volume compris entre ce troisième pont et le pont de jaugeage est déterminé de la manière suivante: || On mesure la longueur de l'entre-pont, au milieu de la hauteur depuis le vaigrage à côté de l'étrave, jusqu'au revêtement intérieur de l'allonge de poupe. || Cette longueur est divisée en autant de parties que pour le pont de jaugeage; à chacun des points de division, ainsi qu'aux points extrêmes, on mesure la largeur au milieu de la hauteur. Les largeurs sont numérotées (1, 2, 3 etc.) à partir de l'avant. On multiplie par 1 la première et la dernière; par 4 celles ayant des numéros pairs et par 2 celles ayant des numéros impairs (la première et la dernière exceptées). Le total de ces produits, multiplié par le tiers de la distance entre les divisions de la longueur, donne l'aire moyenne horizontale de l'entre-pont. On obtient ensuite le volume de l'entre-pont en multipliant cette aire par la hauteur moyenne; et ce volume, divisé par 100, si les mesures ont été prises en pieds anglais, ou par 2,83, si elles ont été prises en mètres, représente le tonnage à ajouter au tonnage principal (article 5.) || Si le navire a plus de trois ponts, le volume et le

¹⁾ Quand les mesures sont prises en mètres, au lieu de diviser les volumes par 2,83, on peut les multiplier avec 0,353.

tonnage des entre-ponts supérieurs sont calculés de la même manière et ajoutés au tonnage principal.

Art. 7. S'il existe sur le pont supérieur des dunettes, teugues, rodffles ou autres constructions permanentes couvertes et closes, telles qu'elles ont été définies dans les principes généraux, le tonnage en est également ajouté au tonnage principal. Il est calculé de la manière suivante: || 1. Quand les contours sont formés par des surfaces courbes, on mesure à l'intérieur la longueur moyenne de chaque compartiment. On détermine le milieu de cette longueur. A ce point, ainsi qu'aux deux extrémités, on mesure, à la moitié de la hauteur, la largeur du compartiment. On multiplie par 4 la largeur du milieu; on y ajoute les largeurs aux points extrêmes: le total, multiplié par le tiers de la distance entre les divisions de la longueur, donne l'aire moyenne horizontale du compartiment. On mesure alors la hauteur moyenne, et on la multiplie par l'aire moyenne. || 2. Quand les contours sont entièrement formés par des surfaces planes, on mesure le volume en multipliant entre elles, la longueur, la largeur et la hauteur moyennes de chaque compartiment. || L'opération est effectuée pour chaque compartiment distinct. || Dans les deux cas, on divise le volume obtenu par 100, si les mesures sont prises en pieds anglais, ou par 2,83, si elles sont prises en mètres, pour avoir le tonnage de ces espaces.

Art. 8. Dans le mesurage de la longueur, de la largeur et de la hauteur du volume principal ou des autres espaces, on doit ramener à l'épaisseur moyenne le vaigrage qui dépasse cette épaisseur. || Quand le vaigrage manque ou qu'il ne doit pas être établi à demeure, la longueur et les largeurs sont comptées à partir de la membrure.

Règle II. Pour les navires chargés.

Art. 9. Lorsque les navires ont leur chargement à bord, ou que, par tout autre motif, ils ne peuvent pas être jaugés d'après la règle la première, on opère comme il suit: || La longueur du navire est prise sur le pont supérieur depuis le trait extérieur de la rablure de l'étrave jusqu'à la face arrière de l'étambot; on en retranche la distance du point de rencontre de la voûte avec la rablure de l'étambot à la face arrière de cet étambot. || On mesure ensuite la plus grande largeur du navire hors bordé ou hors préceintes. || On marque à l'extérieur et des deux côtés dans une direction perpendiculaire au plan diamétral et à l'endroit de la plus grande largeur, la hauteur du pont supérieur, et l'on fait passer sous le navire une chaîne allant de l'une à l'autre marque. A la moitié de la longueur de la chaîne on ajoute la moitié de la plus grande largeur; on élève la somme au carré; on multiplie le résultat, d'abord par la longueur déjà prise et ensuite par le facteur 0,17 (dix-sept centièmes), si le navire est en bois, et par le facteur 0,18 (dix-huit centièmes), si le navire est en fer. Le produit donnera approximativement le volume du navire, et l'on obtient le tonnage principal en divisant par 100 ou par 2,83, selon que les mesures sont prises en pieds anglais ou en mètres.

Art. 10. Si au dessus du pont supérieur, il existe des dunettes, gaillards, teugues, rouffles, ou autres constructions permanentes couvertes et closes (telles qu'elles ont été définies dans les principes généraux) on en détermine le tonnage, en multipliant entre elles la longueur, la largeur et la hauteur moyennes et en divisant le produit par 100 ou par 2,83 selon que les mesures sont prises en pieds anglais ou en mètres et on les ajoute au tonnage principal, pour déterminer le tonnage brut ou la capacité totale du navire.

Déductions à faire au tonnage brut pour arriver au tonnage net.

Art 11. Pour passer du tonnage brut des navires tel qu'il vient d'être exposé à la jauge officielle, au tonnage net, soit pour les navires à voiles soit pour les navires à vapeur, on procède de la manière suivante:

Navires à voiles.

Art. 12. Pour les voiliers on déduit: les espaces appropriés et affectés exclusivement au logement des équipages et aux cabines des officiers de bord, à la cuisine et aux latrines à l'usage exclusif du personnel de bord, qui's soient situés au dessous ou au dessus du pont supérieur; les espaces couverts et clos, s'il en existe, placés sur le pont supérieur et destinés à la manoeuvre du gouvernail, du cabestan, des appareils de mouillage, à la chambre aux cartes, signaux et autres instruments de la navigation. || Tous les espaces compris dans ces déductions pourront être limités séparément suivant les besoins et les habitudes de chaque pays, mais sans pouvoir dépasser en totalité 5⁰/₀ du tonnage brut.

Art. 13. Le mesurage de ces espaces sera effectué selon les règles exposées pour mesurer les espaces couverts et clos sur le pont supérieur; leur total retranché du tonnage brut représente le tonnage net (register tonnage) ou jauge officielle des navires à voiles.

Navires à vapeur.

Art. 14. Dans les navires mus par la vapeur ou par toute autre puissance mécanique on déduit: || 1. Les mêmes espaces que pour les navires à voiles (art. 12) avec la limitation de 5⁰/₀ du tonnage brut. || 2. Les espaces occupés par les machines, chaudières, soutes à charbon, tunnels des navires à hélice, et, dans les entre-ponts et constructions couvertes et closes sur le pont supérieur, l'entourage des cheminées, les espaces réservés pour donner accès à l'air et à la lumière aux chambres des machines et ceux nécessaires au fonctionnement et service de la machine même. Ces déductions ne pourront dépasser 50⁰/₀ du tonnage brut.

Art. 15. Le mesurage des espaces communs aux navires à voiles et aux navires à vapeur (1^o de l'art. 14) sera pratiqué comme il a été exposé aux

articles 12 et 13 pour les navires à voiles. || Le mesurage des espaces spéciaux aux navires à vapeur (2^o de l'art. 14) est effectué de la manière suivante:

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

Art. 16. Navires à soutes à charbon avec cloisons mobiles.

Dans les navires à vapeur qui n'ont pas des soutes fixes, mais qui ont des soutes transversales à cloisons mobiles, avec ou sans soutes latérales, on mesure l'espace occupé par les chambres à machines et on y ajoute pour les navires à hélice 75 pour cent, et pour les navires à roues 50 pour cent de cet espace. || Par l'espace occupé par les chambres à machines on doit entendre: celui de cette chambre et de celle à chaudières, avec les espaces strictement nécessaires à leur service et leur fonctionnement, en y ajoutant l'espace du tunnel des navires à hélice et les espaces dans les entre-ponts destinés à l'entourage de la cheminée et à donner accès à l'air et à la lumière dans les chambres à machine. || Le mesurage de ces espaces se pratique de la manière suivante: || On mesure le creux moyen de l'espace occupé par les machines et les chaudières depuis le can supérieur du bau jusqu'au vaigrage de fond à côté de la carlingue, on mesure trois largeurs ou plus, si on le croit nécessaire, à la moitié du creux dans cet espace, en tous cas l'une de ces largeurs sera mesurée au milieu et deux autres aux extrémités de cet espace; on prend la moyenne entre ces largeurs; on mesure la longueur moyenne de l'espace compris entre les cloisons avant et arrière qui limitent la longueur, mais on en déduit, s'il y a lieu, les parties qui ne sont pas affectées ou nécessaires au bon fonctionnement des machines et des chaudières. || Le produit de ces trois dimensions ainsi mesurées est considéré comme donnant le volume de cet espace au dessous du pont qui couvre la machine. | On ajoute à ce volume celui des espaces des entre-ponts qui seraient nécessaires au fonctionnement de la machine et à donner accès à l'air et à la lumière. | On y ajoute, de même, le volume de l'espace occupé par le tunnel de l'arbre de l'hélice et le résultat ainsi obtenu réduit en tonneau de jauge de 100 pieds cubes anglais ou de 2m. 83, selon que les mesures sont prises en pieds ou en mètres, donne le tonnage correspondant à la chambre des machines et chaudières, qui sert de base aux déductions dont il s'agit. || Si la chambre des machines se trouve répartie dans plusieurs compartiments, on mesure chacun d'eux séparément comme il vient d'être dit pour le cas où ils se trouvent réunis, et on les additionne pour obtenir le tonnage total des chambres des machines qui sert comme auparavant de base aux déductions totales.

Art. 17. Navires à soutes à charbon fixes.

Dans les navires à soutes à charbon fixes on mesure la longueur moyenne de la chambre à machines et chaudières, y compris les soutes à charbon. — On calcule les surfaces de trois sections transversales du navire (comme il a été exposé dans la détermination [art. 3 et 4] du tonnage brut) jusqu'au pont qui forme le couronnement de la machine. || L'une de ces trois sections doit passer par le milieu de la dite longueur et les deux autres par les extrémités.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

|| On ajoute à la somme des deux sections extrêmes le quadruple de celle du milieu, et l'on multiplie ce résultat par le tiers de la distance qui sépare les sections. Ce produit divisé par 100, si les mesures sont prises en pieds anglais, ou par 2,83, si elles sont prises en mètres, donne le tonnage de l'espace dont il s'agit. || Si les machines, chaudières et soutes à charbon, se trouvent dans des compartiments séparés, on les mesure séparément, d'après la méthode qui vient d'être exposée, et on en fait l'addition. || Dans les navires à hélice le volume intérieur du tunnel sera mesuré en prenant la longueur, largeur et hauteur moyennes et le produit des trois dimensions divisé par 100 ou par 2,83, selon que les mesures sont prises en pieds anglais ou en mètres, donne le tonnage de cet espace. || On détermine de la même manière le tonnage dans les entre-ponts ou dans les constructions couvertes et closes sur le pont supérieur. || a) Des espaces destinés à l'entourage de la cheminée; || b) Des espaces destinés à donner accès à l'air et à la lumière dans les chambres à machines: || c) Des espaces, s'il y en a, nécessaires au fonctionnement et au service des machines.

Art. 18. Au lieu du mesurage des soutes fixes, on pourra appliquer les règles pour les soutes à cloisons mobiles de l'Article 16.

Art. 19. Pour les bateaux remorqueurs les déductions ne sont pas limitées à 50% du tonnage brut; l'on déduit tous les espaces occupés par les machines, chaudières et routes à charbon. || Toutefois si ces navires ne sont pas exclusivement destinés au service du remorquage, la déduction dont il vient d'être question ne peut dépasser 50% du tonnage brut.

(Annexe 2.)

Admeasurement of tonnage of ships using the mouths of the Danube.

Principles.

1. The gross register tonnage of every ship shall be deemed to be the cubical contents of the hull of the ship, and of every covered-in space on the uppermost deck. The contents of such spaces shall be determined in the manner specified in the „Tonnage Regulations“ herein-after contained.

2. The net register tonnage of sailing ships shall be deemed to be the gross register tonnage as above described, less the space occupied by seamen and apprentices, and appropriated to their use. The net register tonnage of ships propelled by steam or other power requiring engine room shall be deemed to be the gross register tonnage as above described, less the spaces occupied by seamen and apprentices, and appropriated to their use and also less the spaces occupied by the engine room and allowance for coal bunkers. The contents of the said crew spaces and engine and coal spaces, and the deduc-

tions on account thereof, shall be determined in manner specified in the tonnage regulations herein-after contained.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

3. Whenever the tonnage of any ship has been ascertained and registered in accordance with the tonnage regulations herein-after contained, the same shall thenceforth be deemed to be the tonnage of such ship, unless any alteration is made in the form, internal arrangement, or capacity of such ship, or unless it is discovered that the tonnage of such ship has been erroneously computed; and in either of such cases such ship shall be remeasured, and her tonnage determined according to the said tonnage regulations.

4. The "tonnage deck" shall be taken to be the upper deck in ships, which have less than three decks, and to be the second deck from below in all other ships.

5. All measurements shall be taken in feet and fractions of feet, or in metres and fractions of metres, and when taken in feet all fractions of feet shall be expressed in decimals.

6. Whether the tonnage of ships is ascertained in cubic feet or in cubic metres, it shall be stated in all certificates and documents issued by the European Commission of the Danube both in British register tons of 100 cubic feet each and in cubic metres, and the factor for converting British register tons into cubic metres shall be a multiplier of 2,83, and for converting cubic metres into British tons shall be a divisor of 2,83.

7. In any case, in which it appears from the national papers of any ship that she has already been measured in the country, in which she is registered, under rules giving results similar to the results given by the "tonnage regulations" herein-after contained, and that her tonnage is expressed on her national papers in British tons of 100 cubic feet each, or in cubic metres, then she shall be exempt from measurement under these rules, so long as she remains of the tonnage and description stated in such papers.

Tonnage Regulations.

Under the following regulations the measurements are to be taken in English feet for ascertaining contents in British tons register. Where the contents are to be ascertained in cubic metres the equivalent measures in cubic metres can be substituted for the figures given herein, or the result arrived at in tons can be converted into cubic metres by the multiplier 2,83.

Rule I.

The gross register tonnage of every ship to be registered, with the exceptions mentioned in Rule II, shall, previously to her being registered, be ascertained by the following rule, herein-after called Rule I, and the gross register tonnage of every ship to which Rule I can be applied, whether she is about to be registered or not, shall be ascertained by such rule:

Nr. 5174
Europäische
Seemächte.
19. Dec. 1873.

Lengths.

(1.) Measure the length of the ship in a straight line along the upper side of the tonnage deck from the inside of the inner plank (average thickness) at the side of the stem to the inside of the midship stern timber or plank there, as the case may be (average thickness), deducting from this length what is due to the rake of the bow in the thickness of the deck, and what is due to the rake of the stern timber in the thickness of the deck, and also what is due to the rake of the stern timber in one third of the round of the beam; divide the length so taken into the number of equal parts required by the following table, according to the class in such table to which the ship belongs:

Table.

Class 1. Ships of which the tonnage deck is according to the above measurement 50 feet long or under, into 4 equal parts:

Class 2. Ships of which the tonnage deck is according to the above measurement above 50 feet long and not exceeding 120, into 6 equal parts:

Class 3. Ships of which the tonnage deck is according to the above measurement above 120 feet long and not exceeding 180, into 8 equal parts:

Class 4. Ships of which the tonnage deck is according to the above measurement above 180 feet long and not exceeding 225, into 10 equal parts:

Class 5. Ships of which the tonnage deck is according to the above measurement above 225 feet long, into 12 parts:

(2.) Then the hold being sufficiently cleared to admit of the required depths and breadths being properly taken, find the transverse area of such ship at each point of division of the length as follows: — Measure the depth at each point of division, from a point at a distance of one third of the round of the beam below such deck or, in case of a break, below a line stretched in continuation thereof, to the upper side of the floor timber at the inside of the limber strake, after deducting the average thickness of the ceiling which is between the bilge planks and limber strake; then if the depth at the midship division of the length do not exceed sixteen feet, divide each depth into four equal parts: then measure the inside horizontal breadth at each of the three points of division, and also at the upper and lower points of the depth, extending each measurement to the average thickness of that part of the ceiling which is between the points of measurement; number these breadths from above (*i. e.* numbering the upper breadth one, and so on down to the lowest breadth); multiply the second and fourth by four, and the third by two; add these products together, and to the sum add the first breadth and the fifth; multiply the quantity thus obtained by one third of the common interval between the breadths, and the product shall be deemed the transverse area; but if the midship depth exceed sixteen feet, divide each depth into six equal parts instead of four, and measure as before directed the horizontal breadths at the five points of division and also at the upper and lower

points of the depth; number them from above as before; multiply the second, fourth, and sixth by four, and the third and fifth by two; add these products together, and to the sum add the first breadth and the seventh; multiply the quantity thus obtained by one third of the common interval between the breadths, and the product shall be deemed the transverse area.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

(3.) Having thus ascertained the transverse area at each point of division of the length of the ship as required by the above table, proceed to ascertain the gross register tonnage under the tonnage deck in the following manner: — Number the areas respectively 1, 2, 3, etc., No. 1 being at the extreme limit of the length at the bow, and the last No. at the extreme limit at the length at the stern; then, whether the length be divided according to the table into four or twelve parts as in classes 1 and 5, or any intermediate number as in classes 2, 3 and 4, multiply the second and every even numbered area by four, and the third and every odd numbered area (except the first and last) by two; add these products together, and to the sum add the first and last if they yield anything; multiply the quantity thus obtained by one third of the common interval between the areas, and the product will be the cubical contents of the space under the tonnage deck; divide this product by one hundred, and the quotient shall be deemed to be the gross register tonnage under the tonnage deck.

(4.) If the ship has a deck above the tonnage deck, the tonnage of the space between it and the tonnage deck shall be ascertained as follows: — measure in feet the inside length of the space at the middle of its height from the plank at the side of the stem to the lining on the timbers at the stern, and divide the length into the same number of equal parts into which the length of the tonnage deck is divided as above directed, measure (also at the middle of its height) the inside breadth of the space at each of the points of division, also the breadth of the stem and the breadth at the stern; number them successively 1, 2, 3, etc., commencing at the stem: multiply the second and all the other even numbered breadths by four, and the third and all the other odd numbered breadths (except the first and last) by two; to the sum of these products add the first and last breadths; multiply the whole sum by one third of the common interval between the breadths, and the result will give in superficial feet the mean horizontal area of such space; measure the mean height of such space, and multiply by it the mean horizontal area, and the product will be the cubical contents of the space; divide this product by one hundred, and the quotient shall be deemed to be the gross register tonnage of such space. If the ship has more than three decks, the gross register tonnage of each space between decks above the tonnage deck shall be severally ascertained in manner above described.

(5.) If there be a poop, deck house, forecastle, or any other permanent erection or closed-in or covered-in space on the uppermost deck, available for cargo or stores, or for the berthing or accommodation of passengers or

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873.

the master or crew, the gross register tonnage of such space shall be ascertained as follows: — measure the internal mean length of such space in feet, and divide it into two equal parts; measure at the middle of its height three inside breadths, namely, one at each end, and the other at the middle of the length; then to the sum of the end breadths add four times the middle breadth, and multiply the whole sum by one third of the common interval between the breadths, the product will give the mean horizontal area of such space; then measure the mean height, and multiply by it the mean horizontal area; divide the product by one hundred, and the quotient shall be deemed to be the gross register tonnage of such space. Provided that no addition shall be made to the gross register tonnage of a ship on account of spaces on the uppermost deck covered-in for the shelter, and appropriated exclusively to the use of deck passengers, and approved for that purpose by the Commissioners. In carrying this rule into effect a deck passenger shall be deemed to be a passenger not provided with accommodation in any cabin, poop, saloon, or deck house, nor with accommodation below the uppermost deck.

(6.) In order to ascertain the gross register tonnage of the ship add together:

a) The gross register tonnage of the space under the tonnage deck ascertained in accordance with paragraph three of this rule.

b) The gross register tonnage of the space or spaces between the tonnage deck and the deck, or decks (if any) above the tonnage deck, ascertained in accordance with paragraph four of this rule.

c) The gross register tonnage of the poop, deck houses, forecastle, and of all other permanent erections and closed-in or covered-in spaces on the upper deck (if any), ascertained in accordance with paragraph five of this rule.

And the total shall be deemed to be the gross register tonnage of the ship.

Rule II.

Ships which, requiring to be measured for any purpose other than registry, have cargo on board, and ships which, requiring to be measured for the purpose of registry, cannot be measured by the rule above given shall be measured by the following rule, here-after called Rule II:

1. Measure the length on the uppermost deck from the outside of the outer plank at the stem to the aftside of the stern post, deducting therefrom the distance between the aftside of the stern post and the rabbet of the stern post at the point where the counter plank crosses it; measure also the greatest breadth of the ship to the outside of the outer planking or wales, and then, having first marked on the outside of the ship on both sides thereof the height of the upper deck at the ship's sides, girt the ship at the greatest breadth in a direction perpendicular to the keel from the height so marked on the outside of the ship on the one side to the height so marked on the other side by passing a chain under the keel; to half the girth thus taken add

half the main breadth; square the sum; multiply the result by the length of ship taken as aforesaid; then multiply this product by the factor 0,0017 (seventeen ten-thousandths) in the case of ships built of wood, and 0,0018 (eighteen ten-thousandths) in the case of ships built of iron, and the product shall be deemed the gross register tonnage of the ship.

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
18. Dec. 1873

2. If there be a poop, deck house, forecastle, or any other permanent erection or covered-in space on the upper deck, the gross register tonnage of such space shall be ascertained by multiplying together the mean length, breadth, and height of such space, and dividing the product by 100, and the quotient so obtained shall be deemed to be the gross register tonnage of such space.

Rule III.

The allowance to be made on account of space occupied in any ship by seamen and apprentices, and entirely and exclusively appropriated to their use, shall be ascertained as follows (that is to say):

Measure the internal cubic capacity of all spaces occupied by seamen or apprentices, and entirely and exclusively appropriated to their use, and divide the sum of such cubic contents expressed in feet and fractions of feet by 100, and the quotient shall be deemed to be the tonnage to be deducted from the gross register tonnage on account of crew spaces, subject to the following provisos: vizt., (1) that no deduction shall be made for any crew space under these regulations, unless the space deducted is set apart for and solely used by seamen and apprentices; and (2) that the allowance for crew spaces ascertained under this rule shall not exceed the rate of 500 cubic feet for every 100 tons of the ship's gross register tonnage. In construing this rule, the word "seaman" includes any engaged to serve in any capacity on board of the ship other than the master or the pilot.

Rule IV.

The allowance to be made for the space occupied by engine room and coal space shall be estimated as follows (that is to say):

The allowance shall consist of the tonnage of the space occupied by or required to be enclosed for the proper working of the machinery and boilers, with the addition for coal space of 75 per cent. thereof in the case of ships propelled by screws, and 50 per cent. thereof in the case of ships propelled by paddle wheels. Provided that, except in the case of steamers used exclusively for the purpose of towing, the whole allowance made for the propelling power, on account of engine room and coal space together, shall not exceed one half of the gross tonnage of the ship. The measurement of such space shall be governed by the following rules (that is to say):

(1.) Measure the mean depth of the space from its crown to the ceiling at the limber strake, measure also three, or, if necessary, more than three breadths of the space at the middle of its depth, taking one of such measure-

Nr. 5174.
Europäische
Seemächte.
8. Dec. 1873.

ments at each end, and another at the middle of the length; take the mean of such breadths; measure also the mean length of the space between the foremost and aftermost bulkheads or limits of its length, excluding such parts, if any, as are not actually occupied by or required for the proper working of the machinery; multiply together these three dimensions of length, breadth, and depth, and the product will be the cubical contents of the space below the crown; then find the cubical contents of the space or spaces, if any, between the crown aforesaid and the uppermost or poop deck, as the case may be, which are framed in for the machinery or for the admission of light and air, by multiplying together the length, depth, and breadth thereof; add such contents to the cubical contents of the space below the crown; divide the sum by 100; and the result shall be deemed to be the tonnage of the said space.

(2.) If in any ship, in which the space aforesaid is to be measured, the engines and boilers are fitted in separate compartments, the contents of each shall be measured severally in like manner, according to the above rules, and the sum of their several results shall be deemed to be the tonnage of the said space.

(3.) In the case of screw steamers, in which the space aforesaid is to be measured, the contents of the shaft trunk shall be added to and deemed to form part of such space, and shall be ascertained by multiplying together the mean length, breadth, and depth of the trunk, and dividing the product by 100.

Rule V.

In ascertaining the gross register tonnage of open ships the upper edge of the upper strake is to form the boundary line of measurement, and the depths shall be taken from an athwartship line extended from upper edge to upper edge of the said strake at each division of the length.

Rule VI.

The owner of any ship which is measured under Rule II of the tonnage regulations may at any subsequent period apply to the Commissioners to have the said ship remeasured under Rule I of the same regulations; and the said Commissioners may thereupon, and upon payment of such fee not exceeding seven shillings and sixpence for each transverse section as they may authorize, direct the said ship to be remeasured accordingly, and the number denoting the register tonnage shall be altered accordingly.

(Annexe 3.)

Tableau des Facteurs

Nr. 5174.
Europäische
18. Dec. 1873.

au moyen desquels le tonnage des bâtiments des différentes nations est réduit en tonneaux anglais (Register Tons), pour la perception des droits de navigation à l'embouchure de Soulina.

Bâtiments	Tonneaux	Last	Observations
Austro-Hongrois	0,77	—	
Français	0,94	—	
Italiens	0,94	—	
Ottomans	0,76	—	1 Tonneau anglais est égal à 61 53/100 kilés de Constantinople.
Prussiens	0,98	1,50	Le facteur 0,76 pour les bâtiments ottomans est provisoire.
Russes	1,08	1,89	
Américains (Etats-Unis) .	1	—	
Belges	0,95	1,81	
Brémois	—	1,89	Observations générales.
Danois	1,02	1,96	L'application de ces facteurs fait obtenir le tonnage net.
Espagnols	1	—	Ils ne sont pas appliqués aux bâtiments des Etats qui ont adopté le mode de jaugeage anglais, lorsque d'après leurs papiers de bord, ces bâtiments ont été jaugés suivant ce mode. (Rule 1.)
Grecs { ancienne mesure	0,78	—	
{ nouvelle mesure	0,97	—	
Hambourgeois	—	2,77	
Hanovriens	0,98	2,25	
Hollandais	0,89	1,75	
De Lubeck	—	1,89	
Mecklenbourgeois	1,09	2,44	
Norvégiens	0,98	2,08	
Oldenbourgeois	0,96	1,50	
Des Principautés-Unies .	0,97	—	Un tonneau anglais est égal à 4 82/100 kilés de Galatz, 3 1/100 kilés de Braïla.
Samiotes	0,78	—	
Serbes	0,97	—	
Suédois	1,02	1,98	

Certifié conforme.

Galatz, le 18 octobre 1873.

Pour la Commission Européenne du Danube,
Durando.

Nr. 5175.

TÜRKEI — Botschafter in Wien an den k. u. k. Min. d. Ausw. —
Resultate der internationalen Commission.

Vienne, le 3 mars 1874.

Nr. 5175.
Türkei.
3. März 1874.

Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan avait proposé par une Circulaire du Ministère des affaires étrangères, en date du 1 janvier 1872, de convoquer une Commission internationale, à l'effet de délibérer sur la question si importante de l'unification du tonnage. Cette proposition fut généralement accueillie avec empressement. D'un commun accord, Constantinople fut désigné pour la réunion de la Commission, et les délibérations s'ouvrirent le 16 octobre 1873 au Ministère des affaires étrangères de la Sublime Porte. La première question abordée par la Commission fut celle du tonnage en général. Tout en admettant la base du calcul établi par Moorsom comme la plus exacte de toutes, quelques délégués proposèrent la révision du diviseur usité dans ce système et l'admission, comme tonneau-type, du tonneau de marchandises et d'encombrement usité en France et en Angleterre. Cette proposition ne fut point admise par la Commission qui constata que dans l'évaluation de la capacité des navires en tonneaux, on ne saurait mieux faire que de s'en tenir purement et simplement au système Moorsom. Le tonnage brut ainsi déterminé, la Commission s'occupa de la fixation du tonnage net; sur ce point quelques modifications semblaient nécessaires; de nouvelles règles furent formulées et l'opinion générale est que ces règles, tout en donnant en certains cas des chiffres un peu plus forts, se rapprochent beaucoup plus de la vérité et de l'exactitude. En même temps la question du péage du canal de Suez, question spéciale, mais d'un intérêt universel, s'imposait aux préoccupations de tout le monde. Le Gouvernement Impérial ottoman, ayant déclaré que la capacité sur laquelle la taxe maximum de 10 francs devait être perçue était la capacité utilisable, la Commission fut saisie du soin de formuler cette règle dans la pratique et les délégués, indépendamment de la question légale, s'arrêtèrent, d'un commun accord, à une transaction sur les bases suivantes: } Surtaxe de 4 francs pour les navires à vapeur jaugés par le système établi par la loi anglaise de 1854 et de 3 francs pour tous les bâtiments jaugés d'après le système recommandé par la Commission; } Alternative laissée entre la règle du Danube et les mesurages des soutes fixes; } Réduction de la taxe de 10 francs, au cas où le tonnage annuellement transitant par le canal, atteindrait le chiffre de 2.600,000 tonnes. || Telles sont les bases, sur lesquelles repose l'accord transactionnel de la Commission, auquel le Gouvernement Impérial ottoman a donné son plein assentiment. Il dépend aujourd'hui entièrement de la Compagnie de profiter des résultats que cette transaction est de nature à lui assurer. }

Dans l'opinion de la Sublime Porte, ce double travail de la Commission est digne de la plus sérieuse considération à tous égards. En ce qui concerne la question générale de l'unification du tonnage, il est de fait que les délibérations de la Commission ont donné de ce problème épineux la meilleure solution, à laquelle il soit possible d'atteindre dans l'état actuel des sciences et des connaissances nautiques. || L'application du système formulé par la Commission dépend, il est vrai, de la volonté des Gouvernements. Mais les avantages devant résulter de l'unification des divers tonnages sont tellement évidents que tout porte à croire que les administrations s'empresseront de mettre à profit les résultats acquis à la science par les travaux de la Commission. || C'est dans cette conviction que le soussigné, Ambassadeur de Sa Majesté le Sultan, a été chargé, d'ordre de son Gouvernement, de communiquer au Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique le recueil contenant les procès verbaux, rapports et autres de la Commission internationale pour le tonnage, réunie à Constantinople. || Le soussigné saisit cette occasion etc.

Nr. 5175.
Türkei.
3. März 1874.

C a b o u l i.

Beziehungen mit Japan.

Nr. 5176.

OESTERREICH-UNGARN. — Min. d. Ausw. an die k. und k. Missionen zu London, Paris, Rom, Bern und im Haag. — Mittheilung über eine Conferenz mit den japanesischen Botschaftern.

Wien, den 10. Juli 1873.

Wir halten uns verpflichtet, jenen Mächten, die so freundlich waren, uns seiner Zeit die Protokolle der zwischen ihnen und der japanesischen Botschaft unter Ivacura's Führung stattgehabten Besprechungen und Conferenzen mitzutheilen, auch von den Verhandlungen Kenntniss zu geben, die die gedachte Botschaft hier geführt hat. Euer Excellenz werden sonach beauftragt, die angeschlossene Abschrift des Protokolls einer am 13. Juli d. J. zwischen mir und den japanesischen Botschaftern stattgefundenen Conferenz der Regierung zur Verfügung zu stellen, bei der Euer Excellenz die Ehre haben beglaubigt zu sein. || Empfangen etc.

Nr. 5176.
Oesterreich-
Ungarn.
10. Juli 1873.

A n d r á s s y.

Beilage.

Conferenz Seiner Excellenz des k. und k. Ministers des Aeussern, Grafen Andrassy, mit Ihren Excellenzen den ausserordentlichen japanesischen Botschaftern Ivacura und Yamagutchi, abgehalten am 13. Juni 1873 im Ministerium des Aeussern.

Nr. 5176.
Oesterreich-
Ungarn.
10. Juli 1873.

Nach gegenseitiger Begrüssung ersucht Seine Excellenz der Herr Minister die Herren Botschafter, die Zwecke ihrer Mission und den Gegenstand der von ihnen gewünschten Conferenz bekanntgeben zu wollen. || Seine Excellenz Ivacura bezeichnet es als den hauptsächlichsten Zweck ihrer Botschaft, Namens Seiner Majestät des Kaisers von Japan und seiner Regierung Freundschaftsversicherungen zu überbringen und gleiche Gesinnungen gegen Japan zu erbitten. Es ist dies die erste diplomatische Mission, welche Seitens Seiner Majestät an die Vertragsstaaten abgesendet wurde. Auf die Umwälzung näher einzugehen, welche in den letzten Jahren in Japan stattgefunden, und die umfassenden liberalen Reformen auseinanderzusetzen, welche daselbst ins Werk gesetzt wurden, halte er für überflüssig, nachdem Seine Excellenz von allem dem ohnehin wohlunterrichtet sei. Er beschränke sich daher auf die nachdrückliche Versicherung, dass die Regierung Seiner Majestät des Micado von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sei, die Beziehungen mit dem Auslande, und speciell mit der k. und k. Monarchie, immer befriedigender und inniger zu gestalten. || Seine Excellenz Herr Graf Andrassy erwiedert, dass Seine Majestät der Kaiser und König und Allerhöchstseine Regierung erfreut waren, die ausserordentliche Botschaft Seiner Majestät des Kaisers von Japan zu empfangen, eine Botschaft, aus so ausgezeichneten Männern bestehend, welche an dem Reformwerke in Japan bereits in hervorragender Weise Theil genommen haben, und welche berufen sind, auch fernerhin ihrer Heimat wichtige Dienste zu leisten. Er versichert Ihren Excellenzen, dass die k. und k. Regierung die Gesinnungen der Freundschaft, welche die Herren Botschafter auszusprechen beauftragt seien, vollkommen theile und auch ihrerseits auf die Pflege guter Beziehungen mit Japan grossen Werth lege. || Seine Excellenz Ivacura dankt für diese Versicherung und bemerkt weiter, für Japan trete ein wichtiger Moment heran, derjenige, in welchem dessen Beziehungen zu dem Auslande neu geregelt werden sollen. Nach seiner Rückkehr dahin werde nämlich die Revision der Verträge mit den fremden Staaten vorgenommen werden. Er sei nun beauftragt, sich anzufragen, ob und welche Abänderungen des gegenwärtig bestehenden Vertragsverhältnisses die k. und k. Regierung zu beantragen Willens sei. || Der Herr Minister erwiedert: Da ihm bekannt sei, dass die Herren Botschafter mit Vollmachten zu bindenden Abmachungen nicht versehen seien, so werde die Discussion der einzelnen, hier in Betracht kommenden Punkte Aufgabe des österreichisch-ungarischen Vertreters am japanesischen Hofe sein, welcher zu diesem Behufe mit den er-

forderlichen Instruktionen und Vollmachten versehen sein werde. Uebrigens sei der österreichisch-ungarische Vertrag mit Japan der letzte, den dieses Land mit einer auswärtigen Macht abgeschlossen, und sei auch der anerkannt beste. Bei der Geringfügigkeit des dermaligen Verkehrs der österreichisch-ungarischen Monarchie mit Japan schein ihm auch das Vertragsverhältniss, wie es dermalen besteht, hinreichend. Selbstverständlich erwarte aber die k. und k. Regierung unter allen Umständen die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigten und behalte sich vor, Concessionen, welche an andere Nationen über das gegenwärtige Maass hinaus gemacht werden sollten, auch für sich in Anspruch zu nehmen. || Herr Ivacura erklärt sich hiermit ganz einverstanden und ersucht Seine Excellenz, ihm zu gestatten, einige Wünsche vorzubringen, welche die japanesische Regierung selbst in Bezug auf gewisse Abänderungen der nun bestehenden Verträge am Herzen hat. Der wichtigste dieser Wünsche betreffe die Jurisdiction. Japan suche auf dem Wege der Gesetzgebung und der administrativen Reform sich den civilisirten Staaten Europa's und Amerika's mehr und mehr zu nähern. Andererseits müsse es auch dahin streben, gleich diesen die vollen Souveränitätsrechte innerhalb der eigenen Grenzen auszuüben. || Die Consularjurisdiction, welcher die Fremden derzeit in Japan unterstehen, sei eine Anomalie. Er wisse nun allerdings, dass dieselbe nicht mit einem Male beseitigt werden könne. Der Uebergang dürfe kein plötzlicher sein, sondern es müsse schrittweise und mit allen nöthigen Vorsichten und Vorbereitungen vorgegangen werden. || Der Herr Minister erwiedert: Die weisen Bemerkungen des Herrn Botschafters beweisen, dass Seine Excellenz selbst wohl einsieht, wie schwer es für die Angehörigen europäischer Staaten ist, die Jurisdiction so entfernter, ihnen in Gebräuchen, Anschauungen und Sprache so fremder Länder anzunehmen. || Seine Excellenz macht die Herren Botschafter auf die in dem näheren Orient bestehenden analogen Jurisdictionsverhältnisse und auf die langjährigen bezüglichen Negotiationen aufmerksam, welche noch immer zu keinem Abschlusse geführt haben. Erste Voraussetzung sei vollkommene Kenntniss der Gesetze und Einrichtungen des betreffenden Landes, ferner das Vertrauen, dass die dortseitige Jurisdiction den Fremden volle Gerechtigkeit und Schutz sichern könne. — Sei es einmal so weit, so werde die k. und k. Regierung den diesbezüglichen Wünschen Japans sicherlich nicht in den Weg treten. Die praktischesten Mittel zu diesem Ziele beständen aber wohl darin, dass Japan den Fremden mehr und mehr eröffnet werde, und dass die Japaner selbst immer zahlreicher herüberkommen, indem nur auf diesem Wege die erforderliche gegenseitige Bekanntschaft und das unentbehrlichste Mittel gegenseitiger Verständigung, d. i. die Sprachkenntniss, erlangt werden können. Nachdem die japanesische Regierung dem Systeme der hermetischen Abschliessung entsagt habe, sei es nur folgerichtig und gewiss auch in ihrem Interesse gelegen, wenn sie auf dem eingeschlagenen neuen Wege weiter gehe. || Ivacura betheuert, dass seine Regierung keinen sehnlicheren Wunsch hege, als das ganze Land dem Ver-

Nr. 5176.
Oesterreich-
Ungarn.
10. Juli 1873.

Nr. 5176.
Oesterreich-
Ungarn.
10. Juli 1873.

kehre der Fremden zu eröffnen. Der Ausführung dessen stehe aber eben wieder die Consularjurisdiction entgegen. Es sei ohne die grössten Unzukömmlichkeiten nicht möglich, dass sich die Fremden im Innern des Landes frei bewegen, wenn Niemand über sie eine Autorität ausüben könne, als die in einigen wenigen Häfen residirenden, oft viele Tagreisen entfernten Consuln. || Der Herr Minister wiederholt, dass die Annahme der Localjurisdiction Seitens der Fremden Sache der gegenseitigen Bekanntschaft und des Vertrauens sei. Durch die Rücknahme der Edicte gegen die Christen habe die japanesische Regierung einen bedeutenden Schritt gethan, um sich letzteres zu erwerben. Er zweifle nicht, dass ihre weiteren Maassnahmen von demselben fortschrittlichen und humanitären Geiste eingegeben sein werden, und dass sie sich mit solchen Mitteln dem von ihr angestrebten Ziele mehr und mehr nähern werde. Die österreichisch-ungarische Regierung begleite diese Bestrebungen mit Sympathie, und sie werde die letzte sein, Hindernisse zu bereiten. || Der Herr Botschafter dankt für diese wohlwollenden Aeusserungen. Hierauf ergreift Seine Excellenz Yamagutchi das Wort und bemerkt, ein weiterer Wunsch der japanesischen Regierung betreffe den Tarif. Die bisherige vertragsmässige Fixirung des Tarifs mache jede Modification desselben von dem Einverständnisse des Auslandes abhängig; die japanesische Regierung sehe sich daher verhindert, die Zölle, d. i. die Besteuerung des auswärtigen Handels, mit der jeweiligen innern Besteuerung in Einklang zu bringen. Sie wünsche daher die Selbstbestimmung in der Festsetzung des Tarifs. || Dagegen macht Seine Excellenz der Herr Minister die Herren Botschafter darauf aufmerksam, dass feste Tarife im Interesse des Handels nothwendig seien, indem dieser gegen willkürliche Zollveränderungen, die jeden mercantilischen Calcul illusorisch machen, gesichert sein müsse. Er weist auf die zwischen den europäischen Staaten bestehenden Zollverträge hin und hebt hervor, dass in dem Verkehre mit so weit entlegenen Ländern, wie Japan, die Nothwendigkeit einer festen Basis um so grösser sei. || Dagegen könnten kürzere Kündigungsfristen vereinbart werden. Allein er frage, ob es nicht vorzuziehen sei, öftere Revisionen zu vermeiden, indem der Vortheil solcher oftmaligen Tarifverhandlungen zumeist denjenigen Contrahenten zufalle, welche im Stande sind, auf den andern Theil eine Pression auszuüben. || Ivacura erwiedert, er sehe ein, wie richtig und wohlgemeint diese Bemerkungen seien. Er danke ganz besonders dafür und werde sich stets daran erinnern. || Hierauf geht das Gespräch auf die glänzende Betheiligung Japans an der Wiener Weltausstellung über. || Die Conferenz wird sodann geschlossen.

Schweizer Verfassungsrevision.

Nr. 5177.

SCHWEIZ. — Bundesgesetz, betreffend die Revision der Bundesverfassung vom 12. September 1848. Vom 31. Januar 1874¹⁾.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,
in Anwendung der Artikel 111, 112 und 114, sowie des Art. 74, Ziffer 1
der Bundesverfassung,

beschliesst:

Artikel 1. Es wird dem schweizerischen Volke und den Kantonen die Bundesverfassung in nachfolgender veränderter Fassung zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt:

Nr. 5177.

Schweiz.

31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Die schweizerische

Eidgenossenschaft,

in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen:

Revidirte Bundesverfassung.

Unverändert.

¹⁾ Vgl. Staatsarchiv Bd. XXII Nr. 4649 und 4650.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Bundesverfassung
der
schweizerischen Eidgenossenschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der zwei und zwanzig souveränen Kantone als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf, bilden in ihrer Gesamtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Art. 2.

Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Art. 3.

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

Art. 1.

Unverändert.

Art. 2.

Unverändert.

Art. 3.

Unverändert.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 4.

Alle Schweizer sind vor dem Ge-
setze gleich. Es gibt in der Schweiz
keine Unterthanenverhältnisse, keine
Vorrechte des Orts, der Geburt, der
Familien oder Personen.

Art. 5.

Der Bund gewährleistet den Kan-
tonen ihr Gebiet, ihre Souveränität
inner den Schranken des Artikels 3,
ihre Verfassungen, die Freiheit, die
Rechte des Volkes und die verfas-
sungsmässigen Rechte der Bürger
gleich den Rechten und Befugnissen,
welche das Volk den Behörden über-
tragen hat.

Art. 6.

Die Kantone sind verpflichtet, für
ihre Verfassungen die Gewährleistung
des Bundes nachzusuchen.

Der Bund übernimmt diese Ge-
währleistung, insofern:

- a. sie nichts den Vorschriften der
Bundesverfassung Zuwiderlaufen-
des enthalten;
- b. sie die Ausübung der politischen
Rechte nach republikanischen —
repräsentativen oder demokrati-
schen — Formen sichern;
- c. sie vom Volke angenommen wor-
den sind und revidirt werden
können, wenn die absolute Mehr-
heit der Bürger es verlangt.

Art. 7.

Besondere Bündnisse und Verträge
politischen Inhalts zwischen den Kan-
tonen sind untersagt.

Dagegen steht ihnen das Recht zu,
Verkommnisse über Gegenstände der
Gesetzgebung, des Gerichtswesens und

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 4.

Unverändert.

Art. 5.

Unverändert.

Art. 6.

Unverändert.

Art. 7.

Unverändert.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

der Verwaltung unter sich abzuschliessen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Verkommnisse etwas dem Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Kantone berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzusprechen.

Art. 8.

Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge, mit dem Auslande einzugehen.

Art. 9.

Ausnahmsweise bleibt den Kantonen die Befugniss, Verträge über Gegenstände der Staatswirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschliessen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten.

Art. 10.

Der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen, sowie ihren Stellvertretern, findet durch Vermittlung des Bundesrathes statt.

Ueber die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände können jedoch die Kantone mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines auswärtigen Staates in unmittelbaren Verkehr treten.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 8.

Unverändert.

Art. 9.

Unverändert.

Art. 10.

Unverändert.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 11.

Es dürfen keine Militärkapitulationen abgeschlossen werden.

Art. 12.

Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Kommissarien dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehalte, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen.

Sind sie bereits im Besize von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuss der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten.

Untergeordneten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrath der Fortbezug von Pensionen bewilligt werden.

Art. 13.

Der Bund ist nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten.

Ohne Bewilligung der Bundesbehörde darf kein Kanton oder in getheilten Kantonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Truppen halten, die Landjägerkorps nicht inbegriffen.

Art. 14.

Die Kantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten unter ihnen vorkommen,

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 11.

Unverändert.

Art. 12.

Die drei ersten Alinea beibehalten, mit Beifügung folgender zwei weitem Alinea:

•

Im schweizerischen Heere dürfen weder Orden getragen, noch von auswärtigen Regierungen verliehene Titel geltend gemacht werden.

Das Annehmen solcher Auszeichnungen ist allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten untersagt.

Art. 13.

Unverändert.

Art. 14.

Unverändert.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan 1874.

Jezige Bundesverfassung.

sich jeder Selbsthülfe, sowie jeder Bewaffnung zu enthalten und sich der bundesmässigen Entscheidung zu unterziehen.

Art. 15.

Wenn einem Kantone vom Auslande plötzlich Gefahr droht, so ist die Regierung des bedrohten Kantons verpflichtet, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unvorgreiflich den spätern Verfügungen dieser letztern. Die gemahnten Kantone sind zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt die Eidgenossenschaft.

Art. 16.

Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn einem andern Kantone Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Kantons dem Bundesrathe sogleich Kenntniss zu geben, damit dieser inner den Schranken seiner Kompetenz (Art. 90, Nr. 3, 10 und 11) die erforderlichen Maassregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen ist die betreffende Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrath, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hülfeleistung verpflichtet.

Wenn die Kantonsregierung ausser Stande ist, Hülfe anzusprechen, so kann, und wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, so soll die kompetente Bundesbehörde von sich aus einschreiten.

In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Vorschriften von Art. 5.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 15.

Unverändert.

Art. 16.

Unverändert.

(Art. 102, Ziffer 3, 10 und 11.)

Jezige Bundesverfassung.

Die Kosten trägt der mahnende oder die eidgenössische Intervention veranlassende Kanton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschliesst.

Art. 17.

In den durch Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder Kanton verpflichtet, den Truppen freien Durchzug zu gestatten. Diese sind sofort unter eidgenössische Leitung zu stellen.

Art. 18.

Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.

Art. 19.

Das Bundesheer, welches aus den Kontingenten der Kantone gebildet wird, besteht:

- a. aus dem Bundesauszug, wozu jeder Kanton auf 100 Seelen schweizerischer Bevölkerung drei Mann zu stellen hat;
- b. aus der Reserve, deren Bestand die Hälfte des Bundesauszuges beträgt.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.

Schweiz.

31. Jan. 1874.

Art. 17.

Unverändert.

Art. 18.

Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Wehrmänner, welche in Folge des eidgenössischen Militärdienstes ihr Leben verlieren oder dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, haben für sich oder ihre Familien im Falle des Bedürfnisses Anspruch auf Unterstützung des Bundes.

Die Wehrmänner sollen ihre erste Ausrüstung, Bekleidung und Bewaffnung unentgeltlich erhalten. Die Waffe bleibt unter den durch die Bundesgesetzgebung aufzustellenden Bedingungen in den Händen des Wehrmannes.

Der Bund wird über den Militärpflichtersatz einheitliche Bestimmungen aufstellen.

Art. 19.

Das Bundesheer besteht:

- a. aus den Truppenkörpern der Kantone;
- b. aus allen Schweizern, welche zwar nicht zu diesen Truppenkörpern gehören, aber nichtsdestoweniger militärpflichtig sind.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

In Zeiten der Gefahr kann der Bund auch über die übrigen Streitkräfte (die Landwehr) eines jeden Kantons verfügen.

Die Mannschaftsskala, welche nach dem bezeichneten Maassstabe das Kontingent für jeden Kanton festsetzt, ist alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen.

Art. 20.

Um in dem Bundesheere die erforderliche Gleichmässigkeit und Dienstfähigkeit zu erzielen, werden folgende Grundsätze festgesetzt:

- 1) Ein Bundesgesetz bestimmt die allgemeine Organisation des Bundesheeres.
- 2) Der Bund übernimmt:
 - a. den Unterricht der Genietruppen, der Artillerie und der Kavallerie, wobei jedoch den Kantonen, welche diese Waffengattungen zu stellen haben, die Lieferung der Pferde obliegt;
 - b. die Bildung der Instruktoren für die übrigen Waffengattungen;
 - c. für alle Waffengattungen den höhern Militärunterricht, wozu er namentlich Militärschulen errichtet und Zusammenzüge von Truppen anordnet;
 - d. die Lieferung eines Theiles des Kriegsmaterials.

Die Zentralisation des Militärunterrichts kann nöthigenfalls durch die

Revidirte Bundesverfassung.

Die Verfügung über das Bundesheer mit Inbegriff des gesetzlich dazu gehörigen Kriegsmaterials steht der Eidgenossenschaft zu.

In Zeiten der Gefahr hat der Bund das ausschliessliche und unmittelbare Verfügungsrecht auch über die nicht in das Bundesheer eingetheilte Mannschaft und alle übrigen Streitmittel der Kantone.

Die Kantone verfügen über die Wehrkraft ihres Gebietes, soweit sie nicht durch verfassungsmässige oder gesetzliche Anordnungen des Bundes beschränkt sind.

Art. 20.

Die Gesetzgebung über das Heerwesen ist Sache des Bundes. Die Ausführung der bezüglichen Geseze in den Kantonen geschieht, innerhalb der durch die Bundesgesetzgebung festzusezenden Grenzen und unter Aufsicht des Bundes, durch die kantonalen Behörden.

Der gesammte Militärunterricht und ebenso die Bewaffung ist Sache des Bundes.

Die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung und die Sorge für deren Unterhalt ist Sache der Kantone; die daherigen Kosten werden jedoch den Kantonen vom Bunde nach einer von ihm aufzustellenden Norm vergütet.

Jezige Bundesverfassung.

Bundesgesetzgebung weiter entwickelt werden.

3) Der Bund überwacht den Militärunterricht der Infanterie und der Scharfschützen, sowie die Anschaffung, den Bau und Unterhalt des Kriegszugs, welches die Kantone zum Bundesheere zu liefern haben.

4) Die Militärverordnungen der Kantone dürfen nichts enthalten, was der eidgenössischen Militärorganisation und den den Kantonen obliegenden bundesmässigen Verpflichtungen entgegen ist, und müssen zu diesfälliger Prüfung dem Bundesrathe vorgelegt werden.

5) Alle Truppenabtheilungen im eidgenössischen Dienste führen ausschliesslich die eidgenössische Fahne.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Art. 21.

Soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen, sollen die Truppenkörper aus der Mannschaft desselben Kantons gebildet werden.

Die Zusammensetzung dieser Truppenkörper, die Fürsorge für die Erhaltung ihres Bestandes und die Ernennung und Beförderung ihrer Offiziere ist, unter Beachtung der durch den Bund aufzustellenden allgemeinen Vorschriften, Sache der Kantone.

Art. 22.

Der Bund hat das Recht, die in den Kantonen vorhandenen Waffenplätze und die zu militärischen Zwecken bestimmten Gebäude sammt Zubehörenden gegen billige Entschädigung zur Benutzung oder als Eigenthum zu übernehmen.

Die Normen für die daherige Entschädigung werden durch die Bundesgesetzgebung geregelt.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 21.

Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Theiles derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke ist er auch befugt, gegen volle Entschädigung das Recht der Expropriation geltend zu machen. Die nähern Bestimmungen hierüber bleiben der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke untersagen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 23.

Gleich alt Art. 21.

Art. 24.

Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge.

Er wird die Korrektion und Verbauung der Wildwasser, sowie die Aufforstung ihrer Quellengebiete unterstützen und die nöthigen schützenden Bestimmungen zur Erhaltung dieser Werke und der schon vorhandenen Waldungen aufstellen.

Art. 25.

Der Bund ist befugt, gesetzliche Bestimmungen über die Ausübung der Fischerei und Jagd, namentlich zur Erhaltung des Hochwildes, sowie zum Schutze der für die Land- und Forstwirtschaft nützlichen Vögel zu treffen.

Art. 26.

Die Gesetzgebung über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen ist Bundessache.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 22.

Der Bund ist befugt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten.

Art. 23.

Das Zollwesen ist Sache des Bundes.

Art. 24.

Dem Bunde steht das Recht zu, die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Land- und Wasserzölle, Weg- und Brückengelder, verbindliche Kaufhaus- und andere Gebühren dieser Art, mögen dieselben von Kantonen, Gemeinden, Korporationen oder Privaten bezogen werden, gegen Entschädigung ganz oder theilweise aufzuheben. Diejenigen Zölle und Weggelder, welche auf dem Transit lasten, sollen jedenfalls im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft und zwar gleichzeitig eingelöst werden.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 27.

Der Bund ist befugt, ausser der bestehenden polytechnischen Schule, eine Universität und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten oder solche Anstalten zu unterstützen.

Die Kantone sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschliesslich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können.

Gegen Kantone, welche diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird der Bund die nöthigen Verfügungen treffen.

Art. 28.

Das Zollwesen ist Sache des Bundes. Derselbe hat das Recht, Ein- und Ausfuhrzölle zu erheben.

Alt Art. 24 fällt weg.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Die Eidgenossenschaft hat das Recht, an der schweizerischen Grenze Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle zu erheben.

Sie ist berechtigt, gegenwärtig für das Zollwesen bestimmte Gebäulichkeiten an der schweizerischen Grenze gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 25.

Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

- 1) Eingangsgebühren:
 - a. Die für die inländische Industrie erforderlichen Stoffe sind im Zolltarife möglichst gering zu taxiren;
 - b. Ebenso die zum nothwendigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände.
 - c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen der höchsten Taxe.

2) Durchgangsgebühren, und in der Regel auch die Ausgangsgebühren, sind möglichst mässig festzusetzen.

3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen.

Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter ausserordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Massnahmen zu treffen.

Art. 26.

Der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle wird folgendermaassen verwendet:

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 29.

Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

- 1) Eingangsgebühren:
 - a. Die für die inländische Industrie und Landwirthschaft erforderlichen Stoffe sind im Zolltarife möglichst gering zu taxiren;
 - b. Ebenso die zum nöthigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände.
 - c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen den höchsten Taxen.

Diese Grundsätze sind, wenn nicht zwingende Gründe entgegenstehen, auch bei Abschliessung von Handelsverträgen mit dem Auslande zu befolgen.

2) Die Ausgangsgebühren sind möglichst mässig festzusetzen.

3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen. Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter ausserordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Massnahmen zu treffen.

Art. 30.

Der Ertrag der Zölle fällt in die Bundeskasse.

Jezige Bundesverfassung.

- a. Jeder Kanton erhält 4 Bazen auf den Kopf nach dem Maassstab der Gesamtbevölkerung, welche nach der Volkszählung von 1838 berechnet wird.
- b. Wenn ein Kanton hierdurch für die nach Art. 24 aufgehobenen Gebühren nicht hinlänglich gedeckt wird, so hat er noch so viel zu beziehen, als erforderlich ist, um ihn für dieselben Gebühren nach dem Durchschnitt des Reinertrages der fünf Jahre 1842 bis und mit 1846 zu entschädigen.
- c. Die Mehreinnahme fällt in die Bundeskasse.

Art. 27.

Wenn Zölle, Weg- und Brückengelder für Tilgung eines Bankkapitals oder eines Theiles desselben bewilligt worden sind, so hört der Bezug derselben oder die Entschädigung auf, sobald das Kapital oder der betreffende Theil nebst Zinsen gedeckt ist.

Art. 28.

Den in bereits abgeschlossenen Eisenbahnverträgen über Transitgebühren enthaltenen Verfügungen soll durch gegenwärtige Bestimmungen kein Abbruch geschehen. Dagegen tritt

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Die den Kantonen bisher bezahlten Entschädigungen für die losgekauften Zölle, Weg- und Brückengelder, Kaufhaus- und andern Gebühren dieser Art fallen weg.

Ausnahmsweise erhalten die Kantone Uri, Graubünden, Tessin und Wallis, mit Rücksicht auf ihre internationalen Alpenstrassen, eine jährliche Entschädigung, welche, in Würdigung aller Verhältnisse, festgestellt wird, wie folgt:

Für Uri . . .	Fr.	80,000
„ Graubünden .	„	200,000
„ Tessin . . .	„	200,000
„ Wallis . . .	„	50,000.

Für Besorgung des Schneebruches auf dem St. Gotthard erhalten die Kantone Uri und Tessin eine jährliche Entschädigung von zusammen Franken 40,000 für so lange, als die Strasse über den Bergpass nicht durch eine Eisenbahn ersetzt sein wird.

Alt Art. 27 fällt weg.

Alt Art. 28 fällt weg.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

der Bund in die durch solche Verträge den Kantonen in Beziehung auf die Transitgebühren vorbehaltenen Rechte.

Art. 29.

Für Lebensmittel, Vieh- und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbs-erzeugnisse jeder Art sind freier Kauf und Verkauf, freie Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Kanton in den andern gewährleistet.

Vorbehalten sind:

- a. In Beziehung auf Kauf und Verkauf das Salz- und Pulverregal.
- b. Polizeiliche Verfügungen der Kantone über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Strassen.
- c. Verfügungen gegen schädlichen Vorkauf.
- d. Vorübergehende sanitätspolizeiliche Maassregeln bei Seuchen.

Die in litt. b und c bezeichneten Verfügungen müssen die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich behandeln. Sie sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen und dürfen nicht vollzogen werden, ehe sie die Genehmigung desselben erhalten haben.

- e. Die von der Tagsatzung bewilligten oder anerkannten Gebühren, welche der Bund nicht aufgehoben hat (Art. 24 und 31).
- f. Die Konsumgebühren auf Wein und andern geistigen Getränken, nach Vorschrift von Art. 32.

NB. Art. 30, 31 und 32 sind umgestellt.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 31.

Die Freiheit des Handels und der Gewerbe ist im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Vorbehalten sind:

- a. Das Salz- und Pulverregal, die eidgenössischen Zölle, die Eingangsgebühren von Wein und geistigen Getränken, sowie andere vom Bunde ausdrücklich anerkannte Verbrauchssteuern, nach Maassgabe des Art. 32.
- b. Sanitätspolizeiliche Maassregeln gegen Epidemien und Viehseuchen.
- c. Verfügungen über Ausübung von Handel und Gewerben, über Besteuerung des Gewerbsbetriebes und über die Benutzung der Strassen.

Diese Verfügungen dürfen den Grundsatz der Handels- und Gewerbe-freiheit selbst nicht beeinträchtigen.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 32.

Die Kantone sind befugt, ausser den nach Art. 29 litt. e vorbehaltenen Berechtigungen, von Wein und andern geistigen Getränken Konsumogebühren zu erheben, jedoch unter folgenden Beschränkungen:

- a. Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.
- b) Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Kanton ausgeführt, so sind die bezahlten Konsumogebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.
- c. Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigern Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.
- d. Konsumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden.
- e. Die Geseze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Konsumogebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheissung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 32.

Die Kantone sind befugt, die im Art. 31 litt. a erwähnten Eingangsgeldern von Wein und andern geistigen Getränken unter folgenden Beschränkungen zu erheben:

- a. Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden.
- b. Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Kanton ausgeführt, so sind die bezahlten Eingangsgeldern ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten.
- c. Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigern Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes.
- d. Eingangsgeldern auf Wein und andern geistigen Getränken schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden.
- e. Die Geseze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Eingangsgeldern sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheissung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

Mit Ablauf des Jahres 1890 sollen alle Eingangsgeldern, welche dormalen von den Kantonen erhoben werden, sowie ähnliche von einzelnen

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 30.

Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abschaffung bestehender Vorrechte in Bezug auf Transport von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Kantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande, die nöthigen Verfügungen zu treffen, soweit die Eidgenossenschaft hiebei ein Interesse hat.

Art. 31.

Der Bezug der im Art. 29 litt. e bezeichneten Gebühren steht unter der Aufsicht des Bundesrathes. Sie dürfen nicht erhöht und der Bezug derselben darf ohne Genehmigung der Bundesversammlung, wenn er auf eine bestimmte Zeit beschränkt war, nicht verlängert werden.

Die Kantone dürfen weder Zölle, Weg- noch Brükengelder unter irgend welchem Namen neu einführen. Von der Bundesversammlung können jedoch auf bestimmte Zeit solche Gebühren bewilligt werden, um die Errichtung öffentlicher Werke zu unterstützen, welche im Sinne des Art. 21 von allgemeinem Interesse für den

Revidirte Bundesverfassung.

Gemeinden bezogene Gebühren ohne Entschädigung dahinfallen.

Art. 33.

Den Kantonen bleibt es anheimgestellt, die Ausübung der wissenschaftlichen Berufsarten von einem Ausweise der Befähigung abhängig zu machen.

Auf dem Wege der Bundesgesetzgebung ist dafür zu sorgen, dass derartige Ausweise für die ganze Eidgenossenschaft gültig erworben werden können.

Alt Art. 30 fällt weg.

Alt Art. 31 fällt weg.

Jezige Bundesverfassung.

Verkehr sind und ohne solche Bewilligung nicht zu Stande kommen könnten.

Art. 33.

Das Postwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft wird vom Bunde übernommen unter folgenden Vorschriften:

1) Die gegenwärtig bestehenden Postverbindungen dürfen im Ganzen ohne Zustimmung der beteiligten Kantone nicht vermindert werden.

2) Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.

Schweiz.

31. Jan. 1874.

Art. 34.

Der Bund ist befugt, einheitliche Bestimmungen über die Verwendung von Kindern in den Fabriken und über die Dauer der Arbeit erwachsener Personen in denselben aufzustellen. Ebenso ist er berechtigt, Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen einen, die Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Gewerbebetrieb zu erlassen.

Der Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen und von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens unterliegt der Aufsicht und Gesetzgebung des Bundes.

Art. 35.

Die Errichtung von Spielbanken ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Spielhäuser müssen am 31. Dezember 1877 geschlossen werden.

Allfällig seit dem Anfange des Jahres 1871 ertheilte oder erneuerte Konzessionen werden als ungültig erklärt.

Der Bund kann auch in Beziehung auf die Lotterien geeignete Massnahmen treffen.

Art. 36.

Das Post- und Telegraphenwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft ist Bundessache.

Der Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung fällt in die eidgenössische Kasse.

Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen, möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

den gleichen, möglichst billigen Grundsätzen bestimmt.

3) Die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses ist gewährleistet.

4) Für Abtretung des Postregals leistet der Bund Entschädigung, und zwar nach folgenden nähern Bestimmungen:

a. Die Kantone erhalten jährlich die Durchschnittssumme des reinen Ertrages, den sie in den drei Jahren 1844, 1845 und 1846 vom Postwesen auf ihrem Kantonalgebiete bezogen haben.

Wenn jedoch der reine Ertrag, welchen der Bund vom Postwesen bezieht, für Bestreitung dieser Entschädigung nicht hinreicht, so wird den Kantonen das Mangelnde nach Verhältniss der festgesetzten Durchschnittssummen in Abzug gebracht.

b. Wenn ein Kanton vom Postwesen unmittelbar noch gar nichts, oder in Folge eines mit einem andern Kanton abgeschlossenen Pachtvertrags bedeutend weniger bezogen hat, als die Ausübung des Postregals auf seinem Gebiete demjenigen Kanton, der dasselbe gepachtet hatte, erweislichermaassen rein ertragen hat, so sollen solche Verhältnisse bei Ausmittlung der Entschädigungssumme billige Berücksichtigung finden.

c. Wo die Ausübung des Postregals an Privaten abgetreten worden ist, übernimmt der Bund die diesfällige Entschädigung.

d. Der Bund ist berechtigt und

Revidirte Bundesverfassung.

Die Unverletzlichkeit des Post- und Telegraphengeheimnisses ist gewährleistet.

Jezige Bundesverfassung.

verpflichtet, das zum Postwesen gehörige Material, soweit dasselbe zum Gebrauche tauglich und erforderlich ist, gegen einen Eigenthümern abzureichende billige Entschädigung zu übernehmen.

- e. Die eidgenössische Verwaltung ist berechtigt, die gegenwärtig für das Postwesen bestimmten Gebäulichkeiten gegen Entschädigung entweder als Eigenthum oder aber nur miethweise zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 34.

Bei der Verwaltung des Zoll- und Postwesens sind die Angestellten grösstentheils aus den Einwohnern derjenigen Kantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

Art. 35.

Der Bund übt die Oberaufsicht über die Strassen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat.

Die nach Artikel 26 und 33 den Kantonen für Zölle und Posten zukommenden Summen werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Strassen und Brücken von den betreffenden Kantonen, Korporationen oder Privaten nicht in gehörigem Zustande unterhalten werden.

Art. 36.

Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

Die Münzprägung durch die Kantone hört auf und geht einzig vom Bunde aus.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Alt Art. 34 gestrichen.

Art. 37.

Der Bund übt die Oberaufsicht über die Strassen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat.

Die Summen, welche den im Art. 30 bezeichneten Kantonen mit Rücksicht auf ihre internationalen Alpenstrassen zukommen, werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Strassen von den betreffenden Kantonen nicht in gehörigem Zustande unterhalten werden.

Art. 38.

Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

Die Münzprägung geht einzig vom Bunde aus.

Er bestimmt den Münzfuss und er-

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jetzige Bundesverfassung.

Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuss festzusetzen, die vorhandenen Münzsorten zu tarifiren und die nähern Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Kantone verpflichtet sind, von den von ihnen geprägten Münzen einschmelzen oder umprägen zu lassen.

Art. 37.

Der Bund wird auf die Grundlagen des bestehenden eidgenössischen Konkordates für die ganze Eidgenossenschaft gleiches Maass und Gewicht einführen.

Art. 38.

Fabrikation und Verkauf des Schiesspulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschliesslich dem Bunde zu.

Art. 39.

Die Ausgaben des Bundes werden bestritten:

- a. aus den Zinsen der eidgenössischen Kriegsfonds;
- b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;

Revidirte Bundesverfassung.

lässt allfällige Vorschriften über die Tarifirung fremder Münzsorten.

Art. 39.

Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung allgemeine Vorschriften über die Ausgabe und die Einlösung von Banknoten zu erlassen.

Er darf jedoch keinerlei Monopol für die Ausgabe von Banknoten aufstellen und ebenso keine Rechtsverbindlichkeit für die Annahme derselben aussprechen.

Art. 40.

Die Festsetzung von Maass und Gewicht ist Bundessache.

Die Ausführung der bezüglichen Geseze geschieht durch die Kantone unter Aufsicht des Bundes.

Art. 41.

Fabrikation und Verkauf des Schiesspulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschliesslich dem Bunde zu.

Als Schiesspulver nicht brauchbare Sprengfabrikate sind im Regal nicht inbegriffen.

Art. 42.

Die Ausgaben des Bundes werden bestritten:

- a. aus dem Ertrag des Bundesvermögens;
- b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzzölle;

Jezige Bundesverfassung.

- c. aus dem Ertrag der Postverwaltung;
- d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung;
- e. aus Beiträgen der Kantone, welche jedoch nur in Folge von Beschlüssen der Bundesversammlung erhoben werden können.

Solche Beiträge sind von den Kantonen nach Verhältniss der Geldscala zu leisten, welche alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen ist. Bei einer solchen Revision sollen theils die Bevölkerung, theils die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Kantone zur Grundlage dienen.

Art. 40.

Es soll jederzeit wenigstens der Betrag des doppelten Geldkontingentes für Bestreitung von Militärkosten bei eidgenössischen Aufgeboten baar in der Bundeskasse liegen.

NB. Artikel 41, 42, 43 sind umgestellt.

Art. 42.

Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher kann er in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten die politischen Rechte in jedem Kanton ausüben, in welchem er niedergelassen ist. Er kann aber diese Rechte nur unter den nämlichen Bedingungen ausüben, wie die Bürger des Kantons, und in Beziehung auf die kantonalen Angelegenheiten erst nach einem längern Aufenthalte, dessen Dauer durch die Kantonalgesetzgebung bestimmt wird, jedoch nicht

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

- c. aus dem Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung;
- d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung;
- e. aus der Hälfte des Brutto-Ertrages der von den Kantonen bezogenen Militärpflichtersazsteuern;
- f. aus den Beiträgen der Kantone, deren nähere Regulirung, vorzugsweise nach Maassgabe der Steuerkraft derselben, der Bundesgesetzgebung vorbehalten ist.

Alt Art. 40 gestrichen.

Art. 43.

Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger.

Als solcher kann er bei allen eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen an seinem Wohnsitz Antheil nehmen, nachdem er sich über seine Stimmberechtigung gehörig ausgewiesen hat.

Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben.

Der niedergelassene Schweizerbürger genießt an seinem Wohnsitz alle Rechte der Kantonsbürger und mit

Nr. 5177.

Schweiz.

31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

über zwei Jahre ausgedehnt werden darf.

Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben.

Art. 43.

Kein Kanton darf einen Bürger des Bürgerrechtes verlustig erklären.

Ausländern darf kein Kanton das Bürgerrecht ertheilen, wenn sie nicht aus dem frühern Staatsverband entlassen werden.

Art. 41.

Der Bund gewährleistet allen Schweizern das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft, nach folgenden nähern Bestimmungen:

1) Keinem Schweizer kann die Niederlassung in irgend einem Kantone verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besitzt:

a. einen Heimatschein oder eine

Revidirte Bundesverfassung.

diesen auch alle Rechte der Gemeindebürger. Der Mitantheil an Bürger- und Korporationsgütern, sowie das Stimmrecht in rein bürgerlichen Angelegenheiten sind jedoch hievon ausgenommen, es wäre denn, dass die Kantonalgesetzgebung etwas Anderes bestimmen würde.

In kantonalen und Gemeindeangelegenheiten erwirbt er das Stimmrecht nach einer Niederlassung von drei Monaten.

Die kantonalen Geseze über die Niederlassung und das Stimmrecht der Niedergelassenen in den Gemeinden unterliegen der Genehmigung des Bundesrathes.

Art. 44.

Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen (verweisen) oder ihn des Bürgerrechtes verlustig erklären.

Die Bedingungen für die Ertheilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenigen, unter welchen ein Schweizer zum Zwecke der Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes auf sein Bürgerrecht verzichten kann, werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet.

Art. 45.

Jeder Schweizer hat das Recht, sich innerhalb des schweizerischen Gebietes an jedem Orte niederzulassen, wenn er einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift besitzt.

Ausnahmsweise kann die Niederlassung denjenigen, welche in Folge eines strafgerichtlichen Urtheils nicht im Besize der bürgerlichen Rechte

Jezige Bundesverfassung.

andere gleichbedeutende Ausweisschrift;

b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung;

c. eine Bescheinigung, dass er in bürgerlichen Rechten und Ehren stehe.

2) Der Niedergelassene darf von Seite des die Niederlassung gestattenden Kantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden.

3) Ein Bundesgesetz wird die Dauer der Niederlassungsbewilligung, sowie das Maximum der zur Erlangung derselben an den Kanton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmen.

4) Der Niedergelassene genießt alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelassen hat, mit Ausnahme des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten und des Mittheils an Gemeinde- und Korporationsgütern. Insbesondere wird ihm freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und Veräusserung von Liegenschaften zugesichert, nach Maassgabe der Geseze und Verordnungen der Kantone, welche in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen den eigenen Bürgern gleichhalten sollen.

5) Den Niedergelassenen anderer Kantone können von Seite der Gemeinde keine grössern Leistungen an Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelassenen des eigenen Kantons.

6) Der Niedergelassene kann aus dem Kanton, in welchem er niedergelassen ist, weggewiesen werden:

Revidirte Bundesverfassung.

und Ehren sind, verweigert oder entzogen werden.

Weiterhin kann die Niederlassung denjenigen entzogen werden, welche wegen schwerer Vergehen wiederholt gerichtlich bestraft worden sind, sowie denjenigen, welche dauernd der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last fallen und deren Heimatgemeinde, beziehungsweise Heimatkanton, eine angemessene Unterstützung trotz amtlicher Aufforderung nicht gewährt.

In Kantonen, wo die örtliche Armenpflege besteht, darf die Gestattung der Niederlassung für Kantonsangehörige an die Bedingung geknüpft werden, dass dieselben arbeitsfähig und an ihrem bisherigen Wohnorte im Heimatkanton nicht bereits in dauernder Weise der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last gefallen seien.

Jede Ausweisung wegen Verarmung muss von Seite der Regierung des Niederlassungskantons genehmigt und der heimatlichen Regierung zum voraus angezeigt werden.

Der niedergelassene Schweizerbürger darf von Seite des die Niederlassung gestattenden Kantons mit keiner Bürgschaft und mit keinen andern besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden. Ebenso darf die Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz nimmt, ihn nicht anders besteuern als den Ortsbürger.

Ein Bundesgesetz wird das Maximum der für die Niederlassungsbewilligung zu entrichtenden Kanzleigebühr bestimmen.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

- a. durch gerichtliches Strafurtheil;
- b. durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat, oder sich eines unsittlichen Lebenswandels schuldig macht, oder durch Verarmung zur Last fällt, oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden musste.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 46.

In Beziehung auf die civilrechtlichen Verhältnisse stehen die Niedergelassenen in der Regel unter dem Rechte und der Gesetzgebung des Wohnsitzes.

Die Bundesgesetzgebung wird über die Anwendung dieses Grundsatzes, sowie gegen Doppelbesteuerung die erforderlichen Bestimmungen treffen.

Art. 47.

Ein Bundesgesetz wird den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt bestimmen und dabei gleichzeitig über die politischen und bürgerlichen Rechte der schweizerischen Aufenthalter die nähern Vorschriften aufstellen.

Art. 48.

Ein Bundesgesetz wird über die Kosten der Verpflegung und Beerdigung armer Angehöriger eines Kantons, welche in einem andern Kanton krank werden oder sterben, die nöthigen Bestimmungen treffen.

Art. 49.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich.

Niemand darf zur Theilnahme an einer Religionsgenossenschaft, oder an

Jezige Bundesverfassung.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

einem religiösen Unterricht, oder zur Vornahme einer religiösen Handlung gezwungen, oder wegen Glaubensansichten mit Strafen irgend welcher Art belegt werden.

Ueber die religiöse Erziehung der Kinder bis zum erfüllten 16. Altersjahr verfügt im Sinne vorstehender Grundsätze der Inhaber der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt.

Die Ausübung bürgerlicher oder politischer Rechte darf durch keinerlei Vorschriften oder Bedingungen kirchlicher oder religiöser Natur beschränkt werden.

Die Glaubensansichten entbinden nicht von der Erfüllung der bürgerlichen Pflichten.

Niemand ist gehalten, Steuern zu bezahlen, welche speciell für eigentliche Kultuszwecke einer Religionsgenossenschaft, der er nicht angehört, auferlegt werden. Die nähere Ausführung dieses Grundsatzes ist der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Art. 44.

Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet.

Den Kantonen sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen die geeigneten Maassnahmen zu treffen.

Art. 50.

Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet.

Den Kantonen sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Angehörigen der verschiedenen Religionsgenossenschaften, sowie gegen Eingriffe kirchlicher Behörden in die Rechte der Bürger und des Staates die geeigneten Maassnahmen zu treffen.

Anstände aus dem öffentlichen oder Privatrechte, welche über die Bildung

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Revidirte Bundesverfassung.

oder Trennung von Religionsgenossenschaften entstehen, können auf dem Wege der Beschwerdeführung der Entscheidung der zuständigen Bundesbehörden unterstellt werden.

Die Errichtung von Bisthümern auf schweizerischem Gebiete unterliegt der Genehmigung des Bundes.

Art. 51.

Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theil der Schweiz Aufnahme finden, und es ist ihren Gliedern jede Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt.

Dieses Gebot kann durch Bundesbeschluss auch auf andere geistliche Orden ausgedehnt werden, deren Wirksamkeit staatsgefährlich ist oder den Frieden der Konfessionen stört.

Art. 52.

Die Errichtung neuer und die Wiederherstellung aufgehobener Klöster oder religiöser Orden ist unzulässig.

Art. 53.

Die Feststellung und Beurkundung des Civilstandes ist Sache der bürgerlichen Behörden. Die Bundesgesetzgebung wird hierüber die nähern Bestimmungen treffen.

Die Verfügung über die Begräbnisplätze steht den bürgerlichen Behörden zu. Sie haben dafür zu sorgen, dass jeder Verstorbene schicklich beerdigt werden kann.

Art. 54.

Das Recht zur Ehe steht unter dem Schutze des Bundes.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 45.

Die Pressfreiheit ist gewährleistet. Ueber den Missbrauch derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen.

Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Missbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.

Art. 46.

Die Bürger haben das Recht, Vereine zu bilden, sofern solche weder in ihrem Zweck, noch in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Ueber den Missbrauch dieses Rechtes trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Dieses Recht darf weder aus kirchlichen oder ökonomischen Rücksichten, noch wegen bisherigen Verhaltens oder aus andern polizeilichen Gründen beschränkt werden.

Die in einem Kantone oder im Auslande nach der dort geltenden Gesetzgebung abgeschlossene Ehe soll im Gebiete der Eidgenossenschaft als Ehe anerkannt werden.

Durch den Abschluss der Ehe erwirbt die Frau das Heimatrecht des Mannes.

Durch die nachfolgende Ehe der Eltern werden vorehelich geborne Kinder derselben legitimirt.

Jede Erhebung von Brauteinzugsgebühren oder andern ähnlichen Abgaben ist unzulässig.

Art. 55.

Gleich alt Art. 45.

Art. 56.

Gleich alt Art. 46.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 47.

Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

NB. Artikel 48 bis 59 sind umgestellt.

Art. 53.

Niemand darf seinem verfassungsmässigen Gerichtsstand entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden.

Art. 50.

Der aufrechtstehende schweizerische Schuldner, welcher einen festen Wohnsitz hat, muss für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen ausser dem Kanton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden.

Art. 48.

Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger in der Gesetzgebung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleichzuhalten.

Art. 49.

Die rechtskräftigen Civilurtheile, die in einem Kanton gefällt sind, sollen in der ganzen Schweiz vollzogen werden können.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 57.

Gleich alt Art. 47.

Art. 58.

Niemand darf seinem verfassungsmässigen Richter entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden.

Die geistliche Gerichtsbarkeit ist abgeschafft.

Art. 59.

Der aufrechtstehende Schuldner, welcher in der Schweiz einen festen Wohnsitz hat, muss für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen ausser dem Kanton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden.

Vorbehalten bleiben mit Bezug auf Ausländer die Bestimmungen bezüglich Staatsverträge.

Der Schuldverhaft ist abgeschafft.

Art. 60.

Gleich alt Art. 48.

Art. 61.

Gleich alt Art. 49.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 51.

Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, sowie die Zugrechte von Bürgern des einen Kantons gegen Bürger anderer Kantone sind abgeschafft.

Art. 52.

Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechtes.

Art. 54.

Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurtheil gefällt werden.

Art. 55.

Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Angeklagten von

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Art. 62.

Gleich alt Art. 51.

Art. 63.

Gleich alt Art. 52.

Art. 64.

Dem Bunde steht die Gesetzgebung zu:
über die persönliche Handlungsfähigkeit,
über alle auf den Handel und Mobiliarverkehr bezüglichen Rechtsverhältnisse (Obligationenrecht, mit Inbegriff des Handels- und Wechselrechts),
über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst,
über das Betreibungsverfahren und das Konkursrecht.

Die Rechtsprechung selbst verbleibt den Kantonen, mit Vorbehalt der dem Bundesgerichte eingeräumten Kompetenzen.

Art. 65.

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes bleiben jedoch in Kriegszeiten vorbehalten.

Körperliche Strafen sind untersagt.

Art. 66.

Die Bundesgesetzgebung bestimmt die Schranken, innerhalb welcher ein Schweizerbürger seiner politischen Rechte verlustig erklärt werden kann.

Art. 67.

Die Bundesgesetzgebung trifft die erforderlichen Bestimmungen über die

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

einem Kanton an den andern Bestimmungen treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Pressvergehen nicht verbindlich gemacht werden.

Art. 56.

Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose und die Maassregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 59.

Die Bundesbehörden sind befugt, bei gemeingefährlichen Seuchen gesundheitspolizeiliche Verfügungen zu erlassen.

Art. 57.

Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen.

Art. 58.

Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.

Zweiter Abschnitt.

B u n d e s b e h ö r d e n .

I. Bundesversammlung.

Art. 60.

Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht:

Revidirte Bundesverfassung.

Auslieferung der Angeklagten von einem Kanton an den andern; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Pressvergehen nicht verbindlich gemacht werden.

Art. 68.

Gleich alt Art. 56.

Art. 69.

Dem Bunde steht die Gesetzgebung über die gegen gemeingefährliche Epidemien und Viehseuchen zu treffenden gesundheitspolizeilichen Verfügungen zu.

Art. 70.

Gleich alt Art. 57.

(Siehe Art. 51 neu.)

Zweiter Abschnitt.

B u n d e s b e h ö r d e n .

I. Bundesversammlung.

Art. 71.

Unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone (Art. 89 und 121) wird die oberste Gewalt des Bundes durch die Bundesversamm-

Jezige Bundesverfassung.

- A. aus dem Nationalrath,
- B. aus dem Ständerath.

A. Nationalrath.

Art. 61.

Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesamtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt.

Eine Bruchzahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet.

Jeder Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landestheile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.

Art. 62.

Die Wahlen für den Nationalrath sind direkte. Sie finden in eidgenössischen Wahlkreisen statt, welche jedoch nicht aus Theilen verschiedener Kantone gebildet werden können.

Art. 63.

Stimmberechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Aktivbürgerrecht ausgeschlossen ist.

Art. 64.

Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes.

Revidirte Bundesverfassung.

lung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht:

- A. aus dem Nationalrath,
- B. aus dem Ständerath.

A. Nationalrath.

Art. 72.

Gleich alt Art. 61.

Art. 73.

Gleich alt Art. 62.

Art. 74.

Stimmberechtigt bei Wahlen und Abstimmungen ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Aktivbürgerrechte ausgeschlossen ist.

Es bleibt jedoch der Gesetzgebung des Bundes vorbehalten, über diese Stimmberechtigung einheitliche Vorschriften aufzustellen.

Art. 75.

Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Naturalisirte Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht besitzen, um wahlfähig zu sein.

Art. 65.

Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und es findet jeweilen Gesammterneuerung statt.

Art. 66.

Die Mitglieder des Ständerathes, des Bundesrathes und von letzterem gewählte Beamte können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrathes sein.

Art. 67.

Der Nationalrath wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche oder ausserordentliche Sizung einen Präsidenten und Vizepräsidenten.

Dasjenige Mitglied, welches während einer ordentlichen Sizung die Stelle eines Präsidenten bekleidete, ist für die nächstfolgende ordentliche Sizung weder als Präsident noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgender ordentlichen Sizungen Vizepräsident sein.

Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied.

Art. 68.

Die Mitglieder des Nationalrathes werden aus der Bundeskasse entschädigt.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 76.

Gleich alt Art. 65.

Art. 77.

Gleich alt Art. 66.

Art. 78.

Gleich alt Art. 67.

Art. 79.

Gleich alt Art. 68.

Jezige Bundesverfassung.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr.
Scl
81. J:

B. Ständerath.

B. Ständerath.

Art. 69.

Der Ständerath besteht aus 44 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete, in den getheilten Kantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten.

Art. 80.

Gleich alt Art. 69.

Art. 70.

Die Mitglieder des Nationalrathes und des Bundesrathes können nicht zugleich Mitglieder des Ständerathes sein.

Art. 81.

Gleich alt Art. 70.

Art. 71.

Der Ständerath wählt für jede ordentliche oder ausserordentliche Sizung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vizepräsidenten.

Art. 82.

Gleich alt Art. 71.

Aus den Gesandten desjenigen Kantons, aus welchem für eine ordentliche Sizung der Präsident gewählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sizung weder der Präsident, noch der Vizepräsident gewählt werden.

(Bloss der Ausdruck: „Gesandte“ zu ersetzen durch „Abgeordnete“.)

Gesandte des gleichen Kantons können nicht während zwei unmittelbar auf einander folgender ordentlichen Sizungen die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden.

Wie oben.

Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus wie jedes Mitglied.

Art. 72.

Die Mitglieder des Ständerathes werden von den Kantonen entschädigt.

Art. 83.

Gleich alt Art. 72.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 73.

Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenstände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfassung in die Kompetenz des Bundes gehören und nicht einer andern Bundesbehörde zugeschieden sind.

Art. 74

Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räte fallen, sind insbesondere folgende:

1) Geseze und Beschlüsse zur Ausführung der Bundesverfassung, wie namentlich Geseze über Bildung der Wahlkreise, über Wahlart, über Organisation und Geschäftsgang der Bundesbehörden und Bildung der Schwurgerichte.

2) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamten und Bestimmung ihrer Gehalte.

3) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers, des Generals, des Chefs des Stabes und eidgenössischer Repräsentanten.

4) Anerkennung auswärtiger Staaten und Regierungen.

5) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheissung von Verträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Kantone Einsprache erhoben wird.

Revidirte Bundesverfassung.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 84.

Gleich alt Art. 73.

Art. 85.

Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räte fallen, sind insbesondere folgende:

1) Geseze über die Organisation und die Wahlart der Bundesbehörden.

2) Geseze und Beschlüsse über diejenigen Gegenstände, zu deren Regelung der Bund nach Maassgabe der Bundesverfassung befugt ist.

3) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamten und Bestimmung ihrer Gehalte.

4) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers, sowie des Generals der eidgenössischen Armee.

Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, auch die Vornahme oder Bestätigung weiterer Wahlen der Bundesversammlung zu übertragen.

5) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheissung von Verträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem

Jezige Bundesverfassung.

6) Maassregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebiets der Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Maassregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen und den Schutz der durch den Bund gewährleisteten Rechte zum Zwecke haben.

9) Gesetzliche Bestimmungen über Organisation des eidgenössischen Militärwesens, über Unterricht der Truppen und über Leistungen der Kantone; Verfügungen über das Bundesheer.

10) Festsetzung der eidgenössischen Mannschafts- und Geldscala; gesetzliche Bestimmungen über Verwaltung und Verwendung der eidgenössischen Kriegsfonds; Erhebung direkter Beiträge der Kantone; Anleihen; Voranschlag und Rechnungen.

11) Geseze und Beschlüsse über Zölle, Postwesen, Münzen, Maass und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Schiesspulver, Waffen und Munition.

12) Errichtung öffentlicher Anstalten und Werke und hierauf bezügliche Expropriationen.

13) Gesetzliche Verfügungen über Niederlassungsverhältnisse, über Hei-

Revidirte Bundesverfassung.

ändern Kanton Einsprache erhoben wird.

6) Maassregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Maassregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung.

8) Maassregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen zum Zwecke haben.

9) Verfügungen über das Bundesheer.

10) Aufstellung des jährlichen Voranschlages und Abnahme der Staatsrechnung, sowie Beschlüsse über Aufnahme von Anlehen.

11) Die Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege.

12) Beschwerden gegen Entscheidungen des Bundesrathes über Administrativstreitigkeiten (Art. 113).

13) Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bundesbehörden.

14) Revision der Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

matlose, Fremdenpolizei und Sanitäts-
wesen.

14) Die Oberaufsicht über die eid-
genössische Verwaltung und Rechts-
pflege.

15) Beschwerden von Kantonen oder
Bürgern über Verfügungen des Bundes-
rathes.

16) Streitigkeiten unter den Kan-
tonen, welche staatsrechtlicher Natur
sind.

17) Kompetenzstreitigkeiten insbe-
sondere darüber:

- a. ob ein Gegenstand in den Be-
reich des Bundes oder der Kan-
tonalsouveränität gehöre;
- b. ob eine Frage in die Kompetenz
des Bundesrathes oder des Bun-
desgerichtes falle.

18) Revision der Bundesverfassung.

Art. 75.

Die beiden Räte versammeln sich
jährlich ein Mal zur ordentlichen
Sizung an einem durch das Regle-
ment festzusezenden Tage.

Sie werden ausserordentlich einbe-
rufen durch Beschluss des Bundes-
rathes, oder wenn ein Viertheil der
Mitglieder des Nationalrathes oder
fünf Kantone es verlangen.

Art. 76.

Um gültig verhandeln zu können,
ist die Anwesenheit der absoluten Mehr-
heit der Mitglieder des betreffenden
Rathes erforderlich.

Art. 77.

Im Nationalrath und Ständerath
entscheidet die Mehrheit der Stim-
menden.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 86.

Gleich alt Art. 75.

Art. 87.

Gleich alt Art. 76.

Art. 88.

Im Nationalrath und Ständerath
entscheidet die absolute Mehrheit der
Stimmenden.

Jezige Bundesverfassung.

Art. 78.

Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich.

Art. 79.

Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktionen.

Art. 80.

Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 74, Nr. 3), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten vereinigen sich jedoch beide Räte unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so dass die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räte entscheidet.

Art. 81.

Jedem der beiden Räte und jedem Mitglied derselben steht das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu.

Das gleiche Recht können die Kantone durch Korrespondenz ausüben.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 89.

Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich.

Bundesgesetze, sowie allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen überdies dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 30,000 stimmberechtigten Schweizerbürgern oder von acht Kantonen verlangt wird.

Art. 90.

Die Bundesgesetzgebung wird bezüglich der Formen und Fristen der Volksabstimmung das Erforderliche feststellen.

Art. 91.

Gleich alt Art. 79.

Art. 92.

Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 85, Ziffer 4), bei Ausübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten (Art. 85, Ziffer 13) vereinigen sich jedoch beide Räte unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so dass die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räte entscheidet.

Art. 93.

Gleich alt Art. 81.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874

Jezige Bundesverfassung.

Art. 82.

Die Sizungen der beiden Rätthe sind in der Regel öffentlich.

II. Bundesrath.

Art. 83.

Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

Art. 84.

Die Mitglieder des Bundesrathes werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrathes wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Kanton gewählt werden.

Nach jeder Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesrathes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sizung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besezt.

Art. 85.

Die Mitglieder des Bundesrathes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

Art. 86.

Den Vorsiz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, sowie

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 94.

Gleich alt Art. 82.

II. Bundesrath.

Art. 95.

Gleich alt Art. 83.

Art. 96.

Gleich alt Art. 84.

Art. 97.

Gleich alt Art. 85.

Art. 98.

Gleich alt Art. 86.

Jezige Bundesverfassung.

auch der Vizepräsident, von den vereinigten Räten aus den Mitgliedern desselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende Jahr weder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden Jahren die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden.

Art. 87.

Der Bundespräsident und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes beziehen einen jährlichen Gehalt aus der Bundeskasse.

Art. 88.

Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein.

Art. 89.

Die Mitglieder des Bundesrathes haben bei den Verhandlungen der beiden Abtheilungen der Bundesversammlung berathende Stimme und auch das Recht, über einen in Berathung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen.

Art. 90.

Der Bundesrath hat inner den Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten:

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäss der Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.

Schweiz.

31. Jan. 1874.

Art. 99.

Gleich alt Art. 87.

Art. 100.

Gleich alt Art. 88.

Art. 101.

Gleich alt Art. 89.

Art. 102.

Der Bundesrath hat inner den Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten.

1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäss den Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen.

2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jetzige Bundesverfassung.

eidgenössischer Konkordate zu wachen; er trifft zu Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Geseze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgeseze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern untergeordneten Behörde übertragen werden.

Er ernennt Kommissarien für Sendungen im Innern oder nach Aussen.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 74, Nr. 5.)

8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Aussen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt.

9) Er wacht für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.

Revidirte Bundesverfassung.

eidgenössischer Konkordate zu wachen; er trifft zur Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde, soweit die Beurtheilung solcher Rekurse nicht nach Art. 113 dem Bundesgerichte übertragen ist, die erforderlichen Verfügungen.

3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen.

4) Er schlägt der Bundesversammlung Geseze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen.

5) Er vollzieht die Bundesgeseze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichts, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht der Bundesversammlung und dem Bundesgerichte oder einer andern Behörde übertragen werden.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 85, Ziffer 5.)

Ziffer 8 bis 12 wie neben.

Jezige Bundesverfassung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Rätthe nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgegebenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören.

13) Er prüft die Geseze und Verordnungen der Kantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Strassen und Brücken.

14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlages und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung.

16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sizung Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Aussen, und wird ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Maassregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874

13) Er prüft die Geseze und Verordnungen der Kantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche seiner Aufsicht unterstellt sind.

Ziffer 14 bis 16 wie neben.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jetzige Bundesverfassung.

Er hat auch besondere Berichte zu erstatten, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt.

Art. 91.

Die Geschäfte des Bundesrathes werden nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig zum Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der jeweilige Entscheid geht von dem Bundesrathe als Behörde aus.

Art. 92.

Der Bundesrath und seine Departemente sind befugt, für besondere Geschäfte Sachkundige beizuziehen.

III. Bundeskanzlei.

Art. 93.

Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und beim Bundesrath.

Der Kanzler wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes.

Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Bundesgericht.

Art. 94.

Zur Ausübung der Rechtspflege, soweit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 103.

Gleich alt Art. 91.

Art. 104.

Gleich alt Art. 92.

III. Bundeskanzlei.

Art. 105.

Gleich alt Art. 93.

IV. Organisation und Befugnisse des Bundesgerichts.

Art. 106.

Zur Ausübung der Rechtspflege, soweit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt.

Jetzige Bundesverfassung.

Für Beurtheilung von Straffällen werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

Art. 95.

Das Bundesgericht besteht aus elf Mitgliedern nebst Ersatzmännern, deren Anzahl durch die Bundesgesetzgebung bestimmt wird.

Art. 96.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtsdauer ist drei Jahre. Nach der Gesamterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesamterneuerung des Bundesgerichtes statt.

Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

Art. 97.

In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder des Bundesrathes und die von ihm gewählten Beamten können nicht zugleich Mitglieder des Bundesgerichtes sein.

Art. 98.

Der Präsident und der Vizepräsident des Bundesgerichtes werden von

Revidirte Bundesverfassung.

Für Beurtheilung von Straffällen (Art. 112) werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

Alt Art. 95 gestrichen.

Art. 107.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Bei der Wahl derselben soll darauf Bedacht genommen werden, dass alle drei Nationalsprachen vertreten seien.

Das Gesetz bestimmt die Organisation des Bundesgerichtes und seiner Abtheilungen, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmänner, deren Amtsdauer und Besoldung.

Art. 108.

In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist.

Die Mitglieder der Bundesversammlung und des Bundesrathes und die von diesen Behörden gewählten Beamten können nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesgerichtes sein.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

Alt Art. 98 gestrichen.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

der Bundesversammlung aus den Mitgliedern desselben jeweilen auf ein Jahr gewählt.

Art. 99.

Die Mitglieder des Bundesgerichtes werden aus der Bundeskasse durch Taggelder entschädigt.

Art. 100.

Das Bundesgericht bestellt seine Kanzlei.

Art. 101.

Das Bundesgericht urtheilt als Zivilgericht:

1) über Streitigkeiten, welche nicht staatsrechtlicher Natur sind:

- a. zwischen Kantonen unter sich;
- b. zwischen dem Bund und einem Kanton;

2) über Streitigkeiten zwischen dem Bund einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen, durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Werthe ist;

3) über Streitigkeiten in Bezug auf Heimatlosigkeit.

In den unter Nr. 1, litt. a und b bezeichneten Fällen geschieht die Ueberweisung an das Bundesgericht durch den Bundesrath. Wenn dieser die Frage, ob ein Gegenstand vor das Bundesgericht gehöre, verneinend beantwortet, so entscheidet hierüber die Bundesversammlung.

Art. 102.

Das Bundesgericht ist verpflichtet, auch die Beurtheilung anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von

Revidirte Bundesverfassung.

Alt Art. 99 gestrichen.

Art. 109.

Gleich alt Art. 100.

Art. 110.

Das Bundesgericht beurtheilt zivilrechtliche Streitigkeiten:

1) zwischen dem Bunde und den Kantonen;

2) zwischen dem Bunde einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn der Streitgegenstand eine durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmende Bedeutung hat und wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind;

3) zwischen den Kantonen unter sich;

4) zwischen den Kantonen einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn der Streitgegenstand von einer durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Bedeutung ist und eine Partei es verlangt.

Das Bundesgericht urtheilt ferner über Anstände, betreffend Heimatlosigkeit, sowie über Bürgerrechtsstreitigkeiten zwischen Gemeinden verschiedener Kantone.

Art. 111.

Das Bundesgericht ist verpflichtet, die Beurtheilung auch anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von

Jezige Bundesverfassung.

beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einem beträchtlichen, durch die Bundesgesetzgebung festzusetzenden Werthe ist. Dabei fallen jedoch die Kosten ausschliesslich auf Rechnung der Parteien.

Art. 103.

Die Mitwirkung des Bundesgerichtes bei Beurtheilung von Straffällen wird durch die Bundesgesetzgebung bestimmt, welche über Versezung in Anklagezustand, über Bildung des Assisen- und Kassationsgerichts das Nähere festsetzen wird.

Art. 104.

Das Assisengericht, mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, urtheilt:

- a. in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden;
- b. über Fälle von Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, von Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;
- c. über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;
- d. über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst worden ist.

Der Bundesversammlung steht das Recht zu, hinsichtlich solcher Verbrechen und Vergehen Amnestie oder Begnadigung auszusprechen.

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.

Schweiz.

31. Jan. 1874.

beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einer durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Bedeutung ist.

Alt Art. 103 fällt weg.

Art. 112.

Das Bundesgericht urtheilt mit Zuziehung von Geschwornen, weche über die Thatfrage absprechen, in Straffällen:

- 1) über Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;
- 2) über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;
- 3) über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst wird, und
- 4) in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten ihm zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jetzige Bundesverfassung.

Art. 105.

Das Bundesgericht urtheilt im Ferneren über Verletzung der durch die Bundesverfassung garantirten Rechte, wenn hierauf bezügliche Klagen von der Bundesversammlung an dasselbe gewiesen werden.

Art. 106.

Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, ausser den in den Art. 101, 104 und 105 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Kompetenz des Bundesgerichtes zu legen.

Art. 107.

Die Bundesgesetzgebung wird das Nähere bestimmen:

- a. über Aufstellung eines Staatsanwaltes;
- b. über die Verbrechen und Vergehen, welche in die Kompetenz

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 113.

Das Bundesgericht urtheilt ferner:

- 1) über Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden einerseits und Kantonalbehörden andererseits;
- 2) über Streitigkeiten staatsrechtlicher Natur zwischen Kantonen;
- 3) über Beschwerden, betreffend Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger, sowie über solche von Privaten wegen Verletzung von Konkordaten und Staatsverträgen.

Vorbehalten sind die durch die Bundesgesetzgebung näher festzustellenden Administrativstreitigkeiten.

In allen diesen Fällen sind jedoch die von der Bundesversammlung erlassenen Geseze und allgemein verbindlichen Beschlüsse, sowie die von ihr genehmigten Staatsverträge für das Bundesgericht maassgebend.

Art. 114.

Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, ausser den in den Artikeln 110, 112 und 113 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Kompetenz des Bundesgerichtes zu legen, insbesondere die Befugnisse festzustellen, welche ihm nach Erlassung der im Art. 64 vorgesehenen eidgenössischen Geseze behufs einheitlicher Anwendung derselben zu übertragen sind.

Alt Art. 107 fällt weg.

Jezige Bundesverfassung.

des Bundesgerichtes fallen, und über die Strafgesetze, welche anzuwenden sind;

- c. über das Verfahren, welches mündlich und öffentlich sein soll;
- d. über die Gerichtskosten.

V. Verschiedene Bestimmungen.**Art. 108.**

Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 109.

Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.

Art. 110.

Die Beamten der Eidgenossenschaft sind für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Ein Bundesgesetz wird diese Verantwortlichkeit näher bestimmen.

Dritter Abschnitt.**Revision der Bundesverfassung.****Art. 111.**

Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

Art. 112.

Die Revision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

Art. 113.

Wenn eine Abtheilung der Bundesversammlung die Revision beschliesst und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzigtausend stimmberechtigte

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

V. Verschiedene Bestimmungen.**Art. 115.**

Gleich alt Art. 108.

Art. 116.

Gleich alt Art. 109.

Art. 117.

Gleich alt Art. 110.

Dritter Abschnitt.**Revision der Bundesverfassung.****Art. 118.**

Gleich alt Art. 111.

Art. 119.

Gleich alt Art. 112.

Art. 120.

Gleich alt Art. 113.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jezige Bundesverfassung.

Schweizerbürger die Revision der Bundesverfassung verlangen, so muss im einen wie im andern Falle die Frage, ob eine Revision stattfinden soll oder nicht, dem schweizerischen Volke zur Abstimmung vorgelegt werden.

Sofern in einem dieser Fälle die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger über die Frage sich bejahend ausspricht, so sind beide Räte neu zu wählen, um die Revision zur Hand zu nehmen.

Art. 114.

Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und von der Mehrheit der Kantone angenommen ist.

Uebergangsbestimmungen.

Art. 1.

Ueber die Annahme gegenwärtiger Bundesverfassung haben sich die Kantone auf die durch die Kantonalverfassungen vorgeschriebene, oder — wo die Verfassung hierüber keine Bestimmung enthält — auf die durch die oberste Behörde des betreffenden Kantons festzusetzende Weise auszusprechen.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 121.

Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der an der Abstimmung theilnehmenden Bürger und von der Mehrheit der Kantone angenommen ist.

Bei Ausmittlung der Mehrheit der Kantone wird die Stimme eines Halbkantons als halbe Stimme gezählt.

Das Ergebniss der Volksabstimmung in jedem Kantone gilt als Standesstimme desselben.

Uebergangsbestimmungen.

Art. 1.

In Betreff der Verwendung der Zoll- und Posteinnahmen bleiben die bisherigen Verhältnisse unverändert, bis der Uebergang der bis jetzt von den Kantonen getragenen Militärlasten auf den Bund sich vollzieht.

Ausserdem ist auf dem Wege der Bundesgesetzgebung zu bewirken, dass denjenigen Kantonen, für welche die durch die Art. 20, 30, 36, zweites Alinea, und 42 e, herbeigeführten Veränderungen im Gesammtresultate

Jezige Bundesverfassung.

Art. 2.

Die Ergebnisse der Abstimmung sind dem Vororte zu Handen der Tagsatzung mitzutheilen, welche entscheidet, ob die neue Bundesverfassung angenommen sei.

Art. 3.

Wenn die Tagsatzung die Bundesverfassung als angenommen erklärt hat, so trifft sie unmittelbar zur Einführung derselben die erforderlichen Bestimmungen.

Die Verrichtungen des eidgenössischen Kriegsrathes und des Verwaltungsrathes für die eidgenössischen Kriegsfonds gehen auf den Bundesrath über.

Art. 4.

Die im Eingange und in litt. c des Art. 6 der gegenwärtigen Bundesverfassung enthaltenen Bestimmungen

Revidirte Bundesverfassung.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

eine fiskalische Einbusse zur Folge haben, diese Einbusse nicht auf einmal in ihrem vollen Umfange, sondern nur allmählig während einer Uebergangsperiode von einigen Jahren erwachse.

Diejenigen Kantone, welche sich bis zum Zeitpunkte, in welchem der Artikel 20 in Kraft tritt, mit den ihnen durch die bisherige Bundesverfassung und die Bundesgesetze obliegenden militärischen Leistungen im Rückstande befinden, sind verpflichtet, diese Leistungen auf eigene Kosten nachzuholen.

Art. 2.

Diejenigen Bestimmungen der eidgenössischen Gesetzgebung, der Konkordate, der kantonalen Verfassungen und Gesetze, welche mit der neuen Bundesverfassung im Widerspruch stehen, treten mit Annahme derselben, beziehungsweise der Erlassung der darin in Aussicht genommenen Bundesgesetze ausser Kraft.

Art. 3.

Die neuen Bestimmungen, betreffend die Organisation und die Befugnisse des Bundesgerichts treten erst nach Erlassung der bezüglichen Bundesgesetze in Kraft.

Art. 4.

Den Kantonen wird zur Einführung der Unentgeltlichkeit des öffentlichen Primarunterrichts (Art. 27) eine Frist von fünf Jahren eingeräumt.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Jetzige Bundesverfassung.

finden auf die schon in Kraft bestehenden Verfassungen der Kantone keine Anwendung.

Diejenigen Vorschriften der Kantonalverfassungen, welche mit den übrigen Bestimmungen der Bundesverfassung im Widerspruche stehen, sind vom Tage an, mit welchem diese letztere als angenommen erklärt wird, aufgehoben.

Art. 5.

Der Bezug der schweizerischen Grenzgebühren dauert so lange fort, bis die Tarife der neu einzuführenden Grenzzölle ihre Vollziehung finden.

Art. 6.

Die Beschlüsse der Tagsatzung und die Konkordate bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung in Kraft, soweit sie nicht dieser Bundesverfassung widersprechen.

Dagegen verlieren diejenigen Konkordate ihre Gültigkeit, deren Inhalt als Gegenstand der Bundesgesetzgebung erklärt wurde, und zwar von der Zeit an, in welcher die letztere ins Leben tritt.

Art. 7.

Sobald die Bundesversammlung und der Bundesrath konstituiert sein werden, tritt der Bundesvertrag vom 7. August 1815 ausser Kraft.

Revidirte Bundesverfassung.

Art. 5.

Personen, welche den wissenschaftlichen Berufsarten angehören, und welche bis zum Erlasse der im Art. 33 vorgesehenen Bundesgesetzgebung von einem Kantone oder von einer mehrere Kantone repräsentirenden Konkordatsbehörde den Ausweis der Befähigung erlangt haben, sind befugt, ihren Beruf in der ganzen Eidgenossenschaft auszuüben.

Art. 2. Der Bundesrath hat für beförderliche und geeignete Bekanntmachung des vorstehenden Entwurfes einer neuen Bundesverfassung zu sorgen.

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874.

Art. 3. Die neue Bundesverfassung ist als angenommen zu betrachten, wenn die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und zugleich die Mehrheit der Kantone sich dafür ausspricht.

Bei Ausmittlung der Mehrheit der Kantone wird die Stimme eines Halbkantons als halbe Stimme gezählt.

Art. 4. Die Stimmgebung des schweizerischen Volkes erfolgt auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft an einem und demselben Tage. Dieser Tag wird durch den Bundesrath festgesetzt.

Es darf jedoch die Abstimmung nicht früher als vier Wochen nach geschehener Bekanntmachung der vorgeschlagenen Abänderungen der Bundesverfassung stattfinden.

Art. 5. Stimmberechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht vom Aktivbürgerrecht ausgeschlossen ist. (Art. 2 des Bundesgesetzes vom 19. Juli 1872.)

Art. 6. Jeder Kanton ordnet die Abstimmung auf seinem Gebiete nach dem Bundesgesetze vom 19. Juli 1872 an.

Art. 7. Ueber die Abstimmung ist in jeder Gemeinde, beziehungsweise in jedem Kreise, ein Protokoll aufzunehmen, in welchem genau anzugeben ist, wie viele Stimmen den Entwurf der neuen Bundesverfassung angenommen und wie viele ihn verworfen haben.

Art. 8. Die Kantone als solche haben ihre Stimmen bis spätestens vierzehn Tage nach der Volksabstimmung durch die nach ihrer Verfassung hiezu befugten Organe abzugeben.

Es bleibt den kantonalen Oberbehörden unbenommen, einfach das Ergebniss der eidgenössischen Abstimmung im Kanton (Art. 4 bis 7 hievon) als Votum desselben zu erklären.

Art. 9. Die Kantonsregierungen haben die Stimmgebung ihres Kantons, sowie die Protokolle über die eidgenössische Abstimmung, dem Bundesrathe zuhanden der Bundesversammlung zu übersenden. Die Stimmkarten sind zur Verfügung der letztern zu halten.

Die Bundesversammlung wird auf Grundlage derselben das Ergebniss der Abstimmungen erwahren und, falls sich dabei ergibt,

Nr. 5177.
Schweiz.
31. Jan. 1874. dass der Entwurf angenommen worden ist, die demgemäss revidirte Bundesverfassung in Kraft erklären.

Art. 10. Der Bundesrath wird mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Also beschlossen vom Nationalrathe,

Bern, den 31. Januar 1874.

Der Präsident:

Ziegler.

Der Protokollführer:

Schiess.

Also beschlossen vom Ständerathe,

Bern, den 31. Januar 1874.

Der Präsident:

A. Kopp.

Der Protokollführer:

J. L. Lütcher.

Nr. 5178.

SCHWEIZ. — Proklamation des Bundesrathes zu der am 19. April 1874 stattfindenden Abstimmung über die neue Bundesverfassung.

Getreue, liebe Eidgenossen!

Nr. 5178.
Schweiz.
23. März 1874.

Nachdem die im Jahre 1872 vorgelegte, abgeänderte Bundesverfassung am 12. Mai durch eine kleine Volksmehrheit und hierauf durch 13 gegen 9 Stände abgelehnt war, mussten die eidgenössischen Rätthe zunächst im Zweifel sein, wie sie diesen hoheitlichen Wahrspruch zu deuten hätten. Sie konnten sich fragen, ob damit überhaupt eine Revision des Grundgesetzes vom Volke habe zurückgewiesen werden wollen, oder ob mit dem Volksvotum nur gesagt sei, dass die vorberathenden Behörden den richtigen Weg nicht betreten und das vom Volke gewünschte Maass nicht eingehalten hätten. || Eine theilweise Lösung dieser Zweifel brachte die Erneuerung des Nationalrathes, welche zu Ende des gleichen Jahres 1872 stattzufinden hatte. — Mit dem Vertrauen des Volkes wurden, des 12. Mai ungeachtet, in beiden Lagern diejenigen Männer wieder geehrt, welche anlässlich der Revisionsbewegung auf der einen oder der

andern Seite in den vordersten Reihen gestanden hatten. Dies schien anzudeuten, dass im Volke nicht eine absolute Abneigung gegen jede, wenn auch noch so dringliche Abänderung der Verfassung walte, sondern dass die Vorlage den Anschauungen des Volkes nicht völlig entsprochen habe. || Diese Lehre aus den Oktoberwahlen von 1872 ziehend, konnte die Bundesversammlung sich schon am 20/21. Dezember mit überwiegender Mehrheit auf den Beschluss vereinigen, den Bundesrath einzuladen, zur Wiederaufnahme der Revision der Bundesverfassung Bericht und Antrag vorzulegen. || In den hierauf folgenden ebenso sorgfältig als gewissenhaft durchgeführten Verhandlungen mussten die gesetzgebenden Räte die Ueberzeugung gewinnen, dass, wenn man zu einem gedeihlichen, in höherm Grade befriedigenden Ziele gelangen wolle, der Weg freundeidgenössischer Verständigung und bundesbrüderlicher Versöhnung zu betreten sei. Es konnte dem unparteiisch prüfenden Blicke nicht entgehen, dass im Volke ungefähr zwei gleich grosse Hälften bestehen, welche beide das Wohl des Vaterlandes getreu im Auge haben, dasselbe aber in verschiedener Weise zu fördern hoffen, — dass mithin beide Hälften als gleichberechtigte sich gegenüberstehen und daher auch eine gleichmässige Berücksichtigung für sich in Anspruch nehmen dürfen. || Die Frucht dieser eingehenden Berathungen liegt nun vor Euch, getreue, liebe Eidgenossen, die Ihr berufen seid, Sonntag den 19. April nächsthin darüber hoheitlich zu entscheiden, ob Ihr das abgeänderte eidgenössische Grundgesetz mit Eurem Ja und Amen besiegeln wollet, ob dasselbe an die Stelle der jezigen Verfassung treten solle, unter deren Schirm sich für unser Vaterland unstreitig eine glückliche und ehrenhafte Periode vollendet hat, die aber einer Zeit, welche in 25 Jahren mehr als einem Jahrhundert vorausgeeilt ist, auf die Dauer unmöglich mehr Stand zu halten vermag. || Es kann nun nicht in unserer Absicht liegen, in eine nähere Eörterung des Euch unterbreiteten Verfassungsentwurfes einzutreten. Wir beschränken uns daher darauf, einzelne wenige Punkte hervorzuheben, an denen die Grundlage, auf welcher gebaut worden ist, bestimmter zu Tage tritt, oder die um ihrer besondern Wichtigkeit willen die Aufmerksamkeit in höherm Grade auf sich zu ziehen geeignet sind. || Dass unsere Wehrverfassung einer wesentlichen Umgestaltung bedürfe, wenn die Schweiz mit der erforderlichen Fähigkeit ausgerüstet sein solle, des Vaterlandes Freiheit und Unabhängigkeit zu vertheidigen und unberechtigten oder unwürdigen Zumuthungen mit Erfolg entgegenzutreten, darüber waren nicht bloss die Sachverständigen längst einig, sondern es ist diesfalls auch das Urtheil unserer mannhaften und waffenfreudigen Jugend bereits festgestellt. || Ohne dem eigentlichen Zwecke zu nahe zu treten und ohne dem Wesen Eintrag zu thun, sieht der gegenwärtige Entwurf, den Bedenken der Kantone Rechnung tragend, von einer unbedingten Centralisation des Militärwesens ab, indem er den Ständen in Beziehung auf die Verwaltung eine gewisse Mitwirkung auch für die Zukunft sichert. || Schwieriger waren die Verhandlungen in Beziehung auf die einheitliche Gestaltung des Rechtes. || Bekanntlich ging der Entwurf von 1872 von einer

Nr. 5178. Schweiz. 23. März 1874. vollständigen Centralisation aus, und es war vielfach zu einer Lieblingsansicht geworden, dass, wie nur ein Heer, so auch nur ein Recht bestehen und dass die ganze Eidgenossenschaft durch dieses eine Recht regiert werden sollte. | Dieser Anschauung trat jedoch ein grosser Theil in der Bevölkerung nicht bei. || Um hier den Widerspruch der Ansichten auszugleichen, vereinigte man sich dahin, dem Bunde die Gesetzgebung nur in Beziehung auf solche Materien zuzuweisen, welche mit dem allgemeinen Verkehre in näherem Zusammenhange stehen und welche, da gerade hier eine gänzliche Umgestaltung eingetreten ist, ohne grössere Benachtheiligung des Nachbarn dem einzelnen Kantone nicht weiter überlassen bleiben können. || Die übrigen Rechtsmaterien und gerade diejenigen, mit denen persönliche oder örtliche Interessen aufs engste verwachsen sind, bleiben nach wie vor der kantonalen Gesetzgebung anheimgestellt; so ausser dem Strafrechte insbesondere auch das Erbrecht, das eheliche Güterrecht und die Regelung des Hypothekarwesens im engern Sinne. || Werden so wichtige Attribute und Ausflüsse der Souveränität dem Bunde abgetreten, so war es um so mehr angezeigt, dem Volke in Beziehung auf die Bundesgesetzgebung eine gewisse Mitwirkung vorzubehalten und einer Anzahl von Bürgern oder von Kantonen ein Einspruchsrecht zu sichern. || Diese Bestimmung erschien um so gerechtfertigter, weil in den meisten Kantonen die unmittelbare Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung in dieser oder jener Form, in geringerm oder grösserm Maassstabe, bereits Eingang gefunden hat. || Im Zusammenhange hiemit berühren wir die wichtigere Stellung, welche dem Bundesgerichte angewiesen wird, dessen Wirksamkeit bedeutend erweitert ist und dem fortan eine Reihe von Geschäften zugewiesen werden soll, welche bisanhin völlig unangemessen den politischen Behörden zur Erledigung übertragen waren. || Berühren wir die mehr persönlichen Rechte, so war in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen, die Stellung der Niedergelassenen der Gerechtigkeit entsprechender einzurichten. — Wenn bereits 300,000 Bürger in andern als in ihrem Heimatkantone wohnen und dort ihre Kräfte zur Geltung bringen müssen, und wenn man sich gestehen muss, dass bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen die Menschen immer weniger auf einen kleinen Raum eingeschränkt werden können oder dürfen, so kann es keinem billig Denkenden entgehen, dass auch diese Klasse von Bürgern eine nähere Aufmerksamkeit durchaus verdiene, dass ihnen, welche alle Pflichten der Bürger tragen müssen, auch bessere Rechte, als es hie und da noch der Fall war, einzuräumen seien, soweit dies ohne Beeinträchtigung anderer Rechte immer nur geschehen kann. || Von grosser und tiefgehender Bedeutung ist der Abschnitt, welcher von den kirchlich-religiösen Verhältnissen handelt. || An die Spitze des Abschnittes wird die unbedingte Glaubens- und Gewissensfreiheit gestellt, womit in wenig Worten Alles gesagt sein möchte. Auf einem Gebiete, welches dasjenige umfasst, was für das menschliche Gemüth vom wichtigsten und theuersten Inhalte ist, wo der Sterbliche dem Unendlichen sich anzunähern versucht, da sollen die zur Mündigkeit herangereiften Staats-

glieder einem unwürdigen äussern Zwange nicht mehr unterliegen, da sollen sie nur Gott und ihrem Gewissen verantwortlich sein. — Aufgabe des Staates ist es aber, sie in diesem Heiligthume zu schützen, und nicht zuzugeben, dass irgend eine religiöse Körperschaft aus eigener, sich selbst beigelegter Machtvollkommenheit seinen Gesezen ihre Satzungen und Dekrete gegenüberstelle und für diese den Vorrang, wohl gar die höhere Berufung, selbst in Anspruch nehme. In einem solchen Zustande läge die Anarchie; mit ihm wäre ein nach heutigen Begriffen organisirter Staat unmöglich; er würde zu Folgen führen, welche mit einer geläuterten Staatsidee in unversöhnlichem Widerspruche stünden. || Hiemit ist denn aber auch die wirkliche oder vorgebliche Besorgniss, dass es auf die Verkümmernng dieser oder jener religiösen Genossenschaft abgesehen sei, in ihrer vollen Nichtigkeit erwiesen. Im vernünftigen Staate hat jede sittlich-religiöse Genossenschaft freien und ganzen Raum, sofern sie der Autorität des Alles in sich begreifenden, alle Lebensverhältnisse durchdringenden und schützenden Staates sich unterzieht und sofern sie die übrigen ähnlichen Genossenschaften als ebenbürtige zu achten und anzuerkennen weiss. † Endlich berühren wir noch den Umstand, dass der neue Entwurf den Bund bestimmter als bisher ermächtigt, die höhern geistigen Interessen näher wahrzunehmen und nach Möglichkeit zu fördern. Insbesondere soll er darüber wachen, dass in allen Kantonen ein genügender, unter staatlicher Leitung stehender Unterricht ertheilt werde, dass dieser Unterricht allgemein verbindlich und unentgeltlich sei; damit soll der heranwachsenden Jugend eine ihrer Bestimmung gemässe Erziehung gesichert, es sollen dem Kinde des Dürftigen wie des Reichsten die Mittel an die Hand gegeben werden, um sich auf den immer mehr sich verschlingenden Lebenspfaden zurechtzufinden und eine ehrenhafte Lebensstellung sich zu schaffen. || Getreue, liebe Eidgenossen! Wir sind nun weit entfernt, ob der unleugbaren Vorzüge des Entwurfes die Schattenseiten zu vergessen, oder uns zu rühmen, dass, wonach wir ringen, bereits auch schon ergriffen und verwirklicht sei. Wir wissen wohl, dass auch dieses Werk den Stempel des Menschlichen an sich trägt. || Dem Einen mag auch der Kreis der Bundesthätigkeit zu eng gezogen sein, während der Andere damit schon die Grenzen des Zulässigen und mit dem Bundesstaate Vereinbaren überschritten sieht. — Allein das wird Jeder zuzugeben kein Bedenken tragen, dass die Grundlage, auf welcher ein so schwieriges Werk bei der Verschiedenartigkeit so vieler sich durchkreuzender Interessen allein zu Stande kommen konnte, nämlich eine ehrliche, offene Verständigung, eine brüderliche Selbstverleugnung in guten Treuen eingehalten worden ist. Ihr werdet der Arbeit die Anerkennung nicht versagen, dass sie viele schöne und gesunde Keime enthalte, welche, mit Weisheit und politischer Umsicht gepflegt, zu erfreulichen Früchten herangedeihen können; — dass sie manche schlummernde Kräfte entfessele, welche der öffentlichen Wohlfahrt neue Wege zu erschliessen die Verheissung haben; — Ihr werdet ihr die Anerkennung nicht versagen, dass sie redlich trachte, ein Gebäude aufzurichten, in welchem

Nr. 5178.
Schweiz.
23. März 1874.

Nr. 5178.
Schweiz.
22. März 1874.

bei gegenseitig gutem Willen die 22 Familien des lieben Heimatlandes friedlich und behaglich neben einander wohnen, sich gegenseitig heben und sich befähigen können, in der Erstrebung und Erreichung der höchsten Menschheitszwecke mit andern Nationen erfolgreich Schritt zu halten. || Wohl uns, dass auch diesmal die neue Schöpfung ganz und gar nur unser Werk sein durfte, dass wir, frei von äussern Einflüssen, nur unser Wohl und unsere Bedürfnisse zu Rathe ziehen, nur unserer Selbstbestimmung folgen konnten. | Wohl uns aber auch, wenn wir, schon im Hinblick auf den nicht wolkenlosen politischen Horizont, — bei den mannigfachen Widersprüchen im Völkerleben, welche ihrer Lösung harren, den Ruf der Zeit verstehen, die uns dringend mahnt, unsere Geschicke wieder dem schirmenden Horte fester, verfassungsmässiger Zustände anheimzugeben und damit das öffentliche Vertrauen zu beleben und neu zu kräftigen. || Von diesem Gedanken getragen, hat die Bundesversammlung am 31. Januar dieses Jahres den vorliegenden Entwurf mit grosser Mehrheit angenommen und uns beauftragt, denselben Eurer hoheitlichen Sanktion zu unterstellen. || Wir treten unsererseits den Ansichten Eurer Vertrauensmänner von ganzem Herzen bei und stehen nicht an, Euch zu rathen, der Vorlage Eure Genehmigung nicht mehr zu versagen. || Mit gleichem Freimuth bekennen wir, dass wir eine abermalige Verwerfung geradezu als ein öffentliches Missgeschick betrachten müssten, welches vom Vaterlande abzuwenden jeder Bürger auf seinen Sonderstandpunkt zu verzichten und der höhern Nothwendigkeit sich unterzuordnen um so mehr bereit sein wird, als wohl jeder das Gefühl in sich trägt, dass es nachgerade an der Zeit und erspriesslich sei, die Aufregung der letzten Jahre abzuschliessen und in die Bahn einer zwar stetigen, aber ruhigen Fortentwicklung wieder einzulenken. | Wohlan denn, eidgenössische Männer, bereitet Euch, mit gutem Muthe, mit fester Zuversicht und gehobenen eidgenössischen Sinnes dem Tag entgegenzugehn, welcher die grosse Entscheidung bringen und uns eine neue, aussichtsvolle Zukunft eröffnen soll! Ein Jeder wird in jener ernstesten und bedeutungsvollen Stunde nur seinem Gewissen, seiner Ueberzeugung folgen und nur durch die eine heilige Rücksicht sich bestimmen lassen: des Vaterlandes Ehre und Nutzen zu fördern und seinen Schaden zu wenden, treulich und ohne Gefährde, so wahr er bittet, dass ihm Gott helfe. Hoffen wir, dass die Geschichte in das grosse Lebensbuch der altherwürdigen und immer jugendfrischen Eidgenossenschaft auch den 19. April des Jahres 1874 als einen Tag des Heils, als einen Tag einzeichnen werde, an den sich noch die Geschlechter, die nach uns kommen werden, liebevoll erinnern, dessen allezeit dankbar segnend sie gedenken können. | Gewähren Volk und Stände der Vorlage diejenige Aufnahme, welche wir ihr wünschen müssen, so können wir diese Ansprache wohl kaum würdiger schliessen, als mit der Bitte, mit welcher die gegenwärtige Bundesverfassung im Jahr 1848 den Weihegruss empfangen hat: || Dass der ewige Lenker der Völkerschicksale auch das neue Grundgesetz

zu einer reichen Segensquelle werden lasse für Kind und Kindeskind. Nr. 5178.
Schweiz.
23. März 1874.

Bern, den 23. März 1874.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Schenk.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiess.

Das Resultat der Abstimmung war die Annahme des Entwurfs mit 340,199 gegen 198,013 Stimmen, und durch 14 $\frac{1}{2}$ gegen 7 $\frac{1}{2}$ Kantone. Nach amtlicher Feststellung dieses Resultats durch die zu diesem Zwecke auf den 28. Mai einberufene Bundesversammlung ist die revidirte Bundesverfassung am 29. Mai 1874 in Kraft getreten.

Gramont-Beust'scher Streit.

Nr. 5179.

FRANKREICH. — Schreiben des Herzogs von Gramont an einen Freund, veröffentlicht in der "Correspondance Européenne".

Paris, le 9 décembre 1872.

En m'invitant à répondre à la déposition de Mr. Thiers devant la commission d'enquête parlementaire, vous obéissez à un sentiment de patriotique émotion que je comprends et à une sympathie personnelle dont je suis touché. Mais si facile que puisse être la réponse, je ne la ferai pas. Dans les faits qu'il raconte, Mr. Thiers s'est porté mon accusateur avec un parti pris si évident de malveillance, qu'il a perdu à mes yeux l'autorité impartiale et respectable d'un témoin. Et quand je pense à ce qu'il aurait fallu faire pour obtenir sa justice, je n'ai point à regretter d'avoir encouru sa disgrâce. || Toutefois, si grande que soit ma confiance dans la puissance de la vérité qui tôt ou tard s'impose, je ne saurais rester indifférent à deux assertions dont la légèreté, quoique trop évidente, se déguise sous des affirmations qui pour-

Nr. 5179.
Frankreich.
9. Dec. 1872.

Nr. 5179.
Frankreich.
9. Dec. 1872.

raient égarer l'opinion publique, sans réussir cependant à tromper l'histoire. || M. Thiers, se faisant l'avocat de la Prusse, déclare que „cette puissance ne voulait pas la guerre, qu'elle ne l'avait pas préparée de longue main et n'avait pas recherché l'occasion d'entrer en lutte“. || A ceux qui, pièces en main, ont dit le contraire, il répond en ces termes: „J'affirme, après avoir eu l'occasion de m'éclairer à ce sujet, que c'est là un pur mensonge“. || Mensonge! Le mot n'est pas parlementaire. || La conscience publique peut apprécier dès aujourd'hui s'il est juste. Le sentiment national, qui dans ses plus douloureux mécomptes à conservé du moins sa dignité, le trouvera sans excuses. || Pour moi, j'affirme que cette défense si inattendue des intentions innocentes de la Prusse, de l'esprit de modération de M. de Bismarck et de son désir sincère de rester en paix avec la France, étonnera toutes les chancelleries, surtout celle de Berlin, qui ne prévoyait pas de notre part tant d'humilité ou tant de naïveté. || Au surplus, les faits prouvent mieux que les mots, et les preuves sont aussi nombreuses qu'irréfutables. La vérité s'est déjà emparée de l'opinion publique, et il ne se fait ni utile ni sérieux de discuter ce que personne ne conteste plus. || La seconde assertion à laquelle je veux répondre se rapporte à ce passage de la déposition de M. Thiers: || „A Vienne, dit-il, MM. de Beust et Andrassy m'ont déclaré à moi, de la manière la plus positive, que, sans prévoir la candidature Hohenzollern, ils avaient dit à M. de Gramont, d'une manière générale, qu'il ne fallait laisser au gouvernement impérial aucune illusion, et le bien convaincre au contraire que, s'il s'engageait dans la guerre, L'Autriche ne l'y suivrait pas“. || M. Thiers a-t-il bien entendu ce que MM. de Beust et Andrassy lui ont affirmé m'avoir déclaré? Ne voulant pas contester sa bonne foi, je suis obligé de suspecter sa mémoire, et je ne puis croire que les éminens hommes d'Etat dont il invoque le témoignage aient pu lui dire un seul mot qui ne fut absolument conforme au langage que j'étais autorisé à tenir à mon gouvernement. || Ce langage, le voici textuellement: || „L'Autriche considère la cause de la France comme la sienne, et contribuera au succès de ses armes dans les limites du possible“. || Voilà ce que j'ai été chargé de dire au gouvernement français, et ce que d'autres encore ont été chargés de lui répéter avec moi. || Je ne cite pas de mémoire. J'ai fait venir le document que j'ai sous les yeux, et je peux prouver ce que j'avance. || En faussant involontairement l'attitude loyale et sympathique du gouvernement impérial d'Autriche à l'égard de mon pays, M. Thiers m'a créé le devoir d'en rétablir le véritable caractère. Je n'ai pas, pour le moment, un mot de plus à ajouter. || Croyez, mon cher ami, à mes sentiments affectueux.

Duc de Gramont.

Nr. 5180.

FRANKREICH. — Schreiben des Herzogs von Gramont an den Grafen Daru, Vicepräsidenten der parlamentarischen Untersuchungs-Commission über die Akte der Regierung der nationalen Vertheidigung.

Paris, le 28 décembre 1872.

Monsieur le président!

J'ai eu l'honneur de vous envoyer la lettre que j'ai écrite le 9 décembre, et dans laquelle j'opposais mes souvenirs aux déclarations de M. Thiers dans sa déposition devant la commission d'enquête parlementaire. || Cette lettre, publiée dans les journaux, y soulève, depuis quelques jours, une polémique d'une grande violence. || Pour ma part, j'ai quelque peine à m'expliquer la passion qui envahit cette discussion. Ne dirait-on pas qu'il y va de l'intérêt de la France d'établir qu'en 1870 l'Autriche ne lui était pas sympathique? Ou bien faut-il arriver à cette triste conclusion qu'en France les questions de parti ont seules le privilège de passionner les citoyens? || On me rendra du moins cette justice que ce n'est pas moi qui ai provoqué ce débat. Pendant plus de deux ans j'ai gardé le silence, laissant toute la liberté du champ à ceux qui voulaient m'attaquer. || Il a fallu, pour me faire parler, que la déposition de M. Thiers vît le jour et qu'elle livrât au public des affirmations capables de l'induire en erreur. || Cette intervention inusitée du chef de l'Etat a créé une situation nouvelle et exceptionnelle dont je décline la responsabilité, et qui m'a imposé de nouveaux devoirs. || Qu'ai-je fait alors? J'ai fait venir mes papiers, que je ne garde jamais à mon domicile, et j'y ai cherché la vérité pour l'opposer aux déclarations inexactes. || Partisan de la réserve comme j'en ai donné la preuve à la commission d'enquête, me résignant à regret et contraint à sortir de celle que je m'étais imposée jusqu'à ce jour malgré de bien vives et de bien respectables sollicitations, j'ai dit ce que je croyais suffisant pour convaincre. || J'ai réussi dans une grande proportion, j'en ai la preuve dans les témoignages qui affluent de toutes parts et me sont aussi précieux qu'honorables. || Mais, d'un autre côté, je vois des esprits sérieux, animés du désir sincère et loyal de trouver la vérité et de la dégager, quelle qu'elle soit, de cette multitude d'affirmations qui se croisent, je les vois, dis-je, réclamer avec instance une démonstration plus complète et plus positive. || Puisqu'il le faut, j'y consens, mais alors c'est à vous, monsieur le président, dont j'ai pu apprécier dans les séances de la commission d'enquête parlementaire l'esprit indépendant et impartial, c'est à vous que j'adresse une explication complémentaire que j'avais réservée. || Du moment que j'ajoute quelque chose à ma déposition, ce que j'ajoute appartient de droit à la commission d'enquête nationale, et je ne puis choisir, pour le lui faire parvenir, de meilleur intermédiaire qu'un de ses honorables présidents qui possède toute sa

Nr. 5180.
Frankreich.
28. Dec. 1872.

Nr. 5180.
Frankreich.
28. Dec. 1872.

confiance, et qui la mérite à si juste titre. || Je ne veux ni discuter ni faire de polémique; je me borne à exposer des faits. || Je n'ai jamais prétendu que le cabinet de Vienne ait vu avec plaisir éclater la guerre de 1870; encore moins ai-je pu dire qu'il nous y avait encouragé. Bien au contraire, je suis convaincu que cette guerre l'a surpris péniblement. || Je n'ai jamais parlé de nos relations avec l'Autriche avant la guerre, et vous remarquerez que sur cette question mon silence est absolu. Il le sera aussi longtemps que je le jugerai convenable. || Mais j'affirme que le cabinet de Vienne nous avait promis son concours pour la guerre de 1870, et j'oppose cette affirmation, accompagnée des preuves à l'appui, aux déclarations contraires que M. Thiers place dans sa déposition, soit qu'elles émanent de lui-même directement, soit qu'elles émanent d'autres personnages qu'il a mis en scène. || Voici les faits: || Le 23 juillet 1870, c'est-à-dire bien après la déclaration de guerre, M. l'ambassadeur d'Autriche vint me voir au ministère des affaires étrangères et me remit *deux* dépêches de son gouvernement, portant toutes les deux la date du 20 juillet, en me priant d'en prendre connaissance et me les laissant pour en prendre copie. || L'une de ces dépêches, faite pour être publiée et qui l'a été depuis¹⁾, posait en principe la neutralité de l'Autriche, mettant un soin particulier à bien établir, par des réserves et des précédents, que cette neutralité n'empêcherait pas les armements qui pourraient paraître utiles au point de vue de la sécurité de l'empire. || Cette neutralité, qui était proclamée d'accord avec nous et dont nous avons le secret, ne devait pas nous inquiéter. Mais, pour prévenir tout malentendu, il y avait comme je viens de le dire, une autre dépêche très complète et très explicite, qui était écrite le même jour²⁾, qui me fut remise en même temps et laissée de même par M. l'ambassadeur d'Autriche pour en prendre copie. || Je ne suis pas le seul qui ait reçu la communication du 23 juillet 1870, et qui ait la copie des deux dépêches qui en faisaient l'objet. Cette communication fut faite à Saint-Cloud et à d'autres membres du gouvernement. || Or, c'est de l'une de ces dépêches du 20 juillet 1870, qui m'ont été remises par M. l'ambassadeur d'Autriche, signées par M. le ministre des affaires étrangères d'Autriche, c'est de l'une de ces dépêches, de celle qu'on n'a pas jugé à propos de publier, que, laissant de côté d'autres parties dont la divulgation ne me paraît pas opportune, ni justifiée, c'est, dis-je, de cette dépêche que j'ai extrait le passage suivant: || „Veuillez donc *répéter* à Sa Majesté et à ses ministres que nous considérons la cause de la France comme la nôtre, et que nous contribuerons au succès de ses armes dans les limites du possible”. || Voilà donc ce que M. le prince de Metternich était chargé de *répéter* à l'empereur et à ses ministres. Puisqu'il recevait l'ordre de le répéter, cela indique qu'il l'avait déjà dit; et, en effet, fidèle à ses instructions, il ne tenait pas un autre langage. || J'ajouterai

¹⁾ S. Staatsarchiv Bd. XIX. Nr. 4050. A. d. Red.

²⁾ S. unter Nr. 5184. A. d. Red.

enfin que les assurances de concours envoyées le 20 juillet, remises et répétées le 23, avaient été également directement confirmées le 21 par M. le ministre des affaires étrangères lui-même. || On pourra discuter des journées entières sur les causes de la guerre; on ne parviendra jamais à effacer le caractère officiel de ces communications ni à empêcher qu'elles aient été faites. || Et maintenant, je le demande à tout honnête homme, est-il vrai, oui ou non, que l'Autriche nous avait promis son concours pour la guerre de 1870?

Nr. 5180.
Frankreich.
28. Dec. 1872.

Le Duc de Gramont.

Nr. 5181.

OESTERREICH - UNGARN. — Schreiben des Grafen Beust an den Herzog von Gramont mit Copie einer Depesche an den Fürsten Metternich vom 11. Juli 1870.

Monsieur le duc!

La lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser, en réponse à la mienne du 20 du mois passé¹⁾, ne m'est parvenu que le 31, notre ambassade l'ayant retenue, faute d'une occasion sûre. Je m'empresse de vous en offrir mes remerciements. || Je ne me plains pas des publications que vous avez jugées opportunes. Il est vrai qu'elles devaient nécessairement provoquer une polémique regrettable avec laquelle, dans ma position actuelle, il m'était difficile d'entrer en lutte; aussi y suis-je resté complètement étranger. Mais comme j'ai la conviction d'avoir consciencieusement rempli mes devoirs envers mon souverain et mon pays, et que j'ai la satisfaction de vous entendre dire, comme vous le faites dans la première des lettres publiées par les journaux, que l'attitude de l'Autriche était sympathique et loyale, j'ai aussi la certitude que cet incident n'aura servi ni à compromettre les bons rapports de mon pays avec l'Allemagne ni à refroidir les sentiments de sympathie et d'estime qu'on nous a gardés en France. Et c'est là l'essentiel. || Je ne vous dissimule pas que moi j'ai également éprouvé un sentiment de surprise. C'est que je n'ai pu m'empêcher de me souvenir de la visite que vous avez bien voulu me faire à Londres. Nous avons beaucoup causé des événements de 1870 et vous m'avez dit sans réserve que vous aviez compris notre manière d'agir et vous ne m'avez adressé aucun reproche. Il est sûr qu'aujourd'hui vous ne m'en faites pas non plus, mais convenez que vous en mettez invo-

Nr. 5181.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

¹⁾ Das hier erwähnte Schreiben des Grafen Beust vom 20. December 1872 und die Antwort des Herzogs von Gramont vom 21. December sind der Unterzeichneten trotz vielfacher Bemühungen nicht zugänglich gewesen. Doch ergibt sich ihr Inhalt zur Genüge aus dem hier mitgetheilten Schreiben.

Nr. 5181.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

lontairement sans doute, dans la bouche de ceux qui vous entendent. Et le reproche est-il permis? Positivement non. || Permettez-moi d'abord de vous faire observer que les paroles soulignées dans votre première lettre et qui se retrouvent dans une des miennes écrites *après la déclaration de guerre* ne pouvaient être un argument contre ce que M. le Président de la République se souvient avoir entendu à Vienne, puisque ce passage de sa déposition se rapporte très clairement à l'époque où nous avons l'honneur de vous y voir comme ambassadeur. Voilà pourquoi, Monsieur le duc, je vous ai demandé aussitôt la date du document auquel vous faisiez allusion, car il était impossible qu'il appartînt au temps de votre ambassade. Il est cependant très essentiel de relever les dates, car si vous aviez été comme ambassadeur à Vienne autorisé à tenir, comme vous le dites, ce même langage à votre gouvernement, il s'ensuivrait que nous aurions encouragé la France à faire la guerre, tandis que c'est le contraire que nous avons fait. || Je vois par une seconde lettre, publiée par les journaux, que vous appelez l'attention sur le mot *répéter* qui prouverait qu'un langage identique avait été tenu antérieurement par le prince de Metternich. Je vous en demande pardon, mais n'est-ce pas un peu jouer sur les mots? Il me serait permis d'objecter que le mot *répéter* ne s'emploie pas seulement dans le sens de la redite, mais encore, et surtout en termes de diplomatie, pour engager quelqu'un à dire à un tiers ce qu'on lui a dit à lui-même. || Rien ensuite ne prouverait, en admettant même votre interprétation, que la même chose ait été dite antérieurement à la déclaration de guerre. Mais je n'ai besoin d'aucune subtilité. Puisque vous dites que le prince de Metternich, fidèle à ses instructions, n'a jamais tenu un autre langage, je prends la liberté de vous envoyer ci-joint copie d'une dépêche qui lui fut adressée dans le moment décisif, et je suis bien sûr que notre ambassadeur, fidèle à ses instructions, n'a pas oublié d'y conformer son langage. || Maintenant, passons succinctement en revue ce qui est intervenu entre les deux gouvernements. || Vous me rappelez une négociation des années 1869 et 1870. D'abord, ce que vous avez en vue n'appartient pas, voilà ce qui est encore important à constater à 1869 et 1870, mais à 1868 et 1869. Ensuite, je ne crois pas que le mot de négociation y soit applicable. Une négociation aurait été confiée aux ambassades. Il y a eu des échanges d'idées et de projets et vous voudrez bien vous rappeler que c'était à ma demande que je fus autorisé à vous en donner connaissance lors de votre entrée au ministère. Cette correspondance revêtue d'un caractère tout privé fut terminée en 1869 sans avoir abouti; il n'y a eu absolument rien de signé, mais, comme vous avez dû vous en convaincre par sa lecture, trois points la caractérisaient. L'entente avait un caractère défensif et un but pacifique, il devait y avoir dans toutes les questions diplomatiques une politique commune, et l'Autriche se réservait de déclarer sa neutralité dans le cas où la France se verrait forcée de faire la guerre. || Vous conviendrez que nous nous sommes conformés au troisième point et ce n'est pas nous qui avons dévié des deux autres. Mais, je le répète, rien n'a

été conclu, ce qui est peut-être regrettable; car si on avait signé, la nécessité de nous faire intervenir dans l'action diplomatique aurait, j'aime à le croire, certainement empêché la guerre. || Le seul engagement qui en est résulté, sans, toutefois, avoir jamais été revêtu de la forme d'un traité, consistait dans une promesse réciproque de ne pas s'entendre avec une troisième puissance à l'insu l'un de l'autre. || Vous verrez, par l'annexe déjà citée portant la date du 11 juillet 1870, que nous nous sommes souvenus de cet engagement, qu'il n'en existait pas d'autre, mais que nous nous sommes plu à l'interpréter dans son application large, en promettant le concours de notre action diplomatique. || Or, le passage, que vous avez cité, prend expressément pour point de départ „la fidélité à nos engagements” et c'est en se rappelant ceux-ci tels que je viens de les préciser qu'il faut apprécier la portée réelle des deux lettres dont vous avez fait mention. || Je ne sais pas à quoi se rapportent vos paroles lorsqu'enfin vous rappelez la négociation d'un traité d'alliance défensive et offensive contre la Prusse, qui aurait été négocié entre la France et l'Autriche depuis plusieurs mois; ce que je sais, c'est que la proposition nous en a été seulement faite après la déclaration de la guerre et que, pour des raisons qu'il est inutile de rappeler, nous l'avons déclinée sans hésitation et bien avant que les hostilités n'eussent commencé. || C'est parce que nous nous trouvions dans cette impérieuse nécessité que nous nous sommes efforcés de rendre notre neutralité acceptable à la France sans que pour cela on en ait pu conclure que nous lui offrions notre intervention armée. || Il est donc clairement établi que lorsque la France a déclaré la guerre, pas un mot n'avait été dit ni écrit qui l'eût autorisée à compter sur le concours militaire de l'Autriche, et en conscience, Monsieur le duc, la guerre une fois déclarée, ces lettres du 21 juillet vous ont-elles sérieusement fait penser alors que vous pouviez mettre en ligne de compte une intervention de l'Autriche à main armée? Vous êtes resté aux affaires plusieurs semaines encore pendant que les événements de la guerre se sont rapidement succédé, et veuillez donc me citer un télégramme ou une dépêche partie pour Vienne pour rappeler à l'Autriche ses engagements et pour hâter ses opérations militaires. Assurément, Monsieur le duc, telle n'a pas été alors votre pensée; ainsi que l'a fait votre successeur M. le prince de la Tour d'Auvergne qui se trouvait au courant de tout ce qui avait été dit et écrit, et qui avait parfaitement jugé, à Vienne, la situation du premier coup d'oeil, vous avez reconnu qu'il n'y avait à attendre de l'Autriche qu'une action bienveillante auprès des neutres et à cette tâche-là nous n'avons point failli. || Agréez, etc. etc.

Beust.

Nr. 5181.
 Oesterreich-
 Ungarn.
 4. Jan. 1873.

Nr. 5181.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

Beilage.

Copie d'une dépêche au prince de Metternich à Paris, en date de Vienne, le 11 juillet 1870.

Ma lettre du 9 vous a déjà indiqué quel est notre point de vue dans la question espagnole et le langage que vous avez à tenir à Paris. La gravité toujours croissante de la situation me fait un devoir de revenir encore aujourd'hui sur ce sujet afin de bien préciser ma pensée et de vous mettre à même de l'interpréter. || La seule communication officielle que m'ait faite le chargé d'affaires de France est celle dont parle ma dépêche ostensible de ce jour. Je dois rendre au duc de Gramont la justice qu'il ne réclame dans cette pièce qu'un concours diplomatique sur lequel il peut entièrement compter et dont nous lui avons déjà donné des témoignages. Mais après s'être acquitté de cette communication, le marquis de Cazaux a ajouté que, par suites de lettres particulières qu'il avait reçues du duc de Gramont, il se croyait autorisé à m'entretenir "académiquement" de la question de guerre. "Notez bien", a-t-il dit, "qu'à cet égard je n'ai pas à vous parler au nom de mon gouvernement". Malgré ce préambule, j'ai vu clairement que M. de Cazaux était chargé de sonder le terrain et de s'assurer si notre concours n'irait pas au delà d'une action diplomatique dans le cas où la guerre viendrait à éclater entre la France et la Prusse. Les insinuations de M. de Cazaux trouvent d'ailleurs leur commentaire dans le langage moins ambigu qui vous a été tenu par M. Ollivier, aussi bien que par le duc de Gramont. Il est important qu'il n'y ait point de malentendu sur ce point entre nous et le gouvernement français. Je tiens surtout à ce que l'empereur Napoléon et ses ministres ne se fassent pas l'illusion de croire qu'ils peuvent nous entraîner simplement à leur gré au delà de ce que nous avons promis et au delà de la limite qui nous est tracée par nos intérêts vitaux, aussi bien que par notre situation matérielle. || Parler avec assurance, ainsi que l'aurait fait, selon vos rapports, le duc de Gramont dans le conseil des ministres, du corps d'observation que nous placerions en Bohême, c'est pour le moins s'avancer bien hardiment. Rien n'autorise le duc à compter sur une mesure pareille de notre part, et la loyauté nous impose le devoir de ne pas laisser le gouvernement français faire entrer cette combinaison dans ses calculs. || Le seul engagement que nous ayons contracté réciproquement consiste à ne pas nous entendre avec une puissance tierce à l'insu l'un de l'autre. Cet engagement, nous le tiendrons scrupuleusement, ainsi que je vous le disais dans ma lettre du 9, et la France peut, par conséquent, être parfaitement sûre que nous ne nouerons derrière son dos aucune négociation avec la Prusse, ni avec une autre puissance, ce qui est pour elle, en cas de guerre, une garantie importante de sécurité. Nous nous déclarons en outre hautement les sincères amis de la France, et le concours de notre action diplomatique lui est entièrement acquis. C'est là un

second point qui n'est pas à dédaigner, mais c'est à cela seul que se bornent nos engagements positifs. || Le cas de guerre a bien été discuté dans des pourparlers. Toutefois, rien n'a été arrêté, et même si on voulait donner une valeur plus réelle aux projets restés à l'état d'ébauche et qui, ne l'oublions pas, avaient pour but déclaré non les préparatifs d'une guerre, mais le maintien de la paix, ainsi qu'aux observations échangées, on ne saurait en tirer la conséquence que nous serions tenus à une démonstration armée, dès qu'il conviendrait à la France de nous la demander. Je n'ai pas besoin de vous rappeler qu'en examinant les éventualités de guerre, nous avons toujours déclaré que nous nous engagerions volontiers à entrer activement en scène, si la Russie prenait le parti de la Prusse, mais que si celle-ci seule était en guerre avec la France nous nous réservions le droit de rester neutres. J'admettais bien et j'admets encore que telles circonstances peuvent se présenter où notre intérêt même nous commanderait de sortir d'une attitude de stricte neutralité, mais je me suis toujours positivement refusé à contracter sous ce rapport un engagement. J'ai revendiqué alors, comme je revendique maintenant, une entière liberté d'action pour l'empire austro-hongrois, et si j'ai maintenu avec fermeté ce point quand il s'agissait de signer un traité d'alliance, je dois moins que jamais me considérer comme ayant les mains liées aujourd'hui où un traité n'a pas été conclu. || Cette argumentation me paraît claire et irréfutable. Je ne concevrais pas que l'empereur Napoléon, ou le duc de Gramont, pût interpréter autrement ce qui s'est dit alors et nous regarder comme engagés à une démonstration armée. || Je vais d'ailleurs plus loin et je dirai que même si nous avions promis un concours matériel en cas de guerre entre la France et la Prusse, ce n'aurait jamais été que comme le corollaire d'une politique suivie d'un commun accord. Jamais nous n'aurions songé et aucun Etat ne songerait jamais à se mettre vis-à-vis d'un autre dans une situation de dépendance telle qu'il dût prendre les armes uniquement selon le bon plaisir de l'autre. L'empereur Napoléon nous a promis de venir à notre secours si nous étions attaqués par la Prusse; mais sans doute il ne se croit pas obligé d'emboîter le pas derrière nous, s'il nous prend fantaisie de déclarer la guerre à la Prusse sans son assentiment. || Mais la France, alléguera-t-on, n'est pas, dans la circonstance actuelle, l'agresseur. C'est la Prusse qui provoque la guerre, si elle ne retire pas la candidature du prince de Hohenzollern. || C'est un point qu'il est indispensable d'examiner. Je veux m'expliquer à cet égard avec une entière sincérité et en véritable ami de la France. || Dans tous nos pourparlers confidentiels avec le gouvernement français, nous avons toujours pris pour point de départ que nous voulions avant tout le maintien de la paix et que nous n'aurions recours à la guerre que si elle était nécessaire. L'est-elle dans le cas présent? Elle le deviendra peut-être, mais assurément ce sera dû en grande partie à l'attitude prise dès le principe par la France, car la candidature du prince de Hohenzollern n'était pas un fait de nature à mener par lui-même à cette con-

Nr. 5181.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

séquence. || Que la France ne fût pas restée indifférente à cet incident, rien de plus juste. Qu'elle y vît d'abord un manque de procédés à son égard et par conséquent une atteinte à sa dignité rien de plus naturel. Qu'elle déclare ses intérêts menacés par l'avènement d'un prince prussien au trône d'Espagne, c'est encore là un fait contre lequel il n'y aurait rien à redire. Il y avait en ceci l'occasion d'engager une campagne diplomatique où la France avait la partie fort belle, où la Prusse et l'Espagne étaient évidemment dans leur tort et où l'Europe aurait été toute disposée à se mettre du côté de la France et à exercer sur les deux autres puissances une pression qui aurait eu pour résultat, soit de donner pacifiquement une ample satisfaction aux intérêts français, soit d'assurer au gouvernement français un grand ascendant moral si cette satisfaction lui étant refusée, il était contraint à prendre les armes. || Il aurait fallu exposer à l'Espagne dans un langage ferme, mais mesuré, quelles étaient les exigences évidentes de l'intérêt de la France. Des déclarations analogues auraient été données aux cabinets étrangers et ceux-ci se seraient certainement empressés d'offrir à la France un concours actif pour détourner cette cause de complication. La Prusse, sans être prise directement à partie par la France aurait probablement cédé, et la France aurait eu tout l'honneur et le profit de cette campagne. Si, contrairement à toute attente, la Prusse persistait à ne pas faire retirer au prince de Hohenzollern sa candidature, malgré les conseils de l'Europe, la guerre s'ouvrirait dans les conditions morales les plus favorables à la France. || Le gouvernement français ne s'est pas conformé dès le début au plan que je viens d'esquisser. Ses premières manifestations ne portent pas le caractère d'une action diplomatique; elles sont bien plutôt une véritable déclaration de guerre adressée à la Prusse en des termes qui jettent l'émoi dans toute l'Europe et lui font croire aisément au dessein prémédité d'amener la guerre à tout prix. Le langage public des ministres français suivi de préparatifs de guerre immédiats rend la retraite difficile aux Prussiens aussi bien qu'aux Espagnols et ne facilite pas aux cabinets la tâche de s'interposer en faveur des intérêts français. Nous aimons encore à espérer que l'affaire pourra rentrer dans une voie plus conforme au point de vue diplomatique, et que la France n'en obtiendra pas moins un succès éclatant. || Cependant les apparences indiquent un peu trop clairement qu'il y a désir, de la part de la France, de chercher querelle aux Prussiens et de tirer parti dans ce but du premier prétexte qui se présente. Les détails que me donnent vos rapports ne peuvent que confirmer cette appréciation, et j'avoue franchement que je vois dans la manière dont cette affaire a été entamée à Paris un motif sérieux pour ne pas sortir d'une certaine réserve. || En effet, si c'est simplement avec passion qu'on aborde à Paris de cette façon la question de la candidature Hohenzollern, cette conduite n'est pas de nature à nous inspirer de la confiance dans l'avenir et à nous donner le désir de nous embarquer sous de pareils auspices. Si ce n'est pas entraînement, il y a donc dessein préconcerté de provoquer la guerre, et ceci est contraire à

tout ce dont nous étions convenus. Dans ce cas, je comprendrais encore moins que l'on comptât sur notre concours. || On trouvera peut-être à Paris ce langage sévère, mais je le crois dicté par une sincère amitié pour la France, aussi bien que par ma sollicitude pour les intérêts qui me sont confiés. Précisez bien comme je l'ai fait la portée de nos engagements; assurez que nous les tiendrons, mais ne cachez pas que nous nous sentons d'autant moins portés à les dépasser que nous ne pouvons approuver la précipitation avec laquelle on pose, sans nécessité évidente et en nous prévenant si peu, la question de guerre. || D'ailleurs, en dehors de ces considérations politiques, il y a des raisons matérielles qui ne nous permettraient pas de prendre une attitude belliqueuse. Le duc de Gramont nous a vus de trop près pour s'y tromper. Même si nous le voulions, nous ne pourrions pas mettre aussi subitement sur pied des forces respectables. Les sacrifices et les efforts que cela exigerait sont tels qu'il faudrait pour les imposer au pays des motifs bien autrement pressants que ceux qu'on pourrait invoquer aujourd'hui. || Nous n'avons jamais dissimulé le besoin impérieux que nous avons de la paix. Si la France trouve l'occasion actuelle favorable pour entrer en campagne, si elle se sent en mesure de déployer dès à présent toutes ses forces, nous ne pouvons en dire autant pour notre part. Ce n'est pas du jour au lendemain que nous pouvons passer ainsi à l'action, et l'opinion du pays tout entier se soulèverait contre le gouvernement s'il se jetait tête baissée dans les périls d'une guerre aussi imprévue. Il faudrait, en tous cas, que cette éventualité se présentât comme une exigence indispensable de la situation, et personne ne voudrait aujourd'hui admettre chez nous l'existence de cette exigence. || Je ne dis pas que telles éventualités ne puissent se présenter qui nous amènent à intervenir dans une lutte engagée sur une question d'influence entre la France et la Prusse, mais à coup sûr ce n'est pas au début de la lutte qui s'engage aujourd'hui qu'on trouvera l'empire austro-hongrois disposé à y entrer. Une attitude bienveillante pour la France, la résolution de ne pas s'entendre avec une autre puissance, voilà tout ce que le gouvernement de l'empereur peut promettre aujourd'hui, s'il ne veut pas être démenti par le sentiment général. | Pénétrez-vous bien des considérations que j'expose dans cette lettre. Je m'en remets à vous avec confiance pour les faire valoir auprès de qui de droit. Il ne faut pas qu'on s'abuse sur ce que nous voulons et surtout sur ce que nous pouvons faire. On est en train de s'engager à Paris dans une bien grosse partie. On est peut-être déjà trop avancé pour reculer, et, dans ce cas, votre tâche principale doit être de veiller à ce qu'on ne se méprenne pas sur nos intentions qui sont sincèrement amicales pour la France, mais qui restent sans doute au-dessous de ce qu'on espère sans trop de motif. Nos services sont acquis dans une certaine mesure, mais cette mesure ne sera pas dépassée, à moins que les événements ne nous y portent, et nous ne songeons pas à nous précipiter dans la guerre uniquement parce que cela conviendrait à la France. Faire accepter cette situation à l'empereur Napoléon et à ses

Nr. 5181.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

ministres, sans provoquer leur mécontentement, voilà la difficulté qui vous attend et dont je compte sur votre zèle et votre influence personnelle pour triompher. Il ne faut pas qu'un accès de mauvaise humeur contre l'Autriche prépare une de ces évolutions subites auxquelles la France nous a malheureusement un peu trop habitués. C'est là un écueil dangereux qu'il s'agit d'éviter: faites donc sonner aussi haut que possible la valeur de nos engagements tels qu'ils existent réellement et notre fidélité à les respecter, afin que l'empereur Napoléon ne s'entende pas tout à coup à nos dépens avec une autre puissance, ce que d'ailleurs nous croyons impossible, puisque ce serait contraire aux engagements réciproques. Insistez sur la réciprocité en ce qui concerne ce point et ayez en outre les yeux bien ouverts. C'est là ma dernière et ma principale recommandation.

Beust.

Nr. 5182.

OESTERREICH-UNGARN. Min. d. Ausw. (Graf Andrassy) an den k. u. k. Botschafter in Paris (Graf Apponyi). — Uebersendung und Bestätigung des Beust'schen Schreibens.

Nr. 5182.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

Monsieur le comte, j'ai reçu le rapport dans lequel vous me faites part de la lettre que M. le duc de Gramont a publiée en réponse au témoignage donné par M. Thiers devant le comité d'enquête. Je suis loin d'approuver de telles publications qui livrent aux commentaires de la presse des conversations non destinées à aller au-delà du cercle des cabinets y intéressés. Des indiscretions de cette nature ont pour premier et principal effet de compromettre les confidences qui se font entre les gouvernements et de restreindre l'échange d'idées là où la franchise est spécialement nécessaire pour amener à un résultat heureux. Je me serais donc abstenu de prendre note des assertions posées par le duc de Gramont, si sa lettre ne m'avait pas semblé contenir un langage en tout point contraire à celui que j'ai tenu, en ce qui concerne M. Thiers, et si je ne me croyais pas ainsi dans l'obligation de me rendre garant des déclarations de M. Thiers en ce qu'elles ont de rapport honorable avec moi-même. || Je n'hésite pas à affirmer que M. Thiers a fidèlement reproduit, dans sa déposition, le sens de ce que j'avais eu l'honneur de lui dire lors de sa visite à Vienne, déposition à laquelle je n'ai aujourd'hui à faire aucune altération. J'ai au contraire des raisons de croire que personne n'a été en meilleure position, en tant qu'il s'agisse de ma personnalité, pour confirmer le témoignage du Président de la République, que le duc de Gramont lui-même. Je n'ai jamais dit à M. le duc de Gramont ni à d'autre personne quoi que ce fût qui ressemblât aux expressions qu'il a affirmé être autorisé

à transmettre à son gouvernement. Tout au contraire, bien que je ne fusse pas ministre des affaires étrangères, j'ai cru de mon devoir de rechercher une occasion de dissiper toutes les illusions que nous ne sentions pas pouvoir encourager sans nous exposer plus tard à des reproches. En effet, si le précédent ministre de France à Vienne était assez bon pour se souvenir de la conversation que j'eus avec lui à l'époque où l'élévation du prince de Hohenzollern était sur le tapis, et où l'on croyait à la possibilité de la coopération de l'Autro-Hongrie au cas d'une guerre avec la Prusse, il lui serait impossible de ne pas reconnaître que ce que j'ai dit à M. Thiers à une époque postérieure était tout à fait en accord avec ce que je lui avais dit à lui-même. || Je ne crois pas nécessaire d'entrer dans les détails de la conversation à laquelle je viens de faire allusion, bien que j'aie en mémoire chacune des paroles qui ont été alors échangées entre nous. J'affirme seulement que le duc de Gramont me remercia de la sincérité de mes explications, aimant mieux, comme il le dit alors, ne pas faire concevoir à son gouvernement des espérances qui pourraient lui causer plus tard un désappointement. Je dois ajouter que, depuis cette conversation, M. de Gramont a toujours évité avec soin de parler de politique avec moi, ce dont je n'ai aucun droit de me plaindre, car je n'étais pas alors ministre des affaires étrangères. || Pour ce qui concerne M. le comte de Beust, comme il se trouvait être le chef du cabinet à l'époque à laquelle ont trait les deux lettres de M. le duc de Gramont, il a cru devoir immédiatement après la publication de la première de ces lettres s'adresser à l'auteur pour obtenir des informations plus précises sur la nature du document invoqué par M. de Gramont à l'appui de son affirmation. M. de Gramont ayant répondu à cette requête, le comte de Beust réplique aujourd'hui par une lettre que je vous envoie sous ce pli afin que vous puissiez la communiquer à qui vous jugerez bon de le faire. Vous remarquerez certainement que la lettre du comte de Beust confirme les déclarations de M. le Président de la République faites devant la commission d'enquête. J'ajouterai que si appel est fait à mon témoignage, je n'hésiterai pas à le donner aussi complètement que possible.

Nr. 5182.
Oesterreich-
Ungarn.
4. Jan. 1873.

Andrássy.

Nr. 5183.

FRANKREICH. Antwort des Herzogs von Gramont an den Grafen Beust.

Paris, le 8 janvier 1873.

Monsieur le comte!

J'ai reçu la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire, en réponse à la mienne du 21 décembre, et je regrette que cette dernière ne vous soit

Nr. 5183.
Frankreich.
8. Jan. 1873.

Nr. 5183.
Frankreich.
8. Jan. 1873.

parvenue que dix jours après avoir été écrite. Ce délai, comme vous avez pu vous en convaincre, est indépendant de ma volonté. || J'ai lu avec toute l'attention qu'elles méritent les observations que vous ont suggérées les récentes publications que les circonstances m'ont imposées bien à regret; il me semble y trouver la trace de quelque malentendu sur la nature et la portée de mes affirmations, et je crois devoir au bon souvenir de nos anciennes relations de ne laisser subsister à cet égard aucune équivoque. || Mais, avant d'aller plus loin, je dois vous prévenir que je n'accepte en quoi que ce soit la responsabilité de tout ce qui se dit ou s'écrit autour de mes paroles. Je ne répons que de mon propre langage. || Je crois superflu de vous assurer que ce n'est pas le désir d'une justification personnelle qui m'a mis la plume à la main. S'il en eût été ainsi, je n'aurais pas, pendant deux ans de suite, gardé un silence que je n'avais aucune envie de rompre. || L'incident a été provoqué par le retentissement du langage intempérant et inexact de M. Thiers, qu'il devenait nécessaire pour l'honneur de la France d'arrêter au passage. || Cela posé, vous observerez que je n'ai jamais prétendu que vous nous aviez encouragés à faire la guerre. J'admets parfaitement, parce que c'est la vérité, que vous nous en aviez dissuadés jusqu'au moment où vous avez envoyé à Paris M. le comte de Vitzthum; je n'ai aucune difficulté à reconnaître que le 13 juillet, vous nous avez même conseillé de nous tenir pour satisfaits de la renonciation du prince de Hohenzollern dans les termes où elle s'était produite le 12. Et j'ajoute que je ne doute pas qu'il vous ait été fort pénible d'apprendre que cette circonstance n'avait pas suffi pour éteindre le conflit franco-prussien. || Je reconnais aussi que les promesses de concours dont j'ai cité la formule sont postérieures à la déclaration de guerre, et enfin, je termine ces aveux en déclarant qu'en mon âme et conscience je ne puis adresser aucun reproche au gouvernement autrichien au sujet de la ligne de conduite qu'il a tenue à l'égard de la France et qui lui a été imposée par les événements. Je ne suis pas en mesure d'apprécier la nature des bons rapports qui existent maintenant entre le cabinet de Vienne et celui de Berlin, mais comme l'incident qui nous occupe n'a rien mis en lumière qui ne fût connu à Berlin, il est évident qu'il n'a rien pu compromettre de ce côté, et quant à ce qui nous concerne, la nation française ne peut voir dans ces informations que de nouveaux motifs de sympathie et d'estime pour l'Autriche. Et comme vous le dites avec raison, Monsieur le comte, c'est là l'essentiel. || Vous me rappelez qu'ayant eu l'honneur de vous voir à Londres en 1871, nous avons beaucoup causé des événements de 1870 et qu'alors je vous avais dit, sans réserve, que j'avais compris votre manière d'agir et que je ne vous avais adressé aucun reproche. Vos souvenirs sont très exacts. Je n'avais alors, et je n'ai encore aujourd'hui, aucun reproche à vous adresser. Quant au langage que vous a prêté M. Thiers, il est bien naturel que je ne vous en aie pas parlé à Londres, car je ne le connaissais pas et je n'en ai été informé qu'au commencement du mois dernier par la publication de son

étrange déposition. || J'écarte pour le moment toute controverse sur les négociations de 1868, 1869 et 1870. Cela n'offrirait aucun avantage; je me borne seulement à vous rappeler que ces négociations, dont vous fûtes le premier à m'instruire, étaient restées *ouvertes* (*c'est le mot textuel*) en 1869, et qu'elles ont servi de base et de point de départ au traité qui a été négocié à la fin de juillet 1870, en vue de la guerre et de la coopération de l'Autriche à cette guerre. Donc, la date de 1870 trouve sa place correcte et légitime à côté des dates antérieures de 1868 et 1869. || J'affirme deux choses: || La première, c'est que pendant que j'étais ambassadeur à Vienne, vous ne m'avez pas dit: "qu'il ne fallait laisser au gouvernement impérial aucune illusion, et le bien convaincre, au contraire, que s'il s'engageait dans la guerre l'Autriche ne l'y suivrait pas." || Cette affirmation, je la maintiens avec une certitude parfaite qui s'appuie non pas seulement sur ma mémoire qui est cependant très sûre, mais aussi sur les notes que j'ai conservées. Je n'ai jamais eu, Monsieur le comte, une seule conversation avec vous, fût-elle de quelques minutes, que je n'en aie écrit la substance et souvent les mots eux mêmes, avant la fin de la journée. Aussi, je suis certain de ce que j'avance quand je déclare que vous ne m'avez pas tenu à Vienne le langage que vous prête M. Thiers. || Nous avons souvent parlé de la guerre, nous étions d'accord pour ne pas la désirer, et nous reconnaissions qu'il se faisait en Allemagne un travail qu'il était de l'intérêt de l'Autriche comme de la France de ne pas interrompre. Nous avons quelquefois envisagé l'éventualité de la guerre en thèse générale, et je vois dans mes notes qu'alors vous me représentiez combien il serait désirable que la guerre, si elle devenait nécessaire, naquit d'une cause non allemande; qu'elle prit naissance, par exemple, au sujet de quelque question orientale, de manière à laisser à l'Autriche toute sa liberté d'action pour la part qu'elle serait appelée à y prendre. Je suppose que vos souvenirs seront ici d'accord avec les miens; mais quant aux paroles que M. Thiers a placées dans votre bouche, je n'en vois aucune trace, si ce n'est dans cette dépêche écrite par vous le 11 juillet 1870 à M. l'ambassadeur d'Autriche, et dont je viens de prendre connaissance *pour la première fois*, dans la copie que vous avez bien voulu m'envoyer. || Là, en effet, je vois que vous chargez M. l'ambassadeur de nous enlever toute illusion et de nous faire entendre avec ménagement que nous ne devons pas compter sur votre concours. || Cherchant toujours de préférence les explications qui n'aboutissent pas à des résultats extrêmes, je me fais l'idée qu'il se sera établi dans les esprits quelque confusion involontaire entre le langage *écrit* le 11 juillet 1870 et le langage *parlé* pendant les années précédentes. || Je ne vois pas, d'ailleurs, que, pendant le cours de ma mission à Vienne, il se soit présenté une seule occasion où l'Autriche ait été mise en demeure de se prononcer sur ses dispositions à faire la guerre, et je n'ai jamais eu à réclamer de vous son concours, même éventuel, à cet effet. Ainsi, donc, je le répète et le maintiens formellement, vous ne m'avez jamais, pendant que j'étais ambassadeur à Vienne,

Nr. 5183.
Frankreich.
8. Jan. 1873.

Nr. 5183.
Frankreich.
8. Jan. 1873.

tenu le langage que vous prête M. Thiers. || J'apprends aujourd'hui que vous l'avez écrit plus tard au prince de Metternich dans cette dépêche du 11 juillet que vous venez de m'envoyer et que je ne connaissais pas, parce que M. l'ambassadeur d'Autriche *ne nous l'a jamais montrée*. || Je vois, en effet, dans la copie que vous venez de m'adresser, que vous recommandez à M. l'ambassadeur d'Autriche d'employer son zèle et son influence pour faire accepter vos réserves à Sa Majesté et à ses ministres, sans provoquer leur mécontentement, et je trouve dans cette communication tardive la clef d'une situation qui nous causa pendant quelques jours d'assez sérieuses préoccupations. Il se fit alors entre vous, M. l'ambassadeur d'Autriche et moi un échange d'explications verbales et écrites, qui eut pour effet de dissiper ce que vous avez appelé des malentendus regrettables. M. le comte de Vitzthum vint à Paris, et aussitôt s'effacèrent toutes les traces de la froideur qu'avaient naturellement engendrée vos réserves, bien que M. l'ambassadeur d'Autriche, suivant vos instructions, n'eût rien négligé pour en adoucir l'expression. || M. de Vitzthum voit l'empereur, il cause avec moi, retourne à Vienne, et c'est aussitôt après son retour que vous écrivez, le 20 juillet, ces mots: || "Le comte Vitzthum a rendu compte à notre auguste maître du message verbal dont l'empereur Napoléon a daigné le charger. Ces paroles impériales, ainsi que les éclaircissements que M. le duc de Gramont a bien voulu y ajouter, ont fait disparaître toute possibilité d'un malentendu que l'imprévu de cette guerre soudaine aurait pu faire naître. Veuillez donc répéter à Sa Majesté et à ses ministres que, fidèles à nos engagements tels qu'ils ont été consignés dans les lettres échangées l'année dernière entre les deux souverains, nous considérons la cause de la France comme la nôtre, et que nous contribuerons au succès de ses armes dans les limites du possible." || Je renonce bien volontiers à donner au mot de *répéter* la signification qui, dites-vous, ne lui appartient pas; mais, d'un autre côté, je ne puis m'empêcher de relever la différence radicale qui existe entre l'attitude du cabinet de Vienne le 20 juillet et celle qu'il paraissait vouloir prendre le 11 dans ce document *inédit* et *inconnu* que vous venez de porter à ma connaissance. Comment se fait-il que le 13 juillet, à la réception de cette dépêche (du 11 juillet), M. l'ambassadeur d'Autriche ne m'ait fait aucune communication du genre de celle qu'il m'a faite le 24 à la réception de votre dépêche du 20? Pourquoi ne m'avait-il pas laissé cette première dépêche comme il m'a laissé la seconde? || Je ne me charge pas de répondre en ce moment à cette question; mais je constate que le 24 juillet j'avais dans mes mains la déclaration qu'il n'existait plus de malentendu entre nous et le cabinet de Vienne, et, de plus, la promesse formelle qu'il contribuerait au succès de nos armes dans la mesure du possible. C'est là ma seconde affirmation, et, vous en conviendrez, elle est indiscutable. || S'agissait-il de contribuer au succès de nos armes d'une façon platonique, si je puis m'exprimer ainsi, par des vœux sympathiques, sans jamais tirer l'épée? Je crois qu'il est difficile de l'admettre, et, d'ailleurs, vous aviez pris le soin de

nous rassurer à cet égard, car, vous ajoutiez plus loin: || "Dans ces circonstances, le mot neutralité que nous prononçons, non sans regret, nous est imposé par une nécessité impérieuse et par une appréciation logique de nos intérêts solidaires. "Mais cette neutralité n'est qu'un moyen, le moyen de nous rapprocher du but véritable de notre politique, le seul moyen de compléter nos armements" sans nous exposer à une attaque soudaine, soit de la Prusse, soit de la Russie, avant d'être en mesure de nous défendre." || Et le soir du même jour (24 juillet), M. l'ambassadeur d'Autriche, précisant davantage cette question des armements, m'informait par écrit que, dans l'état où la guerre avait surpris l'Autriche, il ne lui serait pas possible d'entrer en campagne avant le commencement de septembre. || Enfin, bien que la promesse de concours ressorte suffisamment de ce qui précède, et qu'en vérité il me semble superflu d'insister davantage, je vous rappellerai ce qui s'est passé lorsque M. le comte de Vitzthum revint à Paris, et qu'alors, de concert avec M. l'ambassadeur d'Autriche, il posa avec moi les bases, les articles mêmes de ce traité qui déclarait nettement que la neutralité armée des puissances contractantes était destinée à se transformer en coopération effective avec la France contre la Prusse. || Je vous rappellerai que ce sont les représentants de l'Autriche, vos propres plénipotentiaires et mandataires, qui ont suggéré le mode de cette transformation de la *neutralité armée* en *coopération effective*, et que ce mode consistait, une fois prêts, à réclamer de la Prusse, sous forme d'ultimatum, l'engagement de ne rien entreprendre contre le *statu quo* défini par le traité de Prague. Les négociateurs autrichiens disaient alors, avec raison, que le refus de la Prusse était certain et qu'il deviendrait le signal des hostilités combinées. || Et maintenant, Monsieur le comte, vous me demandez si les communications du 20 juillet, ou, pour parler plus correctement, du 24 juillet, jour où je les ai reçues, ont pu me faire "penser sérieusement que nous devons mettre en ligne de compte une intervention de l'Autriche à main armée?" Mais je ne puis faire autrement que de vous retourner la même question. || Du moment où l'Autriche promet de contribuer au succès de nos armes; quand l'Autriche nous explique que la neutralité qu'elle proclame n'est qu'un moyen, que cette neutralité n'est que le moyen de compléter ses armements pour se rapprocher du but véritable de sa politique, lequel but est de contribuer au succès de nos armes; quand son ambassadeur m'écrit que les armées autrichiennes ne pourront entrer en campagne que dans les premiers jours de septembre; quand les plénipotentiaires autrichiens placent dans un traité négocié en ma présence et avec mon concours un article portant que la neutralité armée des puissances contractantes est destinée à être transformée en coopération effective avec la France contre la Prusse; quand ces mêmes plénipotentiaires suggèrent les premiers la manière de procéder diplomatiquement à cette transformation que doivent suivre les hostilités; c'est moi qui vous le demande sérieusement, Monsieur le comte, que devons-nous penser? || Vous ajoutez "qu'étant resté aux affaires plusieurs semaines encore

Nr. 5183.
Frankreich.
8. Jan. 1873.

Nr. 5183.
Frankreich.
8. Jan. 1873.

pendant que les événements de la guerre se sont rapidement succédé, je n'ai envoyé à Vienne ni un télégramme, ni une dépêche pour *rappeler à l'Autriche ses engagements* et pour hâter ses opérations militaires", et vous en concluez que je ne pouvais croire sérieusement à la coopération d'une armée autrichienne. || Rappeler à l'Autriche ses promesses quand nous nous battions, quelques jours après les avoir reçues! J'avoue que l'idée ne m'en est même pas venue. || Mais si vous croyez que je n'aie pas écrit à notre ambassadeur de recourir à tous les moyens en son pouvoir pour hâter vos opérations militaires, vous êtes dans une grande erreur, et j'ai sous les yeux les minutes de plusieurs dépêches, entre autres de celles que je lui ai adressées le 27 et le 31 juillet et le 3 août, qui n'avaient pas d'autre objet. || Je ne doutais pas des intentions de l'Autriche; je n'en doute pas davantage aujourd'hui, et j'ai la conviction que si nos revers, aussi soudains qu'imprévus, n'avaient rendu son concours impossible, ce concours nous eût été donné comme il nous avait été promis; j'avais, je l'avoue, un peu moins de confiance dans la promptitude de ses préparatifs, bien que je reçusse à cet égard de personnes très compétentes des informations rassurantes. || Je termine, Monsieur le comte, cette lettre déjà trop longue, en protestant de nouveau contre toute idée de reproche et de récrimination. Je maintiens mes deux affirmations, mais rien n'est plus loin de ma pensée que de vouloir faire un grief, soit au gouvernement impérial et royal, soit à vous-même de la conduite politique de l'Autriche après nos désastres. Ce serait manquer au plus haut degré de sens pratique et même d'équité que de s'étonner du temps d'arrêt qui a été la conséquence de nos défaites successives et surtout de nos désordres intérieurs. Je dirai même qu'il y aurait de notre part une certaine ingratitude à ne pas reconnaître qu'entre toutes les puissances, l'Autriche a été la dernière à abandonner complètement la France. || J'ai trop longtemps résidé à Vienne pour ne pas apprécier toute la différence, toute la distance qui séparent l'Autriche et son gouvernement de cette phalange de journaux payés par la Prusse et dont plus d'une fois vous avez déploré avec moi, verbalement ou par écrit, la vénalité et l'absence de patriotisme. Nous le savons en France, les sympathies de la véritable Autriche nous ont suivis au-delà de nos revers, et nous ne serions dégagés de la reconnaissance que du jour où il nous serait démontré que son gouvernement cherche à répudier aujourd'hui les sentiments qu'il professait jadis. || Je regrette, Monsieur le comte, d'avoir donné à ma réponse un développement aussi considérable, et je vous prie d'y voir une marque de la considération que j'ai pour vous et pour toutes les communications que vous voulez bien me faire. || Il a fallu un état de choses aussi exceptionnel que celui de mon malheureux pays; il a fallu ce fait aussi étrange qu'incroyable d'un chef d'Etat s'égarant dans les entraînements d'un langage de partisan, pour me faire descendre dans l'arène et quitter ma retraite. Je me hâte d'y rentrer, maintenant que ma tâche est remplie, et j'aimerais à y emporter la confiance que vous ne vous méprenez pas sur le

sentiment qui m'en a arraché pour quelques heures. C'était mon devoir.
 || Agréez, Monsieur le comte, les assurances de ma haute considération.

Nr. 5183.
 Frankreich.
 8. Jan. 1873.

Gramont.

Nr. 5184.

OESTERREICH-UNGARN. — Depesche des Grafen Beust an den Fürsten Metternich vom 20. Juli 1870, veröffentlicht im "Temps" vom 9. April 1874.

Vienne, le 20 juillet 1870.

Le comte Vitzthum a rendu compte à notre auguste maître du message verbal dont l'empereur Napoléon a daigné le charger. Ces paroles impériales, ainsi que les éclaircissements que M. le duc de Gramont a bien voulu y ajouter, ont fait disparaître toute possibilité d'un malentendu que l'imprévu de cette guerre soudaine aurait pu faire naître. || Veuillez donc répéter à Sa Majesté et à ses ministres que, fidèles à nos engagements tels qu'ils ont été consignés dans les lettres échangées l'année dernière entre les deux souverains, nous considérons la cause de la France comme la nôtre et que nous contribuerons au succès de ses armes dans les limites du possible. | Ces limites sont déterminées d'une part par nos difficultés intérieures, d'autre part par des considérations politiques de la plus haute importance. Je vous parlerai surtout de ces dernières. — Or, nous croyons savoir, n'en déplaise au général Fleury, que la Russie persévère dans son alliance avec la Prusse, au point que dans certaines éventualités l'intervention des armées moscovites doit être envisagée, non pas comme probable, mais comme certaine. Parmi ces éventualités, celle qui nous concerne nous préoccupe nécessairement le plus. Mais si nous admettons cette préoccupation avec toute la franchise qu'on se doit entre bons alliés, nous pensons que l'empereur Napoléon nous rendra cette justice de ne pas nous taxer d'un étroit égoïsme; nous pensons à lui tout autant qu'à nous. || L'intérêt de la France n'ordonne-t-il pas comme le nôtre d'empêcher que le jeu, engagé à deux, ne se complique trop promptement? Or, nous croyons savoir que notre entrée en campagne amènerait sur le champ celle de la Russie, qui nous menace non-seulement en Gallicie, mais sur le Pruth et sur le Bas-Danube. Neutraliser la Russie, l'amener jusqu'au moment où la saison avancée ne lui permettrait plus de songer à concentrer ses troupes, éviter tout ce qui pourrait lui donner de l'ombrage ou lui fournir un prétexte d'entrer en lice, voilà ce qui doit, pour le moment, être le but ostensible de notre politique. Quo'n ne s'y méprenne pas à Paris: la neutralité de la Russie dépend de la nôtre. Plus celle-là deviendra bienveillante pour la Prusse, plus notre neutralité pourra se montrer sympathique à la

Nr. 5184.
 Oesterreich-
 Ungarn.
 20. Juli 1870.

Nr. 5184.
Oesterreich-
Ungarn.
20. Juli 1870.

France. || Comme je l'ai toujours fait pressentir dans nos pourparlers de l'année dernière, nous ne pouvons pas oublier que nos dix millions d'Allemands ne voient dans la guerre actuelle, non pas un duel entre la France et la Prusse, mais le commencement d'une lutte nationale. Nous ne pouvons pas nous dissimuler non plus que les Hongrois, tout disposés qu'ils soient à s'imposer les plus grands sacrifices dès qu'il s'agit de défendre l'empire contre la Russie, se montreront plus réservés dès qu'il s'agira de dépenser leur sang et leur argent pour reconquérir à l'Autriche sa position en Allemagne. || Dans ces circonstances, le mot *neutralité*, que nous ne prononçons pas sans regret, nous est imposé par une nécessité impérieuse et par une appréciation logique de nos intérêts solidaires. Mais cette neutralité n'est qu'un moyen, le moyen de nous rapprocher du but véritable de notre politique, le seul moyen de compléter nos armements sans nous exposer à une attaque soudaine soit de la Prusse, soit de la Russie, avant d'être en mesure de nous défendre. || Toujours est-il que tout en proclamant notre neutralité, nous n'avons pas perdu un instant pour nous mettre en communication avec l'Italie sur la médiation dont l'empereur Napoléon a bien voulu nous laisser l'initiative; les bases nouvelles que vous venez de nous transmettre, atteindront-elles le but que le gouvernement français a eu en vue? || En d'autres termes, seront-elles jugées inacceptables par la Prusse? Nous ne nous en préoccupons guère, et je vous l'ai télégraphié nous les acceptons ces bases, si l'Italie les accepte *comme point de départ d'une action combinée*. || Dans le même télégramme, je vous ai parlé de l'évacuation de Rome, question qu'il importe, selon nous, de ne pas laisser en suspens, mais de résoudre immédiatement. La convention de septembre, qu'on ne se fasse pas illusion à cet égard, ne cadre plus avec la situation. || Nous ne pouvons pas exposer le saint-père à la protection inefficace de ses propres troupes. Le jour où les Français sortiront des Etats pontificaux, il faudrait que les Italiens pussent y entrer de plein droit et de l'assentiment de l'Autriche et de la France. Jamais nous n'aurons les Italiens avec nous de cœur et d'âme si nous ne leur retirons pas leur épine romaine. || Et franchement, ne vaut-il pas mieux savoir le saint-père sous la protection de l'armée italienne que de le voir en butte aux entreprises garibaldiennes? La France, en nous laissant l'honneur de résoudre la question romaine, nous faciliterait beaucoup la tâche de laquelle elle a bien voulu nous laisser l'initiative à Florence. Elle ferait plus: en faisant un acte d'un incontestable libéralisme, elle enlèverait une arme à son ennemi et elle opposerait une digue à ces ébullitions de teutonisme que la Prusse, puissance protestante par excellence, a su faire naître en Allemagne, et que nous craignons doublement à cause de la contagion. Il est heureux que le retour du comte Vimercati coïncidera avec l'arrivée du prince de la Tour d'Auvergne.

B e u s t.

Nr. 5185.

OESTERREICH - UNGARN. — Aus der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 13. Mai 1874. Beantwortung einer Interpellation über die Beust'sche Depesche durch den ungarischen Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Bittó: In der am 24. v. M. abgehaltenen Sitzung hat der Herr Abgeordnete Daniel Jrányi an mich folgende Interpellation gerichtet: Nr. 5185.
Oesterreich-
Ungarn.
13. Mai 1874.

„Ist der geehrte Herr Ministerpräsident geneigt, sich darüber Kenntniss zu verschaffen und dem Hause Mittheilung zu machen: || 1. Ob die vom gewesenen Minister des Aeussern Grafen Beust am 20. Juli 1870 an den damaligen Botschafter am französischen Hofe Fürsten Metternich gerichtete, zuerst vom französischen Blatte „Le Temps“, dann aber auch von mehreren ausländischen und ungarischen Blättern mitgetheilte Note authentisch sei? || 2. Wenn ja, — ob das zwischen dem österreichisch-ungarischen Hofe einerseits und dem französischen Hofe andererseits im Jahre 1869 zu Stande gekommene geheime Schutz- und Trutzbündniss, welches in dieser Note erwähnt wird, mit Wissen und Einwilligung der ungarischen Regierung geschlossen worden? || 3. Wenn dies der Fall: ist der geehrte Herr Ministerpräsident geneigt, den fraglichen Vertrag auf den Tisch des Hauses niederzulegen?“

Geehrtes Haus! Auf diese Interpellation habe ich die Ehre Folgendes zu antworten: Die in der französischen Zeitung „Le Temps“ mitgetheilte Note wurde in der That vom damaligen Minister des Aeussern Grafen Beust an den Botschafter am französischen Hofe Grafen Metternich gerichtet und ist demnach authentisch. Allein indem ich auf die erste Frage des Herrn Abgeordneten bejahend antworte, kann ich die Folgerung nicht für richtig erklären, welche er aus einigen Punkten dieser Note ableitete; ja, ich kann auf Grund von sicheren Daten und Mittheilungen, die mir von Seite des Ministeriums des Aeussern zu Theil wurden, mit ganzer Entschiedenheit behaupten, dass zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Frankreich ein Schutz- und Trutzbündniss — welches der Herr Abgeordnete in der Note erwähnt sieht — nicht bestanden. Es ist wahr, dass in dieser Richtung wiederholt Versuche geschahen; allein diese Versuche führten zu keinem Resultate, und zwischen den Regierungen beider Staaten kam eine solche geheime Convention nicht zu Stande, wurde nie unterschrieben. Jener Passus der fraglichen Note, in welchem auf die im Jahre 1869 gemachten Versprechungen Bezug geschieht, kann sich also auf nichts Anderes beziehen, als auf jenen Enuntiationswechsel, welchem zwischen den beiden Mächten im Jahre 1869 thatsächlich statthatte, und in welchem beide Mächte versprachen, dass sie mit keiner andern Macht eine Vereinbarung treffen werden, ohne einander hiervon im Vorhinein zu verständigen. Nachdem aber der geehrte Herr Abgeordnete zu wissen wünscht, ob die damalige ungarische Regierung von diesen

Nr. 5185. Unterhandlungen Kenntniss hatte, muss ich bemerken, dass die ungarische
 Oesterreich- Regierung von diesen Unterhandlungen keine Kenntniss hatte. Hieraus kann
 Ungarn. aber darum keine Folgerung gegen den Grafen Beust gezogen werden, weil
 13. Mai 1874. es sich bei den bestehenden Gesetzen und der Natur der Sache nach nicht
 voraussetzen lässt, dass, falls diese Unterhandlungen zu einem Resultate, zum
 Abschluss eines Vertrages geführt hätten, der ungarischen Regierung keine
 Gelegenheit geboten worden wäre, vor Abschluss und Unterzeichnung des
 Vertrages ihren im Gesetze begründeten Einfluss geltend zu machen. || Das ist,
 was ich dem geehrten Herrn Abgeordneten zu antworten hatte.

Nr. 5186.

OESTERREICH-UNGARN. — Aus der Sitzung der ungarischen Dele-
 gation vom 21. Mai 1874. Beantwortung einer Interpellation über
 die Beust'sche Depesche durch den gemeinsamen Minister des Aus-
 wärtigen.

[Nach der Wiener Zeitung.]

Nr. 5186.
 Oesterreich-
 Ungarn.
 21. Mai 1874.

In der Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Aeussern
 ergreift Eduard Zsedényi das Wort und fragt unter starken Ausfällen gegen
 den Grafen Beust, wie es möglich gewesen, dass seinerzeit auf eine Inter-
 pellation Baron Orczy erklärt habe, es seien keinerlei Depeschen vorhanden,
 trotzdem die jüngst veröffentlichte Neutralitätsnote authentisch ist, und ob mit
 besonderer Rücksicht auf die Russland betreffende unbesonnene Aeusserung
 der Minister die Besorgniss darüber nicht zerstreuen könne, dass seit Ver-
 öffentlichung dieser Note die durch die Allerhöchsten Begegnungen documen-
 tirten guten Beziehungen gestört werden könnten.

Graf Andrassy bedauert zunächst, dass der Interpellant von dem
 Brauche, Interpellationen in schriftlicher Form mitzutheilen, abgewichen sei,
 obwohl er ihm das Recht nicht bestreitet, den Minister dort, wo es ihm be-
 liebt, zu interpelliren. Auf jenen Theil, worin der Interpellant die individuelle
 Ansicht über die Politik Beust's entwickelt, bedauert der Minister schon deshalb
 nicht eingehen zu können, weil es nach seiner Ansicht nicht nur gegen die
 Ritterlichkeit, sondern auch gegen die Regeln der Billigkeit verstösst, das
 Vorgehen eines Mannes dort einer Kritik zu unterziehen, wo der Betreffende
 nicht zugegen ist, wo er sich nicht vertheidigen, die Situation, in der er sich
 befand, nicht veranschaulichen kann, und wo er deshalb einem ungerechten
 Urtheile ausgesetzt sein könnte. (Zustimmung.) Für die wohlwollende Ansicht
 des Interpellanten, sagt Graf Andrassy, dass ich eine viel entschiedener und
 consequenter Politik verfolge als mein Vorgänger, bin ich sehr dankbar; doch

wird er verzeihen, wenn ich hinzufüge, dass mir das Vertrauen, welches in seiner Aeussung gelegen ist, viel willkommener wäre, wenn es mir nicht auf Kosten eines Anderen wäre dargebracht worden. (Beifall.) || Aus der Antwort, welche der ungarische Ministerpräsident auf eine im Reichstage gestellte Interpellation ertheilte, ist bekannt, dass ich von jenen Verhandlungen und Versuchen keine Kenntniss hatte. Ebenso hat die diesbezügliche Antwort Baron Orczy's den Thatsachen vollkommen entsprochen, da er auch keine Kenntniss davon hatte. Allein hieraus gegen meinen Vorgänger im Amte eine Anklage zu erheben, ist absolut unzulässig, weil ich überzeugt bin, dass diese Anbahnungen und Verhandlungen, ehe sie signirt worden wären oder irgendwie der Monarchie eine Last hätten aufbürden können, gewiss, sowohl im Sinne des Gesetzes als der Natur der Sache nach, auch der ungarischen Regierung wären mitgetheilt worden, sodass dieselbe Gelegenheit gehabt hätte, den ihr gesetzlich zustehenden Einfluss auszuüben. (Zustimmung.) || Zu der Zeit, als die zwischen uns und den in der Note erwähnten Staaten bestehenden intimen und freundschaftlichen Beziehungen zu Stande kamen, für deren Aufrechterhaltung der geehrte Redner besorgt ist, war den betreffenden Regierungen und Staaten, wenn sie auch die Wirksamkeit einzelner Staatsmänner nicht in allen Details kannten, doch im Grossen und Ganzen die Stellung, welche die Staaten und einzelnen Mächte unter jenen Verhältnissen gegen einander eingenommen, gegenseitig wohlbekannt. || Wenn daher diese intimen Beziehungen trotz der Kenntniss der früher eingenommenen Stellung zu Stande gekommen sind, so kann natürlicher Weise nicht befürchtet werden, dass dieselben durch das Publikwerden irgend eines näheren Details in Frage kommen können; ich kann sonach die gestellte Frage entschieden damit beantworten: So wie die Veröffentlichung der Note unsere guten Beziehungen bisher nicht im Geringsten alterirt hat, steht auch nicht zu befürchten, dass die Publication, auf welche sich der Herr Delegirte beruft, oder irgend ein ähnliches Detail, das etwa noch an die Oeffentlichkeit gebracht werden sollte, das bestehende freundschaftliche Verhältniss, sei es zu Russland, welches der Herr Redner genannt hat, sei es zu einer anderen der in der Note erwähnten Mächte, fürder irgendwie in Frage stellen könnte. In dieser Beziehung hoffe ich daher den geehrten Redner vollständig beruhigt zu haben. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Nr. 5186.
Oesterreich-
Ungarn.
21. Mai 1874.

Bethlehem-Angelegenheit*).

Nr. 5187.

FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel (Graf Vogüé) an den Min. d. Ausw. (M. de Rémusat). — Bericht über Wiederherstellung des Status quo ante in der Bethlehem-Grotte.

Péra, le 19 mars 1873.

Nr. 5187.
Frankreich.
19. März 1873.

Monsieur le Ministre, la correspondance directe de Jérusalem vous a sans doute informé de l'incident qui s'est produit dans la Grotte de la Nativité, à Bethléem, et des résultats qu'il a amenés. Avant de vous résumer à mon tour ces détails, permettez-moi de vous rappeler en quelques mots les antécédents de la question. || Vous vous souvenez de l'arrangement conclu autrefois entre M. Bourée et Aali-Pacha pour le rétablissement, dans cette grotte, du *statu quo* altéré par les incidents de mai 1869. Un commissaire ottoman devait remettre en place les tapisseries latines brûlées et les tableaux latins et arméniens disparus: il fut convenu que des tapisseries refaites en France reproduiraient aussi exactement que possible les symboles et les inscriptions des anciennes. Les événements n'ayant pas permis de donner suite à l'exécution de cet arrangement, les circonstances amenèrent entre Server-Pacha et moi la reprise des négociations. Elles aboutirent rapidement à la rédaction d'un ordre viziriel qui prescrivait au Gouverneur de Jérusalem de replacer lui-même les tapisseries et les tableaux, et prévoyait tous les détails avec un soin minutieux. Cet ordre fut expédié au mois de juin 1872, en même temps que les tapisseries exécutées à Paris par vos soins. || Malgré la précision et la netteté de l'ordre viziriel, il ne fut pas exécuté. || Le 28 février dernier, deux religieux grecs furent surpris dérobant un morceau de l'ancienne tapisserie brûlée, dont les lambeaux demeurent en place comme preuve du caractère latin de la tenture primitive. || Cet acte coupable ayant excité la colère des religieux latins, ceux-ci, par représailles, ont posé d'eux-mêmes, et sans aucune des formalités prescrites par l'ordre viziriel, une tenture neuve garnissant toute la grotte. Une rixe s'ensuivit, à laquelle mit fin l'arrivée des troupes et l'occupation militaire du sanctuaire. || Tout en me télégraphiant ces détails, le Consul de France à Jérusalem fit son devoir; il demanda au Pacha la punition des Grecs coupables, et ordonna aux Latins d'enlever les tentures qu'ils avaient indûment posées; en même temps, le Pacha télégraphiait à la Sublime-Porte. Le 3 mars, Khalil-Pacha, alors ministre des affaires

*) Die „Correspondance Générale“ des französischen Gelbbuches vom December 1873 bringen wir in anderem Zusammenhange. A. d. Red.

étrangères, m'entretint de l'incident. Il me demanda de ramener les Latins à l'obéissance, s'engageant, de son côté, à faire immédiatement exécuter la lettre vizirienne. Je souscrivis sans discussion à cette proposition équitable, et, le lendemain matin, les ordres partaient pour Jérusalem. Je n'ai eu qu'à me louer de la loyauté et de la décision de Khalil-Pacha. Sa chute, qui suivit de près l'expédition de ces ordres, jeta un certain trouble dans leur exécution. Le Pacha de Jérusalem, de son côté, sollicité par les Patriarches grec et arménien, soulevait de nombreuses objections; l'affaire menaçait de nouveau de traîner en longueur et d'amener de sérieuses complications. Safvet-Pacha, le nouveau Ministre, homme de bon sens et de droiture, comprit l'importance d'une prompt solution. Le jour même de ma première visite officielle, il me proposa l'envoi simultané au Pacha et au Consul d'ordres identiques et catégoriques: les termes en furent vite convenus entre nous; ils ne laissaient aucune place à l'équivoque; ils enjoignaient au Consul d'enlever les tentures indûment posées, et au Pacha d'exécuter la lettre vizirienne dans les vingt-quatre heures. || Le lendemain, 15 mars, à midi, tout était accompli, et un télégramme de M. Crampon m'annonçait que les ordres étaient exécutés. J'ignore encore les détails de l'opération; mais je me plais à espérer que les choses se sont passées régulièrement. Une protestation du Patriarche grec de Jérusalem est parvenue à la Sublime-Porte par le télégraphe; mais je doute que l'on puisse rien trouver à reprendre, soit dans nos actes, soit dans ceux de la Porte, car ils ont été inspirés par le respect de toutes les convenances et de tous les droits. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5187.
Frankreich.
19. März 1878.

V o g ü é.

Nr. 5188.

FRANKREICH. — Consul in Jerusalem an den Min. d. Ausw. — Bericht über ein neues Attentat der Griechen gegen die Lateiner in Bethlehem.

Jérusalem, le 1 mai 1878.

Monsieur le Ministre, un événement, extrêmement grave en lui-même et par les conséquences qu'il peut avoir, s'est produit à Bethléem dans la soirée du 25 au 26 avril. Mon télégramme, en date du 27, l'a déjà fait connaître à Votre Excellence. La copie ci-jointe des deux principales pièces écrites relativement à cette affaire, savoir: une lettre au Gouverneur de la Palestine, en date du 29, et une dépêche télégraphique à l'Ambassadeur, en date d'aujourd'hui, vous mettront à même de juger la situation et d'apprécier l'attitude que j'ai cru devoir prendre. || Les Grecs ont détruit, non-seulement la tapisserie récemment suspendue par les ordres de la Porte, d'accord avec l'Ambassade,

Nr. 5188.
Frankreich.
1. Mai 1878.

Nr. 5188.
Frankreich.
1. Mai 1873.

mais encore tous les autres objets latins, dont il n'est plus resté trace dans le sanctuaire. || Le remplacement immédiat et aussi complet que possible des objets enlevés était un premier point, le plus urgent, le plus essentiel à obtenir, pour empêcher que les Latins ne parussent être exclus du premier sanctuaire de la chrétienté. J'ai pu obtenir, dans les quarante-huit heures, cette première réparation que le Pacha de Jérusalem semblait d'abord décidé à me refuser. Après cinq heures de discussion, dont trois consacrées au seul article de la tapisserie, il a été convenu que le remplacement aurait lieu dans la journée du lendemain, 28. Votre Excellence trouvera ci-joint copie de la note échangée à ce sujet. La nuit fut employée en préparatifs. L'opération a duré deux jours, et, sauf trois articles contestés, dont deux à la vérité sont fort importants, tous les objets ont été remplacés. Les cérémonies religieuses ont repris dès hier leur cours ordinaire. || Il me reste maintenant à poursuivre la répression de l'acte audacieux commis dans la nuit du 25 au 26 avril, et cette seconde partie de ma tâche n'est pas moins importante que la première; elle est peut-être plus difficile. || Veuillez agréer, etc.

E. C r a m p o n.

Beilage.

Schreiben des französischen Consuls in Jerusalem an Nazif-Pascha,
Gouverneur von Palestina.

Bethléem, le 29 avril 1873.

Monsieur le Gouverneur, vendredi dernier, 25 courant, pendant la soirée, une bande de malfaiteurs sans nom, recrutée dans les cabarets de Jérusalem, a été conduite à Bethléem par un moine grec. Malgré la présence de vos gendarmes, d'un *bin-bachi* et du drogman du sérail, envoyés par Votre Excellence pour assurer le maintien de l'ordre et calmer l'agitation qui s'était produite dans la matinée, ces hommes ont pu, étant armés, pénétrer librement par la basilique et le couvent grec dans le sanctuaire de la Nativité, en chasser à coups de sabre et de pistolet les religieux latins qui s'y trouvaient, s'en rendre maîtres, l'occuper sans empêchement pendant quelques heures et la saccager en y détruisant ou volant tous les objets appartenant aux Latins, excepté l'*Etoile d'argent*, trop bien fixée dans le marbre pour pouvoir en être arrachée. Six franciscains ont été plus ou moins grièvement blessés. || La Crèche a été dévastée; les lampes d'argent, de riches tentures, des tableaux de prix, des marbres précieux ont été volés. La nouvelle tapisserie, qui venait d'être posée quarante jours auparavant par ordre du Sultan, a été enlevée avec sa corniche et les lambeaux existant encore de celle qu'on a déjà voulu détruire en 1869 par un incendie. Enfin, tout ce qui était aux Latins a été pillé, détruit ou volé; tandis que tous les objets appartenant aux Grecs,

et qu'il était impossible à des étrangers de reconnaître et de distinguer, sont restés parfaitement intacts. La main savante des sacristains grecs a seule pu diriger ces malfaiteurs dans l'accomplissement d'une tâche aussi bien remplie. De pareils outrages exigent de promptes et éclatantes réparations. Cependant, aucune des mesures dont j'ai signalé, le lendemain même, l'urgente nécessité, n'a encore été prise par Votre Excellence. Pas un coupable n'a été arrêté, pas un objet n'a été retrouvé, et le couvent grec, complice évident du crime par le passage donné aux malfaiteurs, et le recel au moins temporaire des objets volés, n'a été soumis à aucune poursuite. || En conséquence, en ma qualité de Consul de France, défenseur en Terre-Sainte des intérêts et des droits de toute la chrétienté, responsable de la personne de mes protégés mise en péril par de tels forfaits, je demande à Votre Excellence, dans les vingt-quatre heures: || 1. La destitution du commandant de gendarmerie, qui a laissé envahir et piller le sanctuaire sous ses yeux sans s'y opposer, sans procéder à aucune arrestation, en interdisant aux Latins l'entrée de la basilique, tandis qu'il laissait les communications libres entre le sanctuaire et le couvent grec; || 2. La mise au secret ou le renvoi hors de Terre-Sainte du président grec, qui a livré passage aux malfaiteurs conduits par les moines de son couvent; || 3. L'arrestation préventive des deux moines Strati et Maximo, déjà signalés dans des circonstances récentes par leur violence contre les Latins, et dont j'avais sollicité l'éloignement il y a quinze jours; || 4. Le remplacement aussi complet que possible, suivant la note verbale échangée en date du 27, opération déjà très-avancée, mais non encore achevée, de tous les objets latins existant dans le sanctuaire avant la nuit du 25, et mentionnés dans le procès-verbal d'enquête en date du 26; || 5. La formation, conformément à une note en date d'hier, d'une commission mixte qui aura à poursuivre les coupables, à rechercher les objets trouvés qui ont été volés, et à déterminer, par une estimation aussi exacte que possible, le chiffre des indemnités dues aux religieux latins pour le dommage qu'ils ont souffert. || Veuillez agréer, etc.

E. C r a m p o n.

Nr. 5189.

FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. — Bericht über den Eindruck des Vorfalls in Konstantinopel.

(Extrait.)

Péra, le 7 mai 1873.

Monsieur le Ministre, la correspondance de M. Crampon aura porté à votre connaissance les détails des scènes scandaleuses dont Bethléem a été le théâtre; je m'abstiendrai donc de les reproduire longuement et je me bornerai

Nr. 5189.
Frankreich.
7. Mai 1873.

Nr. 5189.
Frankreich.
7. Mai 1873.

à les résumer tout en essayant de vous exposer les causes et les conséquences probables de ces événements. || La communauté grecque de Palestine était fort mécontente de l'appui donné à nos protégés; elle cherchait une revanche dont les Latins, malgré les conseils et les ordres mêmes du Consul de France, ont eu l'imprudence de leur fournir l'occasion. Le 6 avril, jour des Rameaux, la procession latine a passé par une des portes de l'Église qui n'était pas sur son itinéraire habituel, mais qu'elle avait pourtant traversée le jour de l'Épiphanie sans soulever aucune réclamation. Les Grecs, au lieu de protester légalement contre un acte considéré par eux comme une atteinte au *statu quo*, voulurent l'empêcher par la force: une première rixe eut lieu, prélude de violences plus graves. L'autorité locale n'ayant, malgré l'insistance de M. Crampon, pris aucune mesure sérieuse, une nouvelle collision éclata le 25 au matin dans la basilique entre une procession latine et le clergé grec; quel fut l'agresseur? Les renseignements sont contradictoires; toujours est-il qu'une quarantaine de lampes suspendues plus ou moins légalement par les Grecs dans la partie contestée de la basilique furent brisées; quels qu'aient pu être d'ailleurs les torts des Latins, ils ne sauraient, en aucun cas, justifier la profanation sacrilège à laquelle leurs adversaires se sont livrés le soir même. Dans la nuit du 25 au 26, tandis que l'Église était gardée militairement, que les Latins, par mesure de précaution, étaient enfermés dans leur couvent et que deux ou trois franciscains veillaient dans le sanctuaire de la Nativité, la porte intérieure qui fait communiquer le couvent grec avec l'église s'est ouverte, et une bande d'individus armés, conduite par des moines, s'est ruée dans le sanctuaire sans résistance de la part de la troupe: les gardiens latins, blessés à coups de sabre, ont dû fuir, et les profanateurs ont froidement détruit ou emporté tous les objets latins qui décoraient la grotte de la Nativité; l'Étoile d'argent, récemment consolidée, a seule résisté à leurs efforts, mais la tapisserie récemment faite aux frais du Gouvernement français a été anéantie; les lampes d'argent, parmi lesquelles il s'en trouvait d'historiques, ont été volées et, selon toute apparence, cachées dans le couvent grec. || L'arrivée de ces nouvelles à Constantinople causa une certaine émotion: la première pensée du Grand-Vizir fut d'envoyer une commission d'enquête, et des ouvertures me furent faites à ce sujet par le Ministre des Affaires étrangères; je les avais accueillies et déjà le commissaire ottoman avait été désigné, lorsque la Sublime-Porte changea d'avis: d'une part, les nouvelles venues de Bethléem et qui témoignaient d'un certain empressement de l'autorité locale à rétablir l'ordre matériel et l'ordre moral; d'autre part, l'attitude de plusieurs légations étrangères, ont amené ce revirement. Sous prétexte que l'incident était une question d'ordre public et non une question de possession de sanctuaires, et que la vie de sujets italiens, espagnols ou autrichiens pouvait être menacée, mes collègues ont voulu avoir une part, sinon officielle, du moins officieuse à l'enquête: cette intervention, qui pouvait en amener d'autres, n'étant pas, comme la nôtre, basée sur un titre écrit et sur une

tradition incontestée, a inquiété le Cabinet ottoman, et le résultat a été l'ajournement de la commission d'enquête. || J'ai l'honneur de vous communiquer ci-annexée la note que j'ai adressée à ce sujet au Ministre des Affaires étrangères; je joins à cet envoi copie d'une seconde note que j'ai cru devoir lui écrire, les télégrammes de Jérusalem m'ayant signalé les difficultés nouvelles que le Pacha opposait au rétablissement intégral du *statu quo ante* et la partialité évidente qu'il apportait dans la recherche et la punition des coupables. J'aurai soin d'insister dans le même sens pour obtenir une réparation sérieuse, en évitant autant que possible toute complication politique. J'espère sincèrement arriver à ce résultat. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5189.
Frankreich.
7. Mai 1873.

V o g ü é.

Nr. 5190.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw.
— Meldung, betr. Absendung von Commissarien nach Jerusalem.

(Extrait.)

Thérapia, le 20 mai 1873.

Monsieur le Ministre, j'ai insisté auprès de la Porte pour l'envoi d'une commission spéciale à Jérusalem. Le Grand-Vizir s'est rangé à mon avis, et il a désigné le Directeur des cultes, Ziver-Bey, comme commissaire extraordinaire de la Sublime-Porte. De mon côté, j'ai prié M. Roustan, consul de France à Beyrouth, de représenter l'Ambassade de France. Ziver-Bey a quitté Constantinople le 15 mai, et j'ai prévenu M. Roustan par le télégraphe, afin qu'il fit coïncider son arrivée en Terre-Sainte avec celle du commissaire impérial. || J'ai l'honneur de vous adresser ci-joint copie des instructions que j'ai cru devoir envoyer au délégué de l'Ambassade. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5190.
Frankreich.
20. Mai 1873.

V o g ü é.

Beilage.

Instructions données au délégué français à Jérusalem.

M. Roustan, consul de France, délégué de l'Ambassade de France à Constantinople, pour le règlement de l'affaire de Bethléem, se mettra immédiatement en rapport avec le commissaire extraordinaire de la Sublime-Porte, et procédera, de concert avec lui, aux opérations suivantes: || 1^o Rétablissement complet et intégral du *statu quo* violemment détruit dans la grotte de la Nativité par la coupable agression du 25 avril. | A cet effet, on recherchera les objets disparus: ceux qui seront retrouvés seront remis à leur place

Nr. 5190.
Frankreich.
20. Mai 1873.

primitive; ceux qui ne seront pas retrouvés seront provisoirement remplacés par des objets similaires. Une partie de cette opération a déjà été accomplie par les soins réunis du Gouverneur de Jérusalem et du Consul de France en cette ville; les commissaires n'auront donc pas à s'occuper de ce qui est déjà terminé, mais ils régleront les points qui sont restés en suspens. || Les objets qui étaient notoirement affectés à l'usage exclusif d'une des communautés au moment de la destruction seront exclusivement rétablis par les soins de ladite communauté. Le rétablissement du *statu quo ante* étant un fait de réparation matérielle qui ne préjuge en rien les droits de chacun, les commissaires n'admettront aucune discussion sur la possession ou la copossession des objets ou des localités, et n'examineront aucune demande en revendication, de quelque côté qu'elle se produise, qu'elle s'appuie ou non sur des firmans impériaux ou sur tout autre document écrit: ils se borneront aux constatations nécessaires pour que la réparation matérielle soit effectuée suivant le principe énoncé au paragraphe précédent. || 2^o Enquête sur les événements du 25 avril. Cette enquête aura pour but de constater les faits criminels accomplis à cette date, de rechercher les coupables, de déterminer les responsabilités et de provoquer les mesures nécessaires pour assurer la répression et la réparation des fautes commises.

Nr. 5191.

FRANKREICH. — Consul in Jerusalem an den Min. d. Ausw. — Beschwerde über den türkischen Commissar. Absetzung des Gouverneurs von Palästina.

(Extrait.)

Jérusalem, le 12 juin 1873.

Nr. 5191
Frankreich.
12. Juni 1873.

Monsieur le Ministre, Ziver-Bey, commissaire turc, envoyé à Jérusalem pour le règlement des affaires de Bethléem, avait une double tâche à remplir: il devait pourvoir au rétablissement du *statu quo ante* dans le sanctuaire et faire une enquête sur l'événement du 25 avril. || Quant au premier point, non-seulement Ziver-Bey n'a pas rétabli le *statu quo*, mais il y a porté de nouvelles atteintes, et sa partialité pour les Grecs a pris de telles proportions que M. Roustan, délégué français, s'est trouvé dans le cas de lui signifier que s'il laissait enlever aux Latins l'exercice de certains droits demeurés jusqu'à présent hors de contestation, même depuis le 25 avril, il demanderait par télégraphe à être déchargé d'une mission qu'il ne pouvait pas remplir. || Quant au second point, celui de l'enquête, il n'a pas même pu être entamé. || La Porte vient de prendre une mesure d'ordre public qui était nécessaire: elle

a retiré à Nazif-Pacha le gouvernement de la Palestine. J'en ai reçu l'avis avant-hier par un télégramme de l'Ambassade. Le Moutessarif de Beyrouth, Kiamil-Pacha, est nommé gouverneur de Jérusalem. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5191.
Frankreich.
12. Juni 1873.

C r a m p o n.

• Nr. 5192.

FRANKREICH. — Specialcommissar in Jerusalem an den Min. d. Ausw. (Duc de Broglie). — Bericht über neue Wiederherstellung des Status quo ante.

(Extrait.)

Jérusalem, le 18 juillet 1873.

Monsieur le Duc, le *statu quo* a été rétabli hier dans le sanctuaire de la Nativité à Bethléem, en présence de la commission, du consul de France à Jérusalem et des délégués des patriarchats latin, grec et arménien, et de la Custodie de Terre-Sainte. || L'autel des Mages a été reconstruit, sous nos yeux, avec les matériaux fournis par les Latins et sous la direction des ingénieurs du Gouvernement choisis; à cet effet, par trois commissaires. || L'étoffe qui couvrait la voûte entre l'autel de la Nativité et la Crèche, et que les Grecs contestaient aux Latins, a été remplacée par ces derniers qui ont remis au Gouverneur de Jérusalem un nouveau rideau portant les marques latines, et que Kiamil-Pacha a fixé lui-même à la voûte. || Enfin, les Latins ont replacé, au bas de l'escalier qui porte leur nom, une nouvelle armoire fermant à clef et dont ils conservent l'usage exclusif. || Pour compléter le rétablissement du *statu quo*, il reste encore à replacer quelques plaques de marbre du revêtement de la Crèche, brisées le 25 avril, et qui n'étaient pas prêtes hier. J'ai fait des réserves à ce sujet et j'espère que cette petite réparation ne donnera lieu à aucune difficulté. || Enfin, le passage officiel par la porte de la basilique, qui, postérieurement au 25 avril, avait été retiré au clergé latin, lui a été rendu pour toutes les fonctions ordinaires du culte, telles que baptêmes, mariages, enterrements, transports du viatique. || La question des processions seule a été réservée à l'examen de la Porte et de l'Ambassade, et elle sera l'objet de rapports spéciaux de la part des commissaires. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5192.
Frankreich.
18. Juli 1873.

R o u s t a n.

Nr. 5193.

FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. — Bericht über den Abschluss der Angelegenheit.

(Extrait.)

Thérapia, le 6 août 1873.

Nr. 5198.
Frankreich.
6. Aug. 1873.

Monsieur le Duc, vous avez pu apprécier l'habileté et l'énergie avec lesquelles M. Roustan a su déjouer les intrigues dont il était entouré et obtenir une solution que, dans les circonstances actuelles, nous pouvons considérer comme satisfaisante. Sans entrer dans de longs détails, je vais rapidement résumer l'ensemble des dernières phases de l'affaire. || Vous vous souvenez, Monsieur le Duc, que la Commission avait un double mandat: elle devait rétablir le *statu quo* à Bethléem et faire une enquête sur les événements du 25 avril. || La première partie de ce programme, la plus importante, a été complètement remplie et de la manière la plus satisfaisante pour nous. Le trois points contestés aux Latins, à savoir: la réparation de l'autel *des Mages*, la possession de l'*armoire* de bois située dans l'escalier nord de la grotte et la possession de la bande d'étoffe placée sur la voûte, ont été résolus en faveur des Latins. L'intervention du Commissaire ottoman dans l'acte matériel de la pose de ces objets n'a affaibli en rien les droits de nos protégés que j'ai constatés de nouveau, sans contradiction de la part de Rachid-Pacha, dans un acte officiel dont je vous adresse la copie; je joins également ici copie de la réponse qui m'a été écrite par M. le Ministre des Affaires étrangères. Incidemment la question du passage par la Basilique ayant été soulevée, j'en ai profité pour faire reconnaître le droit des Latins à traverser ce monument pour leurs fonctions paroissiales: c'est un point très-important, sujet de discussions fréquentes, et qui est définitivement réglé. La seconde partie du mandat de la Commission n'a pas été remplie selon la forme primitivement adoptée. D'un commun accord nous avons renoncé à continuer l'enquête, et nous l'avons remplacée par un certain nombre de mesures de répression prises administrativement. L'Évêque grec de Bethléem serait éloigné ainsi que le drogman du couvent grec Anthimos et un certain nombre de coupables subalternes: le drogman du Gouvernement Hadji-Latfallah serait destitué ainsi que le Président du medjlis local Youssef-Khaldi; ces actes de rigueur devaient compléter l'effet produit par l'éloignement de Nazif-Pacha. Enfin il a été convenu qu'une indemnité serait payée aux Latins par les Grecs. L'incident de Bethléem peut donc être considéré comme clos dans ses parties essentielles, et j'ose espérer, Monsieur le Duc, que vous voudrez bien approuver les termes de l'arrangement que nous avons consenti. || Veuillez agréer, etc.

V o g ü é.

Beziehungen mit China.

Nr. 5194.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Peking. (Mr. L. de Geofroy). — Auftrag, eine Audienz der fremden Gesandten beim Kaiser von China zu verlangen.

Versailles, le 3 janvier 1873.

Monsieur, la situation que vos dépêches retracent mérite tout notre intérêt et nous pouvons nous en montrer satisfaits, bien que nous devions attendre encore, pour nous prononcer, de connaître comment se terminera la question de l'admission des Représentants étrangers auprès du Souverain de la Chine. La promptitude avec laquelle a été fixée, aussitôt après le mariage de l'Empereur, l'époque à laquelle il serait déclaré majeur, l'affermissement de l'influence du Prince Kong, et la pensée même qui a dicté la communication adressée aux Agents des Puissances amies pour leur annoncer la célébration du mariage, permettent de bien augurer de l'issue des démarches dont vous vous serez peut-être acquitté déjà lorsque vous recevrez cette lettre. Il semble en effet que la prise de possession du pouvoir par le jeune Souverain offre l'occasion la plus favorable de réclamer à Pékin, pour le Corps diplomatique, un traitement égal à celui qu'ont reçu en Europe les Envoyés du Gouvernement chinois, et ce serait dépasser les limites de la prudence qu'il convenait d'apporter dans une affaire de ce genre, que d'en ajourner plus longtemps la discussion. || Recevez, etc.

Nr. 5194.
Frankreich.
3. Jan. 1873.

R é m u s a t.

Nr. 5195.

FRANKREICH. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw. — Ausführung des Auftrags.

(Extrait.)

Pékin, le 25 février 1873.

Monsieur le Ministre, le Gouvernement chinois n'a mis aucun retard à nous faire part de la majorité. Le décret par lequel l'Empereur annonce qu'il vient de prendre en main le Gouvernement de ses Etats nous a été envoyé par le Prince Kong le jour même, avant qu'il n'eût paru dans *la Gazette de Pékin*. || Dans cette conjoncture depuis si longtemps attendue et sur laquelle tant de spéculations s'étaient exercées, nous avons, mes collègues et moi, adressé au Prince Kong la réponse collective dont j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint copie. | Veuillez agréer, etc.

Nr. 5195.
Frankreich.
25. Febr. 1873.

L. de Geofroy.

Nr. 4909
Frankreich.
Febr. 1870.

Beilage.

Note collective.

Pékin, le 24 février 1873.

Les soussignés, Envoyés extraordinaires et Ministres plénipotentiaires de Russie, d'Allemagne, des Etats-Unis de l'Amérique du Nord, de la Grande-Bretagne et de la France, ont reçu, chacun respectivement, la note identique par laquelle S. A. I. le Prince Kong leur a fait savoir que S. M. l'Empereur de la Chine était entré dans sa majorité et qu'à partir du 23 février (26^e de la 1^{re} lune du règne Tong-Tche), il a pris en main l'administration de ses Etats. || Les soussignés ne peuvent que se réjouir d'un événement aussi important pour la prospérité de la Chine. Ils manqueraient à leur devoir si, en cette occasion, ils ne demandaient pas à présenter, au nom de leurs Gouvernements, leurs respects et leurs félicitations à Sa Majesté. C'est pourquoi ils prient S. A. de vouloir bien faire parvenir au Trône l'expression de leurs désirs et prendre les ordres de Sa Majesté relativement à leur réception. || Les soussignés prient S. A. I. d'agréer les assurances de leur haute considération.

(*Suivent les signatures.*)

Nr. 5196.

FRANKREICH. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw. — Verhandlungen über die Audienz.

Pékin, le 13. mars 1873.

Nr. 5196.
Frankreich.
März 1873.

Monsieur le Ministre, le 11 de ce mois les Ministres chinois Ouen-Siang, Mao-Tchang-Hi, Cheunn-Kouei-Feunn et Tchong-Heou se sont abouchés avec nous chez notre doyen, le général Vlangaly. Le grand-secrétaire Ouen-Siang, qui a constamment porté la parole, a débuté par répéter les arguments généraux du Gouvernement chinois. Après quoi, il a dit qu'il comprenait que notre désir fût d'être présentés à l'Empereur, mais que la question avait besoin d'être étudiée et que le gouvernement n'y était pas préparé. Il a été nécessaire de lui rappeler qu'il y avait douze ans que la question se discutait et qu'en plus d'une occasion il en avait lui-même ajourné la solution à la majorité du jeune Souverain. Après ces préliminaires, Ouen-Siang s'est décidé à ouvrir, nous a-t-il dit, la voie des accommodements, et il a abordé enfin le point important, le seul qui fasse difficulté, celui du Ko-Teou. Votre Excellence sait que le Ko-Teou consiste à se mettre trois fois à genoux et à frapper neuf fois la terre du front. Ce n'est pas seulement depuis douze ans, mais

depuis deux siècles, que le Ko-Teou est en Chine la pierre d'achoppement des ambassadeurs étrangers. || Ouen-Siang nous a donc proposé ce qu'il appelait un compromis, c'est-à-dire de fléchir le genou à la manière des princes. Les princes, à ce qu'il paraît, s'accroupissent sur leurs talons, mais sont dispensés de frapper la terre du front. Sur notre refus, il nous a demandé si nous avions une contre-proposition à faire; en matière de genuflexion, nous n'en pouvions pas avoir. || La conversation continua ainsi à tourner pendant longtemps dans un cercle vicieux: les Chinois s'obstinant à dire qu'ils faisaient des concessions, tandis que nous n'en offrions aucune, et nous répétions qu'il était inutile de parler du désir qu'on avait de nous accorder l'audience, tant qu'on n'écarterait pas absolument toute condition de genuflexions plus ou moins atténuées. Nous avons fini par demander à Ouen-Siang de nous déclarer positivement si l'Empereur voulait, oui ou non, nous recevoir et quelle réponse serait faite à notre note. || Rien, dans la conclusion un peu confuse de l'entretien, n'empêcherait de supposer que les deux principaux points sont concédés en principe par les Chinois; qu'il ne s'agirait plus que de rechercher une combinaison qui concilie la fierté des princes avec nos exigences. L'impression finale est que, si le résultat de cette conférence n'est pas aussi satisfaisant que nous l'eussions désiré, il n'est pas non plus aussi défavorable que nous eussions pu le craindre. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5196.
Frankreich.
18. März 1873.

L. de Geofroy.

Nr. 5197.

FRANKREICH. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw. —
Weiterer Bericht über die Verhandlungen.

Pékin, le 15 mai 1873.

Monsieur le Ministre, j'ai l'honneur de vous annoncer que le protocole relatif à la question de l'audience a été définitivement arrêté ce matin avec les cinq hauts fonctionnaires du Tsong-ly-Yamen commis à cet effet. Ce document reproduit les propositions et les opinions émises par les ministres chinois ainsi que nos réponses, mais il ne préjuge rien de part et d'autre. Ce sont des considérants sur lesquels l'Empereur fondera sa décision. Il en sera fait un résumé qui sera présenté au Trône; après quoi viendra le décret. J'ai lieu de croire que ce travail prendra une dizaine de jours, et que, par conséquent, du 25 au 30 de ce mois, nous saurons à quoi nous en tenir. || Veuillez agréer etc.

Nr. 5197.
Frankreich.
15. Mai 1873.

L. de Geofroy.

Nr. 5198.

FRANKREICH. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw. — Bewilligung der Audienz.

Pékin, le 25 juin 1873.

Nr. 5198.
Frankreich.
25. Juni 1873.

Monsieur le Ministre, c'est le 14 de ce mois qu'a enfin paru le décret impérial accordant effectivement l'audience aux Ministres étrangers à Pékin. || Nous verrons très-prochainement le Prince Kong pour lui communiquer la copie figurée de nos lettres et le texte du discours que notre doyen se propose de prononcer. Une dépêche de Son Altesse nous fera ensuite connaître le jour et l'heure fixés pour la réception. || Veuillez agréer, etc.

L. de Geofroy.

Nr. 5199.

FRANKREICH. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw. — Details über das Ceremoniell der Audienz.

Pékin le 27 juin 1873.

Nr. 5199.
Frankreich.
27. Juni 1873.

Monsieur le Ministre, sur l'invitation du Prince Kong, nous nous sommes rendus hier au Yamen, où nous avons entendu de la bouche de Son Altesse la confirmation de tous les arrangements conclus ces jours passés. Le Prince, qui, dans toute cette entrevue, s'est montré d'une politesse et d'un empressement extrêmes, a bien voulu nous indiquer la disposition du lieu où s'accomplira la cérémonie et marquer lui-même l'ordre qu'on devra suivre et la place de chacun. || Nous lui avons remis ensuite la copie figurée de nos lettres de créance; notre doyen, M. le général Vlangaly, a ajouté le texte de l'allocution qu'il se propose d'adresser à l'Empereur. J'ai en outre communiqué à Son Altesse la copie figurée de la lettre de M. Thiers relative aux événements de Tien-Tsin, ainsi que les paroles que je prononcerai à cette occasion. Rien n'a fait difficulté. || M. le Ministre des affaires étrangères du Japon, qui avait conclu deux jours auparavant en déclarant qu'il accepterait tout ce que nous proposerions, avait été convoqué avec nous. Il nous a paru que le moment était venu de reconnaître officiellement sa qualité d'ambassadeur. Nous lui avons donc cédé le pas et nous avons déclaré consentir à ce que son audience précédât la nôtre. Nous n'avons eu qu'à nous louer de M. Soyésima, durant tout le cours de cette négociation; il nous a donc été agréable de pouvoir lui donner cette satisfaction. Il était, d'ailleurs, bon de montrer que, lorsque nous demandons aux Orientaux d'adopter nos règles, nous ne cherchons pas à leur en refuser le bénéfice. || Veuillez agréer etc.

L. de Geofroy.

Nr. 5200.

FRANKREICH. — Gesandter in Peking an den Min. d. Ausw. — Meldung über die stattgehabte Audienz. — Telegramm.

Pékin, le 29 juin 1873.

Nous avons été reçus ce matin par l'Empereur et nous lui avons présenté nos lettres de créance. J'ai eu ensuite une audience spéciale pour présenter la lettre relative à l'affaire de Tien-Tsin. Tout s'est très-bien passé.

Nr. 5200.
Frankreich.
29 Juni 1873.

L. de Geofroy.

Nr. 5201.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Peking (Mr. Wade) an den königl. Min. d. Ausw. (Earl Granville). — Ausführlicher Bericht über die Audienz der fremden Gesandten.

Peking, July 7, 1873.

[Extract.] As my telegram of the 29th of June will have informed your Lordship, the Emperor of China on that day gave audience to myself and my colleagues, the Representatives of Russia, the United States, France, and Holland. | It will have been seen from my telegram, that the final settlement of the question was not arrived at without discussions. The negotiations of the last four months have been conducted by the Representatives of four or five Powers acting together. | The Imperial decree in which the audience was first accorded appeared in the manuscript edition of the "Peking Gazette" of the 14th of June, and was communicated to the Legations on the 15th, in a despatch from the Prince of Kung, of which I inclose translation. Foreign Ministers, the Representative of Holland included, were at the same time invited by the Ministers of the Yamèn to meet them there upon the 16th. | The chief objections to the decree were two: first, that Foreign Ministers were declared in it to have "humbly begged" or "implored" an audience; secondly, that the words "kuo shu" — Government letter, by which, in official correspondence, the Chinese describe letters of credence, or letter from the Chief of a State — were placed in the text without any of the honour due to the dignity of a foreign Government. It might be added, that the words Envoys or Ministers were referred to with as little formality as they would have been had the persons referred to represented States dependent on China; but irrespectively of the argument advanced by the Chinese, that there was a certain difference in the form employed, there would have been

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7 Juli 1873.

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7. Juli 1878.

naturally an indisposition on the part of foreign Ministers to insist too much on what might have been regarded as offending their personal dignity rather than the dignity of their States. || Remarks on the other two points could not be avoided; and although at the Conference of the 16th, the etiquette to be observed did at last come to be considered, the discussion which occupied the earlier part of the interview had rendered progress so far difficult, that it was not until the 25th instant that the Memorandum of etiquette to be observed at the audience was agreed to by foreign Ministers. This was a revised edition of a Memorandum earlier communicated non-officially, which had been considered in a very lengthy Conference held at the Russian Legation on the 23rd. The paper in its present shape was formally inclosed to us by the Prince of Kung upon the 26th. The Yamên had wished us to sign it, as we had signed the Protocol of the 15th of May, but we had declined. I append translation of this Memorandum. || Upon the afternoon of the same day, the 26th, we met the Prince of Kung by invitation at the Yamên, to communicate translations of our letters of credence, and all conditions to be observed having been carefully reconsidered, upon the 27th His Highness wrote officially to inform us, that the Emperor had verbally given orders for our reception on the 29th. || I shall mention here, that the Japanese Ambassador, Soyésima Panéomi, was also invited to the Yamên on the 26th. The Chinese Ministers left it to us to fix our own precedence, and by common consent the highest place was assigned to the Ambassador of Japan. I may add, that Soyésima had had difficulties of his own to surmount. His Conferences with the Chinese Ministers had been separate, but from his frequent intercourse with us, we had been kept fully informed of what was passing. I feel bound to say, that I think the Government of Japan has every reason to be satisfied with the part played by its Ambassador throughout this negotiation. The knowledge which, as a Japanese, he necessarily possesses of Chinese literature and of the usages of China, deterred him from undue exigence on any point of form, but he showed, at the same time, much firmness and dignity in the assertion of his rights. || It was agreed that Soyésima was to have his audience first. This, both in consideration of his rank as Ambassador, and possibly, because the letter of the Mikado with which he was charged was not a letter of credence, but of congratulation only. The five Representatives holding letters of credence, viz., the Ministers of Russia, America, and France, with myself and Mr. Ferguson, Diplomatic Agent of the Netherlands, were to be received together. The order of proceeding was as follows: — || The place appointed by the Emperor was the Tz'û-Kuang-Ko, or purple pavilion, a large storied building in the grounds west of the palace. The palace itself, that is to say, the precinct designated by foreigners the "forbidden city", lies, as any plan will show, about midway between the east and west outer walls of Peking proper. Round this precinct, at a distance of from a quarter to half a mile, runs an

enceinte known as the Huang-Ch'êng, usually rendered the Imperial city. This is divided into streets, and, with the exception of the grounds, of which I am about to speak, is generally open to the public. The grounds in question lie westward of the palace, communicating with it towards the southern end of a large piece of water, on the west bank of which is situated the purple pavilion. || A little west of the grounds, but well within the Imperial city, stands the Pei-t'ang, a Romish Cathedral and mission house, built within the last few years upon ground bestowed upon the earlier missionaries in the reign of Kang-hi, and recovered by its present occupants under the Convention of 1860. It was settled that, at 6 in the morning, the five Representatives of Western Powers should meet there. M. Delaplace, the Bishop resident, had been so good as to give us rooms to dress in. || We rendezvoused accordingly at the Pei-t'ang, and were thence escorted by a Minister of the Yamên to the north gate of the palace grounds in our chairs; the thoroughfare across the marble bridge, which spans the piece of water above mentioned, being closed to the public eastward by desire of the Emperor. We had come to the Pei-t'ang through the west of the outer city, large numbers of people being already on the alert to see the foreigners who were to be presented to the Emperor without prostrating themselves. A dense crowd was assembled in the vicinity of the Pei-t'ang for the same purpose. || At the Fu-Hua-Mên, the gate by which the palace grounds are here entered from the north, we left our chairs and were received by the Grand-Secretary and all other Ministers of the Yamên, the Prince and the Ministers Pao and Shên excepted. We had been told that they would be in attendance all the morning on His Majesty. || We proceeded, according to the programme, to the Shih-ying-K'ung, or palace of seasonableness, a temple in which, as circumstances require, the Emperor prays for rain or for cessation of rain. Confectionery, tea, and Chinese wine from the Emperor's buttery were offered us, and, after waiting above an hour, we moved on with the Ministers to a large tent pitched westward of the purple pavilion. || The Emperor did not arrive at the pavilion as soon as we had been led to expect. The reason assigned was the receipt of important despatches from the seat of war in the north-west. The Prince of Kung and the two Ministers with him were already waiting outside the tent to explain the delay, and returned again and again, as it were apologetically, to keep us company with the rest. The grounds were thronged with officials; but except a few men wearing Chinese sabres of antique form, I saw nothing like a soldier in our immediate vicinity. At length, after we had waited in the tent at least an hour and a half, the Japanese Ambassador was summoned to the presence and, his audience ended, came our turn. || In front of the pavilion in which we were received is a great platform of stone, accessible on three sides by flights of steps. We ascended, as it had been agreed, after some debate, we should, by the steps on the western side, and, entering the pavilion, found ourselves

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7. Juli 1878.

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7. Juli 1873.

at once in a large hall divided by wooden pillars in the usual northern style, into five sections. We came into this by the second section from the west, filing into the centre section until we were opposite the throne on which the Emperor was seated at the north end of the hall. We then bowed to the Emperor, advanced a few paces and bowed again, then advanced a few paces farther bowing again, and halted before a long yellow table about half way up the hall, I should say some ten or twelve paces distant from the throne. The throne was, I think, raised above the floor of the dais on which it stood by a couple of steps. The dais itself was separated from the hall by a light rail broken right and left of the throne by low flights of three stairs each. The Emperor was seated Manchu fashion, that is, cross-legged. Upon his left were the Prince of Kung, his brother, known as the seventh Prince, and another Prince, the son of the famous Sangolinsin, who repulsed our attack on the forts of Taku in 1859. To the right of His Majesty stood two other magnates, the nearest being the senior of the hereditary Princes not of the Imperial house; the other, I believe, a son-in-law of the old Emperor, whose name was Pao-kuang. Below on either side was a double rank of high officials, which spread outwards from the throne towards us, until their flanks reached the columns marking the outer line of the centre section in which we were standing. In rear of these were others filling the flank sections east and west up to the walls. || On the whole the spectacle was fair to see, although I should not go so far as to style it imposing. || Our party having halted as I have described, the Minister of Russia, General Vlangaly, as Doyen of the Corps, read aloud an address in French, of which I inclose a copy. A Chinese translation of it had been already shown to the Prince of Kung, and this was then read by M. Bismarck, Secrétaire Interprète of the German Legation, who, as I have reported, had been selected from the first to act as Interpreter-General at our Conferences. In this capacity he entered the hall with us, and took his place behind M. Vlangaly. || As soon as the address was delivered we laid our letters of credence upon the table. The Emperor made a slight bow of acknowledgement, and the Prince of Kung falling upon both knees at the foot of the throne, His Majesty appeared to speak to him — I say appeared, because no sound reached my ears. We had been told, however, that the Emperor would speak in Manchu, and that the Prince would interpret. Accordingly, as soon as His Highness rose, he descended the steps, and informed us that His Majesty declared, that the letters of credence had been received. Then returning to his place, he again fell upon his knees, and the Emperor having again spoken to him in a low tone, he again descended the steps, and coming up to us informed us, that His Majesty trusted that our respective Rulers were in good health, and expressed a hope, that foreign affairs might all be satisfactorily arranged between foreign Ministers and the Tsung-li-Yamên. This closed the Audience, which may have lasted a little more than five minutes. || We then all withdrew

in the usual fashion, "à reculons", and bowing, with the exception of M. de Geofroy, Minister of France, who had a reply to deliver from his Government to the letter of explanations carried to France in 1870 by the Minister Chunghow. That with which M. de Geofroy was charged may be considered to close all discussion regarding the Tientsin massacre. || I had been conceded, not without debate, that M. de Geofroy was for this second audience to be allowed the use of his own interpreter, M. Deveria. As we retired, therefore, that gentleman was introduced. The second audience was over as quickly as the first, and M. de Geofroy presently overtook us at the Shih-ying-K'ung, whence, after a short session, we were conducted to our chairs by the Ministers of the Yamên, the Grand-Secretary joining the rest at the gate. || There was a strong disposition to establish a rule by which no audience should be granted except to a quorum of five Ministers. The Japanese Ambassador was nevertheless granted his audience alone, and the second audience accorded to M. de Geofroy will always be referred to as a precedent for the admission of any single Minister, who is charged with a written message from his Government. || Considering the antecedents of the discussion, I regard M. de Geofroy's separate audience as the most important result of the whole, always with a single exception. That exception is the concession of the audience, at all, to a number of foreigners declining not only to perform the kotow, but even to bend the knee. We must remember the long-standing pretension of the Emperor of China to this act of homage, and the tradition of isolated supremacy on which that pretension has been based. The Empire has, for the first time in its history, broken with the tradition; not, it may be, with a good grace, but still has broken with it past recall, and while I would anxiously deprecate a too sanguine estimate of its results, immediate or remote, I am as little disposed to undervalue the significance of the change that has been effected. We are not free to forget the conditions, under which but a century ago the Representatives of friendly States were admitted into the presence of the Sultan at Constantinople, and the extract which I inclose will remind us of what but three years since was the position of a foreign Minister before the Mikado of Japan. In a country like this; therefore, where forms of longer standing far than in the sister strongholds of immutability, so largely usurp the place of substance, it is not to be disputed that in its present departure from precedent an important beginning has been made. There may be — there is — very much in our late reception that falls short of the standard of our requirements, as authorized by the usages of the Western world; but we appeared face to face with the Emperor, standing, because we represented Governments the equal of his own, and in the recognition of this equality China has commenced her retreat from the maintenance of that claim to be greater and better than her neighbours, which has proved, more than any other, a cause of hindrance to her improvement at home, and as a consequence, a standing danger to the security of her relations abroad.

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7. Juli 1878.

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7. Juli 1873.

Beilage 1.

The Prince of Kung to Mr. Wade.

[Translation.] The Prince of Kung makes a communication. || The Yamên having presented a Memorial to the throne, showing that the foreign Ministers resident in Peking have begged¹⁾ for an Audience to present letters from their Governments, had the honour to receive, upon the 20th day of the 5th moon of the 12th year of the reign Fung-Chih, the following decree: — || “The Tsung-li-Yamên having presented a Memorial to the effect that the foreign Ministers residing in Peking have implored [us so grant] an audience that they may deliver letters from their Governments, we command that the foreign Ministers residing in Peking, who have brought letters from their Governments, be accorded Audience. Respect this!” || It is the duty of the Prince to communicate a copy of the Imperial Decree, reverently made, to the Ministers of Russia, the United States, England, and France (named as usual and titles given in full).

Fung-Chih, 12th year, 5th moon, 21st day (June 15, 1873).

Beilage 2.

Revised Edition of a Memorandum of Etiquette to be observed at the Audience, forwarded by the Tsung-li-Yamên to the Foreign Ministers on the 26th June, 1873.

[Translation.] The foreign Ministers will bring with them M. Bismarck as their interpreter in common. M. de Geofroy will bring M. Deveria as his interpreter in particular. || The Ministers will alight from their chairs, or horses, at the Fu-Hua-Gate²⁾, and they will there be received by the Ministers of the Yamên who will accompany them, in the first instance, to the Shih-Ying-K'ung³⁾, where for a short time they will rest. If His Majesty be pleased to bestow refreshment upon them⁴⁾, it is here they will partake of it. || Their escort⁵⁾ will remain in a tent outside the Fu-Hua-Gate, where there will be persons to attend to them. Their retinue⁶⁾ will also remain hereabouts. Neither escort nor retinue will enter the Fu-Hua-Gate. || As soon as His Majesty, coming from the eastern side of the building,

¹⁾ Yü, to implore. The phrase is little less than “humbly beg.” — T. W.

²⁾ A gate in the north wall of the palace grounds, lying west of the piece of water known as the Nan Hai.

³⁾ Shih-Ying-K'ung, *lit.*, the “Palace of Seasonableness”. One would have expected that it was here that prayers are offered for rain, etc.; but the building is really now a temple to the Dragon King.

⁴⁾ Refreshment, *lit.*, tea and cakes.

⁵⁾ The foreign escort.

⁶⁾ The native followers, grooms, etc.

reaches the inner (lit. rearmost) hall of the Tzu-Kuang-Ko, the Ministers of the Yamên will accompany the foreign Ministers and the Interpreters to a marquee ¹⁾ to the west of the Tzu-Kuang-Ko, where they will wait a short time, until His Majesty shall have entered ²⁾ the -Tzu -Kuang Ko. The Ministers of the Yamên will accompany the foreign Ministers and the Interpreter, M. Bismarck, up the western flight of steps into the Tzu-Kuang-Ko by the space west [it is assumed, of the centre space]. ³⁾ || The speech (or speeches) of the foreign Ministers ended, they will each one spread his Letter of Credence ⁴⁾ upon the Yellow Table. || His Majesty the Emperor, making some special sign of affability (probably a bow), will say (lit. answer), that the Letters of Credence have now been received, and make gracious ⁵⁾ remarks and put kindly questions. || These will be interpreted with solemn reverence by the Prince of Kung. || [Foreign Ministers] when they come into the door [of the hall], when they are speaking, or stating their names, as also when questions are addressed to them, and when they make answer, also when they retire, will, in token of extraordinary respect, make reverences, as it was originally agreed (or proposed) they should. || The forms will be settled by rehearsal before the Audience. When the ceremony is ended, the other four foreign Ministers and the interpreter, M. Bismarck, will retire by the western flight of steps. The Ministers of the Yamên will accompany them to Shih-ying-K'ung, where they will wait a short time, M. Deveria being meanwhile brought in by Ministers of the Yamên into the Tzu-Kuang-Ko. || M. de Geofroy will speak, and will spread upon the Yellow Table the answer ⁶⁾ to the letter of the Chinese Government. || His Majesty will, as before, acknowledge the receipt [of this letter]. || The Audience (lit. business) thus concluded, M. de Geofroy and M. Deveria, the interpreter, will retire, the Ministers of the Yamên accompanying them to the Shih-Ying-K'ung. Thence, the whole party being reassembled, they will conduct the foreign Ministers and their interpreters out of the Fu-Hua-Gate. || The arrangements set forth above are made because the Emperor having to receive Letters of Credence, a Decree has been received from His Majesty according an Audience. Hence the liberality of the ceremonial ⁷⁾.

¹⁾ A larger tent than that outside the gate, which will be simply such a tent as soldiers use.

²⁾ That part of the building in which the Throne will be placed.

³⁾ The front of the hall will be in either three or five divisions. The division indicated is that west, or left of the central division.

⁴⁾ The Letter of Credence, "kuo shu", Government letter, is raised in the text, as it should be: indeed, higher; the letter of the Chinese Government referred to in a later note being on the same level.

⁵⁾ "Gracious", *lit.*, gentle, bland, mild; the manner of a superior, who mingles kindness with show of dignity. The word "kindly" is, rather soothing, consoling.

⁶⁾ The letter carried by Chung-ta-jên to France in 1870.

⁷⁾ This sentence is intended to imply that without a Letter of Credence, or a letter from a Sovereign, no audience will be granted.

Nr. 5201.
Gross-
britannien.
7. Juli 1873.

Beilage 3.

Address to the Emperor of China, delivered by M. Vlangaly, Minister of Russia, as Doyen, June 1873.

Sire, — Les Représentants de la Russie, Vlangaly; des Etats-Unis d'Amérique, Low; de la Grande-Bretagne, Wade; de la France, Geofroy; et des Pays-Bas, Ferguson, ont l'honneur d'offrir au nom de leurs Gouvernements à votre Majesté Impériale leurs félicitations à l'occasion de sa majorité et font des vœux pour la durée de son règne et la prospérité de son peuple. || Ils espèrent voir dans le règne de votre Majesté la continuation du règne de son illustre aïeul, l'Empereur Kang-hi, qui, en élevant la Chine au sommet de sa gloire et de sa puissance, y donna accès aux sciences et aux arts de l'Occident. || La Chine, Sire, retrouvera sous le Gouvernement de votre Majesté ces heureux jours, et les Puissances étrangères, qui ont des Traités conclus avec votre Majesté Impériale, verront avec plaisir le développement des relations et le raffermissement du bon accord qui existent avec votre vaste Empire. || Nous avons l'honneur, Sire, de déposer les lettres qui nous accréditent en qualité d'Envoyés Extraordinaires et de Ministres Plénipotentiaires auprès de votre Majesté Impériale.

Differenz zwischen England und der Türkei wegen der Araberstämme in der Nähe von Aden.

Nr. 5202.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl Granville) an den königl. Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). — Auftrag, die Einstellung von Maassregeln gegen die Araberhäuptlinge zu fordern.

(Telegraphic.)

Foreign Office, January 11, 1873, 12. 50 P. M.

Nr. 5202.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1873.

Sultan of Lahej expresses to Resident at Aden great fear of an attack being made against him by the Turks in that quarter. Such an act would be regarded in a serious light by Her Majesty's Government, as likely to endanger British territory of Aden. Inquire if the movement is sanctioned by the Turkish Government. In any case you will request that immediate orders be sent to the Turkish authorities to put a stop to hostile operations against

any of the Arab Chiefs, calculated to disturb our position at Aden, and which would certainly give rise to a bad impression in England as well as in India.

Nr. 5202.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1873.

Nr. 5203.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Weitere Instruction.

Foreign Office, January 23, 1873.

Sir, — I have received your telegram of the 12th instant, reporting that no operations have been or will be commenced against the Sultan of Lahej without orders from the Porte, which will do nothing without communicating with Her Majesty's Government. || I take advantage of the present opportunity to send you a copy of a despatch, dated October 26, from the Resident at Aden to the Bombay Government, which was communicated to me by the Secretary of State for India on the 26th November. || I await the communication which you lead me to expect may be made by the Porte, before going into any details on this matter; but in the meanwhile you will make it clear to the Porte, that as the safety, no less than the comfort, of the British position at Aden would be seriously impaired by any interference on the part of the Turkish authorities in that quarter with Rulers friendly to Great Britain, Her Majesty's Government would view seriously any proceedings calculated to disturb the country in the neighbourhood of that place. || I am, &c.

Nr. 5203.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1873.

Granville.

Beilage.

Brigadier-General Schneider to Mr. Gonne.

(Extract.) .

Aden, October 26, 1872.

I have the honour to inform Government, that the Sultan of Lahej paid me a visit on the 24th instant, and presented a letter received by him through an emissary from Mushir-Ahmed-Mookhtar, Pasha of Yemen, translation of which is annexed. In this communication the Sultan is invited to give his allegiance to the Sublime-Porte and to wait upon the Pasha. || The Sultan having presented the letter above adverted to, I felt no hesitation as to the nature of the advice that the Resident was bound to give. I accordingly suggested to His Highness, that he should reply to the Pasha in a friendly and courteous strain and state that he is the ally and stipendiary of the

Nr. 5203.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1873.

British Government; that Treaty obligations exist between him and that Government; that a copy of the Mushir's communication would be forwarded through the Resident to Government, and that he, the Sultan, did not desire to act without its wishes being known to him. || I need scarcely refer to the many Treaties that exist between Government and the independent chieftains in the vicinity of Aden, and to the feeling with which they will regard us, if they are coerced by the Turks against their will, while we, as they would suppose, looked on with indifference or with no power to prevent such a proceeding. It is obvious, that the Pasha of Yemen has made his overtures to the Sultan of Lahej as the recognized principal and most influential chief in the lowlands, feeling confident that, if he gives in his adhesion to the Sublime-Porte, the other chiefs would follow in his footsteps as a matter of course. I have ascertained, that the Howshabee Sheikh replied recently to an emissary that he would wait and see what course the Sultan adopted before replying to the overtures made to him. || The compulsory transfer by the Sultan of Lahej and other chiefs of their adherence to another Power would, of necessity, alter our intimate relations with them. At present the British Government is respected and feared by these chiefs. They are all more or less subsidized by Government and look to it for advice and assistance through the Resident, and they consult his wishes and generally abide by his suggestions; but if they are coerced and incorporated with the Turkish possessions in Yemen, Government can no longer be regarded as the paramount authority here, and difficulties and complications will probably follow, the result of which it is now impossible to see. The Turks would control the whole land around Aden up to the Owlakee country including the ports of Shugra and Howr. When convenient the chiefs would declare, that they can only do so and so with the permission of the Turks, or that they adopted a particular line of conduct under their instructions, but supplies from the interior, absolutely necessary to our existence here, may even be interrupted, and the great trade that is carried on between the neighbouring States in the interior and Aden may, by prohibitive transit duties, be diverted to other parts in the Red Sea.

Nr. 5204.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Zurückweisung der türkischen Ansprüche.

Foreign Office, January 30, 1873.

Nr. 5204.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1873.

Sir, — I have received your despatch of the 13th of January, reporting at length your conversation with Khalil-Pasha respecting the hostile operations threatened by the Turkish authorities in Arabia against the Arab Chieftains

in the immediate neighbourhood of the British territory at Aden. || The Pasha's language, in so far as it contained a promise that no such operations would be undertaken without previous communication with the British Government, was satisfactory; not so his assumption of the right of the Porte to call upon those Chieftains to make a profession of obedience to the Porte, on the ground that the territory of Yemen is subject to the authority of the Porte, even though this assumption was qualified by the assurance of the most scrupulous respect being shown for the British territory. || I instructed your Excellency, by my despatch of the 23rd of this month, to state to the Porte that Her Majesty's Government would view seriously any proceedings on the part of Turkish authorities to disturb the country in the neighbourhood of Aden. || But, in consequence of Khalil-Pasha's language, Her Majesty's Government consider it desirable, that you should point out to the Turkish Government that the question is not that of the territory held by the British Government at Aden, in respect of which they do not require any assurance from the Porte, but that the Sultan of Lahej, and other Arab Chiefs in friendly relations with the British Government at Aden, should not be molested or interfered with by Turkish authorities, on the alleged ground that the Province of Yemen belongs to the Porte, and that those Chiefs, as inhabiting part of that province, are subjects of the Porte. || Whatever rights of sovereignty the Porte in times long gone by might have had in Yemen, it is notorious that since the year 1633 Yemen has been under the rule of Arab Chiefs, independent of the Porte. Her Majesty's Government have, however, no desire to discuss that question generally; but they cannot, as matters stand, but intimate through you to the Porte, as was intimated by them to Mehemet Ali in the year 1839, that Her Majesty's Government wish that the independence of the native Chiefs in the vicinity of Aden should be respected; and that any attempt to subvert their authority would not be viewed with indifference by Her Majesty's Government. || I am, &c.

Nr. 5204.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1873.

Granville.

Nr. 5205.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Antwort der Pforte.

Constantinople, February 3, 1873.

My Lord, — The Grand-Vizier called on me two days ago, when I took the opportunity of again speaking to him about the threatened attack on the Sultan or chieftain of Lahej, saying that I had been glad to receive from

Nr. 5205.
Gross-
britannien.
3. Febr. 1873.

Nr. 5205. Khalil-Pasha the assurance, that no operations should be commenced against
 Gross- him until an understanding had been come to with Her Majesty's Government.
 britannien.
 8. Febr. 1873. He said the Minister for Foreign Affairs was fully warranted in making the
 declaration; and, in order to render it more solemn, a decision to that effect
 had been come to by the Council, and was submitted to the Sultan's approval. ||
 This afternoon I reverted to the subject in conversation with Khalil-Pasha,
 stating the satisfaction with which I heard from the Grand-Vizier the repeti-
 tion of the assurances he had himself given me. || Khalil-Pasha replied, that
 the Council of Ministers had determined to act as he had said; but, at the
 same time, they had decided that he was to attempt to obtain the acquie-
 scence of Her Majesty's Government to the Chief of Lahej making a purely
 nominal submission to the Sultan without tribute or service being required
 from him. || I said I hoped he would not make any such proposal, for I could
 assure him that there was no probability of its being entertained. || I ex-
 pressed myself in the sense prescribed by your Lordship's despatch of the
 23rd ultimo, and was able to show his Excellency that the ground now taken
 up was not new, and that, in 1839, Mehemet Ali, Pasha of Egypt, who was
 carrying out the subjugation of the Yemen, had stated that the mountains to
 the north of the plain of Lahej formed the boundary of Yemen, and that
 Her Majesty's Government had, at the same time, intimated that they would
 not see with indifference the subjugation of the independent tribes beyond the
 Straits of Bab-el-Mandeb. || It is evident to me, that the Porte is most desi-
 rous of avoiding all action calculated to give umbrage to Her Majesty's Go-
 vernment, but is embarrassed to find a satisfactory mode of retreating from
 the position which has been made by the threatening proceedings of the Pasha
 of Sana. || The Sultan of Lahej having been called upon to make his sub-
 mission, a demonstration of force, to coerce him in the event of a refusal,
 had been apparently made on his frontier; and it is feared, that an abandon-
 ment of the demand might be regarded as a recognition of weakness injurious
 to the Sultan's authority in the districts now acknowledging it. || I have, etc.

Henry Elliot.

Nr. 5206.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter
 in Konstantinopel. — Befriedigung über die Antwort der Pforte.

Foreign Office, March 17, 1873.

Nr. 5206. Sir, — Her Majesty's Government learned with much satisfaction from
 Gross- your despatch of the 14th of February, that the Governor-General of the
 britannien.
 17. März 1873. Yemen had been instructed to abstain from interfering with, or in any way

molesting, the Ruler of Lahej. Her Majesty's Government could certainly not have assented to the expedient proposed by the Porte, and reported in your despatch of the 3rd of February, that the Chief of Lahej should make a purely nominal submission to the Sultan, without tribute or service being required from him, and your Excellency did quite right in warning the Grand-Vizier, that there was no probability of its being entertained. || It is only necessary for me, as the matter now stands, to request your Excellency to continue to bear the question in mind, and, in any future discussions with the Turkish Ministers, firmly to maintain the position already taken up by Her Majesty's Government respecting it. || I am, etc.

Nr. 5206.
Gross-
britannien.
17. März 1873.

Granville.

Nr. 5207.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Neue Beschwerden über türkische Eingriffe.

Foreign Office, May 15, 1873.

Sir, — The communications which you have made to the Porte under instructions from me during the present year, respecting the proceedings of the Turkish authorities in Arabia, must have satisfied the Porte that Her Majesty's Government were not prepared to acquiesce in any proceedings its officers might take in that quarter, indicating a disposition to extend its authority over the native Arab tribes, and interfere with such of them as were in friendship with the British Government, and so generally disquiet the territories in the neighbourhood of Aden. || I especially directed you, in my despatch of the 30th of January, to point out that for above 200 years Yemen has been under the rule of independent Arab Chiefs, and I said that although under those circumstances Her Majesty's Government had no desire to discuss this point generally, it was their wish that the independence of those Chiefs in the vicinity of Aden should be respected, and that they would not view with indifference any attempt to subvert the authority of those Chiefs. || The assurances which you received in general terms from the Porte were on the whole satisfactory at the time, but it is desirable that I should repeat, as regards this province generally, the instructions which, in my despatch of the 11th of March, I gave you as specifically applying to the Sultan of Lahej, firmly to maintain the position taken by Her Majesty's Government as regards Yemen. || I am the more inclined to do so at present by the account contained in the telegram from the Governor-General of India, dated May 10, of which I inclose a copy, and by which it appears, that Turkish authorities are

Nr. 5207.
Gross-
britannien.
15. Mai 1873.

Nr. 5207. still interfering with native Chiefs in the neighbourhood of Aden, and are lo-
 Gross-
 britannien. cating a body of troops among the Howshebee tribe living in the immediate
 15. Mai 1873. vicinity of that place, which draws from among them important supplies. To
 this specific act of aggression your Excellency will at once call the attention
 of the Porte. || As regards the more general question of the Yemen, I have
 to inclose to your Excellency a copy of a despatch from the Governor-General
 of India, supplying the information which I requested the Duke of Argyll to
 obtain from the Indian Government as to the right of the British Government
 to take directly under their protection the native Arab Chiefs, with whom
 they have Treaty engagements, and the extent to which such right might be
 claimed. The answers to these questions are contained in the inclosed des-
 patch, and in your conversation with the Porte your Excellency will adopt
 those answers as the ground of your insistence with the Turkish Government
 against interference with the Arab tribes enumerated by the Governor-General. ||
 I inclose copy of a map showing the locality of the several tribes referred
 to. || I am, etc.

Granville.

Beilage 1.

The Viceroy to the Duke of Argyll.

(Telegraphic.)

May 10, 1873.

Following from Aden Resident, dated 5th: — || "Letter received by
 Turkish Agent at Aden from Civil-Governor at Taizz, saying he has received
 orders from Mushir at Sana, to appoint Howshebee Sultan, Chief of How-
 shebee district on a monthly salary of 50 dollars, also Mushir has given orders
 that detachment of Turkish troops be sent to Howshebee Sultan to protect
 his country." || If true, these proceedings are opposed to assurances given by
 Khalil-Pasha, as reported in Sir Henry Elliot's despatch of 13th of January,
 and in face of remonstrances made in Lord Granville's letter of 30th idem.
 If troops have been sent I trust their recall will be peremptorily demanded
 and satisfactory explanation required of violation of assurances given.

Beilage 2.

The Governor-General of India in Council to the Duke of Argyll.

(Extract.)

Fort William, April 11, 1873.

The question of the right of the British Government to take these Chiefs
 under our protection may be viewed in two aspects, viz.:—1st, our right as

regards the alleged claims of the Turkish Government; and, 2ndly, our right as regards the Chiefs themselves. || With reference to the first aspect of the question, we would state the following as being, in our opinion, the grounds on which the rights of the British Government to take these Chiefs under protection are based, viz.:—1st. That the Chiefs are, and for the last century have been, independent of Turkish influence and control. || 2nd. That the British Government has, as a matter of fact, already entered into Treaty relations with these Chiefs, without reference to Turkey or any other foreign Power, and may conclude fresh engagements with them if deemed expedient. || 3rd. That the recent proceedings of the Turkish officials have been so prejudicial to British interests at Aden, as to afford good ground for such arrangements being concluded with the Chiefs as may be deemed best fitted to prevent a repetition of the evils. To such arrangements for the peace and security of our settlement no objection can reasonably be offered. || 4th. That the Chief of the largest and most important tribe (the Abdalees) has distinctly claimed British assistance, and asked for protection. || 5th. That while the Chiefs have been independent of Turkey, they have not been so of the British Government, which, for some years, has paid them stipends, and has frequently interfered to settle their inter-tribal quarrels. They have come to look on the Resident at Aden as their friend and adviser in all their difficulties. The question is, therefore, somewhat a domestic one. || Turning next to the question of the rights of the British Government as against the Chiefs themselves, we would observe that, while we consider ourselves free to impose any measures upon the Chiefs which we may deem essential for the safety of our Aden possessions, it is far from our intention to have recourse to any forcible measures. We propose to secure the objects we have in view with the consent of the Chiefs and by negotiation with them. || We are of opinion, that the protection of the British Government should extend to all the tribes marginally noted,¹⁾ with whom Treaties have been, at various times, concluded. These Treaties will be found in the seventh volume of the collection of "Treaties, Engagements, and Sunnuds."

Nr. 5207.
Gross-
britannien.
15. Mai 1872.

¹⁾ 1. The Abdalee (Lahej); 2. Foodhlee; 3. The Akrahee; 4. The Howshebee; 5. The Alowee; 6. The Amcer; 7. The Soobahee; 8. The Jaffae; 9. The Owlakee.

Nr. 5208.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Die Pforte verspricht Abhülfe.

Therapia, June 6, 1873.

Nr. 5208.
Gross-
britannien.
6. Juni 1873.

My Lord, — Referring to my despatch of the 1st instant, I have the honour to state that, before the receipt of your Lordship's telegram of yesterday's date, I had received from the Porte distinct assurances that Ahmed-Eyoub-Pasha, the new Governor-General of the Yemen, who left Constantinople yesterday on his way to Hodeida, had been instructed at once to withdraw the troops quartered on the Howshebee Sultan, and to be careful to abstain from interfering in any way with the tribes in friendly relations with Her Majesty's Government enumerated in the letter of the Governor-General of India, inclosed in your Lordship's despatch of the 15th ultimo, unless with the previous authorization of the Porte. || There is no telegraphic communication between Constantinople and the Yemen by which these instructions could be sent. || I have, etc.

Henry Elliot.

Nr. 5209.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Raschid Pascha) an den englischen Botschafter in Konstantinopel. — Erläuterungen des Verhaltens der Pforte in Bezug auf die arabischen Stämme.

Sublime-Porte, le 15 Juillet, 1873.

Nr. 5209.
Türkei.
15. Juli 1873.

M. l'Ambassadeur, — Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique semble se préoccuper outre mesure de la politique du Gouvernement Impérial, dans le Yemen en général, et en particulier de l'attitude que nos troupes tendent à prendre dans ces localités. || Permettez-moi de faire observer à votre Excellence que cette préoccupation, je pourrai dire cette inquiétude, n'est nullement fondée, et que l'incident isolé de Hoschpy Sultan ne suffit pas, à lui seul, pour faire supposer au Gouvernement Impérial des intentions bien éloignées de sa politique traditionnelle. || Ce n'est pas ici le moment de chercher à constater ou à invalider l'indépendance séculaire que le Gouvernement Britannique invoque pour les neuf tribus de Lohidge, Faudaly, &c.,* et pour le pays d'Adramat, pas plus qu'il ne s'agit de contester la validité des Traités que le Gouvernement Britannique a conclus avec les tribus susdites; ce que je tiens à faire connaître, sans toutefois préjuger de l'avenir, c'est que la politique du

Gouvernement Impérial n'a point varié dans le Yemen et que nos troupes ne sont pas animées de sentiments étrangers aux dispositions dont nous sommes pénétrés nous-mêmes. || L'incident, que j'appellerai volontiers l'accident, de la demeure de Hoschpy Sultan, — unique fait d'ailleurs dont le Gouvernement Britannique puisse se prévaloir, — présenté à distance et dépourvu de détails, n'est pas suffisant pour être considéré comme peignant une situation. D'ailleurs le Gouvernement Impérial à peine en a-t-il été informé que, sans hésiter sur les conséquences fâcheuses qui pourraient porter atteinte au prestige de son drapeau, il s'est empressé d'ordonner que la demeure de Hoschpy Sultan soit immédiatement évacuée. Je suis convaincu en outre que les détails que nous attendons sur cette occupation seront tels qu'ils expliqueront le fait d'une manière bien différente que le Gouvernement Britannique a pu l'interpréter. || A part ce fait je ne vois dans l'ensemble de la situation au Yemen que l'effet des rapports pleins de cordialité qui règnent entre nos autorités et les pays d'alentour. Cet échange de bons procédés et de sympathies mutuelles, puisant sa source dans le contact fréquent d'un bon voisinage, peut-être aussi dans le sentiment d'une religion commune, est de nature à rassurer le Gouvernement Britannique plutôt que de lui porter ombrage. || Je ne puis autrement expliquer l'apparition de nos employés dans le Chakha et Maukalla, aussi bien que dans les neuf tribus alliées du Gouvernement Britannique. Quant aux navires sous pavillon Ottoman qui fréquenteraient Adramat, quelle conséquence peut-on retirer si ce n'est que le commerce est florissant, que les besoins des populations augmentent tous les jours par le fait de la civilisation — ce qui dénote la marche ascendante du progrès et du commerce, choses que l'Angleterre a toujours envisagées avec satisfaction? Rapports de bon voisinage et simplement amicaux, développement inévitable du progrès et de la civilisation, respect absolu des us et coutumes de nos voisins, telles sont les bases de notre politique et de notre programme dans le Yemen. Nous voyons avec plaisir que les tribus aux environs d'Aden entretiennent des relations cordiales avec les autorités Anglaises. Nous constatons avec satisfaction que ces peuplades trouvent un débouché avantageux et lucratif de leurs denrées sur les marchés d'Aden, et notre ferme intention n'est point certes de troubler un état de choses aussi satisfaisant. J'aime à penser que ces explications franches feront disparaître les préoccupations du Gouvernement Britannique et dissiperont jusqu'à l'ombre du doute que le fait regrettable et encore inexpliqué de Hoschpy Sultan aurait pu faire naître sur nos intentions. || Veuillez, etc.

R a s h i d.

Nr. 5210.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Mittheilung, dass das Versprechen noch nicht erfüllt ist.

Foreign Office, October 17, 1873.

Nr. 5210.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1873.

Sir, — With reference to your Excellency's despatch of the 8th ultimo, I transmit to you copies of two further letters from the India Office with despatches from the Political Agent at Aden, stating that no notice is taken by the new Governor-General in Yemen of the Porte's instructions to withdraw the Turkish troops from the countries now occupied by the Arab tribes in the vicinity of Aden; and I have to instruct your Excellency to communicate to Raschid-Pasha the information contained in General Schneider's despatches, and to request that further stringent orders may be issued. || I am, etc.

Granville.

Beilage 1.

Brigadier-General Schneider to Mr. Gonne.

(Extract.)

Aden, August 21, 1873.

I have the honour to forward translation of a letter addressed to the Sultan of Lahej by Ahmed-Ayoob-Pasha, the recently appointed Governor-General of Yemen, the original of which I propose to send to the Secretary of State for India to show that the Pasha has conveyed a covert threat to the Sultan notwithstanding the assurances that have been given by the Porte to the British Government. || I have thought it advisable to address the following communication to Ahmed-Ayoob-Pasha, so that he may know the Resident is acquainted with the orders and instructions he has received from the Ottoman Government: — || "We have to bring to your Excellency's notice, that the detachment of Turkish regular and irregular troops sent by your predecessor, Ahmed-Mookhtar-Pasha, to Shuka, in the Howshebee country, have not yet been withdrawn. || We received an intimation a short time since from the Great Government that your Excellency had been sent from Constantinople with instructions from the Sublime-Porte to remove the above-mentioned troops from the Howshebee country. || We trust your Excellency will promptly act in conformity with the orders you have received in respect of the matter we now bring to your notice, and so cause affairs to revert to their normal condition by abstention from interference with chiefs and tribes

around Aden with whom the British Government has Treaties, or who are its stipendiaries. || We learn with regret that the Ameer Ali-bin-Mookbil, a stipendiary of the British Government, is still a prisoner at large."

Nr. 5210.
Gross-
britannien.
17. Oct. 1873.

Beilage 2.

Ahmed-Ayoob-Pasha to Sheikh Fadhl-bin-Mohsin.

(Translation.)

(After compliments.) Sana, 2 Samad-al-Akhir and 15 Jamo-az (July 27, 1873).

The answer that you have sent to our predecessor his Excellency Ahmed-Mookhtar-Pasha, which is dated 5th Jamad (1st July) reached us, and its meaning was to the effect that you were obliged for the explanation afforded concerning the promise you saw in a letter that was sent by the above-mentioned (Ahmed-Mookhtar-Pasha) to General Schneider, the Resident at Aden. Well, finally the above-mentioned explanation was not to any special purport. The object of that declaration was merely to show that action will be taken according to the orders that may be obtained from the Sublime-Porte. Then, your mind has not grasped the end that naturally will result from the effect of the said declaration and by reason of your going in the path of negligence, and it will be proved that your negligence has overcome your discretion. Now, it must be borne in mind and considered that every Government will not relinquish the rights that revert to its sovereignty and that it guards and protects, and who has already tendered his submission and entered within the pale of subjection; likewise, he who has the ability to do so: nor does it delay to make an example of and punish those who walk in the path of evil and sedition. || May you remain in a good state.

Nr. 5211.

GROSSBRITANNIEN. — Politischer Agent in Aden (Brigadier-General Schneider) an den Min. für Indien (Duke of Argyll). — Berichte über die Vorgänge in Lahej.

a.

(Telegraphic.)

Aden, October 20, 1873.

Some followers of Abdoolla, brother of Sultan, having made an attack on Bazaar at Lahej, were beaten off by Sultan, with two killed, and ten wounded, on both sides. Sheikhs mediated between Sultan and his brother

Nr. 5211.
Gross-
britannien.
20—27. Oct.
1873.

Nr. 5211. Abdoolla, who gives his son, and the son of Abdoolla-Kureem, as hostages
 Gross- for good conduct. A detachment of about twenty-five Turkish soldiers from
 britannien. Shuka has entered and occupied the fortified house of Abdoolla in Lahej ter-
 20—27. Oct. ritory; and commanding officer asks Sultan to give hostages, as Abdoolla and
 1873. the nephews have made their submission, and are Turkish subjects. Sultan
 declines. I have written to commanding officer, requiring him to vacate Lahej
 territory immediately, otherwise he will be answerable for consequences. Looking
 to conduct of Turkish officers, and disregard of orders from Ottoman
 Porte, I do not expect my letter will have effect. Commanding officer at
 Taizz meditates occupation of fort at Zaida, and has asked Sultan's permission
 to go there, which has been refused. I have recommended Sultan not to at-
 tack Turkish detachment in Abdoolla's house, as it would complicate matters;
 and commanding officer declares to Sultan he has had no hostile intention.
 If detachment is not withdrawn from Lahej, the time seems to have arrived
 to send troops there. I will dispatch an officer to Lahej, to support Sultan.

b.

(Telegraphic.)

Aden, October 22, 1873.

Turkish officer declines to remove Turkish detachment from Lahej territory, and states that he is there by order of Commander and Acting-Governor of Taizz to protect Abdoolla who is a subject of the Porte. In this emergency can Ottoman Porte be requested to send an order by telegraph to Governor of Taizz to care of Resident to withdraw troops from Howshebee country and Lahej.

c.

(Extract.)

Aden, October 22, 1873.

After writing my Report of the 20th October, the Sultan of Lahej paid me a hasty visit to represent, that a detachment of Turkish troops has entered his brother Abdoolla's house in his territory, and that the Commanding Officer had sent him a message asking him to release his nephews Mohsin and Fadhil, who had been given by Abdoolla as hostages for his good conduct, and that of the other brother Abdool-Kureem. || The Sultan explained more fully what has taken place in Lahej, and informed me that, after the skirmish in the bazaar, commenced by his brother Abdoolla's followers, he had invested his house with the intention of capturing him and other male members of the family, who persisted in acting contrary to his wishes and orders, and that it was only at the mediation of his Sheikhs and Seyds that he consented to suspend operations against them. || The brother Abdoolla after having given hostages, seems to have written for assistance to the Commanding Officer at Shuka, who thereupon entered Lahej and billeted twenty-five

Turkish soldiers in his house, and sent a message to the Sultan, that the brothers Abdoolla and Abdool-Kureem and the nephews Mohsin and Fadhil had made their submission and were Turkish subjects. The Commanding Officer further said he had come for no hostile purpose; that he was well aware, that Lahej was under British protection, and that the Ottoman Government had consented to leave him undisturbed; that the English and the Turks were brethren, and were not likely to come to blows in his cause. The Commanding Officer also declared that, if the hostages were not given up, he would write to Taizz for orders, when more troops would be billeted in Abdoolla's house. || The Sultan then showed me a letter he had received from the Commanding Officer of the troops at Taizz, in which he said the Ramazan was approaching; that the Turkish detachment at Shuka was inconveniently crowded, and asking permission to billet some of them at Zaida where the Sultan has a small fort and garrison. I advised the Sultan to refuse this permission, and to mention in his reply, that he was aware the Ottoman Government had ordered the withdrawal of troops from the Howshebee district. || I also advised the Sultan to refuse to give the hostages back, and to avoid making any attack against the Turkish detachment. This last caution was unnecessary, for I saw at once he had no wish to come into collision with it, and relied on the assistance of Government to free him from his present position. || I addressed both the Mootasarif at Taizz and the Commanding Officer of the Turkish detachment in Abdoolla's house regarding their proceedings, which I again informed them were entirely opposed to the orders and instructions issued by the Ottoman Government. || Captain Hunter, my first assistant, returned from the African coast on the morning of the 21st, and I sent him the same day to Lahej to reassure the Sultan and to support and advise him. If the detachment was not withdrawn before his arrival, he will explain to the Commanding Officer the absurdity of the position taken up by Turkish officials, viz., that, if persons residing in Lahej territory, whoever they may be, make profession of obedience to the Ottoman Government and commit crimes and misdemeanors in the territory, and are punished by the ruling Power, that the Ottoman Government is justified in sending its troops to rescue and protect the offenders.

Nr. 5211.
Gross-
britannien.
20 — 27. Oct.
1873.

d.

(Telegraphic.)

Aden, October 27, 1873.

A field force, composed of artillery, infantry, British and native, and sappers, 328 officers and men all told, under command of Colonel Mackenzie, marched on Lahej this morning, to support Sultan. Fifty sabres of Aden troop were at Lahej on 24th, with Captains Hunter and Gabb. Resident leaves this afternoon. || Government of India informed.

Nr. 5212.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den
königl. Min. d. Ausw. — Neue Zusagen der Pforte.

(Extract.)

Therapia, November 7, 1873.

Nr. 5212.
Gross-
britannien.
7. Nov. 1873.

With reference to my despatch of the 30th ultimo, I have the honour to inform your Lordship, that when I saw Raschid-Pasha on Monday I spoke very seriously to him of the line which had been adopted by the Turkish authorities in the Yemen with regard to the Arab tribes with whom Her Majesty's Government had Treaties. || Their proceedings had been so much in contradiction with the formal assurances given by himself on repeated occasions, that it would be impossible for me even to attempt to give your Lordship a satisfactory explanation of them. || The instructions with which we had been made acquainted, as those which the new Governor-General had received for his guidance, had been treated as so much waste paper. Her Majesty's Government had given a ready confidence to the assurances of the Porte; but finding it misplaced, they might now have to consider what course they may be compelled to follow with regard to the independent tribes, in whose incorporation into the Empire they are not disposed to acquiesce. | Raschid-Pasha betrayed much embarrassment in answering, and seemed conscious that the complaint of Her Majesty's Government was well founded. || He asked, if I had spoken to the Grand-Vizier on the subject, and I said that I had just left his Highness, but that, knowing him to be pressed for time to make certain financial arrangements which brooked no delay, I had merely alluded to it, and observed that I was about to have a serious conversation with the Minister for Foreign Affairs upon the matter. || Raschid-Pasha said, that it was determined to send Kiamil-Pasha, the Governor of Jerusalem, to the Yemen in the character of a Commissioner, to keep the Porte informed of the political position of the province, and promised that orders to the Governor-General not to molest the tribes in question should be forwarded. | I said I was glad to receive this promise from him, although its value was considerably diminished by the fact of its having already been made, more than once, without being followed by any result.

Nr. 5213.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Weiterer Bericht über die Erklärungen der Pforte.

Therapia, November 21, 1873.

My Lord, — I communicated yesterday to Raschid-Pasha the substance of your Lordship's telegram of the 19th, in reference to the continued occupation of the Howshebee country by the Ottoman troops; and his Excellency replied, that he hoped that we might consider the incident as completely terminated by the instructions that had been sent, and which will insure the evacuation of the territory in question, as Howshebee was specifically mentioned in them. || I said that, to avoid future misunderstanding, I should wish to be distinctly informed whether the present instructions were to be understood as applying to the country of the whole of the tribes having Treaties with us, of which I had furnished him with the list, and which the Porte had promised not to molest. || Raschid-Pasha replied, that such was the meaning of his instructions. || I trust, therefore, that no further difficulties may now arise; for, while I entertain no doubt of the sincerity of the assurances of the Grand-Vizier and the Minister for Foreign Affairs, they will, I believe, now have sufficient authority to insure their being observed. || I do not attempt to conceal from the Turkish Ministers the impression that must have been produced upon Her Majesty's Government by their late proceedings. | Many months ago a formal engagement had been taken by the Porte, and accepted in good faith by Her Majesty's Government, who, having protested when they found that it was not fulfilled, cannot but have expected that the Sultan's Government would at once and without hesitation redeem their promise, and express regret at the delay which had occurred. || Instead of this, unless I am entirely misinformed, the question of the expediency of maintaining or withdrawing the troops seems again to have been discussed, as though it were a matter upon which the Porte was still free to decide, and, although Her Majesty's Government will learn with pleasure, that the troops are to be withdrawn, the decision will not inspire them with the same confidence in any future assurances that they may receive from the Porte, as would have been the case, if it had been come to on the simple ground of being done in redemption of a former engagement. || I have, etc.

Nr. 5213.
Gross-
britannien.
21. Nov. 1873.

Henry Elliot.

Nr. 5214.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London
(Musurus Pascha). — Entschuldigung der Pforte.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 26 Novembre, 1873.

Nr. 5214.
Türkei.
26. Nov. 1873.

L'envoi d'Aden d'un détachement de 500 soldats pour empêcher l'occupation de Léhadj par les troupes Impériales est une mesure qui ne saurait être attribuée qu'à un malentendu provenant de l'incident d'un Cheikh de Léhadj qui avait eu recours aux autorités Impériales, et à la disposition de qui celles-ci ont cru à tort devoir mettre, sur sa demande, une escorte de zaptiés. Il est probable que la présence de quelques militaires sur le territoire de Léhadj ait éveillé l'attention des autorités Britanniques, et revêtu à leurs yeux le caractère d'un fait concordant avec des rapports exagérés. Or, ainsi que Sir Henry Elliot en a déjà reçu l'assurance, le Gouvernement Impérial n'a ni occupé ni même eu la pensée d'occuper ce district. Cela est si vrai que la Sublime-Porte, aussitôt informée des interprétations désagréables qui ont été la suite de l'incident ci-dessus, s'est empressée de prescrire par télégraphe et catégoriquement aux autorités compétentes et aux troupes Impériales d'éviter dans leur attitude tout ce qui pourrait donner même une apparence de réalité à ces interprétations. || Veuillez entretenir Lord Granville de ce qui précède, lui donner les assurances les plus formelles sur la sincérité de nos intentions, et lui démontrer l'inutilité d'une mesure qu'aucune nécessité ne commande.

Nr. 5215.

GROSSBRITANNIEN. — Politischer Agent in Aden an die Regierung zu Bombay. — Bericht über den Abzug der türkischen Truppen und Bestrafung des Abdullah.

Lahej, December 7, 1873.

Nr. 5215.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1873.

Sir, — I have the honour to report, that the Turkish troops evacuated Lahej and the Howshebee country on the 4th and 6th December respectively, I arrived at the former place on the evening of the 5th idem, and informed Abdoollah-bin-Mohsin, that I wished to see him the following day. He was told that the Resident would guarantee his safe return to his fort. || 2. Abdoollah-bin-Mohsin wrote in reply, that he would gladly visit the Resident to state his grievances and he asked to be escorted by Captain Hunter. || 3. He was brought to my quarters at 12 o'clock on the 6th December by the above

officer, accompanied by his brother Abdool-Kurreem and his son Fudhil. || 4. Abdoollah then proceeded to state his grounds for complaint, which were in effect that he was the eldest brother of the family, that he had not fair division of the Lahej territory and the Government subsidy, and that he ought to exercise power as well as the Sultan. || 5. I pointed out to him that there could only be one ruler in a country and that the present Sultan had been elected to reign by the suffrages of the Sheikhs and Sayeeds of the principality, and that he, his son and brother, were subjects of the Sultan, and had committed a great crime in rebelling against his authority and seeking the intervention of the Turks, instead of applying to the Resident for redress, if he, and those with him, considered they had been wronged. || 6. Abdoollah replied to this, that he had not addressed the Resident as he had never been noticed or recognized by that functionary, and he referred, with some bitterness, to a slight he said he had received from a former Resident, who had refused his hand when he extended it for the usual friendly salutations. I reminded him, that I was not responsible for this act, and that I had sent him a warning against continuing to act in opposition to the Sultan's wishes by holding communications with the Turks, and Ali-bin-Mana the Howshebee, who was his brother's enemy. || 7. Abdoollah replied, that he had felt himself in such a strait that he accepted the assistance of any one against the Sultan, and he begged the clemency of Government for his conduct. || 8. I listened patiently to everything Abdoollah had to say, and I then told him that his making his submission to the Turks, and calling their troops to his aid to invade Lahej territory after he had given hostages for future good conduct, had caused grave complications, and had given much trouble to the British Government, and that his acts could not be passed over, and I informed him the Resident required him, with his brother Abdool-Kurreem and his son, to make their unconditional submission by 4 o'clock that afternoon, and also to make over the occupation of his fortified houses at the same hour to British troops. || 9. Abdoollah was taken by surprise at these conditions, but I stated that they could not be abated one hair, and that, if not complied with by the time named, British troops would invest and capture his forts by force of arms. He demurred for a while, protesting that he, Abdool-Kurreem, and his son, could not forsake their families, and that they would rather die under the ruins of their houses than submit to such humiliating terms. || 10. I remarked to Abdoollah that the British Government did not war with women and children, and that he might rely on their families being treated in a manner befitting their position, and that this duty would be undertaken by Fudhil-bin-Ali, a nephew of the Sultan, with the permission of the latter. || 11. After a little consultation among themselves, Abdoollah, on behalf of himself, his brother, and son, accepted unconditionally the terms offered to him, and he said he was prepared to go to Aden as a prisoner, with his son and Abdool-Kurreem, and to make over his forts at once to British troops. ||

Nr. 5215.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1873.

Nr. 5215.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1873.

12. I accordingly ordered a detachment of troops, British and native, to parade for the purpose, under the command of Lieutenant-Colonel Edwards, and they were marched to the forts before 3 o'clock, accompanied by my Assistant, Captain Hunter, and the brother Abdoollah, Abdool-Kurreem, and Fudhil-bin-Abdalla. The former ordered his garrison to vacate, which was done with great demonstrations of delight by the Arabs, and the troops took possession. || 13. The families left at dusk, the aged mother of Abdoollah being carried on a dhoolie, and shortly afterwards Abdoollah and his son and Abdool-Kurreem were taken to Aden by Captain Hunter with an escort of the Aden troop, where they will await the orders of Government for their disposal. || 14. I inspected the forts in the evening, and am satisfied they could only have been reduced by powerful artillery and mortars, owing to the great thickness of the walls and to their being built of white sun-burnt bricks. This morning the forts were entirely dismantled, and openings have been made in the walls, so that they are quite untenable, and I await the arrival of the Executive Engineer to further destroy a place, which has been a standing menace against the Sultan of Lahej for the last ten years, and which enabled Abdoollah and other members of the family residing there to rebel against his authority with comparative impunity. || 15. I anticipate the best results from the retribution that has overtaken Abdoollah, Abdool-Kurreem, and Fudhil-bin-Abdoollah, and the people around recognize the influence and strength of the British Government, which has, apparently without an effort, not only forced Turkish troops to withdraw, with great loss of prestige, from positions they desired to occupy, but has also been able to inflict in a few hours a terrible punishment on the Chief, who has hitherto defied the authority of the ruler of the country. || 16. Copy of this letter will be forwarded to the Secretary of State for India. || I have, etc.

J. W. Schneider.

Nr. 5216.

GROSSBRITANNIEN. — Verträge zur Abschaffung des Sklavenhandels an der Ostküste von Africa.

a.

Engagement of the Sultan of Johanna as to Protection to be afforded to Immigrants in the Island of Johanna.

Johanna, March 8, 1873.

Sir, — I have the honour to inform your Excellency that, from this day, I engage to insure to all immigrants into this Island of Johanna the rights and privileges of free natives of Johanna, and I especially engage to protect any persons, who may be rescued from slavery by the vessels of Her Britannic Majesty's navy, and who may be permitted by the orders of Her Majesty's Government to reside in this island. || I have, etc.

Nr. 5216.
a.
Gross-
britannien.
8. März 1873.

Sultan Abdallah.

His Excellency Sir Bartle Frere, G.C.S.I., K.C.B.,

etc. etc. etc.

On Special Mission to Zanzibar and Muscat.

b.

Engagement of the Nukeeb of Maculla for the Abolition of the Slave Trade in his Dominions.

Signed at Maculla, April 7, 1873.

Whereas under date 14th May, 1863, A. D. (25th Dhil-Kaada, 1279 A. H.), a solemn Agreement was entered into by me, Silah-bin-Mahomed, Nukeeb of Maculla, with Brigadier William Marcus Coghlan, covenanting to abolish and prohibit the export or import of slaves from or to any part of my territory, from or to any other place, whether in Africa or in Asia, or elsewhere. And whereas his Excellency Sir Henry Bartle Edward Frere, G.C.S.I., K.C.B., Her Britannic Majesty's Special Envoy, has now impressed on me the advantages of adhering in perpetuity to the terms of the said Agreement: therefore and accordingly, I, Silah-bin-Mahomed, Nukeeb of Maculla aforesaid, on behalf of myself, my heirs and successors, do hereby solemnly confirm and engage to be bound by the terms of the aforesaid Agreement of 14th May, 1863. | Done at Maculla, this seventh day of the month of April, in the year of our Lord one thousand eight hundred and seventy-three.

Nr. 5216.
b.
Gross-
britannien.
7. April 1873.

H. B. E. Frere, Special Envoy.

Silah Mahomed.

Witnesses. Lewis Pelly, Colonel, Political Resident in the Persian Gulf.

C. B. Euan Smith, Major, Private Secretary to Sir B. Frere.

c.

Treaty between Her Majesty and the Sultan of Muscat for the Abolition of the Slave Trade.

Signed at Muscat, April 14, 1873.

Nr. 5216.
c.
Gross-
britannien.
14. April 1873.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Highness the Seyyid Toorkee-bin-Said, Sultan of Muscat, being desirous to give more complete effect to the engagements entered into by the Sultan and his predecessors for the perpetual abolition of the Slave Trade, they have agreed to conclude a Treaty for this purpose, which shall be binding upon themselves, their heirs and successors; and Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, having appointed as her Plenipotentiary Sir Henry Bartle Edward Frere, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, and Knight Grand Commander of the Most Exalted Order of the Star of India, he, having communicated to the Sultan of Muscat his full powers found in good and due form, and the aforesaid Sultan of Muscat, Seyyid Toorkee-bin-Said, acting on his own behalf, they have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I. The import of slaves from the coasts or islands of Africa or elsewhere into the Dominions of Muscat, whether destined for transport from one part of the Sultan of Muscat's Dominions to another, or for conveyance to foreign parts, shall entirely cease, and any vessels engaged in the transport or conveyance of slaves after this date shall be liable to seizure and condemnation by all such Naval and other Officers or Agents, and such Courts as may be authorised for that purpose on the part of Her Britannic Majesty; and all persons hereafter entering the Sultan's Dominions and Dependencies shall be free.

Article II. The Sultan engages, that all public markets in his Dominions for slaves shall be entirely closed.

Article III. The Sultan engages to protect, to the utmost of his power, all liberated slaves, and to punish severely any attempt to molest them or reduce them again to slavery.

Article IV. Her Britannic Majesty engages, that natives of Indian States under British protection shall, from and after a date to be hereafter fixed, be prohibited from possessing slaves, and in the meanwhile from acquiring any fresh slaves.

Article V. The present Treaty shall be ratified by Her Majesty, and the ratification shall be forwarded to Muscat as soon as possible.¹⁾
In witness whereof, Sir Henry Bartle Edward Frere, on behalf of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and Seyyid

¹⁾ Delivered to the Sultan in September 1873.

Toorkee-bin-Said, Sultan of Muscat, on his own behalf, have signed the same and have affixed thereto their respective seals.

Done at Muscat this fourteenth day of April, one thousand eight hundred and seventy-three.

(L. S.) H. B. E. Frere.

(L. S.) Seyyid Toorkee-Bin-Said.

d.

Treaty between Her Majesty and the Sultan of Zanzibar for the Suppression of the Slave Trade.

Signed at Zanzibar, June 5, 1873.

In the Name of the Most High God.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Highness the Seyyid Barghash-bin-Said, Sultan of Zanzibar, being desirous to give more complete effect to the engagements entered into by the Sultan and his predecessors for the perpetual abolition of the Slave Trade, they have appointed as their Representatives to conclude a new Treaty for this purpose, which shall be binding upon themselves, their heirs and successors, that is to say, Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland has appointed to that end John Kirk, the Agent of the English Government at Zanzibar; and His Highness the Seyyid Barghash, the Sultan of Zanzibar, has appointed to that end Nasir-bin-Said, and the two aforementioned, after having communicated to each other their respective full powers, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I. The provisions of the existing Treaties having proved ineffectual for preventing the export of slaves from the territories of the Sultan of Zanzibar in Africa, Her Majesty the Queen and His Highness the Sultan above named agree that from this date the export of slaves from the coast of the mainland of Africa, whether destined for transport from one part of the Sultan's dominions to another or for conveyance to foreign parts, shall entirely cease. And His Highness the Sultan binds himself, to the best of his ability, to make an effectual arrangement throughout his dominions to prevent and abolish the same. And any vessel engaged in the transport or conveyance of slaves after this date shall be liable to seizure and condemnation by all such Naval or other Officers or Agents and such Courts as may be authorized for that purpose on the part of Her Majesty.

Article II. His Highness the Sultan engages, that all public markets in his dominions for the buying and selling of imported slaves shall be entirely closed.

Article III. His Highness the Sultan above named engages to protect, to the utmost of his ability, all liberated slaves, and to punish severely any attempt to molest them or to reduce them again to slavery.

Nr. 5216.
c.
Gross-
britannien.
14. April 1873.

Nr. 5216.
d.
Gross-
britannien.
5. Juni 1873.

Nr. 5216.
d.
Gross-
britannien.
5. Juni 1873.

Article IV. Her Britannic Majesty engages, that natives of Indian States under British protection shall be prohibited from possessing slaves, and from acquiring any fresh slaves in the meantime, from this date.

Article V. The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged, at Zanzibar, as soon as possible, but in any case in the course of the 9th of Rabia-el-Akhir [5th of June, 1873] of the months of the date hereof.*

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed their seals to this Treaty, made the 5th of June, 1873, corresponding to the 9th of the month Rabia-el-Akhir, 1290.

John Kirk, Political Agent, Zanzibar.

The mean in God's sight,

Nasir-Bin-Said-Bin-Abdallah.

With his own hand.

The humble, the poor,

Barghash-Bin-Said.

With his own hand.

e.

Engagement of the Jemadar of Shuhr for the Abolition of the Slave Trade in his Dominions.

Signed at Shuhr, November 17, 1873.

Nr. 5216.
e.
Gross-
britannien.
17. Nov. 1873.

This 17th day of November, A. D. 1873, answering to the 26th day of Ramadhan, A. H. 1290, I, Abdoollah-bin-Omar-Ali-Kaiatee, Ruler of Shuhr, engage with the great English Government to abolish and prohibit the import and export of slaves to or from the port of Shuhr and all the dependencies thereof, from or to any other place in Africa or Asia, or elsewhere; and whereas his Excellency Sir Henry Bartle Edward Frere, G. C. S. I., K. C. B., Her Britannic Majesty's Special Envoy, has impressed upon me the advantage of adhering in perpetuity to the terms of the Agreement entered into by Ali bin Najee, Nakeeb of Shuhr, with Brigadier William Marcus Coghlan, on the 14th day of May, A. D. 1863, answering to the 25th day of Dhil-Kaada,

* The Sultan of Zanzibar's Ratification was attached to the original Treaty. That of Her Majesty was delivered to the Sultan in September 1873.

A. H. 1279, therefore I and my brothers, Awadh and Salih, on behalf of ourselves, our heirs and successors, do hereby solemnly confirm and engage to be bound by the terms of that Agreement.

Nr. 5216.
e.
Gross-
britannien.
17. Nov. 1873.

Abdoolla-Bin-Omar-Alkaiatee, Katubh
Awuz-Bin-Omar-Alkaiatee Sultan } (in Arabic.)
Noor-Ahmed-Bahadoor.

J. W. Schneider, Brigadier-General, Political Resident at Aden.

W. F. Prideaux, Assistant Resident at Aden.

(L. S.)

Northbrook.

Ratified by his Excellency the Viceroy and Governor-General of India at Calcutta, on the 11th day of February, 1874.

C. U. Aitchison, Secretary to the Government of India, Foreign Department.

Der Intransigenten-Aufstand an der spanischen Süd-Ost-Küste und das Verhalten der fremden Flotten dabei.

Nr. 5217.

GROSSBRITANNIEN. — Consul in Carthagena an den Min. d. Ausw.
— Anzeige von der Uebergabe Carthagena's an die Insurgenten.

Carthagena, July 15, 1873.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that this city, with its forts, park of artillery, arsenal, and squadron, chiefly iron clads, have surrendered to the Intransigentes, or extreme Republican party, who have formed a Revolutionary Junta against the existing Government, under the command of General Contreras; the Government troops retreated from the city yesterday morning, with the Governor-General, but returned in the afternoon, having declared in favour of the rebellion, with the exception of the General and some staff officers, so that Carthagena is completely in the possession of the Revolutionists. Up to the present, no blood has been shed, but it is reported that the town is to be laid siege to, and that troops are already in movement. As there is no personal or other security, I have applied to the

Nr. 5217.
Gross-
britannien.
15. Juli 1873.

Nr. 5217. Governor of Gibraltar for a vessel of war to protect the interests of British
Gross- subjects. The better class of inhabitants (Spanish) are leaving the town in
britannien. the greatest confusion, fearing the results of this extraordinary rising. I have, etc.
15. Juli 1873.

Edmund J. Turner.

Nr. 5218.

SPANIEN. — Vertreter in London an den engl. Min. d. Ausw. —
Anzeige, dass die Insurgentenschiffe von der Regierung in Madrid
für Piraten erklärt sind.

(Translation.)

Spanish Legation, London, July 23, 1873.

Nr. 5218. My Lord, — The Spanish Government has published, in the official Ga-
Gross- zette of Madrid, a decree, declaring the crews of the vessels of the fleet
britannien. "Vittoria", "Mendez Nunez", "Almansa", and "Fernando el Catolico", which have
23. Juli 1873. revolted at Carthagena, and the crew of any other vessel, which may do the same in
future, and navigate without their officers, to be pirates, and authorizing foreign
Powers and their naval forces to capture them as privateers in the jurisdictional
waters of Spain or elsewhere, and to try the revolted crews as privateers. The
Spanish Government only reserves to itself the property of the vessels and
the material on board. || In communicating to your Excellency this official de-
claration of piracy made by my government in accordance with international
usages, I beg that it may be taken into consideration, so that Her Britannic
Majesty's Government, its authorities and its fleet, in virtue of the present no-
tification, may consider the aforesaid Spanish vessels which navigate without
flag and their crews as pirates, and that they may be treated as such when
the opportunity occurs. || I avail, etc.

Fed. Rubio.

Nr. 5219.

GROSSBRITANNIEN. — Secretair des Ausw. Amts an den Secretair
der Admiralität. — Instruction für das Verhalten der englischen
Kriegsschiffe.

Foreign Office, July 24, 1873.

Nr. 5219. Sir, — With reference to my letter of yesterday, respecting the Spanish
Gross- ships of war denounced as pirates by a Decree of the Government of Madrid,
britannien. I am directed by Earl Granville to request that you will acquaint the Lords
24. Juli 1873.

Commissioners of the Admiralty that Her Majesty's Government consider that, if such vessels commit any acts of piracy affecting British subjects or British interests, they should be treated as pirates, the Decree of the Spanish Government having deprived them of the protection of their flag; but if they do no such act they should not be interfered with. || I am to add, that Lord Granville presumes that there is a sufficient British naval force on the coast of Spain for the protection of British interests in the present circumstances. || I am, etc.

Nr. 5219.
Gross-
britannien.
21. Juli 1878.

E. Hammond.

Nr. 5220.

GROSSBRITANNIEN. — Vertreter in Madrid (Mr. Macdonell) an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Wegnahme der „Vigilante“ durch Capitain Werner.

(Extract.)

Madrid, Juli 27, 1873.

I have the honour to lay before your Lordship the following details relative to the seizure of the Spanish war steamer „Vigilante“ by the German iron clad „Frederic Carl“. || As your Lordship is aware the Spanish Government decreed, on the 21st instant that the vessels of war laying in the Port of Carthagera, and which had been seized by the insurgents of that self-styled independent canton, should be considered as pirates. This decree I communicated in a Circular despatch to Her Majesty's Consuls for the information of the Commanders of Her Majesty's war-vessels on the coast of Spain, adding that I had transmitted copy of the Decree to your Lordship, with the request that Her Majesty's Government would be pleased to forward the necessary instructions to the said officers. || On the 21st instant Her Majesty's Consul at Alicante informed me that the revolted frigate „Vittoria“ had arrived the previous day in that port, for the purpose of promoting a „Pronunciamento“, and also to levy a contribution; that, on the morning of the 22nd instant, on the appearance before Alicante of the German iron-clad, the „Vittoria“ steamed out of the port whilst the former anchored there. The „Vittoria“ left Alicante under Spanish colours; but it would appear that at a short distance from that port she hoisted the red flag, whereupon the „Frederic Carl“ steamed in pursuit of the „Vittoria“, both vessels steering in the direction of Carthagera. || Captain Werner, of the „Frederic Carl“, then, ignorant of the Decree of the Spanish Government, limited his action to ordering the „Vittoria“ to haul down the red flag. The „Vittoria“ shortly afterwards entered the port of Carthagera, and the „Frederic Carl“ continued cruising off that port, when she fell in with the steamer „Vigilante“, likewise flying the Republican flag.

Nr. 5220.
Gross-
britannien.
27. Juli 1873.

Nr. 5220.
Gross-
britannien.
27. Juli 1878.

Having brought her to, Captain Werner found her carrying an armed mob, headed by a rebel deputy of the Cortes named Galvez, and having intimated to the said Galvez that he could not allow a vessel in the condition of the "Vigilante" to navigate with impunity, he transferred the Deputy and his motley crew to the "Frederic Carl", and sent the "Vigilante", in charge of a German officer and crew, to Gibraltar. || On these facts becoming known at Carthagen a the rebels declared, that they would seize and treat the Prussian Consul as a hostage, but this gentleman had already proceeded on board a German frigate. The infuriated mob then went in search of his wife and family, but they, too, had received timely warning, and had escaped from the town. Disappointed at this failure, the insurgents threatened to set fire to the Consulate and destroy the property of foreigners, if the captain of the German vessel did not release his prisoners, and give up a sum of 40,000 duros which Señor Galvez had levied, during his cruize, on the seaport town of Torrevieja. || The serious turn which events were taking at that moment, and fearing that the mob might, perhaps, vent their fury on all foreign subjects or their properties, the German Consul persuaded Captain Werner to give way to the demand of the rebel Chief, General Contreras. Consequently, the latter, with the rest of the Cantonal Junta, repaired on board the "Frederic Carl", and there met at a conference Captain Werner, the German Consul, and the Commander of Her Majesty's ship "Pigeon", who had then entered the port of Carthagen a, and had been invited by Captain Werner to act and co-operate with him in his present dilemma. || This conference resulted in the compact, copy of which I have the honour to inclose, drawn up by and signed by General Contreras and the Revolutionary Junta on the one side, and the above-named officers on the other. This compact was at once carried into execution, and the insurgents, with their Chief and the money seized, were at once given up to the Independent Cantonal Government of Murcia. || On returning to Government House, General Contreras called together the foreign Consuls and inquired of them, if they had received instructions from their Governments concerning the Decree of the Spanish Government declaring certain ships of war, with their crews, pirates. || Mr. Consul Turner, in accordance with my instructions, answered in the negative, and that such vessels that might be or should arrive in port for the protection of foreign interests should remain neutral pending instructions from Her Majesty's Government, upon which General Contreras engaged his word, that the lives and interests of foreign subjects should be protected. || Inclosed herewith, I have the honour to transmit to your Lordship a copy of a circular addressed by the Insurgent Chief, General Contreras, to the foreign Consuls at Carthagen a for transmission to their respective Governments. || By the reports which reach me from Her Majesty's Consuls and other reliable sources, I regret to state that disorders and disturbances, if not actual fighting, are still going on at Cadiz, Malaga, Valencia, Alicante, Seville etc.

P. S. — Since writing the above I have received a telegram from Her

Majesty's Consul at Alicante, informing me that the Government troops had invested Valencia. The Minister of War leaves Madrid this evening for the purpose of commanding the attack.

Nr. 5220.
Gross-
britannien.
27. Juli 1873.

Beilage 1.

Circular of General Contreras to the Consular Body in Carthagen.

(Translation.)

Carthagen, July 23, 1873.

The Constituent Cortes having proclaimed the Federal Republic as the form of Government of the Spanish nation, the people looked for the fulfilment of that solemn pledge with all the speed that their country and their enduring efforts in the cause of Federation merited; and our beholding a month and a-half pass by without either the Cortes or the Government performing even the most insignificant act in favour of the speedy establishment of the Federal Cantons, the Spanish Provinces, wherein the liberal spirit has ever attained its highest development, created themselves into Cantons, without thereby entirely refusing to recognize the powers of the Constituent Cortes. || One of the Provinces, that of Murcia, joined to its declaration of Cantonal independence the naval forces of this port and a portion of the army, and with these tendered her aid to the spontaneous movement begun in the neighbouring Provinces, when she was surprised by the Decree of the Central Government declaring the sailors, who had joined the people pirates, and invoking the aid of foreign Powers to prevent the people from realizing the fulfilment of the solemn Constitutional enactment. || The Committees ("Juntas") of the Murcian Canton cannot believe, that the Powers friendly to Spain will intervene in a pending question between two political groups which as yet have not declared mutual hostility. They cannot believe, that the navies of enlightened nations will come to interfere in difficulties involving no great or transcendental issues for the future, when in other civil struggles, disastrous in their effects and protracted in their duration, no intervention has taken place. But our position demands a declaration of the fundamental facts of the present movement, not by the way of convincing foreign Powers, but as a refutation of the bases on which the forces of friendly nations might rely for intervention in our acts. || The attitude of the Murcian Canton, like that of the others proclaimed in Spain, is sustained and justified by sixty Representatives of the nation, holding seats in the Constituent Cortes; and there, where the sovereignty of the people is embodied in the 358 Deputies legally proclaimed, the attitude of our Cantons cannot well signify a transcendental crime when a fifth part of the Representatives of the nation justify our acts. || Seven of them are now in this Canton legalizing, by their presence, all that is done here. Five of

Nr. 5220.
Gross-
britannien.
27. Juli 1873.

them are in the neighbouring Canton of Valencia, who authorize the realization of the Constitutional resolution; and all who, both in Madrid or in the Provinces, have made declarations favourable to the immediate organization of the Cantons are ready to sustain them on all occasions. || If, therefore, a simple question of procedure separates the Cantonal Authorities from the system established by the Cortes, can this be an adequate motive to call forth a declaration of civil war against the whole Provinces animated by the memory of the energetic struggle of 1808 in the cause of our independence? || The Cantonal Committee has declared treasonable the Executive Power of Madrid, or its Decree of foreign intervention. || The Spanish Federation holds the fortified cities of Carthagena and Cadiz, and of Murcia, with the important cities of Seville, Valencia, Alicante, Jaen, Granada, and a multitude of the intervening towns, and therefore we have a right to demand that our acts be respected. || On the other hand, the Cantonal Authorities have the full assurance that foreigners resident in the territory under their jurisdiction shall not be molested in the least degree, and pledge themselves to give them assurances for the future; because not only has the present prudent movement given rise to no acts of disturbance, and still less of bloodshed, but also because it has been an unequalled example of wisdom and moderation. || To the Cantons belongs the right to ask for the fulfilment of the Constitutional Resolution; justice is on their side, because the cry raised by the people in aid of the Government that convened the Cortes, is now repeated by the Cantons; and, lastly, abundant reason is on their side when they demand respect and consideration from foreign Powers, because of the proportions of the movement, the order with which it has been realized, and the facility with which all the authorities of the Cantons continue in the full exercise of their powers. || Founding his action on these considerations, the Undersigned, Captain-General of the Federal Republic of Spain, General-in-chief of its Army and Navy, fully authorized by the first temporary authorities thereof to treat with the Representatives of foreign Powers, requests them to suspend the action they are called upon to execute by the Decree of the Government of Madrid of the 21st (? 20th) instant, and to maintain meanwhile all customary consideration towards the constituted authorities of the Cantons of the Spanish Federation. || I wish for you many years of life and prosperity for those you represent.

Juan Contreras.

Beilage 2.

Nr. 5220.
Gross-
britannien.
27. Juli 1873.

Compact between Commodore Werner, Commander of the German man-of-war "Frederic Carl", and M. Anthony Galvez Arce, Chief of the armed steamer "Vigilante".

(Translation.)

1. The Commodore Werner has been obliged to capture the before-mentioned "Vigilante", in view of the flag carried by the said vessel, which was unknown amongst military navies. || 2. M. Galvez, recognizing such rights, delivers the vessel to Commodore Werner, which gentleman grants liberty to the crew, and those on board, to go where they think convenient. || 3. M. Galvez and signers hold themselves responsible that the lives and property of all subjects, German, English, and of other nations, residents in Carthagena, or under the jurisdiction of the Junta de Salud Publica, formed in same, should be respected. The aforesaid Junta is responsible — || 4. Not to allow any men-of-war, of those anchored in the Port or Arsenal of Carthagena, to leave the port, holding same responsible for the fulfilment of such. || 5. The suspension of the said vessels being cleared, will last until the 28th instant, by which time instructions from their respective Governments may be received. || 6. Both vessels, as well as others that may arrive, shall anchor either in Carthagena, or Escombrera, at the option of their Commanders; without being molested under any pretext whatsoever by the inhabitants of the city or its vicinity.

On board of the German frigate "Frederic Carl", July 23, 1873.

By the Junta,

(Signed.)

Miguel Moza.

The Deputies of Assembly,

Alfredo Sauralle.

Eduardo Carvajal.

Antonio Galvez Arce.

Werner, Capitain zur See und Chef des Geschwaders.

J. A. Trotter, Lieutenant, Commanding Her Britannic Majesty's gun boat "Pigeon".

Signed as witness the Russian Vice-Consul, acting as Consul for the German Empire,

R. Spatorno.

Nr. 5221.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Berlin (Mr. Adams). — Mittheilung über das Verhalten Englands gegen die Insurgentenschiffe.

Foreign Office, July 29, 1873.

Nr. 5221.
Gross-
britannien.
29. Juli 1873.

Sir, — I have to inform you, that the German Ambassador, acting under instructions from Prince Bismarck, asked me on the 25th instant what course Her Majesty's Government intended to pursue respecting the notification issued by the Spanish Government, pronouncing certain vessels to be pirates. I informed him, that I had simply replied to Señor Rubio's communication of this notification by officiously acknowledging its receipt; and I added, that the British naval officers commanding vessels on the coast of Spain had been told that it was the opinion of Her Majesty's Government, that, if any Spanish man-of-war which had revolted, or should revolt against the Spanish Government, should commit any acts of piracy affecting British subjects or British interests, they should be treated as pirates, as they had been deprived of the protection of the Spanish flag by a decree of the Spanish Government. I stated, at the same time, that the British officers had been warned to be extremely cautious in any measures which they might take respecting revolted vessels. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5222.

GROSSBRITANNIEN. — Admiralität und Auswärtiges Amt. — Meldung des drohenden Bombardements von Malaga und Antwort darauf.

a.

Admiralty, July 30, 1873.

Nr. 5222.
Gross-
britannien.
30. Juli 1873.

Sir, — I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to request you will inform Earl Granville, that the following telegram has just been received from the Senior Naval Officers at Gibraltar, dated this day, 8.35 A. M.: — || "Despatch just arrived from Consul at Malaga; Vice-Consul Almeria reports, noon, 28th, Contreras with two frigates arrived; bombardment of town feared; Governor of Malaga subsequently received telegram from Almeria stating Contreras had disarmed volunteers at Almeria, and was about to sail for Malaga. Consul Wilkinson also reports, that German Commodore has just anchored, determined to oppose the bombardment of Malaga; great panic. I sent 'Lynx' immediately, and retain 'Pheasant' here in case you want

special orders sent about Malaga. Commander of 'Lynx' will wait on German Commodore on arrival to assist him in preventing bombardment of Malaga. Carvajal said to be with Contreras. I think presence of ships alone will stop bombardment." || 2. My Lords would wish to be informed whether Earl Granville desires any special instructions to be sent to the Senior Naval Officer at Malaga. || I am, etc.

Nr. 5222.
Gross-
britannien.
30. Juli 1873.

Robert Hall.

b.

Foreign Office, July 30, 1873.

Sir, — With reference to your letter of to-day, I am directed by Earl Granville to state to you, for the information of the Lords Commissioners, that Her Majesty's Government are of opinion that the Commander of the British naval forces in Spanish waters should be instructed, if and when his force is sufficient for the purpose, to require of the rebel ships before Malaga to refrain from bombarding the town until sufficient time has been allowed for placing British life and property in safety; to enforce this demand, if it is refused; and, if it is granted, to proceed to give effect to the measures necessary for the security of British subjects and their property. Should the case exist elsewhere in Spain the Commanders of Her Majesty's ships should be guided by a similar principle. || I am, etc.

E. Hammond.

Nr. 5223.

GROSSBRITANNIEN. — Consul in Malaga an den königl. Min. d. Answ. — Bericht über die Wegnahme der „Vittoria“ und „Almanza“.

Malaga, August 1, 1873.

My Lord. — I have the honour to inclose herewith a copy of a despatch, dated yesterday, which I received this morning from Mr. Vice-Consul Barron, relating to the bombardment of Almeria by the insurgent frigates „Vittoria“, and „Almansa“, under the command of General Contreras. These ships, after leaving Almeria, proceeded to Motril, where they arrived yesterday, and, under threat of a bombardment, they exacted and obtained a sum of 16,000 dollars. The ships then separated, the „Vittoria“ steering south, whilst the „Almansa“ took a westerly direction, the latter evidently bound for this port. Fortunately for the town of Malaga the „Frederic Carl“, a German iron-clad, under the command of Commodore Werner, and Her Majesty's ship „Swiftsure“, Captain Ward, were lying at anchor off this port, and at daybreak this morning they got under weigh and proceeded in quest of the Spanish ships. At

Nr. 5223.
Gross-
britannien.
1. Aug. 1873.

Nr. 5223.
Gross-
britannien.
1. Aug. 1873.

a distance of a few miles they fell in with the frigate "Almansa", which vessel they seized without resistance; and an hour or so later they came up with the iron-clad "Vittoria", which likewise surrendered to the German and British frigates, in whose custody the insurgent vessels are now being reconveyed to Carthagen, under the obligation not to proceed to sea again in the service of the rebels; and to guarantee the security of the German Consul at Carthagen, General Contreras is detained on board of the "Frederic Carl" as a hostage. || The inhabitants of Malaga congratulate themselves upon having escaped a dreadful disaster, for it is now evident that the object of the insurgents was to attack the town by sea with their ships, and by land by means of their confederates, who, although not numerous, are sufficient to create a powerful diversion in their favour on the part of the lately vanquished followers of M. Carvajal, and the plunder and destruction of property and the loss of life would have been fearful to contemplate. || I have, etc.

Richd. Wilkinson.

Nr. 5224.

GROSSBRITANNIEN. — Vice-Admiral Sir H. Yelverton an den Secretair der Admiralität. — Bericht über die Operationen des "Friedrich Karl" und "Swiftsure".

"Lord Warden", at Gibraltar, August 2, 1873.

Nr. 5224.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1873.

Sir, — I have the honour to acquaint you, for the information of the Lords Commissioners of the Admiralty, that, on my passage from Malta to Malaga during the evening of yesterday, the 1st instant, I fell in with the "Swiftsure", in company with the German iron-clad ship "Frederick Karl", Commodore Werner, escorting two Spanish revolted ships of war, the "Vittoria" and "Almanza", from Malaga to Carthagen. || 2. From the personal communications then made to me by Captain Ward, there is no doubt that, through the timely interference of the Commodore and himself, Malaga was saved from bombardment, bloodshed, and sacking. || 3. It appears, that Commodore Werner was lying at Carthagen when these revolted ships left that port under the command of General Contreras on the 28th ultimo, and that he was then aware of the Decree of the Government at Madrid (copy of which I inclose) having denounced these vessels as pirates, and supposing them to be about to proceed to Malaga to raise money and create disorder, he made arrangements to follow them, and steered at once for that port. || The Spanish General having, however, determined on a system of extortion and intimidation, stopped at Almeria and bombarded that defenceless town from 10 A. M. to 4 P. M., in the hope of getting a ransom; but, as the firm front of few troops

seems to have had the effect of preventing his landing, he was unable to carry out his purpose there. It must be observed that, although the General's intentions were anticipated, he gave no notice to the authorities of the place by which foreigners could have tried to escape and remove their property. || This was clearly an act of piracy coming within the scope of their Lordships' telegram of the 24th ultimo. || 4. The revolted ships then moved on to Motril, where General Contreras, under a threat of bombardment, levied a sum of 16,000 dollars on an unarmed and defenceless community. Having achieved this success, he proceeded to Malaga, where he was, fortunately, met by the German Commodore and the "Swiftsure". || 5. Commodore Werner and Captain Ward (after consultation), having heard of General Contreras' recent piratical acts at Almeria and Motril, and feeling themselves to be further borne out by the Decree of the Spanish Government, determined to arrest his further course. On the appearance of the "Almanza" at Malaga on the 31st ultimo, the Commodore at once desired General Contreras to surrender himself and staff as hostages on board the "Frederick Karl", and then informed him that he should take him and convoy the revolted ships back to Carthagen. || The "Frederick Karl" and "Swiftsure" were carrying out this determination when I met them about 60 miles east of Malaga. || 6. About the time the revolted ships were to have arrived at Malaga I am informed that upwards of 2,000 roughs, terming themselves Red Republicans, with no apparent leader and without organization, entered the city; and it was their intention to co-operate with the revolted ships so soon as the expected bombardment commenced. Happily, their design was frustrated. || 7. My appearance off Malaga this morning at daylight with the "Lord Warden", "Invincible", and "Pallas", had also a very reassuring effect upon the party of order, whilst, on the other hand, it destroyed all hope of the revolutionary rabble. || After communicating with Her Majesty's Consul, and finding that all apprehension of further danger was at an end, I proceeded to Gibraltar, leaving the British subjects at Malaga under the protection of the "Lynx". || 8. From all the information I have been able to gather, it appears that General Contreras is conducting operations on his own account entirely, and hoisting the red flag or a Spanish one (without the arms) as it suits his convenience. || He was evidently in the course of making a raid on the towns of the coast for the purpose of creating disorder and raising money; and, as the telegraph wires are said to be cut throughout the country, the Spanish *de facto* Government were not in a position to arrest him. Had he been an authorized representative of a party in opposition to the existing Government, it would have been clearly the duty of the German ship and "Swiftsure" not to have interfered beyond affording the necessary protection to British and German life and property; but, as this does not appear to be the case, I trust that, under all the peculiar circumstances by which he was surrounded, Captain Ward's co-operation with the German Commodore will meet with their Lordships' approval. || 9. On my arrival here this evening

Nr. 5224.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1873.

Nr. 5224.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1873.

I was made acquainted by Captain Phillimore with their Lordships' telegrams of the 30th and 31st ultimo, and, in consequence of the instructions therein contained, I purpose to proceed to Cadiz early to-morrow morning, whence I shall make further report of my proceedings. || 10. The squadron under my command now on the coast of Spain are stationed as follows: — "Triumph" and "Pigeon", at Cadiz; "Pheasant", at Gibraltar; „Lynx", at Malaga; "Swiftsure" and "Torch", at Carthagen; "Hart", at Valencia; "Rapid", at Barcelona; "Lord Warden", "Invincible", and "Pallas", about to proceed to Cadiz; "Helicon", waiting orders at Gibraltar with fires banked. || 11. Captain Ward's report of proceedings is inclosed. || I have, etc.

H. R. Yelverton.

Beilage.

Captain Ward to Vice-Admiral Sir H. Yelverton.

"Swiftsure", off Malaga, August 1, 1873.

Sir, — I have the honour to inform you that, in pursuance of orders from Captain Phillimore, I left Gibraltar at 6 P. M. on the 30th instant, and anchored off Malaga at daylight on the following morning, where I found the German iron-clad "Frederick Karl", with the broad pendant of Commodore Werner; also the French iron-clad "Jeanne d'Arc" (which vessel left for Cadiz in the evening). || 2. In the course of the day we heard, that Almeria, a defenceless town, had been bombarded by the iron-clad "Vittoria" and frigate "Almansa". Commodore Werner and myself came to an agreement (copy inclosed), the nature of which was to force these two vessels back to Carthagen, or to capture them if they resisted and take them to Gibraltar. || 3. Later in the day, by the courtesy of the Spanish telegraph officials, I discovered that the "Almansa" had been on the same afternoon (31st) levying a tribute of money on Motril; the whereabouts of the "Vittoria" was not precisely known. || 4. Before daylight this morning Commodore Werner and myself were under weigh. As day dawned we discovered the frigate "Almansa" at a distance of nine miles S. S. E. of Malaga without colours; we chased her. A shell fired across her bows from the "Frederick Karl" made her hoist the Spanish colours without the coat of arms. || 5. A copy of our joint agreement was sent on board. || 6. General Contreras was on board of this vessel. Commodore Werner insisted on his own part that General Contreras, with some of his officials, should take passage to Carthagen in the "Frederick Karl". || 7. At 7.30 A. M. we discovered the iron-clad "Vittoria" at a distance from Malaga S. W. thirteen miles. We closed her. On closing her she dipped her ensign (Spanish without the arms) to us three times and stopped. || Commodore Werner and

myself are about to escort them to Carthagen, where I shall be anxious to receive orders from you. || 8. These two vessels, without a doubt, would have bombarded Malaga had they not been thus interrupted. They are full of men and have tackles on their yards ready for hoisting out boats. || I have, etc.

Nr. 5224.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1873.

W. J. Ward.

P. S. — The "Vittoria", from the state of her bottom, can only steam five knots, so that we shall be some time on the way to Carthagen.

9. 30 A. M.

W. J. W.

The vessels of war "Vittoria" and "Almansa", lately belonging to the Spanish navy, acting under an independent authority, the German Commodore commanding the German squadron in the Mediterranean, and Captain Ward, commanding Her Britannic Majesty's ship "Swiftsure", having received reliable information that these vessels had bombarded the defenceless town of Almeria, where is much foreign property, and that they have tried by this barbarous act to levy heavy contributions, the Commodore Werner and Captain Ward agree to force the Spanish vessels into a solemn declaration, which they will see carried out, that they retire and remain in the port of Carthagen until this action on their part is approved or reversed by the superior authorities of their several Governments, otherwise the Commodore Werner and Captain Ward will capture them and take them to Gibraltar, pending ulterior decision.

I agree in every respect to the above proposal.

T. Werner, Chief of the German Squadron
in the Mediterranean.

William John Ward, Captain, Com-
manding Her Majesty's ship "Swiftsure", in
company of "Frederick Karl".

Malaga, July 31, 1873.

Nr. 5225.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger
in Berlin. — Mittheilung der Instructionen an die englischen
Flottenoffiziere.

Foreign Office, August 3, 1873.

Sir, — The German Government will doubtless have before this received intelligence, that the German Commodore on the coast of Spain, while in company with Her Majesty's ship "Swiftsure", seized and carried into Cartha-

Nr. 5225.
Gross-
britannien.
3. Aug. 1873.

Nr. 5225.
Gross-
britannien.
3. Aug. 1873.

gena the two revolted Spanish men-of-war "Vittoria" and "Almanza", thereby saving Malaga from being bombarded and sacked. || It appears, that General Contreras is, with his staff, detained as prisoners on board of the German frigate; and Her Majesty's Chargé d'Affaires at Madrid reports, that the Spanish Minister for Foreign Affairs has urgently demanded that the prisoners may not be released, but may be surrendered to the Spanish Government; suggesting, at the same time, that, if any formal difficulty should arise with regard to the surrender of the prisoners on account of the interruption of relations with the *de facto* Government of Spain, this difficulty might be evaded by landing the prisoners, with previous notice to the Spanish Government. || Her Majesty's Government are still without information as to the circumstances, under which the vessels were seized, but they have peremptorily prohibited British naval officers from taking any part in the surrender of prisoners. || You will inform the German Government of the nature of the instructions sent to Her Majesty's naval officers with regard to the surrender of the prisoners, and will consult it as to whether it would not, under the circumstances, be advisable to release the prisoners, and return to the *de facto* Government at Madrid, upon its demand, the captured vessels. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5226.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. (Duc de Broglie) an die französischen Consuls in Spanien. — Mittheilung der Instruction an die französischen Flottencommandanten.

Versailles, le 4 août, 1873.

Nr. 5226.
Frankreich.
4. Aug. 1873.

Monsieur, vous connaissez les dispositions du décret récemment publié par le Gouvernement Espagnol pour assimiler aux pirates et dénoncer comme tels aux commandants des forces navales étrangères les équipages des bâtiments de guerre *Almansa*, *Vittoria*, *Mendez-Nuñez*, *Fernando-el-Catolico* et autres navires insurgés de Carthagène. || Je viens de me concerter avec M. le Ministre de la Marine pour arrêter la ligne de conduite que devront suivre à l'égard de ces navires les commandants de nos forces navales. || Il a été admis que nos commandants, aussi bien ceux dont les navires sont mouillés dans les eaux espagnoles que ceux qui naviguent en plein mer, ne sont pas tenus de prêter leur concours aux mesures coercitives décrétées contre les équipages insurgés. Nous avons dû reconnaître, en effet, que l'irrégularité des papiers de bord, qui, d'après nos lois, peut, dans certains cas, autoriser à traiter un navire comme pirate, ne saurait s'entendre des papiers délivrés par une autorité insurrectionnelle, surtout dans un pays en pleine guerre civile comme

l'Espagne. || Nos commandants ont donc été invités à s'abstenir de toute intervention entre les navires insurgés et les forces agissant au nom de l'autorité qui siège à Madrid. || Cette attitude devra être aussi la vôtre, mais vous comprendrez que je ne saurais vous tracer ici une ligne de conduite absolue. Nous entendons ne pas nous engager dans la lutte entre les deux partis; nous voulons, de même, nous abstenir de toute immixtion dans les actes que les équipages insurgés ou ceux auxquels ils obéissent peuvent ordonner et accomplir sur le territoire et dans les eaux espagnols; mais il peut arriver telles circonstances dans lesquelles la vie ou les biens de nos nationaux seraient menacés; alors il est évident que votre attitude devrait se modifier et que vous auriez à faire usage du droit de protection qui vous incombe en vertu de vos fonctions. Vous aurez, d'ailleurs, à vous concerter, le cas échéant, avec vos collègues étrangers de manière à adopter, autant que possible, des résolutions communes. || Recevez, etc.

Nr. 5226.
Frankreich.
4. Aug. 1873.

Brogliè.

Nr. 5227.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den englischen Min. d. Ausw. — Wunsch übereinstimmenden Handelns gegenüber den spanischen Verwicklungen.

(Translation.)

German Embassy, Ryde, August 9, 1873.

My Lord, — I have had the honour, in a personal interview with your Excellency, to inform you, that my Government desires to come to an understanding with that of England respecting the communication of similar instructions to the Legations at Madrid, and to the respective naval Commanders, which might render a common action possible under present circumstances. || In this question my Government takes as basis: — || 1. In principle, non-interference in the internal Spanish struggles. || 2. Limiting military action exclusively to the protection of German life and property. || 3. The ships can prevent the bombardment of towns until such time as the life and property of Germans are in safety. || 4. The Naval Commander is instructed to act either in understanding with or according to instructions received from the Legation at Madrid. || I have now been instructed by my Government, in so far as the British Government may be agreed with that of Germany, to come to a formal agreement on this subject. || While looking forward to a speedy reply to this communication, I avail, etc.

Nr. 5227.
Deutschland.
9. Aug. 1873.

Münster.

Nr. 5228.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Berlin. — Zustimmung zum Wunsche der deutschen Regierung.

Foreign Office, August 11, 1873.

Nr. 5228.
Gross-
britannien.
11. Aug. 1873.

Sir, — Count Münster has communicated to me the substance of a despatch and a subsequent telegram from Prince Bismarck, in which were recapitulated the events, which have occurred respecting the Spanish rebel ships of war, and in which was expressed the strong wish of Prince Bismarck that the instructions of the British and German Governments should be to the same effect. || I recounted the instructions we had given or were prepared to give: — || 1. Not to interfere excepting for the protection of British life and property; but that, in consequence of the earnest application of the Italian Government, in the absence of any Italian ships of war on the coast of Spain, Her Majesty's ships had been authorized to extend similar protection to Italian subjects in case of need; though only against persons not acting under the authority of the *de facto* Government of Spain. || 2. To exercise force, if necessary, for the purpose of such protection. || 3. To avoid seizing vessels, unless an absolute necessity arose, for the above-mentioned purpose; and in that case to set the persons in them free, but to hand over the vessels without official recognition to the *de facto* Government of Spain. || I observed, that I believed that on all these points but one there had already been an agreement between the two Governments; and I was glad to perceive, from the despatch of which Count Münster had given me an account, that the German Government now also agreed with Her Majesty's Government respecting the surrender of the Spanish vessels. || I mentioned to Count Münster, that I should make a point of communicating to the German Government any further information I received, or any fresh instructions which might appear necessary, relying on the reciprocity of the German Government. || Count Münster gave me the same assurance. || I then mentioned to Count Münster, that M. de Broglie had expressed a strong desire to Lord Lyons that, as France, Great Britain, and Germany were all desirous of avoiding interference in the internal affairs of Spain, it was certainly desirable, that their respective instructions to their Consuls and Naval Officers in Spain should be the same; and that M. de Broglie had stated to Lord Lyons, that M. de Philipsborn had expressed to the French Chargé d'Affaires at Berlin a wish that the Powers should take the same course. || Count Münster said he was not aware of any such opinion having been given, but he knew how desirous Prince Bismarck was to act in unison with Her Majesty's Government. || I am etc.

Granville.

Nr. 5229.

GROSSBRITANNIEN. — Vertreter in Madrid an den königl. Minister d. Ausw. — Die Madrider Regierung verlangt die Auslieferung der den Insurgenten abgenommenen Schiffe.

(Extract.)

Madrid, August 11, 1873.

On the morning of the 9th instant the German Chargé d'Affaires called on me and informed me, that the Spanish Government had, without previously advising him, dispatched officers and crews to Carthagena, to take charge of the "Vittoria" and "Almansa", subsequently writing to him to ask him to give orders to Commodore Werner to deliver up those frigates. Baron Saurma replied, that he had no instructions from his Government to do so, and that the removal of the "Frederic. Carl" to Gibraltar, left the frigates entirely in the hands of the "Swiftsure". || Later in the day, Señor Soler y Plâ sent one of the clerks of the State Department to me to make the same request as previously to Baron Saurma, and I, in my turn, also replied, that I had no instructions. About an hour afterwards, I received an official communication, in writing, from Señor Soler y Plâ, translation of which I have the honour to inclose, requesting me to ask you Lordship, by telegram, for authorization to deliver up the frigates. Since then I have received a visit from Señor Soler, in person, who pressed the matter upon me, and his Excellency complained that the prisoners should have been released to commence their exploits afresh, but that the vessels were still kept back from the *de facto* Spanish Government.

Nr. 5229.
Gross-
britannien.
11. Aug. 1873.

Nr. 5230.

FRANKREICH. — Minister d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs im Auslande. — Darlegung des französischen Standpunkts gegenüber den Ereignissen in Spanien.

(Extrait.)

Versailles, le 11 août, 1873.

Monsieur, le Gouvernement ne s'écartera pas de l'esprit de modération et de réserve qu'il désire apporter à tous ses actes, et nous continuerons à faire du respect du droit de chacun la règle de notre conduite envers les puissances étrangères. || Les événements qui se déroulent sur notre frontière du Midi nous fournissent l'occasion d'appliquer ces principes; nous y resterons scrupuleusement attachés. Au nord de l'Espagne, les forces carlistes continuent à se maintenir sur beaucoup de points et, bien qu'elles ne paraissent pas avoir fait

Nr. 5230.
Frankreich.
11. Aug. 1873.

Nr. 5280.
Frankreich.
11. Aug. 1873.

de progrès très-sensibles dans ces derniers temps, elles couvrent une étendue considérable du territoire. Dans les provinces de l'Est et du Sud, une série d'insurrections a éclaté sous prétexte de réaliser les plans du fédéralisme, et ce mot d'ordre a malheureusement servi, dans plusieurs villes importantes, à déterminer l'explosion de passions anti-sociales. || Au milieu de ces luttes, le premier devoir des cabinets étrangers était de veiller à ce que la sécurité de leurs nationaux ne fût pas compromise. A cet effet, la plupart de Puissances maritimes ont jugé nécessaire de montrer leur pavillon dans les eaux de l'Espagne. Cette précaution légitime devait faire naître une complication assez inattendue. En présence des navires étrangers en station dans différents ports, les équipages d'un certain nombre de bâtiments espagnols se sont révoltés et ont arboré le pavillon insurrectionnel. || Le Gouvernement de Madrid n'a pas hésité à décider que ces insurgés devaient être considérés comme pirates, et il a officiellement notifié cet avis aux Puissances. || Une semblable communication ne pouvait nous lier par elle-même, et tant que les rebelles n'avaient pas commis un acte constituant, au point de vue du droit international, un véritable fait de piraterie, nous ne pouvions prêter notre appui aux mesures ainsi décrétées. C'est en conséquence de ces principes que les instructions adressées à nos consuls et aux commandants de nos forces navales leur ont prescrit de se renfermer dans une attitude d'abstention complète, aussi longtemps que l'intérêt supérieur de la protection due aux résidents français ne leur paraîtrait pas compromis. Notre réserve n'est pas, à proprement parler, ce que le droit des gens qualifie de neutralité, car jusqu'à ce jour aucun des partis qui se sont déclarés contre l'administration issue du vote des Cortès n'a pu remplir les conditions nécessaires pour être considéré par les puissances tierces comme un véritable belligérant et pour revendiquer de leur part les égards dus à ce titre. Dans l'état actuel des choses, le pouvoir institué à Madrid conserve seul, à nos yeux, le caractère de Gouvernement établi, qui, même à défaut d'une reconnaissance officielle, peut lui assurer de notre part un traitement fondé sur les procédés de bon voisinage et sur la courtoisie internationale. C'est de ce point de vue que dérivent les règles de conduite que nous observons à l'égard de l'Espagne, tant sur notre frontière des Pyrénées que dans les eaux territoriales de la Péninsule. Agréez, etc.

Brogliè.

Nr. 5231.

GROSSBRITANNIEN. — Captain Ward an Vice-Admiral Sir H. Yel-
 erton. — Weiterer Bericht über die Vorgänge vor Carthagena.

“Swiftsure”, off Escombrera, August 12, 1873.

Sir, — On the 8th instant, two small Spanish steamers of the Madrid Government with some troops arrived from Alicante to take charge of the “Vittoria” and “Almanza”, believing that orders had been here received to deliver them. They were informed, that no such orders had been received. The Civil Governor of Alicante was of the party. || This arrival created a commotion in Carthagena, a portion of an earthwork was commenced on the heights looking towards this anchorage. || Commodore Werner and myself informed the Junta, that we should enforce the neutrality of the waters of Escombrera, in consideration of our situation with respect to the captive Spanish vessels. || After a twenty-four hours’ stay, we invited the remaining steamer (the other left soon after arrival) to return to Alicante or to follow his companion; his force was quite insufficient for the nature of his mission. || The Junta declared, in a paper dated on the 9th instant, their intention to resist by force the delivery of these vessels of war to any other party than their own. || On the morning of the 10th instant, Commodore Werner left this anchorage for Gibraltar in the “Friedrich Carl”. The “Delphin” had arrived in the night with a peremptory order for him to proceed to Gibraltar. || I sent a guard on board of the “Vittoria”, and have now charge of both vessels. Until this time (10th), the Commodore and myself had thought proper to confine the vessels of war now in Carthagena within the limits of the harbour, for we had been threatened with an attack. || I informed the Junta, that these vessels should be free to move anywhere, except in the waters of Escombrera, on their signing a paper to the effect that their vessels leaving Carthagena should not be directed against the property of subjects of Her Majesty the Queen or against those of any other neutrals. || A paper drawn up by me to this effect, and also explaining my position with respect to them, was readily signed by the Junta (a copy herewith inclosed). On the afternoon of the 10th, the “Pallas” arrived *en route* for Barcelona, with verbal orders from Captain Phillimore to call here. I thought proper to detain her, as we had received late news that Barcelona was quiet, until the arrival of the “Lynx”, which ship I have telegraphed for from Valencia should that place be quiet. General Contreras had, on the afternoon of the 10th, met the Madrid troop at Chinchilla, 90 miles from here on the road to Madrid; his force had been utterly routed and scattered. Contreras, with some other leaders had, however, escaped. This defeat will probably close the insurrection. || General Contreras arrived at Carthagena at 2 A. M. this morning, and has ordered a levy of all men between the

Nr. 5231.

Gross-
britannien.

12. Aug. 1873.

Nr. 5231. Gross-ages of 18 and 40. || The French iron-clad "Reine Blanche" arrived here on
 britannien. the 8th instant. The Consul and his party were landed from here on the
 12. Aug. 1873. 10th. The Spanish ships of war "Cadiz" and "Colon" called in here yester-
 day from Cadiz on their way to Alicante. || I have, etc.

W. J. Ward.

Beilage 1.

Declaration.

Captain Ward, of Her Britannic Majesty's ship "Swiftsure", declares, that he will not consider it to be his duty to interfere with vessels of war leaving the harbour of Carthagena, if a declaration, signed by proper authorities, declare that — || 1. Vessels of war issuing from the Port of Carthagena shall not be directed against the property of subjects of Her Majesty the Queen, or that of the property of subjects or citizens of any neutral Power. || 2. That the said vessels shall not approach the vessels of war "Vittoria" and "Almanza", now under the protection of the British flag, in the Road of Escombrera, now occupied by a British force. || 3. That, if necessary to indicate British protection, Captain Ward will order the English red ensign to be hoisted at the peak of each of these vessels, not as a mark or indication of possession, but as a protection, pending instructions from his Government. If circumstances should render it necessary to hoist this flag at all, it shall be hauled down as soon as the British protection ceases. || 4. That failing to sign a document of this tenor, and to this intent Captain Ward will consider that vessels of war leaving the Port of Carthagena have for their direct objection the destruction of British or other neutral property, or that it is the intention to attack Her Majesty's ship under his command in the Road of Escombrera, or such vessels committed to his charge and guarded by a British force, in which case it will be the duty of the Captain of the "Swiftsure" to attack the said vessels of war instantly on leaving the harbour of Carthagena. || This declaration is hereby solemnly given to prevent any misconstruction or misunderstanding until orders shall be received from Her Majesty's Government.

Dated, on board Her Britannic Majesty's ship "Swiftsure", this 10th of August, 1873.

W. J. Ward, Captain.

El Delegado de Relaciones Exteriores,

Mabus Calvo de Gwagis.

El Presidente del Gobierno Provisional.

Roque Bareda.

Beilage 2.

The German Minister at Madrid to his Consul at Alicante.

Nr. 5231.
Gross-
britannien.
12. Aug. 1873.

(Télégraphique.) Madrid, le 10 Août, 1873, à 1½ heures de la matinée.

Prévenez immédiatement le Commodore Werner, s'il se trouve encore à Carthagène, et prévenez aussi le Capitaine Ward, que le droit de disposer sur les navires "Vittoria" et "Almansa" est confié à l'escadre Anglaise.

Nr. 5232.

GROSSBRITANNIEN. — Secretair des Ausw. Amtes an den Secretair der Admiralität. — Weitere Instructionen und Urtheil über das Verhalten der Flottenoffiziere.

a.

Foreign Office, August 20, 1873.

Sir, — I am directed by Earl Granville to request, that you will move the Lords Commissioners of the Admiralty forthwith to send to all Her Majesty's naval officers on the coast of Spain instructions in the following terms: — || "To abstain from any proceeding from which sympathy with any party in Spain could be inferred, saving only the just respect which is due to those actually invested with the only public authority in the country having a semblance of regularity, and likewise engaged, so far as they may be engaged, in the maintenance of order and the defence of life and property. And further, confine their communications with the local authorities, whatever party those authorities may represent, to what may be necessary to enable them to discharge their duties under the instructions of Her Majesty's Government: namely, to provide for the safety of the persons and property of British subjects, or of any other friendly Power whose interests in Spain may be mixed up with those of British subjects, and who may be exposed to danger by the acts of persons not acting under the authority of the *de facto* Government of Spain; for this object to insist, with such persons who may meditate operations against any place in possession of the authorities of the *de facto* Government, that sufficient time should be allowed for embarking or placing in security the persons and property of those whom Her Majesty's naval forces are enjoined to protect; and, if an attempt should be made by such persons to carry off by sea British or allied subjects or property, to intercept the vessels, on which they may be embarked; moreover, under no circumstances to land any armed force except when absolutely required to insure the embarkation of persons and property for which they are authorized to provide; and,

Nr. 5232.
Gross-
britannien.
20. Aug. 1873.

Nr. 5232.
Gross-
britannien.
20 Aug. 1873. finally, to take care that persons so embarked, while remaining on board the vessels which shall have received them, should not in any way interfere with the political disputes which may be in agitation, to land them as soon as may be done consistently with their security, but under no circumstances to deliver them over to their enemies." || I am, etc.

E. Hammond.

b.

Foreign Office, August 20, 1873.

Sir, — I have laid before Earl Granville your letters of the 11th, 12th, and 13th instant, respecting the proceedings of Her Majesty's naval officers with reference to the Spanish revolted ships; and I am directed by his Lordship to request, that you will state to the Lords Commissioners of the Admiralty that Her Majesty's Government regret any proceedings on the part of those officers inconsistent with the policy laid down in the instructions issued by Her Majesty's Government; no blame, however, attaches to the naval officers for not acting in conformity with the instructions sent to them which distance and difficulty of communication prevented them from receiving in time to influence their conduct; Her Majesty's Government make every allowance for the difficult and unprecedented position in which they were placed. || I am, etc.

E. Hammond.

Nr. 5233.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Paris*). — Darlegung des englischen Standpunkts.

Foreign Office, August 20, 1873.

Nr. 5233.
Gross-
britannien.
20 Aug. 1873. My Lord, — The Government to which you are accredited will have learned from the successive communications which you have been enabled by me to make to it, and from those which I have made to its Representatives in this country, the nature of the instructions given at intervals to Her Majesty's Naval Commanders in regard to the course to be pursued by them towards the Spanish revolted ships denounced by the *de facto* Government of Spain at Madrid as pirates, and to be treated as such. || Those instructions, issued between the 24th of July and the 11th of August, were to the following effect: — || 1st. That, if such vessels committed any acts of piracy affecting British subjects or British interests, they should be treated as pirates,

*) Gleichlautende Depeschen ergingen an die königl. Vertreter in Berlin und Rom.

the decree of the Spanish Government having deprived them of the protection of their flag; but, if they do no such acts, they should not be interfered with. || 2nd. That in such a case as occurred at Malaga, the British Naval Commander, if and when his force is sufficient for the purpose, should require the revolted ships to refrain from bombarding a town until sufficient time had been allowed for placing British life and property in safety, should enforce his demand, if it is refused; and, if it is granted, should give effect to the measures necessary for the security of British subjects and their property. || 3rd. That any measures taken for the defence of the subjects of the King of Italy, or of any other friendly Power whose interests in Spain may be mixed up with those of British subjects, should be directed only against persons not acting under the authority of the *de facto* Government of Spain. || 4th. That the Commanders of Her Majesty's naval forces on the coast of Spain should not sanction or permit the participation of any British officers in the surrender of any prisoners captured on board the revolted vessels to the Spanish Government, or in landing any such prisoners at a port in the hands of the Spanish Government, giving due notice to the latter. || 5th. That supposing the vessels to be in the sole custody of the British naval forces, the British Admiral, if duly applied to, should make over any vessels in his possession to the authorities duly appointed by the Spanish Government at Madrid to receive them. || It is true that, owing to distance and difficulty of communication, these instructions did not reach the British officers in time to influence their conduct, and therefore, much as Her Majesty's Government regret that those officers should have taken any proceedings inconsistent with the policy on which those instructions were founded, they are not prepared to impute blame to those officers who, in circumstances of no ordinary difficulty, were only able to act according to the best of their judgment. || Her Majesty's Government have no reason to doubt that, as the crews of the revolted ships have long since been set on shore, so also the ships themselves will have been given up to the authorities duly appointed by the *de facto* Government to receive them. || Thus much for the past. As regards the future, Her Majesty's Government can have no hesitation in declaring the policy which they desire to pursue in the present state of affairs in Spain. || They desire and intend not to interfere in any way in the affairs of that country; and in conformity therewith Her Majesty's naval commanders will be enjoined to abstain from any proceeding from which sympathy with any party in Spain could be inferred, saving only the just respect which is due to those actually invested with the only public authority in the country having a semblance of regularity, and likewise engaged, so far as they may be engaged, in the maintenance of order and the defence of life and property; and, further, to confine their communications with the local authorities, whatever those authorities may represent, to what may be necessary to enable them to discharge their duties under the instructions of Her Majesty's Government, namely, to provide

Nr. 5238.
Gross-
britannien.
20. Aug. 1873.

Nr. 5238:
Gross-
britannien.
20. Aug. 1873.

for the safety of the persons and property of British subjects, or of any other friendly Power whose interests in Spain may be mixed up with those of British subjects, and who may be exposed to danger by the acts of persons not acting under the authority of the *de facto* Government of Spain; for this object to insist with such persons who may meditate operations against any place in possession of the authorities of the *de facto* Government, that sufficient time should be allowed for embarking or placing in security the persons and property of those whom Her Majesty's naval forces are enjoined to protect; and if an attempt should be made by such persons to carry off by sea British or allied subjects or property, to intercept the vessels on which they may be embarked; moreover, under no circumstances to land any armed force except when absolutely required to insure the embarkation of persons and property, for which they are authorized to provide; and, finally, to take care that such persons so embarked, while remaining on board the vessels which have received them, shall not in any way interfere with the political disputes which may be in agitation, to land them as soon as may be done consistently with their security, but under no circumstances to deliver them over to their enemies. || You will communicate a copy of this despatch to the Government to which you are accredited, and you will say, that Her Majesty's Government would hear with pleasure that the policy which they had laid down for themselves was equally adopted by that Government, and would be glad to be made acquainted with the tenor of the instructions which it may give to its naval commanders. || You will add, that Her Majesty's Consuls in Spain have been directed not to interfere in any question of a political character that may arise, but to refer all such questions for instructions to Her Majesty's Chargé d'Affaires at Madrid, to whom a copy of the present despatch will be sent for his information and guidance, and in other respects to confine their action to the protection of British subjects and property. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5234.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. — Die deutsche Regierung wünscht gegenseitigen Schutz der Angehörigen in Spanien.

(Extract.)

London, August 22, 1873.

Nr. 5234.
Deutschland.
22. Aug. 1873.

I send you the translation of a telegram I received yesterday evening. I hope and suppose, that you will have no objection to look upon our agreement in the same way my Government does, and to admit that our ships and

Commanders may, in case of need, protect mutually our subjects in Spain. If this is the case, be kind enough to telegraph or to write to me to Ryde, where I go this evening. My address is The Lawn, Ryde.

Nr. 5234.
Deutschland.
22. Aug. 1873.

Beilage.

Telegram received by Count Münster, August 21, 1873.

Le Gouvernement Impérial en donnant, d'accord avec l'Angleterre, des instructions au Commandant de l'escadre Allemande dans les eaux Espagnoles, est parti du point de vue, qu'il est du devoir des Commandants respectifs de coopérer mutuellement pour la protection de la vie et de la propriété des sujets Allemands ou Britanniques partout où se trouvent des bâtiments de guerre ou le Consulat d'une des deux Puissances, dès que ce concours de l'autre Commandant aura été requis soit par le Consul soit par le Commandant de ces navires. || Le Gouvernement Impérial croit agir de concert avec le Gouvernement Britannique en donnant encore l'ordre exprès au Commandant de l'escadre Allemande de protéger en cas de besoin aussi la vie et la propriété des sujets Britanniques de son chef sur la demande de ces sujets mêmes, s'il n'y a pas de Consul ou pas de vaisseaux de guerre Anglais sur place. || Pour être sûr que cette manière de voir soit conforme à celle du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, votre Excellence est priée d'en parler à Lord Granville et de communiquer la réponse de son Excellence.

Nr. 5235.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Die englische Regierung hält die bisherigen Instructionen für ausreichend.

(Telegraphic.)

Foreign Office, August 25, 1873.

Our naval officers on the Spanish coasts are instructed to provide for the safety of the persons and property of British subjects, or of any other friendly Power whose interests in Spain may be mixed up with those of British subjects, and who may be exposed to danger by the acts of persons not acting under the authority of the *de facto* Government of Spain, and corresponding instructions to German officers would seem to meet all that is necessary to be provided for. No special instructions, such as are sent to naval officers, have been given to British Consuls.

Nr. 5235.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1873.

Nr. 5236.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Berlin. — Weitere Begründung der englischen Ansicht.

(Extract.)

Foreign Office, August 30, 1873.

Nr. 5236.
Gross-
britannien.
30. Aug. 1873.

Count Münster repeated to me to-day, that the German Government had been informed, by the communication made to them by you of my despatch of the 20th instant, of the instructions which had been given to the British Naval Officers on the coast of Spain, and which were respectively dated the 24th and 30th July, and 2nd, 3rd, 11th, and 20th instant. His Excellency said, that they had found in these instructions the points upon which he and I had agreed: that it was desirable that both Governments should follow the same line, but that they had observed that there was no mention made in these instructions of the agreement between the two Governments that similar instructions should be given, and that they, moreover, found that in the instructions to defend the interests of foreigners in certain cases, this was only to be done when the interest of the foreigner was intermixed with that of British subjects. || I remarked, in reply, that while we were desirous to act in common with the German Government, and while those acting under our orders in Spain showed themselves to be desirous of doing so in the most cordial manner, yet I had understood that Prince Bismarck had been of the opinion, in which I entirely agreed, that it was better not to have any formal agreement, although we should follow the same course in principle and in details. I added, that I believed our instructions, if similar ones were given to the German naval officers, would accomplish this; that with regard to the protection to be given to others than the subjects of Her Majesty, the question had first arisen with regard to the Italians, to whom, in the absence of their ships, I had promised protection; and it did not appear to me, that there was any practical object for a change, as there were English subjects in almost all of the Spanish ports, and there was no doubt the instructions already given would be fully acted upon. || Count Münster expressed a wish that an intimation should be made to our Chargé d'Affaires at Madrid, and through him to our naval officers, that although no formal agreement exists, the two Governments were acting "d'un commun accord". I answered, that our Chargé d'Affaires has been fully informed of what had passed between the two Governments; and that as soon as we know that instructions, similar in effect to those we had sent, had been forwarded to the German naval officer, I would immediately cause our officers to be informed of the agreement which existed.

Nr. 5237.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den französischen Geschäftsträger und die Consuln in Spanien. — Uebereinstimmung der englischen und französischen Instructionen.

Versailles, le 29 août, 1873.

Monsieur, lorsque je vous ai adressé, sous la date du 4 de ce mois, mes instructions au sujet de la ligne de conduite que vous aviez à suivre en présence des complications dont l'Espagne est actuellement le théâtre, je vous invitais d'une manière générale à vous concerter, le cas échéant, avec vos collègues étrangers de manière à adopter, autant que possible, des résolutions communes. Il devait être d'autant plus aisé pour vous de suivre mes recommandations que les directions tracées par les différentes Puissances à leurs agents s'inspireraient davantage des principes de droit d'après lesquels nous nous guidons. Une communication que vient de me faire M. l'Ambassadeur d'Angleterre à Paris*) me permet de reconnaître le parfait accord qui règne entre les vues du Gouvernement Britannique et les nôtres, en même temps que le désir de ce Gouvernement de nous voir marcher d'accord avec lui dans les questions soulevées par l'état actuel de l'Espagne. || Il résulte des instructions envoyées aux agents diplomatiques et consulaires ainsi qu'aux commandants des forces navales de l'Angleterre en Espagne, que le Gouvernement Britannique entend n'intervenir d'aucune façon dans les affaires intérieures de ce pays. Les agents anglais ont reçu l'ordre de s'abstenir de toutes relations pouvant témoigner de sympathies pour un parti quelconque, sauf les égards dus aux représentants du pouvoir de fait qui se trouve actuellement chargé du maintien de l'ordre. Ils devront se borner aux démarches nécessaires pour assurer la sécurité des personnes et des biens des sujets anglais. En cas d'opérations dirigées par des insurgés contre une ville soumise au Gouvernement de Madrid, ils réclameront un délai suffisant pour la mise en lieu de sûreté de leurs nationaux, et s'opposeront aux tentatives de violence dont ceux-ci seraient l'objet. Ils veilleront, en outre, à ce que les personnes auxquelles ils accorderont leur protection évitent toute immixtion dans les luttes engagées entre Espagnols. || Ainsi les instructions anglaises sont basées, comme celles que j'ai eu l'honneur de vous transmettre récemment, sur le double principe de la non-intervention dans les luttes intestines de l'Espagne et de la protection matérielle due aux nationaux en cas d'insuffisance des garanties offertes par le Gouvernement légal établi dans la capitale du pays. J'ai cru devoir vous informer sans retard de l'identité qui règne entre les règles de conduite tracées aux agents anglais et celles auxquelles vous avez été invité à vous conformer vous-même.

Nr. 5237.
Frankreich.
29. Aug. 1873.

*) S. oben Nr. 5233. A. d. Red.

Nr. 5237.
Frankreich.
29. Aug. 1873.

Cette circonstance, que j'ai constatée avec une satisfaction sincère, ne peut manquer de faciliter votre tâche, en préparant une entente pratique entre vos collègues anglais et vous sur toutes les difficultés imprévues qui pourraient survenir dans votre résidence. L'accord que je vous recommande est, par lui-même, un résultat très-désirable à mes yeux, et vous voudrez bien vous attacher à le maintenir dans les différentes conjonctures qui se présenteront. || Recevez, etc.

Broglie.

Nr. 5238.

GROSSBRITANNIEN. — Vice-Admiral Sir H. Yelverton an den Secretair der Admiralität. — Schwierigkeiten der Uebergabe der Schiffe an die Madrider Regierung im Angesicht der Insurgenten in Carthagena.

“Lord Warden”, Escombrera Bay, Carthagena, August 25, 1873.

Nr. 5238.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1873.

Sir, — I have the honour to acquaint you, for the information of the Lords Commissioners of the Admiralty, that Admiral Lobo, in command of a small Spanish squadron under the *de facto* Government of Madrid, came off this port again, on the 21st instant, from Algeciras, for the purpose of receiving into his charge the revolted frigates “Vittoria” and “Almansa.” || 2. Admiral Lobo sent his secretary to me from the offing, in the middle of the night of the 21st, to make inquiries as to what he should do. I replied, that I required the Admiral to produce a written authority from the Madrid Government that he was the officer appointed to receive the two ships. I believe, that Admiral Lobo had no such document at that time in his possession. || 3. On ascertaining the strength of Admiral Lobo’s squadron to be one large wooden frigate and three paddle-wheel vessels, with not more than 500 available men to form the crews of the “Vittoria” and “Almansa”, I plainly told the Admiral’s secretary that this force was totally inadequate to enable the Admiral to resist an attack from the insurgents at Carthagena, if he attempted to approach the port. The Secretary returned to his ship, and the Madrid Government squadron has not since been seen. || 4. It is necessary, that the situation of the revolted frigates in my possession should be clearly explained to their Lordships. These vessels now lie in the neutral waters of Escombrera, absolutely under the guns of the forts in occupation of the insurgents, and surrounded by Italian, American, German, and English ships of war. || Both vessels are securely moored with six shackles of chain on each bower; and, with the mechanical means on board them, it would occupy at least five or six hours to weigh their anchors. There is a guard placed on board each

p from the "Swiftsure". || 5. To enable Admiral Lobo to take possession the "Vittoria" and "Almansa" in their present positions it would be necessary for me to intimate to the chiefs of the insurgents in Carthagena, that the neutrality of Escombrera-Bay was at an end, and to give notice to the same effect to all foreign ships of war, in order that they might remove from the anchorage. This information would be the signal for the commencement of hostilities on the part of the insurgents, who have three iron clad ships well manned and armed, at their disposal, together with their forts covering the bay and two frigates. Admiral Lobo must first silence the fire of the forts, and then come into port the insurgent ships, before he could take charge of the frigates. This he could not do, and consequently the revolted ships would again fall into the hands of the insurgents, a result not at all to be desired. || Even if I placed the frigates in question in possession of Admiral Lobo on the high seas, he could not, in the face of the superior naval force of the British vessels, secure their safety. They would follow and defeat his squadron, retaining their prizes. To adopt this latter course would be viewed by the insurgents as an act of interference and a breach of neutrality, which they would undoubtedly resent on British subjects and property now in their power at Carthagena. Should they unfortunately, in their exasperation, be tempted to fire on my squadron, when in the act of removing these frigates, a further complication of difficulties would arise, which, under existing circumstances, it is of the utmost importance to avoid. || 7. In proof of the active determination of the insurgents, the iron-clad ships "Numancia" and "Mendez Nunez" proceeded to the offing on the evening of the 24th to meet and attack Admiral Lobo, who was expected with his squadron that night. Fortunately, the Admiral did not make his appearance, and the insurgent ships returned to the anchorage of the harbour, where they are anchored, and were reinforced by another large ship, the "Ferdinando el Catolico". This movement of the insurgents compelled me to order the "Triumph" and "Torch" to be in readiness to watch their ships. || 8. These facts, and the inconvenience of keeping so long a portion of my squadron at this place, merely for the protection of the revolted ships "Vittoria" and "Almansa", determined me to inform your Lordships by telegraph of the return of Admiral Lobo for the purpose of informing the captured vessels; that the force under his command was insufficient to secure them from seizure by the insurgents. I stated, that I did not think it advisable, at so critical a moment, to give them up to him, as, the vessels being greatly excited, to do so might cause serious danger to British subjects and property at Carthagena. I suggested, that, in order to avoid all difficulty with regard to non-intervention and neutrality, the ships should be sent to Gibraltar and there detained in British custody until the recognition of a Spanish Government on the suppression of the insurrection. I added, that my views were shared by the foreign Admirals here. || 9. Their Lordships will perceive, that my object is that the revolted ships may not by any act of ours

Nr. 5288.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1873.

Nr. 5238.
Gross-
britannien.
25. Aug. 1873.

again fall into possession of the rebels. || 10. The small force of the Madrid army brought into the field, and the determined attitude assumed by the insurgents in Carthagena, who have vast reserves of guns and ammunition at their command, and their communications by sea uninterrupted, induces me to think, that the siege will be prolonged for a much greater period than at first anticipated. Under these circumstances I am compelled to keep the greater part of my squadron here; whereas, if the "Vittoria" and "Almansa" were removed to Gibraltar, one iron-clad ship and a small vessel would be sufficient to watch the rebel ships and protect British interests. I therefore trust their Lordships will see fit to press my suggestion, contained in the telegram referred to, upon the favourable notice of Her Majesty's Government. I may add, that the foreign Admirals entirely concur with me. || 11. Should I receive instructions to send the Spanish frigates to Gibraltar, the "Triumph" and "Swiftsure" will be detached for that service, the "Triumph" remaining there to protect those vessels, and the "Swiftsure", after completing coals and provisions, will return to relieve the "Lord Warden". || I should then proceed to Gibraltar to coal, and come back to this part of the coast, until the insurrection is at an end. || 12. It is just possible, as the Madrid forces cannot prevent them from doing so, that the rebels might proceed in their iron-clad ships to other places on the coast, for the purpose of levying contributions or raising the standard of revolt. || The insurgent Chiefs are in possession of the English newspapers and consequently of some of the views of the British Government; and it was thus they were enabled to make preparations for resisting Admiral Lobo's mission from the Madrid Government. || 13. A large ship would be absolutely required to guard the revolted ships at Gibraltar, and I would submit, that the "Triumph" be appropriated for that service, until they are given over to the ruling Powers in Spain. || I have, etc.

H. R. Yelverton.

Nr. 5239.

GROSSBRITANNIEN. — Vice-Admiral Sir H. Yelverton an den Secretair der Admiralität. — Bericht über die Wegführung der "Vittoria" und "Almanza" nach Gibraltar.

(Extract.) "Lord Warden", Escombrera-Bay, Carthagena, September 1, 1873.

Nr. 5239.
Gross-
britannien.
1. Sept. 1873.

With reference to my letters dated respectively the 25th and 26th ultimo, in which I partly prepared the Lords Commissioners of the Admiralty for some difficulties arising between the Intransigentes and myself, when removing the Spanish ships "Vittoria" and "Almansa" from Escombrera-Bay to Gibraltar,

I have now the honour to report, for the information of their Lordships, that those ships proceeded under steam to-day to Gibraltar, escorted by the "Triumph" and "Swiftsure", without any other opposition than a written protest from the Junta in Carthagena, that the responsibility of doing so by force rested upon me. || I beg to inclose the copies of the correspondence which has passed between the British Consul and myself in reference to the so-called Junta of the Intransigentes, from which their Lordships will perceive, that I was led to believe that any determination to remove the detained ships would be met by every possible opposition from the Intransigentes, and seeing that two iron-clad ships anchored outside the harbour, and one at the entrance, together with the forts commanding the passages out of Escombrera, it appeared to me more than probable that our ships would be fired upon. || I therefore determined, after taking the opinions of the three captains of the iron-clads, viz., Messrs. McCrea, Brandreth, and the Honourable W. F. Ward, who unanimously agreed with me to give notice to the Intransigentes authorities in Carthagena through the British Consul, that I should remove the ships at all risks. || A communication to that effect was given on the 30th of August to the Junta, with 48 hours' notice, which expired at noon to-day. I received no reply until about 8 o'clock this morning, when it came in the form of a protest I have mentioned. || Yesterday I removed by means of the "Torch", "Hart", and "Pheasant", assisted by an Italian gun-vessel, the "Anthéon", all English and Italian ships, as well as those of other friendly Powers from the harbour; the Consul having given directions for British and other foreign subjects to place themselves in safety. I also acquainted the flag officers and the captains of the foreign squadrons and ships of my intentions, and that I should fire if fired upon. || Last evening I arranged a programme for the line of action to be taken by my squadron in the event of meeting with resistance, and the large ships were ordered to prepare for ramming. || This morning the several ships, with steam up at full speed, being in every respect ready, I made the signal to weigh at 11.30, and within a few minutes of noon, the "Vittoria" proceeded under steam from Escombrera-Bay, followed by the "Almansa". The "Swiftsure" and "Triumph" shortly took their stations on their starboard beam, as a cover from the fire of the ships or forts. I followed in their wake with the "Lord Warden", "Torch", "Hart", and "Pheasant". || The "Helicon" was ordered to stand off out of the range of the guns, and thus we proceeded to sea, without the least demonstration of hostility on the part of the Intransigentes. — — — || I am, at present, assisted here in watching the "Numancia" and "Mendez Nunez" by the Italian Vice-Admiral, the Baron di Brochetti, who has most readily placed an iron-clad to follow and observe the movements of the "Mendez Nunez", whenever she may put to sea, whilst the "Lord Warden" supervises those of the "Numancia".

Nr. 5239.
Gross-
britannien.
1. Sept. 1873.

Beilage 1.

Nr. 5239.
Gross-
britannien.
1. Sept. 1873.

(Translation.)

To the Admiral of the English squadron in the waters of Escombrera.

With deep sorrow we come lamenting daily the difficulties which arise in your country, as in ours, owing to the prolonged detention of the frigates "Vittoria" and "Almanza" of this canton, and now under the protection of the British flag. We are agreed, that the unravelling of the delicate complication tied amongst all will not take place without great sacrifices, either from us or from the partizans of the Government of Madrid. Aware of the clearness which in the diplomacy of Europe such steps must have which resolve an affair so new and delicate, and considering that the first compromise offered and signed by the Prussian Commodore Werner and the Honourable Captain Ward, was not complied with, that the ships "Almanza" and "Vittoria" were to have returned to the port of Carthagena, we propose to you — || That you notify to your Government the high consideration of impartiality which it deserves from all Spaniards, without distinction of party, if it should resolve that the above-named ships, "Vittoria" and "Almanza", were not given up but to the Government which should vanquish in this internal warfare, in which the two Republics question the legitimate representation of the Spanish people. || With this understanding the above-named ships could be transported, as a more peaceful place, to Gibraltar; and the people of Carthagena, who so love them, would see them depart without sorrow, considering the subjects of noble England the same as of the other nations, with the respect and fraternity which it holds for those who are their loyal guests. || Whilst this consultation was sent to the Government of your nation, the ships should not be given up to any one, and that they should stop at Escombrera until the result be known. || We should like to receive a signal proof of your sympathies towards those who so often have gladly seen your flag in their waters, should you approve of this proposition, also the reiterated offer of our most distinguished consideration.

Nicolas Calbo de Guayt, Delegate of the State.

Roque Barcia, President.

Juan Contreras, General-in-chief.

Pedro Gutierrez, President of the Junta.

City of Carthagena, August 22, 1873.

 Beilage 2.

(Translation.)

Provisional Government of the Spanish Federation.

The frigates "Vittoria" and "Almanza" having been detained by the ships "Frederick Carl" and "Swiftsure", in the waters of Malaga, under promise of

being conducted to the port of Carthage, this Government has been informed that the nations of the detainers have resolved to deliver the said frigates to the Government of Madrid; and conceiving that this resolve involves the usurpation of the ships "Vittoria" and "Almanza" from the Murcian Canton, to which they belong, we have agreed to oppose the vessels which intend carrying out this delivery, whatever be the nation they belong to, employing for this all resources within our reach, and denouncing the said usurpation to all civilized nations, so that, at least, history may record its sentence.

Nr. 5239.
Gross-
britannien.
1. Sept. 1873

Felix Ferrar, Delegate of the State, Delegate of
War and Marine.

Roque Barcia, President.

Pedro Gutierrez, President of the Junta.

Juan Contreras, General-in-chief.

Carthage, August 29, 1873.

To the Admiral of the Franco-Prussian Squadron.

Beilage 3.

(Translation.)

Provisional Government of the Spanish Federation.

Having received your communication, notifying that the English Admiral would take the frigates "Almansa" and "Vittoria" to Gibraltar at 12 o'clock to-morrow, we beg to answer that we protest against this act of force, leaving the responsibility of this act on the said Admiral. || Health and federation.

The President of the Government and General-in-chief,
Juan Contreras.

Carthage, August 31, 1873.

To the British Consul in Carthage.

Nr. 5240.

SPANIEN. — Die revolutionaire Junta von Carthagena an den englischen Consul daselbst. — Verlangen der Anerkennung als Kriegführende¹⁾.

(Translation.)

Carthagena, September 1, 1873.

Nr. 5240.
Spanien.
1. Sept. 1873.

Considering that no European nation except Switzerland has officially recognized the Central Government; || Considering that Government as seditious — before the Constitutional Assembly — the only sovereign Power inside the Centralist order, which power is proclaimed by the Federal Republic — so as to Government would make it impossible with their traitors politic, delaying purposely the votes of the Constitutional Pact, and perpetrating the feudal regimen of the late despotism; || Considering that that Government, really factious, have called pirates the supporters of the rights created by the Assembly, genuine representatives of the national sovereignty; || Considering that the Cantonal movement, at the same time, initiated and sustained in the illustrious city of Carthagena, has been immediately seconded by a great part of the Spanish people, as is demonstrated by the insurrection of Seville, Cadiz, Granada, Malaga, Salamanca, Badajoz, Castellon, and Valencia; || Considering that said movement counts with garrisons, fleet, regular troops, militia, and Government acknowledged in their respective borders; || Considering that the Spanish Federal Revolution disposes of the first elements and of the original reasons that constitute all people or nations; || Considering that everyone of those elements would suffice for civilized nations to grant the Canton Murciano the right of belligerents by land and sea: || The Government of the Spanish Federation believes now the time of inquiring in what consists is considered, what place occupies in the opinion of the great Polemics, and what is the destiny reserved to the men of the Canton Murciano, the initiators of the Federal movement, to the legitimate representatives of the vote of our sovereign Cortes. The Provisional Government of the Spanish Federations requires to know, if it is the enemy of some nations or a belligerent State — depositor of the wish of one constituted Assembly — organ of the most powerful aspiration of the Spanish people — incarnation of the supreme necessity of our race, of our genius, and of our country. || This Provisional Government begs of you, Mr. Consul, to be so kind as to elevate to your Government the spirit of the present note, for us to know, if, in the interior of enlightened Europe — of modern Europe — of Christian Europe, we are to be free or

¹⁾ Wir theilen dieses Actenstück seines charakteristischen Inhalts wegen nach dem englischen Blaubuche mit, trotz der offenbar überaus mangelhaften und theilweise sinnentstellenden Uebersetzung.

slaves — white or black; and if they say we are black, and if they say we are slaves, let us know it-fact, to console ourselves with the lament of a generation and with the complaint of history. || Beg to accept, etc.

Juan Contreras, General-in-Chief.
 Roque Barcia, President of the Government.
 Nicolas Calvo Guayte, Delegate for
 Foreign Affairs.
 Pedro Gutierrez, President of the Junta.

Nr. 5241.

GROSSBRITANNIEN. — Secr. d. Ausw. Amts an den Secretair der Admiralität. — Instruction betr. des drohenden Bombardements von Alicante durch die Insurgenten.

Foreign Office, September 21, 1873.

Sir, — I have laid before Earl Granville your letter of this morning, inclosing a telegram from Rear-Admiral Campbell, stating that Insurgent frigates are threatening to bombard Alicante, and that he had insisted on four days' notice, subject to approval of Government; and I am to request, that you will acquaint the Lords Commissioners of the Admiralty that Lord Granville is of opinion that the Rear-Admiral should be informed that his requirement for delay is approved, but that he is not to require such delay to be extended beyond the time necessary for placing British subjects and movable property in safety, and that the same facilities should be given, if possible, for the same purpose to other foreigners. || I am, etc.

E. Hammond.

Nr. 5242.

FRANKREICH. — Viceconsul in Alicante und Min. d. Ausw. — Anfrage wegen des drohenden Bombardements und Antwort darauf. — Telegramme.

a.

Alicante, le 21 septembre 1873, 2 h. 21 m. matin.

Les frégates insurgées menacent de bombarder Alicante. L'amiral anglais demande quatre jours de sursis, sauf approbation du cabinet de Londres. ||

Nr. 5242.
 Frankreich.
 21. Sept. 1873.

Nr. 5242.
Frankreich.
21. Sept. 1873.

Il y a d'immenses quantités de marchandises françaises qu'il est impossible d'évacuer. La seule protection efficace serait d'autoriser les forces navales anglaises présentes à défendre le bombardement. Envoyez-moi des instructions par voie télégraphique.

Rocher.

b.

Versailles, le 21 septembre 1873, 11 h. 1/2 du matin.

Réclamez le sursis pendant le temps nécessaire pour l'évacuation de nos nationaux. Déclarez en même temps que nous demanderons la réparation de tout préjudice apporté aux intérêts français. Ordre est donné au commandant de l'escadre de la Méditerranée d'expédier sur Alicante des forces navales suffisantes pour faire respecter les droits de nos nationaux, ou obtenir, s'il y a lieu, réparation.

Brogie.

Nr. 5243.

GROSSBRITANNIEN. — Secretair der Admiralität an den Secretair d. Ausw. Amts. — Mittheilung über die Vorgänge bei Alicante.

Admiralty, September 26, 1873.

Nr. 5243.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1873.

Sir, — I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to acquaint you, for the information of Earl Granville, that a telegram has been received from Vice-Admiral Sir Hastings Yelverton, reporting the arrival at Alicante of the French squadron. He states that the French Vice-Admiral Touchard had orders to co-operate with him, and that they had conjointly required a further delay of forty-eight hours in the bombardment, the notice of which expires on Saturday morning. Twenty-five foreign merchants had been shipped. The Spanish insurgent vessels had arrived from Carthage on the previous night, accompanied by Her Majesty's ships "Doris" and "Swiftsure". The Admiral adds, that all British and foreign subjects were safe. || I am, etc.

Robert Hall.

Nr. 5244.

GROSSBRITANNIEN. — Secretair d. Ausw. Amts an den Secretair der Admiralität. — Erneute Einschärfung strenger Neutralität.

Foreign Office, September 24, 1873.

Sir, — With reference to my letter of the 21st instant, suggesting, by direction of Earl Granville, that Rear-Admiral Campbell should be informed that his requirement for delay previously to the commencement by the insurgent forces of the threatened bombardment of Alicante was approved, but that he was not to require such delay to be extended beyond the time necessary for placing British subjects, and, if possible, other foreign subjects and their movable property in safety, I am directed by his Lordship to state to you, for the instruction of Rear-Admiral Campbell, that, in conformity with the principle of the former instructions, and more specifically those of the 30th of July (by which British naval officers were directed to require revolted ships to refrain from bombarding a town until sufficient time had been allowed for placing British life and property in safety), Her Majesty's Government do not consider that the delay of four days required by the Rear-Admiral to enable any British subjects to withdraw and remove their property, is unreasonable. || Beyond this, Her Majesty's Government consider there should be no interference, unless any circumstances specially and exceptionally affecting British subjects (or other foreign subjects within the protection contemplated by the Instructions of the 2nd and 20th of August, namely, the subjects of the King of Italy, or of any other friendly Power whose interests in Spain may be mixed up with those of British subjects, and who may be exposed to danger by the acts of persons not acting under the authority of the *de facto* Government of Spain), should appear to require and justify it. || But Her Majesty's naval officers must bear in mind, that no question as to foreign subjects is in any degree to interfere with the paramount duty of protecting British life and property. || Her Majesty's Government would desire, that it should be specially impressed on Her Majesty's naval officers on the coasts of Spain, that it is no part of their duty to interfere to stop generally naval operations undertaken by insurgent ships against Spanish sea ports, but that their interference must be limited to the occasions and the objects which I have now repeated. || Her Majesty's Government also would desire, that British naval officers should be reminded of the Instruction of the 24th of July, which limited interference with insurgent ships to those which should commit any acts of piracy affecting British subjects or British interests; and that it should be pointed out to them, that, if an attack is made at sea upon any foreign vessel by a ship belonging to no recognized national Government who can be made responsible for such act, such attack is piracy; but that as regards an

Nr. 5244.
Gross-
britannien.
24. Sept. 1873.

Nr. 5244.
Gross-
britannien.
4. Sept. 1873. attack by a ship in possession of insurgents against their own domestic Government, upon the ships of that Government at sea, or upon its cities, ports, or people, within the territorial limits of their own nation, such attack is not piracy; and that for this purpose it makes no difference whatever that foreigners resident within that territory, or their property, may be exposed to danger from such operation. || I am, etc.

E. Hammond.

Nr. 5245.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Vertreter in Madrid. — Bedingung für Auslieferung der Schiffe.

Foreign Office, September 24, 1873.

Nr. 5245.
Gross-
britannien.
24. Sept. 1873. Sir, — Her Majesty's Government have had before them the repeated representations made to you by the Spanish Government for the delivery of the two Spanish ironclads which were removed by the British naval forces from Carthagen to Gibraltar, on the 1st instant, and which have since been held in deposit there, awaiting the decision of Her Majesty's Government as to their disposal. || Señor Rubio has made similar representations in this country. || I have now to authorize you to state to the Spanish Government, that Her Majesty's Government are prepared at once to make over to them the two vessels on receiving from them, through you, an assurance that, in consequence of that proceeding, British property should be seized or destroyed at Carthagen by the Insurgents, the Spanish Government will be prepared to indemnify the sufferers for the losses they may thereby sustain. || If you receive this assurance, you will at once inform Vice-Admiral Yelverton, or the Senior Naval Officer at Gibraltar, that the assurance which you were instructed to require from the Spanish Government, as the condition of the vessels being delivered over to them, having been given, he may forthwith, in pursuance of the contingent instructions which he will have received from the Admiralty, make over the ships to the officer or other authority who may be appointed by the *de facto* Government of Spain to receive them. || You will inform me by telegraph of the result of your communications with the Spanish Government in pursuance of these instructions. || I am etc.

Granville.

Nr. 5246.

GROSSBRITANNIEN. — Vertreter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. — Annahme der Bedingung und Uebergabe der Schiffe.

Madrid, September 26, 1878.

My Lord, — On receipt of your Lordship's telegram dated the 24th instant, at 9.20 P. M., I lost no time in calling on Señor Carvajal and informing him, that Her Majesty's Government was prepared to release the two frigates detained at Gibraltar, if the Spanish Government were willing to give me the assurance that, in the event of British property at Carthagená being seized or destroyed by the Insurgents, in consequence of the delivery of those vessels, a full indemnity for the losses sustained would be granted by Spain. || Señor Carvajal replied, that he had no doubt the Spanish Government would, on being made acquainted with this condition, which he would at once submit to them, comply with the request of Her Majesty's Government. || Accordingly, in the afternoon of the same day I received the communication, translation of which I have the honour herewith to inclose, thanking Her Majesty's Government for the restitution of the frigates, and engaging themselves (the Spanish Government) to indemnify all losses that may be sustained by British subjects at the hands of the Insurgents due to the delivery of those frigates to the Spanish Government. || I took that opportunity to point out to his Excellency, that the release of the frigates had been resolved upon by Her Majesty's Government before they had been made acquainted with the contents of his note of the 24th instant, and that I trusted that he would see the propriety of withdrawing it at once. I likewise called his attention to certain articles which had appeared in the Madrid newspapers severely criticizing the conduct of Her Majesty's Government in this question, and asserting that a rupture between the two countries was imminent. In reply, his Excellency said that not only was he most desirous to withdraw the note in question, but hoped that Her Majesty's Government would consider it null and void, and he assured me that orders would be at once given for the formal denial, of the reports above alluded to, in the semi-official newspapers of that evening. || I have, etc.

H. G. Macdonell.

P. S. — Since writing the above I have received a despatch from the Senior Naval Officer at Gibraltar stating that the frigates have been given over to the Spanish Delegate, who had this morning handed them over to Admiral Lobo.

H. G. M.

Nr. 5246.
Gross-
britannien.
26. Sept. 1878.

Englisch-französischer Handelsvertrag.

Nr. 5247.

GROSSBRITANNIEN und **FRANKREICH.** — Handels- und Schiffahrts-
Vertrag vom 23. Juli 1873.

Nr. 5247.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
23. Juli 1873.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the President of the French Republic, being equally animated with the desire to draw closer the ties of friendship which unite the two countries, and of placing on a satisfactory footing the commercial and maritime relations between the two States, have, with this object, determined to conclude a Treaty of Commerce and Navigation, and they have accordingly appointed their respective Plenipotentiaries, that is to say: — — — Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I. The Treaty of Commerce concluded on the 23rd January, 1860, between the United Kingdom of Great Britain and Ireland and France, as also the Supplementary Conventions of the 12th of October and 16th of November of the same year, are again put in force in all their stipulations and in their full tenour, and shall continue to have effect as before the Act of Denunciation of the 15th of March 1872. || The High Contracting Parties guarantee to each other reciprocally, as well in the United Kingdom as in France and Algeria, the treatment, in all respects, of the most favoured nation. || It is, therefore, understood that, in conformity with the stipulations of Article XIX of the Treaty of Commerce, concluded on the 23rd of January, 1860, and of Article V of the Supplementary Convention of the 16th of November of the same year, each of the High Contracting Parties engages to give the other, immediately and unconditionally, the benefit of every favour or immu-

*) Der Handels- und Schiffahrts-Vertrag vom 5. November 1872 (S. Staats-Archiv Bd. XXII. Nr. 4735) wurde am 5. Februar 1873 der französischen Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt, nachdem die in Art. 21 desselben vorgesehene gemischte Commission einen rectificirten Tarif ausgearbeitet hatte, der durch eine ergänzende Declaration vom 29. Januar 1873 beiderseits genehmigt worden war. Bald stellte sich aber heraus, dass die französischer Seits beabsichtigte und durch diesen Vertrag eingeleitete allgemeine Tarifierhöhung an dem Widerstand anderer Vertragsstaaten, namentlich Oesterreichs, doch scheitern müsse; auch erfolgte inzwischen der Sturz der Thiers'schen Regierung, und so schloss das neue Ministerium Broglie unter Rückkehr zur Handelspolitik des Kaiserreichs den hier mitgetheilten neuen Vertrag ab. Derselbe wurde schon am folgenden Tage, den 24. Juli, zugleich mit einem übereinstimmenden Verträge mit Belgien der Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Diese erfolgte am 29. Juli, der Austausch der Ratificationen am 4. August 1873.

nity, every privilege or reduction of Tariff in regard to the importation of merchandize, whether mentioned or not in the Treaty and Conventions of 1860, which have been or may be conceded by one of the High Contracting Parties to any foreign nation whatsoever, whether within or beyond Europe. || It is likewise understood that, in all that relates to transit, warehousing, exportation, re-exportation, local dues, brokerage, Customs formalities, samples, designs for manufactures, and likewise in all matters relating to the exercise of commerce and industry, British subjects in France or in Algeria, and French in the United Kingdom, shall enjoy the treatment of the most favoured nation.

Nr. 5247
Gross-
britannien
und
Frankreich.
28. Juli 1873.

Article II. British ships and their cargoes shall, in France and in Algeria, and French ships and their cargoes shall, in the United Kingdom of Great Britain and Ireland, from whatever place arriving, and whatever may be the place of origin or destination of their cargoes, be treated in every respect as national ships, and their cargoes. || The coasting trade, however, is excepted from the preceding stipulation, and remains subject to the respective laws of the two countries

Article III. The High Contracting Parties agree to settle by means of a Supplementary Convention, the ratifications of which shall be exchanged before the 31st of January, 1874, such arrangements as may appear to them to be necessary in regard to Consular attributions, to transit and Customs regulations affecting entry of goods, expertise, samples, and any other matters of the like nature, and they agree, moreover, to substitute this Supplementary Convention for the stipulations about similar matters comprised in the Treaties and Conventions of 1860.

Article IV. Mineral oils of British origin shall be admitted into France and Algeria from the 1st of January, 1874, or sooner, if possible, at a Customs duty of 5 per cent., that is to say, at the rate of duty levied previously to the passing of the Law of the 8th of July, 1871. It is, nevertheless, agreed that the said oils shall, in conformity with the stipulations of Article IX of the Treaty of the 23rd of January, 1860, again put into force by Article I of the present Treaty, be likewise subject to the duty of 5 fr. or 8 fr. per 100 kilog., established on crude or refined oils by the Law of the 16th of September, 1871, or that which may be hereafter levied on the like oils manufactured in France. || A Commission, consisting of one member on the part of each Government, shall meet at Paris immediately after the ratification of the present Treaty, in order to settle, as hereinafter directed, questions concerning duties levied in France on British mineral oils, as well as to consider and report on any other questions which the High Contracting Parties agree, or shall agree to refer to it. || The benefit of the above provisions shall be extended to British mineral oils, to be supplied to persons in France under contracts entered into before the promulgation of the Law of the 8th of July, 1871. || The Commission shall examine how far it would be possible to effect reimbursement of duties levied in excess of the duty of 5 per cent., and the

Mr. 3847.
Gross-
Verhandlungen
und
Frankreich.
29. Juli 1873.

tax of 5 fr. or 8 fr. per 100 kilog. above referred to, in the case of British mineral oils introduced into France since the promulgation of the Law of the 8th of July, 1871, otherwise than in pursuance of contracts previously entered into. || In regard to the contracts above referred to, the settlement shall include indemnification for actions for breaches of contracts entered into before the enforcement of the Law of the 8th of July, 1871. || The High Contracting Parties, before the exchange of the ratifications of the present Treaty, shall name some third person to act as Arbitrator in regard to any points in connection with the questions above referred to which relate to mineral oils and on which the Commissioners may themselves differ in opinion. The Commission shall refer any such points to the Arbitrator, whose decision shall be binding on the Commissioners, and shall be reported by them accordingly. || The High Contracting Parties shall forthwith carry out the decision come to by the Commission or by the Arbitrator.

Article V. The present Treaty shall remain in force until the 30th of June, 1877. In case neither of the two High Contracting Parties should have notified twelve months before the said date the intention of putting an end to it, it shall remain binding until the expiration of one year from the day on which either of the two High Contracting Parties shall have denounced it.

Article VI. The President of the French Republic engages to apply to the National Assembly for the necessary authorization to ratify and give effect to the present Treaty immediately after its signature. || The ratifications shall be exchanged at Paris as soon as possible, and the Treaty shall immediately come into force.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty, and have thereto affixed the seals of their arms. || Done in duplicate at Versailles, the 23rd day of July, in the year of our Lord 1873.

(L. S.)

Lyons.

(L. S.)

Broglie.



STAATSARCHIV.

XXVII. Band.



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

XIII

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

VON

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

VON

H. v. Kremer-Auenrode und Ph. Hirsch.

Siebenundzwanzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1875.



I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl. Bd. XXVI u. vorg.)

1864.	Aug.	22.	Baden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Hessen, Italien, Niederlande, Portugal, Preussen, Schweiz, Spanien und Württemberg. Convention, betreffend die auf den Schlachtfeldern verwundeten Soldaten, geschlossen zu Genf am 22. August 1864	5342.
1868.	Oct.	20.	Baden, Bayern, Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Norddeutscher Bund, Oesterreich, Schweden und Norwegen, Schweiz, Türkei und Württemberg. Entwurf von Additional-Artikeln zur Genfer Convention vom 22. August 1864	5343.
1873.	Oct.	8.	Deutschland und Frankreich. Declaration des Artikels 11 der zusätzlichen Uebereinkunft vom 12. October 1871 zu dem Friedensvertrage vom 10. Mai 1871 zwischen Deutschland und Frankreich	5270.
"	Nov.	29.	Vereinigte Staaten von Amerika und Spanien. Protokoll der Conferenz, gehalten am 29. Nov. zu Washington, zur Beilegung der Virginus-Angelegenheit	5317.
"	Dec.	6.	— Protokoll über die Auslieferung des Virginus	5320.
1874.	Juli	1.	Conferenz-Staaten. Protokoll der Eröffnungs-Sitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. Juli 1874	5340.
"	Aug.	1.	— Protokoll der Schlussitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. August 1874	5341.
1874.	Juli	27.	Brüsseler Conferenzstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien und Türkei). Protokoll der ersten Plenarsitzung vom 27. Juli 1874	5341.
"	"	29.	— Protokoll der zweiten Plenarsitzung vom 29. Juli 1874	5351.
"	"	30.	— Protokoll Nr. 1 der Commissionssitzungen	5352.
"	"	31.	— Protokoll Nr. 2 der Commissionssitzungen	5353.
"	Aug.	1.	— Protokoll Nr. 3 der Commissionssitzungen	5354.

1874.	Aug.	3.	Brüsseler Conferenzstaaten (Belgien etc.) Protokoll Nr. 4 der Commissionssitzungen	5355.
"	"	5.	— Protokoll Nr. 5 der Commissionssitzungen	5356.
"	"	5.	— Protokoll der dritten Plenarsitzung vom 5. Aug. 1874	5357.
"	"	6.	— Protokoll Nr. 6 der Commissionssitzungen	5358.
"	"	7.	— Protokoll Nr. 7 der Commissionssitzungen	5359.
"	"	10.	— Protokoll Nr. 8 der Commissionssitzungen	5360.
"	"	11.	— Protokoll Nr. 9 der Commissionssitzungen	5361.
"	"	12.	— Protokoll Nr. 10 der Commissionssitzungen	5362.
Deutsch-Französischer Krieg. (Vgl. Bd. XXV u. vorg.)				
1873.	Oct.	8.	Deutschland und Frankreich. Declaration des Artikels 11 der zusätzlichen Uebereinkunft vom 12. October 1871 zu dem Friedensvertrage vom 10. Mai 1871 zwischen Deutschland und Frankreich	5270.
Deutsche Reichscompetenz, siehe Deutschlands Verfassung.				
Deutsches Reichsmilitärgesetz, siehe Militärgesetzgebung, Deutsche.				
Deutsche Reichswährung, siehe Münzgesetzgebung, Deutsche.				
Deutschlands Verfassung. (Vgl. Bd. XXI u. vorg.)				
1873.	April	2.	Deutschland. Aus der Sitzung des Reichstages vom 2. April 1873. Erste und zweite Berathung des Antrages von Lasker u. Gen. auf Ausdehnung der Reichscompetenz auf das gesammte bürgerliche Recht	5274.
"	Oct.	16.	Sachsen. Aus der Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 16. Oct. 1873	5275.
"	Nov.	5.	— Aus der Sitzung der I. Kammer, vom 5. Nov. 1873	5276.
"	"	8.	Bayern. Aus der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 8. Nov. 1873	5278.
"	"	20.	Sachsen. Aus der Sitzung der II. Kammer vom 20. Nov. 1873	5277.
"	Dec.	20.	Deutschland. Gesetz, betr. die Abänderung der Nr. 13 des Artikels 4 der Verfassung des Deutschen Reiches	5279.
Englisches Parlament.				
1874.	Jan.	23.	Grossbritannien. Mr. Gladstone's Adresse an seine Wähler in Greenwich, betr. die Auflösung des Parlaments	5331.
"	März	19.	— Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 19. März 1874, verlesen von den königl. Commissarien	5332.
"	Mai	4.	— Aus der Sitzung des Oberhauses vom 4. Mai 1874. Interpellation des Earl Russell über die allgemeine politische Lage und Beantwortung durch den Minister des Ausw., Earl of Derby. [Nach den Times.]	5333.
"	Aug.	7.	— Thronrede der Königin beim Schluss der Session am 7. Aug. 1874, verlesen von den königl. Commissarien	5334.
Französische Verfassung. (Vgl. Bd. XXV u. vorg.)				
1871.	Juli	5.	Frankreich. Manifest des Grafen Chambord	5249.
1873.	Sept.	5.	— Min. d. Ausw. (Duc de Broglie) an die Vertreter Frankreichs im Auslande. Circular, betr. die Befreiung des Landesgebietes	5248.
"	"	19.	— Graf von Chambord an den Deputirten Vicomte de Rodez-Bénavent. Verwahrung gegen ihm beigeordnete reactionäre Tendenzen	5250.

1873.	Sept.	29.	Frankreich. Collectiv-Erklärung der legitimistischen Provinzialjournale	5251.
„	„	29.	— Mr. Thiers an Mr. Bernard, Maire von Nancy. Protest gegen die Restaurationstendenzen	5252.
„	Oct.	16.	— Gesetzentwurf der von den Fractionen der Rechten eingesetzten Neuner-Commission zur Wiederherstellung des Königthums mit Beibehaltung der Tricolore	5253.
„	„	27.	— Graf von Chambord an den Deputirten Mr. Chesnelong. Ablehnung der Tricolore	5254.
„	Nov.	6.	— Botschaft des Präsidenten der Republik, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung anlässlich deren Wiedereröffnung	5255.
„	„	15.	— Commissionsbericht an die Nationalversammlung über die Verlängerung der Gewalten des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, erstattet von Mr. Laboulaye	5256.
„	„	17.	— Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. November 1873. Verlesung einer Botschaft des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, über die Verlängerung seiner Gewalten	5257.
„	„	20.	— Gesetz vom 20. Nov. 1873, betr. die Verleihung der Executiv-Gewalt an den Marschall Mac Mahon auf sieben Jahre	5258.
„	„	25.	— Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs im Auslande. Circular, betr. das Septennat	5259.
„	Dec.	7.	— Min. d. Ausw. (Duc de Decazes) an die Vertreter Frankreichs im Auslande. Circular, betr. die politische Haltung Frankreichs	5260.
1874.	Jan.	20.	— Gesetz, betr. die Maires und die Befugnisse der Municipal-Polizei	5261.
„	„	21.	— Min. d. Innern an die Präfecten. Circular, betr. das neue Maires-Gesetz	5262.
„	März	16.	— Rede, gehalten vom kaiserlichen Prinzen bei seiner Majorennitätsfeier in Chislehurst am 16. März 1874, in Antwort auf eine Ansprache des Herzogs von Padua	5263.
„	Juni	4.	— Programm des rechten Centrums der Nationalversammlung	5264.
„	„	6.	— Programm des linken Centrums der Nationalversammlung	5265.
„	„	15.	— Antrag von Casimir Périer, betr. Organisation der Staatsgewalten	5266.
„	Juli	2.	— Proclamation des Grafen von Chambord vom 2. Juli 1874	5267.
„	„	9.	— Botschaft des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung, betr. die Feststellung seiner Gewalten, vom 9. Juli 1874	5268.
„	Aug.	6.	— Protokoll der republikanischen Linken der Nationalversammlung	5269.

Krieg, siehe Deutsch-Französischer.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale.

1864.	Aug.	22.	Baden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Hessen, Italien, Niederlande, Portugal, Preussen, Schweiz, Spanien und Württemberg. Convention, betreffend die auf den
-------	------	-----	--

			Schlachtfeldern verwundeten Soldaten, geschlossen zu Genf am 23. Aug. 1864	5342.
1868.	Oct. 20.	Baden, Bayern, Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Norddeutscher Bund, Oesterreich, Schweden und Norwegen, Schweiz, Türkei und Württemberg. Entwurf von Additional-Artikeln zur Genfer Convention vom 22. Aug. 1864		5343.
1874.	März 28.	Frankreich. Circular der Gesellschaft zur Verbesserung des Loosea der Kriegsgefangenen		5344.
"	April 29.	Russland. Min. d. Ausw. an die kaiserlichen Missionen im Auslande. Circular, betreffend ein internationales Kriegerechts-Reglement und Conferenzberathung über dasselbe. — Beilage. Entwurf einer Convention		5345.
"	Juli 4.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in St. Petersburg (Lord A. Loftus). Bedenken gegen den russischen Vorschlag. England fordert jedenfalls die vorgängige Zusicherung, dass das Seekriegsrecht von den Conferenzberathungen ausgeschlossen bleibe		5346.
"	" 8.	Schweis. Bundespräsident Schenk an den englischen Min. d. Ausw. Circularnote, betreffend die Additional-Artikel zur Genfer Convention		5347.
"	" 14.	Russland. Leiter des ausw. Amtes (Hr. von Westmann) an den englischen Botschafter in St. Petersburg. Russland ertheilt die gewünschte Zusicherung		5348.
"	" 25.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an die königlichen Missionen bei denjenigen Regierungen, welche die Brüsseler Conferenz beschicken werden. England will die Conferenz unter Vorbehalt beschicken		5349.
"	" 27.	Brüsseler Conferenzstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien und Türkei). Protokoll der ersten Plenarsitzung vom 27. Juli 1874		5350.
"	" 29.	— Protokoll der zweiten Plenarsitzung vom 29. Juli 1874		5351.
"	" 30.	— Protokoll No. 1 der Commissionssitzungen		5352.
"	" 31.	— Protokoll No. 2 der Commissionssitzungen		5353.
"	Aug. 1.	— Protokoll No. 3 der Commissionssitzungen		5354.
"	" 3.	— Protokoll No. 4 der Commissionssitzungen		5355.
"	" 5.	— Protokoll No. 5 der Commissionssitzungen		5356.
"	" 5.	— Protokoll der dritten Plenarsitzung vom 5. Aug. 1874		5357.
"	" 6.	— Protokoll No. 6 der Commissionssitzungen		5358.
"	" 7.	— Protokoll No. 7 der Commissionssitzungen		5359.
"	" 10.	— Protokoll No. 8 der Commissionssitzungen		5360.
"	" 11.	— Protokoll No. 9 der Commissionssitzungen		5361.
"	" 12.	— Protokoll No. 10 der Commissionssitzungen		5362.

Militärgesetzgebung, Deutsche.

1874.	Febr. 5.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung der ersten Session des zweiten deutschen Reichstages am 5. Febr. 1874, verlesen vom Reichskanzler Fürsten von Bismarck	5335.
-------	----------	---	-------

1874.	Febr. 16.	Deutschland. Aus der Sitzung des Reichstages vom 16. Febr. 1874. Erste Berathung des Entwurfes eines Reichs-Militärgesetzes	5336.
"	April 13.	— Aus der Sitzung des Reichstages vom 13. April 1874. Zweite Berathung des Entwurfes eines Reichs-Militärgesetzes	5337.
"	" 26.	— Thronrede des Kaisers beim Schluss des Reichstages am 26. April 1874	5339.
"	Mai 2.	— Reichs-Militärgesetz	5338.

Münzgesetzgebung, Deutsche.

1871.	Dec. 4.	Deutschland. Gesetz, betr. die Ausprägung von Reichs-Goldmünzen	5271.
1873.	Juli 9.	— Münzgesetz	5272.
1874.	April 30.	— Gesetz, betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen	5273.

Sanitäts-Conferenz, Internationale.

1874.	Juli 1.	Conferens-Staaten. Protokoll der Eröffnungs-Sitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. Juli 1874. — Beilage. Rede des Doctor Sigmund über den Zweck der Conferenz	5340.
"	Aug. 1.	— Protokoll der Schlussitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. Aug. 1874	5341.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. XXV u. vorg.)

1871.	Juli 5.	Frankreich. Manifest des Grafen Chambord	5249.
1873.	Nov. 5.	Oesterreich-Ungarn. Thronrede des Kaisers bei Eröffnung, des österreichischen Reichsrathes	5280.
"	" 6.	Frankreich. Botschaft des Präsidenten der Republik, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung anlässlich deren Wiedereröffnung	5255.
"	" 12.	Preussen. Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 12. Nov. 1873, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums Finanzminister Camphausen	5281.
"	" 15.	Italien. Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments am 15. Nov. 1873. [Uebersetzung]	5282.
"	" 17.	Frankreich. Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Nov. 1873. Verlesung einer Botschaft des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, über die Verlängerung seiner Gewalten	5257.
"	Dec. 1.	Vereinigte Staaten von America. Jahresbotschaft des Präsidenten Grant	5233.
1874.	Jan. 5.	— Botschaft des Präsidenten, betr. die Virginus-Angelegenheit	5254.
"	" 13.	Russland. Kaiserliches Manifest, betr. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. [Uebersetzung.]	5330.
"	" 23.	Grossbritannien. Mr. Gladstone's Adresse an seine Wähler in Greenwich, betr. die Auflösung des Parlaments	5331.
"	Febr. 5.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung der ersten Session des zweiten deutschen Reichstages am 5. Febr. 1874, verlesen vom Reichskanzler Fürsten von Bismarck	5335.

1874.	März 16.	Frankreich.	Bede, gehalten vom kaiserlichen Prinzen bei seiner Majorennitätsfeier in Chislehurst am 16. März 1874, in Antwort auf eine Ansprache des Herzogs von Padua	5263.
"	" 19.	Grossbritannien.	Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 19. März 1874, verlesen von den königlichen Commissarien	5332.
"	April 26.	Deutschland.	Thronrede des Kaisers beim Schluss des Reichstages am 26. April 1874	5339.
"	Juli 2.	Frankreich.	Proclamation des Grafen von Chambord vom 2. Juli 1874	5267.
"	" 9.	—	Botschaft des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung, betr. die Feststellung seiner Gewalten, vom 9. Juli 1874	5268.
"	Aug. 7.	Grossbritannien.	Thronrede der Königin beim Schluss der Session am 7. Aug. 1874, verlesen von den königlichen Commissarien	5334.

Verfassung, a. die betreffenden Länder.

Virginus-Angelegenheit.

1873.	Nov. 7.	Vereinigte Staaten von America.	Gesandter in Madrid (General Sickles) an den Staatssecr. d. Ausw. (Mr. Hamilton Fish). Erster Bericht über dienehmung des Virginus	5285.
"	" 8.	—	Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Erörterung der Rechtsfrage	5286.
"	" 8.	Grossbritannien.	Gouverneur von Jamaica (Sir J. P. Grant) an den königlichen Colonialminister (Earl of Kimberley). Bericht über die Schritte zur Rettung der Mannschaft des „Virginus“ und über die Vorgeschichte des Schiffes	5290.
"	" 11.	—	Min. d. Ausw. (Earl Granville) an den königlichen General-Consulats-Verweser (Acting Consul-General) in Havana (M. Crawford). Auftrag, im Interesse britischer Unterthanen die Virginus-Angelegenheit zu überwachen	5288.
"	" 12.	Vereinigte Staaten von America.	Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Auftrag, Genugthuung zu verlangen	5287.
"	" 13.	—	Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Bestätigung der Nachricht von weiteren Hinrichtungen auf Cuba. (Telegramm)	5291.
"	" 14.	Grossbritannien.	General-Consulats-Verweser in Havana an den königl. Min. d. Ausw. Meldung, dass 16 britische Unterthanen aus der Mannschaft des Virginus erschossen worden sind	5289.
"	" 14.	Vereinigte Staaten von America.	Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Abberufung für den Fall, dass nicht alsbald Genugthuung erfolgt. (Telegramm.)	5292.
"	" 14.	—	Gesandter in Madrid an den span. Min. d. Ausw. (Sr. José de Carvajal). Officieller Protest gegen das Verfahren der Behörden auf Cuba	5293.

1873.	Nov.	14.	Spanien. Min. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Beantwortung des Protestes. (Translation)	5294
"	"	15.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den spanischen Min. d. Ausw. Erwiderung	5295.
"	"	15.	— Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Mittheilung, dass der spanische Minister den Protest zurückweise. (Telegramm)	5296.
"	"	15.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. America wird eventuell selbst gegen Cuba einschreiten. (Telegramm)	5297.
"	"	15.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid (Mr. Layard). Verantwortlichmachung der spanischen Regierung	5298.
"	"	17.	— Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. Ablehnung der spanischen Vorschläge	5299.
"	"	17.	Spanien. Min. d. Ausw. an den Gesandten der Ver. Staaten in Madrid. Antwort auf die Genugthuungsforderung. (Translation)	5300.
"	"	18.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Der Gesandte will Madrid verlassen. (Telegramm)	5301.
"	"	19.	— Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Aufregung in Madrid. (Telegramm)	5302.
"	"	19.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Befehl, noch in Madrid zu bleiben. (Telegramm)	5303.
"	"	20.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. Dringt auf Beschleunigung mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten	5304.
"	"	20.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Dringt auf Abberufung (Telegramm)	5305.
"	"	21.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Erneuter Befehl, zu bleiben. (Telegramm)	5306.
"	"	20.	Spanien. Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington (Admiral Polo de Bernabé). Vorschlag eines Schieds-spruches. (Telegramm)	5307.
"	"	21.	Vereinigte Staaten von Amerika. Memorandum über eine Conferenz des Staatssecr. d. Ausw. mit dem spanischen Gesandten in Washington	5308.
"	"	25.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Abberufung, falls binnen 24 Stunden keine Verständigung erfolgt (Telegramm)	5309.
"	"	26.	— Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Propositionen Spaniens. (Telegramm)	5310.
"	"	26.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. Formulirung der Entschädigungsansprüche	5311.
"	"	26.	Vereinigte Staaten von Amerika. Memorandum über eine weitere Conferenz des Staatssecr. d. Ausw. mit dem spanischen Gesandten in Washington	5312.
"	"	28.	— Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Erbittet Antwort. (Telegramm)	5313.

1873.	Nov.	28.	Vereinigte Staaten von America. Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Die weiteren Verhandlungen sollen in Washington geführt werden. (Telegramm)	5314.
"	"	28.	Spanien. Min. d. Ausw. an den englischen Geschäftsträger in Madrid. Antwort auf die englischen Forderungen	5316.
"	"	29.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Beschwerft sich über die Verhandlungen in Washington. (Telegramm)	5315.
"	"	29.	Vereinigte Staaten von America und Spanien. Protokoll der Conferenz, gehalten am 29. Nov. zu Washington, zur Beilegung der Virginus-Angelegenheit	5317.
"	Dec.	1.	Vereinigte Staaten von America. Jahresbotschaft des Präsidenten Grant	5288.
"	"	6.	— Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Reicht seine Entlassung ein. (Telegramm)	5318.
"	"	6.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Entlassung verweigert. (Telegramm)	5319.
"	"	6.	Vereinigte Staaten von America und Spanien. Protokoll über die Auslieferung des Virginus	5320.
"	"	17.	Vereinigte Staaten von America. Gutachten des Attorney-General über das Recht des „Virginus“, die Flagge der Vereinigten Staaten zu führen	5321.
"	"	19.	Grossbritannien. Geschäftsträger in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. Mittheilung, dass der „Virginus“ kein Recht auf die Flagge der Vereinigten Staaten hatte. Dank Spaniens für die Haltung Englands	5322.
"	"	20.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Erneutes Entlassungsgesuch. (Telegramm)	5323.
"	"	20.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Entlassung genehmigt. (Telegramm)	5324.
"	"	22.	Grossbritannien. Gesandter in Washington (Sir E. Thornton) an den königl. Min. d. Ausw. Mittheilung, dass der „Virginus“ und die überlebende Mannschaft von Spanien an Nordamerica ausgeliefert sind	5325.
"	"	22.	Vereinigte Staaten von America. Staatssecr. d. Ausw. an den spanischen Gesandten in Washington. Anerkenntnis, dass der „Virginus“ kein Recht auf die americanische Flagge hatte	5326.
1874.	Jan.	3.	Spanien. Gesandter in Washington an den american. Staatssecr. d. Ausw. Erklärung, dass keine beleidigende Absicht vorgelegen habe. (Translation)	5327.
"	"	5.	Vereinigte Staaten von America. Botschaft des Präsidenten, betr. die Virginus-Angelegenheit	5284.
"	Febr.	20.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. Verlangt Zahlung einer Entschädigungssumme wegen der Erschiessung der Mannschaften des „Virginus“	5328.
"	Mai	7.	— Min. d. Ausw. (nunmehr Earl of Derby) an den königl. Geschäftsträger in Madrid. Dringt auf Erledigung der Angelegenheit	5329.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Aegypten.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

America, Vereinigte Staaten von.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1873. Nov. 29. No. 5317.

„ Dec. 6. „ 5320.

Thronreden, Adressen etc.:

1873. Dec. 1. No. 5283.

1874. Jan. 5. „ 5284.

Virginias-Angelegenheit:

1873. Nov. 7. No. 5285.

„ „ 8. „ 5286.

„ „ 12. „ 5287.

„ „ 13. „ 5291.

„ „ 14. „ 5292.

„ „ 14. „ 5293.

„ „ 15. „ 5295.

„ „ 15. „ 5296.

„ „ 15. „ 5297.

„ „ 18. „ 5301.

„ „ 19. „ 5302.

„ „ 19. „ 5303.

„ „ 20. „ 5305.

„ „ 21. „ 5306.

„ „ 21. „ 5308.

„ „ 25. „ 5309.

1873. Nov. 26. No. 5310.

„ „ 26. „ 5312.

„ „ 28. „ 5313.

„ „ 28. „ 5314.

„ „ 29. „ 5315.

„ „ 29. „ 5317.

„ Dec. 1. „ 5283.

„ „ 6. „ 5319.

„ „ 6. „ 5320.

„ „ 17. „ 5321.

„ „ 20. „ 5323.

„ „ 20. „ 5324.

„ „ 22. „ 5326.

1874. Jan. 5. „ 5284.

Baden.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

Bayern.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1868. Oct. 20. No. 5343.

Deutschlands Verfassung:

1873. Nov. 8. No. 5278.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.

Belgien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzzstaaten.**Sanitäts-Conferenz, Internationale:**

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Brüsseler Conferenzzstaaten.**Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:**

1874. Juli 27. „ 5350.

„ „ 29. „ 5351.

„ „ 30. „ 5352.

„ „ 31. „ 5353.

„ Aug. 1. „ 5354.

„ „ 3. „ 5355.

„ „ 5. „ 5356.

„ „ 5. „ 5357.

„ „ 6. „ 5358.

„ „ 7. „ 5359.

„ „ 10. „ 5360.

„ „ 11. „ 5361.

„ „ 12. „ 5362.

Dänemark.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzzstaaten.**Sanitäts-Conferenz, Internationale:**

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Deutschland.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1873. Oct. 8. No. 5270.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Deutsch-Französischer Krieg:

1873. Oct. 8. No. 5270.

Deutschlands Verfassung:

1873. April 2. No. 5274.

„ Dec. 20. „ 5279.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzzstaaten.**Militärgesetzgebung, Deutsche:**

1874. Febr. 5. No. 5335.

„ „ 16. „ 5336.

„ April 13. „ 5337.

„ „ 26. „ 5339.

„ Mai 2. „ 5338.

Münzgesetzgebung, Deutsche:

1871. Dec. 4. No. 5271.

1873. Juli 9. „ 5272.

1874. April 30. „ 5273.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Thronreden, Adressen etc.:

1874. Febr. 5. No. 5335.

„ April 26. „ 5339.

Frankreich.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

1873. „ 8. „ 5270.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Deutsch-Französischer Krieg:

1873. Oct. 8. „ 5270.

Französische Verfassung:

1871. Juli 5. „ 5249.

1873. Sept. 5. „ 5248.

„ „ 19. „ 5250.

„ „ 29. „ 5251.

„ „ 29. „ 5252.

„ Oct. 16. „ 5253.

„ „ 27. „ 5254.

„ Nov. 6. „ 5255.

„ „ 15. „ 5256.

„ „ 17. „ 5257.

„ „ 20. „ 5258.

„ „ 25. „ 5259.

„ Dec. 7. „ 5260.

1874. Jan. 20. „ 5261.

„ „ 21. „ 5262.

„ März 16. „ 5263.

„ Juni 4. „ 5264.

„ „ 6. „ 5265.

1874. Juni 15. No. 5266.
 „ Juli 2. „ 5267.
 „ „ 9. „ 5268.
 „ Aug. 6. „ 5269.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.
 1868. Oct. 20. „ 5343.
 1874. März 28. No. 5344.

S. auch Brüsseler Konferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Thronreden, Adressen etc.:

1871. Juli 5. No. 5249.
 1873. Nov. 6. „ 5255.
 „ „ 17. „ 5257.
 1874. März 16. „ 5263.
 „ Juli 2. „ 5267.
 „ „ 9. „ 5268.

Griechenland.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Konferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Grossbritannien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1868. Oct. 20. No. 5343.
 1874. Juli 1. „ 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Englisches Parlament:

1874. Jan. 23. No. 5331.
 „ März 19. „ 5332.
 „ Mai 4. „ 5333.
 „ Aug. 7. „ 5334.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.
 1874. Juli 4. „ 5346.
 „ „ 25. „ 5349.

S. auch Brüsseler Konferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Thronreden, Adressen etc.:

1874. Jan. 23. No. 5331.

1874. März 19. No. 5332.
 „ Aug. 7. „ 5334.

Virginus-Angelegenheit:

1873. Nov. 8. No. 5290.
 „ „ 11. „ 5283.
 „ „ 14. „ 5289.
 „ „ 15. „ 5298.
 „ „ 17. „ 5299.
 „ „ 20. „ 5304.
 „ „ 26. „ 5311.
 „ Dec. 19. „ 5322.
 „ „ 22. „ 5325.
 1874. Febr. 20. „ 5328.
 „ Mai 7. „ 5329.

Hessen.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1864. Aug. 22. No. 5342.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

Italien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1864. Aug. 22. No. 5342.
 1868. Oct. 20. „ 5343.
 1874. Juli 1. „ 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.
 1868. Oct. 20. „ 5343.

S. auch Brüsseler Konferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Thronreden, Adressen etc.:

1873. Nov. 15. No. 5282.

Luxemburg.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Niederlande.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1864. Aug. 22. No. 5342.
 1868. Oct. 20. „ 5343.
 1874. Juli 1. „ 5340.
 „ Aug. 1. „ 5341.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Norddeutscher Bund.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1868. Oct. 20. No. 5343.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.

Norwegen.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1868. Oct. 20. No. 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale.

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Oesterreich-Ungarn.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1868. Oct. 20. No. 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Thronreden, Adressen etc.:

1873. Nov. 5. No. 5280.

Persien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Portugal.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1861. Aug. 22. No. 5342.

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Preussen.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

Thronreden, Adressen etc.:

1873. Nov. 12. No. 5281.

Rumänien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Russland.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegerechts-Conferenz, Internationale:

1874. April 29. No. 5345.

„ Juli 14. „ 5348

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Thronreden, Adressen etc.:

1874. Jan. 13. No. 5330.

Sachsen.**Deutschlands Verfassung:**

1873. Oct. 16. No. 5275.

„ Nov. 5 „ 5276.

„ „ 20. „ 5277.

Schweden.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1868. Oct. 20. No. 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Schweiz.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

1874. Juli 8. „ 5347.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Serbien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Spanien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

1873. Nov. 29. „ 5317.

„ Dec. 31. „ 5320.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Virginus-Angelegenheit:

1873. Nov. 14. No. 5294.

„ „ 17. „ 5300.

„ „ 20. „ 5307.

„ „ 28. „ 5316.

„ „ 29. „ 5317.

„ Dec. 6. „ 5320.

1874. Jan. 3. „ 5327.

Türkei.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1868. Oct. 20. No. 5343.

1874. Juli 1. „ 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1868. Oct. 20. No. 5343.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Sanitäts-Conferenz, Internationale:

1874. Juli 1. No. 5340.

„ Aug. 1. „ 5341.

Württemberg.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1864. Aug. 22. No. 5342.

1868. Oct. 20. „ 5343.



100

Inhalt des 5. und 6. (Schluss-)Heftes XXVII. Bandes.

	Seite
Internationale Sanitäts-Conferenz.	
0. Konferenz-Staaten. Protokoll der Eröffnungs-Sitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. Juli 1874	258
Beilage: Rede des Dr. Sigmund über den Zweck der Konferenz.	
1. — Protokoll der Schluss-Sitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. Aug. 1874	267
Beilage: Relevé des conclusions adoptées par la conférence sanitaire internationale.	
Internationale Kriegsrechts-Conferenz.	
2. Baden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Hessen, Italien, Niederlande, Portugal, Preussen, Schweiz, Spanien, Württemberg. Convention, betr. die auf den Schlachtfeldern verwundeten Soldaten, geschlossen zu Genf am 22. Aug. 1864	283
3. Baden, Bayern, Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Norddeutscher Bund, Oesterreich, Schweden und Norwegen, Schweiz, Türkei und Württemberg. Entwurf von Additional - Artikeln zur Genfer Convention vom 22. Aug. 1864. 20. Oct. 1868	285
4. Frankreich. Circular der Gesellschaft zur Verbesserung des Looses der Kriegsgefangenen. 28. März 1874	288
5. Russland. Min. d. Ausw. an die kaiserl. Missionen im Auslande. Circular, betr. ein internationales Kriegsrechts-Reglement und Konferenzberathung über dasselbe. 29. April 1874	289
Beilage: Projet d'une convention internationale concernant les lois et coutumes de la guerre.	
6. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in St. Petersburg (Lord A. Loftus). Bedenken gegen den russischen Vorschlag. England fordert jedenfalls die vorgängige Zusage, dass das Seekriegsrecht von den Konferenzberathungen ausgeschlossen bleibe. 4. Juli 1874	299
7. Schweiz. Bundespräsident Schenk an den engl. Minister d. Ausw. Circularnote, betr. die Additional - Artikel zur Genfer Convention. 8. Juli 1874	300

Inhalt des 5. und 6. (Schluss-)Heftes XXVII. Bandes.

	Seite
No. 5348. Russland. Leiter des ausw. Amts (v. Westmann) an den engl. Botschafter in St. Petersburg. Russland ertheilt die gewünschte Zusicherung. 2. Juli 1874	302
„ 5349. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an die königl. Missionen bei denjenigen Regierungen, welche die Brüsseler Conferenz beschicken werden. England will die Conferenz unter Vorbehalt beschicken. 25. Juli 1874	304
„ 5350. Brüsseler Conferenzstaaten. Protokoll der ersten Plenarsitzung vom 27. Juli 1874	305
„ 5351. — Protokoll der zweiten Plenarsitzung vom 29. Juli 1874	309
„ 5352. — Protokoll No. 1 der Commissionssitzungen. 30. Juli 1874	314
„ 5353. — Protokoll No. 2 der Commissionssitzungen. 31. Juli 1874	318
„ 5354. — Protokoll No. 3 der Commissionssitzungen. 1. Aug. 1874	323
„ 5355. — Protokoll No. 4 der Commissionssitzungen. 2. Aug. 1874	328
„ 5356. — Protokoll No. 5. der Commissionssitzungen. 5. Aug. 1874	335
„ 5357. — Protokoll der dritten Plenarsitzung vom 5. Aug. 1874	341
„ 5358. — Protokoll No. 6 der Commissionssitzungen. 6. Aug. 1874	345
„ 5359. — Protokoll No. 7 der Commissionssitzungen. 7. Aug. 1874	351
„ 5360. — Protokoll No. 8 der Commissionssitzungen. 10. Aug. 1874	356
„ 5361. — Protokoll No. 9 der Commissionssitzungen. 11. Aug. 1874	361
„ 5362. — Protokoll No. 10 der Commissionssitzungen. 12. Aug. 1874	369

Französische Republik.

Nr. 5248.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. (Duc de Broglie) an die Vertreter Frankreichs im Auslande. — Circular betreffend die Befreiung des Landesgebiets.

Versailles, le 5 septembre 1873.

Monsieur, c'est aujourd'hui 5 septembre qu'aux termes de la Convention Nr. 5248. Frankreich. 5. Sept. 1873. conclue le 15 mars dernier, doit commencer l'évacuation de la ville de Verdun, seul point encore occupé par les troupes allemandes. D'ici à peu de jours, le dernier soldat étranger aura quitté notre territoire. || Vous avez pu voir dans le message récemment adressé par M. le Président de la République à l'Assemblée Nationale*), quel sentiment inspire au Chef l'État et au Gouvernement un événement si impatiemment désiré par tous les Français. Vous avez appris, en même temps, qu'il n'en pourrait résulter aucun changement dans la direction de notre politique extérieure. „Rendue à la complète possession d'elle même, a dit M. le Maréchal de Mac Mahon, la France sera „mieux en mesure encore qu'auparavant d'entretenir avec toutes les Puissances „étrangères des rapports de sincère amitié". Ces nobles et judicieuses paroles doivent servir de règle à votre conduite et à votre langage. || C'est à maintenir et à consolider la paix que nous devons consacrer la liberté d'action que nous allons recouvrer. || Sans doute, cette paix a été achetée par de cruels sacrifices. Il en est un, pourtant, que nous n'avons pas fait, le seul qui fût irréparable, c'est celui de notre honneur. Quels que soient les jugements que l'histoire porte sur les origines et la conduite de la malheureuse guerre de 1870, les reproches qui peuvent être adressés aux gouvernements ne retombent pas sur la nation qui, privée d'un seul coup de toutes ses armées régulières, a pourtant soutenu la lutte pendant cinq mois avec des troupes improvisées, et dont la capitale a supporté sans murmures les souffrances du siège le plus rigoureux. Une nation qui s'est montrée capable d'un tel effort

*) Siehe Staats-Archiv Bd. XXV. Nr. 5049.
Staatsarchiv XXVII.

Nr. 5249.
Frankreich.
5. Sept. 1873.

après un tel désastre, peut se résigner aux conditions que lui a imposées le sort des armes sans rien perdre dans l'estime du monde. || Ce sont, d'ailleurs, les bienfaits de la paix qui seuls peuvent nous faire oublier ce qu'elle nous a coûté. A cet égard, déjà une courte expérience doit nous instruire. Il a suffi de deux années de repos pour que la France ait payé à l'étranger cinq milliards d'indemnité, soldé tout l'arriéré de ses dépenses de guerre sans que cet effort ait épuisé le capital national, élevé sensiblement le taux du crédit, et sans que les impôts nécessaires pour y faire face, quelque lourde que soit la charge qu'ils imposent au pays, aient arrêté le progrès de la richesse publique. Cela seul peut faire apprécier l'étendue de ressources que notre patrie conserve et le rang qui lui est assuré. Il faut seulement qu'elle ait la sagesse de se consacrer tout entière à réparer ses forces, à assurer l'ordre intérieur par des institutions solides, à relever le principe, trop ébranlé, de l'autorité légale, à opérer, en un mot, la régénération matérielle et morale qui est nécessaire après tant de secousses révolutionnaires. || Telle est, Monsieur, la pensée [du Gouvernement, approuvée à plusieurs reprises par l'unanimité de l'Assemblée Nationale. Vous l'exprimerez fidèlement toutes les fois que vous aurez à faire entendre la voix de la France. Vous détruirez aussi, quand l'occasion s'en présentera naturellement, les imputations erronées qui nous prêtent des intentions ou des désirs contraires, sans paraître pourtant attacher aux bruits répandus par la presse et accrédités par l'esprit de parti plus d'importance qu'ils n'en méritent. Vous garderez ainsi, dans tous les incidents auxquels vous pourrez vous trouver mêlé, une attitude calme, ferme et digne de la nation que vous représentez. || Agréez, etc.

Broglie.

Nr. 5249.

FRANKREICH. — Manifest des Grafen von Chambord.

Chambord, le 5 juillet 1871.

Nr. 5249.
Frankreich.
5. Juli 1871.

Français, || Je suis au milieu de vous. || Vous m'avez ouvert les portes de la France, et je n'ai pu me refuser le bonheur de revoir ma patrie. || Mais je ne veux pas donner, par ma présence prolongée, de nouveaux prétextes à l'agitation des esprits si troublés en ce moment. || Je quitte donc ce Chambord que vous m'avez donné, et dont j'ai porté le nom avec fierté, depuis quarante ans, sur les chemins de l'exil. || En m'éloignant, je tiens à vous le dire, je ne me sépare pas de vous, la France sait que je lui appartiens. || Je ne puis oublier que le droit monarchique est le patrimoine de la nation ni décliner les devoirs qu'il m'impose envers elle. || Ces devoirs, je les remplirai, croyez-en ma parole d'honnête homme et de roi. || Dieu aidant, nous fonderons en-

semble et quand vous le voudrez, sur les larges assises de la décentralisation administrative et des franchises locales, un gouvernement conforme aux besoins réels du pays. || Nous donnerons pour garantie à ces libertés publiques auxquelles tout peuple chrétien a droit, le suffrage universel honnêtement pratiqué et le contrôle des deux Chambres, et nous reprendrons, en lui restituant son caractère véritable, le mouvement national de la fin du dernier siècle. || Une minorité revoltée contre les vœux du pays en a fait le point de départ d'une période de démoralisation par le mensonge et de désorganisation par la violence. Ses criminels attentats ont imposé la révolution à une nation qui ne demandait que les réformes, et l'ont dès lors poussée vers l'abîme où hier elle eût péri, sans l'héroïque effort de notre armée. || Ce sont les classes laborieuses, ces ouvriers des champs et des villes, dont le sort a fait l'objet de mes plus vives préoccupations et de mes plus chères études, qui ont le plus souffert de ce désordre social. || Mais la France, cruellement désabusée par des désastres sans exemple, comprendra qu'on ne revient pas à la vérité en changeant d'erreur; qu'on n'échappe pas par des expédients à des nécessités éternelles. || Elle m'appellera et je viendrai à elle tout entier, avec mon dévouement, mon principe et mon drapeau. || A l'occasion de ce drapeau, on a parlé de conditions que je ne dois pas subir. || Français! || Je suis prêt à tout, pour aider mon pays à se relever de ses ruines et à reprendre son rang dans le monde; le seul sacrifice que je puisse ne lui faire, c'est celui de mon honneur. || Je suis et veux être de mon temps; je rends un sincère hommage à toutes ses grandeurs, et, quelle que fût la couleur du drapeau sous lequel marchaient nos soldats, j'ai admiré leur héroïsme, et rendu grâce à Dieu de tout ce que leur bravoure ajoutait au trésor des gloires de la France. || Entre vous et moi, il ne doit subsister ni malentendu ni arrière-pensée. || Non, je ne laisserai pas, parce que l'ignorance ou la crédulité auront parlé de privilèges, d'absolutisme et d'intolérance, que sais-je-encore? de dîme, de droits féodaux, fantômes que la plus audacieuse mauvaise foi essaie de ressusciter à vos yeux, je ne laisserai pas arracher de mes mains l'étendard d'Henri IV, de François I^{er} et de Jeanne d'Arc. || C'est avec lui que c'est faite l'unité nationale, c'est avec lui que vos pères, conduits par les miens, ont conquis cette Alsace et cette Lorraine dont la fidélité sera la consolation de nos malheurs. || Il a vaincu la barbarie sur cette terre d'Afrique, témoin des premiers faits d'armes des princes de ma famille; c'est lui qui vaincra la barbarie nouvelle dont le monde est menacé. || Je le confierai sans crainte à la vaillance de notre armée; il n'a jamais suivi, elle le sait, que le chemin de l'honneur. || Je l'ai reçu comme un dépôt sacré du vieux Roi mon aïeul, mourant en exil; il a toujours été pour moi inséparable du souvenir de la patrie absente; il a flotté sur mon berceau, je veux qu'il ombrage ma tombe. || Dans les plis glorieux de cet étendard sans tache, je vous apporterai l'ordre et la liberté. || Français, || Henri V ne peut abandonner le drapeau blanc d'Henri IV.

Henri.

Nr. 5250.

FRANKREICH. — Graf von Chambord an den Deputirten Vicomte de Rodez-Bénavent. — Verwahrung gegen ihm beigeordnete reactionaire Tendenzen.

Frohsdorf, 19 septembre 1873.

Nr. 5250.
Frankreich.
19. Sept. 1873.

Le sentiment qu'on éprouve, mon cher vicomte, en lisant les détails que vous me donnez sur la propagande révolutionnaire dans votre province, est un sentiment de tristesse; on ne saurait descendre plus bas pour trouver des armes contre nous, et rien n'est moins digne de l'esprit français. || En être réduit en 1873 à évoquer le fantôme de la dîme, des droits féodaux, de l'intolérance religieuse, de la persécution contre nos frères séparés; que vous dirais-je encore, de la guerre follement entreprise dans des conditions impossibles, du gouvernement des prêtres, de la prédominance des classes privilégiées! Vous avouerez qu'on ne peut pas répondre sérieusement à des choses si peu sérieuses. A quels mensonges la mauvaise foi n'a-t-elle pas recours lorsqu'il s'agit d'exploiter la crédulité publique? Je sais bien qu'il n'est pas toujours facile, en face de ces indignes manoeuvres, de conserver son sang-froid, mais comptez sur le bon sens de vos intelligentes populations pour faire justice de pareilles sottises. Appliquez-vous surtout à faire appel au dévouement de tous les honnêtes gens sur le terrain de la reconstitution sociale. Vous savez que j'en ne suis point un parti, et que je ne veux pas revenir pour régner par un parti; j'ai besoin du concours de tous, et tous ont besoin de moi. || Quant à la réconciliation si loyalement accomplie dans la maison de France, dites à ceux qui cherchent à dénaturer ce grand acte, que tout ce qui s'est fait le 5 août*) a été bien fait, dans l'unique but de rendre à la France son rang, et dans les plus chers intérêts de sa prospérité, de gloire et de sa grandeur. || Comptez, mon cher Rodez, sur toute ma gratitude et ma constante affection.

Henri.

Nr. 5251.

FRANKREICH. — Collectiv-Erklärung der legitimistischen Provinzialjournale.

Nr. 5251.
Frankreich.
29. Sept. 1873.

L'occupation du sol français a cessé. Au moment où s'éloigne le dernier soldat étranger, emportant notre rançon et deux de nous plus belles provinces,

Am 5. August 1873 war die Aussöhnung der beiden Linien des königlichen Hauses von Frankreich durch den Besuch des Grafen von Paris beim Grafen von Chambord in Frohsdorf erfolgt.

A. d. Red.

nos coeurs de patriotes se tournent avec une indicible émotion vers l'héritier des princes qui créèrent notre unité nationale. L'oeuvre de ses aïeux et de nos pères détruite, et après quatre-vingts ans d'espérances trompées, d'aventures désastreuses, de troubles et de discordes, nous voyons la patrie diminuée, descendue de son rang, au milieu des autres peuples agrandis et élevés. Comment, à cette heure, ne penserions-nous pas à celui dont le nom seul est un symbole de notre intégrité territoriale? Tant de malheurs et d'humiliations eussent été épargnés à notre pays, si le mouvement réformateur à la tête duquel s'était mise la royauté à la fin du siècle dernier, et que le comte de Chambord a déclaré être prêt à reprendre, de concert avec le peuple français, n'eût pas été faussé, et si la France fût demeurée unie à ses rois, qui l'avaient faite. || Du moins, l'expérience a instruit cette génération, et nous sommes aujourd'hui résolus à préserver nos enfants des douleurs que nous avons connues. C'est pourquoi la vraie France, dont les journaux soussignés sont l'avant-garde, aspire avec ardeur au jour très-prochain où elle pourra, sans secousse, librement, légalement, rentrer dans les conditions de sa vie naturelle et confier ses destinées à Henri V. || La majorité conservatrice de l'assemblée a arraché, le 24 mai, notre pays au plus grave péril qu'il eût encore couru, celui du désordre légal; elle a ainsi assuré le présent. Il faut de plus pourvoir au lendemain et garantir la stabilité de l'avenir par le rétablissement de la royauté héréditaire, appropriée aux besoins des temps. || Un glorieux soldat, que la reconnaissance publique appelle déjà "le maréchal sans peur et sans reproche", nous protège contre l'anarchie, et un gouvernement d'ordre a commencé l'oeuvre de réparation sociale. || Mais il reste à mettre la société à l'abri des surprises en replaçant nos institutions sur la base d'un principe immuable; l'assemblée, nous l'espérons, ne tardera pas à proclamer la monarchie et à rappeler le roi. Le roi et l'assemblée assureront ensemble les libertés auxquelles tout peuple chrétien a droit. || Nous avons vu avec une joie profonde l'unité rétablie par un acte mémorable et patriotique dans la famille royale. Cet événement, appelé de tous nos vœux et qui a été considéré comme une véritable faveur du ciel, est un exemple proposé à tous les citoyens, qui doivent oublier leurs mésintelligences pour le salut de la patrie. || Pas plus que leur chef, les royalistes n'ont d'injures à venger; ils tendent la main à tous les honnêtes gens qui voudront loyalement se rapprocher pour refaire en commun la fortune de la France; tout le monde sait que le comte de Chambord a déclaré vouloir être non le roi d'un parti, mais le roi de tous les Français, et ils regarderont comme les premiers et les plus grands ceux, sans distinction de classes, qui serviront le mieux la France et le roi. || Plus heureux qu'Henri IV, Henri V ne trouvera pas de Français armés contre lui; mais il aura, comme le père des Bourbons, à désarmer des passions, à dissiper des préjugés, à sceller la concorde entre les citoyens, à réparer nos ruines, à donner l'impulsion à tous les travaux de la paix, à préparer l'allègement des impôts, et, par l'ascendant moral de son gouvernement en Europe, rendre à la France son ancienne su-

Nr. 5251.
Frankreich.
29. Sept. 1873.

prémative. Quelle tâche glorieuse et bien digne de son grand cœur! Il nous semble déjà apercevoir l'aurore d'un des règnes les plus brillants de notre histoire, et, pour exprimer nos espérances, nous avons cru ne pouvoir choisir une date plus significative que celle de la libération du territoire, un jour de plus heureux augure que le 53^e anniversaire de la naissance de Henri Dieu-donné.

Nr. 5252.

FRANKREICH. — Mr. Thiers an Mr. Bernard, Maire von Nancy. —
Protest gegen die Restaurationstendenzen.

Ouchy, 29 septembre 1873.

Nr. 5252.
Frankreich.
29. Sept. 1873.

Monsieur le maire, — Vous m'avez vivement pressé, au nom de vos excellentes populations de l'Est, d'aller les visiter et me réjouir avec elles de la libération du territoire. || Je l'aurais bien voulu, mais je ne le crois pas convenable en ce moment; et, en rentrant à Paris sans vous rendre la visite que vous désiriez recevoir et que j'aurais désiré vous faire, je dois vous en donner les motifs. || Vous savez mieux que personne combien a été imprévue et involontaire de ma part la réception que l'on m'a faite à Belfort. Et cependant que n'a-t-on pas dit? ... Vous étiez des radicaux, j'étais un agitateur! || Convient-il aujourd'hui de fournir à ces calomnies un nouveau prétexte de se produire en allant, volontairement cette fois, au-devant des témoignages que vous voudriez bien m'accorder? || Sans doute, il est des calomnies qu'il faut savoir mépriser; sans doute aussi, au sein d'un pays qui serait fait aux moeurs de la liberté, l'agitation serait permise dans un moment où, sans consulter la France, sans même l'entendre, on prétend décider de ses destinées. || Et, à cette occasion, admirez la bonne foi des partis! On nous accusait, il y a quelques mois, de violer le pacte de Bordeaux, parce que nous présentions quelques lois indispensables, qui n'engageaient en rien l'avenir et que, sans prétendre les imposer, nous nous bornions à soumettre au pouvoir législatif existant! || Et aujourd'hui, sans mandat, sans pouvoirs, sans la présence de l'Assemblée, on traite à quelques-uns de l'avenir entier de la France, avenir qu'on voudra ensuite nous faire consacrer presque sans discussion et surtout sans recours au pays, principal intéressé, seul souverain légitime. || Ce qu'en Angleterre, en Amérique, on appelle l'agitation serait donc bien permis dans les circonstances présentes; mais d'agitation il n'en faut pas, dans l'intérêt même des causes et de toutes les causes que nous voulons sauvegarder. || Bientôt, en effet, nous aurons à défendre non-seulement la République, qui, pour moi, reste le seul gouvernement capable de rallier, au nom de l'intérêt commun, les partis si profondément divisés, qui seule peut parler à la démo-

cratie avec une autorité suffisante, et qui, cette fois, loin de troubler la France, ne lui est apparue que pour rétablir l'ordre, l'armée, les finances, le crédit, racheter le territoire, fermer en un mot, sauf une seule, toutes les plaies de la guerre; nous aurons, dis-je, à défendre non-seulement la République, mais tous les droits de la France, ses libertés civiles, politiques et religieuses, son état social; ses principes, qui, proclamés 1789, sont devenus ceux du monde entier; son drapeau enfin, sous lequel l'univers la connaît, sous lequel ses soldats, vainqueurs ou vaincus, se sont couverts de gloire, et qui cependant, tout cher qu'il est à nos coeurs, ne nous suffirait pas, si toutes les choses dont il est l'emblème nous étaient ravies; car, de ces choses sacrées, ce n'est pas l'image seulement qu'il nous faut, mais la réalité même, et le drapeau tricolore, resté seul pour couvrir la contre-révolution, serait le plus odieux, le plus révoltant des mensonges. || C'est tout cela, je le répète, qu'il nous faudra bientôt défendre, non par des moyens trop faciles à dénaturer, mais par la froide et solide raison. || Les ménagements que nous n'aurions pas pour ceux qui nous calomnient, il faut les avoir pour la situation si grave du pays, laquelle nous commande à tous une conduite aussi ferme que mesurée. || J'irai donc vous visiter non pas aujourd'hui, mais plus tard, lorsque, la crise que nous traversons franchie, nous pourrons nous réjouir en sécurité et en repos de la libération du territoire. || En attendant, recevez mes vifs remerciements pour les instances si cordiales que vous m'avez adressées et veuillez les faire agréer à vos chers concitoyens.

A. Thiers.

Nr. 5253.

FRANKREICH. — Gesetzentwurf der von den Fraktionen der Rechten eingesetzten Neuner-Commission zur Wiederherstellung des Königthums mit Beibehaltung der Tricolore.

Nr. 5253.
Frankreich.
16. Octb. 1873.

„L'Assemblée nationale, usant du droit constituant qui lui appartient et qu'elle s'est toujours réservé;

„Décrète:

„Art. 1^{er}. La monarchie nationale héréditaire et constitutionnelle est le gouvernement de la France; en conséquence, Henri-Charles-Ferdinand-Marie-Dieudonné, chef de la famille royale de France, est appelé au trône; les princes de cette famille lui succéderont, de mâle en mâle, par ordre de primogéniture.

„Art. 2. L'égalité de tous les citoyens devant la loi et leur admissibilité à tous les emplois civils et militaires, les libertés civiles et religieuses, l'égle protection dont jouissent aujourd'hui les différents cultes, le vote annuel

Nr. 5253.
Frankreich.
16. Octb. 1873.

de l'impôt par les représentants de la nation, la responsabilité des ministres inséparable de l'inviolabilité royale, la liberté de la presse sous les réserves nécessaires à l'ordre public, et généralement toutes les garanties qui constituent le droit public actuel des Français, sont et demeurent maintenus. || Le gouvernement du roi présentera à l'Assemblée nationale les lois constitutionnelles ayant pour objet d'assurer et de régler l'exercice collectif de la puissance législative par le roi et deux Chambres, l'attribution du pouvoir exécutif au roi, l'organisation du suffrage universel, et généralement toutes les lois nécessaires à la constitution des pouvoirs publics.

„Art. 3. Le drapeau tricolore est maintenu: il ne pourra être modifié que par l'accord du roi et de la représentation nationale.“

Nr. 5254.

FRANKREICH. — Graf von Chambord an den Deputirten Mr. Chesnelong. — Ablehnung der Tricolore.

Salzbourg, 27 octobre 1873.

Nr. 5254.
Frankreich.
27. Octb. 1873.

J'ai conservé, Monsieur, de votre visite à Salzbourg un si bon souvenir, j'ai conçu pour votre noble caractère une si profonde estime, que je n'hésite pas à m'adresser loyalement à vous, comme vous êtes venu vous-même loyalement vers moi. || Vous m'avez entretenu, durant de longues heures, des destinées de notre chère et bien aimée patrie, et je sais qu'au retour, vous avez prononcé, au milieu de vos collègues, des paroles qui vous vaudront mon éternelle reconnaissance. Je vous remercie d'avoir si bien compris les angoisses de mon âme, et de n'avoir rien caché de l'inébranlable fermeté de mes résolutions. || Aussi ne me suis-je point ému quand l'opinion publique, emportée par un courant que je déplore, a prétendu que je consentais enfin à devenir le roi légitime de la Révolution. J'avais pour garant le témoignage d'un homme de cœur, et j'étais résolu à garder le silence, tant qu'on ne me forcerait pas à faire appel à votre loyauté. || Mais puisque, malgré vos efforts, les malentendus s'accumulent, cherchant à rendre obscure ma politique à ciel ouvert, je dois toute la vérité à ce pays dont je puis être méconnu, mais qui rend hommage à ma sincérité, parce qu'il sait que je ne l'ai jamais trompé et que je ne le tromperai jamais. || On me demande aujourd'hui le sacrifice de mon honneur. Que puis-je répondre, sinon que je ne rétracte rien, que je ne retranche rien de mes précédentes déclarations? Les prétentions de la veille me donnent la mesure des exigences du lendemain; et je ne puis consentir à inaugurer un règne réparateur et fort par un acte de faiblesse. || Il est de mode, vous le savez, d'opposer à la fermeté d'Henri V l'habileté d'Henri IV. „*La violente* amour que je porte à mes sujets, disait-il souvent, me rend tout possible et honorable.“ || Je prétends,

sur ce point, ne lui céder en rien; mais je voudrais bien savoir quelle leçon se fût attirée l'imprudent assez osé pour lui persuader de renier l'étendard d'Arques et d'Ivry. || Vous appartenez, Monsieur, à la province qui l'a vu naître, et vous serez, comme moi, d'avis qu'il eût promptement désarmé son interlocuteur, en lui disant avec sa verve béarnaise: Mon ami, prenez mon drapeau blanc, il vous conduira toujours au chemin de l'honneur et de la victoire. || On m'accuse de ne pas tenir en assez haute estime la valeur de nos soldats, et cela au moment où je n'aspire qu'à leur confier tout ce que j'ai de plus cher. On oublie donc que l'honneur est le patrimoine commun de la maison de Bourbon et de l'armée française, et que, sur ce terrain-là, on ne peut manquer de s'entendre! || Non, je ne méconnais aucune des gloires de ma patrie, et Dieu seul, au fond de mon exil, a vu couler mes larmes de reconnaissance toutes les fois que, dans la bonne ou dans la mauvaise fortune, les enfants de la France se sont montrés dignes d'elle. || Mais nous avons ensemble une grande oeuvre à accomplir. Je suis prêt, tout prêt à l'entreprendre quand on le voudra, dès demain, dès ce soir, dès ce moment. C'est pourquoi je veux rester tout entier ce que je suis. Amoindri aujourd'hui, je serais impuissant demain. || Il ne s'agit de rien moins que de reconstituer sur ses bases naturelles une société profondément troublée, d'assurer avec énergie le règne de la loi, de faire renaître la prospérité au dedans, de contracter au dehors des alliances durables, et surtout de ne pas craindre d'employer la force au service de l'ordre et de la justice. || On parle de conditions; m'en a-t-il posé, ce jeune prince, dont j'ai ressenti avec tant de bonheur la loyale étreinte, et qui, n'écoutant que son patriotisme, venait spontanément à moi, m'apportant au nom de tous les siens des assurances de paix, de dévouement et de réconciliation? || On veut des garanties: en a-t-on demandé à ce Bayard des temps modernes, dans cette nuit mémorable du 24 mai, où l'on imposait à sa modestie la glorieuse mission de calmer son pays par une de ces paroles d'honnête homme et de soldat qui rassurent les bons et font trembler les méchants? || Je n'ai pas, c'est vrai, porté comme lui l'épée de la France sur vingt champs de bataille, mais j'ai conservé intact, pendant quarante-trois ans, le dépôt sacré de nos traditions et de nos libertés. J'ai donc le droit de compter sur la même confiance et je dois inspirer la même sécurité. || Ma personne n'est rien; mon principe est tout. La France verra la fin de ses épreuves quand elle voudra le comprendre. Je suis le pilote nécessaire, le seul capable de conduire le navire au port, parce que j'ai mission et autorité pour cela. || Vous pouvez beaucoup, Monsieur, pour dissiper les malentendus et arrêter les défaillances à l'heure de la lutte. Vos consolantes paroles, en quittant Salzbourg, sont sans cesse présentes à ma pensée: La France ne peut pas périr, car le Christ aime encore ses Francs, et lorsque Dieu a résolu de sauver un peuple, il veille à ce que le sceptre de la Justice ne soit remis qu'en des mains assez fermes pour le porter.

Henri.

Nr. 5255.

FRANKREICH. — Botschaft des Präsidenten der Republik, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung anlässlich deren Wiedereröffnung*).

Messieurs,

Nr. 5255.
Frankreich.
6. Nov. 1873.

Au moment où vous vous sépariez, je vous disais que vous pouviez vous éloigner sans inquiétude, et qu'en votre absence rien ne viendrait troubler le repos public. Ce que je vous annonçais s'est réalisé. En vous réunissant aujourd'hui vous retrouverez la France en paix. || La libération complète de notre territoire est maintenant un fait consommé. L'armée étrangère a quitté le sol français et nos troupes sont rentrées dans nos départements évacués au milieu de la joie patriotique des populations. || Notre délivrance s'est opérée sans causer de troubles au dedans, sans éveiller les méfiances au dehors. L'Europe, assurée de notre ferme résolution de maintenir la paix, nous voit sans crainte reprendre possession de nous-mêmes. Je reçois de toutes les puissances le témoignage de leur désir de vivre avec nous dans des relations d'amitié. || A l'intérieur, l'ordre public a été fermement maintenu; une administration vigilante, confiée à des fonctionnaires d'origine politique différente, mais tous dévoués à la cause de l'ordre, a fait strictement appliquer les lois existantes; elle s'est inspirée surtout de cet esprit conservateur dont la grande majorité de cette Assemblée s'est montrée toujours animée, et dont, en ce qui me concerne, tant que vous me confierez le pouvoir, je ne me départirai pas. || A la vérité, la tranquillité matérielle n'a pas empêché l'agitation des esprits, et, à l'approche de votre réunion, la lutte engagée entre les partis a redoublé de vivacité. Il fallait s'y attendre. || Au nombre des objets que vous aviez indiqués vous-mêmes comme devant vous occuper dès la reprise de vos travaux, figurait l'examen des lois constitutionnelles présentées par mon prédécesseur. Cette attente ramenait nécessairement la question, jusqu'ici toujours réservée, de la forme définitive du gouvernement. || Il n'est donc pas étonnant que ce grave problème ait été soulevé d'avance par les divers partis, et traité par chacun d'eux avec ardeur dans le sens conforme à ses vœux. Je n'avais point qualité pour intervenir dans leurs débats, ni pour devancer l'arrêt de votre autorité souveraine: l'action de mon gouvernement a dû se borner à contenir la discussion dans les limites légales, et à assurer, en toute hypothèse, le respect absolu de vos décisions. || Votre pouvoir est donc entier, et rien n'en peut entraver l'exercice. || Peut-être pourtant penserez-vous que l'émotion causée par ces discussions si vives est une preuve que, dans l'état présent des faits et des esprits, l'établissement d'une forme de gouvernement, quelle qu'elle soit, qui engage indéfiniment l'avenir présente

*) Vgl. Bd. XXV. Nr. 5049.

de graves difficultés. || Peut-être trouverez-vous plus prudent de conserver à vos institutions le caractère qui leur permet de rallier, comme aujourd'hui, autour du pouvoir tous les amis de l'ordre sans distinction de parti. || Si vous en jugez ainsi, permettez à celui que vous avez élu sans qu'il ait cherché cet honneur, de vous dire avec franchise son sentiment. Pour donner au repos public une garantie sûre, il manque avec le régime actuel, deux conditions essentielles dont vous ne pouvez sans danger le laisser privé plus longtemps: il n'a ni la stabilité ni l'autorité suffisantes. || Quel que soit le dépositaire du pouvoir, il ne peut faire un bien durable, si son droit de gouverner est chaque jour remis en question, et s'il n'a devant lui la garantie d'une existence assez longue pour éviter au pays la perspective d'agitations sans cesse renouvelées. Avec un pouvoir qui peut changer à tout moment, on peut assurer la paix du jour, mais non la sécurité du lendemain; toute grande entreprise est par là même rendue impossible; le travail languit, la France, qui ne demande qu'à renaître, est arrêtée dans son développement, dans les relations avec les puissances étrangères la politique ne peut acquérir l'esprit de suite et de persévérance qui seul, à la longue, inspire la confiance et maintient ou rétablit la grandeur d'une nation. || Si la stabilité manque au pouvoir actuel l'autorité aussi lui fait souvent défaut, il n'est pas suffisamment armé par les lois pour décourager les factions et même pour se faire obéir de ses propres agents. || La presse se livre avec impunité à des écarts et à des violences qui finiraient par corrompre l'esprit des populations, les municipalités élues oublient qu'elles sont les organes de la loi, et laissent l'autorité centrale sans représentant sur bien des parties du territoire. || Vous songerez à ces faits et vous ferez don à la société d'un pouvoir exécutif durable et fort, qui prenne souci de son avenir et puisse la défendre énergiquement.

Maréchal de Mac-Mahon, duc de Magenta.

Nr. 5256.

FRANKREICH. — Commissionsbericht an die Nationalversammlung über die Verlängerung der Gewalten des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, erstattet von Mr. Laboulaye*).

„Messieurs, la commission que vous avez nommée pour examiner la proposition de loi soumise à l'Assemblée par M. le général Changarnier et un grand nombre de nos collègues, s'est trouvée en face de difficultés considérables qui ont exigé de sa part un examen approfondi. Proroger de dix ans l'autorité

*) In dieser Commission hatte in Folge der Wahl aus den durchs Loos gebildeten Abtheilungen die Minorität der Nationalversammlung mit 8 gegen 7 Stimmen die Majorität.

Nr. 5256.
Frankreich.
15. Nov. 1878.

exécutive dans un pays où les pouvoirs publics ne sont ni définis ni organisés, c'est une oeuvre législative qui n'a pas de précédent. Il y a là une foule de questions qu'on ne peut résoudre que par à-peu-près, en s'appuyant sur des présomptions qui ne sont rien moins que certaines. Nous avons fait de notre mieux afin de donner à l'Assemblée la preuve de notre esprit de conciliation; nous ne nous flattons pas d'avoir toujours réussi. || Ce qui a ajouté aux difficultés de notre travail, c'est que la commission nommée dans les bureaux s'est trouvée partagée à peu près par moitié: une majorité de huit voix, une minorité de sept. De part et d'autre, nous avons fait des efforts réitérés pour arriver à un accord afin de faire cesser dans l'Assemblée une division funeste aux intérêts du pays. S'il y avait eu des lois constitutionnelles, l'entente eût été facile; nous n'aurions différé que sur la durée plus ou moins longue de la prorogation. En l'absence de ces lois, nous sommes restés séparés par une différence fondamentale. La minorité, poussée par le désir d'établir sans délai une autorité qui dominât tous les partis, a jugé qu'on pouvait dès aujourd'hui prolonger les pouvoirs du chef de l'Etat, en laissant à l'avenir le soin de les définir et de les organiser. La majorité, au contraire, n'a pas cru qu'il fût possible de prolonger sans conditions un pouvoir dont rien ne règle l'étendue. || Elle a pensé qu'en dehors des garanties constitutionnelles, l'autorité, quelle que soit la modération de celui qui l'exerce, n'est qu'une dictature plus ou moins déguisée. Ce n'est point là le régime qui peut convenir à la France. Ce que la France demande depuis deux ans, c'est un gouvernement régulier qui lui donne enfin la possession d'elle-même et une entière sécurité. || Toutefois, avant d'aborder la question qui nous a divisés, il est bon de dire sur quels points l'accord s'est fait dès le premier jour. || Et d'abord, dans la commission comme dans les bureaux, nous avons été unanimes à mettre en dehors de nos débats la personne du Président de la république. Le nom du maréchal, mêlé depuis si longtemps à nos succès et à nos revers, à nos grandeurs et à nos misères, est une part glorieuse de notre histoire; il ne peut éveiller que des sentiments de respect. Le maréchal a été porté par les suffrages de l'Assemblée à la première magistrature du pays; rien ne s'oppose à ce qu'on prolonge ses fonctions si l'intérêt de la France le demande. || Nous avons pleine confiance dans son caractère et dans son patriotisme. Nos discussions n'ont donc touché en rien un homme que nous désirons tous placer en dehors et au-dessus des partis. Depuis le commencement jusqu'à la fin de nos séances, nous ne nous sommes occupés que d'une question purement constitutionnelle. || D'un autre côté, on avait remarqué que la proposition déclarait simplement que le pouvoir exécutif serait confié pour dix ans au maréchal de Mac-Mahon, duc de Magenta. On s'était étonné de voir que le projet ne donnait point au maréchal le titre de Président de la république française, attribué au chef du pouvoir exécutif par la loi du 31 août 1871, loi de laquelle M. le duc de Magenta tient les pouvoirs qu'il exerce aujourd'hui. La minorité de la commission s'est empressée de dissiper nos doutes;

il a été unanimement reconnu que le titre officiel de Président de la république devait figurer dans le texte de la loi. || Enfin nous avons tous été d'avis que si la prorogation des pouvoirs était accordée, il était nécessaire, ainsi que le demande le projet du général Changarnier, de nommer sans délai une commission chargée d'examiner les lois constitutionnelles. C'est un membre de la minorité qui a insisté le plus vivement sur ce point: c'est sur sa proposition que nous avons décidé à l'unanimité que cette commission serait nommée dans les trois jours qui suivront la promulgation de la présente loi. Y a-t-il à prendre de mesures plus énergiques pour hâter le vote de ces lois? C'est un point qu'il appartient à l'Assemblée de régler quand elle nommera la commission. Nous ne pouvons qu'exprimer le vœu qu'on satisfasse promptement à l'impatience légitime du pays. || Sur tous ces points, qui ont leur importance, il n'y a eu aucune divergence dans la commission. Les difficultés ont commencé quand, en serrant le problème de plus près, on a essayé de déterminer le caractère et la durée de la prorogation. || Nous avons été d'abord arrêtés par une question préjudicielle: L'Assemblée pouvait-elle légalement prolonger au delà de sa propre existence les pouvoirs du chef de l'Etat? || On a fait remarquer que, dans l'organisation actuelle, le Président de la république n'est que le délégué de l'Assemblée; on s'est demandé si le mandataire pouvait conserver son pouvoir quand le mandant n'existe plus. || Ce n'est pas la première fois, a-t-on dit, que l'Assemblée est appelée à examiner cette question; elle l'a résolue dans le sens opposé à la proposition qu'on nous présente aujourd'hui. Le rapport de M. Vitet sur la loi du 31 août 1871 niait formellement que l'Assemblée pût engager un avenir qui ne lui appartenait pas. Cette opinion, soutenue par des membres considérables de la droite et du centre droit, a triomphé devant la Chambre. La loi du 31 août a prolongé les pouvoirs de M. Thiers jusqu'à la fin des travaux de l'Assemblée; on a refusé d'aller plus loin. Comment donc nous propose-t-on de faire en 1873 ce qu'on regardait comme inconstitutionnel en 1871? || Il a été répondu qu'on ne pouvait assimiler au mandat civil la délégation d'un pouvoir politique; que le précédent de 1871, si considérable qu'il fût, ne pouvait lier l'Assemblée, et qu'en remontant plus haut dans notre histoire on trouverait plus d'un précédent en sens contraire. Comment interdire à une Assemblée de régler au moins l'ouverture de sa succession et de prendre des précautions pour l'avenir? || Sur cette première question, la commission, à la majorité de 13 voix contre 2, n'a point hésité à reconnaître le droit de l'Assemblée. Mais il faut avouer que cette décision recule la difficulté et ne la résout pas. || En effet, le point essentiel n'est pas de savoir si légalement l'Assemblée peut nommer un chef du pouvoir exécutif destiné à lui survivre. Il n'y a évidemment rien d'illégal à fixer pour un temps plus ou moins long la durée d'une magistrature quelconque. La question est de savoir quel est le caractère, quelle est la valeur de cette délégation. Est-ce une simple loi qui peut être abrogée par une loi contraire? Est-ce une disposition constitutionnelle qui lie les Assemblées qui viendront après nous? Là est le

Nr. 5256.
Frankreich.
15. Nov. 1878.

noeud de la difficulté. Si nous faisons une simple loi, elle n'aura d'autre force que celle que nos successeurs voudront bien lui laisser. D'un autre côté, peut-on considérer la prorogation des pouvoirs d'un Président comme un acte constituant? || La minorité de la commission a pensé que la Chambre avait le droit de proroger purement et simplement les pouvoirs du Président. Elle n'a pas admis qu'une Assemblée législative pût critiquer les actes d'une Assemblée constituante. La majorité n'a pas été de cet avis. Sans entrer dans une discussion théorique sur les dispositions qui ont ou qui n'ont pas le caractère constitutionnel, il lui a semblé qu'une loi faite en vue d'une seule personne, une loi qui crée un privilège et une exception, prêtait le flanc aux objections les plus graves, et compromettrait le pouvoir au lieu de l'assurer. || Nous nous sommes demandé si la seule façon de donner quelque solidité à la loi que nous discutons n'était point de lier la nomination du Président au vote des lois organiques, de telle sorte qu'à l'avènement de la prochaine législature, le Président et les Assemblées eussent un pouvoir de même origine et constitué par les mêmes lois. Conférer au maréchal de Mac-Mahon la présidence de la république régulièrement organisée nous a paru le seul moyen de lui donner autre chose qu'un pouvoir précaire dont la durée même ne serait pas assurée. || Mais est-il possible de prolonger par avance les pouvoirs du Président sans savoir de quelle façon les lois organiques, s'il y en a, régleront les conditions de la durée de la présidence? Assurément, il y a là une difficulté énorme et presque insurmontable, et la majorité de la commission ne peut trop regretter qu'on ait repoussé la sage proposition de discuter ensemble et en même temps les lois constitutionnelles et la question de prorogation. Si cette difficulté ne nous a pas arrêtés, c'est que nous nous trouvons dans une situation telle qu'il en faut sortir à tout prix. Rejeter la proposition, c'est s'exposer à une crise qui peut encore une fois laisser la France sans gouvernement. Nous ne voulons pas prendre sur nous une pareille responsabilité. || Il nous a paru plus sage et plus patriotique de chercher dans la proposition même le moyen de sortir du provisoire et de donner à la France un ensemble d'institutions solides et durables. Le pays ne nous saura pas mauvais gré d'avoir sacrifié des scrupules constitutionnels pour tout subordonner à l'intérêt de son travail et de son repos. || Si nous comprenons bien la situation présente, il y a dans toute la France un besoin de sécurité qu'il faut satisfaire, besoin d'autant plus impérieux qu'une foule de gens, effrayés par des événements récents ou dominés par leurs souvenirs, se défient de la république et craignent que, par la mobilité même du pouvoir exécutif, cette forme de gouvernement n'offre pas une garantie suffisante au commerce, à l'agriculture, à l'industrie. On demande la durée pour avoir la sécurité. Le nom du maréchal rassure les plus timorés. Avec lui, sous sa présidence, on chassera de vaines terreurs, on prendra goût au gouvernement du pays par le pays. || Nous avons cru qu'il fallait compter avec cette opinion, mais à une condition: c'est que la sécurité ne serait pas seulement garantié par un grand nom, mais par des institutions.

C'est sur ce terrain que se place la majorité de la commission; c'est là que la conciliation lui paraît possible et honorable. Elle ne veut sacrifier ni la liberté à l'ordre, ni l'ordre à la liberté. || En finir avec un provisoire énervant, organiser le gouvernement légal du pays, c'est-à-dire la république, voilà le but que nous voulons atteindre; voilà toute notre politique. A cette condition, nous acceptons la prolongation des pouvoirs pour un temps limité. Sans cette condition, nous ne pouvons rien faire. Nous sommes les premiers à désirer que, dans un gouvernement libre, le pouvoir exécutif soit fort et énergique; mais il faut que ce pouvoir soit constitutionnel et que cette force soit au service de la loi. Autrement, le gouvernement n'aura ni la stabilité ni l'autorité qu'il réclame; il s'épuisera dans ces luttes stériles qui fatiguent une nation qui vit de son travail, et qui a déjà trop souffert. || Une fois décidés à accepter la prorogation, en liant cette concession au vote des lois constitutionnelles, nous étions naturellement amenés à limiter cette prorogation à la durée d'une législature. Nous pouvions accepter que le chef du pouvoir exécutif fût le Président de la république durant la première période quinquennale. Aller plus loin, c'est troubler à l'avance le jeu des institutions que nous espérons obtenir. L'Assemblée se dissoudra-t-elle en 1874? Ira-t-elle jusqu'en 1875? Nous l'ignorons; mais en accordant au maréchal cinq années de pouvoir à partir du jour de notre séparation, nous croyons donner au pays une garantie de stabilité suffisante. A la rigueur, cela peut faire six ou sept ans d'autorité. Si durant ces années la France ne peut s'habituer à se gouverner elle-même, il est inutile de s'inquiéter d'un plus long avenir. || Nous avons supposé que la durée de la prochaine législature serait de cinq ans. C'est ce que proposent les projets constitutionnels préparés par le dernier gouvernement, sur l'ordre de l'Assemblée. Il peut arriver que ces projets soient modifiés et que la durée de la législature et de la présidence régulière soit plus longue ou plus courte. C'est toujours l'inconvénient de discuter séparément ce qui concerne le pouvoir exécutif et ce qui concerne le pouvoir législatif. Mais nous estimons qu'en tout cas, pour donner à l'Assemblée et au pays non pas une espérance, mais une certitude, il est bon de décider dès à présent que le pouvoir du maréchal sera prolongé de cinq ans. La commission chargée des lois constitutionnelles trouvera aisément un moyen pour concilier nos futures institutions avec une disposition qu'il est urgent de voter dès à présent. || Dans la minorité de la commission, on a dit que notre proposition était, au fond, le rejet du projet primitif. Que demandent les auteurs de ce projet? un Président qui ait dès maintenant dix ans devant lui, quoi qu'il arrive. Ce qu'offre la majorité de la commission, c'est un Président à terme, et sous une condition qui peut ne pas se réaliser. Il n'est pas sûr que la Chambre vote les lois constitutionnelles; on peut même croire qu'on aura d'autant moins de goût pour les voter, que leur échec fera avorter la prolongation des pouvoirs. Qu'arrivera-t-il si la Chambre se sépare sans avoir voté ces lois? Le pays restera-t-il sans chef et sans gouvernement? Il peut

Nr. 5256.
Frankreich.
15. Nov. 1873.

y avoir un intervalle entre la dissolution de l'Assemblée et l'avènement d'une législature nouvelle. En quelles mains sera le pouvoir durant cet intérim? || Nous avons cherché à prévenir ces inquiétudes qui n'avaient pas effrayé les auteurs de la loi du 31 août. Le premier article de notre projet déclare que les pouvoirs du maréchal de Mac-Mahon, Président de la république, lui sont continués pour une période de cinq ans au delà du jour de la réunion de la prochaine législature; mais, en même temps, nous ajoutons que cette disposition n'aura caractère constitutionnel qu'en prenant place dans les lois organiques. En d'autres termes, si vous faites la prorogation par une simple loi, elle vaudra ce que valent les lois. Nous ne vous garantissons pas l'avenir. Mais si vous voulez que cette prorogation soit ferme et irrévocable, inscrivez-la dans les lois organiques, et faites du maréchal le Président d'une république constitutionnelle. Ce n'est pas le goût de vaines subtilités qui nous pousse à préciser ainsi les choses, c'est le désir d'éclairer l'Assemblée sur ce qu'on nous propose de faire, et d'éviter au pays une illusion et une déception. Si l'on vote les lois constitutionnelles, le pouvoir du Président repose sur une base solide; si l'on arrive à la dissolution sans avoir établi des institutions régulières, la prorogation des pouvoirs est un mot. La prochaine Assemblée pourra n'en tenir aucun compte. Elle pourra conserver ou renverser le Président à son gré quand et comme elle voudra. Jamais souverain n'a engagé son héritier. Le Parlement a cassé le testament de Louis XIV. Vous ne serez pas plus heureux que le grand roi. L'Assemblée qui vous succédera ne se dira-t-elle pas souveraine comme vous? Et peut-on comprendre que la souveraineté d'une Assemblée morte puisse gêner la souveraineté d'une Assemblée vivante? || Il n'y a pas de milieu. Ou nous aurons une Constitution, et le pouvoir du Président sera solidement établi, ou nous n'aurons pas de Constitution, et la France sera encore une fois exposée à tous les hasards des discordes civiles et des révolutions. || C'est cette vue des choses qui explique pourquoi la majorité de la commission tient par-dessus tout à ne pas séparer l'organisation du pouvoir exécutif de celle du pouvoir législatif, qui ne peuvent exister l'un sans l'autre. Dans cette question de connexité, c'est l'existence même du gouvernement constitutionnel qui est en jeu. || Pour fortifier le pouvoir exécutif et assurer le repos du pays, un membre de la minorité a proposé qu'on remît en vigueur les lois qui interdisent d'attaquer le gouvernement établi. Il lui a paru dangereux et menaçant qu'on pût continuer d'agiter le pays par des prétentions et des démonstrations qui sont une perpétuelle excitation au mépris des lois. || Nous n'avons pas pensé qu'il fût à propos de mettre une loi pénale dans une loi constitutionnelle; mais nous croyons qu'un des avantages de l'accord que nous vous proposons, c'est d'installer enfin un gouvernement défini, auquel chacun devra obéissance, et dont il ne sera permis de préparer publiquement la ruine. Qu'on discute en théorie les mérites comparatifs de la monarchie et de la république, c'est chose innocente; mais il ne peut pas être permis de conspirer contre les institutions

établies, fussent elles républicaines. Du reste, il est bien entendu que c'est aux lois ordinaires et à la justice que nous en appelons. Des lois d'exception n'ont jamais sauvé les gouvernements. || Le dernier article du projet primitif propose de faire nommer en séance publique et par scrutin de liste une commission de trente membres, chargée d'examiner les lois constitutionnelles. L'esprit de cet article est de choisir d'un commun accord, et dans la proportion numérique des partis, les hommes les plus capables de donner à la France de bonnes institutions. || Sans nier ce qu'il y a de spécieux dans cette disposition, la majorité a pensé qu'il valait mieux s'en tenir à l'usage ordinaire et faire nommer la commission par les bureaux. Il est sans doute à désirer que cette commission renferme les meilleurs esprits politiques de l'Assemblée; mais, outre que rien n'empêche de s'entendre à l'avance, la réunion des bureaux a ce grand avantage que la discussion préalable permet de choisir les commissaires qui répondent le mieux à la pensée de celui qui les nomme. Le scrutin de liste supprime cette discussion qui établit des rapports intimes entre le membre de la commission et ceux qui l'ont élu. || Enfin, il pourrait arriver que ce mode d'élection ne fit pas une part suffisante aux minorités qui, en pareil cas, n'ont d'autre garantie que le bon vouloir de la majorité. Le choix des bureaux évite des plaintes et des récriminations qui, entre collègues, sont toujours fâcheuses, même quand elles sont injustes. On accuse les hommes; on n'accuse point le hasard. || La minorité de la commission a soutenu la proposition primitive ainsi amendée:

Art. 1^{er}. Le pouvoir exécutif est confié pour dix ans au maréchal de Mac-Mahon, duc de Magenta, à partir de la promulgation de la présente loi. Ce pouvoir continuera à être exercé avec le titre de Président de la république et dans les conditions actuelles jusqu'aux modifications qui pourraient y être apportées par les lois constitutionnelles.

„Art. 2. Dans les trois jours qui suivront la promulgation de la présente loi, une commission de trente membres sera nommée en séance publique et au scrutin de liste pour l'examen des lois constitutionnelles.“

„En outre, il a été déposé un grand nombre d'amendemens. Nous les avons examinés, tout en regrettant que le peu de temps dont nous disposions ne nous ait pas permis d'entendre tous les auteurs de ces diverses propositions. Quelques uns de ces amendemens reçoivent dans notre projet une satisfaction relative; il en est un qui demande qu'on ne touche pas à l'organisation des pouvoirs publics avant qu'il ait été procédé au remplacement des députés démissionnaires ou décédés. Nous n'avons pas cru que l'Assemblée consentirait à cet ajournement. Enfin, plusieurs propositions, qui sont de véritables projets de Constitution plutôt que des amendemens, demandent l'appel au peuple, ou la proclamation et l'organisation immédiate de la république. || Quel que soit le mérite de ces projets, sur lesquels nous n'entendons pas nous prononcer, il est évident que leur objet est d'ajourner à long terme ou d'écarter la prolongation des pouvoirs. Décidés à accepter cette dernière mesure à

Nr. 5258.
Frankreich.
15. Nov. 1873.

certaines conditions, sous réserves, nous ne pouvions accueillir les amendemens qui concluaient en fait au rejet de la loi. C'est à la Chambre qu'il appartient de les apprécier || Avant de finir, permettez-moi de vous soumettre, au nom de la majorité de la commission, une considération qui, aujourd'hui, s'impose à chacun de nous comme député et comme citoyen. || Dans l'état de division où se trouve l'Assemblée, après les émotions des derniers mois et les déceptions récentes, nous n'avons plus qu'une occasion d'organiser un gouvernement, c'est celle qui est venue nous surprendre plutôt que nous ne l'attendions. Si le parti conservateur a le courage de renoncer à des espérances qu'il a nourries longtemps, mais qui viennent de s'évanouir, s'il ne prend conseil que de son patriotisme, nous pouvons marcher d'accord et donner au pays le gouvernement qu'il attend de nous. Vous n'avez pas voulu renoncer au drapeau national et aux libres institutions qu'il symbolise; ces institutions, ce drapeau nous sont également chers. C'est par la monarchie que vous vouliez obtenir un gouvernement constitutionnel: la monarchie s'est effondrée; mais ce gouvernement que vous désirez, nous croyons que vous pouvez l'avoir non moins sûrement sous la forme républicaine. Il n'y a pas aujourd'hui d'autre solution si l'on veut donner enfin à la France l'abri dont elle a besoin. || Mais si le parti conservateur ne veut pas organiser avec nous des institutions libres; s'il ne nous offre qu'un provisoire de dix ans, qu'un pouvoir isolé, qui n'est ni contenu ni maintenu par des lois constitutionnelles, alors, convaincus de notre impuissance, il ne nous restera plus qu'à remettre à la nation le mandat qu'elle nous a confié et dont nous n'avons pas su nous servir. Ce serait là une extrémité fâcheuse. Quelque confiance que nous ayons dans la sagesse du pays, il est à craindre que la convocation d'une nouvelle Assemblée constituante, qui sera sans doute autrement composée que la nôtre, mais qui peut-être ne sera pas moins divisée, ne condamne la France à rentrer dans cette route pénible où depuis deux ans elle se traîne de déceptions en déceptions. Prenons garde que le pays ne se lasse de nos agitations parlementaires. Ce ne serait pas la première fois qu'un peuple, trompé dans ses espérances les plus légitimes, finirait par se dégoûter même de la liberté. || Au contraire, si nous pouvons nous entendre, si le nom du maréchal peut servir de gage à une transaction, si vous votez les lois organiques, le pays peut retrouver prochainement ce gouvernement constitutionnel qui a fait plus d'une fois notre prospérité. Alors, au lieu de nous épuiser à la recherche de ces formes politiques qui n'ont d'autre utilité que de régler les différens pouvoirs de l'Etat, nous entrerons en pleine possession de la liberté; nous pourrons discuter en paix, et d'accord, ces grandes questions d'éducation, de travaux publics, d'améliorations matérielles, intellectuelles, morales, qui ont pour le peuple tout autant d'intérêt que la nomination d'un Président, ou la durée plus ou moins longue du pouvoir exécutif. || Quel que soit le succès de nos efforts, on nous rendra cette justice que nous avons cherché sincèrement la conciliation. Nous nous sommes effacés, nous avons été jusqu'à la dernière limite des concessions possibles.

Pour accorder au Président de la république une prolongation de pouvoirs qui vous rassure, nous ne demandons qu'une chose: sortir du provisoire en organisant le gouvernement légal du pays. A ce prix nous sommes avec vous; mais nous n'irons pas plus loin. Jamais nous n'abandonnerons ces garanties constitutionnelles que la France a conquises par quatre-vingts ans de lutttes et de souffrances, ces garanties sans lesquelles la liberté est un mot, l'ordre un mensonge, et le pouvoir, même le plus doux, un arbitraire sans dignité.

Nr. 5256.
Frankreich.
15. Nov. 1873.

Projet de loi.

„Art. 1^{er}. Les pouvoirs du maréchal de Mac-Mahon, Président de la République, lui sont continués pour une période de cinq ans au delà du jour de la réunion de la prochaine législature.

Art. 2. Ces pouvoirs s'exerceront dans les conditions actuelles jusqu'au vote des lois constitutionnelles.

„Art. 3. La disposition énoncée en l'article 1^{er} prendra place dans les lois organiques et n'aura le caractère constitutionnel qu'après le vote de ces lois.

„Art. 4. Dans les trois jours qui suivront la promulgation de la présente loi, une commission de trente membres sera nommée dans les bureaux pour l'examen des lois constitutionnelles présentées à l'Assemblée Nationale les 19 et 20 mai 1873.“

Nr. 5257.

FRANKREICH. — Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. November 1873. — Verlesung einer Botschaft des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, über die Verlängerung seiner Gewalten.

Présidence de M. Buffet

M. le président. L'ordre du jour appelle la discussion de la proposition de M. le général Changarnier et plusieurs de ses collègues relative à la prorogation des pouvoirs du maréchal de Mac-Mahon.

Nr. 5257.
Frankreich.
17. Nov. 1873.

M. le duc de Broglie, ministre des affaires étrangères, vice-président du conseil. Je demande la parole pour la lecture d'un message de M. le Président de la République. (Mouvement.)

M. le président. M. le vice-président du conseil a la parole pour donner lecture d'un message de M. le Président de la République. (Marques générales d'attention. Profond silence.)

M. le vice-président du conseil.

Varstätt, le 17 novembre 1873.

„Messieurs, au moment où va s'ouvrir la discussion sur la prorogation de mes pouvoirs, je crois qu'il est de mon devoir d'indiquer les garanties sans

Nr. 5257.
Frankreich.
17. Nov. 1873.

lesquelles il serait imprudent, selon moi, d'accepter la tâche redoutable de gouverner un grand pays. Les ministres, conformément aux usages du régime parlementaire, expliqueront les actes du Gouvernement devant l'Assemblée qui est leur juge souverain; mais, lorsque mon autorité est mise en discussion et que ma responsabilité est engagée, personne ne sera surpris que je fasse moi-même connaître ma pensée. || La France dont les vœux demandent pour le Gouvernement de la stabilité et de la force ne comprendrait pas une résolution qui assignerait au Président de la République un pouvoir dont la durée et le caractère seraient soumis, dès son début, à des réserves...“ (Bruyantes interruptions à gauche) „...et à des conditions suspensives...”

M. Albert Christophle. Ce langage est inadmissible dans un pays libre!

M. le président. Veuillez ne pas interrompre. (Bruit persistant d'exclamations et de réclamations à gauche. — Approbation à droite.)

MM. de Pressensé et Edouard Lockroy. C'est une insulte à la France!

Un membre à l'extrême gauche. Nous sommes donc en Turquie!

M. le président. J'invite l'Assemblée à vouloir bien écouter en silence le Message de M. le Président de la République. (Très-bien! à droite — Continuation des réclamations à gauche.)

C'est M. le Président de la République qui parle.

A gauche. Non! non!

M. Wolowski. C'est M. le vice-président du conseil! (Bruit confus.)

A droite, à M. le vice-président du conseil. Parlez! parlez!

M. le président. J'engage M. le vice-président du conseil à attendre que le silence soit complètement rétabli.

Voix à gauche. Nous n'entendons pas!

M. le président. Veuillez faire silence et vous entendrez; aucune voix ne pourrait dominer le tumulte actuel! (Le silence se fait peu à peu.)

M. le vice-président du conseil, *continuant* „.... renvoyer aux lois constitutionnelles, soit le point de départ de la prorogation, soit les effets définitifs du vote l'Assemblée, ce serait dire à l'avance que dans quelques jours on remettra en question ce qui sera décidé aujourd'hui. (Nouvelle interruption à gauche. — Oui! oui! C'est vrai! à droite.) || Je dois désirer plus que tout autre que les lois constitutionnelles nécessaires pour déterminer les conditions d'exercice des pouvoirs publics soient discutées prochainement, et l'Assemblée voudra certainement exécuter sans retard la résolution qu'elle a déjà prise sur ce point; mais subordonner la proposition qui est en discussion au vote des lois constitutionnelles, ne serait-ce pas rendre incertain le pouvoir que vous voulez créer et diminuer son autorité? (Vives exclamations à gauche. — Très-bien! très-bien: à droite.)

M. Wolowski. C'est la force des choses!

M. le vice-président du conseil, *lisant*. „Si je n'avais consulté que mes goûts, je n'aurais pas parlé de la durée de mes pouvoirs...” (Rires à gauche.)

M. le président. Ces manifestations sont contraires à toutes les convenances! (Bruyantes protestations à gauche.)

Nr. 5257.
Frankreich.
17. Nov. 1873.

M. Mazeau. Il ne s'agit pas de convenances; il s'agit des droits de la nation.

Un membre à gauche. On croirait que nous sommes en Turquie! (Bruit.)

M. le président. La discussion sera ouverte tout à l'heure après la lecture du Message, et chacun pourra exprimer son opinion; mais dans ce moment, le devoir de tous les membres de l'Assemblée est d'écouter en silence le Message de M. le Président de la République.

M. le vice-président, *reprenant.* „Si je n'avais consulté que mes goûts, je n'aurais pas parlé de la durée de mes pouvoirs. Toutefois, je cède au désir qu'un grand nombre de membres de l'Assemblée ont manifesté de connaître mon opinion à ce sujet. Je comprends la pensée de ceux qui, pour favoriser l'essor des grandes affaires, ont proposé de fixer la prorogation à dix ans; mais après y avoir bien réfléchi, j'ai cru que le délai de sept ans...“ (Nouvelle interruption à gauche) „répondrait suffisamment aux exigences de l'intérêt général et serait plus en rapport avec les forces que je puis consacrer encore au pays. || Si l'Assemblée pense que, dans la position où elle m'a placé, je suis en mesure de rendre encore quelques services, je déclare hautement que j'userai des pouvoirs qui me seront confiés pour la défense des idées conservatrices...“ (Très-bien! très-bien! à droite et au centre droit), „car je suis convaincu que la majorité de la France est attachée à ces principes aussi fermement que la majorité de la représentation nationale.“ (Bravos et applaudissements sur les mêmes bancs. — Mouvement général et prolongé.)

„*Le président de la République,*
„M^{al} de Mac Mahon, duc de Magenta.“

Nr. 5258.

FRANKREICH. — Gesetz vom 20. November 1873, betreffend die Verleihung der Executiv-Gewalt an den Marschall Mac Mahon auf sieben Jahre*).

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Art. 1^{er}. Le pouvoir exécutif est confié pour sept ans au maréchal de Mac Mahon, duc de Magenta, à partir de la promulgation de la présente loi; ce pouvoir continuera à être exercé avec le titre de Président de la Répu-

Nr. 5258.
Frankreich.
20. Nov. 1873

*) Dieses Gesetz entspricht dem Gegenantrag der Minorität der Commission, M. Luchet und Genossen, gegen den Antrag der Commissionmehrheit (s. Nr. 5256), und wurde von der Nationalversammlung mit 378 gegen 310 Stimmen angenommen.

Nr. 5259/1
Frankreich.
20. Nov. 1873.
blique et dans les conditions actuelles, jusqu'aux modifications qui pourraient être apportées par les lois constitutionnelles.

Art. 2. Dans les trois jours qui suivront la promulgation de la présente loi, une commission de trente membres sera nommée en séance publique et au scrutin de liste, pour l'examen des lois constitutionnelles.

Délibéré en séance publique, à Versailles, le 20 novembre 1873. M

Le président, L. Buffet.

Les secrétaires, L. Grivart, Albert de Broglie, vicomte de Broglie, Blinde Bourdon, Félix de Falloux, François de Rive, E. de Cazénoye de Franchie.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

M^{al} de Mac Mahon, duc de Magenta.

Le garde des sceaux, ministre de la justice, E. Ernoul.

Nr. 5259.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs im Auslande. — Circular betreffend das Septennat.

Versailles, le 25 novembre 1873.

Nr. 5259.
Frankreich.
25. Nov. 1873.

Monsieur, vous savez déjà que, par une loi votée le 20 novembre dernier et après une discussion mémorable, l'Assemblée nationale a conféré le Pouvoir exécutif à M. le Maréchal de Mac Mahon, Duc de Magenta, Président de la République, pour une durée de sept années à partir de la promulgation de la loi. || Ce pouvoir sera exercé dans les conditions actuelles jusqu'aux modifications que l'Assemblée pourrait y apporter par des lois constitutionnelles qu'elle doit étudier et voter dans le plus prochain délai. || Les motifs qui ont dicté cette importante détermination de l'Assemblée nationale sont faciles à apprécier. Après tant d'épreuves douloureuses, après tous les sacrifices, qu'elle a faits pour acquitter les charges écrasantes de la guerre, la France sent, avant tout, la nécessité de trouver le repos et de se livrer aux travaux pacifiques et fructueux de l'agriculture, de l'industrie et du commerce, à l'abri d'un Gouvernement durable et fort qui la préserve de commotions nouvelles. Les circonstances, la division des partis, n'ont pas encore permis à l'Assemblée nationale de doter notre patrie d'un ensemble d'institutions régulières. Mais le besoin de stabilité qu'éprouve le pays ne pouvait attendre plus longtemps une satisfaction impérieusement réclamée par tous les intérêts; en assurant dès à présent au Pouvoir exécutif, dans la personne du Maréchal de

Mac Mahon, une durée fixe de sept années, l'Assemblée a répondu à ce désir exprimé de toutes parts par l'opinion générale. || M. le Maréchal de Mac Mahon reçoit de la loi du 20 novembre une des plus hautes marques de confiance qu'une nation puisse donner à un homme. Le monde sait qu'il en est digne. Ses talents militaires, ses services éprouvés, l'intégrité de son caractère l'avaient déjà porté depuis six mois au premier rang. L'exercice du pouvoir n'a fait qu'accroître l'estime qu'il inspire à tous les partis; c'est leur désignation presque unanime qui en place entre ses mains le dépôt. La France attend de lui avec confiance une politique ferme et modérée qui fasse respecter l'autorité et les lois, contienne l'esprit révolutionnaire, protège les intérêts conservateurs et assure par là le développement pacifique de la prospérité nationale. || A l'extérieur, la ligne de conduite suivie par M. le Maréchal de Mac Mahon, depuis son avènement à la présidence de la République, est déjà connue, et rien n'y sera changé. Le respect scrupuleux des traités, le désir de vivre en bonne harmonie avec les différentes Puissances, tels en sont, vous le savez, les caractères, déjà appréciés par tous les Gouvernements. Il n'en est pas un seul, j'en ai la persuasion, qui n'applaudisse à la prolongation des pouvoirs du Maréchal, et plusieurs lui ont déjà transmis leurs félicitations. Ils verront tous avec une égale satisfaction la France, après tant de secousses révolutionnaires, commencer à donner à ses institutions cette stabilité qui n'est pas moins nécessaire aux relations d'un grand Etat avec l'étranger qu'à sa sécurité intérieure; rien de ce qui assure le repos de la France ne peut être indifférent à l'Europe et au monde. || Vous voudrez bien porter la décision de l'Assemblée nationale à la connaissance du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, en l'accompagnant, dans la mesure que vous croirez convenable, des considérations que je viens de vous indiquer. || Agréez, etc.

Brogie.

Nr. 5260.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. (nunmehr Duc de Decazes) an die Vertreter Frankreichs im Auslande. — Circular betreffend die politische Haltung Frankreichs*).

Versailles, le 7 décembre 1878.

Monsieur, lorsque, par sa dépêche du 25 novembre dernier, mon prédécesseur vous annonçait la prorogation des pouvoirs de M. le Maréchal de

*) Am 27. November hatte in Folge eines theilweisen Ministerwechsels der Duc de Decazes das Ministerium des Aeussern übernommen, sein Vorgänger, Duc de Broglie, unter Beibehaltung der Stellung als Vicepräsident des Conseils das Ministerium des Innern.

A. d. Red.

Nr. 5260.
Frankreich.
7. Dec. 1873.

Mac Mahon, il vous prévenait que rien ne serait changé à la ligne de conduite adoptée par le Président de la République dans ses relations avec les Puissances étrangères, et, quelques jours après, au moment où je prenais possession du département des Affaires étrangères, je vous en donnais la nouvelle assurance, en vous priant de la transmettre au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité. || J'ai pu, depuis lors, recevoir de toutes parts les témoignages de la satisfaction et de la confiance avec lesquelles le vote de l'Assemblée a été accueilli par les gouvernements étrangers, et enregistrer les félicitations dont M. le Maréchal de Mac Mahon a reçu l'expression, et j'ai dû en conclure que les sentiments dont vous aviez été l'organe avaient été compris. Il ne pouvait en être autrement: les cabinets ne devaient pas rester indifférents à ce grand acte qui donnait à notre Gouvernement une stabilité non moins nécessaire à nos relations extérieures qu'à notre sécurité intérieure. || Nos intentions ne pouvaient, d'ailleurs, être méconnues; et ces témoignages de sympathie étaient bien dus à la sagesse et à la modération dont l'Assemblée nationale a donnée tant de preuves, comme aussi à l'ardeur au travail et à la mâle résignation du pays tout entier. || En nous voyant consacrer à nouveau un pouvoir dont elles avaient déjà pu apprécier les dispositions, les Puissances étrangères savaient, en effet, que le Gouvernement de M. le Maréchal de Mac Mahon continuerait à affirmer son désir de vivre en bonne harmonie avec elles aussi bien que son respect scrupuleux des traités. Elles étaient assurées que, tout entiers à notre oeuvre de réorganisation et de développement pacifiques, nous ne poursuivrions contre elles aucun dessein qui pût mettre en péril cet apaisement des esprits et des intérêts que nous avons la ferme volonté d'assurer. || Sans s'isoler des graves questions qui s'agitent autour d'elle, la France se recueille et elle attend avec la conscience de sa force et de sa grandeur que l'ordre et le travail lui aient permis de panser ses plaies, et que le temps qui, seul, peut permettre aux grands enseignements de l'histoire de porter leurs fruits, ait effacé les amertumes de ces jours funestes qui ont si profondément troublé le monde. Vous voudrez bien, Monsieur, en donner en toute occasion l'assurance. || Vous trouverez dans les actes de l'Assemblée Nationale et dans les instructions qui vous seront adressées, les moyens d'affirmer que cette politique qui est celle du Gouvernement actuel, comme elle était aussi celle du Gouvernement qui nous a précédés, s'impose ici à toutes les consciences comme à toutes les volontés, qu'elle est bien celle de la France entière, et en faisant pénétrer partout cette conviction et cette confiance, vous serez assuré de rester le fidèle interprète de nos intentions. || Agréez, etc.

De c a z e s.

Nr. 5261.

FRANKREICH. — Gesetz betreffend die Maires und die Befugnisse der Municipal-Polizei.

L'Assemblée nationale a adopté la loi, dont la teneur suit:

Art. 1^{er}. Jusqu'au vote de la loi organique municipale, les maires et les adjoints seront nommés par le Président de la république dans les chefs-lieux de département, d'arrondissement et de canton; dans les autres communes, ils seront nommés par le préfet.

„Art. 2. Dès la promulgation de la présente loi et sans qu'il y ait lieu de pouvoir aux vacances qui existeraient dans les conseils municipaux, il sera procédé à la nomination des maires et adjoints; ils seront pris, soit dans le conseil municipal, soit en dehors; mais, dans ce dernier cas, la nomination sera faite, suivant les distinctions énoncées en l'article 1^{er}, par décret délibéré en conseil des ministres, ou par arrêté du ministre de l'intérieur. || Les maires et adjoints devront être âgés de vingt-cinq ans accomplis, membres du conseil municipal ou électeurs dans la commune.

„Art. 3. Dans toutes les communes où l'organisation de la police n'est pas réglée par la loi du 24 juillet 1867 ou par des lois spéciales, le maire nomme les inspecteurs de police, les brigadiers, sous-brigadiers et agents de police. Ils doivent être agréés par les préfets. || Ils peuvent être suspendus par le maire, mais le préfet peut seul les révoquer.

„Art. 4. Dans les deux mois qui suivront la promulgation de la présente loi, l'Assemblée nationale sera saisie par le gouvernement d'un projet de loi d'organisation communale, si elle ne l'a été précédemment par l'une de ses commissions.“

Délibéré en séance publique, à Versailles, le 20 janvier 1874.

Le président, Signé: L. Buffet.

Les secrétaires, Signé: Francisque Rive, L. Grivart, Félix Voisin, Louis de Ségur, Vicomte Blin de Bourdon.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Le vice-président du conseil,
ministre de l'intérieur,
Broglie.

M^{al} de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Nr. 5262.

FRANKREICH. — Min. d. Innern an die Präfecten. — Circular betreffend das neue Maires-Gesetz.

Nr. 5262.
Frankreich.
21. Jan. 1874.

Monsieur le préfet, l'Assemblée nationale, par une loi adoptée le 20 de ce mois, a conféré au Gouvernement le droit de nommer les maires et les adjoints dans toutes les communes de France, par mesure exceptionnelle et transitoire. || Cette nomination sera faite dans les chefs-lieux de département, d'arrondissement et de canton, par un décret de M. le Président de la République; dans toutes les autres communes, par arrêté préfectoral. Vous devrez donc, aussitôt après la promulgation de cette loi, procéder au renouvellement des municipalités de votre département. || Ce n'est pas à vous que j'ai besoin de rappeler les motifs qui ont déterminé l'Assemblée nationale à apporter cette grave modification à la loi du 14 avril 1871. Une triste expérience a condamné sans retour le système de l'élection directe des maires par les conseils municipaux. Il est avéré aujourd'hui que le magistrat municipal, qui est tout à la fois le représentant de l'Etat et le gérant des intérêts de la commune, perd trop aisément le sentiment des devoirs que lui impose la première et la plus haute de ces deux qualités, quand il ne doit qu'à l'élection l'autorité dont il est investi. Un sentiment excessif de son indépendance le porte à relâcher peu à peu le lien qui le rattache à l'administration supérieure, et l'action du pouvoir central, nécessaire au maintien de l'ordre public, comme à l'exécution rigoureuse et uniforme de la loi, cesse de se faire sentir dans la commune. Les intérêts communaux eux-mêmes souffrent d'être livrés, sans contrôle suffisant, à l'influence des rivalités locales. Il est triste d'ajouter que les choix des conseils municipaux, dictés par l'esprit de parti, se sont souvent portés sur des sujets qui, par leur incapacité, leurs antécédents ou leurs vices, compromettent le caractère dont ils sont revêtus, et c'est ainsi que nous avons pu voir les municipalités de certaines grandes villes se transformer en véritables foyers démagogiques. || La loi nouvelle doit porter remède à ce fâcheux état de choses; c'est vous, monsieur le préfet, qui êtes chargé, par les choix qu'elle vous confie et que vous aurez à présenter à l'approbation de M. le Président de la République, de rétablir autour de vous les droits trop méconnus de l'autorité supérieure. Jamais tâche ne fut plus importante, plus délicate et n'exigea, pour être bien remplie, plus de tact, de discernement et de décision. || J'aime à penser que, dans la plupart des cas, vous n'aurez que peu de changements à faire et que vous pourrez conserver le plus souvent les maires actuels. Cette nouvelle investiture suffira, je l'espère, pour les rappeler au sentiment de la subordination qu'ils vous doivent, s'ils avaient été tentés de l'oublier. Au cas où un changement serait nécessaire, l'article 2 de la loi vous donne le droit de chercher le nouveau maire et les

nouveaux adjoints en dehors du conseil municipal, parmi les électeurs de la commune. || Vous devrez alors provoquer, pour chaque circonstance spéciale, une décision ministérielle. C'est, vous le voyez, une ressource extrême, et en quelque sorte une arme défensive contre la résistance systématique que l'exercice du droit de l'administration pourrait rencontrer dans le sein des conseils municipaux. Vous n'en ferez usage qu'en cas de nécessité, mais cette nécessité devra vous paraître démontrée, si vous voyez dans le conseil dont le maire doit être changé, le dessein de vous imposer une désignation qui ne vous paraîtrait pas conforme à l'intérêt que vous êtes chargé de défendre. || Le but de la loi serait manqué et son effet illusoire, si, par des refus et des démissions combinés, le conseil municipal réussissait à forcer la main au Gouvernement et à lui imposer un agent qui n'aurait pas sa confiance. Autant il est désirable que le maire, agent de l'Etat et de la commune, procède d'une double origine conforme à sa double qualité, autant, si le conflit s'élève, il est nécessaire que l'avantage reste au droit supérieur de l'Etat. || Il ne s'agit pas, comme on l'a dit, de créer, au profit de l'administration, un agent politique par commune: il s'agit, au contraire, d'empêcher des conseils hostiles de transformer les franchises municipales en arme d'opposition politique et les maires d'user, contre l'administration, des pouvoirs mêmes qu'ils exercent en son nom. || L'article 3 vous appelle à concourir, avec le maire, au choix comme à la révocation de tous les agents de la police municipale. C'est une précaution rendue nécessaire par le relâchement qui s'est introduit pendant nos troubles, et par la connivence de quelques maires, dans la composition des corps de police soumis aux municipalités. Avec des maires que vous aurez choisis, vous vous entendrez aisément pour faire cesser un désordre qui a mis en péril, en plus d'une circonstance, le repos de nos grandes cités. || Telle est, monsieur le préfet, l'économie de la loi nouvelle, destinée, comme le dernier paragraphe l'indique, à préparer, par une époque de transition, le vote d'une loi organique municipale qui trouvera, je l'espère, un moyen plus pratique que la loi de 1871, pour concilier, en faisant à chacun sa part légitime, le droit de l'Etat et celui de la commune. || Vous appliquerez la loi actuelle avec l'esprit d'équité que je vous recommande. Ai-je besoin d'ajouter que vous n'avez, dans le choix des maires, aucune exclusion systématique à prononcer, par des raisons purement politiques? Il vous suffit que ceux que vous croirez capables de remplir ces fonctions offrent, par leurs sentiments, toutes les garanties que réclament les principes et les intérêts conservateurs qui dictent chacune des résolutions de l'Assemblée. La dernière, la plus haute de ces résolutions, la loi du 20 novembre dernier, vous a tracé clairement, à cet égard, la voie que vous devrez suivre. || L'Assemblée nationale a conféré, ce jour-là, pour sept années le pouvoir exécutif à M. le maréchal de Mac Mahon, qu'elle avait déjà désigné, le 25 mai, comme Président de la République. Le pouvoir qu'elle lui a remis et dont la commission constitutionnelle devra déterminer l'exercice et les conditions, est dès à présent, et pour toute la durée que la loi lui assigne, élevé

Nr. 5262.
Frankreich.
21. Jan. 1874.

au-dessus de toute contestation. Autour de cette autorité tutélaire, tous les bons citoyens de tous les partis peuvent, sans abandonner leurs convictions consciencieuses, continuer à unir leurs efforts dans l'oeuvre de réparation qui doit effacer la trace de nos désastres. || Agents du Gouvernement, du maréchal de Mac Mahon, les maires doivent apporter tout leur concours à son pouvoir et ne se prêter à rien de ce qui pourrait l'ébranler ou l'amoinrir. Vous n'avez à leur demander rien de plus. Défendre le pouvoir du maréchal de Mac Mahon, c'est défendre l'Assemblée qui l'a créé, et le repos de la société qu'elle a confié à sa garde. || Recevez, monsieur le préfet, l'assurance de ma considération la plus distinguée.

Le vice-président du conseil,
ministre de l'intérieur
Broglie.

Nr. 5263.

FRANKREICH. — Rede, gehalten vom Kaiserlichen Prinzen bei seiner Majorennitätsfeier in Chiselhurst am 16. März 1874, in Antwort auf eine Ansprache des Herzogs von Padua.

Nr. 5263.
Frankreich.
16. März 1874.

Monsieur le duc,
Messieurs,

En vous réunissant ici aujourd'hui, vous avez obéi à un sentiment de fidélité envers le souvenir de l'empereur, et c'est de quoi je veux d'abord vous remercier. La conscience publique a vengé des calomnies cette grande mémoire et voit l'empereur sous ses traits véritables. || Vous qui venez des diverses contrées du pays, vous pouvez lui rendre témoignage: son règne n'a été qu'une constante sollicitude pour le bien de tous; sa dernière journée sur la terre de France a été une journée d'héroïsme et d'abnégation. || Votre présence autour de moi, les adresses qui me parviennent en grand nombre, attestent combien la France est inquiète de ses destinées futures. L'ordre est protégé par l'épée du duc de Magenta, ancien compagnon des gloires et des malheurs de mon père. Sa loyauté nous est un sûr garant qu'il ne laissera pas exposé aux surprises des partis le dépôt qu'il a reçu. Mais l'ordre matériel n'est pas la sécurité. || L'avenir demeure inconnu, les intérêts s'en effraient, les passions peuvent en abuser. || De là est né le sentiment dont vous m'apportez l'écho, celui qui entraîne l'opinion avec une puissance irrésistible vers un recours direct à la nation, pour jeter les fondements d'un gouvernement définitif. Le Plébiscite, c'est le salut et c'est le droit, la force rendue au pouvoir et l'ère des longues sécurités ouverte au pays; c'est un grand parti national, sans vainqueurs ni vaincus, s'élevant au-dessus de tous pour les réconcilier. || La

France, librement consultée, jettera-t-elle les yeux sur le fils de Napoléon III? Nr. 5263.
Frankreich.
16. März 1874.
 Cette pensée éveille en moi moins d'orgueil que de défiance de mes forces. L'Empereur m'a appris de quel poids pèse l'autorité souveraine, même sur de viriles épaules, et combien sont nécessaires, pour accomplir une si haute mission, la foi en soi-même et le sentiment du devoir. || C'est cette foi qui me donnera ce qui manque à ma jeunesse. Unî à ma mère par la plus tendre et la plus reconnaissante affection, je travaillerai sans relâche à devancer le progrès des années. Quand l'heure sera venu, si un autre gouvernement réunit les suffrages du plus grand nombre, je m'inclinerai avec respect devant la décision du pays. Si le nom des Napoléon sort pour la huitième fois des urnes populaires, je suis prêt à accepter la responsabilité que m'imposerait le vote de la nation. || Telle est ma pensée: je vous remercie d'avoir parcouru une longue route pour venir en recueillir l'expression. || Reportez aux absents mon souvenir, à la France les vœux de l'un de ses enfants: mon courage et ma vie lui appartiennent. || Que Dieu veille sur elle et lui rende ses prospérités et sa grandeur!

Nr. 5264.

FRANKREICH. — Programm des rechten Centrums der Nationalversammlung.

Dans une de ses dernières réunions, le centre droit a fait parvenir aux membres qui composaient le ministère présidé par M. le duc de Broglie l'expression de son approbation pour la conduite tenue par eux dans la séance du 16 mai*). Depuis lors, plusieurs membres du centre droit ont cru devoir, sur la demande de M. le président de la République, entrer dans une administration nouvelle. Ils comprennent le devoir qui s'imposait à leur patriotisme de seconder M. le maréchal-président et de l'aider à maintenir, dans les relations avec l'étranger, cet esprit de sagesse, dans l'administration intérieure, cet esprit d'ordre et de conservation qui n'ont cessé de caractériser son gouvernement. || Mais tout en appuyant cette solution de la crise ministérielle ouverte le 16 mai, le centre droit ne peut se dissimuler que la question posée ce jour-là devant le pays et devant l'assemblée n'est pas tranchée et ne peut rester en suspens. La France veut un gouvernement stable, elle est justement impatiente de savoir si l'assemblée nationale est résolue à donner au gouver-

Am 16. Mai war von der Nationalversammlung die von der Regierung begehrte Priorität für die Behandlung des politischen Wahlgesetzes vor dem Gemeindegesez mit 381 gegen 317 Stimmen abgelehnt worden. In Folge dessen hatte das Ministerium de Broglie seine Entlassung genommen und war durch ein Ministerium de Cissey ersetzt worden.
A. d. Red.

Nr. 5264.
Frankreich.
4. Juni 1874.

nement institué par la loi du 20 novembre l'organisation constitutionnelle promise par cette loi même. Elle a confié à un illustre et loyal soldat le soin de veiller pendant sept ans à ses destinées; le maréchal-président ne pourrait remplir cette tâche difficile s'il ne s'appuyait, après la séparation de l'assemblée nationale, sur un ensemble d'institutions sagement pondérées. || Quant aux mesures à prendre en cas de vacance du pouvoir exécutif, le centre droit est convaincu qu'il obéit au sentiment du pays en exprimant sa volonté de laisser intacte la trêve de sept années, qui doit être consacrée à l'apaisement des partis et à la réparation de nos désastres. Ce n'est qu'à l'expiration de ce terme que la question de la forme du gouvernement pourra être de nouveau agitée sans péril. || En conséquence, le centre droit est décidé à maintenir le titre donnée au chef du pouvoir exécutif par les lois existantes, et à repousser toute proposition qui tendrait à empêcher, à retarder ou à affaiblir le vote des lois constitutionnelles. Il espère être appuyé par les hommes modérés et dévoués à leur pays des diverses fractions de l'assemblée.

Nr. 5265.

FRANKREICH. — Programm des linken Centrums der Nationalversammlung.

Nr. 5265.
Frankreich.
6. Juni 1874.

La réunion de centre gauche croit utile, en raison de la gravité des circonstances et de l'urgence d'une solution, de consigner dans son procès-verbal le sentiment persévérant de ses membres. || La réunion a toujours pensé que l'incertitude du lendemain et l'absence d'un gouvernement défini étaient la cause principale des inquiétudes et des souffrances du pays. Le 7 décembre 1872, dans une proposition signée par 110 membres de l'assemblée nationale, le centre gauche demandait l'organisation de la République. Il appuyait, le 24 mai 1873, les projets de loi destinés à la constituer. || Plus tard, poursuivant son but malgré le changement des personnes, il acceptait ce que plusieurs de ses membres avaient été des premiers à proposer, la prorogation des pouvoirs de M. le maréchal de Mac-Mahon, comme point de départ d'une organisation gouvernementale trop différée. Il n'a pas dépendu de lui, au 20 novembre, que le pouvoir exécutif, voyant son existence étroitement unie au vote des lois constitutionnelles, fût mis à l'abri des contestations qui l'affaiblissent. || Il n'y a pas de plus graves dangers pour un pays que de livrer le principe même sur lequel repose le gouvernement aux attaques des partis ou à l'ardeur des compétitions. || Le centre gauche ne négligera rien pour écarter ces périls. Il continue à penser que l'adoption de l'article 1^{er} de la loi présentée le 19 mai 1873 serait pour la France un gage certain de stabilité, en faisant de M. le maréchal de Mac-Mahon non pas le président d'une République de sept

ans, mais pour sept ans le président de la République. || Le pays, rassuré sur l'avenir, trouve d'ailleurs la réserve de sa souveraineté dans le droit de révision que consacre toute constitution républicaine et dont l'exercice serait réglé par les lois constitutionnelles. || Le centre gauche verrait avec regret que la dissolution de l'assemblée devint la conséquence immédiate et inévitable d'un refus ou d'une impossibilité de constituer, mais il ne reculerait pas devant cette nécessité. Il ne doit point du reste laisser ignorer que, dans sa pensée, l'assemblée nationale, après avoir constitué, ne pourra pas tarder longtemps à se séparer. Ce serait alors non-seulement sans danger, mais avec profit pour tous, qu'elle déposerait son mandat, car elle aurait préparé dans le pays l'apaisement et la concorde.

Nr. 5265.
Frankreich.
6. Juni 1874.

Nr. 5266.

FRANKREICH. — Antrag von Casimir Périer betreffend Organisation der Staatsgewalten*).

L'Assemblée nationale, voulant mettre un terme aux incertitudes du pays adopte la résolution suivante:

Nr. 5266.
Frankreich.
15. Juni 1874.

La commission des lois constitutionnelles prendra pour base de ses travaux sur l'organisation et la transmission des pouvoirs publics:

1. L'article 1^{er} du projet de loi déposé le 19 mai 1873, ainsi conçu: Le gouvernement de la République française se compose de deux Chambres et d'un Président, chef du pouvoir exécutif;

2. La loi du 20 novembre 1873, par laquelle la présidence de la République a été conférée à M. le maréchal de Mac Mahon jusqu'au 20 novembre 1880.

3. La consécration du droit de révision totale ou partielle dans des formes et à des époques à déterminer par les lois constitutionnelles.

*) Für diesen Antrag wurde von der Nationalversammlung bei seiner Einbringung am 15. Juni 1874 die Dringlichkeit mit 345 gegen 341 Stimmen bewilligt, dagegen wurde nach Berichterstattung der Commission für die constitutionellen Gesetze der Antrag selbst am 23. Juli mit 374 gegen 333 Stimmen abgelehnt. A. d. Red.

Nr. 5267.

FRANKREICH. — Proclamation des Grafen von Chambord vom
2. Juli 1874*).

Français,

Nr. 5267.
Frankreich.
2. Juli 1874.

Vous avez demandé le salut de notre patrie à des solutions temporaires et vous semblez à la veille de vous jeter dans de nouveaux hasards. || Chacune des révolutions survenues depuis quatre-vingts ans a été une démonstration éclatante du tempérament monarchique du pays. || La France a besoin de la royauté. Ma naissance m'a faite votre roi. || Je manquerais au plus sacré de mes devoirs, si, à ce moment solennel, je ne tentais un suprême effort pour renverser la barrière de préjugés qui me sépare encore de vous. || Je connais toutes les accusations portées contre ma politique, contre mon attitude, mes paroles et mes actes. || Il n'est pas jusqu'à mon silence qui ne serve de prétexte à d'incessantes récriminations. Si je l'ai gardé depuis de longs mois, c'est que je ne voulais pas rendre plus difficile la mission de l'illustre soldat dont l'épée vous protège. || Mais aujourd'hui, en présence de tant d'erreurs accumulées, de tant de mensonges répandus, de tant d'honnêtes gens trompés, le silence n'est plus permis; l'honneur m'impose une énergique protestation. || En déclarant, au mois d'octobre dernier, que j'étais prêt à renouer avec vous la chaîne de nos destinées, à relever l'édifice ébranlé de notre grandeur nationale, avec le concours de tous les dévouements sincères, sans distinction de rang, d'origine ou de parti; || En affirmant que je ne rétractais rien des déclarations sans cesse renouvelées, depuis trente ans, dans les documents officiels et privés qui sont dans toutes les mains, || Je comptais sur l'intelligence proverbiale de notre race et sur la clarté de notre langue. || On a feint de comprendre que je plaçais le pouvoir royal au-dessus des lois, et que je rêvais je ne sais quelles combinaisons gouvernementales basées sur l'arbitraire et l'absolu. || Non, la monarchie chrétienne et française est, dans son essence

*) Die Zeitung „Union“ wurde wegen Veröffentlichung dieser Proclamation auf 14 Tage suspendirt. Ueber die deshalb von Lucien Brun an die Regierung gerichtete Interpellation beschloss die Nationalversammlung am 8. Juli 1874 mit 339 gegen 315 Stimmen Uebergang zur einfachen Tagesordnung, nachdem eine die Maassregel tadelnde Tagesordnung mit 372 gegen 79 Stimmen und folgende von der Regierung acceptirte Tagesordnung:

„L'Assemblée nationale,

„Résolue à soutenir énergiquement les pouvoirs confiés pour sept ans par la loi du 20 novembre 1873 à M. le maréchal de Mac Mahon, Président de la République, et réservant l'examen des questions soumises à la commission des lois constitutionnelles,

„Passe à l'ordre du jour.“

mit 368 gegen 330 Stimmen abgelehnt worden war.

A. d. Red.

même, une monarchie tempérée, qui n'a rien à emprunter à ces gouvernements d'aventure qui promettent l'âge d'or et conduisent aux abîmes. || Cette monarchie tempérée comporte l'existence de deux chambres, dont l'une est nommée par le souverain, dans des catégories déterminées, et l'autre par la nation, selon le mode de suffrage réglé par la loi. || Où trouver ici la place de l'arbitraire? | Le jour où, vous et moi, nous pourrons face à face traiter ensemble des intérêts de la France, vous apprendrez comment l'union du peuple et du roi a permis à la monarchie française de déjouer, pendant tant de siècles, les calculs de ceux qui ne luttent contre le roi que pour dominer le peuple. || Il n'est pas vrai de dire que ma politique soit en désaccord avec les aspirations du pays. || Je veux un pouvoir réparateur et fort; la France ne le veut pas moins que moi. Son intérêt l'y porte, son instinct le réclame. || On recherche des alliances sérieuses et durables; tout le monde comprend que la monarchie traditionnelle peut seule nous les donner. || Je veux trouver dans les représentants de la nation des auxiliaires vigilants pour l'examen des questions soumises à leur contrôle; mais je ne veux pas de ces luttes stériles du parlement, d'où le souverain sort trop souvent impuissant et affaibli, et, si je repousse la formule d'importation étrangère, que répudient toutes nos traditions nationales, avec son roi qui règne et qui ne gouverne pas, là encore je me sens en communauté parfaite avec les désirs de l'immense majorité, qui ne comprend rien à ces fictions, qui est fatiguée de ces mensonges. || Français, || Je suis prêt aujourd'hui, comme je l'étais hier. || La maison de France est sincèrement, loyalement réconciliée. Ralliez-vous, confiants, derrière elle. || Trêve à nos divisions, pour ne songer qu'aux maux de la patrie! N'a-t-elle pas assez souffert? N'est-il pas temps de lui rendre, avec sa royauté séculaire, la prospérité, la sécurité, la dignité, la grandeur, et tout ce cortège de libertés fécondes que vous n'obtiendrez jamais sans elle? || L'oeuvre est laborieuse; mais, Dieu aidant, nous pouvons l'accomplir. || Que chacun, dans sa conscience, pèse les responsabilités du présent et songe aux sévérités de l'histoire.

Henri.

2 juillet 1874.

Nr. 5268.

FRANKREICH. — Botschaft des Präsidenten, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung, betreffend die Feststellung seiner Gewalten, vom 9. Juli 1874*).

Messieurs,

Lorsque par la loi du 20 novembre, vous avez remis entre mes mains le pouvoir exécutif pour sept ans, vous avez voulu, en plaçant au-dessus de toute

Nr. 5268.

Frankreich.

9. Juli 1874.

*) Am Tage vorher hatte die Regierung des Präsidenten durch die Ablehnung Staatsarchiv XXVII.

Nr. 5268.
Frankreich.
9. Juli 1874.

contestation le mandat que je tenais de vos suffrages, donner aux intérêts la sécurité qui leur est nécessaire et que des institutions précaires sont impuissantes à leur procurer. || Le vote de l'Assemblée m'a imposé de grands devoirs dont je suis responsable envers la France, et auxquels, dans aucun cas, il ne m'est permis de me soustraire. Il m'a conféré des droits dont je ne me servirai jamais que pour le bien du pays. Les pouvoirs dont vous m'avez investi ont une durée fixe. Votre confiance les a rendus irrévocables, et, devant le vote des lois constitutionnelles, vous avez voulu, en me les attribuant, enchaîner vous-mêmes votre souveraineté. || Ces pouvoirs, dont la durée ne peut pas être abrégée, j'userai, pour les défendre, des moyens dont je suis armé par les lois. En le faisant, du reste, je répondrai, j'en suis convaincu, à l'attente et à la volonté de l'Assemblée qui, lorsqu'elle m'a placé pour sept ans à la tête du Gouvernement de la France, a entendu créer un pouvoir stable, fort et respecté. || Mais la loi du 20 novembre doit être complétée. L'Assemblée, qui a promis de donner au pouvoir fondé par elle les organes sans lesquels il ne saurait utilement fonctionner, ne peut songer à décliner son engagement. Qu'elle me permette donc aujourd'hui de le lui rappeler d'une manière pressante et d'en réclamer d'elle la prompte exécution. || Le pays appelle de ses vœux l'organisation des pouvoirs publics, qui sera pour lui un gage de stabilité. Il faut que les questions réservées soient résolues. De nouveaux délais, en prolongeant l'incertitude, pèseraient sur les affaires, nuiraient à leur développement et à leur prospérité. || Le patriotisme de l'Assemblée ne faillira point aux obligations qui lui restent à accomplir. Elle donnera au pays ce qu'elle lui doit et ce qu'il attend. Au nom des plus grands intérêts, je l'adjure de compléter son oeuvre, de délibérer sans retard sur des questions qui ne doivent pas rester plus longtemps en suspens: le repos des esprits l'exige. Unis dans la même responsabilité, l'Assemblée et le Gouvernement voudront accomplir ensemble tous les devoirs qui leur sont imposés. Il n'en est pas de plus impérieux que celui qui consiste à assurer au pays, par des institutions régulières, le calme, la sécurité, l'apaisement dont il a besoin. || Je charge mes ministres de faire connaître sans retard à la commission des lois constitutionnelles les points sur lesquels je crois essentiel d'insister.

Versailles, le 9 juillet 1874.

Le Président de la République française,
M^{al} de Mac Mahon,
duc de Magenta.

der von ihr befürworteten Tagesordnung (s. d. Anm. zur vor. Nr.) eine Schlappe erlitten.

Trotz dieser Botschaft stimmte übrigens bald darauf die Regierung der Vertagung der Nationalversammlung vor Berathung der constitutionellen Gesetze (s. d. folg. Nr.) zu.

A. d. Red.

Nr. 5269.

FRANKREICH. — Protokoll der republikanischen Linken der Nationalversammlung*).

La gauche républicaine a tenu hier, à Versailles, une dernière séance sous la présidence de M. Duclerc. || Avant de se séparer pour quatre mois, elle a examiné la situation dans laquelle l'Assemblée laisse le pays et le gouvernement, et a envisagé les éventualités à prévoir durant la période des vacances parlementaires. || L'Assemblée quitte Versailles profondément divisée et impuissante à donner au pays un gouvernement défini. Les partis monarchiques, dont chacun ne trouve qu'une minorité infime dès qu'il prétend faire prévaloir son principe, s'entendent pour combattre la république, et les trois groupes de la gauche, étroitement unis jusqu'au dernier jour dans la pensée de fonder définitivement le gouvernement que la France réclame par toutes les manifestations de sa volonté, sont encore en minorité de quelques voix. || L'organisation même d'un pouvoir personnel, combattue d'avance par chacun des partis, n'est pas plus possible aujourd'hui que la fondation d'un gouvernement défini. Pour sortir de cette impasse, les républicains ont demandé l'appel au pays par voie d'élections générales; les partis monarchiques ont préféré attendre des circonstances un succès aujourd'hui compromis. || Parmi les adversaires de la république, les uns occupent le cabinet et restent armés des pouvoirs discrétionnaires de l'état de siège; d'autres ont, depuis le 24 mai 1873, été mis en possession de la plupart des postes administratifs; d'autres enfin affirment de nouveau leur droit de reprendre, pendant les vacances, les tentatives de restauration qui ont alarmé le pays en 1873. || En présence de ces trois partis, en réponse à tous les moyens auxquels ils pourront avoir recours, les républicains doivent rester absolument calmes et continuer à faire preuve de la modération et de la discipline qui font une partie de leur force. || Ils auront à manifester à plusieurs reprises leur ferme volonté de fonder en France le gouvernement républicain; ce sont ces manifestations légales qui doivent répondre à toutes les entreprises des partis hostiles. || Sous un gouvernement défini, dans les élections aux conseils départementaux et municipaux, l'intérêt local est plus particulièrement en jeu et les électeurs peuvent dépouiller l'exclusivisme politique pour faire surtout des choix administratifs. Il s'agit alors de faire fonctionner le mieux possible une organisation qui n'est contestée par personne. | Il n'en est plus de même quand tout principe gou-

*) Die Nationalversammlung hatte am 23. Juli für den Antrag der Linken auf Auflösung die Dringlichkeit mit 369 gegen 340 Stimmen abgelehnt und am 29. Juli den Antrag selbst mit 375 gegen 332 Stimmen verworfen, dagegen einen Antrag auf Vertagung am 24. Juli mit 395 gegen 308 Stimmen für dringlich erklärt und am 31. Juli die Vertagung vom 6. August bis 30. November beschlossen.

A. d. Red.

Nr. 5269.
Frankreich.
6. Aug. 1874.

vernemental fait défiant et quand le pays est placé sous un régime dans lequel il n'y a de défini que la durée de la délégation du pouvoir exécutif. Les électeurs doivent alors, dans toutes les occasions, exprimer comment ils entendent que ce pouvoir soit exercé et suivant quels principes ils veulent le voir organiser. Toute élection leur fournit les moyens de manifester leur volonté et toute élection devient politique. || Parmi celles d'ailleurs qui se préparent, il en est qui ont ce caractère, indépendamment des circonstances. Les conseils généraux, que la loi Tréveneuc fait intervenir dans le cas d'attentats contre la souveraineté nationale, et dans lesquels il est question de trouver des électeurs ou des candidats pour une Chambre haute, ces conseils ne peuvent plus être considérés comme étrangers à la politique, et les électeurs ne peuvent manquer d'avoir égard à ce caractère nouveau. || La France aura donc, durant les vacances de la Chambre, à manifester à plusieurs reprises sa volonté de voir fonder irrévocablement la république qu'elle a, depuis le 2 juillet 1871, acclamée dans toutes les élections partielles en envoyant à l'Assemblée près de 140 républicains sur 160 élus. || Les républicains resteront invariablement unis dans le pays comme ils le sont à Versailles, et, dès les premiers jours de la session, en décembre, cette manifestation légale des volontés de la France entière s'imposera à tous les partis qui ont jusqu'ici refusé de fonder la république, et de rendre la parole au pays pour fixer enfin son avenir dans des élections générales. || Ces considérations, développées par les orateurs de la gauche, ont trouvé dans la réunion une approbation unanime, et la gauche républicaine s'est séparée après avoir nommé une commission de permanence pour tenir, durant les vacances, tous ses membres au fait des événements politiques.

Le secrétaire de la gauche républicaine,
Sadi Carnot.

Deutsch-Französischer Friede.

Nr. 5270.

DEUTSCHLAND und **FRANKREICH**. — Deklaration des Artikel 11 der zusätzlichen Uebereinkunft vom 12. Oktober 1871*) zu dem Friedensvertrage vom 10. Mai 1871 zwischen Deutschland und Frankreich.

Nr. 5270.
Deutschland
und
Frankreich.
8. Oct. 1873.

Nachdem Zweifel über die Tragweite des Artikel 11 der zusätzlichen Uebereinkunft vom 12. Oktober 1871 zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland und Frankreich vom 10. Mai 1871 hervorgetreten sind, haben

*) Siehe Staatsarchiv Bd. XXI. Nr. 4615.

die Unterzeichneten auf Grund der ihnen ertheilten Ermächtigung sich über Folgendes verständigt: Nr. 5270.
Deutschland.
und
Frankreich.
8. Okt. 1873.

Man ist darüber einverstanden, dass alle Bestimmungen, welche in den vor dem Kriege zwischen einem oder mehreren deutschen Staaten einerseits und Frankreich andererseits abgeschlossenen Verträgen über den Schutz der Fabrik- und Handelszeichen getroffen sind, durch Artikel 11 der genannten Uebereinkunft wieder in Kraft gesetzt worden sind.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in Paris, den 8. Oktober 1873.

(L. S.) Arnim.

(L. S.) Broglie.

Deutschland.

Nr. 5271.

DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Ausprägung von Reichs-Goldmünzen. Vom 4. Dezember 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc. Nr. 5271.
Deutschland.
4. Dez. 1871. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, wie folgt:

§ 1. Es wird eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher aus Einem Pfunde feinen Goldes $139\frac{1}{2}$ Stück ausgebracht werden.

§ 2. Der zehnte Theil dieser Goldmünze wird Mark genannt und in hundert Pfennige eingetheilt.

§ 3. Ausser der Reichsgoldmünze zu 10 Mark (§ 1) sollen ferner ausgeprägt werden: Reichsgoldmünzen zu 20 Mark, von welchen aus Einem Pfunde feinen Goldes $69\frac{3}{4}$ Stück ausgebracht werden.

§ 4. Das Mischungsverhältniss der Reichsgoldmünzen wird auf 900 Tausendtheile Gold und 100 Tausendtheile Kupfer festgestellt. || Es werden demnach || $125,55$ Zehn-Mark-Stücke, || $62,775$ Zwanzig-Mark-Stücke || je Ein Pfund wiegen.

§ 5. Die Reichsgoldmünzen tragen auf der einen Seite den Reichsadler mit der Inschrift „Deutsches Reich“ und mit der Angabe des Werthes in Mark, sowie mit der Jahreszahl der Ausprägung, auf der anderen Seite das Bildniss des Landesherrn, beziehungsweise das Hoheitszeichen der freien Städte, mit einer entsprechenden Umschrift und dem Münzzeichen. Durchmesser der Münzen, Beschaffenheit und Inschrift der Ränder derselben werden vom Bundesrathe festgestellt.

Nr. 5271.
Deutschland.
4. Dez. 1871.

§ 6. Bis zum Erlass eines Gesetzes über die Einziehung der groben Silbermünzen erfolgt die Ausprägung der Goldmünzen auf Kosten des Reichs für sämtliche Bundesstaaten auf den Münzstätten derjenigen Bundesstaaten, welche sich dazu bereit erklärt haben. || Der Reichskanzler bestimmt unter Zustimmung des Bundesrathes die in Gold auszumünzenden Beträge, die Vertheilung dieser Beträge auf die einzelnen Münzgattungen und auf die einzelnen Münzstätten und die den letzteren für die Prägung jeder einzelnen Münzgattung gleichmässig zu gewährende Vergütung. Er versieht die Münzstätten mit dem Golde, welches für die ihnen überwiesenen Ausprägungen erforderlich ist.

§ 7. Das Verfahren bei Ausprägung der Reichsgoldmünzen wird vom Bundesrathe festgestellt und unterliegt der Beaufsichtigung von Seiten des Reichs. Dieses Verfahren soll die vollständige Genauigkeit der Münzen nach Gehalt und Gewicht sicherstellen. Soweit eine absolute Genauigkeit bei dem einzelnen Stücke nicht innegehalten werden kann, soll die Abweichung in Mehr oder Weniger im Gewicht nicht mehr als zwei und ein halb Tausendtheile seines Gewichts, im Feingehalt nicht mehr als zwei Tausendtheile betragen.

§ 8. Alle Zahlungen, welche gesetzlich in Silbermünzen der Thalerwährung, der süddeutschen Währung, der lübischen oder hamburgischen Kurantwährung oder in Thalern Gold bremer Rechnung zu leisten sind, oder geleistet werden dürfen, können in Reichsgoldmünzen (§§ 1 und 3) dergestalt geleistet werden, dass gerechnet wird: || das Zehn-Mark-Stück zum Werthe von $3\frac{1}{3}$ Thalern oder 5 Fl. 50 Kr. süddeutscher Währung, 8 Mark $5\frac{1}{3}$ Schilling lübischer und hamburgischer Kurant-Währung, $3\frac{1}{98}$ Thaler Gold bremer Rechnung; | das Zwanzig-Mark-Stück zum Werthe von $6\frac{2}{3}$ Thalern oder 11 Fl. 40 Kr. süddeutscher Währung, 16 Mark $10\frac{2}{3}$ Schilling lübischer und hamburgischer Kurant-Währung, $6\frac{2}{98}$ Thaler Gold bremer Rechnung.

§ 9. Reichsgoldmünzen, deren Gewicht um nicht mehr als fünf Tausendtheile hinter dem Normalgewicht (§ 4) zurückbleibt (Passirgewicht), und welche nicht durch gewaltsame oder gesetzwidrige Beschädigung am Gewicht verringert sind, sollen bei allen Zahlungen als vollwichtig gelten. || Reichsgoldmünzen, welche das vorgedachte Passirgewicht nicht erreichen und an Zahlungsort von den Reichs-, Staats-, Provinzial- oder Kommunalkassen, sowie von Geld- und Kreditanstalten und Banken angenommen worden sind, dürfen von den gedachten Kassen und Anstalten nicht wieder ausgegeben werden. Die Reichsgoldmünzen werden, wenn dieselben in Folge längerer Cirkulation und Abnutzung am Gewicht so viel eingebüsst haben, dass sie das Passirgewicht nicht mehr erreichen, für Rechnung des Reichs zum Einschmelzen eingezogen. Auch werden dergleichen abgenutzte Goldmünzen bei allen Kassen des Reichs und der Bundesstaaten stets voll zu demjenigen Werthe, zu welchem sie ausgegeben sind, angenommen werden.

§ 10. Eine Ausprägung von anderen, als den durch dieses Gesetz eingeführten Goldmünzen, sowie von groben Silbermünzen, mit Ausnahme von Denkmünzen, findet bis auf Weiteres nicht statt.

§ 11. Die zur Zeit umlaufenden Goldmünzen der deutschen Bundesstaaten sind von Reichs wegen und auf Kosten des Reichs nach Massgabe der Ausprägung der neuen Goldmünzen (§ 6) einzuziehen. || Der Reichskanzler wird ermächtigt, in gleicher Weise die Einziehung der bisherigen groben Silbermünzen der deutschen Bundesstaaten anzuordnen und die zu diesem Behufe erforderlichen Mittel aus den bereitesten Beständen der Reichskasse zu entnehmen. || Ueber die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen ist dem Reichstage alljährlich in seiner ersten ordentlichen Session Rechenschaft zu geben.

Nr. 5271.
Deutschland.
4. Dez. 1871.

§ 12. Es sollen Gewichtsstücke zur Eichung und Stempelung zugelassen werden, welche das Normalgewicht und Passirgewicht der nach Massgabe dieses Gesetzes auszumünzenden Goldmünzen, sowie eines Vielfachen derselben angeben. Für die Eichung und Stempelung dieser Gewichtsstücke sind die Bestimmungen der Artikel 10 und 18 der Maass- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868 (Bundesgesetzbl. S. 473) massgebend.

§ 13. Im Gebiet des Königreichs Bayern kann im Bedürfnissfall eine Untertheilung des Pfennigs in zwei Halb-Pfennige stattfinden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. || Gegeben Berlin, den 4. Dezember 1871.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Nr. 5272.

DEUTSCHLAND. — Münzgesetz. Vom 9. Juli 1873.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Nr. 5272.
Deutschland.
9. Juli 1873.

Artikel 1. An die Stelle der in Deutschland geltenden Landeswährungen tritt die Reichsgoldwährung. Ihre Rechnungseinheit bildet die Mark, wie solche durch § 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 1871, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen (Reichs-Gesetzbl. S. 404), festgestellt worden ist. || Der Zeitpunkt, an welchem die Reichswährung im gesammten Reichsgebiete in Kraft treten soll, wird durch eine mit Zustimmung des Bundesrathes zu erlassende, mindestens drei Monate vor dem Eintritt dieses Zeitpunktes zu verkündende Verordnung des Kaisers bestimmt. Die Landesregierungen sind ermächtigt, auch vor diesem Zeitpunkte für ihr Gebiet die Reichsmarkrechnung im Verordnungswege einzuführen.

Artikel 2. Ausser den in dem Gesetze vom 4. Dezember 1871 bezeichneten Reichsgoldmünzen sollen ferner ausgeprägt werden Reichsgoldmünzen

Nr. 5272.
Deutschland.
9. Juli 1873.

zu fünf Mark, von welchen aus einem Pfunde feinen Goldes 279 Stück ausgebracht werden. Die Bestimmungen der §§ 4, 5, 7, 8 und 9 jenes Gesetzes finden auf diese Münzen entsprechende Anwendung, jedoch mit der Massgabe, dass bei denselben die Abweichung in Mehr oder Weniger im Gewicht (§ 7) vier Tausendtheile, und der Unterschied zwischen dem Normalgewicht und dem Passirgewicht (§ 9) acht Tausendtheile betragen darf.

Artikel 3. Ausser den Reichsgoldmünzen sollen als Reichsmünzen und zwar || 1) als Silbermünzen: || Fünfmarkstücke, || Zweimarkstücke, || Einmarkstücke, || Fünfzigpfennigstücke und || Zwanzigpfennigstücke; || 2) als Nickelmünzen: || Zehnpfennigstücke und || Fünfpfennigstücke; || 3) als Kupfermünzen: || Zweipfennigstücke und || Einpfennigstücke || nach Massgabe folgender Bestimmungen ausgeprägt werden.

§ 1. Bei Ausprägung der Silbermünzen wird das Pfund feinen Silbers in || 20 Fünfmarkstücke, || 50 Zweimarkstücke, || 100 Einmarkstücke || 200 Fünfzigpfennigstücke und in || 500 Zwanzigpfennigstücke || ausgebracht. || Das Mischungsverhältniss beträgt 900 Theile Silber und 100 Theile Kupfer, so dass 90 Mark in Silbermünzen 1 Pfund wiegen. || Das Verfahren bei Ausprägung dieser Münzen wird vom Bundesrath festgestellt. Bei den einzelnen Stücken darf die Abweichung im Mehr oder Weniger im Feingehalt nicht mehr als drei Tausendtheile, im Gewicht, mit Ausnahme der Zwanzigpfennigstücke, nicht mehr als zehn Tausendtheile betragen. In der Masse aber müssen das Normalgewicht und der Normalgehalt bei allen Silbermünzen innegehalten werden.

§ 2. Die Silbermünzen über ein Mark tragen auf der einen Seite den Reichsadler mit der Inschrift „Deutsches Reich“ und mit der Angabe des Werthes in Mark, sowie mit der Jahreszahl der Ausprägung, auf der andern Seite das Bildniss des Landesherrn beziehungsweise das Hoheitszeichen der freien Städte mit einer entsprechenden Umschrift und dem Münzzeichen. Durchmesser der Münzen, Beschaffenheit und Verzierung der Ränder derselben werden vom Bundesrathe festgestellt.

§ 3. Die übrigen Silbermünzen, die Nickel- und Kupfermünzen tragen auf der einen Seite die Werthangabe, die Jahreszahl und die Inschrift „Deutsches Reich“, auf der andern Seite den Reichsadler und das Münzzeichen. Die näheren Bestimmungen über Zusammensetzung, Gewicht und Durchmesser dieser Münzen, sowie über die Verzierung der Schriftseite und die Beschaffenheit der Ränder werden vom Bundesrathe festgestellt.

§ 4. Die Silber-, Nickel- und Kupfermünzen werden auf den Münzstätten derjenigen Bundesstaaten, welche sich dazu bereit erklären, ausgeprägt. Die Ausprägung und Ausgabe dieser Münzen unterliegt der Beaufsichtigung von Seiten des Reichs. Der Reichskanzler bestimmt unter Zustimmung des Bundesrathes die auszuprägenden Beträge, die Vertheilung dieser Beträge auf die einzelnen Münzgattungen und auf die einzelnen Münzstätten und die den letzteren für die Prägung jeder einzelnen Münzgattung gleichmässig zu

gewährende Vergütung. Die Beschaffung der Münzmetalle für die Münzstätten erfolgt auf Anordnung des Reichskanzlers.

Nr. 5272.
Deutschland.
9. Juli 1873.

Artikel 4. Der Gesamtbetrag der Reichssilbermünzen soll bis auf Weiteres zehn Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen. || Bei jeder Ausgabe dieser Münzen ist eine dem Werthe nach gleiche Menge der umlaufenden groben Landessilbermünzen und zwar zunächst der nicht dem Dreissigthalerfusse angehörenden einzuziehen. Der Werth wird nach der Vorschrift im Art. 14 § 2 berechnet.

Artikel 5. Der Gesamtbetrag der Nickel- und Kupfermünzen soll zwei und eine halbe Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.

Artikel 6. Von den Landesscheidemünzen sind: || 1) die auf andere als Thalerwährung lautenden, mit Ausschluss der bayerischen Heller und der mecklenburgischen nach dem Marksysteme ausgeprägten Fünf-, Zwei- und Einpfennigstücke, || 2) die auf der Zwölftheilung des Groschens beruhenden Scheidemünzen zu 2 und 4 Pfennigen, || 3) die Scheidemünzen der Thalerwährung, welche auf einer anderen Eintheilung des Thalers, als der in 30 Groschen beruhen, mit Ausnahme der Stücke im Werthe von $\frac{1}{12}$ Thaler || bis zu dem Zeitpunkte des Eintritts der Reichswährung (Art. 1) einzuziehen. || Nach diesem Zeitpunkte ist Niemand verpflichtet, diese Scheidemünzen in Zahlung zu nehmen, als die mit der Einlösung derselben beauftragten Kassen.

Artikel 7. Die Ausprägung der Silber-, Nickel- und Kupfermünzen (Art. 3), sowie die vom Reichskanzler anzuordnende Einziehung der Landessilbermünzen und Landesscheidemünzen erfolgt auf Rechnung des Reichs.

Artikel 8. Die Anordnung der Ausserkurssetzung von Landesmünzen und Feststellung der für dieselben erforderlichen Vorschriften erfolgt durch den Bundesrath. || Die Bekanntmachungen über Ausserkurssetzung von Landesmünzen sind ausser in den zu der Veröffentlichung von Landesverordnungen bestimmten Blättern auch durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen. || Eine Ausserkurssetzung darf erst eintreten, wenn eine Einlösungsfrist von mindestens vier Wochen festgesetzt und mindestens drei Monate vor ihrem Ablaufe durch die vorbezeichneten Blätter bekannt gemacht worden ist.

Artikel 9. Niemand ist verpflichtet, Reichssilbermünzen im Betrage von mehr als zwanzig Mark und Nickel- und Kupfermünzen im Betrage von mehr als einer Mark in Zahlung zu nehmen. || Von den Reichs- und Landeskassen werden Reichssilbermünzen in jedem Betrage in Zahlung genommen. Der Bundesrath wird diejenigen Kassen bezeichnen, welche Reichsgoldmünzen gegen Einzahlung von Reichssilbermünzen in Beträgen von mindestens 200 Mark oder Nickel- und Kupfermünzen in Beträgen von mindestens 50 Mark auf Verlangen verabfolgen. Derselbe wird zugleich die näheren Bedingungen des Umtausches festsetzen.

Artikel 10. Die Verpflichtung zur Annahme oder zum Umtausch (Art. 9) findet auf durchlöcherter und anders, als durch den gewöhnlichen Umlauf

Nr. 5272.
Deutschland.
9. Juli 1873.

im Gewicht verringerte, ingleichen auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung. || Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen, welche in Folge längerer Cirkulation und Abnutzung an Gewicht oder Erkennbarkeit erheblich eingebüsst haben, werden zwar noch in allen Reichs- und Landeskassen angenommen, sind aber auf Rechnung des Reichs einzuziehen.

Artikel 11. Eine Ausprägung von anderen, als durch dieses Gesetz eingeführten Silber-, Nickel- und Kupfermünzen findet nicht ferner statt. Die durch die Bestimmung im § 10 des Gesetzes, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, vom 4. Dezember 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 404), vorbehaltene Befugniss, Silbermünzen als Denkmünzen auszuprägen, erlischt mit dem 31. Dezember 1873.

Artikel 12. Die Ausprägung von Reichsgoldmünzen geschieht auch ferner nach Massgabe der Bestimmung im § 6 des Gesetzes, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, vom 4. Dezember 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 404), auf Rechnung des Reichs. || Privatpersonen haben das Recht, auf denjenigen Münzstätten, welche sich zur Ausprägung auf Reichsrechnung bereit erklärt haben, Zwanzigmarkstücke für ihre Rechnung ausprägen zu lassen, soweit diese Münzstätten nicht für das Reich beschäftigt sind. || Die für solche Ausprägungen zu erhebende Gebühr wird vom Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrathes festgestellt, darf aber das Maximum von 7 Mark auf das Pfund fein Gold nicht übersteigen. || Die Differenz zwischen dieser Gebühr und der Vergütung, welche die Münzstätte für die Ausprägung in Anspruch nimmt, fliesst in die Reichskasse. Diese Differenz muss für alle deutschen Münzstätten dieselbe sein. || Die Münzstätten dürfen für die Ausprägung keine höhere Vergütung in Anspruch nehmen, als die Reichskasse für die Ausprägung von Zwanzigmarkstücken gewährt.

Artikel 13. Der Bundesrath ist befugt: || 1) den Werth zu bestimmen, über welchen hinaus fremde Gold- und Silbermünzen nicht in Zahlung angeboten oder gegeben werden dürfen, sowie den Umlauf fremder Münzen gänzlich zu untersagen; || 2) zu bestimmen, ob ausländische Münzen von Reichs- oder Landeskassen zu einem öffentlich bekannt zu machenden Kurse im inländischen Verkehr in Zahlung genommen werden dürfen, auch in solchem Falle den Kurs festzusetzen. || Gewohnheitsmässige oder gewerbsmässige Zuwiderhandlungen gegen die vom Bundesrathe in Gemässheit der Bestimmungen unter 1 getroffenen Anordnungen werden bestraft mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen.

Artikel 14. Von dem Eintritt der Reichswährung an gelten folgende Vorschriften:

§ 1. Alle Zahlungen, welche bis dahin in Münzen einer inländischen Währung oder in landesgesetzlich den inländischen Münzen gleichgestellten ausländischen Münzen zu leisten waren, sind vorbehaltlich der Vorschriften Art. 9, 15 und 16 in Reichsmünzen zu leisten.

§ 2. Die Umrechnung solcher Goldmünzen, für welche ein bestimmtes

Verhältniss zu Silbermünzen gesetzlich nicht feststeht, erfolgt nach Massgabe des Verhältnisses des gesetzlichen Feingehalts derjenigen Münzen, auf welche die Zahlungsverpflichtung lautet, zu dem gesetzlichen Feingehalte der Reichsgoldmünzen. || Bei der Umrechnung anderer Münzen werden || der Thaler zum Werthe von 3 Mark, || der Gulden süddeutscher Währung zum Werthe von $1\frac{5}{7}$ Mark, || die Mark lübischer oder hamburgischer Kurantwährung zum Werthe von $1\frac{1}{5}$ Mark, die übrigen Münzen derselben Währungen zu entsprechenden Werthen nach ihrem Verhältniss zu den genannten berechnet. || Bei der Umrechnung werden Bruchtheile von Pfennigen der Reichswährung zu einem Pfennig berechnet, wenn sie einen halben Pfennig oder mehr betragen, Bruchtheile unter einem halben Pfennig werden nicht gerechnet.

§ 3. Werden Zahlungsverpflichtungen nach Eintritt der Reichswährung unter Zugrundelegung vormaliger inländischer Geld- oder Rechnungswährungen begründet, so ist die Zahlung vorbehaltlich der Vorschriften Art. 9, 15 und 16 in Reichsmünzen unter Anwendung der Vorschriften des § 2 zu leisten.

§ 4. In allen gerichtlich oder notariell aufgenommenen Urkunden, welche auf einen Geldbetrag lauten, desgleichen in allen zu einem Geldbetrag verurtheilenden gerichtlichen Entscheidungen ist dieser Geldbetrag, wenn für denselben ein bestimmtes Verhältniss zur Reichswährung gesetzlich feststeht, in Reichswährung auszudrücken; woneben jedoch dessen gleichzeitige Bezeichnung nach derjenigen Währung, in welcher ursprünglich die Verbindlichkeit begründet war, gestattet bleibt.

Artikel 15. An Stelle der Reichsmünzen sind bei allen Zahlungen bis zur Ausserkurssetzung anzunehmen: || 1) im gesammten Bundesgebiete an Stelle aller Reichsmünzen die Ein- und Zweithalerstücke deutschen Gepräges unter Berechnung des Thalers zu 3 Mark; || im gesammten Bundesgebiete an Stelle der Reichssilbermünzen, Silberkurantmünzen deutschen Gepräges zu $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Thaler unter Berechnung des $\frac{1}{8}$ Thalerstücks zu einer Mark und des $\frac{1}{6}$ Thalerstücks zu einer halben Mark; 3) in denjenigen Ländern, in welchen gegenwärtig die Thalerwährung gilt, an Stelle der Reichs-, Nickel- und Kupfermünzen die nachbezeichneten Münzen der Thalerwährung zu den daneben bezeichneten Werthen:

$\frac{1}{12}$	Thalerstücke zum Werthe von 25 Pfennig,	
$\frac{1}{15}$	„ „ „ „	20 „
$\frac{1}{30}$	„ „ „ „	10 „
$\frac{1}{2}$	Groschenstücke „ „	5 „
$\frac{1}{5}$	„ „ „ „	2 „
$\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{12}$	„ „ „ „	1 „

4) in denjenigen Ländern, in welchen die Zwölftheilung des Groschens besteht, an Stelle der Reichs-, Nickel- und Kupfermünzen die auf der Zwölftheilung des Groschens beruhenden Dreipfennigstücke zum Werthe von $2\frac{1}{2}$ Pfennig; || 5) in Bayern an Stelle der Reichskupfermünzen die Hellerstücke zum Werthe von $\frac{1}{2}$ Pfennig; || 6) in Mecklenburg an Stelle der Reichskupfermünzen die

Nr. 5272. nach dem Marksystem ausgeprägten Fünfpfennigstücke, Zweipfennigstücke und
 Deutschland. Einpfennigstücke zum Werthe von 5, 2 und 1 Pfennig. || Die sämtlichen sub
 9. Juli 1873. 3 und 4 verzeichneten Münzen sind an allen öffentlichen Kassen des gesammten
 Bundesgebietes zu den angegebenen Werthen bis zur Ausserkurssetzung in
 Zahlung anzunehmen.

Artikel 16. Deutsche Goldkronen, Landesgoldmünzen und landesge-
 setzlich den inländischen Münzen gleichgestellte ausländische Goldmünzen, so-
 wie grobe Silbermünzen, welche einer andern Landeswährung als der Thaler-
 währung angehören, sind bis zur Ausserkurssetzung als Zahlung anzunehmen,
 soweit die Zahlung nach den bisherigen Vorschriften in diesen Münzsorten an-
 genommen werden musste.

Artikel 17. Schon vor Eintritt der Reichswährung können alle Zahlungen,
 welche gesetzlich in Münzen einer inländischen Währung oder in ausländischen,
 den inländischen Münzen landesgesetzlich gleichgestellten Münzen geleistet
 werden dürfen, ganz oder theilweise in Reichsmünzen, vorbehaltlich der Vor-
 schrift Art. 9, dergestalt geleistet werden, dass die Umrechnung nach den
 Vorschriften Art. 14 § 2 erfolgt.

Artikel 18. Bis zum 1. Januar 1876 sind sämtliche nicht auf Reichs-
 währung lautenden Noten der Banken einzuziehen. Von diesem Termine an
 dürfen nur solche Banknoten, welche auf Reichswährung in Beträgen von nicht
 weniger als 100 Mark lauten, in Umlauf bleiben oder ausgegeben werden. ||
 Dieselben Bestimmungen gelten für die bis jetzt von Korporationen ausgege-
 benen Scheine. || Das von den einzelnen Bundesstaaten ausgegebene Papiergeld
 ist spätestens bis zum 1. Januar 1876 einzuziehen und spätestens sechs Monate
 vor diesem Termine öffentlich aufzurufen. Dagegen wird nach Massgabe eines
 zu erlassenden Reichsgesetzes eine Ausgabe von Reichspapiergeld stattfinden.
 Das Reichsgesetz wird über die Ausgabe und den Umlauf des Reichspapier-
 geldes, sowie über die den einzelnen Bundesstaaten zum Zweck der Einziehung
 ihres Papiergeldes zu gewährenden Erleichterungen die näheren Bestimmungen
 treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beige-
 drucktem Kaiserlichen Insiegel. || Gegeben Bad Ems, den 9. Juli 1873.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Nr. 5273.

DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen. Vom 30. April 1874.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc. ^{Nr. 5273.}
verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des ^{Deutschland.} Bundesraths und des Reichstags, was folgt: ^{30. April 1874.}

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, Reichskassenscheine zum Gesamtbetrage von 120 Millionen Mark in Abschnitten zu 5, 20 und 50 Mark ausfertigen zu lassen und unter die Bundesstaaten nach dem Maassstabe ihrer durch die Zählung vom 1. Dezember 1871 festgestellten Bevölkerung zu vertheilen. || Ueber die Vertheilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Abschnitte beschliesst der Bundesrath.

§ 2. Jeder Bundesstaat hat das von ihm seither ausgegebene Staatspapiergeld spätestens bis zum 1. Juli 1875 zur Einlösung öffentlich aufzurufen und thunlichst schnell einzuziehen. || Zur Annahme von Staatspapiergeld sind vom 1. Januar 1876 an nur die Kassen desjenigen Staates verpflichtet, welcher das Papiergeld ausgegeben hat.

§ 3. Denjenigen Staaten, deren Papiergeld den ihnen nach § 1 zu überweisenden Betrag von Reichskassenscheinen übersteigt, werden zwei Drittheile des überschüssenden Betrages aus der Reichskasse als ein Vorschuss überwiesen und zwar, soweit die Bestände der letzteren es gestatten, in baarem Gelde, soweit sie es nicht gestatten, in Reichskassenscheinen. || Der Reichskanzler wird zu diesem Zwecke ermächtigt, Reichskassenscheine über den im § 1 festgesetzten Betrag hinaus bis auf Höhe des zu leistenden Vorschusses anfertigen zu lassen, und soweit als nöthig in Umlauf zu setzen. || Ueber die Art der Tilgung dieses Vorschusses wird gleichzeitig mit der Ordnung des Zettelbankwesens Bestimmung getroffen. In Ermangelung einer solchen Bestimmung hat die Rückzahlung des Vorschusses innerhalb 15 Jahren, vom 1. Januar 1876 an gerechnet, in gleichen Jahresraten zu erfolgen. || Die auf den Vorschuss eingehenden Rückzahlungen sind zunächst zur Einziehung der nach vorstehenden Bestimmungen ausgefertigten Reichskassenscheine zu verwenden.

§ 4. Diejenigen Bundestaaten, welche Papiergeld ausgegeben haben, werden die ihnen ausgefolgten Reichskassenscheine (§§ 1 und 3) soweit der Betrag der letzteren den Betrag des ausgegebenen Staatspapiergeldes nicht übersteigt, nur in dem Masse in Umlauf setzen, als Staatspapiergeld zur Einziehung gelangt.

§ 5. Die Reichskassenscheine werden bei allen Kassen des Reichs und sämtlicher Bundesstaaten nach ihrem Nennwerthe in Zahlung angenommen und von der Reichs-Hauptkasse für Rechnung des Reichs jederzeit auf Erfordern gegen baares Geld eingelöst. || Im Privatverkehr findet ein Zwang zu ihrer Annahme nicht statt.

Nr. 5273.
Deutschland.
30. April 1874.

§ 6. Die Ausfertigung der Reichskassenscheine wird der Preussischen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden unter der Benennung „Reichsschulden-Verwaltung“ übertragen. || Die Reichsschulden-Verwaltung hat für beschädigte oder unbrauchbar gewordene Exemplare für Rechnung des Reichs Ersatz zu leisten, wenn das vorgelegte Stück zu einem echten Reichskassenscheine gehört und mehr als die Hälfte eines solchen beträgt. Ob in anderen Fällen ausnahmsweise ein Ersatz geleistet werden kann, bleibt ihrem pflichtmässigen Ermessen überlassen.

§ 7. Vor der Ausgabe der Reichskassenscheine ist eine genaue Beschreibung derselben öffentlich bekannt zu machen. || Die Kontrolle über die Ausfertigung und Ausgabe der Reichskassenscheine übt die Reichsschulden-Kommission.

§ 8. Von den Bundesstaaten darf auch ferner nur auf Grund eines Reichsgesetzes Papiergeld ausgegeben oder dessen Ausgabe gestattet werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. || Gegeben Berlin, den 30. April 1874.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Nr. 5274.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstags vom 2. April 1873. — Erste und zweite Berathung des Antrags von Lasker u. Gen. auf Ausdehnung der Reichscompetenz auf das gesammte bürgerliche Recht.

[Nach dem stenographischen Bericht.]

Nr. 5274.
Deutschland.
2. April 1873.

Abgeordneter Lasker: Meine Herren, zur materiellen Begründung meines Antrages werde ich heute wohl nicht mehr viel anzuführen brauchen. Die sachlichen Gründe, welche in den früheren Jahren den Antrag gerechtfertigt haben, sind, wie ich glaube, heute schon so allgemein verstanden, dass nur noch die entschiedensten Gegner der Rechtseinheit sich von der Macht dieser Gründe nicht überzeugt fühlen. Ich freue mich auch, in einem andern Punkte eine erhebliche Verbesserung insbesondere gegen das vorige Jahr wahrgenommen zu haben. Damals wurde der Gegenstand unsres Antrages — ich weiss nicht, ob ich sagen soll, gebraucht oder missbraucht zu politischen Agitationen, natürlich spreche ich jetzt von der Bewegung, die ausserhalb der Parlamente vorgegangen ist. Man hat diesen Antrag dargestellt als einen, der darauf berechnet sei, die kleinen Staaten zu mediatisiren, der die Selbstständigkeit der kleinen Staaten untergrabe, Preussenthum heraufbeschwöre u. s. w. Es sind

dies offenbar Redensarten so untergeordneter Natur, dass ich ihnen im Reichstage eine Erwiderung nicht mehr brauche zu Theil werden zu lassen, zumal da jene Bewegung seitdem abgenommen hat und politisches Kapital daraus nicht mehr geschlagen werden kann. Heute sind auch die Gegner gezwungen, wenn es solche Gegner noch im Hause giebt, (Abgeordneter Dr. Windthorst [Meppen]: Ja!) ihre Gegengründe sachlicher einzurichten, als dies im vorigen Jahre geschehen ist, und auf dem Boden des Rechtslebens selbst ihre Erörterungen anzustellen. Da ich im Voraus nicht einmal ahnen kann, welcher Art diese Gründe sein werden, ausser in Nebeneinwendungen, so werde ich die Replik nicht anticipiren. Nur einige Nebeneinwendungen will ich in Betracht ziehen, die in den früheren Debatten gefallen sind und die möglicherweise geeignet sind, Zweifel über die Tendenz unseres Antrages anzuregen. || Während von der einen Seite der Zusammensturz aller kleineren Staaten von diesem Antrage prophezeit worden ist, hat man, seitdem dieses Mittel nicht mehr sehr verfängt, den Antrag für einen theoretischen zu erklären versucht, der praktische Folgen gar nicht habe, der höchstens nur die negative Folge haben könne, die Rechtsthätigkeit der kleineren Staaten lahm zu legen. Wir sind der Meinung, dass dieser Antrag, der als Kompetenzantrag eben nur formaler Natur sein kann, sofort materiell ausgefüllt werden soll. Sowie dieses Haus das Votum gegeben hat und Aussicht vorhanden ist, dass der Bundesrath die zur verfassungsmässigen Abänderung nothwendige Zustimmung ertheilt hat, wird es wenigstens unser Wunsch sein — und ich vermuthe hierin im Namen der grossen Mehrheit des Reichstages zu sprechen — dass sofort an eine wirkliche Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches gegangen werde, und dann werden Sie den materiellen Inhalt haben zu der formalen Berechtigung, welche eben die Kompetenz geben soll. Auch ist es nicht richtig, dass, sei es durch das bürgerliche Gesetzbuch, sei es durch einzelne Gesetze des bürgerlichen Rechts die Thätigkeit in den Einzelstaaten inzwischen lahm gelegt werde; denn dies ist unbestrittenes Verhältniss zwischen der Kompetenz der Einzelstaaten und der Kompetenz des Reichs, dass in allen denjenigen Materien, über welche das Reich seine Kompetenz noch nicht ausgeübt hat, die Einzelstaaten berechtigt sind, Gesetze zu geben, selbst wenn die Kompetenz dem Reiche angehört. So haben wir erst vor ganz jüngster Zeit in Preussen, wenigstens das Abgeordnetenhaus in Verbindung mit der Krone, ein Strafgesetz eingeführt, obschon das allgemeine Strafgesetzbuch diejenigen Materien erschöpft zu Gunsten des Reiches, welche bisher dem Strafgesetzbuch einverleibt waren. Es ist aber angenommen worden, dass zwar das Reich kompetent sein würde, derartige Strafmaterien zu behandeln, dass es dieselbe aber unbehandelt gelassen hat und in Folge dessen die Kompetenz der Einzelstaaten noch gültig ist. Die nationalste Partei hat hiergegen keinen Widerspruch erhoben, sondern der Widerspruch ist vielmehr von solchen Seiten gekommen, welche der Kompetenz des Reiches nicht besonders günstig zu sein pflegen, wenigstens nicht einer Erweiterung dieser Kompetenz. Also die Gefahr ist nicht vorhanden, dass diejenigen, welche jetzt dringende Unterstützer der Kompetenzausdehnung sind,

Nr. 5274.
Deutschland.
2. April 1873.

später irgend etwas dazu beitragen würden, die Einzelstaaten in dieser Beziehung lahm zu legen. || Es ist ferner der Einwand gemacht worden, den ich wirklich auch nur für einen Hilfseinwand von sehr geringem Gewicht halte, dass ja nicht das ganze bürgerliche Recht in das Gesetzbuch hineingedrängt werden könne; es gebe ja so viele Provinzial- und Statutarrechte, die den Einzelstaaten überlassen werden müssten. Nun, meine Herren, es ist wirklich unter uns Allen, wenn Jeder mit innerer Redlichkeit gegenüber dem Andern sich ausspricht, niemals die Meinung gewesen, dass wir hier in die kleinsten Luken provinzieller Anordnungen und Statuten eindringen wollen. Wir haben das Beispiel in Preussen und in den andern Staaten, in denen ja viele Materien unkodificirt geblieben sind und vermuthlich auch in Zukunft unter die allgemeinen Gesichtspunkte gebracht werden, weil die Gewohnheit des Volkes dafür Partikularrechte erfordert. Auch dies, scheint mir, wird Aufgabe der Regierung sein, ehe sie das Civilgesetzbuch einbringt, Untersuchungen darüber anzustellen, was nach der Meinung der einzelnen Regierungen etwa als besonderes Recht nicht gut geeignet sein wird, durch Reichsgesetz regulirt zu werden. Ausnahmen in der Verfassung zu Gunsten solcher Materien zu machen, ist um deswillen unmöglich, weil wir alsdann in die grössten Schwierigkeiten hineingerathen; hierüber haben im vorigen Jahre, wenn ich nicht irre, die Herren Justizminister aus Bayern und Württemberg selbst Zeugnis abgelegt, dass eine Aussonderung solcher Materien nicht möglich ist, ohne sich in eine grosse Reihe von Widersprüchen und Unklarheiten zu verwickeln und überdies, was ich als das Gefährlichste halte, die Kompetenz des Reiches zu verdunkeln; denn nichts halte ich für gefährlicher, als wenn wir gezwungen werden, bei dunkeln und bedingungsweisen Ausdrücken die Frage aufzuwerfen, ob das Reich kompetent sei oder nicht. Hierin muss Klarheit herrschen, während es der gesetzgeberischen Weisheit der massgebenden Faktoren überlassen werden muss, zu erwägen, was aus innern Gründen nicht allgemeines Recht werden soll, oder was allgemeines Recht zu werden geeignet ist. || Eine zweite gleichzeitige Bestrebung zeigt, wie innerlich nothwendig eine Materie des Rechtslebens die andere nach sich zieht. || Wir verhandeln über ein gemeinsames Prozessrecht, und die Krone des gemeinsamen Prozessrechts besteht doch offenbar in dem gemeinsamen obersten Gerichtshof. Nun stellen sich aber gegenwärtig schon Schwierigkeiten heraus, welche Arten von Rechten dem obersten Gerichtshof zugewiesen werden sollen, und ich glaube, dieser Punkt wird bis zur Rechtseinheit mit einigem guten Willen überwunden werden müssen, sowohl von den gesetzgebenden Faktoren, wie von den späteren Mitgliedern des obersten Gerichtshofes. Vorschläge der verschiedensten Art sind bereits gemacht, und es stellen sich dabei Schwierigkeiten heraus, zusagende Grenzen zu finden, wenn man nicht die Kompetenz ganz allgemein machen will. Wird sie aber allgemein gemacht, dann, meine Herren, welche Schwierigkeiten stellen sich mit dem viel zersplitterten Rechte heraus, wenn Sie es in diesem Zustande einem einheitlichen Kollegium überweisen müssen. In der That, der Prozess

wird den besten Beweis geben, dass die formelle Ausübung des Rechts von der materiellen Rechtseinheit sich sehr schwer trennen lässt, und diese Schwierigkeit wächst, wenn nicht bloss Provinzial- sondern auch Landrechte neben einander bestehen. || Meine Herren! Die günstigste Förderung, welche unser Antrag seit dem vorigen Jahre erfahren hat, besteht darin, dass die Landesvertretungen grösster Bundesstaaten mit Ausschluss eines einzigen Landes, in welchem die Vertretung noch nicht gefragt worden ist, sich mit aller Entschiedenheit und mit grosser Majorität für die Annahme des Antrages ausgesprochen haben, und damit ist das beste Zeugniß gegeben, dass die Besorgnisse, welche gewissermassen vormundschaftlicher Weise von dem Einen oder Andern selbst innerhalb des Reichstags für das Bestehen der Einzelstaaten erhoben werden, ganz und gar unbegründet sind in der genau prüfenden Meinung des Volkes. Denn das werden Sie zugeben, dass die Landtage in Dresden und in Stuttgart sehr wohl wissen, was zum Fortbestande ihrer eigenen Staaten tauglich ist und was nicht; die grosse Mehrheit beider Landesvertretungen ist gewiss sicher vor dem Vorwurfe, dass sie die Existenz der Einzelstaaten aufs Spiel setzen wollen. Und so ergreife ich denn, wie eine Art von Zufall, den neuen vor mir sitzenden Kollegen Herrn von Varnbühler, der auch dem Beschlusse zugestimmt hat, dass die Reichskompetenz auf das gesammte Recht ausgedehnt werde, und füge die Frage hinzu, ob dieser Herr Abgeordnete auf irgend einer Seite des Hauses in dem Verdachte steht, dass er etwas thun oder zulassen wolle, was die Existenz des Staates Württemberg in Frage stellen könnte? (Sehr wahr! links.) Gewiss nicht. Nicht allein die technisch genannten nationalen Parteien sind es gewesen, welche dem Antrage zugestimmt haben, sondern Anhänger aller Art, die national genannt werden dürfen, weil sie das Interesse und die Wohlfahrt der Nation überall vorurtheilslos erwägen und dem Reiche geben, was des Reiches ist. So haben sie denn erwogen, und ich muss es anerkennend sagen, unter der wohlwollendsten Haltung derjenigen, die in jenen Versammlungen die Regierungen zu vertreten haben, dass die deutsche Nation der Rechtseinheit bedarf, und haben ihr Votum demgemäss abgegeben. Mich lassen nun diese in den meisten deutschen Staaten vorangegangenen parlamentarischen Verhandlungen die Hoffnung schöpfen, dass der Bundesrath, sei es heute oder in dritter Lesung, endlich einmal klare Stellung nehmen wird zu dem Antrag. Wir haben während der langen Verhandlungen einen derartigen Ausspruch des Bundesraths noch nicht erhalten. Ich hebe gern hervor, dass der Bundesrath bis jetzt Anstand genommen hat, in den Zwischenzeiten einen Beschluss zu fassen, welcher eine formale Ablehnung des Antrags festgestellt haben würde; das Anerkenntniss der Wichtigkeit für den Antrag ist dadurch gegeben. Aber legislatorisch vorwärts sind wir nicht gekommen, und es ist dem ersten deutschen Reichstage doch im höchsten Grade erwünscht, auf die eine oder die andere Weise vor Beendigung seiner Existenz zu erfahren, ob und in welchem Masse das Schicksal dieses Antrags gesichert ist, oder ob es noch in Frage steht. Denn dabei bleibe ich, und ich glaube

Nr. 5274.
Deutschland.
2. April 1873.

dies mit gutem Grunde selbst zu thun, und namentlich bei dem intelligenten Theile der Nation in der weit überwiegenden Mehrheit die Zustimmung dafür zu erhalten, dass die wahre Erfüllung deutscher Einheit in dem idealsten Theile der Nation, in seinem Rechtsleben erst gegeben sein wird, wenn wir die Rechtseinheit im weiten Masse und in vollem Umfange erobert haben. Ich für mich bekenne, dass seit dem Abschluss der Bundesverfassung und seit deren Ausdehnung zur Reichsverfassung der Artikel 4 immer für mich den Anblick eines grossartigen, aber immerhin verstümmelten Torso darbietet. Mir fehlt gerade die Rechtseinheit, und wir haben kein Geheimniss daraus gemacht; aus allen Wünschen, die wir zur Fortbildung der Verfassung hegen, haben wir jederzeit die Erstreckung der Reichskompetenz auf das gesammte Rechtsleben als dasjenige bezeichnet, was wir unablässig fordern und für nothwendig halten, um dem schönen Werk der Verfassung einen Abschluss bis zu einer gewissen Vollendung zu geben. Nicht etwa einen Abschluss gegen eine zukünftige und organische Entwicklung; aber der Artikel 4 würde nach Annahme unseres Antrages so für mich beschaffen sein, dass ich dann den Anblick einer in der Mitte stehen gebliebenen Entwicklung nicht mehr empfinden würde und ich glaube dieses Gefühl ebenso im Namen meiner Mitantragsteller und Unterstützer aussprechen zu dürfen. Auch dies scheint also keine berechtigte Besorgniss, dass, nachdem wir in einem so wesentlichen Punkte die Reichskompetenz ausgedehnt haben, wir etwa hungrig würden, neue Themen zu erfinden, welche gleichfalls unter die Kompetenz des Reichs zu bringen wären. Unsere loyalen Erklärungen vom ersten Tage der Verfassungsschöpfung ansprechen für uns; ganz deutlich haben wir die Erweiterung der Kompetenz auf das gesammte Rechtsleben als das Eine bezeichnet, welches wir nicht einer langsamen organischen Entwicklung überlassen wollen, sondern von dem wir meinen, es gehöre zur Erfüllung und Ergänzung der Verfassung. Wenn es uns gelingen sollte, endlich in der letzten Session des ersten Deutschen Reichstags hier eine Erfüllung für das ideale Bedürfniss der Nation zu schaffen, so meine ich, dass der Deutsche Reichstag mit gutem Bewusstsein sein Mandat wird ausleben lassen, dem guten Bewusstsein, dass neben den vielen Lasten, die er bereitwilligst für die Bedürfnisse des Vaterlandes bewilligt hat, er auch für die idealen Bedürfnisse einen ohne Lasten gewährten Fortschritt mit nach Hause bringt. Ich hoffe, dass Sie heute mit grösster Mehrheit dieses Votum bestätigen werden und dass der Bundesrath dieser Mehrheit in nächster Zukunft und schon in dieser Session sich nicht mehr entziehen wird. (Bravo!)

Präsident des Reichskanzler - Amtes Staatsminister Delbrück: Meine Herren, der im vergangenen Jahre von Ihnen angenommene Antrag des Herrn Vorredners und seiner Genossen, welcher heute Ihnen wiederum zur Berathung vorliegt, ist im Bundesrathe wiederholt zum Gegenstand der Verhandlungen geworden. Die bei diesen Verhandlungen hervorgetretenen Schwierigkeiten haben im Laufe des letzten Jahres einen Abschluss der Sache nicht gestattet. Gegenwärtig sind sie indessen so weit überwunden, dass die begründete Aus-

sicht vorhanden ist, es werde die in einer so wichtigen Frage gewiss wünschenswerthe Einstimmigkeit, oder doch die verfassungsmässig erforderliche Stimmenmehrheit für die in Rede stehende Abänderung der Verfassung in naher Zeit erzielt werden. (Bravo!) Die verbündeten Regierungen beabsichtigen in diesem Falle, gleichzeitig mit der Verkündung der Verfassungsänderung, eine Kommission zu berufen zur Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, indem sie davon ausgehen, dass die Einheit des bürgerlichen Rechts in Deutschland der wesentlichste Zweck und das wesentlichste Ziel des vorliegenden Antrags ist. (Bravo!)

Nr. 5274.
Deutschland.
2. April 1873.

Abgeordneter Dr. Windthorst (Meppen): Meine Herren! Der Antrag Lasker feiert heute einen seltenen Triumph. (Bravo! links.) Wir haben aus dem Munde des Herrn Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes vernommen, dass die Bundesregierungen nahe daran sind, den Antrag anzunehmen, (Ruf: Bravo!) entweder einstimmig oder doch mit erdrückender Majorität. (Bravo! links.) Meine Herren, das heisst: dass die Bundesregierungen entschlossen sind, den grössten Schmuck der Krone — (oho! links) den grössten Schmuck der Krone, die Justizhoheit, zu den Füßen des Antrages Lasker niederzulegen. (Gelächter links.) Das ist, meine Herren, nach meinem Dafürhalten eine grosse Resignation der Regierungen. Ich kann meinestheils nur wünschen, dass diese Abdikation zum Wohle des Vaterlandes in seiner althistorischen Entwicklung gereichen möge. (Bravo! links.) Gegenüber dieser Erklärung werde ich mich enthalten, die Gründe, welche ich bisher gegen diesen Antrag geltend gemacht habe, ausführlicher nochmals zu erörtern. (Bravo!) Meine Herren! Ihr „Bravo“ wird mich weder antreiben noch zurückhalten. (Heiterkeit links.) Ich will nur kurz den Standpunkt klar machen, den ich in der Sache nehme oder, vielmehr richtiger, behalte. || Ich bin der Meinung, dass der Antrag viel weniger sich auf die Einheit des Rechts bezieht, als auf das Bestreben, die einzelnen Staaten in ihrer Existenz zu vernichten. (Oho! links.) Ja, meine Herren, es kommt darauf an, dass wir uns verständigen, was Selbstständigkeit heisst. Wenn Sie einen Verwaltungsorganismus mit einem erblichen Statthalter für einen Staat halten, der selbstständig ist, können Sie einstweilen noch Recht haben. Wenn Sie aber einen Staat nur dann für selbstständig halten — und ich thue das also — wenn er sein Gesetzgebungsrecht entweder ganz hat, oder doch in den Theilen, die er nicht an ein grösseres Ganzes, nach den Bestimmungen der Verfassung abgegeben hat, dann haben Sie nicht Recht. Mit der Annahme dieses Antrages ist unzweifelhaft die Mediatisirung der Staaten ausgesprochen, (oho! links) so vollständig, wie es im Jahre 1806 und 14 geschehen ist mit andern Staaten. Die jetzt anscheinend äusserlich noch souverain erachteten Staaten sind vom 2. April 1873 an genau in der Lage der Standesherrn (Gelächter links) und über 25 Jahre wird das Haus Wittelsbach eine Stellung haben, wie jetzt das Haus Hohenlohe. (Hört, hört! links. Allgemeine Heiterkeit.) || Die Standesherrn haben einige Zeit länger noch an-

Nr. 5274.
 Deutschland.
 2. April 1873.

gedauert, weil sie einen Rechtsschutz am Bunde hatten. Die jetzt souverainen Herren werden diesen Schutz nicht mehr haben und darum habe ich ihnen für ihre zeitige Existenz eine nicht so lange Zeitdauer vorhersagen können, wie die Standesherrn sie gehabt haben. || Wegen dieser politischen Bedeutung des Antrags habe ich demselben widerstrebt, weil ich dafür halte, dass es im Interesse des gesammten deutschen Vaterlandes ist, die bestehenden Staaten aufrecht zu erhalten, und weil ich glaube, dass es der deutschen Geschichte widerspricht, einen Einheitsstaat zu machen, wie er jetzt unzweifelhaft gemacht werden wird. (Oho! Gelächter links.) Ja, meine Herren, wir sind auf dem Wege der Entwicklung, den vor uns durch die Jahrhunderte Frankreich genommen hat und wir werden, fürchte ich, auch in der inneren Entwicklung nicht weit hinter dem zurückbleiben, was in Frankreich geschehen ist. (Unruhe links. Rufe: Oho!) Ich weiss, dass alle diese Sätze dem Herrn Antragsteller Lasker, der das ja auch durch seine Interjectionen bezeugt, sehr wenig gefallen. Ich glaube auch gern, dass eine grosse Zahl Anderer mich als einen Schwarzseher in dieser Hinsicht bezeichnen wird, (sehr richtig! links) aber ich habe nun einmal die Ueberzeugung, dass die Ereignisse mir Recht geben werden, wenn ich freilich bei meinem Alter keine Hoffnung habe, Zeuge davon zu sein. Auf allen Fall wiederhole ich: „diese politische Seite des Antrags ist es, die mich bestimmt hat, ihm zu widerstreben, und die mich auch bestimmen wird, heute „Nein“ zu sagen, selbst dann, wenn auch Alle „Ja“ sagen würden. || Was die vorgebliche alleinige Tendenz betrifft, die Rechtseinheit herzustellen, so bin ich der Ansicht, dass die möglichste Rechtseinheit in Deutschland wünschenswerth ist, und ich habe an meinem bescheidenen Theile daran sehr eifrig mitgearbeitet zu der Zeit, wo der Bundesstaat noch existirte und andere weniger Lust dazu hatten, namentlich die Herren in Preussen absolut nicht Lust hatten, mitzuwirken und deshalb alle meine desfallsigen Anträge auf das Entschiedenste zurückwiesen. Diese Rechtseinheit kann und konnte auch ohne diesen Antrag angestrebt werden, indem man, so weit Einzelbestimmungen, Einzelgesetze in Frage, von Fall zu Fall die etwa mangelnde Kompetenz des Reichs festsetzte, und, was die Kodifikation betrifft, auch diese gemacht werden kann durch den Konsens Aller, wenn man nur erst einen Kodex hat. (Heiterkeit links.) || Was jetzt geändert werden soll, ist, dass die Einzelstaaten nicht mehr mitzusprechen haben — wenigstens mit 14 Stimmen — ob ihnen dieses oder jenes Gesetz passt, und ebenso ob ihnen die Modalität bei der Kodifikation passt, dass vielmehr Alles durch einfache Majorität des Bundesrathes und des Reichstages bestimmt wird und nicht mehr der Konsens Aller erforderlich ist. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker übrigens meint, dass es ein Bedürfniss der Nation sei, eine Rechtseinheit zu haben, so stimme ich ihm, das wiederhole ich, darin bei, dass eine mögliche Einheit des Rechts wünschenswerth ist. Ich betone aber das „möglich“. In dieser Hinsicht bin ich der Ansicht, dass die weise Selbstbeschränkung, die der geehrte Herr uns in Aussicht gestellt hat, nicht eintreten wird und wir

werden, nachdem nunmehr die Schleusen geöffnet sind, sehen, wie die gesetzgeberische Triebkraft des Reichstages fort und fort arbeiten wird, bis Alles im Reiche nach einer Schablone gemacht ist. Ob die Zeit so ausserordentlich reif ist für die Gesetzgebung, das ist mir einigermaßen zweifelhaft. Wenn ich in ruhiger Stunde die Gesetze, welche die neuere Zeit geschaffen hat, durchsehe, dann bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, die Zeit ist zu wenig ruhig, die Verhältnisse sind zu wenig konsolidirt, als dass man erwarten könnte, es würde ein ruhig durchdachtes Gesetz gemacht werden können. Wir werden in einer der nächsten Sitzungen von dem verehrten Abgeordneten Lasker rücksichtlich eines wichtigen Theiles der Gesetzgebung, in Beziehung auf das Aktienwesen, eine sehr herbe Kritik der Erfahrungen, die mit der desfallsigen Gesetzgebung gemacht sind, zu hören bekommen. Die Details entgehen mir natürlich, soweit das Faktische in Frage ist. Aber davon bin ich überzeugt, dass bei dem praktischen Sinne dieses Abgeordneten er zu der Konklusion kommen wird, die Legislation auf diesem Gebiete ist keine glückliche, wenigstens nicht überall. Das Handelsgesetzbuch hatte sich auch mit der Sache beschäftigt. Hier wurde eine Aenderung des Handelsgesetzbuchs gemacht. Wer weiss, ob, wenn diese Aenderung nicht gemacht wäre und die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, welches doch so ausserordentlich sorgfältig berathen ist, ganz geblieben wären, wie sie waren, nicht noch grössere Uebelstände entstanden wären, wie die sind, welche uns der Herr Abgeordnete demnächst mitzutheilen die Güte haben wird. Das ist so ein kleiner Beitrag dessen, wie durch die Praxis die Wirksamkeit der Legislation kritisirt wird. Ich könnte dies auf anderen Gebieten ergänzen, wenn es zweckmässig wäre, diese oder jene Angelegenheit heute hier zur Sprache zu bringen. Ich glaube z. B., dass die grosse Bewegung auf dem Gebiete der socialen Verhältnisse zum guten Theil eine starke Nahrung bekommen hat durch die wirthschaftliche Gesetzgebung, welche seit 1867 gemacht worden ist. Das ist die kurze Andeutung, welche ich heute nur machen will. Es wird sich Gelegenheit finden, das näher zu erörtern. Nun ist von dem Herrn Abgeordneten Lasker in Vorahnung der Erklärung des Herrn Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes (Heiterkeit) gesagt worden, dass er allerdings glaube, wünsche und für zweckmässig erachte, wenn man sofort mit der Kodifikation beginne. Ich werde sehr glücklich sein, wenn es mir beschieden sein sollte, einen Kodex für das bürgerliche Recht Deutschlands zu erhalten, der in der That gut gearbeitet und durch den in zweckmässiger Weise schonend verfahren ist gegen die Besonderheiten, welche in jedem Volksstamm im Laufe der Geschichte sich entwickelt haben. Die Versuche, welche bis jetzt auf diesem Gebiete in Deutschland gemacht sind, sind nicht gerade sehr hoffnungserregend, und dennoch waren diese Versuche immer auf einen kleineren Raum beschränkt, wo die in Betracht kommenden Verhältnisse näher bei einander lagen und also auch richtiger geordnet werden konnten. Meine Herren, ich kann mir denken, dass diese Kommission, welche in Aussicht genommen ist, zweckmässige

Nr. 5274.
Deutschland.
2. April 1873.

Vorarbeiten liefern wird, und dass dadurch das Werk wesentlich gefördert werden kann, und insofern würde ich die Niedersetzung dieser Kommission ohne den Antrag, was ja recht füglich möglich wäre, ganz herzlich begrüßen; aber den Gedanken zu haben, dass diese Kommission nun sofort und in kürzester Frist den Kodex fertig bringen werde, das ist eine Chimäre, und wir werden darum die Specialgesetzgebung überwuchern sehen infolge dieses Antrages. Darüber täusche man sich nicht, wie ich denn auch recht wohl aus den Anschauungen vieler einflussreicher Herren dieses Hauses weiss, dass es ihnen in der That bei dem Antrage nicht sowohl um den Kodex als um die Möglichkeit zu thun ist, durch diese Bestimmung diejenigen Specialgesetze hier zum Abschluss zu bringen, die sie zu Hause nicht haben zum Abschluss bringen können. Wir haben nach den öffentlichen Nachrichten von den Herren Abgeordneten Dr. Völk und Hinschius ja in dieser Hinsicht nächstens bereits ein Beispiel solcher Legislation zu erwarten. (Abgeordneter Dr. Wehrenpfennig: Sehr richtig!) Ich freue mich, dass der Herr Abgeordnete Dr. Wehrenpfennig, der Kunde von solchen Dingen zu haben pflegt, dies bestätigt (Heiterkeit.) Derartige Specialgesetze aber — das wiederhole ich — finde ich durchaus nicht geeignet. || Wenn dann der Herr Abgeordnete Lasker geglaubt hat, gewisse Ausführungen, die von meinen Freunden und mir im Abgeordnetenhaus bei Berathung der Kirchengesetze gemacht sind, auch hier erwähnen zu müssen, und in keiner sehr freundlichen Art, so mache ich doch darauf aufmerksam, dass das Bemühen, was uns hier zum Vorwurf gemacht wird, einfach darin besteht, nachzuweisen, dass gewisse Strafbestimmungen dieser Gesetze nicht vereinbar seien mit dem Deutschen Strafgesetzbuch und der Einführungsverordnung. Ich habe die Ueberzeugung, dass dies der Fall ist; der Abgeordnete Lasker ist der Ansicht nicht gewesen. Wenn man die Sache hier zur Sprache bringen wollte, so wäre es, glaube ich, wenn es nur um die Sache zu thun ist, richtiger gewesen, den Fall in seinen Einzelheiten vorzulegen und nicht mit unfreundlichen Seitenbemerkungen auf diejenigen, welche seinen Ansichten widerstrebten, aufzutreten. Ich bin manchmal in dem Falle, nicht einverstanden zu sein mit diesem oder jenem Gesetze, was hier gemacht ist. Aber, wenn es gemacht ist, dann halte ich dafür, dass man das Gesetz beachten solle, und auf diesem Standpunkte habe ich das vertheidigt, was vom Abgeordneten Lasker nicht gern gesehen ist. Ich will dabei nicht untersuchen, ob im Abgeordnetenhaus die Ansicht, welche ich vertrat, unter andern Umständen nicht bessere Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. || Das sind im Wesentlichen die Bemerkungen, welche ich nach den Erklärungen des Herrn Präsidenten des Reichskanzler-Amtes noch abzugeben mich veranlasst sehe, um mein abweichendes Votum zu motiviren. Das Uebrige, was ich vorzutragen die Absicht hatte, hat, wie ich wiederhole, jetzt keinen Werth für diese Versammlung mehr und wird vielleicht anderswo zu einem Ausdrucke zu bringen sein. Wenn ich in Beziehung auf den Antrag Lasker anderer Meinung bin, als die Majorität, so kann ich übrigens schliesslich nur sagen: es wird mich

herzlich freuen, wenn meine Annahmen sich in der Praxis als unbegründet erweisen und wenn Alles zum guten Gedeihen unseres schönen Vaterlandes ausschlägt.

Nr. 5274.
Deutschland.
2. April 1873.

[Das Resultat der weitem Debate war die Annahme des Antrags mit überwiegender Majorität. Am folgenden Tage, den 3. April, wurde darauf der Antrag ohne Debate in dritter Lesung angenommen.]

Nr. 5275.

SACHSEN. — Aus der Thronrede bei Eröffnung des Landtags am 16. October 1873*).

In Bezug auf unsere Stellung im Deutschen Reiche gereicht es Sr. Majestät zur besonderen Befriedigung, erklären zu können, dass unsere Verhältnisse zu den Organen derselben, auf gegenseitigem Vertrauen beruhend, fort-dauernd die besten und erfreulichsten sind. Wenn einige Fragen, insbesondere finanzieller Natur, zur Zeit noch ungelöst sind, so darf doch die Hoffnung, auch sie einer gerechten und für alle Theile annehmbaren Lösung zuzuführen, nicht aufgegeben werden. Da während der nächsten Sitzungsperiode des Bundesrathes voraussichtlich eine Frage zur Abstimmung kommen wird, deren Entscheidung in einer sehr wichtigen Beziehung von Einfluss auf die Kompetenzgrenzen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten werden kann, so wird die Regierung Sr. Majestät des Königs Ihnen eine Vorlage machen, welche den Zweck hat, zu der von ihr beabsichtigten Abstimmung darüber sich des verfassungsmässig nothwendigen Einverständnisses der Stände zu versichern.

Nr. 5275.
Sachsen.
16. Oct. 1873.

Nr. 5276.

SACHSEN. — Aus der Sitzung der I. Kammer, vom 5. November 1873.

[Nach dem Landtagsberichte des Dresdner Journals.]

Die Tagesordnung enthält als ersten Gegenstand den Bericht der ersten Deputation über das königl. Decret, die Abänderung einer Bestimmung der Reichsverfassung betreffend. (Referent Geh. Rath v. König.)

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

*) Die Thronrede wurde für den erkrankten König Johann vom Kronprinzen Albert gehalten, welcher nach dem Tode des Königs Johann am 29. October den Thron bestieg.

A. d. Red.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

Die Staatsregierung äussert in den dem Decrete beigefügten Motiven u. A. Folgendes:

Wenn auf der einen Seite das Bedürfniss einer das gesammte Privatrecht umfassenden neuen Gesetzgebung speciell für Sachsen zur Zeit an und für sich nicht vorliegt, da das bürgerliche Gesetzbuch sich in der Praxis bewährt hat, so unterliegt es doch andererseits keinem Zweifel, dass die künftige Rechtsentwicklung in Deutschland mit der Zeit nothwendig zu einem gemeinsamen Privatrecht führen muss. . . . Nur darüber kann man verschiedener Meinung sein, welches der zweckmässigste Weg sei, den die Fortentwicklung des gemeinsamen Privatrechts einzuschlagen habe, und ob es jetzt an der Zeit sei, die Function, welche der Gesetzgebung dabei zufällt, in ihrem ganzen Umfange auf das Reich übergehen zu lassen. Die Regierung ist zu der Ansicht gelangt, dass bei dermaliger Lage der Sache dem darauf abzielenden Reichsgesetzentwurfe zuzustimmen sei. Bei einer vorläufigen Besprechung, welche aus Anlass einer erneuerten Anregung der Angelegenheit im Reichstage zwischen den Vertretern der Bundesstaaten stattgefunden hat, und bei welcher das anderwärts bestehende Bedürfniss einer erweiterten Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete des Privatrechts mehrseitig constatirt worden ist, hat die Mehrzahl jener Vertreter die Zustimmung zu dem Entwurfe in Aussicht gestellt; es ist auch bei dieser Gelegenheit die Uebereinstimmung der Mehrzahl der Betheiligten darüber festgestellt worden, dass als das Ziel der Kompetenzerweiterung die Herstellung eines das ganze Privatrecht umfassenden gemeinsamen bürgerlichen Gesetzbuchs zu betrachten sei. Mit Rücksicht auf den dermaligen Stand der Entwicklung des Privatrechts in den Bundesstaaten ist nach der Ansicht der Regierung die Codification der richtigste Weg, um zur Einheit auf diesem Gebiete zu gelangen. Die fortschreitende Reichsgesetzgebung innerhalb ihrer jetzigen Kompetenzgrenze würde sich nicht aufhalten lassen, die Beschränkung der jetzigen Kompetenz einerseits aber, und andererseits der Zusammenhang der innerhalb dieser Grenzen liegenden Materien mit anderen Materien des Civilrechts dabei zu einer unzusammenhängenden Reihe von Specialgesetzen führen, welche in ihren Einzelheiten über jene Grenzen hinausgreifen und die Particularrechte in verschiedener Weise modificiren. Ein unbeschränktes fortdauerndes Eingreifen der Reichsgesetzgebung in einzelne Partien des Partikularrechts durch Specialbestimmungen, welche zu dem formell bestehenden bleibenden Particularrecht nicht immer passen können, ist bei der Unmöglichkeit, dass eine je nach momentanen Bedürfnissen Platz greifende, nur auf einzelne Partien des Privatrechts bezügliche Gesetzgebung consequent bestimmte Principien festhalte und ein harmonisches, der naturgemässen Fortbildung und Entwicklung durch die Wissenschaft fähiges gemeinsames Recht schaffe, nicht wünschenswerth; es erscheint vielmehr, insofern das Eingreifen der Reichsgesetzgebung in die Civilrechtssphäre unvermeidlich ist, als das Vortheilhaftere, die Aufgabe der Schaffung gemeinsamen Rechts für alle Partien des Privatrechts, welche einer gemeinsamen Regelung überhaupt fähig sind, als ein zu-

sammenhängendes Ganze zu behandeln und von vorn herein ihre Lösung in umfassender Weise zu versuchen. . . . Bei der vorbezeichneten Sachlage und in dem dargelegten Sinne beabsichtigt die Regierung, bei der demnächst bevorstehenden Abstimmung über den betreffenden Gesetzentwurf im Bundesrath für denselben zu stimmen. Sie bedarf aber hierzu, da es sich um die Aufgabe eines dem sächsischen Staate zweifellos zustehenden Rechts handelt, der ständischen Genehmigung und bringt daher die Ertheilung dieser Genehmigung hiermit in Antrag.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

Die Deputation rechtfertigt nach einer kurzen Darstellung der über diesen Gegenstand während des letzten Landtags gepflogenen Verhandlungen, ihr zustimmendes Votum folgendermassen:

„In formeller Beziehung ist zu bemerken, dass es zwar nach der Ansicht der unterzeichneten Deputation im vorliegenden Falle sich nicht um die Aufgabe eines Rechts handelt, welches unter die *jura singulorum* im Sinne des zweiten Abschnitts von § 78 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 zu rechnen und zu dessen Aufgabe die Zustimmung des betreffenden Staates erforderlich wäre; dass vielmehr eine Massregel in Frage ist, welche nur durch eine Minorität von mindestens 14 Stimmen im Bundesrathe abgelehnt werden kann — eine Bestimmung, welche übrigens in Betreff des Stimmverhältnisses den Einzelstaaten günstiger ist, als die einschlagende Vorschrift der Bundesverfassung vom 20. Juli 1867. || Allein welcher Auffassung man hierunter auch folgen mag, jedenfalls kann man sich mit dem Verfahren der königl. Regierung nur einverstanden erklären, wenn sie sich wegen ihrer Abstimmung im Bundesrathe mit der Ständeversammlung vorher in Vernehmung setzt und deren Ansicht vernimmt, statt, wie sie selbst wiederholt anerkannt hat, und an sich nicht zu bezweifeln ist, der ministeriellen Verantwortlichkeit in Betreff einer bereits erfolgten Abstimmung sich auszusetzen und dieselbe zu tragen. || In materieller Beziehung ist aber Folgendes zu erwägen: || Schon dadurch, dass nach Art. 4. Nr. 13. der Reichsverfassung vom 16. April 1871 — welche insoweit mit der Verfassung des norddeutschen Bundes vom 26. Juli 1867 wörtlich übereinstimmt — abgesehen von dem Strafrechte, sowie dem Handels- und Wechselrechte die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht und das gerichtliche Verfahren der Competenz des Reichs überwiesen wurde, ist für die übrig verbleibenden Theile des Privatrechts ein wenig haltbarer Zustand geschaffen worden. Das Recht der Forderungen, welches das ganze Gebiet der Willenserklärungen, der Verträge und der ihnen gleich zu achtenden Rechtsverhältnisse mit umfasst, greift in alle andere dem Privatrechte angehörende Rechtsgebiete so tief und wesentlich ein, es dient bei allen irgendwo, selbst auf dem Gebiete des Handels- und Wechselrechts, nicht minder auch des Personen- und Sachenrechts entstehenden Fragen so wesentlich als Grundlage und Aushilfe, dass eine Trennung des ersteren von den letzteren nicht nur schwer ausführbar ist, sondern häufig auch störend und verwirrend einwirken muss. || Es ist daher zu besorgen, dass, wenn die Gesetzgebung in Betreff des Obligationenrechts ein-

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

seitig, mit Ausschluss der übrigen Theile des Privatrechts, von der Reichsgesetzgebung in Angriff genommen und durchgeführt wird, dadurch für unser sächsisches Privatrecht und für die Handhabung der in Kraft verbleibenden Theile unseres bürgerlichen Gesetzbuchs grössere Unzuträglichkeiten geschaffen werden, als wenn zu einer systematischen Feststellung des gesammten bürgerlichen Rechts, unter Mitwirkung sächsischer Juristen, verschritten wird. || Bei einer solchen ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, dass die in Bezug auf das Personen- und Erbrecht unlängbar vorhandenen provinziellen Eigenthümlichkeiten geschont und pfleglich behandelt werden. || Wird hierin das nöthige und schonende Mass gehalten, so bedarf es ja keiner weiteren Auseinandersetzung, dass die Gleichheit des bürgerlichen Rechts in allen deutschen Einzelstaaten dem Verkehr Erleichterungen und eine Sicherheit gewährt, welche in nationalökonomischer Beziehung nicht gering anzuschlagen ist. || Dagegen ist nicht wohl abzusehen, wie eine Erweiterung der Reichscompetenz gerade auf diesem Gebiete in politischer Beziehung für die Einzelstaaten nachtheilig oder bedenklich wäre. || Es hat sich aber auch die Sachlage in dieser Beziehung seit den letzten, Eingangs gedachten Berathungen insofern zu Gunsten der Einzelstaaten verändert, als dem Vernehmen nach Einleitung dahin getroffen und in mehreren Fällen bereits dergestalt verfahren worden ist, dass Gesetzentwürfe, welche an den Bundesrath und Reichstag gelangen sollen, nicht lediglich von einer einzelnen Regierung vorbereitet und abgefasst, vielmehr schon bei diesen Vorarbeiten Commissare der verschiedenen Staaten zugezogen und gehört werden sollen, was die Füglichkeit gewährt, Wünsche und Bedürfnisse einzelner Staaten gleich von vorn herein geltend zu machen und zu berücksichtigen.

Mit Rücksicht nun darauf, dass nach den vorliegenden Erklärungen nicht zu bezweifeln ist, es werde insbesondere bei der Gesetzgebung auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts nach diesem Grundsatz verfahren und es werde von der beantragten Ermächtigung zum Zwecke der baldigen Herstellung eines umfassenden bürgerlichen Gesetzbuches Gebrauch gemacht werden, trägt die Deputation kein Bedenken, der Kammer anzurathen:

dieselbe wolle ihr Einverständniss damit erklären, dass die königliche Staatsregierung einer Erstreckung der Reichsgesetzgebungscompetenz auch auf die bisher ausgeschlossenen Theile des bürgerlichen Rechts ihre Zustimmung ertheile.“

Die Discussion eröffnet

Graf v. Hohenthal: Er habe um das Wort gebeten, um seine Stellung zur Vorlage kurz darzulegen und eine 'redactionelle Abänderung des vorgeschlagenen Votums zu beantragen. Er habe am 15. März v. J. gegen den Antrag der Zweiten Kammer gesprochen und gestimmt. Er habe demselben keineswegs alle und jede Berechtigung abgesprochen, er habe jedoch nicht umhin gekonnt, die Genesis desselben als eine vorwiegend unitarische zu bezeichnen und habe die Bekämpfung hauptsächlich von conservativ-föderativem

Standpunkte aus unternommen. Er habe sich dabei auf eine Rede des Fürsten Bismarck bezogen, deren Grundgedanke, auf den vorliegenden Fall angewendet, der sei, dass Gesetze für den Einheitsstaat an einer anderen Linie stehen als Kompetenzerweiterungen, die in einem Bundesstaate Platz greifen sollen. In erster Beziehung werde die Zweckmässigkeit, in letzter Beziehung könne nur die Nothwendigkeit massgebend sein. Er halte diesen Grundsatz fest und vermöge seine Anwendbarkeit auf die Frage der deutschen Rechtseinheit nicht aufzugeben. Er halte diese für bedenklich, zum mindesten für verfrüht. Er wolle den im Bericht angegebenen Gründen nicht entgentreten, wolle vielmehr zugeben, dass die Bestrebungen, die Centralisation des Reichs in fortwährendem Fluss zu erhalten, das Verlangen nach Rechtseinheit wachgerufen haben, aber ein positives Bedürfniss vermöge er nicht anzuerkennen. Die verschiedenen Rechtssysteme Deutschlands begründeten zur Zeit keinen Nothstand, vielmehr seien die einzelnen Theile durchaus noch nicht so mit einander verwachsen, als dass es angezeigt sein könnte, ohne Rücksicht auf Lebensgewohnheiten, Rechtsanschauungen und wirthschaftliche Verhältnisse eine Verschmelzung durch gemeinsame Gesetze vorzunehmen. Abgesehen von Sachsen, welches ein vorzügliches Gesetzbuch verlieren würde, würde man auch ausserhalb Sachsens in der Herstellung der Rechtseinheit nicht eine Entwicklung, sondern mehr eine Verletzung des Rechts erblicken. Noch hätten die Reichsorgane auf dem Justizgebiete umfassende Aufgaben zu lösen, und schon solle eine Codification des gesammten bürgerlichen Rechts in Angriff genommen werden. Sollte es nicht rathsam sein, dem Volke, welches mit Gesetzen vom Reiche überschüttet werde, Zeit zu lassen, sich in diese neuen Normen einzurichten? - Könne es die Anhänglichkeit an die Reichsverfassung fördern, wenn man ihre Grundlagen bereits jetzt alterire? Entspreche es dem Geiste des Föderativsystems, denjenigen Staaten, welche eine Geschichte hinter sich hätten, Selbstgefühl besässen und Lebenskraft in ihren Adern spürten, jede autonome Entwicklung zu entziehen? Aus diesen kurzen Bemerkungen gehe hervor, dass, wenn er heute nur nach seiner Ueberzeugung zu stimmen hätte, er sich gegen das Decret erklären würde. Indessen die Situation sei seit der vorigen Session eine andere geworden. Die Kammer möge beschliessen was sie wolle, die Staatsregierung möge sich zustimmend oder ablehnend im Bundesrath erklären, die Kompetenzerweiterung werde doch stattfinden; denn es scheine, dass auch durch eine Ablehnung Sachsens die zur Beseitigung von Verfassungsabänderungen erforderliche Minorität nicht werde erreicht werden. Die Regierung würde daher nur von einem bereits in Aussicht gestellten Votum zurücktreten, sie würde sich isoliren und dann vielleicht nicht in der günstigen Lage sein, bei der Codification die Interessen des Landes entsprechend wahren zu können. Er habe wohl nicht erst nöthig, sich gegen die neueste ad hoc erfundene Theorie der unitarischen Schule zu erklären, dass in Reichssachen der Staat in seiner Regierung aufgehe, dass demgemäss die Stände gar nicht nöthig hätten, das Decret erst zu berathen. Er bekenne sich vielmehr zu der

Nr. 5276.

Sachsen.

5. Nov. 1873.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

im vergangenen Jahre von dem Fürsten Bismarck dahin ausgesprochenen Ansicht, dass eine jede Regierung wohl thue, sich in die Lage zu setzen, der Landesvertretung mit Erfolg Rechenschaft über ihre Reichspolitik abzulegen. Es folge daraus, dass in den Fällen, wo, wie bei der gegenwärtigen Vorlage, die Regierung verfassungsmässig geradezu verpflichtet sei durch Eidesleistung, sich der Zustimmung des Landtages zu versichern, diese auch verweigert werden könne. Er nehme keinen Anstand zu behaupten, dass, wenn die Regierung ohne die Einwilligung der Stände für die Kompetenzerweiterung gestimmt hätte, die Stände berechtigt, wo nicht verpflichtet gewesen wären, das Ministerium unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel zur Verantwortung zu ziehen. Aber gerade, weil das Verfahren der Regierung ein durch und durch correctes sei, weil man darin ein Vermächtniss des edelsten und weisesten Königs, der stets nur die Bahn des Rechts und der Verfassungstreue wandelte, erblicken müsse, ein Vermächtniss, welches von der Regierung Sr. Majestät des Königs Albert übernommen worden sei, würde es der Ersten Kammer nicht wohl anstehen, sich von derselben in einer so hochwichtigen Frage, in der sie bereits Stellung genommen habe, zu trennen. Er stimme somit für das Decret und ersuche seine politischen Freunde ein Gleiches zu thun, er beantrage jedoch die redactionelle Verbesserung, in dem Antrage der Deputation statt „einer Erstreckung“ zu sagen; „der beantragten Erstreckung“.

Der Referent erklärt, dass die Deputation selbst eine ähnliche Fassung habe vorschlagen wollen, die Regierung habe aber eingewendet, dass dann die Kompetenzerweiterung lediglich auf das Gebiet der Codification verwiesen würde, so dass streng genommen ausgeschlossen werde, nach vollendeter Codification eine Aenderung oder Verbesserung des Gesetzbuchs vorzunehmen und bis zum Erlass des Gesetzbuchs ein vielleicht nothwendiges und sehr zweckmässiges Gesetz auf dem Gebiete des Privatrechts zu erlassen.

Staatsminister Abeken: Die Regierung bittet um die Ermächtigung, dem Gesetzentwurfe wegen Ausdehnung der Reichscompetenz auf das gesammte bürgerliche Recht zuzustimmen. Die Regierung habe beabsichtigt, für diesen Gesetzentwurf unbedingt zu stimmen, nicht etwa unter der Bedingung, dass von dieser Kompetenzerweiterung nur ausschliesslich zu einer Codification Gebrauch gemacht werde. Die Gewähr dafür, dass als das Ziel der Kompetenzerweiterung die Codification des Privatrechts betrachtet und dass von der Kompetenzerweiterung in dieser Weise werde Gebrauch gemacht werden, liege darin, dass der Bundesrath bereits einstimmig die Absicht ausgesprochen habe, in dieser Weise vorzugehen und gleichzeitig mit der Publication des Gesetzentwurfs eine Commission niederzusetzen zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuchs. Mit Rücksicht darauf, dass der einstimmige Beschluss des Bundesraths nach dieser Richtung hin bereits erfolgt und dadurch die Gewähr erlangt sei, dass die Kompetenzerweiterung zur Herstellung einer Codification für Deutschland werde benutzt werden, habe die Staatsregierung sich bewogen gefunden, ihre Zustimmung zu dem Gesetze in Aussicht zu stellen. Er verstehe

also den Antrag der Deputation dahin, dass der Regierung die Ermächtigung ertheilt werden solle, mit Rücksicht darauf, dass die Gewähr der Codification erlangt sei, unbedingt dem Gesetzentwurf zuzustimmen, und glaube, dass durch den Verbesserungsantrag des Grafen von Hohenthal dieser Sinn des Antrags nicht geändert werden solle.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

Nach dieser Erklärung adoptiren der Referent und die übrigen Mitglieder der Deputation das Amendement des Grafen v. Hohenthal.

Bürgermeister Hirschberg steht auf einem andern Standpunkte, als der Graf v. Hohenthal. Nicht aus politischen, sondern aus materiellen Gründen habe er in Berlin für die Erweiterung der Reichscompetenz gestimmt und werde auch heute dafür stimmen. Er stimme der Deduction der Deputation nicht allenthalben bei, namentlich insofern nicht, als die Deputation meine, dass streng genommen die Genehmigung der Stände nicht einzuholen gewesen sei. Er sei der Meinung, dass allerdings zweifellos das Reich, wenn es innerhalb seiner Competenz beschliesse, Niemandem verantwortlich sei, als dem Reichstage, dass also die sächsischen Bundescommissare, wenn sie innerhalb der Reichscompetenz stimmten, eine Verantwortlichkeit den Ständen gegenüber nicht haben. Anders aber sei es, wenn das Reich beschliesse, seine Competenz zu erweitern. Die Reichsverfassung sei entstanden durch eine Reihe von Staatsverträgen, zu denen auch die Kammer ihre Zustimmung ertheilt habe. Solle nun nach dem Beschlusse des Bundesraths eine Erweiterung der Competenz stattfinden, so müssten diejenigen Instanzen wieder gehört werden, durch welche die ursprüngliche Competenz zu Stande gekommen sei. Der Umstand, dass die sächsischen Stände nicht gefragt worden seien, als der norddeutsche Bund in das deutsche Reich überging, spreche nicht gegen seine Meinung, denn dadurch sei eine Schmälerung der Competenz der sächsischen Stände in keiner Weise herbeigeführt worden. Es sei kein Unterschied zu machen zwischen der Aufgabe von Reservatrechten und andern Competenzerweiterungen; denn jede Competenz, die man sich vorbehalten habe, sei ein Reservatrecht. Er könne also nicht absehen, wie die Staatsregierung sich der Pflicht hätte entziehen können, hier die Zustimmung der Kammern besonders einzuholen. Er könne sich auch mit der Erklärung nicht begnügen, die Regierung wolle hinterdrein, wenn sie abgestimmt habe, die Verantwortung übernehmen. Es sei verfassungsmässig, wenn sie vorher die ständische Zustimmung einhole. Es werde diese Meinung als eine particularistische und reichsfeindliche angesehen werden, sie werde aber von Männern getheilt, denen man einen solchen Vorwurf nicht machen werde, z. B. von Hölder. Materiell halte er eine Erweiterung der Reichscompetenz in dieser Beziehung für durchaus nothwendig. Die Gegner derselben hätten sich von Anfang an nur von politischen Gründen leiten lassen. Er weise darauf hin, dass schon das alte Reich ein gemeinsames Recht und Reichsgericht gehabt habe, ebenso hätten die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 und der Vertrag zwischen Preussen, Sachsen und Hannover ähnliche Bestimmungen enthalten. Auch die Würzburger Conferenz

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

habe ein gemeinsames Criminal- und Civilgesetzbuch beantragt. Solche immer wiederkehrende Anträge müssten doch eine tiefere Bedeutung haben als die blosse Laune einer politischen Partei. Er könne sich ebensowenig ein Gesetzbuch über das Obligationenrecht denken als ein bürgerliches Gesetzbuch, aus dem man das Obligationenrecht herausgestrichen habe. Das Hauptbedenken liege darin, dass mit dem gemeinsamen Recht eine gemeinsame Gerichtsorganisation sich nothwendig mache, wodurch die Justizhoheit der Einzelstaaten eingeschränkt werde. Wenn man dieses Bedenken beseitigen könnte, würde man jedenfalls ein einstimmiges Votum in dieser Frage erlangen. Wenn es möglich wäre, eine Einrichtung zu schaffen, wie bei der Zoll- und Steuergesetzgebung, wo die nothwendige Einheit erhalten und doch die Rechte der Einzelstaaten nicht geschmälert würden; wenn es möglich wäre, bei der künftigen Organisation des obersten Gerichtshofs die Existenz der Einzelstaaten in prägnanterer Weise hervortreten zu lassen, als dies möglich sei, wenn blos durch den Bundesrath das Reichsgericht besetzt werde, werde Niemand im Deutschen Reiche Etwas gegen die Kompetenzerweiterung einzuwenden haben. Auch heute hoffe er, dass sich mindestens eine Mehrheit, hoffentlich eine Einstimmigkeit dafür finden werde.

Professor Dr. Fricke erklärt seine Zustimmung zu dem Deputationsantrag. Allerdings sei er der Ueberzeugung, dass eine formelle Zustimmung der Kammer zu dem beabsichtigten Gesetz nicht nothwendig gewesen wäre. Er würde nichts vermisst haben, wenn eine solche Aufforderung nicht an die Kammern ergangen wäre. Er sei aber der Regierung ausserordentlich dankbar, dass sie, bevor sie ihr Votum abgegeben, den Kammern Gelegenheit gegeben habe, sich in dieser hochwichtigen Angelegenheit auszusprechen; die Verantwortung für ihre Abstimmung würde sie immer noch den Kammern gegenüber tragen, und mit einer abgemachten Angelegenheit vor die Kammern zu treten, sei immer etwas Bedenkliches. Das Materielle anlangend, so freue er sich, dass dem Deutschen Reiche die Möglichkeit gegeben werde, einen Schritt zur Einheit weiter zu gehen, auf einem Gebiete, wo diese Einheit nicht nur möglich, sondern nothwendig sei. Nächst der materiellen Gemeinschaft seien es die beiden Momente, die Gemeinsamkeit der Wehrverfassung und die Gemeinsamkeit des Rechts, in welchen die wahre Existenz einer Nation sich zum Ausdruck bringe. Er stehe mit Ehrfurcht vor Allem, was geschichtlich erwachsen sei, aber es sei auch das geschichtlich erwachsen, dass in der kleinen Provinz Schleswig-Holstein 17 verschiedene Rechte bestehen. Insbesondere habe ihn von der Nothwendigkeit einer Einheit des bürgerlichen Rechts ein eingehender Vortrag des Reichs-Oberhandelsgerichts-Raths Goldschmidt überzeugt; er habe ihn überzeugt, dass, nachdem das Obligationenrecht in die gemeinsame Gesetzgebung hineingezogen sei, ohne den grössten Schaden einer Codificirung des gesammten Privatrechts nicht aus dem Wege zu gehen sei. Es gehöre zum wahren Conservatismus, dass er, sobald die Verhältnisse sich veränderten und politisch bedeutsame Principien zur Geltung gekommen

seien, auch die Consequenzen daraus ziehe. Zu diesen Consequenzen gehöre auch, dass man das bürgerliche Recht für das ganze deutsche Volk codificire. Er würde von diesem Standpunkte aus am allerliebsten dem früheren Deputationsantrage sich zugewendet haben; indessen nach der Interpretation des Justizministers, und nachdem der Antragsteller selbst dieser Interpretation nicht entgegengetreten sei, finde er kein Bedenken dem nunmehrigen Deputationsantrage sich anzuschliessen. Er sei überzeugt, dass, wenn die Kammer heute dieser Erweiterung zustimme, sie damit den Erwartungen entspreche und dem Vertrauen, das in sie gesetzt werde, dass auch sie alles Entgegenkommen zeige für das, was gemeinsam sei im Reiche, sobald es im Bereiche des Möglichen liege.

Bürgermeister Dr. Koch bedauert, der von Hirschberg geäußerten Ansicht nicht zustimmen zu können, dass die Staatsregierung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen sei, die Zustimmung der Kammern Sachsens zu der Kompetenzerweiterung der Reichsverfassung nachzusuchen, namentlich um deswillen, weil es mit Dank aufzunehmen sei, wenn die Staatsregierung bestrebt sei die Rechte des Landes, sowie namentlich auch die Rechte der Landesvertretung zu wahren, weil er ferner möglicherweise in der Kammer einen Streitpunkt hervorrufen könne, an den ihm nichts gelegen sei. Gleich als die Vorlage an die Kammer gelangt sei, habe er sich gewichtigen Bedenken über die Zulässigkeit derselben nicht verschliessen können. Er sei bemüht gewesen, das reiche Material, das durch die Staatsrechtslehrer und durch die Verhandlungen sowohl des Reichstags als auch der einzelnen Landesvertretungen gesammelt worden sei, zu prüfen, um sich eine völlig klare Ansicht in dieser Frage zu bilden. Er halte es für eine staatsrechtliche Unmöglichkeit, wenn in Sachen der Reichsgesetzgebung die einzelnen Landesvertretungen zuvor gefragt werden müssten, auch in den Fällen, wo es sich um die Erweiterung der Reichscompetenz handle. Er erkenne das Wesen des Bundesstaats darin, dass durch denselben der Begriff des Staats überhaupt zur Darstellung gebracht werde. Selbst der Staatenbund habe eine solche Einmischung von anderen Factoren nicht vertragen. Die Reichsverfassung vor 1848 sei ursprünglich zwar kein Bund constitutioneller Staaten gewesen, sondern ein Fürstenbund; jemehr aber die Staaten in constitutionelle verwandelt worden, umsomehr sei der ursprüngliche Charakter zurückgetreten, und er erinnere sich nicht, dass jemals die einzelnen Kammern befragt worden wären über Bundesbeschlüsse, die gefasst werden sollten, er erinnere an die Bundesbeschlüsse von 1832 über das Vereinsrecht, die Presse u. s. w., obwohl auch durch diese in die Hoheitsrechte Sachsens eingegriffen worden sei. Was der Staatenbund nicht vertrage, vertrage der Bundesstaat noch viel weniger. Er würde sein Wesen aufgeben, und es bliebe nur die Alternative: entweder er würde in seine einzelnen Theile zerfallen oder in den Einheitsstaat übergehen. Es sei selbst von der Ministerbank anerkannt worden, dass, wenn die erforderliche Mehrheit im Bundesrathe sich mit der Einschränkung der Hoheitsrechte einverstanden erklärt habe, es

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

dann eines Weiteren nicht bedürfe. Wenn die Anfrage, die in dem Decret enthalten sei, nur bezweckte, ein Gutachten von den Kammern einzuholen, so würde er darin etwas Unberechtigtes nicht finden können. Aber ein solches Gutachten würde die Staatsregierung nicht binden, diesem Gutachten entsprechend im Bundesrath zu stimmen, im Gegentheil sie würde sich ihre freie Entschliessung, unbeschadet ihrer Verantwortlichkeit, vorbehalten. Er wolle nicht darauf zurückkommen, dass in ähnlichen Fällen die Staatsregierung denselben Weg nicht eingeschlagen habe; aber andeuten wolle er doch, dass die Umwandlung der norddeutschen Bundesverfassung in die Reichsverfassung vor sich gegangen sei, ohne dass die Regierung Gelegenheit genommen habe, die Stände zu befragen. Der Einwand, dass die Reichsverfassung die Hoheitsrechte der Einzelstaaten nicht mehr beschränkt habe, dass durch die Reichsverfassung das Verhältniss sogar günstiger geworden sei, sei ein zweifelhafter; das Verhältniss sei vielmehr ungünstiger, indem es nach der jetzigen Bestimmung Preussen möglich sei, allein irgendwelche Verfassungsänderung zu verhindern. Es wäre doch auch denkbar, dass einmal die Zeit käme, wo es geeignet erschiene, Bestimmungen der Reichsverfassung zu ändern in dem Sinne, dass die bisherigen Hoheitsrechte der Einzelstaaten eine Erweiterung erführen. Wenn dieser Fall eintrete, würde der führende Staat mit seinen 17 Stimmen solchen Verfassungsänderungen ohne Weiteres entgentreten können. Ferner erwähne er die Schaffung des Reichsoberhandelsgerichts, bei welcher Minister v. Friesen selbst als sächsischer Bundescommissar im Reichstage ausgeführt habe, dass im Bundesrath eine über $\frac{2}{3}$ weit hinausgehende Mehrheit vorhanden sei, und dadurch die Zweifel an der Competenz der Reichsgesetzgebung bei anderen Mitgliedern des Bundesraths gemildert worden seien, und zum Schluss habe Minister von Friesen erklärt, damit würden die Zweifel über die Reichscompetenz erledigt sein. Viele Redner im Reichstage, unter ihnen auch der jetzige Minister v. Gerber, hätten sich in dem Sinne ausgesprochen, dass der Reichstag im Wege der Reichsgesetzgebung berechtigt sei, auch Kompetenzerweiterungen zu beschliessen. Der Antrag des Grafen v. Lippe im preussischen Herrenhause, dass die preussischen Bundescommissare bei Verfassungsänderungen im Bundesrathe an die Zustimmung des preussischen Landtags gebunden seien, sei selbst im preussischen Herrenhause durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden. Bei den Versailler Besprechungen sei auch die Competenzfrage sehr umfassend besprochen worden, aber v. Mittnacht sowohl als Lutz hätten in ihren Kammern die Erklärung abgegeben, dass man unter den Contractanten einverstanden sei, dass Aenderungen der Verfassung, ohne dass vorher die einzelnen Kammern befragt würden, beschlossen werden könnten. Oesterlen habe in der württembergischen Kammer beantragt, dass Reservatrechte nur mit Zustimmung der Kammern aufgegeben werden dürften; die Kammer habe aber den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil die Regierung berechtigt sei, ohne Zustimmung der Kammer abzustimmen und durch ihre Abstimmung die Landesverfassung nicht verletzt werde. Ganz dasselbe habe

sich in der bayerischen Kammer wiederholt. Diese Vorgänge seien für die Auslegung der Reichsverfassung von der grössten Wichtigkeit, sie gingen sogar weit über seine eigene Rechtsauffassung hinaus. Dessenungeachtet werde er für den Antrag der Deputation stimmen; aber im Interesse des sächsischen Vaterlandes spreche er den dringenden Wunsch aus, dass der jetzt betretene Weg nicht fortgesetzt werde: denn wenn man die freie Gesetzgebungsthätigkeit des deutschen Reiches sowie überhaupt seine freie Bewegung unterbinde, so müsse es entweder verkümmern oder zum unfähigen Staatenbunde herabsinken oder zum Einheitsstaate werden. Er habe sich zu allen Zeiten gegen den Einheitsstaat zu erklären gehabt und erkläre sich noch heute mit derselben Bestimmtheit wie früher gegen denselben. Aber er fürchte, es sei nicht im Interesse des sächsischen Vaterlandes, wenn man in der Weise, wie man begonnen habe, die freie Thätigkeit des Reichs beeinträchtigen wolle. Er stimme mit der Deputation, aber unter der ausdrücklichen Verwahrung, dass aus dieser seiner Abstimmung nicht gefolgert werden dürfe, als ob er das Recht der Zustimmung der Landesvertretung zu irgend welchen Acten der Reichsgesetzgebung, auch wenn diese eine Erweiterung der Competenz des Reichs in sich schliessen, anerkenne.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

Staatsminister Freiherr von Friesen. Ich war, meine Herren, nicht der Meinung, dass ich in der heutigen Sitzung der hohen Kammer über diese weit greifende Principienfrage mich aussprechen zu müssen in der Lage sein würde. Da dieselbe aber von Seiten zweier geehrten Redner nach verschiedenen Seiten hin angeregt worden ist, so, — das werden Sie mir zugeben — liegt es in der Pflicht der Regierung, auch ihre Auffassung von der Sache hier ebenfalls kurz darzulegen. ¶ Ich wende mich zunächst gegen den Herrn Bürgermeister Hirschberg. Ich kann mich auch mit seiner Auffassung der Sache nicht einverstanden erklären. Wenn derselbe aus der vertragsmässigen Natur der Reichsverfassung folgern will, dass nunmehr auch zu jeder Veränderung der Reichsverfassung eine Zustimmung der Kammern der einzelnen Staaten nöthig sei, so geht er viel zu weit. (Abg. Hirschberg macht eine verneinende Bewegung.) Wenn dies nicht der Fall gewesen ist, so nehme ich mein Wort zurück. Aber ich glaube zu verstehen, dass er auch in dem gegenwärtig vorliegenden Falle ein solches Reservatrecht annehme, zu welchem eine Zustimmung des betroffenen Einzelstaates als solchem nothwendig sei. Denn darüber ist kein Zweifel, indem die Kammern der Einzelstaaten die Reichsverfassung im Ganzen angenommen haben, haben sie auch die Paragraphen derselben mit angenommen, welche eine Abänderung der Reichsverfassung in dem verfassungsmässig vorgeschriebenen Wege möglich machen. In der Reichsverfassung ist aber die Bestimmung ausdrücklich enthalten, dass die auf verfassungsmässigem Wege zu Stande gekommenen Reichsgesetze den Landesgesetzen vorangehen. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, dass, wenn der Herr Abgeordnete es in dem Sinne gemeint hätte, wie ich es vorhin verstanden hatte, ihm nicht beizustimmen wäre, denn Reichsgesetze sind und bleiben

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

gültig, auch wenn sie gegen die Stimme der einzelnen Regierungen beschlossen worden sind, also, was consequenterweise daraus folgt, auch ohne Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen. Doch dies nur beiläufig. || Einen grösseren Theil meiner Erwiderungen muss ich aber gegen den Herrn Abg. Bürgermeister Dr. Koch richten. Derselbe hat in der Form eines guten Rathes oder eines Wunsches für die Regierung doch einen ziemlich starken Angriff gegen das Verfahren derselben vorgebracht. Ich muss ihm das Zeugniß geben, dass er die Tagesliteratur über diese Frage und die Aufsätze der vielen Zeitungen, die darüber in den letzten Tagen gesprochen haben, sorgfältig studirt und uns einen kurzen und übersichtlichen Abriss alles dessen gegeben hat, was wir vielfach schon in den öffentlichen Blättern gelesen haben. Ich muss ihm das Zeugniß geben, dass er die Verhandlungen der württembergischen und bayerischen Kammern gründlich studirt hat. Ich hätte aber freilich gewünscht, er hätte sich auch etwas mehr um die Verhandlungen der sächsischen Kammern über diesen Gegenstand gekümmert und namentlich die vielfachen und gründlichen Verhandlungen in der Zweiten Kammer sowie die sehr ausführlichen Erklärungen, welche die Regierung dort mündlich und schriftlich gegeben hat, ebenfalls einer verdienten Berücksichtigung unterzogen. Er würde sich dann vielleicht überzeugt haben, dass ein grosser Theil seiner Rede vollständig gegenstandslos war, indem er der Regierung Ansichten und Gedanken beilegt und ihren Worten einen Sinn unterschob, den sie gar nicht haben und der auf den vorliegenden Fall gar keine Anwendung findet. Ich erlaube mir deshalb kurz Das zu wiederholen, was, wie ich glaube, der grossen Mehrzahl der geehrten Mitglieder der Kammer zwar bereits vollständig bekannt ist, was ich aber hier nochmals aussprechen muss, weil dem Herrn Bürgermeister Dr. Koch nicht mehr erinnerlich zu sein scheint, was über diese Frage in der Zweiten Kammer wiederholt verhandelt worden ist. Er ist, wie mir scheint, in dasselbe Missverständnis verfallen, in dem sich ein Theil wenigstens der Tagespresse befindet, nämlich in die Verwechslung zweier ganz verschiedenen Fragen. Die eine Frage ist die: gelten Reichsgesetze, durch welche den Einzelstaaten Rechte entzogen und auf das Reich übertragen werden, wenn sie im verfassungsmässigen Wege gegeben worden sind, auch ohne Zustimmung der Kammern der Einzelstaaten, und hat das Reich bei seiner Gesetzgebung überhaupt danach zu fragen, wie die Regierungen, die im Bundesrathe abstimmen, ihre Abstimmung vorbereitet und insbesondere, ob sie vorher ihre Kammern gefragt haben oder nicht. Meine Herren! Von diesen Fragen ist hier nicht die Rede, das behauptet die Regierung nicht, das liegt in der jetzigen Vorlage nicht und ist überhaupt nicht in Frage. Darüber ist die Regierung im Klaren, und ich glaube auch, die grosse Mehrzahl der geehrten Mitglieder beider Kammern ist mit der Regierung darüber einig, alle Reichsgesetze, also auch die der obengedachten Art, gehen den Landesgesetzen vor, und wenn ein Reichsgesetz auf verfassungsmässigem Wege zu Stande gekommen ist, so gilt es, und wird nicht weiter gefragt, ob die oder jene Kammer mit zugestimmt hat oder nicht.

Eine ganz andere Frage aber ist die: wie steht es mit der Verantwortlichkeit der einzelnen Ministerien gegenüber ihren Kammern, wenn sie zu dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes mitwirken; das, meine Herren, ist die einzige Frage, die hier vorliegt, und das ist eine Frage, die nicht von der Reichsverfassung, sondern nach der Landesverfassung zu beurtheilen ist; in concreto ausgedrückt, liegt die Frage einfach so: Ist § 2. der sächsischen Landesverfassung durch die Reichsverfassung gänzlich aufgehoben? Und da sage ich entschieden: Nein! Das ist er nicht, er ist in vielen Beziehungen modificirt und beschränkt, er ist namentlich durch den Satz beschränkt, dass Reichsgesetze vor Landesgesetzen vorgehen; aber in verschiedenen anderen Beziehungen besteht er noch fort. Wenn also ein Reichsgesetz auf verfassungsmässigem Wege zu Stande kommt, ob mit oder ohne Zustimmung der sächsischen Regierung, so gilt er, und insoweit ist § 2. abgeschafft. Er gilt aber vollständig noch, aber mit der Beschränkung, die ich gleich noch angeben werde, in Bezug auf die gegenseitige Stellung zwischen Regierung und Kammern. In dieser Hinsicht ist in folgender Weise zu unterscheiden: Es ist durch die Einführung der Reichsverfassung und durch spätere Reichsgesetze eine ganze Reihe von Gegenständen der Gesetzgebung dem sächsischen Staate entnommen und auf das Reich übertragen worden. Hinsichtlich dieser Gegenstände haben die sächsischen Stände als solche in die Gesetzgebung nicht mehr hineinzureden; diese Gegenstände werden vom Reich auf verfassungsmässigem Wege erledigt. Hinsichtlich aller derjenigen Gegenstände aber, die zur Zeit weder durch die Reichsverfassung, noch durch ein besonderes Reichsgesetz den Einzelstaaten entnommen sind, besteht das Recht der sächsischen Stände noch unverändert fort, d. h. das Recht, von ihrer Regierung zu verlangen, dass sie bei ihren Handlungen und ihren Abstimmungen sich nach den Gesetzen und nach der Verfassung des Landes richtet, und, wenn sie das nicht thut, sie deshalb zur Verantwortung zu ziehen. || Nun, meine Herren! in dem Augenblicke, wo in dem Bundesrathe über eine Ausdehnung der Reichscompetenz, d. h. also darüber, ob den Einzelstaaten ein Recht genommen und auf das Reich übertragen werden soll, abgestimmt wird, in diesem Augenblicke besteht das Reichsgesetz noch nicht, in diesem Augenblicke ist das Verhältniss der sächsischen Regierung zu ihren Kammern noch das alte, und die Regierung ist an deren Zustimmung gebunden — will ich einmal sagen — nicht etwa, als ob die Abstimmung, wenn sie ohne Zustimmung erfolgt, ungültig sei, aber so, dass ihre volle Verantwortlichkeit den Kammern gegenüber deshalb eintritt. Die Regierung kann in einem solchen Falle verschiedene Wege betreten; sie kann entweder gegen ein solches Gesetz stimmen, dann erledigt sich die Frage der Verantwortlichkeit von selbst, oder sie kann zustimmen, und zwar dann wieder entweder nach vorheriger Befragung ihrer Kammern oder ohne diese. Welcher Weg im einzelnen Falle einzuschlagen ist, das, meine Herren, muss man, wie mir scheint, dem Gewissen der Regierung, dem Gewissen der Minister überlassen und den einschlagenden Verhältnissen. Die Regierung

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1873.

wird ohne vorherige Befragung zustimmen können, wenn sie sich sagen muss, dass durch eine solche Befragung eine Verzögerung der Sache veranlasst werden und dadurch irgend ein Nachtheil für das Reich entstehen könnte. Man kann von einer gewissenhaften Regierung wohl verlangen und erwarten, dass sie nicht ohne Noth und nur um sich selbst vor einer Verantwortung zu schützen, dem Reiche bei seiner Gesetzgebung Schwierigkeiten machen wird. Hat die Regierung aber zugestimmt ohne vorherige Befragung der Kammern, so handelt es sich dann nicht mehr darum, eine nachträgliche Zustimmung der Kammern herbeizuführen, denn diese wäre bei der unbedingten Gültigkeit der Reichsgesetze ohne Bedeutung, sondern es handelt sich um eine Rechtfertigung der Regierung den Kammern gegenüber wegen einer ohne Genehmigung erfolgten Zustimmung zu der Abtretung eines Kronrechtes, es handelt sich, um einen gewöhnlichen Ausdruck zu gebrauchen, um Erlangung einer Indemnität. Das ist die einfache Auffassung der Sache, wie sie mir, wie sie der Regierung klar ist und wie sie zu wiederholten Malen in der Zweiten Kammer von mir selbst persönlich, mündlich und schriftlich, auseinandergesetzt worden ist, ohne dass ich einen erheblichen Widerspruch dagegen gefunden habe. || Von diesen Grundsätzen gehen wir auch heute aus, und von diesen Grundsätzen sind wir bisher stets ausgegangen. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, dass man sich bei den Angriffen gegen die sächsische Regierung wegen ihres Verhaltens in dieser Sache so häufig, und auch der Herr Bürgermeister Dr. Koch hat heute dasselbe gethan, viel mehr damit beschäftigt hat, zu behaupten, dass die Regierung inconsequent sei, und dass sie früher anders gehandelt hätte, als damit, nachzuweisen, dass sie in der Sache Unrecht habe. Meine Herren, wenn es auch einmal der Fall gewesen wäre, dass wir unrichtig gehandelt hätten, wenn wir auch einmal die Kammern nicht gefragt hätten, wo es nöthig gewesen wäre, würde dadurch das Rechtsverhältniss geändert? Dadurch könnte höchstens das gerechtfertigt werden, dass man uns einen Vorwurf macht, und dass die Kammern uns zur Verantwortung nähmen und sagten: Ihr habt damals zugestimmt, ohne uns zu fragen und ohne um Indemnität nachzusuchen, warum habt ihr das gethan? . Aber das Rechtsverhältniss selbst wird doch durch einen solchen einzelnen Fall nicht geändert, das bleibt ganz dasselbe. Der Herr Abg. Bürgermeister Dr. Koch hat unter anderem als Beweis der Inconsequenz der Regierung angeführt, dass bei dem Zustandekommen der Reichsverfassung selbst, bei der Umwandlung der Bundesverfassung in die Reichsverfassung, die Regierung zugestimmt hätte, ohne die Kammer vorher zu befragen. Meine Herren: Die Reichsverfassung ist zu Stande gekommen durch Verträge des norddeutschen Bundes, als solchen, als eines staatsrechtlichen Ganzen mit den einzelnen süddeutschen Staaten. Die einzelnen Regierungen des norddeutschen Bundes haben bei dieser Angelegenheit als solche gar nicht mitgewirkt, sondern der norddeutsche Bund hat als Ganzes in dem ihm vorgeschriebenen verfassungsmässigen Wege darüber entschieden. Es war also gar kein Grund und gar kein Anlass da, damals die Kammern der einzelnen

Bundesstaaten darüber zu befragen. Hätten wir das thun wollen, so würde man uns vorgeworfen haben, dass wir etwas vor die einzelnen Kammern ziehen wollten, was dem Bunde gehörte und nur im reichsgesetzlichen Wege entschieden werden konnte. Ich glaube also nicht, dass man der Regierung einen Vorwurf daraus machen kann, dass sie damals nicht gefragt hat. || Ich will auf die einzelnen Punkte, die Herr Bürgermeister Dr. Koch sonst noch angeführt hat, nicht näher eingehen. Es sind in öffentlichen Blättern ganze Reihen von Fällen angeführt, wo die Regierung inconsequent gehandelt haben soll. Wenn man aber diese Fälle näher ansieht, so fallen sie fast alle in diejenigen Kategorien von Rechten und Gegenständen, die überhaupt schon jetzt vollständig dem Reiche übergeben sind, mit denen also die Einzelstaaten als solche sich nicht mehr zu beschäftigen haben. In den beiden einzigen Fällen, deren ich mich erinnere, wo in der That eine Kompetenzerweiterung in neuerer Zeit ausgesprochen worden ist, bei der Uebergabe der Press- und Vereinsangelegenheiten an das Reich und bei dem Gesetze über das Bundeseigenthum an gewissen Grundstücken, da hat die sächsische Regierung in beiden Fällen dagegen gestimmt, und zwar in dem letzteren Falle ausdrücklich mit Rücksicht darauf, dass sie nicht in der Lage war, sich vorher mit den Kammern darüber zu verständigen. In dem jetzt vorliegenden Falle — ich kann das ganz offen und unumwunden sagen — würden wir, nachdem wir uns einmal materiell mit dem Vorschlage befreundet hatten, dann, wenn es zur Abstimmung zu einer Zeit gekommen wäre, wo die sächsischen Kammern nicht beisammen waren und es vielleicht Monate gedauert hätte, ehe sie zusammenkamen, — um die Beschlussfassung der Reichsorgane nicht aufzuhalten, auf unsere eigene Verantwortung dafür gestimmt haben und dann vor die Kammern getreten sein, uns gerechtfertigt und um Indemnität nachgesucht haben; da aber die Abstimmung damals aufgeschoben wurde und nun in eine Zeit fällt, wo die Kammern vereinigt, wo sie hier sind, und es ganz leicht möglich ist, uns vorher mit ihnen darüber zu verständigen, da muss ich sagen ist es eine starke Zumuthung an die Regierung, die über das billige Maass geht, wenn man ihr zumuthet, auch jetzt ohne vorherige Verständigung mit den Kammern abzustimmen und sie durch ein solches Verfahren direct zu verletzen. Ich kann daher auch dem Herrn Abg. Dr. Koch mit seiner Verwahrung nicht Recht geben, und ich kann auch nicht in Aussicht stellen, dass die Regierung künftig anders verfahren wird, als jetzt. Die Regierung hält sich in ihrem Gewissen verpflichtet und gebunden, in dieser Weise, wie ich es eben auseinander gesetzt habe, auch künftig zu verfahren, und ich hoffe, die Zustimmung dieser Kammer, ja beider Kammern zu den Grundsätzen zu erlangen, die ich hier ausgesprochen habe. (Allseitiges, lebhaftes Bravo.)

.

Nr. 5276.
Sachsen.
5. Nov. 1878.

Staatsminister Abeken: Von allen politischen Gesichtspunkten, die sich bei der Beantwortung der vorliegenden Frage darböten, schein der wichtigste der zu sein, dass eine unsichere, unbestimmte, bei jedem Schritte bestreitbare

Nr. 5276.
Sachsen.
3. Nov. 1873.

Competenzgrenze die schlechteste sei und überall Denjenigen, die überhaupt von einer Competenzgrenze noch Etwas wissen wollten, als das Allergefährlichste erscheinen müsse. So sei die Grenze, welche das bürgerliche Recht halbire, eine solche, die unmöglich inne gehalten werden könne. Das fortwährende Ueberschreiten der Competenzgrenze könne aber daran gewöhnen, die Competenzbestimmungen der Reichsverfassung einmal für minder wesentlich zu achten.

Referent: Die Deputation habe mit Absicht vermieden, auf den Principienstreit, der zwischen Hirschberg und Dr. Koch ausgebrochen sei, in ihrem Berichte einzugehen, einestheils weil die Fragen bereits früher ausführlich besprochen worden seien, dann aber, weil es misslich erschienen, bei Ertheilung der Zustimmung umständlich zu erörtern, inwiefern man eine ablehnende Antwort hätte geben können, oder inwiefern man gar nicht hätte gefragt zu werden brauchen. Dr. Koch werde jedenfalls zugeben, dass seine Ansicht, soweit sie von der des Staatsministers abweiche, eine in der Literatur vielfach bestrittene sei. Die Sache scheine ihm einfach so zu liegen, dass die Regierung in diesem Falle ein Vertrauensvotum für ihre Abstimmung im Bundesrathe von den Kammern begehre, und die Ständeversammlung könne der Regierung dafür nur dankbar sein. Im Uebrigen sei, was er sagen könne, vom Staatsminister bereits ausführlich dargelegt worden. Das Materielle anlangend, so sei über die Angelegenheit einer gemeinsamen Codification des Privatrechts Einstimmigkeit vorhanden; es wäre aber nicht sachgemäss und räthlich, in einer Frage, in der die Meinungen sich so entschieden ausgesprochen hätten, sich ablehnend zu verhalten. Er hoffe daher, dass die Kammer möglichst einstimmig dem Votum der Deputation beistimmen, und dass dieser Beschluss zum Wohl und Segen des gesammten Vaterlandes und zur Förderung der vaterländischen Rechtspflege dienen werde.

Der nach dem Amendement des Grafen v. Hohenthal modificirte Antrag der Deputation wird hierauf bei Abstimmung mittels Namensaufruf mit 39 gegen 1 Stimme angenommen.

Nr. 5277.

SACHSEN. — Aus der Sitzung der II. Kammer vom 20. November 1873.
[Nach dem Landtagsbericht des Dresdener Journals.]

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der I. Deputation über das k. Decret, die Abänderung einer Bestimmung der Reichsverfassung betreffend (Referent Abg. Dr. Pfeiffer).

Der Bericht der Deputation sagt unter Anderem:

Es ist das erste Mal seit dem Bestehen der Reichsverfassung, dass die Königlich Sächsische Regierung mit Rücksicht auf eine in Aussicht genommene Abänderung der Reichsverfassung die Zustimmung der Stände des Königreichs

Sachsen für die von ihr im Bundesrathe zu bewirkende Abstimmung einholt. Die Deputation hielt es daher schon deshalb für ihre Schuldigkeit vor näherem Eingehen auf die Bestimmung selbst, die Fragen über die Berechtigung oder Verpflichtung der Königlichen Staatsregierung, den vorliegenden Gegenstand der Ständeversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie über die Competenz der Ständeversammlung in dieser Angelegenheit Beschluss zu fassen, sowohl der Reichs-, als der Landesgesetzgebung gegenüber einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. || Die Deputation konnte zunächst als unbestritten ansehen, dass nach der Reichsverfassung von einer Mitwirkung der Stände oder auch nur von einem directen Einflusse derselben auf die Reichsgesetzgebung nicht die Rede sein könne. || Wenn nun eine Erweiterung der Reichsverfassung und der Competenz des Reichs in Art. 4 Nr. 13 in dem vorliegenden Decrete in Frage kommt, so folgt daraus, dass diese Verfassungsveränderung zu Stande kommen kann durch Uebereinstimmung der Majorität des Reichstags mit dem Bundesrath, und dass dieselbe nach Art. 2 der Reichsverfassung, wonach Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen, auch für Sachsen gesetzliche Gültigkeit haben würde, gleichviel, ob die Ständeversammlung dem vorliegenden Königlichen Decrete zustimmt oder nicht. || Diesen Sätzen und Bestimmungen der Reichsverfassung widerspricht das Königliche Decret weder in seinem Wortlaute noch in seiner Tendenz. Zwar konnte durch den Wortlaut der Ueberschrift: „Die Abänderung einer Bestimmung der Reichsverfassung betreffend“, der Irrthum hervorgerufen werden, als ob die Sächsische Ständeversammlung berufen werden solle, als gesetzgebender Factor in die Reichsverfassung einzugreifen, und es kann aus diesem Missverständnisse die lebhafteste Theilnahme der Tagespresse erklärt werden. Allein schon die Worte: Seine Königliche Majestät lassen den Ständen eine Mittheilung zugehen, und sehen darauf einer „Erklärung“ entgegen, wie nicht minder der Inhalt des Königlichen Decrets, lassen erkennen, dass darin die Gültigkeit verfassungsmässig zu Stande kommender Reichsgesetze und Verfassungserweiterungen von der Zustimmung der Sächsischen Stände nicht abhängig gemacht, dass eine unmittelbare Einwirkung derselben auf die Reichsgesetzgebung nicht herbeigeführt werden soll, sondern dass es lediglich den Zweck hat, die Veränderung der Reichsverfassung nur insofern in den Bereich der Beschlussfassung der Stände zu ziehen, als dadurch eine Einschränkung der Landesverfassung herbeigeführt wird, für deren intacte Aufrechterhaltung die Königliche Staatsregierung den Ständen ganz besonders in dem vorliegenden Falle verantwortlich sein dürfte, als es sich um eine Verminderung der Competenz der Regierung und der Landstände in Sachen der Gesetzgebung handelt. || War nun auch nach der Ansicht der Deputation ein Eingriff in die Competenz des Reichs in der Regierungsvorlage nicht vorhanden, so war doch nicht zu verkennen, dass dadurch eine gewisse Collision gesetzgeberischer Thätigkeit herbeigeführt werden könne, indem ein und derselbe Gegenstand von zwei verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften, den Reichs- und den Landständen, und mög-

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

licherweise in verschiedener Richtung verhandelt werde. Als Folge unfertiger Zustände können derartige staatsrechtliche Situationen zu vielfachen Controversen, zu verschiedenen Deutungen und allmählig zu heftigen Parteikämpfen Anlass geben. || Einstweilen und so lange nicht die Gesetzgebung entscheidendere Grundzüge aufgestellt hat, haben die Theoretiker die streitige Frage in verschiedenem Sinne zu lösen gesucht. || Die Einen wollen die Collision dadurch lösen, dass sie *tabula rasa* machen, indem sie behaupten, dass Art. 2 der Reichsverfassung im Voraus jede Bestimmung der Landesverfassungen beseitigt habe, welche jemals einem Reichsgesetze entgegenstehen könnten. || Art. 2 lautet wörtlich: „Innerhalb dieses Bundesgebiets übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Massgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, dass die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen“. || Nun ist zwar nicht in Abrede zu stellen, dass durch diesen Artikel eine grosse Anzahl von Landesgesetzen und auch mehrere Verfassungsbestimmungen der einzelnen Reichsländer aufgehoben oder abgeändert wurden, dass namentlich auch §§ 2 und 86 der Sächsischen Verfassung erhebliche Einschränkung erlitten haben, es würde aber allem gesetzgeberischem Gebrauche widersprechen, wenn man die angeführte Bestimmung des Art. 2 der Reichsverfassung auch auf erst zu erlassende Gesetze ausdehnen, alle der vielleicht künftig eintretenden Reichsgesetzgebung möglicherweise widersprechenden Paragraphen der Landesverfassung als im Voraus aufgehoben erachten wollte. || Es ist ferner von verschiedenen Seiten der Ansicht Ausdruck verliehen worden, dass es dem Wesen des Staates und folglich auch des Bundesstaates widerspreche, wenn im Falle der Collision zwischen einem zu erlassenden Reichsgesetze und der bestehenden Landesverfassung, die Zustimmung der Stände zur Einschränkung der Letzteren von Seiten der den Ständen verantwortlichen Regierungsorgane erfordert werde. Sei das einzelne Land ein Theil des ganzen Reichs, so könnten auch ohne Weiteres sogenannte Hoheitsrechte an das Reich abgetreten werden, denn was dem Ganzen gegeben werde, komme auch dem Theile zu gute. Eine Theilung der Souveränität sei nach Inhalt und Innehabung eine absolute Unmöglichkeit (v. Held, die Verfassung des Deutschen Reichs, S. 23). Denn schon der Versuch dazu müsste die Folge haben, dass jeder Theil und sein Inhaber sich in jedem Falle einer Collision mit einem andern Theile und dessen Inhaber als solchen entweder über diesen stellte und dessen Souveränität aufhobe oder unter denselben gerieth und sonach seine eigene Souveränität verlöre. || Dagegen behauptet ein anderer Staatsrechtsgelahrter (Westerkamp, über die Reichsverfassung S. 34 und 40): „Die Zuständigkeit der Staaten ist die Regel; Zuständigkeit des Reichs die Ausnahme; alle Befugnisse, welche nicht durch die Reichsverfassung dem Reiche überwiesen werden, sind den Staaten verblieben. Das Reich ist innerhalb der ihm zugewiesenen Zuständigkeit, die Staaten sind innerhalb der ihnen verliehenen Zuständigkeit unabhängig und souverän“. || Auch in v. Gerber, Staatsrecht S. 240 heisst es: „Um wichtige Hoheitsrechte ist die Hoheitssubstanz der Partikularstaaten gemindert. Aber der ihnen ver-

bliebene Rest gehört ihnen selbstständig, nicht als aus der Bundesgewalt abgeleitet oder deren Einflüsse unterworfen“. || Selbst v. Rönne (das Verfassungsrecht des Deutschen Reichs S. 30) sagt: „Die staatliche Souveränität der einzelnen Staaten ist soweit als fortbestehend anzusehen, als sie nicht zu Gunsten der Reichsgewalt durch die Reichsverfassung eingeschränkt worden ist“. Und selbst Held a. a. O. S. 164 gesteht zu, dass der Satz: „Was als Wille des Reiches zum Ausdruck gelange, könne auch in keinem Theile desselben irgendwie Unrecht sein“, sich in der Reichsverfassung nicht finde, und dass seine Geltendmachung, ohne entschiedene Annahme des Princips selfgouvernementaler Decentralisation für Deutschland sehr gefährlich werden müsste. || Wäre die Theorie richtig, dass der Theil innerhalb des staatlichen Ganzen keine Sonderrechte besitzen könne und über deren Abtretung nicht befragt werden dürfe, so müssten auch alle für die Decentralisation und Selbstverwaltung sonst allgemein anerkannten Grundsätze als beseitigt anzusehen sein. Es dürfte keine Corporation, keine Gemeinde Rechte besitzen, die nicht ohne jede Rücksicht auf die Gemeindevertretung von dem Staate für sich genommen werden könnten. Wie aber im Einzellande jeder einzelne Theil, jede Gemeinde und Corporation nur dadurch zu rechtem Gedeihen gelangt, dass sie in möglichster Freiheit emporwachsen kann, so dürfte auch für das Verhältniss zwischen Reich und Einzelland, ganz besonders weil das Reich ein Bundesstaat ist, der Zustand der Gedeihlichste sein, da die Kraft und Macht zwar in dem Ganzen concentrirt, die Freiheit aber, sich im Innern zu regen, dem einzelnen Lande belassen wird. || Dass § 2 der Sächsischen Verfassung: „Kein Recht der Krone kann ohne Zustimmung der Stände veräussert werden“, durch den oben citirten Art. 2. der Reichsverfassung modificirt worden sei, kann gewiss nicht bestritten werden, denn es war z. B. ein Recht der Krone, die Landesgesetze als die allein gültigen zu erlassen. Daraus folgt aber nicht, dass § 2 der Verfassung ungültig geworden, und dass eine fernere Verminderung der in diesem Paragraph begriffenen Rechte nicht herbeigeführt werden könne, und dass, wenn es geschehen soll, dazu der von der Landesverfassung vorgeschriebene Weg nicht eingeschlagen werden müsse. Ob man unter den in jenem Paragraphen erwähnten „Rechten der Krone“ ausschliesslich die sogenannten Hoheitsrechte oder die Gesamtheit der Rechte verstehen will, welche den Inbegriff der Souveränität eines Staates — also nicht nur die Justiz- oder Gerichtshoheit, sondern auch die Gesetzgebungshoheit — ausmachen, dürfte für den vorliegenden Fall kaum von entscheidender Bedeutung sein. Es dürfte vielmehr in erster Linie nur auf die Entscheidung der Frage ankommen, wie weit das Recht der Ständeversammlung, die Regierungsorgane für ihre Abstimmung im Bundesrath zur Verantwortung zu ziehen, vorhanden, und ob im vorliegenden Falle, wo es sich um Erweiterung von Art. 4, Nr. 13 der Reichsverfassung und folglich um Beschränkung der Gesetzgebungskompetenz der gesetzgebenden Factoren des sächsischen Landes handelt, eine Verantwortlichkeit der Königlichen Minister den Ständen gegenüber vorhanden sei. || Die Staats-

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

rechtslehre beantwortet auch diese Frage nicht übereinstimmend. So stellt z. B. Thudichum, Verfassungsrecht S. 116, die Behauptung auf, dass den Ständeversammlungen das Recht nicht zustehe, Regierungsorgane wegen ihrer Zustimmung zu Reichsgesetzen zur Verantwortung zu ziehen. Ein Einschreiten einer Ständeversammlung gegen eine Regierung wegen ihrer Thätigkeit bei der Reichsgesetzgebung involvire mittelbar einen Angriff gegen Reichstag und Bundesrath. Beide aber seien den Ständen eines einzelnen Landes nicht verantwortlich, und daher könnten auch die Minister des einzelnen Landes in ihrer Eigenschaft und wegen ihrer Thätigkeit als Mitglieder des Bundesrathes nicht zur Verantwortung gezogen werden. || Nun lässt sich wohl nicht verkennen, dass eine eigenthümliche Situation geschaffen werden würde, wenn wirklich einmal der Fall einträte, dass ein Ministerium dafür, dass es nach seiner Ueberzeugung seine Schuldigkeit für das Ganze gethan, von dem einzelnen Theile zur Verantwortung gezogen würde. Auch darf man sich nicht verhehlen, dass in einem solchen Falle die rechtlichen Wirkungen einer Ministeranklage nicht von Bedeutung sein und namentlich nicht das einzige praktische Resultat, die Rückgängigmachung der angefochtenen Abstimmung haben würden. Alle Einwendungen und Bedenken können aber nicht massgebend sein, wenn es sich um die Beurtheilung der Frage handelt, ob eine Bestimmung wirklich in den Verfassungsgesetzen begründet ist oder nicht. Dass darüber nicht der grössere oder geringere Grad der Zweckmässigkeit, sondern der Wortlaut der Landesgesetze und ihre authentische Interpretation entscheiden müsse, diese Ansicht bestätigt unter anderen ein Rechtslehrer, welcher sich eines ganz besonderen Ansehens erfreut, nämlich von Rönne, das Verfassungsrecht des Deutschen Reichs, S. 45, welcher ausdrücklich sagt: „die Untersuchung der Frage, ob das Votum, welches in dem gedachten Falle der betreffende Bundesstaat im Bundesrathe abgibt, auf der Zustimmung der beiden gesetzgebenden Factoren — Regierung und Landesvertretung — des betreffenden Staates zu beruhen hat, oder nicht, gehört überhaupt nicht in den Reichstag, sondern in die einzelnen Landesvertretungen. Ob und inwiefern aber das Ministerium des betreffenden Einzelstaates berechtigt ist, die Vertreter des betreffenden Staates im Bundesrathe zu ermächtigen, ihre Zustimmung zur Abänderung eines Sonderrechtes des Staates, welchen sie vertreten, zu ertheilen, ohne die Genehmigung der Landesvertretung eingeholt zu haben, ist lediglich eine dem inneren Staatsrechte des betreffenden Einzelstaates angehörende Frage, und nach diesem Rechte ist auch die Frage zu beurtheilen, ob und inwiefern das betreffende Ministerium der Landesvertretung seines Staates gegenüber verantwortlich ist, wenn es dessen Vertreter im Bundesrathe ohne Zustimmung der Landesvertretung zur Genehmigung der Abänderung eines Sonderrechtes instruirt hat.“ || Handelt es sich nun auch im gegenwärtigen Falle nicht um Sonderrechte im Sinne des zweiten Absatzes von Art. 78, so müssen doch die Grundsätze bezüglich der Ministerverantwortlichkeit auch auf alle die Fälle der Abstimmung einer Regierung im Bundesrathe

ausgedehnt werden, in denen eine Einschränkung der Competenz der Landstände in Frage kommt. || Ein anderer Rechtslehrer, v. Mohl, das Reichsstaatsrecht, Seite 151 und 277, ist sogar der Ansicht, dass Veränderungen der Reichsverfassung, welche auch Aenderungen in der Landesverfassung zur Folge haben, von den Regierungen ohne ausdrückliche Zustimmung der betreffenden Stände nicht vorgenommen werden dürften. Geben sie im Bundesrathe ohne diese Zustimmung ihre Stimme für die Veränderung ab, so sei zwar nichtsdestoweniger diese Stimmgebung dem Reiche gegenüber gültig und bindend, allein es geschehe dies auf ihre Gefahr und Verantwortlichkeit. Es sei also möglich, dass in einem solchen Falle das Verfahren gegen die Minister eintrete. Das ganze Verhalten der betreffenden Ständeversammlung sei freilich ein Act des Partikularismus, den das Reich eben ertragen müsse, wie so viele andere, den es aber um so leichter ertragen könne, da er für die Gesamtheit gar keine Wirkung habe. . . . Nach §§ 2, 71, 78, 86, 140, 141 der Sächsischen Verfassung haben die Stände das Recht und die Pflicht, im Namen des Volkes nicht nur die Rechte der Krone, sondern alle auf der Verfassung beruhenden Rechte zu wahren, darüber zu wachen, dass von den Organen der Staatsregierung die Verfassung in allen ihren Theilen aufrecht erhalten werde, und sie zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie den Bestimmungen der Verfassung nicht nachkommen. | Dass diese Verantwortlichkeit der Minister der Einzelstaaten gegenüber ihren Ständeversammlungen bezüglich aller der bei der Competenz der Einzelregierungen noch verbliebenen Gegenstände durch die Reichsverfassung nicht gemindert ist, hat auch der Reichskanzler bei zahlreichen Gelegenheiten mit klaren Worten ausgesprochen. So sagt er in der Sitzung vom 27. Febr. 1867: „Ich habe im Gesamtinhalte meiner Aeusserungen nichts weiter constatirt, als was meines Erachtens für Jeden zweifellos auf der Hand liegt, dass in dem verfassungsmässig vorhandenen Masse von Ministerverantwortlichkeit, dessen sich die gesammten Bundesstaaten erfreuen, nichts geändert wird, indem jede Regierung eines Einzelstaates verantwortlich bleibt für die Art, wie ihre Stimme im Bundesrathe abgegeben wird“. | In den früheren Landtagen hat die Königliche Staatsregierung wiederholt die Erklärung abgegeben: „dass die Regierung für ihr Verhalten in Fragen, in denen es sich um eine Ausdehnung der Competenz des Bundes auf Kosten der Rechte der Einzelstaaten handle, die Verantwortlichkeit den Kammern gegenüber unumwunden anerkenne. | Die zweite Deputation der Zweiten Kammer im vorigen Landtage acceptirte nicht nur ausdrücklich diese Erklärung, sondern fügte auch noch hinzu: „wollte sich die Sächsische Landesvertretung das Recht nehmen lassen, der Regierung, wenn sie im Bundesrathe die Stimmen des Sächsischen Staates gegen das wahre Staatsinteresse abgibt, ihr Misstrauen zu erklären, so würde sie zu einem wesentlichen Theile das constitutionelle Princip aufgeben“. | Diese Anschauung fand bei der Majorität der Zweiten Kammer volle Beistimmung. Die unterzeichnete Deputation darf wohl annehmen, dass die gegenwärtige Zweite

Nr. 5277. **Kammer von denselben Grundsätzen bei Beurtheilung der vorliegenden Frage
Sachsen.
20. Nov. 1873. ausgehen wird.**

Glaubte nun die Deputation nachgewiesen zu haben:

1. dass das Königliche Decret sich in einem Widerspruche mit den Reichsgesetzen nicht befinde,
2. dass eine Verantwortlichkeit der Königlichen Staatsregierung bezüglich ihrer Abstimmung im Bundesrathe über die beabsichtigte Einschränkung der Competenz der Landstände in Bezug auf ihr Gesetzgebungsrecht auf Grund der Sächsischen Verfassung in dem vorliegenden Falle vorhanden sei,

so blieb ihr nur noch

3. die Frage zu erörtern: ob die Einholung der Zustimmung der Stände und insbesondere einer vorherigen Zustimmung derselben gerechtfertigt sei?

Von verschiedenen Seiten sind Bedenken gegen die Einholung der Zustimmung und ganz besonders der vorherigen Zustimmung der Stände in dem vorliegenden und ähnlichen Fällen erhoben worden, und unter anderen folgende: Wenn zu jeder Erweiterung der Reichscompetenz die Mitglieder des Bundesraths die Zustimmung von 20 und mehr Ständekammern einholen sollten, so würde durch ein solches Verfahren die Reichsgesetzgebung nicht nur verzögert, sondern sehr oft sogar unmöglich gemacht werden; es würde dadurch ein Zustand geschaffen, weit schlimmer als im alten Bundestag in Frankfurt. Ebenso bedenklich sei es, wenn eine Regierung in jedem Falle, wenn sie ihre Landstände nicht vorher befragen könne, gegen die Kompetenzerweiterung stimme und so nur aus Mangel an dieser vorhergehenden Verständigung die 14 Stimmen herstellen helfe, welche genügend sind, die Kompetenzerweiterung zu verhindern. Ferner werde das Ansehen der Landstände im Volke herabgesetzt, wenn sie in die Lage versetzt würden, Beschlüsse zu fassen, welche auf die Reichsgesetzgebung einen massgebenden Einfluss nicht haben können, und im Falle, dass sie mit den Beschlüssen der gesetzgebenden Factoren des Reichs im Widerspruch stehen, als ein machtloser Protest erscheinen müssten. Die Regierung selbst könne bei der Einholung der Zustimmung der Ständeversammlung in grosse Verlegenheit gesetzt werden, wenn die beiden Ständekammern in entgegengesetzter Richtung abstimmten. Endlich könne eine minder reichsfreundliche Regierung sich leicht gewisser Strömungen innerhalb der Ständeversammlung bedienen, um die Entwicklung der Reichsgesetzgebung lahm zu legen. Nun hat zwar die Königliche Staatsregierung in der jenseitigen Kammer die Erklärung abgegeben, „dass sie ohne vorherige Befragung der Kammern zustimmen könne, wenn sie sich sagen müsse, dass durch eine solche Befragung nur Verzögerung der Sache veranlasst werden und dadurch irgend ein Nachtheil für das Reich entstehen könnte. Man könne von einer gewissenhaften Regierung wohl verlangen und erwarten, dass sie nicht ohne Noth und nur um sich selbst vor einer Verantwortlichkeit zu schützen, dem Reiche bei seiner

Gesetzgebung Schwierigkeiten machen werde. Auch in dem vorliegenden Falle würde die Regierung dann, wenn es zur Abstimmung zu einer Zeit gekommen wäre, wo die Sächsischen Kammern nicht beisammen waren, und es vielleicht einen Monat gedauert hätte, ehe sie zusammen kamen, — um die Beschlussfassung der Reichsorgane nicht aufzuhalten, auf ihre eigene Verantwortung dafür gestimmt haben. Da aber die Abstimmung in eine Zeit falle, wo die Kammern vereinigt seien, und es ganz leicht möglich sei, mit ihnen sich zu verständigen, sei es eine starke Zumuthung an die Regierung, die über alles billige Maass gehe, wenn man ihr zumuthe. auch jetzt ohne vorherige Verständigung mit den Kammern im Bundesrathe abzustimmen und sie durch ein solches Verfahren direct zu verletzen“. || Wenn man dagegen auch einwenden wollte, dass durch eine solche Erklärung eines gegenwärtigen Ministers eine Garantie für reichsfeindliches Gebahren späterer Minister oder anderer Regierungen nicht erlangt werde, und selbst wenn man die oben erwähnten Bedenken im vollsten Maasse begründet fände, so würde es nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung doch kaum möglich sein, die Berechtigung der Regierung dazu anzuzweifeln, dass sie ihre nicht zu bestreitende Verantwortlichkeit vor den Ständen auf die in dem Königlichen Decret in Anwendung gebrachte Art decke, da weder Reichs- noch Landesgesetze verbieten, dass die Minister ihre Stände um ihre Zustimmung befragen, wenn sie nicht gegen den Willen der Stände handeln wollen. || Dass die Formen, wie der Verantwortlichkeit einer Regierung vor den Ständen genügt werden könne, verschieden sind, ist nicht zu bestreiten. Auch in unserer Verfassungsurkunde ist die Form der Zustimmung zu Regierungshandlungen nicht für alle Fälle mit Genauigkeit vorgeschrieben und nicht gesagt, dass diese Zustimmung jedesmal eine vorhergehende, oder besonders feierliche sein solle, und es ist daher wohl denkbar, dass ein der Regierung in irgend einer Form ertheiltes Vertrauensvotum oder nachherige Indemnität einer vollkommenen Zustimmung gleichzuachten sein könne. Die einfachste dieser Formen dürfte aber ohne Zweifel die directe Befragung in allen den Fällen sein, wenn der Inswerksetzung derselben nicht materielle Hindernisse entgegenstehen. Auch der Bayerische Minister hat erklärt (bei den Verhandlungen über den hier vorliegenden Gegenstand), dass er die Stände, wenn sie nicht durch den zustimmenden Antrag ein Vertrauensvotum zu seiner Abstimmung im Bundesrathe gegeben hätten, ausdrücklich um ihre Zustimmung befragt haben würde. || Auch in § 2 der Sächsischen Verfassungsurkunde ist keine bestimmte Form für die dort erforderliche „Zustimmung“ vorgeschrieben, ebensowenig wie in den Acten des Landtags von 1831 eine Andeutung über die Ausdehnung, welche dem Wortlaut dieses Paragraphen zu geben sei. Wenn nun auch unter „Recht der Krone“ der Inbegriff aller der Rechte verstanden werden muss, welche die Souveränität eines Staates ausmachen, also nicht nur die Militär-, die Repräsentations-, die Organisations-, die Gerichts- oder Justiz-, sondern auch die Gesetzgebungshoheit — Hoheiten, deren Mitträger vermöge des constitutionellen

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

Principis auch die Stände sind, — so wird doch auch, wenn es sich um Verminderung eines dieser Rechte handelt, es der Verantwortlichkeit der Minister überlassen bleiben müssen, wie und in welcher Form sie die Zustimmung der Stände herbeiführen wollen. ¶ Wenn man aber auch die vorstehend ausgesprochene Ansicht nicht theilt, sondern der strengeren Ansicht huldigt, dass eine vorherige Zustimmung in den Fällen von § 2 erforderlich sei, so wird man doch in keinem Falle zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Staatsregierung nicht berechtigt sei, die Zustimmung der Stände einzuholen, wenn sie im Begriff ist, ein zweifelloses Recht der Stände zu vermindern. | Da also, wie aus dem vorstehend Erörterten folgt, eine Verletzung irgend eines Reichsgesetzes in dem Königlichen Decrete nicht zu erblicken; da ferner nicht zu bestreiten, dass die Königliche Staatsregierung den Ständen für jede Einschränkung ihrer verfassungsmässigen Rechte verantwortlich ist, eine solche Einschränkung aber in dem vorliegenden Falle beabsichtigt wird; und da endlich kein Gesetz vorhanden ist, welches die Königliche Staatsregierung behindern könnte, ihrer Verantwortlichkeit vor den Ständen durch vorherige Einholung des Einverständnisses der Stände vor der beabsichtigten Abstimmung zu genügen, so einigte sich die Deputation, mit Ausnahme des Abg. Uhle, welcher bezüglich der Competenzfrage nicht allenthalben einverstanden ist, — in der Ansicht, es sei von Seiten der Stände auf das Königliche Decret eine in das Materielle eingehende Erklärung abzugeben.

Den materiellen Inhalt des Decrets anlangend, so glaubt die Deputation mit Bezug auf den beim letzten Landtag in dieser Angelegenheit von der Kammer gefassten Beschluss unbedenklich die Zustimmung empfehlen zu sollen, nachdem sie zur Beruhigung der Kammer darüber, dass, dem von dieser geäusserten Wunsche gemäss, von dieser Kompetenzerweiterung zur Ausarbeitung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs werde Gebrauch gemacht werden, auf die vom Justizminister in der Ersten Kammer darüber abgegebene Erklärung Bezug genommen hat. Sie rathe daher, mit Ausnahme des Abg. Sachsse, der Kammer den Beitritt zu dem Beschlusse der Ersten Kammer:

„das Einverständniss damit zu erklären, dass die Königliche Staatsregierung der beantragten Erstreckung der Reichsgesetzgebungscompetenz auch auf die bisher ausgeschlossenen Theile des bürgerlichen Rechts ihre Zustimmung ertheile“,

an.

Referent Dr. Pfeiffer: Der heutige Gegenstand sei bereits Gegenstand der Verhandlung der Kammer beim letzten Landtage gewesen. Es seien damals von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben worden gegen diese Art der Verhandlung, es sei u. A. betont worden, es liege weder im Interesse des Reichs, noch in dem der Einzelstaaten, Reichsangelegenheiten in den Einzellandtagen öfter zu behandeln, als dies nothwendig sei. Die Deputation hätte es gern vermieden, eine Frage in die Kammer zu bringen, die fast nothwendiger Weise zu einer Discussion juristisch-staatsrechtlicher Natur führen müsse;

aber was würde die Kammer gesagt haben, wenn die Verfassungsdeputation eine Frage stillschweigend übergangen hätte, die über die Grenzen Sachsens hinaus eine gewisse Sensation erregt habe? Die Deputation habe die Aufstellung von allgemeinen Grundsätzen, grossen politischen Principien zu vermeiden gesucht; sie habe sich an den vorliegenden Fall gehalten, die einschlagenden Bestimmungen aus der Reichs- und der Landesverfassung dargelegt, die Erklärungen der Staatsregierung angezogen, und sie sei überzeugt, dass dies die Wirkung haben müsse, dass die Kammer die verlangte Erklärung nicht nur abgeben könne, sondern müsse.

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

Abg. Dr. Biedermann: Die Frage, welche heute die Kammer beschäftige, habe viel Staub aufgewirbelt, mehr vielleicht als nöthig, sie habe eine gewisse Aufregung der ganzen deutschen Presse hervorgerufen. Deutschland blicke auf diese Verhandlung und erwarte, was die Zweite Kammer in der Sache sagen und beschliessen werde. Es habe die Sache unnöthigerweise viel Staub aufgewirbelt; denn allerdings glaube er, nach den allerneuesten Vorgängen in dem Deputationsberichte, dass die Gegensätze in Bezug auf die Betrachtung und Behandlung der Principfrage in der Kammer und auch zwischen der Kammer und der Regierung bei Weitem so scharf und tiefgreifend nicht seien, als auf den ersten Augenblick erscheine. Er werde Nichts thun, um diese Gegensätze zu vertiefen und zu schärfen, sondern was er thun könne, werde er thun, um sie zu mildern und auszugleichen. Das sächsische Staatsleben trete jetzt in eine neue Phase, und es sei ganz natürlich, dass bei einer solchen neuen Phase des Staatslebens man mit ganz besonderen Erwartungen, Hoffnungen, Befürchtungen, auch wohl gar Beargwöhnungen auf das blicke, was in den Staaten geschehe. Das sei auch jetzt nicht ausgeblieben. Es sei Aller Pflicht und Wunsch, dass das sächsische Staatsleben, wie es in diese neue Phase eintrete, möglichst frei sei von jeder Trübung, jeder Wolke an seinem Himmel, namentlich auch von jeder Trübung jenes Vertrauens, welches zwischen dem Ganzen und den einzelnen Theilen herrschen und welches ein gegenseitiges sein müsse. Er weise von vornherein den Argwohn zurück, als ob diesem Vorgange eine besondere Absicht, ein Hinterhaltsgedanke der sächsischen Regierung zu Grunde liege; er glaube, dass es nur ein Sichvergreifen im Ausdrucke gewesen sei. Schlimm sei es freilich, dass dadurch die Möglichkeit der Missdeutungen hervorgerufen worden sei, und wenn er nicht leugnen wolle, dass diese Missdeutungen sehr weitgehende Consequenzen und manche nicht ganz stichhaltige Beurtheilungen finden, so werde man doch darüber hinwegkommen. Mehr beklage er, dass dergleichen Missdeutungen auch da sich kund geben, wo sie für Alle sehr bedauerlich seien, in der ausserdeutschen Presse. Ein Artikel des „Memorial diplomatique“ ziehe aus den Verhandlungen der Ersten Kammer über diesen Gegenstand den Schluss, von der Kammer sei das Princip aufgestellt worden, dass die Beschlüsse des Bundesrathes nicht endgiltig würden ohne die Zustimmung der einzelnen Landtage, und dass deshalb jede Regierung, ehe sie beim Bundesrathe eine Abstimmung vornähme, jedes

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

Mal ihre Stände erst fragen müsse. Die Kammer wisse, dass das Missdeutungen seien, sie wisse aber auch, dass die Franzosen lauern auf jeden schwachen Punkt, der sich im Reiche zeige. Er glaube, in Sachsen sei Keiner, den es nicht schmerze, wenn der Feind eine solche Schadenfreude auch nur einen Augenblick genieße. Er werde sich lediglich an die Vorgänge innerhalb des eignen Vaterlands halten, und er glaube daraus nachweisen zu können, dass eigentlich alle Seiten des Hauses und selbst die Regierung in einem gewissen Punkte sich finden könnten, und dass dieser Punkt nur gleichsam scheinbar und vorübergehend verrückt sei. Der Referent habe erwähnt, dass beim vorigen Landtage in der Kammer selbst die Frage angeregt worden sei. Wenn man alle Aeusserungen, die damals gefallen seien, genau durchgehe, so finde man, dass keine über die Grenze hinausgehe; dass die Minister zwar für ihre Abstimmung im Bundesrathe verantwortlich gemacht werden könnten, dass ihnen daher gar nicht verdacht werden könne, wenn sie mit den Ständen Fühlung nähmen, um sich des Einverständnisses derselben zu vergewissern, dass aber eine Verpflichtung zur vorherigen Einholung der ständischen Genehmigung von keiner Seite behauptet, dass eine Mitwirkung der Stände in Reichsangelegenheiten namentlich von der rechten Seite her sehr energisch bestritten worden sei. Namentlich Günther und Haberkorn hätten die Verantwortlichkeit der Minister als die äusserste Grenze der Mitwirkung der Stände bezeichnet. In ähnlichem Sinne hätten sich Dr. Minckwitz, Dr. Schaffrath und auch Minister v. Friesen geäußert. Der bayerische Minister Dr. Fäustle habe nicht in Abrede gestellt, dass es für die Regierung wünschenswerth oder nothwendig sei, sich mit den Kammern in Einvernehmen zu setzen, aber nicht in einer für die Regierung absolut bindenden Form. Es sei ein öffentliches Geheimniss, dass der ganze Antrag Völk vom Ministerium provocirt worden sei, um eine ganz freie Form der Verhandlung herbeizuführen. Gemäss dieser Ansicht habe auch die Regierung gehandelt bei Errichtung des Bundesoberhandelsgerichts. Es sei zwar neuerdings bestritten worden, dass die Errichtung des Bundesoberhandelsgerichts eine Kompetenzerweiterung gewesen sei, weil in Art. 4 dem Reiche bereits die Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren eingeräumt worden sei; aber es sei zweierlei, das gerichtliche Verfahren ordnen und ein Gericht constituiren; dann aber müsse er daran erinnern, dass Minister v. Friesen damals im Reichstage erklärt habe, die gesetzmässig nothwendige Stimmzahl für Errichtung des Bundesoberhandelsgerichts im Bundesrathe sei gesichert, woraus doch folge, dass man die Errichtung als eine Kompetenzerweiterung angesehen habe. Nach diesen Vorgängen habe die Form überraschen müssen, in welcher theils die Thronrede theils das Decret die Sache behandle. Es sei da von einem nothwendigen verfassungsmässigen Einverständnisse die Rede. Von der Ersten Kammer sei diese Wendung sofort bestens acceptirt worden. Ein Redner habe dort die Sache so verstanden, dass es nicht bei der Regierung stehe, die Kammer vorher zu fragen oder nicht, sondern dass sie unbedingt die Kammern vorher fragen müsse, dass die Regierung, wenn die Zustimmung nicht erfolge,

nicht für eine Kompetenzerweiterung stimmen dürfe, und dass wenn die Regierung ohne vorherige Zustimmung im Bundesrathe stimme, die Regierung schon wegen dieses Verfahrens in Anklagezustand zu setzen sei. Minister v. Friesen habe dort eine Erklärung abgegeben, welche die Sache zurückwende indem er sage, die Regierung sei der Meinung, dass, wenn die Gelegenheit sei, die Kammern zu fragen, sie das thun werde, um ihre Verantwortlichkeit zu decken; wenn aber Gefahr in Verzug sei, so werde sie auch ohne die Stände handeln. Hiermit ständen aber die Schlussworte des Decrets in Widerspruch wo gesagt werde, die Regierung bedürfe zu ihrer Abstimmung der Genehmigung der Kammern. Man habe aus § 2 eine stricte Verpflichtung der Regierung deduciren wollen, die Stände zu befragen. Es sei von mancher Seite sehr leicht darüber hinweggegangen worden, indem man gesagt habe, das Reichsgesetz gehe dem Landesgesetze vor. § 2 unserer Verfassung sei in seinem strengen Wortlaut und Sinne durch die Errichtung des Reichs hinfällig geworden. Es heisse in § 2 nicht, es darf nicht veräussert werden, sondern es kann nicht veräussert werden, d. h. rechtsgiltig. Dass dies nicht mehr zutrefte, sei sofort klar. Man könnte zwar zweifeln, ob unter dem Worte „veräussern“ auch der Fall inbegriffen sei, wo ein Recht des Einzelstaats übertragen werde auf ein grösseres Ganzes, mit welchem dieser Einzelstaat in organischer Verbindung stehe. In einigen deutschen Verfassungen sei dieselbe Bestimmung dahin erläutert, dass die Veräusserung ohne ständische Genehmigung nicht stattfinden dürfe an einen fremden Staat. Wenn man das Verhältniss betrachte, wie es zwischen dem Reich und den Einzelstaaten hergestellt sei, so müsse man Folgendes sagen. Einmal seien eigentlich alle die Rechte, die man Hoheitsrechte nenne, im Princip schon durch die Verfassung an das Reich übertragen worden, und dem Ausbau der Reichsverfassung sei es vorbehalten, wie viel und inwieweit es diese Hoheitsrechte übernehmenwolle. Diese Hoheitsrechte seien also nicht mehr intact bei dem einzelnen Staate, nachdem ein Theil der Gesetzgebung an das Reich übergegangen sei. Man habe also damals sich vergegenwärtigen müssen, dass vollkommen intact der § 2 nicht mehr bestehe in dem Momente, wo die Bundesverfassung acceptirt sei, und das Richtige wäre gewesen, ebenso wie man den Bewilligungsparagraphen modificirt habe mit Rücksicht auf das Reich, ebenso auch den § 2 zu modificiren. Man habe bei Errichtung des Bundes die Stellung der Regierung so normirt, dass man sich auch habe vergegenwärtigen müssen, dass die Regierung in vielen Fällen werde handeln müssen und handeln wollen, ohne die Stände zu fragen. Die Gesetze würden gemacht durch Bundesrath und Reichstag. Der Bundesrath sei ein föderatives Institut, gebildet aus Vertretern der Regierungen, und in § 6 der Reichsverfassung sei in Bezug auf die Verhandlungen im Bundesrathe vorgesehen, dass diese nicht verschleppt würden dadurch, dass einzelne Gesandte sagten, sie seien nicht instruirt. Wenn eine Stimme nicht vertreten oder nicht instruirt sei, so werde über sie hinweggegangen. Wenn man das in eine Verfassung setze, so werde vorausgesetzt,

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

Nr 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

dass eine Regierung in vielen Fällen, ohne ihre Stände befragen zu können, eine Erklärung im Bundesrathe abgeben müsse, und wenn sie erlangen könne, dass man eine Zeit lang auf sie warte, so sei das eine Höflichkeit von Seiten des Bundesraths. Als die Stände die Verfassung genehmigten, hätten sie implicite auch Das genehmigt, was nothwendig daraus folge. Wenn das Princip der vorherigen obligatorischen Einholung der Genehmigung der Stände als Princip gelten sollte, was würde dann geschehen? Es gebe auch eine Abtretung von Hoheitsrechten, die nicht auf einer Kompetenzerweiterung beruhten. Er wolle nicht davon sprechen, dass eigentlich jedes neue Reichsgesetz eine Beschränkung der Gesetzgebung Sachsens sei; aber es könnten auch wirkliche Hoheitsrechte in Frage kommen. Wenn z. B. der Reichstag auf den Münzen nicht mehr das Symbol der Souveränität der einzelnen Staaten zuliesse, so würde durch einfaches Reichsgesetz das Münzhoheitsrecht Sachsens veräussert worden sein. Ohne Zustimmung der Stände könne streng genommen kein Gesetz abgeändert werden; es dürften also eigentlich die Bundescommissare im Bundesrathe für gar kein Reichsgesetz stimmen, ohne sich der vorherigen Zustimmung der Stände zu versichern. Er mache auf zwei sehr wichtige materielle Folgen aufmerksam, die daraus entspringen müssten, wenn die Regierung jedesmal vorher die Stände hören müsste, auch bei Kompetenzerweiterungen. Wenn die Staatsregierung ein Votum im Bundesrathe abgebe und werde später zur Verantwortung gezogen, so geschehe das durch beide Kammern. Wenn sie vorher die Genehmigung einhole, so entscheide eine Kammer, eine Stimme über die Hälfte der einen Kammer, und da es sich hier doch um einen Fortschritt in der Reichsgesetzgebung handle, so würde die entscheidende, und zwar die hemmende Stimme die der Ersten Kammer sein, und da zur Verweigerung der Kompetenzerweiterung die Stimmen der drei Königreiche genügten, so würden es die drei Ersten Kammern in Dresden, München und Stuttgart, wenn jede mit einer Stimme Mehrheit sich gegen die Kompetenzerweiterung erklärte, in der Hand haben, die Kompetenzerweiterung zu hindern. Er mache den Ersten Kammern daraus keinen Vorwurf, sie sollten das conservative Element repräsentiren, und könnten ja leicht einmal zu weit gehen; aber das ganze Votum von der Stimme der Ersten Kammern abhängig zu machen, sei gefährlich. Auch in anderer Beziehung hätte es nahe gelegen, diese stricte Auslegung des § 2 nicht in dieser Strenge gelten zu lassen. Die Abstimmung im Bundesrathe sei ja doch viel weniger als im alten Bundestage ein blosser Austausch von Instructionen. Der Bundesrath sei zwar kein Staatenhaus, und die Mitglieder gebunden an Instructionen; aber wie ihm die Sache bisher vorgekommen sei, wolle man durch den Gang der Verhandlungen selbst zu immer besseren und zweckmässigeren Resultaten kommen. Wenn aber die Regierung durch die Zustimmung der Stände an eine von ihr vorher formulirte Abstimmung gebunden sei, so könne sie einer Modification des Beschlusses nicht mehr zustimmen. Er komme also zu dem Resultate: wenn, wie er bestimmt hoffe, die Staatsregierung heute in einer durchaus unzweideutigen und natürlich bindenden

Weise eine gleichlautende Erklärung abgebe, dass sie sich nicht für alle Fälle und unbedingt an die vorherige Genehmigung der Kammer gebunden halte, sondern es mehr als einen Act der Courtoisie und Klugheit betrachte, dieselbe vorher zu hören, dann glaube er, seien die Gegensätze ausgeglichen, und die Kammer könne einmüthig für das Materielle stimmen. Sollte das nicht geschehen, so würde er nur mit einer Verwahrung für den Inhalt des Decretes stimmen können.

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

Staatsminister Frhr. v. Friesen (nach den stenographischen Niederschriften): Nach dem Gange der Debatte würde es kaum nöthig sein, dass die Regierung ihre Ansicht noch sehr speciell und ausführlich heute hier vertritt. Sie kann sich im Allgemeinen theils auf den Bericht, theils auf die Reden der Herren Abgg. Schreck und Vicepräsident Streit berufen, mit denen sie im Wesentlichen ganz einverstanden ist. Als ich heute die Kammer betrat, glaubte ich, dass es kaum noch nöthig sein würde, den Standpunkt und die Auffassung der Regierung vor besondern Missverständnissen zu schützen. Denn ich glaubte das in der Ersten Kammer von mir darüber Gesagte würde wohl ausreichen, um alle falschen und unrichtigen Auffassungen zu beseitigen. Ganz bin ich jetzt nicht mehr dieser Ansicht, denn ich habe gesehen, dass es mir doch nicht ganz vollkommen gelungen ist, diese Missverständnisse ganz zu beseitigen. So enthält z. B. die hauptsächlichste Rede, die wir heute vom entgegengesetzten Standpunkte gehört haben — die Rede des Hrn. Abg. Dr. Biedermann — einen grossen Theil, der, wenn er gegen die Regierung und ihre Ansicht speciell gerichtet war, meiner Ansicht nach, offenbar auf Missverständnissen beruht. Der Herr Abg. Dr. Biedermann hat sich ausführlich darüber ausgesprochen, dass eine unbedingte vorherige Zustimmung der sächsischen Ständeversammlung zu einer solchen Abstimmung im Bundesrathe nicht nothwendig sei. Das hat aber auch die Regierung gar nicht behauptet. Ich habe mich ausdrücklich in der Ersten Kammer dahin ausgesprochen, dass ich überhaupt nur die Verantwortlichkeit der sächsischen Minister für eine solche Abstimmung im Bundesrathe, den sächsischen Kammern gegenüber, anerkenne, dass diese Verantwortlichkeit, wie ich dort ausdrücklich hinzugefügt habe, aber durchaus nicht dahin führen kann, dass etwa die Regierung sich nun hinter diese Verantwortlichkeit stecken könne, um nach Belieben die Beschlüsse des Bundesraths und die Entwicklungen der Reichsgesetzgebung aufzuhalten. Im Gegentheil habe ich dort ausdrücklich betont, dass aus dieser Verantwortlichkeit folge: entweder, dass die Regierung sich vorher der Zustimmung der Stände versichern, oder, dass sie, wenn eine vorherige Zustimmung nicht möglich war, ohne die Interessen des Reichs zu schädigen, dann die Sache auf eigene Verantwortung nehmen und dann den Ständen gegenüber sich rechtfertigen muss. Mir ist unbegreiflich, wie man trotz dieser von mir schon in der Ersten Kammer abgegebenen Erklärung doch immer auf den Einwurf zurückkommen kann, dass die Regierung die Gesetzgebung im Reiche aufhalten und hindern

Nr. 5277.
Sachsen.
20. Nov. 1873.

wolle, weil sie die Zustimmung der Kammer vor der Abstimmung im Bundesrath verlange. Ich sollte doch meinen, der Herr Abg. Dr. Biedermann müsste sich selbst überzeugen, dass nach diesen Erklärungen eigentlich ein grosser Theil seiner Rede, wenigstens soweit sie gegen die Regierung gerichtet war, gegenstandslos war. Ein grosser Theil der Missverständnisse, welche vielfach verbreitet waren, beruht, wie ich heute aus der Rede des Herrn Abg. Dr. Gensel gesehen habe und vorher schon von dem Herrn Abg. Uhle angedeutet wurde, darauf, dass man einen gewissen Widerspruch zwischen dem Ausdruck: „Erklärung“ im Decrete und: „Genehmigung“ in der Beilage zum Decrete zu finden suchte. Es wäre möglich gewesen, dass man anstatt dieser verschiedenen Ausdrücke denselben Ausdruck in beiden Theilen gebraucht hätte. Wer aber die Sprache, die zwischen Regierung und Ständen schon seit einer langen Reihe von Jahren hergebracht ist, genauer kennt, der wird wissen, dass das Wort „Erklärung“, in dem Decrete alle Mal und zwar auch in solchen Fällen gebraucht wird, wo eine wirkliche Zustimmung nothwendig ist. Es ist das ein usueller Ausdruck, der fast immer vorkommt. Das Wort: „Genehmigung“, was in der Beilage gebraucht ist, heisst aber wieder nicht unbedingt, „vorherige“ Genehmigung, und wenn es heisst Genehmigung „dazu“, d. h. zu dieser Abstimmung, so beruht das in dem gegenwärtigen speciellen Falle auf den Verhältnissen, weil eben in diesem Augenblicke die Abstimmung noch bevorsteht. Ich möchte doch selbst den Gegnern der Ansicht der Regierung zu erwägen geben, was man hier dazu gesagt haben würde, wenn die Regierung gegenwärtig, während die Kammern hier versammelt sind, eine Erklärung im Bundesrathe in einer so überaus wichtigen Angelegenheit abgegeben hätte, noch dazu eine Erklärung, die mit der früheren Ansicht der Regierung im Widerspruche steht, also auf einer abgeänderten Ansicht der Regierung beruhte, ohne sich vorher der Zustimmung der Kammern zu versichern (Lebhafte Zustimmung rechts). Ich glaube, man würde die Minister in nicht sehr angenehmer Weise begrüsst haben, wenn sie nach einer solchen aus dem Bundesrathe zurückgekehrt wären (Heiterkeit). Also, meine Herren, darüber bin ich ganz ruhig. Ich bin mir bewusst, und die ganze Regierung ist sich bewusst, dass durch ihr Verfahren in dieser Angelegenheit und durch Auffassung derselben der Reichsgesetzgebung nicht im Allerentferntesten Eintrag geschieht. Sie ist sich bewusst, dass kein wichtiger Beschluss des Reiches, kein wichtiger und dringender Beschluss des Bundesraths irgendwie verzögert oder aufgehoben werden kann. || Ich muss mich auch gegen die Erklärung verwahren, die der Herr Abg. Dr. Leistner meinen Worten in der Ersten Kammer gegeben hat, indem er sagte: „also blos weil jetzt gerade „zufällig“ die Kammern versammelt wären, hätten wir sie gefragt“. Nein, meine Herren, so ist das nicht gemeint gewesen; so ist es, glaube ich, auch von keiner andern Seite verstanden worden. Im Gegentheil, ich glaube, ich habe bestimmt ausgesprochen, dass die vorherige Befragung, wenn sie ohne den Interessen des Reichs zu nahe zu treten, ausführbar ist, die Regel bilden muss. Wenn wir daher ohne vorherige Befragung der Kammern zugestimmt hätten, dann würden wir uns

den Kammern gegenüber zu rechtfertigen und nachzuweisen haben, dass keine Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, sie vorher zu befragen. || Das wäre im Wesentlichen das, was ich zu erwähnen habe. Im Uebrigen habe ich die Bemerkungen, die heute gegen die Ansicht der Regierung gefallen sind, als durch die Vertreter dieser Ansicht ausreichend widerlegt anzuerkennen. Die Aeusserung des Herrn Abg. Dr. Biedermann, die ich allerdings im Anfange auch wie der Herr Abg. Schreck so verstanden hatte, als ob die Meinung des Herrn Abg. Dr. Biedermann dahin ginge, dass der sächsische Staat durch die Annahme der Reichsverfassung eigentlich im Princip alle Hoheitsrechte schon abgegeben habe, und die Bestimmung der Grenze, wie weit das gehen solle, lediglich von dem Ermessen des Reichs abhängige, diese Aeusserung, die ich, — ich wiederhole es, — in demselben Sinne, wie der Herr Abg. Schreck verstanden habe, hat der Herr Abg. Dr. Biedermann später modificirt und erläutert, so dass ich auch in dieser Beziehung nichts weiter hinzuzufügen habe. || Noch erlaube ich mir eine kurze Bemerkung. Der Herr Dr. Biedermann hat gleich im Eingange seiner Rede darauf hingewiesen, dass der ganzen Angelegenheit in der Presse sowohl, als sonst im Publicum eine grosse Bedeutung beigelegt worden sei. Das ist gewiss richtig. Ich will aber dem Beispiel eines der geehrten Redner folgen und will nicht weiter erörtern, wer daran Schuld hat, dass überhaupt diese grosse Bedeutung der Sache beigelegt worden ist. Gewiss aber hätten sich Leute finden können, die wenigstens auf Grund der späteren Erklärungen der Regierung etwas über die wahre Ansicht und Absicht derselben hätten sagen und dadurch die falschen Auffassungen hätten berichtigen können. Aber es lässt sich in dieser Beziehung immer noch etwas thun. Der Herr Abg. Dr. Biedermann hat z. B. mit vollem Rechte sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass in der ausländischen, namentlich auch in der französischen Presse, wenn ich nicht irre, hat er das „Mémorial diplomatique“ genannt, ganz falsche und irrige Ansichten über die Haltung der sächsischen Regierung und der sächsischen Kammern ausgesprochen worden sind. Er hätte noch näher liegende Beispiele dafür gehabt. Ich erinnere mich z. B. eines Artikels in der Wiener „Neuen Freien Presse“, worin mit kurzen Worten die Kammerverhandlung so beschrieben wurde: „In Sachsen geht der Kampf gegen die Selbstständigkeit des Reiches lustig fort u. s. w. (Heiterkeit). || Nun, meine Herren, ich habe nicht gesehen, dass in der sächsischen Presse irgend etwas geschehen ist, um dieser Auffassung entgegenzutreten (Zustimmung). Im Gegentheil habe ich diesen letzten Passus in verschiedenen Blättern abgedruckt gefunden, ohne dass auch nur ein Wort zur Erläuterung beigelegt war über den wahren Sachverhalt (Lebhafte Zustimmung). Und ich erlaube mir den Herrn Abg. Dr. Biedermann endlich noch darauf aufmerksam zu machen, dass es eine sehr schöne Aufgabe der sächsischen Presse wäre, wenn sie mit ihrer Reichsfreundlichkeit auch ein klein wenig Gerechtigkeit gegen ihr engeres Vaterland verbände und solche irrige und falsche Nachrichten recht

Nr. 5277. ausführlich zu widerlegen versuchte. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit
Sachsen.
20. Nov. 1873. rechts und im Centrum.)

Nachdem Referent Abg. Dr. Pfeiffer kurz seiner Freude darüber Ausdruck gegeben hat, dass die Debatte eigentlich vollständiges allseitiges Einverständnis über das Wesen der Frage herausgestellt habe, wie denn auch die im Bericht niedergelegte Auffassung von keiner Seite bekämpft worden sei, wird der Deputationsantrag mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Nr. 5278.

BAYERN. — Aus der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom
8. November 1873.

[Nach dem stenographischen Bericht.]

Nr. 5278. Präsident: Die heutige Tagesordnung bildet: Einmalige Berathung
Bayern.
8. Nov. 1873. und Beschlussfassung über den Antrag der Herren Abg. Dr. Völk und Herz: „die Abänderung der Nr. 13 des Art. 4 der Verfassung des Deutschen Reichs“ betreffend*).

In dieser Beziehung erlaube ich mir Ihnen kundzugeben, dass mir bei Beginn der Sitzung folgender Antrag des Herrn Abg. Hauck schriftlich übergeben worden ist.

Der Antrag lautet:

Der Unterzeichnete stellt den Antrag: Die Kammer wolle beschliessen:

„Der Antrag der Herren Dr. Völk und Herz, die Zustimmung der bayerischen Staatsregierung zur Erweiterung der Reichscompetenz auf das gesammte bürgerliche Recht betreffend, sei nach dem Gesetze vom 4. Juni 1848, die ständische Initiative betr., Art. 5 und 6 zu behandeln“.

Meine Herren, ich fasse diesen Antrag als Präjudicialantrag auf, und ich glaube dies thun zu müssen, weil nach meiner Meinung, wenn dieser Antrag zur Annahme gelangt, es nicht möglich ist, in der Berathung des Gegenstandes, den ich heute auf die Tagesordnung gesetzt habe, fortzufahren, derselbe vielmehr von der Tagesordnung abgesetzt und nach den Bestimmungen des Initiativgesetzes behandelt werden muss. Ich glaube daher, dass der Antrag

*) Der Antrag ging dahin, es sei an die Kgl. Staatsregierung die Aufforderung zu richten, dass sie bei Abgabe ihrer Stimmen im Bundesrathe dem Beschlusse des Reichstags ihre Zustimmung gebe.

zuerst der vorläufigen Behandlung zu unterziehen und die Frage zu stellen ist, ob er die nach dem Initiativgesetze nothwendige Unterstützung findet.

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

Hauck: Meine Herren! Der vorliegende Antrag führt sich allerdings als einfacher ein und ist auch als solcher auf die Tagesordnung gesetzt worden. Nach meiner Ueberzeugung aber hat nicht die vom Antragsteller beliebte Form über die Behandlung zu entscheiden, sondern der Antragsteller hat die Verpflichtung, die Form, in welcher derselbe den Antrag bringen will, nach dem materiellen Inhalt desselben zu bemessen. Sehen wir nun den materiellen Inhalt des Antrags an, so ist gar kein Zweifel, dass er auf Abänderung, sogar auf Aufhebung eines guten Theils unserer bayerischen Verfassung abzielt. Wird der Antrag angenommen, so finden Sie, wenn Sie die übrigen Bestimmungen des Art. 4 Ziff. 13 der deutschen Verfassungsurkunde zur Hand nehmen, dass die ganze Justizhoheit an das Reich übergeht, dass somit die Rechte der bayerischen Kammern bezüglich der judiciellen Verhältnisse vollständig aufgehoben sind, dass sie übergehen an den deutschen Reichstag. || Wenn der Antrag in beiden Kammern angenommen und wenn diesem Antrage von der Krone entsprochen wird, so schwindet vollständig jedes Recht der bayerischen Kammern, bezüglich des Justizwesens ein Wort mitzureden, schwindet aber auch das Recht der Krone, in dieser Justizhoheit irgend etwas selbstständig weiter zu verfügen; wenn der Antrag angenommen und die Ziff. 13 erweitert wird, wie vorgeschlagen ist, so wird es dann auch kaum mehr ausbleiben können, dass die Frage, die jetzt noch ventilirt und, wie ich aus den Zeitungen entnehme, von der bayerischen Regierung widersprochen wird, nämlich die Frage des obersten Gerichtshofes, keine Frage mehr ist. Wenn das gesammte bürgerliche und Strafrecht, das gesammte Processverfahren an das Reich übergegangen ist, so ist kein Grund mehr vorhanden, einen obersten Landesgerichtshof ferner noch zu haben, es muss dann, wie ein oberster Gerichtshof bezüglich des Handels- und Wechselrechts bereits besteht, auch ein oberster Reichsgerichtshof als höchste Instanz in Justizsachen eintreten, und Bayern hat seine ganze Justizhoheit verloren. || Es sinkt dann auf den Zustand herunter, welchen die Verfassungsurkunde vom Jahre 1818 den mediatisirten Fürsten einräumt. Wir behalten die niedere und mittlere Justiz, alles Andere geht an das Reich über. Das muss doch eine Abänderung, eine Beseitigung eines schönen Theiles der bayerischen Verfassung sein. || Nachdem der materielle Inhalt dieses Antrages darauf ausgeht, glaube ich, muss auch die Form gewählt werden, die das Initiativgesetz vom 4. Juni 1848 und die Verfassung vorschreibt. Man kann nicht eine Verfassungsänderung in der Form eines einfachen Antrags hereinbringen. Ich bitte deshalb, nach meinem Antrag auszusprechen, dass der Antrag als Initiativantrag zu behandeln ist.

Dr. Völk: Ich bin wohl darauf gefasst gewesen, dass dieser Antrag von jenseits Widerspruch erfahren werde, aber ich habe nicht geglaubt, dass man darauf verfallen werde, den Antrag, wie er hier gestellt ist, als Initiativantrag

Nr. 527S.
Bayern.
8. Nov. 1873.

aufzufassen und zu behandeln. Nach meiner Ansicht hat man hierbei die ersten Grundsätze, die bereits viel erörterte Frage, was Initiative sei, vollständig ausser Augen gelassen, und wenn der Herr Reichsrath von Pözl noch in diesem Hause sässe, würde er zunächst zu bitten sein, dass er ein Collegium lese über das, was man unter Initiative versteht. || Was bezweckt der Antrag? Er bezweckt, wie sein Wortlaut heisst, nichts Anderes als: Es sei die königl. Staatsregierung aufzufordern, soweit es an ihr liegt, ihre Zustimmung zu einem Gesetzentwurf zu geben, den wir weder gemacht haben noch ändern können, nämlich zu einem Vorschlage des Reichstags auf Abänderung der Reichsverfassung. || Wenn die bayerische Regierung darum ersucht wird, so liegt hierin nicht entfernt eine Aenderung der bayerischen Staatsverfassung; es liegt hierin, meine Herren, nicht einmal ein Act der bayerischen Legislation, es liegt darin nur die Bitte, dass die kgl. Staatsregierung die Befugniss ihrer Abstimmung im Bundesrath nach einer bestimmten Richtung leite. Ich habe mir gedacht, dass die Frage, welche hier einschlägt, bei Gelegenheit des Barth-Schüttinger'schen Antrages in diesem Hause hinreichend erörtert worden wäre, ich habe geglaubt, dass die Vorgänge in andern Staaten hinreichend gezeigt hätten, welche Auffassungen man dort über die Sache habe. Dieselbe Anschauung, welche seiner Zeit die bayerische Abgeordnetenversammlung gehabt hat, ist in Württemberg anerkannt und auch von der Regierung gebilligt worden, und als die sächsische Regierung den Antrag an ihre Kammer gebracht hat, hat man seiner Zeit durch gewisse Missverständnisse geglaubt, dass sich dieselbe auf einen andern Boden gestellt habe, als derjenige sei, auf dem auch unsere Staatsregierung sich bewegt hat. Es ist mir der Wortlaut der Erklärungen, welche in Dresden abgegeben worden sind, noch nicht zugänglich geworden, aber es ist mir versichert worden, dass Herr Minister v. Friesen sich bei seiner Erklärung vollständig auf der Linie bewegt habe, auf welcher v. Mittnacht in Stuttgart und v. Lutz und v. Fäustle in Berlin und München sich bewegt haben. || Welches ist nun der Standpunkt? Es ist der, dass es der Staatsregierung allein zusteht, durch ihre Abstimmung im Bundesrathe mitzuwirken, dass die fragliche Nummer 13 des Art. 4 der Reichsverfassung eine andere Fassung erhält, und dass es nicht in der legislativen Befugniss der bayerischen Abgeordnetenversammlung liegt, hierin eine Entscheidung zu treffen. Deshalb ist unser Antrag auch nicht dahin formulirt, es sei die kgl. Staatsregierung zu ermächtigen, dass sie bei Abgabe ihres Votums so handle. Nach unserer Auffassung und nach der Auffassung, welche das Reichsrecht in der neueren Zeit beinahe einstimmig gefunden hat, liegt diese Ermächtigung in den Verträgen und in der Reichsverfassung vor, und wir fordern die Regierung nur auf, von dieser ihrer Ermächtigung Gebrauch zu machen. Wir erklären ihr nur, dass sie, wenn sie von dieser Ermächtigung Gebrauch macht in Uebereinstimmung mit der Kammer handelt. || Das, meine Herren, ist der Standpunkt, von dem aus der Antrag gestellt worden ist, und nun frage ich Sie, kann bei der Auffassung der Sache, bei der Bedeutung, welche dem

Antrage von uns gegeben worden ist, davon die Rede sein, dass wir es mit einem Initiativantrag zu thun haben? Es liegt kein Initiativantrag vor, weil überhaupt gar kein formulirter Gesetzentwurf vorgelegt ist, sondern nur die Absicht zu erkennen gegeben werden will, es sei der Wille der Kammer, dass die Regierung ihrerseits von einer ihr zustehenden Befugniss Gebrauch mache. || Es ist nun freilich von Seiten des Herrn Abgeordneten Hauck, welcher den Präjudicialantrag gestellt hat, darauf hingewiesen worden, dass durch diese Nummer 13 des Art. 4, wenn sie Reichsrecht werde, die bayerische Verfassung abgeändert werde, und dass dadurch Rechte, welche die legislativen Factoren bei uns haben, alterirt werden. Das ist ebenfalls nicht richtig. Dadurch, dass wir in dieser Frage irgend einen Beschluss fassen, ändern wir an der Sache nichts, weil wir an der Sache etwas zu ändern gar nicht berechtigt sind. Es ist lediglich Sache der Reichsgesetzgebung, auf dem von der Reichsverfassung vorgezeichneten Wege diese Verfassung auch zur Abänderung zu bringen, und es ist das die Frage des vorerörterten Art. 78 der Reichsverfassung Abs. 1 und 2. || Wenn von Seite des Herrn Abgeordneten Hauck gesagt worden ist, es werde dadurch das legislative Recht der bayerischen Kammern durchbrochen, wenn wir dem Antrage die Zustimmung geben, und deshalb sei es ein Initiativantrag, so ist das eine ganz falsche Auffassung schon deshalb, weil, wenn es sich um die Durchbrechung eines Rechtes handelte dieses Recht mit dem Tage schon durchbrochen war, mit welchem durch die Zustimmung zu den Verträgen von Versailles, also auch zu dem Art. 78, die legislative Gewalt, soweit sie in dieser Beziehung Bayern allein innegewohnt hat, an die Reichsgewalt übertragen war. Wir in Bayern können — und das ist ja vielfach erörtert worden — durch keinen Act der Legislation irgendwie Beschlüsse hindern, welche vom Reich in Uebereinstimmung der Reichsfactoren auf dem von der Reichsverfassung vorgezeichneten Wege gefasst werden. || Es ist ein vergebliches Bemühen zu sagen, dass wir dadurch halb oder ganz mediatisirt werden; es ist ein vergebliches Bemühen, zu sagen, dass dadurch, dass ein derartiger Antrag gestellt wird, irgend etwas an der Sache geändert wird. || Die bayerische Kammer kann im vorliegenden Falle nur wünschen, sie kann sich in Uebereinstimmung mit der Regierung setzen, wenn aber die Regierung mit ihr nicht in Uebereinstimmung steht, so kann das die bayerische Kammer ebenfalls nicht ändern. Das Alles ist von Seite des Herrn v. Lutz und von Seite des Herrn Grafen v. Hegnenberg und mir in einer längeren, ja ich darf von mir sagen, nur zu langen Erörterung in der Sitzung vom 7. und 8. Februar 1872 auseinandergesetzt worden, und ich hätte wahrhaftig nicht geglaubt, dass man auf diese alte abgethanene Geschichte wieder zurück zu kommen hätte. Erinnern sich die Herren nicht, was jenesmal gerade auch in Beziehung auf die Verhältnisse zum Reich, auf das Verhältniss, in welches Bayern durch die jenseitige Auffassung überhaupt gerieth, ein Mann gesagt hat, der so lange Jahre der Kammer angehört hat, der so grosse und hohe Verdienste in diesem Hause sich erworben hat, ich

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

darf sagen ein Mann, von dem gewiss Niemand wird behaupten können, dass er jemals geneigt gewesen wäre, sein engeres Vaterland Bayern irgendwie zu schädigen oder in Nachtheil zu setzen. || „Es heisst, sagte er — nämlich Graf Hegnenberg — mit der jenseitigen Auffassung das bayerische Land tief und empfindlich schädigen. Helfen würden Sie mit allen Ihren Gesetzen nichts, denn Sie würden nicht machen können, dass das, was Reichsrecht ist, in Bayern nicht verpflichtet, wenn es einmal Reichsgesetz ist; Sie können nicht verbieten, dass das Reichsrecht auch über Bayern wirkt. Aber, wenn Sie das könnten, was Sie hier wollen, wenn Sie der bayerischen Regierung die Hände binden könnten in ihrer Abstimmung, so würden Sie machen dass die Vertreter Bayerns im Reiche ein wahres Marterbild, ein wahres Folterbild für die übrigen selbstständigen Staatsvertreter sein würden, und Sie würden in Wahrheit den Einfluss, den Bayern als geachtetes Mitglied im Reiche hat, mit Ihren Manipulationen nicht erhöhen sondern vernichten.“ || Das hat Ihnen damals jener Mann zugerufen, von dem ich bereits gesagt habe, dass er sein Leben lang stolz darauf gewesen ist, ein Bayer zu sein. Wohin aber weiter, meine Herren, würde die jenseitige Auffassung, wie sie in der Motivirung seines Antrags von dem Herrn Abgeordneten Hauck ausgedrückt worden ist, führen? || Wir können uns auch darüber die Augen nicht verschliessen. Es ist in der 13. Sitzung des deutschen Reichstags vom 2. April 1873 der fragliche Lasker'sche Antrag gestellt und vom Reichstage angenommen worden. Wie stellt sich die Reichsregierung und wie stellen sich die einzelnen Bundesregierungen zu dem damaligen Lasker'schen Antrage?

Es wird, meine Herren, zur Klarstellung der thatsächlichen Gesichtspunkte genügen, wenn ich Ihnen anführe, welche officielle Erklärung damals der Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Delbrück abgegeben hat. Er sagte: (Siehe oben Nr. 5274, S. 50).

Ich glaube, in diesen Worten war und ist das endgiltige Schicksal des fraglichen Antrags und die fragliche Competenz-Erweiterung des Reiches gegeben. || Wir ändern daran nichts, meine Herren, aber wir können uns in eine schroffe Opposition gegen das Reich setzen, und wir können unserer Regierung Verlegenheiten bereiten. Man hat bisher, meine Herren, das weiss ja Jedermann, der es überhaupt wissen will, uns noch niemals im Reiche majorisirt, man hat auf alle Wünsche, welche von Seite Bayerns vorgebracht worden sind, in einigermassen erheblichen Gegenständen, die grösste Rücksicht genommen. (Rechts: Heiterkeit.) Führen Sie, meine Herren, Beispiele vom Gegentheil an!

Präsident: Ich möchte den Herrn Redner doch darauf aufmerksam machen, dass wir uns in der Behandlung des präjudiciellen Hauck'schen Antrages befinden, und bitten sich auf die Behandlung dieser Frage zu beschränken.

Dr. Völk: Da haben wir die Sache! Der präjudicielle Hauck'sche Antrag ist die materielle Verwerfung des anderen Antrags. Im Uebrigen will ich recht gerne den Wünschen des Herrn Präsidenten nachgeben und nur sagen, ich erwarte den Beweis, dass man uns im Reiche nicht rücksichtsvoll

behandelt habe. (Rechts: Heiterkeit.) Man hat es gethan, meine Herren, machen sie es unserer Regierung nicht unmöglich, dass auch in Zukunft dieselbe Rücksicht gegen uns beobachtet wird.

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

Dr. Ruland: Meine Herren! Hier habe ich die Verfassungs-Urkunde, hier habe ich die „Ergänzungs-Gesetze zur Verfassungs-Urkunde“, und beide werden bald „alte abgethane Gegenstände“ sein! Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Völk'sche Antrag, er mag unter irgend einem Kleide in diese Kammer eingeführt werden, er mag einen rothen oder schwarzen Mantel haben, nichts Anderes ist als eine bedeutende Verfassungsänderung, dass dieser Antrag nichts Anderes ist als ein Antrag, der unter das Initiativgesetz fällt. Nehmen Sie, meine Herren, das Initiativgesetz und den Art. 2 desselben, der ausdrücklich die „Abänderung in den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde“ berücksichtigt. Ist der Völk'sche Antrag keine Abänderung der Verfassung? Ich weise Sie hin auf Tit. I. § 1 der Verfassung, wo noch von einem „Souveräne“ die Rede ist. Diese Souveränität fällt jetzt weg. Ich weise Sie hin auf Tit. VII. § 2 der Verfassung, nach welcher kein Gesetz, welches gegen die Freiheit der Person oder des Eigenthums der Staatsangehörigen überhaupt geht, eingeführt werden kann ohne Berathung und Willen des Landes und seiner Vertretung. Ich weise Sie hin auf Tit. VIII. § 1 der Verfassung, nach welchem alles Recht von der Krone ausgeht. || Meine Herren! Der Völk'sche Antrag ist nichts Anderes als eine Modifikation oder besser Entfernung dieser sämtlichen Artikel der Verfassung! Ist also der Antrag keine Verfassungsänderung? Meine Herren! Wenn ich die Hälfte, ich will sagen den Ueberrest einer Verfassung wegwerfe, ist das keine Aenderung? Nein, meine Herren, hier ist es Aufgabe des Landes und seiner Vertretung, mit aller Kraft noch einmal einzutreten und bis zum letzten Augenblicke das Recht des Landes zu wahren. (Rechts: Bravo!) Für Gewalt können wir nicht; geht Gewalt für Recht, in Gottes Namen, so fahre es hin! Eine spätere Zeit wird zeigen, dass es Männer gab, welche die Verfassungsurkunde nicht ändern lassen wollten, sondern bis zum letzten Augenblicke für dieselbe eintraten und für sie einstanden, und das, meine Herren, sind wir. || Wenn ich Sie nun bitte, auf den Geist des Gesetzes vom 4. Juni 1848: die ständische Initiative betreffend — ich erinnere mich noch lebhaft des Gefühles, in welchem jenes Gesetz provocirt und des Gefühles, in welchem es berathen wurde — einzugehen, so können Sie nichts Anderes, Sie müssen sagen: Ja das ist ein Initiativantrag, und will man ein Gesetz nicht verletzen und über Bord werfen, so muss man die einzelnen Bestimmungen desselben festhalten, und diese Bestimmungen sind genau. Eben der Antrag des Herrn Dr. Völk ist ein Initiativantrag, muss also nach einem Gesetz behandelt werden, von welchem abzuweichen unter irgend welchem Vorwande Niemand in diesem hohen Hause das Recht hat und zu fordern besitzt. Meine Herren, das ist mein Standpunkt. Es ist dasselbe, ob Jemand in dieser oder jener Form die Verfassung antastet, ob

Nr. 5278.
Bayern.
3. Nov. 1873.

er in dieser oder jener Form sie angreifen will; ich für meine Person stehe für dieselbe ein! Wenn mir nun ein Gesetz so deutlich zur Seite steht wie dieses Initiativgesetz, so muss ich darauf bestehen, dass man nach diesem Gesetze verfähre und um so mehr verfähre, da es mich höchst befremdet, dass der erste Gegenstand ein solch tief eingreifendes „Gesetz“ sein soll, das unter der Form eines Antrags in diese Kammer kommt gegenüber dem augenblicklichen Stimmverhältniss, welches ich nur beklage. Meine Herren, das ist mein Standpunkt, und beklagen muss ich es, wenn man den Hauck'schen Antrag verwerfen würde, denn es wäre eine Hinwegsetzung über das Gesetz der ständischen Initiative. (Rechts: Bravo.)

.

[Nach weiterer Discussion wird der Antrag Hauck in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 74 Stimmen abgelehnt.]

Dr. Völk: Die vorausgehende Discussion, meine Herren, hat die Sache wesentlich vereinfacht. Es haben nach der Natur der Sache schon bei der Präjudicialfrage verschiedene Gründe für den Antrag angeführt werden müssen, welche nunmehr umgangen werden können. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, einige kurze Bemerkungen über den materiellen Inhalt des fraglichen Antrags zu machen. || Ueber den Antrag ist im Reichstag schon des öfters verhandelt worden, und er hat gerade, als er das letztmal in der Reichstagssitzung zur Sprache kam, wie ich bereits bemerkte, eigentlich keine eingehende Opposition mehr erfahren. Man hat nämlich im Allgemeinen anerkannt, dass es eine Wohlthat sei, wenn das Reich die Gesetzgebung über das gesammte Civilrecht ausübe, man hat sogar vom particularistischen Standpunkt aus zugegeben, dass es nicht gutgethan sei, diese einzelnen Particularberechtigungen stehen zu lassen. Es ist auch gar nicht einmal richtig, wenn man davon spricht, dass es ein wesentlicher Bestandtheil der Souveränität eines einzelnen Staates sei, dass dieser legislative Gewalt im einzelnen Staate über das gesammte Civilrecht ausübe, wir hatten ja auch im alten Deutschen Reiche eine legislative Gewalt, welche vom Reich ausging; die peinliche Halsgerichtsordnung, die sogenannte Carolina, welche über ganz Deutschland als gemeines Recht gegolten hat, ist Reichsgesetz gewesen. Das gemeine Recht hat sich über Deutschland erstreckt, und es sind nur die Einflüsse, welche die romanischen Juristen geltend gemacht haben — überhaupt nicht zum Nutzen des deutschen Rechtslebens — die Ursache gewesen, dass sich unser deutsches Recht nicht weiter fortgebildet hat. Auch zu Zeiten des Bundes hat es in der Aufgabe sogar des Bundes gelegen, eine gemeinsame Gesetzgebung herbeizuführen, und es ist schon zu jenen Zeiten eine Gemeinsamkeit der Civilgesetzgebung, sich erstreckend auf das Wechselrecht und sich erstreckend auf das Handelsrecht, geschaffen worden. || Ich möchte doch wissen, was in aller Welt der Umstand, dass wir ein gemeinsames deutsches Wechselrecht und ein gemeinsames deutsches Handelsrecht haben, mit der bayerischen Krone und deren Juwelen zu thun hat. Durch das ganze Land, meine Herren, haben

Alle diejenigen, welche am Verkehr theilnehmen, die Wohlthat eines gemeinsamen Wechselrechtes und eines gemeinsamen Handelsrechtes empfunden, und bei Gott, die Krone hat dadurch doch nicht die mindeste Einbusse erlitten. Es ist also eine ganz und gar auf Sand gebaute Argumentation, hier von Kronrechten und capitis deminutio und Mediatisirung u. s. w. zu sprechen. Wir wollen nur das, was beim Reiche war, wieder dem Reiche geben, wir wollen das, was sogar die Bundesverfassung als Postulat hingestellt und theilweise ausgeübt hat, wieder dahin führen, wo es hingehört, und es ist wahrlich nicht recht gethan, in diese rein sachliche Frage Lamentationen über Gewalt u. s. w. hereinzumischen. Was speciell Bayern anlangt, so hat schon die Verfassungs-Urkunde das Postulat aufgestellt, es solle ein gemeinsames Civilgesetz für ganz Bayern geschaffen werden. Die legislative Triebkraft des bayerischen Staates hat aber seit mehr als fünfzig Jahren es nicht dahin zu bringen vermocht all' den Wust der particulären Gesetzgebung aufzuräumen, alle die Lappen zu entfernen, welche das Kleid, das Bayern in Beziehung auf das Civilrecht trägt, zu einem wahren Harlequin-Kleide machen. Man hat manchmal einen neuen grünen oder blauen oder schwarzen Lappen aufgenäht, aber die Sache ist nicht besser sondern sie ist eher schlechter geworden. || Will man uns davon sprechen, dass man heilig gehaltene Partikularrechte nicht verletzen solle, so ist das Phantasterei. Diese sogenannten heilig gehaltenen Partikularrechte kennen unsere Leute grösstentheils gar nicht. Der Kreis Schwaben z. B. hat bis jetzt noch nicht genau herausgebracht, wieviele verschiedene Civilrechte bei ihm eigentlich gelten, und alle Rechtsgelehrten zusammen haben zur Zeit noch nicht eruiren können, ob in Bayern zur Zeit 70 oder 80 oder 86 oder 90 Particularrechte gelten. Wir wissen aber, meine Herren, dass manchmal in zwei verschiedenen Zimmern desselben Hauses verschiedene Rechte gelten. || Den Zustand zu entfernen, ist, wie bemerkt, die legislative Triebkraft des Königreichs Bayern in mehr als fünfzig Jahren nicht im Stande gewesen, und nun tritt man uns, wenn wir die Kraft des Reiches anrufen und glauben, dass hier Wandel geschafft werden könne, mit Dingen entgegen, die wahrhaftig mit dieser rein sachlichen Frage nicht das Mindeste zu thun haben. Ueberall, selbst in republikanischen Gemeinwesen wie in der Schweiz, findet man es im Interesse des Handels, im Interesse des Verkehrs, im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Güterlebens für nothwendig, dass ein gemeinsames Recht geschaffen werde. Wir, meine Herren, in Deutschland haben endlich nach langen, vielen, harten Mühen und Kämpfen uns ein Organ geschaffen, welches uns ein gemeinsames Recht zu geben im Stande ist. Die Vertreter der deutschen Nation haben in wiederholten Anträgen mit grosser Majorität beschlossen, es sei in die Competenz des Reiches die Gesetzgebung über das gesammte Civilrecht aufzunehmen. Es ist zuletzt kaum mehr irgendwie Widerspruch erhoben worden. Die Vertreter der Regierungen haben in nahe Aussicht gestellt, dass eine derartige Kompetenzerweiterung statt habe, sie haben, wie ich Ihnen vorher verlesen habe, in Aussicht gestellt, dass mit dieser Erweiterung der Competenz

Nr. 5278.
Bayern.
3. Nov. 1873.

sofort eine Commission niedergesetzt werde, welche ein gemeinsames Civilrecht, für Deutschland zu schaffen hat, — und Sie muthen dem bayerischen Landtage zu, Sie muthen ihm zu, zu verlangen, dass die bayerische Staatsregierung dem entgentrete, entgentrete mit der Aussicht allenfalls das Gesetz zu verhindern? Nein, meine Herren, nicht mit der Aussicht das Gesetz zu verhindern sondern sich zu isoliren und mit Ihren sechs Stimmen da zu stehen, wo man allein steht. || Ich glaube, wer sein engeres Vaterland liebt, wer ein ge-
deihliches Zusammengehen der einzelnen Staaten und des Reiches will, muss dafür stimmen, dass dem Reiche gegeben werde, was des Reiches ist, dass das Reich uns jene idealen Güter verschaffe, von denen man immer spricht, dass sie jetzt erst kommen müssen, und zu jenen idealen Gütern gehört die Gemeinsamkeit des Rechtslebens. Dadurch, dass ein Volk sich gemeinsame Gesetze gibt, dadurch wächst es zusammen, dadurch wird es erst ein einiges Volk, das seiner Zusammengehörigkeit sich bewusst wird. Ich kann von Niemanden in diesem hohen Hause voraussetzen, darf von Niemand voraussetzen, dass er das Zusammenwachsen der einzelnen Glieder der deutschen Nation nicht will. Wer aber das Ziel will, der muss auch die Mittel dazu wollen. || Deshalb und weil wir wissen, dass die k. Staatsregierung eine Aeusserung der Kammer über ihre Auffassung wünscht, haben wir den Antrag hierher gebracht, wir haben ihn nicht hierher gebracht, weil verschiedene unglückliche Ereignisse uns ein paar Stimmen mehr gegeben haben. Es ist gewissermassen verletzend so etwas uns zuzumuthen, und ich wäre fast geneigt an das Sprichwort zu erinnern: Man sucht Niemand hinter dem Ofen, man sei denn selbst schon dahinter gesessen. Der Antrag ist hierher gebracht worden, weil man im Reiche endlich einen Abschluss in der Frage will, weil man sie nicht verzögert haben will, und weil man, da sie lange genug schon liegt, sie endlich einmal zu erledigen hat. Ich glaube daher, wir handeln nicht nur im Interesse des gemeinsamen deutschen Vaterlandes sondern gerade recht im particulär bayerischen Interesse, wenn wir dem Antrage die Zustimmung geben, um was ich Sie gebeten haben will.

.

Dr. Jörg: Meine Herren! Ich werde auf die in den einzelnen Reden behandelten materiellen Fragen nicht eingehen; ich werde Sie auch nicht lange aufhalten und werde in meinen Worten nebenbei einen Antrag zu begründen suchen, den ich sodann stellen werde, nämlich den Antrag auf Verweisung an eine Commission. || Die Herren haben nun gehört, welche hohe Wichtigkeit auf unserer Seite des Hauses dem Antrage beigelegt wird, welche Bedeutung ein solcher Antrag für die volle Hälfte des Hauses haben muss. Das, meine Herren, wusste Jedermann zum vorhinein, und nun soll ein solcher Antrag durch eine bloße einmalige Berathung, wie es schon in der uns mitgetheilten Tagesordnung heisst, durch das Haus — ich möchte sagen gejagt werden, und es soll einem solchen Antrage nicht einmal die Ehre einer Commissionsberathung zu Theil werden. Das, meine Herren, möchte ich um jeden Preis vermieden wissen, und um diese meine Meinung zu begründen, möchte ich Sie

doch auf ein paar besondere Umstände aufmerksam machen. || Wie der Antrag vor uns liegt, glaube ich sagen zu dürfen, wir wissen nicht einmal, was er eigentlich will, und um was wir mit demselben die Regierung bitten. Das ist allerdings klar, meine Herren, der Antrag will, dass die bisherige Competenz der bayerischen Krone und Landesvertretung in Sachen des Eherechts, des Familienrechts, des Erbrechts und Güterrechts, wohl auch die nothwendig nachfolgende Gerichtsorganisation an das Reich überwiesen werde. Aber was weiter, das, meine Herren, erfahren wir durch den Antrag nicht. Wir wissen nicht, ob Codification oder aber freier Spielraum für eine Reihe von Specialgesetzen, wie dieselben vielleicht vom Reich leichter zu erlangen wären als von einzelnen Landesvertretungen, und wie sie von verschiedenen Seiten her für nothwendig erkannt werden mögen. Schon darüber, meine Herren, erfahren wir durch den Antrag nichts; ich möchte sagen, wir verlangen durch diesen Antrag von der Regierung einen gefüllten Sack, ohne zu wissen, was darin sein soll. || Sehen Sie, meine Herren, das scheint nicht recht passend; ich bin der Meinung, man müsste denn doch auch über diesen Punkt die Ansicht der Regierung hören, und dazu glaube ich, wäre die Verhandlung und Vorberathung in einem Ausschuss der allerpassendste Ort. Die Regierung hat blos auf diese Petition hin eigentlich auch keine Veranlassung, sich hier in der besagten Weise zu äussern. || Meine Herren! Sie haben die formelle Frage verneint, dass der Antrag als ein Antrag auf Abänderung der Verfassung zu behandeln sei; Sie sagen, es handle sich da um eine blosse Bitte, dass die Staatsregierung dies und das thun möge; solche Petitionen seien ja in unserem Hause oft vorgekommen und immer in der bestimmten Weise behandelt worden. Aber, meine Herren, der Herr Abg. Krätzer hat Sie bereits darauf aufmerksam gemacht, dass dies in dem vorliegenden Falle eine ganz andere Sache ist. Wenn dieses Haus sonst eine derartige Bitte an die kgl. Staatsregierung stellte, so drang man darauf, es solle uns eine entsprechende Vorlage gemacht werden; das Hauptgewicht der Verhandlung in diesem Hause fiel dann auf die Berathung dieser Vorlage. Das wird aber im vorliegenden Falle, meine Herren, nicht der Fall sein. Wenn wir jetzt mit einfacher Stimmenmehrheit den Antrag des Herrn Dr. Völk annehmen, dann ist es aus; es kommt kein Regierungsantrag mehr. Ich möchte sagen, meine Herren, diese Petition vertritt in gewissen Beziehungen die Stelle eines Regierungsantrages, und darauf meine Herren, möchte ich ganz besonderes Gewicht legen; ich darf mir vielleicht den Ausdruck erlauben, diese Petition erscheint mir als ein Quasi-Regierungsantrag. Davon steht nun allerdings nichts in der Geschäftsordnung, wie Quasi-Regierungs-Anträge zu behandeln seien. Aber darum möchte ich Sie bitten, meine Herren, überstürzen Sie die Sache nicht durch blos einmalige Berathung und Beschlussfassung, ermöglichen Sie, dass man die wahre Sachlage in dem Ausschusse erfahre; ich für meine Person würde mich sehr gerne berichtigen lassen. || Ja, meine Herren, man kann sogar der Meinung sein, dass dieser Antrag eigentlich den Zweck habe, offene Thüren einzustossen. Ich er-

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

kläre mich über diese meine Meinung nicht gerne weiter; aber auf mich persönlich hat der Antrag einen eigenthümlichen Eindruck gemacht. Ich habe mit meinen leiblichen Augen die Unterschriften des Herrn Dr. Völk und des Herrn Collega Herz gesehen, mit einem gewissen seelischen Auge aber, meine Herren, schien mir dahinter eine Hand zu erscheinen, eine leitende Hand, welche die beiden Herren mit ihrem Segen vorausgeschickt hat, um auf dem allereinfachsten und bequemsten Wege gewisse Schwierigkeiten und Anstände zu beseitigen. Ich will Ihnen, meine Herren, auch sagen, wie ich auf diese Meinung gekommen bin. Vor ein paar Wochen ist in den öffentlichen Blättern die Nachricht erschienen, die kgl. Staatsregierung werde in Bezug auf den Lasker'schen Antrag dem demnächst zusammentretenden Landtage eine Vorlage machen. Ich wurde von dieser Nachricht ausserordentlich lebhaft ergriffen (Heiterkeit), ich kann Ihnen sagen, meine Herren, wenn dieser Ausdruck hier erlaubt wäre — ich war ganz „paff“ und zwar aus folgenden Gründen. || Wie schon der Herr Abg. Dr. Völk den bisherigen Standpunkt der kgl. Staatsregierung ganz richtig charakterisirt hat, nun so ist es auch. Die kgl. Staatsregierung hat seit der Berathung der Versailler-Verträge und damals auch, wie die Herren sich erinnern werden, im allerentschiedensten Widerspruche mit dem damaligen Führer der linken Seite des Hauses und ihrem Referenten stets behauptet, dass es keineswegs ihre Pflicht sei, in Bezug auf ihre Voten im Bundesrathe die vorherige Zustimmung der bayerischen Landesvertretung einzuholen, auch dann nicht, wenn es sich um Verfassungsänderung handle. Sie empfangen ihre Instruction in Bezug auf diese Voten von Seiner Majestät dem Könige. Was die Landesvertretung betreffe, so könne die Landesvertretung, wenn solch' ein Votum ihr hintennach nicht anstehe, die betreffenden Minister nach Massgabe des Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes belangen und exequiren, sie könne mit einem Worte das thun, was der berühmte Staatsrechtslehrer Robert v. Mohl in einer seiner neuesten Schriften damit bezeichnet hat: das heisse die Thür zumachen, wenn die Kuh aus dem Stalle sei. || Das, meine Herren, war der Standpunkt der kgl. Staatsregierung, Wenn nun eine Vorlage, wie davon in der Presse die Rede war, uns gemacht worden wäre, dann, meine Herren, hätte sich die Regierung unfehlbar ein schweres Präjudiz geschaffen zu unseren Gunsten. Es ist inzwischen, wie Sie gehört haben, in Sachsen eine solche Vorlage thatsächlich erfolgt. Wie man dort um das Präjudiz herumkommen wird, weiss ich nicht. Das aber weiss ich, meine Herren, dass durch den Antrag der Herren Dr. Völk und Herz bei uns um das Präjudiz herumgekommen wird. || Es kommt noch etwas Anderes dazu, meine Herren! Würde die kgl. Staatsregierung eine solche Vorlage uns machen, dann bedürfte sie ohne Zweifel der Zweidrittel-Majorität in diesem Hause; ich glaube, dass in diesem Falle diese formelle Frage kaum verneint werden könnte. Von einer Zweidrittel-Majorität, auf welche die kgl. Regierung in diesem Hause bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen rechnen könnte, wäre wohl keine Rede. Auch um diese Ecke kommt man durch den

Dr. Völk'schen Antrag herum. (Rechts: Bravo!) Endlich noch ein Drittes, meine Herren! Der Dr. Völk'sche Antrag hat noch eine weitere Perspective in die Ferne: Sie haben eben gehört, unsere kgl. Staatsregierung gesteht vollkommen zu, dass sie in Bezug auf ihre Voten im Bundesrathe nachträglich dem Ministerverantwortlichkeitsgesetze unterliegen würde. Meine Herren! Auch um diese Ecke kommt man durch den Dr. Völk'schen Antrag herum; denn für alle Zeiten kann die kgl. Staatsregierung sagen: Ja, meine Herren, das haben Sie selber gewollt. || Nun, meine Herren, glaube ich, wird mir Niemand in Abrede stellen: der Völk-Herz'sche Antrag hat seine eigenthümlichen Seiten, hat seine sehr eigenthümliche Bedeutung. || Ich, meine Herren, bin der Meinung, es würde geradezu der Würde dieses hohen Hauses nicht angemessen erscheinen, wenn man die Sache über's Knie abbräche! Ich bin der Meinung, wir müssen jedenfalls genau wissen, was die kgl. Staatsregierung und zwar in beiden von mir angedeuteten Richtungen denkt, und ich bin der Meinung, in solchen Dingen kann man mit der kgl. Staatsregierung so ganz con amore und gemüthlich nur im Ausschusse sprechen. Jedenfalls glaube ich nicht, meine Herren, dass Sie uns auf dieser Seite des Hauses zumuthen wollen, wir sollten mit verbundenen Augen zu dem Antrage der Herren Dr. Völk und Herz „Ja“ sagen, und aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, nehmen Sie den Antrag an, den ich sofort schriftlich einbringen werde.

Der kgl. Staatsminister Dr. v. Fäustle: Meine Herren! Vor Allem darf ich es wohl bezüglich der geschäftlichen Wünsche des Herrn Abg. Dr. Jörg vollständig Ihrem Ermessen anheimstellen, ob Sie den Antrag der Herren Abg. Dr. Völk und Herz an eine Commission verweisen wollen oder nicht. Das ist eine Angelegenheit Ihrer inneren Geschäftsbehandlung, in die ich mich nicht zu mischen habe. Die kgl. Staatsregierung wird ihren Standpunkt in der vorliegenden Frage in einer Commission ebenso offen darlegen, wie sie es in diesem hohen Hause selbst zu thun bereit ist. || Das aber muss ich bekennen, dass mir persönlich der vorliegende Antrag in hohem Masse willkommen ist. Hätten denselben die Herren Dr. Völk und Herz nicht eingebracht, so würde ich, obwohl ich mich theoretisch zu den Grundsätzen bekenne, welche in Bezug auf Art. 78 Abs. I. der Reichsverfassung auß Anlass des Barth-Schüttinger'schen Initiativantrages von Seite der kgl. Staatsregierung ausgesprochen worden sind, eingedenk der ministeriellen Verantwortlichkeit aus eigener Initiative die nächste Gelegenheit ergriffen haben, um, sei es an geeigneter Stelle der Budgetberathungen, sei es bei irgend einem andern Anlasse dem hohen Hause die Anschauung der kgl. Staatsregierung in dieser Beziehung darzulegen, bevor ich in Berlin Namens derselben ein definitives Votum abgegeben hätte. Ich trage das Bewusstsein in mir loyal gehandelt zu haben und kann auch in dieser Angelegenheit Jedermann offen in die Augen sehen. || Ueber die historischen Vorgänge, meine Herren, brauche ich mich wohl kaum näher zu äussern, sie haben sich vor unseren Augen vollzogen und sind noch in Aller Erinnerung. Während die Nordbundverfassung und ihr folgend die deutsche Reichsverfassung

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

in Art 4 Ziff. 13 der Reichsgesetzgebung von Gegenständen des Privatrechtes ausser dem Handels- und Wechselrechte bloß das Obligationenrecht überträgt, will der Lasker'sche Antrag dem Reiche die Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht überwiesen wissen. || Ich behalte mir vor, meine Herren, noch in Kürze des Näheren auf die dem Antrage allerdings zur Seite stehenden, wichtigen sachlichen Gründe zurückzukommen. Demungeachtet glaubte ich im vorigen Jahre, als die Sache im Reichstag zur Sprache kam, Bedenken tragen zu sollen dem Antrage zuzustimmen, und zwar deshalb, weil mir damals als das Ziel des Antrages weniger die Codification des bürgerlichen Rechtes als die Möglichkeit der Erlassung von privatrechtlichen Specialgesetzen erschien, und ich allerdings den regellosen Erlass von Reichs-Specialgesetzen, eingegeben vom augenblicklichen, wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnisse und beeinflusst durch die jeweiligen politischen Stimmungen und Zeitströmungen, für kein Glück halte. Es würden hierdurch die Rechtssysteme der einzelnen Landesrechte in ihrem organischen Zusammenhange gestört und zerbröckelt, wir hätten nichts als die Frucht der Rechtsunsicherheit. || Würde der Antrag noch jetzt zunächst nur solchen Zwecken zu dienen haben, so vermöchte ich mich auch heute nicht für denselben zu erklären, denn ich machte nie Hehl daraus, dass die Bestimmung der Frankfurter Reichsverfassung vom Jahre 1849, wonach der Zuständigkeit des Reiches die „Abfassung allgemeiner Gesetzbücher über das bürgerliche Recht“ überwiesen sein sollte, meinen Auffassungen mehr entspräche als die gegenwärtige Fassung des Lasker'schen Antrags. || Als der Antrag Lasker im Frühjahr dieses Jahres neuerdings im Reichstage reproducirt wurde, wurde von Seite des Antragstellers selbst der Nachdruck auf die Codification gelegt, und die verfassungsmässige Mehrheit der im Bundesrath vertretenen Stimmen — und zwar habe ich hier die verfassungsmässige Mehrheit im Sinne des Art. 78 Abs. I. im Auge — ermächtigte den Präsidenten des Reichskanzleramtes zu der bedeutungsvollen Erklärung, welche heute schon der Herr Abg. Dr. Völk dem hohen Hause bekannt gegeben hat. Anticipirend will ich gleich hier bemerken, wie ich nicht zweifle, dass, wenn der Antrag zum Gesetz geworden ist, sofort die Commission gebildet werden wird, welche sich mit der Abfassung des Gesetzbuches zu beschäftigen hat. || Obwohl durch diese Erklärung mein wesentlichstes Bedenken gegen den Antrag beseitigt war, so habe ich es doch abgelehnt, Namens der bayerischen Regierung im Bundesrath eine bestimmte Erklärung abzugeben, da ich es für unerlässlich hielt, in einer so wichtigen Frage zuvor den bayerischen Kammern Gelegenheit darzubieten, sich über solche ohne Zweifel tief eingreifende Verfassungsänderung zu äussern. Hätte der Antrag der Herren Dr. Völk und Herz nicht Anlass dazu geboten, ich hätte ihn selbst ergriffen, und zwar hätte ich es schleunig gethan, denn man hat zu meist mit Rücksicht auf solchen von bayerischer Seite geäußerten Wunsch die Abstimmung im Bundesrath seit April dieses Jahres verschoben und ich wäre wohl kaum im Stande, dieselbe noch länger aufzuhalten. || Nunmehr, meine

Herren, stehe ich keinen Augenblick an, die Meinung der Regierung offen darzulegen und zu erklären, dass dieselbe die Zustimmung zu dem Antrage für dringend wünschenswerth hält, und dass sie es freudig begrüßen würde, wenn sie in den bayerischen Kammern einer gleichen Auffassung begegnen und von diesen in dem Streben unterstützt würde, in einer so wichtigen Frage Bayern zu keiner isolirten und, ich darf wohl sagen, jetzt schon als fruchtlos voraussehenden Verneinung im Bundesrathe verurtheilt zu sehen. || Mit Ausnahme einer einzigen Bemerkung, welche mit der Thätigkeit eines bayerischen Vertreters im Bundesrathe zusammenhängt, verspreche ich Ihnen alle politischen Erwägungen von der Erörterung ferne zu halten, denn dem Antrage vermögen wir nur dadurch gerecht zu werden, dass die fachmännischen Gesichtspunkte in demselben zum Ausdruck gelangen. Der Antrag wäre wohl längst zu einer anderen Beurtheilung gelangt, wenn ihm nicht so viel unseliger politischer Stoff angekränkelt worden wäre. Durch die fachmännische Beurtheilung des Gegenstandes vermögen wir allein denselben richtig zu würdigen. || Vor Allem möchte ich nun daran erinnern, dass schon als die norddeutsche Bundesverfassung im Jahre 1867 in dem sogenannten constituirenden Reichstage berathen wurde, die gegenwärtige Bestimmung der Reichsverfassung, wonach lediglich das Obligationenrecht der Reichsgesetzgebung überwiesen sein soll, Gegenstand der Controverse war. Nicht die Fortschrittspartei, meine Herren, und nicht die Nationalliberalen waren es, welche auf diesen Punkt aufmerksam gemacht haben, es geschah von Männern, welche sich die möglichste Erhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten zur Aufgabe gesetzt haben, insbesondere von Seite des hochverdienten Rechtsgelehrten v. Wächter, der den Gedanken geltend machte, dass, wenn man einmal das Obligationenrecht der Reichsgesetzgebung sichern wolle, man dabei nicht stehen bleiben dürfe und könne, dass man dann nothwendig und consequent das gesammte bürgerliche Recht derselben werde einräumen müssen. || Wir befinden uns, meine Herren, hier überhaupt auf einem Gebiete, wo sich die deutschen Einigungs-Bestrebungen am frühesten geltend gemacht haben, und zwar sind es nicht blos die Völker gewesen, welche die Anregung dazu gegeben haben. Die Regierungen selbst waren es, welche dem Bedürfnisse Ausdruck gaben. Während vordem wenigstens im Grossen das gemeine Recht die innere Gemeinschaft des deutschen Rechtslebens vermittelte, zeigte sich nach Auflösung des deutschen Reichs alsbald, dass die vielen particulären Rechtsbildungen und die Bestrebungen der einzelnen Staaten, selbständig in Bezug auf die Feststellung ihres Privatrechtes vorzugehen, so erfreulich diese Regsamkeit an sich war, im Wesentlichen nur Nachtheil brachten. Es wurde dadurch das Rechtsleben und die Rechtswissenschaft der inneren Gemeinschaft beraubt, deren Zerstörung ebenso für die wissenschaftliche Pflege des Rechtes als für die Befriedigung der praktischen Bedürfnisse der Nation nachtheilig werden musste. Diesen Erwägungen und Bedürfnissen sind die Bestrebungen der deutschen Regierungen entsprossen, eine allgemeine deutsche Wechselordnung, ein deutsches Handelsrecht zu Stande zu bringen, und der

Nr. 5278.
Bayern.
S. Nov. 1873.

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

bayerischen Regierung haben wir hauptsächlich zu danken, dass in einer zu Dresden niedergesetzten Commission die Codification des Obligationenrechts in Angriff genommen wurde. || Das, meine Herren, vollzog sich noch zur Zeit des deutschen Bundestages. Ich will damit nur soviel beweisen, dass die vorliegenden Tendenzen schon viel früher ins Leben getreten sind als die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs, und ich bin lebhaft überzeugt und spreche es offen aus, dass, wenn auch die Neubegründung des Deutschen Reiches nicht gelungen wäre, die Rechtseinheit im Gebiete des bürgerlichen Rechtes und des gerichtlichen Verfahrens auf irgend einem Wege doch zur Durchführung gekommen sein würde. (Sehr wahr!) || Meine Herren! Wir Bayern haben besonderen Grund zu wünschen, dass die bestehenden Zustände geändert werden. In Sachsen ist der Versuch einer Codification des Landrechtes gelungen; wir Bayern dagegen mühen uns seit dem Jahre 1809 vergeblich damit ab. Die nicht beneidenswerthe Beschaffenheit des dermaligen Zustandes der einheimischen Gesetzgebung über das bürgerliche Recht, die Buntscheckigkeit der vielen Statutarrechte, die Unsicherheit der Rechtsstatistik, die Atomisirung der Rechtsgebiete nicht nur nach Districten und Ortschaften sondern nach Häusern und Hausparzellen sind so allbekannt und sind in- und ausserhalb dieses Hauses schon so oft und drastisch geschildert worden, dass jedes Wort hierüber überflüssig wäre. Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, dass Bayern auf diesem Gebiete dringender als vielleicht irgend ein anderer deutscher Bundesstaat der Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse bedarf. || Eine solche Abhilfe erreichen wir nicht dadurch, dass wir das eine oder andere Particularrecht aufgeben, zeitgemäss umgestalten oder in die Sprache unserer Zeit übertragen; diese Aufgabe, wenn sie gründlich in Angriff genommen und gelöst werden soll, lösen wir nur durch ein neues, für das ganze Land geltendes Gesetzbuch. || Nun, meine Herren, könnten wir dieses Gesetzbuch allerdings selbst in Angriff nehmen, wenn der Standpunkt der Reichsverfassung ein anderer wäre, als er es ist. Ich habe eine lebhafte Empfindung für diejenigen Auffassungen mir bewahrt, welche die bayerische Selbständigkeit möglichst erhalten wissen und es vermeiden wollen, dass weitere Rechte des Landes zum Opfer gebracht werden. Ich begreife diesen Standpunkt und habe es in Berlin auch jederzeit für meine Pflicht gehalten ihm gerecht zu werden. Aber, meine Herren, ich fürchte, dass wir in dem vorliegenden Punkte ein grösseres Uebel herbeiführen. Man hat heute die Schweiz und Amerika genannt; diese Beispiele passen nicht. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben das bürgerliche Recht überhaupt nicht in den Bereich der durch die Bundesgesetzgebung zu regelnden Gegenstände aufgenommen. Die schweizerische Bundesverfassung vom Jahre 1848 und die amerikanische Verfassung von 1787 haben das gesammte bürgerliche Recht überhaupt der autonomen Regelung der Einzelstaaten überlassen. Hier hat die Frage eine ganz andere Bedeutung. || Ganz verschieden gestaltet sich's nach der deutschen Reichsverfassung. Nach Art. 4. Ziff. 13 ist das Obligationenrecht bereits

Gegenstand der Reichsgesetzgebung; im Angesichte dieser Bestimmung ist es daher geradezu unmöglich, ein besonderes bayerisches Civilgesetzbuch für diejenigen Rechtsmaterien zu erlassen, welche nicht im Bereiche des Obligationenrechtes begriffen sind. Ich kann mir, meine Herren, nicht versagen, in diesem Punkte die Anschauung eines der berufensten Schriftsteller über die vorliegende Frage mitzutheilen, er schildert die Sache besser, als ich es vermöchte. Es ist Goldschmidt, der sich im Jahrgang 1872 der Wochenschrift: „Im neuen Reiche“ folgendermassen äussert:

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

„Politisch mag der Beschluss, die Reichsgesetzgebung auf das Obligationenrecht zu beschränken, nicht unrichtig gewesen sein, aber er ist völlig undurchführbar. Ist es nicht eine Absurdität, dass derselbe Gesetzgeber das Recht der Bürgschaft regeln darf, aber sich jeder Bestimmung über Pfandrecht enthalten muss, dass er festsetzen darf, in welchem Augenblick den Käufer die Gefahr der gekauften Sache trifft, nicht aber, wann deren Eigenthum auf denselben übergeht? Dass er bestimmen darf, welche Wirkung die Anerkennung bestehender Verbindlichkeiten, nicht aber, welche Wirkung die Anerkennung von Eigenthum oder Servitut hat? || Versucht man gar ein ganzes Obligationenrecht zu entwerfen, so muss man entweder die wichtigsten Fragen unbeantwortet lassen, oder man muss zahlreiche Fragen entscheiden, welche für das Obligationenrecht keine anderen sind als für das gesammte Privatrecht. || In dem einen Falle schafft man ein höchst lückenhaftes Werk, im anderen Falle greift man dergestalt in die übrigen Rechtstheile ein, dass entweder die bunteste Principlosigkeit Platz greift, oder zwischen dem gemeinsamen Obligationenrecht und den für die übrigen Rechtstheile in Kraft verbleibenden Landesrechten unlösbare Widersprüche entstehen. Was ist endlich Obligationenrecht? Die Juristen sagen, das Recht der Forderungen, der Schulden, der Verbindlichkeiten. || Von diesem Obligationenrecht scheidet man das Sachenrecht, das Familienrecht, das Erbrecht, wohl auch das Personenrecht und die allgemeinen Lehren. So braucht es die Jurisprudenz für die Systematik im Unterricht, in den Compendien, allenfalls auch in den Gesetzbüchern. Aber wie flüssig und wie unbestimmt sind diese Grenzen! Gehört das Pfandrecht in das Obligationenrecht oder in das Sachenrecht? Darüber wird gestritten. Die Vormundschaft, die Schenkung, die Reallasten haben eine überwiegend wenn nicht ausschliesslich obligatorische Seite. Die Lehre von den Vermächtnissen gehört dem Erbrecht an, und doch kann sie grossentheils in's Obligationenrecht gestellt werden. Es gibt kein Rechtsverhältniss, welches nicht Obligationen hervorriefe: die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, zwischen Ehegatten, das Eigenthum, der Besitz, der Niessbrauch, jedes streitige, ja jedes zu Unrecht bestehende Verhältniss z. B. der unstatthafte Besitz fremder Sachen erzeugt Verbindlichkeiten. Wo soll hier die Grenze gezogen werden? Unser Rechtsleben sowenig als unsere Gesetzgebung darf sich in die Schnürstiefel theorethischer Systematik spannen lassen. Es ist gar nicht möglich,

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

einen wichtigen Theil des Privatrechtes ohne Hinblick auf das Ganze richtig zu gestalten. Die einzelnen Theile des Privatrechtes sind Glieder eines einheitlichen Organismus. So gehörten z. B. die Rechtsbeziehungen zwischen Käufer und Verkäufer dem Obligationenrechte an, aber sie müssen sich sehr verschieden gestalten, je nachdem Eigenthum durch blossen Vertrag übergeht wie nach französischem Rechte oder nur durch Uebergabe der Sache wie nach gemeinem Rechte und den meisten Gesetzgebungen, je nachdem die Rechtsverfolgung des Eigenthums in dritter Hand unbeschränkt statthaft ist wie nach gemeinem Rechte, oder nur beschränkt wie nach den neueren Gesetzgebungen. Schon die principielle Loslösung des Handels- und Wechselrechts von dem übrigen Privatrecht ohne dessen gleichzeitige Regelung war ein höchst bedenkliches und in manchen Beziehungen nicht gelungenes Unternehmen — jede weitere Theilung führt zur völligen Verwirrung.“

Sind die Verhältnisse derart gelagert, wie ich sie vom wissenschaftlichen Standpunkte aus geschildert habe, so erscheint es, nachdem das ganze Obligationenrecht der Reichsgesetzgebung bereits überantwortet ist, meines Erachtens ganz undenkbar, dass die bayerische Staatsregierung und die bayerische Landesvertretung sich jemals in die Lage versetzen wird, die Zeit, die Mühe und die Kosten aufzuwenden für ein bayerisches Civilgesetzbuch über diejenigen Materien, welche nicht in den Bereich des Obligationenrechtes fallen, wenn die Gefahr besteht, das nach jahrelanger Anstrengung zu Stande gebrachte Werk vielleicht wenige Monate, nachdem es in Wirksamkeit getreten, schon wieder durch die Reichsgesetzgebung in einzelnen Partien ausser Kraft gesetzt, in seinem ganzen organischen Zusammenhange erschüttert und durchbrochen sehen zu müssen. || Wir können z. B. die Reichsgesetzgebung nicht hindern, wenn sie bei Codification des Obligationenrechtes die allgemeinen Grundbegriffe des Rechtes in ihren Bereich zieht. Es geht aber doch nicht an, dass in den der bayerischen Gesetzgebung verbliebenen Materien in jenen wesentlichsten Richtungen andere Principien gelten als in der Reichsgesetzgebung. || Damit ist wohl der fachmännische Beweis geliefert, dass, wer das Obligationenrecht gesetzlich zu regeln befugt ist, eigentlich die ganze Civilgesetzgebung in der Hand hat. || Was Bayern bedarf, was ihm dringend noth thut, meine Herren, das ist nach meinem Dafürhalten ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch. Dies bekommen wir aber nur vom Reiche, und wer die Hand dazu nicht bietet, der kommt nothwendig zu dem Schlusse: Lieber die Stagnation als ein gemeinfassliches, in die Sprache und Sitten unserer Zeit übersetztes bürgerliches Gesetzbuch! Meine Herren! Bei aller Anerkennung der auf möglichste Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Bayerns gerichteten Bestrebungen — soweit möchte ich für meine Person die Consequenz und den Pessimismus nicht getrieben haben. || Man hat bemerkt, es sei grosse Gefahr, dass die bestehenden Particularrechte, soweit sie noch lebensfähig sind, vom Reiche nicht beachtet werden. Meine Herren, ich komme hier in der That

zur gegentheiligen Auffassung: Wer in legislativen Dingen bewandert ist, der wird mir bestätigen, dass derjenige am conservativsten ist, der die grösste Aufgabe vor sich hat. Je grösser die Aufgabe im Gebiete des bürgerlichen Rechtes gegriffen ist, desto mehr wird sich der Gesetzgeber Enthaltensamkeit auferlegen müssen und nicht in Dinge mischen, die er nicht regeln kann, oder an deren einheitlicher Regelung kein Interesse besteht. Die Garantie, dass lebensfähige Particularrechtsbestimmungen und Statuten gewahrt bleiben, haben wir beim Reiche vielleicht mehr, als wenn wir selbst codificiren würden. Ich glaube, das Reich wird weniger nivelliren als wir es thäten, wenn wir mit der Aufgabe der Codification uns befassen würden. Ich bin in diesem Falle um so weniger besorgt, als das, was wir in dieser Beziehung zu schützen haben, alle andern Staaten in Deutschland auch zu schützen bestrebt sein müssen. Es ist die Art des deutschen Volkscharacters, dass jeder Stamm seine besondern Eigenthümlichkeiten hat, seine Sonderbildungen pflegt und werth hält. Was die Bayern Besonderes haben, haben die Mecklenburger, haben die Hessen, haben alle deutsche Stämme in gleicher Weise, jeder von ihnen hat das nämliche Interesse wie wir, nämlich das Interesse, dass die bestehenden particulären Rechtsbildungen namentlich im Gebiete des Familien- und Erbrechts, soweit sie lebensfähig sind, nicht gewaltsam beseitigt und aufgeopfert werden. Wir haben bereits in dieser Beziehung ein Beispiel an dem Entwurfe der deutschen Civilprocessordnung, und das macht mich auch geneigt, bezüglich des Kommenden weniger besorgt zu sein, als der Herr Abg. Kurz bezüglich der Hypothekenordnung ist. Als die Commission zur Ausarbeitung einer deutschen Civilprocessordnung an die Frage kam, wie das Immobiliär-Executionswesen im Civilprocesse geregelt werden solle, hat sie das Ganze den einzelnen Landesgesetzgebungen überlassen, und die bayerische Staatsregierung wird seinerzeit in der Lage sein, in dieser Beziehung dem bayerischen Landtag einen artikelreichen Entwurf vorzulegen. Es ist einfach deshalb geschehen, weil man in die Immobiliär-Gesetzgebungen der deutschen Einzelstaaten nicht eingreifen, die besonderen Eigenthums- und Hypothekengesetze nicht alteriren wollte. || Auch wenn wir eine allgemeine deutsche Civilgesetzgebung erreichen, wird es sicher nicht ausbleiben, dass grosse Rechtsgebiete den einzelnen Staaten zur autonomen Regelung überlassen werden müssen. [Ich erinnere nur an die Fideicommissse und an die agrarische Gesetzgebung. Es werden auf vielen Gebieten dispositive Bestimmungen nothwendig werden, welche den bestehenden und begründeten particulären Rechtsbildungen freien Raum lassen. || Man hat gesagt: Obgleich vom Präsidenten des Reichskanzleramtes im Reichstage die bereits angeführten Erklärungen abgegeben wurden, vor Specialgesetzen seien wir doch nicht sicher. Meine Herren! Das Alles als Unmöglichkeit zu bezeichnen, ist wohl Niemand in der Lage. Aber, meine Herren, die sofortige Bildung der Commission, die sofortige Beschäftigung derselben mit Ausarbeitung eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuches trägt das wirksamste Correctiv in sich selbst. In dem Momente, wo die Com-

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

mission die vorliegende grosse Aufgabe in Angriff genommen und das ganze bürgerliche Recht im organischen Zusammenhang zum Gegenstande ihrer legislativen Thätigkeit gemacht haben wird, wird es doppelt bedenklich sein, einzelne kleine Materien durch Specialgesetze einer gesonderten Regelung zu unterwerfen und einer zusammenhängenden Behandlung im Civilgesetzbuche zu entziehen. Die Specialgesetzgebung würde sich sicher auf unabweisbar dringliche Gegenstände beschränken, und da möchte ich mir zu bemerken erlauben, dass Gesetze, welche so dringlich sind, dass sie vor der Codification des bürgerlichen Rechtes beim Reiche nicht abgewehrt werden können, unter veränderten Verhältnissen auch von der bayerischen Legislative nicht abgelehnt werden könnten. || Man hat die Behauptung aufgestellt, und ich halte mich für verpflichtet sie sorgfältig zu würdigen, dass mit der Annahme des vorliegenden Antrags die Mediatisirung Bayerns ausgesprochen werde. Meine Herren! Ich bin durch mein Herz und meine Pflicht gemahnt in dieser Beziehung mindestens so ängstlich und empfindlich zu sein wie diejenigen Herren, welche diesen Punkt angeregt haben; mein höchstes Streben ist die Landesrechte zu wahren und insbesondere an den Rechten meines erhabenen Königs und Herrn auch nicht das Geringste zu vergeben. Aber ich kann nicht begreifen, wie durch den vorliegenden Antrag irgendwie die Souveränität und die Selbständigkeit des Staates beeinträchtigt werden soll. Wir haben jetzt schon seit vielen Jahren ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch und eine allgemeine Wechselordnung. Sie sind zu Stande gekommen durch einfaches Ja sagen der bayerischen Kammern, ohne dass es ihnen vergönnt gewesen wäre noch Zusätze oder Abstriche vorzunehmen. Es hat die bayerische Regierung seinerzeit selbst den Anstoss zu einer Codification des Obligationenrechtes gegeben; wir haben seit Existenz der Reichsverfassung mannigfache gemeinsame Gesetze — Sie mögen über dieselben urtheilen wie Sie wollen, das, meine Herren, wird man mit Grund nicht behaupten können, dass dadurch die Souveränität, überhaupt die Selbständigkeit unseres Staates irgendwie Eintrag erlitten hat. Man dürfte vor Aufstellung solcher Behauptungen wohl daran thun, sich die Sache genau anzusehen und dieselbe einer nüchternen, unbefangenen Betrachtung zu unterwerfen. Die Gründe, aus denen die Rechtseinheit auch mit der durchweg föderativen Entwicklung des Reiches verträglich ist, sind einfach gelagert. Wer wird leugnen wollen, dass heut zu Tage in so und so vielen Rechtsprincipien nicht einmal die geographischen Grenzen einer grossen Nation mehr massgebend sind, dass fast der überwiegende Theil des Privatrechtes in Folge der grossartigen Entwicklung unseres Verkehrslebens internationale Natur angenommen hat? Jedenfalls aber ist die gegenwärtige geographische Grenze der deutschen Bundesstaaten keine Grenze für ihr Recht. Wie sich schon an den alten deutschen Volksrechten die gemeinsame nationale Grundlage überall nachweisen lässt, so ist dies jetzt, wo die einzelnen Stämme noch viel näher aneinander gerückt sind, noch in viel höherem Grade der Fall. Württemberg und Baden haben im Grossen und Ganzen kaum mehr ein anderes Rechts-

bedürfniss als Bayern, Hessen hat kaum mehr ein anderes Rechtsbedürfniss als Preussen und Preussen kaum mehr ein anderes als Bayern. Derartige Dinge, meine Herren, können nicht in geographische Grenzen gebannt werden, das Recht hat eine internationale Natur und unter allen Umständen eine grosse nationale Grundlage und Bedeutung, und deshalb bedarf es einer gemeinsamen Regelung. || Auf politische Erörterungen werde ich, wie ich schon anfänglich gesagt habe, mich nicht einlassen: nur einen einzigen Punkt will ich berühren, der sich auf die Thätigkeit der bayerischen Vertreter im Bundesrath bezieht. Man hat bemerkt, das Beste wäre einfach „Nein“ zu sagen, die bayerische Regierung soll sich im vorliegenden Falle majorisiren lassen. Meine Herren! Ich ehre auch diese Meinung, aber sie heisst im Effect nichts Anderes, als: Man will sich ein freiwilliges Martyrium auflegen, um schliesslich bei einer Consequenz anzukommen, die man jetzt wahrscheinlich selbst noch nicht will eine Fronde gegen das Reich. Meine Herren, dazu bin ich nicht zu brauchen, und ich fürchte, dass wir Bayern mit jener verzweiflungsvollen Resignation auch allein stehen würden, denn die Feinde der bayerischen Sonderrechte leben nicht in Preussen allein. Ich glaube, meine Herren, dass, wer den bayerischen Interessen im Deutschen Reiche wirksam dienen will, darauf verzichten muss, sich in den Schmollwinkel zu stellen. Wir müssen mitthun, wir müssen treu und thätig mitarbeiten an dem gemeinsamen Werke; dann ist unsere Stimme von hoher Bedeutung, dann ist sie nächst Preussen vielleicht eine der einflussreichsten in Deutschland. Wer in der Lage sein will, unbegründete Ansprüche mit Nachdruck und wirksam zurückzuweisen, der darf sich in denjenigen Fällen nicht unnachgiebig zeigen, wo berechtigte Wünsche und Ansprüche zu befriedigen sind. In einem Punkte bin ich vielleicht ein Particularist, so stark wie man es nur sein kann. In wichtigen und grossen Fragen der innern oder äussern Reichspolitik den Heimatstaat Bayern im Bundesrath majorisiren zu sehen, (Links: Bravo!) das ist für mich ein Anblick den ich kaum verträge. (Links: Bravo!) || Meine Herren! Ich bin zum Schlusse gelangt. Ich habe Ihnen den Standpunkt der bayerischen Regierung von fachmännischer Seite einfach dargelegt wie er ist. Auf einem anderen Wege als auf dem der nüchternen Auffassung der Dinge kommen wir in dieser Frage nie zu einem klaren Ziel. Ich selbst, meine Herren, habe in dieser Angelegenheit ein gutes Gewissen. Wer diese Sache vertritt, der kann es auch haben; denn ich trage die lebhafteste Ueberzeugung in mir, dass die nachfolgende Generation den Männern ein wohlwollendes Andenken bewahren wird, welche, was an ihnen lag, dazu beigetragen haben, dass an die Stelle von zerstreuten, häufig schwer verständlichen und theilweise sogar nicht einmal in der Muttersprache abgefassten Rechtsordnungen ein deutsches, in die Sitten und in die Sprache unserer Zeit übersetztes, mit klaren und bestimmten Vorschriften ausgestattetes Gesetzbuch tritt, welches getragen sein wird von der Wissenschaft und von der Praxis einer grossen Nation, und welches nach meinem innigstem Dafürhalten vielleicht die idealste Frucht der wiedergewonnenen Einigung bilden wird. (Bravo!)

Nr. 5278.
Bayern.
8. Nov. 1873.

[Hierauf wird in namentlichen Abstimmungen der Jörg'sche Antrag mit 77 gegen 74 Stimmen abgelehnt, der Völk-Herz'sche mit 77 gegen 74 Stimmen angenommen.]

In der Kammer der Reichsräthe kam der Gegenstand in der Sitzung vom 4. December zur Verhandlung, doch ohne bestimmtes Resultat. Nachdem nämlich diese Kammer beschlossen hatte, dass der Antrag als Initiativantrag zu behandeln sei, wurde derselbe mit folgender vom Prinzen Ludwig beantragten Modification:

„Es sei dem Antrage der Kammer der Abgeordneten unter der Voraussetzung beizutreten, dass die königliche Staatsregierung im Bundesrathe und im Reichstage dahin wirken wird, dass mit möglichster Vermeidung der Civilspecialgesetze die Abfassung eines allgemeinen deutschen Civilgesetzbuches sofort in Angriff genommen werde und der oberste Gerichtshof möglichst erhalten bleibe“

mit 27 gegen 15 Stimmen, also nicht mit der in solchem Falle erforderlichen Zweidrittel-Majorität, angenommen.]

Nr. 5279.

DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Abänderung der Nr. 13 des Artikels 4 der Verfassung des Deutschen Reichs. Vom 20. December 1872.

Nr. 5279.
Deutschland.
20. Dec. 1873.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Einzigiger Paragraph.

An die Stelle der Nr. 13 des Artikels 4 der Verfassung des Deutschen Reichs tritt die nachfolgende Bestimmung:

Die gemeinsame Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. || Gegeben Berlin, den 20. December 1873.

(L. S.)

Wilhelm.
Fürst v. Bismarck.

Nr. 5280.

OESTERREICH-UNGARN. — Thronrede des Kaisers bei Eröffnung des österreichischen Reichsrathes.

Geehrte Herren von beiden Häusern des Reichsrathes!

Mit Freude sehe Ich Sie in treuer Erfüllung Ihrer staatsbürgerlichen Pflicht um Meinen Thron versammelt und heisse Sie, Ihnen Meinen kaiserlichen Gruss entbietend, willkommen. || Ein neuer Abschnitt unseres Verfassungslebens hat begonnen. Durch die Bildung des Hauses des Abgeordneten mittelst unmittelbarer Wahlen hat die Reichsvertretung ihre Selbstständigkeit erlangt und ist der Boden geschaffen, auf welchem alle Parteien ihre Ansprüche und Wünsche zu vollem Ausdruck zu bringen vermögen. Ihre Aufgabe, geehrte Herren, wird nunmehr sein, auf der gewonnenen Grundlage mit weiser Besonnenheit fortzubauen und Hand in Hand mit Meiner Regierung für die Befestigung und Fortbildung unserer verfassungsmässigen Einrichtungen Sorge zu tragen. Ohne in die gewährleisteten Rechte der einzelnen Länder einzugreifen, werden Sie die Einheit und Macht des Reiches fördern; ohne die Interessen der verschiedenen Volksstämme ausser Acht zu lassen, werden Sie die Bedürfnisse des Staates befriedigen und sich mit ungetheilte Kraft den grossen und schwierigen Aufgaben widmen, zu deren gedeihlicher Lösung Ich Ihre einsichtsvolle Mitwirkung in Anspruch nehme. Auf diese Weise wird es durch ruhigen Gang und stetige Arbeit gelingen, das ersehnte Ziel zu erreichen und durch harmonische Pflege der Interessen des Ganzen wie der Theile und durch hingebungsvolle Liebe zum gemeinsamen Vaterlande die Gegensätze auszugleichen und den inneren Frieden dauernd zu begründen. || Auf eine Periode volkswirtschaftlichen Aufschwunges ist einer jener Rückschläge erfolgt, wie sie im wirtschaftlichen Leben der Völker in Folge der Ueberschätzung der Kapitalkraft und der Ueberspannung des Credits von Zeit zu Zeit mit elementarer Gewalt einzutreten pflegen. Meine Regierung war innerhalb der ihr durch die Gesetze und ihre Verantwortlichkeit gezogenen Grenzen bemüht, die Gebiete des Handels und der Industrie vor den verderblichen Folgen dieser Erschütterung des Vertrauens möglichst zu bewahren. Die Verfügungen, welche zu diesem Ende auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes getroffen wurden, werden Ihnen sofort zur verfassungsmässigen Behandlung mitgetheilt werden. Meine Regierung wird Ihnen zugleich Maassregeln in Vorschlag bringen, welche geeignet erscheinen, das gesunkene Vertrauen zu heben, die ökonomische Thätigkeit vor nachhaltigen Störungen zu bewahren und den wirtschaftlichen Verkehr auf gesunde Grundlagen zurückzuführen. || In dem Staatsvoranschlage welcher Ihnen sofort vorgelegt werden wird, werden Sie die Grundsätze der Sparsamkeit verwirklicht finden, welche strenge eingehalten werden müssen, um die Staatsfinanzen in ihrem befriedigenden Zustande zu erhalten. || Um die

Nr. 5280.
Oesterreich-
Ungarn.
5. Nov. 1873.

Nr. 5280. Oesterreich-
Ungarn.
5. Nov. 1873.

dringend gebotene Reform der directen Besteuerung zur Durchführung zu bringen, wird Ihnen alsbald eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt werden; auch auf dem Gebiete der indirecten Besteuerung wird Ihre Mitwirkung zu Gesetzen in Anspruch genommen werden, zu welchen die Entwürfe bereits vorbereitet sind. || Der bevorstehende Ablauf des Privilegiums der Nationalbank macht es nothwendig, die Aufgabe und Stellung dieses Institutes für die Zukunft zu regeln und in Verbindung hiemit die geeigneten Maassregeln zu treffen, um die so wichtige Herstellung der Valuta zu erzielen. || Um die volkswirtschaftliche Gesetzgebung den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen, bereitet Meine Regierung Gesetzentwürfe vor, welche die Reform der Actien- und Börsengesetzgebung, die Regelung des Gewerbe- und Eisenbahnwesens, sowie die Hebung der Urproduction zum Gegenstande haben. || Die Entwürfe der Gesetze, welche zur Ausfüllung der Lücken erforderlich sind, die durch die Lösung der mit dem Heiligen Stuhle geschlossenen Convention in der Gesetzgebung über das Verhältniss zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt entstanden sind, werden Ihnen alsbald vorgelegt werden. || Als eine Ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet Meine Regierung die Reform sowohl des gesammten Strafrechtes als des gesammten civilgerichtlichen Verfahrens und die dadurch bedingte definitive Feststellung der Gerichtsverfassung. Der Stand der vorbereitenden Arbeiten lässt Mich hoffen, dass es gelingen wird, dieses für die Sicherung, Vereinfachung und Beschleunigung der Rechtspflege so wichtige Werk zu baldigem Abschlusse zu bringen. || Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Verwaltungs-Gerichtshofes, welcher in der vorigen Session nicht mehr zur Verhandlung gelangen konnte, wird Ihnen zur verfassungsmässigen Behandlung vorgelegt werden. || Meine Regierung wird eine Reihe von Gesetzentwürfen einbringen, welche insbesondere die Invalidenversorgung, die Militär-Bequartierung und die Organisation und Verwendung der Gendarmerie betreffen. || Trotz der Schwierigkeiten, mit welchen die Weltausstellung zu kämpfen hatte, ist diese grosse Unternehmung zu glänzender Reife und Entfaltung gediehen und zu allseitiger Geltung und Anerkennung gelangt. Ihr wohlthätiger Einfluss auf das geistige und wirtschaftliche Leben der Völker, auf die Förderung der Cultur, auf die Belebung des Erfindungsgeistes und des Gewerbefleisses, sowie auf die Werthschätzung der redlichen Arbeit wird in allen Theilen der Welt dankbar empfunden werden. Mit freudiger Genugthuung vermag Ich es auszusprechen, dass wir in diesem friedlichen Wettkampfe mit Ehren gerungen und Erfolge erstritten haben, welche das patriotische Herz mit Stolz und Hoffnung erfüllen. || Die Besuche, welche Mir die Herrscher benachbarter und ferner Reiche während der Weltausstellung erstatteten, haben die Bande der Freundschaft mit diesen Reichen enger geknüpft, die Bürgschaften des Friedens vermehrt und der Stellung der Monarchie im Kreise der Staaten erhöhtes Ansehen verliehen. || Geehrte Herren von beiden Häusern des Reichsrathes! Nach wechselvollen Schicksalen und schweren Kämpfen steht Oesterreich, im Innern sich verjüngend, nach Aussen achtung-

gebietend da. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sind die Schranken, welche der freien Bewegung hemmend entgegenstanden, beseitigt und die Wege betreten, welche zur Lösung der grossen Aufgabe führen: zur Einigung der Völker Oesterreichs zu einem mächtigen, von den Ideen des Rechtes und der Freiheit getragenen Staate. An dieser Aufgabe lassen Sie uns, geehrte Herren, getreu Meinem Wahlspruche, mit vereinten Kräften arbeiten und unsere Bemühungen einmüthigen Sinnes verbinden zur Ehre und zum Heile unseres geliebten Oesterreich.

Nr. 5280.
Oesterreich-
Ungarn.
5. Nov. 1873.

Nr. 5281.

PREUSSEN. — Thronrede bei Eröffnung des Landtags am 12. November 1873, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums Finanzminister Camphausen*).

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. || Se. Majestät bedauern lebhaft, diesen bedeutungsvollen Act nicht Allerhöchst selbst vollziehen zu können, um so mehr, als das Haus der Abgeordneten aus neuen Wahlen hervorgegangen ist. Namens Sr. Majestät spreche ich den Wunsch und die Hoffnung aus, dass der Staatsregierung bei der weiteren Durchführung ihrer wichtigen Aufgaben die vertrauensvolle Unterstützung des Landtages nicht fehlen und der Ernst und die Gemeinschaft des Strebens zur Quelle segensreicher Entwicklung der Staatseinrichtungen werde. || In der Stimmung, welche bei den jüngsten Wahlen entscheidend gewaltet hat, glaubt die Regierung Sr. Majestät den Ausdruck der Billigung der in der Gesetzgebung betretenen Bahnen finden zu dürfen: sie ist entschlossen, diese Bahnen ruhig und fest weiter zu verfolgen. || Aus dem Entwurfe zum Staatshaushalts-Etat für 1874 werden Sie ersehen, dass die Finanzlage Preussens eine durchaus befriedigende ist. || Die Staatsschuld ist durch die Finanzmaassregeln der letzten Jahre beträchtlich vermindert worden. Ein erheblicher Ueberschuss steht aus dem abgelaufenen Finanzjahre zur Verfügung. Durch die Erleichterung in den Steuerleistungen der untersten Volksklassen wird allerdings mit dem nächsten

Nr. 5281.
Preussen.
12. Nov. 1873.

*) Durch Kabinetsordres vom 9. November hatte Feldmarschall Graf von Roon die nachgesuchte Entlassung als Präsident des Staatsministeriums und als Kriegsminister erhalten und war dem Fürsten von Bismarck das am 21. Dezember 1872 von ihm niedergelegte Präsidium wieder übertragen worden unter gleichzeitiger Ernennung des Finanzministers Camphausen zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums.

Nr. 5281.
Preussen.
12. Nov. 1873.

Jahre ein Ausfall in den Einnahmen eintreten, und weiter führt die Steigerung der Arbeitslöhne und des Preises fast aller Materialien zu einem Anwachsen der Ausgaben, welches bei wichtigen Zweigen des Staatseinkommens die Erträge schmälert. || Gleichwohl lassen die zur Verfügung stehenden Mittel es zu, auch für das Jahr 1874 den hervorgetretenen erweiterten Bedürfnissen auf allen Gebieten der Staatsverwaltung in reichem Maasse gerecht zu werden. || Insbesondere wird es möglich sein, grosse Summen für die Verbesserung der dem allgemeinen Verkehr dienenden Anstalten bereit zu stellen, namentlich auch die Regulirung der schiffbaren Ströme und die Eröffnung neuer Wasserstrassen kräftig zu fördern. || Der Bericht der Special-Untersuchungs-Commission für das Eisenbahn-Concessionswesen, welche von Sr. Majestät unter Mitwirkung der beiden Häuser des Landtages niedergesetzt war, wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden; auch ist ein Gesetz-Entwurf vorbereitet, um die erkannten Uebelstände bei dem Concessionswesen zu beseitigen. || Nachdem der vorigen Legislatur in den Gesetzen über das Grundeigenthum eine wichtige Reform gelungen ist, wartet Ihrer eine nicht minder grosse Aufgabe in der Berathung des Entwurfs einer Vormundschafts-Ordnung. || Wiederholt wird Ihnen eine Vorlage über die Enteignung des Grundeigenthums zugehen. || Bei der Ausführung der Kreisordnung für fünf der östlichen Provinzen ist die von der Regierung Sr. Majestät früher ausgesprochene Zuversicht, dass die zuvor streitenden Kräfte gemeinsam und patriotisch Hand anlegen würden, um das Werk segenbringend für das Land zu gestalten, nicht getäuscht worden. Nachdem die Arbeiten dem Abschlusse soweit entgegengeführt sind, dass die neuen Organe der Selbstverwaltung mit dem Beginne des nächsten Jahres überall werden in Wirksamkeit treten können, wird die Staatsregierung Ihnen in der gegenwärtigen Session weitere Gesetz-Entwürfe vorlegen, welche die Reform der inneren Verwaltung auch in den höheren Instanzen nach denselben Grundsätzen zur Durchführung zu bringen bestimmt sind. || Die in der letzten Session berathenen Gesetze, durch welche die Beziehungen des Staates zu den grossen Kirchengemeinschaften klarer und fester als zuvor geregelt worden sind, haben zum Bedauern der Staatsregierung bei den Bischöfen der römisch-katholischen Kirche einen unberechtigten Widerstand gefunden. || Je mehr die Regierung Sr. Majestät von der Ueberzeugung durchdrungen ist, dass das religiöse Leben der verschiedenen Konfessionen durch diese Gesetze in keiner Weise gefährdet wird, um so entschiedener wird die Regierung, unbeirrt durch jenen Widerspruch, die Gesetze auch ferner zur Durchführung bringen und alle weiter erforderlichen Schritte rechtzeitig folgen lassen, um die ihrer Obhut anvertrauten Interessen vor Schädigung zu wahren. Sie ist überzeugt, dass sie bei der Lösung dieser Aufgabe auf die kräftige Unterstützung der Landesvertretung rechnen darf. || Meine Herren! Die zahlreichen und wichtigen Arbeiten, welche Ihrer harren, werden nicht ohne lebhaftes Kämpfe erledigt werden. Aber die Geschichte Preussens und besonders die parlamentarische Geschichte der letzten Jahre giebt Zeugniß, dass die Landesvertretung in fester Gemeinschaft mit

der Regierung das für das Staatswohl Unerlässliche im rechten Augenblicke durchzuführen bereit ist. Das Bewusstsein, dass die Regierung Sr. Majestät ebenso wie die Landesvertretung, auch da wo sie lebhaften Strömungen in einem Theile der Bevölkerung entgegenzuwirken genöthigt sind, nur von dem Streben für das Heil der Gesammtheit geleitet werden, wird der Ausgleichung der augenblicklichen Gegensätze zum Stützpunkte dienen. || Möge der versöhnende Geist der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande auch bei den Arbeiten dieses Landtages segensreich walten.

Nr. 5281.
Preussen.
12. Nov. 1872.

Nr. 5282.

ITALIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments,
am 15. November 1873.

[Uebersetzung.]

Meine Herren Senatoren! Meine Herren Deputirten! || Als ich in Rom die letzte Parlaments-Session inaugurierte, lud ich Sie ein, alle Ihre Bestrebungen auf die innere Organisation des Staates zu richten. || Das Unternehmen, zu dem ich Sie aufforderte, war ein langes, schweres, ernstes, aber Ihr Patriotismus und die schon erzielten Fortschritte sind mir heute ein sicheres Pfand Ihrer Ausdauer. Sie allein kann uns das Ziel erreichen lassen, auf welches die heissesten Wünsche des Volkes gerichtet sind. Die Thätigkeit, welche sich in allen Theilen des Königreichs zu erkennen giebt, beweist, dass Italien nur die Einigkeit und Freiheit fehlte, um seine Kräfte zu entwickeln, mit denen es so reich ausgerüstet war. || Ich vertraue auf die wachsende Thätigkeit und es wird die Sorge meiner Regierung sein, durch Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der durchaus nothwendigen Elemente der Arbeit und des Fortschrittes, sie zu unterstützen. || Italien hat gezeigt, dass Rom die Hauptstadt des Königreichs werden konnte, ohne dass die Unabhängigkeit des Papstes in Ausübung seines geistlichen Amtes und in seinen Beziehungen zur katholischen Welt vermindert worden wäre. Entschlossen, das Gefühl und die religiöse Freiheit zu achten, werden wir nicht erlauben, dass unter dem Vorwande heiliger Rechte Attentate auf die Gesetze und nationalen Institutionen gemacht werden. || Ich bin erfreut versichern zu können, dass unsere Beziehungen zu allen fremden Mächten freundschaftliche sind. Diese guten Beziehungen empfangen eine feierliche Sanction durch die Besuche, welche ich dem österreich-ungarischen Kaiser und dem Kaiser von Deutschland abgestattet habe. Die Beweise der grossen Sympathie, welche ich von diesen Souverainen empfang, galten auch Italien, das sich unter den Nationen die ihm gebührende Stellung erworben hat. || Oesterreich und Italien waren einst Feinde auf dem Schlachtfelde, nachdem aber der Grund der langen Zwietracht ver-

Nr. 5282.
Italien.
15. Nov. 1873.

Nr. 5282.
Italien.
15. Nov. 1873.

schwunden, ist nur das Vertrauen in die gemeinsamen Interessen und in die Vortheile einer dauernden Freundschaft geblieben. Diese Freundschaft ist mir um so theurer, als sie sich mit jener Familienzuneigung verbindet, welche nur eine höhere und gebieterischere Pflicht niederhalten, aber nie in meinem Herzen auslöschen konnte. || Italien und Deutschland constituirten sich beide im Namen der nationalen Idee. Beide wussten Freiheit und Ordnung auf der Basis der Monarchie zu sichern, die seit Jahrhunderten den Schmerz und den Ruhm der Nation getheilt hat. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, welche den Sympathien gleichen, die beide Völker für einander hegen, sind eine Garantie für die Aufrechthaltung des Friedens. || Wir wünschen in Eintracht mit allen Nationen zu leben, aber ich werde immer der feste Wächter des Rechts und der nationalen Würde sein. Deshalb muss die Nation auch auf ihre Kraft bauen. Ich empfehle Ihnen daher die Gesetze, welche die Organisation des Heeres und die Vertheidigung des Staates bezwecken. Sie können mir nichts Angenehmeres erweisen, als wenn Sie sich mit dem Wohle und der Stärkung des Heeres beschäftigen, das ich kenne, das mich kennt, welches immer die ersten Beispiele der Selbstverleugnung und der Ehre gab und geben wird. Mit gleichem Interesse empfehle ich Ihnen unsere Kriegsmarine; sie ist der Zukunft würdig, zu welcher sie alte Erinnerungen berechtigen. || Sie werden sich auch damit beschäftigen, wie jene grossen Arbeiten beendet werden können, welche der Staat unternommen hat, um Leben und Wohlergehen allen Provinzen zu verschaffen; aber zur Vorbereitung für den Krieg sowohl, als auch zur Ausführung segensreicher Werke des Friedens, zur Wohlfahrt und zum Credit, wie zur Würde und Kraft des Staats ist die Gründung guter Finanzen nothwendig. Das italienische Volk hat niemals die Opfer verweigert, die ihm zu diesem Zwecke abgefordert worden sind. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Maassregeln berathen werden, welche darauf gerichtet sind daraus allen Nutzen zu ziehen, und dem Lande jenes Vertrauen auf die Zukunft zu sichern, nach welchem es so sehr verlangt und welches es verdient hat. || Die Wiederherstellung guter Finanzen kann allein die allgemein beklagten Uebel, welche durch den Zwangscours hervorgerufen worden sind, heben, es ist daher unsere Pflicht, darüber nachzudenken, wie man die übeln Folgen desselben vermindern kann, indem man ihn durch strenge Vorschriften regelt. Zu diesem Zwecke wird Ihnen ein besonderes Gesetz zugehen. Während der Sitzung wird Ihnen meine Regierung noch andere wichtige, auf die Justizverwaltung, auf den öffentlichen Unterricht und auf die Civiladministration bezügliche Gesetze vorlegen. || Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten! Durch den Frieden, auf dessen Dauer ich fest hoffe, durch Ordnung im Innern, durch die vereinten Gewalten des Staates werden sich die freien Institutionen, der Fortschritt, das Wohlsein des Volkes entwickeln. Nur wenn dies geschieht, können wir sagen, dass wir unsere Pflicht erfüllt haben und mit Gottes Hülfe unsern Kindern das Vaterland sichern, welches das Ziel unserer heissesten Wünsche und Gedanken in der vergangenen Zeit

r, in welcher wir Prüfungen erlitten, unsere Hoffnung aber unbesiegt blieb. Heute wie damals vertraue ich auf die Nation! Ich fühle, dass heute wie damals die Nation auf den König vertraut.

Nr. 5282.
Italien.
15. Nov. 1873.

Nr. 5283.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Jahresbotschaft des Präsidenten Grant.

To the Senate and House of Representatives:

The year that has passed since the submission of my last message to Congress has, especially during the latter part of it, been an eventful one to our country. In the midst of great national prosperity, a financial crisis has arisen that has brought low fortunes of gigantic proportions; political partisanship has almost ceased to exist, especially in the agricultural regions, and, finally, the capture upon the high seas of a vessel bearing our flag has for a time threatened the most serious consequences, and has agitated the public mind from one end of the country to the other; but this, happily, is now in a course of satisfactory adjustment honorable to both nations concerned.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

The relations of the United States, however, with most of the other powers continue to be friendly and cordial. With France, Germany, Russia, Italy, and the minor European powers, with Brazil and most of the South American republics, and with Japan nothing has occurred during the year to demand special notice. The correspondence between the Department of State and the various diplomatic representatives in or from those countries is translated herewith.

In executing the will of Congress as expressed in its joint resolution of February last, and in accordance with the provisions of the resolution, a number of "practical artisans", of "scientific men", and of "honorary Commissioners" were authorized to attend the Exposition at Vienna as Commissioners on the part of the United States. It is believed that we have obtained the result which Congress had in view when it passed the "joint resolution", in order to enable the people of the United States to participate in the advances of the International Exhibition of the products of agriculture, manufactures, and the fine arts, to be held at Vienna. I take pleasure in adding that the American exhibitors have received a gratifying number of diplomas and of medals. During the exposition a conference was held at Vienna for the purpose of consultation on the systems prevailing in different countries for the protection of inventions. I authorized a representative from the Patent

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

Office to be present a Vienna at the time when this conference was to take place, in order to aid, as far as he might, in securing any possible additional protection to American inventors in Europe. The report of this agent will be laid before Congress.

It is my plessant duty to announce to Congress that the Emperor of China on attaining his majority received the diplomatic representatives of the Western powers in person. An account of these ceremonies, and of the interesting discussions which preceded them, will be found in the documents transmitted herewith. The accompanying papers show that some advance, although slight, has been made during the past year toward the suppression of the infamous Chinese coolie trade. I recommend Congress to inquire whether additional legislation be not needed on this subject.

The money awarded to the United States by the Tribunal of Arbitration at Geneva was paid by her Majesty's Government a few days in advance of the time when it would have become payable according to the terms of the treaty. In compliance with the provisions of the act of March 3, 1873, it was at once paid into the Treasury, and used to reduce, so far as it might, the public debt of the United States, and the amount so reduced was invested in a five per cent. registered bond of the United States for fifteen million five hundred thousand dollars, which is now held by the Secretary of State, subject to the further disposition of Congress. I renew my recommendation made at the opening of the last session of Congress, that a commission be created for the purpose of auditing and determining the amounts of the several direct losses growing out of the destruction of vessels and their cargoes by the Alabama, the Florida, or the Shenandoah after leaving Melbourne, for which the sufferers have received no equivalent or compensation, and of ascertaining the names of the persons entitled to receive compensation for the same, making the computations upon the basis indicated by the Tribunal of Arbitration at Geneva, and that payment of such losses be authorized to an extent not to exceed the awards of the tribunal at Geneva.

By an act, approved on the 14th day of February last, Congress made provision for completing, jointly with an officer or commission to be named by her Britannic Majesty, the determination of so much of the boundary line between the territory of the United States and the possessions of Great Britain, as was left uncompleted by the Commissioners appointed under the act of Congress of Aug. 11, 1856. Under the provisions of this act, the Northwest water boundary of the United States has been determined and marked in accordance with the award of the Emperor of Germany. A protocol and a copy of the map upon which the line was thus marked are contained in the papers submitted herewith. I also transmit a copy of the report of the commission for marking the northern boundary between the United States and the British possessions, west of the Lake of the Woods, of the operations of the commission during the past season. Surveys have been made to a point 497

niles west of the Lake of the Woods, leaving about 350 miles to be surveyed, the field work of which can be completed during the next session.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

The Mixed Commission organized under the provisions of the Treaty of Washington for settling and determining the claims of citizens of either power against the other, arising out of acts committed against their persons or property during the period between April 13, 1861, and April 9, 1865, made its final award on the 25th day of September last. It was awarded that the Government of the United States should pay to the Government of her Britannic Majesty, within twelve months from the date of the award, the sum of Doll. 1,929,819 in gold. The commission disallowed or dismissed all other claims of British subjects against the United States. The amount of the claims presented by the British Government, but disallowed or dismissed, is understood to be about Doll. 93,000,000. It also disallowed all the claims of citizens of the United States against Great Britain which were referred to it. I recommend the early passage of an act appropriating the amount necessary to pay this award against the United States. I have caused to be communicated to the Government of the King of Italy the thanks of this Government for the eminent services rendered by Count Corti as the third Commissioner on this commission, with dignity, learning, and impartiality. He discharged duties requiring great labor and constant patience to the satisfaction, I believe, of both Governments.

I recommend legislation to create a special court to consist of three Judges, who shall be empowered to hear and determine all claims of aliens upon the United States, arising from acts committed against their persons or property during the insurrection. The recent reference under the Treaty of Washington was confined to claims of British subjects, arising during the period named in the treaty, but it is understood that there are other British claims of a similar nature arising after the 9th of April, 1865, and it is known that other claims of a like nature are advanced by citizens or subjects of other powers. It is desirable to have these claims also examined and disposed of.

Official information being received from the Dutch Government of a state of war between the King of the Netherlands and the Sultan of Acheen, the officers of the United States who were near the seat of the war were instructed to observe an impartial neutrality. It is believed that they have done so.

The joint commission under the convention with Mexico, of 1868, having again been legally prolonged, has resumed its business, which it is hoped may be brought to an early conclusion. The distinguished representative of her Britannic Majesty at Washington has kindly consented, with the approval of his Government, to assume the arduous and responsible duties of umpire in this commission, and to lend the weight of his character and name to such decisions as may not receive the acquiescence of both the arbitrators appointed by the respective Governments. The Commissioners appointed pursuant to the

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

authority of Congress to examine into the nature and extent of the forays by trespassers from that country upon the herds of Texas have made a report which will be submitted for your consideration.

The Venezuelan Government has been apprised of the sense of Congress in regard to the award of the joint commission under the convention of the 25th of April, 1866, as expressed in the act of the 25th of February last. It is apprehended that that Government does not realize the character of its obligations under that convention. As there is reason to believe, however, that its persistency in recognizing them springs, in part at least, from real difficulty in discharging them in connection with its obligations to other Governments, the expediency of further forbearance on our part is believed to be worthy of your consideration.

The Ottoman Government and that of Egypt have latterly shown a disposition to relieve foreign Consuls of the judicial powers which heretofore they have exercised in the Turkish dominions by organizing other tribunals. As congress, however, has by law provided for the discharge of judicial functions by Consuls of the United States in that quarter, under the treaty of 1830, I have not felt at liberty formally to accept the proposed change without the assent of Congress, whose decision upon the subject at as early a period as may be convenient is earnestly requested.

I transmit herewith for the consideration and determination of Congress an application of the Republic of San Domingo to this Government to exercise a protectorate over that Republic.

Since the adjournment of Congress, the following treaties with foreign powers have been proclaimed: A naturalization convention with Denmark; a convention with Mexico for renewing the Claims Commission; a convention of friendship, commerce, and extradition with the Orange Free State, and a naturalization convention with Ecuador.

I renew a recommendation made in my message of Dezember, 1870, that Congress authorize the Postmaster General to issue all commissions to officials appointed through his department.

I invite the earnest attention of Congress to the existing laws of the United States respecting expatriation and the election of nationality by individuals. Many of the citizens of the United States reside permanently abroad with their families. Under the provisions of the act approved Feb. 10, 1855, the children of such persons are to be deemed and taken to be citizens of the United States, but the rights of citizenship are not to descend to persons whose fathers never resided in the United States. It thus happens that persons who have never resided within the United States have been enabled to put forward a pretension to the protection of the United States against the claim of military service of the Government, under whose protection they were born and have been reared. In some cases, even, naturalized citizens of the United States have returned to the land of their birth with intent to remain

there, and their children, the issue of a marriage contracted there after their return, and who have never been in the United States, have laid claim to our protection when the lapse of many years has imposed upon them the duty of military service to the only Government which had ever known them personally. Until the year 1868, it was left embarrassed by conflicting opinions of courts and of jurists to determine how far the doctrine of perpetual allegiance derived from any former colonial relations with Great Britain was applicable to American citizens. Congress then wisely swept these doubts away by enacting that any declaration, instruction, opinion, order, or decision of any officer of this Government, which denies, restricts, impairs, or questions the right of expatriation, is inconsistent with the fundamental principles of this Government; but Congress did not indicate in that statute, nor has it since done so, what acts are to be deemed to work expatriation. I have asked for my own guidance in determining such questions required under the provisions of the Constitution, the opinion in writing of the principal officer in each of the executive departments upon certain questions relating to this subject. The result satisfies me that further legislation has become necessary. I therefore recommend the subject to the careful consideration of Congress, and I transmit herewith copies of the several opinions of the principal officers of the executive departments, together with other correspondence and prominent information on the same subject. The United States, who led the way in the overthrow of the feudal doctrine of perpetual allegiance are among the last to indicate how their own citizens may elect another nationality. The papers submitted herewith indicate what is necessary to place us on a par with other leading nations in liberality of legislation on this international question. We have already in our treaties assented to the principles which would need to be embodied in laws intended to accomplish such results. We have agreed that citizens of the United States may cease to be citizens, and may voluntarily render allegiance to other powers. We have agreed that residence in a foreign land, without intent to return, shall of itself work expatriation. We have agreed in some instances upon the length of time necessary for such intent. I invite Congress now to mark out and define when and how expatriation can be accomplished, to regulate by law the condition of American women marrying foreigners; to fix the status of children born in a foreign country of American parents residing more or less permanently abroad, and to make rules for determining such other kindred points as may seem best to Congress.

In compliance with the request of Congress, I transmitted to the American Minister at Madrid, with instructions to present it to the Spanish Government, the joint resolution approved on the 3d of March last, tendering to the people of Spain, in the name and on the behalf of the American people, the congratulations of Congress upon the efforts to consolidate in Spain the principles of universal liberty in a republican form of government. The existence of this new Republic was inaugurated by striking the fetters from

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

the slaves in Porto Rico. This beneficent measure was followed by the release of several thousand persons illegally held as slaves in Cuba. Next the Captain General of that colony was deprived of the power to set aside the orders of his superiors at Madrid, which had pertained to the office since 1825. The sequestered states of American citizens, which had been the cause of long and frequent correspondence, were ordered to their owners. All these liberal steps were taken in the face of violent opposition, directed by the reactionary slaveholders of Havana, who are vainly striving to stay the march of ideas which has terminated slavery in Christendom—Cuba only excepted. Unhappily, however, this baneful influence has thus far succeeded in defeating the efforts of all liberal-minded men in Spain to abolish slavery in Cuba, and in preventing the promised reform in that island. The struggle for political supremacy continues, the pro-slavery and aristocratic party in Cuba is gradually arraigining itself in more and more open hostility and defiance of the Home Government, while it still maintains a political connection with the Republic in the Peninsula, and although usurping and defying the authority of the Home Government, whenever such usurpation or defiance tends in the direction of oppression, or of the maintenance of abuses, it is still a power in Madrid, and recognized by the Government. Thus, an element more dangerous to continued colonial relations between Cuba and Spain than that which inspired the insurrection at Yara, an element opposed to granting any relief from misrule and abuse, with no aspirations after freedom, commanding no sympathies in generous breasts, aiming to rivet still stronger the shackles of slavery and oppression, has seized many of the emblems of power in Cuba and under professions of loyalty to the mother country, is exhausting the resources of the island, and is doing acts which are at variance with those principles of justice, of liberality, and of right which give nobility of character to a republic. In the interests of humanity, of civilization, and of progress, it is to be hoped that this evil influence may be soon averted.

The steamer *Virginus* was, on the 26th day of September, 1870, duly registered at the port [of New-York as a part of the commercial marine of the United States. On the 4th of October, 1870, having received the certificate of her register in the usual legal form, she sailed from the port of New-York, and has not since been within the territorial jurisdiction of the United States. On the 31st day of October last while sailing under the flag the United States, on the high seas, she was forcibly seized by the Spanish gun-boat *Tornado*, and was carried to the port of Santiago de Cuba, where many of her passengers and crew were inhumanly, and, so far at least as relates to those who were citizens of the United States, were without due process of law put to death. It is a well-established principle, asserted by the United States from the beginning of their national independence, recognized by Great Britain and other maritime powers, and stated by the Senate in a resolution passed unanimously on the 16th of June, 1858,

hat American vessels on the high seas in time of peace, bearing the American flag, remain under the jurisdiction of the country to which they belong, and therefore any visitation, molestation, or detention of such vessel by force, or by the exhibition of force, on the part of a foreign power is in derogation of the sovereignty of the United States. In accordance with this principle the restoration of the *Virginus* and the surrender of the survivors of her passengers and crew and a due reparation to the flag, and the punishment of the authorities who had been guilty of the illegal acts of violence were demanded. The Spanish Government has recognized the justice of the demand, and has arranged for the immediate delivery of the vessel and for the surrender of the survivors of the passengers and crew, and for a salute to the flag, and for proceedings looking to the punishment of those who may be proved to have been guilty of illegal acts of violence toward citizens of the United States, and also toward indemnifying those who may be shown to be entitled to indemnity. A copy of a protocol of a conference between the Secretary of State and the Spanish Minister, in which the terms of this arrangement were agreed to, is transmitted herewith. The correspondence on this subject with the Legation of the United States is in cipher and by cable, and needs the verification of the actual text of the correspondence. It has seemed to me to be due to the importance of the case not to submit this correspondence until the accurate text can be received by mail. It is expected shortly, and will be submitted when received. In taking leave of this subject for the present I wish to renew the expression of my conviction that the existence of African slavery in Cuba is a principal cause of the lamentable condition of the island. I do not doubt that Congress shares with me the hope that it will soon be made to disappear, and that peace and prosperity may follow its abolition. The embargoing of American estates in Cuba, cruelty to American citizens detected in no act of hostility to the Spanish Government, the murdering of prisoners taken with arms in their hands, and, finally, the capture upon the high seas of a vessel sailing under the United States flag and bearing United States registry, has culminated in an outburst of indignation that has seemed for a time to threaten war. Pending negotiations between the United States and the Government of Spain on the subject of this capture, I have authorized the Secretary of the Navy to put our navy on a war footing, to the extent, at least, of the entire annual appropriation for that branch of the service, trusting to Congress and the public opinion of the American people to justify my action.

Assuming from the action of the last Congress in appointing a Committee on Privileges and Elections to prepare a report to this Congress on a constitutional amendment to provide a better method of electing the President and Vice President of the United States, and also from the necessity of such an amendment that there will be submitted to the State Legislatures for ratification such an improvement in our Constitution, I suggest two others for your

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

consideration: First—To authorize the Executive to approve of so much of any measure passing the two Houses of Congress as his judgment may dictate without approving the whole; the disapproved portion or portions to be subjected to the same rules as now, to wit: to be referred back to the House in which the measure or measures originated, and if passed by a two-thirds vote of the two Houses, then to become a law without the approval of the President. I would add to this a provision that there should be no legislation by Congress during the last twenty-four hours of its sitting, except upon vetoes, in order to give the Executive an opportunity to examine and approve or disapprove bills understandingly. Second—To provide by amendment that when an extra session of Congress is convened by Executive proclamation, legislation during the continuance of such extra session shall be confined to such subjects as the Executive may bring before it from time to time in writing. The advantages to be gained by these two amendments are obvious. One session in each year is provided for by the Constitution, in which there are no restrictions as to the subjects of legislation by Congress. If more are required, it is always in the power of Congress during their term of office to provide for sessions at any time. The first of these amendments would protect the public against the many abuses and waste of public money which creep into appropriation bills and other important measures passing during the expiring hours of Congress, to which otherwise due consideration cannot be given.

The receipts of the Government from all sources for the last fiscal year were Doll. 333,738,204, and expenditure on all accounts Doll. 290,345,245, thus showing an excess of receipts over expenditures of Doll. 43,392,959, but it is not probable that this favorable exhibit will be shown for the present fiscal year; indeed, it is very doubtful whether, except with great economy on the part of Congress in making appropriations, and the same economy in administering the various departments of Government, the revenues will not fall short of meeting actual expenses, including interest on public debt. I commend to Congress such economy, and point out two sources where it seems to me it might commence, to wit: In the appropriations for public buildings in the many cities where work has not commenced; in the appropriations for river and harbor improvements in those localities where the improvements are of but little benefit to general commerce and for fortifications. There is a still more fruitful source of expenditure which I will point out later in this message. I refer to the easy method of manufacturing claims for losses incurred in suppressing the late rebellion. I would not be understood here as opposing the erection of good, substantial, and even ornamental buildings by the Government wherever such buildings are needed. In fact I approve of the Government owning its own buildings in all sections of the country, and hope the day is not far distant when it will not only possess them, but will erect in the capital suitable residences for all persons who now receive com-

mutation for quarters or rent at the Government expense, and for the Cabinet, thus setting an example to the States which may induce them to erect buildings for their Senators, but I would have this work done at a time when the revenue of the country abundantly justified it.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

The revenues have materially fallen off for the first five months of the present fiscal year, from what they were expected to produce, owing to the general panic now prevailing, which commenced about the middle of September last. The full effect of this disaster, if it should not prove a "blessing in disguise", is yet to be demonstrated. In either event, it is your duty to heed the lesson, and provide, by wise and well-considered legislation, as far as lies in your power, against its recurrence, and to take advantages of all benefits that may have occurred. My own judgment is that, however much individuals may have suffered, one long step has been taken toward specie payments; that we can never have permanent prosperity until a specie basis is reached, and that a specie basis cannot be reached and maintained until our exports, exclusive of gold, pay for our imports, interest due abroad and other specie obligations, and so nearly so as to leave an appreciable accumulation of the precious metals in the country from the products of our mines. The development of the mines of precious metals during the past year, and the prospective development of them for years to come, are gratifying in their results. Could but onehalf of the gold extracted from the mines be retained at home our advance toward specie payments would be rapid. To increase our exports sufficient currency is required to keep all the industries of the country employed. Without this, national as well as individual bankruptcy must ensue. Undue inflation on the other hand, while it might give temporary relief, would only lead to inflation of prices, the impossibility of competing in our own markets for the products of home skill and labor, and repeated renewals of present experiences. Elasticity to our circulating medium, therefore, and just enough of it to transact the legitimate business of the country and to keep all industries employed, is what is most to be desired. The exact medium is specie, the recognized medium of exchange the world over. That obtained, we shall have a currency of an exact degree of elasticity. If there be too much of it for the legitimate purposes of trade and commerce, it will flow out of the country; if too little, the reverse will result. To hold what we have, and to appreciate our currency to that standard is a problem deserving of the most serious consideration of Congress. The experience of the present panic has proven that the currency of the country, based, as it is, upon the credit of the country, is the best that has ever been devised. Usually, in times of such trials, currency has become worthless, or so much depreciated in value as to inflate the values of all the necessaries of life. As compared with the currency, every one holding it has been anxious to dispose of it on any terms. Now we witness the reverse; holders of currency hoard it as they did gold in former experiences of a like nature: It is patent to the most casual ob-

Nr. 5263.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

server, that much more currency or money is required to transact the legitimate trade of the country during the Fall and Winter months, when the vast crops are being removed, than during the balance of the year. With our present system, the amount in the country remains the same throughout the entire year, resulting in an accumulation of all the surplus capital of the country in a few centres, when not employed in the moving of crops. Tempted thereby by offers of interest on call loans—interest being paid—this surplus capital must earn the interest with a profit. Being subject to “call”, it cannot be loaned only in part, at best, to the merchant or manufacturer, for a fixed term; hence, no matter how much currency there might be in the country, it would be absorbed, prices keeping pace with the volume, and panics, stringency, and disasters would ever be recurring with the Autumn. Elasticity in our monetary system, therefore, is the object to be attained first, and next to that, as far as possible, a prevention of the use of other people’s money and stock, and other species of speculation. To prevent the latter it seems to me that one great step would be taken by prohibiting the national banks from paying interest on deposits, by requiring them to hold their reserves in their own hands, and by forcing them into resumption, though it would be only in legal-tender notes. For this purpose I would suggest the establishment of Clearinghouses for your consideration to secure the former. Many plans have been suggested, most, if not all, of which look to me more like inflation on the one hand, or compelling the Government on the other to pay interest without corresponding benefits upon the surplus funds of the country during the seasons when otherwise unemployed. I would submit for your consideration whether this difficulty might not be overcome by authorizing the Secretary of the Treasury to issue at any time to national banks of issue any amount of their notes below a fixed percentage of their issue, say forty per cent., upon the banks depositing with the Treasurer of the United States an amount of Government bonds equal to the amount of notes demanded, the banks to forfeit to the Government say four per cent. of the interest accruing on the bonds so pledged during the time they remain with the Treasury, as security for the increased circulation, the bonds so pledged to be redeemable by the banks at their pleasure, either in whole or in part, by returning their own bills for cancellation to an amount equal to the face of the bonds withdrawn. I would further suggest for your consideration the propriety of authorizing national banks to diminish their standing issue at pleasure, by returning for cancellation their own bills and withdrawing so many United States bonds as are pledged for the bills returned. In view of the great actual contraction that has taken place in the currency, and the comparative contraction continuously going on, due to the increase of population, increase of manufactures and all the industries, I do not believe that there is too much of it now for the dullest period of the year. Indeed, if Clearing-houses should be established, thus forcing redemption, it is a question for your consideration whether

banking should not be made free, retaining all safeguards now required to secure billholders. In any modification of the present laws regulating national banks, as a further step toward preparing for the resumption of specie payments, I invite your attention to a consideration of the propriety of exacting from them the retention, as a part of their reserve either the whole or a part of the gold interest accruing upon the bonds pledged as security for their issue. I have not reflected enough on the bearing this might have in producing a scarcity of coin with which to pay duties on imports, to give it my positive recommendation, but your attention is invited to the subject. During the last four years the currency has been contracted directly by the withdrawal of three per cent. certificates, compound-interest notes, and seventy-three bonds outstanding on the 4th of March, 1869, all of which took the place of legal tenders in the bank reserves to the extent of Doll. 63,000,000. During the same period there has been a much larger comparative contraction of the currency. The population of the country has largely increased. More than 25,000 miles of railroad have been built, requiring the active use of capital to operate them. Millions of acres of land have been opened to cultivation, requiring capital to move the products. Manufactories have multiplied beyond all precedent in the same period of time, requiring capital, weekly, for the payment of wages and for the purchase of material, and probably the largest of all comparative contraction arises from the organizing of free labor in the South. Now, every laborer there receives his wages, and for want of savings banks the greater part of such wages is carried in the pocket or hoarded until required for use. These suggestions are thrown out for your consideration, without any recommendation that they shall be adopted literally, but hoping that the best method may be arrived at to secure such an elasticity of the currency as will keep employed all the industries of the country, and prevent such an inflation as will put off indefinitely the resumption of specie payments, an object so devoutly to be wished for by all, and by none more earnestly than the class of people most directly interested, who earn their bread by the sweat of their brow. The decisions of Congress on this subject will have the hearty support of the Executive.

In previous messages I have called attention to the decline in American ship-building, and recommended such legislation as would secure to us our proportion of the carrying trade. Stimulated by high rates and abundance of freight, the progress for the last year in ship-building has been very satisfactory. There has been an increase of about one per cent. in the amount transported in American vessels over the amount of last year. With the reduced cost of material which has taken place, it may reasonably be hoped that this progress will be maintained and even increased. However, as we pay about Doll. 80,000,000 per annum to foreign vessels for the transportation of our surplus products to a market, thus increasing the balance of trade against us to this amount, the subject is one worthy of your serious consideration.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

Cheap transportation is a subject that has attracted the attention of both producers and consumers for the past few years, and has contributed to, if it has not been the direct cause of, the recent panic and stringency. As Congress at its last session appointed a special committee to investigate this whole subject during the vacation and report at this session, I have nothing to recommend until their report is read. There is one work, however, of a national character, in which the greater portion of the East and the West, the North and the South, are equally interested, to which I will invite your attention. The State of New-York has a canal connecting Lake Erie with tide-water on the Hudson River. The State of Illinois has a similar work connecting Lake Michigan with navigable water on the Illinois River, thus making water communication inland between the East and the West and South. These great artificial water courses are the property of the States through which they pass, and pay toll to those States. Would it not be wise statesmanship to pledge these States that, if they will open these canals for the passage of large vessels, the general Government will look after and keep in navigable condition the great public highways with which they connect, to wit—the “overslough” on the Hudson, the St. Claire Flats, and the Illinois and Mississippi Rivers? This would be a national work; one of great value to the producers of the West and South in giving them cheap transportation for their produce to the seaboard and a market and to consumers in the East in giving them cheaper food, particularly of those articles of food which do not find a foreign market, and the prices of which, therefore, are not regulated by foreign demand. The advantages of such a work are too obvious for argument. I submit the subject to you, therefore, without further comment.

In attempting to regain our lost commerce and conveying trade, I have heretofore called attention to the States south of us, offering a field where much might be accomplished. To further this object, I suggest that a small appropriation be made, accompanied with authority for the Secretary of the Navy to fit out a naval vessel to ascend the Amazon River to the mouth of the Madeira, thence to explore that river and its tributaries into Bolivia, and to report to Congress at its next session, or as soon as practicable, the accessibility of the country by water, its resources, and the population so reached. Such an exploration will cost but little; it can do no harm, and may result in establishing a trade of value to both nations.

In further connection with the Treasury Department, I would recommend a revision and codification of the Tariff laws and the opening of more mints for coining money, with authority to coin for such nations as may apply.

The attention of Congress is invited to the recommendations contained in the report of the Secretary of War herewith accompanying. The apparent great cost of supporting the army is fully explained by this report, and I hope will receive your attention.

While inviting your general attention to all the recommendations made

by the Secretary of War, there are two which I would especially invite you to consider—first, the importance of preparing for war in time of peace by providing proper armament for our sea-coast defenses. Proper armament is of vastly more importance than fortifications. The latter can be supplied very speedily for temporary purposes when needed; the former cannot. The second is the necessity of reopening promotion in the staff corps of the army; particularly is this necessity felt in the Medical, Pay, and Ordnance departments. At this time it is necessary to employ contract surgeons to supply the necessary medical attendance required by the army. With the present force of the Pay Department it is now difficult to make the payments to troops provided for by law. Long delays in payments are productive of desertions and other demoralization, and the law prohibits the payment of troops by other than regular army Paymasters. There are now sixteen vacancies in the Ordnance Department, thus leaving that branch of the service without sufficient officers to conduct the business of the different arsenals on a large scale if ever required.

During the past year our navy has been depleted by the sale of some vessels no longer fit for naval service, and by the condemnation of others not yet disposed of. This, however, has been more than compensated for by the repair of six of the old wooden ships, and by the building of eight new sloops-of-war, authorized by the last Congress. The building of these latter has occurred at a doubly fortunate time. They are about being completed at a time when they may, possibly, be much needed, and the work upon them has not only given direct employment to thousands of men, but has, no doubt, been the means of keeping open establishments for other work at a time of great financial distress. Since the commencement of the last month, however, the distressing occurrences which have taken place in the waters of the Caribbean Sea, almost on our very sea-board, while they illustrate most forcibly the necessity always that a nation situated like ours should maintain in a state of possible efficiency a navy adequate to its responsibilities, have at the same time demanded that all the effective force we really have shall be put in immediate readiness for warlike service. This has been and is being done promptly and effectively, and I am assured that all the available ships, and every authorized man of the American Navy will be ready for whatever action is required for the safety of our citizens or the maintenance of our honor. This, of course, will require the expenditure, in a short time, of some of the appropriations which were calculated to extend through the fiscal year, but Congress will, I doubt not, understand and appreciate the emergency, and will provide adequately not only for the present preparation, but for the future maintenance of our naval force. The Secretary of the Navy has during the past year been quietly putting some of our most effective monitors in condition for service and thus the exigency finds us in a much better condition for work than we could possibly have been without his action.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

A complete exhibit is presented in the accompanying report of the Postmaster General of the operations of the Post Office Department during the year. The ordinary postal revenues for the fiscal year ended June 30, 1873, amounted to Doll. 22,996,741 57. and the expenditures of all kinds to Doll. 21,984,945 67. The increase of revenues over 1872 was Doll. 1,081,315 20, and the increase of expenditures Doll. 2,426,753 36. Independent of the payments made from special appropriations for mail steam-ship lines, the amount drawn from the General Treasury to meet deficiencies was Doll. 5,265,475.

The constant and rapid extension of our postal service, particularly upon railways, and the improved facilities for the collection, transmission, distribution, and delivery of the mails, which are constantly being provided, account for the increased expenditures of this popular branch of the public service. The total number of post offices in operation on the 30th June, 1873, was 33,244, a net increase of 1,381 over the number reported the preceding year; the number of presidential offices was 1,363, an increase of 163 during the year; the total length of railroad mail route at the close of the year was 63,457 miles, an increase of 5,546 miles over the year 1872. Fifty-nine railway post-office lines were in operation on 30th June, 1873, extending over 14,866 miles of railroad routes, and performing an aggregate service of 34,925 miles daily. The number of letters exchanged with foreign countries was 27,459,185, an increase of 3,096,685 over the previous year, and the postage thereon amounted to Doll. 2,021,310 86. The total weight of correspondence exchanged in the mails with European countries exceeded 912 tons, an increase of 92 tons over the previous year. The total cost of the United States ocean mail steam-ship service, including Doll. 725,000 paid from special appropriations to subsidized lines of mail steamers, was Doll. 1,047,271 35.

New and additional postal conventions have been concluded with Sweden, Norway, Belgium, Germany, Canada, Newfoundland, and Japan, reducing postage rates on correspondence exchanged with those countries, and further efforts have been made to conclude a satisfactory postal convention with France, but without success.

I invite the favorable consideration of Congress to the suggestions and recommendations of the Postmaster General for an extension of the free-delivery system in all cities having a population of not less than 10,000; for the prepayment of postage on newspapers and other printed matter of the second class; for a uniform postage and limit of weight on miscellaneous matter, for adjusting the compensation of all Postmasters not appointed by the President, by the old method of commissions on the actual receipts of the office instead of the present mode of fixing the salary in advance upon special returns; and especially do I urge favorable action by Congress on the important recommendations of the Postmaster General for the establishment of United States Postal Savings Depositories.

Your attention is also again called to a consideration of the question of

stal telegraphs, and the arguments advanced in support thereof, in the hope that you may take such action in connection therewith as in your judgment will most contribute to the best interests of the country.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

Affairs in Utah require your early and special attention. The Supreme Court of the United States, in the case of *Clinton vs. Englebrecht*, decided that the United States Marshal of that Territory could not lawfully summon jurors for the District Courts, and these courts hold that the Territorial Marshal cannot lawfully perform that duty because he is elected by the Legislative Assembly, and not appointed as provided for in the act organizing the Territory. All proceedings at law are practically abolished by these decisions, and there have been but few or no jury trials in the District Courts that Territory since the last session of Congress. Property is left without protection by the courts, and crimes go unpunished. To prevent anarchy there is absolutely necessary that Congress provide the courts with some mode of obtaining jurors, and I recommend legislation to that end, and also that the Probate Courts of the Territory, now assuming to issue writs of injunction and habeas corpus and to try criminal cases, and in questions as to land titles, be denied all jurisdiction not possessed ordinarily by courts of that description.

I have become impressed with the belief that the act approved March 2, 1867, entitled "An act to establish a uniform system of bankruptcy throughout the United States", is productive of more evil than good. At this time many considerations might be urged for its total repeal. But, if this is not considered advisable, I think it will not be seriously questioned that those portions of said act providing for what is called involuntary bankruptcy operate to increase the financial embarrassments of the country. Careful and prudent men very often become involved in debt in the transaction of their business, and though they may possess ample property, if it could be made available for that purpose, to meet all their liabilities, yet on account of the extraordinary scarcity of money, they may be unable to meet all their pecuniary obligations as they become due, in consequence of which they are liable to be prostrated in their business by proceedings in bankruptcy at the instance of unrelenting creditors. People are now so easily alarmed as to monetary matters that the mere filing of a petition in bankruptcy by an unfriendly creditor will necessarily embarrass and oftentimes accomplish the financial ruin of a responsible business man. Those who otherwise might make lawful and prudent arrangement to relieve themselves from difficulties produced by the present stringency in money, are prevented by their constant exposure to attack and disappointment by proceedings against them in bankruptcy; and, besides, the law is made use of in many cases by obdurate creditors to frighten or force debtors into a compliance with their wishes and into acts of injustice to other creditors and to themselves. I recommend that so much of said act as provides for involuntary bankruptcy on account of the suspension of payment be repealed.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

Your careful attention is invited to the subject of claims against the Government, and the facilities afforded by existing laws for their prosecution. Each of the departments of State, Treasury and War, have demands for many millions of dollars upon their files, and they are rapidly accumulating. To these may be added those now pending before Congress, the Court of Claims, and the Southern Claims Commission, making in the aggregate an immense sum. Most of these grow out of the rebellion, and are intended to indemnify persons on both sides for their losses during the war, and not a few of them are fabricated and supported by false testimony. Projects are on foot, it is believed, to induce Congress to provide for new classes of claims, and to revive old ones through the repeal or modification of the Statute of Limitations, by which they are now barred. I presume these schemes, if proposed, will be received with little favor by Congress, and I recommend that persons having claims against the United States cognizable by any tribunal or department thereof, be required to present them at an early day, and that legislation be directed, as far as practicable, to the defeat of unfounded and unjust demands upon the Government. I would suggest, as a means of preventing fraud, that witnesses be called upon to appear in person to testify before those tribunals having said claims before them for adjudication. Probably the largest saving to the National Treasury can be secured by timely legislation on these subjects of any of the economic measures that will be proposed.

You will be advised of the operations of the Department of Justice by the report of the Attorney General, and I invite your attention to the amendments of existing laws suggested by him, with the view of reducing the expenses of that department.

The policy inaugurated toward the Indians at the beginning of the last administration has been steadily pushed, and I believe with beneficial results. It will be continued with only such modifications as time and experience may demonstrate as necessary. With the encroachment of civilization upon the Indian reservations and hunting grounds disturbances have taken place between the Indians and whites during the past year, and probably will continue to do so until each race appreciates that the other has rights which must be respected. The policy has been to collect the Indians as rapidly as possible on reservations, and as far as practicable within what is known as the Indian Territory, and to teach them the arts of civilization and self-support. Where found off their reservations and endangering the peace and safety of the whites, they have been punished and will continue to be for like offenses. The Indian Territory south of Kansas and west of Arkansas is sufficient in area and agricultural resources to support all the Indians of the Rocky Mountains. In time, no doubt, all of them except a few who may select to make their homes among white people, will be collected there as a preparatory step for this consummation. I am now satisfied that a Territorial form of government should be given them, which will secure the treaty rights of

the original settlers, and protect their homestead from alienation for a period of twenty years.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

The operations of the Patent Office are growing to such magnitude, and the accumulation of material is becoming so great, that the necessity for more room is becoming more obvious day by day. I respectfully invite your attention to the reports of the Secretary of the Interior and Commissioner of Patents on this subject.

The business of the General Land Office exhibits a material increase in all its branches during the last fiscal year. During that time there were disposed of out of the public lands, 13,030,606 acres, being an amount greater by 1,165,631 acres than was disposed of the preceding year. Of the amount disposed of 1,626,266 acres were sold for cash; 214,940 acres were located with military land warrants; 3,793,612 acres were taken for homesteads; 653,446 acres were located with Agricultural College scrip; 6,083,536 acres were certified by railroads; 238,548 acres were granted to wagon roads; 76,567 acres were approved to States as swamp lands; 138,681 acres were certified for agricultural colleges, common schools, universities, and seminaries; 190,775 acres were approved to States for internal improvements, and 14,222 acres were located with Indian scrip. The cash receipts during the same time were Doll. 3,408,515 50, being Doll. 190,415 50 in excess of the receipts of the previous year. During the year 30,488,132 acres of public land were surveyed, an increase over the amount surveyed the previous year of 1,037,193, and added to the area previously surveyed aggregates 616,554,895 acres which have been surveyed, leaving 1,218,443,505 acres of the public land still unsurveyed. The increased and steadily-increasing facilities for reaching our unoccupied public domain, and for transportation of surplus products, enlarge the available field for desirable homestead locations, thus stimulating settlement and extending year by year in a gradually-increasing ratio the area of occupation and cultivation.

The expressed desire of the representatives of a large colony of citizens of Russia to emigrate to this country, as it is understood, with the consent of their Government, if certain concession can be made to enable them to settle in a compact colony, is of great interest, as doing to show the light in which our institutions are regarded by an industrious and wealthy people desirous of enjoying civil and religious liberty, and the acquisition of so large an immigration of citizens of a superior class would, without doubt, be a substantial benefit to the country. I invite attention to the suggestion of the Secretary of the Interior in their behalf.

There was paid during the last fiscal year for pensions including the expenses of disbursement Doll. 29,185,289 62, being an amount less by Doll. 984,050 98 than was expended for the same purpose the preceding year. Although this statement of expenditures would indicate a material reduction in amount compared with the preceding year, it is believed that the changes

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

in the Pension laws at the last session of Congress will absorb that amount the current year. At the close of the last fiscal year there were on the pensions-rolls 99,804 invalid military pensioners and 112,088 widows, orphans, and dependent widows of deceased soldiers, making a total of that class of 211,892; and 18,266 survivors of the war of 1812 and 5,053 widows of soldiers of that war, pensioned under the act of Congress of Feb. 14, 1871, making a total of that class of 23,319; 1,430 invalid navy pensioners and 1,770 widows, orphans, and dependent relatives of deceased officers, sailors, and marines of the navy, making a total of navy pensioners of 3,200, and a grand total of pensioners of all classes of 238,411, showing a net increase during the last fiscal year of 6,182. During the last year the names of 16,405 pensioners were added to the rolls, and 10,223 names were dropped therefrom for various causes. The system adopted for the detection of frauds against the Government in the matter of pensions, has been productive of satisfactory results, but legislation is needed, if possible, against the perpetration of such frauds in future.

The evidently increasing interest in the cause of education is a most encouraging feature in the general progress and prosperity of the country, and the Bureau of Educations is earnest in its efforts to give proper direction to the new appliances and the increased facilities which are being offered to aid the educators of the country in their great work.

The ninth census has been completed, and the report thereof published and distributed, and the working force of the bureau disbanded. The Secretary of the Interior reviews his recommendation for a census to be taken in 1875, to which subject the attention of Congress is invited. The original suggestion in that behalf has met with the general approval of the country, and even if it be not deemed advisable at present to provide for a regular quinquennial census, a census taken in 1875, the report of which could be completed and published before the one hundredth anniversary of our independence, would be especially interesting and valuable as showing the progress of the country during the first century of our national existence. It is believed, however, that a regular census every five years would be of substantial benefit to the country, inasmuch as our growth hitherto has been so rapid that the results of the decennial census are necessarily unreliable as a basis of estimates for the latter years of a decennial period.

Under the very efficient management of the Governor and the Board of Public Works of this District, the City of Washington is rapidly assuming the appearance of a capital of which the nation may well be proud. From being a most unsightly place three years ago, disagreeable to pass through in Summer in consequence of the dust arising from unpaved streets, and almost impassable in the Winter from the mud, it is now one of the most sightly cities in the country, and can boast of being one of the best paved. The work has been done systematically, the plans, grades, location of sewers,

water and gas mines being determined upon before the work was commenced, thus securing permanency when completed. I question whether so much has ever been accomplished before in any American city for the same expenditures. The Government having large reservations in the city, and the nation at large having an interest in their capital, I recommend a liberal policy toward the District of Columbia, and that the Government should bear its just share of the expenses of these improvements. Every citizen visiting the capital feels a pride in its growing beauty, and that he too, is part owner in the investments made here. I would suggest to Congress the propriety of promoting the establishment in this district of an institution of learning, or university of the highest class, by the donation of lands. There is no place better suited for such an institution than the national capital. There is no other place in which every citizen is so directly interested.

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

In three successive messages to Congress I have called attention to the subject of "civil service reform". Action has been taken so far as to authorize the appointment of a board to devise rules governing methods of making appointments and promotions, but there never has been any action making these rules or any rules binding or even entitled to observance, where persons desire the appointment of a friend or the removal of an official who may be disagreeable to them. To have any rules effective they must have the acquiescence of Congress as well as of the Executive. I recommend, therefore, the subject to your attention, and suggest that a special committee of Congress might confer with the Civil Service Board during the present session for the purpose of devising such rules as can be maintained, and which will secure the services of honest and capable officials, and which will also protect them in a degree of independence while in office. Proper rules will protect Congress as well as the Executive from much needless persecution, and will prove of great value to the public at large.

I would recommend for your favorable consideration the passage of an enabling act, for the admittance of Colorado as a State in the Union. It possesses all the elements of a prosperous State, agricultural and mineral, and I believe has a population to justify such admission. In connection with that I would also recommend the encouragement of a canal for purposes of irrigation, from the eastern base of the Rocky Mountains to the Missouri River. As a rule, I am opposed to further donation of public lands for internal improvements owned and controlled by private corporations, but in this instance I would make an exception. Between the Missouri River and the Rocky Mountains there is an arid belt of public land from 300 to 500 miles in width, perfectly useless for the occupation of man, for want of sufficient rain to secure the growth of any products. An irrigating canal would make productive a belt as wide as the supply of water could be made to spread over across this entire country, and would secure a cordon of settlements connecting the present population of mountain and mining regions with that of

Nr. 5283.
Ver. Staaten.
1. Dec. 1873.

the older States. All the land reclaimed would be clear gain. If all alternate sections are retained by the Government, I would suggest that the retained sections be thrown open to entry under the Homestead laws, or sold to actual settlers for a very low price.

I renew my previous recommendation to Congress for general amnesty. The number engaged in the late rebellion yet laboring under disabilities is very small, but enough to keep up a constant irritation. No possible danger can accrue to the Government by restoring them to eligibility to hold office.

I suggest for your consideration the enactment of a law to better secure the civil rights which freedom should secure, but has not effectually secured to the enfranchised slave.

U. S. Grant.

Executive Mansion, Dec. 1, 1873.

Die Virginus-Angelegenheit.

Nr. 5284.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Botschaft des Präsidenten betreffend die Virginus-Angelegenheit.

To the Senate and House of Representatives:

Nr. 5284.
Ver. Staaten.
5. Jan. 1874.

In my annual message of December last I gave reason to expect that when the full and accurate text of the correspondence relating to the steamer Virginus, which had been telegraphed in cipher, should be received, the papers concerning the capture of the vessel, the execution of a part of its passengers and crew, and the restoration of the ship and the survivors would be transmitted to Congress. || In compliance with the expectations then held out, I now transmit the papers and correspondence on that subject. || On the 26th day of September, 1870, the Virginus was registered in the custom-house at New York as the property of a citizen of the United States, he having first made oath, as required by law, that he was "the true and only owner of the said vessel, and that there was no subject or citizen of any foreign prince or state directly or indirectly, by way of trust, confidence, or otherwise, interested therein". || Having complied with the requisites of the statute in that behalf, she cleared in the usual way for the port of Curaçoa, and on or about the 4th day of October, 1870, sailed for that port. It is not disputed that she made the voyage according to her clearance, nor that, from that day to this, she has not returned within the territorial jurisdiction of the United States. It is also understood that she preserved her American

papers, and that when within foreign ports she made the practice of putting forth a claim to American nationality, which was recognized by the authorities at such ports. || When, therefore, she left the port of Kingston, in October last, under the flag of the United States, she would appear to have had, as against all powers except the United States, the right to fly that flag, and to claim its protection, as enjoyed by all regularly documented vessels registered as part of our commercial marine. || No state of war existed, conferring upon a maritime power the right to molest and detain upon the high seas a documented vessel; and it cannot be pretended that the Virginus had placed herself without the pale of all law by acts of piracy against the human race. || If her papers were irregular or fraudulent, the offense was one against the laws of the United States, justiciable only in their tribunals. || When, therefore, it became known that the Virginus had been captured on the high seas by a Spanish man-of-war; that the American flag had been hauled down by the captors; that the vessel had been carried to a Spanish port; and that Spanish tribunals were taking jurisdiction over the persons of those found on her, and exercising that jurisdiction upon American citizens, not only in violation of the rules of international law, but in contravention of the provisions of the treaty of 1795, I directed a demand to be made upon Spain for the restoration of the vessel, and for the return of the survivors to the protection of the United States, for a salute to the flag, and for the punishment of the offending parties. || The principles upon which these demands rested could not be seriously questioned, but it was suggested by the Spanish government that there were grave doubts whether the Virginus was entitled to the character given her by her papers; and that therefore it might be proper for the United States, after the surrender of the vessel and the survivors, to dispense with the salute to the flag, should such fact be established to their satisfaction. || This seemed to be reasonable and just. I therefore assented to it, on the assurance that Spain would then declare that no insult to the flag of the United States had been intended. || I also authorized an agreement to be made that, should it be shown to the satisfaction of this Government that the Virginus was improperly bearing the flag, proceedings should be instituted in our courts for the punishment of the offense committed against the United States. On her part Spain undertook to proceed against those who had offended the sovereignty of the United States, or who had violated their treaty rights. || The surrender of the vessel and the survivors to the jurisdiction of the tribunals of the United States was an admission of the principles upon which our demands had been founded. I therefore had no hesitation in agreeing to the arrangement finally made between the two Governments—an arrangement which was moderate and just, and calculated to cement the good relations which have so long existed between Spain and the United States. || Under this agreement the Virginus, with the American flag flying, was delivered to the Navy of the United States at Bahia Honda, in the island of Cuba, on the

Nr. 5284.
Ver. Staaten.
5. Jan. 1874.

Nr. 5284.
Ver. Staaten.
5. Jan. 1874.

16th ultimo. She was in an unseaworthy condition. In the passage to New York she encountered one of the most tempestuous of our winter storms. At the risk of their lives the officers and crew placed in charge of her attempted to keep her afloat. Their efforts were unavailing and she sank off Cape Fear. The prisoners who survived the massacres were surrendered at Santiago de Cuba on the 18th ultimo, and reached the port of New York in safety. || The evidence submitted on the part of Spain to establish the fact that the Virginus at the time of her capture was improperly bearing the flag of the United States is transmitted herewith, together with the opinion of the Attorney-General thereon, and a copy of the note of the Spanish minister, expressing, on behalf of his government, a disclaimer of an intent of indignity to the flag of the United States.

U. S. Grant.

Washington, January 5, 1874.

Nr. 5285.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid (General Sickles) an den Staatssecr. d. Ausw. (Mr. Hamilton Fish).
— Erster Bericht über die Nnehmung des Virginus.

United States Legation in Spain.

Madrid, November 7, 1873. (Received December 8.)

Nr. 5285.
Ver. Staaten.
7. Nov. 1873.

Sir: Yesterday the Official Gazette published a telegram, of which the following is a translation! || „Island of Cuba. — The captain-general, in a telegram of yesterday, the 5th, reports that the steamer Tornado captured the pirate Virginus six miles from the coast of Jamaica, having made Bembeta, Hernando Céspedes (son) Quesade, Jesus del Sol, and others to the number of 165, prisoners, some of them being of importance. The horses, arms, and provisions of the Virginus were thrown over board during the chase. The captain-general attaches importance to the occasion“. || In the afternoon I called at the ministry of state for the purpose of suggesting to Mr. Carvajal that this capture afforded an opportunity to inaugurate a more generous and humane policy in the conduct of the war in Cuba; that if it should turn out that the vessel was taken on the high seas it might be the subject of a reclamation, and that in any event it would be well to direct the captain-general of Cuba to await orders from this government before taking any further steps in the case. Learning that his excellency was indisposed, I communicated my views to his deputy and wrote a private note to the minister, inviting his attention to the subject. || In the evening I mentioned the matter to President Castelar, remarking that I had received no information or instructions from my Government

touching the incident, and that while we had no desire to extend our protection to the enemies of Spain, yet if it should transpire that the Virginus was an American ship, captured on the high seas by a Spanish cruiser, in time of peace, a demand would doubtless be made for the release of the vessel and all on board. I had, therefore, deemed it proper to remind his excellency of the precipitation which often marked the proceedings of the Cuban authorities in the summary execution of prisoners, and to recommend the dispatch of immediate and explicit orders forbidding any such proceedings without the previous sanction of this government. || President Castelar received these observations with his usual kindness, and told me, confidentially, that at seven o'clock in the morning, as soon as he read the telegram from Cuba, and without reference to any international question, for that, indeed, had not occurred to him, he at once sent a message to the captain-general, admonishing him that the death-penalty must not be imposed on any non-combatant without the previous approval of the Cortes, nor upon any person taken in arms against the government without the sanction of the executive. Now that it seemed possible that other questions might arise, further instructions would be sent to General Jovellar in the sense I had indicated. || I expressed my satisfaction in learning that the President had determined to stop the cruel treatment of prisoners of war in Cuba, which had so embittered the unhappy contest in that island and so increased the difficulties in the way of any scheme of pacification. || Mr. Castelar remarked that it would be well for me to have a conversation with Mr. Carvajal on the subject, in order that the question might be brought through the regular channel before the council of ministers. I answered, that having already in an unofficial way thrown out a sufficient intimation to the minister of state, I preferred to wait instructions before taking any further step in so delicate a question. || I learn to-day that many deputies have united in an address to President Castelar, praying him to interpose his authority to prohibit the infliction of the death-penalty on any of the persons captured in the Virginus. A similar petition has been laid before the parliamentary committee sitting during the recess, and which is invested with certain extraordinary powers. This proceeding is passionately assailed by the reactionary press, which loudly demands the blood of the prisoners. || I am, etc.

D. E. Sickles.

Nr. 5286.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Erörterung der Rechtsfrage.

Legation of the United States in Spain,
Madrid, November 8, 1873. (Received November 28.)

Nr. 5286.
Ver. Staaten.
8. Nov. 1873.

Sir: This morning, on receipt of your telegram, dated yesterday, in relation to the capture of the *Virginius*, I had a conversation with the minister of state, of which I sent you a brief report by cable. || Referring to my visit to the department day before yesterday, and to the suggestion then made in a private note, I said I regretted to have occasion to inform his excellency that the conduct of the authorities in Cuba had shown the expediency of the steps I had recommended to be taken to prevent any acts of violence toward the passengers in the *Virginius*. Mr. Carvajal said that he had not heard that any of the prisoners had been executed. || Informing the minister of the purport of your instruction, I said the case presented, at the outset, a grave assumption of jurisdiction on the high seas, to which the United States could not assent if it should appear that the *Virginius* was a regularly documented American ship. In that event, and assuming that the vessel was seized outside of Spanish waters, this government would be expected to release the ship, passengers, crew, and cargo, and to signify its disapprobation of the trespass. In the present aspect of the question I was not about to make such a demand; I should now only invite the serious attention of his excellency to the transaction, communicating the information and the views you had given me for my guidance, and I hoped that this government, without waiting for a formal reclamation, would take immediate steps to make the reparation which public law and the recognized usage of nations might require. At the same time I intimated the importance of allowing no act to be done meanwhile in Cuba which could embarrass or prevent such a disposition of the case as the circumstances might show to be proper and just. || I then stated concisely the general principles of public law which I regarded as applicable to the facts, so far as they had transpired, in the preliminary reports received, Spain not having declared that war exists in Cuba, and the United States not having recognized the parties to the contest as belligerents. The *Tornado* had exceeded her jurisdiction in undertaking to capture a ship under a foreign flag in the open sea. No question would have arisen if the vessel had been found in Spanish waters, and a fair trial accorded to any American citizens on board, in conformity with the provisions of the seventh article of the treaty of 1795. On the case as it now appeared, the proceeding of the *Tornado* was as indefensible as if a Spanish commander in the north pursued Don Carlos to Bayonne, seizing him and taking him to Pamplona to be shot.

Spanish ships of war had no more right to lay hands on an American vessel at sea than we would have to enter the port of Cadiz and arrest an offender against our laws. This immunity of every known flag on the ocean was a principle that Spain, in common with all maritime nations, had an equal interest in maintaining inviolate. || The minister said that he had cabled an order to the captain-general of Cuba for a detailed report of all the facts. He had put a series of questions to that officer, numbering them for greater precision, so that the council of ministers might be in possession of all the information necessary to a just appreciation of the occurrences. He hoped to be able to communicate to me the action taken on or before Thursday next. He was very glad I had not made a formal demand. It was unnecessary. This government would take up the question at once and decide it on principles of public law, and according to its international obligations, uninfluenced by political opinions or passions in any quarter. || I stated that the attention of this government had been repeatedly called to the rules of international law applicable in such cases. In 1869 you had addressed a note to the Spanish minister in Washington, pointing out certain clauses in a decree issued by General de Rodas then commanding in Cuba, which erroneously asserted the right of Spain to take and detain suspected vessels on the high seas, and treat them as pirates. Pursuant to your instructions I had pointed out to Mr. Silvela, then minister of state, the grave consequences of such orders given to the Spanish fleet in the Gulf of Mexico, treating those waters as if they were a Spanish lake. Mr. Silvela assured me that he had already twice endeavored to acquaint General de Rodas with the true boundaries of his authority, which he had obviously exceeded in his decrees, and it would not be left doubtful that in his third performance the error of the captain-general should stand corrected. I had also had occasion to discuss and settle with General Prim's government, in the affair of the Lloyd Aspinwall, a clear precedent in this class of cases. Very recently Mr. Carvajal himself had considered the same general question in the matter of the Deerhound, an English vessel captured some miles off the Spanish coast in the Bay of Biscay, with arms and ammunition for the Carlists. || The minister said this government had released the Deerhound, and passengers and crew, moved by the same respect for public law that would be now invoked in the investigation and consideration of the questions raised by the capture of the Virginus. I might assure you of the earnest desire of the government of the republic to treat the matter dispassionately and with a firm purpose to fulfill all its duties toward other powers, while maintaining a becoming regard for its own independence and honor. || I had returned to the legation and written my telegraphic report of this interview when Mr. Carvajal was announced. He came in saying, "I have bad news—four of the party on board the Virginus have been shot". His excellency proceeded to state that soon after I had taken leave of him, and while President Castelar was in the ministry, his colleague

Nr. 5286.
Ver. Staaten.
8. Nov. 1873.

of the colonial office handed him a telegram containing a report received in- directly from an officer holding a subordinate command in Cuba, and stating that young Cespedes, Bembeta, Jesus del Sol, and another of the prominent persons captured, had been shot in the execution of a former sentence. Although the information was not so authentic and definite as to merit full cre- dence, yet it had been received by this government with the utmost concern and regret, and he had hastened to impart it to me, although it was desired that, for the present at least, nothing should transpire on the subject in Madrid. He added that further orders had been cabled to the captain-general of Cuba, enjoining most imperatively that all proceedings against the persons in custody cease. The minister likewise remarked that up to this hour no report had been received at the colonial department from the captain-general of Cuba, and the government was confident that the deplorable act of the local authorities of the port to which the vessel had been taken must have happened before the receipt of the orders sent to the captain-general on the morning of the 6th instant by President Castelar. The whole matter would at once engage the careful attention of the council of ministers, and I might expect to receive a communication from him on Monday, day after to-morrow. || I called at half past ten to-night at the executive mansion, hoping to have a conversation on the subject with President Castelar, and found him engaged in a cabinet council, called, perhaps, especially for the consideration of this question. || I am, etc.

D. E. Sickles.

Nr. 5287.

VEREINIGTE STAATEN von **AMERICA**. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Auftrag, Genugthuung zu verlangen.

a. Telegramm.

Washington, November 12, 1873.

Nr. 5287.
Ver. Staaten.
12. Nov. 1873.

Hall telegraphs that Havana papers of this morning published statement, apparently from official source, that the captain and thirty-six of the crew of Virginius and sixteen others were shot on 7th and 8th instant. || It is hoped the report of such butchery and murder may prove inaccurate. You will ask of minister confirmation or denial of the report. The alleged date is subse- quent to the orders said to have been sent from Madrid forbidding any pu- nishments. || I have telegraphed for further intelligence. If the report be con- firmed, you will protest, in the name of this Government and of civilization and humanity, against the act as brutal, barbarous, and an outrage upon the

age, and will declare that this Government will demand the most ample re-
 paration of any wrong which may have been committed upon any of its citi-
 zens or upon its flag. You are confidentially informed that grave suspicions
 exist as to the right of the Virginus to carry the American flag, as also with
 regard to her right to the American papers which she is said to have. In-
 vestigation is being made. You will bear this in mind in what you may say
 to the ministry.

Nr. 5287.
 Ver. Staaten.
 12. Nov. 1873.

Fish.

b. Depesche.

Departement of State,
 Washington, November 12, 1873.

Sir: You will receive by the mail of this date a copy of the telegrams
 which have been sent to you with reference to the capture of the Virginus,
 and also of those from you relating to the same subject, as they have been
 received and deciphered here. || The first intelligence was received here late
 in the evening of the 5th instant, from Mr. Hall, acting consul-general in
 Havana. I was absent from Washington the 6th, returning on the evening of
 the 6th. Your telegram was received announcing the instructions of the Madrid
 government not to inflict any penalties until the matter should have been re-
 ported there. || On the 7th the public journals announced the execution
 on the 4th of four persons who had been captured on the vessel, one
 of whom was represented to be an American, who is said to have en-
 tered the military service of the insurrectionists in Cuba, and who claimed
 to hold a military commission from the insurrectionary authorities, and to
 have been in actual military service on the island. || The execution, as it is
 called, of those persons was forced on with indecent and barbarous haste, and
 in defiance of all humanity and regard to the usages of the civilized world.
 || It was perpetrated in advance of the knowledge of the capture reaching
 Havana or Madrid, and it would seem to have been thus precipitated in cold
 blood and vindictiveness, to anticipate and prevent the interposition of any
 humane restraints upon the ferocity of the local authorities from the govern-
 ment at Madrid or its representative in Havana. || This is but another instance
 in the long catalogue of the defiance of the home government by those in-
 trusted with authority in Cuba, and adds another page to the dark history of
 bloody vengeance and cruel disregard of the rules of civilized war, and of
 common humanity, which the military and other officials in Cuba have but
 too frequently made part of the history of Spain's government and of its
 colony. || The promptness with which the Madrid government responded to your
 suggestion, and forwarded instructions to the captain-general to await orders
 before inflicting any penalties on the passengers or crew of the Virginus, is

Nr. 5287.
Ver. Staaten.
12. Nov. 1873.

accepted as evidence of their readiness to administer justice, and gives promise of the promptness with which they will condemn and punish the hot thirst for blood and vengeance which was exhibited at Santiago de Cuba. Condemnation, disavowal, and deprecation of the act will not be accepted by the world as sufficient to relieve the government of Spain from participation in the just responsibility for the outrage. There must be a signal mark of displeasure and a punishment to which the civilized world can point, and which other subordinate or local officials will have cause to look to as a beacon on a dangerous rock, to be forever after avoided. || You will represent this to the government at Madrid, and you will further very earnestly, but avoiding any just cause of offended sensibility, represent that the failure of some speedy and signal visitation of punishment on those engaged in this dark deed cannot fail to be regarded as approval of the act, and in view of the orders given to abstain from any punishments which the home government had passed upon them will be regarded as admission of the inability of the government of the peninsula to control the affairs of the island of Cuba. The omission to punish the acts of the 4th of November, in Santiago de Cuba, will be a virtual abandonment of the control of the island, and cannot be regarded otherwise than a recognition that some power more potent than that of Spain exists within that colony. || You may read what precedes to the minister, and you may say that this Government has confidence in the sincerity and good faith of the present government at Madrid, and of its desire to have executed in Cuba the promises made in Madrid. || We fear, however, that unaided, Spain has not the power to control the resistance to its authority under the attitude and profession of loyalty and of support which is more formidable than the insurrection of Yara to her continued ascendancy. The rebellion and insurrection of the Casino Espagnole and its pretorian volunteers, present the most formidable opposition to the authority of the peninsula. || With regard to the Virginus, we are still without information as to the particulars of her capture. There are conflicting representations as to the precise place of capture, whether within British waters or on the high seas, and we have no information as to whether she was first sighted within Spanish waters and the chase commenced there, or whether it was altogether in neutral waters. || Mr. Hall has been requested to furnish full particulars, and a vessel of the Navy has been dispatched thither. Mr. Hall informs me that telegraphic communication between Havana and Santiago de Cuba has been interrupted. || There is also some doubt as to the right of the Virginus to carry the American flag, or of her right to the papers which she unquestionably carried. This is being investigated, and, of course, no admission of doubt as to the character of the vessel can be allowed until it become apparent that the Government cannot sustain the nationality of the vessel, while the doubt imposes on the Government the necessity of caution in ascertaining the facts before making a positive demand. || While writing this instruction, a telegram from Mr. Hall men-

tions that Havana papers of this morning published a statement, apparently from official sources, that the captain and thirty-six of the crew of the *Virginus* and sixteen others were shot on the 7th and 8th instant. || Such wholesale butchery and murder is almost incredible; it would be wholly incredible but for the bloody and vengeful deeds of which Cuba has been the theatre. No government deserves to exist which can tolerate such crimes. Nature cries aloud against them. Spain will be loud and earnest in punishing them, or she will forfeit her past good name. || Your request to the Government that our consul be permitted to see and to confer with American citizens who may be prisoners at Santiago de Cuba was considerate, and is approved; but it had been anticipated through the Havana consulate. || I am, etc.

Hamilton Fish.

Nr. 5288.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl Granville) an den königl. General-Consulats-Verweser (Acting Consul-General) in Havana (M. Crawford). — Auftrag, im Interesse britischer Unterthanen die *Virginus-Angelegenheit* zu überwachen.

Foreign Office, November 11, 1873.

Sir, — The attention of Her Majesty's Government has been called to certain telegrams which have lately appeared in the newspapers, relative to the capture by a Spanish gunboat of the steamer "*Virginus*", on the coast of Jamaica. || In the absence of any official information, Her Majesty's Government are unable to judge whether there is any ground for objecting to the capture of the "*Virginus*"; and they have no wish to interfere in order to protect British subjects from the consequences to which they may have rendered themselves justly liable, by their interference in the affairs of a foreign State; but, as it appears, that some of the persons on board the "*Virginus*" have already been executed, and the lives of others may be in danger, I have to instruct you to watch the proceedings in the case; and in the event of there being any British subjects among the prisoners, you will use your utmost endeavours to secure them a fair trial. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5289.

GROSSBRITANNIEN. — General-Consulats-Verweser in Havana an den königl. Min. d. Ausw. — Meldung, dass 16 Britische Unterthanen aus der Mannschaft des Virginus erschossen worden sind.

(Telegraphic.)

Havana, November 14, 1873.

Nr. 5289.
Gross-
britannien.
14. Nov. 1873.

Sixteen British subjects of the crew of the "Virginus" were shot 7th instant at Santiago, in spite of the Governor of Jamaica and the Committee's protest to the Governor through the Vice-Consul. || Seven other British subjects remain, six of whom are under age. || Her Majesty's ship "Niobe" arrived there next day. || Chase begun, and capture effected on the high sea.

Nr. 5290.

GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Jamaica (Sir J. P. Grant) an den königl. Colonialminister (Earl of Kimberley). — Bericht über die Schritte zur Rettung der Mannschaft des „Virginus“ und über die Vorgeschichte des Schiffs.

King's House, November 8, 1873.

Nr. 5290.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1873.

My Lord, — I have the honour to report to your Lordship that, on the 6th instant, a telegram was received from Mr. Mason, the Acting Vice-Consul at St. Jago de Cuba, to the effect "that the crew of the 'Virginus' were to be shot to-morrow" (the 7th), and asking me whether, as Consul, he should do anything in behalf of the British subjects on board. The telegram stated that the vessel was captured on the high seas under American colours, but the Spanish Governor declared her to be a pirate, and refused to liberate on application of the United States' Consul. || This message was obligingly conveyed through the medium of the Superintendent at Kingston of the West Indian and Panama Telegraph Company, in order to avoid the delay which would have attended the sending of an official telegram, all such telegrams being subject to a censorship by the Spanish authorities. The letter of Mr. Gutierrez, the Superintendent, communicating the message, will be found amongst the papers herewith transmitted. || To this telegram the following reply was almost immediately sent:— "If innocent British subjects were on board 'Virginus', Governor suggests that you should use all proper influence to protect them". || A few hours subsequently I forwarded the following:— "Governor of Jamaica does not believe, unless judicial condemnation has taken

place, that 'Virginus' is a pirate. If not a pirate, the shooting of any British subject for being on board cannot be lawful. 'Virginus' cleared for Limon Bay. British subjects may have been shipped here as crew or passengers, and as 'Virginus' was not armed and had no warlike munitions on board on leaving Jamaica, they may have been ignorant that the vessel was not peacefully bound for Limon Bay, for which port she cleared. Governor suggests a strong demand for suspension of execution, at least pending a formal trial, in the case of all who claim to be British subjects". || I requested the Superintendent of the Telegraph Company to send this message through the telegraph officers, in the same manner as Mr. Mason's message had been received, and when he was certain that it had reached its destination, to repeat it as an official message, so that the Spanish authorities might have cognizance of it, and should they choose to suppress or delay it, might be called to account for such act hereafter should Her Majesty's Government eventually find themselves called upon to interfere. || I caused a copy of these messages to be forwarded to the United States' Consul at Kingston, and I also communicated a copy to Commodore de Horsey. || At 4 o'clock yesterday afternoon, I received the following message from Mr. Mason: — "Three, afternoon. Governor refuses to delay execution, which is to take place in one hour. 'Niobe' not arrived". || Commodore de Horsey telegraphed to the Acting Vice-Consul at 5 P. M. on the 6th, to protest against the execution of any British subject captured in the "Virginus", and at 10 P. M. he dispatched Her Majesty's ship "Niobe" to St. Jago de Cuba, with instructions to her Captain to do whatever could be done to urge the rights of the men as British subjects, and in the telegram that the Commodore sent at 5 P. M., he mentioned that the "Niobe" would be sent to St. Jago de Cuba. || The following messages were sent by the Acting Vice-Consul to Commodore de Horsey during yesterday in the order following: — || 1. "Have seen Governor and Naval authority, who say they act under superior orders, and cannot delay sentence of court-martial whatever it may be". || 2. "Marine authority informs me that sixteen of 'Virginus' crew claiming to be British subjects will be shot this afternoon. Have protested, requesting delay as ordered. Would recommend that, should you wish to communicate further to Governor, you should do so direct to save time". || 3. Mr. Mason to Mr. Gutierrez: "Tell Commodore, Consul says hears thirty-five of crew sentenced to be shot this evening or to-morrow morning. Attitude of authorities very stiff, will brook no interference. Fear 'Niobe' will not be able to obtain anything. No doubt British subjects there". || This day Mr. Gutierrez, the Superintendent, has communicated to me the following: — "I have received information that thirty-eight of the crew, including Captain of 'Virginus', have been shot, and that all the rest on board, except eleven Cubans and three boys, are condemned to death. 'Niobe' not yet arrived". || There is at present no formal proof that there were any British subjects on board the "Virginus", but the consignee, at Kingston, of the vessel, who, in his letter of the 6th

Nr. 5290.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1873.

Nr. 5290.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1873.

instant, represents that he procured seamen for her, states that several of them were British subjects; and the American Consul states, in his letter of the 7th November, that one John Patmore, a native of Jamaica, shipped on board the "Virginus", after the signing of the articles and the clearing of the steamer, from his office. || As, however, the "Virginus" shipped at Kingston some thirty-seven of the men who formed her crew, the strong probability is that there were many British subjects amongst them. This point will, no doubt, be cleared up in time, and more certain information will probably be forthcoming on the return of the "Niobe".

The previous history of the vessel, as shortly as it can be stated, is this:— || The steamer "Virginus", under United States' colours, arrived in Kingston harbour said to be last from Colon, on the 9th July, 1873. Her arrival was reported to me by Commodore de Horsey, who, at the same time, mentioned that she was said to be engaged in the service of the insurrectionary force in Cuba, and to have on board sixty cases of cartridges and a few hundred kegs of powder. In consequence of this report, special instructions were issued to the Customs and Police authorities to watch and report the movements of the vessel. || The "Virginus" discharged the powder she had on board, as is usual in the case of vessels having powder on board, at the Government magazine, Fort Augusta, and came up the harbour the same evening and anchored off Kingston. || The following morning a Spanish man-of-war, the "Charracia", which it is said followed her from Colon, arrived, and anchored in Kingston harbour in close proximity to the "Virginus". || On the "Virginus" being rummaged by the Customs officers on the morning of the 10th July, the following munitions of war were found on board, and as at the time the importation of such articles except from the United Kingdom was still absolutely prohibited by a local law which was then still in force (though since repealed in conformity with the repeal of the corresponding Imperial Statute), these munitions were seized as forfeited to the Crown:— 37 bags of ball cartridge, 144 sword bayonets, 12 angular bayonets, 7½ kegs small shot. || All these articles, together with the gunpowder, 52 small kegs and 75 jars, are still in possession of the Customs authorities; application for their reshipment upon the sailing of the "Virginus" having been refused. || The Spanish man-of-war left Kingston harbour on or about the 16th of July, and the "Virginus" remained quietly in the harbour until the 23rd of October, when she sailed, having cleared for Limon Bay in Costa Rica, having a crew of forty-six men, and carrying some 108 passengers, ostensibly for that place. These passengers were, I understand, mostly Cubans, and subsequent events would tend to show that their object was to join the insurrectionary forces in Cuba; for it is said that instead of the "Virginus" proceeding from Kingston to Limon Bay, she went over to the coast of Cuba, and after having been chased by a Spanish man-of-war, put into Port-au-Prince in Hayti, where I am told she shipped arms and ammunition. From thence she proceeded

again to the coast of Cuba, when she was again chased, fired into, and partially disabled by a Spanish man-of-war, and eventually captured on the high seas after an eight hours' chase. These latter particulars, however, are only gathered from the information that has been conveyed by private telegrams to private persons in Kingston. || I think that it may be stated with confidence that, when the "Virginus" left Kingston, she had no arms or munitions of war on board. After the arms, etc., before mentioned, were taken out of her, she was again most thoroughly rummaged by the Customs officers, but nothing material was found, and so careful a watch was kept on the vessel that she could not have embarked arms here without its being known. Moreover, after the vessel had obtained her clearance, she was again thoroughly rummaged, and the passengers' baggage was searched. The only articles found were six revolvers and six swords belonging to individual passengers, who were allowed to retain their solitary defensive weapons. In no respect was there any breach of the Foreign Enlistment Act, 1870, during the stay of the "Virginus" in these waters; nor, although the Spanish Vice-Consul has been more than once assured that any evidence adduced by him would be immediately considered and inquired into, has anything been adduced tending to show that the vessel was in the service of the Cuban insurgent party. That she had been engaged in running arms and landing men in Cuba, was notorious. || I forward to your Lordship, with this despatch, a copy of all correspondence concerning the "Virginus" while she was at Kingston, in order that your Lordship may be in full possession of every circumstance connected with the vessel, and with what appears to be a sanguinary act carried out with uncalled-for haste. For after the capture neither the Cuban prisoners nor the foreign crew of the vessel which conveyed them, could do harm to the Spanish Government; and, therefore, I can see no pretence for execution so speedy as to make discrimination impossible. || I have, etc.

Nr. 5290.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1873.

J. P. Grant.

Nr. 5291.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Bestätigung der Nachricht von weiteren Hinrichtungen auf Cuba. — Telegramm.

Madrid, November 13, 1873.

Conference appointed for this afternoon adjourned by minister, because he had received at a late hour last night information from the captain-general that forty-nine of the persons on board the Virginus had been shot on the

Nr. 5291.
Ver. Staaten.
13. Nov. 1873.

Nr. 5291. 7th and 8th instant. Mr. Carvajal said he communicated this report to me
 Ver. Staaten. with profound regret. President Castelar had shown the deepest feeling in
 18. Nov. 1873. view of this intelligence. It appears the orders of this government, sent on
 the 6th, did not reach Havana until the 7th, and could not be transmitted to
 Santiago in time to prevent what was done. General Jovellar says he will
 stop any more slaughter. Further reports called for at two this morning,
 and I am promised explanations as soon as they can be given. The Madrid
 papers of last evening and this morning announce that fifty executions had
 taken place.

Sickles.

Nr. 5292.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an
 den Gesandten in Madrid. — Abberufung für den Fall, dass nicht
 alsbald Genugthuung erfolgt. — Telegramm.

Washington, November 14, 1873.

Nr. 5292. Your telegram announcing adjournment of conference received. || Unless
 Ver. Staaten. abundant reparation shall have been voluntarily tendered you will demand the
 14. Nov. 1873. restoration of the Virginius, and the release and delivery to the United States
 of the persons captured on her who have not already been massacred, and
 that the flag of the United States be saluted in the port of Santiago, and
 the signal punishment of the officials who were concerned in the capture of
 the vessel, and the execution of the passengers and crew. || In case of refusal
 of satisfactory reparation within twelve days from this date, you will, at the
 expiration of that time, close your legation, and will, together with your se-
 cretary, leave Madrid, bringing with you the archives of the legation. You
 may leave the printed documents constituting the library in charge of the
 legation of some friendly power, which you may select, who will consent to
 take charge of them.

Fish.

Nr. 5293.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an span. Min. d. Ausw. (Sr. José de Carvajal). — Officieller Protest gegen das Verfahren der Behörden auf Cuba.

Legation of the United States of America,
Madrid, November 14, 1873.

The undersigned, in obedience to the orders of his Government, has the honor to invite the attention of his excellency the minister of state to the fact that the Havana papers published on the morning of the 12th instant a statement, apparently derived from official sources, that the captain and thirty of the crew of the *Virginus*, and sixteen other persons taken on board that vessel, were shot on the 7th and 8th of the present month, by the order and sanction of the Spanish authorities at Santiago de Cuba. The verbal communication made to the undersigned last evening by Mr. Carvajal, at the ministry of state, coinciding in substance with the information received at Washington, must be regarded as a confirmation of the report published in Havana and in Madrid on the day before yesterday. The undersigned is, therefore, directed to protest, and, in the name of his Government and of humanity, he does hereby protest against the said act of the authorities in Cuba as barbarous and brutal, and an outrage upon this epoch of civilization; and the undersigned is likewise ordered to declare to his excellency the minister of state that the Government of the United States will demand the most ample reparation of any wrong which may have been thereby committed upon any of its citizens or upon its flag. || The undersigned avails himself, etc.

Nr. 5293.
Ver. Staaten.
14. Nov. 1873.

D. E. Sickles.

Nr. 5294.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Beantwortung des Protestes.

[Translation.]

Ministry of State,
Madrid, November 14, 1873.

Sir: I have just received your note dated to-day, protesting, in the exercise of your office, in the name of the Government of the United States, and assuming on your own account the voice of humanity, the representation which does not belong to you exclusively, by reason of the executions

Nr. 5294.
Spanien.
14. Nov. 1873.

Nr. 5294.
Spanien.
14. Nov. 1873.

which took place in Santiago de Cuba on the 7th and 8th days of this month. The protest having been presented in general terms, and without relation to any wrong (*agravio*) inflicted on the American Union, the government of the Spanish Republic cannot recognize your competency to make it, even as Spain would have had no such right with respect to the sanguinary acts which have happened in our own day, as well in the United States as in other nations of the old and new continents. || The protest being thus rejected with serene energy, I have to fix my attention upon the harshness of style, and upon the heated and improper words you used to qualify the conduct of the Spanish authorities. If the document subscribed by you lacks the solemnity which might be lent to it by the right to address it to me, the temperance of its form ought at least to have demonstrated that it was not dictated by passion. || I would touch lightly upon this matter if I had only to occupy myself with the sting of the insult (*ofensa*), but, comprehending its intent, the government cannot consent that, in anticipation of its own judgment, the representative of a foreign nation, even though friendly, should characterize the Spanish authorities in other terms than those which the government itself deems just; an interference always inadmissible, but still more strange, when neither the cabinet of Washington nor this of Madrid, nor yourself, have at the present hour sufficient data upon which to ground a complaint, whether concerning the seizure of the *Virginus*, or in relation to the subsequent occurrences. || Your qualificatory terms cannot even be repeated here, for they would impair the measured tone of this communication; but you will note that, without a knowledge of the facts, it would have been at all times an act of temerity to pass judgment upon the authorities, and that until such knowledge is acquired, it befits the elevation of character you have attained, to consider those as guardians and representatives of the law, while the persons shot were rebels seeking to trample the law under foot, enemies of the country, and disturbers of the peace and of the rule of a sister republic. Disregarding mere impressions, you should have suspended your opinions, as the government of the republic has suspended its own, for it does not wish to expose itself to the stigma of being hasty and light in such delicate and complex matters. In this attitude it will continue to remain until it acquires full certitude; and you may rest assured that its spirit will not be altered by any kind of pressure whatever, neither will it be exasperated by your note to the extremity of forgetting what is alike due to the dignity of this country and to that respect for the laws which is above all mere expediency and national susceptibilities. || You conclude by declaring, also by order of your Government, that it will demand ample reparation for any offense committed upon American citizens or upon its flag. || It is to be regretted that you have not maintained under this point of view of problematical reality, the attitude adopted in the verbal conferences to which you make direct reference. In them you confided to the spontaneity and the cordial sentiments of the Spanish

government the solution to be given to this incident, which you now, prematurely and with querulous anticipation, bring to the official arena, wherein I shall not fail to maintain steadfastly that the government of the republic is resolved that the law shall be complied with, as well in Spanish territory as in our international relations, and that no disparagement of any right will be tolerated. || I avail myself, etc.

Nr. 5294.
Spanien.
14. Nov. 1873.

J. de Carvajal.

Nr. 5295.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den spanischen Min. d. Ausw. — Erwiderung.

Legation of the United States of America,
Madrid, November 15, 1873.

The undersigned had the honor, at two o'clock this morning, to receive the reply of his excellency the minister of state to the written protest made by the undersigned, in behalf of his Government, against the proceedings of the authorities at Santiago de Cuba, in putting to death, in a sudden, cruel, and unusual manner, a large number of persons illegally captured on the high seas on board the American ship *Virginus*. || The communication from his excellency the minister of state will be forwarded by the next post to Washington for the consideration and action of the Government of the undersigned. || The undersigned, nevertheless, hastens to remove a misapprehension which seems to have led his excellency to suppose that the language of the protest, and especially the words used to characterize the conduct of the authorities at Santiago de Cuba, were chosen by the undersigned in the expression of his own appreciation of the acts in question. It is, indeed, quite indifferent how the undersigned may describe such events, since the civilized world will not be slow to brand, as it deserves, a violation of human and divine justice, and history will not fail to record the verdict. It may, however, be interesting to his excellency, Mr. Carvajal, to know that the language of the protest to which he takes exception is a precise transcript from the instructions received by the undersigned from his Government. || And if the undersigned ventures to correct another involuntary error betrayed in the reply of his excellency, it is only because in so doing something may, perhaps, be contributed to a more discriminating estimate of the question at issue between the two governments. When Mr. Carvajal asserts that this Government is not in possession of sufficient information respecting the capture of the *Virginus* by a Spanish cruiser and the execution of more than fifty of

Nr. 5295.
Ver. Staaten.
15. Nov. 1873.

Nr. 5295.
Ver. Staaten.
15. Nov. 1873.

the persons comprising the crew and passengers on board the vessel, it must be admitted that his authority for the statement is indisputable. But when his excellency proceeds to affirm that neither the Government of the United States nor the undersigned are sufficiently informed of the nationality of the Virginus or of the circumstances attending her capture and the punishments inflicted on her officers, crew, and passengers by the authorities of Santiago de Cuba to warrant a reclamation or a protest against those acts, the undersigned can do no less than point out to the minister of state that he thus assumes to speak of matters not within his cognizance and beyond his means of knowledge. || It is not, therefore, surprising that his excellency, while declaring that this government is without the necessary data to determine whether or not the Spanish naval and military authorities have acted within the line of their duty and of public and municipal law, at the same moment denounces the unfortunate victims of a cruel and sanguinary administration as criminals deserving instant death, and applauds the chief actors in the bloody tragedy. || In conclusion, the undersigned must observe that his excellency is also singularly unfortunate in misapprehending the forbearance of the Government of the United States in deferring the presentation of a formal demand for reparation in this transaction. It was not, as Mr. Carvajal seems to suppose, because the Government of the undersigned was unable to measure the atonement due to it, but rather for the reason, twice stated to his excellency, that the President wished to afford an opportunity to the government of the republic, unembarrassed by any exigency save its own sense of duty and moved only by a noble sentiment of justice, to make such ample reparation to a friendly power as the law and usages of nations required. The undersigned is grateful to his excellency, the minister of state, for the assurance that the law will be vindicated and maintained in Cuba. The Government of the United States has never ceased to enjoin upon the undersigned to make every appeal and omit no effort that might convince the government of Spain of the urgent need of such measures as would stop the demoralization and ameliorate the situation of that unhappy island. And if at last, under the good auspices of Mr. Carvajal, with the aid of that serenity that is unmoved by slaughter and that energy that rejects the voice of humanity, which even the humblest may utter and the most powerful cannot hush, this government is successful in restoring order and peace and liberty where hitherto, and now, all is tumult and conflict and despotism, the fame of this achievement, not confined to Spain, will reach the continents beyond the seas and gladden the hearts of millions who believe that the New World discovered by Columbus is the home of freemen and not of slaves. || The undersigned avails himself, etc.

D. E. Sickles.

Nr. 5296.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an d. Staatssecr. d. Ausw. — Mittheilung, dass der spanische Minister den Protest zurückweise. — Telegramm.

Madrid, November 15, 1873.

Received an ill-tempered note to-day from minister of state, rejecting protest, and saying Spain would, nevertheless, consider and decide questions according to law and her dignity.

Nr. 5296.
Ver. Staaten
15. Nov. 1873

Sickles.

• Nr. 5297.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an d. Gesandten in Madrid. — America wird eventuell selbst gegen Cuba einschreiten. — Telegramm.

Washington, November 15, 1873.

Hall telegraphs this date the confirmation of report of further execution 12th instant, and that Havana papers of yesterday published account of execution of fifty-seven other prisoners, and only some eighteen will escape death, but that nothing official was received. You will represent this report to minister. These repeated violations of assurances of good-will and of the prohibition of murder by the authorities in Santiago, increase the necessity of full and speedy reparation. There is but one alternative if denied or long deferred. If Spain cannot redress the outrages perpetrated in her name in Cuba, the United States will. If Spain should regard this act of self-defense and justification, and of the vindication of long-continued wrongs, as necessitating her interference, the United States, while regretting it, cannot avoid the result. You will use this instruction cautiously and discreetly, avoiding unnecessarily exciting any proper sensibilities, and avoiding all appearance of menace; but the gravity of the case admits no doubt, and must be fairly and frankly met.

Nr. 5297.
Ver. Staaten
15. Nov. 1873

Fish.

Nr. 5298.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid (Mr. Layard). — Verantwortlichmachung der spanischen Regierung.

Foreign Office, November 15, 1873.

Nr. 5298.
Gross-
britannien.
15. Nov. 1873.

Sir, — The attention of Her Majesty's Government having been called to the capture, by a Spanish gunboat, of the steamer "Virginus", and the execution at Santiago de Cuba of some of the persons found on board her, I instructed the Acting British Consul-General, by telegraph on the 11th instant, to watch the case, and to obtain a fair trial for any British subjects who might be among the prisoners. || This morning I received a telegram from Mr. Crawford in reply, stating that the chase of the "Virginus" began, and her capture was effected, on the high seas; that in spite of the efforts of the Governor of Jamaica, and of a protest made through the Vice-Consul, sixteen British subjects, forming part of the crew of the "Virginus", were shot at Santiago on the 7th instant, and that there were still seven British subjects remaining among the prisoners, of whom six are under age. || I need hardly say this intelligence has been received with the greatest concern by Her Majesty's Government, and I have to instruct you to lose no time in addressing a note to the Spanish Government, in which you will state that, while reserving at present the question of the executions which have already taken place, Her Majesty's Government will hold the Spanish Government and all the persons concerned responsible for any further executions of British subjects, under the circumstances stated by Mr. Crawford. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5299.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. — Ablehnung der spanischen Vorschläge.

Foreign Office, November 17, 1873.

Nr. 5299.
Gross-
britannien.
17. Nov. 1873.

Sir, — I have received a telegram from you dated this day stating that, with reference to the case of the "Virginus", you had been requested by Señor Castelar to appeal to the sympathy always shown by England for Spain, and to the well-known wish of Her Majesty's Government to prevent war. His Excellency, you state, strongly urged that Her Majesty's Government

should unite its claim for reparation for the execution of the prisoners at Santiago with that of the United States, which course would render it less difficult for Spain to give full satisfaction, and thereby avoid a rupture with the United States, which appeared otherwise inevitable. || In the event of Her Majesty's Government declining to take this course, his Excellency inquired whether they would propose to the Government of the United States to refer the matter to arbitration, or whether Her Majesty's Government would act as Arbitrator in the event of the United States accepting arbitration. || You add that Señor Castelar expressed the readiness of his Government to give the fullest satisfaction, and promised that they would do their utmost to punish those who had acted at Santiago without orders from, and in defiance of, the Spanish Government. || I have to instruct you to state to Señor Castelar that Her Majesty's Government have carefully considered his proposals as stated above, and you will express to his Excellency the regret which they feel in finding themselves unable to adopt any of the courses proposed by him. || Her Majesty's Government feel that they cannot recommend arbitration in the present case, it being one in which it appears to them that ample satisfaction is due, and the rendering such satisfaction the only course consistent with justice and self-respect on the part of the Spanish nation. They consider, moreover, that they are disqualified from acting as arbitrators, inasmuch as they are themselves parties to the claim which would have to be arbitrated upon. || With regard to the suggestion that they should unite their claim with that of the United States, you will state that Her Majesty's Government have no reason to suppose that the United States would wish to take joint action with any Power in the matter. || You will add that Her Majesty's Government entertain the confident expectation that the assurances given to you by Señor Castelar will be honourably fulfilled, and that ample reparation will be made to Great Britain for the wrongful acts of the Spanish authorities at Santiago. || I am, etc.

Nr. 5299.
Gross-
britannien.
17. Nov. 1873.

Granville.

Nr. 5300.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Ver. Staaten in Madrid. — Antwort auf die Genugthuungsforderung.

[Translation.]

Ministry of State,
Madrid, November 17, 1873.

Sir: Your communication, dated yesterday, demanding satisfaction in favor of the United States, which you worthily represent, for the capture of

Nr. 5300.
Spanien.
17. Nov. 1873.

Nr. 5300.
Spanien.
17. Nov. 1873.

the steamer *Virginius* and the executions which have taken place at Santiago de Cuba, contains certain deficient or erroneous preliminaries which it is proper to set right in all their integrity, so that due appreciation may be had of the attitude of the Spanish government from the time those occurrences came to its notice. || On the 6th instant the capture of the vessel was known in Madrid; and at once (*en el acto*) the government sent a telegram to his excellency the captain-general of Cuba, enjoining that no sentence of death should be carried into execution without the approval of the said government. | This order implied no doubt concerning the justice of the proceeding and the punishment; it was the expression of the desire which animated the executive power to examine whether in any of those extreme cases it was possible to harmonize with the action of the law and with public safety the exercise of clemency, which prerogative is usually delegated by our colonial legislation to the captain-general. || The spontaneousness of this step, anterior to any action, and even to any knowledge of the matter as far as you were concerned, was recognized by the Government of the United States and by yourself, as I had the honor to hear from your own lips on the 8th instant, in the conference which you call official, and which was held after you and this government had received information of the shootings of the 4th, which unfortunately took place two days before the said telegram, and of which the news did not reach Madrid until the day succeeding the dispatch of the same. || You certainly declared in that conference that your Government did not take the initiative in any reclamation, and awaited until that of the Spanish Republic, animated by the cordiality of the relations which exist between the two nations, and by elevated sentiments of justice, should come to a decision respecting any wrong which may have been committed against the citizens or the flag of the United States; and certainly I stated unreservedly, but without prejudice to any point of fact or of right, that the Spanish government, by its own dignity, by the estimation in which it holds the friendship of the American people, and by the respect it owes to special treaties and the rules universally admitted among cultured nations, would not await the presentation of any justified complaint, but rather, had those compacts or international laws been violated, it would declare the fact legally and frankly, for right and honor are never to be crushed down, nor is reason to be subordinate to dignity; but it is likewise certain that you agreed with me that the Spanish government, which only knew the facts generally, in order to appreciate the international question, the only one which might have authorized your intervention, needed to acquire a certitude as to the events and details, both of the seizure and of the subsequent acts; an agreement which meant neither more nor less than that the *Virginius* might be seized and her crew and passengers condemned by Spanish tribunals (these being the facts then known) without any violation of international laws or treaties, and that, on the part of the American Government and on your own, there only existed a presump-

ption that those occurrences were surrounded by circumstances capable of inflicting injury on the persons or on the dignity of your flag, by reason of not being in conformity with the proceedings of the said laws and treaties; an evident sign that you ought not to have cherished the confidence, to which you refer in the first paragraph of your note, that forthwith there would be given to the Government you represent complete reparation for the offense committed against its dignity and the inviolability of its flag. || You may have nursed this mental confidence, which was never expressed, because you had a conviction that the Spanish government did not, and does not yet, share therein; but I appeal to your loyalty to establish as the bases of these negotiations, that, in the name of the executive power on my part and in that of your government on yours, we agreed to postpone all discussion until we had a knowledge of the facts which might give rise to a debate, and until you were informed of the solution which would be spontaneously offered by the government of the Spanish Republic. || You omit to mention the second conversation we had on the 13th, and to which I have to refer, without being aware whether you consider it official or no, because I am endeavoring to re-establish the truth of the preliminaries, and the government of the republic neither objects to giving that character to all the antecedents of this matter, nor will it permit outside judgment to exercise the right of conceding or denying it. || In this fresh conference you knew what public opinion had already proclaimed—the act of justice performed on other prisoners of the steamer *Virginus* on the 7th and 8th and the assurance possessed by the executive power, in the midst of the regret which is ever occasioned by the action of the law in this degree, even though justified by melancholy social exigencies, that its telegram of the 6th had not arrived in time to prevent the fulfillment of the sentences, and that it would suspend the execution of any other that might be pronounced. You neither added to, nor took away from, your declaration of the 8th, and I reiterated mine, and we parted in the same assurances, continuing the question on the same basis established in the preceding conference. || In this situation of affairs, twenty-four hours afterward, I received from you the communication to which I now reply, in which, in the name of the President of the United States, you demand the restoration of the *Virginus*, the release and delivery of the surviving prisoners, and the salute, at the same time, of the American flag in the port of Santiago de Cuba, and an exemplary punishment of the authorities concerned in the capture and in the execution. || This demand is not in accordance with the antecedents and the attitude which we had agreed in establishing, and which were ratified (confirmed) the previous day. As the mere seizure of the *Virginus*, and the subjection of her crew and passengers to the Spanish tribunals, did not constitute any offense against the Government of the United States, this offense must be sought in the procedure and accessory circumstances, of which the executive power is yet ignorant. || This change of conduct

Nr. 5300.
Spanien.
17. Nov. 1873.

Nr. 5300.
Spanien.
17. Nov. 1873.

and the demand of the Government of the United States cannot be interpreted in any other sense than that, for its part, it has acquired this knowledge, and considers that the capture and the subsequent occurrences are vitiated by reason of having failed to conform to the stipulations (of the treaty) or to international law. ¶ The Government of the United States knew the disposition of the Spanish government at that time, and the sentiments by which it was animated. It appeared natural that, on the first of the governments deciding to hasten the solution and to terminate the period of delay agreed upon, it should have pointed out to the second these vitiations and informalities, under the faith of which the violation, being proven, would have been condemned; this procedure seemed more proper, in view of the bonds which unite the two republics, than to demand, without ground of right and in an imperious manner, a reparation whose harsh and even humiliating terms could only have been justified by great wrongs and a continued repugnance to satisfy them. The national decorum cannot tolerate the supposition that any other nation, and least of all the United States, linked since their origin by such happy ties with Spain, should confound us with the nations who submit to this kind of compulsion. ¶ Prudence counsels both governments to suspend judgment. That the United States do not possess at the present time a legal competency to peremptorily demand a reparation, is evident in many ways; but it is sufficient to say that another power has presented, in a suitable manner, analogous reclamations arising from the same affair, the grounds of which remain to be investigated, and if it were necessary to show the confusion which still reigns upon the essential facts of the seizure, we could take as an example that, while you take it for granted (patent) that the *Virginius* was a regularly documented American ship, his excellency the captain-general of the island of Cuba asserts the contrary. ¶ You will observe, moreover, that only ten days have elapsed since we knew of the capture of the *Virginius*, and three since the executions of the 7th and 8th came to our knowledge and we held our last interview. ¶ The great distance, the scanty (or difficult) telegraphic communication, and the necessity of obtaining clear and precise data upon an affair complex and minute in itself, combine to prevent the government of Spain from being to-day in condition to say a word on the merits of this question, it being remarkable that the United States should so suddenly overstep the bounds marked out, and, in spite of its previous assent, now demand an arbitrary reparation, arbitrary, at least, at the present moment. ¶ Spain, in reply, limits herself to repeating her former declarations: 1st. She will decide upon nothing to relieve the flag of the United States from an offense until she is certain that the offense exists. ¶ 2d. As the offense cannot exist except in the violation of the treaties and of international law, she again declares, as much for the sake of quieting foreign dignity as for the relief of her own conscience, that if such a violation exists by reason of the seizure of the *Virginius*, or by reason of the subsequent acts, whether

her conviction of such violation be acquired by her own initiative or by a specific statement made by the Government of the United States, she will be glad to repair the wrong according to its just importance, thus proving that the reign of law, be its judgments favorable or adverse, is the first essential to national honor, and that the observance of the law, and not the obstinacy born of a false idea of pride, gives the right to assume a place in the senate of cultured nations. || I avail myself etc.

Nr. 5300.
Spanien.
17. Nov. 1873.

J. de Carvajal.

Nr. 5301.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Der Gesandte will Madrid verlassen. — Telegramm.

Madrid, November 18, 1873.

Minister of state replies to-day, under date of 17th, to my note of 15th, making demand in terms of your cable of 14th. || After an inaccurate statement of our negotiations, minister, in reply to the demand, declares — || First, That Spain will take no resolution until she is satisfied an offense has been committed against the flag of the United States. || Second, If it shall hereafter appear that, in violation of treaties or of the law of nations an injury has been done, Spain will cheerfully make due reparation. || Regarding this as a refusal within the sense of your instruction, I propose, unless otherwise ordered, to close this legation forthwith, and leave Madrid, embarking at Valencia for France, taking the secretary and archives with me.

Nr. 5301.
Ver. Staaten.
18. Nov. 1873.

Sickles.

Nr. 5302.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Aufregung in Madrid. — Telegramm.

Madrid, November 19, 1873.

Popular feeling runs high here against United States and this legation. Press violent and abusive, advising government to order me out of Spain. Last night a mob was collected to attack and sack the legation. The authorities interfered and preserved the peace.

Nr. 5302.
Ver. Staaten.
19. Nov. 1873.

Sickles.

Nr. 5303.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an d. Gesandten in Madrid. — Befehl, noch in Madrid zu bleiben. — Telegramm.

Washington, November 19, 1873.

Nr. 5303.
Ver. Staaten.
19. Nov. 1873.

Consul at Havana telegraphs that the report of further executions communicated by him and mentioned in my telegram of 15th, is officially contradicted, and that until 13th the total number of executions was fifty-three, thus confirming minister's statement in note to you. || Last evening Spanish minister communicated to me by direction of his Government a telegram of yesterday's date, declaring the resolution of his government to abide by the principle of justice, and to observe international law, to comply with the letter of treaties, and to punish all those who shall have made themselves liable to punishment, regardless of their station, and to make reparation if right should require it, urging at the same time that a knowledge of facts is necessary to proceed with the judgment required by the gravity of the case, and that the news which had reached them, like that received here, must be confused. || The telegram to the Spanish minister is subsequent in date to the minister's note of 17th to you, and may be regarded as a reconsideration or later decision of the Government. Appreciating this fact, and determined to continue to be right in the position he has assumed, the President holds that the demand for a proper length of time to learn the exact state of the facts is reasonable. In view of this request you will defer your immediate departure from Madrid, and await further instructions.

Fish.

Nr. 5304.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. — Dringt auf Beschleunigung mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten.

Foreign Office, November 20, 1873.

Nr. 5304.
Gross-
britannien.
20. Nov. 1873.

Sir, — The Spanish Secretary, M. d'Argaiz, called at the Foreign Office this afternoon, and I told him that Sir E. Thornton had urged the United States' Government to give a little time to the Spanish Government in the matter of the "Virginus". Mr. Fish had informed him that he had made the concession to a limited extent, but had spoken in the strongest manner of the

urgency of the affair being settled before the meeting of Congress, which takes place on the 4th proximo. For this purpose it would be necessary that the Spanish Government should give a positive guarantee in time for the President's Message and before the end of next week, that the demands of the United States will be complied with. || Without this, Mr. Fish feared the worst. || I said that I hoped Señor Rubio would advise his Government on the great importance of settling the affair at once, as time is of the greatest importance. || I have to instruct you to speak in the same sense to Señor Castelar. || I am, etc.

Nr. 5304.
Gross-
britannien.
19. Nov. 1873.

Granville.

Nr. 5305.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Dringt auf Abberufung. — Telegramm.

Madrid, November 20, 1873.

If permitted to offer a suggestion with reference to your instruction of the 19th, I would remark that the tone, temper, and substance of the written communications made to me by the minister of state are very different from the apparent purport of the telegram sent to the Spanish minister in Washington and communicated to you. The refusal to say a word about the merits of the case, in a reply to a demand repelled as arbitrary, inadmissible, and humiliating, was announced to me here on the same day that different professions were made to you. Mr. Carvajal's notes to me are exhibited here as showing the real position of this government. They are offensive in form and unsatisfactory in substance. If we hesitate, it will be asserted and believed in Spain and Cuba that we pause before the defiant attitude assumed by this government and people. This boast will be supported by the official and formal declarations of this cabinet in reply to communications I have made to it, in obedience to your instructions. Misapprehending our forbearance, Spain would abuse any success obtained by duplicity and delay, and show herself more than ever arrogant and regardless of our rights and dignity. || On the other hand, any concession now obtained at Washington will appear to corroborate the intimation made here in high quarters and generally believed, that my action in the matter of the Virginius has not been in conformity with the instructions I have received and is not approved by my Government. I have the best reasons for the opinion that my prompt withdrawal from Madrid in default of the reparation the President has directed me to demand will convince Spain we are in earnest, and she will yield our terms and peace may be honorably preserved. The fact that Spain holds one atti-

Nr. 5305.
Ver. Staaten.
20. Nov. 1873.

Nr. 5305.
Ver. Staaten.
20. Nov. 1873.

tude here and presents another in Washington on the same day would seem to impeach her sincerity, and this dissimulation I am sure is due to the fear of a diplomatic rupture or something worse. This cabinet have already obtained all the information they will ever get from Cuba about this transaction. The Italian government has kindly consented to allow Count Maffei, chargé d'affaires of Italy in Madrid, to take care of American interests here, and accept the custody of the library and property of this legation, on application being made, by your authority, through our minister in Rome. I hope you will make the request, and that this courtesy be duly acknowledged.

Sickles,

Nr. 5306.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. des Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Erneuter Befehl zu bleiben. — Telegramm.

Washington, November 21, 1873.

Nr. 5306.
Ver. Staaten.
21. Nov. 1873.

Your telegram, suggesting a possible difference of attitude on the part of Spain in Madrid, and here, which you think calls for your withdrawal from Madrid, and asking a request to the Italian government to authorize its representative to take care of our library at Madrid, has been laid before the President, who decides that public interests require that you should remain at your post until expiration of time heretofore named, or until further orders. If a difference exists, as you suggest, the President feels it his duty to take into consideration the representations made at Washington, which approach most nearly to compliance with our just demands, and he depends upon you to co-operate with our efforts to induce Spain to make such concessions as may avert a rupture between the two republics, without questioning the sincerity of the Madrid cabinet. It will not be possible to send a vessel to Valencia.

Fish.

Nr. 5307.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington (Admiral Polo de Bernabé). — Vorschlag eines Schiedsspruchs. — Telegramm.

Nr. 5307.
Spanien.
20. Nov. 1873.

Your telegram received. Telegraph me daily. || Say to Mr. Fish that I have received your said telegram, and that Spain would most cheerfully have

anticipated reparation as soon as she should have become conscious of the offense, but since Mr. Fish deems it advisable that the settlement of the question shall have been advanced before the assembling of Congress, we, desirous of proving our good faith, have no objection whatever to submit the question to an arbitration, the arbitrator to be any one of the European powers the Government of Washington may choose to appoint, and the vessel to be surrendered into the hands of the arbitrators, in proof of our purpose to abide by the decision. || Say that it is not exact that we are not obeyed in Cuba. We can adduce two decisive proofs. First, from the time the orders were received, executions were suspended; second, since the receipt of another order, the restoration of embargoed property to citizens of the United States is being actively proceeded with. Consequently, you may, as well as that Government (of the United States), have the assurance that whatever may tend to a satisfactory solution shall be done both here and in Cuba. | In order to sustain the necessity for an arbitration, say that the information which reaches us is generally contradictory to that which is transmitted to Washington, as, for example, that which refers to the papers of the vessel; and, although we have made use of the telegraph, it is evident that these contradictions cannot be rectified except by testimony, the transmission of which is impossible by telegraph. || Insist on the good faith these points embrace, and comprehend all the importance of your mission in these moments in which the country confides in your intelligence.

Nr. 5307.
Spanien.
20. Nov. 1873.

Nr. 5308.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Memorandum über eine Konferenz des Staatssecr. d. Ausw. mit dem spanischen Gesandten in Washington.

Friday, November 21, 1873.

Admiral Polo had an interview with Mr. Fish with reference to the information in the telegram from the secretary of state at Madrid to the admiral which the latter had handed to Mr. Fish yesterday afternoon, that Spain would have no objection whatever to submit the question to an arbitration, &c., etc. || Mr. Fish remarked that while the Government of the United States is most sincerely and earnestly desirous of an amicable and honorable adjustment of the question and was ready to refer to arbitration all questions which are properly subjects of reference, the question of an indignity to the flag of the nation, and the capture in time of peace on the high seas of a vessel bearing that flag and having also the register and papers of an American ship, is not deemed to be one which is referable to other powers to

Nr. 5308.
Ver. Staaten.
21. Nov. 1873.

Nr. 5308.
Ver. Staaten.
21. Nov. 1873.

determine; that a nation must be the judge and the custodian of its own honor, and that he could not doubt that Spain herself, ever sensitive to the protection of her own honor, and ready to do justice, would appreciate the impossibility of the reference of such a question, and that until atonement be made to the wounded dignity and sovereignty of this Government, it cannot entertain a proposition of arbitration by reference to other powers. || He referred to the fact that, in the case of the arbitration with Great Britain on the Alabama claims, Her Majesty's government had tendered an atonement to the injured sensibilities of the Government and people of the United States, which was accepted by them as satisfactory before any arbitration was assented to. || He referred also to the absence of any proposition or expression of readiness to release or surrender, together with the vessel, the survivors of those captured on the Virginus, and expressed regret not to find in the communication some expression of the disapproval, which he was sure the government of Spain must feel, of the hasty execution of so many of those who had been captured. || Referring to the suggestion that the expression of willingness on the part of Spain thus to refer was induced by Mr. Fish's opinion that it was advisable that the settlement of the question should have been advanced before the assembling of Congress, Mr. Fish remarked that he did most certainly feel the importance of the earliest possible settlement of a question which has aroused the indignation of an entire people, and which is threatening the friendly relations of two nations, but that a proposition to refer to arbitration was a measure of delay and postponement, not one of advancement, but would continue the existing irritation on either side, and would tend further to endanger the relations between the two governments. || He referred to the execution, in contravention of the provisions of the treaty of 1795, of American citizens captured on board the Virginus, and the refusal to them of the rights guaranteed by that treaty of the services of advocates and of the presence of agents at their trial and at the taking of examinations and evidence, and to the detention of those captured under the flag of the United States who had escaped the cruel and hasty executions which the authorities at Madrid would never justify. || With reference to the statement that the restoration of embargoed estates was being actively proceeded with, Mr. Fish remarked that he had no knowledge that such was the fact; on the contrary, his information led to the belief that, notwithstanding the assurances which had been given that they should be released, they are still, at this moment, held by the authorities in Cuba. || Mr. Fish renewed in the strongest terms the expression of the desire of his Government for a friendly settlement of the pending questions, and its hope that the reparation which was asked and confidently expected at the hands of Spain would be accorded, and thus restore the relations which have so long existed between the two governments.

Nr. 5309.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw an den Gesandten in Madrid. — Abberufung, falls binnen 24 Stunden keine Verständigung erfolgt. — Telegramm.

Departement of State,
Washington, November 25, 1873.

If upon the close of to-morrow no accomodation shall have been reached in the case of the Virginius, you will address to the foreign office a note expressing regret at the delay of the reparation asked for, and statting that, in conformity with instructions from your Government, you were under the necessity of withdrawing from Madrid, for which purpose you request the usual passport for yourself, your family, and *suite*. || If, however, the accomodation desired should be brought about in the course of to-morrow, either here or in Madrid, you will, until otherwise directed, abstain from addressing the note adverted to. || Should a proposition be submitted to you to-morrow, you will refer it here, and defer action until it be decided upon. || A telegram has just now been read to me by Admiral Polo, which gives reason to hope for a satisfactory accomodation. || You will, therefore, allow the whole of to-morrow to pass before addressing your note.

Nr. 5309.
Ver. Staat
25. Nov. 187

Fish.

Nr. 5310.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Propositionen Spaniens. — Telegramm.

Madrid, November 26, 1873.

At half past 2 this afternoon, half an hour after I had asked for my passports*), I received a note, dated to-day, from minister of state, in which he says: || First. If it appear, on or before the 25th of December next, that the Virginius rightfully carried the American flag and that her documents were regular, Spain will declare the seizure illegal, salute the flag as requested, and return the ship with the surviving passengers and crew. || Second. If it be proved that the authorities of Santiago de Cuba, in their pro-

Nr. 5310
Ver. Staat
26. Nov. 18

*) Es wird bemerkt werden, dass der Gesandte um 2 Uhr seine Pässe verlangte, während er nach der Instruction Nr. 5309 bis zum Abend warten sollte.

A. d. Red.

Nr. 5310. Ver. Staaten. 26. Nov. 1873. ceedings and sentences pronounced against foreigners, have essentially infringed Spanish legislation or treaties, this government will arraign those authorities before competent tribunals. || Third. Any other reclamations growing out of the affair, which either of the respective governments may have to present, will be considered diplomatically, and, if no agreement be reached, they will be submitted to the arbitration of a third power named by mutual consent. Fourth. If the 25th day of December shall have expired without the Spanish government having resolved, in so far as comes within its province, the questions arising out of the demand for reparation, it will hold itself bound to accord such reparation the same as if the right of the United States to require it were recognized, and such reparation will be given in the form specified in the first and second paragraphs.

Sickles.

Nr. 5311.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. — Formulirung der Entschädigungsansprüche.

Foreign Office, November 26, 1873.

Nr. 5311. Gross-britannien. 26. Nov. 1873. Sir, — I have to instruct you to let the Spanish Government understand that, although Her Majesty's Government have not yet submitted any formal demands as to the reparation due to Great Britain in the case of the "Virginus"; they are of opinion that the best and simplest mode of settling the matter will be for the Spanish Government at once to tender to that of Her Majesty the release of the surviving British subjects and compensation to the families of those who have been executed. || I am, etc.

Granville.

Nr. 5312.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Memorandum über eine weitere Conferenz des Staatssecr. d. Ausw. mit dem spanischen Gesandten in Washington.

November 27, 1873.

Nr. 5312. Ver. Staaten. 26. Nov. 1873. Admiral Polo called upon Mr. Fish, when the latter read to him a telegraphic dispatch, dated last evening, received this morning, from General Sickles, some words of which, he stated, are not capable of being intelligibly

deciphered, but enough is translated to disclose the general purport of the dispatch. It presents a proposition on the part of the Spanish government which Mr. Fish says that the United States cannot accept. || Mr. Fish makes this statement and communication to Admiral Polo, inasmuch as it appears from General Sickles's dispatch, now received, that he has requested his passports, and may have left Madrid. || He proceeds to say that it cannot be and it is not questioned that the *Virginus* was regularly documented with American papers when she sailed from the United States in October, 1870, and that she was thus entitled to carry the flag of the United States; that the official report of the commander of the *Tornado*, published in Havana papers of the 15th instant, states that the *Virginus* bore the American flag when she was captured on the high seas by a Spanish vessel, and that the American flag was hauled down and the Spanish flag was hoisted by an officer of the Spanish navy. || He said that the United States deny the right of any other power to visit, molest, or detain on the high seas, in time of peace, any American vessel, that the exemption of the vessels of every power from visit or molestation in time of peace, and on waters common to all nations, is claimed and observed by all the great maritime powers, and is recognized by all the principal writers on international law. || That the propositions of Spain in the note communicated by General Sickles in his dispatch cannot be entertained, in that the first proposition practically asks the United States to consent that Spain shall hold and detain the vessel while she is seeking evidence to justify an act in derogation of the sovereignty and jurisdiction of the United States. || Admiral Polo then stated that he had received a strictly confidential and personal communication, requesting to be informed if it be possible to make an arrangement whereby, if the vessel and men be given up, Mr. Fish would engage that inquiry be instituted, and, if the result required, that punishment should be inflicted on those who had violated any laws of the United States, reserving, until further information, the salute to the flag. || After a short interval and absence, Mr. Fish, having consulted with the President, replied that if Spain should make this proposal, and should forthwith surrender the vessel and the survivors of her passengers and crew, the proposal would be accepted, and that the salute to the flag of the United States might be postponed until the 25th day of December next, to take place on that day; and that if before that date Spain should prove to the satisfaction of the Government of the United States that the *Virginus* was not entitled to carry the flag of the United States, and was carrying it at the time of her capture without right and improperly, the salute will be spontaneously dispensed with, as in such case not being necessarily requirable, but the United States will expect in such case a disclaimer of intent of indignity to its flag in the act which was committed. || Furthermore, if on or before the 25th of December it shall be made to appear to the satisfaction of the United States that the *Virginus* did not rightfully carry the American flag,

Nr. 5312.
Ver. Staaten.
26. Nov. 1873.

and was not entitled to American papers, the United States will institute inquiry, and adopt legal proceedings against the vessel, if it be found that she has violated any law of the United States, and against any of the persons who may appear to have been guilty of illegal acts in connection therewith, it being understood that Spain will proceed, according to the second proposition in the note to General Sickles, to investigate the conduct of those of her authorities who have infringed Spanish laws or treaty obligations, and will arraign them before competent courts, and inflict punishment on those who may have offended, other reciprocal complaints to be the subject of consideration and arrangement between the two governments, and in case of no agreement, to be the subject of arbitration, if the constitutional assent of the Senate of the United States shall be given thereto.

Nr. 5313.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Erbittet Antwort. — Telegramm.

Madrid, November 28, 1873.

Nr. 5313.
Ver. Staaten.
28. Nov. 1873.

Last night it was agreed here informally that, accepting my declaration of the nationality of the Virginus, reparation would be made in accordance with our demand of the 15th instant. This was ratified by the council of ministers at 3 this morning, and I was promised an official communication in that sense to-day. I am now informed in a note from minister of state that yesterday you authorized the Spanish minister in Washington to convey to this government a different proposition on the part of the United States, and that it has been accepted, of which you have been notified through Admiral Polo. Please let me know whether that statement is true. || The only instruction I have had from you since my four telegrams of the 26th, is a copy of the Senate resolution passed in fifty-six.

Sickles.

Nr. 5314.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Die weitem Verhandlungen sollen in Washington geführt werden. — Telegramm.

Washington, November 28, 1873.

When your dispatch of 5 afternoon of 26th was received, it was supposed here that you had left Madrid, inasmuch as you informed me you had then demanded your passports. I therefore gave the reply of this Government in a written memorandum to Admiral Polo, the substance of which was that it would not assent to the proposition which allowed Spain to hold the vessel and survivors while seeking evidence to justify the capture, assigning reasons therefore to him to be communicated to his government. Admiral Polo informs me this morning that his government says that negotiations are renewed in Madrid. Since then I received at 4 this afternoon your telegram of this morning announcing that you should request your passports at 3 today. The supposed negotiations must therefore drop at Madrid and be conducted hereafter here.

Nr. 5314.
Ver. Staaten.
28. Nov. 1873.

Fish.

Nr. 5315.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Beschwerzt sich über die Verhandlungen in Washington. — Telegramm.

Madrid, November 29, 1873.

Your telegram of 28th received this morning. || Note dated yesterday from minister of state, mentioned in my telegram of 9 last night, contains following statement: || "Admiral Polo, duly authorized by Mr. Fish, informs me that the United States Government would admit an accommodation on the basis of the immediate return of the Virginius and the survivors, reserving the salute of the flag to be performed if the Spanish government do not prove to the satisfaction of the United States, before the 25th of December next, that the Virginius had no right to carry the American flag." || Minister adds that the initiative in this proposition was taken by the Spanish government, founded on assurances received from you through Admiral Polo, that the United States were disposed to entertain any reclamations or complaints Spain might have

Nr. 5315.
Ver. Staaten.
29. Nov. 1873.

Nr. 5315. Ver. Staaten. 29. Nov. 1873. to make for the acts of the Virginus, and on being informed that you accepted their bases, the executive power had telegraphed the admiral yesterday afternoon confirming the arrangement. Mr. Carvajal concludes with congratulations on this happy termination of the affair. || I have to remark that, this government having been advised by the most eminent jurists of Spain and by the European powers that the reclamation of the United States was supported by public law, the negotiations would have been terminated here yesterday before 3 in the afternoon on the basis of your instructions to me, if this government had not supposed that it had obtained better terms in Washington pending the negotiations in Madrid. If you are not too far committed, you have only to insist upon your original terms to obtain them. || It is to be regretted I was not notified of the negotiations in Washington. The English legation here is better informed by its government of what transpires in Washington on this subject than this legation. || I beg that the receipt of this telegram may be acknowledged.

Sickles.

Nr. 5316.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den englischen Geschäftsträger in Madrid. — Antwort auf die englischen Forderungen.

(Translation.)

Madrid, November 28, 1873.

Nr. 5316. Spanien. 28. Nov. 1873.

Sir, — In due course I received your Excellency's note concerning the British subjects who were on board the "Virginus", and I have deferred answering it, because the Government of the Republic desired to be able to communicate to your Excellency a satisfactory solution. | Thus, I have now the greatest satisfaction in being able to inform your Excellency that the British subjects surviving out of those who formed part of the crew and passengers of the "Virginus", are at the disposal of the United States' Government, because they were captured on board the said American vessel. The Government proposes at once to order an investigation into all these matters, from which it will be seen whether the families of the British subjects sentenced to death have a right to indemnification. || I avail etc.

J. de Carvajal.

Nr. 5317.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA und SPANIEN. — Protokoll
 der Konferenz, gehalten am 29. Novbr. zu Washington, zur Bei-
 legung der Virginus-Angelegenheit.

The Undersigned, having met for the purpose of entering into a defini-
 tive agreement respecting the case of the steamer "Virginus", which, while
 flying the flag of the United States, was, on the 31st day of October last,
 captured on the high seas by the Spanish man-of-war "Tornado", have reached
 the following conclusions: — || Spain, on her part, stipulates to restore forth-
 with the vessel referred to, and the survivors of her passengers and crew,
 on the 25th day of December next to salute the flag of the United
 States. If, however, before that date Spain should prove to the satisfaction
 of the Government of the United States, that the "Virginus" was not entitled
 to carry the flag of the United States, and was carrying it at the time of
 her capture without right, and improperly, the salute will be spontaneously
 dispensed with, as in such case not being necessarily requirable; but the
 United States will expect in such case a disclaimer of intent of indignity to
 the flag in the act which was committed. || Furthermore, if, on or before the
 15th December, 1873, it shall be made to appear to the satisfaction of the
 United States that the "Virginus" did not rightfully carry the American flag,
 and was not entitled to American papers, the United States will institute in-
 quiry and adopt legal proceedings against the vessel, if it be found that she
 has violated any law of the United States, and against any of the persons
 who may appear to have been guilty of illegal acts connected therewith; it
 being understood that Spain will proceed according to the second proposition
 made to General Sickles and communicated in his telegram, read to Admiral
 Meade on the 27th instant, to investigate the conduct of those of her autho-
 rities who have infringed Spanish laws or Treaty obligations, and arraign them
 before competent Courts, and inflict punishment on those who may have
 been guilty. || Other reciprocal reclamations to be the subject of consideration and
 arrangement between the two Governments; and in case of no agreement, to
 be the subject of arbitration, if the constitutional assent of the Senate of the
 United States be given thereto. || It is further stipulated that the time,
 manner, and place for the surrender of the "Virginus" and the survivors of
 those who were on board of her at the time of her capture, and also the
 time, manner, and place for the salute to the flag of the United States, if
 there should be occasion for such salute, shall be subject to arrangement be-
 tween the Undersigned within the next two days.

Nr. 53
 Ver. St
 und
 Spani
 29. Nov.

Hamilton Fish.

José Polo de Bernabé.

Nr. 5318.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Reicht seine Entlassung ein. — Telegramm.

Nr. 5318.
Ver. Staaten.
6. Dec. 1873.

Madrid, December 6, 1873.

It is published semi-officially that the Government disapproves of my conduct in the case of the Virginus. If, in the opinion of the President, my resignation would facilitate a satisfactory termination of that question, or be otherwise advantageous to the public interests, such resignation may be considered as hereby respectfully tendered.

Sickles.

Nr. 5319.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Entlassung verweigert. — Telegramm.

Washington, December 6, 1873.

Nr. 5319.
Ver. Staaten.
6. Dec. 1873.

The alleged publication of disapproval of your conduct is unauthorized. No dissatisfaction has been expressed or intimated, and it is deemed important that you remain. Your resignation at this time would not be accepted, as it would interfere with the prospects of an accommodation.

Fish.

Nr. 5320.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA und SPANIEN. — Protokoll über die Auslieferung des Virginus.

Nr. 5320.
Ver. Staaten
und
Spanien.
8. Dec. 1873.

On this 8th day of December, 1873, Hamilton Fish, Secretary of State of the United States, and Admiral Polo de Bernabé, the envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain, met for the purpose of arranging and determining the time, manner, and place for the surrender of the Virginus, and the survivors of those who were on board of her at the time of her capture; and also the time, manner, and place for the salute to the flag of the United States, if there should be occasion for such salute—in accordance

with the stipulation in the protocol signed by them on the 29th day of November last—the time within which such arrangement was to have been made having been extended at the request of the Spanish government.

Nr. 58
Ver. St.
und
Spani
8. Dec.

It is arranged and agreed as follows:

I. That the *Virginus* shall be surrendered and restored by a Spanish vessel of war to a vessel of war of the United States in the harbor of Bahia Honda, on the 16th day of December instant, between the hours of eight in the morning and four in the afternoon, the *Virginus* to have the flag of the United States flying at her main peak or flagstaff at the time of the surrender; but the fact of the vessel being restored with the flag flying shall not be taken as an admission by either party of the right of the vessel to carry the flag at the time of the capture; nor shall it prejudice the right reserved to Spain to prove, on or before the 25th of December instant, that the vessel was not entitled to carry that flag, and was carrying it at the time of her capture without right and improperly; nor the presentation of the reciprocal reclamations as provided in the said protocol. Should any accident prevent the arrival of the United States vessel in the port of Bahia Honda on the day above named, the surrender and restoration of the *Virginus* shall take place in the same port as soon as may be after the arrival there of the United States vessel.

II. That the survivors of those who were on board of the *Virginus* at the time of her capture shall be surrendered to and safely escorted on board of a vessel of war of the United States in the harbor of Santiago de Cuba within forty-eight hours after the notification to the authorities of the place of the arrival there of such vessel, and that such vessel is ready and prepared to receive such survivors. The said survivors are to be surrendered as above, between the hours of eight in the morning and four in the afternoon.

III. That on the 25th day of December current a vessel or vessels of war of the United States will be in the harbor of Santiago de Cuba, and that at the hour of 12 meridian the United States flag is to be raised on a Spanish fort or battery, and a salute of twenty-one guns to be fired. This being done, the United States vessel, or, if there be more than one, one of them, will raise the Spanish flag, and return the salute, gun for gun. But if the commanding officer of the United States vessel in the harbor of Santiago de Cuba shall, on or before that date, have received notice that the conditions have been reached on which, according to the protocol between the undersigned of the 29th of November last, the salute to the flag of the United States is to be spontaneously dispensed with, he will notify the authorities of the place of that fact, and the ceremony of the salute to the flag in such case will not take place.

Hamilton Fish.

José Polo de Bernabé.

Nr. 5321.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gutachten des Attorney General über das Recht des "Virginus", die Flagge der Vereinigten Staaten zu führen.

Hon. Hamilton Fish, Secretary of State.

Washington, December 17, 1873.

Nr. 5321.
Ver. Staaten.
17. Dec. 1873.

Sir: — I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 11th instant, submitting to me a large number of documents and depositions, and asking for my opinion as to whether or not the 'Virginus', at the time of her capture by the Spanish man-of-war 'Tornado' was entitled to carry the flag of the United States, and whether or not she was carrying it improperly and without right at that time. || This question arises under the protocol of the 29th ultimo, between the Spanish Minister and the Secretary of State, in which, among other things, it is agreed that on the 25th instant Spain shall salute the flag of the United States. But it is further provided that "if Spain should prove to the satisfaction of the United States that the 'Virginus' was not entitled to carry the flag of the United States, and was carrying it at the time of the capture without right and improperly, the salute will be spontaneously dispensed with, as in such case not being necessarily requirable; but the United States will expect in such case a disclaimer of the intent of indignity to its flag in the act which was committed". || Section 1 of the Act of December 31, 1792, provides that ships or vessels registered pursuant to such Act, "and no other, (except such as shall be duly qualified, according to law, for carrying on the coasting trade and fisheries or one of them,) shall be denominated and deemed ships or vessels of the United States, entitled to the benefits and privileges appertaining to such ships". Section 4 of the same Act provides for an oath by which, among other things, to obtain the registry of a vessel, the owner is required to swear "that there is no subject or citizen of any foreign Prince or State directly or indirectly, by way of trust, confidence, or otherwise, interested in such ship or vessel, or in the profits or issues thereof". || Obviously, therefore, no vessel in which a foreigner is directly or indirectly interested is entitled to a United States' registry; and if one is obtained by false oath as to that point, and the fact is that the vessel is owned or partly owned by foreigners, she can not be deemed a vessel of the United States, or entitled to the benefits or privileges appertaining to such vessels. || The 'Virginus' was registered in New York, on the 26th of September, 1870, in the name of Patterson, who made oath as required by law, but the depositions submitted abundantly show that in fact Patterson was not the owner at that time, but that the vessel was the property of certain Cuban citizens in New York, who furnished the necessary funds for her

purchase. J. E. Shepherd, who commanded said vessel when she left New York, with a certificate of her register in the name of Patterson, testifies positively that he entered into an agreement to command said vessel at an interview between Quesada, Mora, Patterson, and others at which it was distinctly understood that the 'Virginus' belonged to Quesada, Mora, and other Cubans, and that the said Mora exhibited to him receipts for the purchase-money and for the repairs and supplies upon said steamer, and explained to him how said funds were raised among the Cubans in New York. || Adolpho de Varona, who was the Secretary of the Cuban Mission in New York at the time the 'Virginus' was purchased, and afterward sailed in her as Quesada's Chief-of-Staff, testifies that he was acquainted with all the details of the transaction, and knows that the 'Virginus' was purchased with the funds of the Cubans, and with the understanding and arrangement that Patterson should appear as the nominal owner, because foreigners could not obtain a United States' register for the vessel. || Francis Bowen, Charles Smith, Edward Greenwood, John McCann, Matthew Murphy, Ambrose Rawlings, Thomas Gallagher, John Furlong, Thomas Anderson, and George W. Miller, who were employed upon the 'Virginus' in various capacities, after she was registered in the name of Patterson, testify clearly to the effect that they were informed and understood while they were upon the vessel, that she belonged to Quesada, and the Cubans represented by him, and that he navigated, controlled, and treated such vessel in all respects as though it was his property. | Nothing appears to weaken the force of this testimony, though the witnesses were generally subjected to a cross-examination, but, on the contrary, all the circumstances of the case tend to its corroboration. With the oath for registry the statute requires a bond to be given signed by the owner, captain, and one or more sureties, but there were no sureties upon the bond given by Patterson and Shepherd. Pains have been taken to ascertain if there was any insurance on the vessel, but nothing of the kind has been found. And Quesada, Varona, and the other Cubans who took passage upon the 'Virginus', instead of going on board at the wharf in the usual way, went aboard off a tug after the vessel had left the harbor of New York. || I cannot do otherwise than to hold, upon the evidence, that Patterson's oath was false, and that the registry obtained in his name was a fraud upon the navigation laws of the United States. || Assuming the question to be what appears to conform to the intent of the Protocol, whether or not the 'Virginus', at the time of her capture, had a right, as against the United States, to carry the American flag, I am of the opinion that she had no such right, because she had not been registered according to law, but I am also of the opinion that she was as much exempt from interference on the high seas by another Power, on that ground, as though she had been lawfully registered. Spain, no doubt, has a right to capture a vessel with an American register, and carrying the American flag, found in her own waters, assisting, or endeavoring to assist,

Nr. 5321.
Ver. Staaten.
17. Dec. 1873.

Nr. 5321.
Ver. Staaten.
27. Dec. 1873.

the insurrection in Cuba; but she has no right to capture such a vessel on the high seas, upon an apprehension that, in violation of the neutrality or navigation laws of the United States, she was on her way to assist said rebellion. Spain may defend her territory and people from the hostile attack of what is, or appears to be, an American vessel; but she has no jurisdiction whatever over the question as to whether or not such vessel is on the high seas in violation of any law of the United States. Spain cannot rightfully raise that question as to the "Virginus", but the United States may, and, as I understand the Protocol, they have agreed to do it, and governed by that agreement, and without admitting that Spain would have otherwise any interest in the question, I decide that the "Virginus", at the time of her capture, was without right and improperly carrying the American flag. || Very respectfully, etc.

● George H. Williams, Attorney-General.

Nr. 5322.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung, dass der "Virginus" kein Recht auf die Flagge der Vereinigten Staaten hatte. — Dank Spaniens für die Haltung Englands.

(Extract.)

Madrid, December 19, 1873.

Nr. 5322.
Gross-
britannien.
29. Dec. 1873.

Senor Castelar informs me that he has received a telegram from the Spanish Minister at Washington, stating that the United States Government is satisfied, from the evidence placed before it by that of Spain, that the "Virginus" had no right to hoist the United States flag. He was not aware of the precise grounds for this decision, but he said that the Spanish Government had been able to prove by intercepted letters and other documents that the "Virginus" had been sold, previous to her last voyage, to Cubans for the purpose of carrying on the rebellion in Cuba. || He begged me to express his warmest thanks to your Lordship and Her Majesty's Government for the very valuable aid they had given to the Spanish Government at Washington, to which he attributed in a great measure the maintenance of peace, and he was good enough to express his acknowledgments to myself personally for the advice and assistance I have been able to give him in this question. || Whilst congratulating Señor Castelar on the success of his negotiations at Washington, I took occasion to remind him that the danger of war, from which Spain had escaped, was mainly to be attributed to the conduct of the authorities at Santiago, and that justice, humanity, and the honour of the

Spanish Government imperatively required that the persons responsible for the wholesale execution of the crew and passengers of the "Virginus" should be punished. He assured me in the most positive terms that he agreed with me in this opinion, and that he was determined that those persons should be brought to punishment. I trust that he may be able to carry out his intentions.

Nr. 5322.
Gross-
britannien.
19. Dec. 1873.

Nr. 5323.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Erneutes Entlassungsgesuch. — Telegramm.

Madrid, December 20, 1873—1 a. m.

I respectfully renew the tender of my resignation, which I trust may be accepted now without interfering with the prospects of an accommodation.

Nr. 5323.
Ver. Staaten.
20. Dec. 1873.

Sickles.

Nr. 5324.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Entlassung genehmigt. — Telegramm.

• Washington, December 20, 1873.

Your resignation will be accepted. Letter of recall, with instructions, will be forwarded by next mail: || The Attorney-General decides that the Virginus was not rightfully carrying the flag of the United States at the time of her capture; consequently the salute will be spontaneously dispensed with.

Nr. 5324.
Ver. Staaten.
20. Dec. 1873.

Fish.

Nr. 5325.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington (Sir E. Thornton) an den königl. Min. d. Ausw. — Mittheilung, dass der "Virginus" und die überlebende Mannschaft von Spanien an Nordamerica ausgeliefert sind.

(Extract.)

Washington, December 22, 1873.

The steamer "Virginus" was at length delivered over to an United States' man-of-war, at Bahia Honda, on the morning of the 15th instant. She was taken away from that port on the afternoon of the same day, and arrived in

Nr. 5325.
Gross-
britannien.
22. Dec. 1873.

Nr. 5325.
Gross-
britannien.
22. Dec. 1873.

safety at the Tortugas. It was intended that she should continue her voyage to New York, but a report is current to-day that she is in a leaky state, and has been obliged to anchor at Key West. But whatever may have happened, it is still the intention of the United States' Government that, if possible, she should be brought to New York. || The survivors of the crew of the "Virginus" were handed over to the United States' steamer "Juniata", at Santiago de Cuba, on the 18th instant. I understand that the Commander of the "Juniata" has also been ordered to proceed with them to New York. My Spanish colleague informed me on the 19th instant that he had submitted to Mr. Fish several affidavits tending to prove that the "Virginus" had no right to carry the American flag or papers. By these affidavits it was shown that before the "Virginus" left New York, in 1870, when she was registered as an American vessel, she really belonged either to the Cuban Junta or to Senor Quesada, as President of that Junta; and that whoever Mr. Patterson was who declared himself to be the owner of the vessel, he had perjured himself by that act. It also appeared that, although the regulations required that there should be two witnesses to the declaration of ownership, this formality had been neglected, and the papers had been issued without remedying the defect. || Admiral Polo further informed me that he had shown that since 1870, during a revolution in Venezuela, the "Virginus" had taken sides with one of the contending parties, had been made use of to transport troops, and had hoisted the Venezuela flag.

Nr. 5326.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den spanischen Gesandten in Washington. — Anerkenntniss, dass der "Virginus" kein Recht auf die amerikanische Flagge hatte.

Departement of State,
Washington, December 22, 1873.

Nr. 5326.
Ver. Staaten.
22. Dec. 1873.

The undersigned, Secretary of State, has the honor to acknowledge the receipt of the note of Admiral Polo, envoy extraordinary and minister plenipotentiary from Spain, of the 10th instant, in which various documents were transmitted in order to establish that the steamer Virginus had no right, at the time of her capture, to carry the flag of the United States. || The documents inclosed in the note of Admiral Polo have been carefully examined with a view to determine the duty of the United States toward Spain under the agreement recorded in the protocol of the conference between Admiral Polo and the undersigned on the 29th ultimo. || The undersigned is now directed by the President to say that the documents thus transmitted by

Admiral Polo make it appear to the satisfaction of the United States that the Virginus was not entitled to carry the flag of the United States, and was carrying it at the time of her capture without right and improperly, and that orders have been given to the naval authorities of the United States to notify the Spanish authorities of Santiago de Cuba that the salute to the flag of the United States is to be spontaneously dispensed with by the United States. || The undersigned has the honor further to inform Admiral Polo that, it having been made to appear to the satisfaction of the United States that the Virginus did not rightfully carry the American flag, and was not entitled to American papers, the United States will, in accordance with the undertakings set forth in said protocol, institute inquiry and adopt legal proceedings against the Virginus, if it be found that she has violated any law of the United States, and against the persons who may appear to have been guilty of illegal acts in connection therewith, so soon as the vessel or such persons may arrive within the territorial jurisdiction of the United States. || The conclusion thus arrived at makes it unnecessary to comment upon the many parts of the note of Admiral Polo of the 10th instant to which the undersigned would be obliged to record his dissent. || The undersigned takes this occasion to renew to Admiral Polo the assurances of his very high consideration.

Nr. 5326.
Ver Staaten.
22. Dec. 1873.

Hamilton Fish.

Nr. 5327.

SPANIEN. — Gesandter in Washington an den american. Staatssecr. d. Ausw. — Erklärung, dass keine beleidigende Absicht vorgelegen habe.

[Translation.]

Legation of Spain,
Washington, January 3, 1874.

The undersigned, envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain, while having the honor to acknowledge the receipt of the note of the honorable Secretary of State of the United States, of the 22d of December last, in which it is declared that the Virginus at the time of her capture had no right to carry the American flag, and did carry it wrongfully and improperly, must express to the Secretary of State the satisfaction with which the government of the Spanish Republic has been informed of this declaration, and that this result, which was confidently expected, practically demonstrates that there was no offense to the American flag, and that no intention to insult it ever could or ever did exist. || The undersigned avails himself of this opportunity to reiterate to the Honorable Hamilton Fish the assurance of his highest consideration.

Nr. 5327.
Spanien.
3. Jan. 1874.

José Polo de Bernabé.

Nr. 5328.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid. — Verlangt Zahlung einer Entschädigungssumme wegen der Erschiessung der Mannschaften des "Virginus".

Foreign Office, February 20, 1874.

Nr. 5328.
Gross-
britannien.
20. Feb. 1874.

Sir, — Her Majesty's Government had under their consideration, in communication with the Law Officers of the Crown, the correspondence relative to the execution at Santiago de Cuba, in November last, of the British subjects forming part of the crew of the "Virginus". || Her Majesty's Government consider that they are justified in demanding reparation from the Spanish Government for the execution of the British subjects in question, both in the form of a national recognition of the wrong done, and also of compensation to the relatives of the persons executed. || Her Majesty's Government do not take the ground of complaining of the seizure of the "Virginus", nor of the detention of the passengers and crew. || The real ground of complaint Her Majesty's Government hold, is, that even assuming the vessel to have been lawfully seized and the crew properly detained, there was no justification for their summary execution after an irregular proceeding before a drumhead Court Martial. No possible aspect of the character of the "Virginus" and her crew could authorize or palliate such conduct on the part of the Cuban authorities. There was no pretence for treating such an expedition as piracy *jure gentium*. || If the "Virginus" was to be regarded as a vessel practically engaged in a hostile or belligerent enterprise such treatment would not be justifiable. Much may be excused in acts done under the expectation of instant damage in self-defence by a nation, as well as by an individual. But, after the capture of the "Virginus" and the detention of the crew was effected, no pretence of imminent necessity of self-defence could be alleged; and it was the duty of the Spanish Authorities to prosecute the offenders in proper form of law, and to have instituted regular proceedings on a definite charge before the execution of the prisoners. || Her Majesty's Government maintain that there was no charge, either known to the Law of Nations or to any municipal law, under which persons in the situation of the British crew of the "Virginus" could have been justifiably condemned to death. || They were persons not owing allegiance to Spain; the acts done by them were done out of the jurisdiction of Spain; they were essentially non-combatants in their employment; and they could by no possible construction be liable to the penalty of death. || In these circumstances Her Majesty's Government consider that they may properly insist on full reparation for the execution of the British subjects in question from the Government of Spain. || I have accordingly to instruct you to address a note to the Spanish Government recapitulating the

arguments set forth in this despatch; and you will state that Her Majesty's Government entertain the confident hope that the Government of Spain, respecting the justice of those arguments, will lose no time in tendering full reparation, both in the form of a national recognition of the wrong done to Great Britain, and also of compensation to the relatives of the British subjects executed. || I am, etc.

Nr. 5328.
Gross-
britannien.
20. Feb. 1874.

Granville.

Nr. 5329.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (nunmehr Earl of Derby) an den königl. Geschäftsträger in Madrid. — Dringt auf Erledigung der Angelegenheit*).

Foreign Office, May 7, 1874.

Sir, — In your despatch of the 10th March, relative to the question of the "Virginus", you inclosed a translation of a note from the Spanish Minister for Foreign Affairs, in which his Excellency stated that the Government of which he was a member felt "bound to examine this serious matter with all the deliberation which its importance demands". || In view of the grave difficulties with which the Spanish Government have lately had to contend, Her Majesty's Government have felt unwilling hitherto to instruct you to press for an answer upon the subject; but now that the success of the Republican arms in Biscay has enabled Marshal Serrano to return to Madrid, Her Majesty's Government trust that the answer of the Spanish Government may not be further delayed. || You will make a communication in this sense to Señor Sagasta. || I am, etc.

Nr. 5329.
Gross-
britannien.
7. Mai 1874.

Derby.

*) Die amerikanischen und englischen Entschädigungsansprüche sind von Seiten Spaniens bis heute (Ende Februar 1875) noch nicht erledigt.

A. d. Red.

Nr. 5330.

RUSSLAND. — Kaiserliches Manifest, betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

[Uebersetzung.]

Nr. 5330.
Russland.
13. Jan. 1874.

Von Gottes Gnaden Wir, Alexander der Zweite, Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen, König von Polen, Grossfürst von Finnland u. s. w. u. s. w. u. s. w. thun allen Unseren getreuen Unterthanen hiermit kund und zu wissen. In der beständigen Sorge um das Wohl Unseres Reiches und um Verleihung besserer Institutionen für dasselbe haben Wir nicht umhin gekonnt, der bisher bestehenden Art und Weise für die Leistung der Militairpflicht Unser Augenmerk zuzuwenden. Nach den bis jetzt zu Kraft bestehenden Gesetzen hatten diese Leistung nur die Stände der Kleinbürger und Bauern zu tragen und ein grosser Theil russischer Unterthanen war von einer Verpflichtung befreit, die Allen gleich heilig sein muss. Dieser Modus, der sich unter anderen Verhältnissen gestaltet hatte, entspricht weder den veränderten Bedingungen des Staatslebens, noch genügt er den Anforderungen an das Militair der Jetztzeit. Die jüngsten Ereignisse haben dargethan, dass die Stärke der Staaten nicht allein in der Masse der Truppen beruht, sondern vorzugsweise in den sittlichen und intellectuellen Eigenschaften derselben, die zur höchsten Entfaltung erst dann gelangen, wenn die Sache der Vaterlandsvertheidigung Gemeingut des Volkes wird, wenn Alle, ohne Unterschied des Berufs und des Standes, sich zu diesem heiligen Werke vereinigen. In der Erkenntniss der Nothwendigkeit, die Organisation der militairischen Kräfte des Reiches nach den Fingerzeigen der derzeitigen Erfahrungen umzugestalten, befohlen Wir im Jahre 1870 dem Kriegsminister, zur Abfassung von Entwürfen zu einem vollkommeneren Modus der Completirung Unserer Truppen unter Heranziehung aller Stände zur Militairpflicht zu schreiten. Die erprobte Bereitwilligkeit Unserer Unterthanen, sich der Heimath zum Opfer zu bringen, war Uns eine Bürgschaft, dass Unser Ruf in den russischen Herzen einen sympathischen Wiederhall finden werde. Wir haben darin nicht geirrt. Unser grossherziger Adel und die anderen, von der Rekrutirung ausgeschlossenen Stände haben Uns in vielfachen Kundgebungen den freudigen Wunsch erkennen lassen, mit dem übrigen Theile der Bevölkerung die Beschwerden des obligatorischen Kriegsdienstes zu theilen. Wir haben diese Kundgebungen mit dem erhebenden Gefühl des Stolzes und mit ehrfurchtsvoller Dankbarkeit für die Vorsehung entgegengenommen, welche Uns das Scepter über ein Volk in die Hand gegeben, in dem die Liebe zum Vaterlande und die Selbstverleugnung ein unveräusserliches, von Geschlecht zu Geschlecht überkommenes Gut aller Stände bilden. Um nach den angedeuteten Hauptgrundzügen das neue Statut über die Militairpflicht zu entwerfen, wurde sodann eine besondere

Commission aus Beamten verschiedener Ressorts und anderen Personen mit der erforderlichen Sachkenntniss gebildet. Das von der Commission entworfene und nach eingehender Berathung vom Reichsrathe verbesserte Statut entspricht vollkommen Unseren Absichten. Von der Grundbestimmung ausgehend, dass die Vertheidigung von Thron und Vaterland eine heilige Pflicht jedes russischen Unterthanen ist, zieht dieses Statut zur Betheiligung an der Ableistung der Militärflicht die gesammte männliche Bevölkerung heran, ohne Zulassung des Loskaufs durch Geld oder der Stellvertretung durch Freiwillige. Die Wirksamkeit des neuen Gesetzes hat sich nur nicht auf die Kosakenbevölkerung zu erstrecken, welche den Militärdienst in einer für sie festgesetzten Weise leistet, auf einige Nischtrussen, das transkaukasische Gebiet und andere, in Unserem Edict an den dirigirenden Senat benannte entfernte Gegenden, für welche besondere Bestimmungen erlassen werden sollen. Mit diesen Ausnahmen und einzelnen zeitweiligen Vergünstigungen, die in demselben Edict erwähnt sind, wird die gesammte männliche Bevölkerung des Reiches und des Königreiches Polen nach Erreichung des 20jährigen Lebensalters dem Loos unterworfen, welches ein für allemal entscheidet, wer in den aktiven Dienst zu treten hat und wer von demselben befreit ist. Obgleich für die bei den Landtruppen Dienenden eine allgemeine 25jährige Dienstfrist angenommen ist, so werden dieselben doch nach Verlauf von sechs Jahren und, falls die Möglichkeit vorliegt, auch früher entlassen, mit der Verpflichtung, sich auf den Ruf der Regierung nur bei Gelegenheiten ausserordentlichen militärischen Bedarfs zur Fahne zu stellen. Für die Mannschaften der Flotte und der in einigen entfernten Gegenden stationirten Truppen werden besondere Dienstfristen festgesetzt werden. Für junge Leute, die Schulunterricht, selbst den der Volksschulen nicht ausgeschlossen, genossen haben, wird die Dauer des obligatorischen Verbleibens bei den Truppen zur Friedenszeit nach dem Grad ihrer Bildung bedeutend abgekürzt und ausserdem werden ihnen andere wesentliche Erleichterungen zugestanden. || Indem Wir das nach diesen Principien entworfene Statut über die Militärflicht bestätigen und Unsere Unterthanen im Namen des uns allen theuren Vaterlandes zu hingebender Erfüllung der ihnen auferlegten Pflichten berufen, haben wir nicht die Absicht die Grundsätze aufzugeben, denen Wir während Unserer ganzen Regierung unab weichlich gefolgt sind. Wir suchen nicht den Glanz des Kriegsruhms, wie Wir ihn bis jetzt nicht gesucht haben und schätzen es als das schönste Loos, das Uns Gott hat zu Theil werden lassen, Russland auf dem Wege friedlichen Fortschritts und allseitiger innerer Entwicklung zur Grösse zu führen. Die Organisation einer gewaltigen Militärmacht wird diese Entwicklung weder aufhalten noch verzögern; sie wird im Gegentheil ihren regelmässigen und unaufhaltsamen Gang gewährleisten, indem sie die Sicherheit des Reiches schützt und jedes Attentat auf seine Ruhe im Voraus abwendet. Mögen aber die den jungen Leuten, denen Bildung zu Theil geworden, jetzt verliehenen wichtigen Vorrechte ein neues Mittel zur Verbreitung wahrer Aufklärung in Unserem

Nr. 5330.
Russland.
18. Jan. 1874.

Volke werden, in der Wir den Grund und das Unterpfand seines künftigen Wohlergehens erblicken.

Gegeben zu St. Petersburg am 1sten Januar im Jahre des Herrn ein-tausend achthundert und vierundsiebenzig, Unserer Regierung im neunzehnten.

Das Original ist von Seiner kaiserl. Majestät Höchsteigenhändig unterzeichnet

„Alexander.“

Nr. 5331.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. Gladstone's Adresse an seine Wähler in Greenwich, betreffend die Auflösung des Parlaments.

Nr. 5331.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1874.

Gentlemen, — Her Majesty has been avised by her Ministers, and has graciously accepted the advice, to dissolve the present Parliament, and im-
mediately to summon a new one, for the transaction of the regular business
of the year. In that new Parliament I respectfully solicit the honour of re-
presenting you. || I am too well aware that in the choice of a person charged
as I am with official duty, you forego for the public good many special
claims which you would otherwise justly make on the time and attention of
your representative. This sacrifice, so freely and honourably incurred five
years ago, I once again presume to ask at your hands, under the circum-
stances and for the special purpose which I shall now proceed to describe. ||
Of the House of Commons now about to be dissolved, no one will deny the
remarkable amount of its labours, and of those legislative results which, but
for untoward and chiefly recent circumstances, would have been greater still.
I take upon me to affirm that those great labours have likewise been great
services, and that they will give to the Parliament of 1868 a distinguished
place in the annals of our country. || It is not to be wondered at if after five
years of anxious and varied effort, the strength both of the House of Com-
mons and of the Administration for the concurrent discharge of their arduous
duties has been impaired. | The welfare of the country can never be effec-
tually promoted by a Government which is not invested with adequate autho-
rity. || That authority, which was in 1868 amply confided by the nation to
the Liberal party and its leaders, if it has now sunk below the point neces-
sary for the due defence and prosecution of the public interests, can in no
way be so legitimately and effectually restored as by an appeal to the people,
who, by their reply to such an appeal, may place beyond all challenge two
great questions—the first, what they think of the manner in which the com-
mission granted in 1868 has been executed; the second, what further com-
mission they now think fit to give to their representatives, and to what hands

its fulfilment and the administration of the Government are to be intrusted. || I will not attempt to set out in full the causes which have convinced the Government that the time has now come for thus appealing to the country, but I will refer to such of them as embrace matters of fact rather than of opinion. || In the month of March last the Government were defeated in their effort to settle upon just and enlarged principles the long-disputed question of the higher education in Ireland, if not by a combined, yet by a concurrent effort of the leader of the Opposition and of the Roman Catholic Prelacy of Ireland. Upon suffering this defeat, the Government, according to the practice of our Constitution, placed their resignations in the hands of the Sovereign. Her Majesty, in the just and wise exercise of her high office, applied to the leader of the Opposition. He, however, declaring that he was not prepared with a policy, and could not govern in the existing Parliament, declined to fill the void which he had made. Under these circumstances, we thought ourselves bound by loyalty to the Queen not to decline the resumption of our offices. But this step we took with an avowed reluctance. We felt that, in consequence of what had happened, both the Crown and the country were placed at a disadvantage, as it was established that, during the existence of the present Parliament, one party only could govern, and must, therefore, govern without appeal. We also felt that a precedent had been set, which both diminished our strength and weakened the general guarantees for the responsibility and integrity of Parliamentary opposition. || Of this diminution of strength we were painfully and sensibly reminded during the session by the summary and rapid dismissal, in the House of Lords, of measures which had cost much time and labour to the House of Commons. || But we remembered that in the years 1868 and 1870, when the mind of the country was unambiguously expressed, the House of Lords had, much to its honour, deferred to that expression upon matters of great moment; and I cannot doubt that it would have continued in this course, had the isolated and less certain, but still frequent and fresh, indications of public opinion at single elections continued to be in harmony with the powerful and authentic, but now more remote, judgment of 1868. || This state of things, which was not satisfactory at the close of the last session, and which has not admitted of remedy by the method of resignation and a change of Government, has not improved during the recess, especially the latter part of the recess; and the time has now arrived, when the Administration, able to anticipate and survey the principal parts and the general character of the work which awaits it, has been called on to consider whether it could reasonably undertake such work without a fresh access of strength, and to frame its advice to her Majesty accordingly. || The question whether Ministers ought to retain or to abandon office should be decided by a general election, with the opportunity which it affords for broad declarations of policy and issues truly national, and cannot be satisfactorily solved by isolated contests, of which the issue is in a greater degree

Nr. 5331.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1874.

Nr. 5331. dependent on close discipline and finished and concentrated organisation. |
 Gross- From a state of things thus fitful and casual, we desire to pass to one in
 britannien. which the nation will have had full opportunity of expressing will and choice
 23. Jan. 1874. as between the political parties. The Government of the day, whatever it be,
 will be armed with its just means of authority both within and without the
 Legislature. The Opposition will enjoy the power, and doubtless will not
 shrink from the duty, of taking office. The House of Commons will be rein-
 stated in its full possession of constitutional authority, and when it shall see
 cause to withdraw its confidence from an Administration it will not leave the
 Sovereign without resource. || Such will be the general objects, then, with
 which a new Parliament will be summoned. I proceed to speak of the work
 which it will have to do. || I need not dwell on the elementary and ever-
 abiding duties of the Ministry, such as the maintenance of the country's ho-
 nour, of the general peace, of the rights of all classes, of our insular secu-
 rity; but I will state that we desire to found the credit and influence of our
 foreign policy upon a resolution to ask from foreign Powers nothing but what
 in like circumstances we should give ourselves, and as steadily to respect their
 rights as we would tenaciously uphold our own. || With regard to the unhappy
 war on the Gold Coast, our object has been to prosecute it with vigour, sub-
 ject to a due regard to the exigencies of climate and the value of human life,
 and only within the limits which justice and future security prescribe. We
 shall aim at the establishment, not only of peace, but of friendship with the
 Ashantees, and we shall, I hope, seek to draw from what has happened a
 lesson on the duty of avoiding in future the first entrance into equivocal and
 entangling engagements. Meantime, we repose the utmost confidence in the
 British general, officers, and soldiers; and we cherish the hope that we are
 about to emerge at an early date, and on good terms, from the conflict. ||
 When I turn to the general subjects of internal legislation, I have to speak
 rather as a member of a party than as a member of a Cabinet. For it is
 not the duty of a Cabinet to bind itself, or to mature its collective views on
 all subjects of public interest, but only upon such as are to form the early
 subjects of practical treatment. || I fear that the time has not yet come when
 you can anticipate a diminution in the calls for legislative labour. Permanent
 and solid as is the Union of the three Kingdoms, they present varieties of
 circumstance, of organisation and even of law. These varieties, combined with
 the vast development of Imperial interests, add seriously to the duties of
 Parliament, which, indeed, have reached a point where they seem, for the
 present, to defy all efforts to overtake them. I think we ought not only to
 admit, but to welcome, every improvement in the organisation of local and
 subordinate authority, which, under the unquestioned control of Parliament,
 would tend to lighten its labours and to expedite the public business. || As
 regards the important Act of 1870 for the promotion of education, I am one
 of those who had no preference for the later over the earlier adjustments of

the bill. But they were adjustments adapted to the state of public opinion at the time; and it appears to me that no main provision of the measure can advantageously be reconsidered without the aid of an experience such as we have not yet acquired. With regard to one or two points, calculated to create an amount of uneasiness out of proportion to their real importance or difficulty, I do not doubt that the wisdom of the renovated legislature will discover the means of their accommodation. || Both in Scotland and in Ireland there are many questions requiring the attention of Parliament. Among such, however, as are peculiar to them, I will only now mention the completion of the weighty legislation of last year by the reconstruction of their judicial establishments, and by admitting them to the advantages, not yet measured by experience, of the new Court of Appeal. || It is more appropriate to the nature of an address such as this that I should touch upon subjects which are, in the main, of a common interest to all the three countries. I will, however, say with special relation to England that it seems almost a reproach to our Parliaments that, down to the present time, we should have been unable to deal effectively with the local government and institutions of this great metropolis; and I must also express my hope that the inquiries of the Commission appointed to examine into the property and income of the Universities and Colleges of Oxford and Cambridge may lead to a great further extension of the benefits conferred by those great and powerful bodies. || The laws respecting the transfer, the descent, and the occupation of land; the laws respecting game, the laws respecting the sale of spirituous liquors, the laws affecting the relations between employer and employed, the laws of rating and of local government, are among the subjects likely to come in turn under the notice of the new Parliament. In some of these matters there is, in my judgment, room for extensive improvement; and they all, I trust, will be dealt with in a spirit of impartial justice. || Of all the changes marking the present day, there is none which I view with more heartfelt satisfaction than the progressive rise of wages in the agricultural districts. I view this rise as the natural and proper, though long delayed, result of economic laws; as the removal of something like a national discredit; as carrying with it a great addition to the stock, never too abundant, of human happiness; and as a new guarantee for the stability of the Throne and institutions of the country. || I have never concealed my opinion that those institutions will be further strengthened by granting to the counties generally that extended franchise which has been conceded with general satisfaction to the towns and to the populations of a number of rural districts with a central village, which may perhaps be called peasant-boroughs. I earnestly desire to witness the formation of a mature public opinion on a subject which hardly yet obtains all the attention which it deserves. I, for one, will say nothing upon it that could tend to arouse the jealousies of class or of party; and I cherish the hope that at no distant day our loyal, patient, and, as I hold, intelligent, peasantry

Nr. 5831.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1874.

may, together with the other important classes now unenfranchised, for no other reason than that they reside beyond the boundaries of boroughs, receive this boon at the hands of the Legislature, without conflict, without intrigue, and by general consent. || I come now to questions of expenditure and finance. || It may be stated with truth that next to the great Irish questions of Church and land, now happily disposed of, the elections of 1868 turned, in no small degree, upon expenditure. I do not deny that we charged our predecessors with improvidence in the stewardship of the public funds. || It has been shown by my friend Mr. Childers, in his place in Parliament, conclusively and without reply, that we have not forgotten the declarations of 1868, nor receded from them. In the estimates of our first two years for the defensive services of army and navy we were able to propose reductions amounting in round numbers to Pfd. St. 4,000,000 in the charge of our peace establishments. It is true that we are not able at this moment to place such a sum to our credit in comparing our estimates with those of the last Government. I am far from saying that we have perfect reason to be satisfied with our own efforts or with the results of them. Still, let it be considered, first, by what special and necessary acts of policy they have been hindered; secondly, what the results actually are. We cannot escape the effect of such calls as that for the abolition of purchase, which was, I think, well described as the redemption of the army, or for the augmentation of the education vote, to the great and unquestioned benefit of the country. || But, notwithstanding these demands, notwithstanding the calls arising at the period of the great war of 1870, notwithstanding the serious burden of the rise of prices, something not wholly insignificant has been achieved. Setting aside the debt, and founding the comparison on the basis of what may be called the optional expenditure, derived from taxes and forming the proper test of the disposition of a Government, it was shown that a saving had been effected at the close of the very last financial year amounting to Pfd. St. 2,350,000, and this, as we contend, with no diminution, but with a great increase of our defensive force, both naval and military. || Upon a review of the finance of the last five years, we are enabled to state that, notwithstanding the purchase of the telegraphs for a sum exceeding Pfd. St. 9,000,000, the aggregate amount of the National Debt has been reduced by more than Pfd. St. 20,000,000; that taxes have been lowered or abolished (over and above any amount imposed) to the extent of Pfd. St. 12,500,000; that during the present year the Alabama indemnity has been paid, and the charge of the Ashantee war will be met out of revenue; and that in estimating, as we can now venture to do, the income of the coming year (and, for the moment, assuming the general scale of charge to continue as it was fixed during the last session), we do not fear to anticipate as the probable balance a surplus exceeding rather than falling short of Pfd. St. 5,000,000. || The existence of such a surplus will offer, in our judgment, a great opportunity of affording relief to the community, and an opportunity which ought to be turned to the very best account.

I have accepted with much reluctance the charge of the finances of the country in addition to my other duties. But as this is now the tenth occasion on which I am called, as the Minister immediately responsible, to consider the financial arrangements of the coming year, you may be willing to believe that I am not speaking lightly when I proceed to indicate an outline of the boons which, in the absence of some gravely unfavourable and unforeseen incident, it will be in the power of the new Parliament at once to confer. || In the first place, there is a very general desire that some new assistance should be afforded to the ratepayers of the country from funds at present under the command of the State. || The Government have been unable to meet the views of those who appear to have thought that provided only a large amount of public money could be had in any form to relieve the rates, no great heed need be paid to anything else. But they have never felt themselves compelled to deny the wish of such as think that a further portion of the charges hitherto borne by real and immovable property should, with judicious accompanying arrangements, be placed upon property generally. Their endeavour has been, and their resolution is, to have a thorough and comprehensive, not a partial, handling of the question, and in our future proceedings we shall, I trust, exert ourselves to keep in view all that it involves; to strengthen the invaluable traditions, and to improve the organs of local government, to keep central control within the limits of sound policy to maintain, and if possible to enhance, the guarantees for provident administration, to avoid the repetition of unseemly contests, and the danger which would arise if Parliament were gradually to lay upon labour a portion of the burdens hitherto borne by property; in a word to reform as well as enlarge the aid granted by the State to local expenditure. The first item, then, which I have to set down in the financial arrangements proper for the year is relief, but relief coupled with reform, of local taxation. || What I have said refers properly to England, but it would be impossible to exclude from view the case of Scotland, which is very closely analogous, or that of Ireland, which presents larger variations. || I now turn to a subject of a less complex character, but of even greater importance; I mean the Income Tax. | According to the older financial tradition, the Income Tax was a war tax. For such a purpose it is invaluable. Men are willing to sacrifice much not only of their means, but of their privacy, time, and comfort, at the call of patriotism. || In 1842 the income tax was employed by Sir Robert Peel, partly to cover a serious deficit in the revenue, but principally to allow of important advances in the direction of free trade. I need not dwell on the great work of liberation which has been accomplished by its aid. Mainly perhaps on this account it has been borne with an exemplary patience. But no Government has ever been able to make it perpetual, like our taxes in general, or even to obtain its renewal for any very long term of years. Since 1860 it has been granted by an annual Act. During a long time, for

Nr. 5331. Gross-britannien. 23. Jan. 1874. reasons on which it is not necessary for me here to dwell, the country cherished, together with the desire, the expectation or hope of its extinction. But the sum annually drawn from it formed so heavy an item in the accounts from year to year that it appeared to have grown unmanageable. It has, however, been the happy fortune of Mr. Lowe to bring it down, first from 6d to 4d, and then from 4d to 3d in the pound. The proceeds of the incometax for the present year are expected to be between Pfd. St. 5,000,000 and Pfd. St. 6,000,000, and at a sacrifice for the financial year of something less than Pfd. St. 5,500,000 the country may enjoy the advantage and relief of its total repeal. || I do not hesitate to affirm that an effort should now be made to attain this advantage, nor to declare that, according to my judgment, it is in present circumstances practicable. || And yet, while making this recommendation and avowal, I have more to add. It will have been observed that the proposals I have mentioned contemplate principally the relief of rateable and other property, although there are many among the payers of income-tax the association of whom with that term seems almost to mock them. But it is manifest that we ought not to aid the rates, and remove the Income-tax, without giving to the general consumer, and giving him simultaneously, some marked relief in the class of articles of popular consumption. || It may be observed that the changes I have indicated would dispose of more, indeed considerably more, than the surplus I have named; and that I am not entitled to anticipate any larger balance of available revenue during the coming financial year from the present sources as they are fixed by law. But I have said nothing to preclude the Government from asking Parliament to consider, in conjunction with those great remissions, what moderate assistance could be had from judicious adjustments of existing taxes. And it is scarcely necessary for me to add that, admitting, as I do admit, the declarations of 1868, I for one could not belong to a Government which did not on every occasion seek to enlarge its resources by a wise economy. But these, I admit, are general declarations. Their whole value depends upon their future and practical development. On this subject I will frankly allow that the question is for the moment one of confidence. The policy of the Government for the last five years in particular, the character and opinions of my colleagues, and the financial and commercial legislation with which I may say that, since, 1842, I have been associated, are before you. I can only add that I have not spoken lightly, but deliberately, and with full persuasion. || I have now, gentlemen, endeavoured to supply to you the means of estimating generally, but with, I hope, sufficient accuracy, the views and intentions of the Government with respect to policy and immediate legislation, but more especially with reference to the financial work which they now offer themselves to undertake and to perform. Undertaken and performed I trust it will be, whether by us or by others. It is for you to say by whom. As for all that lies beyond, in the region of the many and arduous questions

to some of which I have referred, I can give no unlimited pledge of personal aid or service in the 42nd year of a laborious public life, and with the desire which I feel both entitled and bound to cherish for repose. But for the present issue I am at your service, and so I trust are the colleagues who have performed the work and made the character of the present Government, and to whom I owe a lively and unending gratitude. || It is sometimes said, gentlemen, that we of the Liberal Government and party have endangered the institutions and worried all the interests of the country. As to the interests, I am aware of no one of them that we have injured. If we have unhappily offended any, it has been neither our intention nor our wish, but the consequence of our anxiety to consult the highest interest of all, in which all others are involved—the interest of the nation. || As to the institutions of the country, gentlemen, the charge is the very same that you have been accustomed to hear urged against Liberal Governments in general for the last forty years. It is time to test by a general survey of the past this trite and vague allegation. Now, there has elapsed a period of forty, or more exactly forty-three years since the Liberal party acquired the main direction of public affairs. This followed another period of about forty years, beginning with the outbreak of the Revolutionary War, during which there had been an almost unbroken rule of their opponents, who claimed and were reputed to be great preservers of the institutions of the country. But I ask you to judge the men by the general results. I fear we must admit that the term of 40 years of Tory rule, which closed in 1830, and to which you are invited to return, left the institutions of the country weaker, aye, even in its peace and order less secure, than at the commencement of the period it had found them. I am confident that if now the present Government be dismissed from the service of their Gracious Mistress and of the country, the Liberal party, which they represent, may at least challenge contradiction when they say that their term of forty years leaves the Throne, the laws, and the institutions of the country not weaker, but stronger, than it found them. || Such, gentlemen, is the issue placed before you, and before the nation, for your decision. If the trust of this Administration be by the effect of the present elections virtually renewed, I, for one, will serve you, for what remains of my time, faithfully; if the confidence of the country be taken from us and handed over to others whom you may judge more worthy, I, for one, shall accept cheerfully my dismissal. || I have the honour to be, gentlemen, your most obliged and most faithful servant,

W. E. Gladstone.

11, Carlton House-terrace, January 23, 1874.

Nr. 5331.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1874.

Nr. 5332.

GROSSBRITANNIEN. — Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 19. März 1874, verlesen von den königlichen Commissarien.

My Lords and Gentlemen,

Nr. 5332.
Gross-
britannien.
19. März 1874.

I recur to your advice at the earliest period permitted by the arrangements consequent on the retirement of the late Administration*). || My relations with all foreign Powers continue to be most friendly. I shall not fail to exercise the influence arising from these cordial relations for the maintenance of European peace, and the faithful observance of international obligations. || The marriage of my son, the Duke of Edinburgh, with the Grand Duchess Marie Alexandrowna of Russia, is at once a source of happiness to myself and a pledge of friendship between two great Empires. || The war with the King of Ashantee has terminated in the capture and destruction of his capital, and in negotiations which, I trust, may lead to a more satisfactory condition of affairs than has hitherto prevailed on the West Coast of Africa. || The courage, discipline, and endurance displayed by my forces, both of the land and sea service, together with the energy and skill evinced in the conduct of the expedition, have brilliantly maintained, under the most trying circumstances, the traditionary reputation of the British arms. || I deeply regret that the drought of last summer has affected the most populous provinces of my Indian Empire, and has produced extreme scarcity, in some parts amounting to actual famine, over an area inhabited by many millions. I have directed the Governor-General of India to spare no cost in striving to mitigate this terrible calamity.

Gentlemen of the House of Commons,

The Estimates for the expenditure of the coming financial year will be forthwith submitted to you.

My Lords and Gentlemen,

The delay and expense attending the transfer of land in England have long been felt to be a reproach to our system of law, and a serious obstacle to dealings in real property. This subject has, in former sessions, occupied the attention of Parliament, and I trust that the measures which will now be submitted for your consideration will be found calculated to remove much of the evil of which complaint has been made. || You will probably be of opinion that the rearrangement of the Judicature, and the blending of the admini-

*) In Folge der Niederlage der Liberalen bei den Wahlen hatte das Ministerium Gladstone abgedankt und war durch ein Ministerium Disraeli ersetzt worden.

tration of law and equity, which were effected for England by the enactment of last session, ought, on the same principles, to be extended to Ireland, and you will be asked to devote some part of your time to the accomplishment of this object. || The greater part of these changes would be inapplicable to the tribunals of Scotland; but you will be invited, as to that part of my Kingdom, to consider the most satisfactory mode of bringing the procedure upon appeals into harmony with recent legislation, and, among other measures relating to her special interests, a Bill for amending the law relating to land rights and for facilitating the transfer of land will be laid before you. || Serious differences have arisen, and remonstrances been made by large classes of the community, as to the working of the recent Act of Parliament affecting the relationship of master and servant, of the Act of 1871, which deals with offences connected with trade, and of the law of conspiracy, more especially as connected with these offences. On these subjects I am desirous that, before attempting any fresh legislation, you should be in possession of all material facts, and of the precise questions in controversy, and for this purpose I have issued a Royal Commission to inquire into the state and working of the present law, with a view to its early amendment, if it should be found necessary. || A Bill will be introduced dealing with such parts of the Acts regulating the sale of intoxicating liquors as have given rise to complaints which appear to deserve the interference of Parliament. || Your attention will also be directed to the laws affecting Friendly and Provident Societies. || All these matters will require your grave consideration, and I pray that the Almighty may guide your deliberations for the welfare of my realm.

Nr. 5332.
Gross-
britannien.
19. März 1874.

Nr. 5333.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 4. Mai 1874. — Interpellation des Earl Russell über die allgemeine politische Lage und Beantwortung durch den Minister des Ausw., Earl of Derby.*)

[Nach den Times.]

Earl Russell moved for copies of any correspondence relating to the maintenance of the peace of Europe with the Governments of the Emperor of Germany, the Emperor of Austria, the Emperor of Russia, and the French Republic, which could be communicated without injury to the public service.

Nr. 5333.
Gross-
britannien.
4. Mai 1874.

*) Vgl. die gleichzeitigen Erklärungen des österreichischen Min. d. Ausw., Staatsarchiv Bd. XXVI. Nr. 5142. A. d. Red.

Nr. 5333.
Gross-
britannien.
4. Mai 1874.

The noble earl said that as he did not take any part in the debate on the address from the throne he might, perhaps, be allowed to say a few words with reference to the late change of the Ministry. As he had many years ago told his then constituents in the City of London, when the people of England, who were the ultimate court of appeal, found that reforms which they desired were progressing too slowly they always manifested a great disposition to place reformers in power; but, on the other hand, when they were of opinion that reforms were hurried on too quickly they manifested an equal disposition to place in power those whose object was to conserve and preserve. For himself he found no fault with the disposition. He thought that one party was required to be in power at one time and another at another time, and that was plainly the opinion of the country. The motion therefore which he submitted to the House was not one which was conceived in a spirit of hostility to her Majesty's Government. (Hear, hear.) It was a motion which had reference to the maintenance of the peace of Europe. In the first place, he reminded their lordships that the state of Europa five years ago was one of great apparent tranquillity, and no one then appeared to know of anything which threatened a continuance of that peace. But at that very time and ever since the federation of Germany there had been growing up a desire on the part of the Germans to acquire and annex the Rhine provinces of Germany, and there existed an equal determination on the part of the French to resist any such attempt. What he wished to know was whether the symptoms which were now to be witnessed abroad were the subsiding waves of the past storm, or the premonitory warnings of a coming tempest. He had observed that in the deliberations of the German Parliament a very great man—Field Marshall Moltke—had remarked, while it had taken five years (?) to acquire their new territory, it would take 50 years and an army of 400,000 men to consolidate it. It was therefore perfectly plain that Count Moltke did not consider everything as yet quite settled. On the other hand, he was informed by persons on whose information he could place great confidence, that the French army, from the highest marshal to the lowest ensign, were smarting under a sense of defeat, and had expressed a constant determination to have their revenge for the losses which they incurred, and what they considered the spoliation and dismemberment of France by the severance of Alsace and Lorraine. The question was whether these were not the mutterings of a coming storm, or whether they might, on the other hand, look forward to the continuance of peace and tranquillity for some years to come in Europe. Well then if these were the signs of a coming storm, he wished to know whether the Government would be prepared to take measures to preserve as much as was in their power the peace of Europe. For his own part, he thought that such was the position which England occupied in the councils of Europe that it might almost be said that it was quite within her power to preserve the peace of Europe, because he

did not think that any Power would venture to break that peace, if there were only a strong alliance, with England at its head, the object of such alliance being the preservation of the peace of Europe. (Hear, hear.) He had perfect confidence in the present Government, and could quite rely upon them for adhering firmly to all treaty engagements, by which the Cabinet of Great Britain was bound, and he hoped that no attempt would be made to evade them. In the next place, he trusted that if any danger did arise to the state of Europe, all the influence of Great Britain would be brought to bear upon other nations for the purpose of preserving peace. (Hear.) There could be no disturbance of the peace of Europe, and, no war between two great nations, without the infliction of very serious evils upon this country. It was not merely that trade was injured, but the growth of liberty, civilization, and all kinds of progress were retarded. Everybody knew, that this country had great influence abroad, and it ought to have great influence; but having that influence it is of the utmost importance that it should be properly used, and in no instance could it be more properly used than with a view to preserve the peace of Europe and the world. He thought therefore, that it would be very satisfactory, if the noble earl could give any information to the House which was needed. It was a matter of such interest and importance to the country that any information which could be safely given to enable the country to prepare for events which might be commencing would be extremely useful. With respect to the second part of the question, he would not ask it until he had heard the reply of the noble earl.

The Earl of Derby.—My lords, I quite acknowledge that the noble earl who has put this question to me has not put it with any hostility to the Government, though I regret that events are taking place which render it necessary that the inquiry should be addressed to me. No subject is more worthy of attention than that which the noble earl has touched upon, and no member of a Government in this House could be more anxious than I am to place before your lordships any information upon this subject which I may have, and which can be safely placed before the country. We all feel, that the inquiry which has been made is one which touches the gravest and most momentous interests; but it is an inquiry to which I can only give an answer in general terms, and that I think I am bound to do, because it might lead to very great misapprehension, if I felt myself bound to refuse to answer it, acting under responsibility, and with the knowledge that every word which is uttered within these walls will be repeated in all countries of Europe. The noble earl asks me whether those things which seem to threaten the peace of Europe are the result of the past war, or whether they are the indications of a storm which is to come. My lords, if I am to answer that question, I must say that I cannot deny, that in the present appearances there may be ground for apprehension and anxiety. I do not say that on any peculiar information of an official character, but I come to it as a conclusion founded on knowledge common

Nr. 5833.
Gross-
britannien.
4. Mai 1874.

to the whole world. We all have in our recollections the events that occurred a few years ago, and know the feelings which they have left on the minds of two great peoples. We know, again, that among the population of France there is a very general and widespread desire to recover that territory which they lost by the fortune of war, and on the other hand we know that there is an equally strong disposition amongst the Germans to retain what they acquired. The subject is one which must occupy the minds of all who have the care of foreign affairs. It may be, do what we can, war will come sooner or later. I think it was Mr. Canning who once said, if war is to come sooner or later, I should prefer its coming later rather than sooner. (Hear, hear.) That is my opinion, and for the obvious reason that there is a chance that, with the lapse of time, feelings of soreness and agitation in men's minds may subside, and there is a greater hope for the preservation of peace. Your lordships no doubt would think, that I should be doing a very foolish thing, if I ventured to predict what may happen in some years to come; but I must say that, if I may judge from the information which I have received, from the general spirit of the communications which reach me from time to time from all parts of Europe, so far as immediate appearances go, there is no serious cause for apprehension of any disturbance to the peace of Europe. I now come to the question which the noble earl addressed to me. He asks, in the event of war becoming more imminent, what should we do to preserve the peace of Europe? Now that is an inquiry that cannot be answered in very definite terms; but I think there cannot be any doubt, that without involving ourselves in any quarrel to which we are not a party, we shall employ ourselves, as we have before done, in efforts to preserve peace. The noble earl asks whether it is our intention to adhere to international engagements. I don't think there can be any doubt in your lordships' minds as to the manner in which I ought to answer that question. I should say that, if any engagements which have been made have become inapplicable, we ought to state our opinion that they are open questions, but if there are any treaty obligations which you have reason to believe that other nations consider binding upon us, I think we ought in honour to consider them binding. (Hear, hear.) With reference to the production of papers I am bound to say that I do not find among them any correspondence relating to the question which can at present be properly laid upon your lordships' table. For the most part the correspondence is of a delicate and confidential kind, and the Government are bound to respect secrecy in these matters, because naturally it was necessary that the different Governments should be brought into close communication; but if at any later day anything should come which can be laid on the table without injury or inconvenience to the public service it will be done. (Hear, hear.)

Nr. 5334.

GROSSBRITANNIEN. — Thronrede der Königin beim Schluss der Session am 7. August 1874, verlesen von den königlichen Commissarien.

My Lords and Gentlemen, —

The time has arrived when I am enabled to release you from your attendance in Parliament. || In so doing, my first wish is to thank you for the readiness with which you have made provision for my son Prince Leopold on his attaining his majority. || My relations with all foreign Powers continue to be friendly, and the influence arising from those cordial relations will be employed, as heretofore, in maintaining the obligations imposed by treaties, and in promoting and consolidating the peace of Europe. || The Emperor of Russia having made proposals for a Conference to be held at Brussels, the object of which is to lessen, by judicious regulations, the severities of war, I have, in common with other Powers, authorised a delegate to attend that Conference; but, before doing so, I have thought it right to obtain assurances from all the Powers thus represented, that no proposal shall be brought forward calculated either to alter the recognised rules of international law, or to place restrictions on the conduct of naval operations. The recommendations which may issue from the Conference will have my careful consideration, but I have reserved to myself full freedom of action in regard to their acceptance or rejection. || Negotiations have been undertaken for the renewal of the Reciprocity Treaty formerly in force between the Dominion of Canada and the United States of America. These negotiations, commenced at the desire and in the interest of the Dominion, have been temporarily suspended by the adjournment of the American Senate. They will be revived at an early date, and it is my hope that they may lead to an increase of commercial intercourse between my Colonial subjects and the citizens of the United States. || I deeply lament the continuance in Spain of disturbances, which form a single exception to the general tranquillity of Europe; but, while earnestly desiring the restoration of peace and civil order in that country, I believe that this result will be most surely brought about by a rigid abstinence from interference in the internal affairs of an independent and friendly State. || The Treaty recently concluded with the Sultan of Zanzibar, having for its object the suppression of East African slave trade, has been faithfully observed, and has already done much to put an end to that traffic as carried on by sea. The exertions of my naval and consular servants in that part of the world will not be relaxed until complete success has been obtained. || I am thankful to say, that the famine in India has, as yet, been attended with little mortality—a result mainly attributable, under Providence, to the precautions taken by my Indian

Nr. 5334.
Gross-
britannien.
7. Aug. 1874.

Nr. 5334. Government. The strenuous exertions of my Viceroy and of the officers serving
 Gross- under him merit my high approbation. || Since the close of hostilities on the
 britannien. Gold Coast steady progress has been made in the task of pacifying the country
 7. Aug. 1874. and of organizing its administration. Treaties of peace have been concluded
 with important tribes, and the King of Ashanti has persevered in the discharge
 of his obligations to this country.

Gentlemen of the House of Commons, —

I acknowledge the liberality with which you have provided for the charges
 of the State.

My Lords and Gentlemen, —

I have seen with pleasure the considerable reductions which you have
 been able to make in taxation. The total abolition of the sugar duties will
 not only confer a benefit on the consumers of an article in universal demand,
 but will also prove of much commercial advantage to the nation. The re-
 moval of the duty on horses is another measure well calculated to encourage
 the trade and industry of the country. Concurrently with these remissions,
 and with a further reduction of the income tax to a rate which is little more
 than nominal, you have been enabled to make important grants from the ge-
 neral revenue towards services which, though of Imperial concern, have hith-
 erto been defrayed, either exclusively or in an undue proportion, out of
 local rates. I trust, that these measures, when their full effect shall have been
 felt, will conduce to the general prosperity of the country, and will impart
 increased elasticity to the revenue. || Although your session has been unavoi-
 dably curtailed of a third of its usual duration, I observe with satisfaction
 that you have been able to carry measures of general interest and importance.
 I have cordially given my assent to the Act „for improving the health of women,
 young persons, and children employed in manufactures.“ By this measure I
 anticipate that not only will the health and education of the classes affected
 by it be promoted, but that the relations between the employers and employed in
 those important branches of industry will be maintained on a footing of en-
 during harmony and mutual goodwill. || I have readily sanctioned the Act for
 the reform of the system of Patronage in the Church of Scotland. I trust,
 that the removal of this ancient cause of controversy may both strengthen the
 Church and conduce to the religious welfare of a large number of my sub-
 jects. || The Act for the better regulation of Public Worship in the Church of
 England will, I hope, tend to prevent or allay the unhappy controversies
 which sometimes arise from the difficulty experienced in obtaining an early
 decision on doubtful points of law, and a definitive interpretation of the
 authorised form of public worship. Such controversies, even when they occur
 between persons loyally desirous to conform to the doctrine and discipline of
 the Established Church, beget serious evils, and their speedy termination by
 competent authority is a matter of grave importance to the interests of re-
 ligion. || The legal measures which you have passed with reference to the

limitation of actions for real property, the law of vendors and purchasers, and land rights and conveyancing in Scotland, as well as the Acts for regulating the sale of intoxicating liquors, and for carrying forward sanitary legislation in the United Kingdom, may be expected to be productive of public advantage and satisfaction. || The Commission issued by me for inquiring into the state and working of the law as to offences connected with trade has been unable to complete its labours in time to admit of legislation during the session now about to terminate; and I regret, that the pressure of business in the House of Commons has made it necessary to suspend the consideration of the measures for facilitating the transfer of land in England, for rearranging the judicature of England and Ireland, and for establishing an Imperial Court of Appeal. These subjects will naturally claim your earliest attention in a future session. || In returning to your counties and constituencies, you will have the opportunity of beneficially exercising that influence which is the happy result of our local institutions, and I pray, that the blessing of the Almighty may accompany you in the discharge of all your duties.

Nr. 5334.
Gross-
britannien.
7. Aug. 1874.

Nr. 5335.

DEUTSCHLAND. — Thronrede bei Eröffnung der ersten Session des zweiten deutschen Reichstages am 5. Februar 1874, verlesen vom Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben mich zu ermächtigen geruhet, in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen, Sie bei dem Beginn der zweiten Legislaturperiode des deutschen Reichstages willkommen zu heissen. || Ich habe zunächst einem ausdrücklichen Allerhöchsten Befehle nachzukommen, indem ich das lebhaft Bedauern meines Allergnädigsten Herrn darüber ausspreche, dass es Seiner Majestät heut noch nicht gestattet ist, den Reichstag in seiner neuen Zusammensetzung persönlich zu begrüßen. || Die Arbeiten der abgelaufenen Legislaturperiode waren in vorwiegendem Maasse durch die Regelung der Verhältnisse in Anspruch genommen, welche aus der politischen Neugestaltung Deutschlands und aus den Folgen des letzten Krieges hervorgingen. Diese Regelung ist in der Hauptsache abgeschlossen. Die Gemeinsamkeit der Gesetzgebung zwischen dem Norden und dem Süden unseres Vaterlandes ist in allen Gebieten, welche vor Gründung des Reiches als gemeinschaftliche des Bundes behandelt wurden, fast ausnahmslos durchgeführt. Die gemeinschaftliche Finanzwirthschaft ist auf Grundlage der Verfassung geordnet, und die vollständig eingegangene Kriegskosten-Entschädigung wird nach Maassgabe der über ihre Verwendung erlassenen Gesetze verausgabt. ||

Nr. 5335.
Deutschland.
5. Febr. 1874.

Nr. 5335. Die alten deutschen Lande, welche durch frühere Kriege dem deutschen Reiche
Deutschland.
5. Febr. 1874. entrissen und durch den Frankfurter Frieden wieder mit demselben vereinigt
wurden, sind heute zum ersten Male in unserer Mitte verfassungsmässig ver-
treten. || Die erste Stelle unter den Vorlagen, über welche Sie, meine Herren,
zu beschliessen haben werden, nimmt der Entwurf eines allgemeinen Militär-
gesetzes ein, welcher in wenig abweichender Fassung bereits dem letzten
Reichstage vorgelegen hat. Es ist nicht blos eine, in der Verfassung enthal-
tene Verheissung und ein durch die Erweiterung des deutschen Heeres ge-
gebenes Gebot, welchem durch diese Vorlage genügt werden soll; entschiedener
noch, als durch diese Anforderungen, ist die feste Regelung der deutschen
Wehrkraft und Wehrfähigkeit geboten durch die erste Pflicht eines jeden
staatlichen Gemeinwesens: die Unabhängigkeit seines Gebietes und die fried-
liche Entwicklung der ihm innewohnenden geistigen und wirthschaftlichen
Kraft zu schützen. || Die gesetzlichen Anordnungen, welche unmittelbar nach
Beendigung des Krieges zu Gunsten der Militär-Invaliden getroffen worden
sind, haben die Probe der seitdem gemachten Erfahrungen nicht in allen Ein-
zelheiten bestanden. Zur Beseitigung der hervorgetretenen Mängel wird Ihre
Mitwirkung in Anspruch genommen werden. Nicht minder wollen Sie Ihre
Aufmerksamkeit der Ausgleichung von Härten zuwenden, welche die frühere
norddeutsche Gesetzgebung über die Kriegsleistungen während des letzten
Krieges für zahlreiche Gemeinden zur Folge gehabt hat. || Die verfassungs-
mässige Rechnungslegung über die Einnahmen des Reiches entbehrt noch der
endgültigen Regelung in materieller wie in formeller Beziehung. Gesetzentwürfe
über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über die
Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes sollen diese, von den ver-
bündeten Regierungen wie von dem Reichstage empfundene Lücke unserer
Institutionen ergänzen. || Die Rechnungen über den Haushalt der Jahre 1867 bis
1870 werden Ihnen zur Entlastung vorgelegt werden. || Die rechtliche Stellung der
Presse ist bereits im verflossenen Jahre Gegenstand der Berathungen des Bundes-
rathes und des Reichstages gewesen. Das Bedürfniss eines gemeinsamen Ge-
setzes über diese Materie ist ausser Zweifel. Die verbündeten Regierungen haben
den von der königlich preussischen Regierung gestellten Antrag ihrer Berathung
unterzogen und sind bemüht, in dem Ihnen vorzulegenden Ergebnisse ihrer
Beschlüsse die berechtigten Ansprüche auf freie Meinungsäusserung durch die
Presse mit den Anforderungen in Einklang zu bringen, welche das öffentliche
Interesse mit nicht minderem Rechte gegen den Missbrauch dieser Freiheit
erhebt. || Eine Novelle zur Gewerbeordnung, welche Ihnen vorgelegt werden
wird, soll die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern durch Gerichte, deren Mitglieder aus beiden Lebenskreisen entnom-
men sind, in einem einfachen, von jeder lästigen Form befreiten Verfahren
sichern. Sie soll ferner Vorsorge gegen die Nachtheile treffen, mit welchen
die öffentliche Ordnung und die nationale Arbeit durch rechtswidrige Ein-
wirkungen auf den freien Willen der Arbeiter und durch den rechtswidrigen

Bruch geschlossener Verträge bedroht werden. || Die grosse Verschiedenheit der zum Theil veralteten, zum Theil ungenügenden Einrichtungen, welche an den deutschen Küsten zum Schutze der von Seeunfällen betroffenen Personen und Güter bestehen, hat den verbündeten Regierungen Anlass gegeben, eine für die gesammte deutsche Küste giltige Strand-Ordnung ausarbeiten zu lassen, welche Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden wird. || Die Ergebnisse des vorjährigen Reichshaushalts haben zwar noch nicht endgiltig festgestellt werden können; sie sind jedoch bereits ausreichend bekannt, um die Zuversicht zu gewähren, dass die Einnahmen des letzten Jahres, nach Abzug der in der letzten Session über den Etat hinaus bewilligten sehr erheblichen Summen, einen namhaften Ueberschuss ergeben haben. || Unsere auswärtigen Beziehungen berechtigen zu der Ueberzeugung, dass alle fremden Regierungen, gleich der unsrigen, entschlossen und bestrebt sind, der Welt die Wohlthaten des Friedens zu bewahren und sich durch keine auf Störung desselben gerichteten Parteibestrebungen in dieser Fürsorge und in ihrem gegenseitigen Vertrauen irre machen zu lassen. || Die sich wiederholenden Begegnungen mächtiger, friedliebender und einander persönlich nahe stehender Monarchen und die erfreulichen Beziehungen Deutschlands zu den uns durch geschichtliche Traditionen befreundeten Völkern geben Seiner Majestät dem Kaiser jedenfalls das feste Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens, welches ich auszusprechen den Allerhöchsten Auftrag habe.

Nr. 5335.
Deutschland.
5. Feb. 1874.

Nr. 5336.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 16. Februar 1874. — Erste Berathung des Entwurfes eines Reichs-Militär-Gesetzes*).

Bevollmächtigter zum Bundesrath, königlich preussischer Staats- und Kriegsminister von Kameke: Meine Herren! Bei Berathung der Verfassung des ehemaligen norddeutschen Bundes wurde ein solcher Werth auf die einheitliche Organisation der Wehrkräfte gelegt, dass die Bundesvertreter sich entschlossen, die preussische Militärgesetzgebung in Bausch und Bogen auf den norddeutschen Bund zu übertragen. Dadurch war das Mittel gegeben, in kürzester Frist ein einheitliches norddeutsches Heer herzustellen. Als wenige Jahre nachher es galt, unter aufopfernder Theilnahme der süddeutschen Wehr-

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

*) § 1 dieses Entwurfes lautete:

Die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt bis zum Erlass einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401,659 Mann. Die einjährig Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung.
A. d. Red.

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

kräfte einen Angriff auf unser Vaterland zurückzuweisen, hat diese Organisation sich bewährt. Die Folge war, dass, als das deutsche Reich entstanden war, auch die Reichsverfassung die Bestimmung traf, dass nunmehr jene Gesetzgebung auch auf die süddeutschen Staaten und auf das ganze deutsche Reich übertragen werden sollte. Diese Aufgabe ist jetzt unter dauernder und hingebender Arbeit aller dazu berufenen Organe des Reiches erfüllt. Ein einheitliches deutsches Heer steht da, des Befehls des Kaisers gewärtig, wenn er es aufrufen wird, die Würde und die Interessen des Vaterlandes zu verteidigen, und das deutsche Volk kann mit Ruhe und Sicherheit unter dem Schutze dieses Heeres seinen friedlichen Aufgaben nachgehen. Mit diesem Augenblick ist aber auch die Voraussetzung erfüllt, welche dem dritten Alinea im Artikel 61 der Reichsverfassung zu Grunde liegt, worin es heisst: || Nach gleichmässiger Durchführung der Kriegsorganisation des deutschen Heeres wird ein umfassendes Reichs-Militär-gesetz dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmässigen Beschlussfassung vorgelegt werden. || Die verbündeten Regierungen, meine Herren, kommen dieser Verpflichtung, welche denselben hier durch die Verfassung auferlegt ist, um so bereitwilliger nach, als sie sich bewusst sind, dass nicht minder als ihnen selbst dieser hohen Versammlung die Ehre und Kraft des Vaterlandes am Herzen liegen. || Das Ihnen vorgelegte Gesetz wird dieser hohen Versammlung Gelegenheit geben, die Principien zu prüfen, auf denen unsere Organisation beruht: es sind die Principien, deren Anwendung im blutigen, aber, Gott sei Dank, siegreichen Kampfe sich bewährt hat. Die verbündeten Regierungen rechnen um so zuverlässiger darauf, dass das Gesetz die Billigung des hohen Hauses finden wird, und dass dadurch unserem Vaterlande die bewährten Wehrkräfte auch für fernere Zeiten erhalten werden sollen. Um diesen hohen Zweck zu erreichen, hat die Militärverwaltung trotz mannichfacher entgegenstehenden Bedenken auf eine grosse Zahl von Befugnissen verzichtet, die sie bisher unbestritten auszuüben im Stande war, in der Hoffnung auf ein gleiches Entgegenkommen des hohen Reichstages. || Das Gesetz im Ganzen schliesst sich dem 11. Abschnitte der Reichsverfassung durchaus an, ebenso dem Gesetze vom 9. November 1867, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, und füllt die Lücke aus, welche noch geblieben ist zwischen den verschiedenen Specialgesetzen, die durch praktisches Bedürfniss früher hervorgerufen worden sind. Mit der Annahme des Gesetzes wird die Militär-gesetzgebung des deutschen Reiches ihr Ende erreicht haben. Ich empfehle es Ihrer Prüfung. (Bravo!)

Abgeordneter Richter (Hagen): Meine Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf umfasst eigentlich vier Gesetze verschiedenen Inhalts, ein Rekrutirungsgesetz, ein Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Militärpersonen, eine Landwehrrordnung und den Anfang eines Heeresorganisations-Gesetzes. Die verschiedenen Abschnitte des Gesetzentwurfes stehen in so losem Zusammenhange, dass man ohne Schädigung der Sache sie in diesem Hause bei der Verhandlung trennen könnte. Es kann ein Abschnitt an eine Commission verwiesen,

ein anderer Theil im Plenum vorberathen werden, ja es können sogar verschiedene Abschnitte verschiedenen Commissionen zur Vorberathung übergeben werden, ohne dass dadurch die Verhandlung sachlich geschädigt wird. || Der Herr Kriegsminister führte uns dieses Gesetz vor als Ausführung eines Amendements zu Artikel 61 der Reichsverfassung. Auch ich war Mitglied des constituirenden Reichstages und habe für dieses Amendement gestimmt; es ist damals nur mit einer knappen Mehrheit von sechs Stimmen angenommen worden. Ueber die eigentliche Bedeutung dieses Amendements ist damals wenig geredet worden. Die Auffassungen gingen unter der Majorität auseinander; übereinstimmend war man nur der Ansicht, dass ein solches Militär-gesetz bezwecke, diejenigen Materien, die im Artikel 61 angeführt sind und die damals für Norddeutschland durch preussische Gesetze und preussische Verordnungen geregelt wurden, von Reichs wegen zu codificiren. Im Verhältniss zu dieser Auffassung geht der vorliegende Gesetzentwurf theils über den Zweck jenes Amendements hinaus, theils bleibt er hinter dem Zwecke desselben zurück. Er bleibt hinter ihm zurück, insofern er unterlässt, auch die Bestimmungen über Landlieferungen in Friedenszeiten, über Vorspannleistungen, Naturalverpflegung und dergleichen zu ordnen. Gerade diese Verhältnisse bedürften aber höchst dringend einer anderweiten gesetzlichen Regulirung. Dem Vernehmen nach hat der erste Entwurf, den die preussische Regierung aufstellte, auch einen Abschnitt enthalten, welcher diese Verhältnisse regelte. Warum er später aus dem Gesetze entfernt worden ist, weiss ich nicht. Andererseits geht der vorliegende Entwurf über den Zweck des Amendements zu Artikel 61 hinaus, insofern er im ersten Abschnitte auch ein Heeres-Organisations-gesetz enthält. Der Ansicht war man nicht auf allen Seiten, dass das Amendement bezwecken sollte, auch die Heeres-Organisation in dieser Weise auf gesetzliche Grundlage zu stellen; ja, gerade von der conservativen Partei wurde in der Debatte hervorgehoben, dass es technisch seine grossen Bedenken habe, solche Verhältnisse gesetzlich zu fixiren. || Gestatten Sie, dass, bevor ich auf den ersten Abschnitt des Gesetzes zu sprechen komme, ich einige Worte über die folgenden Abschnitte rede, diese mithin in der Reihenfolge meiner Erörterung voranstelle. Wir haben es also zunächst im dritten Abschnitt mit einem Gesetzentwurf zu thun, der die Rechtsverhältnisse der Militärpersonen analog regeln soll, wie das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, welches wir im vorigen Jahre gemacht haben, die Verhältnisse der Beamten. Dass in ähnlicher Weise die Verhältnisse der Militärpersonen einheitlich geregelt werden, ist ganz zweckmässig; hier wird aber für die Militärpersonen auch eine Anzahl ungerechtfertigter Privilegien neu sanctionirt. Gewisse Privilegien liegen ja in der Natur der Sache, entsprechen ja den besonderen Standesverhältnissen; von andern lässt sich dies weniger behaupten. Die Reichsregierung hat bei Ausarbeitung dieses Abschnittes die Beschlüsse des Reichstages sich wenig zur Richtschnur genommen. Ich will dies nur an zwei Punkten nachweisen. || Der norddeutsche Reichstag hat sich in einer Resolution im Jahre 1870 dafür ausgesprochen, dass die

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

besondere Militärgerichtsbarkeit nur für Disciplinarvergehen, für besondere militärische Vergehen beibehalten werden solle. Gleichwohl wird uns angesonnen, im Widerspruch mit dem früheren Beschlusse hier die bestehende Militärgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange neu zu sanctioniren. — Es ist ferner im norddeutschen Reichstag über das Privilegium der Communalsteuer-Freiheit der Officiere ausführlich verhandelt worden. Ein Antrag, diese Steuerfreiheit auf das Dienst Einkommen der Officiere zu beschränken, erhielt nur deshalb nicht die Majorität, weil auch ein solches Privilegium meinen Freunden noch zu weit ging; der Antrag fiel also, weil er von rechts und links bekämpft wurde. Gleichwohl wird uns hier angesonnen, das Privilegium in seinem ganzen Umfange neu legislatorisch zu sanctioniren. Wenn ich recht berichtet bin, hat aber schon im Bundesrath dieser Bestimmung eine Minorität von 24 Stimmen gegenüber gestanden. Der zweite Abschnitt enthält ein Rekrutirungsgesetz, der vierte und fünfte den Anfang einer Landwehrordnung. Meine Herren, wir haben immer verlangt, dass die Ersatzverhältnisse und die Verhältnisse der Mannschaften des Beurlaubtenstandes nicht wie bisher in Preussen lediglich durch Verwaltungsnormen, durch Instructionen geregelt, sondern auf eine feste, gesetzliche Grundlage gestellt werden. Wir haben dies auch verlangt im constituirenden Reichstag und dort ausdrücklich dem Artikel 61 gegenüber das Verlangen eines Rekrutirungs-Gesetzes ausgesprochen. Wir erkennen es auch an, dass diesem Verlangen das vorliegende Gesetz in den Abschnitten II, IV und V entgegenkommt. Indess, meine Herren, wird dieses Verlangen doch hier nur in sehr unvollkommener Weise erfüllt, — wir vermissen die gesetzliche Regelung von Verhältnissen, auf deren Fixirung es uns wesentlich ankommt. Beispielsweise hat der Reichstag nach einer sehr eingehenden Verhandlung über Petitionen sich bereits darüber ausgesprochen, dass das Maass der Bildung, welches zum einjährigen Freiwilligendienst berechtige, durch Gesetz festgestellt werde. Es liegt doch auf der Hand, dass die Regelung dieser Verhältnisse am wenigsten dem einseitigen Belieben der Verwaltung anheimgestellt bleiben dürfte; denn je nachdem das Maass der Bildung höher oder niedriger geschraubt wird, verändert sich das ganze höhere Schulwesen in Deutschland, nimmt die ganze Volksbildung eine verschiedene Richtung. In allen anderen Wehrgesetzen Europa's, die in den letzten Jahren gemacht worden, sind diese Verhältnisse genau gesetzlich geregelt. Die Unvollkommenheiten dieser Abschnitte würden am deutlichsten hervortreten, wenn man diese Abschnitte mit den ähnlichen der Rekrutirungs- und Wehrgesetze vergleicht, die namentlich in Süddeutschland, in Bayern, Württemberg und Baden im Jahre 1868 zu Stande gekommen sind. Sie finden ebenso in dem französischen Gesetze von 1872, in dem österreichischen Gesetz von 1868 genauere Bestimmungen, als hier vorgeschlagen werden; Sie finden daselbst auch gesetzlich bestimmt die Zusammensetzung der Rekrutirungsbehörden; es ist ferner beispielsweise gesetzlich das Mindermaass festgestellt, welches vom Militärdienst befreien soll. Es würde unsere Verhandlungen sehr fördern,

wenn der Herr Präsident die bayerischen, württembergischen und badischen Gesetze des Jahres 1868 zum Abdruck bringen liesse und unter die Mitglieder vertheilte. Wir würden dann am besten sehen, was diesen Abschnitten hier fehlt. Ich habe volles Verständniss dafür, wenn im Bundesrathe gerade von süddeutscher Seite bei Behandlung dieses Gegenstandes hervorgehoben worden ist, wie misslich es sei, dass neben der preussischen Regierung nicht auch andere Regierungen bei der Vorbereitung so grosser organischer Gesetze mehr betheiligt wären. Was der Bundesrath, was die preussische Regierung in der Ausarbeitung dieser Abschnitte versäumt hat, das nachzuholen ist meines Erachtens Aufgabe des Reichstags. || Materiell schliessen sich die Bestimmungen, das muss ich anerkennen, in den meisten Dingen an das bisher im Verwaltungswege fixirte Recht an. Aber nach zwei Seiten muss ich doch schon jetzt auf erhebliche Aenderungen aufmerksam machen: einmal auf die weitere Beschränkung der Auswanderungsfreiheit. Nun, meine Herren, ist es ja richtig, dass durch die Auswanderung uns viele Militärpflichtige verloren gehen. Aber ob man durch Verschärfung der strafgesetzlichen Verbote dem entgegenwirkt, möchte ich doch sehr bezweifeln. Die Gründe für diese Auswanderung liegen tiefer; und indem man gewissermaassen nur auf Symptome loskurirt, läuft man Gefahr, das Uebel nur zu verschlimmern. (Sehr richtig! links.) Auch kann ich nicht umhin, aufmerksam zu machen auf eine wesentliche Veränderung, die Platz greifen soll im Verhältniss der Ersatzreserve. Eine Dienstpflicht der Ersatzreserve I. Klasse ist bisher in einem Gesetze überhaupt nicht ausgesprochen worden. Die Ersatzreserve I. Klasse hat man nur im Wege der Instruction den Controlvorschriften unterworfen. In dieser Instruction aber wird die Ersatzreserve I. Klasse nur für dienstpflchtig erklärt im Falle einer Mobilmachung. Dieses Gesetz aber geht weiter. Die Ersatzreserve I. Klasse soll jetzt dienstpflchtig sein nicht nur im Falle des ausbrechenden Krieges, sondern auch in Friedenszeiten, wenn überhaupt das Heer nach Ansicht der Verwaltung eine Verstärkung nothwendig hat. (Hört! links.) Nun hat schon die Bestimmung in dem Gesetze von 1867 in Bezug auf die Reserven, nach welcher einfach das Bedürfniss der Militärverwaltung zu einer nothwendigen Verstärkung die Reserven zur Einziehung verpflichtet, erhebliche Bedenken im Reichstage gefunden. Noch mehr müssen wir Anstoss nehmen daran, dass der Regierung in Bezug auf die Ersatzreserve eine so weit gehende Befugniss eingeräumt wird. Bedenken Sie doch, dass wir durch eine solche Bestimmung etwa 400,000 junge Leute bis zum Alter von 27 Jahren in ihren bürgerlichen Verhältnissen vollständig der Discretion der Militärbehörde preisgeben. (Hört! hört! links.) || Das Gesetz spricht zwar von I. Klasse und von II. Klasse Ersatzreserven; es sagt aber gar nicht, welche Altersklasse die beiden Klassen von einander scheidet. Es ist im Gegensatz zur Ersatzreserve doch noch ein Unterschied, ob man als Reservist vorübergehend eingezogen wird oder ob Jemand, auf dessen Ausbildung man von vornherein verzichtet hatte, zum Zwecke der militärischen Ausbildung unter Umständen noch für eine Zeit bis zu drei Jahren,

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

bis zu seinem 27. Lebensjahre zu den Fahnen eingezogen werden kann. Ich kann mir ja materiell sehr wohl denken, wie die Regierung zu solchen Bestimmungen gekommen ist. Man hat im letzten Kriege die Erfahrung gemacht, dass die Verluste rascher und in grösserem Umfange eintreten, als sich der Ersatz von Rekruten ausbilden lässt. Hat die Regierung deshalb wirklich die Absicht, das frühere Institut der Landwehr-, der Reserverekruten hier wieder einzuführen, oder etwa nach dem französischen Muster eine *deuxième portion* sich zu reserviren, darüber lässt sich ja reden, darüber können wir verhandeln im Zusammenhange mit der gesammten Dienstpflicht. Nur so nebenbei können so tiefgreifende Aenderungen in diesem Gesetze nicht gemacht werden!

Ich wende mich nunmehr zum ersten Abschnitt, dem wesentlichsten Theile des Gesetzes. Meine Herren, wenn auch in der Verfassung meiner Ansicht nach nicht vorgezeichnet ist, dass in dieser Weise die Heeresorganisation auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werde, so sind wir — meine politischen Freunde und ich — doch bereit, auf diesen Gedanken einzugehen, die Organisation des deutschen Heeres weiter auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, als dies vorgeschrieben ist in der Reichsverfassung und in dem Gesetze von 1867. Meine politischen Freunde haben niemals einen anderen Standpunkt innegehabt. Schon vor 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus haben wir verlangt, dass die Heeresorganisation gesetzlich geregelt werde; sodann auch im constituirenden Reichstage gerade bei dem Artikel 61 der Verfassung haben wir ausdrücklich die Regierung aufgefordert, ein Heeresorganisationsgesetz einzubringen. Wir sind allerdings der Ansicht, dass, so gut wie man eine Kreisordnung, eine Gerichtsorganisation, eine Verwaltungsorganisation auf gesetzliche Grundlage stellen kann, es ebenso zulässig ist, die Heeresorganisation auf gesetzliche Grundlage zu stellen. Wir haben für die Ehre und Machtstellung unseres Landes eben so viel Sinn wie die Regierung. In dieser Beziehung hat der Herr Kriegsminister mit seinem Ausspruche vollständig das Richtige getroffen. Wir verkennen auch nicht, dass unsere Wehrkraft nicht allein beruht auf dem actuellen Friedenszustande der Armee, dass unsere Wehrkraft voraussetzt die Ausbildung der Nation zum Kriege während einer längeren Reihe von Jahren. Wir sind daher geneigt, mit in die Verhandlung zu treten über ein Heeresorganisations-Gesetz. Aber, meine Herren, dieses Heeresorganisations-Gesetz, wie es uns hier vorgezeichnet ist im ersten Abschnitte, passt nur in wenigen Bestimmungen in den Rahmen hinein, in welchem wir uns ein Heeresorganisations-Gesetz denken. Das Gesetz von 1867 drückt es treffend aus, dass das stehende Heer die Bildungsschule der Nation für den Krieg ist. Darum können wir uns kein Heeresorganisations-Gesetz denken, das nur die Friedensorganisation regelt und von der Regelung der Kriegsorganisation völlig Abstand nimmt. Wie viel Cadres für Friedenszeiten nothwendig sind, lässt sich erst beurtheilen, wenn die Cadres für die Kriegsverhältnisse feststehen. Man kann nicht das Mittel gesetzlich fixiren wollen, wenn man andererseits die Gestaltung des Zweckes dem einseitigen

Belieben der Verwaltung überlässt. Und wenn man sagt, es lasse sich die Kriegsformation nicht fixiren aus technischen Gründen, dann will ich darüber hier nicht richten; aber dann trifft dieser Grund noch mehr zu gegen eine Fixirung der Friedensformation. Die Zahl der Cadres, wie sie im § 2 vorgezeichnet ist, bezieht sich ja nicht einmal blos auf die Feldarmee; unsere Friedenscadres sind ja zum Theil auch Cadres für die Ersatztruppen — ich erinnere blos an die fünften Escadrons — und für die Besatzungstruppen — ich erinnere blos an die Festungsartillerie. — Wie kann man nun die Zahl dieser Friedenscadres richtig fixiren, wenn man nicht gleichzeitig die Formation der Ersatztruppen, der Besatzungstruppen u. s. w. regelt?! In dieser Weise ist auch die Regelung in allen Staaten erfolgt; es sind ja in den letzten Jahren viele Wehrgesetze in Europa gemacht worden; immer hat man die Friedenscadres nur festgesetzt im Zusammenhange mit der Kriegsformation. Selbst die Militärverwaltung in Preussen ist, wenn sie Conventionen abschloss, nicht anders verfahren. Es sind Organisationen fixirt in der Convention mit Württemberg und in der Convention mit Hessen; in beiden Conventionen haben Sie sowohl die Friedensformation als die Kriegsformation fixirt. Meine Herren, was würde es auch constitutionell für ein Gewinn sein, die Friedenscadres der Zahl nach zu fixiren, aber die Bildung der Kriegscadres offen zu lassen? Wenn die Regierung kein Bedenken trägt, sich über die im Etat vorgezeichnete Organisation hinwegzusetzen, so würde auch ein solches Gesetz für sie keine Schranke sein, sie würde eine neue Organisation durchführen unter dem Titel, dass es sich um Kriegsformationen handle, bedingt durch besondere politische Verhältnisse. Unter diesem Titel sind ja in Preussen im Jahre 1860 dauernde Friedensorganisationen als Kriegsformationen eingeführt. In der Bildung der Kriegsformation haben wir aber auch darum noch ein vorwiegendes Interesse, weil die Ausfüllung der Kriegscadres viel tiefer eingreift in die bürgerlichen Verhältnisse, als dies hinsichtlich der Friedenscadres der Fall ist. Deshalb hat man auch in Staaten, wo die Friedensformation nicht festgesetzt ist, wie beispielsweise in Oesterreich, die Kriegscadres, der Landwehrformation gesetzlich genau vorgezeichnet. Im preussischen Abgeordneten-hause bestritt der Herr Kriegsminister von Roon die Möglichkeit und die Zweckmässigkeit einer gesetzlichen Fixirung der Friedenscadres; er hat aber zu, dass sich an einer Fixirung der Landwehrformation das bürgerliche Interesse nicht verkennen lasse. Eine solche Regelung entspricht auch der preussischen Tradition. Es gab in Preussen niemals Gesetze über die Fixirung der Friedenscadres, aber wir haben in der preussischen Landwehrordnung vom Jahre 1815 ein wirkliches Landwehrgesetz gehabt, ebenso in der Ergänzungsordnung dazu von 1819. Meine Herren, wir sollen aber hier nicht nur verzichten auf die gesetzliche Formation der Landwehrcadres, sondern es soll auch dem einseitigen Belieben der Verwaltung anheimgestellt werden die Formation des Landsturms. Das ist nicht einmal bisher geltende Norm gewesen. Die Verfassung enthält darüber keine Bestimmung, von wem der Landsturm zu organisiren ist. Die

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874

Organisation des Landsturms ist eine in alle bürgerlichen Verhältnisse so tief eingreifende Maassregel, dass andere Staaten sogar die Aufbietung des Landsturms für die Regel an ein Gesetz knüpfen. Wenn wir die Aufbietung des Landsturms in das kaiserliche Ermessen stellen, so können wir um so weniger darauf verzichten, über die Organisation des Landsturms gesetzliche Grundlagen zu vereinbaren. || Meine Herren! So wenig wir den Gedanken, die Heeresorganisation auf gesetzliche Grundlage zu stellen, an sich ablehnen, so wenig lehnen wir es von vornherein ab, die prima plana bis zu einem bestimmten Umfang auf gesetzliche Grundlage zu stellen. So gut man in einer Kreisordnung bestimmt, dass jeder Kreis einen Landrath haben muss, so gut kann man auch in einem Heeresorganisations-Gesetz sagen, dass jedes Regiment einen Oberst, jedes Bataillon einen Major, jede Kompagnie einen Hauptmann an der Spitze haben muss. Aber, meine Herren, das, was hier von uns verlangt wird, geht doch weit darüber hinaus. Hier sollen wir das gesammte Bureau- und Verwaltungspersonal des Militärs gesetzlich fixiren, dazu das ganze Offiziercorps bis zum letzten Seconde-Lieutenant hinunter. Auf gesetzliche Grundlage stellt man nur Verhältnisse, die nicht der Veränderung unterliegen; hier aber wird uns zugemuthet, das gesammte Personal bis zum Thürsteher des Kriegsministeriums hier nebenan, ja bis zum Nachwächter im Kriegsministerium auf gesetzliche Grundlage zu stellen. So naiv freilich ist die Militärverwaltung, dass sie ihrerseits sich nicht binden will; sie selbst sieht die Wahrscheinlichkeit einer Vermehrung des Personals nach dem wachsenden Bedürfnisse voraus. Darum soll eine Vermehrung des Personals zulässig sein einfach im Wege des Etats; wenn wir aber dem Vorschlag einer solchen Vermehrung gegenüber vielleicht an anderer Stelle diese Vermehrung compensiren wollen durch Verminderung, dann soll dieses Gesetz mit der dazu gehörigen Anlage uns gegenüber eine Schranke sein. Ich glaube, ich würde für das Verständniss der Mehrheit dieses Hauses wenig Sinn haben, wenn ich dem Vorschlage, der Anlage gesetzliche Kraft beizumessen, noch ein weiteres Wort der Kritik widme. (Sehr wahr! links.)

Ich wende mich nunmehr zum Artikel 1, dem Angelpunkt des ganzen Gesetzes. Meine Herren, es ist nicht behauptet worden und wird nicht behauptet werden können, dass dieser Artikel 1 auch durch die Reichsverfassung von 1867 vorgezeichnet worden sei. Aehnliche Bestimmungen wurden ja im constituirenden Reichstage vorgeschlagen, namentlich wiederholt vorgeschlagen von dem Herrn Abgeordneten von Moltke; der Reichstag lehnte aber solche Anträge beständig ab, wengleich es eine Zeit lang schien, als ob durch diese Ablehnungen das Verfassungswerk scheitern würde. Noch weniger kann man das Amendement zu Artikel 61 herbeiziehen; dasselbe rührte von Herrn von Forckenbeck her. Herr von Forckenbeck hat sich allerdings nur ein einziges Mal im constituirenden Reichstage über die Militärfrage ausgesprochen; er hat aber gerade dabei sich nicht nur gegen die Fixirung einer ewigen Friedenspräsenz, sondern überhaupt gegen die Fixirung einer Friedens-

z durch Gesetz erklärt. Er sagte: || „Ich bin überhaupt der Ansicht, dass die Contingentirung der Friedensarmee nach der Friedensziffer nicht ein glücklicher Versuch der Lösung des Widerstreites zwischen den finanziellen, volkswirtschaftlichen und auf der anderen Seite militärischen Bedürfnissen ist.“

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

der Herr Kriegsminister betont, dass im Laufe der Verhandlungen im Reichstagen über die Reorganisation die Contingentirung der Friedensarmee von ihm verlangt sei, so glaube ich, dass er mir einen derartigen Versuch nicht nachweisen kann.“ || In der That widerspricht die Fixirung einer Friedenspräsenz der Natur der Dinge. Man kann doch eine Friedenspräsenz fixiren, ohne eine bestimmte Kriegspräsenz im Sinne zu haben; denn die Kriegspräsenz ist doch nur das Mittel, um eine gewisse Friedenspräsenz herbeizuführen. || Wenn dagegen geltend gemacht wird, es lasse sich die Kriegspräsenz nicht fixiren, so lässt sich die Friedenspräsenz noch weniger fixiren; die Friedenspräsenz ist das Mittel zum Zweck. Es kommt auch in Betracht, dass die Friedenspräsenz des Heeres zwei ganz verschiedene Kategorien enthält: einmal die Zahl der Capitulanten, gewissermaassen der Lehrer, deren Aufgabe es ist, die die Ausbildung besorgen, und zweitens die Zahl derjenigen Mannschaften, die ihrer allgemeinen Dienstpflicht obliegen, die ausgebildet werden. Die erste Ziffer ist veränderlich; die Regierung selbst sagt in den Motiven: Die Zahl der Unteroffiziere und Capitulanten wechsele nach dem Bedürfnisse, könne sie nicht fixiren. Nun, meine Herren, dann kann auch diese Ziffer mit fixirt werden. Es leuchtet ja ein, dass, wenn auch die Friedenspräsenzsziffer insgesamt unverändert bleibt und von den beiden Kategorien eine der Friedenspräsenz sich die eine verändert, dies auch für die Kriegspräsenz eine verändernde Bedeutung hat. Je nachdem sich die eine oder die andere Kategorie, die Zahl der Dienstpflichtigen, vermehrt oder vermindert, gewinnt die gesamtziffer der Friedenspräsenz für die Kriegspräsenz eine grössere oder kleinere Bedeutung. Wenn beispielsweise bisher bei der Friedenspräsenz etwa 4000 manquirende Unteroffiziere ersetzt wurden durch Mehrere von Gemeinen, so ergibt dieselbe Friedenspräsenz für die Kriegspräsenz mehr Mannschaften, als wenn dies demnächst nicht der Fall ist. Dagegen, wie in der vorigen Session geschah, 1000 Gemeine durch neue Capitulanten in der Gestalt von Zahlmeisterspiranten ersetzt werden, vermindert die gesamtziffer der Friedenspräsenz für die Kriegspräsenz auch nicht mehr die Bedeutung. Aber auch die Zahl der einen Kategorie, der gewöhnlichen Dienstpflichtigen, lässt sich für sich nicht fixiren, selbst wenn man von einer bestimmten Kriegspräsenz als Voraussetzung dabei ausgeht. Wenn auch die Dividendus fixirt ist, so gelangt man doch nur dann zu einem festen Divisor, wenn man auch den Divisor fixiren kann. Dieser Divisor aber ist die Lebenszeit des einzelnen Mannes, und diese lässt sich nicht fixiren. Wenn man nun in den Motiven: „wenn wir 5000 Mann weniger Friedenspräsenz haben, so ergibt dies einen Verlust von 20,000 Mann in der Kriegspräsenz“, so ist darin ausser Acht gelassen, dass, wenn der Verminderung um 5000 Mann

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

entsprechend die Dienstzeit vermindert wird, die Verminderung der Friedenspräsenz für die Kriegspräsenz gar keine Bedeutung hat. Die Dienstzeit des einzelnen Mannes ist aber veränderlich schon aus militärischen Gründen, je nachdem grosse Uebungsmanöver statt haben oder nicht, je nachdem das Militär ein Interesse daran hat, gediente Mannschaften länger bei den Fahnen zu haben. Die Dienstzeit verändert sich aber nicht nur aus militärischen Gründen, sie verändert sich auch mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes, beispielsweise je nachdem Arbeitermangel oder Ueberfluss herrscht, je nachdem die Finanzen sich so oder so gestalten. Man kann ja bei der kürzeren Dienstzeit sogar eine grössere Kriegspräsenz erzielen, wenn man das Rekrutencontingent höher greift. Aber auch das Rekrutencontingent ist keine unveränderliche Grösse. Ich gebe vollständig zu, dass, wenn ich von einer bestimmten Kriegspräsenz ausgehe, ich innerhalb der in den Grenzen der allgemeinen Dienstpflicht liegenden Jahre durchschnittlich ein gewisses Rekrutencontingent pro Jahr haben muss; aber wenn ich dies für den Durchschnitt zugebe, so ist damit noch nicht gesagt, dass das Verhältniss der einzelnen Jahre zu einander gleich sein muss; im Gegentheil, je mehr Jahre die allgemeine Dienstpflicht umfasst, aus je mehr Rekrutencontingenten sich die Kriegarmee zusammensetzt, um so mehr Spielraum ist gegeben, im Verhältniss der einzelnen Jahre zu einander das Rekrutencontingent des einzelnen Jahres höher oder geringer zu bemessen. Auch hier entscheiden militärische Bedürfnisse einerseits, beispielsweise die Zahl der Freiwilligen, die sich vor der Aushebung melden, die Zahl der altgedienten Mannschaften, die man bei den Fahnen behält, und auf der anderen Seite finanzielle und volkswirthschaftliche Gründe. || Das ist nicht abstracte Mathematik, die ich hier vortrage, sondern die Summe der Erfahrungen, die wir in Preussen mit dem System der allgemeinen Wehrpflicht seit sechzig Jahren gemacht haben. In Preussen ist stets die dreijährige Dienstzeit Gesetz gewesen, aber sie ist thatsächlich niemals innegehalten worden. Die Dienstzeit hat fortwährend geschwankt; sie hat bei den Specialwaffen geschwankt: sie hat bei der Infanterie zuerst drei, dann zwei, dann zwei und ein halb Jahre gedauert; sie ist selbst, als von 1859 an auf die dreijährige Dienstzeit im Princip das höchste Gewicht gelegt wurde, doch thatsächlich veränderlich gewesen und zwar zunächst durch den Zwischenraum, der stets eintrat zwischen der Entlassung der Reservisten und der Einstellung der Rekruten. Die Reservisten sind früher oder später entlassen worden, je nach dem Ende der Manöver; sie sind entlassen am 15. September, am 1. September, ja im Jahre 1867 am 31. Juli; die Rekruten sind bei der Infanterie eingestellt worden in den Jahren 1864 und 1865 am 1. Januar, im Jahre 1863 am 15. Februar; sie sind eingestellt worden im Jahre 1867 im November, im folgenden Jahre am 15. November; man hat die Grenze im Jahre 1872 auf den 27. November gerückt, in diesem Jahre sogar auf den 5. Dezember. Es hat also die Dienstzeit fortwährend

gewechselt, und zwar gewechselt nach dem militärischen Bedürfniss einerseits und mit Rücksicht auf die Finanzlage andererseits. Sie hat aber nicht bloss generell gewechselt, sondern auch bei den einzelnen Mannschaften. Die Zahl derjenigen Mannschaften, welche nach Ablauf des zweiten Jahres zur Disposition beurlaubt wurden, ist eine ganz verschiedene gewesen. Wie wir aus den Motiven wissen, wird jetzt noch bei der Infanterie der vierte Theil der Mannschaften noch vor Beendigung des zweiten Jahres zur Disposition beurlaubt. Bei den Specialwaffen haben Wintermanquements bald in grösserem, bald in geringerem Umfange stattgefunden; auch in den Jahren 1868 bis 1870 fanden sie statt bei der Artillerie, Cavallerie und bei den Jägern; sie sind nach 1870 eine Zeit lang ausser Acht gelassen, dann aber 1872 und 1873 wieder eingetreten. || Ebenso wie die Dienstzeit hat das Rekrutencontingent im Verhältniss der einzelnen Jahre in Preussen fortwährend gewechselt. Wir besitzen ja über die preussische Zeit eine genaue Statistik. In Preussen hat zwischen 1830 und 1859, also bis zur Einführung der Organisation, das Rekrutencontingent zwischen 35 und 50,000 Mann geschwankt, geschwankt nicht etwa im Verhältniss der einzelnen Jahrzehnte zu einander, sondern auch im Verhältniss der einzelnen Jahre zu einander und zwar je nach den wechselnden militärischen Bedürfnissen. Waren Kriegsrüstungen bevorstehend, so wurden mehr Rekruten eingestellt; hatte man umgekehrt viel Mannschaften aus früheren Aushebungen zur Hand, so stellte man weniger ein; man nahm auch Rücksicht auf den Arbeiterbedarf, der im Lande herrschte. Meine Herren, die Motive wollen uns glauben machen, in Preussen hätte immer eine gleichmässige Präsenz bestanden und zwar immer über ein Procent der Bevölkerung. Meine Herren, diese Notiz ist relativ falsch, wie überhaupt viele Zahlen in den Motiven. Man hat sich die beiden Jahre 1816 und 1861 willkürlich herausgesucht: 1816, das Uebergangsjahr aus dem Kriegszustande in den Friedenszustand, und 1861, das Uebergangsjahr aus der Kriegsformation nach dem italienischen Kriege zur neueren Armeeorganisation. Wenn Sie aber die dazwischen liegenden Jahre auch in Betracht ziehen, so kommen Sie zu ganz anderen Resultaten. Die Präsenz in der Armee wurde schon in den Jahren 1816 bis 1820 auf 114,000 Mann herabgesetzt; in dieser Ziffer steckt noch ein grosses Invalidencorps, stecken viele Tausend Halbinvaliden und Gendarmen. Die Ziffer blieb dann bis 1830 auf 114 bis 117,000 Mann stehen, hob sich dann auf 130,000 Mann, vorübergehend auf 150,000 Mann während der Unruhen in Frankreich, blieb dann aber stehen bis 1848 zwischen 136 und 137,000 Mann, sank also fortwährend herab im Verhältniss zur Bevölkerung bis auf $\frac{3}{4}$ Procent im Jahre 1849. Dann stieg die Präsenz bis 1859 langsam auf 150,000 Mann, im Verhältniss zur Bevölkerung bis auf 0,85 Procent. Wie in Preussen, hat auch im norddeutschen Bunde und im deutschen Reiche die Friedenspräsenzstärke, obgleich sie gesetzlich festgestellt war, doch thatsächlich fortwährend geschwankt. || Ich habe auseinandergesetzt, wie die Dienstzeit veränderlich gewesen ist. Ich könnte ebenso ausführen, dass das

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

Rekrutencontingent bei den einzelnen Infanteriebataillonen trotz der gleichbleibenden Präsenz in den Jahren 1868 bis 1870 zwischen 160 bis 180 Mann jährlich geschwankt hat. Meine Herren, es fehlt uns ja leider über die tatsächliche Friedenspräsenz an einer Statistik. Herr von Forckenbeck hat einmal als Mitglied der Budgetcommission eine Statistik verlangt für 1868 und 1869; sie wurde uns gegeben, enthielt aber nur die Mannschaftsziffern am Schluss der acht Quartale der Jahre 1868 und 1869 für das preussische Heer. Gleichwohl ersahen wir aus dieser Statistik, dass im Jahre 1868 die Stärke des preussischen Heeres geschwankt hat zwischen 187 und 270,000 Mann. Wenn man aus diesen vier Quartalen eine Durchschnittsberechnung macht und diesen Durchschnitt vergleicht mit der etatsmässigen Präsenz, so ergibt sich, dass das preussische Contingent im Jahre 1868 durchschnittlich nur 86 Prozent betragen hat von der etatsmässigen gesetzlichen Friedensziffer und 1869 nur 90 Prozent. Man hat eben Rücksicht genommen auf die Finanzlage und auf die wirthschaftlichen Verhältnisse. Das Pauschquantum ist es gewesen, was die Militärverwaltung gezwungen hat, diese Rücksichten zu nehmen; man hat die Theuerung von 1868, die Missernten für die Armeeverwaltung zum Theil übertragen durch die Ersparnisse in der Präsenz — Ersparnisse, sowohl im Etat vorgesehen, als gegen den Etat thatsächlich durchgeführt. ¶ Nun, meine Herren, es mag eigenthümlich erscheinen, dass ich hier gewissermassen als Lobredner des Pauschquantums auftrete; aber das sage ich Ihnen offen heraus: lieber noch zehn Jahre Pauschquantum als zwei Jahre eine solche eiserne Friedenspräsenz, wie sie hier vorgeschlagen ist. Meine Herren, das Pauschquantum nöthigte die Regierung, Rücksicht zu nehmen nicht blos auf die Bedürfnisse der militärischen Technik, sondern auch auf die wechselnden Preise, auf die wirthschaftlichen Verhältnisse im Lande und auf andere Factoren, die mitconcurriren müssen. Das ist ja der ganze Sinn dieser Bestimmung: die Militärverwaltung will jetzt auch von den Schranken loskommen, welche das Pauschquantum auferlegt. Wir haben allerdings gesetzlich im Jahre 1868 eine so hohe Ziffer festgestellt, aber festgestellt in Verbindung mit der Beschränkung des Militäraufwandes für den einzelnen Mann, und weil die Summe von 225 Thalern knapp gegriffen war für den einzelnen Mann, corrigirte sie thatsächlich die andere hohe Ziffer, und dies zwang die Regierung, von der hohen Präsenzziffer Abstand zu nehmen. Wir haben damals die Friedenspräsenzstärke nur unter der Voraussetzung genehmigt, dass man mit 225 Thalern pro Mann auskommen könnte; jetzt sollen wir die Friedenspräsenzstärke bewilligen ohne Rücksicht darauf, ob man mit einem solchen Aufwand für den einzelnen Mann auskommen kann oder nicht. Früher wurde uns nur verboten, im Etat zu subtrahiren, — jetzt sollen wir noch dazu die Verpflichtung übernehmen, zu addiren oder zu multipliciren. Die Militärverwaltung will sich von allen Rücksichten auf die wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse emancipiren; sie will sich gewissermassen von dem bürgerlichen Getriebe mit diesem Artikel auf eine feste Citadelle

zurückziehen, von der sie hoch erhaben hinunterschauen kann darauf, ob im Lande die Preise fallen oder steigen, ob die Ernte geräth oder missträth; sie will sich nur technisch-militärische Rücksichten auferlegen, im Uebrigen auf ihrer Burg hoch erhaben sein über alle Noth und Sorgen, welche auf andere Kreise im Volks- und Staatsleben bestimmend einwirken. || Meine Herren! Ich kann nicht im Ernste annehmen, dass die Regierung wirklich eine solche Friedenspräsenzstärke auf die Dauer verlangt; ich glaube, dass die Regierung die Stimmung des Hauses ebenso gut kennt wie Jeder von uns, und dass sie sich auch, bevor sie diesen Gesetzentwurf einbrachte, daraus kein Hehl machte, dass der Artikel in der Fassung, wie er hier vorliegt, auch nicht fünfzig Stimmen im Hause für sich gewinnen werde. — (Oho! rechts.) Sie sind schon sämmtlich mit eingerechnet. — (Grosse Heiterkeit.) Aber, meine Herren, man erzählt ja von klugen Kaufleuten, die, die Neigungen gewisser Hausfrauen, abzuhandeln, kennend, im Preise mehr vorschlagen, als sie eigentlich haben wollen. Man sagt auch, dass die Hausfrauen dabei ihren Neigungen genügen können und dass die Händler dabei oft noch mehr erlangen, als sie wirklich erlangen würden, wenn es feste Preise für sie gäbe. Warum sollte der Herr Kriegsminister nicht auch uns gegenüber ein ausgezeichneter Taktiker sein? warum sollte er nicht also rechnen: wenn es auch nicht angeht, für die Dauer eine solche Friedenspräsenzstärke zu verlangen, so will ich es doch einmal versuchen — vielleicht genehmigt man dann um so eher, wenn auch nicht für zehn Jahre, so doch für drei, vielleicht für fünf Jahre eine solche Friedenspräsenz. || Meine Herren, wenn eine solche Gefahr wirklich bestehen sollte, dass das Haus auch nur für einige Jahre auf eine solche gesetzliche Regelung der Ziffer eingehen könnte, so gestatten Sie mir, darauf aufmerksam zu machen, dass keine Jahre weniger geeignet sind, eine solche gesetzliche Fixirung zu vertragen, als die gerade vor uns liegenden. Wir befinden uns in Verhältnissen des Ueberganges nach allen Richtungen. Wir haben einen grossen, schweren Krieg hinter uns; sowohl seine guten wie bösen Folgen haben die Verhältnisse von Production und Consumtion verschoben; die Volkswirtschaft ist gewissermassen aus den bisherigen Geleisen gekommen, sie ist in ein geordnetes, dauerndes, festes Geleise noch nicht wieder eingelenkt. Dasselbe gilt sowohl von den Verhältnissen des Arbeitsmarktes als von den finanziellen. Keine Zeit ist weniger dazu angethan, von vornherein dem Kriegsminister eine feste Anweisung auf 400,000 Mann zu geben, als die zunächst vor uns liegenden Jahre. Der preussische Finanzminister hat uns einmal sehr richtig auseinandergesetzt, aus welchen Ursachen die Arbeiternoth im Lande entstanden ist, einerseits durch die Verminderung des Angebotes in Folge des Verlustes durch den Krieg, andererseits durch die gesteigerte Nachfrage, namentlich auch gesteigert durch das grosse Retablissement des Heeres nach dem Kriege und durch das grosse Retablissement der Eisenbahnen. Gerade die Militärverwaltung ruft ja für ihre Bedürfnisse eine sehr starke Arbeiternachfrage her-

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

vor. Das Retablissement ist noch nicht beendet; grosse Festungsbauten erwarten uns während zehn Jahre; grosse Marineanlagen, grosse Eisenbahnbauten sind in Angriff genommen und wesentlich in Angriff genommen aus militärischen Rücksichten. Noch in keinem Jahre sind aus den Reihen der Landwirtschaft die Rufe nach Verminderung des Heeres, nach Beurlaubung während der Erntezeit, nach Verkürzung der Zeit zwischen der Reserventlassung und der Rekruteneinstellung so dringend erhoben worden, und auch von conservativen Landwirthen erhoben worden. || Meine Herren, ich bin nicht der Ansicht, dass die einzelnen jetzt in der Volkswirtschaft hervorgetretenen Missstände durch den Staat zu beseitigen sind; aber, meine Herren, ich verlange allerdings, dass die Staatsverwaltung ihre Anforderungen nicht bloß nach dem eigenen Bedürfnisse abmisst, sondern Rücksicht nimmt auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande. (Hört!) || In finanzieller Beziehung sind noch weniger die Verhältnisse dazu angethan, in den nächsten Jahren eine solche feste Ziffer zu ertragen. Meine Herren, es handelt sich hier nicht etwa darum, dieselbe Präsenz, die wir thatsächlich schon gehabt haben, durchzuführen, sondern es handelt sich darum, gegen die bisherige thatsächliche Präsenz eine höhere Präsenz zu fixiren. Es handelt sich bei dieser Präsenz nicht bloß darum, denselben Aufwand festzusetzen, sondern für jeden einzelnen Mann eine höhere Summe zu gewähren. Nun, meine Herren, ist das deutsche Reich noch so neu, sind die Grundlagen unseres Haushaltes durchaus noch nicht so consolidirt. Wir haben bisher manche Ausgaben aus ausserordentlichen Zuwendungen und der Kriegsentschädigung bestritten; die Einnahmen sind ausserordentlich hoch gewesen in diesen Jahren, weil ausserordentliche Verhältnisse sie emporschnellten; dem Aufschwung, den der Unternehmungsgeist genommen hat nach gewonnenem Frieden, ist bereits ein Rückschlag gefolgt. Ob wir die Höhe der Krisis schon überschritten haben, weiss ich nicht. || Meine Herren, ich sehe in diesen Beziehungen durchaus nicht schwarz, ich sage nur, die Grundlagen, auf welche wir unsere Beschlüsse basiren müssen, werden niemals wieder so schwankend sein, als gerade in den vor uns liegenden Jahren. Die Militärverwaltung hat es auch selbst gefühlt, sie hat das Bedürfniss empfunden, dem Bundesrathe einen Anschlag zugehen zu lassen, wie hoch sich die Kosten stellen werden nach Annahme des Militärgesetzes im Jahre 1875. Der Anschlag ist uns noch nicht mitgetheilt worden, vielleicht um uns nicht ängstlich zu machen; wir haben ihn aber durch die officiöse Presse in den Hauptziffern erfahren. Meine Herren, mich haben diese Ziffern keineswegs beruhigt. Wir ersehen daraus, dass der Militäraufwand im Jahre 1875 eine Steigerung erfahren soll von rund — ich nenne bloß rund die Millionen, es kommt ja auf einige hunderttausend Thaler mehr oder weniger nicht an — eine Steigerung von vierzehn Millionen Thalern. Woher diese Summe nehmen? Unter den vierzehn Millionen Thalern sind allein vier Millionen, weil solche Ersparungen an der Präsenz wegfallen sollen, die wir bisher gemacht haben. Woher wollen wir nun das Geld nehmen?

Die Thronrede sagt, das Jahr 1873 werde einen namhaften Ueberschuss ergeben. Gewiss! wenn ich mir die Zahlen zusammenstelle, wie wir sie aus den amtlichen Mittheilungen kennen, so komme ich zu dem Resultat, dass das Jahr 1873 wohl gegen den Etat einen Ueberschuss von 20 Millionen Thalern ergibt: vielleicht ist diese Ziffer eher zu hoch, als zu niedrig gegriffen. Von diesen 20 Millionen Thalern haben wir bereits 10 Millionen mit Beschlag belegt durch einen Nachtragsetat der letzten Session — Unteroffiziergehalts-Erhöhung, Servis etc.; dafür hatten wir sonst keine Deckung. Es sind also noch verfügbar 10 Millionen. Aber auch diese 10 Millionen sind nicht verfügbar für neue Ausgaben pro 1875. Das Jahr 1874 setzte zu seiner Bilanzirung bereits einen Ueberschuss aus dem Vorjahre voraus und zwar von 13 Millionen Thalern. Wenn daher jetzt der Ueberschuss, den wir aus dem Jahre 1873 auf das Jahr 1875 herübernehmen, nur 10 Millionen beträgt, so fehlen drei Millionen, um nur die Bilanz des Jahres 1874 aufrecht erhalten zu können. Es kommt also zu einem Deficit von 17 Millionen. || Wir haben nun wieder im vorigen Jahre den Marineetat besonders niedrig bemessen können, — die Herren aus der Budgetcommission kennen die Details, — weil noch Bestände zu verzehren waren. Diese Bestände sind aufgebraucht. Nach dem Plane der Marineverwaltung wächst der Marineetat pro 1875 um $1\frac{2}{3}$ Millionen Thaler im Ordinarium. Nach dem Plane der Verwaltung sollen wir im Jahre 1875 im Extraordinarium für die Marine 14 Millionen Thaler bewilligen; im Vorjahre haben wir bloß 4 Millionen Thaler aus den ordentlichen Mitteln dazu gegeben, wir haben das übrige aus der Kriegsentschädigung genommen. Diese Quelle ist erschöpft, die Kriegsentschädigung giebt nichts mehr für das Extraordinarium. Wir haben allerdings das Mittel einer Anleihe; aber eine Anleihe kostet doch wenigstens Zinsen. Wir haben im vorigen Jahre uns auf einen Plan eingelassen zur Erweiterung des Telegraphennetzes, der bis zum Jahre 1876 vier Millionen Thaler erfordert. Die eine Million, die im vorigen Jahre davon erforderlich war, konnten wir vorweg nehmen aus den Ueberschüssen des Jahres 1873. Nun fehlt uns auch hierzu das Geld. Ich glaube nicht Unrecht zu haben, wenn ich sage, wir müssen — unter der Voraussetzung, dass das Militär-gesetz angenommen wird — pro 1875 ein neues Deckungsbedürfniss in der Höhe von 20 Millionen Thalern befriedigen. || Wie viel haben wir nun andererseits an Einnahmen mehr zu erwarten? Wenn ich die bisherige Methode des Voranschlags festhalte und den Durchschnitt der drei letzten Jahre 1871, 1872 und 1873 für die Einnahme zu Grunde lege, so komme ich auf eine höhere Einnahme im Betrage von etwa 5 Millionen Thalern. Ich weiss wohl, dass, wenn man die wirklichen Einnahmen des Jahres 1873 zu Grunde legt, wir etwa 12 Millionen Thaler mehr bekommen. Aber, meine Herren, das wäre eine bloße Rechnungsoperation. Damit entlasten wir zwar das Jahr 1875, schieben aber das Deficit durch einen geringeren Ueberschuss auf das Jahr 1877. Es wäre aber besonders bedenklich, die Einnahme des Jahres 1873 in dieser

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

Weise zu Grunde zu legen. Meine Herren, das Jahr 1873 ergibt zwar im Ganzen grosse Ueberschüsse gegen das Jahr 1872; aber diese Ueberschüsse haben aufgehört mit der Mitte des Jahres 1873; seitdem sind die Einnahmen gegen das Vorjahr zurückgegangen. Ich zweifle, ob wir auf das Jahr 1874 noch so viel an Steuercrediten hinübergewonnen haben, als wir auf das Jahr 1873 von dem Jahre 1872 übernommen hatten. Bedenken Sie doch das Missrathen der Kaffeeernte, den Ausfall an Kaffe Zoll, der ja in den Zolleinnahmen eine grosse Rolle spielt, den Wegfall des Roheisenzolles, die Erniedrigung des Packet- und Geldportotarifs in der Postverwaltung, und Sie werden mir zugeben, dass wir den Einnahmetat gerade für das Jahr 1875 am wenigsten hoch spannen dürfen. Haben wir aber auch 5 Millionen mehr Deckung, so bleibt doch eine dem erhöhten Militäraufwand entsprechende Summe von 14 Millionen im Jahre 1875 ungedeckt. Das Jahr 1876 wird diese Summe noch erhöhen. Nach den Mittheilungen, die dem Bundesrathe geworden sind, soll dann der Militäretat wiederum durch Verminderung der Ersparnisse in der Präsenz um zwei Millionen wachsen. Es ist nur guter Wille, dass man darauf erst im Jahre 1876 Anspruch macht. Nach diesem Militär-gesetz könnte die Regierung schon auf der vollen Präsenz pro 1875 bestehen. || Der Militäraufwand wird aber auch weiterhin wachsen. Es ist ja in den Mittheilungen an den Bundesrath angedeutet, dass andere Factoren, die wir noch gar nicht übersehen könnten, einen erhöhten Militäraufwand herbeiführen werden. In der That, meine Herren, kann die Kriegsverwaltung selbst kaum wissen, wie hoch der Aufwand sich stellen wird, eben darum nicht, weil bisher aus vielen Crediten neben einander gewirthschaftet worden ist, weil viele ausserordentliche Credite nebenher gelaufen sind, die sich demnächst erschöpfen. Und diese Ausgaben fallen dann alle dem laufenden Haushalt zur Last. || Wenn ich auch annehme, dass eine weitere Erhöhung des Aufwandes in der Folge der Jahre durch eine fortgesetzte Einnahmesteigerung aus den Zöllen und Verbrauchssteuern gedeckt wird, so bleibt immer noch ein Deficit von 14 Millionen Thalern bestehen. Wie wollen wir das decken? Hat der Herr Präsident des Reichskanzler-Amtes ebenso eingehend sich schon seinen Finanzplan gemacht, wie der Herr Kriegsminister seinen Militäretat aufgestellt hat? Sind Sie etwa gewillt, das Bouquet von Steuerprojecten aus dem Jahre 1869 wieder hervorzuholen? Haben Sie nicht im vorigen Jahre gesehen, welche Schwierigkeit die Erhöhung der Tabaksteuer hat, selbst wenn es sich darum handelt, auf der anderen Seite eine so verhasste Steuer wie die Salzsteuer aufzuheben? Nun, über die Einträglichkeit einer Börsensteuer werden auch die Herren auf der rechten Seite jetzt weniger Illusion haben als vor einigen Jahren. Eine Erhöhung der Branntweinsteuer würde selbst die conservative Partei nicht zulassen. Was bleibt nun anderes übrig als die Erhöhung der Matrikularbeiträge, derjenigen Einnahmequelle, über deren besonders unverhältnissmässige Vertheilung wir alle einig sind? Die Regierung hat es leider versäumt, in der Zeit der Fluth die Matrikularbeiträge durch

directe Reichssteuern zu ersetzen. Die Einzelstaaten sind nun aber nicht in der Lage, die Erhöhung der Matrikularbeiträge so leicht hinzunehmen; es wird ihnen eine Erhöhung angesonnen, die das Doppelte von dem wieder hinwegnimmt, was die Einzelstaaten vielleicht an Zins gewinnen von den Zuwendungen aus der französischen Kriegsentschädigung. Die Matrikularbeiträge würden für die norddeutschen Staaten auf eine Höhe geschraubt werden, welche hinausgeht über die Höhe jener Matrikularbeiträge, welche bis zum Jahre 1870 bestanden hat. || Die Einzelstaaten haben inzwischen sehr wesentliche Erhöhungen im Ausgabeetat vorgenommen; wir haben uns allerdings nicht gerade milliardenmässig eingerichtet, aber wir sind doch gezwungen gewesen, Manches nachzuholen zur Befriedigung von Culturbedürfnissen, welchen zu genügen man durch den hohen Militäretat in den Vorjahren ausser Stande war. Nun sind in Preussen und in einzelnen Staaten die Staatssteuern nicht gerade sehr drückend; aber desto höher sind die Communalsteuern geworden, und eben deswegen können die Staatssteuern nicht mehr erhöht werden. Im Gegentheil, der Ruf wird immer dringlicher und unabweislicher, dass gewisse Staatssteuern den Communen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse überlassen werden möchten. Ausserdem befinden sich unsere grösseren deutschen Staaten in einer nicht zu unterschätzenden Krisis wegen der Eisenbahnen. Das Staatseisenbahnnetz ist sehr erweitert worden, namentlich auch aus militärischen Interessen. Die Staatseisenbahnen sind bezüglich ihrer Rentabilität sehr im Rückgange; selbst eine Erhöhung der Tarife, die sehr unangenehm im Volke empfunden werden würde, könnte diese Krisis wohl mildern, aber nicht beseitigen. Eine sehr grosse Zahl von wenig rentablen Bahnen ist noch erst im Bau begriffen. Aus diesen Gründen wird, wenn wir so kolossale feste Verpflichtungen auf mehrere Jahre hinaus in dem vorliegenden Gesetz eingehen, — ich will nicht sagen, die finanzielle Ordnung des Reichshaushaltes und der Einzelstaaten preisgeben, aber doch in hohem Masse geschädigt. || Nun, meine Herren, es steht schon in dem alten Programm meiner Partei vom Jahre 1861: wenn es sich darum handelt, die Ehre und Machtstellung des Vaterlandes zu sichern, so scheuen wir vor keinem Opfer. Sind wir aber jetzt in der Lage, wie Preussen in dem Jahre 1813, dass wir nur eine, die militärische, Rücksicht kennen müssen, dass es auf die übrigen wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse durchaus nicht ankommt, dass es nicht auf die Nachhaltigkeit unserer finanziellen Kräfte ankommt, sondern dass in einem gegebenen Augenblicke die höchste Kraft entfaltet werden müsste aus militärischen Rücksichten? Meine Herren, diese Verhältnisse liegen nicht vor! Die gegenwärtigen Verhältnisse sind auch nicht so, wie während des italienischen Krieges in Preussen; sie lassen sich auch nicht vergleichen mit der kritischen Lage des norddeutschen Bundes in den Jahren zwischen 1867 und 1870, noch weniger mit der kritischen Periode zur Zeit, als der constituirende norddeutsche Reichstag hier versammelt war. Meine Herren, Deutschland, eben hervorgegangen aus einem grossen siegreichen Kriege, steht jetzt fester und stärker da, als jemals; eine einheitliche Heeres-

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

organisation umspannt die Landschaften im Norden und Süden, im Westen und Osten. Man sagt, unsere Nachbarn gehen darauf aus, ihre Wehrkraft zu verbessern. Meine Herren, dass besiegte Nationen die Ursache ihrer Niederlage zu beseitigen streben, hat sich immer in der Geschichte gezeigt. Es sei fern von uns, auf die Versicherungen der Friedensliebe unserer Nachbarn uns allzusehr zu verlassen! Wir sind die letzten, das Geld zu verweigern, wenn es sich darum handelt, Lücken in der Armeeverfassung auszufüllen, Mängel zu beseitigen, welche sich während des Krieges herausgestellt haben. Ich für meine Person habe nichts dawider, dass man z. B. die Zahl der Batterien auf 300 erhöht hat; wir haben nicht gemurrt, als man von uns über 100 Millionen Credit verlangte für Festungsbauten; wir haben ebenso wenig Opposition gemacht, als man Dutzende von Millionen für die Herstellung besserer Waffen verlangte; ebenso wenig widersetzen wir uns, wenn man unsere Vertheidigungskraft zur See verbessern will. Aber, meine Herren, wir wollen uns doch nicht schwächer stellen, als wir sind, wir wollen nicht drohen, nicht prahlen. Im Zusammenhang dieser Rede kann Niemand dergleichen erkennen; aber, meine Herren, liegen denn die Verhältnisse so, wie sie in den Motiven darzustellen versucht werden? Haben wir für unsere Wehrkraft keine andere Grundlage als die vorzügliche Verwaltung des Kriegsministeriums? ist es wahr, dass selbst diese vorzügliche Verwaltung nichts ausrichten könne, wenn man etwa darauf ausgehen wollte, die Friedenspräsenzstärke auch nur um 5000 zu vermindern, also die Verwaltung zu einer Reduction zu nöthigen, die nicht einmal so weit geht als die Reduktionen, denen die Verwaltung sich in den letzten Jahren selbst freiwillig unterworfen hat? Meine Herren, gerade wenn man die Stärke eines Landes nach der Kopfzahl des Heeres im Kriege berechnen wollte, würden wir am allerwenigsten ängstlich zu sein Ursache haben. Zu Ende des Jahres 1870, zur Zeit der Capitulation von Paris, hat Deutschland mit 1,350,000 Mann in den Waffen gestanden. Handelt es sich etwa um eine Verminderung dieser Zahl? Nein, meine Herren, die Zahl wächst von selbst fortwährend schon dadurch, dass die einheitliche Organisation von Jahr zu Jahr älter wird. Wir wissen aus der amtlichen Statistik ganz genau, dass im letzten Kriege die alten preussischen Provinzen 830,000 Mann gestellt haben, obgleich sie nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Ist daher erst in ganz Norddeutschland und in Süddeutschland die Heeresorganisation so alt wie 1870 in den alten Provinzen Preussens — und der Zeitpunkt ist in den nächsten Jahren bereits eingetreten — so kann Deutschland volle 1,700,000 Mann zum Kriege stellen. Dazu war damals in den alten preussischen Provinzen die Heeresorganisation noch nicht vollständig durchgeführt, man musste zurückgreifen über das 32. Jahr hinaus auf höhere Altersklassen. Jetzt ist die Organisation vollständig durchgeführt in dem Masse, dass diese älteren Klassen disponibel werden für den Landsturm. Als zweites Aufgebot steht uns noch ein Landsturm von 6 bis 800,000 zur Verfügung, der Hunderttausende von Ersatzreservisten nicht zu gedenken. Meine Herren, ich erwähne den Landsturm

deshalb, weil es in den Motiven heisst, Frankreich habe eine zwanzigjährige Dienstzeit. Meine Herren, ebenso gut können wir sagen, Deutschland hat eine 22jährige Dienstzeit. Wir thun unserem Landstürme eher zu wenig als zuviel Ehre an, wenn wir ihn mit der Reserve der französischen Territorialarmee auf eine Linie stellen. Die Territorialarmee ist einstweilen noch ein Problem, von dem, wenn es gelöst wird, es fraglich ist, ob es nicht zur Folge hat die Organisation des Bürgerkrieges in dem von Parteileidenschaften durchwühlten Lande. Nun zeigt man auf die Friedens-Präsenzstärke Frankreichs! Meine Herren, wo hat Frankreich jemals eine Friedens-Präsenzstärke gesetzlich festgestellt? Zeigen Sie mir doch überhaupt ein cultivirtes Land in Europa, wo einem Parlament auch nur angesonnen worden ist, eine Friedens-Präsenzstärke gesetzlich festzustellen? (Hört!) || Das, meine Herren, würde sich selbst in Frankreich die dem Marschall-Präsidenten ergebene Majorität nicht gefallen lassen! Das französische Heeresgesetz von 1873 enthielt im Entwurf der Regierung die Bestimmung, „dass das Effectiv der französischen Armee durch das jährliche Budget festzustellen sei.“ So ist es auch Gesetz und Recht im ganzen civilisirten Europa. Ueberall sind neuerlich Wehrgesetze gemacht worden; es giebt aber kein Land in Europa, wo die Präsenzstärke anders festgestellt wird als durch das jährliche Budget, und ausser dem Budget wird sogar das jährliche Rekrutencontingent durch ein von Jahr zu Jahr mit der Volksvertretung besonders zu vereinbarendes Gesetz festgestellt. So ist es Recht in Oesterreich, so ist es Recht in Italien, so ist es Recht in Frankreich. || Nun weisen Sie uns hin auf die thatsächliche französische Friedens-Präsenzstärke. Meine Herren, wenn die französische Friedens-Präsenzstärke thatsächlich grösser wäre, wäre das so gefährlich? Muss sie nicht da grösser sein, weil die Dienstzeit für den einzelnen Mann grösser ist, und weil ausserdem Frankreich das nachzuholen hat, was es an schwächeren Aushebungen während so vieler Jahre vorher versäumt hat? In der That ist aber die französische Friedenspräsenz nicht stärker, sondern schwächer, als unsere. Die Zahl, die uns hier angegeben wird, ist relativ falsch, falsch wie so viele Zahlen in den Motiven. Ich habe aus dem „Preussischen Staats-Anzeiger“ die Friedens-Präsenzstärke des französischen Heeres nach dem Budget von 1875, auf welches es hier ankommt, genommen. Da heisst es: die Friedens-Präsenzstärke beträgt 442,000 Mann — die Offiziere natürlich in beiden Fällen nicht eingerechnet. Diese 442,000 Mann sind nicht zu vergleichen mit unseren 401,000 Mann. In der französischen Präsenzstärke steckt die gesamte Gendarmerie des Landes, steckt die gesamte Schutzmannschaft, stecken sämtliche Handwerker-Abtheilungen, steckt das gesamte Invalidenpersonal, stecken Verwaltungstruppen aller Art: kurz alles, was aus dem Militäretat überhaupt ernährt wird. Wenn auch wir das alles berechnen wollten, so würden wir zu ganz anderen Ziffern kommen. Wollen wir eine richtige Grundlage zum Vergleich haben, so vergleichen Sie, was an Infanterie, Artillerie, Cavallerie und Pionieren die Friedens-Präsenzstärke beträgt: dann

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

kommen Sie nach dem französischen Budget pro 1875 zu der Ziffer von 380,000 Mann und nach unserem auf 395,000 Mann. Die Cavallerie namentlich ist in Frankreich erheblich schwächer. Indessen, meine Herren, dabei kommt noch in Betracht, dass in der französischen Ziffer ja eine viel grössere Zahl von Capitulanten steckt; Capitulanten aber sind nicht in dem Masse für die Kriegspräsenz wichtig wie Dienstpflichtige. Will man wirklich Ziffern vergleichen, so kann man es nur mit den jährlichen Rekruten. Nun hat unser Rekrutencontingent im letzten Herbst circa 128,000 Mann betragen, während das zuletzt in Frankreich festgesetzte 105,000 Mann betrug; ja, wenn wir den militärischen Correspondenten von dort glauben sollten, so haben nur 90,000 Mann in Frankreich wirklich eingestellt werden können. || Meine Herren, ich habe ja wenig Anspruch darauf, mit diesen thatsächlichen Ausführungen vor Ihnen besonders als Autorität zu erscheinen. Aber wenn Sie nicht blos aus unseren Motiven sich informiren wollen, sondern wenn Sie einen Blick werfen in die militärische Fachliteratur, in die Broschüren, in die Zeitschriften, in die neuesten Werke, die namentlich aus dem Schoosse unseres Generalstabes hervorgegangen sind, so werden Sie für die Vergleichung deutscher und anderer Wehrkräfte ganz andere Gesichtspunkte gewinnen, als aus diesen Motiven. Wir wollen ja doch die Kriegspräsenz unseres Heeres durchaus nicht vermindern; wir haben gar nichts dagegen, wenn recht viele Rekruten ausgehoben werden — nicht um dadurch unseren Nachbarn fürchterlicher und bedrohlicher zu werden, — nein, damit sich die Wehrkraft, die Kriegslast auf möglichst viele Schultern vertheilt, dass sie für jeden Einzelnen möglichst erträglich wird, damit namentlich die älteren Jahrgänge desto mehr auf Kosten der jüngeren geschont werden können. Das beweist meine und meiner politischen Freunde ganze Haltung in der Militärfrage. Wir haben ja niemals die Wehrkraft an sich zu schmälern gesucht; es ist uns nur darauf angekommen, durch Verminderung der Dienstzeit sie für jeden Einzelnen möglichst erträglich zu machen. || Meine Herren, so wenig wie Frankreich kann man Russland anziehen. Gewiss, Russland hat 74 Millionen Einwohner; es sucht möglichst viel Militär auszubilden. Wir sind noch nicht dazu gekommen, $\frac{2}{3}$ unserer kriegstüchtigen Mannschaft einzustellen. In Russland betrachtet man es als ein fast unerreichbares Ideal, auch nur $\frac{1}{4}$ der disponiblen Mannschaft militärisch zu schulen. Der Grund liegt einfach darin, dass man zu der Ausbildung des einzelnen Mannes einer höheren Dienstzeit bedarf — erst nach $3\frac{1}{2}$ Jahren soll nach dem neueren Gesetz ein russischer Infanterist zur Disposition beurlaubt werden können —, und dass man in Russland nicht die Mittel besitzt, um eine höhere Friedenspräsenz zu ertragen. || Meine Herren, wenn man so sehr Vergleiche anstellt mit den Nachbarstaaten, berücksichtigen wir doch Eines! Alle diese grossen Staaten sind nicht anders in der Lage, ihre Etats aufrecht zu erhalten, als dadurch, dass sie uneinlösliches Papiergeld in Zwangscours in Umlauf setzen; sie sind also in einem Zustande, den man im bürgerlichen Leben Banquerott nennt. Und wenn sie dieser banquerotte Zustand

auch nicht am Kriege hindert, so spielen diese Finanzverhältnisse doch eine grosse Rolle, wenn es sich darum handelt, systematisch, planmässig viele Jahre hindurch sich für den Krieg vorzubereiten. Darum ist denn auch in Russland die letzte Aushebung kaum erheblich grösser gewesen als in Deutschland. || Meine Herren, es wird darauf hingewiesen in den Motiven, dass die allgemeine Wehrpflicht jetzt auch in Russland eingeführt werde. Das hat weniger den Zweck, die Masse der Soldaten dort noch zu vermehren, als der Armee Elemente aus den gebildeten Kreisen zuzuführen. Und wenn wir darüber zweifelhaft sein können, so gibt gerade das Neujahrsmanifest des russischen Kaisers darüber die unzweifelhafteste Auskunft. Es heisst da: || „Die jüngsten Ereignisse haben dargethan, dass die Stärke der Staaten nicht allein in der Masse der Truppen beruht, sondern vorzugsweise in den sittlichen und intellectuellen Eigenschaften derselben, die zur höchsten Entfaltung erst dann gelangen werden, wenn die Sache der Vaterlandsvertheidigung Gemeingut des Volkes wird, wenn Alle, ohne Unterschied des Berufes und Standes, sich zu diesem heiligen Werke vereinigen.“ || Meine Herren, es ist für uns Deutsche in unserer Bescheidenheit recht erspriesslich, wenn mitunter uns auch vom Auslande vorgeführt wird, dass wir die grossen Erfolge des letzten Krieges nicht blos der grossen Zahl unserer Truppen, sondern auch anderen Factoren zu verdanken haben. Wenn irgendwo in einem Lande, so trifft es für Deutschland zu: die Wehrkraft steht nicht blos im Verhältniss mit der Zahl der Truppen und der Bevölkerung, sondern sie ist das Product aller Factoren der Cultur, sie ist das Product der Volksbildung, sie ist das Product des Volkswohlstandes; (sehr richtig! links) sie hängt nicht blos ab von militärischen Einrichtungen, sondern von den gesammten Staatsverhältnissen und nicht am wenigsten von den finanziellen Verhältnissen. (Lebhafter Beifall links.) Und weil das so ist, darum sollten wir nicht die Hand dazu bieten, hier die Militärverwaltung einseitig herauszuheben aus dem übrigen Staatswesen, andere Normen für die Regelung ihrer Verhältnisse aufzustellen, als wir sie für andere Verhältnisse im Staate gelten lassen. (Sehr richtig! links.) || Meine Herren, allerdings dem absoluten Militärtechniker mag in seiner Einseitigkeit als Ideal vorschweben, das Heer möglichst von allen bürgerlichen und allen sonstigen Beziehungen zu lösen. Wenn aber ein solches Ideal sich jemals bei uns verwirklichte, so wäre es ein Unglück für unser Vaterland, es würden damit dem Institute der allgemeinen Wehrpflicht die Wurzeln abgeschnitten, aus denen es seine Hauptkraft und Nahrung zieht. (Beifall und Zustimmung links.) || Meine Herren, wenn die Volksvertretung in keinem anderen civilisirten Staate sich so viel Rechte vergeben hat, wie uns hier angesonnen wird, so können wir dieses Rechtes uns auch darum nicht begeben, weil wir auch andererseits keinen Abbruch erleiden wollen im Vollbewusstsein unserer Pflicht gegen das Heer; wir wollen in lebendiger Beziehung zu dem Heere bleiben, um nicht das Verständniss für das Heer, für seine Anschauungen und für seine Bedürfnisse zu verlieren, um uns nicht nur selbst dieses Verständniss zu bewahren, sondern

Nr. 5336
Deutschland.
16. Feb. 1874.

um auch dieses volle Verständniss hinauszutragen in das Volk, in weiteste Kreise. Wenn irgendwo in der Welt, so gehören in Deutschland das Volksheer, das Volk in Waffen, und die Volksvertretung zusammen. (Lebhafter Beifall links.) Deutsches Heer und deutsches Parlament soll man nicht trennen. Das deutsche Heer, das unter viele Contingentsherren gegliederte Heer, bedarf des deutschen Parlaments als eines einheitlich gestaltenden Factors, und das deutsche Parlament kann nicht seinen lebendigen Beziehungen zum Heere entsagen, ohne sein Ansehen einzubüssen, sowohl dem Volke als den einzelnen Regierungen gegenüber. Das deutsche Heer und das deutsche Parlament sind Grundpfeiler der deutschen Einheit, und man kann ihr Verhältniss zu einander nicht lockern, ohne den nationalen Bau unserer Einheit selbst zu schädigen. (Lebhafter Beifall links.) || Meine Herren, wir sind bereit, über viele und die meisten Theile des Gesetzes uns mit Ihnen und der Staatsregierung zu verständigen. Wir müssen es aber ablehnen, auf den § 1 einzugehen. Wir lehnen es ab, auf den im § 1 enthaltenen Gedanken einzugehen, in welche Gestalt er sich auch im Laufe der Verhandlungen kleiden möge. || Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage betrifft, so sind wir der Ansicht, dass es am zweckmässigsten sei, die Abschnitte I und III im Plenum vorzuberathen, dagegen die Abschnitte II, IV und V an eine Commission zu verweisen. Wir sind sonst am wenigsten gegen Commissionsberathungen; indess sind wir der Ansicht, dass, wenn überhaupt in den sechs Wochen über erhebliche Theile des Gesetzes eine Verständigung erzielt werden soll, man auf der einen Seite nicht die Commission zu sehr belasten und auf der andern Seite nicht das Plenum von vornherein zu sehr entlasten darf. Es mag ja immer vorbehalten bleiben, auch aus den Abschnitten I und III einzelne Theile später der Commission zu überweisen; im Wesentlichen aber enthalten diese Abschnitte Principienfragen, und wir sind der Ansicht, dass gerade diese sich zunächst zur Entscheidung durch das Haus eignen. Meine Herren, vor Allem kommt es uns darauf an, dass nicht die Verhandlungen über den § 1 zunächst dem Dunkel einer Commission anheimgestellt, sondern dass darüber weiter hier im Hause vorberathen wird. Unserer Ansicht nach sind alle Abgeordneten in gleicher Weise an dem § 1 interessirt, und die Entscheidung über diesen Paragraphen kann im letzten Grunde nicht gefunden werden aus technischen und statistischen Motiven, sondern muss sich unserer Auffassung nach richten nach dem politischen Charakter jedes einzelnen Abgeordneten, jeder einzelnen Partei, nach dem politischen Gesamtcharakter des Hauses! (Bravo!)

Abgeordneter Graf von Moltke: Meine Herren! Von den mannigfachen Bedenken des Herrn Vorredners will ich vorweg nur eines berühren. Ich halte es geradezu für unmöglich, die Kriegsformationen der Armee im voraus festzustellen, da wir nicht im voraus wissen können, ob wir nach einer oder nach zwei Seiten Front zu machen haben, da wir nicht wissen, ob wir, wie im Jahre 1864, mit nur einem Theile unserer Armee oder, wie im Jahre 1870, mit Aufbietung aller unserer Kräfte den Krieg zu führen haben, wo wir ganze

Landwehrdivisionen zu Etappenzwecken, für Belagerungen verwenden mussten, wo wir die ältesten Mannschaften der Heerespflichtigen in ganz neue Formationen zusammenstellen, die ausgedienten Garde-du-Corps mit Infanteriegewehren bewaffnen mussten, um Hunderttausende von Gefangenen zu bewachen, wo wir im Laufe des Krieges die Zahl der Armeen und folglich auch ihre Zusammensetzung ändern mussten. Ich glaube, dass diese und viele andere Bedenken sich wohl in einer commissarischen Berathung vollkommen klären werden. || Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit vor Allem darauf richten, dass es sich schon bei dem § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs darum handeln wird, zu erwägen, ob künftighin Deutschland die schweren Lasten zu tragen haben wird, welche bedingt werden durch eine Friedenspräsenz von 401,000 Mann. Meine Herren, es wird sich dabei um innere und äussere Verhältnisse des Landes handeln. Eine jede Regierung wird ihre Einnahmen verwenden müssen für die unabweislichen Erfordernisse auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, bevor sie an Ersparnisse, an Schuldentilgung und zuletzt wohl erst an Steuererlasse denken kann. Nun ist aber doch das erste Bedürfniss eines Staates, zu existiren, sein Dasein nach aussen gesichert zu sehen. Im Innern schützt ja das Gesetz Recht und Freiheit des Einzelnen, nach aussen, von Staat zu Staat, nur die Macht. Einem Tribunal des Völkerrechts, wenn ein solches existirte, würde immer noch die vollstreckende Gewalt fehlen, und seine Aussprüche unterliegen schliesslich der Entscheidung auf dem Schlachtfelde. Kleine Staaten können sich auf Neutralität, auf internationale Garantien verlassen; ein grosser Staat besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft; er erfüllt den Zweck seines Daseins nur, wenn er entschlossen und gerüstet ist, sein Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten; und ein Land wehrlos zu lassen, wäre das grösste Verbrechen seiner Regierung. (Bravo! rechts.) Der Wunsch, an den grossen Summen, welche alljährlich für das Militär verausgabt werden, zu sparen, sie dem Steuerpflichtigen zu erlassen oder für Zwecke des Friedens zu verwenden, ist gewiss ein völlig gerechter. Wer würde sich dem nicht anschliessen! Wer malt sich nicht gern aus, wieviel Gutes, Nützliches und Schönes dann geschaffen werden könnte! Aber vergessen dürfen wir dabei nicht, dass die Ersparnisse am Militäretat aus einer langen Reihe von Friedensjahren verloren gehen können in einem Kriegsjahre. (Sehr richtig!) Ich erinnere daran, was nach einem unglücklichen Feldzuge der Zeitabschnitt von 1808 bis 1812 unserm Lande gekostet hat. Dies waren Friedensjahre, waren Jahre, wo der Präsenzstand der Armee so gering, die Dienstdauer so kurz war, wie es nur irgendwo gefordert werden kann, — und doch durfte Kaiser Napoleon sich rühmen, aus dem damaligen kleinen und armen Preussen eine Milliarde herausgezogen zu haben. Wir sparten, weil wir mussten, an unserer Armee und zahlten zehnfach für eine fremde. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, dass namentlich in den allerletzten Jahren die Regierung in dankenswerthester Weise neben den Militärausgaben auch sehr bedeutende Summen für Friedens-

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

zwecke bereitgestellt hat. Aber sie reichen nirgends aus; von allen Seiten wird mehr gefordert und muss mehr gefordert werden, und eben deshalb möchte ich meinen, dass wir überhaupt noch nicht so weit gekommen sind, Steuererlasse empfehlen zu können. Ich meine, dass Jeder, auch der Geringste, etwas für den Staat steuern müsse, und wäre es auch nur, damit er nicht ganz vergisst, dass es überhaupt einen Staat giebt, der für ihn sorgt, der ihn schützt, und den er zu schützen wieder berufen ist; — denn die grössten Wohlthaten, die der Mensch umsonst hat, weiss er erfahrungsmässig nicht zu schätzen. Wie soll der Staat auch auf seine Einnahmen verzichten, wenn auf allen Gebieten noch so viel zu leisten bleibt? Ich nenne Ihnen nur das der Schule, weil ich glaube, dass die Schule der Punkt ist, wo der Hebel eingesetzt werden muss, wenn wir uns gegen Gefahren schützen wollen, die, ebenso sehr wie ein Angriff von aussen, uns von innen drohen, aus socialistischen und communistischen Bestrebungen, — Gefahren, welche, glaube ich, nur beseitigt werden können, neben socialen Verbesserungen, durch eine grössere und allgemeiner verbreitete Bildung. (Bravo!) || Die Schule, meine Herren, nimmt nicht die ganze Jugend in sich auf, und sie begleitet die Mehrheit derselben nur auf einer verhältnissmässig kurzen Strecke ihres Lebensganges. Glücklicherweise tritt nun bei uns da, wo der eigentliche Unterricht aufhört, sehr bald die Erziehung ein, und keine Nation hat bis jetzt in ihrer Gesammtheit eine Erziehung genossen, wie die unsrige durch die allgemeine Militärpflicht. (Lebhafte Zustimmung.) || Man hat gesagt, der Schulmeister habe unsere Schlachten gewonnen. Meine Herren, das blosses Wissen erhebt den Menschen noch nicht auf den Standpunkt, wo er bereit ist, das Leben einzusetzen für eine Idee, für Pflichterfüllung, für Ehre oder Vaterland; dazu gehört die ganze Erziehung des Menschen. Nicht der Schulmeister, sondern der Erzieher, der Stand hat unsere Schlachten gewonnen, welcher jetzt bald sechzig Jahrgänge der Nation erzogen hat zu körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit. Meine Herren, Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, schon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation. Und wie nun nach aussen? Vielleicht, dass eine spätere glücklichere Generation, für welche wir im voraus die Lasten mit tragen, hoffen darf, aus dem Zustande des bewaffneten Friedens herauszugelangen, welcher nun schon so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht diese Aussicht nicht. Ein grosses weltgeschichtliches Ereigniss, wie die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird. (Bravo!) Darüber, meine Herren, dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Nach allen Seiten stossen wir auf das Misstrauen, dass Deutschland,

nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte. Nun, meine Herren, es ist nicht gut, den Teufel an die Wand zu malen, und aus Misstrauen und Besorgniss, selbst unbegründet, können wirkliche Gefahren hervorgehen. || Sie finden noch heute in Belgien französische Sympathieen, deutsche sehr wenig; man hat dort noch nicht erkannt, dass der belgischen Neutralität nur ein Nachbar gefährlich werden kann, und dass sie nur einen wirksamen Beschützer hat. (Hört! hört!) || In Holland hat man angefangen, die Inundationslinie wiederherzustellen und neu zu befestigen. Gegen wen? Ich weiss es nicht. In Deutschland, glaube ich, ist noch kein Mensch auf den Gedanken verfallen, Holland zu annectiren. (Sehr wahr!) Es ist wahr, wir haben diese Linie zu Anfang des Jahrhunderts einmal erobert, aber nicht für uns, sondern für Holland. — In einer kleinen vielgelesenen Broschüre, geschrieben, um die Engländer auf das Missliche ihres Milizsystems aufmerksam zu machen, werden die Folgen einer Landung in England geschildert, — nicht aus Frankreich, nicht von der gegenüberliegenden Küste, sondern aus Deutschland. In Dänemark glaubt man die Küstenflotte vermehren und die Landungspunkte auf Seeland befestigen zu sollen, weil man eine deutsche Landung befürchtet. Bald sollen wir die russischen Ostseeprovinzen erobern, bald die deutsche Bevölkerung Oesterreichs zu uns herüberziehen. || Und nun, meine Herren, gestatten Sie mir, mich in Kürze noch nach unserem interessantesten Nachbar umzusehen. (Heiterkeit.) Frankreich ist ja in die Nothwendigkeit versetzt worden, seine ganze militärische Einrichtung umzubilden. Während unsere Heere in Frankreich standen, haben wir nahezu die ganze französische Armee bei uns gehabt, haben sie aufgenommen, untergebracht, ernährt, zum Theil bekleidet, und haben dann diese Armee ungeschädigt beim Frieden an Frankreich herausgegeben, wo sie den tüchtigen Kern für alle Neuformationen bildet. Man hat nun in Frankreich alle unsere militärischen Einrichtungen getreulich copirt, natürlich ohne das Original zu nennen, unter französischem Namen als „ursprünglich französische Ideen, Kinder der grossen Revolution, welche nur die Deutschen etwas früher adoptirt haben als wir selbst“. Man hat vor Allem die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und hat dabei eine zwanzigjährige Verpflichtung zu Grunde gelegt, während wir nur eine zwölfjährige haben; man hat ferner dem Gesetze rückwirkende Kraft gegeben, so dass viele Franzosen, welche längst ihre Jahre abgedient haben, plötzlich wieder militärpflichtig geworden sind. Die französische Regierung ist schon heute berechtigt, für die active Armee 1,200,000 und für die Territorialarmee ebenfalls über eine Million Männer zu den Waffen zu berufen. Um diese auch nur theilweise einstellen zu können — denn, meine Herren, es kommt nicht blos auf die Zahl der Wehrpflichtigen an, sondern auch auf die Cadres, in welche sie eingestellt werden sollen — ich sage, um diese Massen einreihen zu können, war es nothwendig, die Cadres zu vermehren. Nachdem Deutschland seine Reichslande wieder an sich genommen, haben wir mit Ausnahme

Nr. 5336.
Deutschland.
16. Feb. 1874.

einiger wenigen Specialwaffen nur die bestehende Last auf mehr Schultern übertragen. In Frankreich, welches doch um 1½ Million Einwohner ärmer geworden ist, sind seitdem sehr erhebliche Formationen ausgeführt. Die Zahl der bis zum Kriege bestehenden Infanterieregimenter in Frankreich betrug 116, gegenwärtig 152; es sind also hinzugetreten 36 Infanterieregimenter, ausserdem 9 Jägerbataillone. Es sind seit dem Frieden formirt 14 neue Cavallerieregimenter; die Zahl der Batterien betrug bis zum Kriege 164, sie beträgt jetzt 323; es sind mithin hinzugetreten 159 Batterien. Diese Augmentationen sind noch nicht geschlossen; die Friedenspräsenz ist in Frankreich noch nie so stark gewesen wie gegenwärtig, sie ist seit 1871 um 40,000 Köpfe gewachsen. Die budgetmässige Durchschnittsziffer der Stärke beträgt pro 1874 471,170 Mann und 99,310 Pferde. Statt der acht Armeecorps, mit welchen die Franzosen uns zu Anfang des Krieges entgegentraten, stellt Frankreich künftig achtzehn, ein neunzehntes für Algier nicht mitgerechnet. Das Militärbudget — ich nenne die Zahlen in Thaler übertragen zur leichteren Vergleichung mit unseren Ziffern — ist seit 1871 um über 25 Millionen gewachsen: es beträgt im Ordinarium für die Landarmee 125 Millionen Thaler, im Extraordinarium 46 Millionen, zusammen 171 Millionen Thaler. Meine Herren, die französische Nationalversammlung hat ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen und ohne Unterschied der Parteien bereitwillig ein jedes Opfer gebracht, welches für die Wiederherstellung und Erweiterung der französischen Heeresmacht gefordert wurde; sie ist sogar noch weiter gegangen: kriegerischer als der Kriegsminister, hat sie für einen gewissen Zweck, die Heranziehung der seconde portion, in diesem Jahre 17 Millionen Francs der Militärcommission geradezu aufgenöthigt. Die französischen Communen sind in ihrem Patriotismus nicht zurückgeblieben; sie weisen Exercierplätze, Baulichkeiten für Offiziercasinos an; sie errichten Kasernen u. s. w. || Dies alles, meine Herren, giebt uns ein Bild von der Stimmung in Frankreich. Ich glaube nun zwar, dass die grosse Mehrheit der Franzosen, welche ohne Zweifel ihr Missgeschick mit mehr Besonnenheit und Würde trägt, als man glauben sollte, wenn man nur die französischen Volksredner hört oder die französischen Journale liest, — dass diese Mehrheit wohl durchdrungen ist von der unbedingten Nothwendigkeit, zunächst den Frieden zu wahren. Ich sehe eine Bestätigung dafür auch in dem Umstand, dass eben ein einsichtsvoller Militär an der Spitze der französischen Regierung steht. Aber, meine Herren, wir haben alle erlebt, wie die französischen Parteien, die ihren Ausdruck in Paris finden, Regierung und Volk zu den ausserordentlichsten Beschlüssen hinreissen können. Was von jenseits der Vogesen zu uns herüberdringt, ist ein wüstes Geschrei nach Rache für die selbtheraufberufene Niederlage. || Nun, meine Herren, wir sind unseren Nachbarn nicht gefolgt auf dem Wege, die Armee zu vergrössern; wir glauben, mit dem auskommen zu können, was in dieser Gesetzesvorlage enthalten ist. Aber, meine Herren, die innere Güte unserer Armee dürfen wir nicht schwächen lassen, weder durch Abkürzung der Dienst-

zeit noch durch Herabsetzung des Präsenzstandes. Die erste Massregel führt, wenn sie überhaupt einen finanziellen Effect haben soll, zur Miliz. Die durch Milizen geführten Kriege haben die Eigenthümlichkeit, dass sie sehr viel länger dauern und schon aus diesem Grunde sehr viel grössere Opfer an Geld und an Menschen kosten als alle übrigen Kriege. Ich erinnere Sie nur an den letzten amerikanischen Secessionskrieg, welcher von beiden Seiten wesentlich von Milizen geführt werden musste. Bei dieser Gelegenheit kann ich mir aber doch nicht versagen, Ihnen das Urtheil des Mannes über Milizen mitzutheilen, welcher eben den ersten amerikanischen Freiheitskrieg zu führen hatte, das Urtheil Washington's. Sie finden es in der vortrefflichen Geschichte der amerikanischen Staaten von Herrn Bancroft. Zu keiner Zeit und an keinem Orte konnte eine Forderung unpopulärer sein als die, welche Washington immer wieder an den Congress stellte, die Forderung, ein stehendes Heer zu errichten. Dies könnte befremdend erscheinen; aber Washington spricht sich folgendermassen aus. Er sagt: || „Die Erfahrung, welche die beste Leiterin für das Handeln ist, verwirft so völlig klar und entschieden das Vertrauen auf die Miliz, dass Niemand, der Ordnung, Regelmässigkeit und Sparsamkeit schätzt, und der seine eigene Ehre, seinen Charakter und seinen Seelenfrieden liebt, diese an den Ausgang eines Unternehmens mit Milizen setzen wird.“ || Und etwas später schreibt er: || „Kurze Dienstzeit und ein unbegründetes Vertrauen auf die Miliz sind die Ursachen alles unseres Missgeschickes und des Anwachsens unserer Schuld.“ || Beendet wurde bekanntlich der Krieg durch das Auftreten eines kleinen Corps von nur 6000 Mann, aber wirklicher Soldaten. || Meine Herren, Frankreich hat es zweimal mit der Miliz versucht. Nach der Revolution war begreiflich das Erste, dass man die verhasste Armee auflöste: die Nation selbst sollte die junge Freiheit schützen, der Patriotismus sollte die Disciplin, das „élan“ und die Massen sollten die kriegerische Bildung ersetzen. Es schwebt immer noch ein gewisser Nimbus um die Volontairs von 1791; aber, meine Herren, es giebt auch eine unparteiische Geschichte derselben, geschrieben von einem Franzosen nach den Akten des französischen Kriegsministeriums. Ich widerstehe der Versuchung, Ihnen sehr pikante Citate vorzuführen; ich müsste das ganze Buch citiren: auf jedem Blatte finden Sie, wie nutzlos, wie kostspielig und welche Geissel für das eigene Land diese Formationen gewesen sind. Erst nach dreijährigen bitteren Erfahrungen hat man sich überwunden, nicht mehr die Armee unter die Volontairs, sondern die Volontairs in die Armee einzustellen. Als dann ein Mann wie der erste Consul und andere ausgezeichnete Generale sich an die Spitze setzten, da haben freilich diese Volontairs ganz Europa siegreich durchzogen, aber, meine Herren, es waren eben Soldaten geworden. || Die citirte kleine Schrift, aus welcher so nützliche Erfahrungen geschöpft werden konnten, ist erschienen im März 1870, und sechs Monate später sehen wir Frankreich genau zu denselben Mitteln greifen, freilich in seiner äussersten Bedrängniss. Meine Herren, wir haben es alle erlebt und uns überzeugt, dass

Nr. 5336.
Deutschland.
18. Feb. 1874.

Nr. 5386.
Deutschland
16. Feb. 1874.

selbst die zahlreichste Versammlung von tüchtigen, patriotischen und tapferen Männern noch nicht im Stande ist, einer wirklichen Armee zu widerstehen. Die französischen Mobil- und Nationalgarden haben den Krieg um mehrere Monate verlängert; sie haben blutige Opfer gekostet, grosse Verwüstung und viel Elend verbreitet; aber sie haben den Gang des Krieges nicht wenden können, sie haben Frankreich beim Frieden keine besseren Bedingungen verschafft. Vollends das Unwesen der Franc-tireurs hat unsere Operationen auch nicht einen Tag lang aufgehalten; wohl aber hat es selbst unserer Kriegsführung zuletzt einen Charakter der Härte verliehen, den wir beklagen, aber nicht ändern konnten. (Sehr richtig!) Die Processe, welche noch heute, nach drei Jahren, in Frankreich auftauchen, geben Ihnen ein Bild von der Verwilderung und den Gräueln, welche unausbleiblich im Gefolge einer solchen Massregel erscheinen. Meine Herren, wenn Sie die Nation bewaffnen, so bewaffnen Sie mit den guten Elementen zugleich die schlechten, und deren hat jede Nation. Die ersteren sind ja unendlich überwiegend. Aber haben wir nicht bei uns selbst die Erfahrung mit unseren Bürgerwehren gemacht, wie bald der zuverlässige Theil derselben der Sache überdrüssig wird, in aller Stille verschwindet und den Unzuverlässigen das Feld freilässt? (Sehr richtig!) Meine Herren, die Gewehre sind bald ausgetheilt, aber nicht so bald zurückzubekommen. (Heiterkeit.) Und glauben Sie, dass wir bei uns nicht auch Elemente beherbergen, wie die, welche nach dem Kriege in Paris zur Herrschaft gelangt sind? Haben wir sie nicht, so wird man schon dafür sorgen, dass wir sie von ausserhalb bekommen. Es mögen viel importirte Helden gewesen sein, welche in der französischen Hauptstadt die Denkmäler des französischen Ruhmes vernichtet haben. Gott verhüte, dass wir ihnen jemals die Waffen in die Hände geben! || Was sodann den Präsenzstand anbelangt, meine Herren, so möchte ich eindringlich davor warnen, ihn zu einer Budgetfrage zu machen. Ich weiss ja, dass geehrte Mitglieder dieses Hauses glauben, gerade an diesem Punkte festhalten zu müssen, um das unbestreitbare, aber auch unbestrittene Recht der Steuerbewilligung den Landtagen zu wahren. Aber, meine Herren, erwägen Sie, ob Sie durch die Handhabung dieses Rechtes nicht das Recht schädigen, welches das Land hat, auf Ihre Mitwirkung zu rechnen in einer Frage, wo es sich um den Bestand des Reiches handelt! Mir scheint, es ist doch wünschenswerth, nicht wieder in ein neues Provisorium einzutreten, sondern endlich einmal definitiv festzustellen, was Deutschland für ein deutsches Heer zu leisten hat. Wenn Sie sich überzeugen können, dass wir mit Rücksicht auf innere und äussere Verhältnisse nicht weniger als 401,000 Mann im Frieden unterhalten dürfen, und wenn nach reiflicher Erwägung und Prüfung festgestellt wird, welcher Aufwand dafür nöthig ist, so verzichten Sie allerdings darauf, diese selbe Summe alljährlich zu discutiren, zu bewilligen oder abzulehnen; aber, meine Herren, Ihr Bewilligungsrecht ist dadurch nicht beeinträchtigt, es tritt in volle Geltung bei jeder Mehrforderung und bei jeder neuen gesetzlichen Regelung

dieses Gegenstandes. Es muss die normale Ziffer des Friedensstandes nothwendig auf eine lange Reihe von Jahren eine constante bleiben. Durch Schwankungen dieser Ziffer tragen Sie eine Unsicherheit hinein in alle die vielen, umfassenden Vorbereitungen, welche lange vorher und bis in das kleinste Detail festgestellt sein müssen, wenn Sie mit ruhiger Zuversicht einem Angriffe von aussen entgegensehen wollen. Erwägen Sie, dass jede Verminderung dieser Ziffer zwölf Jahre lang nachwirkt und dass keiner von uns übersehen kann, ob in zwölf Jahren Krieg oder Friede sein wird. || Nun, meine Herren,

Es kann der Beste nicht im Frieden leben,

Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, dass wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind (sehr gut!), eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. (Sehr wahr!) Ich wüsste auch wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück Russland oder Frankreich machen sollten. (Heiterkeit.) || Ich hoffe, wir werden eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten; (sehr gut!) vielleicht überzeugt sich dann die Welt, dass ein mächtiges Deutschland in der Mitte von Europa die grösste Bürgschaft ist für den Frieden von Europa. || Aber, meine Herren, um Frieden zu gebieten, muss man zum Kriege gerüstet sein, (sehr wahr!) und ich meine, wir stehen vor der Entscheidung, entweder zu sagen, dass bei den politischen Verhältnissen Europa's wir eines starken und kriegsbereiten Heeres nicht bedürfen, — oder aber zu bewilligen, was dafür nöthig ist. (Lebhaftes Bravo!)

[Das Resultat der ersten Berathung war die Verweisung des ganzen Entwurfs an eine Kommission.]

Nr. 5337.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 13. April 1874. — Zweite Berathung des Entwurfs eines Reichs-Militär-Gesetzes.

Berichterstatter Abgeordneter Miquél: Meine Herren, die Gründe, aus denen die Militärcommission beschlossen hat, mündlich über ihre Berathungen Bericht zu erstatten, sind Ihnen bereits bekannt. Ich verkenne am allerwenigsten, dass mir als Referenten über die ersten acht Paragraphen des Gesetzes mit dem Beschluss einer mündlichen Berichterstattung eine sehr schwere Aufgabe geworden ist. Ich werde mich bemühen, ganz objectiv dasjenige zu referiren, was über diese Paragraphen in der Commission zur Verhandlung gekommen ist, und mich darauf lediglich beschränken. Ich glaube allerdings,

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

dass das Haus sowohl als das Land, da bedauerlicherweise ein schriftlicher Bericht in dieser sehr wichtigen Frage nicht hat erstattet werden können, vollen Aufschluss und volle Klarheit über die Gründe und Gegen Gründe der Commissionsbeschlüsse zu verlangen berechtigt sind, und ich halte mich auch bei der gegenwärtigen Lage der Sache verpflichtet, wenigstens die Hauptgesichtspunkte ausführlich und vollständig zu referiren, um so mehr, als ja möglicherweise ähnliche Discussionen nach Jahren nicht ausgeschlossen sein werden; das Parlament wird wahrscheinlich auch in Zukunft auf unsere heutigen Verhandlungen fussen müssen. || Meine Herren, ich glaube vorausschicken zu müssen, und ich bin überzeugt, darin mit sämtlichen Commissionsmitgliedern einverstanden zu sein, dass die Reichsregierung in Beziehung auf Mittheilung von Materialien und Beantwortung von Fragen jedes irgend mögliche Entgegenkommen bewiesen hat. Jede Frage, die gestellt wurde, ist offen, soweit es möglich war, beantwortet. Die Reichsregierung hat die grösste Bereitwilligkeit gezeigt, alle erforderliche Aufklärung zu geben, und hat sich darzuthun bemüht, dass sie nichts verschweigen wolle und nichts zu verschweigen habe. Meine Herren, ich halte mich aber gegenüber den aus den geheimen Berathungen der Commission naturgemäss entstandenen Missdeutungen im Volke, und namentlich auch, damit jede Missdeutung nach aussen vermieden wird, ausdrücklich voranzuschicken verpflichtet, dass in der Commission von keiner Seite die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Kriegsstärke des deutschen Heeres angegriffen worden ist, dass Bemühungen in dieser Beziehung, die Wehrkraft der deutschen Nation zu schwächen, von keiner Partei und von keiner Seite gemacht worden sind. (Hört! hört!) Ich freue mich, dies erklären zu können; es ist dies nützlich, damit klar wird, dass unsere Discussionen sich wesentlich auf die Frage beziehen: „ist es konstitutionell richtig, die hier fragliche Bestimmung zu treffen?“ nicht auf die Frage: „ist die deutsche Nation entschlossen, eine solche Heeresstärke zu halten, die sie allen Gefahren gegenüber sicherstellt?“ (Sehr richtig!) || Meine Herren, die erste Frage, die in der Commission zur Berathung kam, war natürlich die: ist es überhaupt richtig, ist es durch die Verfassung des deutschen Reiches geboten, die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres dauernd durch Gesetz festzustellen, oder soll, was in der Commission vorzugsweise der Gegensatz war, die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres alljährlich vereinbart werden bei Gelegenheit der Budgetberathung zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage? || Meine Herren, die Vertreter der Reichsregierung, ebenso verschiedene Commissionsmitglieder waren der Ansicht, dass die dauernde Feststellung der Friedenspräsenz, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, so doch klar genug im Geiste der deutschen Verfassung vorgeschrieben sei. Der Artikel 60 der deutschen Reichsverfassung sagt: „Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird bis zum 31. December 1871 auf ein Procent der Bevölkerung von 1867 normirt, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit

wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt.“ || Es wurde nun behauptet, sowohl von den Vertretern der Reichsregierung, als von verschiedenen Commissionsmitgliedern, dass durch den Ausdruck „im Wege der Reichsgesetzgebung“ hier bezeichnet werden soll der Gegensatz gegen die jährliche Feststellung durch das Budget, und es wurden dafür die Gründe aus der Geschichte dieses Paragraphen, aus den stattgehabten damaligen Verhandlungen hergeleitet, während von anderer Seite hervorgehoben wurde, der Ausdruck „im Wege der Gesetzgebung“ sei lediglich zu verstehen: „im Gegensatz gegen die Bestimmungen der Verfassung“, so dass also habe gesagt werden sollen: „wird nicht durch diese Verfassung bestimmt, sondern durch Gesetz“. Ein Etatsgesetz sei aber ebensowohl ein Gesetz, wie jedes andere, und man könne daher aus dieser Bestimmung nichts herleiten. || Dann bezogen sich die Vertreter der ersteren Ansicht nun noch auf den Artikel 62 der Verfassung, wo gesagt wird: nach dem 31. December 1871 müssen diese Beiträge (nämlich von 225 Thalern pro Kopf) von den einzelnen Staaten des Bundes zur Reichskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch das Reichsgesetz abgeändert ist. Hier werde doch unzweifelhaft eine dauernde Abänderung der Friedenspräsenzstärke, wie sie in der Verfassung vorgesehen sei, durch ein Reichsgesetz vorausgesetzt; sonst habe es ja heissen müssen: von da an wird bezüglich der Einzahlung von 225 Thalern in die Reichskasse pro Kopf die Friedenspräsenzstärke bestimmt durch die beim Etatsgesetz festgesetzte Höhe derselben. || Gegen diese Bemerkung wurden dieselben Gründe, die ich vorhin schon nannte, welche darauf hinausliefen, dass unter dem allgemeinen Ausdruck „Reichsgesetz“ auch Etatsgesetz verstanden werden könne, geltend gemacht. || Man kam dann, meine Herren, auf die materielle Seite der Sache; man frug sich: ist es materiell geboten und richtig, die Friedenspräsenzstärke des Heeres durch Gesetz festzustellen? und es wird mir nun obliegen, die dafür und dawider in der Commission geltend gemachten Gründe darzustellen. || Die Reichsregierung ging davon aus, dass die Friedenspräsenzstärke zu den organischen Institutionen des Reichsheeres gehöre, dass dies eine Frage sei, die naturgemäss sich einer veränderlichen, jährlich möglicherweise schwankenden Bestimmung beim Etatsgesetz entziehe, und dass daher, wenn auch in der gesetzlichen Feststellung der Friedenspräsenz eine Beschränkung des Budgetrechts liegen möge, dies doch keineswegs entscheidend sein könne, ebensowenig wie die Frage, ob eine Institution auf Gesetz zu basiren sei, im Allgemeinen davon könne abhängig gemacht werden, dass durch eine gesetzliche Feststellung einer Institution die Möglichkeit, sie jährlich zu verändern durch den einseitigen Willen eines der Gesetzgebungsfactoren, verloren gehe. Es drehte sich also von vornherein die Debatte um diesen Hauptgesichtspunkt. || Die Gegner des § 1 oder der dauernden Festsetzung der Friedenspräsenz machten zuvörderst geltend: wenn die Friedenspräsenzstärke des Heeres durch ein Gesetz dauernd festgestellt

Nr. 5837.
Deutschland.
12. April 1874.

ist, so ist damit das Budgetrecht des deutschen Parlaments in Beziehung auf den Militäretat thatsächlich annullirt. Wenn die Mannschaften festgestellt sind durch Gesetz, wenn also die Bemessung des Präsenzstandes völlig unabhängig gestellt ist von der Mitwirkung des Reichstages, so ist der ganze Etat wesentlich nichts weiter als ein Rechenexempel. Wer die Mannschaften gegeben hat, der hat Kleidung, Nahrung, Wohnung, Waffen, Führung, Organisation gegeben. Das Budgetrecht besteht dann zwar noch formell, äusserlich, aber auch nur äusserlich; in Wahrheit und thatsächlich ist die Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch Gesetz mit dem Budgetrecht des Reichstages unvereinbar. Diese Behauptung wurde nun aus der Commission und von den Vertretern der Reichsregierung entschieden bestritten. Es wurde zuerst gesagt: das ist nicht richtig, das Budgetrecht ist eben so wenig bei einer Feststellung der Friedenspräsenzstärke annullirt, als das Budgetrecht in Bezug auf eine Gerichtsorganisation durch die Basirung derselben auf Gesetz. Zwar ist richtig — und das widerspricht dem Begriff des Budgetrechts auch gar nicht — dass eine grosse Anzahl von Ausgaben absolut nicht verweigert werden kann, dass das namentlich diejenigen Ausgaben sind, die aus feststehenden, dauernden institutionellen Verhältnissen von selbst folgen. Das ist aber überhaupt beim ganzen Etat der Fall, nicht blos beim Militäretat. Aber es bleibt doch noch trotz der Feststellung der Friedenspräsenzstärke eine sehr grosse Anzahl von Positionen der discretionären Bewilligung des Parlaments unterworfen. Es gehören dahin nicht blos alle Extraordinarien, sondern auch ein sehr grosser Theil der Ordinarien des Militäretats, indem eine sehr erhebliche Anzahl von Positionen im Militäretat, und gerade sehr wichtigen, nicht unbedingt mit der Feststellung der Friedenspräsenzstärke zusammenhängt. Beispielsweise ist eine grosse Anzahl von Militärbeamten, Offizieren u. s. w. von vornherein gegeben oder nicht gegeben, einerlei, wie hoch die Präsenzstärke der Armee bemessen wird. Es wurde also der Einwand selbst zuerst thatsächlich bestritten. || Aber das Hauptgewicht legten die Vertreter der Reichsregierung und die Mitglieder der Commission auf die organische Nothwendigkeit, ganz abgesehen von dem Budgetrecht, die Friedenspräsenzstärke auf Gesetz zu basiren. Sie sagten: ein Theil der Commission — ich werde darauf noch später zurückkommen — ist ja damit einverstanden, dass die Formationen, die Bataillons, die Escadrons, die Batterien, die Specialformationen auf Gesetz basirt werden. Man erkennt an, dass die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Organisation des Reichsheeres wenigstens so weit geht. Wer das aber anerkennt, erkennt loyaler Weise an, dass damit wenigstens eine Minimal-Friedenspräsenzstärke von selbst gegeben ist. Ein Bataillon ist doch ein Bataillon und keine Compagnie. Wer ein Bataillon auf Gesetz basirt, erkennt damit an, dass das Bataillon doch mindestens eine Minimal-Friedenspräsenzstärke haben muss, und dass er bei Aufstellung des Budgets nicht berechtigt ist, wenn er loyal verfahren will, thatsächlich ein Bataillon in eine Compagnie zu verwandeln. || Die Friedenspräsenz ergibt sich aus den

Aufgaben, welche den einzelnen Formationen militärisch-technisch obliegen. Die Höhe der Friedenspräsenz bei gegebenen Formationen, bei Annahme des § 2 des Gesetzes ist nicht eine jährlich sich verändernde, beim Budget zu erledigende Frage, sondern ist eine militärisch-technische Frage, über welche sich Reichsregierung und Reichstag ein für alle Mal einigen müssen. || Um dies näher klar zu machen, gingen nun die Vertreter der Reichsregierung und die Vertreter dieser Ansicht in der Commission auf den eigentlichen Grund oder den Zweck, wenn ich mich richtig ausdrücken soll, den die Friedenspräsenzstärke überall zu vertreten hat, nämlich auf die Kriegsstärke. Sie sagten, wir wollen und müssen eine Kriegsstärke in einer bestimmten Höhe haben (ich komme nachher auf die Ziffern zurück, wenn ich die zweite Frage beleuchte), und die Kriegsstärke einer Nation wie der deutschen muss ein für alle Mal, wenigstens für eine längere Periode, festgestellt werden; sie hängt nicht ab von augenblicklichen politischen Constellationen, von einer drohenden Kriegsgefahr; sie wird bedingt durch die gesammte Lage der deutschen Nation mitten in Europa mit den und den Nachbarn, mit Nachbarn, welche die und die Militärmacht haben, von den und den möglichen politischen Constellationen, von der gegebenen Thatsache, dass wir uns vorbereiten müssen, möglicherweise einmal auf zwei Fronten zu schlagen, — mit einem Worte, ist bestimmt durch dauernde Verhältnisse. Ist die Kriegsstärke eine dauernde Frage, ist die Frage, welche Kriegarmee unsere Nation haben muss, unabhängig von den schwankenden jährlichen Verhältnissen des jährlichen Budgets, so ist dieselbe auch auf Gesetz zu basiren; man kann nicht jedes Jahr darüber streiten, es muss ein für alle Mal über diese dauernde Frage eine dauernde Einigung stattfinden zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage. Setzt ihr aber die Kriegsstärke fest durch ein Gesetz als dauernde Institution, so habt ihr damit von selbst die Friedenspräsenzstärke festgestellt. Denn wir haben die allgemeine Wehrpflicht, wir haben es ja gar nicht in der Hand, durch Erhöhungen eines jährlichen Etats, durch Anwerbung von Soldaten, wie in England, die Kriegsstärke von heute auf morgen, vom Jahre 1874 auf das Jahr 1875, zu verändern; bei uns, bei der allgemeinen Wehrpflicht, ändert sich aus der Friedenspräsenzstärke die Kriegspräsenzstärke erst nach zwölf Jahren; wenn ihr also die Kriegsstärke feststellen müsstet durch Gesetz, wenn ihr anerkennt, dass das eine dauernde Frage ist, so müsst ihr consequent anerkennen, dass das ebenso folgt für die Friedenspräsenzstärke, denn die Friedenspräsenzstärke ist nichts Anderes als das Mittel, die Kriegsstärke zu bekommen. So ist die Folge der allgemeinen Wehrpflicht die dauernde Fixirung der Friedenspräsenzstärke. || Ich bitte Sie, meine Herren, diese Gesichtspunkte genau festzuhalten; sie sind der rothe Faden, der auch die weiteren Deductionen und Gegendeductionen durchläuft. — Darauf wurde nun erwidert: die Kriegsstärke wird nicht ausschliesslich bestimmt durch die Friedenspräsenz, sondern dazwischen liegt die Dienstzeit. Mit derselben Friedenspräsenz und einer anderen Dienstzeit kommen wir auf eine andere

Nr. 5337. **Kriegsstärke.** In der Verfassung ist allerdings vorgeschrieben, dass jeder Deutsche verpflichtet ist, drei Jahre zu dienen; diese Verpflichtung schliesst aber nicht die Verpflichtung für den Reichstag in sich, dafür auch die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Der Reichstag kann dies frei mit der Reichsregierung erwägen, weil er eben die Friedenspräsenz festzustellen hat, und, wenn er das kann, entscheiden, wie viel Mittel bewilligt werden sollen, und diese Mittel bedingen den Friedenspräsenzstand. Wenn auch der Kaiser das Recht hat, den Präsenzstand seinerseits zu normiren, so hat der Reichstag dagegen das Recht, dazu die Mittel zu geben oder zu verweigern. Bestimmt der Kaiser seiner verfassungsmässigen Befugniss entsprechend eine hohe Einziehung von Rekruten, so ist bei geringeren Mitteln naturgemäss die Dienstzeit eine kürzere; werden grössere Mittel bewilligt, so ist die Dienstzeit eine längere. Zwar ist richtig, dass eine geringere Einziehung von Rekruten schliesslich zu einer erheblichen Verminderung der Kriegsstärke führt — dieselbe Dienstzeit vorausgesetzt; aber es ist ja die Kriegsstärke durch Gesetz nicht festgestellt, der Reichstag hat also völlig freie Hand. || Die Frage also, die hier entsteht, ist die: soll der Reichstag, nachdem er durch Votirung der Verfassung des norddeutschen Bundes, beziehungsweise des deutschen Reiches, eingewilligt hat, dass der alte Streit um zwei- und dreijährige Dienstzeit beseitigt werde, nachdem er zugegeben, aber auch nicht mehr zugegeben hat, als dass die Maximaldienstzeit, zu welcher der Einzelne verpflichtet ist, drei Jahre betrage, soll der Reichstag nun noch einen Schritt weiter gehen und sich verpflichten, die Mittel zu bewilligen, um diese Maximaldienstzeit, zu welcher der Einzelne verpflichtet ist, zu einer wirklichen dreijährigen Dienstzeit für jeden einzelnen Mann zu machen? Dazu können wir uns nicht verpflichten und auch nicht berechtigt halten. Wir wollen dies frei erwägen, wir wollen dem Reichstage das Recht, in dieser Beziehung frei zu entscheiden in jedem einzelnen Jahre, nicht vergeben. Wenn wir auch, sagten die Einen, in der gegenwärtigen Lage, bei der politischen Constellation, bei den drohenden Eventualitäten, die auch wir nicht verkennen, keineswegs gemeint sind, heute sofort diese Frage nach der zweijährigen Dienstzeit praktisch zu machen, wenn wir auch nicht darauf dringen wollen, die thatsächlich bestandene Dienstzeit für die Infanterie auf zwei Jahre zur Zeit herabzudrücken, so wollen wir doch nicht für die Zukunft die Einwirkung des Reichstages mittels des Budgets auf die Länge der Dienstzeit aus der Hand geben, und deswegen wollen wir nicht die Feststellung der Friedenspräsenzstärke im Gesetz. Ein anderer Theil — ich werde später darauf zurückkommen — ging weiter und beantragte, dass schon jetzt statt der §§ 1—3 der Vorlage die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie bei der Bewilligung der Verpflegungssätze der Armee zu Grunde gelegt werde. || Diese Discussionen führten nun von selbst zur Klarstellung des bisher Thatsächlichen und zu der anderen Frage: wie denn die geforderte Friedenspräsenzstärke von 401,659 Mann auf die thatsächliche Dienstzeit der Infanterie des deutschen Heeres einwirken

werde. Meine Herren, ich verweise in dieser Beziehung auf die beigedruckten Beilagen. Ich muss annehmen, dass bei der grossen Wichtigkeit der Frage wenigstens alle Mitglieder des Hauses diese Beilagen genau studirt haben. Ich muss mich darauf beschränken, die logischen Verbindungsglieder und allgemeinen Gesichtspunkte, welche dieses Material mit einander verbinden, hier zu erörtern und sie dadurch auch im Volke klarzustellen. || Meine Herren, es wurde also zuerst gefragt: welche thatsächliche Dienstzeit hat bestanden während der Jahre 1872 und 1873 in der deutschen Armee, sowohl in der preussischen Armee und den verbundenen Armeen des norddeutschen Bundes, als in der württembergischen und bayerischen Armee? Das Material finden Sie hier ausführlich dargelegt. Es ergibt sich daraus, dass die Etatsstärke der Armee keineswegs sich mit der wirklichen Präsenzstärke gedeckt hat, dass in diesen Jahren eine sehr erhebliche Verringerung der Dienstzeit der Infanterie stattgefunden hat, dass gegen die Etatsstärke die Effectivstärke in der Armee des norddeutschen Bundes, wenn ich mich kurz ausdrücken darf, 88,8 Prozent im Jahre 1872 und 90,8 Prozent im Jahre 1873 betrug. Aehnlich ist das Verhältniss in der bayerischen und württembergischen Armee gewesen. Nun heisst es, wenn ihr in diesen Jahren mit dieser geringen Dienstzeit und der geringen Präsenzstärke, obwohl bei der vollen Einziehung von 130,000 Mann Rekruten, ausgekommen seid, wie kommt ihr dazu, jetzt auf einmal eine Friedenspräsenzstärke zu fordern, die darüber sehr erheblich hinausgeht? Darauf erwiderten die Vertreter der Reichsregierung Folgendes: Der bisherige Zustand ist lediglich eine nothgedrungene Folge des Pauschquantums gewesen. Das Pauschquantum hat uns gezwungen, aus Mangel an Mitteln viel grössere Beurlaubungen eintreten zu lassen, als mit der Ausbildung der Armee verträglich gewesen ist. Es ist gerade die Absicht, diese Nachtheile, die aus dem bisherigen Mangel an Mitteln in Bezug auf die Ausbildung der Armee eingetreten sind, für die Zukunft zu beseitigen. Wir können daher die Beweiskraft dieser lediglich aus einem finanziellen Nothstande hervorgegangenen Zustände nicht anerkennen. Wir gestehen offen, wir wünschen aus diesen Nachtheilen herauszukommen. Wenn diese Nachtheile jetzt schon unverkennbar gewesen sind, so würden sie noch weit grösser gewesen sein, wenn wir nicht den Krieg von 1870 durchgemacht hätten, wenn wir nicht die Erfahrungen dieses Krieges benutzt hätten, wenn nicht eine ungeheure Anspannung aller Kräfte gleich nach dem Kriege eingetreten wäre. Alles dies fällt in Zukunft weg, und die Nachtheile, die heute schon erkennbar sind für die Ausbildung der deutschen Armee, würden in Zukunft doppelt gross werden, wenn wir diejenigen Vortheile, die aus dem grossen Kriege für die Ausbildung der Truppen und die Erfahrungen der Führer folgen, allmählich verlieren. Wir können also nicht anerkennen, dass darin irgend eine Beweiskraft gegen uns liegt; das gerade Gegentheil ist der Fall. | Man kam sodann auf eine andere Frage: wie hoch stellt sich denn bei einer Präsenzstärke in bestimmter Höhe des ganzen Heeres und in der Voraussetzung, dass die Specialwaffen, die Cavallerie, die Artillerie, die

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

Oekonomiehandwerker und die besonderen Formationen, drei volle Jahre dienen, thatsächlich die durchschnittliche Dienstzeit der Infanterie? Darüber haben Sie, meine Herren, eine ganz ausführliche Berechnung in den Anlagen. Diese Berechnung ergab nun, dass die Forderung der Regierungsvorlage eine thatsächliche dreijährige Dienstzeit für die Infanterie nicht involvirt. Für manche Commissionsmitglieder war dies überraschend; man war vielfach von der Idee ausgegangen, dass die Regierungsforderung identisch sei mit der einer vollen dreijährigen Dienstzeit. Es hat sich aber herausgestellt, nach der Behauptung der Regierung, dass bei der Bewilligung der Regierungsvorlage eine durchschnittliche Dienstzeit der Infanterie von nur 2 Jahren, 5 Monaten und 13 Tagen stattfinden werde. Die Regierung hat dabei weiter berechnet, dass, wenn man die Friedenspräsenzstärke auf 380,000 Mann reducirt, die Dienstzeit der Infanterie 2 Jahre, 4 Monate und 22 Tage, wenn man die Friedenspräsenzstärke auf 370,000 Mann reducirt, die durchschnittliche Dienstzeit 2 Jahre, 3 Monate und 12 Tage, bei einer Friedenspräsenzstärke von 360,000 Mann 2 Jahre, 1 Monat und 29 Tage, bei einer Friedenspräsenzstärke von 350,000 Mann 2 Jahre und 19 Tage, bei einer Friedenspräsenzstärke von 320,000 Mann die durchschnittliche Dienstzeit für die Infanterie 1 Jahr, 8 Monate und 21 Tage betragen würde, — immer vorausgesetzt, dass man die volle Kriegsstärke beibehalten will, dann also nicht eine Reducation der Rekrutenzahl stattfindet. Will man aber die von der Regierung vorausgesetzte Durchschnittsdienstzeit von 2 Jahren, 5 Monaten und 13 Tagen beibehalten, so würde bei einer Feststellung der Friedenspräsenzstärke auf 320,000 Mann ein Ausfall an der Kriegsstärke von 245,597 Mann, bei einer Friedenspräsenzstärke von 350,000 Mann ein Ausfall von 130,851 Mann, bei einer Friedenspräsenzstärke von 360,000 Mann ein Ausfall von 92,862 Mann, bei 370,000 Mann Friedensstärke ein Ausfall von 59,094 Mann und bei einer Friedenspräsenzstärke von 380,000 Mann ein Ausfall von 21,105 Mann an Kriegsstärke eintreten. Wenn man aber einen durchschnittlichen Friedenspräsenzstand von 385,000 Mann bewilligt, so würde kein Ausfall eintreten. || Es ist allerdings, meine Herren, diese Berechnung der Staatsregierung bemängelt und kritisirt worden durch ein Commissionsmitglied, und es ist Ihnen diese Kritik zugegangen, ebenso die Gegenkritik der Reichsregierung. Die Herren haben Beides gelesen; ich halte es, um den Zusammenhang nicht zu gefährden, bei der Schwierigkeit des Referats nicht für richtig, auf diese Details hier einzugehen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Staatsregierung ihre Berechnungen in folle festgehalten hat und sie für nicht widerlegt erklärt durch die Kritik eines Commissionsmitgliedes. || Nach Klarstellung der Thatsache wurde nun gefragt: was hält denn nach den Erfahrungen dieser drei grossen Kriege die Staatsregierung von der Länge der Dienstzeit? ist wirklich eine zweijährige Dienstzeit für die Infanterie nicht genügend? Diese Frage musste natürlich im Zusammenhange erörtert werden, wenn man auch sagen kann, dass wir es wenigstens formell hier mit einem Gesetze über die

Dienstzeit nicht zu thun haben. || Da sind nun die Vertreter der Reichsregierung mit grösster Entschiedenheit darauf stehen geblieben, dass eine reine zweijährige Dienstzeit für die Armee, auch für die Infanterie allein, zur Zeit unmöglich sei. Man hat anerkannt, dass die Intelligenz des Volkes und der Rekruten zwar erheblich gewachsen sei und noch mehr wachsen werde im Laufe der Zeit; dagegen seien aber auch die militärischen Anforderungen an die Ausbildung und die Leistungen der Soldaten in Folge der Erfahrungen der neueren Kriege so bedeutend gestiegen, dass das erstere Moment dadurch weitaus ausgeglichen sei. Einmal seien hier von Bedeutung die neuen Schusswaffen, welche es zulassen, schon aus grossen Entfernungen zu schiessen, und welche daher eine sehr bedeutende Uebung, Disciplin und Kaltblütigkeit der Truppen voraussetzen, um Missbräuche zu verhüten; andererseits aber falle ins Gewicht die stetig gestiegene Nothwendigkeit der Auflösung ganzer Truppenkörper. Man müsse jetzt, das haben die Erfahrungen der neueren Kriege unbedingt ergeben — mit aufgelösten Truppenkörpern in weit grösserem Masse kämpfen als früher und spare dadurch Menschenleben und Blut. Je tüchtiger ausgebildet die deutschen Soldaten sind, je mehr sie fähig sind, den schwierigen Anforderungen des aufgelösten Gefechts, bei welchem der einzelne Mann, dem Commando seines Offiziers entzogen, auf sich selbst gestellt ist und sich helfen muss, zu genügen, um so weniger blutig werden die grossen Kriege für unsere Nation ausfallen; andererseits liege aber in dieser Gefechtsart mit ungeübten Truppen eine grosse Gefahr — ich brauche das nicht näher auszumalen, es kann ja das selbst ein Laie sich denken. In der Armee sei daher die allgemeine und einstimmige Ueberzeugung, wenn es auch keineswegs nothwendig sei, Jedermann drei Jahre dienen zu lassen, dass doch eine gesetzliche Beschränkung auf die zweijährige Dienstzeit unzulässig sei; eine grosse Anzahl Soldaten sei in zwei Jahren nicht genügend auszubilden; man müsse einen Theil der weniger ausgebildeten in das dritte Jahr hinein bei der Fahne behalten, und selbst von den guten Elementen müsse man einen Theil behalten aus militärisch erzieherischen und gewissermassen psychologischen Gründen. Jetzt wende die Armeeleitung den Sporn zu einer guten Ausbildung und tüchtigen Führung insoweit an, dass in der Regel die gut ausgebildeten Mannschaften in grosser Zahl nach zwei Jahren entlassen werden, theilweise sogar noch früher, dass die mangelhaft ausgebildeten und weniger leistungsfähigen aber in das dritte dienen. Man dürfe aber nicht alle gut ausgebildeten Truppen schon nach zwei Jahren entlassen, weil damit der Sporn weg-falle, und weil andererseits damit das wichtige Moment weg-falle, dass die neu eintretenden Rekruten den guten Halt und die Belehrung in den Mannschaften des dritten Dienstjahres fänden. Die Erklärung des Herrn Majors Blume, die auch mit abgedruckt ist, enthält in dieser Beziehung das Nähere. || Die Commission ist in Folge dieser Erklärung auf die Frage nicht tiefer hineingegangen, die Ansichten sind berichtet oder stehen geblieben, die Frage ist nicht weiter zur Entscheidung gekommen; sie lag uns ja auch nicht ausdrück-

Nr. 5337. Deutschland. 13. April 1874. lich zur Entscheidung vor. Ich kann nur betonen, dass die Kriegsverwaltung, wenn sie auch nur eine durchschnittliche Dienstzeit von noch nicht $2\frac{1}{2}$ Jahren für die Infanterie in Aussicht nimmt, doch die Möglichkeit einer gesetzlichen Beschränkung der Dienstzeit für die Infanterie auf zwei Jahre durchaus in Abrede gestellt hat. || Meine Herren, im Anschluss an diese Discussion tauchte nun in der Commission die Idee auf, ob es möglich sei, eine Ziffer, welche dem Minimal-Durchschnittspräsenzstand entspreche, in das Gesetz aufzunehmen, so dass man eine Maximalziffer habe, die Regierungsziffer, und eine Minimalziffer, den Durchschnittspräsenzstand, welchem entsprechend pro minimo die Verpflegungs-Etats zu bewilligen seien. Die Regierung erklärte diesem Gedanken gegenüber, dass das, was sie gefordert, das Minimum bereits sei; man habe sich von vornherein entschlossen, nicht weiter zu gehen, als man für unbedingt nothwendig halte; man wolle nicht handeln mit dem Parlament; das deutsche Heer könne volle Offenheit und Klarheit vertragen; man sei überzeugt gewesen, der Reichstag werde das Nöthige thun, und man habe daher von vornherein nicht mehr gefordert, als man fordern müsse; militärisch-technisch könne man nicht weniger fordern, und man könne daher auch auf eine solche Minimalpräsenzziffer nicht eingehen. || Dies führte nun darauf, ganz klarzustellen, was denn eigentlich mit der Regierungsziffer gemeint ist, was damit gemeint ist, wenn es heisst: die Friedenspräsenzstärke an Unteroffizieren und Mannschaften des deutschen Heeres wird auf 401,659 Mann festgestellt. Meine Herren, nach den Erklärungen der Regierung heisst das zweierlei (und dieses zu betonen ist um so wichtiger, als selbst, wenn Amendements angenommen würden, die mit dem Inhalte dieser Erklärung nicht im Widerspruche stehen, pro futuro diese authentische Erklärung stehen bleibt, um den Sinn des § 1 der Regierungsvorlage klar zu machen). Die Regierung erklärte also: diese Ziffer ist eine Maximalziffer in dem Sinne, dass die Friedenspräsenzstärke der deutschen Armee an keinem Tage des ganzen Jahres über diese Ziffer hinausgehen darf. Sie ist aber zweitens eine Normalziffer, insofern sie das Recht der Reichsregierung enthält, von dem Parlamente die Verpflegungstage correspondirend mit diesem Präsenzstande zu fordern, also Verpflegungstage gleich der Summe 401,659 Mann mal 365 Tage. || Darauf wurde nun in der Commission erwidert, dann würde ja das Parlament mehr bewilligen, als wirklich verausgabt werde. Denn es seien doch bei einem Maximal-Friedenspräsenzstande von 401,000 Mann immer Manquements durch Krankheit, durch Tod, durch Desertion oder aus sonstigen Gründen vorhanden. Diese Manquements seien, wenn die Maximalstärke nur 401,659 Mann betragen darf, jedenfalls in Abrechnung zu bringen. Ausserdem aber finde erfahrungsmässig ein Zwischenraum zwischen der Einziehung der Truppen und der Beurlaubung, welcher auch zu Ersparungen führe, statt. || Die Reichsregierung erklärte hierauf: das ist alles richtig, und wir halten uns auch nach unserer Vorlage für verpflichtet, diese Ersparungen wieder in die Reichskasse zu bringen. Wir wissen sehr wohl, dass wir die

auf Grund der Ziffer 401,659 Mann bewilligten Beträge nicht werden ganz ausgegeben können, und eine Differenz zwischen dem veranschlagten Bedarf und der Wirklichkeit eintreten wird; ein Nachtheil kann dadurch aber nicht entstehen, denn die betreffende Ersparung fliesst wieder in die Reichskasse. || Meine Herren, das Amendement Bethusy-Huc, welches ja viel genannt worden ist, entstand aus dieser Discussion. Das Amendement, dessen Wortlaut ich leider ebenso wenig wie den Wortlaut eines anderen Amendements vor mir habe, weil der Herr Protokollführer das betreffende Protokoll der entscheidenden Sitzung wahrscheinlich in Folge von Krankheit nicht hat aufstellen können, ging eben in der Sache dahin, dass dem § 1 der Regierungsvorlage hinzugefügt werden solle: „dem Verpflegungsetat der Truppen wird die Durchschnittspräsenz-zahl von 384,000 Mann zu Grunde gelegt“, so dass also der § 1 der Regierungsvorlage stehen blieb, dann aber eine Erklärung, wie beim Budget verfahren werden solle, in diesem Sinne hinzugefügt wurde. Dieser Satz stand also nicht im Gegensatz gegen die Regierungsvorlage. Er unterschied sich von der Regierungsvorlage nur dadurch, dass möglicherweise und regelmässig bei der Regierungsvorlage mehr bewilligt werden müsste an Verpflegungstagen, als thatsächlich zur Ausgabe kommt, und dann die Ersparungen in die Reichskasse zurückfliessen, während hier von vornherein auf den durchschnittlichen Präsenzstand bei Voraussetzung der regierungs-seits geforderten Friedenspräsenzstärke die Verpflegungstage, die zu bewilligen sind, normirt wurden. Die Staatsregierung hat sich auch über dieses Amendement nicht gerade zustimmend erklärt, aber sich auch nicht gerade entschieden ablehnend verhalten. || Sie sehen also, meine Herren, die Frage, ob überall durch Gesetz die Friedenspräsenzstärke festzustellen sei, und welche Folgen es haben würde, wenn die Regierungsvorlage angenommen wird, hat zu ganz eingehenden, gründlichen und objectiven Discussionen Anlass gegeben. || Ich glaube, Sie können der Commission das Zeugniß nicht verweigern, dass sie sich bemüht hat, das Material sich selber und dem Reichstage vollständig klarzulegen, und ich hoffe, dass selbst auch mein verehrter College Windthorst jetzt mir zugeben wird, dass man allerdings mit Zuhilfenahme des Materials über die entscheidende Frage sich eine klare Meinung bilden könne. || Die Frage, ob die Commission sich entschliessen sollte, der Regierungsvorlage zuzustimmen, wurde nun auch noch weiter begründet durch die Vorgänge im früheren preussischen Abgeordneten-hause. Es wurde von einer Seite behauptet, dass die liberale Partei im preussischen Abgeordneten-hause, wenigstens im Jahre 1863, gerade dasjenige gefordert habe, was die Regierung jetzt beantragte; von der andern Seite wurde dies bestritten. Schliesslich ist die Commission — in der allseitig getheilten Erwägung, glaube ich, dass wir unsere Entscheidung aus der gegenwärtigen politischen und allgemeinen Lage herleiten müssen und das, was im Jahre 1863 unter ganz anderen Umständen gegen und für discutirt ist, heute für uns nicht mehr entscheidend sein könnte — darüber hinweggegangen; sie hat die Sache auf sich beruhen

Nr. 5337.
Deutschland.
18. April 1874.

lassen, und auch ich gehe daher umsoweniger hierauf weiter ein, als ich, wie gesagt, das Gefühl habe, die Commission wollte die früheren Vorgänge nicht weiter erörtern, und als ich auch selbst glaube, dass sie für uns nicht entscheidend sind. || Endlich sind auch die Vorgänge in anderen Staaten in die Erörterung gezogen. Haben andere grosse Nationen die Friedenspräsenzstärke der Armee durch Gesetz festgestellt? Oesterreich? Nein! Italien? Nein! Russland? Selbstverständlich nein; dort ist ja Absolutismus! Frankreich? Bis jetzt auch nein! Man fragte also: wie kommt es, dass ihr behauptet, die Feststellung der Friedenspräsenz durch Gesetz sei in Deutschland nothwendig, wenn dies bei den andern Nationen nicht erfordert ist? Darauf wurde erwidert: bei welchen Nationen und seit wann besteht denn die allgemeine Wehrpflicht, und von welcher Nation haben diese anderen Völker die allgemeine Wehrpflicht mit ihren Consequenzen angenommen? Italien, Frankreich, Oesterreich, Russland haben die allgemeine Wehrpflicht und die deutsche Heeresverfassung erst jetzt acceptirt; man kann also aus dem Umstande, dass dort die Friedenspräsenz durch Gesetz noch nicht dauernd festgestellt ist, überall nichts herleiten. Aber was Frankreich betrifft, so ist allerdings die Absicht in Frankreich auf gesetzliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke gerichtet. Denn das französische Gesetz, was ja im Uebrigen, nur noch viel rücksichtsloser und sogar mit rückwirkender Kraft für die Vergangenheit, die Grundsätze der deutschen Wehrpflicht copirt, sagt im Artikel 6, Absatz 2: *La composition détaillée des corps d'armée, des divisions et des brigades, celle des cadres des corps de troupes de toutes armes dont l'armée se compose, et les effectifs de ces corps de troupes tant sur le pied de paix que sur le pied de guerre, seront déterminées par une loi speciale.* || Hier wird also deutlich ausgedrückt, dass nicht durch den Etat, sondern durch Specialgesetz, also dauernd, der Effectivbestand aller Corps bestimmt werden soll, — im Frieden und im Kriege. Es wurde aber auch das wieder aus denselben Gründen bestritten, die ich referirt habe in Bezug auf die Bestimmungen der deutschen Verfassung: man könne nicht ersehen, auf wie lange der Effectivbestand festgestellt werden solle, ob dauernd, oder ob gar die Feststellung zum Budget gemeint sei. Wir können so wohl nicht viel herleiten aus den Vorgängen bei den anderen Nationen. Wir müssen in dieser Frage uns selber helfen; wir müssen, weil wir doch unzweifelhaft in diesen Dingen die erste nationale Autorität in der Welt sind, die Entscheidung aus unseren eigenen Zuständen schöpfen. || Gerade in dieser Beziehung aber wurde betont, wenn auch eine andere Nation nicht Veranlassung haben sollte, die Friedenspräsenzstärke durch Gesetz festzustellen, so sei in dem deutschen Reiche, in einem so componirten Staate, in einem so jungen Staate, dessen Verhältnisse noch mehr und mehr im Laufe der Jahre zusammenwachsen müssen, erst recht die volle Sicherung der festen Grundlage der Armee geboten; es sei das eine patriotische Pflicht, die gerade nach unseren politischen Verhältnissen mehr Platz greife, als in anderen Einheitsstaaten. Es wurde, weniger von den Ver-

tretern der Reichsregierung als von verschiedenen Commissionsmitgliedern, gesagt, es sei an der Zeit, die Frage nach der Friedenspräsenzstärke und der Höhe der Armee aus den zeitweilig wiederkehrenden politischen Agitationen herauszuziehen, endlich hier auf einen dauernden Zustand zu kommen. Dies werde immer ein bequemes Agitationsmittel sein, und es sei wünschenswerth, damit ein für alle Mal fertig zu werden; man müsse die Armee, die erste Institution des Reiches, gerade in den gefährlichen Zeiten, in denen wir leben, unbedingt sichern. || Darauf wurde erwidert, solche Deductionen würden in ihren Consequenzen zu einer Negation des parlamentarischen Systems überhaupt führen; es sei aber auch durch die Erfahrungen klargelegt, dass solche Sicherungsmassregeln nicht nothwendig seien; das Parlament habe das grösste Entgegenkommen in Beziehung auf die militärischen Bedürfnisse bewiesen; die Stimmung des Volkes, die sich klar genug kundgegeben habe, beweise zur Genüge, wie tief die Einsicht von der Nothwendigkeit einer starken Wehrhaftigkeit der deutschen Nation eingedrungen sei, und man könne daher mit voller Ruhe die jährliche Bewilligung der Friedenspräsenzstärke der Vertretung des Volkes anvertrauen; es dürfe die Armee nicht isolirt stehen: Volk und Vertretung und deutsche Armee gehörten zusammen. || Von anderer Seite wurde namentlich darauf hingewiesen, dass man gegen ein illoyales Parlament sich überall nicht schützen könne; wenn man daher glaube, dass einmal ein Parlament in seiner Mehrheit die offenbaren Interessen der Nation in Beziehung auf ihre Sicherheit nach aussen schädigen könne, dann müsse man zur Auflösung schreiten. Die Staatsregierung sei auch durch die Bewilligung der Mannschaften noch keineswegs gesichert in Beziehung auf die Bewilligung des Geldes; ein illoyales Parlament finde allerdings noch Mittel genug, auch trotz der Feststellung der Friedenspräsenzstärke in die Armee hineinzugreifen. Hieran knüpfte sich dann die Gegenbemerkung: wenn das der Fall sei, so widerlege sich ja von selbst, dass die Feststellung der Friedenspräsenzstärke die Aufhebung des Budgetrechts bedeute, und gehe auch daraus die Unbedenklichkeit der Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch Gesetz hervor, — ein Einwand, der die Entgegnung hervorrief, man müsse bei allen Beschlüssen und beim ganzen Verhalten des Parlaments ein loyales Parlament voraussetzen; ein loyales Parlament werde sich allerdings gebunden erachten, die gesetzliche Friedenspräsenzstärke auch bei den Geldbewilligungen voll zu respectiren; setze man überhaupt ein illoyales Parlament voraus, dann allerdings sei die erste Einwendung gerechtfertigt. || Meine Herren, schliesslich gelangte die Frage zur Erörterung: ist denn die Höhe der Friedenspräsenz, wenn sie einmal durch Gesetz festgestellt werden soll, richtig gegriffen? Die Regierung erklärt: sie ist das Minimum; wir haben die geringste Friedenspräsenz gegriffen, eine Friedenspräsenz, welche sich jährlich vermindert; — bei steigender Bevölkerung wird der Prozentsatz von Jahr zu Jahr kleiner; wir haben eine Friedenspräsenzstärke gegriffen, welche als Maximalbetrag den Präsenzstand bezeichnet, während der Kaiser verfassungsmässig das Recht hat,

Nr. 5337.
Deutschland.
18. April 1874.

den Präsenzstand der Truppen zu bestimmen. Die Friedenspräsenz hängt ab von der Kriegsstärke, und unsere Kriegsstärke hängt ab von der Kriegsstärke der anderen Nationen. Frankreichs Organisation führt nach ihrer vollen Durchführung zu einer Kriegsstärke von 2,250,000 Mann, die Russlands zu einer Kriegsstärke von 1,538,000, die Oesterreichs zu einer Kriegsstärke von 1,088,000 Mann und die Italiens zu einer Kriegsstärke von 975,000 Mann. Es wurde gesagt, dass möglichen Combinationen und solchen grossen Militärmächten gegenüber nur die ausserordentliche Tüchtigkeit des Offizierstandes und der Mannschaften der deutschen Armee es rechtfertige, auf eine so niedrige Kriegsstärke zurückzugehen. Die Regierung könne daher ebenso wenig wie der Kaiser sich jemals in einer übersehbaren Zeit berechtigt halten, unter diese Kriegsstärke und folglich unter diese Friedensstärke herabzugehen. Meine Herren, ich betone darum hier noch einmal, dass letzteres in der Commission von keiner Seite verlangt wurde, dass Niemand in der Commission behauptet hat, die Kriegsstärke sei zu hoch bemessen. || Man hat allerdings von einer Seite in der Commission den Versuch gemacht, die Friedenspräsenz herabzudrücken durch sofortige Herabdrückung der Dienstzeit. Es wurde von einer Seite in der Commission das Amendement eingebracht, statt der §§ 1 bis 3 zu sagen: || Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird jährlich festgesetzt bei dem Etat und zwar unter Zugrundelegung einer zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie. || Die Herren, die diesen Antrag stellten, behaupteten, die zweijährige Dienstzeit genüge für die Infanterie; auch sie wünschten, dass die jährlich eingestellte Rekrutenzahl nicht weniger als 130,000 Mann betrage; sie wollten aber dieselbe Kriegsstärke mit einer geringeren Dienstzeit erreichen. Dieses Amendement fand nur 8 Stimmen, indem diejenigen Herren, welche im Uebrigen der Regierungsvorlage nicht zustimmen konnten, dennoch erklärten: nach der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland können wir uns nicht berechtigt halten, sofort schon auf die Einführung einer zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie zu drängen; wir wollen uns nur nicht für die Zukunft in dieser Beziehung die Möglichkeit beschränken. || Andere Commissionsmitglieder erklärten, dass sie für alle Amendements nicht stimmen könnten, für das des Herrn Grafen Bethusy nicht, weil es mit der Regierungsvorlage identisch sei, für das Amendement, welches ich eben bezeichnet habe, und welches 8 Stimmen erhielt, nicht, weil die gesetzliche Dienstzeit drei Jahre betrage, weil man die Frage nach der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit im Jahre 1867 geschlichtet habe, und weil man zur Zeit die momentanen politischen Verhältnisse am allerwenigsten dazu angethan halte, diese militärisch-technische Frage in den Vordergrund zu ziehen; es sei aber auch nach ihrer Meinung die Frage nach der Dienstzeit nicht eine Budgetfrage, sondern eine militärisch-technische Frage, die durch Gesetz geordnet werden müsse und nicht durch den Etat. Diese Commissionsmitglieder erklärten: sie könnten aber auch nicht für die Regierungsvorlage stimmen, weil sie hofften, dass eine Einigung zwischen Reichstag und Reichs-

regierung auf anderen Grundlagen noch möglich sein werde, und weil sie sich dies ausdrücklich vorbehalten wollten; sie sagten, dass sie daran verzweifelten, auf Grund der Regierungsvorlage zur Zeit eine Majorität im Hause zu finden, dass sie aber eine Einigung mit der Regierung wünschten, und dass sie sich eine solche für das Plenum um so mehr vorbehielten, als auch die Majoritätsverhältnisse der Commission nicht danach angethan seien, Ausgleichungsanträge eine Majorität finden zu lassen. Sie forderten die Reichsregierung mehrfach auf, sich darüber zu erklären, ob es möglich sei, eine Ausgleichungsbasis zu finden; die Vertreter der Reichsregierung erklärten aber: sie könnten nur bei der Regierungsvorlage stehen bleiben; sie hielten sich nicht berechtigt, eine vom Bundesrathe gemachte Vorlage ihrerseits gewissermassen ohne ausdrückliche Vollmacht zu modifiziren. || So kam es denn nun zur Abstimmung. Es fiel in der ersten Lesung der § 1 der Regierungsvorlage gegen vier Stimmen, in der zweiten Lesung gegen sechs Stimmen mit denjenigen Erklärungen eines Theiles der Commissionsmitglieder, die ich bereits eben mitgetheilt habe. || Ich halte mich zum Schluss noch verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass die Commission nicht blos mit den erörterten, mehr verfassungsmässigen, constitutionellen Fragen und mit militärisch-technischen Fragen sich beschäftigt hat, sondern dass sie auch gesucht hat, sich darüber klar zu werden, welche finanziellen Folgen nun die Bewilligung der Friedenspräsenzstärke nach der Vorlage der Regierung haben werde. In dieser Beziehung ist auf Anfrage des Collegen Richter eine ausführliche Erwiderung Seitens der Regierung erfolgt und hier abgedruckt; ausserdem ist gewissermassen ein Budget fictiv pro 1875 den Herren sämmtlich bereits mitgetheilt. Aus demselben ergiebt sich, dass die Mehrausgabe des Militäretats unter Zugrundelegung der Regierungsvorlage gegen 1874 pro 1875 betragen würde 13,668,926 Thaler, dass aber möglicherweise hinzukommen könne durch die, jedoch erst später durchführbare, ja nach mehreren Jahren vielleicht erst vollständig ausführbare Besetzung der dritten Lieutenantsstellen eine Mehrausgabe von 1,303,333 Thalern und ausserdem vielleicht noch andere Mehrausgaben im Betrage von 500,000 Thalern. Ich bemerke aber, — und ich möchte ein bedeutendes Gewicht darauf legen, dass das klar wird, — dass nach den Mittheilungen der Reichsregierung diese Mehrausgabe gegen die Vergangenheit nur im Betrage von rund zwei Millionen durch die in Rede stehende Vorlage veranlasst ist, dass die übrigen Mehrausgaben durch neue Einrichtungen, die man beabsichtigt, und durch die Preissteigerung, die in der Zwischenzeit stattgefunden hat, veranlasst werden. || Es ist nun weiter gefragt: wie steht es denn überhaupt mit unseren Finanzen? werden in Folge dessen neue Steuern nöthig sein? und darauf ist erwidert: wenn man eine Erhöhung des ganzen Militäretats im Betrage von 16,700,000 annehme, so würden gegenüber den zu erwartenden Mehreinnahmen bei anderen Titeln die Matrikularumlagen um 8,635,000 Thaler erhöht werden müssen; das mache auf den Kopf der Bevölkerung 0,211 Thaler. Hierdurch würde

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

Nr. 5337. Deutschland. 13. April 1874. sich die Matrikularumlage auf 0,666 Thaler stellen, während diese Matrikularumlagen in den Jahren 1872, 1871, 1870, 1869, 1868 erheblich höher, durchschnittlich in den Vorjahren um 0,115 Thaler höher gewesen seien; neue Reichssteuern auszuschreiben, werde nicht beabsichtigt, den nothwendigen Betrag werde man entnehmen in Form der Erhöhung der Matrikularumlagen. Die Reichsregierung hat hieraus eben herleiten wollen, dass die Steigerung des Militäretats nicht so sehr erheblich sei, und anderentheils, dass sie im Wesentlichen veranlasst ist durch allgemeine Gründe und auch eingetreten sein würde ohne das hier in Rede stehende Gesetz. || Meine Herren, ich werde mir vorbehalten, wenn die Discussion es erfordert, einzelne Aufklärungen noch zu geben. Ich glaube, es ist richtiger zum Verständniss, dass ich hiermit vorläufig mein Referat schliesse. Ich habe wenigstens den guten Willen gehabt, die Hauptgesichtspunkte hervorzuheben und dabei unparteiisch zu verfahren; ob das mir gelungen ist, kann ich nicht wissen. Die Gründe, aus denen die Commission so und nicht anders entschieden hat, sind nach meiner Meinung vollständig genügend klar geworden, — mag nun das Haus entscheiden! (Lebhaftes Bravo.)

Abgeordneter von Bennigsen: Meine Herren, der ausführliche und übersichtliche Bericht des Herrn Referenten macht es mir möglich, mich hinsichtlich mancher Punkte kürzer zu fassen, als ich bis dahin zur Begründung meines Amendements*) für nöthig gehalten hatte. || Ich beginne mit der Bemerkung, dass der Vorschlag, im § 1 die geforderte Friedenspräsenzstärke, statt auf unbestimmte Zeit, auf 7 Jahre zu bewilligen, von meinen sämtlichen politischen Freunden, ausserdem von anderen Mitgliedern des Hauses, unterstützt ist, dass dieser Vorschlag sich eng anschliesst an dasjenige, was die verbündeten Regierungen in den §§ 1—4 für die Grundlagen der Organisation und Formation der Armee für nöthig halten, dass der Vorschlag ganz unberührt lässt die Bestimmungen, welche sich in den §§ 2 und 3 über die Formation und die Cadres der Armee vorfinden, dass er ebenfalls vollständig unberührt lässt die volle Höhe der Friedenspräsenzziffer von 401,659 Mann, wie sie die verbündeten Regierungen im § 1 für erforderlich gehalten haben, in ihrer ganzen Bedeutung, in ihrer Wirkung sowohl für den Friedensstand der Armee als für deren Kriegsstärke. Die Abänderung, welche meine Freunde und ich beabsichtigen, und die allerdings einen wichtigen Punkt betrifft, berührt die Dauer der gesetzlichen Geltung der Friedenspräsenzziffer von 401,659 Mann. || Meine Herren, bei der Auffassung dieser Frage, bei den Entschliessungen über dieselbe haben sich zwei Strömungen geltend gemacht, die auch neuerdings in der Nation lebhaft hervorgetreten sind. Die eine Strömung geht davon aus,

*) Das Amendement von Bennigsen ging dahin, im § 1 statt „bis zum Erlass einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung“ zu sagen: „für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis zum 31. December 1881“.

dass es vor allen Dingen erforderlich ist, die Integrität und Sicherheit unseres Staatswesens nach aussen zu verbürgen und darauf hin die Grundlage unserer Armeeverfassung unerschütterlich und dauernd festzustellen. Die andere Richtung geht von denjenigen Rechten aus, welche einer Volksvertretung in jedem constitutionellen Staatswesen unveräusserlich beiwohnen müssen. Meine Herren, wären die Gegensätze in diesem Falle unvereinbar, so würde ich sagen: die Rechte der Volksvertretung bei der Bewilligung im Budget, selbst bei den grössten Summen für die Armee, müssen zurücktreten gegen die Frage der Sicherheit und der Integrität unseres Staates nach aussen. (Bravo!) || So liegt aber die Frage keineswegs. Es ist nicht nothwendig, einen solchen unvereinbaren Gegensatz anzunehmen, nicht nothwendig, ihn jetzt und auf die Dauer anzunehmen. || Meine Herren, als die norddeutsche Bundesverfassung begründet wurde, da hat die Mehrheit des Reichstages, — und unter ihnen meine politischen Freunde — im Interesse der Sicherheit des Neubegründeten Staatswesens auf ihr Budgetrecht hinsichtlich der Militärverwaltung für eine Reihe von $4\frac{1}{2}$ Jahren vollständig Verzicht geleistet. Dieser Verzicht ist nachher noch einmal wiederholt und auf weitere drei Jahre bis zum 31. December 1874 erweitert. || Meine Herren, auf diesem Gebiete war also der Staatsregierung, wenn man so will, für die Verwendung und die Verwaltung des Geldes hinsichtlich des Militärwesens eine dictatorische Befugnis für eine Reihe von Jahren gewährt worden. (Sehr wahr! links.) Damals war nicht allein die Friedenspräsenziffer in der Verfassung und nachher bei der Weiterbewilligung des Pauschquantums festgestellt, sondern neben dieser Friedenspräsenziffer war eine Summe von 225 Thalern ein für alle Mal für diese Jahre bewilligt, und zwar auf den Kopf der Friedenspräsenziffer. Diese Gesamtsumme war für die Militärverwaltung der Regierung im Einzelnen und im Ganzen zur freien Verfügung übergeben. Für die Dauer dieser Jahre hatte der Reichstag des norddeutschen Bundes und später der deutsche Reichstag auf seine Einwirkung bei dieser Verwendung vollständig Verzicht geleistet. || Meine Herren, die Gründe dazu mussten allerdings sehr überwiegende sein; sie liegen aber auch nahe, und wer 1867 noch zweifelhaft gewesen ist, der kann darüber jetzt wenigstens kaum noch einen Zweifel haben, dass mindestens für die Jahre von 1867 bis zum französischen Kriege ein solcher Verzicht nothwendig war. Damals war der Krieg mit Oesterreich eben beendet, die Zustände des norddeutschen Bundes in sich waren in den ersten Anfängen der Organisation des Verhältnisses von Regierung zur Reichsvertretung, das Verhältniss zu Süddeutschland war ganz ungeordnet; die Grundlagen von damals über die Beziehungen von Nord- und Süddeutschland waren nach menschlichem Ermessen auf die Dauer ganz unmöglich beizubehalten. Die Wunden aus dem Kriege mit Oesterreich bluteten noch, das Verhältniss zu Oesterreich war auf einer friedlichen Grundlage noch lange nicht wiederhergestellt. Die Schwierigkeiten der Entwicklung und Organisation im norddeutschen Bunde, dem ersten praktischen Versuche, eine Einheit wenigstens für einen Theil von

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

Deutschland zu schaffen, waren so gross, dass man sehr wohl in solchen Zeiten auf einen Theil seiner Rechte im Reichstage verzichten konnte; und, meine Herren, diejenigen, an denen die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte in Europa aus ihrer historischen Kenntnissnahme nicht spurlos vorübergegangen ist, konnten darüber doch gar keinen Zweifel haben, dass nach der ganzen Vergangenheit und nach dem ganzen Charakter der französischen Nation das in jedem anderen Volk unmöglich erscheinende Revanchegeschie für Sadowa zu einem Kriege führen müsse, in welchem wir Frankreich gegenüber unsere politische Bedeutung in Europa von neuem bewähren und erst dauernd erringen mussten. In einer solchen Lage hat man damals auf sein Budgetrecht in Militärsachen verzichtet. Der Krieg brach aus, und als nach dessen siegreicher Beendigung die süddeutschen Staaten dem norddeutschen Bunde sich anschlossen, hatte der Reichstag es allerdings von neuem, und auch meine politischen Freunde in ihrer Mehrheit, für richtig gehalten, diesen Zustand im Wesentlichen auf drei Jahre durch das sogenannte Pauschquantum zu verlängern. Die Frage eingehend zu erörtern, ob man damals recht gehandelt hat oder nicht, ist jetzt müssig; gerechtfertigt schien es uns im Wesentlichen dadurch, dass, wenn auch der Krieg siegreich beendet war, die Resultate des Krieges gesichert werden mussten; der Friede war zwar abgeschlossen, aber noch nicht ausgeführt, und unsere Truppen standen noch auf längere Zeit in Feindesland. Die süddeutschen Staaten waren zwar in den norddeutschen Bund eingetreten; aber neue schwierige Aufgaben der Organisation und Vereinigung waren damit nothwendig hervorgerufen. Vor Allem musste die Militärverfassung selbst in den süddeutschen Staaten noch erst durchgeführt werden. Auf diese Fragen will ich mich aber zur Zeit nicht näher einlassen. || Bis zum Ablauf dieses Jahres ist also auf diesem Gebiet eine ausnahmsweise dictatorische Befugnis über die Geldverwaltung beim Heere der Reichsregierung übertragen. Meine Herren, ich bin der Meinung, dass die Staaten und Völker zu beklagen sind, welche nicht im Stande sind, in aussergewöhnlichen Verhältnissen und für eine Zeit lang vollständige ausnahmsweise Vollmachten ihren Regierungen zu übertragen. Meine Herren, das Volk, welches in der Geschichte wohl das politisch kräftigste und schöpfungsreichste gewesen ist, das Volk, dessen politisches Empfinden und Denken, dessen Grundsätze in Verwaltung und Staatsverfassung noch nach zwei Jahrtausenden in Europa mittelbar in grossem Maassstabe fortwirken, dessen Gesetze, ein Beispiel wunderbarer Art, nach fast zwei Jahrtausenden in einem grossen Theile von Deutschland sogar noch unmittelbare Geltung haben, das römische Volk, so mannhaft und freiheitliebend wie irgend eines der Geschichte, hat es durchaus nicht verschmäht, gewissermaassen als Einrichtung seines Staatswesens unter der Voraussetzung besonderer Gefahren für den römischen Staat vorübergehend eine Dictatur wiederkehrend zu übertragen (Unruhe), eine Dictatur, meine Herren, die bekanntlich viel weiter reichte auf allen Gebieten des Staatslebens, allerdings auch nur für kürzere

Zeit. Eine so weitgehende Dictatur wird Niemand von Ihnen in unserer Zeit empfehlen wollen. (Abgeordneter Windthorst: Imperator! Unruhe.) Meine Herren, Völker, die nicht im Stande sind, gegenüber ganz ausserordentlichen Verhältnissen und Gefahren vorübergehend auf ihre Rechte zu verzichten, solche Völker müssen in sich kranken und ungesund sein; ihre politischen Männer und ihre politischen Parteien müssen der Selbstverleugnung und des Patriotismus entbehren (Unruhe, Widerspruch); ihre Regenten und leitenden Staatsmänner müssen der Autorität und der Grösse des Charakters entbehren, wenn man nicht, eben unter ganz ausserordentlichen Verhältnissen, mit Aussicht auf Erfolg derartige Ausnahmebefugnisse übertragen und wenn man nicht die Zuversicht hegen kann, dass, sobald diese Zeiten vorüber sind, sie nicht weiter festgehalten werden sollen unter Verhältnissen, wo ein Bedürfniss für die Fortdauer nicht mehr vorhanden ist. Meine Herren, ausnahmsweise Zustände waren diejenigen der letzten Jahre, und meine politischen Freunde und ich wollen die Verantwortung auch für die Zukunft übernehmen, dass in solchen Zeiten ausnahmsweise Gewalten der Regierung zu übertragen sind, wie es geschehen ist bis zum Ablauf des Jahres 1874. Meine Herren, ein solches Bedürfniss ist aber jetzt nicht mehr vorhanden, und ein Staat, welcher dauernd auf einem so grossen Gebiete ausnahmsweise Befugnisse dulden müsste, würde allerdings den Namen eines constitutionellen Staates nicht verdienen. (Sehr richtig!) || Die Kriegsverfassung, die Heereseinrichtung bilden einen so wesentlichen Bestandtheil der Verfassung eines Volkes, eines Staates, sie bilden bis zu einem so hohen Maasse das Knochengerüst der Verfassung eines jeden Staates, dass, wenn es nicht gelingt, abgesehen von solchen ausserordentlichen Zeitverhältnissen, wie wir sie in diesen Perioden mit zwei grossen Kriegen gehabt haben, die Heerverfassung und Wehrverfassung einzufügen in die constitutionelle Verfassung, überhaupt die Constitution in einem solchen Lande noch keine Wahrheit geworden ist (sehr richtig!) und Jedermann sagen muss, in diesem Lande sind constitutionelle Verfassungen überhaupt nicht möglich wegen unvereinbarer innerer Gegensätze und Bedürfnisse, oder aber sie sind wenigstens zur Zeit noch nicht möglich. Nun behaupte ich, dass die Zeit allerdings gekommen ist, und das ist auch der Standpunkt der Regierung bei ihrem Entwerfe, von denjenigen Institutionen jetzt zurückzugehen, die bestanden haben hinsichtlich der Heeresverwaltung vom Jahre 1867 bis zum Ablauf dieses Jahres. Die Staatsregierung legt jetzt einen Gesetzentwurf vor, der auch hinsichtlich der Friedenspräsenzstärke keineswegs eine solche Grundlage mehr gewinnen will wie früher, dass neben der Friedenspräsenzstärke auch das Geld für die Mannschaften bewilligt und damit das Budgetrecht vollständig ausgeschlossen wird, sondern die Bewilligung auf dieser Grundlage soll alljährlich bei dem Budget erfolgen, nachdem die Friedenspräsenzstärke selbst festgestellt ist, — nach der Vorlage der Regierung dauernd, durch das Gesetz. Meine Herren, es ist nicht zu verkennen, dass eine solche Unterlage für die Berathung des Budgets das Budgetrecht im hohen Grade einschränkt;

Nr. 5337.
Deutschland.
18. April 1874.

tikel 62, dass nach der Friedenspräsenzkopfzahl von 1867 225 Thaler ein-
gezogen und zur Kasse bezahlt werden. Daneben steht aber die Bestimmung,
dass die Reichsregierung, so lange sie nicht die Verfassung, sei es im Noth-
stande, sei es aus irgend einem unberechtigten Grunde, überschreiten will,
nicht berechtigt ist, einen Thaler von diesen zur Kasse fließenden Geldern
auszugeben. Meine Herren, ob diese 225 Thaler künftig ausreichen werden
auf den Kopf, lässt sich nicht voraussehen; wahrscheinlich ist es nicht. Jeden-
falls kann mit Hilfe dieser Bestimmung allein die Verwaltung nicht geführt
werden. Aber diese bestehen bleibenden Vorschriften enthalten einen sehr
starken Impuls für die Reichsregierung und den Reichstag, weiter über die
gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse sich zu verständigen. Meine Herren,
so lange nun diese Verständigung nicht erfolgt, bleiben ferner bestehen die
Vorschriften der Verfassung in Artikel 57 und 59 und die Vorschriften des
Kriegsdienst-Gesetzes von 1867, welches die Bestimmung enthält über die
dreijährige Dienstzeit bei der activen Armee, über die vierjährige in der Re-
serve, über die fünfjährige in der Landwehr und die Vorschriften über die
allgemeine Wehrpflicht; es bleiben daneben bestehen diejenigen Rechte, welche
die Reichsverfassung dem Kaiser als obersten Feldherrn des Reiches giebt,
dasjenige Recht, dass er den activen Präsenzstand feststellen kann nach Ar-
tikel 63 der Verfassung. Es bleibt bestehen Artikel 9 des Gesetzes von 1867,
die Vorschrift, dass der Kaiser jährlich das Rekrutencontingent bestimmen
kann; es bleiben bestehen, wenn diese Zeit abgelaufen ist, die Vorschriften, —
vorausgesetzt, dass das uns heute beschäftigende Gesetz überhaupt zu Stande
kommt, — welche über die Cadres, die Formation der Armee, in so umfang-
reichem Maasse durch das Gesetz selbst getroffen werden, endlich die Be-
stimmung im Artikel 62 der Verfassung, dass die Feststellung des jährlichen
Militäretats zu erfolgen hat auf Grundlage der verfassungsmässig und gesetz-
lich feststehenden Organisation des Reichsheeres. || Meine Herren, diese
Grundlagen, welche danach für den Armeebestand übrig bleiben, sind meiner
Meinung nach auch nach Ablauf der Zeit, selbst wenn Zwischenräume ent-
stehen, wo man sich nicht sofort einigt über ein neues Gesetz wegen der
Friedenspräsenzstärke, so erhebliche, dass eine Gefahr, dass nach Ablauf dieses
Zeitraumes ernstlich die Grundlagen der Armeearganisation erschüttert werden
könnten, nicht anerkannt werden kann, um so weniger, als nach der Vor-
schrift, wenn das Gesetz zu Stande kommt, hinsichtlich der Cadres der Armee
mit Rücksicht auf Artikel 63 der Verfassung der Kaiser das Recht und die
Pflicht hat, für die Kriegstüchtigkeit und für die Vollzähligkeit dieser
Cadres zu sorgen. || Meine Herren, wenn die Sache so liegt, so ist doch für
die Regierung und für diejenige Mehrheit des Reichstages, welche die natio-
nale Politik der Regierung bis dahin unterstützt hat, ein dringendes Bedürf-
niss nicht bloß vorhanden, sondern auch die Möglichkeit, sich zu verständigen,
und ich hoffe, dass es gelingen wird, auf der Grundlage, wie wir es versucht
haben, meine Freunde und ich, mit Zustimmung der Reichsregierung eine

solche Verständigung zu schaffen. Meine Herren, die Regierung könnte ja möglicherweise versuchen, mit der Anwendung aller constitutionellen Pressionsmittel, die in der Anwendung der Verfassung gegeben sind, eine Mehrheit zu erhalten für dasjenige, was sie ursprünglich in § 1 gefordert hat. Welchen Effect es haben würde, wenn diese Mittel, also bestimmtes In-Aussicht-Stellen, wie Abgang des Reichskanzlers, Auflösung des Reichstages, wenn diese in vollem Maasse angewendet würden, das kann ja Niemand von uns mit absoluter Sicherheit vorher sagen; persönlich bin ich der Meinung, nach möglichst genauer Orientirung über die Zahlenverhältnisse im Reichstage, dass es der Regierung nicht gelingen würde, eine Mehrheit auch mit den bezeichneten Mitteln zu bekommen für § 1, wie sie ihn vorgelegt hat; äussersten Falls eine so kleine Mehrheit, dass der Werth derselben auch ein sehr zweifelhafter wäre. (Sehr richtig!) Meine Herren, Sie berufen sich auf der conservativen Seite vielleicht auf die starke Volksbewegung, welche in den letzten Wochen und Tagen durch die deutsche Nation gegangen ist. Ich bin allerdings persönlich der Meinung, wenn ich versuche, unbefangen diese Erscheinung zu beurtheilen, dass auf dem rein politischen Gebiete eine so primitive und starke Bewegung seit dem Jahre 1848 nicht dagewesen ist — (oho! im Centrum; sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen) auf dem rein politischen Gebiete. Gemacht ist diese Bewegung nicht! (Widerspruch links. Abgeordneter Richter: Doch!) — und wenn Herr Richter sagt, sie sei allerdings gemacht, so werden ihm das doch wenige von denjenigen glauben, die sich bei der Bewegung in so starkem Maasse und, abgesehen von ein paar grossen Städten, über das ganze Gebiet in Deutschland betheiligt haben. (Sehr wahr!) Meine Herren, diese Bewegung — und das ist das Interessante daran und es ist auch das, was uns zu einer besonderen Aufmerksamkeit auffordern muss, hier die Vertreter der Nation — diese Bewegung ist nicht aus bestimmten Abstractionen über ganz genau erkannte Sätze, über bestimmte einzelne Forderungen hervorgegangen. Ich will gar nicht leugnen, dass die Bedeutung und Wirkung der geforderten Präsenzziffer, einer anderen Zahl, einer Minimalzahl oder einer Durchschnittszahl für den Friedensstand und die Kriegsstärke der Armee, keineswegs überall von denjenigen, welche sich bei der nationalen Bewegung betheiligten, vollständig erkannt ist. — Nein, diese Bewegung ist hervorgegangen aus dem ganz unmittelbaren Drang, dass jetzt die Zeit nicht da ist, wo der neue deutsche Staat einen Conflict zwischen seiner Regierung und dem Reichstage auf dem Gebiete der Heeresverfassung vertragen kann. (Sehr richtig! sehr wahr!) Die Bewegung verlangt auch keineswegs, dass die Forderung der Regierung unbedingt und buchstäblich angenommen werden soll, sie verlangt vielmehr *expressis verbis* an vielen Orten und gerade da, wo sie sonst am entschiedensten auftrat, dass man im Reichstage Angesichts der Gefahren in diesem jungen Staatswesen, das von Nachbarn umgeben ist, die immer noch versuchen werden, dasselbe wieder in Frage zu stellen, sich nothgedrungen fühlen muss, mit der Regierung eine

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

Verständigung zu suchen (sehr richtig!) — eine Aufforderung, die insoweit an den Reichstag nicht allein, sondern auch an die Regierung gerichtet ist (hört! links), und das feste Vertrauen schlägt in dieser Bewegung nicht minder durch, dass auch der Regierung es nicht unmöglich sein würde, zu einer Verständigung die Hand zu bieten, welche die Rechte der Volksvertretung nicht mehr und nicht länger einschränkt, als die Natur der Heeresverfassung und unsere politische Lage es unbedingt erfordern, welche daneben eine genügende Sicherheit für die Armee und ihre Einrichtungen gewährt. Auch der Regierung gilt die Aufforderung, dass, wenn dafür im Reichstage mit denjenigen Parteien, die bislang ihre Politik unterstützt haben, eine Verständigung zu erreichen ist, dass sie dann bereitwillig darauf eingehen möge; von dem Reichstage wird allerdings verlangt, dass er sich diesem Bedürfniss und einer solchen Verständigung und der Unterstützung der Regierung in einer solchen Frage nicht entziehen möge. | Meine Herren, von dem Abgeordneten von Moltke ist auf die äussere Constellation hingewiesen, in welcher sich das deutsche Reich befinde gegenüber den Angriffen, die es etwa noch einmal erfahren mag, und der Sicherung desjenigen, was es im letzten grossen Kriege gewonnen hat. Meine Herren, es sind aber noch andere Umstände, welche es nothwendig machen, die Reichsregierung zu unterstützen durch eine festgeschlossene nationale Majorität, und zwar eine nationale Majorität, die nicht lediglich aus dem conservativen Lager oder lediglich aus dem liberalen Lager herkommt, sondern durch alle diejenigen, die überhaupt entschlossen sind, mit einer energischen und nationalen Regierung, einerlei, ob sie conservativ oder liberal sind, zusammenzugehen, wie das geschehen ist seit dem Jahre 1867 bis zu dem jetzigen Reichstage. (Sehr gut! Bravo!) | Meine Herren, die Aufgaben, die dem jetzigen Reichstage gestellt sind, überhaupt die Umgestaltung in Deutschland, die sind ja so ungewöhnlicher, man darf sagen, so classischer Art, dass vor allen Dingen eine ruhige und stetige Entwicklung in einer bestimmten Richtung durchaus erforderlich ist, (sehr richtig!) wenn nicht Alles von neuem in Frage gestellt werden soll. Wo jemals in der Geschichte hat man erlebt, dass in wenig Jahren es eine Regierung und eine Vertretung wagen, gewissermaassen alle Verhältnisse des öffentlichen Lebens fundamental umzugestalten? Meine Herren, soll das gelingen, so darf kein Schwanken und keine Krisis kommen; die Grundlagen, auf denen man den Versuch begonnen, müssen festgehalten werden, die Kräfte, auf die man sich dabei stützt und deren man bedarf bis zum Ende, müssen zusammengehalten werden. Die Parteien, die dabei mitwirken, müssen in dieser grossen Umgestaltung vor allen Dingen nachhaltig das Vaterland, in zweiter Linie erst ihre politischen Grundsätze, conservative und liberale, vor Augen haben. (Sehr richtig!) Denn eine solche Umgestaltung aller öffentlichen Verhältnisse kann nicht dadurch geschehen, dass einzelne Parteien ganz niedergehalten werden, die überhaupt diesen Weg für zulässig gehalten und ihn beschritten haben; und deshalb, meine Herren, ist das vielleicht eine sonderbare, aber sehr segensreiche Fügung der deutschen

Entwicklung gewesen, dass hier von einer conservativen Regierung, von conservativen Staatsmännern aufgenommen sind für die Umgestaltung der Verhältnisse Deutschlands die constitutionellen und politischen Grundsätze, welche im Wesentlichen seit 30 Jahren aus dem liberalen Lager hervorgegangen sind. Auf diesem Wege der Verständigung und des Zusammenarbeitens, da allein ist das Resultat zu sichern und durchzuführen. Meine Herren, ich sage, die Parteien müssen alle zusammenwirken, welche überhaupt gewillt sind, diese nationale Organisation, wie sie die deutsche Reichsregierung seit Jahren bearbeitet hat und durchführen will, zu unterstützen. Wenn also ein solches Zusammengehen erforderlich ist, schon um dieses Zweckes willen, dann ist es noch viel mehr erforderlich in einer Situation, in der wir ja Alle wissen und leider auch hier im Reichstage es vor uns sehen, dass ein sehr grosser Theil des deutschen Volkes und eine sehr grosse Zahl auch der Vertreter hier im Reichstage die Fundamente des jetzigen öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland nicht anerkennen wollen, vielmehr, wenn es von ihnen abhinge, grade diese Fundamente in Frage stellen und erschüttern würden. (Sehr wahr! rechts und links. Unruhe und Widerspruch im Centrum.) || Meine Herren, wenn das der Fall ist, wenn noch grosse Parteien und Klassen der Bevölkerung bestehen, welche sagen, dass die ganze deutsche Geschichte seit 1866 eine Verirrung sei, dass alles, was geschehen ist in den Jahren 1870/1871, selbst mit den grossen politischen Erfolgen und der Wiedereroberung alter deutscher Grenzländer, eine Thorheit und ein Unglück sei, wenn derartige Parteien noch das grosse Wort führen können in Deutschland und im Reichstage, dann ist allerdings der Gegensatz und die Gefahr nicht bloß dem Auslande gegenüber, sondern auch im Innern noch so gross, dass alle nationalen Kräfte im Lande sehr wohl das dringende Bedürfniss haben — mögen sie sich in der Regierung befinden oder in den verschiedenen Parteien und unter den Vertretern des Reichstages —, fest zusammenzustehen, um durchzukämpfen auch diesen Gegnern gegenüber, was sie begonnen haben. (Sehr gut! links und rechts. Zwischen im Centrum.) || Meine Herren, ich bin überzeugt, wenn jetzt eine starke Bewegung durch die deutsche Nation geht, die die Regierung und den Reichstag auffordert, zusammenzustehen, so sind es nicht bloß die Gefahren, dass gegen Frankreich das Errungene zu vertheidigen ist, nein, es ist auch das Gefühl zum Ausdruck gedrungen: hier im Innern haben wir Kämpfe begonnen, die gar nicht zulassen, dass daneben noch eine Krisis komme auf dem Gebiete der Heeresverfassung. Wenn die Regierung, gewiss nach sehr schwerem Entschlusse, wie ich sage, — Sie (zum Centrum gewendet) werden es bestreiten, — einen Kampf aufgenommen hat und ihn durchführt bis dahin mit Energie, welcher ihr aufgedrungen ist von der römischen Curie und den deutschen Bischöfen (lauter, anhaltender Widerspruch im Centrum, Beifall auf der Rechten und bei den Nationalliberalen), welcher ihr aufgedrungen ist von der römischen Curie und den deutschen Bischöfen, so sage ich, der Hinblick auf diesen Kampf, auf die Gegensätze, die da niederzuhalten sind, nöthigt alles, was an nationalen Kräften in Deutsch-

Nr. 5387.
Deutschland.
13. April 1874.

land ist, zusammenzustehen und nicht noch andere Krisen und Kämpfe unter einander heraufzubeschwören, so lange dieser Kampf nicht ausgefochten ist. (Sehr richtig! Zischen im Centrum.) || Meine Herren, ich habe geglaubt, Ihnen das darlegen zu sollen, was uns bewogen hat, einen derartigen Versuch der Verständigung zu machen. Ich wiederhole nochmals, ich bin der Meinung, jetzt und künftig bedarf das Budgetrecht bei unserer organischen Einrichtung und auch bei der Heereseinrichtung einer gewissen Beschränkung; sie liegt in jeder gesetzlichen organischen Einrichtung; für Bestimmung und Bewilligung im Budget ist das eine naturgemässe Schranke; eine solche Schranke kann auch bei den einzelnen Institutionen, speciell bei dem Heere, für alle Zeiten weiter greifen vielleicht, als sie greifen mus in Civil- und Verwaltungszweigen. Meine Herren, wir können uns nicht überzeugen, dass wir auf unbestimmte Zeit so weit zu verzichten haben auf das Budgetrecht, wie es der § 1 der Regierungsvorlage mit der dauernden Feststellung der Friedenspräsenz erfordert. Wir sind auch der Meinung, dass die Regierung die Ueberzeugung gewinnen wird, wenn wir bei den jetzigen ungewöhnlichen Verhältnissen mit Frankreich einen solchen Zustand auf sieben Jahre fixiren, dass sie demnächst, wenn diese Zeit abgelaufen ist, nicht bloß genügende Anhaltspunkte in der Verfassung und in der Gesetzgebung hat, auf die weitere Sicherung der Friedenspräsenzstärke hinzuwirken, sondern sie kann auch die Ueberzeugung haben, wenn es ihr gelingt, in diesen sieben Jahren die Zustände in einer gedeihlichen Weise weiter zu entwickeln, dass sie dann immer wieder in der Lage sein wird, mit dem Reichstage die nach der dann vorhandenen Lage erforderliche Feststellung des Präsenzstandes zu treffen. Meine Herren, wenn wir sieben Jahre unter diesen Verhältnissen in Deutschland an der Gesetzgebung und Verwaltung mit der Regierung weiter gemeinsam thätig gewesen sind, wenn wir sieben Jahre das Militärwesen im Budget titelweise in den 60 Titeln und seinen zahlreichen Positionen berathen haben, an der Hand der festgestellten Organisationsgesetze, dann werden manche Verhältnisse, constitutionelle und organische, längst ähnlich gestaltet sein, wie es in anderen Ländern der Fall ist, die sich längere Zeit, als wir in Deutschland, constitutioneller Einrichtungen im Grossen erfreuen. Diese Dinge haben in einem Lande wie in England die Bedeutung nicht mehr, dass darüber alle Jahre ein Streit erfolgt; sie haben nicht mehr die Bedeutung, dass dauernde Zahlen unter allen Umständen geschaffen werden müssen. Wenn man sich gewöhnt hat, so lange Jahre hindurch in allen Einrichtungen die Regierung zu unterstützen, welche productiv und schöpferisch die Verhältnisse umgestaltet, wenn wir in dem Armeewesen sieben Jahre lang diese Verhältnisse und Zustände weiter fixirt und befestigt haben, dann möchte ich doch die Reichsvertretung sehen, die es wagen würde, solche Grundlagen zu erschüttern, die dann nothwendig sind! Ich möchte die Reichsvertretung sehen, die es wagt, einer Regierung diejenigen gesetzlichen und finanziellen Forderungen abzulehnen, die in der dann vorhandenen politischen Lage nothwendig sind! Wenn die

Regierung in solcher Situation, gegenüber einem solchen Votum, den Reichstag auflöst, so glaube ich, dass die Stimmen der Nation am wenigsten Zweifel gelassen haben auf diesem Gebiete, dass man am wenigsten auf diesem Gebiete es versuchen kann, einen Conflict mit der Regierung aufzunehmen, wo die Nation an der allgemeinen Wehrpflicht, an der Heeresverfassung, welche Souveräne und Volk einschliesst, selbst eine Herzensfreude hat und haben muss, und wo die Nation sehr wohl fühlt, dass diese Heeresverfassung, indem sie die Souveräne der einzelnen Staaten und die ganze Nation einschliesst, und dies grosse Rüstzeug in der Hand des Kaisers und Feldherrn eines der wichtigsten Mittel ist, das Band der nationalen Einheit von Deutschland festzuhalten. (Lebhaftes Bravo.) || Ich hoffe also, dass es der Regierung gelingen wird, mit der Mässigung und der Erwägung der Verhältnisse (Heiterkeit), welche schon wiederholt in schwierigen Lagen die Reichsregierung ausgezeichnet haben, auch jetzt eine Verständigung zu treffen mit derjenigen Mehrheit aus dem liberalen und conservativen Lager, die bislang zu der Regierung gestanden hat, damit eine genügende Sicherung für die Verhältnisse der Armee gewonnen wird, damit dasjenige vertheidigt werden kann, was wir gewonnen haben im schweren Kriege, damit dasjenige durchgeführt werden kann und, wenn es sein muss, durchgekämpft werde, was zu seiner vollständigen Entwicklung und Ausgestaltung Deutschland noch bedarf. (Lebhaftes Bravo auf beiden Seiten des Hauses. Gelächter und Zischen im Centrum.)

Nr. 5337.
Deutschland.
13. April 1874.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preussen, Staats- und Kriegsminister von Kameke: Bei dem § 1 der Vorlage ist die Absicht nicht leitend gewesen, eine ewige Präsenzziffer zu bestimmen oder die verfassungsmässigen Befugnisse des Reichstages bei Feststellung des Reichshaushalts - Etats zu beschränken. Der § 1 hatte den Zweck, die nach Ueberzeugung der Regierung bei der gegenwärtigen Lage Europa's für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Abwehr eines Angriffs unbedingt erforderliche Stärke des deutschen Heeres bis dahin festzuhalten, dass eine Aenderung zwischen dem Bundesrath und dem Reichstage vereinbart werde. Das Amendement von Bennigsen erkennt die Nothwendigkeit dieser Stärke für die nächsten sieben Jahre an, will aber über diese Zeit hinaus die legislativen Factoren nicht verpflichten. Die verbündeten Regierungen haben es der Sachlage entsprechend gehalten, das bekannt gewordene Amendement schon vor der Beschlussnahme des Hauses gemeinschaftlich zu erwägen. Sie erkennen die Bedenken nicht an, durch welche die Ablehnung einer längeren Verpflichtung motivirt wird; sie sind, wie im vorigen Jahre, noch heute überzeugt, dass eine Verringerung der im § 1 ausgedrückten Heeresstärke mit der bewährten Einrichtung des deutschen Heeres auch in Zukunft nicht vereinbar sein würde; sie können indess den Unterschied zwischen ihrer Vorlage und dem Amendement in seiner praktischen Tragweite nicht für einen derartigen ansehen, um eine Verständigung auf Grundlage des letzteren zurückzuweisen, weil sie der

Nr. 5337. Ueberzeugung sind, dass die nach sieben Jahren gewonnenen Erfahrungen da-
 Deutschland. hin geführt haben werden, dass die heute geforderte Stärke dauernd erforder-
 18. April 1874. lich sei, und dass dann nach Ablauf der siebenjährigen Frist die nothwendige
 Stärke dauernd oder wieder auf längere Zeit bereitwilligst werde gewährt
 werden. (Hört! hört!) || Die verbündeten Regierungen sind ferner, indem sie
 den Bedenken gerecht werden, welche ein Theil des Reichstages aus seiner
 verfassungsmässigen Stellung gegen ihre Vorlage hergenommen hatte, zu der
 Erwartung berechtigt, dass der Reichstag bei der künftigen Berathung des
 Militäretats ein gleiches Entgegenkommen zeigen werde. Ich erkläre daher
 Namens der verbündeten Regierungen, dass sie das Amendement von Bennigsen
 annehmen werden. (Bravo!)

.
 [Das Resultat der am folgenden Tage fortgesetzten Discussion war die An-
 nahme des § 1 mit dem von Bennigsen'schen Amendement in namentlicher Ab-
 stimmung mit 221 gegen 146 Stimmen. In dritter Berathung wurde das
 Reichsmilitär-gesetz am 20. April 1874 mit 214 gegen 123 Stimmen an-
 genommen.]

Nr. 5338.

DEUTSCHLAND. — Reichs-Militär-gesetz. Vom 2. Mai 1874.

Nr. 5338. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc.,
 Deutschland. verordnen im Namen des deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des
 2. Mai 1874. Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

I. Abschnitt.

Organisation des Reichsheeres.

§ 1. Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mann-
 schaften beträgt für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis zum 31. December 1881
 401,659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenz-
 stärke nicht in Anrechnung.

§ 2. Die Infanterie wird formirt in 469 Bataillonen, die Kavallerie in
 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 300 Batterien, von welchen je 2 bis 4
 eine Abtheilung bilden, die Fussartillerie in 29, die Pioniertruppe und der
 Train in je 18 Bataillonen. Die Bataillone haben in der Regel 4, die des
 Trains 2 bis 3 Kompagnien. || In der Regel wird bei der Infanterie aus
 3 Bataillonen, bei der Kavallerie aus 5 Eskadrons, bei der Artillerie aus 2
 bis 3 Abtheilungen, beziehungsweise Bataillonen ein Regiment formirt.

§ 3. 2 oder 3 Regimente werden zu einer Brigade, 2 oder 3 Brigaden
 der Infanterie und Kavallerie zu einer Division vereinigt. | Aus 2 bis 3 Divi-

sionen mit den entsprechenden Artillerie-, Pionier- und Train-Formationen wird ein Armee-Korps gebildet, derart, dass die gesammte Heeresmacht des deutschen Reiches im Frieden aus 18 Armee-Korps besteht. || 2 Armee-Korps werden von Baiern, je eins von Sachsen und Württemberg aufgestellt, während Preussen gemeinschaftlich mit den übrigen Staaten 14 Armee-Korps formirt. || Für je 3 bis 4 Armee-Korps besteht eine Armee-Inspektion.

Nr. 5338.
Deutschland.
2. Mai 1874.

§ 4. In der Regel wird jede Kompagnie, Eskadron und Batterie durch einen Hauptmann oder Rittmeister mit Hülfe eines Premier-Lieutenants, 2 oder 3 Sekonde-Lieutenants und der entsprechenden Anzahl von Unteroffizieren militärisch ausgebildet und befehligt. || An der Spitze eines jeden Bataillons und einer jeden Artillerie-Abtheilung steht ein Stabsoffizier, an der Spitze eines jeden Regiments ein älterer Stabsoffizier (Oberst, Oberstlieutenant, Major). Zu den Regimentsstäben gehört ausserdem in der Regel noch je ein zweiter Stabsoffizier und zu den Stäben der Regimenter und Bataillone, beziehungsweise Abtheilungen je ein Lieutenant als Adjutant, sowie das erforderliche Personal an Aerzten, Zahlmeistern, Rossärzten, Büchsenmachern und Sattlern. || Eine Brigade wird in der Regel durch einen Generalmajor, eine Division durch einen Generallieutenant befehligt. An der Spitze eines jeden Armee-Korps steht ein kommandirender General (General der Infanterie etc. oder Generallieutenant). Den höheren Truppenkommandos sind die zur Befehlsführung erforderlichen Stäbe beigegeben. || Ausserdem gehört zum Heere eine Anzahl von Offizieren ausser Reih' und Glied, als: General-, Flügel- und andere persönliche Adjutanten, Offiziere der Kriegs-Ministerien, des Generalstabes, des Ingenieur-Korps, des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens etc., sowie das gesammte Heeres-Verwaltungspersonal. || Die hiernach im Friedensstande des Heeres nothwendigen Offizier-, Arzt- und Beamtenstellen, sowie die hieran erforderlich werdenden Aenderungen unterliegen der Feststellung durch den Reichshaushalts-Etat.

§ 5. Das Gebiet des deutschen Reiches wird in militärischer Hinsicht in 17 Armee-Korps-Bezirke eingetheilt. || Unbeschadet der Souveränitätsrechte der einzelnen Bundesstaaten sind die kommandirenden Generale die Militärbefehlshaber in den Armee-Korps-Bezirken. || Als Grundlage für die Organisation der Landwehr, sowie zum Zwecke der Heeresergänzung werden die Armee-Korps-Bezirke in Divisions- und Brigade-Bezirke und diese, je nach Umfang und Bevölkerungszahl, in Landwehr-Bataillons- und Landwehr-Kompagnie-Bezirke eingetheilt.

§ 6. Die Kriegsformation des Heeres, sowie die Organisation des Landsturmes bestimmt der Kaiser. Alle bereits im Frieden zur schleunigen Ueberführung des Heeres auf den Kriegsfuss erforderlichen Vorbereitungen sind nach den Bestimmungen des Kaisers zu treffen. || Die Dienstverhältnisse der Landsturmpflichtigen werden durch ein Gesetz geregelt.

§ 7. Die Bestimmungen über die Zulassung zu den Stellen und Aemtern des Heeres, sowie über das Aufrücken in die höheren Stellen, erlässt der

Nr. 5338. Kaiser. Zu der Stelle eines richterlichen Militär-Justizbeamten kann nur be-
 Deutschland. rufen werden, wer die Befähigung zur Bekleidung eines Richteramtes in einem
 2. Mai 1874. Bundesstaate erworben hat. || Personen, welche aus dem Heere ausscheiden,
 bedürfen zum Tragen der Militäruniform der Genehmigung desjenigen Bundes-
 fürsten oder Senats, von welchem die Offiziere des Contingents ernannt werden.

§ 8. Die Vorschriften über die Handhabung der Disziplin im Heere werden vom Kaiser erlassen.

[Es folgen Abschnitt II: Ergänzung des Heeres; III: vom aktiven Heere; IV: Entlassung aus dem aktiven Dienste; V: vom Beurlaubtenstande und der Ersatzreserve erster Klasse.]

Schlussbestimmungen.

§ 71. Die Ausführungsbestimmungen zu den Abschnitten II, IV und V dieses Gesetzes erlässt der Kaiser.

§ 72. Gegenwärtiges Gesetz kommt in Baiern nach näherer Bestimmung des Bündnissvertrages vom 23. November 1870*) (Bundes-Gesetzbl. 1871 S. 9) unter III, § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870**) (Bundes-Gesetzbl. 1870 S. 658) zur Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. || Gegeben Berlin, den 2. Mai 1874.

(L. S.)

Wilhelm.
 Fürst v. Bismarck.

Nr. 5339.

DEUTSCHLAND. — Thronrede des Kaisers beim Schluss des Reichstages am 26. April 1874.

Geehrte Herren!

Nr. 5339. Die Session, an deren Abschlusse Sie stehen, reiht sich durch die tief-
 Deutschland. greifende Wichtigkeit ihrer gesetzgeberischen Ergebnisse den bedeutsamsten
 26. April 1874. Sessionen der früheren Reichstage an. || Das hervorragendste, unter Ihrer
 Mitwirkung zu Stande gekommene Gesetz soll, nach den Absichten der verbündeten Regierungen, dem deutschen Heere diejenige Organisation dauernd sichern, in welcher die Gewähr für den Schutz unseres Vaterlandes und für den Frieden Europa's beruht. || Um die Stätigkeit der Entwicklung unserer Verfassung sicherzustellen und um für die Fortbildung unserer neuge-

*) S. Staats-Archiv Bd. XX Nr. 4188.

A. d. Red.

**) S. Staats-Archiv Bd. XX Nr. 4187.

A. d. Red.

wonnenen nationalen Einrichtungen die Grundlage allseitigen Verständnisses zu gewinnen, haben die verbündeten Regierungen eingewilligt, die von ihnen vorgeschlagene und nach ihrer Ueberzeugung nothwendige definitive gesetzliche Regelung der Friedensstärke des Heeres der Zukunft vorzubehalten. || Sie haben dieses Zugeständniss in der festen Zuversicht machen können, es werde die regelmässige Berathung des Militär-Etats und die fortschreitende Entwicklung des Verfassungslebens dem Lande und den künftigen Reichstagen die Ueberzeugung gewähren, dass die Sicherstellung der nachhaltigen gleichmässigen Ausbildung der nationalen Wehrkraft und die Herstellung einer gesetzlichen Unterlage für die jährlichen Budgetberathungen nothwendig seien, um dem deutschen Heere eine seiner Bedeutung für das Reich entsprechende Festigkeit der Gestaltung zu sichern. | Mit patriotischer Bereitwilligkeit haben Sie Ihre Mitwirkung geliehen zur Beseitigung der in der Erfahrung hervorgetretenen Mängel der gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgung der Invaliden des Reichsheeres und der Marine. Ich sage Ihnen Meinen Dank für die Fürsorge, welche Sie von neuem für die Interessen derer bethätigten, die im Waffendienste für das Vaterland Kraft und Gesundheit geopfert haben. Die Regelung des Papiergeld-Umlaufs in Deutschland fand grosse Schwierigkeiten in dem von der Vergangenheit überkommenen Ergebniss einer vielgestaltigen Entwicklung. Unter Ihrer Mitwirkung ist es gelungen, durch bundesfreundliche Ausgleichung der Verschiedenheiten eine Regelung herbeizuführen, welche durch Herstellung eines einheitlichen Papiergeldes innerhalb der durch die Rücksichten strengster Vorsicht gebotenen Grenzen sowie durch Beseitigung der mit der Natur des Landespapiergeldes verbundenen Hemmungen allen Verkehrskreisen zur Befriedigung gereichen wird. || Auch auf anderen Gebieten haben Sie, im Verein mit dem Bundesrathe, die Gesetzgebung und die Institutionen des Reiches weiter ausgebildet. Die Förderung und Unterstützung, welche die von Mir in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen befolgte Politik in Ihren letzten Beschlüssen gefunden hat, befestigen in Mir die Ueberzeugung, dass das deutsche Vaterland unter dem Schutze der gemeinsamen Institutionen einer gedeihlichen Zukunft entgegengehe und dass Europa in der sorgsamten Pflege, welche die geistigen, sittlichen und materiellen Kräfte Deutschlands finden, ein Pfand des Friedens und der gesicherten Fortbildung seiner Cultur erblicken werde. || Ich entlasse Sie, geehrte Herren, mit Dank gegen Gott, dessen Gnade Mir gestattet hat, nach ernster Krankheit Sie heute um Mich zu versammeln.

Nr. 5339.
Deutschland.
26. April 1874.

Internationale Sanitäts-Conferenz.

Nr. 5340.

CONFÉRENZ-STAATEN. — Protokoll der Eröffnungs-Sitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. Juli 1874.

Nr. 5340.
Conférenz-
Staaten.
1. Juli 1874.

L'an mil huit cent soixante-quatorze, le premier juillet, à une heure précise de l'après midi, la Conférence Sanitaire Internationale projetée par le Gouvernement d'Autriche-Hongrie, à laquelle ont adhéré les Gouvernements que voici: Allemand, Anglais, Belge, Danois, Espagnol, Français, Hellène, Italien, Luxembourgeois, Norvégien, Néerlandais, Persan, Portugais, Roumain, Russe, Serbe, Suédois, Suisse, Turc, Egyptien, et des Etats de l'Amérique du Nord, dans le but d'introduire des mesures de quarantaine uniformes contre le choléra et de créer une Commission internationale permanente au sujet des épidémies, a été ouverte à l'hôtel du ministère de l'Intérieur à Vienne par Son Excellence le ministre des Affaires Etrangères le comte Andrassy. Son Excellence était accompagnée de LL. EE. les chefs de section du ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères, le Baron de Hofmann et le Baron d'Orczy, ainsi que du conseiller aulique du même ministère, Monsieur le Chevalier de Schwegel.

Etaient présents les membres dont les noms suivent:

Pour l'Allemagne: Le Docteur de Pettenkofer, conseiller Royal du conseil supérieur de médecine et professeur à l'université de Munich. || Le Docteur A. Hirsch, professeur à l'université de Berlin.

Pour l'Autriche-Hongrie: Son Excellence le Baron Maximilien de Gagern, conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, délégué du ministère I. et R. des Affaires Etrangères. || Le Chevalier Auguste d'Alber-Glanstätten, président du gouvernement maritime autrichien. || Le Docteur François Ulrich, conseiller ministériel au ministère de l'Intérieur à Vienne. || Le conseiller ministériel au ministère du Commerce à Vienne, Charles Haardt de Hartenthurn. || Le Docteur A. Drasche, médecin supérieur I. R. à l'hôpital Rodolphe. || Le Docteur Charles Sigmund Chevalier de Ilanor, professeur à l'université de Vienne. || Le Docteur Léopold Grosz, conseiller de section au ministère de l'Intérieur de Hongrie. || Le conseiller de section du gouvernement maritime de Hongrie, Hector Catinelli. || Le Docteur Joseph Schlosser Chevalier de Klekovsky, conseiller de lieutenant et médecin supérieur Royal de Croatie. || Le Docteur Nicolas Severinski, médecin de régiment des confins militaires de Croatie et Slavonie.

Pour la Belgique: Le Docteur Henrard, inspecteur du service de santé au ministère de l'Intérieur.

Nr. 5340.
Conferenz-
Staaten.

Pour le Danemark: Le Docteur P. A. Schleisner, médecin en chef de la ville de Copenhague, membre du conseil supérieur de santé.

1. Juli 1874.

Pour la France: Monsieur Napoléon de Ring, premier secrétaire de l'ambassade de France à Vienne.

Pour la Grande-Bretagne: Le Docteur Dickson, médecin de l'ambassade de Sa Majesté Britannique à Constantinople. || Le Docteur Edward Seaton, premier officier assistant médical du conseil sanitaire d'Angleterre.

Pour la Grèce: Le Docteur D. G. Orphanidès, professeur à l'université d'Athènes, président du conseil sanitaire.

Pour l'Italie: Le Docteur Mariano Semmola, professeur à l'université de Naples, chef de clinique des hôpitaux.

Pour le Luxembourg: Le Docteur Pierre Schmit, président de la société des sciences médicales.

Pour la Norvège: Le Docteur T. Kierulf, chef de la direction de santé au ministère de l'Intérieur.

Pour les Pays-Bas: Monsieur H. L. Reeder, officier de santé de 1^{re} classe de marine. | Le Docteur H. van Cappelle, chef de division au département de l'Intérieur.

Pour la Perse: Le Docteur J. E. Polak Hekim Bâshi.

Pour le Portugal: Le Docteur José Thomaz de Sousa-Martins, professeur à l'école de médecine, membre correspondant de l'académie R. des sciences de Lisbonne.

Pour la Roumanie: Le Docteur Marcovitz, membre du conseil médical supérieur, professeur à la faculté de Bucarest et médecin en chef de l'hôpital Coltza.

Pour la Russie: Le Docteur E. Lenz, conseiller d'Etat actuel, membre consultatif et secrétaire du conseil médical. || Le Docteur M. Kastorsky, secrétaire du conseil sanitaire et médecin de la légation Impériale de Russie à Téhéran.

Pour la Serbie: Le Docteur Etienne Milossavlevitch, chef de la direction sanitaire au ministère de l'Intérieur.

Pour la Suède: Le Docteur N. J. Berlin, directeur général et président du collège médical.

Pour la Suisse: Le Docteur Charles Zehnder, médecin de district à Zurich. || Le Docteur Adolphe Ziegler, secrétaire du collège sanitaire bernois et expert sanitaire de la direction de l'Intérieur du canton de Berne.

Son Excellence le ministre des Affaires Etrangères prononce le discours que voici:

„Messieurs, — Tous les Etats ayant accueilli avec faveur l'invitation que le Gouvernement Austro-Hongrois leur a adressée, je m'acquitte d'un devoir fort agréable en vous souhaitant la bien-venue au nom de Sa Majesté

Nr. 5340. l'Empereur et Roi, mon Auguste Souverain. || La tâche qui vous est dévolue,
 Conferenz- a une importance incontestable. Guidés par les progrès de la science et par
 Staaten. les enseignements de l'expérience, vous aurez à rechercher les moyens d'em-
 1. Juli 1874. pêcher les épidémies de se propager et de prévenir ainsi les dangers qui
 menacent de nombreuses existences et le bien-être des populations. || Le pro-
 gramme qui se trouve entre vos mains, vous indique les questions qui seront
 l'objet de vos délibérations. || Il ne m'appartient pas de préjuger en quoi que
 ce soit votre point de vue et vos décisions. Vous m'excuserez toutefois, si
 j'exprime le désir qu'il vous soit possible, non seulement de vous mettre d'ac-
 cord sur un règlement relatif aux quarantaines, mais aussi de poser les bases
 d'un organe international permanent qui, profitant de vos travaux, assure
 l'avenir de votre oeuvre et en dégage les fruits qu'elle comporte. || S'il est
 incontestable que l'action isolée des savants est parvenue, dans les différents
 pays, à faire de précieuses conquêtes sur le domaine du choléra, il me semble
 hors de doute que les forces réunies du monde civilisé doivent arriver
 à des résultats plus grands encore. || Le but que nous nous proposons, est la
 création d'un organe international permanent, destiné à encourager
 moralement et matériellement le noble dévouement de ceux qui voudraient se
 vouer à l'étude exclusive d'un fléau, mystérieux tant dans son origine que
 dans son développement. C'est en un mot un corps expéditionnaire scienti-
 fique que j'ai en vue et qui serait appelé à prendre l'épidémie à son point de
 départ, à l'observer et à la poursuivre sans interruption, à travers toutes ses
 phases, jusque dans ses derniers recoins. Il me semble impossible que l'esprit
 humain pouvant s'appuyer sur les armes du concours international ne triomphe
 pas, en dernière instance, d'un fléau qui a défié jusqu'à présent tous les
 efforts isolés. || Si vous réussissez, Messieurs, à atteindre les résultats essen-
 tiellement pratiques que je me permets de vous signaler, en faisant sortir de
 vos délibérations une entente internationale de nature à les assurer, vous
 aurez résolu un grand problème humanitaire et créé une oeuvre méritoire qui
 constituera pour la Conférence un titre réel à la reconnaissance publique. ||
 Soyez convaincus, Messieurs, que nos meilleurs voeux vous accompagnent dans
 la poursuite d'un aussi noble but. Je n'ai pas besoin de vous donner l'assu-
 rance que toutes les fois que vous jugerez nécessaire d'y recourir, vous pour-
 rez compter sur le concours empressé du Gouvernement Impérial et Royal. |
 Je termine en déclarant ouvertes les séances de la Conférence Sanitaire
 Internationale de Vienne. Je vous invite, en conséquence, à aborder tout de
 suite vos travaux et à procéder à l'élection de votre Président."

Monsieur le conseiller d'Etat actuel Docteur Lenz, délégué de Russie,
 se faisant l'interprète des sentiments si chaleureusement approuvés par ses
 collègues, remercie en ces termes Son Excellence, le ministre des Affaires
 Etrangères, de la confiance qu'il a manifestée dans les efforts et le zèle des
 délégués et dans la réussite de l'oeuvre humanitaire qu'ils sont appelés à
 réaliser:

„Excellence, — Persuadé à l'avance, d'être l'interprète fidèle des sentiments de tous mes honorables collègues du Congrès, je m'empresse de vous exprimer, Excellence, nos remerciements les plus sincères pour l'initiative et la vive part que vous avez bien voulu prendre au sujet de la convocation du Congrès. | Le Congrès, dont Votre Excellence vient de déclarer l'ouverture, sera appelé à s'occuper de diverses matières, mais touchant toutes à des intérêts humanitaires et internationaux. | Aussi, nos Gouvernements, en nous chargeant de les représenter au Congrès, ont-ils tous reconnu l'urgence de contribuer à la réussite d'une oeuvre d'un si haut intérêt. || Ce sera donc pour nous tous un devoir et un plaisir, de justifier par notre zèle cette marque de confiance, dont nos Gouvernements nous ont honorés. || Forts du puissant appui du Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, nous avons tous, Excellence, le ferme espoir d'accomplir notre tâche au profit de l'humanité et à la satisfaction des parties intéressées. | Votre Excellence nous a proposé de procéder sans retard au choix de notre Président. C'est à cette fin que je me permets de proposer à mes honorables collègues d'élire par acclamation pour ces fonctions Son Excellence le Baron Max de Gagern, qui, étant déjà chargé par Votre Excellence de la direction des travaux préparatoires de la Conférence, voudra bien nous faciliter par ses lumières et sa riche expérience, le but de notre mission difficile.“

Les membres de la réunion se joignent par acclamation à la proposition de Monsieur Lenz et prient Son Excellence le Baron Gagern de vouloir bien accepter les fonctions de Président de la Conférence.

La nomination du Président ayant eu lieu, Son Excellence le ministre des Affaires Etrangères ainsi que LL. EE. le Baron de Hofmann et le Baron d'Orczy et le conseiller aulique, Monsieur le Chevalier de Schwegel, quittent la réunion, et le Président Baron de Gagern prend la parole pour remercier en ces termes les membres réunis de la confiance qu'ils ont bien voulu lui témoigner:

„Messieurs, — Je vous remercie bien sincèrement de l'honneur que vous venez de me faire en m'acceptant pour votre Président. || Dans l'accomplissement de mes devoirs j'aurai besoin de toute votre indulgence. J'y apporterai le dévouement le plus absolu à notre cause commune, l'impartialité, à laquelle vous avez droit et l'esprit de conciliation qui doit présider à toute conférence internationale. Veuillez, Messieurs, m'assister de votre grande expérience et de vos lumières; veuillez, avant tout, me faire crédit d'une confiance que je tâcherai de justifier.“

Il invite la Conférence à passer sans retard dans la salle des séances pour commencer aussitôt les travaux. || Les délégués se rangent autour de la table où se tiennent les délibérations, en suivant alternativement à droite et à gauche l'ordre alphabétique des Etats (ou des administrations autonomes) qu'ils représentent. Les membres de chaque délégation se placent les uns à côté des autres. | Monsieur le Président présente aux délégués Monsieur le

Nr. 5340.
Conferenz-
Staaten.
1. Juli 1874.

Docteur Adolphe Plason, secrétaire aulique au ministère de la maison Impériale et des Affaires Etrangères, et le Chevalier de Malfatti, rédacteur aulique au même ministère, qui sont chargés des fonctions de secrétaires. Monsieur le Président donne ensuite à la Conférence connaissance des pièces imprimées, jointes au présent procès-verbal, qu'il a eu soin de faire préparer pour les travaux de la Conférence en langue française et allemande, savoir: || 1° la liste des membres de la Conférence, d'après la date de leur arrivée jusqu'au jour d'aujourd'hui; || 2° le Programme des délibérations, auquel est joint le relevé des conclusions de la Conférence sanitaire internationale de Constantinople en 1866; || 3° un projet de règlement des débats de la Conférence. || Monsieur le Président fait remarquer que ce projet de règlement ne doit en rien préjuger les libres décisions de la Conférence; toutefois il proposerait, dans le but de gagner le plus de temps possible pour discuter les questions à fond, d'accepter ce projet en bloc et de lui faire parvenir éventuellement les amendements dans le courant de la soirée. || Monsieur le Docteur Henrard appuie la proposition du Président. || Le secrétaire Docteur Plason donne lecture du projet du règlement en question.

.....

Monsieur Kjerulf exprime le désir que les débats se fassent, soit en allemand, soit en français, puisque tous les membres parlent et comprennent ces deux langues. || Monsieur le Docteur Dickson objecte que, si la proposition de Monsieur le délégué de Norvège venait à être adoptée, il lui serait absolument impossible de suivre les débats, ne possédant pas la connaissance de la langue allemande. Il est d'avis que, comme le but de chaque orateur est de se faire comprendre, le discours doit se faire, autant que possible, en langue française. || Monsieur le Président fait remarquer qu'il serait très-difficile de restreindre la liberté des délégués, quant à la langue, que d'ailleurs un article du règlement prévoit le besoin d'une traduction française. Il fait dans ce but appel à la courtoisie des délégués, en informant la Conférence des offres qui lui ont été exprimées à cet égard. Il cite le Docteur Sigmund, qui veut bien se charger, de concert avec le Président, des traductions, parfois difficiles, sur les matières scientifiques; ensuite le Docteur Schleisner qui parle couramment l'anglais et l'allemand. || La rédaction des procès-verbaux, dressés par les secrétaires, exigera, d'après Monsieur le Président, une révision au point de vue scientifique. Il s'applaudit de pouvoir informer la Conférence, que Monsieur le Docteur Drasche a bien voulu se charger de cette révision pour les procès-verbaux allemands. || Sur la prière de Monsieur le Président, adressée aux membres de la Conférence, de vouloir de même désigner un membre pour la révision des procès-verbaux français, Messieurs les délégués d'Italie, de Belgique et de Roumanie se déclarent prêts à se charger, à tour de rôle, de cette tâche. || La Conférence ayant pris avec reconnaissance acte de ces offres, Monsieur le Président propose de procéder à la nomination de plusieurs vice-présidents, en laissant aux délégués le droit

de nommer ces fonctionnaires, soit personnellement, soit par voie de scrutin. || Monsieur Marcovitz fait remarquer que, les membres de la Conférence ne se connaissant pas tous personnellement, les choix à faire pourraient rencontrer des difficultés. || Sur la proposition de Monsieur Dickson qui est d'avis que ce choix doit revenir à la libre décision du Président qui dirige les débats, la Conférence remet à l'unanimité ce soin au Président lui-même. || Son Excellence le Baron de Gagern remercie la Conférence de cette nouvelle marque de confiance, et la prie de vouloir bien lui permettre de réserver la communication de sa décision jusqu'à la fin de la séance. || Cette proposition ayant été acceptée à l'unanimité, Monsieur le Président donne la parole au Professeur Sigmund qui tient le discours annexé au procès-verbal et qui entre dans des développements sur le but de la Conférence. || Cette lecture achevée, Monsieur le Président propose à la Conférence de décider sur la manière dont la première partie du programme sera traitée d'après le règlement, c'est-à-dire, si les questions préalables doivent être discutées dans des comités spéciaux, ou bien dans des séances générales transformées *ad hoc* en comités spéciaux. || Monsieur le Président fait observer que d'après les expériences faites à ce sujet à l'occasion des conférences télégraphiques internationales, les comités spéciaux présentent de graves inconvénients, soit parce que des discours tenus à la séance générale sont reproduits aux comités spéciaux, soit parce que le désir de profiter autant que possible des discussions faites aux comités spéciaux, engage certains membres à participer en même temps aux travaux de plusieurs comités; de là des collisions inévitables. || En conséquence il recommande aux membres de la Conférence d'adopter la transformation de la séance générale en comité spécial, pour la discussion non seulement des questions préalables, mais encore pour toutes celles dont la Conférence aura à s'occuper. || Monsieur Marcovitz trouve que la discussion sur cette question n'est pas urgente, en tant que les débats sur les questions préalables devront nécessairement précéder ceux sur les questions spéciales du programme; après quoi on verra, s'il y a lieu de procéder à l'élection des comités. || Monsieur Lenz se range parfaitement à l'avis du Président; il invoque à l'appui de son opinion la Conférence de 1866 à Constantinople, qui a duré huit mois, et où un temps précieux se perdait dans les débats des comités spéciaux. || La Conférence décide à la majorité des voix d'entrer dès la prochaine séance en discussion sur les questions préalables.

Monsieur le Président fait part à la Conférence de l'ordre du jour de la prochaine séance qui est, à la majorité de voix, fixée pour demain à neuf heures du matin. || L'ordre du jour comprendra: || 1^o La lecture du procès-verbal. || 2^o Les amendements au règlement qui pourraient être présentés au Président dans le courant de la soirée d'aujourd'hui. || 3^o Les questions préalables.

Monsieur le Président informe les délégués que, d'après la décision susmentionnée sur le mode d'élection des vice-présidents, il a nommé à ces fonctions Messieurs de Pettenkofer, Lenz et Fauvel. || La Conférence

Nr. 5340.
Conferenz-
Staaten.
1. Juli 1874.

applaudit à ce choix; et le Président remercie en même temps les délégués de la manière dont ils ont discuté les questions de la présente séance.

La séance est levée à trois heures.

Le Président de la Conférence:
Baron Max de Gagern.

Les secrétaires:
Docteur Plason. de Malfatti.

Beilage.

Rede des Doctor Sigmund über den Zweck der Conferenz.

Messieurs, — Nous rendant à l'appel de nos Gouvernements, nous nous sommes réunis ici à Vienne pour délibérer et prendre des résolutions sur une affaire de grande importance pour l'existence et le bien-être des populations et des Etats, savoir sur l'introduction de mesures de quarantaine uniformes contre le choléra et de la formation d'une Commission internationale au sujet des épidémies. || L'épidémie du choléra, qui, depuis plus de quarante ans, a enlevé, par ses invasions périodiques, des millions d'habitants aux Etats les plus civilisés et les plus florissants, qui a causé un préjudice immense au commerce international et qui ne cesse de nous menacer, cette épidémie est, sans doute, de nature à déterminer les Gouvernements intéressés à une nouvelle action commune, afin d'établir sur les moyens de défense contre elle, des règles conformes aux exigences de l'époque et dont l'application serait générale. || Il y a peu d'années, les opinions sur l'origine et la marche du choléra étaient loin de s'accorder; il en résultait des mesures de quarantaine fort diverses et même tout à fait contraires les unes aux autres. Vous savez tous, Messieurs, que dans le temps le plus récent la transmissibilité du choléra a fini par être généralement reconnue, et que, par conséquent, des mesures sanitaires et de quarantaine assez nombreuses et assez compliquées ont été introduites et appliquées très-rapidement dans tous les pays, même sans aucune hésitation dans ceux où l'on avait auparavant contesté toute utilité aux quarantaines. || Mais tandis que, du point de vue humanitaire, les quarantaines ont été plus ou moins chaleureusement recommandées, les nouvelles mesures prises à cet égard n'ont pas tardé à manifester un effet fort préjudiciable aux relations de communication internationales et aux intérêts économiques. || Dans la Mer-Rouge et la Méditerranée, dans la Mer-Noire et l'Adriatique, sur les bords du Danube inférieur et à d'innombrables stations des routes principales ainsi que des plus petits, les interruptions des communications ont été infinies, surtout pendant les dernières années, et ont eu pour conséquence des inconvénients énormes, sans offrir même très-souvent l'avantage d'arrêter la marche de l'épidémie. Ces mesures de quarantaine

restaient donc non seulement sans résultat, mais elles causaient même le plus grand préjudice aux populations frappées par l'épidémie. || La plupart de ces mesures, imitées avec quelques légères modifications des anciens règlements pratiqués contre la peste, sont une contradiction ouverte des résultats des sciences et de l'expérience, un contraste éclatant du courant prédominant de notre époque qui réclame la liberté de mouvement et un commerce actif, un contraste aussi avec les efforts énormes de presque toutes les nations pour multiplier et faciliter leurs rapports mutuels. || En effet, les restrictions et interruptions survenues dans ces rapports, et plus encore, la diversité fort sensible des mesures de quarantaine pratiquées sur le même complexe territorial ou dans le même bassin de mer, n'ont pas manqué de provoquer des plaintes trop fondées qui se sont renouvelées sans cesse, surtout pendant les dernières années, mais presque sans aucun effet, puisque chaque Gouvernement continuait à maintenir ces mesures, conformément aux lois du pays et ayant égard aux considérations locales. || C'est en vue de faits semblables que le désir c'est récemment fait jour, au sein des Gouvernements de l'Autriche-Hongrie et de la Russie, de soumettre de nouveau la question des quarantaines contre le choléra à une Commission internationale d'experts. || La première Conférence sanitaire qui, sur l'initiative de la France, a eu lieu en 1851 à Paris, et à laquelle douze Puissances ont pris part, avait traité comme objet principal la révision des règlements de quarantaine contre la peste et la fièvre jaune, et ne touchait le choléra qu'en passant et sans appliquer à cette épidémie, envisagée alors sous un point de vue bien différent du nôtre, les propositions qui ont reçu relativement à la peste et à la fièvre jaune, force de loi au moyen de conventions spéciales. || Comme pour suppléer à cette omission, le Gouvernement français a provoqué, beaucoup plus tard, la Conférence internationale sur le choléra qui eut lieu à Constantinople en 1866. Cette Commission formée des représentants de dix-sept Puissances a siégé pendant huit mois et nous a laissé des travaux d'une très-grande valeur, mais n'a pas produit des stipulations obligatoires. De plus, un fait bien curieux, c'est que, précisément après cette Conférence, des règlements encore plus nombreux et plus différents entre'eux qu'auparavant, ont paru partout au sujet des quarantaines, règlements qui ont achevé de faire sentir à toutes les nations intéressées, jusqu'à quel point les quarantaines sont des entraves pesantes. Et nous savons tous, combien de fois des plaintes graves et nombreuses se sont élevées contre ces règlements qu'on accusait d'être inutiles, nuisibles et même contraires à leur but. || Le programme soumis aujourd'hui aux membres de la Conférence, pour leur servir de guide dans le cours des délibérations, se rattache d'une part aux résultats acquis par la Conférence sanitaire de Constantinople et de l'autre aux propositions et faits publiés depuis, afin de provoquer des résolutions décisives de la Conférence sur deux matières principales: 1^o sur les mesures uniformes de Quarantaine à mettre en vigueur contre le choléra; 2^o sur la formation d'une Commission internatio-

Nr. 5340.
Conferenz-
Staaten.
1. Juli 1874.

nale au sujet des épidémies. || Quant aux mesures de Quarantaine, le programme a accepté, provisoirement et sans vouloir empiéter sur les avis des membres de la Conférence, comme principes fondamentaux, la force préservatrice des Quarantaines et la nécessité de les maintenir, mais il ne s'occupe tout particulièrement que des Quarantaines de mer et relève comme but à atteindre, outre la simplification et la réduction du nombre des prescriptions sanitaires, l'uniformité des règlements de Quarantaine. || L'idée de tenir compte dans les Quarantaines, autant que possible, des exigences humanitaires et sociales de notre époque, et de les utiliser en même temps comme stations d'observation dans l'intérêt de la science a servi de principe dans la première partie du programme aussi bien que dans la seconde. || La proposition, contenue dans le programme, de créer une commission internationale contre les épidémies, se fonde sur plusieurs motifs. Déjà dans l'exposition des questions préalables de nature technique, deux points se font remarquer, à l'égard desquels la législature sur la santé publique et les quarantaines attend jusqu'à présent de la science que celle-ci formule, d'une manière durable, les principes fondamentaux. || La nature internationale des calamités causées aux populations par les épidémies en général et le choléra en particulier, et en outre par les quarantaines, justifie le projet de créer un organe central soutenu moralement et matériellement par les Gouvernements, destiné à entamer d'après un plan précis et à suivre pendant un temps suffisant de vastes études sur les épidémies, et qui servirait en même temps de conseil d'experts pour toutes les affaires internationales ayant rapport aux épidémies et surtout aux quarantaines. || Pour faire face à des ennemis aussi terribles que les épidémies et les épizooties, il faudrait aussi projeter des défenses d'une grandeur analogue; mais les découvrir, ces moyens de défense, les déterminer et les répandre parmi tous, voilà ce qui surpasserait le pouvoir des particuliers et même celui des Gouvernements isolés. || Vous connaissez tous, Messieurs, les travaux faits jusqu'ici à cet égard par les hommes de science et les sociétés savantes, travaux dont le résultat n'a pas été trop satisfaisant, pour cette raison qu'ils ont été entrepris avec des forces trop minces, pendant un temps trop court, sur un territoire trop étroit et sans assez de ressources pécuniaires, puis parce qu'ils n'ont pas été dirigés d'après un plan commun. || Récemment le Gouvernement de l'Empire allemand a institué une Commission impériale dont la tâche est semblable, mais restreinte. || Le double problème que le programme propose aux membres de la Conférence, ouvre le champ aux délibérations les plus vastes, et considérant que vous êtes tous, Messieurs, en mesure de rendre sur ces sujets un jugement fondé sur votre propre expérience, sur les faits généralement reconnus ainsi que sur votre propre conviction, j'espère exprimer l'avis des tous les honorables membres de la Conférence, en recommandant la discussion des questions la plus concise et la plus pratique.

Nr. 5341.

CONFÉRENZ-STAATEN. — Protokoll der Schlusssitzung der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Wien vom 1. August 1874.

(Présidence de Son Excellence le Baron de Gagern.)

L'an mil huit cent soixante-quatorze, le premier août, à dix heures du matin, la Conférence Sanitaire Internationale a tenu sa vingtième et dernière séance à l'hôtel du ministère de l'Intérieur. || Etaient présents les membres dont les noms suivent. — — —

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

Son Excellence le Baron d'Orczy, chef de section au ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères, accompagné du conseiller aulique au même ministère, Monsieur le Chevalier de Schwegel, est introduit par Monsieur le Président.

Le procès-verbal de la dernière seance est adopté.

Monsieur le Président, en résumant les travaux de la Conférence, prononce le discours suivant:

“Parvenue au terme de ses travaux la Conférence a jugé nécessaire de reproduire dans un acte final, signé de tous ses membres, l'énoncé des conclusions qu'elle a adoptées pour répondre aux questions de son programme. || Organe de la Commission chargée de préparer cet acte, je tiens à constater d'abord que la Conférence a fait tout ce qu'elle a pu pour arriver à une entente, but suprême de sa réunion, sans sacrifier pour cela aucun des grands intérêts qui se trouvaient en cause, ceux de la santé publique et ceux des relations commerciales. Sans doute il eut été préférable que l'accord fût plus complet sur tous les points; mais la force des choses ne le permettait pas, et, pour le moment, nous devons être satisfaits des résultats obtenus, comme étant un premier pas vers une entente plus générale. || Dans la partie scientifique de son programme elle n'a pu que confirmer, dans les questions qui lui étaient soumises, les conclusions auxquelles était arrivée la Conférence de Constantinople, sans y rien ajouter, aucune découverte importante n'étant venue, depuis lors, éclairer les points obscurs de l'histoire du choléra. || Sur le terrain de la prophylaxie, c'est-à-dire sur les questions de pratique qui formaient l'objet principal de sa tâche, deux systèmes de protection contre les provenances maritimes infectées ou suspectes de choléra ont été soumis à ses délibérations. Ces deux systèmes, qui ont leurs mérites et leurs inconvénients propres, ont été soutenus avec une égale ténacité et finalement proposés, l'un et l'autre, comme pouvant servir de base à une entente, d'une part, entre les Etats partisans de la simple inspection médicale ou révision, et, d'autre part, entre ceux qui persistent à croire à l'utilité des quarantaines appliquées en Europe contre le choléra. || La Conférence avait d'ailleurs admis d'un commun accord que les quarantaines rigoureuses étaient surtout appli-

Nr. 5341.
 Conferenz-
 Staaten.
 1. Aug. 1874.

cables en dehors de l'Europe contre de nouvelles invasions de la maladie. D'un autre côté la Conférence n'a pas hésité à repousser les quarantaines contre les provenances de terre, malgré les raisons invoquées en faveur d'une application exceptionnelle. || Quant aux quarantaines fluviales elle a adopté un système mixte qui paraît concilier tous les intérêts. || La partie du programme relative à l'institution d'une Commission internationale des épidémies a été l'objet d'une étude aussi approfondie que le permettaient la nouveauté de la question et les difficultés pratiques qu'elle présente. || Néanmoins, grâce au désir unanime de donner suite à une institution, dont les avantages pour la prophylaxie des maladies épidémiques ont paru incontestables, la Conférence a pu déterminer les règles principales relatives aux attributions précises, à la composition et au fonctionnement de la Commission internationale des épidémies projetée, laissant aux gouvernements le soin de régler la question financière qui s'y rattache. || La question des missions sanitaires éventuelles ou permanentes qui est liée intimement à la précédente paraît aussi avoir reçu une solution satisfaisante. || La Conférence a donc répondu d'une manière catégorique aux questions des deux parties du programme qui appelaient des solutions pratiques, et elle l'a fait de manière à fournir aux gouvernements qu'elle représente, les bases d'une entente très-désirable pour tous les intérêts. || Il ne me reste plus, Messieurs, qu'à vous inviter à certifier par vos signatures le relevé des conclusions adoptées par la Conférence, relevé qui deviendra par cette consécration l'acte authentique devant servir de texte aux négociations ultérieures par la voie diplomatique, en vue d'arriver à une entente sur les bases proposées par la Conférence sanitaire."

Il est donné lecture du relevé des conclusions adoptées par la Conférence. L'acte final est signé par Messieurs les délégués.

Son Excellence le Baron d'Orczy prononce l'allocution suivante:

"Messieurs, permettez-moi de me faire l'interprète des sincères regrets qu'éprouve Son Excellence Monsieur le ministre des Affaires Etrangères de ne pas pouvoir remercier, en personne, la Conférence sanitaire du zèle éclairé et constant qu'elle a mis à ses travaux. || Chargé par lui de le représenter, je suis heureux d'avoir à m'acquitter de l'agréable devoir de Vous exprimer au nom de Sa Majesté l'Empereur et Roi, mon Auguste Maître, toute la satisfaction causée à son Gouvernement par le résultat de Vos délibérations. || Le Gouvernement de Sa Majesté ne saurait en effet que se féliciter de l'oeuvre de la Conférence, qui non seulement constitue un premier pas vers une entente plus générale, mais peut en même temps être envisagée comme fournissant la base de négociations ultérieures, dans les voies diplomatiques. Ces négociations, il est permis de l'espérer, en aboutissant à la conclusion de deux conventions sanitaires distinctes, assureront à Vos travaux une valeur pratique réelle. || L'une de ces Conventions a en vue d'amener une plus grande uniformité de principes et de mesures prophylactiques, au moins entre les deux groupes d'Etats qui suivraient dès lors le même système de protection contre

le choléra. || Au moyen de l'autre le Gouvernement Impérial et Royal a surtout l'espoir de voir se réaliser, dans un prochain avenir, l'idée d'une Commission internationale permanente, dont Vous venez de tracer les premières lignes et qui serait destinée à devenir le trait d'union entre les savants et les organes officiels du service sanitaire des différents pays du monde civilisé. || Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et Roi ayant l'intention, de faire parvenir, par dépêche circulaire, à tous les Gouvernements représentés dans cette enceinte la proposition d'utiliser, pour arriver à des stipulations claires et précises, ces premiers jalons posés par vos soins, je Vous serai reconnaissant, Messieurs, d'accorder, chacun de Votre côté, Votre appui efficace auprès de Vos Gouvernements à l'oeuvre, à laquelle Vous avez consacré Vos lumières. || Mieux que personne Vous êtes à même de plaider une cause qui est devenue la Votre depuis qu'après avoir échangé Vos vues, Vous vous y êtes ralliés à l'unanimité. || Laissez-moi Vous donner l'assurance, que si Vous êtes disposés à continuer à vouer Votre attention éclairée et Votre sollicitude à la grande oeuvre humanitaire entreprise par Vous, Vous pourrez toujours compter sur un concours actif et empressé de la part du Gouvernement Impérial et Royal. || Je termine, Messieurs, en Vous renouvelant le témoignage de vive gratitude que j'ai reçu la mission flatteuse de Vous apporter et je déclare close la session de la présente Conférence Sanitaire Internationale, en Vous priant d'accepter mes meilleurs voeux, au moment où Vous Vous séparez, pour rentrer dans Vos foyers."

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

Monsieur le Docteur Fauvel se faisant l'interprète des sentiments qui animent ses collègues répond en ces termes à Son Excellence le Baron d'Orczy.

"Monsieur le Baron, — La Conférence est très-honorée de la haute approbation que Votre Excellence vient de donner à ses travaux de la part du Gouvernement Austro-Hongrois. || Qu'il me soit permis de déclarer, au nom de la Conférence, que notre tâche a été grandement facilitée par l'esprit de conciliation que le principal représentant du Gouvernement Impérial et Royal, notre digne Président, a constamment apporté dans nos débats. || Grâce à cet esprit de conciliation, nous avons pu, autant que le comportaient les intérêts en cause, mener à bonne fin une oeuvre difficile et présenter aux Gouvernements une base d'entente qui, permettant de grouper les intérêts identiques, n'impose à personne aucun sacrifice compromettant. || Il est d'ailleurs permis d'espérer que, si le projet d'une Commission internationale permanente se réalise, cette Commission contribuera, par ses études, à faire disparaître les dissidences qui existent encore aujourd'hui dans l'emploi des mesures prophylactiques. || Aussi, Monsieur le Baron, pouvez-vous donner au Gouvernement Impérial et Royal l'assurance que chacun de nous s'empressera, dans les limites de son action et de ses convictions, d'appuyer auprès de son Gouvernement l'oeuvre, à laquelle il a concouru. || Par là, nous entrerons dans les vues élevées du Gouvernement Austro-Hongrois, et nous aurons fait notre devoir, en pour-

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

suivant la réalisation de vœux qui tendent à associer l'Europe entière dans une coalition pacifique, dont le but est de sauvegarder la santé publique, sans troubler outre mesure les grands intérêts, auxquels le monde moderne attache un si haut prix."

Monsieur le Docteur Semmola remercie ensuite, en ces termes, Monsieur le Président:

"Je crois à mon tour, Messieurs, être l'interprète des sentiments de la Conférence, en Vous proposant d'exprimer nos remerciements et notre reconnaissance à notre bien aimé Président, Son Excellence le Baron de Gagern. || Nous ne pourrons jamais oublier la sagesse et la prudence, avec laquelle il a dirigé nos débats pour les faire aboutir à un résultat utile. || Nous en garderons toujours un doux souvenir dans nos patries, et si c'est avec un vif regret que nous nous séparons de lui, ce qui peut l'adoucir, c'est, qu'en quittant ce cher sol Autrichien, nous y resterons enchainés par des forces inébranlables dans le monde, celles du cœur et celles de l'intelligence, puisque c'est au nom de l'humanité et de la science qu'on nous a réunis dans cette enceinte."

La Conférence applaudit vivement aux paroles de Monsieur Semmola.

Monsieur le Vice-Président, conseiller d'état actuel Lenz prend à son tour la parole pour féliciter les deux secrétaires:

"Monsieur le Président, Messieurs et dignes confrères! — Permettez-moi de prendre la parole au nom de la Conférence. Je suis heureux, à cette occasion, de céder à l'invitation de mes honorables confrères qui m'ont prié, d'être leur interprète et de témoigner publiquement notre reconnaissance à Monsieur le Docteur Plason et à Monsieur de Malfatti. || Nous avons été chaque jour témoins de leur assiduité et de leur fatigues. Le grand nombre des membres de la Conférence et la différence des nationalités rendaient la tâche très-difficile. Cependant leur zèle ne nous a jamais fait défaut; souvent même nous avons dû recourir à leur bienveillance personnelle, et nous avons toujours trouvé en eux le plus louable empressement, malgré les occupations multiples dont ils étaient chargés. Nous en garderons le plus agréable souvenir, et je crois répondre au désir de tous les membres de la Conférence, en priant Monsieur le Président, d'être notre interprète auprès du gouvernement Austro-Hongrois, et de lui faire connaître la reconnaissance que nous avons vouée aux deux secrétaires."

La Conférence s'étant vivement associée à ce désir, Son Excellence le Baron de Gagern, profondément ému des marques de sympathie, que lui témoigne l'assemblée toute entière, remercie en ces termes:

"Messieurs! Ce n'est pas sans une vive émotion que je prends la parole pour constater qu'après quatre semaines d'un travail assidu, nous avons touché au terme de notre réunion. || Je ne reviendrai plus sur le sujet de notre tâche commune, si heureusement accomplie. || Qu'il me soit permis seulement de dire un mot sur nos relations personnelles. | Eh bien, Messieurs, si au

premier jour de nos séances j'ai dû, comme votre Président, réclamer toute votre indulgence, en vérité, j'ai pu constater dans le cours de vos discussions, et jusqu'à ces derniers moments, à quel point vous avez été bien-veillants et généreux envers moi. || Je vous remercie de tout mon coeur de la confiance que vous m'avez accordée; je remercie Messieurs les Vice-Présidents de m'avoir si bien assisté de leurs sages conseils et je prie chacun de vous, chers collègues, de conserver un souvenir bienveillant à un homme qui, au terme de sa carrière politique, a été fier d'associer encore son nom pour une cause éminemment utile et honorable à tant de noms illustres dans la science! || En vous réitérant donc, Messieurs, mes remerciements et mes adieux, je termine l'acte de clôture de la Conférence Sanitaire Internationale de Vienne."

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

La Conférence Sanitaire Internationale ayant accompli son oeuvre, se sépare, en témoignant par une acclamation unanime l'espoir qu'elle emporte de voir fructifier ses travaux.

Le présent procès-verbal est lu et adopté séance tenante.

La séance est levée à midi.

Les Secrétaires:

Dr. Plason. de Malfatti.

Le Président:

• Baron de Gagern.

Beilage.

Relevé des Conclusions adoptées par la Conférence Sanitaire Internationale de Vienne, fait par une Commission composée de Messieurs d'Alber-Glanstüben (Autriche), Adrien Proust (France), van Cappelle (Pays-Bas).

Première partie.

Questions scientifiques.

I.

Origine et genèse du choléra; endémicité et épidémicité de cette maladie dans l'Inde.

Le choléra asiatique, susceptible de s'étendre (épidémique), se développe spontanément dans l'Inde, et c'est toujours du dehors qu'il arrive, quand il éclate dans d'autres pays.

Adopté à l'unanimité.

Il ne revêt pas le caractère endémique dans d'autres pays que l'Inde.

Adopté à l'unanimité.

II.

Questions de transmissibilité.

1^o Transmissibilité par l'homme.

La Conférence accepte la transmissibilité du choléra par l'homme venant d'un milieu infecté; elle ne considère l'homme comme pouvant être la cause

Nr. 5341. spécifique, qu'en dehors de l'influence de la localité infectée; en outre, elle le
 Conferenz- regarde comme le propagateur du choléra, lorsqu'il vient d'un endroit où le
 Staaten. germe de la maladie existe déjà.
 1. Aug. 1874.

Adopté à l'unanimité.

2^o Transmissibilité par les effets à usage.

Le choléra peut être transmis par les effets à usage provenant d'un lieu infecté, et spécialement par ceux qui ont servi aux cholériques; et même il résulte de certains faits, que la maladie peut être importée au loin par ces mêmes effets renfermés à l'abri du contact de l'air libre.

Adopté à l'unanimité.

3^o Transmissibilité par les aliments et les boissons.

a) Aliments:

La Conférence ne possédant pas de preuves concluantes pour la transmission du choléra par les aliments, ne se croit pas autorisée à prendre une décision à cet égard.

Résultat du vote: 11 oui, 7 non.

Allemagne non.

Autriche non.

Hongrie non.

Belgique oui.

Danemark oui.

Grand-Bretagne oui.

Grèce oui.

Italie non.

Luxembourg oui.

Norvège non.

Pays-Bas oui.

Perse oui.

Portugal oui.

Roumanie non.

Russie oui.

Serbie oui.

Suède oui.

Suisse non.

b) Boissons:

Le choléra peut être propagé par les boissons, particulièrement par l'eau.
 Adopté à l'unanimité.

4^o Transmissibilité par les animaux.

— On ne connaît aucun fait probant de la transmissibilité du choléra par les animaux à l'homme, mais il est très-rationnel d'en admettre la possibilité.

Résultat du vote: 10 oui, 2 non, 6 abstentions.

Allemagne oui.

Autriche oui.

Hongrie oui.

Belgique s'abstient.

Danemark oui.

Grande-Bretagne s'abstient.

Grèce s'abstient.

Italie oui.

Luxembourg s'abstient.

Norvège oui.

Pays-Bas s'abstient.

Perse non.

Portugal oui.

Roumanie oui.

Russie s'abstient.

Serbie non.

Suède oui.

Suisse oui.

5° De la transmissibilité par les marchandises.

Tout en constatant, à l'unanimité, l'absence de preuves à l'appui de la transmission du choléra par les marchandises, la Conférence a admis la possibilité du fait dans certaines conditions.

Résultat du vote: 13 oui, 5 abstentions.

Allemagne oui.

Autriche oui.

Hongrie oui.

Belgique s'abstient.

Danemark oui.

Grande-Bretagne s'abstient.

Grèce oui.

Italie oui.

Luxembourg oui.

Norvège oui.

Pays-Bas oui.

Perse s'abstient.

Portugal oui.

Roumanie oui.

Russie s'abstient.

Serbie s'abstient.

Suède oui.

Suisse oui.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

6° Transmissibilité par les cadavres cholériques.

Bien qu'il ne soit pas prouvé par des faits concluants que les cadavres de cholériques puissent transmettre le choléra, il est prudent de les considérer comme dangereux.

Adopté à l'unanimité.

7° Transmissibilité par l'atmosphère seule.

Aucun fait n'est venu prouver jusqu'ici que le choléra puisse se propager au loin par l'atmosphère seule, dans quelque condition qu'elle soit; en outre, c'est une loi, sans exception, que jamais une épidémie de choléra ne s'est propagée d'un point à un autre dans un temps plus court que celui nécessaire à l'homme pour s'y transporter. || L'air ambiant est le véhicule principal de l'agent générateur du choléra; mais la transmission de la maladie par l'atmosphère reste, dans l'immense majorité des cas, limitée à une distance très-rapprochée du foyer d'émission. Quant aux faits cités de transport par l'atmosphère à un ou plusieurs milles de distance, ils ne sont pas suffisamment concluants.

Adopté à l'unanimité.

8° Action de l'air sur la transmissibilité.

Il résulte de l'étude des faits qu'à l'air libre le principe générateur du choléra perd rapidement son activité morbifique, telle est la règle; mais, dans certaines conditions particulières de confinement, cette activité peut se conserver pendant un temps indéterminé. || Le choléra peut être transmis par les effets à usage provenant d'un lieu infecté et spécialement par ceux qui ont servi aux cholériques; et même il résulte de certains faits que la maladie peut être importée au loin par ces mêmes effets renfermés à l'abri du contact de l'air libre. || Les grands déserts sont une barrière très-efficace contre la propagation du choléra, et il est sans exemple que cette maladie ait été importée

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

en Egypte ou en Syrie, à travers le désert, par les caravanes parties de La Mecque.

Adopté à l'unanimité.

III.

Durée de l'incubation.

Dans presque tous les cas, la période d'incubation, c'est-à-dire le temps écoulé entre le moment où un individu a pu contracter l'intoxication cholérique et le début de la diarrhée prémonitoire ou du choléra confirmé, ne dépasse pas quelques jours. Tous les faits cités d'une incubation plus longue se rapportent à des cas qui ne sont pas concluants, ou bien parce que la diarrhée prémonitoire a été comprise dans la période d'incubation, ou bien parce que la contamination a pu avoir lieu après le départ du lieu infecté. L'observation montre que la durée de la diarrhée cholérique, dite prémonitoire, — qu'il ne faut pas confondre avec toutes les diarrhées qui existent en temps de choléra, — ne dépasse pas quelques jours. || Les faits cités comme exceptionnels ne prouvent pas que les cas de diarrhée qui se prolongent au-delà appartiennent au choléra et soient susceptibles de transmettre la maladie, quand l'individu atteint a été soustrait à toute cause de contamination.

Résultat du vote: 13 oui, 1 non, 4 abstentions.

Allemagne s'abstient.

Autriche oui.

Hongrie oui.

Belgique oui.

Danemark oui.

Grande-Bretagne oui.

Grèce oui.

Italie oui.

Luxembourg s'abstient.

Norvège oui.

Pays-Bas oui.

Perse oui.

Portugal oui.

Roumanie s'abstient.

Russie oui.

Serbie oui.

Suède s'abstient.

Suisse non.

IV.

Questions de la Désinfection.

1^o Connait-on des moyens ou des procédés de désinfection, grâce auxquels le principe générateur ou contagieux du choléra peut sûrement être détruit ou perdre de son intensité?

Résultat du vote: 12 non, 7 abstentions.

Allemagne non.

Autriche non.

Hongrie non.

Belgique non.

Danemark s'abstient.

France s'abstient.

Grand-Bretagne non.

Grèce non.

Italie s'abstient.

Luxembourg non.

Norvège s'abstient.

Pays-Bas non.

Perse non.

Portugal s'abstient.

2^o Connait-on des moyens ou des procédés de désinfection, grâce auxquels le principe générateur ou contagieux du choléra peut avec quelque chance de succès être détruit ou perdre de son intensité?

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

Résultat: 13 oui, 5 non.

Allemagne non.

Autriche non.

Hongrie non.

Belgique oui.

Danemark non.

Grande-Bretagne oui.

Grèce oui.

Italie oui.

Luxembourg oui.

Norvège oui.

Pays-Bas oui.

Perse oui.

Portugal oui.

Roumanie oui.

Russie non.

Serbie oui.

Suède oui.

Suisse oui.

3^o La science ne connaît pas encore de moyens désinfectants certains et spécifiques: en conséquence, la Conférence reconnaît une grande valeur aux mesures hygiéniques telles que: aération, lotions profondes, nettoyage etc., combinées avec l'emploi des substances regardées actuellement comme désinfectantes.

Adopté à l'unanimité.

Deuxième partie.

Questions des Quarantaines.

I.

Quarantaines de terre.

Considérant que les quarantaines de terre sont inexécutables et inutiles, vu les nombreux moyens de communication qui augmentent de jour en jour; considérant en outre qu'elles portent des atteintes graves aux intérêts commerciaux, la Conférence rejette les quarantaines de terre.

Résultat du vote: 13 oui, 4 non, 2 abstentions.

Allemagne oui.

Autriche oui.

Hongrie oui.

Belgique oui.

Danemark oui.

France non.

Grande-Bretagne oui.

Grèce non.

Italie oui.

Luxembourg s'abstient.

Norvège oui.

Pays-Bas oui.

Perse oui.

Portugal non.

Roumanie oui.

Russie oui.

Serbie non.

Suède oui.

Suisse s'abstient.

II.

Quarantaines maritimes.

I.

Mesures à prendre en dehors de l'Europe.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

En vue de prévenir de nouvelles invasions du choléra en Europe, la Conférence approuve les mesures recommandées par la Conférence de Constantinople, notamment les quarantaines dans la Mer-Rouge et dans la Mer-Caspienne. || Ces quarantaines devront être instituées et organisées d'une manière complète et satisfaisante, selon les maximes d'hygiène les plus rigoureuses.

II.

Mesures à prendre dans les ports de l'Europe.

Lorsque le choléra a fait invasion en Europe, la Conférence recommande le système d'inspection médicale, mais pour les Etats qui préfèrent maintenir les quarantaines, elle établit les bases d'un règlement quarantenaire.

A. Système de l'inspection médicale.

§ 1. Il y aura, dans chaque port ouvert au commerce, une autorité sanitaire composée de médecins et d'administrateurs, aidés par un personnel de service. Le nombre des membres de ces différentes catégories variera dans chaque port selon l'importance du mouvement maritime, mais il devra être suffisant pour pouvoir accomplir dans toutes les circonstances et avec rapidité les mesures exigées pour les navires, les équipages et les passagers. || Le chef de ce service sera toujours tenu au courant par des communications officielles de l'état sanitaire de tous les ports infectés de choléra.

§ 2. Les navires provenant d'un port net, n'ayant (d'après la déclaration sous serment du capitaine) touché dans leur voyage aucun port intermédiaire suspect, ni communiqué directement avec aucun navire suspect, et sur lesquels durant le voyage on n'aura constaté aucun cas suspect ou confirmé de choléra, auront la libre pratique.

§ 3. Les navires provenant d'un port suspect ou infecté et ceux provenant de ports non suspects, mais qui ont eu dans le voyage des relations intermédiaires compromettantes ou sur lesquels il y a eu durant la traversée des cas suspects de maladie ou de mort de choléra, seront soumis dès leur arrivée à une visite médicale rigoureuse pour constater l'état sanitaire du bord.

§ 4. S'il résulte de la visite médicale qu'il n'existe parmi les hommes de l'équipage et les passagers aucun cas suspect de maladie ou de mort de choléra, le navire, avec tout ce qu'il renferme, sera admis à la libre pratique. Mais si des cas de choléra ou de nature suspecte se sont manifestés à bord durant la traversée, le navire, les vêtements et les effets à usage des gens de l'équipage et des passagers seront soumis d'abord à une désinfection rigoureuse, bien que l'équipage et les passagers aient été trouvés indemnes du choléra dans le port.

5. S'il y a à l'arrivée des cas suspects de maladie ou de mort de choléra les malades seront immédiatement transportés dans un lazaret ou dans un local isolé pouvant en tenir lieu et prêt à les recevoir; les cadavres seront jetés à la mer avec les précautions d'usage ou ensevelis après avoir été complètement désinfectés; les passagers et l'équipage seront soumis à une désinfection rigoureuse et le navire lui-même sera désinfecté, après qu'on en aura désinfecté les passagers et la partie du personnel de l'équipage qui n'est pas soumise à la désinfection et à la surveillance. || Les vêtements et les effets des malades et même des passagers sains seront assujettis, dans un local spécial et sous le contrôle rigoureux de l'autorité sanitaire, à une désinfection. || Après cette désinfection, les effets seront rendus aux passagers et aux personnes de l'équipage qui seront admis à libre pratique.
6. Les marchandises débarquées seront admises à libre pratique, à l'exception des chiffons et autres objets susceptibles, que l'on devra soumettre à une désinfection radicale.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

B. Système des quarantaines.

Provenances de ports infectés.

1° Les provenances de ports infectés sont soumises à une observation médicale de 1 à 7 jours pleins selon les cas. Dans les ports des Etats orientaux, de l'Europe, et ailleurs dans certains cas exceptionnels seulement, la durée de l'observation peut être portée à 10 jours.

2° Si l'autorité sanitaire a la preuve suffisante qu'aucun cas de choléra ou de nature suspecte n'a eu lieu à bord durant la traversée, la durée de l'observation est de 3 à 7 jours à dater de l'inspection médicale. Si, dans ces conditions, la traversée a duré au moins 7 jours, l'observation est réduite à 24 heures pour les constatations et les désinfections qui pourraient être jugées nécessaires. Dans les cas de cette catégorie, la quarantaine d'observation peut être purgée à bord, tant qu'aucun cas de choléra ou d'accidents suspects ne s'est manifesté et si les conditions hygiéniques du navire le permettent. || Dans ces cas le déchargement du navire n'est point obligatoire.

3° En cas de choléra ou d'accidents suspects soit durant la traversée, soit après l'arrivée, la durée de l'observation pour les personnes non malades est de 7 jours pleins, à dater de leur isolement dans un lazaret ou dans un endroit pouvant en tenir lieu. || Les malades sont débarqués et reçoivent les soins convenables dans un local isolé et séparé des personnes en observation. || Le navire et tous les objets susceptibles sont soumis à une désinfection rigoureuse, après laquelle les personnes restées à bord du navire sont assujetties à une observation de 7 jours.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

Provenances de ports suspects.

4^o Les provenances de ports suspects, c'est-à-dire voisins d'un port où règne le choléra et ayant des relations libres avec ce port, peuvent être soumises à une observation, qui n'excédera pas 5 jours, si aucun accident suspect ne s'est produit à bord.

Dispositions diverses.

5^o Les navires chargés d'émigrants, de pèlerins et, en général, tous les navires jugés particulièrement dangereux pour la santé publique, peuvent, dans les conditions mentionnées précédemment, être l'objet de précautions spéciales que déterminera l'autorité sanitaire du port d'arrivée.

6^o Lorsque les ressources locales ne permettent pas d'exécuter les mesures cidessus prescrites, le navire infecté est dirigé sur le plus prochain lazaret, après avoir reçu tous les secours que réclame sa position.

7^o Un navire provenant d'un port infecté, qui a fait escale dans un port intermédiaire et y a reçu libre pratique sans avoir fait de quarantaine, est considéré et traité comme provenant d'un port infecté.

8^o Dans les cas de simple suspicion, les mesures de désinfection ne sont pas de rigueur, mais elles peuvent être pratiquées toutes les fois que l'autorité sanitaire le juge convenable.

9^o Un port où le choléra règne épidémiquement ne doit plus appliquer de quarantaine proprement dite, mais doit pratiquer seulement des mesures de désinfection.

C. Dispositions communes aux deux systèmes.

(Inspection médicale — quarantaines.)

§ 1. Le capitaine, le médecin, et les officiers du bord sont tenus de déclarer à l'autorité sanitaire tout ce qu'ils peuvent savoir d'apparition suspecte de maladie parmi l'équipage et les passagers. || En cas de fausse déclaration ou de réticence calculée ils sont passibles des peines édictées par les lois sanitaires. Il serait à désirer qu'une entente internationale s'établisse à ce sujet.

§ 2. La désinfection soit des effets à usage, soit des navires, sera opérée par les procédés que les autorités compétentes de chaque pays jugeront les mieux appropriés aux circonstances.

La Conférence adopte: 21 oui, 1 abstention (Espagne).

La Conférence exprime le vœu qu'une loi pénale applicable aux contraventions sanitaires soit édictée dans l'Empire Ottoman.

Résultat du vote: 15 oui, 4 non, 3 abstentions.

Allemagne non.

Autriche non.

Hongrie non.

Belgique oui.

Danemark abstention.

Espagne oui.

France oui.

Grande-Bretagne oui.

Grèce oui.

Italie non.

Luxembourg oui.

Norvège abstention.

Pays-Bas oui.

Perse oui.

Portugal oui.
Roumanie oui.
Russie oui.
Serbie oui.

Suède abstention.
Suisse oui.
Turquie oui.
Egypte oui.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

III.

Quarantaines fluviales.

Toutes les raisons produites, pour démontrer que les quarantaines par terre sont impraticables et inutiles pour empêcher la propagation du choléra, sont également valables pour les quarantaines dans le cours des fleuves. || Toutefois les mesures recommandées dans le système de l'inspection médicale adopté par la Conférence peuvent y être appliquées aux navires ayant le choléra à bord. || Quant aux ports de l'embouchure, ils rentrent dans la catégorie des ports maritimes, et par conséquent les mêmes mesures y sont applicables.

Résultat du vote: 19 oui, 3 abstentions (Serbie, Turquie, Egypte).

Troisième partie.

Projet de création d'une Commission internationale permanente des épidémies.

I.

(But. Utilité.)

Il sera institué à Vienne une Commission sanitaire internationale permanente ayant pour objet l'étude des maladies épidémiques.

II.

(Attributions.)

Les attributions de cette Commission seront purement scientifiques; elle pourra être consultée dans les questions scientifiques. | La Commission aura pour tâche principale l'étude du choléra, au point de vue de l'étiologie et de la prophylaxie. || Néanmoins elle pourra comprendre dans ses études les autres maladies épidémiques. || A cet effet, elle tracera un programme comprenant les recherches devant être entreprises d'une manière uniforme par tous les Etats contractants, sur l'étiologie et la prophylaxie du choléra et des autres maladies épidémiques.*) || Elle fera connaître le résultat de ses travaux. || Enfin elle pourra proposer la convocation de Conférences sanitaires internationales, et elle sera chargée d'élaborer le programme de ces Conférences.

III.

(Composition. Fonctionnement.)

La Commission sera composée de médecins délégués par les Gouvernements participants. Il y aura au siège de la Commission un bureau à résidence fixe, chargé de centraliser les travaux et de donner suite aux délibérations

*) Voir quelques exemples à l'annexe.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

de la Commission générale. La nomination, et la composition de ce bureau sont laissées aux soins de la Commission générale. Les gouvernements des Etats participants donneront à leurs autorités sanitaires et à leurs conseils d'hygiène publique les instructions nécessaires pour fournir à la Commission internationale tous les renseignements relatifs aux questions qui rentrent dans le cercle de ses études. || Dans les pays où des conseils sanitaires internationaux sont établis, ceux-ci fourniront tous les renseignements qu'ils possèdent, et prescriront les recherches nécessaires.

IV.

(Voies et moyens.)

Les frais nécessités pour le fonctionnement de la Commission internationale seront répartis entre les divers Etats intéressés, et seront réglés par voie diplomatique.

V.

(Postes et missions.)

Dans les pays où il n'y a pas de service sanitaire organisé, les études seront faites, avec l'assentiment du gouvernement local, par des missions temporaires ou par des médecins en résidence fixe. || Ces missions et ces postes sanitaires fixes, institués par voie internationale, seront créés d'après les indications de la Commission internationale, recevront d'elle leurs instructions, et lui rendront compte de leurs travaux.

(Article additionnel.)

Il serait à désirer qu'un Conseil de santé international, analogue à ceux qui fonctionnent avec tant d'avantage à Constantinople et à Alexandrie, fût institué en Perse. | Un tel conseil contribuerait beaucoup par l'autorité de ses avis, donnés en connaissance de cause, à améliorer les conditions sanitaires de ce pays, et serait en même temps un puissant moyen de protection contre l'invasion des épidémies en Europe.

Annexe à l'article II du projet de création d'une Commission internationale des épidémies.

Comme premières recherches, la Commission pourrait s'occuper des questions suivantes:

1^o L'étude régulière et suivie de la quantité de pluie et de la quantité d'eau d'évaporations pendant l'année dans les stations suivantes: Bender-Bouschir, Ispahan, Téhéran, Tauris, Suez, Alexandrie, Astrakan, Bakou, Tiflis. *)

*) Voir la proposition de Monsieur de Pettenkofer.

2° L'étude scientifique des conditions telluriques de ces différentes villes.

3° L'examen plus exact, et entrepris avec plus d'esprit d'analyse, qu'il ne l'a été jusqu'ici, de l'apparition et de la propagation du choléra sur les vaisseaux.

Nr. 5341.
Conferenz-
Staaten.
1. Aug. 1874.

Les recherches porteront provisoirement sur quelques lignes très-fréquentées*): Calcutta-Maurice, Alexandrie-Malte, Alexandrie-Marseille, Southampton-Amérique du Nord, Hambourg-New-York, Singapoor-Aden-Djeddah, Calcutta-Aden-Djeddah, Bombay-Aden-Djeddah, Naples-Venise.

4° Faire constater les premiers cas de chaque épidémie de choléra qui éclate dans les différentes localités et spécialement dans les ports maritimes de l'Europe, et réunir tous les éléments d'une statistique complète relative à la marche du choléra en Europe.

5° Déterminer par des faits scientifiques la durée précise de l'incubation du choléra.

Adopté à l'unanimité.

Quatrième partie.

La Conférence a entendu plusieurs communications sur la fièvre jaune mais elle a décidé à l'unanimité que cette question devait être renvoyée à la Commission internationale permanente des épidémies dont elle a proposé la création.

Le présent Relevé des Conclusions de la Conférence Sanitaire Internationale a été adopté, dans la séance du 1 août 1874, et signé par Messieurs les Délégués:

Allemagne:	Pettenkofer.	Espagne:	François Mendez-Alvaro.
Autriche-Hongrie:	A. d'Albert - Glanstätten.		Bartolomé Gomez de Bustamante.
	F. Ulrich.		Boniface y Montejo Robledo.
	Ch. Haardt de Hartenthurn.		
	A. Drasche.	France:	N. de Ring.
	Ch. Sigmund de Ilanor.		A. Fauvel.
	L. Grosz.		A. Proust.
	Hector de Catinelli.	Grande-Bretagne:	Dickson.
	J. Schlosser de Klekovsky.		C. Seaton.
	N. Severinski.	Grèce:	D. G. Orphanidès.
Belgique:	Lefebvre.	Italie:	M. Semmola.
Danemark:	P. A. Schleisner.	Luxembourg:	P. Schmit.
		Norvège:	C. Larsen.

*) Voir Pettenkofer.

Nr. 5341. Conferenz- Staaten.	Pays-Bas:	H. L. Reeder.	Suède:	R. Kleen.
1. Aug. 1874.	Perse:	H. van Cappelle.	Suisse:	Ch. Zehnder.
	Portugal:	J. E. Polak.		A. Ziegler.
		J. T. de Sousa - Martins.	Turquie:	Bartoletti Effendi.
	Roumanie:	Markovitz.	Egypte:	Aali Bey.
	Russie:	E. Lenz.		Colucci Pacha.
		M. Kastorsky.		De Régny Bey.
	Serbie:	E. Milossavlevitch.		

Vienne le 1 août 1874.

Vu et certifié:

Les Secrétaires:
Dr. Plason. de Malfatti.

Le Président de la Conférence:
Maximilien Baron de Gagern.

Internationale Kriegsrechts-Conferenz.*)

Nr. 5342.

BADEN, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, HESSEN, ITALIEN, NIEDERLANDE, PORTUGAL, PREUSSEN, SCHWEIZ, SPANIEN und WÜRTEMBERG. — Convention, betreffend die auf den Schlachtfeldern verwundeten Soldaten, geschlossen zu Genf am 22. August 1864.

S. A. R. le grand-duc de Bade, S. M. le roi des Belges, S. M. le roi de Danemark, S. M. la reine d'Espagne, S. M. l'Empereur des Français, S. A. R. le grand-duc de Hesse, S. M. le roi d'Italie, S. M. le roi des Pays-Bas, S. M. le roi de Portugal et des Algarves, S. M. le roi de Prusse, la Confédération Suisse, S. M. le roi de Wurtemberg, également animés du désir d'adoucir, autant qu'il dépend d'eux, les maux inséparables de la guerre, de supprimer les rigueurs inutiles et d'améliorer le sort des militaires blessés sur les champs de bataille, ont résolu de conclure une convention à cet effet et ont nommés pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Nr. 5342.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
22. Aug. 1864.

Lesquels après avoir échangé leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1^{er}. Les ambulances et les hôpitaux militaires seront reconnus neutres, et, comme tels, protégés et respectés par les belligérants, aussi longtemps qu'il s'y trouvera des malades ou des blessés. La neutralité cesserait, si ces ambulances ou ces hôpitaux étaient gardés par une force militaire.

Article 2. Le personnel des hôpitaux et des ambulances, comprenant l'intendance, le service de santé, d'administration, de transport des blessés, ainsi que les aumôniers, participera au bénéfice de la neutralité lorsqu'il fonctionnera, et tant qu'il restera des blessés à relever ou à secourir.

Article 3. Les personnes désignées dans l'article précédent pourront, même après l'occupation par l'ennemi, continuer à remplir leurs fonctions dans l'hôpital ou l'ambulance qu'elles desservent, ou se retirer pour rejoindre le corps auquel elles appartiennent. Dans ces circonstances, lorsque ces personnes cesseront leurs fonctions, elles seront remises aux avant-postes ennemis par les soins de l'armée occupante.

*) Wir schicken den Actenstücken über die Brüsseler Conferenz von 1874 die Genfer Convention von 1864 und deren Additional-Artikel von 1868 voran, welche bisher im Staats-Archiv noch nicht mitgetheilt waren.

Nr. 5342.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
2. Aug. 1864.

Article 4. Le matériel des hôpitaux militaires demeurant soumis aux lois de la guerre, les personnes attachées à ces hôpitaux ne pourront, en se retirant, emporter que les objets qui seront leur propriété particulière. || Dans les mêmes circonstances, au contraire, l'ambulance conservera son matériel.

Article 5. Les habitants du pays qui porteront secours aux blessés, seront respectés et demeureront libres. || Les généraux des puissances belligérantes auront pour mission de prévenir les habitants de l'appel fait à leur humanité, et de la neutralité qui en sera la conséquence. || Tout blessé recueilli et soigné dans une maison y servira de sauvegarde. L'habitant qui aura recueilli chez lui des blessés, sera dispensé du logement des troupes, ainsi que d'une partie des contributions de guerre qui seraient imposées.

Article 6. Les militaires blessés ou malades seront recueillis et soignés, à quelque nation qu'ils appartiennent. || Les commandants en chef auront la faculté de remettre immédiatement, aux avant-postes ennemis, les militaires ennemis blessés pendant le combat, lorsque les circonstances le permettront et du consentement des deux partis. || Seront renvoyés dans leur pays ceux qui, après guérison, seront reconnus incapables de servir. Les autres pourront être également renvoyés, à la condition de ne pas reprendre les armes pendant la durée de la guerre. || Les évacuations, avec le personnel qui les dirige, seront couvertes par une neutralité absolue.

Article 7. Un drapeau distinctif et uniforme sera adopté pour les hôpitaux, les ambulances et les évacuations. Il devra être, en toute circonstance, accompagné du drapeau national. || Un brassard sera également admis pour le personnel neutralisé, mais la délivrance en sera laissée à l'autorité militaire. || Le drapeau et le brassard porteront croix rouge sur fond blanc.

Article 8. Les détails d'exécution de la présente Convention seront réglés par les commandants en chef des armées belligérantes, d'après les instructions de leurs gouvernements respectifs, et conformément aux principes généraux énoncés dans cette Convention.

Article 9. Les Hautes Puissances contractantes sont convenues de communiquer la présente Convention aux Gouvernements qui n'ont pu envoyer des plénipotentiaires à la conférence internationale de Genève, en les invitant à y accéder; le Protocole est, à cet effet, laissé ouvert.

Article 10. La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Berne, dans l'espace de quatre mois, ou plus tôt si faire se peut. En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Genève, le vingt-deuxième jour du mois d'août de l'an 1864.

[Suivent les signatures.]

Der Convention sind nachträglich beigetreten: Schweden und Norwegen 13. December 1864, Griechenland 5./17. Januar 1865, Grossbritannien 18. Februar 1865, Mecklenburg-Schwerin 9. März 1865, Türkei 5. Juli 1865, Bayern 30. Juni 1866, Oesterreich 21. Juli 1866, Sachsen 25. October 1866, Russland 10./22. Mai 1867, Kirchenstaat 9. Mai 1868, Rumänien 30. November 1874 (welche Beitrittserklärung aber wegen der staatsrechtlichen Stellung Rumäniens beanstandet wird) und Persien 5. December 1874.

Nr. 5342.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
22. Aug. 1864.

Nr. 5343.

BADEN, BAYERN, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, NIEDERLANDE, NORDDEUTSCHER BUND, OESTERREICH, SCHWEDEN und NORWEGEN, SCHWEIZ, TÜRKEI und WÜRTTEMBERG. — Entwurf von Additional-Artikeln zur Genfer Convention vom 22. August 1864.*)

Les Gouvernements de l'Allemagne du Nord, l'Autriche, Bade, la Bavière, la Belgique, le Danemark, la France, la Grande-Bretagne, l'Italie, les Pays-Bas, Suède et Norvège, la Suisse, la Turquie, le Wurtemberg,

Nr. 5343.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
20. Oct. 1868.

Désirant étendre aux armées de mer les avantages de la Convention conclue à Genève, le 22 août 1864, pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, et préciser davantage quelques-unes des stipulations de ladite Convention, ont nommé pour leurs Commissaires . . .

Lesquels, dûment autorisés à cet effet, sont convenus, sous réserve d'approbation de leurs Gouvernements, des dispositions suivantes:

Article 1^{er}. Le personnel désigné dans l'article deux de la Convention continuera, après l'occupation par l'ennemi, à donner, dans la mesure des besoins, ses soins aux malades et aux blessés de l'ambulance ou de l'hôpital qu'il dessert. || Lorsqu'il demandera à se retirer, le commandant des troupes occupantes fixera le moment de ce départ, qu'il ne pourra toutefois différer que pour une courte durée en cas de nécessités militaires.

Article 2. Des dispositions devront être prises par les Puissances belligérantes pour assurer au personnel neutralisé, tombé entre les mains de l'armée ennemie, la jouissance intégrale de son traitement.

Article 3. Dans les conditions prévues par les articles un et quatre de la Convention, la dénomination d'*ambulance* s'applique aux hôpitaux de

*) Diese Additional-Artikel sind bisher nicht definitiv ratifizirt; doch haben sowohl Deutschland wie Frankreich dieselben bei Ausbruch des Krieges von 1870 als für sich verbindlich anerkannt. Vgl. unten Nr. 5347.

Nr. 5343.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
20. Oct. 1868.

campagne et autres établissements temporaires qui suivent les troupes sur les champs de bataille pour y recevoir des malades et des blessés.

Article 4. Conformément à l'esprit de l'article cinq de la Convention et aux réserves mentionnées au Protocole de 1864, il est expliqué que, pour la répartition des charges relatives au logement de troupes et aux contributions de guerre, il ne sera tenu compte que dans la mesure de l'équité du zèle charitable déployé par les habitants.

Article 5. Par extension de l'article six de la Convention, il est stipulé que, sous la réserve des officiers dont la possession importerait au sort des armes et dans les limites fixées par le deuxième paragraphe de cet article, les blessés tombés entre les mains de l'ennemi, lors même qu'ils ne seraient pas reconnus incapables de servir, devront être renvoyés dans leur pays après leur guérison, ou plus tôt, si faire se peut, à la condition toutefois de ne pas reprendre les armes pendant la durée de la guerre.

Articles concernant la Marine.

Article 6. Les embarcations qui, à leurs risques et périls, pendant et après le combat, recueillent ou qui, ayant recueilli des naufragés ou des blessés, les portent à bord d'un navire soit neutre, soit hospitalier, jouiront jusqu'à l'accomplissement de leur mission de la part de neutralité que les circonstances du combat et la situation des navires en conflit permettront de leur appliquer. || L'appréciation de ces circonstances est confiée à l'humanité de tous les combattants. || Les naufragés et les blessés ainsi recueillis et sauvés ne pourront servir pendant la durée de la guerre.

Article 7. Le personnel religieux, médical et hospitalier de tout bâtiment capturé, est déclaré neutre. Il emporte, en quittant le navire, les objets et les instruments de chirurgie qui sont sa propriété particulière.

Article 8. Le personnel désigné dans l'article précédent doit continuer à remplir ses fonctions sur le bâtiment capturé, concourir aux évacuations de blessés faites par le vainqueur, puis il doit être libre de rejoindre son pays, conformément au second paragraphe du premier article additionnel ci-dessus. || Les stipulations du deuxième article additionnel ci-dessus sont applicables au traitement de ce personnel.

Article 9. Les bâtiments hôpitaux militaires restent soumis aux lois de la guerre, en ce qui concerne leur matériel; ils deviennent la propriété du capteur, mais celui-ci ne pourra les détourner de leur affectation spéciale pendant la durée de la guerre.

Article 10. Tout bâtiment de commerce, à quelque nation qu'il appartienne, chargé exclusivement de blessés et de malades dont il opère l'évacuation, est couvert par la neutralité; mais le fait seul de la visite, notifié sur le journal du bord, par un croiseur ennemi, rend les blessés et les malades incapables de servir pendant la durée de la guerre. Le croiseur aura même le droit de mettre à bord un commissaire pour accompagner le convoi et

vérifier ainsi la bonne foi de l'opération. || Si le bâtiment de commerce contenait en outre un chargement, la neutralité le couvrirait encore pourvu que ce chargement ne fût pas de nature à être confisqué par le belligérant. || Les belligérants conservent le droit d'interdire aux bâtiments neutralisés toute communication et toute direction qu'ils jugeraient nuisibles au secret de leurs opérations. || Dans les cas urgents, des conventions particulières pourront être faites entre les commandants en chef pour neutraliser momentanément d'une manière spéciale les navires destinés à l'évacuation des blessés et des malades.

Nr. 5343.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
20. Oct. 1868.

Article 11. Les marins et les militaires embarqués, blessés ou malades, à quelque nation qu'ils appartiennent, seront protégés et soignés par les capteurs. || Leur repatriement est soumis aux prescriptions de l'article six de la Convention et de l'article cinq additionnel.

Article 12. Le drapeau distinctif à joindre au pavillon national pour indiquer un navire ou une embarcation quelconque qui réclame le bénéfice de la neutralité, en vertu des principes de cette Convention, est le pavillon blanc à croix rouge. || Les belligérants exercent à cet égard toute vérification qu'ils jugent nécessaire. || Les bâtiments hôpitaux militaires seront distingués par une peinture extérieure blanche avec batterie verte.

Article 13. Les navires hospitaliers, équipés aux frais des sociétés de secours reconnues par les Gouvernements signataires de cette Convention, pourvus de commission émanée du Souverain qui aura donné l'autorisation expresse de leur armement, et d'un document de l'autorité maritime compétente, stipulant qu'ils ont été soumis à son contrôle pendant leur armement et à leur départ final, et qu'ils étaient alors uniquement appropriés au but de leur mission, seront considérés comme neutres ainsi que tout leur personnel. || Ils seront respectés et protégés par les belligérants. || Ils se feront reconnaître en hissant, avec leur pavillon national, le pavillon blanc à croix rouge. La marque distinctive de leur personnel dans l'exercice de ses fonctions sera un brassard aux mêmes couleurs; leur peinture extérieure sera blanche avec batterie rouge. || Ces navires porteront secours et assistance aux blessés et aux naufragés des belligérants sans distinction de nationalité. || Ils ne devront gêner en aucune manière les mouvements des combattants. || Pendant et après le combat, ils agiront à leurs risques et périls. || Les belligérants auront sur eux le droit de contrôle et de visite; ils pourront refuser leur concours, leur enjoindre de s'éloigner et les détenir, si la gravité des circonstances l'exigeait. || Les blessés et les naufragés recueillis par ces navires ne pourront être réclamés par aucun des combattants, et il leur sera imposé de ne pas servir pendant la durée de la guerre.

Article 14. Dans les guerres maritimes, toute forte présomption que l'un des belligérants profite du bénéfice de la neutralité dans un autre intérêt que celui des blessés et des malades, permet à l'autre belligérant, jusqu'à preuve du contraire, de suspendre la Convention à son égard. || Si cette

Nr. 5343.
Genfer
Conferenz-
Staaten.
20. Oct. 1868.

présomption devient une certitude, la Convention peut même lui être dénoncée pour toute la durée de la guerre.

Article 15. Le présent Acte sera dressé en un seul exemplaire original qui sera déposé aux archives de la Confédération suisse. || Une copie authentique de cet Acte sera délivrée, avec l'invitation d'y adhérer, à chacune des Puissances signataires de la Convention du 22 août 1864, ainsi qu'à celles qui y ont successivement accédé.

En foi de quoi les Commissaires soussignés ont dressé le présent Projet d'articles additionnels et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Genève, le vingtième jour du mois d'octobre de l'an mil huit cent soixante-huit.

Nr. 5344.

FRANKREICH. — Circular der Gesellschaft zur Verbesserung des Looses der Kriegsgefangenen.

Paris, le 28 Mars, 1874.

Nr. 5344.
Frankreich.
28. März 1874.

M. le Ministre, — La Société pour l'Amélioration du Sort des Prisonniers de Guerre, fondée à Paris, dans la séance du Congrès de l'Alliance Universelle du 3 Juin, 1872, a l'honneur de solliciter de votre Excellence son bienveillant intérêt en faveur d'une oeuvre qui intéresse au plus haut degré la civilisation et l'humanité. || Le manque de parité entre les règlements existants sur le traitement des militaires qui tombent en captivité, et l'absence de toute prévision à cet égard, chez la plupart des nations, ont déterminé la formation d'une Société, composée de membres appartenant aux divers pays, qui s'est résolue à solliciter les Gouvernements à conclure un accord sur cette importante question. || Cet accord trouverait un précédent dans la Convention pour l'amélioration du sort des blessés militaires dans les armées en campagne, signé à Genève le 22 Août, 1864, et dans la Convention pour l'interdiction des balles explosibles en temps de guerre, signée à St. Pétersbourg, le ^{29 Novembre}_{11 Décembre}, 1865. *) || Encouragée et soutenue par d'augustes protecteurs la Société s'adresse respectueusement à tous les Gouvernements, pour les prier d'envoyer des Délégués à une Conférence qui s'ouvrira à Paris, le 4 Mai, 1874. | Ces Délégués, après avoir pris connaissance des documents qui seraient soumis à leur appréciation, auraient à s'entendre sur les démarches qu'il y aurait lieu de faire pour provoquer la réunion d'un Congrès officiel, ayant pour mission de poursuivre la négociation d'un accord international relatif

*) Siehe Staats-Archiv Bd. XV Nr. 3486.

aux prisonniers de Guerre. || La Société, M. le Ministre, a l'honneur de prier votre Excellence de vouloir bien envoyer un Délégué à la Conférence qui s'ouvrira à Paris, le 4 Mai, 1874. || J'ai, &c.

Nr. 5344.
Frankreich.
28 März 1874.

Pour la Société et par autorisation,
Le Président du Comité Exécutif,

C^{te}. De Houdetot.

Nr. 5345.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an die Kaiserlichen Missionen im Auslande. — Circular, betreffend ein internationales Kriegsrechts-Reglement und Conferenzberathung über dasselbe.

St. Pétersbourg, le 17 Avril, 1874.

Monsieur, — Par ma dépêche du 6 Avril courant je vous ai invité, d'ordre de Sa Majesté l'Empereur, à faire connaître au Gouvernement duquel vous êtes accrédité, la réponse que nous avons faite à la proposition de la Société pour l'Amélioration du Sort des Prisonniers de Guerre, et l'intention où nous étions de saisir les Cabinets d'un projet de règlement international ayant pour objet de fixer les lois et usages de la guerre. || J'ai l'honneur de vous transmettre ci-près ce projet. || La pensée qui l'a inspiré est une pensée d'humanité qui, nous en sommes certains, répond à un sentiment, à un intérêt, à un besoin général. || Plus se développe la solidarité qui tend, de nos jours, à rapprocher, à unir les nations comme les membres d'une même famille,—plus, d'un autre côté, leur organisation militaire tend à donner à leurs conflits le caractère de lutttes entre nations armées, plus aussi il devient nécessaire de déterminer, avec plus de précision que par le passé, les lois et usages admissibles dans l'état de guerre, afin d'en limiter les conséquences et d'en diminuer les calamités, autant que cela est possible et désirable. || Dans ce but, il semble indispensable d'établir d'un commun accord des règles qui soient rendues obligatoires pour les Gouvernements et leurs armées sur la base d'une complète réciprocité. || Nous croyons que c'est à la fois un devoir et un intérêt pour tous les Etats. || Le projet que nous soumettons à l'examen des Cabinets n'est qu'un point de départ pour les délibérations ultérieures qui, nous aimons à l'espérer, prépareront le terrain d'une entente générale. || A cet effet, nous sommes d'avis qu'une conférence de Plénipotentiaires spéciaux pourrait être convoquée pour discuter ces questions et arrêter un règlement définitif, qui serait dès lors revêtu d'un caractère international. || Dans notre opinion, la ville de Bruxelles semblerait plus particulièrement appropriée pour une semblable réunion en raison de la

Nr. 5345.
Russland.
29. April 1874.

Nr. 5345.
Russland.
29. April 1874.

position de neutralité de la Belgique, et le 15/27 Juillet prochain pourrait être désigné comme date de la convocation, afin de donner le temps nécessaire pour l'examen de notre projet et l'envoi de Plénipotentiaires. || Nous nous en remettons d'ailleurs à ce qui serait décidé à cet égard à la suite d'un échange d'idées entre les Cabinets. || Veuillez faire part de ces propositions à M. le Ministre des Affaires Etrangères et nous informer de l'accueil qu'elles auront rencontré. | Recevez, &c.

G o r t c h a k o w.

Beilage.

Projet d'une Convention Internationale concernant les Lois et Coutumes de la Guerre.

Principes Généraux.

§ I. Une guerre internationale est un état de lutte ouverte entre deux Etats indépendants (agissant isolément ou avec des alliés), et entre leurs forces armées et organisées.

§ II. Les opérations de guerre doivent être dirigées exclusivement contre les forces et les moyens de guerre de l'Etat ennemi, et non contre ses sujets, tant que ces derniers ne prennent pas eux-mêmes une part active à la guerre.

§ III. Pour atteindre le but de la guerre, tous les moyens et toutes les mesures, conformes aux lois et coutumes de la guerre, et justifiées par les nécessités de la guerre, sont permis. || Les lois et coutumes de la guerre n'interdisent pas seulement les cruautés inutiles et les actes de barbarie commis contre l'ennemi; elles exigent encore, de la part des autorités compétentes, le châtement immédiat de ceux qui se sont rendus coupables de pareils actes, s'ils n'ont pas été provoqués par une nécessité absolue.

§ IV. Les nécessités de la guerre ne peuvent justifier ni la trahison à l'égard de l'ennemi, ni le fait de le déclarer hors la loi, ni l'autorisation d'employer contre lui la violence et la cruauté.

§ V. Dans le cas où l'ennemi n'observerait pas les lois et coutumes de la guerre, telles qu'elles sont définies par la présente Convention, la partie adverse peut recourir à des représailles, mais seulement comme un mal inévitable et sans jamais perdre de vue les devoirs de l'humanité.

Section I. — Des Droits des Parties Belligérantes, l'une à l'égard de l'autre.

Chapitre I. — De l'autorité militaire sur le territoire de l'Etat ennemi.

§ 1. L'occupation par l'ennemi d'une partie du territoire de l'Etat en guerre avec lui, y suspend, par le fait-même, l'autorité du pouvoir légal de ce dernier et y substitue l'autorité du pouvoir militaire de l'Etat occupant.

§ 2. L'ennemi qui occupe un territoire, peut, selon les exigences de la guerre et en vue de l'intérêt public, soit maintenir la force obligatoire des lois qui y étaient en vigueur en temps de paix, soit les modifier en partie, soit les suspendre entièrement.

Nr. 5945.
Russland.
29. April 1874.

§ 3. D'après le droit de la guerre, le chef de l'armée d'occupation peut contraindre les institutions et les fonctionnaires de l'Administration, de la Police et de la Justice, à continuer l'exercice de leurs fonctions sous sa surveillance et son contrôle.

§ 4. L'autorité militaire peut exiger des fonctionnaires locaux qu'ils s'engagent sous serment ou sur parole, à remplir les devoirs qui leur sont imposés pendant la durée de l'occupation ennemie; elle peut révoquer ceux qui refuseraient de satisfaire à cette exigence et poursuivre judiciairement ceux qui ne rempliraient pas l'obligation acceptée par eux.

§ 5. L'armée d'occupation a le droit de prélever à son profit, sur les populations locales, tous les impôts, les redevances et les droits et péages établis par leur Gouvernement légal.

§ 6. L'armée qui occupe un pays ennemi a le droit de prendre possession de tous les capitaux du Gouvernement, de ses dépôts d'armes, de ses moyens de transport, de ses magasins et approvisionnements, et en général de toute propriété du Gouvernement pouvant servir au but de la guerre.

Observation.—Tout le matériel des chemins de fer, quoique appartenant à des Compagnies privées, de même que les dépôts d'armes et en général toute espèce de munitions de guerre, bien qu'appartenant à des personnes privées, sont également sujettes à la prise de possession par l'armée d'occupation.

§ 7. Le droit de jouissance des édifices publics, immeubles, forêts, et exploitations agricoles appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé passe de même à l'armée d'occupation.

§ 8. La propriété des églises, des établissements de charité et d'instruction, de toutes les institutions consacrées à des buts scientifiques et de bienfaisance, n'est pas sujette à prise de possession par l'armée d'occupation. Toute saisie ou destruction intentionnelles de semblables établissements, des monuments, des oeuvres d'art, ou des musées scientifiques, doit être poursuivie par l'autorité compétente.

Chapitre II. — *Qui doit être reconnu comme partie belligérante; des combattants et non-combattants.*

§ 9. Les droits de belligérants n'appartiennent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires dans les cas suivants: 1. Si, ayant à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés, ils sont en même temps soumis au Commandement Général; 2. S'ils ont un certain signe distinctif extérieur reconnaissable à distance; 3. S'ils portent des

Nr. 5845.
Rusland.
29. April 1874.

armes ouvertement; et 4. Si dans leurs opérations ils se conforment aux lois, coutumes, et procédés de la guerre. || Les bandes armées ne répondant pas aux conditions mentionnées ci-dessus n'ont pas les droits de belligérants; elles ne sont pas considérées comme des ennemis réguliers et en cas de capture sont poursuivies judiciairement.

§ 10. Les forces armées des Etats belligérants se composent de combattants et de non-combattants. Les premiers prennent une part active et directe dans les opérations de guerre; les seconds, tout en entrant dans la composition de l'armée, appartiennent à diverses branches de l'administration militaire, telles que: le service religieux, médical, de l'intendance, de la justice, ou bien se trouvent attachés à l'armée. En cas de capture par l'ennemi les non-combattants jouissent à l'égal des premiers des droits de prisonniers de guerre; les médecins, le personnel auxiliaire des ambulances, de même que les ecclésiastiques jouissent en outre des droits de la neutralité. (Voir plus bas, § 38.)

Chapitre III. — *Des moyens de nuire à l'ennemi; de ceux qui sont permis ou doivent être interdits.*

§ 11. Les lois de la guerre ne reconnaissent pas aux parties belligérantes un pouvoir illimité quant au choix des moyens de se nuire réciproquement.

§ 12. D'après ce principe, sont interdits:— || (a.) L'emploi d'armes empoisonnées, ou la propagation, par un moyen quelconque, du poison sur le territoire ennemi; || (b.) Le meurtre par trahison des individus appartenant à l'armée ennemie; || (c.) Le meurtre d'un ennemi qui a mis bas les armes ou n'a plus les moyens de se défendre. En général, les parties belligérantes n'ont pas le droit de déclarer qu'elles ne feront pas de quartier. Une mesure aussi extrême ne peut être admise qu'à titre de représaille pour des actes de cruauté antérieurs, ou bien comme moyen inévitable pour prévenir sa propre perte. Les armées qui ne font pas de quartier n'ont pas le droit de le réclamer à leur tour; || (d.) La menace d'extermination envers une garnison qui défend obstinément une forteresse; || (e.) L'emploi d'armes occasionnant des souffrances inutiles, comme les projectiles remplis de verre pilé ou de matières propres à causer des maux superflus; || (f.) L'emploi de balles explosibles d'un poids inférieur à 400 grammes, et chargées de matières inflammables.

§ 13. Aux moyens permis appartiennent:— || (a.) Toutes les opérations de la grande et de la petite guerre (guerre de partisans); || (b.) La saisie ou la destruction de tout ce qui est indispensable à l'ennemi pour faire la guerre, ou de ce qui peut le renforcer; || (c.) La destruction de tout ce qui empêche le succès des opérations de guerre; || (d.) Toute espèce de ruses de guerre; mais celui qui emploie le pavillon national, les insignes militaires, ou l'uniforme de l'ennemi dans le but de le tromper, se prive de la protection des

lois de la guerre; || (e.) L'emploi de tous les moyens possibles pour se procurer des renseignements sur l'ennemi et sur le terrain.

N
B
29.

Chapitre IV. — *Des Sièges et Bombardements.*

§ 14. Les forteresses ou villes fortifiées peuvent seules être assiégées. Une ville entièrement ouverte, qui n'est pas défendue par des troupes ennemies et dont les habitants ne résistent pas les armes à la main, ne peut pas être attaquée ou bombardée.

§ 15. Mais si une ville est défendue par des troupes ennemies ou par les habitants armés, l'armée assaillante, avant d'entreprendre le bombardement, doit en informer préalablement les autorités de la ville.

§ 16. Le commandant d'une armée assiégeante, lorsqu'il bombarde une ville fortifiée, doit prendre toutes les mesures qui dépendent de lui pour épargner, autant qu'il est possible, les églises et les édifices artistiques, scientifiques, et de bienfaisance.

§ 17. Une ville prise d'assaut ne doit pas être livrée au pillage des troupes victorieuses.

Chapitre V. — *Des Espions.*

§ 18. Est considéré comme espion l'individu qui, agissant en dehors de ses obligations militaires, recueille clandestinement des informations dans les localités occupées par l'ennemi, avec l'intention de les communiquer à la partie adverse.

§ 19. L'espion, pris sur le fait, lors même que son intention n'aurait pas été définitivement accomplie, ou n'aurait pas été couronnée de succès, est livré à justice.

§ 20. Est également livré à la justice tout habitant du pays occupé par l'ennemi qui communique des informations à la partie adverse.

§ 21. Si l'espion, qui, après avoir rempli sa mission avec succès, retourne à son corps d'armée, est capturé plus tard par l'ennemi, il est traité comme prisonnier de guerre, et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes antérieures.

§ 22. Les militaires qui ont pénétré dans les limites de la sphère d'opérations de l'armée ennemie, dans le but de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions, s'il a été possible de reconnaître leur qualité de militaires. De même, ne doivent pas être considérés comme espions, s'ils sont capturés par l'ennemi, les militaires (et aussi les non-militaires accomplissant ouvertement leur mission), envoyés pour transmettre des dépêches, écrites ou verbales, d'une partie de l'armée à l'autre.

Observation. — A cette catégorie appartiennent aussi les individus capturés dans les ballons, et envoyés pour transmettre des dépêches, et en général pour entretenir les communications entre les diverses parties d'une armée.

Chapitre VI. — *Des Prisonniers de Guerre.*

Nr. 5345.
Russland.
29. April 1874.

§ 23. Tous les combattants et non-combattants, qui entrent dans la composition des forces armées des parties belligérantes, reconnues par la loi (chap. II, § 9 et 10), à l'exception des non-combattants mentionnés plus bas (chap. VII, § 38), sont sujets à être prisonniers de guerre.

§ 24. Peuvent être faits prisonniers en même temps que les armées, les individus qui se trouvant auprès d'elles n'en font pas directement partie, tels que les correspondants, les reporters de journaux, les vivandiers, fournisseurs, &c.

§ 25. Les prisonniers de guerre ne sont pas des criminels, mais des ennemis légaux. Ils sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont fait prisonniers, et ne doivent être assujettis à aucune violence ou mauvais traitement.

§ 26. Les prisonniers de guerre sont assujettis à l'internement dans une ville, forteresse ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent pas être soumis à la réclusion comme des criminels.

§ 27. Les prisonniers de guerre peuvent être employés à certains travaux publics, qui ne soient pas exténuants ou humiliants pour le grade et la position sociale qu'ils occupent dans leur pays, et qui en même temps n'aient pas un rapport direct avec les opérations de guerre entrepris contre leur patrie ou contre ses alliés.

§ 28. Les prisonniers de guerre ne peuvent pas être astreints à prendre une part quelconque à la poursuite des opérations de guerre.

§ 29. Le Gouvernement, au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre, prend sur lui leur entretien. Les conditions de l'entretien des prisonniers de guerre sont établies par une entente mutuelle entre les parties belligérantes.

§ 30. Un prisonnier de guerre qui prend la fuite peut être tué pendant la poursuite, mais une fois repris, ou de nouveau fait prisonnier, il n'est passible d'aucune punition pour sa fuite; la surveillance dont il est l'objet peut seulement être renforcée.

§ 31. Les prisonniers de guerre ayant commis durant leur captivité des délits quelconques peuvent être déférés aux tribunaux et punis en conséquence.

§ 32. Tout complot des prisonniers de guerre en vue d'une fuite générale, ou bien contre les autorités établies au lieu de leur internement, est puni d'après les lois militaires.

§ 33. Chaque prisonnier de guerre est tenu par l'honneur de déclarer son véritable grade, et dans le cas où il enfreindrait cette règle, il encourrait une restriction de la jouissance des droits accordés aux prisonniers de guerre.

§ 34. L'échange des prisonniers de guerre dépend entièrement des convenances des parties belligérantes et toutes les conditions de cet échange sont fixées par une entente mutuelle.

Nr. 5345.
Emsland.
26. Apr. 1874.

§ 35. Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole, si les lois de leur pays les y autorisent, et en pareil cas ils sont obligés, sous la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis leur propre Gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés.

§ 36. Un prisonnier de guerre ne peut pas être contraint à donner sa parole d'honneur, de même que le Gouvernement belligérant ne peut pas être forcé de libérer les prisonniers sur parole.

§ 37. Tout prisonnier de guerre, libéré sur parole et de nouveau repris, portant les armes contre le Gouvernement envers, lequel il s'était engagé d'honneur, est privé des droits de prisonnier de guerre, et traduit devant les tribunaux militaires.

Chapitre VII. — *Des Non-combattants et des Blessés.*

§ 38. Les ecclésiastiques, médecins, pharmaciens et aides-chirurgiens demeurés près des blessés, sur le champ de bataille, ainsi que tout le service personnel des hôpitaux militaires et des ambulances de campagne, ne peuvent pas être faits prisonniers de guerre; ils jouissent du droit de neutralité, s'ils ne prennent pas une part active aux opérations de guerre.

§ 39. Les malades et blessés, tombés entre les mains de l'ennemi, sont considérés comme prisonniers de guerre et traités conformément à la Convention de Genève et aux articles additionnels suivants.

§ 40. La neutralité des hôpitaux et ambulances cesse, si l'ennemi en use pour des buts de guerre: mais le fait qu'ils sont protégés par un piquet ou des sentinelles ne les prive pas de la neutralité; le piquet ou les sentinelles, s'ils sont capturés, sont seuls considérés comme prisonniers de guerre.

§ 41. Les personnes, jouissant du droit de neutralité, et mis dans la nécessité de recourir aux armes pour leur défense personnelle, ne perdent pas par ce fait leur droit à la neutralité.

§ 42. Les parties belligérantes sont tenues de prêter leur assistance aux personnes neutralisées, tombées en leur pouvoir, afin de leur obtenir la jouissance de l'entretien qui leur est assigné par leur Gouvernement, et en cas de nécessité de leur délivrer des secours comme avance sur cet entretien.

§ 43. Les blessés appartenant à l'armée ennemie, et qui, après guérison, sont trouvés incapables de prendre une part active à la guerre, peuvent être renvoyés dans leur pays. Les blessés qui ne sont pas dans ces conditions peuvent être retenus comme prisonniers de guerre.

§ 44. Les non-combattants, jouissant du droit de neutralité, doivent porter un signe distinctif délivré par leur Gouvernement, et en outre un certificat d'identité.

Section II. — *Des Droits des parties belligérantes par rapport aux personnes privées.*

Chapitre I. — *Du Pouvoir Militaire à l'égard des personnes privées.*

Nr. 5345.
Russland.
29. April 1874.

§ 45. La population d'une localité qui n'est pas encore occupée par l'ennemi et qui prend les armes pour la défense de la patrie, doit être envisagée comme partie belligérante, et si elle est faite prisonnière elle doit être considérée comme prisonnière de guerre.

§ 46. Les individus faisant partie de la population d'un pays dans lequel le pouvoir de l'ennemi est déjà établi, et qui se soulèvent contre lui les armes à la main, peuvent être déférés à la justice, et ne sont pas considérés comme prisonniers de guerre.

§ 47. Les individus, qui tantôt prennent part de leur propre chef aux opérations de guerre, tantôt retournent à leurs occupations pacifiques, ne satisfaisant pas en général aux conditions des §§ 9 et 10, ne jouissent pas des droits de parties belligérantes et sont passibles, en cas de capture, de la justice militaire.

§ 48. Tant que la province occupée par l'ennemi ne lui est annexée en vertu d'un Traité de Paix, la population de cette province ne peut être forcée ni à prendre part aux opérations militaires contre son Gouvernement légal, ni à des actes de nature à contribuer à la poursuite de buts de guerre au détriment de la patrie.

§ 49. La population des localités occupées ne peut être contrainte au serment de sujétion perpétuelle à la Puissance ennemie.

§ 50. Les convictions religieuses, l'honneur, la vie, et la propriété de la population pacifique doivent être respectés par l'armée ennemie.

§ 51. Les troupes doivent respecter la propriété privée dans le pays occupé, et ne point la détruire sans nécessité urgente.

Chapitre II. — *Des Réquisitions et Contributions.*

§ 52. L'ennemi peut exiger de la population locale tous les impôts, services, et redevances, en nature et en argent, auxquels ont droit les armées du Gouvernement légal.

§ 53. L'armée d'occupation peut exiger de la population locale tous les objets d'approvisionnement, d'habillement, de chaussure, et autres, nécessaires à son entretien. En pareil cas le belligérant est tenu, autant que possible, ou d'indemniser les personnes qui lui cèdent leur propriété, ou de leur délivrer les quittances d'usage.

§ 54. L'ennemi peut prélever sur la population du pays qu'il occupe, des contributions pécuniaires; ou bien dans le cas de nécessité absolue et inévitable, ou bien à titre d'amende, mais dans l'un comme dans l'autre cas, pas autrement qu'en vertu d'une décision du Commandant-en-chef, et en évitant en outre de ruiner la population.

Les sommes d'argent prélevées sur la population dans le premier cas peuvent être sujettes à restitution.

Nr. 5345.
Russland.
29. April 1874.

Section III. — *Des Relations entre les Belligérants.*

Chapitre I. — *Des Modes de Communications et des Parlementaires.*

§ 55. Toute communication entre les territoires occupés par les parties belligérantes cesse, et ne peut être permise que par l'autorité militaire, dans la mesure de ce qu'elle jugera indispensable.

§ 56. Les Agents Diplomatiques et Consulaires des Puissances neutres ont le droit d'exiger des parties belligérantes l'autorisation de quitter sans empêchement le théâtre des opérations de guerre; mais, en cas de nécessité militaire absolue, la satisfaction de semblables réclamations peut être ajournée à un moment plus opportun.

§ 57. Les individus autorisés par l'un des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre, et se présentant avec le drapeau blanc, accompagnés d'une trompette (clairon ou tambour), seront reconnus comme parlementaires et auront droit à l'inviolabilité de leur personne.

§ 58. Le chef de l'armée auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances et dans toutes conditions. Il lui est loisible également de prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le parlementaire de profiter de son séjour dans le rayon des positions de l'ennemi, au préjudice de ce dernier.

§ 59. Si le parlementaire, se présentant chez l'ennemi pendant un combat, est blessé ou tué, ce fait ne sera pas considéré comme une violation du droit.

§ 60. Le parlementaire perd ses droits d'inviolabilité, s'il est prouvé d'une manière positive et irrécusable qu'il a profité de sa position privilégiée pour recueillir des renseignements ou provoquer une trahison.

Chapitre II. — *Des Capitulations.*

§ 61. Les conditions des capitulations dépendent d'une entente entre les Parties Contractantes. Une fois fixées par une Convention, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux Parties.

Chapitre III. — *De l'Armistice, &c.*

§ 62. L'armistice suspend les opérations de guerre pour un laps de temps fixé par un accord mutuel des parties belligérantes. Si le terme n'est pas déterminé, les parties belligérantes peuvent reprendre en tous temps les opérations, pourvu toutefois que l'ennemi soit averti en temps opportun, conformément aux conditions de l'armistice.

Nr. 5945.
Russland.
29. April 1874.

§ 63. A la conclusion de l'armistice il sera précisé exactement ce que chacune des parties pourra faire et ce dont elle devra s'abstenir.

§ 64. L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des Etats belligérants; le second, seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans les limites d'une localité déterminée.

§ 65. L'armistice entre en vigueur à dater du moment de sa conclusion. Les hostilités sont suspendues immédiatement après sa notification aux autorités compétentes.

§ 66. Il dépend des Parties Contractantes de fixer les conditions dans lesquelles les rapports seront admis entre les populations des provinces occupées. Si la convention ne contient point de clauses à ce sujet, l'état de guerre est considéré comme maintenu.

§ 67. La violation des clauses de l'armistice par l'un des parties dégage l'autre de l'obligation de les exécuter, et les opérations de guerre peuvent être immédiatement reprises.

§ 68. La violation des clauses de l'armistice par des particuliers, sur leur initiative personnelle, donne droit seulement à réclamer des autorités compétentes la punition des coupables ou une indemnité pour les pertes éprouvées.

Section IV. — *Des Représailles.*

§ 69. Les représailles ne sont admises que dans les cas extrêmes, en observant, autant que possible, les lois de l'humanité quand il sera irrécusablement prouvé que les lois et coutumes de la guerre ont été violées par l'ennemi, et qu'il a recours à des moyens réprouvés par le droit de gens.

§ 70. Le choix des moyens et l'étendue des représailles doivent être en rapport avec le degré d'infraction de droit commise par l'ennemi. Des représailles démesurément sévères sont contraires aux règles du droit de gens.

§ 71. Les représailles ne seront admises qu'avec l'autorisation du Commandant-en-chef, qui aura également à fixer le degré de leur rigueur et leur durée.

Nr. 5346.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in St. Petersburg (Lord A. Loftus). — Bedenken gegen den russischen Vorschlag. England fordert jedenfalls die vorgängige Zusicherung, dass das Seekriegsrecht von den Conferenzenberathungen ausgeschlossen bleibe.

Foreign Office, July 4, 1874.

My Lord, — Her Majesty's Government have considered, with all the attention which so important a proposal deserves, the project of the Emperor of Russia for a Conference to be held at Brussels to discuss the rules of military warfare. || Her Majesty's Government highly appreciate the humane motives, by which His Imperial Majesty is actuated in making this proposal, and concur in the earnest desire evinced by His Imperial Majesty to mitigate the horrors of war. || At the same time, Her Majesty's Government are not convinced of the practical necessity for such a scheme for the guidance of military commanders in the field, and cannot but fear that, unless the discussion is conducted in the most guarded manner, the examination of any such project in a Conference at the present juncture may reopen causes of difference and lead to recrimination between some of the Delegates appointed to take part in it. || Nor do Her Majesty's Government fully understand the scope which is intended to be given to the deliberations of the Delegates. || The proposal of a Conference at Brussels was first made by the Society for the Amelioration of the Condition of Prisoners of War and was confined to that subject. Before, however, Her Majesty's Government had expressed any opinion on the expediency of accepting the invitation thus given, they were requested by the Russian Government to suspend their action in the matter until the draft project then in preparation by that Government was completed. || This project has proved to contain a detailed scheme for the conduct of military operations, of which the treatment of prisoners of war occupies but a small part. Prince Gortchakow, moreover, in his despatch of the 17th April, states, that "le projet que nous soumettons à l'examen des Cabinets n'est qu'un point de départ pour les délibérations ultérieures qui, nous aimons à l'espérer, prépareront le terrain d'une entente générale." || That Her Majesty's Government would be happy to join with the Government of the Emperor of Russia in any measure for the prevention of unnecessary suffering is shown by Great Britain having already, with that object, acceded to the Declarations relating to the Geneva Cross and the use of explosive bullets; and Her Majesty's Government would not, therefore, now be prepared to take exception to a discussion in a Conference of Delegates of such details of warlike operations in the field as it might be found useful and practicable to advise

Nr. 5346.
Gross-
britannien.
4. Juli 1874.

Nr. 5346.
Gross-
britannien.
4 Juli 1874.

upon; but Her Majesty's Government are firmly determined not to enter into any discussion of the rules of international law, by which the relations of belligerents are guided, or to undertake any new obligations or engagements of any kind in regard to general principles. || Her Majesty's Government deem it to be of great importance, that they should frankly make this statement at the outset, and this has become the more necessary since rumours are current that one Government at least has contemplated sending a naval delegate to the Conference, under the impression, apparently, that naval matters may be introduced as subjects of consideration and discussion. || Her Majesty's Government feel assured, that such an extension of the scope of the Conference would be fatal to any agreement on the particular details of military regulations which it is the desire of the Emperor of Russia to have considered, and they are certain, therefore, that in protesting against it in anticipation, they will only be acting in accordance with His Imperial Majesty's views and wishes for a successful issue to the Conference which he has proposed should be assembled. || I have accordingly to request your Excellency to state to the Russian Government that, before agreeing to send a Delegate to the Conference, Her Majesty's Government must request the most positive and distinct assurance from that Government, as well as from the Governments of all the Powers invited to take part in the Conference, that their Delegates at the Conference shall be instructed to confine themselves to the consideration of details of military operations of the nature of those dealt with in the project of the Russian Government, and shall not entertain, in any shape, directly or indirectly, anything relating to maritime operations or naval warfare. || I have to add, that this despatch will be communicated to the Governments of all the Powers invited to take part in the Conference, and a similar assurance requested from each of them. || Your Excellency will read this despatch to Prince Gortchakow, or whoever may be acting for him in his absence, and furnish him with a copy of it. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5347.

SCHWEIZ. — Bundespräsident Schenk an den englischen Min. d. Ausw. — Circularnote betreffend die Additional-Artikel zur Genfer Convention.

Berne, le 8 Juillet, 1874.

Nr. 5347.
Schweiz.
8. Juli 1874.

Par sa note Circulaire du 2 Mai, 1870, le Conseil Fédéral a eu l'honneur d'informer son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères de la Grande Bretagne qu'à l'exception de l'Espagne et de Rome, les Gouvernements de

tous les Etats signataires de la Convention de Genève du 22 Août, 1864, pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, ont adhéré aux Articles Additionnels à la dite Convention, adoptés à Genève le 20 Octobre, 1868, ainsi qu'aux modifications et interprétations proposées par la France et l'Angleterre aux paragraphes 9 et 10 de ces Articles. En même temps le Conseil Fédéral portait à la connaissance de son Excellence que le Cabinet Impérial de St. Pétersbourg, tout en adoptant ces Articles Additionnels, avait proposé une adjonction à l'Article XII, dans le but de prévenir l'abus du drapeau distinctif de la neutralité, et la pria de vouloir bien lui faire connaître aussitôt que possible les vues de son Gouvernement au sujet de cette nouvelle proposition. || Dès lors, le Conseil Fédéral a eu en outre l'honneur de communiquer aux Gouvernements des Etats signataires, par Circulaire du 31 Décembre, 1872, l'adhésion de l'Espagne aux Articles Additionnels du 20 Octobre, 1868. || Si jusqu'à présent le résultat des négociations relatives à l'adoption de l'amendement proposé par le Gouvernement Impérial de Russie n'a pu encore leur être communiqué, c'est que les événements politiques dont l'Europe a été le théâtre pendant les années 1870 et 1871 ont retardé considérablement les réponses des divers Gouvernements à la Circulaire susmentionnée du 2 Mai, 1870. || Aujourd'hui le Conseil Fédéral est en mesure de présenter à ce sujet aux Etats intéressés un rapport qui, sans être complet et définitif, lui permettra, cependant, de leur rendre compte de l'état actuel de la question, en remettant entre leurs mains le soin de lui trouver une solution de nature à sauvegarder l'avenir d'une oeuvre à la bonne réussite de laquelle de si grands intérêts sont liés. || A la fin de l'année 1873 tous les Etats signataires de la Convention de Genève, l'Allemagne excepté, avaient annoncé au Conseil Fédéral leur adhésion à la proposition du Cabinet de St. Pétersbourg. Le Portugal a mis à cette adhésion la condition que cette proposition puisse faire l'objet d'un Protocole explicatif, afin de ne pas modifier le texte même des Articles Additionnels déjà ratifiés par les Cortès. Les Pays-Bas, tout en adoptant le principe, ont exprimé, cependant, le désir de maintenir le deuxième alinéa de l'Article XII, lequel serait ainsi suivi de la rédaction Russe et non remplacé par elle. || Tel était l'état actuel des choses lorsque le Gouvernement Impérial de Russie invita les Etats d'Europe à prendre part à une Conférence Internationale qui doit se réunir à Bruxelles le 27 Juillet prochain pour discuter un projet de Convention Internationale concernant les lois et coutumes de la guerre. Après avoir pris connaissance de ce projet, dont un chapitre consacré aux non-combattants et blessés mentionne expressément la Convention de Genève, le Cabinet de Berlin, prié par le Conseil Fédéral de bien vouloir lui communiquer sa décision relativement à la ratification des Articles Additionnels de Genève, lui a répondu qu'il considère cette question comme connexe avec le projet de Convention Russe, et qu'à ses yeux il convient, par conséquent, pour la régler, d'attendre la réunion de la Conférence de Bruxelles. || Ayant porté

Nr. 5347.

Schweiz.

8. Juli 1874.

Nr. 5347.
Schweiz.
2. Juli 1874.

ce fait à la connaissance du Gouvernement Impérial de Russie et lui ayant demandé s'il verrait quelque inconvénient à ce qu'il fût donné suite à l'idée émise par le Gouvernement de l'Empire d'Allemagne, le Conseil Fédéral a eu la satisfaction de recevoir la réponse que le Cabinet de St. Pétersbourg n'y voit pour sa part aucun inconvénient, tout en laissant au Conseil Fédéral le soin de prendre l'initiative de cette question, non comprise à l'origine dans le programme de la Conférence de Bruxelles, tel qu'il a été communiqué aux différents Gouvernements. || En communiquant ce qui précède à son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères de la Grande Bretagne, le conseil Fédéral s'empresse d'ajouter qu'il n'a pas voulu décider dans quelle forme la question de la ratification définitive des Articles Additionnels du 20 Octobre, 1868, devrait être posée. Ce que le Conseil Fédéral désire surtout, c'est de saisir l'occasion favorable qui lui est offerte par la généreuse initiative du Gouvernement Impérial de Russie, pour rendre compte aux Etats signataires de la Convention de Genève de la manière dont il s'est acquitté du mandat honorable qu'ils ont bien voulu lui confier. Il estime d'ailleurs que des motifs de haute convenance l'obligent à laisser à la Conférence de Bruxelles le soin de décider elle-même s'il convient de poursuivre la ratification des Articles Additionnels de 1868 dans leur forme actuelle, ou s'il vaudrait mieux les insérer dans le projet de Convention générale que la Conférence sera appelée à discuter. || Dans l'espoir que son Excellence voudra bien donner à ce sujet des instructions à son Représentant, le Conseil Fédéral saisit, &c.

Au nom du Conseil Fédéral Suisse,

Le Président de la Confédération,
S c h e n k.

Le Chancelier de la Confédération,
S c h i e s s.

Nr. 5348.

RUSSLAND. — Leiter des ausw. Amts (Hr. von Westmann) an den engl. Botschafter in St. Petersburg. — Russland ertheilt die gewünschte Zusicherung.

St. Pétersbourg, le 2 Juillet, 1874.

Nr. 5348.
Russland.
14. Juli 1874.

Milord, — J'ai reçu et placé sous les yeux de Sa Majesté l'Empereur la dépêche de Lord Derby en date du 4 Juillet, que votre Excellence a eu l'ordre de me communiquer. || Mon auguste Maître y a vu avec satisfaction que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, appréciant les motifs d'humanité qui ont fait agir le Gouvernement de Sa Majesté Impériale, lorsqu'il

a proposé la réunion d'une Conférence Internationale à Bruxelles, partage sérieusement le désir de mitiger les horreurs de la guerre. || Cette assurance répond entièrement à la pensée de Sa Majesté l'Empereur. || Pour arriver à réaliser le vœu d'humanité qui est sans aucun doute celui de tous les Gouvernements, il était indispensable de provoquer une délibération commune quant aux moyens pratiques de diminuer autant qu'il est possible les calamités de la guerre. || Tel est le but de la réunion convoquée à Bruxelles. || Pour qu'elle pût délibérer avec fruit, il fallait donner une base précise, un programme pratique à ces discussions. Tel est l'objet du projet qui a été communiqué à tous les Cabinets. || C'est pourquoi ce projet a été présenté comme un point de départ et non comme un travail définitif. || Il pourra être amendé au cours des délibérations. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique fait observer avec une entière justesse que, pour aboutir à un résultat utile, la Conférence ne doit poursuivre que des buts réalisables, sans aborder des principes nouveaux ou qui ne seraient pas de nature à rencontrer l'assentiment de tous. || Ce point de vue est tout à fait le nôtre. Aussi n'entre-t-il nullement dans nos intentions d'étendre le programme des délibérations au delà des limites tracées par notre projet. Il est par conséquent entendu que ni les opérations maritimes, ni les guerres navales, ni les rapports des belligérants sur mer, ni en général les principes reconnus du droit des gens, ne seront mis par nous en question ou en discussion. || D'ailleurs les seuls résultats pratiques qui puissent sortir de la Conférence sont ceux qui réuniront l'adhésion générale. || Les Délégués ayant toujours la possibilité de référer à leurs Gouvernements et de recevoir leurs décisions, chacun des Cabinets sera en mesure de formuler ses réserves et d'exclure les points de discussion contraires à ses vues. || Si tous sont d'accord sur l'utilité de préciser les droits et les devoirs des Etats dans la guerre en vue d'en atténuer autant que possible les calamités, la tâche de la Conférence sera uniquement de rechercher quels sont, dans l'état présent des choses, les points susceptibles d'être examinés et dans quel sens ils peuvent être résolus par une commune entente, en réservant à l'avenir de compléter cette oeuvre d'humanité selon les progrès des idées, des moeurs, et des intérêts. || Telles sont les assurances que Sa Majesté l'Empereur m'autorise à donner à votre Excellence, en la priant de vouloir bien les transmettre à Lord Derby. || J'aime à espérer qu'elles seront de nature à écarter toute incertitude quant à l'objet d'une réunion qui ne saurait aboutir que par l'accord des esprits et le concert des volontés. || Recevez, &c.

W e s t m a n n.

Nr. 5349.

GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an die königlichen Missionen bei denjenigen Regierungen, welche die Brüsseler Conferenz beschicken werden. — England will die Conferenz unter Vorbehalt beschicken.

Foreign Office, July 25, 1874.

My Lord, — Sir,

Nr. 5349.
Gross-
britannien.
25. Juli 1874.

I have received a despatch from Lord Augustus Loftus, Her Majesty's Ambassador at St. Petersburg, of which a copy is inclosed, forwarding a note addressed to his Excellency by the Russian Government, on the subject of the Brussels Conference. ¶ The note states: — ¶ "Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique fait observer avec une entière justesse que pour aboutir à un résultat utile la Conférence ne doit poursuivre que des buts réalisables, sans aborder des principes nouveaux ou qui ne seraient pas de nature à rencontrer l'assentiment de tous. ¶ Ce point de vue est tout à fait le nôtre. Aussi n'entre-t-il nullement dans nos intentions d'étendre le programme des délibérations au delà des limites tracées par notre projet. Il est, par conséquent, entendu que ni les opérations maritimes, ni les guerres navales, ni les rapports des belligérants sur mer, ni en général les principes reconnus du droit des gens ne seront mis par nous en question ou en discussion." ¶ Her Majesty's Government have received similar assurances from other countries. ¶ Her Majesty's Government accept the assurances thus given by the Russian and other Governments, that the Conference will not entertain any questions relating to maritime operations or naval warfare; and they are glad to learn from these assurances, that there is no intention of enlarging the scope of the Conference so as to include the discussion of general principles of International Law. ¶ At the same time it will be the duty of the Delegate whom Her Majesty's Government have, upon receiving these assurances, determined to send to the Conference, to guard carefully against entering, in the course of deliberations on other matters, into any discussions which may, however remotely, affect the subject of maritime warfare, which Her Majesty's Government have thus agreed with other Governments should formally be excluded; and if any papers are attempted to be presented to the Conference, or any statements made which refer to it, to protest against such papers or statements being received, and to apply to Her Majesty's Government for instructions. ¶ Her Majesty's Delegate will also abstain from taking part in any discussion upon any points which may be brought forward which may appear to him to extend to general principles of International Law not already universally recognized and accepted. ¶ With these reservations, Her Majesty's Government have had no hesitation in authorizing a Delegate on the part of Great Britain to attend the Conference and to assist in its

deliberations with a view to any proposals of practical utility for alleviating the horrors of war. ¶ He will not, however, be furnished with any plenipotentary powers; as Her Majesty's Government regard the Conference as assembled for the purpose of deliberation, and are not prepared to give their assent to a scheme for the Regulation of Military Operations without first examining it in all its bearings. ¶ Her Majesty's Government accordingly reserve to themselves full liberty of action as to the manner, in which they will deal with any proposals which may be made in the Conference. ¶ I have to add, that Major-General Sir A. Horsford, K. C. B., has been nominated as British Delegate. ¶ You will communicate a copy of this despatch to the Government. ¶ I am, &c.

Nr. 5349.
Gross-
britannien.
25. Juli 1874.

Derby.

Nr. 5350.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN (BELGIEN, DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GRIECHENLAND, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, NIEDERLANDE, ÖSTERREICH-UNGARN, PORTUGAL, RUSSLAND, SCHWEDEN und NORWEGEN, SCHWEIZ, SPANIEN und TÜRKEI). — Protokoll der ersten Plenarsitzung vom 27. Juli 1874.

Présents:

Pour l'Allemagne —

Le Général-Major de Voigts-Rhetz.

Le Général-Major Baron de Leonrod.

Le Major Baron de Welck.

Le Conseiller d'Etat Baron de Soden.

Le Conseiller Intime, Docteur
Bluntschli.

Pour l'Autriche-Hongrie —

Son Excellence le Comte Chotek.

Le Général-Major Baron de Schönfeld.

Pour la Belgique —

Le Baron Lambert.

M. Charles Faider.

Le Colonel Mockel.

Pour le Danemark —

Le Directeur Vedel.

Le Colonel Brun.

Pour l'Espagne —

Son Excellence le Duc de Tetuan.

Le Maréchal de camp Servet y
Fumagally.

Le Contre-Amiral de la Pezuela.

Pour la France —

Son Excellence le Baron Baude.

Le Général de Brigade Arnaudeau.

Pour la Grande Bretagne —

Le Général-Major Sir Alfred Horsford.

Pour la Grèce —

Le Lieutenant-Colonel Manos.

Pour l'Italie —

Son Excellence le Baron Blanc.

Le Lieutenant-Colonel Comte Lanza.

Pour les Pays-Bas —

Son Excellence M. van Lansberge.

Le Général-Major van der Schrieck.

Pour la Russie —

Son Excellence le Baron A. Jomini.

Le Général-Major de Leer.

Nr. 5350.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
27. Juli 1874.

Pour la Suède et Norvège —

Pour la Suisse —

Le Lieutenant-Colonel Staaff.

Le Colonel Fédéral Hammer.

MM. les Délégués se sont réunis aujourd'hui à l'hôtel du Ministère d'Affaires Etrangères.

M. le Comte d'Aspremont-Lynden, Chef de ce Département, les a reçus et les a introduits dans le Salon des Conférences, et leur a adressé la parole en ces termes: —

“Messieurs,—Nation neutre et essentiellement amie de la paix, la Belgique voudrait qu'il n'y eût plus de guerres, mais si de telles calamités ne peuvent être évitées, elle est encore dans son rôle en désirant que l'on cherche à en adoucir les rigueurs. C'est vous dire, Messieurs, que je suis heureux de vous souhaiter la bienvenue. En proposant de réunir cette Conférence dans la capitale de la Belgique, Sa Majesté l'Empereur de Russie a donné à ce pays et à son Roi un témoignage de sympathie et d'estime. J'ai à cœur de lui exprimer publiquement notre reconnaissance. Ces remerciements, je les adresse également à tous les Gouvernements qui ont bien voulu se rendre à l'invitation de Sa Majesté Impériale et qui sont ici représentés. Messieurs, ma tâche est remplie, la vôtre commence; je fais les vœux les plus sincères pour l'heureux succès de vos travaux.”

M. le Ministre des Affaires Etrangères se retire après avoir proposé aux Délégués de confier la rédaction des Protocoles à M. Emile de Borchgrave, Conseiller de Légation, Chef de son Cabinet. || Cette proposition ayant reçu l'assentiment de l'Assemblée, M. de Borchgrave est introduit.

M. le Baron Jomini prend la parole et, d'ordre de son Gouvernement, fait une motion tendant à offrir la présidence des travaux à M. le Premier Délégué de Belgique.

M. le Baron Lambermont répond de la manière suivante:—

“Messieurs, — Il y a quelques instants à peine que M. le Ministre des Affaires Etrangères parlait avec gratitude de l'honneur que l'on a fait à la Belgique en plaçant dans sa capitale le siège du Congrès. || Nous ne sommes pas moins reconnaissants de la proposition que vient de faire M. le Premier Délégué de Russie et qui a pour but de remettre entre des mains Belges la présidence de la Conférence et la direction de ses débats. || Toutefois, Messieurs, ce second honneur doit, selon nous, aller à une autre adresse. Je suis certain que vous serez bientôt de mon avis. || Je pourrais vous dire qu'entre la Conférence actuelle et d'autres réunions diplomatiques l'honneur n'est pas entière. Si la Belgique est appelée à vous donner l'hospitalité, elle le fait de grand cœur, ce n'est point par son initiative et sur sa suggestion que vous êtes rassemblés; ce n'est pas elle qui a préparé le lieu dans lequel vous allez délibérer; je pourrais ajouter qu'à raison de sa situation elle semble moins autorisée que d'autres nations à tracer les règles des guerres qui se feront hors de ses frontières. Mais, Messieurs, je n'ai pas à ces considérations. Il en est une autre qui suffira, à elle seule

déterminer notre choix. L'idée de chercher à adoucir les maux de la guerre est une idée essentiellement généreuse, humanitaire, et élevée. Quelles que soient les vues diverses qu'on puisse manifester sur les modes et les limites possibles de l'application, l'idée elle-même mérite tous les suffrages et elle les a obtenus des Gouvernements que vous représentez. Or, le promoteur de cette pensée dans la sphère où elle est aujourd'hui portée, le Souverain à l'appel de qui nous avons tous répondu, je n'ai plus besoin de le nommer, c'est Sa Majesté l'Empereur de Russie. C'est pour rendre hommage à cette pensée, c'est pour constater cette initiative que je vous propose de décerner la présidence au Représentant de Sa Majesté l'Empereur Alexandre. || J'ai l'entière confiance qu'avec ce sens exprès ma proposition recevra votre approbation unanime, et qu'elle sera au même titre agréée par M. le Baron Jomini, qui réunit d'ailleurs toutes les qualités nécessaires pour mener à bien une si haute mission."

Nr. 5350.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
27. Juli 1874.

Les Délégués ayant adhéré à cette proposition, M. le Baron Jomini prend possession du fauteuil de la présidence. || Il demande à l'Assemblée, si elle juge à propos de procéder à la vérification des pouvoirs des Délégués. || Après avoir échangé leurs idées à cet égard, les Délégués décident que ceux d'entre eux qui ont des pouvoirs pourront les produire, mais qu'on admettra aux délibérations les Mandataires des Puissances qui ont reçu et accepté l'invitation du Gouvernement Impérial et qui en ont fait la notification au Gouvernement Belge, sauf par eux à se munir de pouvoirs en règle. || M. le Baron Jomini donne lecture des instructions qu'il a reçues de son Gouvernement et qui précisent le but et la portée du projet de Convention sur lequel la Conférence est appelée à se prononcer. || Voici le texte de ces instructions: —

"Saint Pétersbourg, le 9 Juillet, 1874.

"Le but que Sa Majesté l'Empereur s'est proposé en provoquant la réunion de Bruxelles est avant tout un but d'humanité. || Sur ce terrain il faut se garder de l'utopie. || Il est à espérer que les progrès des lumières et des moeurs rendront les guerres de plus en plus rares. Toutefois, dans l'état actuel des choses, la guerre demeure un mal, sinon nécessaire, du moins parfois impossible à éviter. || Certes aucun Gouvernement ne saurait aujourd'hui l'entreprendre à la légère. Mais plus les causes qui détermineront les guerres futures seront graves, plus la composition des armées modernes y donnera un caractère national, plus aussi on doit prévoir qu'elles seront sérieuses. || La liberté d'action des Gouvernements au point de vue militaire, et le droit des Etats de pourvoir à leur propre défense, ne sauraient donc être soumis à des restrictions fictives, que d'ailleurs la pression des faits rendrait stériles. Il nous semble qu'aucune illusion ne saurait prévaloir dans la pratique contre cette inflexible nécessité. || Toutefois, la guerre ne peut pas être l'état normal des peuples. Elle n'est qu'une pénible exception. La règle, ce sont les rapports pacifiques qui adoucissent les moeurs en liant les intérêts des nations.

Nr. 5350.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
27. Juli 1874.

Le devoir des Gouvernements est donc, tout en se tenant prêts à la guerre, de travailler de tous leurs efforts à maintenir la paix tant qu'elle existe, à la rétablir si elle a été troublée. A ce point de vue, le seul but légitime de toute guerre doit être d'arriver le plus promptement possible à une paix rendue plus solide et plus durable. Ce but ne saurait être atteint que si la guerre est conduite à la fois énergiquement et régulièrement, d'après les lois et coutumes que le temps et l'usage ont consacrées parmi les peuples civilisés; si elle est mise à l'abri des calamités inutiles et des cruautés gratuites qui en enflammant les passions amènent les représailles et laissent subsister des ressentiments qui rendent plus difficile le retour à des relations pacifiques. || Ce n'est donc pas seulement les sentiments d'humanité, c'est l'intérêt général bien entendu qui doit porter les Gouvernements à ne point perdre de vue la paix durant la guerre, de même qu'ils se tiennent préparés à la guerre durant la paix. || Concilier les exigences de deux états de choses qui semblent la négation absolue l'un de l'autre, n'est pas une tâche facile. Mais parcequ'elle est ardue, ce n'est pas un motif pour ne point l'aborder dans un esprit de bon vouloir sérieux et pratique basé sur les sentiments d'humanité, les devoirs de la civilisation, et la solidarité des intérêts généraux. || Or, une des principales difficultés de cette tâche réside dans l'incertitude qui subsiste jusqu'à présent quant aux lois de la guerre. Le droit des gens ne contient à cet égard que des principes généraux, toujours assez vagues, souvent ignorés, qui laissent place aux divergences d'interprétation et aux entraînements. || S'il était possible de préciser dans une mesure pratique, par un accord général, ce que d'un côté les nécessités de la guerre comportent, et ce que, de l'autre côté, les intérêts solidaires de l'humanité excluent dans l'état présent de la civilisation et des rapports internationaux, les Gouvernements et les armées sachant exactement ce que l'état de guerre autorise et ce qu'il interdit, les peuples pouvant en mesurer d'avance les conséquences et en prévoir les effets, il est incontestable qu'un pas important aurait été fait pour rendre la guerre régulière et diminuer les calamités dont l'incertitude et l'ignorance qui règnent encore à cet égard sont trop souvent la cause. Sa Majesté l'Empereur a pensé que ces questions, si intéressantes pour le bien-être général, étaient de nature à fixer l'attention des Cabinets, et qu'eux seuls pouvaient les résoudre. C'est pourquoi Sa Majesté Impériale s'est décidée à les déferer à leur examen en Conférence. || Le projet que nous leur proposons n'a pour objet que d'offrir aux délibérations une base pratique, un point de départ nettement défini. C'est un questionnaire indiquant les points qui, à notre avis, pourraient être examinés, et le sens dans lequel, pour notre part, nous serions disposés à les résoudre. || Quant à l'issue finale, elle dépend de la discussion et de l'accord qui viendrait à s'établir. Car la pensée de l'Empereur est avant tout une pensée d'entente générale. || Votre premier soin devra être de l'exposer avec la plus grande clarté possible afin d'écartier tout malentendu, en vous maintenant strictement dans les limites de notre projet. Pour tout ce qui sortirait

de ce cadre précis vous solliciterez les ordres de Sa Majesté. || Sur ce terrain vous vous efforcerez d'arriver à un accord, à un concert des volontés, sans lequel aucun résultat utile ne saurait être obtenu. || Cet accord nous semble possible, si les délibérations sont conduites dans le même esprit qui a présidé à l'initiative prise par Sa Majesté. || Pour votre part, vous vous maintiendrez invariablement dans la voie d'une discussion calme, sérieuse et pratique, en écartant avec soin tout ce qui pourrait éloigner l'entente qui est l'objet essentiel de nos vœux. || L'espoir de diminuer, ne fut-ce que dans une mesure restreinte, la responsabilité que la guerre fait peser sur les Gouvernements et les calamités qu'elle impose aux peuples, constitue une tâche digne des Souverains et des Gouvernements qui ont répondu avec tant d'empressement à l'appel de l'Empereur. || En les conviant à y travailler en commun, Sa Majesté Impériale est assurée du concours de leur bon vouloir et des efforts de leurs Délégués."

Nr. 5350.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
27. Juli 1874.

Sur la proposition de M. de Lansberge, les Délégués conviennent de garder un silence absolu sur tout ce qui se passera dans l'Assemblée.

M. le Baron Jomini propose de ne consigner dans les Protocoles que les points sur lesquels la Conférence sera d'accord et de ne pas acter les divergences. || Cette motion est admise avec la réserve que, si un Délégué désire qu'il soit pris note d'un point spécial, il sera tenu compte de son désir. || La Conférence décide, en outre, sur la proposition de M. le Général Horsford, que les signatures de M. le Président et de M. le Secrétaire feront foi de l'exactitude des Protocoles.

L'Assemblée s'ajourne à Mercredi prochain à 1 heure.

Le Secrétaire,
Emil de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5351.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll der zweiten Plenarsitzung vom 29. Juli 1874.

Présents: MM. les Délégués de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grande Bretagne, de la Grèce, de l'Italie, des Pays-Bas, de la Russie, de la Suède et de la Norvège, de la Suisse.

Nr. 5351.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
29. Juli 1874.

M. le Baron Jomini demande à la Conférence de procéder à la vérification des pouvoirs des Délégués. || MM. les Délégués d'Italie font connaître que l'expédition de leurs pouvoirs a subi un retard par suite de l'absence de leur Souverain, mais qu'ils ne tarderont pas à arriver. || Les Délégués de

Russie et de Suède et Norvège font une déclaration analogue. || Les pouvoirs des autres Délégués sont trouvés en bonne forme.

M. le Président donne lecture de la correspondance adressée à la Conférence, parmi laquelle se trouve une requête du Comité Belge de la Société Internationale de Secours pour les Prisonniers de Guerre. M. le Baron Lambermont recommande cette communication à l'attention spéciale de la Conférence. L'Assemblée décide, sur la proposition de M. le Baron Jomini, qu'elle n'admettra aux délibérations que les Délégués officiels des Gouvernements qui ont reçu une invitation du Gouvernement Impérial de Russie et qui l'ont acceptée, mais non point des Délégués de Sociétés privées ou des particuliers ni à titre de membres ni à titre d'experts.

M. le Baron Jomini, en invitant la Conférence à fixer l'ordre de ses travaux, expose que l'idée du projet de Convention a été suggérée par ce qui s'est passé aux Etats Unis lors de la guerre de la Sécession. Le règlement du Président Lincoln pour adoucir les souffrances de la guerre est présent sous tous les souvenirs. Les luttes internationales ont une incontestable analogie avec la guerre civile qui déchirait l'Union Américaine. Il y a, en effet, une solidarité étroite entre tous les intérêts internationaux. La guerre interromp les relations économiques, fait craindre des guerres nouvelles, nécessite l'entretien d'armées coûteuses. Il est donc hautement désirable de pouvoir régler la marche et l'étendue. Cela importe autant aux particuliers qu'aux Gouvernements, aux militaires qu'aux peuples. Il faut que ces idées pénètrent insensiblement à tous les degrés de la hiérarchie militaire et même dans les masses. Il règne en effet des idées très contradictoires sur la guerre. Les uns voudraient la rendre plus terrible pour qu'elle soit plus rare, d'autres voudraient en faire un tournoi entre les armées régulières, avec les peuples pour simples spectateurs. Il est nécessaire qu'on sache à quoi s'en tenir et qu'il faut avant tout se placer sur un terrain pratique et admettre que, puisqu'on ne peut pas supprimer les guerres, il est opportun de les régulariser ; que possible. Il est moins difficile de faire son devoir que de le bien faire. Il s'agit donc de dire à chacun quel est son devoir. Le projet n'a pas d'autre but. C'est un questionnaire auquel la Conférence est invitée à répondre, en se plaçant sur le terrain de l'intérêt de tous. Des Sociétés particulières s'étant occupées de cette question, il a paru au Gouvernement Impérial qu'il valait mieux qu'elle fut résolue par les Gouvernements eux-mêmes parce qu'elle touche à leurs droits et à leurs intérêts. On a reproché au projet Russe de paralyser les droits de la défense. Le reproche est infondé. Ce serait un démenti aux plus glorieux souvenirs de la Russie. La guerre a changé de nature. C'était autrefois une sorte de drame où la force et le courage personnels jouaient un grand rôle; aujourd'hui la guerre a été remplacée par une machine formidable que le génie et la science mettent en mouvement. Il faut donc régler, si l'on peut ainsi par l'inspiration du patriotisme. Autrement, en opposant des entraînements

à des armées puissamment organisées, on risquerait de compromettre la défense nationale et de la rendre plus funeste au pays lui-même qu'à l'agresseur. Les grandes explosions de patriotisme qui ont eu lieu au commencement de ce siècle dans plusieurs pays ne pourraient plus se produire aujourd'hui, du moins dans la même forme. Il est facile, au contraire, de régulariser les corps francs de façon à les faire concourir à la défense du pays dans la plus large mesure. Au résumé, le projet a écarté un grand nombre de questions accessoires ou sur lesquelles un accord n'aurait vraisemblablement pas pu s'établir, notamment les questions maritimes. La Conférence fera bien d'imiter cette réserve et de s'en tenir au programme actuel, en évitant d'admettre des questions nouvelles.

M. le Baron Jomini demande ensuite si, pour faciliter la marche des travaux, la Conférence juge utile de nommer une ou plusieurs Commissions. || Une discussion s'engage à ce sujet. M. le Comte Chotek propose de nommer une Commission de dix à douze membres qui serait chargée d'examiner spécialement les questions techniques, militaires et humanitaires. Il est entendu que cette proposition ne tend à exclure à priori aucune clause du Projet de Convention; elle ne préjuge en rien les résolutions ultérieures de la Conférence pour traiter, soit en assemblée plénière, soit dans une seconde Commission, les autres parties du Projet Russe dont la première Commission ne se serait pas occupé. || M. le Général de Voigts-Rhetz accepte en principe la nomination d'une Commission; mais il faut préciser quelle sera la nature de ses travaux. Une Commission Militaire pourrait remplir en partie le but que l'on se propose d'atteindre; mais elle négligerait forcément certaines parties du projet qui ne seraient pas de son domaine. M. le Délégué d'Allemagne croit, en conséquence, qu'il serait préférable de nommer une Commission composée d'un Délégué de tous les Etats représentés à la Conférence. Cette Commission ferait un choix dans les matières et soumettrait au *plenum* les points qui lui paraîtraient de nature à être discutés immédiatement. La discussion aurait lieu, soit en séance plénière, soit dans une seconde Commission. Chaque Délégué serait en relations avec ses collègues, lesquels du reste pourraient assister aux délibérations sans y prendre part. || M. le Comte Chotek est d'accord avec M. le Général de Voigts-Rhetz sur le caractère général que doit avoir la Commission. Elle ne peut impliquer aucune idée d'exclusion. || M. le Baron Lambert est également d'avis que l'institution d'une Commission est dans le vœu de tout le monde. Cette Commission travaillera d'autant plus vite que son mandat sera mieux précisé. Elle pourra commencer par faire une revue du projet; elle sera ainsi amenée à choisir les propositions qui lui paraîtront pouvoir rallier le sentiment général. Rien ne sera préjugé quant aux autres. Pour compléter ce programme, M. le Délégué de Belgique annonce qu'il sera chargé de soumettre à la Commission quelques articles concernant les prisonniers et les blessés transportés en temps de guerre chez les neutres. Enfin, il pourra y avoir utilité, dit-il, à puiser quelques clauses

Nr. 5351.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
29. Juli 1874.

soit dans des projets non-officiels, soit dans les ouvrages des jurisconsultes. M. le Baron Blanc est d'avis que, pour obtenir des résultats positifs et utiles, la Conférence doit donner pour mandat à la Commission de rechercher, par un examen sommaire et préalable, quelles sont les questions susceptibles dès à présent d'une entente générale en vue d'un but pratique. Ces questions, une fois soumises par la Commission à une discussion préparatoire, pourraient devenir l'objet de délibérations proprement dites au sein de la Conférence plénière, et un résultat, partiel sans doute, mais effectif, serait ainsi acquis dans tous les cas. Les autres questions qui, également soumises par la Commission à un examen préliminaire, seraient d'une nature telle que les Délégués ne seraient pas préparés pour les discuter ou autorisés à les résoudre, pourraient être déferées à la Conférence plénière pour faire l'objet d'investigations et d'échanges de vues afin d'en faciliter la solution future, laquelle dépendrait de négociations ultérieures des Gouvernements. En faisant opérer par la Commission cette sorte de classement et de préparation préliminaire des points à discuter, la Conférence se trouverait bientôt en mesure, dans ses séances plénières, d'obtenir réellement les résultats actuellement possibles, et d'élaborer les éléments des solutions qui resteraient réservées. C'est dans ce sens que M. le Délégué d'Italie entend le mandat du commissaire à désigner pour les discussions préparatoires. || M. le Baron Jomini dit qu'il paraît évident que le voeu de MM. les Délégués est de nommer une Commission. Seulement, il importe de préciser comment elle sera composée. M. le Premier Délégué de Russie propose de nommer un Délégué par Etat et de donner la préférence aux militaires. || M. Faider demande, si, dans l'Etat actuel de la discussion, il est question d'une seconde Commission. Il est d'avis que l'unité de vues doit présider aux travaux; ce serait manquer au principe de l'unité que de partager les travaux par catégories. Il faut réserver pour un examen ultérieur la nomination d'une seconde Commission. || M. le Général de Voigts-Rhetz précise sa pensée. La seconde Commission aurait à examiner les questions qui n'auraient pas été discutées par la première. Elle aboutirait plus vite que l'Assemblée plénière. D'ailleurs, M. le Premier Délégué d'Allemagne ne demande pour le moment que l'adoption du principe. || M. le Général de Leer exprime l'opinion que le *plenum* doit décider quelles seront les questions à débattre par la Commission. Il importe de ne pas perdre de vue que toutes les questions du projet sont intimement liées entre elles. || M. le Général de Voigts-Rhetz demande que la Commission ait le droit de discuter non d'après l'ordre des numéros, mais en prenant pour point de départ les matières sur lesquelles il paraîtra le plus facile de se mettre d'accord. || M. le Baron Baude pense qu'il serait préférable de nommer immédiatement deux Commissions, l'une qui serait militaire, et l'autre diplomatique. || M. de Lansberge estime que l'on gagnera du temps s'il n'y a qu'une Commission de nommée. Le projet forme un ensemble qu'il serait fâcheux de disjoindre. Le but de la Commission doit être de rechercher tous les Articles sur lesquels l'entente

peut s'établir et de soumettre son travail à l'assemblée plénière. || M. Faidor appuie cette motion. Il insiste pour qu'une seule Commission soit nommée ou tout au moins pour que le principe d'une seconde Commission ne soit pas admis dès à présent. La première Commission sera composée d'éléments mixtes, à la fois militaires et diplomatiques. Il y aura unité de vues et diversité de spécialités. D'ailleurs, l'objet même des délibérations est mixte. La Commission sera donc conforme à l'esprit du projet. Nommée pour faciliter les discussions, elle aura le même caractère que la Conférence dont elle est l'émanation et l'organe, et qui ratifiera sans nul doute ce qu'elle aura élaboré. || M. le Colonel Fédéral Hammer est autorisé à adhérer à une Commission générale ou à des Commissions spéciales. D'après la marche des débats, il se convainc qu'une seule Commission générale est possible. Cette Commission devra soumettre tout le projet Russe à un examen dont elle rendra compte, quand il sera terminé, à l'Assemblée plénière. La proposition de M. le Délégué de Suisse ne diffère donc que dans les termes de celle de M. le Délégué d'Autriche-Hongrie. Le triage des matières que M. le Comte Chotek réservait pour le *plenum*, M. le Colonel Hammer le revendique pour la Commission. Il formule les instructions de son Gouvernement dans la motion suivante: || "La discussion préalable du projet Russe ou d'autres propositions y relatives qui pourraient se présenter, est déferée à une Commission générale, dans le sein de laquelle doit se trouver un Délégué de chaque Etat représenté à la Conférence." || M. le Baron Jomini résume la discussion. Il constate que tout le monde est d'accord pour nommer une Commission. Si cette Commission trouve qu'il y a des matières à réserver pour une seconde Commission, elle en référera à l'Assemblée, qui décidera. || Sur la proposition de M. le Président, la Conférence adopte la résolution suivante:

"L'Assemblée défère la délibération préalable du projet Russe ou d'autres projets à une Commission, dans le sein de laquelle devra se trouver un Délégué de chaque Etat représenté à la Conférence."

Il est entendu, en même temps, que les Délégués qui ne font pas partie de la Commission pourront assister à ses travaux. M. le Baron Baude pense que, s'il ne doit y avoir qu'une seule Commission, il serait peut-être préférable que la Conférence se constituât en Comité, se réservant de se déclarer en séance plénière pour prendre des décisions définitives. || M. le Baron Lambert fait observer qu'il serait bien difficile de diviser le projet en matière purement militaire et en matière exclusivement politique ou diplomatique. M. le Colonel Fédéral Hammer croit qu'il est possible de tenir compte de l'observation de M. le Baron Baude, si l'on admet qu'un collègue militaire peut remplacer un collègue diplomate, et réciproquement. || M. le Colonel Staaff dit qu'il sera difficile de définir exactement qu'elles sont les matières diplomatiques et les matières militaires. Il préférerait qu'on ne fit pas une distinction de ce genre. M. Bluntschli fait observer qu'il ne faut pas tenir compte seulement du point de vue diplomatique ou militaire, mais aussi du

point de vue juridique, qui a son importance. Il faut que ces trois éléments puissent participer, le cas échéant, aux délibérations. On pourra substituer, au gré des Etats, un jurisconsulte à un diplomate ou à un militaire, et réciproquement. || Cette proposition est adoptée.

A 3 heures M. le Président suspend la séance pour permettre aux Membres de la Conférence de s'entendre sur le choix des Délégués à nommer dans la Commission.

A 3¹/₂ heures la séance est reprise. Sont désignés pour faire partie de la Commission: MM. le Général-Major de Voigts-Rhetz, Général-Major Baron de Schönfeld, le Baron Lambermont, le Colonel Brun, le Maréchal de camp Servet, le Général de Brigade Arnaudeau, le Major-Général Sir Alfred Horford, le Lieutenant-Colonel Manos, le Lieutenant-Colonel Comte Lanza, Lansberge, le Général-Major de Leer, le Lieutenant-Colonel Staaff, et le Colonel Fédéral Hammer. M. le Baron Jomini présidera les travaux de la Commission.

L'assemblée décide que la Commission tiendra sa première séance, demain 30 Juillet, à 10 heures, et s'ajourne jusqu'à convocation ultérieure.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5352.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 1 der Commissionssitzungen.

Nr. 5352.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
30. Juli 1874.

M. le Délégué d'Espagne, qui a l'honneur d'être reçu par Leurs Majestés, s'est excusé de ne pouvoir assister à la séance.

M. de Lansberge, d'ordre de son Gouvernement, donne lecture de la déclaration suivante: —

“Le Gouvernement des Pays-Bas sera heureux de contribuer à la réalisation de la pensée généreuse de diminuer, autant que possible, les calamités de la guerre, par l'adoption de mesures inspirées par un sentiment d'humanité. Il adhérera donc volontiers à toute clause ayant ce caractère et ce caractère dans le Projet soumis à la Conférence, plusieurs stipulations lui paraissent excéder les limites, dans lesquelles il doit désirer se renfermer, d'autant plus que n'y sont pas mentionnées qui peuvent avoir une grande importance pour les nations qui ne participent pas à la guerre. L'adhésion du Gouvernement des Pays-Bas serait par conséquent également acquise à l'égard de certaines règles qui auraient pour but de déterminer par rapport aux nations les conséquences de la guerre.”

M. le Baron Lambert prononce le discours suivant: —

“Le Gouvernement Belge a été des premiers à rendre hommage à la pensée qui a déterminé l'Empereur de Russie à rechercher de nouveaux moyens d'adoucir les maux de la guerre. Il y a mis d'autant plus d'empressement que Sa Majesté Impériale en proposant de réunir le Congrès dans la capitale de la Belgique avait motivé ce choix d'une manière dont le pays et sa dynastie ne pouvaient qu'être touchés. || C'est donc dans des dispositions sympathiques et avec le sincère désir d'arriver à une entente, que le Cabinet de Bruxelles a entrepris l'examen du Projet de Convention qui lui a été communiqué récemment. || Cette étude l'a conduit à mettre les stipulations proposées en rapport avec la situation spéciale de la Belgique. || La Belgique est neutre, obligatoirement et à perpétuité. Si son territoire venait à être attaqué, elle aurait, sans nul doute, le droit et le devoir de le défendre, et, selon les circonstances, elle pourrait être amenée à suivre, au delà de ses frontières, l'agresseur repoussé; mais il n'en est pas moins évident que la seule guerre, en vue de laquelle elle ait à se préparer, est une guerre défensive. || Les guerres défensives se font de diverses manières sous l'influence de considérations locales, stratégiques ou politiques. La base de la défense est tantôt à la frontière, tantôt au centre, tantôt à l'extrémité du pays. En ce qui concerne la Belgique, cette distinction peut avoir la portée la plus sérieuse, et ce n'est pas devant une Commission presque exclusivement militaire que je puis avoir besoin d'insister sur ce point. || La Belgique a des limites restreintes. Qu'un grand Etat soit attaqué, la guerre n'entame d'ordinaire qu'une partie de son territoire. Si la population de la partie envahie ne peut concourir à la défense du pays, le gros de la nation reste debout et peut prolonger la lutte. Un petit Etat, au contraire, est exposé à être occupé aussitôt qu'envahi. || La Belgique enfin, pour des raisons qu'il n'y a pas lieu de discuter ici, est jusqu'à présent un pays de conscription. Dans les Etats chez lesquels le service est obligatoire et général, toute la population mâle est, en quelque sorte, enrôlée d'avance et placée dans les conditions requises par le projet pour avoir droit aux privilèges des belligérants. L'armée n'a, en Belgique, qu'un chiffre déterminé, et cette circonstance implique forcément, en cas de guerre, la nécessité et la résolution de compléter la défense militaire proprement dite par un appel à toutes les forces vives de la nation. || Messieurs, je vous parle sans crainte d'offenser personne. L'indépendance de la Belgique n'est ni attaquée ni menacée. Si le cas venait à se présenter, la Belgique se défendrait jusqu'à la dernière extrémité. Je le dis simplement, loyalement, fermement. || En conséquence, je ne pourrai voter aucune clause qui affaiblirait la défense nationale ou qui délierait les citoyens de leurs devoirs envers la patrie. || Je serai heureux, au contraire, de m'associer à toute résolution n'ayant pas cette portée au point de vue spécial de la Belgique. || J'ajoute bien volontiers que pour ce qui concerne les dispositions du projet qui ne réuniraient pas dès maintenant l'assentiment unanime des Délégués, je serais prêt à signer un

Nr. 5352.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
30. Juli 1874.

Nr. 5352.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
30. Juli 1874.

Protocole constatant la résolution du Gouvernement de continuer les études et de chercher à arriver à une entente ultérieure."

M. le Baron Jomini prend acte de la déclaration des Délégués des Pays-Bas et de Belgique, et propose de commencer les délibérations par l'examen du Chapitre III de la Section I: "Des moyens de nuire à l'ennemi, &c."*) || Cette proposition rencontre assentiment général.

Au § 11, M. le Colonel Fédéral Hammer propose de remplacer les mots: "de se nuire réciproquement," par ceux-ci: "de se combattre," ou "à employer dans les hostilités." || M. le Colonel Comte Lanza se réserve de proposer pour ce paragraphe des modifications qu'il croit opportunes et qu'il précisera dans la seconde lecture, lorsque les instructions de son Gouvernement seront arrivées. || Après une courte discussion, le § est adopté sans modification.

M. le Général de Voigts-Rhetz propose de simplifier la rédaction du § 12, litt. (a), l'expression "propagation" pouvant donner lieu à des malentendus. || M. le Général Arnaudeau appuie cette proposition. || La clause est adoptée dans les termes suivants, "L'emploi du poison ou d'armes empoisonnées."

L'interdiction formulée au même paragraphe, litt. (b), est admise sans modification.

Sur la motion de MM. les Généraux de Voigts-Rhetz et Arnaudeau, le litt. (c) subit un léger changement. On dira: "le meurtre d'un ennemi qui, ayant mis bas les armes, ou n'ayant plus les moyens de se défendre, s'est rendu à merci. En général des parties belligérantes n'ont pas le droit de déclarer qu'elles ne feront pas de quartier." || Le reste de la clause est supprimé. || L'assemblée se réserve de discuter, au chapitre concernant spécialement les représailles, tout ce qui est dit ici sur cette matière. || Elle examinera également plus tard ce qui est relatif à la Convention de Genève.

Le litt. (d) est supprimé, le litt. (e) adopté sans changement, et la rédaction du litt. (f) remplacée par celle-ci: "L'emploi des projectiles prohibés par la Déclaration de St. Pétersbourg de 1868."

Au § 13, M. le Colonel Hammer propose, au lieu de: "aux moyens permis appartiennent" de dire: "sont considérés comme moyens licites." || M. le Colonel Comte Lanza croit que la Conférence reconnaîtra qu'il convient à se borner à énoncer les moyens principaux regardés comme *illicites*, et que l'énumération des moyens *permis* n'est pas possible. || On convient de restreindre cette énumération autant que faire se peut.

Le litt. (a) est adopté.

M. de Lansberge éprouve quelque scrupule à accepter le litt. (b) dans sa teneur actuelle. Il préférerait remplacer la forme affirmative par la forme négative, et rattacher la clause, ainsi modifiée, au § précédent relatif aux

*) Siehe die russische Vorlage, Beilage zu Nr. 5345, S. 292.

moyens de guerre *interdits*. || Une discussion s'engage à ce sujet. || M. le Baron Jomini propose la rédaction transactionnelle suivante: "Les mesures pouvant affaiblir l'ennemi, sauf la saisie ou la destruction de tout ce qui n'est pas indispensable à la conduite de la guerre ou de tout ce qui n'est pas de nature à entraver le succès des opérations." || MM. le Baron Lambert, le Colonel Comte Lanza, et M. de Lansberge, font, au nom de leurs Gouvernements respectifs, des réserves sur la rédaction de cet Article.

Nr. 5852.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
30. Juli 1874.

Le litt. (c) est supprimé.

En ce qui concerne le litt. (d), M. le Colonel Fédéral Hammer propose de le scinder. On maintiendrait simplement les mots: "les ruses de guerre," et l'on ajouterait au § 12 un litt. (g) portant: "L'emploi du pavillon parlementaire, du pavillon national, des insignes militaires et de l'uniforme de l'ennemi, dans le but de le tromper." || Cet amendement est adopté.

La Commission admet également le litt. (e), en retranchant le mot "possibles" et en ajoutant *in fine*: ("sauf les dispositions du § 48.")

M. le Baron Jomini prévient l'assemblée que rien ne s'oppose à ce qu'une seconde lecture des clauses examinés aujourd'hui ait lieu dans une prochaine séance. || La Commission s'ajourne à demain à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Beilage.

Chapitre III. — *Des moyens de nuire à l'Ennemi.*

(Texte modifié dans la séance du 30 Juillet.)

§ 11. Les lois de la guerre ne reconnaissent pas aux belligérants un pouvoir illimité quant au choix des moyens de nuire à l'ennemi.

§ 12. D'après ce principe, sont interdits: || (a.) L'emploi du poison ou d'armes empoisonnées; || (b.) Le meurtre par trahison d'individus appartenant à l'armée ennemie; || (c.) Le meurtre d'un ennemi qui, ayant mis bas les armes ou n'ayant plus les moyens de se défendre, s'est rendu à merci; || (d.) La déclaration qu'il ne sera pas fait de quartier; || (e.) L'emploi d'armes occasionnant des souffrances inutiles, comme les projectiles remplis de verre pilé ou de matières propres à causer des maux superflus, ainsi que l'emploi de projectiles prohibés par la Déclaration de St. Pétersbourg de 1868. || (f.) L'abus du pavillon parlementaire, du pavillon national ou des insignes militaires et de l'uniforme de l'ennemi, dans le but de le tromper. || (g.) La destruction ou la saisie de tout ce qui n'est pas indispensable à l'ennemi pour la conduite de la guerre ou de tout ce qui n'est pas de nature à entraver les opérations.

§ 13. Les ruses de guerre et l'emploi des moyens nécessaires pour se procurer des renseignements sur l'ennemi et sur le terrain (sauf les dispositions du § 48) sont considérés comme des moyens licites.

1874.

Nr. 5353.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 2 der Commissionssitzungen.

r. 5353.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
1. Juli 1874.

Le Protocole No. 1 (séance du 30 Juillet) est lu et approuvé.

M. le Baron Jomini donne lecture d'un extrait des instructions de M. le Délégué de la Grande Bretagne. Cet extrait porte ce qui suit: —

“Vous vous abstenerez de prendre part à aucune discussion sur aucun point qui pourrait être mis en avant et qui vous paraîtrait s'étendre à des principes généraux du droit international non encore universellement reconnus et acceptés. || Sous ces réserves, le Gouvernement de Sa Majesté n'hésite pas à vous autoriser à assister, d'après votre propre jugement, aux délibérations de la Conférence en vue de tout but d'une utilité pratique pour alléger les rigueurs de la guerre.”

M. le Baron Jomini constate que tout le monde est d'accord à cet égard, la Conférence n'ayant d'autre but que de consacrer des règles universellement admises. || Il donne lecture de la déclaration suivante: —

“M. le Délégué de Sa Majesté le Roi des Belges a fait hier à la Conférence une déclaration tendant à réserver éventuellement les décisions de son Gouvernement au sujet de toute clause du projet soumis à vos délibérations qui aurait pour but de limiter dans une mesure quelconque les droits de défense nationale en cas de guerre. || La Conférence a pris acte de cette déclaration.”

Mon collègue militaire et moi, nous croyons à notre tour devoir déclarer encore une fois, que le projet déféré par notre Gouvernement à votre examen n'a nullement en vue de restreindre en quoi que ce soit le droit et le devoir imprescriptibles qu'a tout Etat attaqué de se défendre. Les traditions de la Russie protestent contre une pareille pensée. || L'idée de notre projet qu'en présence de la puissante organisation des armées modernes, l'absence de toute règle, tout en rendant la défense moins efficace, aurait pour effet de multiplier les chances d'actes stériles de cruauté et de violence au détriment des intérêts du pays qu'à ceux de l'humanité. || Nous nous sommes donc entièrement d'accord avec M. le Délégué Belge quant au principe que nous réservons à la Conférence d'en faire l'application.”

M. le Général de Voigts-Rhetz, visant le litt. (b) du § 13, cherche à expliquer que, si on en a supprimé les mots: . . “de ce qui peut le

c'est qu'on a eu en vue les cas non urgents; que, par exemple, on ne veut pas donner le droit d'employer l'incendie, sauf le cas d'absolue nécessité. || M. le Général de Schönfeld fait remarquer que le Code Militaire Autrichien renferme une disposition conçue dans ce sens. || M. le Baron Jomini, afin de préciser la marche de la discussion, donne successivement lecture du Projet de Convention primitif, du projet amendé dans la séance d'hier, et d'un projet transactionnel dont la rédaction lui paraît de nature à rencontrer le sentiment unanime de l'assemblée. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose de faire imprimer ce dernier projet. || Cette motion est adoptée. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande quelques explications sur l'expression "moyens nécessaires" employée au § 13 du Projet Transactionnel. || M. le Baron Lambert fait observer qu'on pourrait donner satisfaction à M. le Délégué de Suisse en mettant au Protocole une explication qui servirait à l'interprétation de cette clause. || M. le Colonel Staaff est chargé par son Gouvernement de poser la question de savoir, s'il ne serait pas opportun de comprendre les balles de plomb mou parmi les projectiles occasionnant des maux inutiles. || M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que la question a été soulevée en Allemagne, mais que les expériences qui ont pu être faites à ce sujet sont insuffisantes. Il émet l'avis que des études ultérieures sont nécessaires pour que l'on puisse se prononcer en connaissance de cause. || La Commission adhère à l'opinion de M. le Délégué d'Allemagne.

Nr. 5859.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
31. Juli 1874.

Elle passe à l'examen du Chapitre IV.

Au § 14 le Général de Voigts-Rhetz propose de supprimer le mot "entièrement" de même que ceux-ci: "par des troupes ennemies et dont les habitants ne résistent pas les armes à la main." || M. le Colonel Fédéral Hammer, d'ordre de son Gouvernement, demande qu'on remplace les mots "les forteresses ou villes fortifiées" par l'expression générique "les places fortes," et après le mot "une ville" qu'on ajoute "ou un village." || Après discussion, la Commission adopte la rédaction suivante, sauf à en faire ultérieurement une seconde lecture: —

"§ 14. Les places fortes peuvent seules être assiégées. Des villes, villages ou agglomérations d'habitations ouverts qui ne sont pas défendus ne peuvent être ni attaqués ni bombardés."

M. de Lansberge est chargé par son Gouvernement de demander l'insertion d'une clause conçue comme suit: "Sera considérée comme ville ouverte la ville non munie d'une enceinte, mais entourée de forts détachés, à condition qu'elle ne contienne pas de troupes et que ses habitants ne concourent pas à la défense des forts." || M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que le principe qui protège les villes ouvertes est contenu dans le § 14; que, en ce qui concerne les places ouvertes qui sont dans le rayon des forts, elles doivent être considérées comme places fortes. || Un débat s'engage sur le point de savoir ce qu'il faut entendre par ville ouverte. || M. le Baron Jomini propose de dire: "Toute ville ouverte qui se trouve à proximité d'une forte-

Nr. 5353.
Brüsseler
Conferenz-
stanten.
31. Juli 1874.

resse et concourt à sa défense, tombe sous l'application de la première partie du § 14. Que, si elle ne concourt pas à la défense, elle est protégée par le principe de la seconde partie du même paragraphe." || M. le Colonel Lanza croit que cette rédaction peut être acceptée. || L'Assemblée décide, sur la demande de M. le Délégué des Pays-Bas, que l'explication proposée par M. le Président sera insérée au Protocole.

Au § 15 M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer qu'on doit réserver la "surprise." || M. le Général de Schönfeld appuie cette observation. M. le Second Délégué d'Autriche-Hongrie propose, pour plus de clarté et de précision, de réunir les § 15 et § 16. || Après un court débat, la Commission s'arrête à la rédaction suivante, sauf la seconde lecture qui est réservée: —

"§ 15. Avant tout bombardement en règle, le commandant de l'armée assiégeante doit faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.

"§ 16. En pareil cas, toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour épargner, autant qu'il est possible, les églises, les hôpitaux, et les lieux de rassemblement de malades et de blessés, et les édifices consacrés aux arts, aux sciences, et à la bienfaisance, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire. || Le devoir des habitants est de désigner ces édifices par des signes visibles spéciaux."

M. le Colonel Lanza voit des inconvénients à ce que les signes visibles ne soient pas nettement spécifiés. || M. le Baron Lambert communique une pétition adressée au Gouvernement Belge par des habitants d'Anvers. Cette pétition constate que d'après le Projet des mesures sont prescrites pour épargner les édifices du culte et autres d'une destination scientifique ou charitable; mais elle exprime le regret qu'on autorise "la destruction des propriétés privées," qui abritent une population inoffensive. Elle termine en demandant qu'il soit "admis comme un principe d'humanité qu'on ne puisse bombarder des quartiers des villes même fortifiées." || M. le Baron Lambert est chargé de recommander cette requête à l'attention de la Conférence, et il prie la Commission de vouloir examiner, comment il serait possible de donner satisfaction aux pétitionnaires. || M. de Lansberge est chargé d'appuyer toute proposition faite en ce sens. || M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'il soit acté au Protocole que le bombardement étant un des moyens les plus efficaces pour atteindre le but de la guerre, il est impossible de satisfaire au désir des intéressés. || M. le Baron Jomini offre de soumettre à la Commission un projet de rédaction qui donnerait satisfaction aux intéressés dans la mesure du possible. || M. le Colonel Comte Lanza propose de déclarer que lorsque le défenseur d'une place forte en expulsera les habitants pour économiser ses ressources dans le but de prolonger la défense, mesure qui peut être justifiée par des nécessités militaires, l'assiégeant pourra, sans violer les lois de la guerre, refuser la libre sortie aux habitants, et qu'en ce cas l'assiégé sera tenu de les laisser rentrer dans la place.

§ 17. M. le Colonel Fédéral Hammer propose de supprimer le § 17

comme étant virtuellement compris dans le § 51. || L'assemblée consultée décide le maintien de ce paragraphe, et l'impression du Chapitre IV modifié.

M. le Baron Lambert dit qu'il est chargé par son Gouvernement de soumettre à la Conférence quelques Articles concernant les prisonniers et les blessés transportés en temps de guerre chez les neutres. || Cette question est aussi intéressante pour les belligérants que pour les neutres eux-mêmes. Les mesures que l'on croirait pouvoir adopter à cette fin pourraient former un chapitre spécial de l'oeuvre humanitaire, sur laquelle l'Assemblée est appelée à délibérer. Le projet que le Gouvernement Belge a fait rédiger contient des prescriptions simples et courtes qui sont la traduction exacte des règles découlant de la neutralité et qui paraissent de nature à ne pas soulever d'objection. || M. le Baron Jomini fait remarquer que les ordres de son Gouvernement lui prescrivent ainsi qu'à son collègue de se renfermer strictement dans leurs instructions. Il est, d'ailleurs, persuadé que l'Empereur ne leur refusera pas l'autorisation d'examiner le projet du Gouvernement Belge. || D'autres Délégués se prononcent dans le même sens. || Le Projet Belge est distribué aux Membres de la Commission.

Nr. 5353.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
31. Juli 1874.

La Commission s'ajourne à demain, Samedi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Beilage 1.

Chapitre IV. — *Des Sièges et Bombardements.*

(Texte modifié dans la Séance du 31. Juillet.)

§ 14. Les places fortes peuvent seules être assiégées. Des villes, villages ou agglomérations d'habitations ouverts qui ne sont pas défendus ne peuvent être ni attaqués ni bombardés.

§ 15. Avant tout bombardement en règle, le Commandant de l'armée assiégeante doit faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.

§ 16. En pareil cas, toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour épargner, autant qu'il est possible, les églises, les hôpitaux et lieux de rassemblement de malades et de blessés, et les édifices consacrés aux arts, aux sciences et à la bienfaisance, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire. || Le devoir des habitants est de désigner ces édifices par des signes visibles spéciaux.

§ 17. Une ville prise d'assaut ne doit pas être livrée au pillage des troupes victorieuses.

Nr. 5353.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
31. Juli 1874.

Dans la séance du 1 Août, la rédaction du § 15 a été remaniée comme suit: —

“§ 15. Mais si une ville ou place de guerre, village, ou agglomération d'habitations est défendue, avant d'entreprendre le bombardement, et sauf le cas d'attaque de vive force, le Commandant de l'armée assaillante doit faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.”

Beilage 2.

Chapitre III. — *Des Belligérants internés et des Blessés soignés chez les Neutres.*)*

Art. 19. Les officiers peuvent être laissés libres, s'ils prennent l'engagement écrit de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation. || Les sous-officiers et soldats doivent être internés, autant que possible, loin du théâtre de la guerre. Ils peuvent être gardés dans les camps et même renfermés dans des forteresses ou dans les lieux appropriés à cet effet, si l'on a des motifs sérieux de craindre qu'ils ne s'évadent.

Art. 20. L'Etat neutre a le droit de mettre en liberté les prisonniers amenés par des troupes qui pénètrent sur son territoire.

Art. 21. L'Etat fournit aux internés des vivres et tous les secours commandés par l'humanité.

Art. 22. L'Etat neutre ne procède à un échange d'internés que de commun accord avec les Etats belligérants. Il en est de même de la levée de l'internement avant la conclusion de la paix définitive.

Art. 23. Dès que le Traité de Paix est ratifié les internés sont rendus à l'Etat auquel ils appartiennent, lequel est tenu de rembourser les dépenses qu'ils ont occasionnées. || L'Etat neutre restituera, en même temps, et sous la même condition, à l'Etat, qui en est resté propriétaire, le matériel, les armes, munitions, effets d'équipement et autres objets amenés ou apportés par les internés ou le prix de vente, s'il en a été disposé par suite d'une nécessité évidente ou d'une commune entente.

Art. 24. L'Etat neutre peut autoriser le passage par son territoire de blessés ou malades appartenant aux armées en guerre.

Art. 25. L'Etat neutre a le droit d'accueillir chez lui les blessés ou malades à la condition de les garder jusqu'à la conclusion de la paix. Ceux qui seraient estropiés au point d'être devenus impropres au service, ou dont la convalescence serait présumée devoir excéder la durée probable de la guerre, seront renvoyés dans leurs pays dès que leur état le permettra.

*) Die ersten beiden Capitel dieses belgischen Projects enthielten eine *Amendierung* der russischen Capitel über Kriegsgefangene und Verwundete. A. d. Red.

Nr. 5354.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 3 der
Commissionssitzungen.

M. le Baron Jomini donne lecture d'une note qu'il a rédigée et qui est relative à la pétition des habitants d'Anvers, sur laquelle M. le Baron Lambert a attiré hier l'attention de la Conférence. M. le Président pense que cette note serait de nature à donner satisfaction aux intéressés sans amoindrir en rien les droits de la guerre. || M. le Général de Voigts-Rhetz demande que la note soit imprimée et distribuée aux Membres de la Conférence afin que chacun puisse faire les observations qu'il jugerait convenables. || M. le Général Arnaudeau croit qu'il serait préférable de différer la réponse, parce que la note se réfère à des Articles qui n'ont pas encore été votés. || M. le Baron Lambert insiste sur le caractère sérieux des intérêts qu'a en vue la pétition d'Anvers; mais il ne demande pas qu'il y soit répondu dès maintenant. Il suffit que le Protocole constate que la requête sera l'objet d'un examen attentif. D'ailleurs, le Gouvernement Belge désire pouvoir étudier encore les questions concernant la saisie, la destruction, et le bombardement, et il réserve son jugement. || M. le Général Baron de Schönfeld est d'avis que la Conférence n'a pas qualité pour répondre aux habitants d'Anvers. Elle est réunie pour délibérer. Ce sera aux Gouvernements à décider. M. le Baron Jomini propose de répondre en ce sens. | M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que, si la Commission est incompétente, les Délégués réunis en séance plénière pourront avoir qualité pour répondre, s'ils sont autorisés à cette fin par leurs Gouvernements. || La Commission décide que la note rédigée par M. le Baron Jomini sera imprimée et distribuée aux Délégués.

M. le Secrétaire donne lecture du Protocole No. 2 (séance du 31 Juillet), qui est approuvé.

M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'il soit tenu compte d'une observation faite par M. le Colonel Comte Lanza dans la séance précédente relative à l'investissement. M. le Premier Délégué d'Allemagne désirerait l'insertion d'une clause portant que, aussitôt que l'investissement sera accompli, l'assiégeant ne sera pas tenu de consentir à la sortie des habitants de la place bloquée. Il peut arriver, en effet, que le Commandant de la place assiégée, soit pour ménager ses ressources, soit pour gêner les mouvements de l'assiégeant, renvoie des habitants inoffensifs, — femmes, enfants, vieillards, infirmes. La position de ces malheureux sera cruelle, si l'assiégeant refuse de les recevoir, et il devra refuser nécessairement, s'il ne veut pas favoriser la tactique de son adversaire. L'insertion de la clause mentionnée plus haut préviendrait d'aussi regrettables éventualités. || Sur l'observation de M. le Général Arnaudeau qu'un tel cas est peu probable, M. le Général de Voigts-

Nr. 5354.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
1. Aug. 1874.

Nr. 5354.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
1. Aug. 1874.

Rhétz retire sa proposition; mais il désire qu'elle soit mentionnée au Protocole. M. le Colonel Comte Lanza exprime le même désir.

M. le Colonel Fédéral Hammer croit devoir revenir sur le § 15, tel qu'il a été remanié hier. Il était autorisé par son Gouvernement à accepter la rédaction du Projet Russe; mais les modifications qu'on a introduites à cet Article en changeant le caractère. La tâche de la Conférence est non de chercher les meilleurs moyens pour faire la guerre, mais bien d'en mitiger les rigueurs dans la limite du possible. | Après un échange d'observations entre MM. le Général de Voigts-Rhétz, le Colonel Brun et le Colonel Staff, la Commission s'arrête provisoirement à la rédaction suivante: —

“§ 15. Mais si une ville ou place de guerre, village ou agglomération d'habitations est défendue, avant d'entreprendre le bombardement, et sauf le cas d'attaque de vive force, le Commandant de l'armée assillante doit faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.”

La Commission aborde l'examen du Chapitre V (des Espions). || M. de Lansberge fait connaître que tous les Articles de ce Chapitre font partie des clauses, sur lesquelles les instructions de son Gouvernement lui imposent de faire des réserves.

Au § 18, M. le Général Arnaudeau demande la suppression des mots: “agissant en dehors de ses obligations militaires.” || M. le Comte Lanza appuie cette demande. || M. le Maréchal de camp Servert propose de faire une distinction entre l'espion qui agit par patriotisme et celui qui n'a d'autre mobile que le lucre. || La Commission est d'avis qu'il serait difficile de trouver une formule pour établir cette distinction: laquelle, du reste, serait inopérante, puisque, aux yeux des lois militaires, l'espion, quel que soit le mobile qui le fait agir, est livré à la justice. Du reste, l'opinion publique prononcera toujours un jugement différent sur l'homme qui se dévoue et sur le misérable qui se vend. || Après discussion, l'Article est modifié comme suit en première lecture: —

“§ 18. Ne peut être considéré comme espion que l'individu qui, agissant clandestinement ou sous de faux prétextes, recueille ou cherche à recueillir des informations dans les localités occupées par l'ennemi, avec l'intention de les communiquer à la partie adverse.”

Au § 19, M. le Général de Voigts-Rhétz propose de définir ce qu'on entend ici par l'expression “justice.” On emploie plus loin des expressions différentes. On dit au § 32, “déférés aux tribunaux;” au § 33, “est puni d'après les lois militaires;” au § 37, “est traduit devant les tribunaux militaires.” Il semble à M. le Délégué d'Allemagne qu'on pourrait trouver une expression unique qui ne donnerait prise à aucune équivoque. On pourrait, du reste, rédiger un Article spécial, en vertu duquel chaque Etat aurait le droit de procéder à l'égard des espions suivant son code militaire propre. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose de supprimer l'Article 19 comme rentrant implicitement dans l'Article 18. || M. le Général de Voigts-Rhétz

croit qu'il est nécessaire de maintenir cet Article, parceque les peines comminées contre l'espion peuvent varier de pays à pays. Il faut nécessairement exprimer l'idée que l'espion sera puni d'après le Code Pénal du pays dont l'armée l'aura saisi. || M. le Général Arnaudeau émet l'espoir qu'il sera possible un jour, sans changer les modes de répression en usage dans les différents pays, d'en établir le parallélisme et d'adopter ensuite une pénalité commune pour les contraventions, délits ou crimes contre les devoirs de la guerre, pénalité que chaque nation s'engagerait à introduire dans son code. || M. de Lansberge demande également la suppression de l'Article 19. Il motive sa demande sur la considération qu'il est impossible à un Etat d'accorder à l'ennemi une juridiction quelconque sur ses sujets. M. le Baron Lambertmont est du même avis. M. le Colonel Comte Lanza partage aussi cette opinion. | M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que, si on supprime ce paragraphe, on met de fait l'espion hors la loi. La clause est destinée à lui donner le droit d'être jugé et de se défendre. S'il n'y a pas de règle à cet égard, il sera fusillé ou pendu sans jugement. Loin donc que de constituer une aggravation, c'est un adoucissement que de dire qu'il doit être jugé. | M. le Général Horsford propose de dire que l'espion ne pourra être puni sans jugement préalable. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il n'est pas certain que tous les codes exigent le jugement. Il suffit donc de dire que l'espion sera traité d'après les lois du pays dont l'armée l'a saisi. M. le Baron Jomini demande à faire une observation de principe relativement aux réserves faites, au cours du débat, par MM. le Baron Lambertmont et de Lansberge au sujet de la juridiction éventuelle accordée à un Etat étranger sur les sujets d'un autre. Ce que fait la Conférence, c'est un travail préparatoire, qui ne deviendra définitif que lorsqu'il sera accepté par les Gouvernements et sanctionné par leurs Assemblées Législatives. D'ailleurs, en acceptant les stipulations proposées, un Etat n'engage que lui-même, c'est-à-dire qu'il s'engage à observer ces principes dans toute guerre qu'il aurait à faire contre des Etats qui les auraient également acceptés et les pratiqueraient. M. le Baron Lambertmont estime qu'il n'est pas indifférent de se présenter devant les Chambres avec tel ou tel Traité. Il est délicat de dire qu'on livrera à la justice étrangère un citoyen de son pays. Il semble à M. le Baron Jomini que cette difficulté n'en est pas une. Il s'agit simplement de dire que lorsqu'on prend un espion on le livre à la justice. Il y a parité pour tous les Etats. D'ailleurs l'Article proposé est une garantie d'humanité. L'espion saisi sera jugé. Si l'on se taisait, il risquerait d'être fusillé sur place dans l'ardeur de la lutte, sans que sa culpabilité fût constatée. | Le paragraphe est adopté, en première lecture, dans les termes suivants: —

“§ 19. L'espion, pris sur le fait, est traité d'après les lois en vigueur dans l'armée qui l'a saisi.”

Le § 20 est supprimé sans débat, de l'avis unanime de la Commission.

Nr. 5354.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
1. Aug. 1874.

M. le Général Baron de Schönfeld propose de généraliser la portée du § 21 en l'étendant à l'espion non-militaire. || M. le Général de Voigts-Rhetz accepte la clause en tant qu'elle ne concerne que des personnes appartenant d'une manière ou d'une autre à une armée. Mais il la repousse, si elle doit s'étendre à des individus n'ayant pas ce caractère. Ces derniers ne peuvent jamais être considérés comme belligérants. M. le Délégué d'Allemagne regrette à ce propos qu'on n'ait pas commencé l'examen du Projet par le Chapitre relatif aux belligérants. C'est un point, sur lequel on serait fixé maintenant. || M. le Colonel Fédéral Hammer et M. le Colonel Lanza croient qu'il n'y aurait pas d'inconvénient pratique à ne pas distinguer entre les espions militaires et ceux qui n'appartiennent pas à une armée. || M. le Colonel Staaff croit qu'il est nécessaire ici de distinguer entre l'homme qui agit par patriotisme et l'individu qui fait de l'espionnage un métier. || M. le Baron Jomini pense que la distinction est à faire entre celui qui est pris sur le fait et celui qui est saisi postérieurement, par exemple à la fin de la guerre. || M. le Général de Leer propose de supprimer les mots: "retourne à son corps d'armée." || M. le Baron Lambermont demande, si le § 21 s'applique au cas suivant: — Un habitant d'une localité non encore occupée par l'ennemi s'en va dans la zone des opérations recueillir des renseignements qu'il transmet à son Gouvernement ou à l'armée nationale. Sa mission remplie, il rentre chez lui. Plus tard, il tombe avec sa localité au pouvoir de l'ennemi. Celui-ci peut-il le punir? M. le Baron Jomini répond négativement. || M. le Général de Leer est d'avis qu'on ne pourrait pas le condamner, puisqu'on suppose qu'il n'appartient pas au territoire occupé. || M. le Baron Lambermont prend acte des paroles de M. le Second Délégué de Russie. Il constate qu'à défaut d'une interprétation formelle dans ce sens, la question resterait tout au moins ouverte. || M. le Baron Jomini dit que le § 21 punit l'espion, mais quand il est *pris sur le fait*. || Le § 21 est remanié comme suit: —

"§ 21. Si l'espion qui, après avoir rempli sa mission, rejoint l'armée, à laquelle il appartient, est capturé plus tard par l'ennemi, il est traité comme prisonnier de guerre et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes antérieurs."

Le § 22 est admis en première lecture, avec une légère modification. || Il porte: —

"§ 22. Les militaires qui ont pénétré dans les limites de la sphère d'opérations de l'armée ennemie, dans le but de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions, s'il a été possible de reconnaître leur qualité de militaires. De même ne doivent pas être considérés comme espions, s'ils sont capturés par l'ennemi, les militaires et les non-militaires effectuant ouvertement la transmission de dépêches d'une partie de l'armée à l'autre ou en destination de l'armée ennemie.

"*Observation.* — A cette catégorie appartiennent aussi les individus capturés dans les ballons, et envoyés pour transmettre des dépêches, et en

général pour entretenir les communications entre les diverses parties d'une armée."

M. le Général de Voigts-Rhetz propose la suppression de l'*Observation* qui suit le § 22, puisque tout ce qui s'y trouve est déjà exprimé ailleurs. || La Commission pense qu'il est préférable que la clause soit maintenue.

M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'il soit acté au Protocole que les individus montés en ballon pourront être sommés de descendre; que, s'ils s'y refusent, on pourra tirer sur eux, et que lorsqu'ils seront capturés ils seront prisonniers de guerre et ne pourront en aucun cas être traités comme espions. || M. le Général de Leer propose d'ajouter aux Projets deux clauses concernant les guides qui rendent des services à l'ennemi. || La Commission fait observer que c'est là une proposition nouvelle, pour laquelle les Délégués doivent demander des instructions à leurs Gouvernements. Elle décide que les deux clauses seront imprimées et distribuées aux Délégués.

La séance est levée et la Commission s'ajourne à Lundi à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5354.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
1. Aug. 1874.

Beilage 1.

Section I.

Chapitre V. — *Des Espions.*

(Texte modifié dans la séance du 1 Août.)

§ 18. Ne peut être considéré comme espion que l'individu qui, agissant clandestinement ou sous de faux prétextes, recueille ou cherche à recueillir des informations dans les localités occupées par l'ennemi, avec l'intention de les communiquer à la partie adverse.

§ 19. L'espion, pris sur le fait, est traité d'après les lois en vigueur dans l'armée qui l'a saisi.

§ 20. Supprimé.

§ 21. Si l'espion, qui, après avoir rempli sa mission, rejoint l'armée, à laquelle il appartient, est capturé plus tard par l'ennemi, il est traité comme prisonnier de guerre et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes antérieurs.

§ 22. Les militaires qui ont pénétré dans les limites de la sphère d'opérations de l'armée ennemie, dans le but de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions, s'il a été possible de reconnaître leur qualité de militaires. De même, ne doivent pas être considérés comme espions, s'ils sont capturés par l'ennemi: les militaires et aussi les non-militaires effectuant ouvertement la transmission de dépêches d'une partie de l'armée à l'autre ou en destination de l'armée ennemie.

^{l.}
^{or}
¹²⁻
^{n.}
1874. *Observation.* — A cette catégorie appartiennent aussi les individus capturés dans les ballons, et envoyés pour transmettre des dépêches, et en général pour entretenir les communications entre les diverses parties d'une armée.

Beilage 2.

Projet d'Article concernant les Guides, et présenté par M. le Second Délégué de Russie dans la Séance du 1 Août.

§ . Un habitant du pays qui a "volontairement" servi de guide à l'ennemi est coupable de haute trahison; il n'est pas punissable dès qu'il a été "forcé" par l'ennemi.

Un guide, même quand il a été forcé de servir l'ennemi, peut être puni quand il a indiqué avec intention de faux chemins.

Nr. 5355.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 4 der Commissionssitzungen.

Nr. 5355.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
3. Aug. 1874.

M. le Baron Jomini informe la Commission de la nomination de s Excellence M. d'Antas, Ministre de Portugal à Bruxelles, et de M. le Général de Division Palmeirim, Membre de la Chambre des Pairs, comme Délégués Gouvernement Portugais à la Conférence. || La Commission prend acte de c communication.

Elle décide de discuter dans une prochaine séance les clauses concernant les *guides* que M. le Général de Leer a soumises à l'Assemblée dans la séance du 1^{er} Août.

M. le Maréchal-de-camp Servet demande à pouvoir faire une déclaration de principe. Empêché d'assister à la première réunion de la Commission, M. le Délégué d'Espagne ignorait les réserves faites par les mandataires de certaines Puissances. Il tient à déclarer à son tour que le Gouvernement qu'il représente a des raisons spéciales pour ne renoncer à aucun moyen de défense. L'Espagne ne saurait adhérer à aucune clause susceptible d'amoinrir sa force de résistance dans le cas d'une guerre étrangère. Néanmoins, elle est prête à donner son concours à toute mesure prise en vue de la guerre et elle souhaite a

guerre ou les éléments de la défense nationale, mais seulement, étant donnée la guerre, d'en adoucir les rigueurs dans la mesure du possible.

M. le Colonel Fédéral Hammer demande à faire une observation sur la rédaction du § 17 du Chapitre IV de la I^{re} Section, conçu comme suit: "Une ville prise d'assaut ne doit pas être livrée au pillage des troupes victorieuses." Il est entendu, d'après M. le Délégué Suisse, que l'expression "villes" doit être interprétée ici dans les sens des §§ précédents où il est question de "villes, villages, ou agglomérations d'habitations." || M. le Baron Jomini répond que cette interprétation n'est pas douteuse, et prie M. le Délégué de Suisse de vouloir bien reproduire son observation lors de la lecture générale.

Le Protocole No. 3 (séance du 1^{er} Août, 1874) est lu et adopté, après un échange d'idées entre M. le Baron Jomini et M. de Lansberge. M. le Baron Lambermont fait observer que d'après le Protocole de la dernière séance, la Commission a paru croire qu'elle aurait à répondre aux habitants d'Anvers. Dans la pensée de M. le Délégué de Belgique, la Conférence a seulement à statuer sur le fond de la pétition. Plus tard, quand les résolutions arrêtées seront du domaine de la publicité, c'est au Gouvernement Belge que reviendra le soin de répondre à la requête. || M. de Lansberge fait connaître que son Gouvernement l'a chargé de soumettre à la Commission une addition au projet Belge concernant les prisonniers et blessés transportés en temps de guerre chez les neutres. Cet Article supplémentaire est conçu dans les termes suivantes: — || L'Etat neutre n'est tenu à aucune obligation vis-à-vis des belligérants par rapport aux prisonniers de guerre échappés de captivité." || L'Assemblée discutera ultérieurement cette proposition, lorsqu'elle traitera des neutres.

M. le Délégué des Pays-Bas fait remarquer que les clauses de la III^e Section n'ayant pas un caractère exclusivement humanitaire, sont comprises dans les réserves générales qu'il a déjà formulées. || M. le Baron Jomini répond que ces réserves sont dans la nature des choses; que le travail actuel est préparatoire, et qu'il ne sera définitif que lorsqu'il aura été approuvé par tous les Gouvernements.

La Commission aborde l'examen du Chapitre I de la III^e Section.

Après un échange d'observations entre plusieurs Délégués sur les §§ 55 et 56, M. le Général de Leer propose de réserver ces Articles pour un examen ultérieur et de procéder immédiatement à la discussion des paragraphes suivants. L'intitulé du chapitre serait: "Des Parlementaires." || M. le Général Arnaudeau propose de discuter d'abord le chapitre relatif aux belligérants. L'expression "belligérants" revient fréquemment dans le projet et l'on ne s'est pas encore mis d'accord sur le sens qu'il faut lui attribuer. || M. le Baron Jomini croit que le sens de l'expression peut rester réservé, mais que le mot lui-même peut être employé sans inconvénient jusqu'à ce qu'il soit définitivement expliqué. || Après un court débat, le § 57 est modifié comme suit: —

“§ 57. Est considéré comme parlementaire l'individu 'autorisé par l' des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre et se présentant avec drapeau blanc accompagné d'un trompette (clairon ou tambour) ou aussi d' porte-drapeau. Il aura droit à l'inviolabilité ainsi que le trompette (clair ou tambour) et le porte-drapeau qui l'accompagnent.”

Au § 58. M. le Général de Schönfeld propose la suppression des mots “de l'armée,” parceque ce n'est pas nécessairement le chef de l'armée qui peut ou doit envoyer le parlementaire. || Il est tenu compte de cette observation. M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que le projet n'exprime pas que l'adversaire a le droit de déclarer qu'il ne recevra pas de parlementaire. Il peut arriver que les nécessités de la défense exigent de prendre cette résolution. Dans ce cas celui qui a fait l'avertissement peut tirer sur le parlementaire qui se présenterait. M. le Colonel Staaff demande, comment fera l'avertissement, puisque le parlementaire est le seul intermédiaire entre les armées ennemies. || Sur la proposition de M. le Baron Jomini, la rédaction de l'Article 58 est amendée de la manière suivant: —

“§ 58. Le chef auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances et dans toutes conditions. || Il lui est loisible de prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le parlementaire de profiter de son séjour dans le rayon des positions de l'ennemi au préjudice de ce dernier, et si le parlementaire s'est rendu coupable de quelque abus de confiance, il a le droit de le retenir temporairement. || Il peut également déclarer d'avance qu'il ne recevra pas de parlementaires pour un temps déterminé.”

M. le Colonel Fédéral Hammer demande, si celui qui n'a pas fait notification peut également refuser de recevoir le parlementaire. || L'Assemblée émet l'avis que l'adversaire qui n'a pas fait l'avertissement est tenu de recevoir le parlementaire. || M. le Colonel Staaff dit que c'est une chose que de ne pas recevoir un parlementaire. Le parlementaire est la seule ressource des armées aux abois et des populations en détresse. | M. le D^{uc} de Suède et Norvège se rallie à la rédaction proposée; mais il estime que le temps pendant lequel l'ennemi pourrait user de cette faculté devrait être limité. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il ne connaît pas personnellement des cas de ce genre; mais qu'il a été décidé par les plus grands chefs qu'ils n'accepteraient pas de parlementaires dans des circonstances notamment pendant la retraite de l'armée. || M. le Général de Schlegel appuie la proposition de M. le Général de Voigts-Rhetz, parceque l'ennemi peut avoir intérêt à envoyer plusieurs parlementaires pour gagner du temps ce qui est très-important. || M. le Baron Jomini propose et la Commission adopte provisoirement la clause supplémentaire suivante: —

“Les parlementaires qui viendraient à se présenter, après notification, du côté de la partie qui l'aurait reçue, perdraient l'inviolabilité.”

M. le Colonel Fédéral Hammer croit devoir déclarer que cette clause était nouvelle; il ne peut l'accepter que sous réserves en attendant qu'il ait reçu des instructions. || M. le Général Arnaudeau se rallie à l'observation faite par M. le Colonel Staaff qu'il faut déterminer le temps pendant lequel on ne recevra pas de parlementaires. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que la notification sera faite par le dernier parlementaire. Au surplus, M. le Délégué d'Allemagne ne voit pas d'inconvénient à ce que le temps soit limité.

M. le Baron Jomini propose au § 59 d'ajouter, après les mots "blessé ou tué", "sans préméditation". || M. le Général Arnaudeau propose de dire "par accident". || L'Article est remanié, en ce sens: —

"§ 59. Si le parlementaire se présentant chez l'ennemi pendant un combat est blessé ou tué par accident, ce fait ne sera pas considéré comme une violation du droit."

Au § 60, M. le Baron Jomini propose la suppression des mots "pour recueillir des renseignements" comme rentrant dans le § 18 du Chapitre V de la Section I. || La Commission se rallie à cet amendement.

Elle passe à l'examen du Chapitre II de la Section III, relatif aux capitulations.

M. le Général Arnaudeau fait savoir qu'il est chargé par son Gouvernement de demander au § 61 l'insertion d'une clause portant que les capitulations ne pourront jamais renfermer des conditions contraires à l'honneur ou au devoir militaire. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que tout le monde est d'accord sur ce point, mais qu'il est difficile de trouver une rédaction pour formuler ce principe, parceque ce qui est considéré comme déshonorant par une armée ne l'est pas par l'autre. Ainsi que dire d'une capitulation, en vertu de laquelle les officiers peuvent conserver leur épée, tandis que les armes sont enlevés aux soldats? Est-ce une condition déshonorante? C'est une question d'appréciation. || M. le Baron Jomini trouve également que les mots "contraires à l'honneur" sont très-vagues et qu'ils auraient besoin d'être précisés. || M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que le § 28 rencontre la difficulté prévue par M. le Général Arnaudeau. On peut y renvoyer. M. le Baron Jomini demande la suppression de la seconde partie du § 61: "une fois fixées par une convention, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux parties". Ce serait faire injure aux parties contractantes que de supposer qu'elles n'ont pas l'intention de tenir leur engagement. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit que le maintien de cette phrase est nécessaire. Celui qui s'écarte déloyalement de la convention qu'il a signée ne doit plus être considéré comme belligérant. || M. le Colonel Manos propose d'exprimer cette idée sous forme de vœu. || M. le Baron Jomini propose la rédaction suivante: —

"§ 61. Les conditions des capitulations dépendent d'une entente entre les parties contractantes. Elles ne doivent pas être contraires à l'honneur militaire. Une fois fixées par une convention, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux parties." || M. le Général Arnaudeau se rallie à cette

Nr. 5355.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
8. Aug. 1874

rédaction. || M. le Colonel Comte Lanza demande, s'il n'y a pas intérêt à déterminer qui a qualité pour faire les capitulations. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que cela est difficile à préciser, parceque tout dépend des circonstances. || M. le Général de Leer dit que cette question se rattache à celle de la ratification des capitulations, qui est très-grave. La capitulation de Baylen en est un exemple. || M. le Général de Voigts-Rhetz cite, dans le même ordre d'idées, la capitulation de Klosterseven. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande, si l'on ne pourrait circonscrire les conditions de la capitulation aux personnes qui sont en cause et aux lieux occupés au moment où l'arrangement intervient.

M. le Baron Jomini répond que cela mènerait trop loin, et la Commission aborde l'examen du Chapitre III traitant de l'armistice.

M. le Général Arnaudeau demande, au § 62, l'explication des mots "si le terme n'est pas déterminé." || M. le Général de Voigts-Rhetz croit qu'il serait préférable de dire, "si la durée n'est pas déterminée." || Le paragraphe est amendé comme suit: —

"§ 62. L'armistice suspend les opérations de guerre par un accord mutuel des parties belligérantes. Si la durée n'en est pas déterminée, les parties belligérantes peuvent reprendre en tout temps les opérations, pourvu, toutefois, que l'ennemi soit averti en temps convenu, conformément aux conditions de l'armistice."

M. le Colonel Fédéral Hammer est chargé de demander la suppression du § 63, comme rentrant implicitement dans le § 62. || La Commission fait droit à cette demande.

Au § 64, M. le Général de Schönfeld propose de distinguer entre l'armistice et la suspension d'armes. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que, quand il y a suspension, on est d'accord sur un but spécial, par exemple, pour enterrer les morts. Chacun garde ses positions, il n'y a pas d'hostilités, on ne peut pas tirer sur l'adversaire. || M. le Général de Schönfeld fait remarquer que, quand il y a armistice, il y a entre les deux armées ennemies une zone neutre, ce qui n'existe pas dans la suspension d'armes. || M. le Général Horsford demande que la distinction proposée ne soit pas faite, parcequ'en Anglais il n'y a pas d'expression spéciale pour désigner la suspension d'armes. On dit, un armistice d'autant d'heures ou de jours. || Le § 64, modifié, est de la teneur suivante: —

"L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des Etats belligérants, le second seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans un rayon déterminé."

Au § 65, M. le Général de Leer dit qu'il faut pouvoir constater que la notification a eu lieu. || Le paragraphe est, en conséquence, amendé comme suit:

"§ 65. L'armistice doit être officiellement et sans retard notifié aux autorités compétentes et aux troupes. Les hostilités sont suspendues immédiatement après la notification."

M. le Général de Voigts-Rhetz pense qu'il serait utile de dire, au § 66, qu'une zone neutre doit exister entre les belligérants. || M. le Général de Leer pense que c'est là un de ces points qui se règlent par la convention même d'armistice. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose, au nom de son Gouvernement, d'insérer après le mot "fixer", ceux-ci, "dans les conventions d'armistice." || Après un court débat, le paragraphe est modifié ainsi: —

"§ 66. Il dépend des parties contractantes de fixer dans les clauses de l'armistice les rapports qui pourront avoir lieu entre les populations."

M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il est nécessaire de constater au § 67 qu'un avertissement doit précéder la reprise des hostilités. On doit dire que l'adversaire ayant manqué aux conditions de l'armistice, le combat recommencera dans deux ou trois heures. || M. le Général Horsford propose d'ajouter: "si la violation n'est pas justifiée." Il faut laisser à l'adversaire le temps de s'expliquer. || M. le Baron Jomini dit que l'essentiel est que l'ennemi ne soit pas attaqué inopinément. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose de dire: "la violation . . . donne à la partie adverse le droit de la dénoncer." || Cet amendement est adopté.

"§ 67. La violation de l'armistice, par l'une des parties, donne à l'autre le droit de la dénoncer."

§ 68 est admis, en première lecture, sans modification.

M. le Président fait connaître qu'à la demande de plusieurs Délégués, la prochaine séance de la Commission est fixée à Mercredi, 5 Août, à 10 heures et qu'il y aura séance plénière le même jour à 1 heure.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Beilage.

Section III.

Chapitre I. — *Des Parlementaires.*

(Texte modifié dans la séance du 3 Août.)

(Les §§ 55 et 56 sont réservés pour un examen ultérieur.)

§ 57. Est considéré comme parlementaire l'individu autorisé par l'un des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre et se présentant avec le drapeau blanc, accompagné d'un trompette (clairon ou tambour), ou aussi d'un porte-drapeau. Il aura droit à l'inviolabilité, ainsi que le trompette (clairon ou tambour) et le porte-drapeau qui l'accompagnent.

§ 58. Le chef auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances et dans toutes conditions. Il lui est loisible de prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le parlementaire de profiter de son séjour dans le rayon des positions de l'ennemi au préjudice

Nr. 5855.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
3. Aug. 1874.

de ce dernier, et si le parlementaire s'est rendu coupable de cet abus de confiance, il a le droit de le retenir temporairement. || Il peut également déclarer d'avance qu'il ne recevra pas de parlementaires pour un temps déterminé. Les parlementaires qui viendraient à se présenter après une pareille notification, du côté de la partie qui l'aurait reçue, perdraient le droit à l'inviolabilité.

§ 59. Si le parlementaire, se présentant chez l'ennemi pendant un combat, est blessé ou tué par accident, ce fait ne sera pas considéré par l'adversaire comme une violation du droit.

§ 60. Le parlementaire perd ses droits d'inviolabilité, s'il est prouvé d'une manière positive et irrécusable qu'il a profité de sa position privilégiée pour provoquer une trahison.

Chapitre II. — *Des Capitulations.*

§ 61. Les conditions des capitulations dépendent d'une entente entre les parties contractantes. Elles ne doivent pas être contraires à l'honneur militaire. Une fois fixées par une convention, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux parties.

Chapitre III. — *De l'Armistice.*

§ 62. L'armistice suspend les opérations de guerre par un accord mutuel des parties belligérantes. Si la durée n'en est pas déterminée, les parties belligérantes peuvent reprendre en tout temps les opérations, pourvu, toutefois, que l'ennemi soit averti en temps convenu, conformément aux conditions de l'armistice.

§ 63. Supprimé.

§ 64. L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des Etats belligérants, le second seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans un rayon déterminé.

§ 65. L'armistice doit être officiellement et sans retard notifié aux autorités compétentes et aux troupes. Les hostilités sont suspendues immédiatement après la notification.

§ 66. Il dépend des parties contractantes de fixer dans les clauses de l'armistice les rapports qui pourront avoir lieu entre les populations.

§ 67. La violation de l'armistice, par l'une des parties, donne à l'autre le droit de le dénoncer.

§ 68. La violation des clauses de l'armistice par des particuliers, sur leur initiative personnelle, donne droit seulement à réclamer des autorités compétentes la punition des coupables ou une indemnité pour les pertes éprouvées.

Nr. 5356.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 5 der
Commissionssitzungen.

Le Protocole No. 4 (séance du 3 Août) est lu et approuvé.

M. le Président exprime l'avis que la clause présentée dans la dernière séance par M. le Délégué des Pays-Bas pourrait être discutée en même temps que les Articles relatifs aux blessés et prisonniers chez les neutres, et soumis à la Conférence par M. le Délégué de Belgique.

Nr. 5356.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.

5. Aug. 1874.

M. le Colonel Fédéral Hammer, se référant au § 64, portant: “. . . le premier suspend partout les opérations de guerre des Etats belligérants,” demande que le mot “Etats” soit supprimé, parcequ'il restreint la portée de l'Article; l'expression “belligérants” est suffisante. || M. le Baron Jomini prie M. le Délégué de Suisse de vouloir bien reproduire son observation, lorsqu'on fera la seconde lecture des Articles modifiés. || M. le Baron Lambermont rappelle que dans la seconde séance plénière il a signalé à l'attention de la Conférence un projet de règlement concernant les secours à donner aux prisonniers en temps de guerre. Ce projet émane d'un Comité Belge qui, dans la dernière guerre, a rendu aux prisonniers des deux parties belligérantes des services qui ont été justement appréciés à Berlin et à Paris. M. le Délégué Belge croit donc que, dans des limites à déterminer, l'action de la charité privée pourrait être utilement réglée. Il demande en conséquence que la Commission veuille bien s'occuper du projet dont il s'agit. || M. le Baron Jomini dit que la Commission aura à décider quand et à quel endroit du projet elle désire discuter les clauses proposées par M. le Baron Lambermont. M. le Délégué de Russie aura lui-même à présenter une série d'Articles au nom du Comité Russe de la Croix Rouge. || M. le Général de Voigts-Rhetz est d'avis que la Commission ne peut discuter que les projets qui lui sont soumis par des Délégués; mais rien n'empêche que les Délégués présentent en leur propre nom les projets des Comités ou des sociétés privées. De cette manière il n'y aura pas d'irrégularité. || M. le Baron Jomini se rallie à cette manière de voir. Il présentera en son nom le mémoire du Comité Russe qui lui a été envoyé officiellement de St. Pétersbourg. M. le Baron Lambermont dit qu'il en fera autant pour les clauses proposées par la Société de Secours pour les Prisonniers, et dont il modifiera la rédaction. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit que l'on peut aborder cette matière à la fin du chapitre relatif aux prisonniers. M. le Baron Jomini fait savoir à la Commission qu'il fera la lecture des nouvelles propositions soumises à la Conférence, quand elle aura terminé l'examen du chapitre “Des Prisonniers de Guerre,” et qu'elle pourra immédiatement en entamer la discussion.

La Commission juge utile de différer l'étude des §§ 23 et 24 du Chapitre VI, et elle aborde la discussion du § 25.

Nr. 5356.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

M. le Baron Lambermont fait observer que cet Article et les Articles suivants ont été remaniés à Bruxelles, et il demande que lecture soit donnée de la rédaction Belge. || M. le Baron Jomini accepte cette rédaction. || M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que le projet Russe et le projet Belge sont d'accord pour demander que le prisonnier ne subisse aucune violence. M. le Délégué d'Allemagne trouve que cette formule est trop vague. Il faut prévoir le cas de mutinerie, ou l'opposition formelle du prisonnier de guerre aux ordres qui lui sont données. S'il refuse, par exemple, de marcher, il faudra bien lui faire violence ou tout au moins le forcer à obéir. Chaque code militaire contient des instructions à cet égard. Le code Prussien dit que les délits des prisonniers seront réglés par la loi du pays qui les a capturés. Il est des circonstances où il est impossible de recourir aux tribunaux, par exemple pendant une bataille. Il faut donc trouver une formule pour combler cette lacune. || M. le Colonel Staaff demande, si le cas prévu par M. le Délégué d'Allemagne ne rentre pas dans le § 32. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il s'y rattache sans doute indirectement; mais il a l'intention de proposer la suppression de cet Article et des deux qui le précèdent pour y substituer un Article nouveau. || M. le Général de Leer exprime l'avis que même lorsque le prisonnier commet un délit, on ne peut pas lui faire violence. || M. le Général de Voigts-Rhetz partage cet avis; mais que faire, si, pendant une bataille, les prisonniers ne veulent pas se rendre au dépôt qui leur est assigné? Il faut les y forcer. Prévenir l'insubordination est un devoir pour tout officier. Il faut que le prisonnier marche, obéisse, et accepte la supériorité de celui qui l'a capturé. || M. le Maréchal-de-camp Servert demande l'insertion d'un Article conçu comme suit:

“Les troupes escortant un convoi de prisonniers de guerre ne pourront pas exécuter ces derniers, même au cas où elles seraient attaquées dans leur marche par des forces ennemies et où le but de celles-ci serait de délivrer les dits prisonniers. || Mais si les prisonniers prenaient part au combat dans n'importe quel sens, ils perdraient par ce fait leur caractère de prisonniers de guerre.”

La Commission fait observer que les clauses proposées par M. le Délégué d'Espagne visent des cas spéciaux qui rentrent dans les principes généraux dont traite le Chapitre VI; mais le Protocole constatera que la proposition a été faite.

M. le Colonel Comte Lanza a un doute sur le sens du mot “désarmés.” Il arrive que par un sentiment d'estime et d'égard pour un ennemi vaincu on lui rende son épée; l'expression “désarmés” ne doit pas signifier qu'on ne pourra plus le faire. || M. le Général Arnaudeau répond que tel n'est pas le sens que l'on a ici en vue. Même lorsqu'on a rendu son épée à l'officier vaincu, il est “désarmé,” parcequ'il ne peut plus se servir de son arme. || M. le Baron Lambermont ajoute que le mot “désarmé,” introduit dans le projet Belge, a un sens générique. Le prisonnier est un ennemi qui ne se

défend plus. Le cas particulier cité par M. le Colonel Comte Lanza ne détruit pas le caractère général de la clause. M. de Lansberge demande l'insertion d'une disposition garantissant aux prisonniers la propriété de l'argent et des autres valeurs qu'ils ont sur eux. | M. le Baron Jomini propose de dire que leur propriété personnelle est inviolable. || MM. les Généraux de Schönfeld et de Voigts-Rhetz disent que les armes doivent être nominativement exceptées. | M. le Général de Leer croit que ce sont là des mesures d'ordre intérieur. | M. le Général de Voigts-Rhetz répond que le cas doit être prévu. Si le prisonnier est porteur d'une forte somme d'argent, elle peut être provisoirement séquestrée, parce que l'argent favorise les évasions. On donnera au prisonnier un reçu et on lui remboursera la somme plus tard. || La Commission tient compte de cette restriction et le § 25 est remanié ainsi: —

Nr. 5356.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

§ 25. Les prisonniers de guerre ne sont pas des criminels, mais des ennemis légaux et désarmés. Ils sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont capturés. Ils doivent être traités avec humanité, et, sauf le cas d'insubordination, ne peuvent être l'objet d'aucune violence. Tout ce qui leur appartient personnellement, les armes exceptées, reste leur propriété."

M. le Colonel Comte Lanza croit que l'on ne peut pas établir *à priori* la manière dont les prisonniers seront gardés. Il croit qu'il serait préférable de remplacer les mots "sont assujettis...." du § 26, par ceux-ci: "...peuvent être assujettis." || M. le Maréchal-de-camp Servert désire que l'on dise, au lieu de "localité quelconque," "une localité hygiénique." M. le Général de Leer fait observer qu'il est déjà dit, au paragraphe précédent, que les prisonniers doivent être traités avec humanité. || M. le Général Arnaudeau et le Colonel Lanza demandent la suppression du mot "reclusion" comme impliquant une peine infamante. || M. le Baron Lambermont constate que cette phrase ne se trouve pas dans la rédaction Belge. Les prisonniers, en effet, ne pourraient subir la réclusion qu'en vertu d'une condamnation prononcée, aux termes de l'Article 32, pour un crime commis depuis leur captivité. M. le Général de Voigts-Rhetz demande que l'idée soit maintenue à défaut du mot. Il y a des cas où, soit les nécessités de la guerre, soit l'ordre public exigent que les prisonniers soient mis en sûreté. | M. le Général Arnaudeau propose de dire qu'ils seront enfermés. | M. le Général de Voigts-Rhetz accepte cette rédaction et l'Article, remanié, porte ce qui suit: —

"Article 26. Les prisonniers de guerre peuvent être assujettis à l'internement dans une ville, forteresse, camp ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent être enfermés que par mesure de sûreté indispensable."

M. le Maréchal-de-camp Servert demande la suppression de la dernière partie du § 27, parce que le vainqueur doit avoir la faculté de faire travailler

Nr. 5356.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

les prisonniers à des fortifications situées à une certaine distance. || M. le Baron Jomini répond que cela est évident; mais que le paragraphe a précisément pour but d'exiger que les travaux ne soient pas en rapport direct avec les opérations de la guerre. || M. le Général de Voigts-Rhetz exprime l'opinion que le service obligatoire existant presque partout, il faut avoir égard à cette circonstance, et supprimer les distinctions sociales qu'autorise le § 27. L'homme de la plus haute naissance et le paysan le plus infime, le savant et l'artisan, le riche et le pauvre sont égaux dans le service militaire; ils doivent l'être également, s'ils deviennent prisonniers; ils doivent travailler sur le même pied. Il suffira donc de dire: "pour le grade militaire." || M. le Colonel Comte Lanza n'admet pas qu'on assimile entièrement aux militaires prisonniers de guerre, les reporters, les fournisseurs, &c., dont on s'assure par mesure de précaution. || M. le Général de Leer répond que ce sont des cas spéciaux, et que la règle doit viser les cas ordinaires qui concernent les soldats. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que, si les personnes civiles qui ont personnellement une position élevée dans la hiérarchie administrative sont faits prisonniers, ils seront traités d'après le grade qu'ils ont dans l'armée; s'ils sont simples soldats, ils travailleront comme de simples soldats; s'ils sont officiers, ils seront traités en officiers. || M. le Général Schönfeld propose d'employer simplement le mot "grade." Si le prisonnier est militaire, il sera traité d'après son grade dans l'armée; s'il appartient à l'ordre civil, il sera traité d'après son grade dans la hiérarchie civile. M. le Baron Jomini propose de dire: "d'après le grade ou la position qu'ils occupent dans l'armée." || M. le Colonel Fédéral Hammer fait observer qu'il peut arriver que des fonctionnaires, non militaires, soient faits prisonniers, tels que préfets, maires, &c., et il propose de supprimer les mots "pour le grade." M. le Colonel Staaff pense qu'on pourrait dire: "humiliant pour leur grade, ou s'ils ne sont assimilés à aucun grade militaire, pour la position sociale qu'ils occupent dans leur pays." || M. le Colonel Manos appuie la rédaction de M. le Délégué d'Allemagne. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose d'ajouter après le mot "opérations" ceux-ci — "sur le théâtre de la guerre." || M. le Baron Jomini donne lecture de la rédaction suivante, que la Commission admet en première lecture: —

"§ 27. Les prisonniers de guerre peuvent être employés à certains travaux publics qui n'aient pas un rapport direct avec les opérations sur le théâtre de la guerre et qui ne soient pas exténuants ou humiliants pour leur grade militaire, s'ils appartiennent à l'armée, ou pour leur position officielle, s'ils n'en font pas partie. Ils pourront également, en se conformant aux dispositions réglementaires à fixer par l'autorité militaire, prendre part aux travaux de l'industrie privée. Leur salaire servira à améliorer leur position ou leur sera compté au moment de leur libération."

Quant au salaire dont parle le projet Belge, M. le Général de Voigts-Rhetz est d'avis que, si l'Etat auquel les prisonniers appartiennent doit ul-

térieurement payer leur entretien, il est juste qu'il le déduise de l'argent qu'ils ont gagné. C'est une marque de bienveillance qu'on leur donne que de leur permettre d'amasser un petit pécule au lieu de les employer aux travaux publics. Si l'Etat doit payer les frais de la guerre, il est légitime que ce soit déduction faite de ce que les prisonniers ont coûté. || M. le Colonel Fédéral Hammer craint que cette mesure ne complique la comptabilité et ne soit préjudiciable à la bonne conduite des prisonniers. Si ceux-ci savent que l'Etat profitera de leur argent, ils ne travailleront pas. Ce serait une prime à la paresse. || M. le Général Arnaudeau demande, comment on pourra contrôler si les particuliers paient le salaire promis. || M. le Général de Voigts-Rhetz répond que le particulier dira combien il paie au prisonnier. On donnera à ce dernier ce qu'il faut pour vivre, le reste sera réservé; le décompte se fera à la fin de la guerre. || M. le Baron Lambermont rappelle que l'Article Belge porte expressément que le prisonnier ne pourra travailler pour l'industrie privée qu'en vertu de dispositions à prendre par l'autorité militaire. Il y aura donc entente entre l'autorité militaire et le particulier. Il suffirait dès lors d'ajouter au paragraphe: "déduction faite des frais d'entretien." | M. le Colonel Fédéral Hammer propose à la Commission de revoir le paragraphe dans une prochaine séance. Après délibération, elle arrête la rédaction de la dernière partie dans les termes suivants: —

Nr. 5356.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

"Dans ce cas, les frais d'entretien pourront être défalqués de ce salaire."

Le § 28 est légèrement remanié. Sur la proposition de M. le Général de Schönfeld, il porte: "Les prisonniers de guerre ne peuvent être astreints d'aucune manière à prendre une part quelconque à la poursuite des opérations de la guerre."

Au § 29 M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer qu'il est difficile de dire, dès le début de la guerre, comment on traitera les prisonniers. La seconde partie du paragraphe devrait donc être modifiée. Dans aucun cas, les prisonniers ne doivent être mieux traités que les soldats de l'armée qui les a capturés. || M. le Général Arnaudeau et M. le Colonel Comte Lanza disent que le prisonnier ne doit pas être non plus mieux traité que le soldat qui fait la guerre. || Après discussion, le paragraphe est rédigé comme suit:

"§ 29. Le Gouvernement au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre se charge de leur entretien. Les conditions de l'entretien des prisonniers de guerre peuvent être établies par une entente mutuelle entre les parties belligérantes. A défaut de cette entente, et comme principe général, les prisonniers de guerre seront traités pour leur nourriture et leur habillement sur le même pied que les troupes du Gouvernement qui les aura capturés."

M. le Général de Voigts-Rhetz propose à la Commission de supprimer les §§ 30, 31, et 32, et de les remplacer par un paragraphe unique dont la rédaction serait analogue à celle qu'on a déjà antérieurement adoptée pour

Nr. 5356.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

d'autres articles. Il est nécessaire de punir le prisonnier qui quitte la localité qui lui a été assignée, de même qu'on punit le soldat qui quitte son logement pour aller s'amuser ou pour tout autre motif. || M. le Colonel Staaff dit qu'il retrouve dans le § 30 la même pensée humanitaire que celle qui caractérise le § 21, c'est-à-dire que du côté des autorités on désire écarter un certain ressentiment, tandis qu'on donne au prisonnier, qui a été repris, le bénéfice des circonstances atténuantes de sa position. Afin de ne pas aggraver outre mesure le sort du prisonnier, M. le Délégué de Suède-Norvège demande que l'on dise tout au plus: "mais, s'il est repris, il ne pourra encourir que des peines disciplinaires." || Il faut, selon M. de Lansberge, distinguer deux cas: celui où le prisonnier a promis de ne pas s'évader, et celui où il est conduit en troupe et trouve l'occasion de s'échapper. || M. le Général Arnaudeau demande également que l'évadé ne soit puni que disciplinairement. || M. le Général de Voigts-Rhetz se rallie à cet amendement. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose au nom de son Gouvernement d'ajouter *in fine*: "sauf à être enfermé, ou à être soumis à une surveillance plus rigide." M. le Délégué de Suisse demande quelques explications sur la portée du § 32. || M. le Baron Jomini répond que ce paragraphe tombera, si la proposition de M. le Général de Voigts-Rhetz est adoptée, et il donne lecture du projet d'Article suivant: —

"Les prisonniers de guerre sont assujettis, selon leur rang militaire, aux lois du Code Militaire ou aux règlements disciplinaires du Gouvernement, au pouvoir duquel ils se trouvent. || Un prisonnier de guerre, qui prend la fuite, ne peut être tué que pendant la poursuite, et s'il est repris, il n'est passible que de peines disciplinaires. || Tout complot des prisonniers de guerre en vue d'une fuite générale est puni selon les règlements militaires. Toute rébellion contre les autorités établies au lieu de leur internement est punie d'après les lois militaires."

La Commission décide que cet Article sera discuté dans la séance de demain à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5357.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll der dritten Plenarsitzung vom 5. August 1874.

Présents: MM. les Délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, d'Espagne, de la France, de la Grande Bretagne, de la Grèce, d'Italie, des Pays-Bas, du Portugal, de la Russie, de la Suède et de la Norvège, de la Suisse.

Nr. 5357.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

M. le Président présente à l'Assemblée son Excellence M. d'Antas, chargé de représenter le Gouvernement Portugais, comme Premier Délégué, à la Conférence de Bruxelles. || Il communique ses pleins pouvoirs et ceux de M. le Général de Leer. || Il annonce qu'il a convoqué MM. les Délégués pour leur faire une communication urgente que, pour plus de clarté, il a rédigée et qui est destinée à figurer *in extenso* au Protocole. M. le Baron Jomini s'exprime en ces termes: —

“J'ai à vous entretenir, Messieurs, de plusieurs incidents qui concernent la composition de la Conférence et qu'elle seule est appelée à résoudre. 1^o. Lorsqu'elle a été convoquée, il y en avait eu une autre proposée à Paris par la Société pour l'Amélioration du sort des Prisonniers de Guerre. Cette Société y a renoncé de très bonne grâce aussitôt qu'elle a eu connaissance de la proposition faite aux Cabinets par le Gouvernement Russe. Toutefois il est résulté de là quelques malentendus. D'une part, la Société s'attendait à être représentée dans la Conférence, d'autant plus que le Projet de règlement que nous vous avons soumis s'était inspiré en grande partie, pour ce qui concerne les prisonniers de guerre, du projet élaboré par la Société, et que les deux projets ainsi fondus semblaient pouvoir utilement servir de base aux délibérations. || Le Président de la Société, M. le Comte de Houdetot, s'étant rendu à Stuttgart auprès de M. le Prince Gortchakow, tout en témoignant à son Altesse les sentiments de la Société envers Sa Majesté l'Empereur mon auguste Souverain, et l'empressement, avec lequel elle s'effaçait devant cette haute initiative, exprima ce désir de la Société. || M. le Prince Gortchakow répondit que pour sa part il ne verrait aucun inconvénient, et trouverait même un avantage à ce que M. le Comte de Houdetot fut consulté à titre d'expert par la Conférence dans les questions spéciales où son expérience pouvait fournir des lumières aux délibérations. || Son Altesse en écrivit à M. de Westmann, gérant en son absence le Ministère Impérial des Affaires Etrangères, qui, considérant que la Conférence avait désormais seule autorité pour en décider, me donna comme instruction, par ordre de Sa Majesté l'Empereur, de lui soumettre la question. || C'est ce dont je me suis acquitté dans notre seconde réunion en vous faisant part des différentes demandes analogues de plusieurs

Sociétés privées. | Vous avez décidé, Messieurs, qu'il n'y avait pas lieu d'admettre dans notre sein, soit à titre de membres, soit à titre d'experts, de représentants de ces associations. || Je viens donc vous demander, si vous persistez dans cette décision, en particulier pour ce qui concerne M. le Président de la Société pour l'Amélioration du Sort des Prisonniers de Guerre, malgré les titres spéciaux qu'il semblerait avoir à être entendu dans la Conférence sur des questions, à l'égard desquelles il est assurément très compétent, et en pareil cas, vous m'autorisez à lui faire part de cette décision. | 2°. En outre, lorsque M. le Comte de Houdetot proposa la réunion de la Conférence à Paris, il avait envoyé cette invitation entre autres à divers Etats de l'Amérique du Sud qui l'avaient acceptée avec empressement. Lors de sa entrevue avec le Prince Gortchakow, il lui fit part de cette circonstance. Son Altesse lui dit que pour ce qui la concernait, elle ne verrait pas d'inconvénient à la participation de ces Etats à l'oeuvre d'humanité entreprise par nous sur des bases élargies. Mais que la Conférence étant constituée, ne dépendait plus du Gouvernement Russe seul d'augmenter le nombre d'Etats primitivement convoqués. Cela ne pouvait résulter que d'un accord entre les Gouvernements, dont les Représentants forment la Conférence et auxquelles toute nouvelle demande d'admission aurait à être présentée. || En conséquence, comme plusieurs représentants des Etats de l'Amérique du Sud se trouvent à Paris, munis de pleins pouvoirs sur l'invitation de M. le Comte d'Houdetot paraissent s'attendre à être conviés à prendre part à vos délibérations, je dois vous prier de décider, s'il entre dans vos intentions de les admettre à siéger dans la Conférence. || 3°. Enfin, j'ai reçu par voie officielle une communication adressée par le Président du Comité International de Genève pour les Secours aux Blessés, à MM. les Présidents et les Membres des Comités Centraux. Elle est motivée par la réunion de la Conférence de Bruxelles et formule trois demandes suivantes: — || (1^o) Que la Conférence s'abstienne de renvoyer en discussion les questions résolues par la Convention de Genève. | (2^o) Que si des modifications devaient y être apportées, on y procédât sous forme de dispositions additionnelles, et non par un remaniement du texte primitif. | (3^o) Que la Conférence tienne compte des Articles Additionnels de la Convention, acceptés en principe, mais non encore ratifiés par les Gouvernements. Vous trouverez, sans doute, qu'il serait prématuré de vous prononcer à l'égard de ces demandes, puisque la Commission chargée par vous d'examiner l'ensemble du Programme de la Conférence n'a pas encore touché à ces questions. | Mais, d'un autre côté, la Commission n'a pas le droit de les résoudre sans votre autorisation et il serait regrettable qu'elle dut les aborder sans prendre en considération les demandes de la Société de Genève, qui pourraient, si plus tard elles étaient agréées par vous, modifier tout son travail. | Je vous prie par conséquent, d'autoriser votre Commission à faire entrer la communication du Comité International de Genève dans l'examen général de la Conférence concernant les prisonniers de guerre et les blessés, et à vous

ses conclusions. MM. les Membres de la Commission étant toujours à même de s'entendre, en dehors des séances, avec leurs collègues de la Conférence, celle-ci garderait ainsi la direction des débats en vue de la décision finale."

Nr. 5357.
Brüssel
Conferenz-
Muster
5. Aug. 1874.

Après avoir dûment délibéré sur la communication de M. le Baron Jomini, MM. les Délégués ont arrêté: —

"1°. Quant à M. le Comte de Houdetot, que les questions posées par le Projet du Cabinet de St. Pétersbourg ayant été exclusivement déférées à l'examen de Représentants des Puissances, vu le caractère essentiellement gouvernemental des résolutions qu'elles étaient de nature à provoquer, il n'y avait pas lieu d'y appeler des délégués d'associations privées; que si l'on adoptait cette mesure à l'égard d'une de ces sociétés, il n'y aurait pas de raisons pour la rejeter à l'égard des autres, et qu'en pareil cas les délibérations prendraient un caractère qu'elles ne devaient avoir, ni dans la pensée du Gouvernement Impérial de Russie, lorsqu'il a proposé cette réunion, ni dans celle des Cabinets, lorsqu'ils l'ont acceptée; qu'en outre, en ce qui concerne particulièrement la Société pour l'Amélioration du Sort des Prisonniers de Guerre, son Projet, dont la Conférence apprécie le mérite, ayant été publié et se trouvant reproduit en substance dans le Projet du Gouvernement Russe, MM. les Délégués se croient suffisamment éclairés sur cette question spéciale pour pouvoir en délibérer en pleine connaissance de cause.

"2°. Quant à l'invitation adressée à plusieurs Etats de l'Amérique du Sud pour la Conférence projetée à Paris, et à l'extension de cette invitation à la réunion de Bruxelles, que la tâche de la Conférence n'étant point de faire un travail définitif, mais seulement d'étudier la matière au point de vue des principes qui pourraient servir de base à une entente générale, elle juge plus pratique et plus conforme à la pensée qui a présidé à sa convocation, de restreindre pour le moment la délibération entre les Représentants des Gouvernements du Continent Européen. Et cela d'autant plus que le Gouvernement des Etats-Unis de l'Amérique du Nord, qui aurait été plus naturellement appelé à y participer, vu qu'il a, le premier, donné l'exemple d'une réglementation des droits et coutumes de la guerre, n'a pas jugé lui-même devoir envoyer un Représentant à la Conférence de Bruxelles. || MM. les Délégués sont donc d'avis qu'il n'y aurait pas d'utilité pratique, en vue de la marche et de l'issue de ses délibérations, à augmenter le nombre des membres qui y siègent actuellement. || La Conférence ne doute pas d'ailleurs que, si ses travaux aboutissent au résultat désiré, tous les Gouvernements civilisés ne soient invités à s'associer à l'oeuvre d'humanité, dont Sa Majesté l'Empereur de Russie a pris l'initiative, et dont elle travaille en ce moment à poser les premières bases. || M. le Président est autorisé à faire parvenir un extrait du présent Protocole à la connaissance des intéressés.

"3°. Quant à la communication du Comité International de la Société de Genève, que la Commission est autorisée à l'examiner en discutant les

Nr. 5357.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
5. Aug. 1874.

Chapitres VI et VII de la Section I du Projet, et à présenter ses conclusions."

M. le Général de Voigts-Rhetz exprime le désir que la proposition du Comité de Genève soit introduite par un des Délégués de Russie. || M. le Baron Jomini prend sur lui de soumettre cette proposition à la Conférence. || M. le Colonel Staaff désirerait brièvement exprimer son avis sur les résolutions que vient de prendre la Conférence. Il abandonne entièrement à l'appréciation des Diplomates le deuxième point, qui échappe à sa compétence; quant au troisième, il espère trouver pendant les délibérations de la Commission l'occasion d'y revenir. Ce n'est donc que sur le premier point qu'il croit devoir actuellement attirer l'attention de MM. les Délégués. Ce serait, à la fois, une chose juste et une chose utile qu'admettre M. le Comte d'Houdetot à la Conférence. Son mérite personnel et la situation exceptionnelle, où il se trouve, justifieraient amplement cette mesure, qui ne devrait être étendue à aucune autre personne. Les préparatifs en vue de la Conférence de Paris étaient, en effet, si avancés que plusieurs Gouvernements avaient déjà désigné les Représentants qui devaient y prendre part. M. le Délégué de Suède et Norvège laisse à la Conférence le soin de décider, jusqu'à quel point cette circonstance doit plaider en faveur de l'admission de M. le Comte d'Houdetot. | M. le Baron Jomini répond que le Gouvernement Impérial de Russie aurait désiré plus que tout autre que M. le Comte d'Houdetot pût être admis; mais c'était à la Conférence qu'il appartenait de se prononcer, et elle vient de le faire négativement. | M. le Colonel Fédéral Hammer dit que son Gouvernement lui a donné pour instruction de faire en sorte que la Convention du 20 Août, 1864, demeure intacte et continue à être envisagée comme un acte international indépendant. || M. le Général de Voigts-Rhetz se réserve de faire certaines déclarations, lorsqu'on abordera le Chapitre VII, soit dans la Commission, soit dans l'assemblée plénière. | M. le Baron Jomini fait connaître qu'il répondra à M. le Comte d'Houdetot et aux Envoyés de l'Amérique du Sud dans le sens des résolutions prises par l'assemblée. La Conférence donne plein pouvoir à cet égard à M. le Président.

M. le Baron Jomini croit utile de faire connaître à l'assemblée plénière la marche des travaux de la Commission. La Commission s'est occupée d'abord des points qui offraient le moins de difficultés; mais il faudra bien finir par aborder un terrain où l'on se trouvera placé entre les nécessités de la guerre et les aspirations de l'opinion publique. On se montrera aussi conciliant que possible; mais, pour les passer sous silence, on n'empêchera par les rigueurs de la guerre d'exister. On ne gagnera rien à rester dans le vague. L'incertitude sur les droits et les devoirs respectifs compliquera les calamités de la guerre d'inévitables entraînements. M. le Premier Délégué de Russie annonce que, en vue de rendre l'adoption du Chapitre I plus facile, M. le Général de Leer et lui l'ont remanié, et il émet l'espoir que cette nouvelle rédaction ne soulèvera pas les

mêmes scrupules que la première. || La Conférence décide que ce nouveau Projet sera imprimé et distribué aux Délégués, et s'ajourne jusqu'à convocation ultérieure.

Nr. 5357.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.

5. Aug. 1874.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5358.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 6 der Commissionssitzungen.

M. le Président fait connaître à la Commission que MM. les Délégués Italiens n'ont pas reçu de pleins-pouvoirs proprement dits, mais qu'ils ont été chargés par leur Gouvernement de prendre part aux délibérations de la Conférence. M. le Baron de Jomini exprime l'avis, auquel la Commission se rallie, que la lettre de M. le Ministre des Affaires Etrangères d'Italie suffit à son Excellence le Baron Blanc et à M. le Colonel Comte Lanza pour remplir l'objet de leur mission.

Nr. 5358.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.

6. Aug. 1874.

Le Protocole No. 5 (séance du 5 Août) est lu et approuvé.

La Commission reprend l'examen de l'Article dont M. le Président a donné lecture dans la séance d'hier, et qui est destiné à remplacer les §§ 30, 31 et 32. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose de modifier le second alinéa de l'Article dans ces termes: "Contre un prisonnier de guerre en fuite il est permis, après sommation, de faire usage des armes. Repris, il n'est passible que de peines disciplinaires." || M. le Maréchal-de-camp Servet demande, comment se fera la sommation. | M. le Baron Jomini pense que cela dépendra des circonstances. On pourra dans tous les cas crier au fugitif qu'il ait à revenir sur ses pas, s'il ne veut risquer d'être tué. M. le Colonel Comte Lanza est d'avis que, lorsqu'un complot a été découvert en vue d'une fuite générale, une surveillance plus sévère doit suffire comme punition. C'est à celui qui a fait des prisonniers de guerre d'empêcher qu'ils ne s'évadent. Punir préventivement un simple complot, quand il n'y a pas commencement d'exécution, mutinerie, ou révolte, c'est punir une intention non réalisée; il doit suffire de prendre des mesures de sûreté. | M. le Général Arnaudeau pense qu'il convient de ne pas supprimer les peines disciplinaires. || M. le Colonel Staaff fait observer que dans l'impossibilité où l'on semble être de conserver la teneur du projet Russe, qui affranchit de toute pénalité le prisonnier évadé, la stipulation qui punit ce dernier disciplinairement lui sert presque de garantie contre l'application de peines plus sévères. M. de Lansberge estime que le premier alinéa du nouvel Article suffit à toutes les éven-

874. tualités; il propose de rayer le troisième. M. le Baron Jomini croit, au contraire, qu'il faut un principe spécial pour atteindre la rébellion, qui doit être punie plus sévèrement que la fuite. M. le Général de Voigts-Rhetz rappelle que la Conférence a été unanime à admettre que le prisonnier qui fuit est coupable comme le soldat qui quitte son logement. Il doit donc être puni on lui appliquera les peines disciplinaires. Mais puisque le premier alinéa de l'Article assujettit les prisonniers de guerre, selon leur rang militaire, "aux lois du code militaire ou aux règlements disciplinaires du Gouvernement, au pouvoir duquel ils se trouvent," il ne faut pas établir une exception au troisième alinéa, puisque, si le prisonnier s'échappe même plus d'une fois, il ne peut pas être puni de mort. Le complot et la rébellion sont des cas implicitement prévus par le premier alinéa, cas différenciés d'après les codes militaires, qui distinguent entre complot, rébellion et émeute. On ne perd rien à supprimer le dernier alinéa et à maintenir les deux premiers qui formeront l'Article 30. M. le Général Arnaudeau pense que le complot n'est punissable qu'à l'instant où il reçoit un commencement d'exécution. Alors il constitue la rébellion. M. le Général de Schönfeld dit que ces prescriptions existent en Autriche. Elles sont lues à tous les prisonniers de guerre. M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que le § 26 prévoit que les prisonniers peuvent être enfermés par mesure de sûreté indispensable. On appliquera cette clause lorsqu'on aura à craindre une fuite isolée ou générale. Une disposition nouvelle serait superflue. La Commission adhérant à l'opinion de M. le Délégué d'Allemagne, supprime le dernier alinéa du nouvel Article 30.

M. le Colonel Fédéral Hammer est d'avis qu'une surveillance plus rigoureuse empêcherait les cas de récidive. M. le Général de Voigts-Rhetz est d'avis qu'enfermer les prisonniers est une mesure plus efficace que la surveillance plus sérieuse. M. le Général Horsford pense également que l'insertion d'une clause de ce genre serait utile. En conséquence, le second alinéa de l'Article 30, est modifié comme suit: —

“Contre un prisonnier de guerre en fuite il est permis, après sommation de faire usage des armes. Repris, il est passible de peines disciplinaires s'il est soumis à une surveillance plus sévère.”

M. le Colonel Brun demande ce que l'on fera à l'égard des soldats ayant réussi à s'échapper une première fois, seraient faits prisonniers de nouveau plus tard. M. le Général de Voigts-Rhetz dit que la rébellion se trouve dans les mots du deuxième alinéa: „Repris, il est passible de peines disciplinaires”. M. le Baron Lambermont fait remarquer qu'il ne s'agit pas d'un prisonnier saisi dans la poursuite, mais d'un prisonnier qui, après avoir repris dans les rangs, tombe de nouveau au pouvoir de l'ennemi. M. le Général de Voigts-Rhetz objecte que, si le prisonnier, repris après la fuite, est soumis à une surveillance plus sévère, on le traite avec plus de rigueur que l'espoir qu'il n'est pas pris sur le fait, ne peut pas être puni à raison de sa rébellion. M. le Général de Voigts-Rhetz ne partage pas cette opinion.

militaire prisonnier qui fuit conserve, malgré tout, la qualité de belligérant. L'espion militaire perd, au contraire, cette qualité pendant le temps de l'espionnage. Il ne la recouvre que lorsqu'il rentre à l'armée, à laquelle il appartient.

M. le Colonel Manos réserve son jugement, à cause de la situation spéciale de son pays. | M. le Baron Jomini propose la rédaction suivante: "Si plus tard il est de nouveau fait prisonnier, il n'est passible d'aucune peine pour sa fuite antérieure." || La Commission admet cette rédaction.

M. le Colonel Fédéral Hammer désireait voir modifier les termes du premier alinéa de l'Article 30. Il propose de dire: "Les lois et les règlements de l'Etat qui les capture." | M. le Colonel Comte Lanza et M. le Baron Lambermont appuient cette motion. || M. le Général de Voigts-Rhetz objecte que les personnages civils et les militaires, qui commettent les mêmes infractions, doivent être traités d'après les mêmes lois et non d'après des lois dont telle serait plus dure pour les militaires et telle autre plus douce pour les civils. || M. de Lansberge pense que ces distinctions doivent être abandonnées aux Gouvernements. || M. le Baron Lambermont est d'avis que les codes militaires renvoient à la juridiction compétente selon les cas. | M. le Colonel Fédéral Hammer propose une rédaction nouvelle. On dirait: "Les prisonniers de guerre sont soumis aux lois et règlements en vigueur dans l'armée de l'Etat, au pouvoir duquel il se trouvent." || M. de Lansberge estime que l'expression "lois et règlements" est trop générale. Il vaudrait mieux dire: "aux lois pénales et aux règlements disciplinaires," et remplacer le mot "l'armée" par "l'Etat." Aucun Etat ne peut prendre l'engagement d'appliquer sur son territoire une juridiction spéciale. M. le Délégué des Pays-Bas fait, par conséquent, des réserves sur cette rédaction, qui est adoptée en première lecture par la Commission.

Les §§ 31 et 32 restent supprimés.

Au § 33, M. le Général Arnaudeau propose d'ajouter: ". . . s'il est interrogé à ce sujet." M. le Général de Voigts-Rhetz adhère à cette observation, tout en faisant remarquer que les prisonniers sont interrogés d'après la liste matriculaire. | M. le Colonel Fédéral Hammer propose au nom de son Gouvernement de dire: ". . . tenu de déclarer son véritable grade et son véritable nom." | M. le Général Arnaudeau croit qu'il serait utile de dire, à la fin du paragraphe: "aux prisonniers de guerre de sa catégorie." M. le Délégué de France ajoute qu'on pourrait sans inconvénient supprimer les mots "par l'honneur", à cause des divergences qu'ils soulèvent chez les auteurs. D'après les uns, il n'y a que les officiers qu'il faille interroger sur l'honneur; d'après d'autres, il faut placer les soldats sur la même ligne que les officiers. M. le Général de Voigts-Rhetz se rallie à l'amendement de M. le Général Arnaudeau. | Le paragraphe, modifié en ce sens, porte ce qui suit: —

"§ 33. Chaque prisonnier de guerre est tenu de déclarer, s'il est interrogé à ce sujet, ses véritables nom et grade, et dans le cas où il enfreindrait

cette règle il encourrait une restriction de la jouissance des avantages de position faits aux prisonniers de guerre de sa catégorie.”

874. Le § 34 est, après une courte délibération, modifié dans les termes suivantes: “L'échange des prisonniers de guerre est réglé par une entente mutuelle entre les parties belligérantes.”

Au § 35, M. le Général de Voigts-Rhetz propose d'ajouter: “Leur propre Gouvernement est également tenu de ne demander ni d'accepter le service de prisonniers de guerre mis en liberté sur parole ou évadés et manquant à leur parole.” M. le Colonel Comte Lanza croit que ce sera ici le cas de déterminer qui l'on peut mettre en liberté sur parole, vu que les législations militaires des différents pays ne sont pas uniformes à cet égard. M. le Baron Jomini dit que la phrase “si les lois de leurs pays les autorisent” répond à cette question. || M. le Président propose de dire, pour tenir compte de l'observation de M. le Délégué d'Allemagne: “En pareil cas leur propre Gouvernement est tenu de n'exiger ni d'accepter d'eux aucun service contraire à la parole donnée.” || La première partie du paragraphe n'est pas modifiée. Elle porte: —

“§ 35. Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole si les lois de leur pays les y autorisent, et en pareil cas ils sont obligés sous la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis de leur propre gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés. Dans le même cas leur propre Gouvernement est tenu de n'exiger ni de n'accepter d'eux aucun service contraire à la parole donnée.”

L'Article 12 du Projet Belge sur les prisonniers de guerre, correspondant au § 36 du projet Russe, est adopté sans discussion. || Il est de la teneur suivante: “Un prisonnier de guerre ne peut pas être contraint d'accepter la liberté sur parole, de même que le Gouvernement ennemi n'est pas obligé d'accéder à la demande du prisonnier réclamant sa mise en liberté sur parole.”

M. le Général de Voigts-Rhetz demande la suppression du § 37 correspondant au § 37 du projet Russe, rentrant dans le § précédent. || M. le Général Arnaudeau juge qu'il est utile de maintenir ce paragraphe, parce qu'il se peut que le Gouvernement ignore que tel officier manque à sa parole. || M. le Colonel Staaff dit que l'engagement que l'on suppose imposé aux Gouvernements par la nouvelle rédaction du § 35, de ne pas reprendre à leur service les évadés, n'aurait strictement une raison d'être que pour les individus ayant repris les armes à l'insu de leur Gouvernement. || Le paragraphe est maintenu avec une légère modification, demandée par M. le Comte Lanza: —

“§ 37. Tout prisonnier de guerre libéré sur parole et de nouveau reprenant les armes contre le Gouvernement, envers lequel il s'est engagé sur parole d'honneur, peut être privé des droits de prisonniers de guerre et traqué devant les tribunaux.”

M. le Président consulte la Commission pour savoir, à quelle

désire consacrer sa prochaine séance. || L'Assemblée se prononce pour le Chapitre VII: — "Des non-Combattants et des Blessés." || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut accepter cette discussion qu'avec des réserves formelles. Il aimerait mieux la voir ajourner et commencer immédiatement l'examen du chapitre "Des Belligérants." Il y a, en effet, dit-il, une grande connexité entre le Chapitre VII et la Convention de Genève. Cette Convention étant reconnue par des Gouvernements qui ne sont pas représentés dans cette assemblée, il pourrait surgir, au cours des délibérations, des difficultés qui retarderaient la marche de l'oeuvre actuelle et qui pourraient être même de nature à compromettre la Convention de Genève. Il semblerait donc utile à M. le Délégué d'Allemagne que le Chapitre VII fut réservé pour une discussion à part ou renvoyé à un autre moment, et que l'assemblée s'occupât d'une autre matière. || M. le Général de Leer fait observer qu'il est entendu que la Convention de Genève doit rester intacte. || M. le Baron Jomini cite une lettre de M. Moynier, Président du Comité International de Genève, qui demande que, si des modifications sont faites aux Articles de la Convention, elles se produisent sous forme d'Articles Additionnels. || M. de Leer dit que l'on peut être certain que le Chapitre VII sera traité conformément aux dispositions de la Convention de Genève. || M. le Général de Voigts-Rhetz se range à l'avis de ses collègues; toutefois, il ne peut commencer la discussion du Chapitre VII qu'à la condition formelle qu'il soit constaté, à l'unanimité des Délégués formant la Commission, que l'existence de la Convention de Genève n'est nullement compromise, et que, si l'on y veut introduire des modifications ou améliorations, il faudra le consentement unanime de toutes les parties qui ont signé la dite Convention. || Les déclarations de M. le Délégué d'Allemagne seront actées au Protocole. || M. le Colonel Fédéral Hammer dit que le Projet Russe contient des clauses très acceptables, très utiles, et que l'on peut les ajouter à la Convention de Genève comme Articles Additionnels. M. le Délégué de Suisse accepte, en conséquence, la discussion du Chapitre VII dans les mêmes termes que M. le Général de Voigts-Rhetz et sous réserve de ses instructions. | M. le Général Baron de Schönfeld croit qu'il serait désirable d'étendre le bénéfice de l'inviolabilité du § 38 aux membres des Sociétés pour le secours volontaire aux blessés. Il se réserve de revenir sur ce point. | Sur la proposition de M. le Baron Lambermont la Commission décide qu'après la discussion du Chapitre VII, elle s'occupera des dispositions relatives aux Sociétés de Secours et ensuite des communications que M. le Président se propose de faire au nom du Comité de Genève.

Nr. 5358.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
6. Aug. 1874.

La Commission s'ajourne à demain Vendredi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

B e i l a g e.

Section I.

Chapitre VI. — *Des Prisonniers de Guerre.*

(Texte modifié dans la Séance du 6 Août.)

Les §§ 23 et 24 sont réservés pour une discussion ultérieure.

§ 25. Les prisonniers de guerre ne sont pas des criminels, mais des ennemis légaux et désarmés. Ils sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont capturés. Ils doivent être traités avec humanité et, sauf le cas d'insubordination, ne peuvent être l'objet d'aucune violence. Tout ce qui leur appartient personnellement, les armes exceptées, reste leur propriété.

§ 26. Les prisonniers de guerre peuvent être assujettis à l'internement dans une ville, forteresse, camp ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au-delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent être enfermés que par mesure de sûreté indispensable.

§ 27. Les prisonniers de guerre peuvent être employés à certains travaux publics qui n'aient pas un rapport direct avec les opérations sur le théâtre de la guerre et qui ne soient pas exténuants ou humiliants pour leur grade militaire, s'ils appartiennent à l'armée, ou pour leur position officielle, s'ils n'en font point partie. || Ils pourront également, en se conformant aux dispositions réglementaires, à fixer par l'autorité militaire, prendre part aux travaux de l'industrie privée. || Leur salaire servira à améliorer leur position ou leur nourriture, et sera compté au moment de leur libération. Dans ce cas, les frais d'entretien ne pourront être défalqués de ce salaire.

§ 28. Les prisonniers de guerre ne peuvent être astreints d'aucune manière à prendre une part quelconque à la poursuite des opérations de la guerre.

§ 29. Le Gouvernement, au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre, se charge de leur entretien. || Les conditions de l'entretien des prisonniers de guerre peuvent être établies par une entente mutuelle entre les parties belligérantes. || A défaut de cette entente, et comme principe, les prisonniers de guerre seront traités pour la nourriture et l'habillement sur le même pied que les troupes du Gouvernement qui les aura capturés.

§ 30. Les prisonniers de guerre sont soumis aux lois et règlements en vigueur dans l'armée de l'Etat, au pouvoir duquel ils se trouvent. || Un prisonnier de guerre en fuite il est permis, après sommation, de frapper des armes. Repris, il est passible de peines disciplinaires ou sous surveillance plus sévère. || Si plus tard il est de nouveau fait prisonnier, n'est passible d'aucune peine pour sa fuite antérieure.

§§ 31 et 32. Supprimés.

§ 33. Chaque prisonnier de guerre est tenu de déclarer, s'il est interrogé à ce sujet, ses véritables nom et grade, et dans le cas où il enfreindrait cette règle, il encourrait une restriction de la jouissance des avantages de position faits aux prisonniers de guerre de sa catégorie.

Nr. 5358.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
6. Aug. 1874.

§ 34. L'échange des prisonniers de guerre est réglé par une entente mutuelle entre les parties belligérantes.

§ 35. Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole, si les lois de leur pays les y autorisent, et, en pareil cas, ils sont obligés, sur la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis de leur propre Gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés. || Dans le même cas leur propre Gouvernement est tenu de n'exiger ni de n'accepter d'eux aucun service contraire à la parole donnée.

§ 36. Un prisonnier de guerre ne peut pas être contraint d'accepter sa liberté sur parole, de même que le Gouvernement ennemi n'est pas obligé d'accéder à la demande du prisonnier réclamant sa mise en liberté sur parole.

§ 37. Tout prisonnier de guerre, libéré sur parole et de nouveau repris portant les armes contre le Gouvernement, envers lequel il s'était engagé d'honneur, peut être privé des droits de prisonniers de guerre et traduit devant les tribunaux.

Nr. 5359.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 7 der Commissionssitzungen.

Le Protocole No. 6 (séance du 6 Août) est lu et approuvé.

M. de Baron Lambertmont dit qu'il a conservé un doute au sujet de la juridiction sur les prisonniers attribuée à l'Etat, au pouvoir duquel ils se trouvent. M. le Délégué de Belgique se réserve de revenir sur cette question, s'il y a lieu, lorsqu'on fera une seconde lecture des Articles admis dans la séance d'hier.

Nr. 5359.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
7. Aug. 1874.

M. le Baron Jomini donne lecture de la circulaire qui a été adressée sous la date du 20 Juin, 1874, par M. G. Moynier, Président du Comité International de Genève à MM. les Présidents et Membres des Comités Centraux de Secours aux Militaires Blessés, et qui est relative à la Conférence de Bruxelles. || En terminant cette lecture, M. le Président exprime l'avis que, si les Articles du Projet Russe sont admis, on pourra les soumettre aux Gouvernements comme Articles Additionnels à la Convention de Genève, à laquelle il ne s'agit en aucune façon de toucher. || M. le Colonel Staaff applaudit aux paroles de M. le Président. On ne peut porter atteinte à la Convention de

Genève, qui est un acte officiel et inviolable; mais il semble à M. le Délégué de Suède et Norvège qu'on peut la développer par des propositions complémentaires qu'il est permis d'étendre aux Actes Additionnels signés dans la même ville en 1868, et qui ne constituent que des explications et des améliorations de la dite Convention. M. le Colonel Staaff pense que l'on pourrait d'autant plus utilement se livrer à ces études que les questions maritimes sont exclues des débats actuels. Les premiers Articles Additionnels sont une extension des stipulations de la Convention de Genève, et il ne saurait être inutile de s'en inspirer, puisqu'ils sont prêts à être ratifiés par la plupart des Gouvernements qui ont signé la Convention même. | M. le Baron Jomin pense, au contraire, qu'il sera préférable de ne pas s'occuper des Articles Additionnels, précisément parce que tous les Gouvernements n'y ont pas encore adhéré. || M. le Baron Lambermont informe la Commission que le Gouvernement Belge a eu connaissance de la communication dont M. le Président a donné lecture. Le Cabinet de Bruxelles l'a envisagée au même point de vue. Dans son opinion, il ne s'agit pour la Conférence ni de toucher à la Convention de Genève de 1864, que tout le monde entend respecter, ni de ratifier les Articles Additionnels de 1868, puisqu'ils renferment des clauses maritimes. Quant au Chapitre VII du Projet Russe, il contient des stipulations qu'on pourrait utilement emprunter, et qui, remaniées et mises en rapport avec les autres projets, formeraient, si l'on voulait, un troisième chapitre de l'œuvre de Genève. || M. le Général de Voigts-Rhetz déclare tout d'abord qu'il n'avait pas connaissance de la circulaire dont M. le Président a donné lecture. Il tient à exprimer son sentiment sur les Articles Additionnels de la Convention de Genève dont on vient d'entretenir la Conférence. Les Articles Additionnels n'existent pas, en réalité, pour l'Allemagne, qui n'y a pas adhéré; M. le Général de Voigts-Rhetz ne pourrait point, par conséquent, discuter les déductions qu'on en voudrait tirer. Il lui paraîtrait plus convenable d'envisager le Chapitre VII comme indépendant du Projet Russe et de le présenter aux Gouvernements comme une œuvre particulière se raccordant à la Convention. Les Gouvernements pourront dès lors ou le fonder dans la Convention ou le maintenir à part. Lorsqu'on examine le Projet Russe, il semblerait que le matériel des ambulances et des hôpitaux militaires dût être neutralisé et que ce matériel n'appartiendrait en aucun cas, comme prise, à l'ennemi. Le Délégué d'Allemagne ne peut pas accepter cette interprétation. La Convention de Genève a fait, dans son Article I, une distinction très-claire entre le personnel et le matériel. Elle dit que le matériel n'est considéré comme neutre que pendant le temps où il s'y trouve des malades ou blessés, ce qui est différent. L'Article IV de la Convention et l'Article III Additionnel disent que le matériel est neutre; mais d'après l'organisation actuelle des armées, cela n'est pas absolument exact. Comme les Articles Additionnels n'ont pas été ratifiés par l'Allemagne, M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut pas ranger à cet avis. Il se trouve donc amené à dire: la Convention

maintenue quant aux principes, mais modifiée quant aux termes. Il faut distinguer nettement entre le personnel et le matériel, et puis entre le matériel occupé et celui qui ne l'est pas. La Convention contient le mot de "neutralité", qui n'est pas exact dans le sens qu'on doit lui donner ici; il serait plus juste d'employer l'expression "inviolabilité". Personne ne peut être contraire à l'idée de placer des blessés dans un hôpital quelconque en campagne; or, cela serait impossible, si les hôpitaux étaient reconnus neutres et qu'ils ne voulussent pas les recevoir. Il peut arriver qu'une armée victorieuse établisse toutes ses ambulances sur le premier champ de bataille; on suppose ces ambulances remplies de blessés et de malades. Lorsque la seconde bataille est gagnée, les premières ambulances étant occupées, où mettra-t-on les nouveaux blessés, si les hôpitaux capturés de l'ennemi ne veulent pas s'établir sur le second champ de bataille, mais prétendent suivre leur propre armée? Il faudra les retenir, et l'on le fera dans un but d'humanité. Sera-ce une violation de la neutralité? Assurément non. Il est donc inexact de dire qu'ils sont reconnus neutres. M. le Délégué d'Allemagne conclut en disant que, d'après ce qui précède, le mot "inviolabilité" est préférable pour établir le sens véritable de la Convention de Genève. Il ajoute que, dans le but de rendre sa pensée plus claire, il a préparé un projet d'Articles destinés à remplacer ceux du Projet Russe, et il propose de les faire imprimer et de les distribuer aux Délégués qui jugeront s'ils sont acceptables. || M. le Président donne lecture des Articles rédigés par M. le Général de Voigts-Rhetz. || La Commission décide qu'ils seront imprimés.

M. le Général Arnaudeau croit qu'il serait utile de fusionner les projets qui sont en présence. || M. le Colonel Staaff dit que, à son avis, les Articles du Projet Russe ne renferment rien qui soit contraire à la Convention de Genève. M. le Délégué de Suède et Norvège croit qu'il est à même de se prononcer à cet égard, puisqu'il a pris part aux travaux qui ont précédé la signature de cet acte international. Il juge utile de relever certains points qui lui semblent répondre aux vœux exprimés aux Conférences de Paris en 1867 et de Berlin en 1869. Le mot "inviolabilité" rend sans doute mieux l'idée qu'on a voulu exprimer que le mot "neutralité", qui ne peut être pris ici que dans un sens relatif conditionnel et temporaire, mais qui a fini néanmoins par prévaloir au sein de la Conférence. || M. le Délégué de Suède et Norvège croit qu'il serait avantageux de mentionner d'une manière spéciale les Sociétés de Secours qui sont nées de la Convention de Genève. Cela répond à un vœu souvent exprimé et très-juste. Quels que soient les abus qui puissent être commis à l'abri de la croix rouge, le but de l'oeuvre est excellent et des services remarquables plaident en faveur de ces nombreuses Sociétés établies et fonctionnant de la manière la plus honorable dans presque tous les pays, se trouvant placées sous les auspices d'augustes personnages et se faisant connaître par des compte-rendus annuels. Cette satisfaction est due à ces Sociétés d'autant plus qu'elles ont eu l'honneur d'une mention dans les

Nr. 5359.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
7. Aug. 1874.

actes additionnels qui sont relatifs aux questions maritimes, alors qu'elles n'ont encore rien fait sur mer, tandis que là où elles ont fait depuis longtemps les preuves, on a presque évité de les nommer. M. le Colonel Staaff exprime en conséquence, le désir que l'on comprenne ces Délégués de ces Sociétés comme nombre des "neutralisés", pourvu qu'ils remplissent les conditions requises au § 44 du Projet Russe, d'après les exigences militaires. || M. le Colonel Fédéral Hammer croit que le projet de M. le Délégué d'Allemagne contient des idées très-acceptables; seulement c'est un remaniement complet du Projet Russe. M. le Délégué de Suisse présentera lui-même un projet d'articles qu'il soumettra à la Commission. || M. le Colonel Staaff estime que, pour gagner du temps, il faudrait examiner simultanément les projets spéciaux Russes, Allemand et Belge, ainsi que celui que promet d'élaborer M. le Délégué de Suisse. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose de nommer une Sous-Commission qui serait chargée d'examiner les quatre projets en présence de tous et d'en faire un texte unique. Ce chapitre formerait un acte séparé qui serait considéré comme additionnel à la Convention de Genève. || La proposition de nommer une Sous-Commission rencontrant l'accueil unanime de tous les Délégués. MM. le Baron de Soden, Baron Lambermont, Général de Leer, Colonel Staaff et Colonel Fédéral Hammer sont désignés pour en faire partie.

M. le Baron Lambermont appelle l'attention de la Commission sur un projet que la Société Belge de Secours pour les Prisonniers a fait parvenir à la Conférence. La Commission ayant décidé en principe qu'elle ne s'occuperait de propositions émanant de l'initiative non-officielle que si l'un des Délégués les faisait siennes, M. le Délégué de Belgique présente, au nom de son Gouvernement, un projet modifié de manière à faire droit aux objections que celui du Comité de Bruxelles paraissait devoir soulever. || M. le Président donne lecture du texte qui lui est remis par M. le Baron Lambermont et pense que ce projet doit former un chapitre spécial. || M. de Lansberge dit qu'on pourrait le discuter à la suite du Chapitre VII, et il ajoute qu'il est de l'ordre de son Gouvernement d'appuyer la proposition de M. le Délégué de Belgique. || M. le Baron Lambermont, rappelant que M. le Président avait voulu soumettre à la Conférence une rédaction nouvelle du Chapitre I de la Section I, demande, s'il entre dans les vues de M. le Baron Jomini de faire un travail semblable pour d'autres Chapitres. || M. le Président répond affirmativement, et remet, pour être imprimée et distribuée aux Délégués, la nouvelle rédaction du Chapitre I de la Section II.

M. le Colonel Brun fait la proposition suivante: — || "Après que les belligérants sont tenus de communiquer à la partie adverse le nombre des morts et des blessés qui sont tombés en leur pouvoir. Pour rendre la mesure plus facile, il serait désirable que chaque soldat fut muni d'un numéro indiquant son numéro (nom?) et le nom de son régiment ainsi que de sa compagnie." || M. le Général de Voigts-Rhetz croit que l'on peut répondre à l'idée de M. le Délégué de Danemark en munissant les

signes ou marques portant le numéro du soldat, de sa compagnie et de son régiment.

M. le Délégué d'Allemagne demande que la Sous-Commission se réunisse demain, Samedi, et remette son travail à la Commission Lundi prochain. Cette motion est adoptée et la séance est levée.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5354.
Brüsseler
Conferenz-
statuten.
7. Aug. 1874.

Beilage.

Section II.

Chapitre I. — *Du pouvoir militaire à l'égard des personnes privées.*

(Nouvelle rédaction proposée par M. le Président dans la Séance du 7 Août.)

§ 45. La population d'une localité qui n'est pas encore occupée par l'ennemi et qui prend les armes pour la défense de la patrie, doit être considérée comme partie belligérante, et, si elle est faite prisonnière, elle doit être considérée comme prisonnière de guerre.

Observation. — L'Article 45 pourrait être considéré comme suffisant.

Il en ressort logiquement que la population d'une localité occupée, n'étant pas dans les mêmes conditions, ne jouit pas des mêmes privilèges de belligérante. || Toutefois, pour la garantir contre les conséquences de ce vague, on pourrait ajouter:

§ 46. Les individus faisant partie de la population d'un pays, dans lequel le pouvoir de l'ennemi est établi et qui se soulèvent contre lui, les armes à la main, peuvent être déférés à la justice.

Ou bien:

§ 46. La population d'un territoire occupé par l'ennemi qui se soulève les armes à la main peut être considérée comme belligérante, si elle satisfait aux conditions suivantes: || 1°. Si elle prend les armes pour la défense de la patrie sur l'ordre de son Gouvernement. . 2°. Si elle se conforme aux lois et coutumes de la guerre et aux conditions des §§ 9 et 10. || 3°. Si elle a une organisation suffisante pour la distinguer de la population paisible.

§ 47. Les individus qui tantôt prennent part de leur propre chef aux opérations de guerre, tantôt retournent à leurs occupations pacifiques, ne satisfaisant pas en général aux conditions des §§ 9 et 10, ne jouissent pas des droits des belligérants et sont passibles, en cas de capture, de la justice militaire.

§ 48. La population d'une province occupée ne peut être forcée ni à prendre part aux opérations militaires contre son Gouvernement légal, ni à des actes de nature à contribuer à la poursuite de buts de guerre au détriment de la patrie.

Nr. 5359.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
7. Aug. 1874.

§ 49. La population des provinces occupées ne peut être contrainte au serment de sujétion à la puissance ennemie.

§ 50. Les convictions religieuses, l'honneur, la vie et la propriété de la population pacifique doivent être respectés par l'armée ennemie.

§ 51. Le butin doit être formellement interdit.

Section IV. — *Des Représailles.*

§ 69. En général le droit et l'humanité exigent qu'un innocent ne souffre pas pour un coupable. || Les représailles ne seront admises dans les cas extrêmes: || Qu'avec l'autorisation expresse du Commandant-en-chef, contre un ennemi qui aurait violé les lois et coutumes de la guerre, celles du droit des gens, et les principes posés dans la présente déclaration; | Et en proportionnant les moyens et l'étendue des représailles avec le degré d'infraction commise par l'ennemi.

Nr. 5360.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 8 der Commissionssitzungen.

Nr. 5360.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
10. Aug. 1874.

Le Protocole No. 7 (séance du 7 Août) est lu et approuvé. | M. le Maréchal-de-camp Servet fait remarquer que le Protocole No. 6 mentionne une observation qu'il n'avait fait que d'une manière incidente relativement à la sommation et sans penser qu'elle dût être relatée; mais du moment qu'elle figure au Protocole, elle acquiert une certaine importance et M. le Délégué d'Espagne se réserve d'y revenir à la seconde lecture.

M. le Président fait connaître à l'Assemblée que le Gouvernement Impérial de Russie a désigné M. Martens, Professeur de Droit International à l'Université de St. Pétersbourg, pour prendre part aux délibérations de la Conférence. M. Martens est admis en cette qualité.

M. le Baron Lambert rend compte du travail de la Sous-Commission instituée dans la séance de Vendredi dernier pour unifier les quatre projets relatifs au service des blessés. Les Délégués qui se sont réunis n'ont pas cru qu'il leur appartient de statuer sur la destination de leur oeuvre, de décider, si le projet nouveau devait former un chapitre de l'arrangement général, un acte séparé ou un chapitre additionnel à la Convention de Genève. Cette question a été réservée. Quant au fond, on est parti de l'idée générale que la Convention de Genève ne devrait pas être restreinte. On a donc écarté du nouveau projet ce qui semblait porter atteinte à la Convention; mais on y a admis ce que l'on considérait comme des

développements utiles. Quant à la rédaction, on n'a pas eu le temps d'y mettre la dernière main; c'est assez dire qu'elle pourra être améliorée. M. le Général de Voigts-Rhetz pense qu'il y a eu malentendu. Il avait cru comprendre, dans la séance de Vendredi, que, de l'avis unanime, le Chapitre VII devait être rangé à part, séparé du projet Russe et former un tout distinct. Dans cette hypothèse, les Délégués auraient eu à envoyer à leurs Gouvernements deux projets, le projet Russe discuté et remanié dans son ensemble et le Chapitre VII reproduit sous une autre forme; mais il restait entendu que la Convention de Genève ne pouvait être compromise d'aucune manière. Or, qu'est-il arrivé? C'est que le projet soumis à la Commission modifie la Convention de Genève. Si la Conférence accepte ce projet, elle doit dénoncer la Convention. Si, au contraire, elle élabore un projet qui fait abstraction de l'Acte de 1864, ce projet pourra être discuté plus tard dans une Conférence. Il est resté dans le projet des clauses gênantes pour les militaires, et l'on y met des choses qui ne se trouvent pas dans la Convention. M. le Délégué d'Allemagne explique son opinion par des exemples; il insiste sur la nécessité de remplacer le mot "neutralité" par celui "d'inviolabilité", et il se résume en disant que les Articles rédigés dans la Sous-Commission doivent être séparés du projet de Convention et le Chapitre VII supprimé. A son avis, la Conférence peut sans aucun doute formuler un certain nombre de clauses qui pourraient remplacer la Convention de Genève, si tous les Gouvernements les acceptaient. M. le Général de Voigts-Rhetz propose que l'entente de la Conférence soit nettement déclaré à cet égard. || M. le Général de Leer est d'avis que la Sous-Commission n'a fait que se conformer à son mandat. M. le Baron Jomini admet la suppression du Chapitre VII et la rédaction éventuelle d'un chapitre spécial dont les clauses pourront être soumises au Comité International de Genève comme Articles Additionnels. || M. le Colonel Comte Lanza croit qu'il est indispensable de bien définir ce que l'on veut faire. Veut-on refaire la Convention de Genève? qu'on le fasse. Si non, il faut limiter le Chapitre VII à quelques dispositions non comprises dans la Convention ni dans les Articles Additionnels de 1868 et laisser le reste intact. M. le Baron Jomini fait la remarque qu'il serait pénible de passer sous silence les blessés dans un projet qui a pour but d'adoucir les souffrances de la guerre. || M. le Colonel Staaff désire répondre quelques mots aux observations présentées par M. le Délégué d'Allemagne, dont il a regretté l'absence dans la Sous-Commission. Quant à la destination du projet élaboré dans la séance de Samedi, la Sous-Commission n'avait pas à s'en préoccuper. Mais M. le Délégué de Suède et Norvège pense que, si ce projet était rédigé sous la forme d'Articles Additionnels, il serait un contingent précieux pour les délibérations futures sur les anciens Actes Additionnels de 1868. En ce qui concerne la nouvelle proposition de substituer le mot "inviolabilité" à celui de "neutralité," M. le Colonel Staaff pense que, bien que la première expression puisse répondre plus exactement à l'idée voulue que la seconde, il

erait peut-être sage d'éviter un changement à cet égard, vu l'immense popularité dont jouit cette idée que la Convention de Genève neutralise les blessés. La circonstance que tous les Gouvernements, sauf un, sont prêts à ratifier les Actes Additionnels de 1868, a engagé la Sous-Commission à les prendre en considération; toutefois pleine satisfaction a été donnée à M. le Délégué d'Allemagne en ce que la Sous-Commission a proclamé franchement que les blessés valides sont prisonniers de guerre, aux termes de la Convention qui déclare qu'ils pourront être renvoyés dans leurs foyers, tandis que le § 5 des Articles Additionnels porte qu'ils devront l'être, en les exemptant ainsi de la condition de prisonniers de guerre. Voilà quant au personnel. Quant au matériel, les exemples cités par M. le Délégué d'Allemagne reposent incontestablement sur des observations militaires pratiques d'une haute valeur; mais M. le Délégué de Suède et Norvège, en donnant lecture de la partie du projet de la Sous-Commission qui traite de ce sujet, estime que cette rédaction ne s'écarte point de l'esprit de la Convention, que d'un commun accord on a voulu respecter. || M. le Baron Jomini fait observer qu'il est impossible de s'occuper du Projet de Convention sans s'occuper des blessés. D'un autre côté la Société de Genève objecte non sans raison qu'il y aurait désormais trois juridictions à consulter: la Convention de Genève, les Articles Additionnels et la future Convention de Bruxelles. Mais du moment que l'on admet que le chapitre qui les concernera sera séparé du reste du Projet, il ne peut y avoir aucune difficulté. M. le Colonel Fédéral Hammer demande d'après les instructions de son Gouvernement, que le Chapitre VII soit éliminé du Projet, et subsidiairement, si des dispositions nouvelles analogues sont acceptées, qu'elle soient désignées comme Articles Supplémentaires de la Convention de Genève. M. le Délégué de Suisse proposerait donc éventuellement de dire à la fin du Chapitre VII: "Ces Articles, en tant qu'ils ne font pas partie de la Convention de Genève, seront considérés comme Articles Additionnels." M. le Baron Jomini dit que c'est précisément à cela que l'on s'oppose. La Conférence ne fera pas d'Articles Additionnels; elle se bornera à signaler à la Conférence de Genève pour que celle-ci les fasse tels. M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que, si la Sous-Commission a employé le mot "neutralité," elle s'est servie de celui de "neutralité." Pour concilier toutes choses, M. le Délégué d'Allemagne propose de modifier le Chapitre VII que la Convention de Genève est maintenue. Que si l'on s'oppose aux Articles Additionnels, il faut en élaguer ce qui est inadmissible au point de vue militaire. Ce serait un travail facile et pas long. Si cette proposition est agréée, on discuterait le Projet Russe ou un autre. M. de Larocque constate qu'on est d'accord pour ne pas toucher à la Convention de Genève. Il faudra donc éliminer le Chapitre VII. Afin d'obvier à l'objection du Projet Russe, qui a une tendance humanitaire, ne put pas passer sous le prétexte des malades et les blessés, on pourrait conserver le Chapitre VII en y ajoutant une clause de la teneur suivante: "Les malades et ble

traités conformément aux stipulations de la Convention de Genève et aux modifications qui y seront apportées dans la suite." M. le Délégué des Pays-Bas ajoute qu'il serait utile de profiter de la présence de tant de spécialités militaires pour signaler aux Gouvernements les lacunes ou les défauts existants dans la Convention de 1864, au moyen d'un Acte Additionnel qui ne serait considéré que comme une recommandation, laquelle pourrait servir dans le cas d'une révision éventuelle de la Convention de Genève. M. le Colonel Fédéral Hammer appuie la proposition de M. le Lansberge et formule la proposition suivante: "Les obligations des belligérants concernant le service des malades et blessés sont régies par la Convention de Genève, sans les modifications dont cette dernière pourra être l'objet."

M. le Baron Jomini invite Messieurs les militaires à vouloir bien se mettre d'accord sur les clauses de la Convention de Genève qui devraient être modifiées. M. le Colonel Staaff appuie la proposition de M. le Président. Il pense qu'il sera bon de dire au Chapitre VII que la Convention de Genève forme la base de cette question. On y ajoutera le travail de la Sous-Commission après qu'il aura été dûment revu par la Commission. Ces propositions nouvelles pourront être examinées plus tard par les Gouvernements, lorsque la nécessité de reviser les Articles Additionnels ne pourra plus être ajournée.

M. le Baron Lambermont, avant que la discussion se ferme sur ce point, croit devoir constater que les considérations développées par M. le Délégué d'Allemagne n'ont pas été présentées à la Sous-Commission. Du point de vue où il a été fait, le travail de celle-ci serait facile à défendre; mais M. le Délégué Belge regarde ce soin comme inutile en présence de la direction nouvelle donnée à la délibération. || M. le Général de Voigts-Rhetz se rallie à la rédaction proposée par MM. de Lansberge et Hammer. Quant au fond, on fera bien d'exposer, au point de vue militaire, les objections soulevées par la Convention de Genève. Cela sera d'un poids sérieux. Lorsque treize ou quatorze Etats diront que tel ou tel point est inacceptable, on ne pourra pas ne pas tenir compte de cette opinion dans la Conférence future. On signalera les lacunes et les défauts. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande qu'il soit tenu compte au Protocole de cet échange d'observations. || M. le Colonel Comte Lanza dit qu'il n'a pas d'instructions l'autorisant à entrer en discussion sur l'opportunité de modifier la Convention de Genève. || M. le Baron Jomini répond que ce n'est pas un obstacle, puisque tout est soumis à la ratification des Gouvernements.

M. le Président demande en suite, en quel sens la Commission croit pouvoir répondre à la Société Belge pour les Secours aux Prisonniers de Guerre. Il propose la rédaction suivante: — "La Commission, après avoir entendu la lecture des propositions faites par le Comité Belge de la Société Internationale de Secours pour les Prisonniers de Guerre et présentées par M. le Délégué Belge dans une forme modifiée, et après en avoir délibéré, constate, d'un commun accord, que le but éminemment charitable de cette

Nr. 5360.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
10. Aug. 1874.

société en général, et la haute honorabilité des membres qui composent le Comité Belge en particulier, sont de nature à assurer à ces propositions un accueil bienveillant et une sérieuse considération. | Toutefois, comme ces questions touchent à des matières extrêmement délicates, à l'égard desquelles l'appréciation des Gouvernements doit nécessairement dépendre du degré de confiance qu'inspireraient les personnes chargées de cette mission de charité auprès des prisonniers de guerre, ainsi que des circonstances particulières, en présence desquelles elles auraient à la remplir, MM. les Délégués ne se croient pas appelés à délibérer sur des règles générales qui auraient pour effet de restreindre d'avance cette liberté d'appréciation de leurs Gouvernements. Ils croient donc devoir se borner à signaler les propositions présentées par M. le Délégué Belge à la sérieuse attention de leurs Gouvernements."

M. le Général de Voigts-Rhetz fait ressortir à ce propos les très-sérieux inconvénients qui, au point de vue militaire, pourraient résulter de la présence dans les territoires des belligérants de délégués chargés de porter des secours aux prisonniers. Ils remarqueront que dans tel endroit ou telle province on fait une remonte de cavalerie, que dans une autre il y a des concentrations d'artillerie: ailleurs, il y aura une place bien ou mal approvisionnée, &c. Ces renseignements, à leur retour, ils les propageraient et pourraient nuire ainsi au succès de combinaisons militaires importantes. M. le Baron Lambert ne veut pas prendre la défense des abus; mais il peut, dit-il, se présenter dans les guerres, et surtout dans les grandes guerres, des circonstances telles que le bon vouloir des Gouvernements ne soit pas en mesure de pourvoir à tout. Parfois même on se trouve en présence de souffrances réelles. C'est dans de tels cas que l'action privée peut intervenir utilement; mais M. le Délégué de Belgique admet que son concours soit réglé avec prudence. | La rédaction proposée par M. le Baron Jomini est adoptée.

La Commission se sépare après avoir décidé de discuter demain les Articles concernant les blessés et d'émettre un avis sur les imperfections que renferme la Convention de Genève, ainsi que sur les moyens de l'améliorer.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5361.

BRÜSSELER CONFÉRENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 9 der
Commissionssitzungen.

M. le Baron Jomini fait connaître que MM. les Délégués de Portugal ont reçu leurs pleins-pouvoirs, qu'il dépose sur le bureau. || Son Excellence M. d'Antas désigne son collègue, M. le Général Palmeirim, pour prendre part aux travaux de la Commission.

Nr. 5361.
Brüsseler
Conférenz-
staaten.
11. Aug. 1874.

M. de Lansberge et M. le Baron Lambermont cèdent leurs sièges, pour la séance de ce jour, à M. le Général van der Schrieck et à M. le Colonel Mockel.

M. le Président précise en quelques mots la portée de la discussion qui va s'ouvrir dans la séance de ce jour. Il a été convenu hier, dit M. le Baron Jomini, que le Chapitre VII du Projet Russe serait réduit à un seul Article portant: que les blessés seraient traités conformément à la Convention de Genève et aux modifications ultérieures qu'on jugerait nécessaire d'y apporter. Il a été également convenu que la Commission aborderait l'examen de ces modifications, dont l'expérience acquise dans les dernières guerres a révélée la nécessité au point de vue militaire, et que les opinions qui seraient émises à ce sujet seraient consignées au Protocole pour être placées sous les yeux des Gouvernements respectifs à titre d'avis qu'il leur appartiendrait de peser et d'apprécier, lorsqu'ils jugeraient opportun de reviser d'un commun accord la Convention de Genève. Ainsi, sans toucher elle-même à cette Convention qui est un acte international et est encore en ce moment l'objet de négociations avec les Gouvernements pour ses Articles Additionnels, la Conférence n'aura du moins pas passé sous silence un des points essentiels qui devraient fixer son attention. D'après cela, on lira, si la Commission le veut bien, Article par Article, la Convention de Genève, et MM. les Délégués militaires sont invités à émettre sur chacun de ces Articles leur opinion, qui sera consignée au Protocole.

M. le Général de Voigts-Rhetz ne voit pas d'inconvénient à discuter les Articles Additionnels en même temps que la Convention de Genève; mais il désire que le Protocole constate que cette discussion n'implique en rien la ratification des dits Articles. || Il est donné acte à M. le Délégué d'Allemagne de ses réserves.

M. le Général de Voigts-Rhetz renouvelle une déclaration de principe qu'il a déjà eu l'occasion de faire antérieurement au sujet de l'utilité qu'il y aurait à remplacer, dans l'Article I de la Convention de Genève, le mot "neutralité" par celui "d'inviolabilité." M. le Délégué d'Allemagne n'insiste pas sur ce point; il suffit que le Protocole exprime sa manière de voir. Mais il a à faire une observation plus générale. La Convention de Genève a été faite en 1864. Depuis lors la plupart des armées ont introduit des changements dans leur service de santé, et dans l'organisation des hôpitaux militaires. La

Convention ne répond donc plus complètement aux besoins actuels. Le mot "ambulance" désigne à l'Article I les petites ambulances qui suivaient les armées en première ligne. Les hôpitaux, désignés en Allemand par les mots "Hauptfeldlazarethe," sont ou étaient les grandes ambulances qui étaient au même temps mobilisées, et qui, d'après l'Article IV de la Convention de Genève, restent soumises aux lois de la guerre; tandis que les petites, en cas de capture, devaient rester à leur armée, parcequ'elles y effectuaient le premier service sur le champ de bataille. Aujourd'hui la plupart des armées n'ont qu'une seule espèce d'hôpitaux également mobilisés qui naturellement doivent subir le même traitement. On en emploie une partie dans une première affaire et l'on tient les autres en réserve, pour être employés dans une seconde bataille. Après l'évacuation des malades et des blessés effectuée, ils suivent l'armée. En 1864 on parlait de l'idée que les grandes ambulances mobilisées, comme partie essentielle des hôpitaux, devenaient butin quand elles tombaient au pouvoir de l'ennemi, tandis que les petites étaient neutralisées pour laisser quelque ressource au premier moment sur les champs de bataille. Il y avait donc une raison pour qu'on les fît partir immédiatement sur demande. Ce qu'on a fait alors ne serait plus acceptable dans l'organisation actuelle. Il faut par conséquent faire une autre distinction; les hôpitaux mobilisés se confondent maintenant avec les ambulances telles qu'elles sont organisées et employées. La Convention de Genève neutralise ces dernières bien que la différence d'organisation ait cessé. C'est là une chose absolument inacceptable. Celui qui a le devoir de soigner les blessés doit avoir le droit de disposer du matériel capturé. Donc tout le matériel qui entre en guerre doit être soumis aux lois de la guerre; le personnel reste neutre. || M. le Colonel Staaff expose que les Articles Additionnels constituent, pour ainsi dire, la quintessence de la somme d'expérience et d'études acquises après l'adoption de la Convention de Genève; et comme ces Articles sont sur le point d'être ratifiés, il dit à M. le Délégué de Suède que ce serait faire preuve de déférence à l'égard des Gouvernements qui y ont adhéré que de s'écarter le moins possible des améliorations apportées par ces Articles à l'oeuvre originale.

Passant à l'examen de l'Article I de la Convention de Genève, le Général de Voigts-Rhetz dit que l'Article III Additionnel établit une distinction contraire de la thèse qu'il vient de soutenir. C'est une extension de la Convention. Toute la question est de savoir si l'hôpital et l'ambulance placés sur la même ligne, peuvent être capturés. M. le Colonel Staaff dit que cette question a été prévue dans l'Article III Additionnel qui étend le mot de l'ambulance jusqu'à y comprendre les hôpitaux volants, lesquels, avec leurs installations pour le service des blessés, jouissent de la neutralité à leur matériel. M. le Délégué de Suède et Norvège propose de renvoyer simplement à l'Article III Additionnel. Il pense qu'il est bon de ne jamais perdre de vue le service officiel; mais il ne faut pas oublier non plus la grande cause, pour laquelle la Convention

été en quelque sorte proposée, c'est-à-dire, celle des Sociétés, pour lesquelles toute sécurité cesserait, si on décidait de leur retirer le bénéfice de la neutralité. M. le Colonel Fédéral Hammer est disposé à interpréter la Convention de Genève de la même manière que M. le Délégué de Suède et Norvège. Il convient toujours de considérer, pourquoi l'on faisait une différence entre les hôpitaux et les ambulances, même si l'organisation du service de santé dans les armées était changée. Il y a des armées qui ont conservé les anciennes ambulances, dans l'acception restreinte du mot. Qu'arriverait-il, si la proposition de M. le Délégué d'Allemagne était acceptée? Si les attelages, le matériel et les approvisionnements qui constituent l'ensemble d'une ambulance, et qui forment corps avec les troupes et les doivent suivre pour recueillir les blessés d'une armée ou de l'autre, sont capturés par l'ennemi, celui-ci prive l'armée adverse du moyen de sauver ses soldats blessés, et se prive lui-même, en cas de revers, du même bénéfice. Il serait donc contraire à l'esprit d'humanité de mettre les attelages, &c., en dehors des lois de la guerre. Il y a un intérêt commun pour toutes les armées, c'est que les ambulances et les hôpitaux mobiles soient conservés comme neutres. C'est le seul moyen d'assurer aux blessés les premiers secours disponibles. M. le Délégué de Suisse ne saurait donc donner une adhésion sans réserve aux vues de M. le Délégué d'Allemagne. M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que la difficulté, au point de vue militaire, n'est pas grande. On peut organiser des ambulances et des hôpitaux quand on n'a pas pris soin en temps de paix d'en faire une réserve de matériel suffisante. La difficulté réside dans le personnel; on ne fait pas en peu de temps des médecins et des pharmaciens, &c. On doit donc restituer le personnel à l'ennemi quand il a fini ses fonctions auxiliaires. Lorsqu'on a le personnel sous la main, on transporte le matériel des hôpitaux de réserve également comme le reste sur le théâtre de la guerre. Les ambulances qui tombent au pouvoir de l'ennemi seront ordinairement indispensables au vainqueur, non seulement dans le moment même, mais pour longtemps. De nos jours, après chaque bataille, il y a une telle quantité de blessés que tout le service d'une armée ne suffit pas pour desservir ses propres troupes. Que faire, si tous les blessés de l'ennemi se trouvent entre vos mains et que vous renvoyez le matériel des hôpitaux à l'ennemi? L'armée victorieuse sera privée de ses ambulances pour longtemps. Est-ce de l'humanité que de laisser cette armée sans hôpitaux pendant le reste de la campagne? Quiconque a fait la guerre, doit reconnaître que rien n'est plus difficile que de faire suivre les ambulances qui ont été sur le champ de bataille quand l'armée marche en avant. Si le matériel est soumis aux lois de la guerre, on organisera pendant la paix des réserves comme pour les autres services militaires. M. le Délégué d'Allemagne dit qu'il n'a parlé jusqu'à présent que des hôpitaux fonctionnant sur le théâtre de la guerre. Mais la Convention de Genève neutralise même les hôpitaux qui ne sont pas en campagne, ce qui paraît encore moins acceptable parceque c'est contraire aux

ègles de la stratégie, qui commandent d'interrompre les préparatifs de l'versaire. Il ne serait donc pas admissible que l'on dût restituer les hôpitaux capturés dans ces circonstances. M. le Délégué d'Allemagne termine en disant que dans tous les rapports présentés par les chefs des corps d'armée Allemands on constate qu'on tombe dans les plus grandes difficultés quand on renvoie le matériel des hôpitaux. M. le Colonel Staaff prie M. le Président de vouloir bien donner lecture d'un extrait de "l'Etude sur la Convention de Genève" de M. Moynier. Ce commentaire est de nature à éclaircir la question qui se débat en ce moment, surtout pour ceux des membres de la Commission à qui elle ne serait pas entièrement familière. Il traite de la différence entre les ambulances et les hôpitaux, et des motifs qui ont engagé la Conférence de Genève à faire une distinction entre eux au point de vue de la neutralité de leur matériel. M. le Délégué de Suède et Norvège ne disconvient d'ailleurs de la nécessité de faire valoir les considérations militaires d'après l'expérience que l'on a acquise dans la dernière guerre; mais il pense que cela se fera par l'initiative des Gouvernements, lorsqu'ils jugeront le moment opportun. M. le Général Baron de Schönfeld partage l'avis de M. le Colonel Staaff. Dans la guerre les hôpitaux militaires et ceux des Sociétés de Secours sont entremêlés. Si l'on expose ces dernières à perdre leur matériel elles cesseront de fonctionner, et les secours militaires ne suffiront pas. Il importe de faire appel aux Sociétés privées. La croix rouge les protège. Il faut admettre en principe les rigueurs de la guerre; mais il y a des exceptions humanitaires dont il faut tenir compte. M. le Général de Leer range à l'avis de M. le Colonel Staaff et de M. le Général de Schönfeld. L'on acceptait la manière de voir de M. le Général de Voigts-Rhetz, le respect de la neutralité ne serait accordé au matériel des hôpitaux et ambulances dans l'unique cas où ils seraient occupés par des malades et des blessés qui annulerait une des dispositions essentielles de la Convention de Genève. M. le Colonel Manos dit que, si de grands pays ont de grandes ressources les armées des petits pays n'ont que des ressources fort limitées, notamment un petit matériel qu'elles ne peuvent pas être exposées à perdre. M. le Général de Voigts-Rhetz dit que, au point de vue humanitaire, il faut respecter la Convention de Genève; mais que si, lorsqu'on l'a faite, il y avait eu autant de militaires que de médecins, on l'aurait certainement coté différemment. La révision aura une physionomie différente. Les Articles additionnels n'étant pas ratifiés par l'Allemagne, ils ne la lient pas. M. le Général de Voigts-Rhetz constate que les hôpitaux des Sociétés privées ne sont pas compris dans la Convention de Genève, tandis qu'il y a des hôpitaux militaires qui ne tombent pas comme prise aux mains de l'ennemi. Sans entrer dans le fond de la discussion, il se bornera à déclarer qu'il ne peut pas admettre que les médecins manqueraient parfois aux lois de l'honneur. C'est celui d'entre eux qui quitterait les blessés pour s'en retourner avec le matériel? M. le Délégué d'Allemagne proteste contre cette

M. le Colonel Staaff croit que M. le Délégué d'Allemagne ne rend pas pleine justice aux auteurs de la Convention et de ses développements. Il ne leur est jamais venu à l'esprit de supposer qu'un prétexte futile porterait les médecins à abandonner leurs malades et blessés. Telle n'a pas été leur pensée. Mais ils ont cru que l'inviolabilité assurée aux blessés et aux malades, ainsi que la neutralité du matériel, engagerait les médecins à ne pas regarder presque comme un devoir de se sauver dans l'intérêt de leurs armées. || M. le Baron Jomini demande, si personne n'a plus d'observations générales à présenter. " M. le Général Arnaudeau hésite à se prononcer entre les lois de la guerre et les devoirs de l'humanité. Il demande à s'éclairer davantage avant d'émettre son jugement. | M. le Colonel Staaff est d'avis que, s'il y a un mobile qui doit guider la Conférence, c'est l'espoir que les Gouvernements adhéreront à ses propositions. Dans la question, qui préoccupe la Commission, il faut se rappeler que les auteurs des Articles Additionnels ont tenu à s'appuyer sur les vœux exprimés d'abord dans la Conférence de Paris et ensuite dans celle de Berlin, en étendant aux hôpitaux volants les avantages dont jouissent les ambulances. M. le Délégué d'Allemagne semble vouloir aller jusqu'à priver le matériel des ambulances du bénéfice de la neutralité, comme ayant pris de plus en plus le caractère d'hôpitaux, ce qui ne semble pas admissible à M. le Délégué de Suède et Norvège. || M. le Baron Jomini constate que la Commission se trouve en présence d'avis très-compétents et très-opposés. Afin de ne pas prolonger ces débats, M. le Président propose de faire mention au Protocole des opinions émises. Les Protocoles, qui sont placés sous les yeux des Gouvernements, seront d'excellents éléments d'appréciation en vue d'une révision future de la Convention.

Au deuxième alinéa de l'Article I, M. le Colonel Fédéral Hammer demande ce qu'il faut entendre par ces mots: "gardés par une force militaire."

MM. les Généraux de Voigts-Rhetz et de Schöufeld demandent la suppression de cette clause. || M. le Colonel Staaff dit que le mot "gardés" doit se prendre ici dans l'acception de "défendus;" mais il peut d'autant moins se rallier à la suppression de cet alinéa que c'est précisément de ce dernier qu'émanent les améliorations des §§ 40 et 41 du Projet Russe que la Sous-Commission a adoptés. La Commission est d'avis que le deuxième alinéa de l'Article I serait avantageusement remplacé par ces mots: "Le fait qu'ils sont protégés par un piquet ou des sentinelles ne les prive pas de cette prérogative. Le piquet ou les sentinelles, en cas de capture, sont seuls considérés comme prisonniers de guerre." M. le Général de Voigts-Rhetz approuve cette rédaction; l'ambulance peut être parfaitement défendue contre des pillards isolés. || La Commission émet l'opinion que les §§ 61 et 62 du Projet Russe expriment exactement sa manière de voir, dont le Protocole tiendra note. M. le Maréchal-de-camp Servet demande que la nécessité dont il est question au § 61 soit bien constatée.

L'Article II est adopté avec l'addition suivante relative aux Sociétés de

Nr. 5301.
Brüsseler
Conferenz-
statuten
11. Aug. 1874.

Secours: — “Le personnel susmentionné doit porter un signe distinctif, un certificat d'identité contenant le signalement et la signature du porteur, ainsi qu'une autorisation émanant de l'autorité compétente. Les personnes qui ne remplissent pas ces conditions ne peuvent réclamer les droits de l'inviolabilité.”

M. le Général de Voigts-Rhetz présente sur l'Article III deux observations. La première, c'est qu'il ne faut pas permettre au personnel de se retirer, quand bon lui semble, mais il le faut faire rester tant que les malades doivent être soignés ou évacués; la seconde, c'est qu'on ne peut pas demander que l'armée occupante le renvoie directement aux avantpostes. C'est aux chefs à juger, si cela peut se faire sans nuire aux opérations. On les mènera par le plus court chemin ou par un détour suivant les circonstances.

M. le Colonel Comte Lanza s'associe à ces observations. En outre, on peut se référer au 1^{er} Article Additionnel. L'Article III est admis moyennant les améliorations suivantes: — || M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'il soit dit que les personnes désignées à l'Article II “devront continuer” au lieu de “pourront continuer.” || M. le Colonel Mockel croit qu'on devra fixer la route à suivre au moment du départ. M. le Colonel Staaff dit que la route doit être aussi courte que possible, et qu'on ne pourra pas retenir le personnel indéfiniment.

A l'Article IV M. le Général de Voigts-Rhetz se réfère aux observations qu'il a présentées sur l'Article I. M. le Colonel Comte Lanza partage personnellement le sentiment de M. le Délégué d'Allemagne. Il croit que les dispositions de l'Article IV peuvent donner lieu à des inconvénients, telles qu'elles sont exprimées dans la Convention de Genève de 1864, et dans les Articles Additionnels de 1868. | L'Article est admis.

L'Article V soulève plusieurs objections. | M. le Colonel Staaff dit qu'il est excessif. On a voulu y remédier par l'Article IV Additionnel. Le mot “zèle” contenu dans ce dernier Article signifie évidemment: zèle traduit en acte. Quant aux mots “demeureront libres”, ils n'ont peut-être pas de raison d'être. M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il ne comprend pas ce qu'on entend par zèle charitable. En temps de guerre on ne discute que les faits. Telle femme très-charitable n'a à soigner qu'un blessé; telle autre, qui calcule davantage, en recueille une douzaine pour être exemptée des charges, contributions, &c., imposées par le vainqueur. L'Article V doit donc être modifié pour qu'on puisse prévenir les abus qu'il semble destiné à consacrer. Suivant M. le Délégué d'Allemagne plusieurs dispositions de cet Article devraient être changées. Si l'on a le droit de se faire protéger par le drapeau blanc à la croix rouge, pour un blessé que l'on soigne, il n'y a pas de motif pour qu'on ne mette pas un blessé dans chaque maison d'une place forte, et alors le bombardement devient le cas échéant impossible. L'habitant devrait également être tenu de recevoir les soldats qui ont besoin de repos. Si dans quelque grand établissement il y avait des blessés, on les transpor-

terait dans un autre hôpital et l'on disposerait des appartements devenus libres. Mais l'établissement devra être inviolable tant qu'il y aura des blessés et cela dans la limite de l'espace qu'ils occupent. M. le Général de Leer et M. le Colonel Comte Lanza se rangent à l'avis de M. le Délégué d'Allemagne. || M. le Colonel Manos fait des réserves quant à la position spéciale de son pays, par rapport aux Articles de la Convention de Genève et aux Articles Additionnels. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande que la rédaction de l'Article V soit remaniée, conformément aux observations qui ont été faites, dans le sens de l'Article IV Additionnel.

Relativement à l'Article VI, M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer qu'il impose à celui qui a capturé des blessés l'obligation de les renvoyer en tout cas, à condition qu'ils ne reprendront plus les armes pendant la durée de la guerre. Cela est trop vague. De plus il est dit: "après guérison." On est donc forcé de renvoyer tous les blessés en état de reprendre les armes. Cela est inadmissible. Le renvoi des blessés doit être facultatif. || M. le Maréchal-de-camp Servet demande qu'au lieu de dire, "seront renvoyés" on dise: "pourront être renvoyés," parceque des invalides, des généraux, par exemple, peuvent donner des conseils excellents pour la direction d'une armée. || M. le Colonel Staaff est de l'avis des militaires d'après lesquels, en vertu de l'expérience acquise postérieurement à la rédaction des Articles Additionnels, les blessés guéris et valides sont considérés comme prisonniers de guerre. Rien n'autorise ici une exception, qui du reste ne ressort pas de la Convention même. M. le Colonel Comte Lanza pense que le projet de la Sous-Commission relatif aux dispositions qui doivent régler le renvoi des blessés et des malades dans leur pays est parfaitement suffisant. Quant aux mots "dont la convalescence sera présumée devoir excéder la durée de la guerre," il conviendra d'y substituer une rédaction plus précise. M. le Général de Voigts Rhetz demande que l'on ajoute: "Ceux, qui seront restés estropiés après guérison ou trouvés définitivement incapables, seront, s'ils en expriment le désir, renvoyés dans leur pays dès que leur état le permettra."

Cette proposition est adoptée.

En ce qui concerne l'Article VII la Commission propose certaines modifications. M. le Général de Voigts-Rhetz demande, si, aux termes de l'alinéa 1^{er}, toutes les maisons doivent arborer deux drapeaux, le drapeau national et le drapeau blanc à croix rouge. Cela lui paraît impossible et de plus inutile, puisque le drapeau blanc à croix rouge est inviolable. On dirait donc, au lieu de: "devra en toute circonstance" ceci: "le drapeau blanc à croix rouge est le signe distinctif." || Les avis se partagent. Il y en a pour le maintien de la double exigence; il y a des opinions en faveur de la motion de M. le Délégué d'Allemagne. La Commission se prononce finalement pour "l'utilité" du double drapeau, mais ne l'impose pas comme une "nécessité." || MM. les Généraux de Voigts-Rhetz et Arnaudeau signalent les abus commis à l'abri de la croix rouge. Ils citent notamment des individus qui se

Nr. 5861.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
11. Aug. 1874.

glissaient dans les rangs des armées pour dépouiller les blessés et les malades. La Commission flétrit énergiquement ces crimes, et, afin d'en prévenir autant que possible le retour, elle émet le vœu que les hospitaliers de la croix rouge soient munis d'un certificat d'identité de date récente, comprenant le signalement et la signature du porteur et même d'un portrait photographique.

L'Article 42 du projet Russe est admis.

M. le Baron Jomini résume la discussion et propose à la Commission d'insérer la déclaration suivante au Protocole: —

“MM. les Délégués de la Commission se bornent à déférer les diverses opinions émises dans la présente séance à l'examen de leurs Gouvernements respectifs en vue des modifications et améliorations qui pourraient être introduites d'un commun accord dans la Convention de Genève.”

La Commission adopte cette formule, et M. le Président soumet une nouvelle rédaction du Chapitre I de la Section I à MM. les Délégués, qui s'ajournent à demain à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Beilage.

Section I. — Chapitre I.

(Nouveau texte proposé par M. le Président dans la séance du 11 Août.)

§ 1. Un territoire de l'un des belligérants est considéré comme occupé, lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie. L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie, et tant qu'elle est en mesure de s'exercer.

§ 2. L'autorité du pouvoir légal étant suspendue de fait par l'occupation, l'Etat occupant prend toutes les mesures qui dépendent de lui en vue de rétablir et d'assurer, autant qu'il est possible, l'ordre et la vie publique.

§ 3. A cet effet il maintient les lois qui étaient en vigueur dans le pays en temps de paix, et ne les modifie, ne les suspend ou ne les remplace que s'il y est obligé.

§ 4. Les institutions et fonctionnaires de l'Administration de la Police et de Justice qui continueraient, sur son invitation, à exercer leurs fonctions, jouissent de sa protection et ne sont révoqués, expulsés ou livrés à la justice que dans le cas où ils ne rempliraient pas les obligations acceptées par eux.

§ 5. Les impôts, redevances, droits, et péages déjà établis par le Gouvernement légal du pays, ou leur équivalent, sont prélevés par l'armée d'occupation, qui les emploie, autant que possible, à pourvoir aux frais d'administration locale.

§ 6. Les capitaux du Gouvernement, ses dépôts d'armes, ses moyens de transport, ses magasins et approvisionnements, et en général toute propriété du Gouvernement pouvant servir au but de la guerre, peuvent être saisis par l'armée d'occupation.

Nr. 5361.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
11. Aug. 1874.

Observation. — Le matériel des chemins de fer, les bateaux-à-vapeur et autres vaisseaux, de même que les dépôts d'armes, et en général toute espèce de munitions de guerre, quoique appartenant à des sociétés ou à des personnes privées, sont également des moyens de guerre qui ne peuvent être laissés à la disposition de l'ennemi. Le matériel des chemins de fer, de même que les bateaux-à-vapeur et autres vaisseaux, sont restitués à la paix.

§ 7. L'armée d'occupation a l'administration et la jouissance des édifices publics, immeubles, forêts, et exploitations agricoles appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Elle doit, autant que possible, sauvegarder le fonds de ces propriétés et s'abstenir de tout ce qui ne serait pas justifié par l'usufruit.

§ 8. La propriété des églises, des établissements de charité et d'instruction, de toutes les institutions consacrées à des buts scientifiques, artistiques, et de bienfaisance, n'est pas sujette à prise de possession par l'armée d'occupation. Toute saisie ou destruction intentionnelle de semblables établissements, comme aussi des monuments, des oeuvres d'art, ou des musées scientifiques, doit être poursuivie par l'autorité compétente.

Nr. 5362.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 10 der Commissionssitzungen.

Le Protocole 9 (séance du 11 Août) est lu et approuvé.

M. de Lansberge demande à faire une déclaration de principe au sujet du Chapitre I*), dont la Commission doit s'occuper aujourd'hui. La réserve générale que M. le Délégué des Pays-Bas a faite dans une séance précédente se rapporte au Chapitre I en entier. Il croit devoir faire observer que le Projet primitif a été remanié deux fois, et que le Gouvernement Néerlandais n'a pas été à même d'étudier la rédaction nouvelle et de munir ses Représentants à la Conférence d'instructions nouvelles. L'avis que M. le Délégué des Pays-Bas se permettra d'émettre ne sera que l'écho d'une opinion personnelle; mais il est persuadé que cette opinion sera en concordance parfaite avec le sentiment de son pays et avec les vues de son Gouvernement. Il croit devoir

Nr. 5362.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
12. Aug. 1874.

*) Siehe vorstehend die amendirte russische Vorlage.

Nr. 3362.
Brüsseler
Conférenz-
statuten.
12. Aug. 1874.

la motiver brièvement. La Néerlande est une nation pacifique dont l'organisation militaire est purement défensive, qui ne désire nullement être mêlée à des combinaisons pouvant la conduire à attaquer un autre Etat ou l'impliquer dans les conflits, en vue desquels le Projet paraît être spécialement rédigé. Mais si elle désire vivre à tout jamais en paix avec les autres Etats, la Néerlande est décidée à se défendre à outrance, si elle était attaquée, et à ne se priver d'aucun moyen de résistance. Chez les Néerlandais il y a deux qualités innées et répandues dans toutes les classes de la société: ce sont l'amour de l'indépendance et le sentiment du droit. Aucun Gouvernement ne pourrait ni ne voudrait poser un acte qui les méconût. Toute clause donc qui délierait en quoi que ce soit les citoyens du devoir sacré de défendre la patrie par tous les moyens qui sont en leur pouvoir, ou qui, au lieu de limiter le pouvoir de l'ennemi, érigerait en droits des faits résultant uniquement de l'emploi de la force, — faits auxquels on peut se soumettre par nécessité, mais auxquels on ne peut pas consentir d'avance, — toute clause de ce genre serait réprouvée par l'opinion publique. M. le Délégué des Pays-Bas termine en disant que ce sont ces considérations qui le guideront dans l'appréciation des propositions soumises à la Conférence. ¶ M. le Baron Lambermont, au moment où s'ouvre un débat qui, de l'aveu commun, a une portée très-sérieuse, croit devoir renouveler la réserve, déjà faite et déjà admise, d'après laquelle, en prenant part à la discussion, M. le Délégué de Belgique n'engage ni son Gouvernement ni lui-même sur le fond. Les résolutions du Gouvernement Belge désignant les clauses qu'il accepte et celles auxquelles il aura le regret de ne pouvoir se rallier, seront communiquées lors de la seconde lecture ou à tout autre moment opportun. M. le Président donne acte de ces déclarations à MM. de Lansberge et Lambermont. Les Gouvernements décideront: c'est à eux qu'il appartient de ratifier le travail qui se fait en ce moment. M. le Colonel Fédéral Hammer tient à ajouter quelques mots aux déclarations de MM. les Délégués des Pays-Bas et de Belgique. La situation de la Suisse, essentiellement analogue à celle de ces pays, lui fait partager sous bien des rapports les opinions émises par leurs Délégués. Pour ce qui concerne la marche à suivre dans la discussion du Chapitre I, qui se trouve à l'ordre du jour, M. le Colonel Fédéral regrette de n'avoir pu demander à cet égard des instructions à son Gouvernement. Les instructions qu'il a reçues concernant le premier Projet Russe ne peuvent s'appliquer qu'en partie à la rédaction donnée en dernier lieu à la matière dont il s'agit dans le Projet communiqué hier soir à la Conférence. En prenant donc part aux délibérations, M. le Délégué de Suisse ne pense aucunement engager, de quelque manière que ce soit, l'attitude de son Gouvernement, qui, certes, ne voudra se prononcer sur une partie des propositions que l'on va discuter qu'en parfaite connaissance de cause, et après un examen approfondi. M. le Colonel Fédéral Hammer ajoute que lui-même aura à consulter dans ses votes, non son opinion personnelle, mais bien l'opinion publique, qui décidera de l'accueil que le Projet

trouvera dans son pays et auprès de son Gouvernement, et qui demandera, il en est persuadé, que ces propositions soient plus conformes aux conditions où se trouve la Suisse et à sa manière de voir. La Suisse a accueilli le Projet Russe avec sympathie et dans l'espoir d'une solution pratique et satisfaisante. Accorder franchement le nécessaire aux exigences de la guerre, sauvegarder les principes de droit et les intérêts nationaux, en excluant l'arbitraire, semble, il est vrai, une tâche difficile; mais M. le Délégué de Suisse pense qu'il n'est pas impossible de la résoudre, et la Suisse sera heureuse de s'associer aux résultats des travaux de la Conférence. || M. le Président dit que c'est en cela que consiste la difficulté. Si l'on donne à la défense des droits illimités, on donne également des droits illimités à l'attaque. Il regrette les transactions de forme qui laissent le fond indécis; dans ce dernier cas ce ne sont pas les faibles qui en profitent. Il faut savoir faire franchement des concessions de part et d'autre, sinon il n'y a pas d'accord possible. || M. le Colonel Fédéral Hammer dit qu'il n'a en vue que le chapitre à discuter aujourd'hui. Il désire que l'on arrive à satisfaire aux exigences nécessaires des armées et à concilier en même temps les droits de la propriété et de la liberté civile des citoyens.

La Commission aborde l'examen du § 1.

M. le Général de Voigts-Rhetz accepte le premier alinéa; mais il croit devoir proposer la suppression des mots, "et tant qu'elle est en mesure de l'exercer," qui terminent le deuxième alinéa. Il trouve dans la rédaction proposée une trop grande ressemblance avec le blocus, qui n'est effectif que quand il est exercé. L'occupation ne se manifeste pas par des signes visibles. M. le Délégué d'Allemagne considère donc ces mots comme une répétition de ce qui précède, et il pense qu'ils pourraient devenir une source de réclamations aussi bien du côté de l'occupé que du côté de l'occupant. Dans son opinion on peut les retrancher sans nuire au sens de la phrase. Il propose de continuer l'alinéa ainsi: "le pouvoir de l'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie." Par ce mot "pouvoir" on exprime qu'il s'agit d'autre chose que de la loi reconnue depuis longtemps dans le pays. Cette loi est réellement suspendue de fait; mais il y a une autre autorité temporaire, le pouvoir militaire, établi à la place de l'autorité légale qui existait auparavant. M. le Baron Jomini ne saisit pas bien l'importance de la différence. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que le mot "occupation" ne signifie pas en même temps "pouvoir et autorité," et qu'il importe d'exprimer cette double idée. M. le Directeur Vedel fait observer que le terme "pouvoir" se trouve au § 46. || M. de Lansberge désirerait voir remplacer au premier alinéa le mot "autorité" par le mot "pouvoir." || M. le Colonel Fédéral Hammer trouve la rédaction Russe parfaitement juste. Pour que l'autorité soit effective, il faut qu'elle s'exerce. Les territoires qui parviennent à s'y soustraire cessent d'être occupés. || M. le Duc de Tetuan appuie la rédaction Russe comme suffisant à toutes les hypothèses. | M. le Général de Leer croit que l'on peut

Fr. 1897.
Brüssel
Conférence
Stations.
12. Aug. 1874.

Nr. 5362.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
12. Aug. 1874.

considérer l'occupation comme établie, lorsqu'une partie de l'armée occupante a assuré ses positions et sa ligne de communication avec les autres corps. Cela fait, elle est en mesure de tenir tête aux entreprises de l'armée de l'occupé, et aux émeutes de la population. Si elle n'atteint pas ce double objectif, elle est déchuée de son autorité. || M. le Général de Voigts-Rhetz n'a pas eu seulement en vue la position de l'occupant. Il faut aussi, dit-il, prendre en considération celle de l'occupé. Si l'on dit que l'occupation n'existe que là où le pouvoir militaire est visible, vous provoquez les insurrections, et, si vous admettez pour les habitants le droit de s'insurger, c'est eux qui en seront les victimes. M. le Délégué d'Allemagne reprend le cas cité par M. le Colonel Comte Lanza, à l'appui de l'observation qu'il a présentée tout à l'heure. Si les mots dont il s'agit sont maintenus, aussitôt que l'autorité de l'occupant ne sera plus visible, on aura des insurrections suivies de répressions cruelles, et la guerre deviendra atroce. M. le Colonel Fédéral Hammer dit qu'il faut adopter une rédaction claire et facile à comprendre. Sous ce rapport la rédaction Russe satisfait M. le Délégué de Suisse, tandis que le Projet Allemand laisse planer un certain vague sur l'idée que l'on veut exprimer. M. le Colonel Fédéral est d'avis que le principe du blocus doit être appliqué aussi à celui de l'occupation. Si celle-ci n'existe pas de fait, comment lui reconnaîtrait-on des droits? Pour pouvoir la maintenir, d'ailleurs, il n'est pas nécessaire de disposer de grandes troupes; il suffit d'un homme, pourvu qu'il soit respecté, d'un bureau de postes, de télégraphes, d'une Commission quelconque établie dans la localité et fonctionnant sans opposition; il faut, en un mot, un fait constatant que le territoire, comme tel, peut être sous la domination militaire de l'ennemi. M. le Colonel Fédéral Hammer ne veut pas pour cela provoquer les insurrections. Mais ce qu'il veut c'est de ne pas donner à l'ennemi plus de droits qu'il n'en possède réellement et enlever au pays envahi le droit de la résistance légitime. Voilà les motifs, pour lesquels M. le Délégué de Suisse trouve le texte Russe suffisant. || M. le Colonel Staaff désirait laisser la parole aux hommes les plus compétents sur cette question. Mais la suppression projetée vise une matière qui a fait l'objet d'instructions données par les Gouvernements à leurs Délégués. De plus toute la série d'Articles appartenant au Chapitre I se base sur la définition du mot "occupation;" il importe donc de la rendre aussi claire que possible, puisque, par la nature même des choses, elle ne peut être parfaite. C'est dans ce but que M. le Délégué de Suède et Norvège désire maintenir l'alinéa qu'on veut faire disparaître, et qui définit l'occupation quant à la durée. Il ajoute qu'on ne peut méconnaître la grande analogie qui existe entre cette question et celle du blocus. Or, le blocus n'existe qu'aussi longtemps qu'il est effectif. || M. le Baron Jomini croit que la discussion porte sur le mot "territoire." C'est une expression générale qu'il faut interpréter largement. Une province ne peut pas être occupée sur chaque point; cela est impossible. || M. de Lansberge présente une observation sur la question soulevée par MM. les Délégués

d'Allemagne et de Suisse. Sans doute, il y a un danger à conseiller aux populations de se soulever; mais on ne peut le leur défendre. Le droit de l'insurrection doit rester intact. Si les habitants subissent les conséquences de la révolte, ils n'auront qu'à se l'imputer à eux-mêmes. M. le Délégué des Pays-Bas ajoute qu'on ne peut admettre que la présence d'un seul individu, d'un seul maître de poste, par exemple, suffise pour perpétuer le droit de l'occupation. Ce mode de conservation serait par trop facile. Il faut que l'occupant soit toujours en mesure de réprimer l'insurrection, si elle éclate. M. le Général de Leer dit que, lorsque le soulèvement aura lieu, ou l'ennemi se retirera, s'il n'est pas en force, ou il réprimera l'insurrection et par là même il prouvera le droit de l'occupant. ¶ M. le Baron Jomini ajoute que c'est pour ce motif qu'il faut une formule générale, "l'occupation dure tant qu'elle s'exerce de fait." M. le Baron Baude insiste sur la nécessité de conserver les mots, "où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer." Il paraît impossible à M. le Délégué de France de séparer ces deux conditions. M. le Baron Lambermont dit que M. le Délégué d'Allemagne a touché le point le plus délicat de la discussion actuelle. Ce point mérite la plus sérieuse attention. D'une part, on ne doit pas exposer à la légère les populations à des rigueurs souvent très pénibles à supporter, et d'un autre côté on ne doit pas porter atteinte aux droits ou aux devoirs du patriotisme. Il sera très-difficile de trouver une rédaction qui satisfasse à ces conditions. Quant au pouvoir de l'occupant, il faut que les moyens de l'exercer soient réels et suffisants, question qui présente aussi de grandes difficultés: la présomption n'est pas admise en pareille matière. M. le Délégué de Belgique signale un cas qui n'est pas prévu au Projet: jusqu'à quel point faut-il que la résistance ait cessé, pour que le pouvoir soit considéré comme établi? L'occupation ne s'établit pas généralement de plein pied; il y a des résistances plus ou moins longues et qui ne cessent qu'insensiblement ou partiellement. Enfin, M. le Baron Lambermont fait remarquer qu'à raison de la rapidité des mouvements dans les conditions nouvelles de la guerre, il peut y avoir des interruptions ou des lacunes dans l'occupation. S'il pose ces questions, c'est en vue de s'éclairer sur le sens et la portée que l'on attache à l'Article. ¶ M. le Général de Voigts-Rhetz répond qu'en général on pourrait déclarer le pouvoir occupant établi de fait quand la population est désarmée, soit qu'elle ait livré les armes, soit qu'on les lui ait retirées, ou encore quand il y a des colonnes qui parcourent le pays et établissent des relations avec les autorités locales. M. le Délégué d'Allemagne n'a pas dit que le droit d'insurrection doive être aboli; mais il importe d'éclairer les populations sur les conséquences qu'il entraîne. Il y a donc une distinction à faire: ou bien la population se révolte pendant l'occupation, et dans ce cas elle sera soumise aux lois de la guerre, ou bien elle commence l'insurrection, lorsque l'ennemi se retire, et alors on ne pourra pas l'en punir. Il y a toujours des têtes exaltées qui séduisent les autres; il ne faut pas favoriser les entreprises de quelques

Nr. 5368.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
12. Aug. 1874.

téméraires et exposer les habitants à des rigueurs inutiles; car comme ce ne sont plus des belligérants, ils seront traités avec sévérité. C'est donc dans l'intérêt des populations qu'il faut supprimer la dernière partie de l'alinéa.

M. de Lansberge prévoit le cas où une armée victorieuse ayant éprouvé un revers aurait abandonné une ville qui se serait soulevée. Lui serait-il permis de punir l'insurrection, si elle occupait plus tard pour la seconde fois la dite ville? | M. le Général de Voigts-Rhetz pense que tout Général ou Chef d'armée punirait l'insurrection qui éclaterait dans le pays occupé. Il est vrai que c'est une question délicate, sur laquelle il ne peut se prononcer officiellement; mais il exprime son sentiment personnel, et il ne croit pas se tromper en disant que c'est celui de tous les militaires. | M. le Colonel Manos dit qu'on pourra punir la population, si elle n'est pas considérée comme belligérante; mais si on admet qu'elle a cette qualité elle est dans les conditions de la résistance légale. Cette distinction prouve à M. le Délégué de Grèce qu'on aurait dû commencer par le chapitre "Des Belligérants." | M. le Duc de Tetuan dit que la suppression proposée par M. le Délégué d'Allemagne modifierait essentiellement l'Article, puisqu'elle conduirait à dire que l'occupation par l'ennemi d'un territoire où son autorité serait établie s'étendrait plus loin que ne pourrait aller son action. M. le Délégué d'Espagne est d'avis que la rédaction du texte Russe modifié soit conservée. Il désire plus vivement encore la conservation des mots dont M. le Délégué d'Allemagne propose la suppression, depuis qu'il a entendu les déclarations survenues pendant la discussion. D'ailleurs ces termes ne font que constater un principe général qui sera mieux compris quand les Articles du Chapitre II auront été soumis à la Conférence. M. le Duc de Tetuan voit, du reste, dans la suppression de ce membre de phrase un avantage donné à l'armée d'invasion au préjudice du pays envahi. Si donc elle était admise par la Commission, M. le Délégué d'Espagne se croirait obligé de faire des réserves à ce sujet.

M. le Général de Voigts-Rhetz propose de revenir au § 1 lors d'une nouvelle lecture. | M. le Colonel Staaff croit qu'on peut difficilement avancer, sans être d'accord sur ce qui sert de base à tous les Articles suivants. | M. le Baron Bande dit que les mots "autorité établie et exercée" répondent à deux idées distinctes. Les deux choses peuvent ne pas exister ensemble. L'autorité peut se prétendre établie par le seul fait d'une proclamation, et revendiquer des droits antérieurs au moment où elle se sera trouvée en mesure de s'exercer. Ou pourrait, en écartant la seconde condition, retomber dans le même abus qu'autrefois pour les blocus fictifs. M. le Premier Délégué de France propose de maintenir la rédaction du Projet Russe. M. le Général de Voigts-Rhetz trouve que cette observation change la question. Si on peut trouver des termes pour l'exprimer, il accepterait plus aisément une rédaction conçue en ce sens. | M. le Général de Leer pense qu'il est impossible de préciser, tant les formes de l'occupation varient entre elles. M. le Colonel Fédéral Hammer trouve le Projet Russe très logique. Il explique la

naissance, l'étendue et la durée de l'occupation; ensuite il limite sagement ce fait quant au temps et quant à l'espace. On peut sans doute supprimer cette double restriction; mais il est étrange d'en supprimer une et de laisser subsister l'autre. M. le Baron Jomini dit qu'on ne peut pas toucher à la question de droit, mais seulement à la question de fait. Il croit que le temps et l'espace sont compris dans les mots du Projet. | M. le Colonel Fédéral Hammer prend acte des explications qui ont été échangées. Elles sont de nature à éclaircir le sens de l'Article en question. Il demande que l'avis qu'il a émis soit acté au Protocole. | M. le Colonel Comte Lanza croit que la rédaction est bonne sans être parfaite. Il serait plus précis de dire que l'occupation effective du territoire place de fait celui-ci sous l'autorité de l'armée occupante. || M. le Baron Lambertmont dit qu'on y reviendra forcément quand on s'occupera des droits et des devoirs de la population dans le territoire occupé. | Il est entendu qu'on reprendra ultérieurement la discussion du § 1. | M. le Général de Voigts-Rhetz propose de constater par un vote, combien la rédaction de M. le Baron Baude rencontrerait de partisans dans la Commission. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande qu'on ajourne la discussion sur cet objet jusqu'à ce qu'on soit arrivé à la fin du chapitre. La Commission, consultée, se rallie à cet avis.

On passe ensuite au § 2.

M. le Général de Voigts-Rhetz dit que, lorsqu'une autorité est suspendue et qu'on n'a pas encore décidé qu'elle est passée en d'autres mains, la question est précisément de savoir qui doit prononcer quelle sera cette autorité. Si l'occupation a des conséquences défavorables pour la population, le mal serait aggravé, si l'on tardait à instituer un pouvoir de fait. M. le Délégué d'Allemagne propose de dire: "l'autorité du pouvoir légal étant suspendue et passée entre les mains de l'occupant, celui-ci, &c." | M. le Colonel Fédéral Hammer, s'appuyant sur les instructions de son Gouvernement, croit pouvoir faire remarquer que les observations de M. le Premier Délégué d'Allemagne font cesser tout doute sur le principe. || M. le Baron Jomini propose de dire: "l'état occupant s'y substitue." | M. de Lansberge préfère la rédaction de M. le Délégué d'Allemagne, qui porte: "étant suspendue et passée de fait entre les mains de l'occupant, celui-ci prend..." | Cette rédaction est adoptée.

M. le Baron Lambertmont demande ce qu'il faut entendre par "ordre." Il y a l'ordre matériel, civil, social, politique. M. le Délégué de Belgique présume qu'on a seulement en vue la sécurité ou la sûreté générale; quant à l'expression "vie publique", il pense qu'il s'agit des fonctions sociales, des transactions ordinaires, qui constituent la vie de tous les jours. | La Commission interprète ce mot dans le même sens que M. le Baron Lambertmont. On mettra: "l'ordre et la vie publique."

Au § 3, M. le Général de Voigts-Rhetz propose d'employer le futur au lieu du présent et de remplacer les mots "s'il y est obligé" par ceux-ci: "s'il y a nécessité." | M. le Colonel Fédéral Hammer croit qu'il serait utile

Nr. 5362.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
12. Aug. 1874.

de maintenir la première partie du paragraphe; quant à la seconde, on dirait: "des changements ne seraient justifiés que par les nécessités de la guerre." | M. de Lansberge préfère la rédaction Allemande: "ne les modifiera, ne les suspendra ou ne les remplacera qu'en cas de nécessité." | M. le Colonel Comte Lanza est d'avis que l'on doit établir en principe que les lois civiles et pénales, n'ayant pas un caractère politique, continuent à être en vigueur dans le territoire occupé: les modifications de régime légal exceptionnellement admises se borneraient aux lois d'ordre politique, administratif et financier. | M. le Baron Lambermont fait une observation qui lui est imposée par le droit public Belge. Un article de la Constitution dit: "Tous les pouvoirs émanent de la nation." Entre-t-il dans les attributions du pouvoir exécutif, voire du pouvoir législatif ordinaire, de déclarer qu'un autre pouvoir pourra exercer l'autorité dans le pays? M. le Délégué de Belgique se borne à faire cette réflexion. Quant à l'expression "lois," il demande, si, pour fixer la portée de l'Article, il n'est pas nécessaire d'expliquer, de quelles lois il s'agit. Il y a des lois d'intérêt général, d'autres qui sont d'ordre privé et concernent la famille, les successions, les propriétés privées, les ventes, les achats, &c. M. le Délégué de Belgique pense que l'Article a en vue les lois de la première catégorie. | M. le Baron Jomini répond affirmativement: il dit que l'occupant n'aura pas intérêt à toucher aux lois de l'ordre privé. | M. le Général de Voigts-Rhetz est du même avis. Il ne lui semble pas que le cas de nécessité doive être étendu aux lois civiles. M. le Délégué d'Allemagne pense que ce seraient plutôt les lois criminelles qui seraient soumises à cette éventualité. | Le § 3 est modifié comme suit: —

"A cet effet il maintiendra les lois qui étaient en vigueur dans le pays en temps de paix, et ne les modifiera, ne les suspendra ou ne les remplacera que s'il y a nécessité."

M. le Colonel Fédéral Hammer demande, au § 4, ce qu'on entend par "institutions." Cette expression aurait besoin d'être précisée. | M. le Baron Lambermont propose de dire: "services publics." | M. le Baron Baude désirerait qu'on mît après le mot "justice" ceux-ci: "qui consentiraient à continuer sur son invitation." | M. le Délégué de France fait remarquer qu'il existe une différence entre les fonctionnaires du Gouvernement et les fonctionnaires municipaux. Les premiers doivent se retirer devant l'ennemi; les seconds au contraire ne peuvent séparer leur sort de celui de la ville. | M. le Directeur Vedel demande qu'au lieu des termes "administration de la police et de la justice" on dise "administration de l'Etat et des communes." | M. le Baron Lambermont fait remarquer que cette expression serait incomplète, parcequ'il y a des pays, en Belgique par exemple, où il y a aussi une administration provinciale. | M. de Lansberge confirme cette appréciation pour les Pays-Bas, où fonctionne le Waterstaat. | M. le Colonel Manos fait une observation analogue pour la Grèce. | M. le Baron Baude propose en conséquence de se servir des termes: "fonctionnaires et employés de tout ordre." |

M. le Colonel Comte Lanza demande que l'on spécifie que l'Article s'applique aux employés des prisons et à ceux qui sont chargés de la conservation des actes de l'Etat Civil. Il désire en outre que l'on indique, si c'est la justice civile ou la justice militaire qui doit statuer sur les délits dont il s'agit dans cet Article. Il ne croit pas qu'un seul Code Militaire contienne des peines pour les fonctionnaires civils manquant à leurs engagements. | M. le Colonel Fédéral Hammer serait d'avis de supprimer les termes: "livrés à la justice . . ." et de dire simplement "que la protection dont ils jouissent leur sera retirée."

Nr. 5922.
Brüsseler
Conferenz-
statuten.
12. Aug. 1874.

M. le Général de Voigts-Rhetz insiste sur la nécessité d'être précis. ;

M. le Baron Lambertmont prévoit le cas du fonctionnaire qui consent à conserver ses fonctions et revient plus tard sur son acceptation, cédant peut-être à un sentiment de patriotisme. Comment le traitera-t-on? Le fait seul de renoncer à ses fonctions ne doit pas être érigé en délit. || M. le Général de Leer croit que ceux qui resteront en fonctions rendront service à leur pays, parcequ'ils seront à même d'être utiles aux populations; mais il leur sera toujours loisible de donner leur démission. M. de Lansberge croit qu'il serait bon de signaler cette faculté. || M. le Baron Jomini dit qu'il suffit d'employer le mot "consentir." Le fonctionnaire pourra revenir sur son consentement, sans commettre pour cela un délit. || M. le Baron Baude établit une distinction entre le fait qu'on ne remplit pas ses obligations et la trahison, et demande que l'Article soit rédigé ainsi: "Ils ne seront punis disciplinairement ou révoqués que s'ils manquent aux obligations acceptées par eux ou livrés à la justice que s'ils les trahissent." M. le Directeur Vedel propose d'insérer à la fin de l'Article, après "obligations" et avant "acceptées," le mot "librement." || M. le Baron Jomini dit que le mot "accepter" rend par lui-même cette idée. M. le Général de Voigts-Rhetz dit que sous prétexte de ménager les employés, ce serait les traiter avec plus de rigueur. Selon lui on peut les réprimander ou leur infliger une amende; mais il ne doit pas être permis de les révoquer pour une faute légère. Ce serait une mesure cruelle. M. le Colonel Fédéral Hammer constate que tout le monde est d'accord sur ce point. | Le § 4 est rédigé comme suit: —

"Les services publics et les employés et fonctionnaires de tout ordre qui consentiraient, sur son invitation, à continuer leurs fonctions, jouiront de la protection. Ils ne seront révoqués que s'ils manquent aux obligations acceptées par eux et livrés à la justice que s'ils les trahissent."

Au § 5 M. le Comte Lanza désire qu'il soit déclaré par la Commission que les impôts établis par la province et les communes ne sont pas en cause dans cet Article. M. le Général de Voigts-Rhetz croit devoir présenter quelques observations générales au sujet de l'occupation en ce qui concerne les impôts. D'abord, il y a lieu de distinguer entre l'occupation temporaire et celle qui est de longue durée. Ce qui s'applique à l'une n'est pas applicable à l'autre. Ensuite, le territoire occupé ne peut pas prétendre être mieux traité que le pays dont l'armée l'occupe ou que celui dont il est séparé

Nr. 5362.
Brüsseler
Conferenz-
staaten.
12. Aug. 1874.

par l'occupation. Dès lors l'un et l'autre de ces pays prélèvent les impôts, redevances, droits et péages, en suspendent le recouvrement ou en imposent d'autres, et contractent des emprunts forcés à mesure que la conduite de la guerre l'exige. M. le Délégué d'Allemagne croit qu'il est indispensable que tout cela soit exprimé dans l'Article 5. Il propose, en conséquence, la rédaction suivante: —

“Les impôts, redevances, droits et péages établis par le Gouvernement légal seront prélevés par l'armée d'occupation. Pour le cas où il ne serait pas possible de les encaisser, celle-ci en prélèvera l'équivalent. Elle pourra de même suspendre le recouvrement des uns et en imposer d'autres. Il est de son devoir de les employer aux frais de l'administration dans la mesure où le Gouvernement légal y était obligé.”

M. le Baron Baude demande, s'il ne serait pas utile de renvoyer cette question à la discussion qui aura lieu sur le chapitre “Des Contributions et Réquisitions.” || M. le Général de Voigts-Rhetz pense qu'il faut décider d'abord la question de principe, et ajoute que le recouvrement des impôts est le meilleur moyen d'enlever aux impositions faites pendant une occupation de longue durée ce qu'elles peuvent avoir de dur et d'injuste. || M. le Baron Baude dit que, s'il y a à discuter des principes nouveaux, il doit en référer à son Gouvernement. || M. le Colonel Staaff se rallie à une observation qui a déjà été faite relativement à la connexion de l'Article 5 avec le Chapitre II de la Section II du Projet Russe. Ce chapitre contient deux parties distinctes. Les §§ 51 et 52 seront probablement acceptés par tout le monde, tandis que le § 53 pourra donner lieu à un débat. La proposition faite par M. le Général de Voigts-Rhetz paraît à M. le Délégué de Suède et Norvège se rattacher à cet ordre d'idées, et bien que l'évaluation de ces nouveaux impôts puisse devenir plus ou moins fictive, cette forme de contribution serait peut-être moins arbitraire que celle dont parle le § 53. En égard à ce point de vue M. le Colonel Staaff trouve qu'il serait important d'avoir l'avis de la Commission sur l'addition que l'on propose de faire au § 5. || M. le Colonel Fédéral Hammer, d'ordre de son Gouvernement, propose la rédaction suivante: “L'armée ennemie prélevant dans les territoires occupés, à son profit, sur les populations locales, les impôts, redevances, droits et péages établis par le Gouvernement légal, doit y procéder conformément aux lois y établies par le pouvoir légal.” M. le Délégué Suisse ne croit pas pouvoir prendre sur lui d'entrer en discussion sur une matière nouvelle sans avoir reçu des instructions préalables. Il demande que la rédaction de M. le Délégué d'Allemagne soit autographiée, afin qu'il puisse en référer à son Gouvernement. Il désire également renvoyer la discussion actuelle à celle qui aura lieu pour les “réquisitions.” L'opinion publique sera hostile à toute aggravation du Projet primitif. || M. le Baron Lambert dit que l'Article que l'on aborde est un de ceux qui éveillent les plus légitimes préoccupations. L'avant-dernière rédaction autorisait seulement l'armée d'occupation à percevoir les

impôts établis en temps de paix par le Gouvernement national. || On y a ajouté depuis le droit à "l'équivalent." Enfin on a fait remarquer qu'il ne serait pas juste que la partie occupée d'un pays fut traitée mieux que la partie non-occupée ou que le pays ennemi lui-même, et on réclame, en conséquence, le droit de créer de nouveaux impôts. De sorte que si, pour sauver la patrie, le Gouvernement national demandait aux citoyens d'extrêmes sacrifices, l'armée ennemie serait autorisée par là même à élever à un égal niveau les impôts dans le territoire qu'elle occupe. Il se peut qu'en effet la guerre se fasse ainsi et qu'on n'ait qu'à s'y résigner. Mais c'est une chose grave pour un Gouvernement qui ne peut prévoir que des guerres défensives, de sanctionner lui-même et à l'avance de telles règles. || D'après M. de Lansberge on peut être contraint de subir le droit de la guerre; mais on ne doit pas en faire l'objet d'une déclaration *a priori*. Le principe pourrait être sauvegardé par une autre rédaction. M. le Délégué des Pays-Bas propose de donner à la première partie du § 5 la forme négative et de conserver la forme affirmative pour la seconde. A l'appui de sa proposition il fait valoir les considérations suivantes: — L'objection faite par M. le Baron Lambertmont au sujet de la difficulté qu'il y a à accorder à l'ennemi l'exercice de droits qui ne peuvent émaner que de la nation est applicable à ce paragraphe; mais elle n'existerait plus, si le paragraphe était rédigé de manière à créer une obligation non pour le pays occupé, mais pour l'occupant. Tel serait le cas, si ce dernier prenait l'engagement de limiter l'emploi de la force, qu'il a en mains par le fait de l'occupation, à telles ou telles choses. La forme négative donne à l'Article cette signification, et elle est pour les populations une garantie que si elles subissent les actes indiqués par l'Article l'occupant n'ira pas plus loin. || M. le Baron Baude voudrait savoir ce qu'on entend par "équivalent." || M. le Baron Jomini dit qu'on a voulu prévoir le cas où l'on n'arriverait pas à la matière imposable; on grèvera alors la commune, qui exercera son recours comme elle le jugera convenable ou possible.

M. le Baron Baude demande que l'on ajoute: "... dans la forme et d'après les lois en usage." C'est une garantie pour les habitants. || M. le Duc de Tetuan pense que l'Article 5 ayant une certaine connexion avec le Chapitre II de la Section II ("Des Réquisitions et Contributions"); pourrait être discuté en même temps que ce chapitre. En présence des opinions divergentes qui se manifestent, M. le Baron Jomini exprime l'opinion que la discussion pourrait être avantageusement ajournée à une autre séance. || M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'on ne se méprenne pas sur sa pensée. Il ne plaide pas seulement la cause des "occupants," mais aussi celle des "occupés." S'il n'y a pas de règles fixes, ce sont ces derniers qui en pâtiront. Il ne faut pas laisser le champ libre aux abus qui peuvent résulter de l'occupation. M. le Délégué d'Allemagne ajoute que, s'étant conformé à ses instructions et son opinion devant figurer au Protocole, il ne voit aucun inconvénient à aborder une autre matière; mais il doit déclarer que l'adoption du principe

qu'il a cherché à faire prévaloir est jugée nécessaire par l'Allemagne. || M. le Baron Jomini dit que rien ne s'oppose à ce qu'on cherche une formule nouvelle. | Pour le moment la Commission s'arrête à la rédaction suivante: —

“§ 5. L'armée d'occupation ne prélèvera que les impôts, redevances, droits et péages déjà établis par le Gouvernement légal du pays, ou leur équivalent, s'il est impossible de les encaisser, et autant que possible dans la forme et suivant les usages existants. Elle les emploiera à pourvoir aux frais de l'administration dans la mesure où le Gouvernement légal du pays y était obligé.”

M. le Colonel Fédéral Hammer demande, comment il faut interpréter le mot “équivalent.” S'agit-il d'un prélèvement “subsidaire” ou “alternatif?” | La Commission dit qu'il résulte du contexte que “l'équivalent” ne peut être prélevé que si les impôts, redevances, droits et péages ordinaires ne peuvent pour une cause quelconque, être encaissés. || M. Vedel croit qu'il serait utile d'ajouter que les impôts doivent être échus pour pouvoir être prélevés par l'autorité militaire occupante. || La Commission est d'avis que cette addition est superflue, la nécessité de l'échéance étant suffisamment exprimée par la condition, en vertu de laquelle le recouvrement doit se faire dans les formes et d'après les usages existants. || M. Vedel prend acte de cette déclaration.

La Commission s'ajourne ensuite à demain, Jeudi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Schluss im nächsten Bande.

